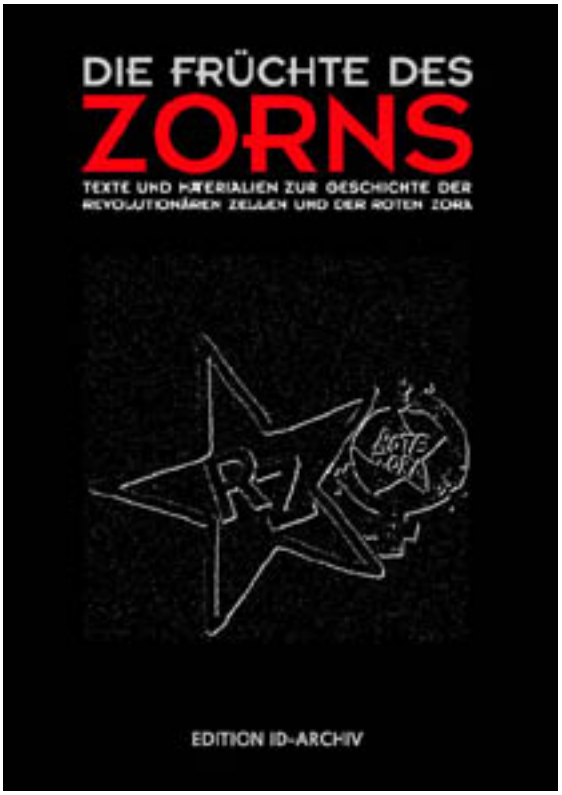

ID-Archiv im IISG (Hg.)

Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

800 Seiten, 2 Bände, 68,- DM

Inhalt

Vorwort

Kapitel I

Aktuelle Texte der Revolutionären Zellen (1991/92)
Gerd Albartus ist tot
Das Ende unserer Politik
Wenn die Nacht am tiefsten ... ist der Tag am nächsten
Tendenz für eine internationale soziale Revolution
Wir müssen so radikal sein, wie die Wirklichkeit

Kapitel II

Revolutionärer Zorn Nr. 1 (1975)
Interview aus »Holger, der Kampf geht weiter« (1975)
Erklärungen: ITT (11/73) • Chilenisches Konsulat (6/74) • BDI, BDA, IKH, Ausländerpolizei (5/74) • Ausländerbehörde Frankfurt (6/79) • Sötje (5/74) • Krone-Werke (5/74) • Kaußen (9/76) • RA Wagner (8/80) • Bundesverfassungs-gericht (3/75)• Gutscheine für Obdachlose (1976)• Auto Staatsanwalt (5/77) • Fahrpreiskampf (1975) • Schwarzfahrerkartei Frankfurt (9/76) • Schwarzfahrerkartei Berlin (9/76) • Berliner Verkehrsgesellschaft (8/77) • Fahrscheinkontrolleure

(3/78) • VRR (2/84) • Fahrkarten (3/81) • Entebbe-Film (1/77) • Agrexco (6/78) • Hameico (6/79) • Zur Bombe imMünchener Hauptbahnhof (9/75) • Zur Bombe im Kölner Bahnhof (11/75)

Kapitel III

Revolutionärer Zorn Nr. 2 (1976)
Erklärungen: Offiziersclub US-Army (6/76) • Buback (4/77) • Buback II (4/77) • Zwangsverteidiger Düsseldorf (2/77) • Anwaltskammer Frankfurt (3/77) • Zwangsverteidiger Westberlin (5/78)
Revolutionärer Zorn Nr. 3 (1977)
Brief an alle Genossen aus der RAF (12/1976) • Die Bilanz ist schlimm (2/85) • Es ist zum kotzen (2/85) • Der Lange Marsch ist im Arsch (1975)

Kapitel IV

Die »Hans-Joachim Klein-Debatte«
Brief von Hans-Joachim Klein an den ðSpiegelÐ (5/77) • Die Hunde bellen, und die Karawane zieht weiter (5/77) • Interview von Hans-Joachim Klein in der ðLiberationÐ (10/78) • Hunde, wollt ihr ewig bellen (11/78) • Erklärung der RZ zum Fall Traube (3/77)

Kapitel V

Revolutionärer Zorn Nr. 4 (1978)

Kapitel VI

Revolutionärer Zorn Nr. 6 (1981)
Erklärungen: Mainzer Sozialdezernenten (6/78) • Neue Heimat Berlin (2/82) • Wohnungsbaukreditanstalt Berlin (5/82) • Liegenschaftsamt (5/82) • Texas Instruments (2/83) • Justizvollzugsanstalt Hamm (11/83) • Firmen in Bonn & Gütersloh (8/84) • Fraunhofer-Institut (5/84) • Konsulat El-Salvador (1/82) • Konsulat Türkei (2/84) • Konrad-Adenauer-Stiftung (6/83) • MAN Ginsheim (9/83) • DEG Köln (3/84) • SCS Hamburg/ MPB Dortmund (9/85) • Institut für Genetik (10/85) • Deutsche Bank Köln u.a. (4/85) • Siemens Isernhagen (4/85)

Kapitel VII

Subversiver Kampf in der Anti-AKW-Bewegung (1980)
Erklärungen: MAN Nürnmberg (8/77) • KSB Frankenthal (12/77) • Wach- und Kontrolldienst Nord (5/78) • Nordwestdeutsche Kraftwerke (7/78) • Wetterturm Ahaus (11/79) • Kalkar u.a. (11/82)

Kapitel VIII

Beethoven gegen MacDonald (1983)
Erklärungen: US-Offizierskasino Frankfurt (12/76) • US-Militärgelände Giessen (1/77) • US-Offizierscasino Wiesbaden (6/78) • Kasernengelände Garlstedt (9/78) • US-Kantine Frankfurt (5/81) • NATO-Gipfel Bonn (6/82) • SEL Düsseldorf (2/83) • IBM Reutlingen (3/83) • Truppenparade Berlin (3/83) • NATO-Pipeline Lorch (6/84) • NATO-Pipeline Mörfelden (5/85)

Kapitel IX

Die Bewegung gegen die Startbahn West (1983)
Erklärungen: Karry (5/81) • Züblin Frankfurt (10/81) • Ministerium für Wirtschaft & Technik (12/81) • Bilfinger Frankfurt (1/81) • Holzmann Neu-Isenburg (2/82) • Bilfinger Wiesbaden (1/82) • Züblin Duisburg (3/82) • Bilfinger Mannheim (7/82)

Kapitel X

Krieg - Krise - Friedensbewegung (1983)

Kapitel XI

Wolf im Schafspelz (5/1984)
Erklärungen: Loderer/Mayer (4/79) • Bundesanstalt für Arbeit (1/80) • Bundesarbeitsgericht (3/80) • Journalist (11/82) • Bergarbeiterstreik in Großbritanien (3/85)

Kapitel XII

Erklärungen: Daimler Schwäbisch-Gmünd (10/85) • Brüggemann & Brandt Hagen (12/85) • Daimler Wuppertal (1/86) • Rewe Wesel (11/87) • Olff & Sohn Hamburg (4/88)
Zorn Extra - 9. Zeitung der Revolutionären Zellen (1986)
Erklärungen: Ausländerpolizei Hamburg (8/86) • OVG Lüneburg (9/86) • DRK Berlin (9/86) • Ausländerzentralregister Köln (9/86) • Lufthansa Köln (10/86) • Hollenberg Berlin (10/86) • Sozialhilfestelle für Asylbewerber Berlin (2/87) • Korbmacher Berlin (9/87) • Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (9/87) • OVG Münster (1989) • Ausländeramt Böblingen (8/91) • A + B Stelle für Roma & Sinti Köln (11/89) • »Zigeunerdatei« Köln (11/89) • BAGS Hamburg (11/89) • Amt für öffentliche Ordnung Köln (5/90) • Staatskanzlei Düsseldorf (1/91)
Was ist das Patriarchat?

Kapitel XIII

Interview mit der Roten Zora (1984)
Erklärungen: Bundesärztekammer Köln (4/77) • Schering Berlin (3/82) • Lindemann Hamburg (2/83) • Frauenhändler/ Philippinische Botschaft (3/83) • Frauenhändler Münster (8/83) • Siemens Witten & Braunschweig (11/83) • Nixdorf Hannover (12/83) • Max-Plank-Institut Köln (8/85) • Technologiepark Heidelberg (4/85) • Humangenetisches Institut Münster (4/86) 2. Erklärung zu Münster (1/87) • Gesellschaft für biotechnologische Forschung (9/86) • Adler (6/87) • Biotechnisches Institut Berlin (2/88)

Kapitel XIV

Revolutionärer Zorn 5 (1978) Feuer und Flamme für diesen Staat (1981)
Erklärungen: Zu Sylvester (1/1978) • »Revolutionärer Zauber« (12/81) • Daimler Frankfurt (6/79) • Brief zu diesem Anschlag (6/79)

Kapitel XV

Erklärungen: Berliner Reichstag (6/91) • Siegessäule (2/91) • Kaiser Berlin & Ravensbrück (7/91)
»This is not a love song« (1991)

Kapitel XVI

Das Verhör war schon das Verbrechen Prozesserklärung Hermann Feilings

Vorwort

I.

Die Organisationen Revolutionäre Zellen und Rote Zora [1]sind ebenso wie die anderen bewaffneten Gruppen in der BRD (Rote Armee Fraktion, Bewegung 2. Juni u.a.) das Ergebnis der Radikalisierung eines Teils der 68er-Bewegung. Das aus Lateinamerika abgeleitete Stadtguerillakonzept, ihr »Kampf im Herzen der Bestie« (Che Guevara) wurde als strategische Notwendigkeit der Metropolenlinken begriffen. Mit den in der Linken breit diskutierten internationalistischen, antiimperialistischen und sozialrevolutionären Theorien wurde die Unabdingbarkeit revolutionärer Gewalt zur Gesellschaftsveränderung formuliert.

Im Mai 1972 startete die RAF ihre erste militärische Offensive, Ende des Jahres befanden sich ihre bekannten Köpfe allesamt in Haft. Als 1973 die ersten Gruppen der Revolutionären Zellen unter diesem Namen ihre Aktivitäten aufnahmen, konnten sie auf diese Negativerfahrung zurückgreifen. So gründete sich die RZ in dem Wissen, daß auf organisatorischer Ebene der beste Schutz vor staatlicher Verfolgung und politischer Isolation die gänzliche Anonymität ihrer Mitglieder und eine dezentrale, nicht hierarchische Arbeitsweise ist. Dies ermöglichte den unbekannten Militanten, an Diskussionen und legalen Bewegungen der radikalen Linken weiterhin teilzunehmen, eine Verselbständigung militärischer Politik zu vermeiden und die Fahndungsapparate des Staates ins Leere laufen zu lassen. Die RZ wollte keine Avantgarde-Organisation aufbauen, keine Stellvertreterpolitik machen. »Alle müssen alles können« war der selbstformulierte Anspruch der Revolutionären Zellen.

Für die Spontis und Linksradikalen der 70er Jahre und die autonome Linke der 80er Jahre waren ihre schriftlichen Äußerungen und praktischen Aktivitäten sehr von Bedeutung und hatten entsprechenden Einfluß bei deren Arbeit.

Die Linke hat sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nie öffentlich mit der Politik von RZ/Rote Zora beschäftigt. Vor allem weil es keine öffentlich auftretenden »RZ-VertreterInnen« gab, benutzte der integrationswillige Teil die dazu wesentlich besser geeignete RAF als Projektionsfläche, um die militante Vergangenheit unter geringstmöglichem Gesichtsverlust loszuwerden und die Hinterfragung der eigenen staatstragenden Positionen zu vermeiden.

Für Fahndungsbehörden, wie das BKA und den Verfassungsschutz, sind die Revolutionären Zellen bis heute eine weitgehend unbekannte Größe [2] geblieben. Sie wurden unter dem Etikett »Feierabendterrorismus« abgehandelt und konnten deshalb nicht wie die RAF als Staatsfeind Nr. 1 aufgebaut werden. Das hinderte die Strafjustiz aber nicht, die Publizierung von RZ-Dokumenten mittels der Gesinnungsparagraphen 88a und 129a [3] zu kriminalisieren. Dies ging so weit, die theoretische und publizistische Beschäftigung mit Themen, die von RZ/Rote Zora ebenfalls behandelt wurden, unter dem Begriff »anschlagsrelevante Themen« [4] zu verfolgen.

Die bürgerlichen Medien schenkten den RZ/Rote Zora nicht die Aufmerksamkeit wie der RAF, obgleich die Aktionsquantität um einiges höher war. Ausnahmen bildeten hier z.B. spektakuläre Carlos-Berichte [5] oder Aufmacher über die »Frauenterrorgruppe« Rote Zora nach den bundesweiten Aktionen gegen die Adler-Filialen im Sommer/Herbst 1987. [6]

Die linksradikalen Medien wurden staatlicherseits mit dem Ziel verfolgt, öffentliche Diskussion zu

unterbinden. [7]

II

Im Dezember 1991 und Januar 1992 unterzogen zwei Gruppen der Revolutionären Zellen mit längeren Erklärungen ihre bisherigen internationalistischen und antiimperialistischen Positionen einer grundsätzlichen Kritik.

Das erste publizierte Papier [8] nimmt den Tod eines Genossen zum Anlaß, um die Theorien und Ansätze der 70er Jahre (u.a. das Verhältnis zu nationalen Befreiungsbewegungen und ihr damaliges Verständnis von Antizionismus) zu hinterfragen. In der Erklärung einer anderen Gruppe [9] wird aufgrund der weltpolitischen Veränderung, des Zusammenbruchs des Ostblocks, der fehlenden Verankerung militanter Politik und der ihrer Meinung nach gescheiterten Flüchtlingspolitik linksradikaler Gruppen der Schlußstrich unter die bisherige Praxis gezogen.

Auf die Problematik, wieso gerade in einer Phase der •Neuen Weltordnung- und eines immer aggressiver werdenden nationalistischen und rassistischen Deutschlands bewaffnete Gruppen [10] eine solche Zäsur machen, wird nur peripher eingegangen. Auch die nach diesen Erklärungen begonnene Debatte, an der sich neben Gruppen aus der radikalen Linken auch weitere Gruppen aus dem sogenannten »Traditionsverband« der Revolutionären Zellen beteiligten, hatte nur ansatzweise die Analyse der momentanen Situation zum Thema.

Schwerpunkt der aktuellen RZ-Texte ist die Reflexion ihrer Politik in den 70er und 80er Jahren. Vor nicht allzu langer Zeit wäre eine solche öffentliche Kontroverse, die teilweise Züge einer Selbstdemontage trägt, undenkbar gewesen. Bislang galt das Prinzip, daß eine »Kritik von der Guerilla an der Guerilla nur konstruktiv und solidarisch« [11] sein dürfe.

Der Beginn dieser ohne Zweifel überfälligen Diskussion ist jedoch geprägt von Mißverständnissen und Irritationen [12] und für »Außenstehende« nur fragmentarisch rekonstruierbar.

III

Die Intention des vorliegenden Buches [13] liegt darin, allen Interessierten die Möglichkeit zu geben, sich mit den Positionen der Revolutionären Zellen/Roten Zora auseinandersetzen zu können. Das Buch orientiert sich nicht an den medienwirksamen und staatsloyalen •Versöhnungsdebatten-, sondern versteht sich als ein zeitgeschichtlicher Beitrag zur Geschichte und Wirkungsweise radikaler Opposition in der BRD. Es soll der Linken die Möglichkeit gegeben werden, an einer öffentlichen Diskussion über Sinn und Zweck militanter Politik in der BRD teilzunehmen. Das Projekt richtete sich auch gegen jegliche Form politischer Zensur, wie sie in der BRD seit Jahrzehnten Bestand hat.

Viele der dokumentierten Originaltexte haben jedoch nicht nur historischen Charakter, sondern sind auch als Beiträge zu aktuellen Debatten zu verstehen. Durch ihren konkreten Theorie-Praxis-Bezug haben gerade die seit 1981 publizierten Papiere und Erklärungen einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die militante Linke in der BRD gehabt. Die RZ/Rote Zora-Texte sind also durchaus als »revolutionäre Theorie, als reflektierende Konstruktion der Gesellschaft unter dem Aspekt ihrer radikalen Veränderbarkeit » (Hans-Jürgen Krahl) zu verstehen.

IV.

Das Ziel des Buch-Projekts ist es jedoch nicht, ideologische Identifikation und Mythenbildung zu fördern. Und schon gar nicht können die zwei Bände eine Geschichte für beendet erklären, dies vermochte Papier noch nie. Vielmehr verstehen sie sich als eine Aufforderung an alle (ehemaligen) Aktivisten und Aktivistinnen, auf die vielen Fragen des mit ihnen korrespondierenden Publikums und

ihres •eigenen Zusammenhangs- einzugehen. Dies scheint heute notwendiger denn je, will man es nicht den altlinken Protagonisten und sich linksliberal nennenden Journalisten [14] überlassen, Geschichte zu schreiben. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte beinhaltet nicht nur die Analyse gesellschaftlicher Machtverhältnisse und die Relevanz in dieser Konfrontation, vielmehr sollte es um den Aufbau von Verbindungslinien der handelnden Subjekte aus Vergangenheit und Gegenwart gehen.
Die jetzige Situation in Deutschland vergegenwärtigt die Notwendigkeit, theoretische und praktische Erfahrungen transparent zu machen. Gefordert ist in erster Linie nicht die Konstruktion vermeintlicher Kontinuitäten, sondern das Benennen von Widersprüchen und Fehlern. Daraus können zwar keine »revolutionären Strategien« abgeleitet, aber Fragen gestellt werden, was aufgrund der Geschichte für eine Fundamentalopposition weiterhin von Interesse sein kann oder als Fehlentwicklung zu bewerten ist.

V.

Herausgeber, Redaktionsgruppe und Verlag sind sich darüber im klaren, daß nicht wenige Leserinnen und Leser unter den 800 Seiten eine umfassende Aufarbeitung der Politik von Revolutionären Zellen und Roter Zora erwarten. So berechtigt dieses Interesse auch ist, so lag es uns jedoch fern, solch einen Versuch zu unternehmen. Unsere Möglichkeiten bestehen darin, Material zur Verfügung zu stellen.
Sicherlich wäre es auf dieser Grundlage möglich gewesen, die Dialektik von RZ/Rote Zora-Positionen und gesellschaftlicher Relevanz zu analysieren. Eine textanalytische Untersuchung mit der Außenperspektive hätte jedoch wesentliche Aspekte ignoriert:
* In den RZ-Verlautbarungen waren und sind die sozial- und kulturhistorischen Faktoren als Bestandteile von Politik in den seltensten Fällen enthalten.
* Die Texte beinhalten nur ansatzweise die Darstellung des politischen Milieus, in dessen Rahmen die Diskussionen stattfanden.
* Es fehlen ebenso Hinweise auf die Klassenherkunft, die persönlichen und politischen Entwicklungen und sozialen Bedingungen der Akteure. [15]

Die Schwierigkeiten, eine umfassenden Reflexion dieser Gruppen zu betreiben, ist in deren Politikverständnis und Organisationskonzept - Illegalität als politische Strategie und als Schutz vor staatlicher Verfolgung - begründet.
Solange keine Formen der Vermittlung der Binnenperspektive gefunden sind, bleiben einzig die Einschätzungen und Spekulationen des ideologisch nahestehenden »Publikums«, die aber keine ernsthaften Ausgangspunkte für eine Aufarbeitung bilden können.
Ein wichtiger Punkt von vielen offenen Fragen, deren Zugang sich über die Lektüre der Texte erschließt, ist die notwendige Auseinandersetzung um den Antizionismus/Antisemitismus in der Linken und ihr Verhältnis zum Befreiungsnationalismus. Inzwischen mag es als allgemeingültig gelten, daß eine antiimperialistische Politik, wie sie u.a. zu der Flugzeugentführung nach Entebbe und den dortigen Vorgängen geführt hat, ein schwerwiegender Fehler war. Dieses Ereignis, das immerhin zu einer Spaltung der Revolutionären Zellen führte, wurde bis in die jüngere Vergangenheit nie öffentlich thematisiert. Wenn erst 16 Jahre später eine Gruppe der RZ u.a. dieses Thema zum Anlaß für eine Reflexion nimmt, liegt die Verantwortung für diese Verdrängung ohne Zweifel in erster Linie bei den Revolutionären Zellen selbst. Sie ist aber genauso in der unaufgearbeiteten Komplexität des Themas durch den größten Teil der gesamten Linken [16] begründet. Von daher wäre es vermessen, aufgrund einer bearbeiteten Herausgabe der Originaltexte, wie sie in der jetzigen Form vorliegen, über die RZ-Geschichte und die daran Beteiligten ein endgültiges Urteil zu fällen.
Mit »Die Früchte des Zorns« hoffen wir, einen Beitrag zur Auseinandersetzung und weiteren Diskussion um die Geschichte der militanten Linken im allgemeinen und der RZ/Rote Zora-Politik im besonderen zu

liefern.
Die aktuelle Debatte soll den linken Zeitschriften und Infoblättern, in denen sie direkter und kontroverser geführt werden kann, vorbehalten bleiben.

Zur Konzeption

Das Buch-Projekt
»Die Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora« ist keine historisch-kritische Gesamtausgabe sämtlicher Verlautbarungen (und schon gar nicht ist es möglich, die Textentwicklung zu rekonstruieren) der Gruppen, sondern ein von einer Redaktionsgruppe zusammengestellter und eingeleiteter, sowie vom Verlag mit Anmerkungen versehener, Sammelband.

Die Einleitungen
sollen kurz die gesellschaftlichen Entwicklungen und die jeweilige politische Situation skizzieren. Sie orientieren sich an den Texten der RZ und der Roten Zora und lassen damit zwangsläufig andere politische Strömungen, unabhängig von ihrem gesellschaftlichen Einfluß, außer acht. Zwar werden in den Einleitungen Widersprüche und Kritiken an den Positionen der RZ/Rote Zora aufgegriffen, Ziel ist es jedoch nicht, dort Auseinandersetzung mit deren Politik zu führen. Sie dienen primär dem besseren Verständnis für die Lektüre der Originaltexte.

Die Originaltexte
sind chronologisch und thematisch angeordnet, d.h. die theoretischen Papiere sind in zeitlicher Reihenfolge aufgeführt, den jeweiligen Kapiteln wurden dann die Aktionserklärungen zugeordnet. Diesem Prinzip wurde auch bei den gemeinsamen Erklärungen der Revolutionären Zellen und der Roten Zora gefolgt, trotz der Bedenken, daß die Rote Zora damit als »Unterpunkt« erscheint.
Ein vollständiger Abdruck der Texte ist nicht möglich gewesen. Als Vorlagen dienten zugängliche Archivmaterialien und Veröffentlichungen in linken Zeitschriften. Waren die Originaltexte in verschiedenen Zeitschriften dokumentiert, wurden sie, soweit möglich, verglichen. Die mit [...] gezeichneten Auslassungen wurden meist den Vorlagen entnommen. Es konnte nicht mehr rekonstruiert werden, ob es davon überhaupt vollständige Erklärungen gibt, denn nicht selten wurden in den Originaltexten Auslassungen auch als Stilmittel benutzt.
Bei der Abschrift wurden nur offensichtliche Satzfehler korrigiert, die Grammatik und Orthographie wurde beibehalten. Hervorhebungen (Fettschrift und Kursiv) entsprechen ebenfalls dem Original.
Die Überschriften und Zwischenüberschriften von der RZ-eigenen Zeitschrift »Revolutionärer Zorn« wurden übernommen. Bei einigen Texten konnte allerdings nicht rekonstruiert werden, ob die Titel mit dem Original identisch sind oder von der veröffentlichenden Zeitschrift nachträglich vorangestellt wurden. Im Sinne des einfacheren Zugangs sind bei sämtlichen Erklärungen sachliche Themenüberschriften eingefügt worden.
Die Auswahl der Originaltexte wurde mit Sorgfalt vorgenommen. Eine Authenzität aller abgedruckten RZ/Rote Zora-Texte kann jedoch nicht gewährleistet werden.

Nicht aufgenommen

wurden Texte der sogenannten Resonanzzellen, soweit sie entweder als solche gekennzeichnet waren (z.B. das Papier »200 Jahre sind nicht genug«) oder inhaltlich stark von den jeweiligen Arbeitsschwerpunkten des sogenannten »Traditionsverbandes« abwichen. Nicht dokumentiert wurde ebenfalls der »Revolutionäre Zorn Nr.7«. In einer Kritik zu der im Sommer 1987 erschienenen Textsammlung »Der Weg zum Erfolg« wird von den Revolutionären Zellen Stellung genommen: »...ärgert uns noch einiges, z.B. daß dieses inhaltslose Revolverblättchen als Nr. 7 unseres •Zorn- präsentiert wird und unsere Nummer 6 und 7 trickreich nachnummeriert werden.« (taz 10.8.87).
Aus den sogenannten Praxisanleitungen der Revolutionären Zellen und der Roten Zora sind nur die politischen Einleitungen dokumentiert. Dadurch wird die originär in den Gruppen bestehende Auseinandersetzung um Theorie und Praxis deutlich. Von einer weitergehenden Dokumentation der »praktischen Tips« wurde aus inhaltlichen und konzeptionellen Gründen abgesehen.
Kriterium für die Textzusammenstellung war eine Dokumentation der Entwicklung der politischen Positionen, theoretischen Analysen und praktischen Aktivitäten der RZ/Rote Zora von 1973 bis 1992.

Die Anmerkungen
wurden zum besseren Verständnis der Originaltexte nachträglich erarbeitet. Es wurde versucht, Namen, Organisationen und Ereignissen, die aus den Texten nicht oder nur schwer verständlich sind bzw. deren Wissen darüber heute nicht vorausgesetzt werden kann, nachträglich transparent zu machen. Dabei wurden folgende Kriterien angelegt:
* Zu Personen aus dem linken Spektrum (insbesondere politische Gefangene und bereits gestorbene linksradikale AktivistInnen), wurde in Kürze ihre politische Entwicklung, soweit bekannt, und der Grund ihrer Verhaftung bzw. ihres Todes beschrieben. Die danach folgenden Literaturangaben führen erst Publikationen auf, bei denen die Personen als Autoren oder Autorinnen (Bücher, Aufsätze, Prozeßerklärungen) namentlich gezeichnet haben. Es folgt Literatur, die sich mit ihrer Situation (Verhaftungen, Prozesse etc.) beschäftigt. Auch wenn bei den bibliographischen Angaben ebenfalls keine Vollständigkeit garantiert wird, soll die Ausführlichkeit jedoch die Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit den politischen Positionen und der persönlichen Situation der Genannten verdeutlichen und geht deshalb oftmals über den behandelten Zeitraum hinaus. Die Ausführlichkeit in diesem Kontext hielten wir für angemessen, da in den Originaltexten immer wieder eine Bezugnahme erfolgt.
* Bei Personen aus dem sogenannten öffentlichen Leben sind ihre politischen Funktionen mit dem Schwerpunkt der Phase zur Zeit der Textproduktion der Originaltexte beschrieben. Weiterführende Literatur bezieht sich nur auf die behandelten Themen.
* Organisationen werden ebenfalls nur kurz erklärt. Wenn in den dokumentierten Originalen eine intensivere Beschäftigung mit staatlichen und transnationalen Organisationen und Institutionen erfolgt, wurde den Anmerkungen entsprechende Literatur angefügt.
* Ereignisse und Begriffe, deren Abläufe und Inhalte nicht aus den Originaltexten deutlich werden, sind unter dem Kriterium der Verständlichmachung erklärt worden. Angefügt ist dort Literatur, die einerseits ermöglichen soll, das angesprochene Ereignis nachzuvollziehen; gleichzeitig versteht sich die Literaturangabe als Versuch, die damaligen Diskussionen ansatzweise transparent zu machen.
Sicherlich ist es eine Gefahr, durch Anmerkungen nachträglich in ein Zustandekommen der politischen Position einzugreifen, denn die ProduzentInnen der Originaltexte haben keine Lektorats-Aufgaben übernommen. Trotzdem halten wir aber eine »Bearbeitung« für sinnvoll. Als Stichpunkte gemeint, orientieren sich die Anmerkungen an den Originalen, können aber auch als allgemeine Hinweise zu den behandelten Themen verstanden werden.
Eine ähnliche Funktion haben die Literaturverweise. Diese besagen nicht, ob die angegebenen Bücher auch tatsächlich rezipiert wurden, sondern sind nur ein kleiner Hinweis auf den Komplex der in jener

Zeit exitierenden Diskussion.

Die Auswahlbibliographie •Kritiken und Diskussionen-
soll deutlich machen, daß es seit den ersten Aktionen der Revolutionären Zellen eine, wenn auch nicht allzu intensive, Auseinandersetzung um deren Politik innerhalb der Linken gegeben hat.

Das themenorientierte Literaturverzeichnis
ist ebenfalls eine Auswahlbibliographie, die nur aufzeigen kann, daß eine breitere Beschäftigung mit den in den Originaltexten angesprochenen Themen stattgefunden hat und auch heute noch möglich ist.

Die Register
beziehen sich nur auf die Originaltexte und haben den Zweck, ein schnelles stichpunktartiges Auffinden zu erleichtern.

ID-Archiv im IISG/Amsterdam

Die Anmerkungen zum Vorwort befinden sich im Buch auf Seite 684 f.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Anmerkungen zu Kapitel 1

1. Roque Dalton

Schriftsteller und Aktivist der salvadorianischen ERP (Revolutionäres Volksheer); nach neunjährigem Exil und zweijähriger Illegalität in El Salvador wurde er 1975 als CIA-Agent und Verschwörer von der ERP denunziert und ermordet. Dalton wurde Opfer eines Machtkampfes innerhalb der ERP um verschiedene militärische Konzeptionen des revolutionären Prozesses. Dalton vertrat, wie die Mehrheit der ERP, den Ausbau und die Verankerung der Partei im Volk (»Massenlinie«), während die andere Position einen »schnellen Volksaufstand« propagierte. Nach zwei weiteren Morden zog sich die Mehrheit aus der Organisation zurück und gründete die FARN (Bewaffnete Kräfte des Nationalen Widerstands).
Die ERP, durch ihre Taten diskreditiert, versank zunächst in der Bedeutungslosigkeit. Diese und andere Morde innerhalb der revolutionären Linken (Jovel 1980/Montes 1983) wirkten traumatisierend und lähmend.
Literatur: Roque Dalton: *Y otros Lugares/und andere Orte*. Gedichte deutsch-spanisch Basel/Frankfurt/M.: Verlag Roter Stern/Stroemfeld, 1981
zur Entwicklung in El Salvador siehe u.a.:
Literatur: Ralf Syring: *Krieg in El Salvador*. Widerstand gegen die Weiterentwicklung der Unterentwicklung. Berlin: Verlag Schwarze Risse, 1989

2. 18.12.1987

Bundesweite Razzia mit 33 Durchsuchungen sowie Verhaftung von Ingrid Strobl und Ulla Penselin; aufgrund der Razzien etc. gingen mehrere Personen in die Illegalität. Das BKA definiert die »anschlagsrelevanten Themen« Gentechnologie, Flüchtlingspolitik und Bevölkerungspolitik.
Literatur: Broschürengruppe für Ulla und Ingrid (Hg.): *Anschlag auf die Schere am Gen und die Schere im Kopf*. Hamburg: Konkret Verlag, 1988
Literatur: Tiefe Einblicke. Dokumentation und Hintergründe zu den Hausdurchsuchungen (18.12.87) und zu den Verhaftungen. Bochum: Selbstverlag, 1988
Literatur: Prozeßbüro Ingrid Strobl (Hg.): Nicht zu fassen. Köln: Selbstverlag, 1988/89

3. Stasi

Ministerium für Staatssicherheit; ehemaliger DDR-Geheimdienst
Literatur: David Gill, Ulrich Schröder: *Ministerium für Staatssicherheit.* Berlin: Rowohlt-Berlin, 1991

4. Idi Amin

Nach einem Militärputsch übernahm Idi Amin 1971 die diktatorische Macht in Uganda; Repression und Terror kosteten Hunderttausenden von Menschen das Leben. Ein Grenzkrieg mit Tanzania und der folgende Bürgerkrieg beenden Amins Regime, der sich 1979 zunächst nach Libyen und dann nach Frankreich absetzt.

5. Mogadischu

Hauptstadt von Somalia. In Mogadischu wurde am 17./18. Oktober 1977 die von einem palästinensischen Kommando entführte und auf dem Flughafen stehende Lufthansamaschine durch die GSG 9 des Bundesgrenzschutzes gestürmt; die Geiseln werden befreit, drei Entführer getötet.

6. Meinhof, Ulrike

1934-1976; Sprecherin der Bewegung gegen den Atomtod; 1959-1968 Redakteurin und Kolumnistin der Zeitschrift Konkret. Ulrike Meinhof war am 4.5.1970 an der Baader-Befreiung beteiligt; ab 1970 RAF; wird am 15.6.1972 festgenommen; Gefangene im 'Toten Trakt'; am 29.11.1974 zu acht Jahren Haft verurteilt; am 9.5.1976 in ihrer Zelle erhängt aufgefunden.
Literatur: Ulrike Marie Meinhof: *Die Würde des Menschen ist antastbar.* Aufsätze und Polemiken. Berlin: Wagenbach Verlag, 1980
Literatur: Erklärung von Ulrike Meinhof, betrifft: Berlin-Moabit-Prozess um die Befreiung von Andreas Baader, in: *Der Kampf gegen die Vernichtungshaft.*
Literatur: *letzte texte von ulrike.* Hrsg.: internationales komitee zur verteidigung politischer gefangener in westeuropa. o.O.: Selbstverlag, 1976
Texte von Ulrike Meinhof auch in:
Literatur: *das info.* Briefe der Gefangenen aus der RAF 1973-1977. Hrsg. von Pieter H. Bakker Schut. Kiel: Neuer Malik Verlag, 1987
Literatur: *texte: der RAF*. Malmö: Verlag Bo Cavefors, 1977
Literatur: *Der Tod Ulrike Meinhofs.* Bericht der internationalen Untersuchungskommission. Tübingen: iva-Verlag, 1979
Literatur: Peter Brückner: *Ulrike Meinhof und die deutschen Verhältnisse.* Berlin: Wagenbach Verlag, 1976

7. Sechs-Tage-Krieg

Juni 1967; Israel besetzt die Sinai-Halbinsel, Teile Jordaniens, den Gaza-Streifen und die Westbank sowie die Golanhöhen.

8. Schwarzer September

Schwarzer September bezeichnet das Massaker, das die jordanische Armee 1970 an den in Jordanien lebenden Palästinensern durchführte.

9. Vietnam

Nationaler Befreiungskampf bis 1975 gegen wechselnde Besatzungsmächte (Frankreich, Japan, USA); ab 1945/46 Demokratische Republik Vietnam (Nordvietnam) unter Ho Chi Minh, gegen die Franzosen aber erst mit deren Niederlage bei Dien Bien Phu unter Führung von General Vo Nguyen Giap durchgesetzt.
Ab 1955 findet eine zunehmende US-Intervention statt; bis 1966 werden 400.000 US-Soldaten nach Südvietnam geschafft, die die korrupte südvietnamesische Regierung stützen und z.T. große Kriegsgreuel begehen. Der Volkswiderstand der FNL/Vietcong, die us-amerikanische Antikriegsbewegung und die zunehmenden Kriegskosten führen zum US-Truppenrückzug 1973. Mit dem Fall Saigons im April 1975 beginnt der Versuch, ein vereintes Vietnam aufzubauen.
Literatur: SDS Westberlin (Hg.): *Internationaler Vietnamkongreß 1968.* Der Kampf des vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des US-Imperialismus. West-Berlin: Edition Voltaire, 1968; Hamburg: Libertäre Assoziation, 1987

10. Amnesie

Gedächtnisschwund

11. Komintern

Kommunistische Internationale (1919-1943); ursprünglich als Koordinationsstelle der internationalen revolutionären Bewegungen mit Sitz in Berlin gedacht. Sie entwickelte sich jedoch zu einer Schaltstelle der sowjetischen Machtpolitik mit Sitz in Moskau. Führende Mitglieder europäischer kommunistischer Parteien wurden entmachtet und die Orientierung auf die Sowjetunion durchgesetzt. Dabei war Stalins spätere These vom Aufbau des »Sozialismus in einem Land« zentrale Leitlinie. Im Exekutivkomitee (EKKI) der KI wurde die Sozialfaschismustheorie/Einheitsfront, aber auch die Volksfronttheorie, entwickelt und durchgesetzt.
Literatur: Pierre Frank: *Geschichte der Kommunistischen Internationalen.* Frankfurt/M.: ISP Verlag

12. Entebbe-Film Prozeß

Literatur: *die legalisierung der rechtlosigkeit.* Broschüre zum Prozeß gegen Gerd Albartus und Enno Schwall. o.O.: Selbstverlag, 1977

13. Sicherheitsverwahrung

Die weitere Inhaftierung eines Gefangenen nach Ablauf der offiziellen Haftzeit.
Literatur: Autonomie Neue Folge: *Sonderheft »Sicherungsverwahrung«.* Hamburg: Selbstverlag, 1980

14. Texte über die Politik Israels

Gerd Albartus übersetzte u.a. das Buch:
Literatur: Livia Rokach: *Israels heiliger Terror.* Eine Studie auf Basis von Moshe Sharetts persönlichem Tagebuch und anderen Dokumenten seiner Zeit. Pfungstadt: Minotaurus Projekt, 1982

15. Rosa Luxemburg

Siehe auch:Anmerkung 5 zu Kapitel 5

16. emphatisch

nachdrücklich

17. Interview

Das Interview ist vom Mai 1975;
Siehe auch:Kapitel 2

18. Saint-Just, Louis

1767-1794; Mitglied des Nationalkonvents und des Wohlfahrtausschusses der französischen Revolution; gemeinsam mit Robespierre hingerichtet.

19. Jean Genet

1910-1986; schwuler linker Schriftsteller aus Frankreich; Jugend zeitweise im Erziehungsheim, danach Fremdenlegionär; in den 40er Jahren in Fresnes inhaftiert; später Buchhändler. Genet beteiligte sich 1968 an der Belagerung des Parteitages der Demokraten in Chicago. Mitte September 1982, als das Massaker

im Palästinenserlager Shatila stattfand, hielt sich Jean Genet zufällig in Beirut auf.
Literatur: Jean Genet: *Ein verliebter Gefangener. Köln:* Kiepenheuer & Witsch, 1990
Literatur: *Notres Dames des Fleurs.* (1942), Reinbek: Rowohlt, 1975
Literatur: *Querelle.* (1953), Reinbek: Rowohlt, 1974
Literatur: *Nachwort zu den Gefängnisbriefen von George Jackson* (Im Herzen ein Feuer, 1971)

20. »Zigeunerakten«

Die Akten wurden in einer 230seitigen Dokumentation im Dezember 1989 veröffentlicht. Eine Auswahl der Dokumente erschien ebenfalls im Dezember 1989 als Sondernummer der Berliner Wochenzeitschrift 'Interim'.
Literatur: Literatur zu Roma- und Sinti-Verfolgung siehe Literaturanhang.

21. Rau, Johannes

Sozialdemokrat; Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen (NRW).

22. Heinemann, Hermann

Sozialdemokrat; Sozialminister in NRW bis 1992.

23. Schnoor, Herbert

Sozialdemokrat; Innneminister in NRW.

24. Spontis

Siehe auch: Anmerkung 53 zu Kapitel 2

25. Karry

Am 11.5.1981 wird der hessische Wirtschaftsminister Heinz Herbert Karry in seinem Haus in Frankfurt erschossen. Ende Mai bekennen sich Revolutionäre Zellen zu der Tat.

26. Konzept Front

Das »Konzept Front« ist nachzulesen in dem Papier:
Literatur: *Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front;*. in: Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte. Bundesrepublik Deutschland - Rote Armee. Köln: GNN-Verlag, 1987
Das »Front-Konzept« wird von der RAF nachträglich analysiert in:
Literatur: *»Wir müssen das Neue suchen«.* Hamburg: Konkret (Sondernummer), September 1992
26a Zwischen Beethoven und McDonalds
Siehe auch:Text siehe Kapitel 8

27. Carlos (Illich Ramirez Sanches)

* 1949; wird in Presseveröffentlichungen unter dem Namen Carlos geführt; Teilnahme am Überfall auf die OPEC-Konferenz in Wien am 21.12.1975.

28. OPEC

Siehe auch: Anmerkung 2 und 3 zu Kapitel 4

29. 2.11.

Am 2.11.1987 wurden aus einer Demonstration an der Startbahnmauer am Frankfurter Flughafen heraus zwei Polizisten erschossen. In der Zeit danach kommt es zu umfangreichen Hausdurchsuchungen, Festnahmen und Aussagen bei den ermittelnden Behörden.
Literatur: ID-Archiv im IISG (Hg.): *2.11.87* ... Dokumente zu den Schüssen an der Startbahn-West. Amsterdam: Stichting Beheer, 1988
Literatur: Bunte Hilfe (Hg.): *»Wir hatten ja zwei Morde aufzuklären.«* Dokumentation zu den Folgen des 2.11.87. Frankfurt/M.: Selbstverlag, 1989

30. Ontologie

Lehre vom Sein

31. zur Rassismusdiskussion siehe z.B.

Literatur: Bell Hooks: *Schwesterlichkeit-Politische Solidarität unter Frauen;* in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis Nr. 26. Köln: Selbstverlag, 1990

32. »ich geh weg«

Text veröffentlicht in verschiedenen Infoblättern u.a. in
Literatur: *Kritik macht uns nur stärker* - Texte zur RZ-Diskussion. Berlin: Selbstverlag, 1992
Siehe auch: Literaturanhang »Kritiken und Diskussionen«

33. Chile

Siehe auch: Anmerkung 15 und 17 zu Kapitel 2

34. Spanien 1936-39

Zeitraum des spanischen Bürgerkriegs, während dem die soziale und politische Umgestaltung trotz bzw. wegen des faschistischen (francistischen) Angriffs durchgeführt wurde.
Literatur: Augustin Souchy: *Nacht über Spanien.* Bürgerkrieg und Revolution in Spanien. Darmstadt: Luchterhand Verlag, 1969 (Nachauflage: Trotzdem Verlag)
Literatur: Karin Buselmeier: *Frauen in der spanischen Revolution;* in: Frauen und Literatur 9/19 1978
Literatur: Hans Magnus Enzensberger: *Der kurze Sommer der Anarchie.* Frankfurt: Suhrkamp, 1972
Literatur: Ingrid Strobl: *»Sag nie, du gehst den letzten Weg«.* Frauen im bewaffnteten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung. Frankfurt/M: Fischer Taschenbuchverlag, 1989

35. Gerd

Gerd Albartus

36. Bony (Wilfried Böse)

1949-1976; im Juni 1975 in Paris mit falschen Papieren festgenommen; RZ-Mitglied; beteiligt an der Entführung einer Passagiermaschine nach Entebbe, wo er bei der Erstürmung durch ein israelisches Kommando erschossen wird.

37. Brigitte (Brigitte Kuhlmann)

RZ-Mitglied; wurde zusammen mit Böse am 4.7.1976 in Entebbe erschossen.

38. Horkheimer, Max

1895-1973; Philosoph; leitete ab Oktober 1930 das Institut für Sozialforschung in Frankfurt/M.; Exil in den USA, arbeitete dort an der Columbia Universität; 1950 Rückkehr in die BRD und Wiederaufbau des Instituts; Professur an der Uni Frankfurt.
Literatur: Max Horkheimer: *Traditionelle und kritische Theorie.* 5 Aufsätze. (1937), Frankfurt/M.: Fischer Verlag, 1989
Literatur: M. Horkheimer, Th. W. Adorno: *Dialektik der Aufklärung.* (1947), Frankfurt/M.: Fischer Verlag, 1987

39. This is not a love song

Siehe auch:Text siehe Kapitel 15

40. Brecht, Bertolt

1898-1956; deutscher Schriftsteller.

[Dieses Fenster schließen]

Anmerkungen zu Kapitel 5:

1. Scheidemann, Philipp

1865-1939; Sozialdemokrat; Rücktritt als Ministerpräsident der Weimarer Republik aus Protest gegen den Versailler Friedensvertrag; hatte es nach Beginn der Novemberrevolution von 1918 besonders eilig, die deutsche Republik auszurufen.

2. Ebert, Friedrich

1871-1925; Sozialdemokrat; Reichpräsident 1919-1925; tritt 1914 für den sogenannten innenpolitischen »Burgfrieden« ein; unterstützt die »Kriegskredite« von 1914; schließt 1918 den Pakt mit General Groener zur Niederschlagung der Novemberrevolution.

3. Noske, Gustav

1866-1946; Sozialdemokrat; zeitweilig Reichswehrminister; an der Niederschlagung der revolutionären Aufstände in Kiel 1918, Berlin 1919, im Ruhrgebiet und in Sachsen 1920 führend beteiligt. Unter dem Motto: »Einer muß den Bluthund machen« ließ er dem reaktionären Militär und den Freikorpsregimentern freien Lauf.
Literatur: Erhard Lucas: *Märzrevolution 1920.* Frankfurt/M.: Verlag Roter Stern, 1970

4. Engelmann, Bernt

* 1921; Schrifsteller und Publizist; 1977-1983 Vorsitzender des Verbandes deutscher Schriftsteller.

5. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Gründeten mit anderen am 30.12.1918 die Kommunistische Partei Deutschlands. Rosa Luxemburg vertrat einen freiheitlichen Sozialismus mit entsprechender Parteiorganisation.
Beide wurden am 15.1.1919 während des »Spartakusaufstands« in Berlin von Freikorpsleuten ermordet.
Literatur: Rosa Luxemburg: *Die Akkumulation des Kapitals und Antikritik.* Frankfurt/M.: Verlag Neue Kritik, 1970
Literatur: *Briefe an Karl und Luise Kautsky.* Berlin: Verlag Klaus Guhl, 1981
Literatur: *Briefe aus dem Gefängnis.* Berlin: Dietz Verlag, 1991

6. Ulrike

Ulrike Meinhof

7. Halimeh

War der palästinensische Name von Brigitte Kuhlmann.

8. Gudrun

Gudrun Ensslin

9. Ingrid

Ingrid Schubert, 1944-1977; RAF, am 12.11.1977 in der JVA Stadelheim erhängt aufgefunden.

10. Holger

Holger Meins

11. Wilfried

Wilfried Böse

12. Andreas

Andreas Baader

13. Jan

Jan-Carl Raspe

14. My Lai

Im Rahmen der Tet-Offensive zu Beginn des Jahres 1968 rückte der Vietcong in die strategischen Stellungen der US-Armee vor. Zur gleichen Zeit wird von einer US-Einheit in dem Dorf My Lai die Bevölkerung systematisch abgeschlachtet. Bei dem Blutbad gibt es kaum Überlebende. Erst 1969, nach der Veröffentlichung von Fotos, wird das Massaker bekannt. Der befehlshabende Offizier Calley wird 1970 zunächst zu lebenslanger Haft verurteilt, 1975 jedoch freigelassen, in den 80er Jahren dann rehabilitiert.
My Lai ist für die amerikanische und westeuropäische Antikriegsbewegung der 60er und 70er Jahre ein Synonym für die Kriegsverbrechen der US-Armee gewesen.
Literatur: Calley: *»Ich war gern in Vietnam«*. Frankfurt/M.: Fischer Verlag, 1972

15. Attica

Knastrevolte 1971 in den USA, die hauptsächlich von afroamerikanischen und puertoricanischen Gefangenen getragen wurde, nach 4 Tagen blutig niedergeschlagen; 32 Gefangene werden getötet, über 300 durch Schüsse (hauptsächlich in den Rücken) und Knüppelschläge schwer verletzt.
Literatur: Richard X. Clark; Leonard Levitt: *Attica.* Entstehung, Verlauf und blutige Zerschlagung einer Gefangenenrevolte. München: Trikont Verlag, 1977

16. Tel Saatar

(Tel Zaatar)
Siehe auch: Anmerkung 37 zu Kapitel 3

17. Mogadischu

Siehe auch: Anmerkung 5 zu Kapitel 1

18. Croissant, Klaus

Rechtsanwalt; zeitweilig Verteidiger von Andreas Baader und Gudrun Ensslin; 1979 zu zweieinhalb Jahren wegen »Unterstützung einer kriminellen Vereinigung« verurteilt. Später zeitweise bei der Berliner Alternativen Liste; im September 1992 wegen angeblicher IM-Tätigkeit für das MfS in Untersuchungshaft genommen.
Literatur: *Der Prozeß gegen Klaus Croissant.* Erklärungen/Anträge/Dokumente. Stuttgart: fantasia druck,

1979

19. Glucksmann, André

Französischer Philosoph.
Literatur: André Glucksmann: *Köchin und Menschenfresser.* Über die Beziehung zwischen Staat, Marxismus und Konzentrationslager. Berlin: Wagenbach Verlag, 1976

20. Germanizziazione

Italienische Bezeichnung für den Versuch der Durchsetzung des Modells Deutschland.

21. Gorilla-Diktaturen

Im Zusammenhang mit der Absetzung Perons in Argentinien 1955 entsteht der Ausdruck »Gorilla« zur Bezeichnung reaktionärer Generäle.

22. Pohle, Rolf

* 1942; Vorsitzender des AStA der Universität München; beteiligt an der Rechtshilfe der APO; verhaftet am 18.12.71; verurteilt zu fünf Jahren wegen § 129; durch die Lorenz-Entführung am 4.3.75 befreit; erneute Verhaftung am 21.7.76 in Athen; 1.10.76 Auslieferung an die BRD;
Literatur: Erklärung von Rolf Pohle vor dem Aeropag in Athen, in: Rote Hilfe Zürich; Russell Initiative Zürich: *Glaubt den Lügen der Mörder nicht.* Zürich: Selbstverlag, 1978
Literatur: *Rolf Pohle Dokumentation.* München: Kollektiv Rote Hilfe, 1977

23. Karamanlis, Konstandinos

Zwischen 1955 und 1963 mehrmals griechischer Ministerpräsident; im Gefolge der Militärdiktatur ab 1974 erneut diese Position.

24. Vigier, Jean Pierre

Veröffentlichte u.a. in der französischen Zeitschrift »Les Temps Moderns«.

25. Mandel, Ernest

* 1923; marxistischer Wirtschaftstheoretiker und Trotzkist
Literatur: Ernest Mandel: *Der Spätkapitalismus.* Versuch einer marxistischen Erklärung. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 1973
25a. Brandt, Willy
1913-1992; SPD-Vorsitzender; 1969-1974 Bundeskanzler; seit 1976 Vorsitzender der Sozialistischen Internationale.

26. Ecevit, Bülent

* 1925; 1972-1980 Vorsitzender der türkischen Sozialdemokraten, 1974, 1977 und 1978/79 Ministerpräsident.

27. Soares, Mario

* 1924; 1973 Generalsekretär der sozialistischen Partei Portugals; Außenminister 1974/75,

Premierminister 1976-1978.

28. Suarez, Adolfo

* 1932; Im Francismus unterschiedliche politische Funktionen; 1976-1981 Ministerpräsident in Spanien.

29. Gonzales, Felipe

* 1942; ab 1974 Generalsekretär der PSOE/Spanien.

30. Truman, Harry S.

1884-1972; US-Präsident 1945-1952.

31. WiWo

Zeitschrift Wirtschaftswoche

32. Literatur: Folker Fröbel/Jürgen Heinrichs/Otto Kreye: Die neue internationale Arbeitsteilung.

Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer. Reinbek: Rowohlt, 1977

33. Literatur: Helmut Schehl: Vor uns die Sintflut.

Ökologie, Marxismus und die Zukunftsgläubigkeit. Berlin: Rotbuch Verlag, 1978

34. Rockefeller, David

Stammt aus der Rockefeller-Dynastie; Mitglied der Trilateralen Kommission.

35. Terms of Trade

Das Verhältnis eines Index der Ausfuhrpreise zu einem Index der Einfuhrpreise.

36. Nyerere, Julius

* 1922; ab 1964 Präsident von Tansania.

37. Fanon, Frantz

1924-1961; Arzt und Psychiater; aus Martinique stammender, von 1956-1961 in Algerien lebender Theoretiker und Schriftsteller.
Literatur: Frantz Fanon: Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 1966

38. George, Susan

Literatur: Susan George: *Wie die anderen sterben.* Die wahren Ursachen des Welthungers. Berlin: Rotbuch, 1976

39. Areopag:

Oberster griechischer Gerichtshof, der über die Auslieferung von Rolf Pohle entschied.

40. Brandt-Kommision

bezeichnet sich als »Unabhängige Kommission für internationale Entwicklungsfragen« (auch: Nord-Süd-Komission) unter Vorsitz von Willy Brandt; Initiator war 1977 der Weltbank-Präsident McNamara

41. Kissinger; Henry

Berater von Eisenhower, Kennedy und Rockefeller; wichtige Stellung in der Nixon-Administration; US-Außenminister von 1973-1977; Mitglied der Trilateralen Kommision.

42. AAA-Kommandos

Antikommunistische Aktion Argentiniens; von rechten politischen Organisationen und Parteien, Militärs und Konzernen bezahlte Killerkommandos (Todesschwadronen).
Literatur: Arno Münster: *Argentinien.* Guerilla und Konterrevolution. Arbeiterkämpfe gegen oligarische Diktatur und Gewerkschaftsbürokratie. München: Trikont Verlag, 1977

43. FNLA/UNITA

Rechte Befreiungsbewegungen in Angola; unter anderem von der südafrikanischen Regierung unterstützt.
Literatur: Bettina Decke: Angola. in: *Südliches Afrika.* Geschichte, Befreiungskampf und politische Zukunft. Berlin: Wagenbach Verlag, 1978Literatur: Colin Legum, Tony Hodges: *Krieg um Angola.* Köln: Verlag Internationale Solidarität, 1978

44. Polisario

Frente Popular de Liberación de Saguia el Hamra y del Rio de Oro (Westsahaurische Befreiungsbewegung)
Literatur: Rössel, Karl: *Wind, Sand und (Mercedes-)Sterne.* Bad Honnef: Horlemann Verlag, 1991

45. Fretelin

1975 wird die Demokratische Republik Osttimor (ehemalige portugiesische Kolonie) durch Indonesien völkerrechtswidrig besetzt. Kämpfe gegen die Befreiungsbewegung Fretelin (Frente Revolucionario de Timor este Independe); Repression und Hungersnot führen bis 1990 zum Tod von einem Viertel der Bevölkerung Osttimors.
Literatur:K. Horta, K. Ludwig: *Osttimor.* Das vergessene Sterben. Göttingen: Pogrom-Verlag, 1985

46. Zeit

Liberale deutsche Wochenzeitschrift.

47. Breschnew, Leonid

1906-1982; ab 1952 im ZK der KPDSU; ab 1966 Generalsekretär der Partei; Gegenspieler Chrustchows; verkündet die Doktrin der »beschränkten Souveränität«, womit der Einmarsch in die CSSR (1968) gerechtfertigt wird. Ab 1977 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets.

48. Trilaterale Kommission

1973 von David Rockefeller gegründet; als transnationale Koordinierungsgruppe stellt sie den Versuch

dar, strategische (politisch-ökonomische) Planungen zu entwerfen und nationale Widersprüche einzuebnen. Ihre Mitglieder rekrutieren sich aus der »politischen Klasse«, dem transnationalen Kapital, den Gewerkschaften u.a.
Literatur: Laurence Shoup/William Winter: *Kullissenschieber e. V.* Der Council of Foreign Relations und die Außenpolitik der USA. Bremen/Berlin: Verlag Roter Funke/ Freunde der Erde, 1981

49. McNamara, Robert

* 1916; 1960 Präsident der Ford Motor Company; 1961-1968 US-Verteidigungsminister; 1968-1981 Präsident der Weltbank.

50. OLAS

Organisación Latinoamericana de Solidaridad (Organisation lateinamerikanischer Solidarität)
1966 gegründete Organisation zur Unterstützung revolutionärer Befreiungsbewegungen in Lateinamerika.
Literatur: *Trikontinental 1967-1970.* Eine Auswahl. Hrsg. von Karl Dietrich Wolff. Frankfurt/M.: März Verlag, 1970

51. Matthöfer, Hans

* 1925; Gewerkschaftler und Sozialdemokrat; 1972-1974 Parlamentarischer Staatssekretär; ab 1974 diverse Ministerposten.

52. DDT

Hochgiftiges Pflanzenschutzmittel53. »Faustischer Pakt«
Von Goethes »Faust« abgeleitet: Pakt mit dem Teufel

54. Vetter, Heinz-Oskar

* 1917; Vorsitzender des DGB von 1969-1982; 1974-1979 Präsident des europäischen Gewerkschaftsbundes.

55. FAZ

Fankfurter Allgemeine Zeitung; Konservative Tageszeitung.

56. Literatur: Fröbel u.a.: Technologie und Politik 8.

Reinbek; Rowohlt Verlag, 1977

57. IFO

Institut für Wirtschaftsforschung; gegründet 1949; Forschungsschwerpunkte: Konjunkturanalyse und Prognose durch Befragung von Unternehmen.

58. Friedrich, Lambsdorff

FDP-Politiker

59. FR

Frankfurter Rundschau
Liberale Tageszeitung.

60. Welt

Konservative Tageszeitung aus dem Hause Springer.

61. APO-Zwangsbefriedung

Gemeint sind damit: Hochschulreform, Amnestie, Berufsverbot

62. Abs, Hermann

* 1903; Deutsche Bank; 1942 hatte er 10 Aufsichtsratsmandate bei Firmen in den von deutschen Truppen besetzen europäischen Ländern; 1957-1967 war er Vorstandssprecher der Deutschen Bank.

63. Schleyer, Hanns-Martin

1915-1977; 1942 Chef des Präsidialbüros im »Zentralverband der Industrie für Böhmen und Mähren«; seit 1951 bei Daimler Benz; Von 1973 bis zu seiner Entführung und Erschießung durch ein RAF-Kommando Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände.

64. Kiesinger, Kurt Georg

1904-1991; CDU; 1966-1969 Bundesminister der Großen Koalition; wird 1968 wegen seiner Mitgliedschaft in der NSDAP (seiner Funktion als stellvertretender Abteilungsleiter im NS-Propagandaministerium) von Beate Klarsfeld öffentlich geohrfeigt.

65. Flick, Friedrich

1883-1972; Großindustrieller; finanzieller Förderer der NS-Bewegung; Flick galt als der reichste Mann Westdeutschlands, weigerte sich jedoch Entschädigungen an Zwangsarbeiter zu zahlen.

66. Ponto, Jürgen

1923-1977; Vorstandsvorsitzender der Dresdner Bank; am 30.7.77 bei einem mißglückten Entführungsversuch von der RAF erschossen.

67. Portugal

Siehe auch: Anmerkung 24 zu Kapitel 2

68. Dame Williams

Meint die nordirische Gruppe »Mothers of Peace« um Betty Williams, Mairead Corrigan u.a.. Sie bringen im August 1976 ca. 10.000 Mütter und Nicht-Mütter auf die Straße, um gegen die Gewalt des irisch-republikanischen Widerstandes zu demonstrieren; nach der Verleihung des Friedensnobelpreises 1977 zerwirft sich die Gruppe wegen des Geldes, das mit dem Preis verbunden ist.

69. Assen/Holland

Vom 23. Mai bis 11.Juni 1977 kommt es zu einer Geiselnahme im Zug Groningen-Assen. Nach der Stürmung des Zuges sind zwei Geiseln und sechs Entführer tot. Am 10. September 1977 stürmen 1.400

Polizisten und Soldaten unter Einsatz von Schußwaffen die Viertel der molukkischen Bevölkerung in Assen und Bovens-Smilde. Hintergrund ist die seit 1975 (erste Zugentführung in Beilen) zunehmend militant vorgetragene Forderung nach molukkischer Unabhängigkeit auf den von Indonesien seit 1951 besetzten Inseln (»Ambonesien«). Holland als ehemalige Kolonialmacht nahm mehrere zehntausend Menschen der molukkischen Bevölkerung, die in der Kolonialverwaltung eingesetzt waren, auf.
Literatur: Einar Schlereth: *Indonesien.* Die Menschen, das Land, die Kultur und was die holländischen Räuber daraus gemacht haben. Berlin: Wagenbach Verlag, 1975

70. George Jackson

Siehe auch: Anmerkung 23 zu Kapitel 3

71. Pflasterstein

Militante Zeitschrift aus dem Rhein-Main-Gebiet.

72. Schweine

Pig; eingedeutschter Begriff; Übernahme aus den USA, in Anlehnung an den Sprachgebrauch des schwarzen Ghettowiderstands.

73. Gramsci, Antonio

1891-1937; Mitbegründer der kommunistischen Partei Italien (PCI), wichtiger Theoretiker.
Literatur: Antonio Gramsci: *Gefängnishefte.* Hamburg: Argument Verlag, 1991 ff.

74. Krabbe, Hanna

* 1946; SPK, Anti-Folter Komitee; taucht wegen eines 129a Verfahrens unter; bei der Teilnahme an der Besetzung der Stockholmer Botschaft schwer verletzt, verhaftet am 26.4.75; wird am 20.7.77 zu zweimal lebenslänglich verurteilt; in Lübeck in Haft.
Literatur: Brief von Ulrike Meinhof an Hanna Krabbe vom März 1976, in: *Aussage von Irmgard Möller am 22.5.1985 in Stammheim.* o.O.: Kopienensammlung o.J.

75. Italien

Meint die Autonomia; linksradikale stadtteilorientierte italienische Bewegung in den 70er Jahren.
Literatur: Nani Ballestrini: *Wir wollen alles* .... München: Trikont Verlag, 1971
Literatur: Berto Bernini u.a.: *Indianer und P38.* Italien-Ein neues 68 mit anderen Waffen. München: Trikont Verlag, 1978

76. Sperber, Manes

1905-1984; Schriftsteller; 1975 Büchner-Preis; 1983 Friedenspreis des deutschen Buchhandels.
Literatur: Manes Sperber: *Wie eine Träne im Ozean.* Wien: Europa Verlag, 1976

77. Gründler, Hartmut:

Ein Tübinger Lehrer, der sich aus Protest gegen die Atomindustrie und gegen die sozialdemokratische Atompolitik in Hamburg während eines SPD-Parteitags selbst verbrannte.

78. Literatur: Hans-Joachim Müller-Borchert: Guerilla im Industriestaat.

Ziele, Ansatzpunkte und Erfolgsaussichten. Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag, 1973

79. Literatur: Alex Schubert: Stadtguerilla.

Tupamaros in Uruguay - Rote Armee Fraktion in der BRD.
Berlin: Wagenbach Verlag, 1971

80. Biermann, Wolf

* 1936; DDR-Regimekritiker, 1976 ausgebürgert.

81. Begriff vom antiimperialistischen Kampf

Siehe hierzu auch:
Literatur: *Internationaler Vietnam-Kongreß 17./18. Februar 1968.* Hrsg.: SDS Westberlin und Internationales Nachrichten und Forschungsinstitut. Hamburg: Verlag Libertäre Assoziation, 1987 (Neuauflage)

82. Ho Chi Minh

1890-1969; nimmt 1923 am Gründungskongreß der KP Frankreich teil; zeitweilig Funktionär der Komintern; Mitbegründer der KP Indochinas 1930; maßgeblich bei der 1944 gegründeten Vietmin (Volksfront); ab 1956 Generalsekretär der vietnamesischen Arbeiterpartei; Staatspräsident der Demokratischen Republik Vietnam; Symbolfigur für den vietnamesischen Befreiungskrieg.

83. Hundert Blumen blühten

Das Bild bezieht sich auf die1956/57 von der KP-Chinas initiierte »Liberalisierungskampagne«. Mao: »Laßt hundert Blumen blühen, laßt hundert Schulen wetteifern.«

84. Vietcong

Siehe auch: Anmerkung 51 zu Kapitel 3

85. Fedayin

(Freiheitskämpfer); Oberbegriff für bewaffnete KämpferInnen; zunächst auf Palästina bezogen, später auch auf den Iran (Volksfedayin).

86. Tupamaros

Siehe auch:Anmerkung 45 zu Kapitel 2

87. Black Panther

Eigentlich Black Panther Party; im Oktober 1966 in Oakland (USA) maßgeblich von Huey Newton und Bobby Seale gegründet; verstand sich zunächst als Selbstverteidigungsgruppe gegen organisierte Gewalt, begriff die rassistische Unterdrückung als Strukturmerkmal des Kapitalismus; entwickelte sich aus der schwarzen Bürgerrechtsbewegung; militante Basisorganisation der afroamerikanischen Communities und gleichzeitig ihr Motor bei Bildungs- und Gesundheitsprogrammen.
Die Black Panther waren wesentlich an den Ghetto-Aufständen 1967/68 beteiligt; neben Mao Tse-tung beeinflußten Malcom X und Frantz Fanon die Organisation. Die Black Panther wurden als Staatsfeind

Nr. 1 verfolgt (wie z.B. Bobby Seale, 'Chicago 8 Prozesse'), erschossen (wie z.B. Fred Hampton) und außer Landes gejagt (wie z.B. Eldridge Cleaver). Das diesem Vorgehen zugrundeliegende FBI-Konzept (Cointelpro) wird 1971 von der US-Administration zugegeben; als Organisation zerschlagen gehen Teile der Black Panther in den Communities auf.
Literatur: Eldridge Cleaver: *Seele auf Eis.* München: Hanser Verlag, 1969
Literatur: Eldridge Cleaver: *Zur Klassenkampfanalyse der Black Panther Party.* Erziehung und Revolution. Frankfurt/Main.: Roter Stern, 1970
Literatur: C. Schuhler: *Black Panther.* Zur Konsolidierung des Klassenkampfes in den USA. München: Trikont, 1968
Literatur: Black Power: *Die Ursachen des Guerillakampfes in den Vereinigten Staaten.* Zwei Analysen. Berlin: Voltaire Verlag, 1967
Literatur: Assata Shakur: *Assata.* Eine Autobiographie von Assata Shakur. Bremen: Agipa Press, 1990

88. 200-Jahr-Feier:

1976

89. Malatesta, Ericco

1853-1932; italienischer Anarchist und Theoretiker.
Literatur: Ericco Malatesta: *Gesammelte Werke.* Berlin: Karin Kramer Verlag, 1977

[Dieses Fenster schließen]

Anmerkungen zu Kapitel 3:

1. Meins, Holger

Siehe auch: Anmerkung 9 zu Kapitel 2

2. Herold, Horst

* 1923; 1967-1971 Polizeipräsident Nürnberg; 1971-1980 Präsident des Bundeskriminalamtes Wiesbaden.

3. Buback, Siegfried

1920-1977; 1959 Erster Staatsanwalt beim Bundesgerichtshof, 1963 Oberstaatsanwalt, 1971 Bundesanwalt, Pressesprecher des BGH; leitete Fahndung nach »Baader u.a.«, 1974 Generalbundesanwalt; am 7.4.77 von der RAF erschossen.4. Hausner, Siegfried
Siehe auch: Anmerkung 3 zu Kapitel 2

5. Meinhof, Ulrike

Siehe auch: Anmerkung 6 zu Kapitel 1

6. Baader, Andreas

Siehe auch: Anmerkung 54 zu Kapitel 2

7. Raspe, Jan-Carl

1944-1977; Soziologiestudent; Mitglied in der Kommune II, RAF; festgenommen am 2.6.1972, am 28.4.1977 zu lebenslänglicher Haft verurteilt, am 18.10.1977 im Knast Stuttgart-Stammheim tot aufgefunden.
Literatur: Jan Raspe: *Zur Sozialisation proletarischer Kinder.* Frankfurt/M.: Verlag Roter Stern, 1972
Literatur: Ulf G. Stuberger (Hg.): *»In der Strafsache gegen Andreas Baader, Ulrike Meinhof, Jan-Carl Raspe, Gudrun Ensslin wegen Mordes u.a.«*. Dokumente aus dem Prozess. Frankfurt/M.: Syndikat Buchgesellschaft, 1977

8. Notstandsgesetze

Siehe auch: Anmerkung 31 zu Kapitel 2

9. Schelm, Petra

1950 - 1971; RAF-Mitglied; am 15.7.71 bei der Fahndung von der Polizei erschossen.

10. Georg von Rauch

Siehe auch: Anmerkung 57 zu Kapitel 2

11. Thomas Weissbecker

1949 - 1972; bei RAF-Fahndung am 2.3.72 in Augsburg von der Polizei erschossen.
Literatur: *Die Erschießung des Georg von Rauch.* Eine Dokumentation anläßlich der Prozesse gegen

Klaus Wagenbach. Berlin: Wagenbach, 1976

12. Günter Routhier

1974 wird nach einer Arbeitsgerichtsverhandlung der Arbeiter Günter Routhier von Polizisten die Treppe hinunter gestoßen. Eine sofortige Hilfe wird dem Bluter verweigert, was zu seinem Tode führt
Literatur: *Dokumentation zum Fall Günther Routhier*. Dortmund: Selbstverlag, 1974

13. Sauber, Werner

Siehe auch: Anmerkung 4 zu Kapitel 2

14. Hammerschmidt, Katharina

1943-1975; Mitglied der RAF; stellte sich am 29.6.74 in Frankfurt den Verfolgungsbehörden; im Januar 1975 entlassen, stirbt sie an einem im Gefängnis nicht behandelten Tumor.
Literatur: Komitee für politisch Verfolgte (Hg.): *Dokumentation Katharina Hammerschmidt.* Berlin: Selbstverlag, 1974
14a Wessel, Ulrich
Siehe auch:Anmerkung 2 zu Kapitel 2

15. Bartsch, Jürgen

Jugend im Erziehungsheim; 1966 wegen vierfachen Kindesmißbrauchs und Mordes festgenommen; 1967/68 im Prozess zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er stimmte einer Kastration zu, bei der er am 28.4.1976 an einer Überdosis Narkosemittel starb. Bartsch galt den einen als Monster, den anderen als Synonym der krankmachenden Gesellschaft.
Literatur: Michael Förster; Rolf Schübel: *Nachruf auf eine Bestie.* Dokumente - Bilder - Interviews. Essen: Torso-Verlag, 1984

16. Sozialistisches Büro

Siehe auch: Anmerkung 11 zu Kapitel 2

17. Niederlage des Imperialismus

Meint vermutlich u.a. die Kapitulation Südvietnams am 30.4.75, im April 1975 den Sieg der Roten Khmer in Kambodscha; ebenso die Revolution in Portugal und in den ehemaligen portugiesischen Kolonien.

18. Illegalität

1956 wird die KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) verboten;
Literatur:Georg Füllberth: *KPD und DKP 1945-1990.* Heilbronn: Distel Verlag, 1990

19. Kitson, Frank

Englischer Counterinsurgency-Stratege; Brigadegeneral in Kenia, Malaysia, Zypern und Nordirland.
Literatur: Frank Kitson: *Im Vorfeld des Krieges.* Abwehr von Subversion und Aufruhr. Stuttgart: Seewald Verlag, 1974

20. Herold

Literatur: Interview von Sebastian Cobler mit Herold in der Zeitschrift Transatlantik, November 1980.

21. Nordhorn-Range

Im norddeutschen Nordhorn-Range versuchten die Anwohner 1975 die Schließung eines Übungsplatzes der Bundeswehr für Bombenabwürfe zu erreichen. Als sie mit Eingaben keinen Erfolg hatten, besetzten sie den Platz. Die Behörden reagierten darauf mit einem massiven Polizeieinsatz.

22. Zetkin, Clara

1857-1933; baute die sozialistische Frauenbewegung auf; war zunächst in der SPD, dann im Spartakusbund bzw. in der KPD; 1920 bis 1933 Reichstagsabgeordnete; aktiv in der Komintern (Frauensekretariat) und der Internationalen Roten Hilfe.
Literatur: Clara Zetkin: *»Ich will dort kämpfen, wo das Leben ist«.* Berlin-Ost: Dietz Verlag, 1986
Literatur: *Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands.* Frankfurt/M./ Basel: Roter Stern/Stroemfeld

23. Jackson, George

Mit 15 Jahren das erste Mal im Jugendgefängnis; mit 18 wegen angeblichen Raubes von 70 Dollar zu »1 Jahr bis lebenslänglich« verurteilt, wobei sein Entlassungstermin abhängig war von der Entscheidung einer Kommission über seine »gute Führung«.
In der Haft begann er sich vor allem für den schwarzen Befreiungskampf zu engagieren, gründete mit anderen schwarzen Gefangenen die »Soledad Brothers«, wurde später Mitglied der Black Panther Party. Jackson war wichtiges Bindeglied der afro-amerikanischen, hispanischen und weißen Gefangenenbewegung. Am 21. August 1971 wurde er im Gefängnis San Quentin ermordet.
Literatur: George Jackson: *Im Herzen ein Feuer.* München/Bern: Scherz Verlag, 1971
Literatur: Agipa Press (Hg.): *Comrade George Jackson und Attica.* Die Zeit des Blues ist vorbei. Band 1: Geschichte ist eine Waffe. Der Mord an George Jackson und die schwarze Gefangenenbewegung in den USA. Bremen: Agipa Press, 1987

24. Kröcher, Norbert

Wurde wegen der Lorenzentführung gesucht, am 1.4.77 in Schweden verhaftet und an die BRD ausgeliefert.

25. Adomeit, Manfred

Ebenfalls am 1.4.77 in Schweden verhaftet und an die BRD ausgeliefert.
Literatur: *doku? - nö:* »Keine Doku ÜBER Knofo und Manne[...] sondern eine Selbstdarstellung der beiden anhand von Artikeln, Geschichten und Bildern.« o.O., Selbstverlag, 1979

26. Genscher, Hans-Dietrich

* 1927; FDP; 1969-1974 Bundesinnenminister; 1974-1992 Bundesaußenminister und Vizekanzler.

27. Düx, Mike

Rechtsanwalt in Frankfurt/M.
Literatur: AStA Frankfurt/M. (Hg.): *Über die Reinhaltung der Anwaltschaft an den Beispielen Knöss und Düx.* Frankfurt: Selbstverlag, o.J.

Literatur: Mike Düx: Der verflixte 7. Stock, in: *Der Blinde Fleck.* Die Linke, die RAF und der Staat. Frankfurt/M.: Verlag Neue Kritik, 1987

28. Heldmann, Hans-Heinz

Rechtsanwalt.
Literatur: Hans-Heinz Heldmann: *Selbstmord oder Mord.* Kiel: Neuer Malik Verlag, 1988
Literatur: *Irmgard Möller berichtet.* Dokumentation. Hrsg. von Hans-Heinz Heldmann u.a. o.O.: Selbstverlag, 1978

29. Prozeß

Vor dem Berliner Kammergericht beginnt am 11.4.1978 der »Lorenz-Drenkmann Prozeß« gegen Ralf Reinders, Ronald Fritzsch, Till Meyer, Fritz Teufel, Gerald Klöpper und Andreas Vogel.
Literatur: Rote Hilfe Landesverband Berlin (Hg.): *Materialien zum Prozeß gegen Ralf Reinders...* Berlin: Selbstverlag, 1978

30. Roth, Karl-Heinz

* 1943; Arzt und Historiker; bei einer polizeilichen Straßenkontrolle mit an<\h>schlie<\h>ßender Schießerei in Köln am 9.5.75 schwer verletzt, Haftbefehl aufgehoben am 12.7.77; Mitarbeiter der Zeitschrift Autonomie.
Literatur: *Ein ganz gewöhnlicher Mordprozeß?* Das politische Umfeld des Prozesses gegen Roland Otto, Karl-Heinz Roth und Werner Sauber. Hrsg. v. Klaus Dethloff. Berlin: Rotbuch Verlag, 1978
Literatur: Karl-Heinz Roth: Die historische Bedeutung der RAF, in: *Klaut sie!* (Selbst-)kritische Beiträge zur Krise der Linken und der Guerilla. Tübingen: iva-Verlag, 1979

31. Fischer, Joseph (Joschka)

* 1948; Mitte der 70er Jahre Frankfurter Sponti; Veröffentlichungen in der Zeitschrift Autonomie-Materialien gegen die Fabrikgesellschaft; heute Politiker der Grünen und Umweltminister in Hessen.

32. Sanchez, Illich Ramirez (Carlos)

* 1949; Teilnahme am Überfall auf die OPEC-Konferenz in Wien am 21.12.75.

33. ETA

Euskadi Ta Askatasuna - Baskenland und seine Freiheit; baskische nationale Guerillaorganisation
Literatur: *ETA - Programme und Erklärungen.* o.O.: Selbstverlag, o.J.
Literatur: Bewaffneter Kampf im Baskenland, in: Peio Aierbe: *Bewaffneter Kampf in Europa.* Nordirland, Korsika, Italien, BRD. Berlin: Verlag Schwarze Risse, 1991

34. Carrero Blanco

Spanischer General und zweitwichtigster Mann des faschistischen Franco-Regimes; am 20.12.73 explodierte im Zentrum von Madrid eine Bombe, die den Admiral - genannt der »Menschenfresser« - das Leben kostete. Die Gewalt der Explosion war so groß, daß der Personenwagen Carrero Blancos mehrere Stockwerke hoch geschleudert wurde.
Literatur: *Operation Menschenfresser.* Wie und warum wir Carrero Blanco hingerichtet haben - ein

authentischer Bericht und Dokumente von E-T-A. Berlin/München: Kramer Verlag/Trikont Verlag, 1976 (Neuauflage: Berlin: Phantom Verlag, 1988)

35. Politruks

Meint bolschewistische Parteifunktionäre.

36. Chile

Gemeint ist der Putsch vom 11.9.1973.

37. Tel Zaatar

Im Sommer 1976 wird das mit ca. 30.000 BewohnerInnen größte palästinensische Flüchtlingslager in Beirut von den Falangisten und anderen christlichen Truppen eingeschlossen und bombardiert. Neben dem Beschuß mit Raketen, Mörsern und Artilleriegeschossen wird die Versorgung mit Wasser, Lebensmitteln und Medikamenten abgeschnitten. Nach 52 Tagen der Belagerung wird das Lager, unter Vermittlung von Vertretern der Arabischen Liga, nach einem Abkommen evakuiert. Mehr als 3.000 Menschen verlieren in diesem Kampf ihr Leben.

38. Brokdorf

Bei einer Besetzung des AKW-Bauplatzes in Brokdorf am 30. Oktober 1976 kam es zu einem massiven Polizeieinsatz; bei einer zwei Wochen später stattfindenen Demonstration mit rund 40.000 TeilnehmerInnen wurden erstmals in der BRD Einheiten des Bundesgrenzschutzes gegen eine Demonstration eingesetzt.
Literatur: AK Politische Ökologie: *Bilanz und Perspektiven zum Widerstand gegen Atom<\h>anlagen.* Hamburg: Selbstverlag, 1978

39. Sartre, Jean-Paul

1905-1980; Französischer Philosoph und Schriftsteller.
Literatur: Vorwort in: Frantz Fanon: *Die Verdammten dieser Erde.* Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 1966

40. undogmatische Linke

Nicht in einer Partei organisierte (antiautoritäre) Linke in den 70er Jahren.

41. Brückner, Peter

1922-1982; Psychologieprofessor; wegen angeblicher Kontakte zur RAF suspendiert; analysierte in einigen Schriften die Politik der RAF.
das im Text angesprochene Buch:
Literatur: Peter Brückner: *Ulrike Meinhof und die deutschen Verhältnisse.* Berlin: Wagenbach Verlag, 1979
Der Aufsatz findet sich in der Broschüre:
Literatur: links - Sozialistische Zeitung. Sondernummer 85, Februar 1977. Offenbach: Verlag 2000, 1977Literatur:Peter Brückner: *Vom unversöhnlichen Frieden.* Aufsätze zur politischen Kultur und Moral. Berlin: Wagenbach Verlag, 1984

42. Nietzsche, Friedrich

1844-1900; deutscher Philosoph.

43. Aktionen 71/72

Die Aktionen der RAF waren in den Jahren 1971/72 u.a.:
- 1971 mehrere Banküberfälle.
- 11.5.72: Bombenanschlag auf das V. US-Corps in Frankfurt.
- 12.5.72: Bombenanschläge auf Polizeihauptquartiere in Augsburg und München.
- 16.5.72: Sprengstoffanschlag auf den BGH-Richter Buddenberg
- 19.5.72: Bombenanschlag auf das Springer-Hochhaus in Hamburg
- 24.5.72: Bombenanschlag auf das Hauptquartier der US-Armee in Europa in Heidelberg

44. Brigitte Mohnhaupt

Siehe auch:Anmerkung 62 zu Kapitel 6

45. Müller, Gerhard

RAF-Mitglied; Festnahme 1972; ab 1976 »Kronzeuge«.

46. Prinzing, Theodor

Vorsitzender des 2. Strafsenats in Stammheim

47. Wagenbach, Klaus

Verleger in Berlin

48. Info-BUG

Info der Berliner Undogmatischen Gruppen. Berlin 1974-1978

49. Ein toter Genosse

Am 20. Januar 1985 wird bei einem versuchten Anschlag auf das Rechenzentrum Stuttgart-Vaihingen Jonas Thimme durch das vorzeitige Explodieren des Sprengstoffs getötet, Claudia Wannersdorfer schwer verletzt und festgenommen.
Erklärung zum Tod von Jonas Thimme, in:
Literatur: *Widerstand heißt Angriff.* Erklärungen, Redebeiträge, Flugblätter und Briefe 1977-1987. Amsterdam: Selbstverlag, 1988

50. Audran

Am 28.1.85 wird Audran, hoher Beamter des französischen Verteidigungsministeriums, Opfer eines Anschlags des Action-directe-Kommandos 'Elisabeth van Dyck'; am 1.2.85 wird in München der Vorstandsvorsitzende von MTU, Zimmermann, erschossen. Zu dem Attentat bekennt sich das RAF-Kommando 'Patsy O'Hara'.
Literatur: Kommando Patsy O'Hara der RAF zur Aktion gegen Zimmermann, in: Widerstand heißt Angriff.

51. Vietcong

Südvietnamesische Guerillaorganisation; bildete 1960 zusammen mit 20 anderen Organisationen die Front National de Liberation du Vietnam Sud (FNL).

52. B 52

US-Langstreckenbomber.

53. Bild

Rechtspopulistisches Boulevardblatt aus dem Springer Verlag .

54. Rote Khmer

Wurde lange Zeit als Befreiungsbewegung für Kambodscha eingeschätzt und unterstützt, besonders nach dem (CIA)-Putsch des Militärs unter Lon Nol und der Ausweitung des Vietnamkrieges bei dem der 'Ho Chi Minh Pfad' als Versorgungslinie des Vietcong als Vorwand galt.
1975/76 übernahmen die Roten Khmer unter Pol Pot die Regierungsgewalt; Umsiedlung der städtischen Bevölkerung aufs Land (»Agrarkommunismus«), der Massenmord an »Intellektuellen« sowie politisch Abweichenden forderte eine Million Tote; ab 1977/78 Krieg und Besetzung durch Vietnam. Nach der Regierung Heng Samrin (ab 1979) und dem Rückzug der vietnamesischen Truppen wird im Oktober 1991 ein Friedensabkommen ratifiziert, das den innerkambodschanischen Konflikt, an dem die Roten Khmer weiter beteiligt sind, dennoch nicht beendet.
Literatur: Walter Aschmoneit, Rainer Werning (Hg.): *Kampuchea.* Lesebuch zur Geschichte, Gesellschaft, Politik. Münster: dvv-Verlag, 1981

55. Phnom Penh

Hauptstadt von Kambodscha

56. 30 Fragen an die Tupamaros

eigentlich: 30 Fragen an einen Tupamaro. Interview vom 2.6.1968 in der chilenischen Zeitschrift 'punto final'. Damalige Plattform für Strategie und Taktik der MLN.
Literatur: Alain Labrousse: *Die Tupamaros.* München: Hanser Verlag, 1971

57. Sonthofener Rede

Auf einem CSU-Treffen im März 1975 vorgetragenes Strategiekonzept zur Destabilisierung der damaligen SPD/FDP-Koalition.

[Dieses Fenster schließen]

Anmerkungen zu Kapitel 2

1. Stockholm:

Am 24.4.1975 besetzt das RAF-Kommando Holger Meins die deutsche Botschaft in Stockholm. Die Aktion wird mit der Forderung nach Freilassung von 26 politischen Gefangenen begründet. Die Bundesregierung geht auf diese Forderung nicht ein. Aus nie ganz geklärten Gründen explodiert kurz vor Mitternacht im Botschaftsgebäude eine Bombe. Dabei sterben der Militärattaché Andreas von Mirbach, der Botschaftsrat Heinz Hillegart und Ulrich Wessel vom RAF-Kommando.

2. Wessel, Ulrich

1946-1975; RAF; wird bei der Botschaftsbesetzung in Stockholm tödlich verletzt

3. Hausner, Siegfried

1952-1975, SPK, geht nach seiner Haftentlassung 1974 in die Illegalität, RAF; wird bei der Stockholmer Botschaftsbesetzung lebensgefährlich verletzt und ohne ausreichende ärztliche Versorgung ausgeflogen; er stirbt am 4.5.75 im Krankentrakt des Gefängnisses Stuttgart-Stammheim.

4. Sauber, Werner

Werner Sauber wurde wegen der Lorenzentführung gesucht; arbeitete unter falschem Namen bei Klöckner-Humboldt-Deutz an der Stanze; wird am 9.5.75 auf einem Parkplatz in Köln bei einem Schußwechsel mit der Polizei tödlich verletzt.
Literatur: *Ein ganz normaler Mordprozess.* Das politische Umfeld des Prozesses gegen Roland Otto, Karl-Heinz Roth und Werner Sauber. Berlin: Rotbuch Verlag, 1978

5. Lorenz-Entführung:

Von der Bewegung 2. Juni wird am 27.2.75 der Westberliner CDU-Vorsitzende und Bürgermeisterkandidat Peter Lorenz kurz vor den anstehenden Wahlen entführt, und am 5.3.75 im Austausch gegen die Freilassung von fünf politischen Gefangenen und 120.000 DM wieder aus dem »Volksgefängnis« entlassen.
Literatur: *Der Blues.* Gesammelte Texte der Bewegung 2. Juni. darin: Die Entführung aus unserer Sicht. o.O.: Selbstverlag, 1982

6. Maihofer, Werner

* 1941; 1972-1978 FDP-Bundesminister für besondere Aufgaben; Rücktritt nach der 'Fahndungspanne Schleyer' und dem 'Fall Traube'.

7. Fürstenfeldbruck

Ein palästinensisches Kommando der Organisation 'Schwarzer September' überfällt am 5.9.72 bei den Olympischen Spielen in München das Quartier der israelischen Mannschaft, tötet zwei Sportler und nimmt neun Mitglieder der Mannschaft als Geiseln. Das Kommando fordert die Freilassung von 200 arabischen Häftlingen in Israel. Bei der versuchten Befreiung durch die bayerische Polizei kommt es auf dem Flughafen Fürstenfeldbruck zu einem Blutbad; neun Israelis, fünf Palästinenser und ein Polizist kommen ums Leben.

8. Großer Krisenstab (GKS)

Der GKS wurde anläßlich der Botschaftsbesetzung in Stockholm eingeführt; er ist ein in der Verfassung nicht vorgesehenes Koordinierungs- und Entscheidungszentrum und umfaßte Regierungs- und Oppositionsvertreter sowie Mitarbeiter der Geheimdienste.

9. Meins, Holger

1941-1974; Gründungsmitglied der RAF; verhaftet am 2.6.1974 in Frankfurt/M.; er stirbt am 9.11.74 während des 3. Hungerstreiks von 40 Gefangenen, der sich gegen die Sonderbehandlung richtet, durch bewußte Fahrlässigkeit des zuständigen Arztes.
Literatur: *Dokumente.* Holger Meins ist tot. Stuttgart: Selbstverlag, 1975
Literatur: Zum 3. Hungerstreik und zum Tode von Holger Meins. Beiträge in: *Der Kampf gegen die Vernichtungshaft.* Hrsg. von Komitees gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD. o.O.: Eigenverlag, 1975

10. Wallraff, Günter

Linker investigativer Schriftsteller
Literatur: Günter Wallraff: *Der Aufmacher.* Köln: Kiepenheuer & Witsch Verlag, 1977

11. Sozialistisches Büro

1969 von Linken gegründet, die sich weder in den damals entstandenen neostalinistischen K-Gruppen, der DKP oder den spontaneistischen Gruppen politisch wiederfanden. Loser Zusammenschluß von Linksintellektuellen mit 'kritischer Begleitung' der SPD und später der Grünen.
Literatur: *Sozialismus oder Terrorismus.* links-Reprint. Offenbach: Verlag 2000, 1977

12. SPK

Sozialistisches Patientenkollektiv; gegründet von dem Assistenzarzt Dr. Wolfgang Huber; das SPK wollte aus der »Krankheit eine Waffe machen«; hatte 1970 ca. 500 Mitglieder; war eine Selbsthilfeorganisation und thematisierte die krankmachende Gesellschaft; das SPK solidarisierte sich mit der RAF; eine Reihe von Mitgliedern des SPK ging nach dessen Kriminalisierung und Zerschlagung in die Illegalität.
Literatur: Sozialistisches Patientenkollektiv: *Aus der Krankheit eine Waffe machen.* Eine Argumentationsschrift des SPK an der Universität Heidelberg. München: Trikont Verlag, 1973
Literatur: *Kleinkrieg gegen Patienten.* AStA-Dokumentation zur Verfolgung des SPK Heidelberg. Hrsg. vom AStA Heidelberg. Heidelberg: KRRIM, Selbstverlag für Krankheit, 1987 (Neuauflage)
Literatur: Lutz Taufer: Gedanken gegen die Mauern, in: PIZZA (Hg.): *Odranoel. Die Linke - zwischen den Welten.* Hamburg: Libertäre Assoziation, 1992

13. Freiraum-Gebilde

Meint einen Theoriebegriff, der in den 60er und 70er Jahren diskutiert wurde und in die Alternativbewegung einfloß: Der Innenraum des (isolierten) Individuums als scheinbar einziger Ort zur Realisierung sozialer Hoffnung steht der Umsetzung des subjektiven Wollens in ein in die Gegenwart eingreifendes und gleichzeitig utopiehaltiges Handeln gegenüber.
Literatur: *Autonomie oder Getto?* Kontroversen über die Alternativbewegung. Frankfurt/M.: Verlag Neue Kritik, 1978

14. Mahler, Horst

* 1936; Verteidiger in Studentenprozessen, Rechtsanwalt von Andreas Baader im Kaufhausbrandprozess; RAF; Mitarbeiter an dem RAF-Strategiepapier 'Die neue Straßenverkehrsordnung'; Festnahme am 8.10.70; 1974 zu 14 Jahren wegen RAF-Mitgliedschaft und Banküberfall verurteilt; nach Distanzierung von der RAF schließt er sich der maoistischen KPD an; 1980 Haftentlassung auf Bewährung.
Mit dem »frühen Mahler« ist wohl der engagierte Rechtsanwalt und Mitautor der ersten RAF-Schriften u.a. 'Die Rote Armee aufbauen' gemeint.
Literatur: Klaus Bittermann (Hg.): *Die alte Straßenverkehrsordnung.* Dokumente der RAF. Berlin: Edition Tiamat, 1986

15. Chile

Am 11.9.1973 putschte das Militär unter General Pinochet gegen die demokratisch gewählte Regierung unter Salvador Allende (1970-1973). Maßgeblich beteiligt war neben dem CIA das US-Unternehmen ITT. Auslösende Gründe waren neben der Nationalisierung der Schwerindustrie (Kupferbergbau) die Agrarreform sowie der von der Allende-Regierung erfolgte Aufbau neuer sozialer Strukturen (poder popular).
Literatur: Franz-Josef Gaber, Brigitte Heinrich. *Betrifft: Chile.* Die ITT-Dokumente. US-Imperialismus in Lateinamerika. Frankfurt/M.: Mega-Press, 1974
Literatur: *Chile Nachrichten,* Berlin 1973 ff.

16. El-Al

Israelische Luftfahrtgesellschaft

17. MIR

Movimiento de la Izquierda Revolucionaria - Bewegung der revolutionären Linken; legale linksradikale Organisation während der Allende-Regierung; beteiligte sich u.a. an den Landbesetzungen, um den Umstrukturierungsprozess zu beschleunigen.
Nach dem Militärputsch 1973 illegalisiert.
Literatur: *Verstärkt die Solidarität mit dem revolutionären linken Widerstand.* Chiledokumentation. o.O.: Selbstverlag, 1971
Literatur: Fernando Mires: *Die Militärs und die Macht.* Thesen zum Fall Chile. Berlin: Rotbuch Verlag, 1975
Literatur: *Revolution und Konterrevolution in Chile.* Analyse zu einem Lehrstück. Darmstadt: Luchterhand Verlag, 1975

18. »Spiele«

gemeint sind damit die Olympischen Spiele im September 1972 in München.

19. GUPS/GUPA

Generalunion palästinensischer Studenten/Generalunion palästinensischer Arbeiter; 1972 von den BRD-Behörden verboten.
Literatur: *Der neue Antisemitismus.* Die Liquidierung von Ausländerorganisationen in der BRD. Zum Verbot von GUPS und GUPA. München: Trikont, 1972

Literatur: Björn Pätzold: Zur Ausweisungspolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: Gilbert Mury: *Schwarzer September.* Analysen, Aktionen und Dokumente. Berlin: Wagenbach, 1974

20. Vernichtungshaft

Unter Vernichtungshaft wird die 'Sensorische Deprivation' verstanden, d.h. der Entzug aller Sinneswahrnehmungen, auch bekannt als 'weiße Folter'. Sie wurde in den frühen siebziger Jahren in der Hamburger Uniklinik in der sogenannten »camera silens« erforscht. Die sensorische Deprivation führt zu schweren körperlichen und psychischen Schäden wie Konzentrationsstörungen, Gedächtnisstörungen, Sinnestäuschungen und Gewichtsverlust.
Im 1. Hungerstreik (17.1.-12.2.73) fordern 40 politische Gefangene für sich den Normalvollzug und Gleichbehandlung sowie eine Entlassung von Ulrike Meinhof aus dem Toten Trakt; die Justiz reagiert mit Wasserentzug.
Literatur: *Der Kampf gegen die Vernichtungshaft.* Reden der Gefangenen aus der RAF im Baader-Befreiungsprozess; Counterinsurgency gegen die RAF; Die Dialektik des Kampfes gegen die Vernichtungshaft. Hrsg. von Komitees gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD. o.O.: Eigenverlag, 1974
Literatur: *Bericht über Vernichtungshaft und Isolationsfolter in Gefängnissen der BRD und Westberlin (1979-1974).* Widerstandsaktionen. Berlin: Arbeitsgruppe 'Menschenrechte im Strafvollzug', 1974

21. Regierungsverantwortung

der sozialliberalen Koalition ab Oktober 1969

22. Pariser Mai

Ausgangspunkt der Unruhen im Mai 1968 ist die Besetzung der Pariser Universität; nach militanten Kämpfen der StudentInnen solidarisieren sich Millionen von ArbeiterInnen mit einem Generalstreik und gemeinsamen Demonstrationen, u.a. werden die Renault-Werke bei Flins besetzt. Im Pariser Odeon-Theater, das ebenfalls besetzt ist, wird permanent über die Möglichkeit einer Kulturrevolution diskutiert. Staatspräsident de Gaulle versichert sich in Deutschland der Loyalität der dort stationierten Truppen. Gaulisten, Staatsapparat und KPF gelingt es Ende des Monats, die im Entstehen begriffene Koalition zwischen StudentInnen, ArbeiterInnen und Teilen der Mittelschicht zurückzudrängen.
Literatur: Walter Kreipe: *Studenten in Frankreich.* Hintergrund und Potential einer politischen Bewegung, in: Kursbuch 13 (Juni 1968). Studenten und Macht.
Literatur: Walter Kreipe: *Spontanität und Organisation.* Lehren aus dem Mai bis Juni 1968, in: Kursbuch 16 (März 1969). Kulturrevolution - Dialektik der Befreiung.
Literatur: Jean-Paul Sartre: *Mai 68 und die Folgen.* Reden, Interviews, Aufsätze. Reinbek: Rowohlt Verlag, 1974
Literatur: Renet Vienet: *Mai '68.* Wütende und Situationisten in der Bewegung der Besetzungen. Hamburg: Edition Nautilus, 1977

23. Griechenland

Ende der Militärdiktatur unter Papadopulus und Pattakos im Juli 1974. Vorausgegangen waren die Unruhen in Athen am 4.11.1973, die vom dortigen Polytechnikum ausgingen, das aus Protest gegen die Militärjunta besetzt wurde. Joaunidis, Chef der Militärpolizei, stürzte Papadopulus und übernahm für kurze Zeit die diktatorische Macht.
Literatur: Marios Nikolonakos: *Widerstand und Opposition in Griechenland.* Vom Militärputsch 1975

zur neuen Demokratie. Darmstadt: Luchterhand Verlag, 1975

24. Portugal

Im April 1974 findet ein Putsch linker Militärs gegen die seit 1926 andauernde Diktatur unter Salazar/Caetano statt (»Revolution der Nelken«; »Bewegung der Streitkräfte« (MFA) unter Generaloberst Otelo de Carvalho.) Damit enden auch die Kolonialkriege Portugals in Angola, Mozambique und Guinea Bissau.
1975 spaltet sich die »Bewegung der Streitkräfte«. Unter Mithilfe der Sozialistischen Internationalen entsteht ein sozialdemokratischer Flügel; Kreditsperren und militärische Drohgebärden der NATO helfen, die Integration nach Westeuropa zu forcieren und die innenpolitischen Prozesse (Verstaatlichungen, Landverteilungen) schrittweise rückgängig zu machen.
Literatur: Arno Münster: *Portugal.* Jahr der Revolution. Eine analytische Reportage. Berlin: Rotbuch, 1975
Literatur: Günter Schröder (Hg.): *Portugal.* Materialien und Dokumente zur Revolution. Gießen: Focus Verlag, 1976

25. Nordirland

Bezieht sich vermutlich auf das Waffenstillstandsabkommen zwischen der IRA und der britischen Regierung vom Dezember 1974.

26. Ölkrise

Siehe auch:Anmerkung 17 zu Kapitel 10

27. Zerfall der NATO

Meint wahrscheinlich den zeitlich begrenzten Austritt Griechenlands aus der NATO (westliches Militärbündnis) im August 1974 als Reaktion auf die Invasion Zyperns durch das NATO-Mitglied Türkei im Juli 1974.

28. Fordstreik

Fordstreik in Köln im August 1973; von Februar bis Oktober 1973 finden bundesweit wilde Streiks von mehreren zehntausend Arbeitern in der Auto- und Stahlindustrie statt; in einigen Betrieben werden die Streiks in einer konzertierten Aktion von Polizei und Werkschutz (z.T. mit Billigung der Gewerkschaft) niedergeschlagen.Literatur: Betriebsgruppe Ford der Gruppe Arbeiterkampf (Hg.): *Streik bei Ford.* 24.-30. August 1973. o.O.: Selbstverlag, 1974

29. Wyhl

Im badischen Wyhl wurde durch einen breiten Bürgerprotest das geplante AKW verhindert. Dabei kam es bei der Räumung des besetzten Baugeländes am 20.2.1975 zu massiven Polizeieinsätzen, vielen Verhaftungen und Strafverfahren.
Literatur: Nina Gladitz: *Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv.* Wyhl: Bauern erzählen. Warum Kernkraftwerke schädlich sind: Wie man eine Bürgerinitiative macht: und wie man sich dabei verändert. Berlin: Wagenbach Verlag, 1976

30. Rathausbesetzung

Im Juli 1973 besetzten Mitglieder der maoistischen KPD das Bonner Rathaus und hißten dort die Flagge der FNL und die Nordvietnams.

31. Notstandsgesetze

Wichtiger innenpolitischer Konflikt ab 1962; am 30.5.1968 von der Großen Koalition (CDU/SPD) verabschiedet. Die Notstandsgesetze regeln die Einschränkung der in der deutschen Verfassung festgehaltenen Grundrechte, u.a. auch den Einsatz der Bundeswehr gegen Streiks im Falle eines Ausnahmezustandes. Gegen die Notstandsgesetze gingen hundertausende ArbeiterInnen, StudentInnen und Menschen aus dem liberalen Bürgertum auf die Straße.
Literatur: Kursbuch 12/1968: *Der nicht erklärte Notstand.* Dokumente und Analysen eines Berliner Sommers. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 1968
Literatur: Antonia Grunenberg: Notstand der Opposition oder: wie sich die liberale Notstandsopposition selbst den Todesstoß gab; in: Redaktion Diskus (Hg.): *Küss den Boden der Freiheit.* diskus-Texte der Neuen Linken. Berlin-Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1992

32. Poulantzas, Nicos

französischer Staatstheoretiker; seine Schriften wurden in den 70er Jahren von bundesrepublikanischen linksradikalen Gruppen und Organisationen rezipiert.
Literatur: Nicos Poulantzas: *Die Krise der Diktaturen.* Portugal, Griechenland, Spanien. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 1975
Literatur: *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen.* Frankfurt/M.: Athenäum Verlag, 1975

33. Italien

Bezieht sich wahrscheinlich auf die »Strategie der Spannung«, deren Ziel es war, mittels Bombenanschlägen (z.B. in Mailand, 1969) und permanenten Putschgerüchten den städtischen und ländlichen Revolten einen zunehmend autoritären Staat entgegenzusetzen.

34. RAF

Rote Armee Fraktion; die erste programmatische Erklärung anläßlich der Befreiung von Andreas Baader am 14.5.1970 hieß:
Literatur: *»Die Rote Armee aufbauen.«*

35. Bewegung 2. Juni

Im Juni 1972 erschien das 'Bewegung 2. Juni - Programm'.
Beide Texte in:
Literatur: Peter Hein: *Stadtguerilla/Bewaffneter Kampf in der BRD und Westberlin.* Eine Bibliographie. Berlin-Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1989

36. teach-in

Vortrag oder Diskussion (meist an der Uni); wird seit 1965 so bezeichnet

37. Hausbesetzungen

Bereits Anfang der 70er Jahre organisierten AktivistInnen aus dem antiautoritären Flügel der StudentInnenbewegung erste Hausbesetzungen, u.a. in München, Köln, Frankfurt, Göttingen und

Hamburg.
Literatur: Frankfurter Häuserrat: *Wohnungskampf in Frankfurt.* München: Trikont Verlag, 1974

38. Vietnam

siehe Anmerkung 9 zu Kapitel 1

39. Verminung der Häfen durch die USA

Im Zuge der Eskalation des Krieges gegen Nordvietnam verhängt US-Präsident Nixon im Mai 1972 eine Seeblockade und ordnet die Verminung der nordvietnamesischen Häfen an; gleichzeitig finden die Pariser Friedensverhandlungen statt. Es kommt zu weltweiten Protesten; in der BRD gehen 100.000 Menschen auf die Straße.

40. links

Monatszeitschrift des Sozialistischen Büros. Offenbach, 1969 ff

41. Probleme des Klassenkampfs

Prokla - Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik. Berlin, 1971<\!p>ff.

42. Langer Marsch

Zeitschrift für eine neue Linke. Berlin, 1972-1977
Undogmatisch-reformistische Zeitschrift aus einer Strömung des ehemaligen Berliner SDS.

43. Mao Tse-tung

1893-1976; Revolutionär, Philosoph und Schriftsteller; Mitbegründer der KP Chinas; organisierte ab 1925 Bauernaufstände bis zum Sieg der Revolution 1949; danach erster Vorsitzender des Zentralrats der Volksrepublik China.
Literatur: Mao Tse-tung: *Theorie des Guerillakrieges oder Strategie der Dritten Welt.* Reinbek: Rowohlt, 1966

44. Guevara, Ernesto »Che«

1928-1967; in Argentinien geboren; Revolutionär und Protagonist der kubanischen Revolution; zeitweilig Präsident der kubanischen Nationalbank und Industrieminister. Beim Versuch im bolivianischen Dschungel eine Guerilla aufzubauen (Focustheorie) vom Militär (mit Unterstützung der CIA) gefangengenommen und ermordet.
Literatur: Ernesto Che Guevara: *Guerilla - Theorie und Methode.* Sämtliche Schriften zur Guerillamethode, zur revolutionären Strategie und zur Figur des Guerilleros. Berlin: Wagenbach, 1968
Literatur: Ernesto Che Guevara: *Der Partisanenkrieg.* Hamburg: Cicero Press, 1968
Literatur: Ernesto Che Guevara: *Bolivianisches Tagebuch.* München: Trikont Verlag, 1973

45. Tupamaros

Die Tupamaros in Uruguay entstanden Anfang der 60er Jahre; mit der offiziellen Gründung der MLN wurde aus der ehemaligen Sammlungsbewegung eine Organisation. Nach der Erklärung des »Inneren Notstands« im April 1972 wurden die inhaftierten Kader der Tupamaros als Geiseln gegen die Organisation gehalten. Im September 1972 war die MLN zerschlagen, die Mitglieder weitgehend

inhaftiert oder exiliert.
Literatur: *wir, die tupamaros.* Antiimperialistischer Kampf, Materialien & Diskussion. Frankfurt/M.: Verlag Roter Stern, 1974
Literatur: Alex Schubert: *Stadtguerilla.* Tupamaros in Uruguay - Rote Armee Fraktion in der BRD. Berlin: Wagenbach, 1971
Literatur: Bermejo, Ernesto Gonzales. *Hände im Feuer.* Ein Tupamaro blickt zurück. Gießen: Focus Verlag, 1986
Literatur:Mauricio Rosencof: *Wie Efeu an der Mauer.* Hamburg: Libertäre Assoziation, 1990
Literatur: Ernesto Kroch: *Uruguay zwischen Diktatur und Demokratie.* Frankfurt/M.: Dipa Verlag, 1991

46. Massenarbeiter

Meint den unqualifizierten Lager- oder Transportarbeiter, den Arbeiter am Band, Frauen, Ausländer und Jugendliche im Betrieb, die im Unterschied zum Facharbeiter keine traditionelle Bindung gegenüber der kapitalistischen Produktivität und der Entwicklung der Industriegesellschaft haben.
Literatur: Potere Operaio: *Was ist Arbeitermacht?* Berlin: Merve Verlag, 1972
Literatur: Toni Negri: *Massenautonomie gegen den historischen Kompromiß.* München: Trikont Verlag, 1977

47. Berufsverbot

Der im Januar 1972 von der SPD-Regierung verabschiedete »Radikalenerlaß« sollte alle BewerberInnen für den öffentlichen Dienst auf die »freiheitlich-demokratische Grundordnung« verpflichten und den Zugang für »ExtremistInnen« in den Staatsdienst verschließen. Antwort auf den von der Studentenbewegung propagierten »Marsch durch die Institutionen«. Bis 1979 ist das Berufsverbot die Grundlage für die politische Überprüfung von ca. 2 Millionen BewerberInnen und Hunderten von Berufsverboten, vor allem gegen LehrerInnen. Im Januar 1979 wird der »Radikalenerlaß« aufgehoben.
Literatur: 3. Internationales Russell-Tribunal: *Zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland.*
Band 1: Dokumente, Verhandlungen, Ergebnisse der 1. Sitzungsperiode
Band 2: Das Schlußgutachten der Jury zu den Berufsverboten
Berlin: Rotbuch Verlag, 1978

48. Marighella, José (Carlos)

Brasilianischer Theoretiker und Revolutionär; ideologischer Kopf der ALN (Aktion der Nationalen Befreiung); 1969 ermordet.
Literatur: Carlos Marighella: *Für die Brasilianische Revolution.* o.O.: Selbstverlag, 1970
Literatur: Carlos Marighella: *Mini-Handbuch des Stadtguerilla,* in: Tricontinental, Nr. 16/190 (auch diverse Nachdrucke)

49. Dutschke, Rudi

1940-1979; wichtiger Theoretiker der außerparlamentarischen Opposition (APO); Haßobjekt der Springerpresse; am 11.4.1968 vom Arbeiter Joseph Bachmann niedergeschossen; Besuche bei RAF-Gefangenen und solidarisch-kritische Position zum bewaffneten Kampf; Mitte der 70er Jahre an linken Strategiediskussionen bzw. an Überlegungen zu einer linkssozialistischen Partei beteiligt.
Literatur: Rudi Dutschke: *Aufrecht gehen.* Eine fragmentarische Autobiographie. Berlin: Olle und Wolter, 1981

Literatur: Mein langer Marsch. Reden, *Schriften und Tagebücher aus zwanzig Jahren.* Hrsg.: Gretchen Dutschke-Klotz u.a.. Reinbek: Rowohlt, 198050. Rabehl, Bernd
Wortführer in der APO; war mit Rudi Dutschke über die Gruppe »Subversive Aktion« zum SDS gestoßen; 1967 SDS-Vorsitzender; Mitte der 70er Jahre Mitarbeiter bei der Zeitschrift Langer Marsch.
Literatur: Frank Böckelmann, Herbert Nagel (Hg.): *Subversive Aktion: Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern.* Frankfurt/M.: Verlag Neue Kritik, 1976

51. Negt, Oskar

* 1934; Soziologe
Literatur: Oskar Negt: *Politik als Protest.* Reden und Aufsätze zur antiautoritären Bewegung. Frankfurt/M.: 1971
Literatur: Die *Auferstehung der Gewalt.* Springerblockade und politische Reaktion in der Bundesrepublik. Hrsg. v. Heinz Grossmann und Oskar Negt. Frankfurt/M.: EVA, 1968

52. K-Gruppen

Die drei K-Parteien KPD/AO (Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation) bzw. KPD; KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschlands);, KPD/ML (Kommunistische Partei Deutschland/Marxisten Leninisten) waren:
- Marxisten, Leninisten, Stalinisten, Maoisten unterschiedlicher Couleur, Ausrichtung und außenpolitischer Orientierung (China, Albanien)
- innerparteilich autoritär und hatten hierarchische Strukturen
- radikale Kritiker des sowjetischen Sozialismusmodells (»Sowjetimperialismus«)
- nationalistisch angehaucht, was sich u.a. in der Forderung nach Wiedervereinigung »Für ein vereintes, unabhängiges Deutschland« (Roter Morgen, 1. Mai 1972) äußerte.
Nicht wenige der damaligen K-Gruppen-Protagonisten sind heute Wortführer der Grünen (A. Vollmer, U. Knapp, J. Schmierer u.v.a.)
Literatur: *Wir waren die stärksten der Parteien.* Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen. Berlin: Rotbuch Verlag, 1978
Zahlen und Daten, mit zum Teil Verfassungsschutzinformationen zu den verschiedenen K-Gruppen, in:
Literatur: Gerd Langguth: *Protestbewegung.* Entwicklung, Niedergang und Renaissance. Die neue Linke seit 1968. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, 1983

53. Sponti-Linke

eher informelle Gruppen; Anfang der 70er Jahre in Großstädten entstandenes Selbstverständnis einer undogmatischen Linken mit dem Schwerpunkt Stadtteil- und Betriebsarbeit; Mitte der 70er Jahre starke Bezugnahme auf die autonomen Kämpfe in Italien.
Literatur: Johannes Schütte: *Revolte und Verweigerung.* Zur Politik und Sozialpychologie der Spontibewegung. Gießen: Focus Verlag, 1980
Literatur: Zeitschriften
Wir wollen alles - Zeitschrift arbeitender Gruppen. Frankfurt/M.: 1973-1974
Autonomie - Materialien gegen die Fabrikgesellschaft. Frankfurt/M., München: 1975-1979

54. Baader, Andreas

1943-1977; wegen Kaufhausbrandstiftung am 5.4.1968 festgenommen; nach zwei Monaten U-Haft entlassen; flieht nachdem das Urteil rechtskräftig ist und das Gnadengesuch abgelehnt wurde;

festgenommen am 4.4.70; wird einen Monat später befreit; am Aufbau der RAF beteiligt; festgenommen am 2.6.72 in Frankfurt/M.; am 28.4.1977 zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt, am 18.10.1977 wird Andreas Baader tot in seiner Zelle in Stuttgart-Stammheim aufgefunden.
Literatur: Andreas Baader; Gudrun Ensslin; Thorwald Proll; Horst Söhnlein: *Vor einer solchen Justiz verteidigen wir uns nicht. Schlußwort im Kaufhausbrandprozeß.* Frankfurt M./Berlin: Edition Voltaire, 1968
Literatur: Karl-Heinz Weidenhammer: *Selbstmord oder Mord?* Das Todesermittlungsverfahren: Baader/Ensslin/Raspe. Kiel: Neuer Malik Verlag, 1988
Persönlich zuzuordnende Texte, in:
Literatur: *texte: der RAF*. Malmö: Verlag Bo Cavefors, 1977
Literatur: *Das info.* Briefe der Gefangenen aus der RAF 1973-1977. Hrsg. v. Pieter H. Bakker Schut. Kiel: Neuer Malik Verlag, 1987

55. Rache

Nach dem Tod von Holger Meins am 9.11.1974 kommt es neben einigen Brandanschlägen in vielen Städten Westdeutschlands und in Westberlin zu über 50 Demonstrationen und zum Teil schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei.

56. Drenckmann, Günter von

Kammergerichtspräsident in Berlin; bei einem Entführungsversuch am 10.11.74 von einem Kommando der Bewegung 2. Juni erschossen.

57. Rauch, Georg von

1947-1971, umherschweifender Haschrebell; im Juli 1969 Teilnahme am Ebracher Knastcamp; 6.2.70 verhaftet und wegen »Nötigung, Körperverletzung, versuchten schweren Raubs« angeklagt, weil er und andere einen Quick-Reporter verprügelt hatten; Prozeß nach 14 Monaten Untersuchungshaft 1971. Nach der Bekanntgabe der Haftverschonung für die Mitangeklagten Baumann und Weißbecker kommt es im Gerichtssaal zu einem »Verwechslungs-go-out«; Georg von Rauch lebt fortan im Untergrund; bei der RAF-Fahndung am 4.12.1971 erschossen.
Literatur: Die Erschießung des Georg von Rauch. Eine Dokumentation anläßlich der Prozesse gegen Klaus Wagenbach. Berlin: Wagenbach Verlag, 1976

58. Grashof, Manfred

* 1946; desertierte 1969 von der Bundeswehr nach Westberlin, am 27.7.69 an die BRD ausgeliefert; RAF; nach einem Schußwechsel mit der Polizei am 2.3.72 in Hamburg verhaftet, zu lebenslänglich verurteilt; trennte sich in den 80er Jahren von der RAF; am 30.11.1988 begnadigt.
Literatur: Manfred Grashof: Einige Überlegungen zur Desertion, in: Horst Mahler; Ulrich K. Preuss; Deserteur Kollektiv: *BIG LIFT oder die Freiheit der Deserteure.* Berlin: Edition Voltaire, 1969

59. Anarchisten

Bezieht sich auf den Artikel 'Leninisten mit Knarre' in der agit 883, Nr.86/1971, auch in:
Literatur: Bernd Kramer u.a. *»Ich hasse, zu hassen«.* Offener Brief an Horst Mahler. Berlin: Karin Kramer Verlag, 1988

60. Kramer

gemeint ist der Karin Kramer Verlag, Berlin.

61. Springer

Am 19. Mai 1972 explodierten zwei Bomben im Axel-Springer-Verlag, Hamburg. Dabei wurden 17 ArbeiterInnen verletzt. Das RAF-Kommando '2. Juni' übernimmt die Verantwortung für den Anschlag, bedauert aber, daß es bei der Aktion Verletzte gab und verweist auf die dreimalige Warnung, trotz derer das Gebäude nicht geräumt wurde.

62. Hungerstreik der RAF

Der dritte Hungerstreik der RAF fand vom 13.9.74 - 5.2.75 statt.

63. DKP

Deutsche Kommunistische Partei
1968 gegründet; vollkommen unkritisch Ostblock- und DDR-orientiert; erhielt bis zur Staatsauflösung aus der DDR hohe Summen an Unterstützung.
Literatur: *UZ* - Unsere Zeit. Düsseldorf: 1968 ff.

64. Sozialistisches Büro

Siehe auch:Anmerkung 11 zu Kapitel 2

65. Einschätzung Genosse Mahler

Literatur: *Die Solidarität mit den Genossen der RAF organisieren?* Die Massen gegen die staatliche Unterdrückung zusammenschließen! Die Kritik an der falschen Linie der RAF entfalten! Erklärung Horst Mahlers. Hrsg.: Landesvorstand der Roten Hilfe e.V. o.O.: Selbstverlag, 1974

66. Rote Brigaden

Italienische Stadtguerilla; die erste Aktion (Brandsatz auf den Wagen eines Siemens-Managers) unter dem Namen fand 1970 statt.
Originaltexte der Brigate Rosse:
Literatur: *1. Interview der Roten Brigaden*, in: Sozialistisches Jahrbuch. Berlin: Wagenbach Verlag, 1973
Literatur: *FIAT: Arbeiter produzieren die Krise.* Gegenmacht als Kampfform. München: Trikont Verlag, 1974

67. Münchener Theoriewichser

Gemeint sind damit die nur an den Unis agierenden Roten Zellen, die sich ab 1977 Marxistische Gruppe (MG) nannten; die MG löste sich im Herbst 1991 auf.

68. Straßenbahnaktionen

Fahrpreiskämpfe und 'Rote-Punkt-Aktionen' Mitte der 70er Jahre; die ersten Aktionen gab es bereits im Januar 1968 in Bremen.

69. Hölz, Max

* 1889-1933; linksradikaler deutscher Revolutionär, hat mehrere Gefängnisstrafen abgesessen, ohne von

seinen politischen Ideen abzurücken; 1929 Übersiedelung nach Moskau; vermutlich vom sowjetischen Geheimdienst ermordet.
Literatur: Max Hölz: *Vom 'Weißen Kreuz' zur Roten Fahne.* Jugend-, Kampf- und Zuchthauserlebnisse. Frankfurt/M.: Röderberg, 1984

70. Notarnicola, Sante

* 1938; ab 1956 Überfälle auf Banken und Fiat mit dem Ziel der »Vergesellschaftung des Eigentums«; 1968 verhaftet; nach 21 Jahren 1989 in die sogenannte »Halbfreiheit« (Freigänger) entlassen.
Literatur: Sante Nortarnicola: *Der Bankräuber aus der Berriera.* Die Lebensgeschichte des Revolutionärs Sante Notarnicola - von ihm selbst aufgeschrieben. München: Trikont, 1974
Literatur: *Die Kristalle des Himmels zerbrechen.* Gedichte. Köln: GNN Verlag, 1990
Literatur: *Proletariat und Subproletariat.* Der Fall des Bankräubers Sante Notarnicola. Eine Debatte aus der Tageszeitung Il manifesto. Berlin: Merve Verlag, 1972

71. Jusos

Jungsozialisten in der SPD; Nachwuchsorganisation der SPD.

72. Nixon, Richard

ab 1969 US-Präsident; strammer Antikommunist, reiste dennoch 1972 in die VR China; mußte 1974 wegen der »Watergate-Affäre« zurücktreten.

73. General Schneider

Oberkommandierender der chilenischen Armee; wurde in einer Destabilisierungskampagne durch ein Komplott von chilenischen Rechten, CIA und ITT 1970 ermordet.

74. Renault-Arbeiter

Literatur: Jacques Fremontiers: *Renault - die Arbeiterfestung.* München: Trikont Verlag, 1975

75. Abendroth, Wolfgang

1906-1985; Linkssozialistischer Professor in Marburg; unterstützte den SDS; war u.a. auch am Vietnam-Tribunal der Russell Peace Foundation beteiligt.
Literatur: Wolfgang Abendroth: *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung.* Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 1975

76. Schütz, Klaus

Ehemaliger regierender Bürgermeister in Berlin.

77. Schmidt, Helmut

* 1918; Sozialdemokrat; 1969-1972 Bundesverteidigungsminister; 1972-1974 Wirtschafts- und Finanzminister; 1974-1982 Bundeskanzler.

78. Strauß, Franz-Josef

1915-1988; in den 50er Jahren Atomminister; langjähriger Parteivorsitzender der CSU und bayerischer

Ministerpräsident; traf sich 1975 mit Mao Tse-tung in Peking; fädelte in den 80er Jahren den »Milliardenkredit« für die DDR ein.

79. Quandt, Herbert

* 1910; deutscher Großindustrieller

80. Flick, Friedrich-Karl

deutscher Großindustrieller

81. Springer, Axel

Größter konservativer Zeitungsverleger in der BRD

82. Schalke 04

traditionsreicher Fußballverein in Gelsenkirchen.

83. OECD

Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit
1961 von westlichen Industrieländern gegründete transnationale Organisation; analysiert und koordiniert die ökonomischen Prozesse in den Metropolen und die Strategien gegenüber dem Trikont.

84. Kafr Kassem

Arabisches Dorf in Israel. Im Oktober 1956 wurde von der israelischen Grenzpolizei ohne Vorankündigung eine Ausgangssperre verhängt. Die BewohnerInnen, auf dem Weg von der Arbeit ins Dorf, wurden davon überrascht. Bei Massenerschießungen wurden über 70 Personen ermordet.

85. Camp David

17.9.1978; Rahmenabkommen zwischen Israel und Ägypten. Mit einer Reise nach Israel nimmt der ägyptische Staatspräsident Sadat im November 1977 Friedensverhandlungen mit Israel auf, die unter der Schirmherrschaft des amerikanischen Präsidenten Carter im September 1978 in Camp David, USA, fortgesetzt werden. Dieses separate Abkommen zwischen Ägypten und Israel wird von der PLO und den arabischen Staaten scharf angegriffen, Ägypten aus der arabischen Liga ausgeschlossen, alle arabischen Botschafter werden vorläufig aus Ägypten abgezogen.

86. Sadat, Anwar El

1918-1981; 1952 mit Nasser am Sturz der ägyptischen Monarchie beteiligt. 1981 wird er als Staats- und Ministerpräsident während einer Truppenparade erschossen. Die Täter kamen aus den Reihen der »Moslem-Bruderschaft«.

87. Holocaust-Spektakel

Im Frühjahr 1979 wird im deutschen Fernsehen der mehrteilige us-amerikanische Fernsehfilm 'Holocaust' gezeigt. Zum Verhältnis der deutschen Linken in dieser Zeit zum Antisemitismus und der deutschen Geschichte siehe auch den diskus Text von 1979:
Literatur: Moishe Postone: Antisemitismus und Nationalsozialismus, in: Redaktion diskus: *Küss den*

Boden der Freiheit. diskus-Texte der Neuen Linken. Berlin-Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1992

88. Birmingham

Bei Bombenexplosionen am 21.11.74 in zwei Pubs in Birmingham kamen 21 Menschen ums Leben. Sechs Iren wurden festgenommen und der Tat angeklagt. Während des Verlaufs des Wiederaufnahmeverfahrens - Jahre später - bekannte sich die IRA zu dem Anschlag. Die 'Birmingham Six' wurden erst 1991, nach 17 Jahren, als Opfer eines Justizirrtums freigelassen.
Literatur: *The Birmingham Six - An Appalling Vista.* Hrsg.: Oscar Gilligan, Jürgen Schneider, Ralf Sotscheck. Dublin: LiterÉire Publishers, 1990

89. Mailand

Bombenanschlag am 12.12.1969 auf der Piazza Fontana, bei dem mehrere Menschen getötet wurden. Das Attentat wurde den Anarchisten angelastet und gab Anlaß für eine Hatz auf Linke. Tatsächlich ging der Anschlag auf das Konto der italienischen Faschisten, gedeckt vom Staatsapparat.

[Dieses Fenster schließen]

Anmerkungen zu Kapitel 10:

1. »Untergang des Abendlandes«

abgeleitet von dem Kulturphilosophen Spengler. Siehe:
Literatur: Oswald Spengler: *Untergang des Abendlandes* (1918). München: dtv, 1972

2. Club of Rome

1972 gegründete Vereinigung von führenden Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur aus den Industrieländern.

3. Bonner Kundgebung

Zum NATO-Gipfel am 10.6.82 fand in Bonn mit 300.000 Menschen die bisher größte Friedensdemonstration statt.

4. »dümmlicher Westernheld«

Meint den ehemaligen Schauspieler und damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan.

5. Weinberger, Caspar

* 1917; US-Verteidigungsminister 1981-1985.

6. Blutspritzer

Bei einem Empfang der US-Kommandeure im Wiesbadener Schloß am 3. August 1983 bespritzte der Grünen-Abgeordnete Frank Schwalba-Hoth die Uniform eines Kommandeurs mit Blut.
Literatur: Die Grünen im hessischen Landtag: *Die Würde einer Uniform ist antastbar.* Eine Dokumentation. Die Aktion der Landtags-Grünen beim Empfang der US-Kommandeure im Wiesbadener Schloß, 3. August 1983. Frankfurt/M.: Selbstverlag, 1983

7. Bremen und Hannover

Bei der militärischen Schau zum 25jährigen Jubiläum des Beitritts der Bundeswehr zur NATO am 6. Mai 1980 kommt es in Bremen zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei. Am 12. November 1980 kommt es in Hannover bei einer Rekrutenvereinigung ebenfalls zu größeren Auseinandersetzungen, in deren Verlauf in der Hannoveraner Innenstadt Schäden in Millionenhöhe entstehen.

8. Die-In

Gewaltfreie Aktionsform.

9. pax americana

Meint ursprünglich ein »one-world«-Konzept, nach dem es Ziel der US-Politik sei, eigene Interessen weltweit durchzusetzen, um dem US-Kapital Zugriff auf alle Märkte zu gewährleisten; das Konzept spielte im Rahmen der Blockkonfrontation eine wichtige Rolle.

10. Haig, Alexander

* 1924; 1974 Oberbefehlshaber der NATO und der amerikanischen Truppen in Europa; nach mißlungenem Attentat der RAF im Juni 1979 aus dem aktiven Militärdienst ausgeschieden; 1980-1982 US-Außenminister.

11. Libanon/Tschad

1982 war Frankreich an der Intervention und 1983 an den sogenannten Friedens<\h>truppen im Libanon beteiligt.
Im Tschad griff Frankreich, das aufgrund seiner kolonialen Geschichte ein engmaschiges Netz von wirtschaftlichen, politischen und militärischen Abhängigkeiten in den francophonen Ländern errichtet hat, auf Seiten des Tschad direkt in die Kämpfe gegen Libyen ein. Frankreich hat über 10.000 Soldaten in Afrika stationiert und lieferte z.B. 98 % aller Waffen an den Tschad.

12. Malvinen

Siehe auch:Anmerkung 22 zu Kapitel 8

13. Warschauer Pakt

1955 gegründetes Militärbündnis der realsozialistischen Staaten unter sowjetischer Führung. Nach außen Gegenstück zur NATO, nach innen repressive Funktion wie z.B. beim Einmarsch in die CSSR 1968. Aufgelöst 1991
0 Hans-Jürgen Schulz: *Die sowjetische Militärmacht.* Frankfurt/M.: ISP Verlag, 1985

14. Genf

Ort der Abrüstungsverhandlungen.

15. Rogers-Plan

Konzeption des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte in Europa General Rogers (1979-1987). Ziel ist die konventionelle Verstärkung der NATO. Im Mittelpunkt steht die Einführung des »erweiterten Gefechtsfelds« und die Konventionalisierung der Rüstung zur Erhöhung der Einsatzschwelle von Atomwaffen (ohne Verzicht auf deren Ersteinsatz). Ende 1982 wurde der Rogers-Plan offizielle NATO-Doktrin.

16. Air-Land-Battle

Siehe auch: Anmerkung 29 zu Kapitel 8

17. »Ölkrise«

1973 im Gefolge des Yom-Kippur-Krieges zwischen Israel und Ägypten/Syrien erhöhten die OPEC-Staaten den Ölpreis bei gleichzeitiger Förderungssenkung. Unter Führung des reaktionärsten Flügels der OPEC (u.a. Saudi-Arabien) wurde das als antiimperialistische Handlung verkauft.
Die Ölkrise war in den Metropolen ein Hebel zur kapitalistischen Reorganisation, im Trikont der Auftakt zur Schuldenfalle. Eine erneute Ölkrise trat 1979 ein.

18. AKP

AKP-Staaten; 46 Staaten in Afrika, der Karibik und im Pazifik, die 1975 mit der EG das

Lomé-I-Abkommen ratifizierten. Das Lomé-II-Abkommen erweitert 1980 die AKP-Mitgliedsstaaten auf 58 (davon 42 in Afrika). Es schreibt exportorientierte und monokulturelle Produktionsformen fest, u.a. bei Agrarprodukten und mineralischen Rohstoffen.

19. »Peronismus«

Nach Juan Peron; argentinischer Präsident 1943-1955; Bezeichnung auch für die Regierungsphase von 1973 (Isabelle Peron) bis zur Militärdiktatur.
Merkmale: Nationalisierung; hohe Staatsausgaben; soziale Mobilisierung der ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen.
Der Peronismus vereinigte aufgrund seiner diffusen Ideologie linke und extreme rechte Tendenzen.

20. »freie Produktionszonen«

Seit den 70er Jahren fast ausschließlich im Trikont eingerichtete Sonderwirtschaftszonen. Hier wird primär für den Weltmarkt produziert; für das transnationale Kapital herrscht völlige Zollfreiheit; freier Devisenverkehr, meist Steuerfreiheit.
Die ArbeiterInnen haben keine Organisationsrechte, sind frei verfügbar und werden unter schlechten Arbeitsbedingungen gering entlohnt.

21. die neuen Revolten

So in Brasilien ab Frühjahr 1983; Tunesien 1980-1984,
Literatur: Autonomie Neue Folge, Nr. 10/1982: *Antiimperialismus in den 80er Jahren.* <\h>Hamburg: Selbstverlag, 1982 (Neuauflage 1987, Berlin: Verlag Schwarze Risse)
Literatur: Materialien für einen neuen Antiimperialismus, Nr. 2: *Brasilien.* Das Ende der Entwicklung. Berlin/Göttingen: Verlag Schwarze Risse/Rote Straße, 1988
Literatur: Projekt Wüstensand: *Die Brotrevolten in Nordafrika 1983-1988.* Tunesien, Marokko, Ägypten, Algerien. Düsseldorf: Selbstverlag, 1989

22. Grenada

Die US-Intervention fand im Oktober 1983 statt.
Literatur: Ludwig Laher: Always beautiful. Grenada - Vorstellung eines Landes im Hinterhof der USA. Wien: Guthmann & Peterson, 1989

23. »Verdammten dieser Erde« nach:

Literatur: Frantz Fanon: *Die Verdammten dieser Erde.* Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 1966

24. Stalin, Josef

1879-1953; ab 1922 Generalsekretär des ZK der KPDSU.

25. Chrustschow, Nikita

1894-1971; Nachfolger Stalins; leitete die sogenannte Entstalinisierungskampagne (XX. Parteitag, 1956); 1964 als Partei- und Regierungschef gestürzt.

26. Breschnew, Leonid

Siehe auch: Anmerkung 47 zu Kapitel 5

27. Andropow, Juri

1914-1984; Leiter des KGB von 1967-1982; 1982 ZK-Sekretär; Nachfolger Breschnews als Generalsekretär des ZK der KPDSU ab 12.11.1983; ab Juni 1983 auch Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UDSSR.

28. Haiphong

Siehe auch: Anmerkung 39 zu Kapitel 2

29 Idi Amin

Siehe auch: Anmerkung 4 zu Kapitel 1

30. Siad Barre

Diktator in Somalia. Nach einem Militärputsch 1969 übernahm Siad Barre die Macht in Somalia. 1969-1976 Vorsitzender des Revolutionsrates; ab 1976 Staatspräsident.

31. RGW-Staaten

Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe; 1949-1991; Finanz- und Wirtschaftsorganisation der realsozialistischen Staaten unter Dominanz der Sowjetunion; einziges trikontinentales Mitglied war Kuba.

Literatur: Sozialistisches Osteuropakomitee (Hg.) *Beziehungen im BRW*. Osteuropa-Info Nr. 60. Hamburg: Junius Verlag, 1985

32. militärische Intervention in Afghanistan

Am 26.12.1979 durch die Rote Armee.

33. Blockfreien

1955 gegründet; Bezeichnung für nicht paktgebundene Staaten hauptsächlich aus dem Trikont, aber auch VR China und Jugoslawien.

34. ANZUS-Pakt

Englische Abkürzung für Australia New Zealand United States; 1951 gegründeter Pazifikpakt; das Militärbündnis bricht Mitte der 80er Jahre auseinander.

Literatur: iz3w, Südostasieninformationsstelle (Hg.): *Die Militarisierung des Pazifik.* Freiburg: iz3w, 1986

35. OAS

Organisation Amerikanischer Staaten; 1948 gegründet; politisch-militärische Dachorganisation der meisten amerikanischen Staaten (Kuba wurde 1962 ausgeschlossen); formale Gleichberechtigung bei den Mitgliedsstaaten, faktisch durch die USA dominiert.

36. Polen-Krise

Der Ausnahmezustand in Polen wurde im Dezember 1981 ausgerufen.

37. Churchill, Winston

1874-1965; britischer Konservativer; Premierminister 1940-1945.

38. Nahrungsmittelsektor

Literatur: Pat Roy Mooney: *Saat - Multis und Welthunger.* Wie die Konzerne die Nahrungsschätze der Welt plündern. Reinbek: Rowohlt, 1981
Literatur: Josepf Collins: *Vom Mythos des Hungers.* Die Entlarvung einer Legende. Niemand muß hungern. Frankfurt/M.: Fischer, 1978
Literatur: Susan George: *Wie die anderen sterben.* Die wahren Ursachen des Welthungers. Berlin: Rotbuch, 1980

39. Shell

Transnationaler Konzern mit Sitz in Den Haag/Niederlande und London; weltweit zweitgrößter Ölkonzern mit rund 500 Niederlassungen.
Literatur: Shell-Worldwide. *Anatomie eines Konzerns.* Frankfurt/M.: medico international, 1991
Literatur: ID-Archiv im IISG(Hg.): *Shell raus aus Südafrika.* Kill a Multi. Berlin-Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1990

40. Ciba-Geigy

Größtes Industrieunternehmen aus der Schweiz; transnationaler Konzern.

41. Petro-Dollar-Recycling

Die im Zusammenhang mit der »Ölkrise« entstandene Dollarschwemme ließ die OPEC-Staaten das Kapital auf den europäischen Finanz- und Kreditmärkten anlegen. Die darauf etablierten Finanzmärkte (Xenomärkte) bewegen sich außerhalb der Kontrolle der Notenbanken.

42. FIAT

Fabbrica Italiana Automobili Torino.
Größter italienischer Autokonzern; Kraftfahrzeug-Unternehmen und Holdings in zahlreichen ausländischen Firmen; besonders Fahrzeuge, Werkzeugmaschinen, Stahl, Bauwesen, Luftfahrt, Atomtechnik, Energiewirtschaft.
Literatur: Autonomie Neue Folge Nr. 10: *Fabrik und neue Klassenzusammensetzung.* Das Beispiel Fiat. Hamburg: Selbstverlag, 1982

43. Literatur: Claudia von Werlhof/Maria Mies/Veronika Bennholdt-Thomson: Frauen, die letzte Kolonie.

Zur Hausfrauisierung der Arbeit. Reinbek: Rowohlt 1983

44. Gauche Proletarienne

Siehe auch: Anmerkung 21 zu Kapitel 6

45. abgetakelter Schauspieler

Nochmals ist hier der US-Präsident Reagan gemeint

46. der behäbige Pfälzer

BRD-Bundeskanzler Helmut Kohl

47. Krefeld

Gegen den Besuch des damaligen US-Vizepräsidenten Bush demonstrieren in Krefeld im Juni 1983 rund 40.000 Friedensbewegte und rund 1.000 Autonome und Antiimperialisten. Dabei kommt es zu 138 Festnahmen und über 60 Verletzten.
Literatur: Barbara Lukas u.a.: *Krefeld 25.6.83.* Dokumentation. Hamburg: Satz- und Verlagskooperative, 1983
Literatur: *Der Prozeß gegen die Krefelder Gefangenen ist ein Prozeß gegen den Widerstand.* Köln: Selbstverlag, 1983

48. Frauencamp Hunsrück 1983 und 1984

Literatur: *Frauenwiderstand im Hunsrück.* Frauengeschichte(n) 1983-1985. Berlin: Selbstverlag, 1985

49. »Wohlfahrtsstaat«

Sozialdemokratisches Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell; massive staatliche Intervention durch gezielte Erhöhung staatlicher Ausgaben wie z.B. Bildungs- und Sozialpolitik; die ArbeiterInnen sollen mit erhöhten Löhnen und einer entsprechend steigenden Nachfrage das Wirtschaftswachstum ankurbeln.

50. Agnoli, Johannes

* 1925; Politikwissenschaftler an der FU Berlin
Literatur: Johannes Agnoli: *Überlegungen zum bürgerlichen Staat.* Berlin 1975
Literatur: Johannes Agnoli/Peter Brückner: *Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik.* Frankfurt/M.: EVA Verlag, 1968, Neuauflage: Freiburg: Ça Ira Verlag, 1990)51. Bahro, Rudolf
* 1935; ehemaliges SED-Mitglied und DDR-Oppositioneller; von 1977-1979 in der DDR in Haft, nach seiner Ausweisung 1979 zeitweiliger Protagonist der »grünen Idee« mit spiritueller Ausrichtung.
Literatur: Rudolf Bahro: *Die Alternative.* Zur Kritik des realexistierenden Sozialimus. Reinbek: Rowohlt, 1977
Literatur: *Logik der Rettung.* Wer kann die Apokalypse aufhalten. Stuttgart: Thienemanns Verlag, 1987

52. Jungk, Robert

* 1913; 1933-1945 Emigration; heute Zukunftsforscher
Literatur: Robert Jungk: *Heller als tausend Sonnen* (1956). München: Heyne Verlag, 1990
53 Sperber, Manes
Siehe auch: Anmerkung 76 zu Kapitel 5

54. Bastian, Gerd

Ehemaliger Bundeswehrgeneral; in den 80er Jahren Mitglied des Bundestages für die Grünen; im Oktober 1992 mit seiner Lebensgefährtin Petra Kelly erschossen in ihrem Bonner Haus gefunden.

55. Kelly, Petra

In den 80er Jahren grüne Bundestagsabgeordnete.

56. Diner, Dan

* 1946; Historiker
Literatur: Dan Diner: *Israel in Palästina.* Über Tausch und Gewalt im vorderen Orient. Frankfurt/M.: Athenäum Verlag

57. Revision von Jalta

Konferenz 1944 der Siegermächte mit Roosevelt, Churchill und Stalin in Jalta, auf der die Weichen für die Nachkriegsordnung gestellt wurden.

58. Alexanderplatz

Gemeint ist hier die unabhängige Friedensbewegung in der DDR.
Literatur: Wolfgang Rüddenklau: *Störenfried.* DDR-Opposition 1986-1989. Berlin: Basisdruck/Edition ID-Archiv, 1992

59. Solidarnosc

Polnische Gewerkschaftsbewegung.

60. Charta 77

Bürgerrechtsbewegung in der CSSR; gegründet u.a. von Vaclav Havel und dem ehemaligen ZK-Sektretär Zdenek Mylnàr

61. »Abschied vom Proletariat«

Gorz, André
* 1924; Philosoph und Publizist
Literatur: André Gorz: *Abschied vom Proletariat.* Jenseits des Sozialismus'. Frankfurt/M.: Athenäum, 1988
Literatur: ders.: *Wege ins Paradies.* Thesen zur Krise. Automation und Zukunft der Arbeit. Berlin: Rotbuch Verlag, 1983

62. Brixton/Toxteth

Literatur: *10 Tage, die England erschütterten.* Berlin/Stuttgart: Rhizom/Commune, 1987

63. »Kämpfe im Herzen der Bestie«

Che Guevara sagte 1964 zu nordamerikanischen StudentInnen, die Kuba besuchten: »Ich beneide euch. Ihr Nordamerikaner könnt sehr glücklich sein. Ihr kämpft den wichtigsten Kampf von allen - ihr lebt im Herzen der Bestie.«

[Dieses Fenster schließen]

Vorbemerkung Kapitel I

Im Dezember 1991 veröffentlichte eine Gruppe der Revolutionären Zellen eine mehrseitige Erklärung. Die Ermordung von Gerd Albartus durch eine palästinensische Gruppe veranlaßte sie zu einer Reflexion ihrer Politik, ausgehend von der Entführung einer Air-France-Maschine nach Entebbe durch ein Kommando, dem die RZ-Mitglieder Brigitte Kuhlmann und Wilfried Böse angehörten.
Nach ihrer Einschätzung führte diese Aktion zu einem nie aufgearbeiteten Bruch innerhalb der Revolutionären Zellen. Sie fordern eine Neubestimmung internationalistischer Politik und eine Debatte über das Verhältnis von Antisemitismus und Antizionismus in der deutschen Linken.
Einen Monat später erschien in der Zeitschrift »Konkret« der Text einer anderen Gruppe der Revolutionären Zellen, die ankündigte, ihre »bisherige Form des militanten Widerstands in der Region« aufzugeben. Auch diese Gruppe reflektiert die Politik und Praxis der RZ seit ihrem Bestehen und geht vor allem auf das Mißlingen der Flüchtlingskampagne seit Mitte der 80er Jahre ein.
Andere Gruppen der RZ nahmen zu diesen Texten Stellung und kritisierten sie zum Teil heftig: Eine Gruppe aus dem Rhein-Main-Gebiet mit dem Text »Wenn die Nacht am tiefsten ist der Tag am nächsten«, ebenso eine »RZ - Tendenz für die internationale soziale Revolution«.
Das - bisher - letzte Papier aus dem •Traditionszusammenhang- der Revolutionären Zellen ist eine zweite Stellungnahme der Gruppe, die die Erklärung zum Tod von Gerd Albartus veröffentlich hat.
Auf den folgenden Seiten finden sich diese fünf Texte. Gleichzeitig soll aber auch auf andere Diskussionsbeiträge innerhalb der radikalen Linken verwiesen werden, die im Literaturanhang bibliographiert wurden.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich im Buch auf Seite 686 ff.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Gerd Albartus ist tot.

Dezember 1991

Schlechte Nachrichten in einem Stück Zeitung
Heute, da mir die Freunde sterben,
sterben nur ihre Namen.
Wie kann man hoffen, aus dieser gewalttätigen Grube,
mehr als die Buchstaben zu erfassen, Schimmer von zärtlicher Schwärze, Pfeile bis in die vertrauten Erinnerungen?
Nur wer außerhalb der Gefängnisse lebt, kann die Leichen ehren,
sich reinwaschen vom Schmerz über seine Toten mit Umarmungen, mit Nagel und Träne die Grabsteine kratzen.
Die Gefangenen nicht: Wir pfeifen nur, damit das Echo die Nachricht beschwichtigt.
Roque Dalton [1]

Gerd Albartus ist tot.
Er wurde bereits im Dezember 1987 erschossen, nachdem er von einer Gruppierung, die sich dem palästinensischen Widerstand zurechnet und für die er gearbeitet hat, vor ein Tribunal gestellt und zum Tode verurteilt worden war. Wir haben die Nachricht erst etliche Zeit später bekommen. Bis dahin waren wir davon ausgegangen, daß Gerd von einer Reise zu der Gruppe nicht zurückgekehrt war, weil er von den Hausdurchsuchungen, Fahndungen und Verhaftungen im Dezember 1987 [2] wußte und befürchtete, bei einer Einreise in die BRD ebenfalls festgenommen zu werden. Versuche, über seinen Verbleib etwas in Erfahrung zu bringen, blieben entweder unbeantwortet oder bestätigten uns in dieser Vermutung. Wie die meisten seiner Freundinnen und Freunde, die sich um ihn sorgten, waren wir uns mit zunehmender Dauer seines Wegbleibens gewiß, daß er die Gelegenheit zum Anlaß genommen hatte, um sich der seit seiner Knastzeit verschärften polizeilichen Überwachung und Schikane zu entziehen. Er war, davon waren wir überzeugt, abgetaucht, zwar nicht in unserem Rahmen, aber an einen gesicherten Ort und in einem politischen Zusammenhang, dem er nahestand.
Daß es nochmals gedauert hat, bis wir uns endlich durchgerungen haben, unser Wissen um seinen Tod öffentlich zu machen, liegt an uns. Die Suche nach einer Antwort, die der Ungeheuerlichkeit des Anlasses auch nur einigermaßen angemessen gewesen wäre, in der das Bedürfnis nach Rache seinen Platz gehabt hätte, ohne daß es den Falschen trifft, ist ins Leere gegangen.
Bemühungen, über die bloße Nachricht in einem Stück Zeitung hinaus eine Form zu finden, die unserem Entsetzen und unserer Trauer gerecht wird, sind fehlgeschlagen. Der Weg der Veröffentlichung ist zugleich die Kapitulation vor weitergehenden Ansprüchen.
Natürlich gab und gibt es auch Kontroversen, wem mit einer Veröffentlichung gedient ist. Der Vorwurf wurde laut, daß wir lediglich dem Zeitgeist Tribut zollen und ausgerechnet in einem Moment reinen Tisch machen, wo die Abrechnung mit linker Geschichte fast schon eine Frage des guten Geschmacks ist. Der Text würde uns auf die eigenen Füße fallen, weil damit doch bloß die sattsam bekannten Klischees über die Spirale der Gewalt innerhalb bewaffnet kämpfender Gruppen zusätzlich Nahrung erhielten. Überdies wurde vor einer Schwächung der Palästina-Solidarität gewarnt. Eine derartige Nachricht, so differenziert sie auch vorgetragen würde, müsse zwangsläufig auf den gesamten palästinensischen Widerstand zurückfallen, weil kaum jemand imstande ist, das Geflecht der palästinensischen Organisationen und Fraktionen zu durchschauen, und wir selbst auch keine

detaillierten Informationen über die konkreten Zusammenhänge beisteuern könnten. Dies aber sei vor dem Hintergrund des Golfkriegs und einer politischen Debatte, die sich auf die blödsinnige Alternative: Israel ja oder nein zugespitzt habe, ein Signal in die verkehrte Richtung. Und schließlich müsse uns bewußt sein, daß eine derartige Veröffentlichung eine Welle von Reaktionen auslösen würde, deren ganzes Ausmaß wir weder überschauen noch verantworten könnten.

Wir haben uns über all diese Einwände, auch wenn sie uns lange haben zögern lassen, letztendlich hinweggesetzt. Die berechtigte Sorge, der falschen Seite in die Hände zu arbeiten, darf nicht zum bequemen Freibrief werden, jeglichen Dreck unter den Teppich zu kehren. Sie war schon zu oft bloßer Vorwand, um das eigene Schweigen zu legitimieren. Vielleicht müssen wir umdenken, müssen lernen, daß Schwindel und Selbsttäuschung weit mehr zu unserem Scheitern beitragen, als die offen geführte Kontroverse um unsere internen Widersprüche, selbst auf die Gefahr hin, daß der Gegner sich dies zunutze macht. Wer von Befreiung träumt, von den Schattenseiten des Befreiungskampfes aber nichts wissen will, hängt naiven Revolutionsvorstellungen nach, die dessen Wirklichkeit nicht standhalten. Wir wollen uns nicht an Legenden und Bilder klammern, die weniger unseren Erfahrungen als vielmehr naiven Projektionen oder aber handfesten Verdrängungen geschuldet sind. Wem nützen wir damit, wenn wir unter dem Banner des Internationalismus eine falsche Einheit vorgaukeln, während hinter den Kulissen die Gegensätze aufeinanderprallen. Nur wenn wir uns illusionslos mit den tatsächlichen politischen und ideologischen Widersprüchen auseinandersetzen, werden wir mit ihnen umzugehen wissen, sobald wir damit konfrontiert werden.

Es geht uns auch nicht um Enthüllung oder Anprangerung, selbst wenn wir nicht verhindern können, daß von dem Text in einer Weise Gebrauch gemacht werden wird, der uns jetzt schon anwidert. Die Befürchtung, wir könnten der falschen Seite Munition liefern, teilen wir nicht. Diese Seite war gerade in der jüngsten Zeit nicht schlecht gewappnet, und wo ihr die Munition ausging, konnte sie sich in den Archiven der Stasi [3] nach Belieben bedienen. Wer uns eins auswischen will, braucht nicht auf unsere Vorgabe zu warten, sondern entscheidet selbst, wann die Gelegenheit günstig ist - egal, ob es stimmt. Und falls wir den Bullen tatsächlich neue Erkenntnisse offenbaren, so hat dies allenfalls zur Folge, daß ein Zielfahndungskommando aufgelöst werden kann.

Der Sinn der Veröffentlichung ist denkbar einfach: Wir wollen verhindern, daß ein Genosse, der uns wichtig ist, spurlos verschwindet. Wir wollen uns dem Eindruck widersetzen, als könne einer der Unseren ohne Widerspruch umgebracht werden, selbst wenn uns die Mittel fehlen, dies zu vergelten. Wir wollen jeglichen Funken an Zweifel auslöschen, daß es für diese Entscheidung irgendeine Rechtfertigung gibt, die mit unseren eigenen Maßstäben in Einklang steht. Wir wollen endlich, endlich dem grausig-grotesken Zustand ein Ende bereiten, daß seine Angehörigen, Freunde und Freundinnen weiterhin in der falschen Gewißheit leben, er sei, wenn auch weg und unauffindbar, in Sicherheit.

Für uns steht Gerds persönliche Integrität außer Frage. Über die Vorhaltungen, die die Gruppe ihm gemacht hat, haben wir nur vage Informationen, aber auch ein Mehr an Details könnte uns nicht in der Gewißheit erschüttern, daß es kein einziges Argument gibt, das seine Erschießung erklärt. Was immer die Motive derer gewesen sein mögen, die ihn umgebracht haben - sie liegen jenseits seiner Person.

Im Gegenteil - es gehört zu den makaberen Parodien dieser Geschichte, daß Gerd, in dessen politischer Biographie die praktische Unterstützung des palästinensischen Widerstandes durchgängig eine zentrale Rolle eingenommen hat, ausgerechnet einer jener Gruppen zum Opfer gefallen ist, die sich als Teil dieses Widerstandes begreift. Unser Wissen über die Gruppe wie über Gerds Verhältnis zu ihr ist begrenzt. Die Verbindungen gehen zurück auf einen Abschnitt unserer Geschichte, unter den wir aus politischen Gründen schon vor etlichen Jahren einen Schlußstrich gezogen haben. Ob und inwieweit sich die Zusammenhänge in der Zwischenzeit auch dort geändert haben, überschauen wir nicht.

Gemeint ist die Zeit nach der gescheiterten Gefangenenbefreiung Ende Juni 1976. Damals hatte ein vierköpfiges Kommando, dem neben zwei Palästinensern auch zwei Mitglieder der RZ, Brigitte Kuhlmann und Wilfried »Bonni« Böse angehörten, einen Airbus der Air France in seine Gewalt gebracht und die Freilassung von mehr als 50 GenossInnen gefordert, die zum überwiegenden Teil in israelischen und westdeutschen Knästen gefangen gehalten wurden. An Bord der Maschine, die in Tel Aviv gestartet und auf dem Flug nach Paris in Athen zwischengelandet war, bevor sie von dort aus nach Entebbe umdirigiert wurde, befanden sich über 250 Passagiere, unter ihnen etwa 100 israelische Staatsbürger oder Juden anderer Nationalität. Nachdem die nicht-jüdischen Passagiere innerhalb weniger Tage freigelassen worden waren, verlängerte das Kommando sein Ultimatum, um weitere Verhandlungen zu ermöglichen. Diese Zeitspanne nutzte die israelische Regierung, um eine militärische Lösung vorzubereiten. In der Nacht zum 4. Juli 1976 überfiel eine Spezialeinheit den Flughafen von Entebbe und bereitete der Geiselnahme ein blutiges Ende. Das Kommando kam dabei ums Leben, von den Gefangenen, deren Freilassung gefordert worden war, kein einziger frei.

Es hat Jahre gedauert, ehe wir diesen Rückschlag verkraftet hatten. Unter dem Eindruck des Verlustes der Freunde waren wir zunächst unfähig, die politische Dimension der Katastrophe zu ermessen, die Entebbe für uns bedeutete. Anstatt wahrzunehmen, was uns vorgehalten wurde, nämlich daß wir als Organisation an einer Operation teilhatten, in deren Verlauf israelische Staatsbürger und jüdische Passagiere anderer Nationalität ausgesondert und als Geisel genommen worden waren, beschäftigten wir uns vor allem mit dem militärischen Aspekt der Aktion und ihrer gewaltsamen Beendigung. Das Kalkül des Regimes sollte nicht aufgehen. Um zumindest die Option der Befreiung anderer GenossInnen offenzuhalten, mußten wir handeln und durften uns nicht von den alarmierenden Nachrichten über den Ablauf der Geiselnahme und die Rolle unserer GenossInnen darin blockieren lassen. Die Meldung, es sei ausgesondert worden, hielten wir ebenso für ein Produkt psychologischer Kriegsführung wie die Behauptung, daß sich die deutschen Mitglieder des Kommandos dabei besonders hervorgetan haben. Wir kannten Brigitte und Bonni als Antifaschisten und wußten um ihre Motive, sich an der Aktion zu beteiligen. Unser Begriff von Solidarität verbot Kritik an den GenossInnen; eine Diskussion über Fehler wehrten wir ab, als ob Solidarität nicht prinzipiell das Richtige umfaßt, daß einzelne GenossInnen Fehler machen.

Ähnlich vordergründig blieb die Diskussion, wo es um die Suche nach Gründen für das Scheitern der Aktion ging. Zu mehr als Manöverkritik waren wir nicht imstande. Wir beklagten, daß die ursprünglichen Planungen und Absprachen nicht eingehalten worden waren und daß der faktische Ablauf auf den Kopf gestellt hätte, was eigentlich vorgesehen war. Wir kritisierten, daß die Aktion, die aus unserer Sicht einzig und allein einen pragmatischen Zweck verfolgte, nämlich die sofortige Freilassung, im Verlauf ihrer Dauer mehr und mehr den Charakter einer Propaganda-Aktion angenommen hatte, die sich vor allem Idi Amin [4] zu nutze zu machen verstanden hätte. Wir erhoben den Vorwurf, daß dem Kommando im Zuge der Operation die Befehlsgewalt entzogen worden war und die GenossInnen nach der Landung in Entebbe bloß die Weisungen zu befolgen hatten, die an anderer Stelle und fernab des Geschehens ausgegeben wurden. Wir fanden uns schließlich ab mit den Verweis auf die besondere Dynamik militärischer Operationen, auch wenn unser Vertrauen in eine direkte internationale Zusammenarbeit als besondere Qualität eines praktischen Antiimperialismus an seine Grenzen gestoßen war.

Daß die Grenzen dieser Zusammenarbeit nicht technischer oder taktischer, sondern politischer Art waren, sahen wir nicht, obwohl Stoßrichtung und Verlauf der Aktion eine deutliche Sprache sprachen. Das Kommando hatte Geiseln genommen, deren einzige Gemeinsamkeit darin bestand, daß sie Juden waren, soziale Merkmale wie Herkunft oder Funktion, die Frage der gesellschaftlichen Stellung oder der

persönlichen Verantwortung, also Kriterien, die wir eigentlich unserer Praxis zugrunde legten, spielten in diesem Fall keine Rolle. Die Selektion erfolgte entlang völkischer Linien. Daß die einzige Geisel, die die Flugzeugentführung nicht überlebte, ausgerechnet eine ehemalige KZ-Inhaftierte war, ging zwar nicht unmittelbar zu Lasten des Kommandos, lag aber nichtdestoweniger in der Logik der Aktion. Was gut ein Jahr später, im Fall Mogadischu [5], selbst unter Linksradikalen eine Welle der Kritik auslösen sollte, nämlich daß eine willkürliche Gruppe deutscher UrlauberInnen zur Verhandlungsmasse wurde, darüber setzten wir uns im Fall Entebbe hinweg, obwohl der Verlauf der Aktion die einfachsten Grundsätze revolutionärer Politik und Moral, die wir sonst für uns in Anspruch nahmen, auf den Kopf gestellt hatte. Die entsetzliche Drohung, daß jeder, der israelisches Grundgebiet betritt, wissen muß, welches Risiko er auf sich nimmt und daß er dieses selbst zu verantworten habe, war blutiger Ernst geworden.
Entebbe war kein Einzelfall, wohl aber der Kulminationspunkt einer Entwicklung, in deren Verlauf wir uns mehr und mehr von dem entfernt hatten, wofür wir mal angetreten waren. Vergessen waren die Sätze, die Ulrike Meinhof [6] knapp zehn Jahre zuvor aus Anlaß des Sechs-Tages-Krieges [7] geschrieben hatte: »Es gibt für die europäische Linke keinen Grund, ihre Solidarität mit den Verfolgten aufzugeben, sie reicht in die Gegenwart hinein und schließt den Staat Israel mit ein.« Der schwarze September [8] der Palästinenser, die israelischen Luftangriffe auf die Flüchtlingslager, das Massenelend in den besetzten Gebieten, das Regime des Schreckens, das die Besatzungsmacht dort ausübte, die Berichte aus den israelischen Gefängnissen waren uns Grund genug und zugleich Vorwand, unser Wissen über Auschwitz in den Hintergrund zu drängen. Wir machten uns die Losungen des palästinensischen Befreiungskampfes zu eigen und setzten uns darüber hinweg, daß unsere Geschichte eine vorbehaltlose Parteinahme ausschloß. Wir interpretierten den Konflikt mit den Kategorien eines an Vietnam [9] geschulten Antiimperialismus, mit denen er nicht zu ermessen war. Wir sahen Israel nicht mehr aus der Perspektive des nazistischen Vernichtungsprogramms, sondern nur noch aus dem Blickwinkel seiner Siedlungsgeschichte: Israel galt uns als Agent und Vorposten des westlichen Imperialismus mitten in der arabischen Welt, nicht aber als Ort der Zuflucht für die Überlebenden und Davongekommenen, der eine Notwendigkeit ist, solange eine neuerliche Massenvernichtung als Möglichkeit von niemandem ausgeschlossen werden kann, solange also der Antisemitismus als historisches und soziales Faktum fortlebt. Die dramatische Tatsache, daß dieses Sicherheitsbedürfnis der Juden scheinbar nur gegen die Palästinenser zu realisieren ist, stürzte uns nicht in ein unlösbares Dilemma, wir nahmen sie vielmehr zum Anlaß, uns bedingungslos auf die Seite derer zu schlagen, die in unseren Augen die schwächeren waren. Wo wir unter anderen Voraussetzungen auf der Unterscheidung zwischen oben und unten beharrten, sahen wir im Nahen Osten vor allem gute und schlechte Völker. Am Patriotismus der Palästinenser kritisierten wir ebenfalls dieses Pathos, obwohl uns nicht zuletzt die Geschichte Israels ein warnendes Beispiel hätte sein müssen, daß die Verwirklichung der palästinensischen Maximalforderungen nicht das Ende von Ausbeutung und Unterdrückung, sondern lediglich deren Verewigung unter anderen Vorzeichen bedeuten würde. Leid und durchlebte Verfolgung bieten keinen Schutz davor, daß Menschen zu Ungeheuern werden, sobald sie sich als Staatsvolk zusammenballen. Wo zwei ethnische Gemeinschaften Ansprüche auf dasselbe Stück Land erheben, gibt es keine revolutionären Lösungen. So begreiflich die Schlußfolgerungen waren, die die Palästinenser aus ihren Erfahrungen der Vertreibung und Verfolgung gezogen hatten - wir konnten sie in der Konsequenz nicht teilen, ohne in einen unauflöslichen Widerspruch zu unserer Geschichte wie zu unserem politischen Selbstverständnis zu geraten. Die legitime und notwendige Kritik an der israelischen Besatzungspolitik sowie die selbstverständliche Solidarität mit dem Widerstand der Palästinenser war umgeschlagen in die Bereitschaft, jüdische Passagiere gleich welcher Staatsangehörigkeit für den Terror und die Grausamkeiten des israelischen Regimes haftbar zu machen und damit sozialrevolutionäre Maßstäbe

gegen die der Sippenhaft einzutauschen. Das Ausmaß an historischer Amnesie [10] und moralischer Desintegration, das in dieser Bereitschaft zum Ausdruck kommt, ist die schwerste Hypothek, mit der unsere Geschichte belastet ist.

Es gibt eine Reihe von Gründen, die diese fatale Entwicklung erklären. Faktoren wie Mißtrauen und Zweifel uns selbst gegenüber, die wir aus dem reichen Norden kamen oder Opportunismus angesichts der Möglichkeiten, die die Zusammenarbeit mit palästinensischen Organisationen bot, spielen dabei sicherlich ebenso eine Rolle wie der Handlungsdruck, unter dem wir aufgrund der Isolationsbedingungen in den westdeutschen Knästen standen oder aber die Tatsache, daß wir mit unserem Begriff von Antizionismus nur Teil der historischen Strömung waren, die fast alle Fraktionen der damaligen Linken erfaßt hatte. Aber so plausibel all diese Gründe auch sein mögen - sie entschuldigen nicht, daß wir in dieser Zeit enorme Fehler gemacht haben, Fehler, die nicht hätten passieren dürfen.

Wir können nicht für uns in Anspruch nehmen, daß wir all dies bereits damals, in den ersten Monaten nach Entebbe so gesehen hätten. Statt in einer grundlegenden Debatte Logik, Ablauf und Resultat der Aktion einer schonungslosen Analyse zu unterziehen und daraus Schlußfolgerungen für unsere weitere Praxis zu ziehen, gaben wir uns mit halbherziger Kritik zufrieden. Die naheliegende Konsequenz, wieder an dem anzuknüpfen, wofür unsere Politik in der BRD stand, nämlich die Orientierung auf die sozialen und politischen Bewegungen im Lande, zogen nur einige.

Dennoch ist auch richtig, daß die Erfahrung von Entebbe tiefe Spuren hinterlassen hat. Der markige Satz von der Karawane, die weiterzieht, während die Hunde bellen, war mehr Spruch, als daß er unsere Realität beschrieb. Das Wissen um die Katastrophe wirkte wie ein permanent schwelender Treibsatz fort, der uns immer wieder selbstkritische Diskussionen abverlangte, in denen wir an der Wahrheit nicht vorbeikamen. Die mehr unterschwellige als offene Auseinandersetzung hatte nicht nur Brüche in persönlichen Freundschaften zufolge, sie hat auch an den Fundamenten unseres politischen Konzepts gerührt. Selbst wenn wir nicht im einzelnen auseinanderhalten können, in welchen Punkten die Erfahrung eine ursächliche Rolle gespielt hat oder wo sie lediglich den Hintergrund zu völlig anderen Diskussionen und Entscheidungen abgab - daß sie zentrale Bedeutung in der Bestimmung jener Positionen hatte, die unsere Politik in den folgenden Jahren geprägt haben, steht außer Frage. So berechtigt es also ist, uns einen Mangel an Bewußtsein zum Vorwurf zu machen, so falsch wäre es, zu negieren, daß sich Entebbe - und sei es nur in Form des schleichenden Giftes einer Lebenslüge - dauerhaft in unserem politischen Selbstverständnis niedergeschlagen hat.

Daß wir seitdem nichts mehr unternommen haben, was auf israelische Einrichtungen zielte, ist uns erst wesentlich später aufgefallen. Wo das Thema auf der Tagesordnung stand, haben wir nach westdeutschen Stellen gesucht, die von der Politik Israels profitierten. Die Behandlung palästinensischer Flüchtlinge durch die bundesdeutschen Asylbehörden verfolgten wir genauer als das Drama der Aufstandsbekämpfung in den besetzten Gebieten. Statt mißverständlicher Aktionen haben wir gar keine Aktionen gemacht, wenn wir Bedenken hatten, ob sie vielleicht antijüdisch waren oder zumindest so ausgelegt hätten werden können. Wir hatten allen Grund zur Zurückhaltung, wenn wir uns mit Motiv und politischem Gehalt des Antizionismus beschäftigten. Die Gewißheit, daß auch wir als Linke nicht gegen antisemitische Ressentiments gefeit sind, die notdürftig mit nationalrevolutionären Definitionen kaschiert werden, hat uns praktisch blockiert. Das Dilemma der politischen Abstinenz, das sich daraus ergab, schien einigen von uns eher dahingehend auflösbar, daß wir den Begriff der NS-Kontinuität und unser Leben in diesem Land zum Anlaß nahmen, nach den Spuren jüdischen Widerstands gegen die nationalsozialistische Neuordnung zu suchen und uns darauf zu beziehen, als daß wir zwecks Legitimation und Befriedigung des eigenen Handlungsbedarfs politisch fatale Analogien zogen, wie dies in manchen Dokumenten des linken Antizionismus geschieht.

Eine weitere Konsequenz war der allmähliche Rückzug aus den internationalen Kontakten. Allmählich, weil es alte, auch emotionale Verbindungen gab und weil wir uns selbst schwer taten, mit jenen Begriffen und ideologischen Konstruktionen zu brechen, die eine Aktion in Entebbe überhaupt möglich gemacht hatten. In diesem Prozeß hat sich ein Politikverständnis artikuliert und geformt, das sich fundamental von dem der Gruppe unterschied, mit der wir bis dahin zusammengearbeitet hatten. Differenzen, die wir lange Zeit ignoriert oder der Unterschiedlichkeit von Bedingungen beziehungsweise unserem Metropolenstatus zugeschrieben hatten, erwiesen sich nun als knallharte Widersprüche, für die sich kein gemeinsamer Nenner mehr fand. Der Anspruch aus unterschiedlichen Positionen heraus solidarisch zu handeln, stieß an seine Grenzen.
Die Zusammenarbeit mit jener Gruppe basierte auf einem Begriff von Antiimperialismus, der soziale Befreiung unmittelbar an die Erlangung staatlicher Souveränität koppelte. Die Beendigung der Fremdherrschaft, so dachten wir, sei gleichbedeutend mit dem Beginn der sozialen Revolution. Da die Befreiungsorganisationen das um seine Unabhängigkeit kämpfende Volk repräsentierten, waren sie der direkte Adressat internationaler Solidarität. Daß die Machtübernahme den sozialen Gehalt der Revolution in fast allen Fällen eher zerstörte als entfaltete, daß sich die Führer der Befreiungsbewegungen, kaum hatten sie die Kommandoposten in den jungen Nationalstaaten besetzt, als Protagonisten brutaler Entwicklungsdiktaturen gebährdeten, daß von der frisch gewonnenen Unabhängigkeit vor allem die alten Kader profitierten, während das anhaltende Massenelend einer neuen Erklärung bedurfte, daß sich - kurz gesprochen - die ganze Dialektik von nationaler und sozialer Befreiung vor allem für die neuen Machthaber rechnete und daß dies keine Frage von Verrat oder korrupter Moral war, sondern dem Wesen der Staatsgründung entsprach - all das paßte nicht in unser Bild eines homogenen Befreiungsprozesses und wurde deshalb ausgeblendet. Erst in dem Maße, wie nach vollzogener Nationwerdung neue Kämpfe ausbrachen, wie sich vielfältigste Formen sozialer Gegenmacht artikulierten, deren antagonistischer Kontrahent der Komplex von Gewalt und Verwertung war, den jener Staat verkörperte, waren wir imstande, den Mythos nationaler Unabhängigkeit und den ihm immanenten, alle Differenzen homogenisierenden Volksbegriff zu relativieren. Wir mußten zur Kenntnis nehmen, daß das Spektrum sozialer Bedürfnisse und Interessen nicht in den Befreiungsorganisationen aufging und daß die Dimension des Geschlechter- und des Klassenkampfs selbst im Prozeß antiimperialistischer Befreiung keinen Moment lang ihre Bedeutung verloren hatte.
Wir durften uns mit den völkisch-ethnischen Parolen nicht zufrieden geben, auf denen das unartikulierte Miteinander von KämpferInnen und Kommandanten basierte, waren es doch gerade jene, die als Kader unter den Bedingungen des Krieges die Instanzen und Formen zukünftiger Ausbeutung und Zurichtung schufen. Wir konnten nicht länger ignorieren, daß es wiederum die Männer waren, die in Gestalt des befreiten Nationalstaats die Schaltstellen der Verwertung besetzten und damit zugleich einen erneuten Anlauf unternehmen, die Kontrolle über die Frauen und die Reproduktion zurückzugewinnen. Wir mußten den Mythos des Volkskrieges auf seine revolutionären Qualitäten hinterfragen und ihn in seiner Doppelheit als Moment der Befreiung und als Form zerstörerischer Rationalisierung neu begreifen - einer Rationalisierung, zu deren ersten Opfern die Flüchtlinge ebenso gehörten wie die Frauen und Kinder in den Auffanglagern an den Grenzen zu den umkämpften Gebieten. Wir mußten - kurzum - brechen mit allen Facetten des leninistisch-stalinistischen Verständnisses nationaler Befreiung, das von Beginn an die Politik der Komintern [11] bestimmte und das wir uns im Zuge der Rezeption des Marxismus-Leninismus Anfang der siebziger Jahre eingehandelt hatten.
Es ist dies kein Vorwurf oder eine Denunziation jener, mit denen wir damals zusammen gekämpft haben, sondern das - sicherlich sehr pauschale - Resümee einer Erfahrung. Es ist eine Kritik an falschen Harmonievorstellungen, wie wir sie lange Zeit gehabt haben und die hier vor allem auf Seiten

anitimperialistischer Gruppierungen ungebrochen genährt werden. Die Selbstverständlichkeit, mit der jede revolutionäre Gruppe oder Bewegung internationale Solidarität auf ihre Fahnen schreibt, steht im Widerspruch zu den Schwierigkeiten, sie einzulösen. Existenz und Gewalt des gemeinsamen Gegners reichen nicht aus, um die Gegensätze und Konflikte in den eigenen Reihen einzudämmen. Immer wieder brechen auch hier Antagonismen auf, die ihre Ursache in der Unterschiedlichkeit von Interessen und Zielvorstellungen oder in selbst errichteten ideologischen Barrieren haben. Immer wieder kommt der Moment, wo das, was die eine Gruppe für unbedingt richtig und notwendig hält, in den Augen der anderen schädlich und falsch ist. Daraus ergeben sich trotz des Anspruchs auf Gemeinsamkeit im Handeln und Geschlossenheit vor dem Gegner schärfste Auseinandersetzungen, die bis zur Selbstzerfleischung reichen können. Über den Ausgang solcher Kontroversen innerhalb des revolutionären Lagers aber entscheiden nicht der gute Wille und die bessere Absicht, darüber entscheiden - wie sonst auch - die Machtverhältnisse.

Gerd hatte in der Zeit nach Entebbe im Knast gesessen. Er war bei dem Versuch, ein Kino in Brand zu stecken, in dem der Film über die Flugzeugentführung seinerzeit lief, von einer Observationsgruppe beobachtet und einen Tag später - im Januar 1977 - verhaftet worden. Vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht wurde er wegen versuchter Brandstiftung und Mitgliedschaft in den RZ zu fünf Jahren Knast verurteilt. [12] Als er Ende 1981 wieder rauskam, traf er bei uns auf eine gänzlich veränderte Situation. Den Bruch, den wir mit diesem Teil unserer Geschichte vollzogen hatten, hat er für sich nie akzeptiert.
Er teilte die Kritik anderer GenossInnen, mit denen es aufgrund der von uns beschlossenen Loslösung aus den internationalen Verbindungen harte Auseinandersetzungen gab, die bis zur Trennung gingen. Die Reduktion auf den eigenen Zusammenhang empfand er als Schwächung, die Betonung der politischen Differenz als Spaltung. Der Preis, den wir für die Hervorkehrung unserer Autonomie bezahlten, sei das Verschwinden in der Bedeutungslosigkeit. Der freiwillige Verzicht auf die Umsetzung eines konkreten Antiimperialismus mache nicht nur unseren revolutionären Anspruch zur Farce, er komme zugleich einer Kapitulation vor ganz praktischen Anforderungen wie der Erhaltung der Option auf Gefangenenbefreiung, der Sicherung von Rückzugsmöglichkeiten oder der Bewahrung eines bestimmten Aktionsniveaus gleich. Es sei eine Fiktion zu glauben, die RZ könnten aus eigener Kraft den Aufgaben nachkommen, die wir uns gestellt hätten. Überdies werde der Bruch einen Verlust an subjektiver Radikalität zur Folge haben; er sei jetzt schon eher unserer Kleinmütigkeit als einer wirklichen Notwendigkeit geschuldet. Für den trügerischen Vorteil einer »reinen Weste« hätten wir die RZ auf das Niveau linker Kleingruppenmilitanz gebracht und den Guerilla-Anspruch über Bord geworfen. Unsere »Selbstkritik« in Sachen Entebbe und danach sei Dokument verlogener doppelter Moral, die nur haltbar sei, weil wir andere Realitäten aus unserer Wahrnehmung vollkommen ausblendeten. Es sei ein verkehrtes Wunschbild und zugleich zynisch gegenüber tatsächlichem Leiden, wenn wir revolutionär seien und selbst vor allem saubere Finger behalten wollten. Politik funktioniere nicht nach den Maßstäben zwischenmenschlicher Moral. Der Bruch, so prophezeite er uns, würde das rasche Ende der RZ einleiten.
Gegenüber unserer Entscheidung hielt Gerd fest an der Idee eines unmittelbaren Bezugs auf den palästinensischen Widerstand, nicht zuletzt, weil er sich von der dort erfahrenen Solidarität und subjektiven Radikalität angezogen fühlte. Daß diese Entschlossenheit von zutiefst machistischen Verkehrsformen durchsetzt war, war ihm in der ganzen Widersprüchlichkeit bewußt und hinderte ihn, sich definitiv für ein Leben in diesen Strukturen zu entscheiden. Er versuchte, der Unterschiedlichkeit von Zielsetzungen und Anforderungen in seiner Person gerecht zu werden. Trotz der Widersprüche, die

sich daraus zwischen ihm und uns ergaben, empfanden wir es auch als Stärke, daß er in Gegensätzen denken und Spannungen aushalten konnte, die sich nicht zuletzt aus der Ambivalenz und Gebrochenheit metropolitaner Subjektivität ergeben. Wo wir uns auf das scheinbar sichere Terrain einer politischen Praxis zurückgezogen hatten, die wir für überschaubar hielten, suchte er umfassendere Lösungen. Wo uns Zweifel, Fragen, Unsicherheiten zurückhielten, schlug er sich durch nach dem Motto: »Scheißegal, muß laufen.« Er bewahrte die alten Kontakte, weil er es wollte und weil er sich den GenossInnen dort gegenüber in der Verantwortung wußte, vielleicht aber auch in der unausgesprochenen Erwartung, daß wir uns eines Tages eines Besseren besinnen würden und er die abgebrochenen Kontakte wieder knüpfen könnte. Wenn wir ihn auf eine definitive Entscheidung festnageln wollten, hat er sich entzogen. Er beharrte auf seinem eigenen Weg - gegen totalitäre Gruppenansprüche, gegen alle Vereinnahmungsversuche, von welcher Seite denn auch. Er hat sich verweigert, wo der schmale Grat von Verbindlichkeit hin zu Reglementierung überschritten wurde. Wir hatten unsere Schwierigkeiten damit und haben ihn trotzdem gerade deswegen geliebt. Die Art und Weise, wie er seine Überzeugung lebte, hat uns immer auch fasziniert, gerade weil sie uns in der Form fremd war.

Er ließ sich auf keine Sache absolut zwingen, selbst wenn sie ihm noch so richtig erschien. Wer ihn kannte, weiß um die tausenderlei Geschichten, auf die er sich einließ, ohne sich auf eine reduzieren zu lassen. Dem Puritanismus und Rigorismus mancher Linker, die irgendwann darüber lamentieren, daß sie einen Teil ihres Lebens der Revolution geopfert haben, mißtraute er zutiefst. Was bei oberflächlicher Betrachtung den Eindruck von Unstetigkeit erweckt haben mag, war die Lust, in Widersprüchen zu leben, die geboren war aus der Gewißheit, daß der geradlinige Weg mathematisch zwar die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten, politisch aber mit Sicherheit nicht der schnellste und beste Weg zum Erfolg ist. Was links und rechts dabei herunterfällt, könnte sich später als unentbehrlich und nicht ersetzbar erweisen. Die Vereinbarung von scheinbar Gegensätzlichem und die Selbstbehauptung gegen alles, was andere und anderes ausschließt, war seine Antwort auf die Frage, wie ein Leben im Antagonismus zu den herrschenden Verhältnissen unter metropolitanten Bedingungen überhaupt möglich ist.

Daß er mit dieser Auffassung, die er nicht propagierte, sondern lebte, überall aneckte, kann man sich vorstellen, wenn man sich die ganze Palette seiner Tätigkeiten vergegenwärtigt, die sein Leben nach dem Knast ausmachten. Er arbeitete als Angestellter der Grünen im Europaparlament und verfaßte Reportagen für den WDR, in denen er sich gleichermaßen mit Fragen der Sicherungsverwahrung [13] wie dem verbotenem Glücksspiel oder Triathlon auseinandersetzte. Er engagierte sich in der Knastgruppe, schrieb und besuchte gefangene GenossInnen, wirkte mit bei der Gründung der Zeitung »Bruchstücke« und pflegte in einträglicher Weise seine Kontakte zu ehemaligen Mitgefangenen, die inzwischen auf freiem Fuß waren. Er lebte offensiv als Schwuler, organisierte Veranstaltungen zum Thema Aids und genoß die Schwulenszene auf Ibiza. Er veröffentlichte Texte über die Politik Israels [14] und übernahm Aufgaben, die sich aus seinen internationalen Kontakten ergaben. Er lebte mitten in der Düsseldorfer Politszene und entzog sich ihr, wenn ihm der legale Handlungsrahmen zu eng wurde. Er kritisierte die Halbherzigkeit der RZ und half uns vorbehaltlos, wo es in seinen Möglichkeiten stand. Er hat bei vielen Erwartungen geweckt und zwangsläufig nur einen Teil erfüllt. Wer ihn ganz wollte, wurde immer auch enttäuscht.

Als Gerd im November 1987 zu einem Treffen mit der Gruppe fuhr, tat er dies auf eigenes Drängen. Die Tatsache, daß ihm unmittelbar nach seiner Ankunft der Prozeß gemacht wurde, muß ihn vollkommen unvorbereitet getroffen haben. Er kann sich keines Fehlers, keines Versäumnisses bewußt gewesen sein. Andernfalls hätte er die Reise mit größeren Bedenken angetreten, weil er sich über den Kodex und die Regeln in der Gruppe keinerlei Illusionen machen konnte und sie akzeptierte.

Wir wollen keine Spekulationen anstellen über die Beweggründe derer, die seinen Tod zu verantworten haben. Offensichtlich ist nur, daß hier Maßstäbe aufeinanderprallen, die zweierlei Welten entstammen. Unter Bedingungen, die von der Logik des Krieges diktiert werden, zählen unbedingte Gefolgschaft und Bereitschaft zur Unterordnung, dort stoßen Ansichten und Verhaltensweisen, die nicht mit den gewohnten Mustern übereinstimmen, auf Mißtrauen und Ablehnung. Wo das alltägliche Leben von militärischen Angriffen, von permanentem Ausnahmezustand, von Ausgangssperren, Verhaftungen und Folter bestimmt werden, sind die Fronten klar. Dort ist wenig Raum für Ambivalenzen, die der metropolitanen Herkunft geschuldet sind, dort muß die Frage nach der eigenen Person fast lächerlich klingen. Was hier als Suche, als Probieren, als Ringen um neue Impulse nicht nur seine Berechtigung hat, sondern unbedingt erforderlich ist, sieht sich dort schnell des Verdachts der Unentschlossenheit, der Zögerlichkeit, der Abweichung ausgesetzt. Vom Zweifel an der Loyalität zum Vorwurf des Verrats aber ist es nur ein kleiner Schritt, samt der mörderischen Konsequenzen, die damit verbunden sind.

Und dennoch finden wir eine solche Erklärung falsch, sie ist vordergründig und kurzsichtig. Sie legitimiert eine bewußte Entscheidung mit dem Zwang der Verhältnisse und erklärt die zu Opfern ihrer Handlung, die sie doch begangen haben. Die Erfahrung der Grausamkeit des Gegners enthebt niemanden der Verpflichtung, zu jedem Augenblick Auskunft über die Mittel und Methoden geben zu können, die er selbst anwendet. Der leichtfertige Spruch von der Entwertung des Lebens unter den Bedingungen des Krieges, mit dem wir nach Erklärungen für Vorgänge suchen, die für uns unfaßbar sind, ist ein Zynismus, der von den Bildern der Leidtragenden Lügen gestraft wird. Zudem suggeriert er im konkreten Fall, daß das, was in die Verantwortung einer einzelnen Gruppierung fällt, für den palästinensischen Widerstand in seiner Gesamtheit gilt. Wir haben jedoch keinerlei Veranlassung zu irgendwelchen Pauschalisierungen, wir halten es für verkehrt, von den Regeln und Methoden einer Gruppe auf die Verfaßtheit einer gesamten Bewegung zurückzuschließen.

Nein: Die Bereitschaft zur Ermordung eines Genossen läßt sich nicht mit der Härte der Bedingungen entschuldigen, sie ist Ausdruck einer politischen Programmatik, deren einziger Gehalt die Erringung der Macht und deren Sprache die der künftigen Despoten ist. Die Geschichte ist voll von Beispielen revolutionärer Organisationen oder Bewegungen, die unter vergleichbar brutalen Bedingungen kämpfen mußten, ohne daß sie sich - unter Berufung auf die Niedertracht des Gegners - dessen Methoden zu eigen gemacht haben. Daß dies der geringere Teil ist, daß die Mehrzahl der bolschewistischen Parteien und nationalen Befreiungsorganisationen nach der Devise verfahren ist, daß der Zweck die Mittel heilige und gegen den Feind alles erlaubt sei, wenn es nur der Sache dient, ist kein Gegenargument. Es ist dies eine politische Auseinandersetzung, die ihre historischen Bezugspunkte in der Pariser Kommune ebenso wie in der Oktoberrevolution oder im Spanischen Bürgerkrieg hat. Wo der Sieg zum Maßstab aller Dinge wird, werden nicht nur die besten, sondern auch die schlimmsten Kräfte frei.

Wer die Macht, koste es, was es wolle, erringen und sie um jeden Preis verteidigen will, untergräbt sie im selben Moment. Die Perversion der Revolution, schrieb Rosa Luxemburg [15] an die Adresse der Bolschewisten, ist schlimmer als ihre Niederlage. Das Argument des Erfolgs, auf das die orthodoxen Kommunisten jahrzehntelang gegenüber den »romantischen Verlierern« aus den libertären Gruppen gepocht haben, erweist gerade dieser Tage seine Unzulänglichkeit. Daß sich hier auch eine Männerwelt austobt, daß es immer auch darum geht, obsolet gewordene Machtbastionen und Einflußsphären gegeneinander wie die Ansprüche von unten abzuschirmen, und daß in einer solchen Welt eine schwule Identität per se auf Argwohn stößt, können und wollen wir nicht länger ignorieren. Weil wir dies gelernt haben und weil wir uns lieber in der Tradition der spanischen AnarchistInnen als in der der Komintern sehen, verwehren wir uns gegen alle beschönigenden Reden, die sich auf die Gesetze des Krieges berufen. Bestimmte Regeln sind möglicherweise andernorts erklärlich, aber sie verschaffen sich Geltung,

weil dem eine bewußte politische Entscheidung vorausgeht. Wir können sie uns nicht nur nicht zueigen machen, weil wir unter anderen Bedingungen kämpfen, sondern weil sie in diametralem Gegensatz zu unseren eigenen Bestrebungen und Utopien stehen. Der Tod von Gerd macht ein weiteres Mal deutlich, daß zwischen diesem und unserem Denken Welten liegen, zwischen denen keinerlei Vermittlung möglich ist.

Daß wir die Gewalt in den eigenen Reihen bislang tabuisiert haben und uns erst jetzt darüber entsetzen, wo sie uns selbst ereilt, ist eine Kritik, die wir uns gefallen lassen müssen. Wir haben keine Entschuldigung dafür. Erst der Tod von Gerd hat uns für das Ausmaß der Tragödie empfindsam gemacht, die es bedeutet, daß auch innerhalb revolutionärer Organisationen politische Fragen mit militärischen Mitteln beantwortet werden. Er war Anlaß, uns all der tausenden, bekannten und namenlosen GenossInnen zu erinnern, die ihr Leben gelassen oder gelitten haben, weil sie des Verrats beschuldigt wurden oder einfach nur zwischen die Mühlsteine eines innerorganisatorischen Machtstreits geraten waren.

Ein Einwand gegen revolutionäre Praxis überhaupt ist sein Tod jedoch nicht. Das Wissen um die Gewalt in den eigenen Reihen ist uns Grund zum Einhalt, zur Trauer, zur Verzweiflung, nicht aber eine willkommene Gelegenheit, um das Handtuch zu werfen und unseren Frieden mit den Verhältnissen zu schließen. Wer uns so versteht und meint, wir würden nun, wo es einen der unseren getroffen hat, in das Horn derer blasen, für die Terror schon immer ein normales Mittel des politischen Geschäfts war, befindet sich auf dem Irrweg. Die Selbstgefälligkeit und Heuchelei jener Bürger, die gerade jetzt genußvoll in den Wunden revolutionärer Bewegungen wühlen und sich darin überbieten, Spuren für ihren moralischen Verfall ausfindig zu machen, während sie geflissentlich übersehen, auf welchen Leichenbergen der von ihnen geschätzte westliche Wohlstand und das als Schlachtruf zu neuen Ehren gekommene System der Demokratie errichtet sind, stoßen uns lediglich ab.

Die Auseinandersetzung, die die Ermordung von Gerd ausgelöst hat, spielt sich diesseits der Barrikade ab. Sie wird sich mit dem Zusammenhang von Politik und Moral, dem Gegensatz von nationaler Souveränität und sozialer Befreiung und dem Unterschied zwischen revolutionärer Gewalt und Terror zu befassen haben. Zur Disposition steht jenes leninistische Erbe, das sich in unsere Köpfe eingegraben hat und unser politisches Denken stärker bestimmt, als uns oftmals bewußt ist. Der Rekurs auf die Geschichte kann die Schwierigkeiten, vor denen wir hier stehen, ebensowenig lösen wie der emphatische [16] Bezug auf die weltweiten Kämpfe. Gerade weil revolutionäre Politik in einem Land wie der BRD so isoliert ist, muß sie sich immer wieder eines sozialen Ortes versichern, will sie mehr sein als der bloße Ausdruck der subjektiven Befindlichkeit ihrer Akteure oder der schwache Abglanz ideologischer Konstrukte. Wie schnell all die schönen Worte und die besten Absichten zu bloßer Makulatur werden, sobald wir uns nicht mehr auf eine konkrete Realität beziehen, sondern an Forderungen orientierten, die ihren Ursprung in anderen Bedingungen haben, davon zeugt nicht zuletzt dieses Kapitel unserer Geschichte.

1973 haben GenossInnen der RZ in einem Interview [17] gesagt: »Es gibt aber auch einen Teil unserer Politik, den [...] viele Genossen nicht verstehen und nicht akzeptieren, und den die Massen auch nicht verstehen und der sie vorläufig nicht interessieren wird. Wir halten ihn dennoch für richtig. Dieser Teil des Kampfes bezieht sich auf den Internationalismus, wo es primär um die Solidarität mit den Genossen ausländischer Guerillabewegungen geht und die Solidarität mit den kämpfenden Völkern anderer Länder.« Was dort als Versuch formuliert wurde, eine Antwort auf die weltweite Ungleichzeitigkeit revolutionärer Entwicklungen zu finden, war faktisch zugleich die Abkopplung vom hiesigen Sozialprozeß. Es war der Freibrief für eine Praxis, die sich um politische Vermittlung nicht einmal dem Anspruch nach zu bemühen braucht. Daß wir jahrelang zu Entebbe geschwiegen haben, lag nur in der

Logik des Arguments. Zugleich war dieses Schweigen jedoch auch das beredte Eingeständnis, daß wir uns in eine Sackgasse manövriert hatten: Was wir auf internatinionaler Ebene machten, war nicht die antiimperialistische Dimension dessen, wofür wir in der BRD kämpften, sondern stand in krassem Gegensatz dazu. Wir mußten uns entscheiden. Wer unsere Praxis in den 80er Jahren verfolgt hat, weiß, wie diese Entscheidung ausgefallen ist.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Das Ende unserer Politik

Januar 1992

»Wir sollten akzeptieren, daß diejenigen, die ihr Terroristen nennt, von sich aus und ohne daß man sie darüber aufklärt, erkennen, daß ihr physisches Dasein und ihre Ideen nur kurze Blitze sein werden in einer Welt undurchdringlicher Prachtentfaltung. Fulminant - Saint-Just [18] wußte um seine Fulminanz, die Black Panther wußten um ihre Brillanz und um ihr Verlöschen, Baader und seine Gefährten sagten den Tod des Schahs von Persien voraus; auch die Fedajin sind Leuchtspurgeschosse, die wissen, daß ihre Flugbahn augenblicklich erlöschen wird.«
Jean Genet, Ein verliebter Gefangener [19]

Unsere Möglichkeiten, genau das auszudrücken, sind schlichter. Hätten wir beizeiten das Gefühl für Leuchtspurgeschosse gehabt, wäre vielleicht der Vorgang der Selbstauflösung unserer Gruppe entschiedener verlaufen.
Wir haben nach unserer Aktion gegen die Düsseldorfer Staatskanzlei und das Sozialministerium im Januar 1991, die erfolglos blieb und von einer Reihe eigener, gravierender Fehler begleitet war, unsere bisherige Form des militanten Widerstands in der Region aufgegeben. Die Januar-Aktion richtete sich, wie unsere meisten Aktionen davor, gegen die staatliche Flüchtlingspolitik und vor allem gegen die unerhörte Behandlung der Roma durch die NRW-Landesregierung.
I. Wir ziehen heute die Konsequenz aus der Erkenntnis, daß die Form und Struktur unseres Kampfes Ausdruck einer bestimmten Phase der Entwicklung der gesellschaftlichen Widersprüche in der BRD nach 1968 war, die unwiderruflich mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus und den darauffolgenden Zersetzungsprozessen, der deutschen Wiedervereinigung und der im zweiten Golfkrieg skizzierten »Neuen Weltordnung« ihr Gepräge verändert haben. Mit dem neuen Projekt Großdeutschland sind die sozialen Widersprüche - die hier ständig reproduzierten und die nach außen, in die europäische Peripherie und in die Ausbeutungs- und Hungerzonen der Trikont-Länder verlagerten - bestimmt nicht weniger scharf geworden. Die objektive Analyse dessen, was seit 1989/90 historisch gelaufen ist, der endgültige Sprung Deutschlands zur Weltmacht, die Ausrichtung eines deutschen Europa auch nach Osten hin und die Neue Weltordnung für die 90er Jahre mit ihrer sozialen und militärisch-strategischen Seite, erforderte im Grunde eine ganz andere Stufe der Organisierung des militanten und revolutionären Widerstands. Aber wir können das nur noch als leeren Anspruch formulieren. In Wahrheit sind wir von der Geschichte überrollt worden.
Die Bedingungen linksradikaler Politik in der BRD haben sich innerhalb kürzester Zeit vollkommen verändert. Der Wandlungs- und Auflösungsprozeß der Linken insgesamt wie der politischen Szene, aus der heraus und in Bezug auf die wir in erster Linie operiert haben, ist vielleicht nur ein nebensächliches Produkt dieser Veränderung. Aber unsere Politik war prinzipiell auf diese öffentliche Ebene angewiesen, und wir können nicht stellvertretend für eine historische Tendenz in der BRD seit Anfang der 70er Jahre weitermachen, wenn alles wegbricht. Unsere eigenen Aktionen der letzten Jahre sind im luftleeren Raum verlaufen, waren nicht mehr Bestandteil einer breiteren sozialen Praxis. Unser Koordinatensystem: bewaffnete Opposition - Vermittlung - Verankerung - Vermassung stimmt nicht mehr, der Bezugsrahmen hat sich verschoben, Verhältnisse haben sich aufgelöst. Der Kampf gegen die »Kolonialisierung der Köpfe«, den wir auf unsere Fahnen geschrieben haben, wird sich in anderen Formen abspielen müssen, wenn wir den Schluß aus dieser Verschiebung ziehen. Denn wir sind weder bereit, unsere Politik ohne jeden Anspruch auf eine Wechselbeziehung zwischen legalen und illegalen

Kampfmethoden fortzuführen, was ja auch heißt: ohne Kontrolle, noch wollen wir für unsere Vorgehensweise eine Gültigkeit unabhängig von jeder konkreten historischen Situation behaupten, nur weil uns außer der einmal getroffenen Entscheidung für diese Politik nichts besseres einfällt. Wenn wir politische Subjekte bleiben wollen, sind wir gezwungen, uns etwas anderes auszudenken.
Das Ende unserer Politik vollzieht sich im Zusammenhang einer Neugestaltung nationaler und internationaler Kontexte und einer Radikalisierung des Imperialismus, deren Ergebnisse wir nicht kennen. Sicher ist nur, daß die weltweiten Migrationen der wichtigste Indikator dieser Entwicklung sind und daß sie die Metropolenländer mehr als bisher unmittelbar berühren und beeinflussen werden. Was in den Metropolen künftig an Revolten oder Anpassungsprozessen entstehen wird und wo die Bruchlinien liegen werden ist noch weitestgehend unausgemacht. Die Kämpfe und Aneignungsformen im proletarischen Spektrum, in den Subschichten der jugendlichen ImmigrantInnen, der sozial entrechteten Frauen, der Opfer der Deregulation im Osten, erscheinen uns bisher undurchschaubar, weil wir mit Bildern konfrontiert werden, in denen wir das Wesen der Emanzipation der Klasse nicht erkennen, und weil unser analytisches Instrumentatium nicht ausreicht, um hinter den Erscheinungsformen die Bedeutung der Kämpfe zu entziffern. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als sich dem historischen Prozeß zu stellen, ohne auf die hierarchisch-patriarchalischen, antik-kommunistischen Politikmuster und Organisationsmodelle zurückzugreifen und ohne vorschnell neue Ideologien zu produzieren, die der völlig offenen Situation schon wieder ein Korsett anpassen und vorhandene Widersprüche zugunsten einer monokausalen Weltsicht glätten würden.
II. Beginnen wir damit, nachdem unser Versuch, zur Entwicklung einer revolutionären Situation in der BRD beizutragen, obsolet geworden ist, nach einigen Ursachen zu fragen, die das Ende unseres Bemühens markieren. Vielleicht erhalten wir auf diese Weise, wenn wir die Phasen und Wendepunkte in unserer Politik rückwärts betrachten, einen Schlüssel für eine neuerliche Partizipation an gesellschaftlichen Konflikten.
In den 80er Jahren haben wir in der Region eine militante Politik zu vertreten und zu entfalten versucht, die immer auf dem Prinzip der Verankerung und Vermassung aufgebaut war - Verankerung in einem aktiven linksradikalen Umfeld und womöglich in sozialen Konflikten, die über diese linksradikale Szene hinausgingen. Die mit unseren Aktionen und Erklärungen verbundenen thematischen Vorschläge: eine konsequent antirassistische und internationalistische Orientierung zur Unterstützung des schwarzen Befreiungskampfes in Südafrika, dann verstärkt unsere Kampagne gegen die imperialistische Flüchtlingspolitik und ihre staatlich-administrativen Durchsetzungsorgane - diese Vorschläge sollten politisch orientierend wirken, ohne uns in eine avantgardistische Position gegenüber dem legalen Teil des Widerstands zu bringen.
Spätestens am Ende der Flüchtlingskampagne, nach dem 18.12.1987, und bei der Wiederaufnahme unserer Angriffe zur Unterstützung der Roma ab 1989, wurden wir uns unserer Isolierung bewußt. Die fehlende Verankerung in unserem politischen Umfeld ließ sich nicht länger mit vereinzelten Zustimmungsritualen aus der Szene kaschieren. Der 18.12.1987 - zur Erinnerung: Der Schlag des BKA gegen Zusammenhänge, in denen die auch von der Roten Zora und uns aufgegriffenen »anschlagsrelevanten Themen« wie Gentechnologie und Flüchtlingspolitik bearbeitet wurden - hat uns gezeigt, wie weit dieser »Beziehungsverlust« fortgeschritten und wie dünn unsere Decke damals bereits war. Obwohl dem Staat der Angriff reichlich mißlang in Bezug auf konkrete, unmittelbare Erfolge, tat die Androhung der Kriminalisierung »anschlagsrelevanter » Themen doch ihre Wirkung. Die öffentliche Linke war nicht dazu bereit (und wir hatten zu diesem Zeitpunkt ebenfalls darauf verzichtet), die inkriminierten Themen offensiv weiterzuführen und damit unseren Anteil an der Kampagne gegen Gentechnologie und Flüchtlingspolitik zu verteidigen. Stattdessen bezog sich die zeitweilig breite Unterstützung fast ausschließlich auf die Repressionsopfer, nicht auf unsere Politik. Die Orientierung

auch der linksradikalen Szene weg von der thematischen Arbeit auf den unmittelbaren Repressionsaspekt trug zum weitgehenden Zusammenbruch der bestehenden legalen politischen Strukturen bei, auf die wir angewiesen waren. Bei uns selbst wurde die Beschäftigung mit dem 18.12. ebenfalls zum Politikersatz, und dies führte schließlich zu einer fast vollständigen inneren Paralyse der gesamten RZ. Um es noch einmal klar zu sagen: Wir sind uns heute sicher, daß nicht die Repressionswelle des 18.12. unserer Politik das Genick gebrochen hat, sondern daß das BKA zu einem Zeitpunkt eingegriffen hat, in dem die Vermittlung unserer illegalen Aktionen jedenfalls im Bereich der Flüchtlingspolitik in eine breitere linke bis linksradikale Öffentlichkeit zunehmend zum Problem wurde.
Die letzten drei Jahre, als wir versuchten, thematisch an die Flüchtlingskampagne anzuknüpfen und in die Auseinandersetzung zwischen den NRW-Behörden und den von rassistischer Sonderbehandlung und Abschiebung bedrohten Roma einzugreifen, wurden wir nur noch von der Frustration heimgesucht, daß unsere Aktionen von den öffentlichen Solidaritätsgruppen entweder nicht zur Kenntnis genommen oder in der politischen Auseinandersetzung mit der Landesregierung nicht verwertet wurden. So blieb u.a. unsere auf krimineller Beschaffung beruhende Publikation der »Zigeunerakten« [20] der Kölner Anlauf- und Beratungsstelle nahezu ohne Resonanz, obwohl sie genau zu dem Zeitpunkt erfolgte, an dem der Konflikt zwischen den Roma bzw. ihren UnterstützerInnen und der Rau [21]-Heinemann [22]-Schnoor [23]-Administration eskalierte.
Es war das eingetreten, was wir unbedingt vermeiden wollten: Wir waren allein, ohne Austauschmöglichkeiten, so daß sich die Motivation für die bewaffnete Intervention nur noch aus dem reinsten Subjektivismus zu speisen begann. Ein Zustand, den wir als Tod von Politik begreifen und als Einfallstor für Beliebigkeit und Terrorismus.
Die Schwäche unseres Engagements im Roma-Konflikt wurde vollends offensichtlich, als es uns nicht gelang, andere Gruppen aus unserem Zusammenhang auf eine gemeinsame Stoßrichtung zu verpflichten. Mit dem Vorschlag, angesichts der nationalistischen Neuformierung Deutschlands der im Bündnis zwischen Staat und Mob organisierten Hetze gegen »Ausländer« und der sozialtechnischen Inszenierung von »Flüchtlings-« und »Zigeunerproblemen« im Jahr 1990 alle Kräfte der RZ auf die Ingangsetzung einer breiten, antirassistischen und internationalistischen Kampagne zu lenken, sind wir nicht durchgekommen. Teile des Zusammenhangs der RZ waren und sind der Ansicht, mit einer neuen, antipatriarchalen Orientierung das politische Defizit zu füllen und die RZ über eine Durststrecke bringen zu können, ohne sie grundsätzlich in Frage zu stellen. Unsere Gruppe konnte und wollte umgekehrt die Ausrichtung der gesamten Politik auf das Thema »Antipatriarchalismus« nicht hinnehmen. Obwohl wir uns über die absolute Notwendigkeit dieser Diskussion im klaren sind, erschien uns der Stand der Auseinandersetzung nicht ausreichend, die Theorielücken waren zu groß, die denkbaren Beziehungen zwischen legalen und illegalen Kampfformen zu unausgegoren, als daß wir daraus eine bewaffnete Politik hätten ableiten können. (Das einzige Papier, das in diesem Zusammenhang veröffentlicht wurde - »Was ist das Patriarchat?« - fiel internen Spannungen zum Opfer und reichte nicht als Ausgangspunkt für eine weiterführende Klärung in unseren Reihen.) Historisch gesehen, hätten wir vielleicht einen emanzipatorischen Beitrag zur Patriarchatsdiskussion leisten können, wenn es uns gelungen wäre, mit den Frauen der Roten Zora eine gemeinsame Politik zu entwickeln, anstatt ihnen durch unsere Ansichten und unser Verhalten die Trennung von uns nahe zu legen. Aber das ist eine andere Geschichte.
Kurzum: In der bisherigen Entwicklung der RZ-internen Patriarchats-Diskussion, an deren männlichem Elend wir mitverantwortlich sind, erkennen wir keinen politikfähigen Ansatz: Wenn dann noch der »Mann als Täter« in den Vordergrund rückt, Kontemplation Politik ersetzt und im »Verzicht auf männliche Definitionsmacht« politische Enthaltsamkeit geübt wird, begreifen wir die ganze Richtung eher als Selbstentmündigung und Entpolitisierung, denn als Beitrag zur Neubestimmung

sozialrevolutionärer Politik. Jedenfalls hilft der Antipatriarchalismus nicht über das dringlichste Problem, über die fehlende Bedingung hinweg, daß der militante Widerstand und der bewaffnete Kampf, so wie wir ihn zu entwickeln versucht haben, eine Angelegenheit von immer weniger Leuten geworden ist und keine soziale Basis mehr zu haben scheint.
Den politischen Rest bekamen wir, als die Linke in der BRD/DDR sich außerstande sah, auf den Wiedervereinigungsprozeß und seine Folgen zu reagieren. Mit diesem Nichtverhalten, mit dem Verzicht auf die Formulierung von Alternativen und der totalen Unfähigkeit, dem aufkeimenden Nationalismus auch nur theoretisch eine internationalistische Perspektive entgegenzusetzen, trat die Linke als innenpolitischer Faktor ab. Aber auch die RZ haben sich durch anhaltende Passivität endgültig aus dem historischen Prozeß hinauskatapuliert. Zu den entscheidenden Ereignissen, die wie es scheint, die 90er Jahre prägen werden, zur deutschen Hegemonie in Europa, zum Golfkrieg (einschließlich der damit in diesem Land verbundenen politischen Debatte und der Veränderung der Koordinaten der Linken) und zum Zerfall des Realsozialismus konnten wir keine klärende Position finden. Auch die von uns benutzten antiimperialistischen oder sozialrevolutionären Erklärungsmuster haben gegenüber dem historischen Wandel versagt.
Wir sind in den Strudel der Auflösung linker Utopien und kommunistischer Systeme geraten, obwohl wir aus unserer politischen Geschichte heraus meilenweit von dem entfernt waren, was jetzt als Realsozialismus zurecht Bankrott gegangen ist. Daß die bolschewistisch verstaatliche Form des Kommunismus eben nichts als eine Herrschaftsform war, haben wir immer gesagt, und unsere eigene Praxis zielte perspektivisch nie auf irgendeine Machtfrage, sondern auf die Entwicklung und Verbreiterung sozialer Selbstbestimmungsrechte von unten her. Trotzdem fällt uns dieser Bankrott auf die Füße, wir können nicht so tun, als gingen uns die Perversionen des zur Macht gekommenen Kommunismus nichts an. Eine Perspektive auf soziale Befreiung, zumal eine revolutionäre Perspektive in den europäischen Metropolenländern, wird künftig verdammt schwer zu begründen sein. Dafür reicht der abstrakte Bezug auf den auch nach dem globalen Sieg des Imperialismus fortexistierenden Widerspruch der millionenfachen Verarmung und Verelendung nicht aus. Erst wenn sich erwiesen hat, daß die albanischen Flüchtlinge in Italien 1991 nur die Vorboten einer Unterminierung der Festung Europa gewesen sind, werden auch hier die Verhältnisse wieder zu tanzen beginnen. Im Moment sehen wir jedenfalls nicht, wie die Fortsetzung von bewaffneten Aktionen ein Ersatz für eine fehlende politische Perspektive der Verbreiterung und Vermassung revolutionärer Politik in der BRD sein kann. Die Form und das Mittel des bewaffneten Kampfs, das wissen wir selbst ziemlich genau, wird leicht zum Selbstzweck, zum Ersatz für politische Strategien.
III. Heute vermuten wir, daß bereits mit der Entscheidung für die Flüchtlingskampagne Mitte der 80er Jahre und mit dem Versuch einer Annäherung an die sogenannte »Soziale Frage« unsere Abkapselung in ein irreversibles Stadium eingetreten war - obwohl wir das Gegenteil hatten erreichen wollen. Wir hofften damals, mit der Thematisierung der neuen Klassenzusammensetzung und der Ausgrenzung des unteren Armutsdrittels einen Weg gefunden zu haben, uns einem möglichen revolutionären Subjekt annähern und seine Kämpfe vorwegnehmen zu können. So sollte die Reduzierung und Orientierung auf die Teilbereichsbewegungen (AKW, Häuserkampf) überwunden werden, in denen wir uns zusammen mit der autonomen Linken seit Ende der 70er Jahre engagiert hatten. Wir waren mit unserer Fixierung auf diese Teilbereichskämpfe in eine Krise geraten, denn die Hoffnung, sie als Keimformen einer allgemeinen sozialen Umwälzung interpretieren zu können, hatte sich als Fehleinschätzung erwiesen. Hinzu kam der Versuch, mit der Formulierung eines »konkreten Antiimperalismus« die Verkrustungen und die Eindimensionalität des vorherrschenden linken Internationalismus jener Jahre aufzubrechen. Wir haben in der Verbindung von sozialer Thematik und Flüchtlingskampagne Möglichkeiten gesehen, einen neuen Handlungsspielraum für internationale Solidarität in den Metropolen selbst zu eröffnen.

Was wir damals nicht richtig begriffen oder wofür wir jedenfalls keine Lösung parat hatten, war die in dieser Kampagne zum ersten Mal in aller Schärfe auftretende Trennung zwischen Thema (Flüchtlinge) und Adressat unserer Propaganda (linksradikale Szene). In den Flüchtlingen sahen wir die in die Metropolen reichende Verlängerung eines weltweiten Aneignungskampfes, VertreterInnen eines Weltproletariats, gegen die die staatlichen Ausländer- und Sozialbehörden exemplarisch Sondermaßnahmen ergreifen, die auch für Teile der metropolitanen Klasse bestimmt sind. Zwar hatten wir nicht die Hoffnung, daß sich rasche Verbindungslinien zwischen Flüchtlingen und hiesigen proletarisierten Schichten ergeben würden, die eine rassistische Spaltung überwinden könnten. Aber wir phantasierten den Willen der Flüchtlinge, in den Metropolen ihren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum und an existentieller Sicherheit einzuklagen, als direkten antiimperialistischen Kampf, verbunden mit trikontinentaler Widerstandserfahrung - und damit als ein mögliches Terrain unserer eigenen Politik. Als die Kämpfe in dieser Form ausblieben, auf die wir hätten Bezug nehmen wollen (wobei wir die vielen »reformistischen« Forderungen von Asylsuchenden leicht übersahen), kompensierten wir dies mit der Analyse der staatlichen Flüchtlingspolitik und mit Angriffen auf deren zugängliche Agenturen. Wir machten die Sache der Flüchtlinge zu der unsrigen, ohne auf ihre Subjektivität und Erwartungen Rücksicht zu nehmen, ja ohne sie zu kennen. Diese »Flüchtlingspolitik ohne Flüchtlinge« ergab sich scheinbar notwendig, sie entsprang unseren Erfahrungen aus der öffentlichen Flüchtlingsarbeit und sie war theoretisch begründet in der Einschätzung der Rolle des Staats gegenüber der Migration. Aber wir vergaben uns damit die Chance eines wirklichen Zugangs zur »Sozialen Frage«, vielleicht weil wir ahnten, mit den Problemen, die ein solcher Schritt nach sich ziehen würde, als illegale Gruppe überfordert zu sein, und weil es damals keinen Transmissionsriemen in der Linken zu den Flüchtlingen gab. Die Einbahnstraße entstand also dadurch, daß wir in dem Versuch der Verknüpfung von sozialer und Flüchtlingsthematik die alten Teilbereichsbewegungen verließen, um wieder eine umfassende, auf gesamtgesellschaftliche Umwälzung zielende Perspektive zu gewinnen; daß wir aber weder die eigene Organisationsform noch die bisherigen Methoden und Objekte unserer Angriffe in Frage stellten und vor allem den Adressatenkreis unserer Politik, das linksradikale Milieu, nicht verließen oder ausweiteten.

Inzwischen kann die Linke bzw. das, was von ihr übrig ist, durch die unaufhörliche Verschärfung der staatlichen Flüchtlings- und Ausländerpolitik und die neuerlichen rassistischen Übergriffe die bedrohliche Situation von Flüchtlingen in der BRD nicht weiter verdrängen. Sie hat sich der Notwendigkeit gestellt, zumindest ein Bleiberecht zu verteidigen. Paradoxerweise geschieht das zu einem Zeitpunkt, in dem wir selbst mit unseren Bemühungen in dieser Richtung vollkommen isoliert sind.

IV. Bisher haben wir uns darauf beschränkt, den Verlust unserer Bezüge und das daraus entstandene Mißverhältnis zwischen unserem revolutionären Anspruch und der tatsächlichen politischen Entwicklung als Begründung für unser Aufgeben zu benennen. Das Problem stellt sich grundsätzlicher. Die Frage muß lauten: Kann eine Formation wie die RZ mit ihrem Eigenverständnis von Verankerung und Vermassung und mit dem Einsatz bestimmter, eingeschränkter Kampfmittel ihren politischen Zielen auf Dauer gerecht werden ?

Die RZ entstand Anfang der 70er Jahre, als die Diskussion über revolutionäre Gewalt noch breit geführt wurde und nicht tabuisiert war. Bewaffneter Widerstand wurde - wenn auch nur von wenigen praktiziert - von vielen als legitimer Kampf begriffen, der weltweit die Dynamik der Klassenauseinandersetzungen bestimmte. Die bewaffneten Gruppen waren in der Selbsteinschätzung der Linken ein Teil des revolutionären Spektrums. In den Fabrikkämpfen Anfang der 70er Jahre, den Häuserkämpfen, der Jugend- und Randgruppenbewegung und besonders bei den sich entwickelnden Kämpfen der Frauenbewegung zeigten sich Ansätze für soziale Umwälzungen in den Metropolen. Die Erfahrungen der

lateinamerikanischen Guerilla als notweniger Bestandteil der Massenbewegung auf dem Weg zur Revolution hatten auch für die Metropolenkämpfe jener Jahre einen zentralen Stellenwert. Sie wurden nach hierher übertragen, und der »Sturm auf das Hauptquartier« schien im Bereich des Möglichen zu liegen.

Erst die massive staatliche Repression führte zu den bekannten Entsolidarisierungsprozessen. Der Deutsche Herbst 1977, die Anti-AKW-Bewegung und die Orientierung der Spontis [24] - später der Autonomen - auf die Teilbereichsbewegungen beendeten diese Phase. Nach der Repression 1977 gegen unsere Organisation verbanden die RZ ihr politisches Schicksal mit den jeweils aktuellen Konjunkturen der Teilbereichskämpfe, zogen ihnen quasi hinterher, ergänzten sie und sahen in ihnen die neuen Keimformen der Revolte. Sie gingen über die beschränkten Ziele der Teilbereichskämpfe insoweit hinaus, als sie an einer grundsätzlichen revolutionären Orientierung festhielten. In dieser Phase gelang es, mit den Aktionen der RZ die Bereitschaft zum militanten Widerstand in den Teilbereichsbewegungen zu fördern, mit exemplarischen Beispielen die Handlungsgrenzen auszuweiten und die bewaffnete Opposition als Teil der linken politischen Kultur zu verankern. Die Themen wechselten, die waren (fast) beliebig und austauschbar (AKW, Startbahn West, Häuserkampf, Friedensbewegung, Gentechnologie usw), das Credo der RZ blieb: Bewaffneter Widerstand ist möglich. Unsere Verankerung - oder was wir dafür hielten - drückte sich in der Propaganda und Vermassung militanter und bewaffneter Widerstandsformen aus; der Spiegel dieser Verankerung schien uns die Akzeptanz und Nachahmung in den Reihen der radikalen Linken zu sein. (Genau aus diesem Grund wurden diverse Handbücher und Bauanleitungen veröffentlicht.) Je breiter und militanter sich der Widerstand gebärdete, desto gewisser waren wir uns der Zustimmung zu unseren Aktionen. Wir legten sie so an, daß sie nicht in Widerspruch zu den Bewegungen gerieten. Deshalb vermieden wir die Ebene reiner »Machtauseinandersetzungen«. Die Parolen »Kampf um die Köpfe und Herzen« und »Schafft viele RZ« standen für dieses Vermassungskonzept.

In den Kämpfen um die Startbahn West, als sich breitester öffentlicher Widerstand mit illegalen Aktionen verband, schlug für die dort agierende RZ eine Sternstunde. Sie hatte es verstanden, in einem regionalen Konflikt eine Rolle zu spielen. Sie brachte zeitweilig die allgemeine Gewaltbereitschaft mit ihren Interventionen in Einklang - für uns ein Bespiel für gelungene Verankerung revolutionärer Politik. (Durch einen einzigen verhängnisvollen Fehler, den Mord an Karry [25], wurde dieses Konzept von Popularität schlagartig desavouiert.) In einem viel reduzierteren Maß glückte die Verbindung noch einmal in der Fahrpreiskampagne an Rhein und Ruhr mit der massenhaften Verteilung nachgedruckter Fahrkarten in proletarischen Vierteln. Es war ein kleiner Beitrag von uns, die Menschen zu gesetzwidrigem, kostensparendem Handeln zu animieren ...

Das Konzept »Schafft viele revolutionäre Zellen« ging nur insofern auf, als eine Parallelität der Kampfmethoden entstand. Es war uns jedoch nicht gelungen, in den Teilbereichsbewegungen Fuß zu fassen oder die Militanten aus ihren Zusammenhängen heraus für eine revolutionäre Perspektive und Organisation zu gewinnen. Der Häuserkampf ist dafür ein Beispiel. Die Militanzbereitschaft war inzwischen gewachsen, der Einsatz ähnlicher Mittel wie der unsrigen war Ausruck einer breiten politischen Widerstandskulur geworden. Die Vermassung unserer Angriffsformen ließ sich aus jedem Jahresbericht des Verfassungsschutzes belegen. Dennoch wurden wir in diesen Jahren für die autonomen HäuserkämpferInnen mehr zum »Mythos« als zum Teil ihrer eigenen Kämpfe. Wir hatten kaum Verbindungen mehr zu den neuen Generationen der HausbesetzerInnen und der Jugendbewegungen, außer in der abstrakten Form gelegentlicher bewaffneter Unterstützung.

In der Fixierung auf unsere Kampfmethoden verzichteten wir darauf, eine theoretische politische Orientierung zu entwickeln, die mehr beinhaltete als einzelne Versatzstücke zu bestimmten Konflikten.

Unser sozialrevolutionäres Theorieverständnis setzte sich bestenfalls mosaikartig aus der Summe der Kommentare und Analysen zu den einzelnen Widerstandsfeldern zusammen, eine festere Anbindung war so nicht möglich.
Die RAF mit ihrer Imperialismusanalyse (militärisch-industrieller Komplex) und der Ausrichtung auf die Befreiungsbewegungen hatte eine Theorie vorgegeben, die Bestandteil der Propaganda der sie unterstützenden Gruppen war. Mit dem Konzept der Front [26] hatte sie 1982 den organisatorischen und propangandistischen Rahmen für die ideologische Verbreiterung ihrer Politik gegeben. Wir diskutieren hier nicht die Mängel an diesem Konzept, denn es geht nicht darum, uns an ihren Fehlern abzuarbeiten, sondern an unseren. Es bleibt festzuhalten, daß in der Propagierung unserer eigenen Kampfmittel als »Mittel für alle« eher ein Aktionsmodell steckte als eine politische Theorie. (Das Papier »Zwischen Beethoven und MacDonalds« [26a] stellte in diesem Zusammenhang klar, wie gründlich die Linke das Selbstverständnis der RZ mißverstanden hatte, als sie Bomben von Rechtsradikalen auf Wohneinrichtungen und Autos der US-Streitkräfte mit uns in Verbindung brachte.) Unser fundamental-revolutionärer Ansatz korrespondierte nicht mit den Zielen der Teilbereichsbewegungen, und der zunehmenden Zersplitterung autonomer Zusammenhänge setzten wir keine vereinheitlichende Perspektive entgegen. Trotzdem lagen unsere Stärke und unser »Mythos« in der Eröffnung und Nachahmung militanter Aktionsformen und unserer Fähigkeit, gesellschaftliche Konflikte aufzugreifen, die eine gewisse Sprengkraft bargen.
Unsere theoretischen Beiträge befaßten sich also im wesentlichen mit den Konflikten, an denen wir partizipierten. In diesem Sinne trugen wir zur Theoriebildung bei. Erst in der Entwicklung der Flüchtlingskampagne gingen wir in unserem theoretischen Selbstverständnis über die Teilbereichsbewegungen hinaus. Die damit gewonnene Ausweitung der Konfrontationsebenen war objektiv auch ein erster Schritt aus der Selbstreduzierung heraus, die in unseren Methoden angelegt war. Eigentlich hätte diese Kampagne zu einer konsequenten Revision der von uns benutzten Kampfmittel und -formen führen müssen.
Aber dies geschah nicht, wir repräsentierten weiterhin die Form einer sozialrevolutionären Guerilla, die ihre Kontinuität in der Durchführung bestimmter bewaffneter Aktionen aufrechterhielt. Ihr herausragendes Merkmal blieb die Symbolik des Bombenanschlags.
Die Dialektik von bewaffnetem Widerstand und Massenkämpfen blieb rein äußerlich. Die eigene, subjektive Entscheidung für grenzüberschreitendes politisches Verhalten, für bewaffnete Anschläge, und die Zustimmung der Linken zu unseren Aktionen legten wir - fälschlicherweise - als systemsprengende revolutionäre Kraft, als erste Schritte eines revolutionären Prozesses aus. Hatten wir wirklich geglaubt, mit einem derartig reduzierten Programm die Komplexität der gesellschaftlichen Veränderungen in ihren politischen und kulturellen, sozialen und organisatorischen Ausmaßen beeinflußen zu können? Offensichtlich! Denn über die lange Zeitspanne seit den Anfängen der RZ veränderten wir kaum die Methoden unserer Interventionen. Wir beschränkten uns im wesentlichen auf Sabotageakte und Sachbeschädigungen, deren politische Wirkung auf Gedeih und Verderb auf die Berichterstattung durch die Medien angewiesen war - was im extremsten Fall bedeutete, daß eine Aktion nicht stattgefunden hatte, die nicht in den Schlagzeilen war. Nichts dokumentiert deutlicher die Distanz zu den gesellschaftlichen Prozessen. Kein Thema, das wir diskutierten, keine Analyse, die wir erstellten, eröffnete uns die Perspektive für neue Interventionsformen. Wir reduzierten die von uns und unserer Propaganda antizipierte soziale Befreiung auf den Akt des Angriffs immer gleicher Objekte, als wenn sich in der ständigen Wiederholung des ewig gleichen Einsatzes der ewig gleichen Mittel subjektiv der Beitrag als Revolutionär erschöpfen könnte; als wenn das, was wir erreichen wollten, nämlich Förderer und Teil der revolutionären Kräfte zu sein, sich in dieser Selbsteinschränkung einlösen ließe. Unsere

Aktionen blieben kalkulierbar. Das Festhalten an den traditionellen Konfrontationslinien und Angriffsformen in der Flüchtlingskampagne wurde denn auch für uns zum Sargnagel.
Und doch hatte das Beharren auf dem reduzierten Spektrum von Mitteln im revolutionären Kampf einen Grund. Wir haben einerseits unsere Mittel niemals relativiert, weil wir sie nicht wirklich in Bezug gesetzt haben zu Klassenkämpfen, sondern immer nur zur linken Szene. Andererseits gingen wir nicht über diese Mittel hinaus, weil sie perfekt mit unserer Anonymität korrespondierten und das persönliche Risiko einschränkten. Diese Anonymität produzierte (glücklicherweise) keine HeldInnen. Niemand konnte zur Verantwortung gezogen werden, alle konnten es gewesen sein.
Hierin lag gleichsam der Verzicht, Menschen als Träger von Ideen und Propaganda zu präsentierten, identifizierbar zu machen. Ohne bekannte Mitglieder, ohne Gefangene als PropagandistInnen existierten die RZ nur als abstrakte Idee. In dieser Abstraktion lagen zugleich die Stärken und die Schwächen der Zellen. Sie waren stark genug, weil ganz unabhängig von ihren Militanten die Idee des bewaffneten Widerstands überleben konnte und weil die Solidarisierung sich nicht auf Personen, sondern auf Aktionen bezog. Diese Abstraktion und Anonymität verhinderte aber gleichzeitig die Ausweitung von Propaganda und verengte die politischen Perspektiven und Interventionsfelder. Die Konfrontations- und Angriffsmöglichkeiten blieben beschränkt. In genau dieser Logik lag die Verselbständigung der Mittel begründet, genauso wie das Auslaufen einer Kampagne aus Mangel an geeigneten Angriffszielen. In ihr war die Isolierung unserer Politik angelegt.
Heute, zu einem Zeitpunkt rassistisch motivierter Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, verbietet sich der Gebrauch von Feuer und Flamme als Mittel revolutionärer Politik in diesem Bereich von selbst. Aber die Frage, warum unsere Kampfmittel nicht nur von den Herrschenden als »terroristisch« empfunden werden, stand angesichts von Sprengsätzen in Flugzeugen, Kaufhäusern und Synagogen mit Hunderten von Toten schon eher an. Zu glauben, daß es nur davon abhängt, wer diese Mittel in welchem Maßstab und mit welchen Zielen anwendet, ist eine gefährliche Vereinfachung. Der Diskreditierung des Widerstands- und Befreiungskampfs durch die globale Ausbreitung eines dreckigen, geheimdienstlich durchsetzten Terrorismus konnten wir praktisch kaum etwas entgegensetzen. Für den Einsatz revolutionärer Gewaltmittel ist dies zu einem entscheidenden Problem geworden.
V. Der letzte Aspekt unserer Reflexion betrifft unser Verhältnis zum sogenannten »Internationalen Terrorismus«. Durch die Offenlegung der Stasi-Akten, durch Presseberichte über Carlos [27] und Co. und vor allem durch die Ermordung von Gerd Albartus sind wir mit dem Teil unserer Geschichte konfrontiert, den die meisten von uns gar nicht kennen, den die anderen am liebsten verdrängt hätten. Seit Entebbe und der OPEC [28]-Aktion kann sich jede/r vorstellen, daß die Geschichte der RZ nicht erst mit dem Einstieg in die Teilbereichsbewegungen begonnen hat. Die damals üblichen internationalen Kontakte wurden aber schon vor 1977 wegen politischer Differenzen abgebrochen, so daß die neuen Mitglieder der RZ mit ihrem sozialrevolutionären Verständnis von Politik davon unberührt blieben. Diejenigen, die von den alten Zusammenhängen wußten, sahen sich nicht veranlaßt, die faktische Neugründung der RZ mit der alten Geschichte zu verbinden. Das war ein Fehler, weil sich heute niemand von uns mehr der politischen Verantwortung entziehen kann, auch diesen Teil der Geschichte und seine Folgen im internationalen Terrorismus zur Kenntnis zu nehmen und ihn als einen historischen Ursprungsort der RZ zu akzeptieren.
Der Umgang mit diesem Komplex zeigt einerseits die Blauäugigkeit, mit der die Militanten der RZ die eigene Politik durch Zuordnung zur linksradikalen und autonomen Szene definiert haben, als wenn eine neue Orientierung allein schon bedeuten würde, daß die alte Geschichte gegessen sei. Andrerseits läßt er bei denjenigen, die etwas von den früheren Bezügen und internationalen Kontakten ahnten oder wußten, auf eine Art zustimmenden Gehorsam zu den terroristischen Auswirkungen dieser Geschichte schließen.

Beide Verhaltensweisen dokumentieren die Schwäche politischer Moral. Die politische Verantwortung bleibt davon unberührt.
Wir wollen mit diesem Papier nicht der Selbstaufgabe revolutionärer Politik das Wort reden. Wir können auch nicht für den gesamten Zusammenhang der RZ sprechen, von dem wir nur ein Teil sind. Offenbar aber reichen die von einer ganzen Generation seit Anfang der 70er Jahre in der BRD gemachten Erfahrungen mit dem militanten Widerstand und dem bewaffneten Kampf noch nicht einmal aus, um die gegenwärtige Krise zu bestimmen und näher zu analysieren, geschweige denn, um einen offensiven Ausweg daraus zu finden. Wir meinen, daß mit der Fortschreibung des RZ-Mythos nichts gewonnen ist, sondern daß es im Gegenteil darauf ankommt, eine historische Etappe abzuschließen, verkrustete Strukturen und Kampfmittel aufzugeben, um überhaupt wieder eine Chance zu bekommen, als politische Subjekte in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Prozeß eingreifen zu können. Die politische Öffnung der RZ scheint uns dafür der einzig richtige Schritt.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Wenn die Nacht am tiefsten ... ist der Tag am nächsten

März 1992

Eine Antwort auf »Das Ende unserer Politik« - RZ-Papier (»Konkret«, März 92) ist unumgänglich. Bevor wir in die Debatte einsteigen, halten wir es für angebracht, uns den LeserInnen vorzustellen.
Wir gehörten bis vor einigen Jahren zu dem, was im o.g. Papier hochtrabend als »Organisation« bezeichnet wird und was wir trefflicher, weil unverbindlicher, »Zusammenhang« nennen würden.
Unsere größte Popularität hatten wir zu Zeiten der Bewegung gegen die Startbahn 18 West. Allerdings beschränkten sich unsere Aktivitäten nicht auf diesen Bereich, nicht vorher und nicht nachher. Wir waren bei weitem nicht die alleinigen TrägerInnen der RZ-Aktionen in dieser Region, wenn auch diejenigen, die am engsten mit dem Konzept, dem »Zusammenhang« und der spezifischen Kampfform verbunden waren.
Mitte der 80er Jahre haben wir uns in praktischer Hinsicht aus diesem Zusammenhang zurückgezogen, nachdem unsere Versuche, eine grundsätzliche Diskussion und Bestandsaufnahme als Voraussetzung für eine Neubestimmung zu führen, fehlgeschlagen waren. Seither stehen wir in mehr oder weniger loser Verbindung.
Das »Ende unserer Politik« ist uns Anlaß, uns im alten Rahmen zu Wort zu melden. Stellt es doch den Versuch dar, aus einer Position vollkommener Resignation heraus ein gewiß nur winzigkleines Stück Geschichte der RZ zu schreiben. Und mehr noch.
Nach der Lektüre eures Papiers drängt sich jeder/m die Frage nach dem WARUM auf. Was wollt ihr eigentlich mitteilen, wem gegenüber seid ihr verantwortlich ? Und es springt ins Auge, daß an keiner Stelle eures Papiers begründet wird, warum es geschrieben und veröffentlicht werden mußte.
In unseren Augen ist euer Papier oberflächlich, an keinem einzigen Punkt geht ihr derart in die Tiefe, daß mensch von Aufarbeitung, geschweige denn Verarbeitung reden könnte. Dabei gehen großmäuliger Avantgardeanspruch und ein Fatalismus, der Geschichte gleichsam »naturalisiert«, eine merkwürdige Verbindung ein. Die Vorgänge in der Gesellschaft und in der Linken scheinen sich vor euren Augen nach Naturgesetzmäßigkeiten abzuspielen und die Geschichte der letzten Jahre demnach als Naturkatastrophe: »von der Geschichte überrollt«, »in den Strudel der Auflösung linker Utopien ... geraten«, »endgültig aus dem historischen Prozeß hinauskatapultiert«, »in ein irreversibles Statium eingetreten« sind da nur einige Kostproben.
So schwammig wie eure Aufarbeitung bleibt eure Schlußfolgerung: »Die politische Öffnung der RZ scheint uns ... der einzig richtige Schritt«. Was, bitte schön, soll das denn nun bedeuten?
So häufig, wie ihr im Text den Begriff »Organisation« verwendet, stellt sich die Frage, warum dieser Text von euch nicht innerhalb der »Organisation« diskutiert wurde, woher ihr euch berufen fühlt, nun im Alleingang Konkurs anzumelden ? Daß es dann die •Konkret- und nur die •Konkret- war, die das rare Exemplar erhielt, macht die Sache nur noch pikanter ...
Unser Text, das sei vorausgeschickt, ist kein »Positionspapier«, sondern nur eine Antwort auf euer Papier. Auf eure widersprüchliche, ja chaotische Vorgabe einzugehen, ist uns schwergefallen. Beginnen wollen wir mit den Punkten, die weniger mit der Aufarbeitung oder Analyse, denn mit korrekter Darstellung der Ereignisse zu tun haben.
1. In eurer historischen Darstellung der RZ klingt an, als hätte es vor 1977 nur die OPEC-Aktion und Entebbe und erst danach den »Einstieg in die Teilbereichsbewegungen« gegeben. Das trifft so wenig zu wie eure Version von der »faktischen Neugründung der RZ« nach Entebbe. Es gab keine Neugründung,

sondern eine Spaltung - ein kleiner, aber feiner Unterschied. (Zur OPEC-Aktion und zu Entebbe werden wir hier nichts sagen. Zu Entebbe gibt es bereits ein RZ-Papier, hinter das wir uns hiermit, trotz mancher Kritik im Detail, grundsätzlich stellen.)
2. Der Kampf gegen die Startbahn 18 West war der einzige Teilbereichskampf, wo es den RZ's gelang, Anspruch und Umsetzung weitgehend in Einklang zu bringen. Das sagt ihr. Aber selbst das könnt ihr in eurem Defätismus so nicht stehen lassen, auch wenn ihr dafür die ganze Geschichte auf den Kopf stellen müßt: »Durch einen einzigen verhängnisvollen Fehler, den Mord an Karry, wurde dieses Konzept von Popularität schlagartig desavouiert«. Die Aktion gegen Karry konnte die Startbahn-Intervention nicht desavouieren (und schon gar nicht schlagartig!), weil es sie bis dahin noch gar nicht gab. Die Karry-Aktion datiert im Mai 1981, die RZ-Angriffe auf die Startbahn-Betreiber begannen im Oktober 81, also 5 Monate später!
3. Wie schon der Märzausgabe des •ak- zu entnehmen ist, haben nicht nur wir eine andere Erinnerung an die Folgen des 18.12.87. Ihr behauptet als Folge des 18.12. »die Orientierung auch der linksradikalen Szene von der thematischen Arbeit auf den unmittelbaren Repressionsaspekt« (wir fragen uns, ob ihr nicht unter Umständen die Auswirkungen des 2.11. [29] mit denen des 18.12. verwechselt). War es nicht gerade umgedreht so, daß die inkriminierten, sog. anschlagsrelevanten Themen eine ungeheure Aufmerksamkeit erfuhren, nicht nur in der Linken, sondern weit bis in kirchliche Kreise hinein? Daß dies in euren Augen vielleicht zu kurzfristig bzw. zeitlich befristet an die Prozesse gekoppelt war oder auch einfach nicht in die von euch erhoffte Qualität umschlug, dürfte am allerwenigsten dem 18.12. geschuldet sein. Möglicherweise stand der »Repressionsaspekt« für die RZ und ihre Umgebung tatsächlich im Vordergrund. Doch sollten beide Aspekte fein säuberlich getrennt werden, sonst gerät eure Betrachtung zur Nabelschau.
Und wenn ihr diese Nabelschau schon unbedingt in aller Öffentlichkeit vollziehen müßt, dann drängt sich die Frage auf, warum der 18.12. diese Auswirkungen haben konnte. Mensch sollte annehmen, daß eine »Organisation«, die seit nunmehr fast 20 Jahren den Anspruch formuliert, sich illegal zu organisieren, solche Repressalien verkraften oder verarbeiten kann, zumal die RZ bis dato doch relativ ungeschoren davongekommen sind.
Die staatlichen Verfolgungsorgane sind nunmal dazu da, möglichem Widerstand entgegenzuarbeiten, das liegt in der Logik der Sache. Da gibt's einfach nichts zu jammern und nichts zu übertreiben. Im Abschnitt IV sprecht ihr von der »Repression 1977 gegen unsere Organisation«! Auf welchem Planeten soll die denn stattgefunden haben??? Wir für unseren Teil sind doch arg ins Grübeln geraten über die Frage, was ihr denn damit gemeint haben könntet. Das öffentliche Spekulieren darüber unterlassen wir lieber. Was auch immer es gewesen sein mag, den Begriff »Repression« habt ihr dabei gewiß überstrapaziert. Der sollte tatsächlich willkürlichen Verfolgungen vorbehalten sein und nicht dazu benutzt werden, die eigene Betroffenheit, sprich: Bedeutung, hochzuspielen.
Ihr kritisiert eure Aktivitäten gegen die staatliche Flüchtlingspolitik ganz richtig als »Flüchtlingspolitik ohne Flüchtlinge«. In eurer gesamten Beschreibung des Gedankengebäudes, auf dem sie basierte, wird das Absurde und Paradoxe eures Begehrens deutlich. Nur unterlaßt ihr es, die theoretischen Fundamente zu hinterfragen - und zu kritisieren.
Unsere eigene Organisationsform, die traditionellen Methoden und Objekte unserer Angriffe sowie der »Adressatenkreis unserer Politik« standen Mitte der 80er Jahre sehr wohl zur Debatte. Wie diese Debatte lief bzw. nicht lief und welche Konsequenzen daraus gezogen wurden, wird nicht zuletzt in dem deutlich, was ihr als »Einbahnstraße« klassifiziert, aber nicht analysiert.
»Wir hofften damals, mit der Thematisierung der neuen Klassenzusammensetzung und der Ausgrenzung des unteren Armutsdrittels einen Weg gefunden zu haben, uns einem möglichen revolutionären Subjekt

annähern und seine Kämpfe vorwegnehmen zu können. So sollte die Reduzierung und Orientierung auf die Teilbereichsbewegungen überwunden werden.«
In diesem Abschnitt finden wir stichwortartig komprimiert das Theoriekonstrukt, das in anderen Schreibstuben entstanden ist und das wir nicht nur für zu einfach halten. Es ist schlicht falsch, was allerdings nicht einer Erfahrung in der Praxis bedurft hätte.
»Das revolutionäre Subjekt« gibt es nicht. Es ist deshalb auch müßig, sich auf die Suche nach ihm zu begeben. Das gehört dann in den Bereich der Ontologie [30], damit der Philosophie und mit der in der Vergangenheit so oft beschworenen »Philosophie der Praxis« war es noch nie weit her. (Überdies sollten »Subjekt/Subjektivität« im Kontext spätkapitalistischer Gesellschaften doch nur unter Vorbehalt Eingang in unser Vokabular finden. Wir behaupten zwar nicht die Existenz gesichtsloser Individuen im Räderwerk kapitalistischer Produktion und Reproduktion, doch bezweifeln wir, ob die Lebensumstände hier das Wissen erlauben, was Subjektsein heißt oder heißen könnte.)
Das Operieren mit dieser Figur, die in aller Reinheit und Feinheit revolutionäres Wollen verkörpern soll, täuscht darüber hinweg, mit welcher Komplexität sich die gesellschaftlichen Prozesse abspielen und von wieviel verschiedenen Momenten eine mögliche revolutionäre Entwicklung abhängt. Daß in bestimmten Phasen eine oder mehrere gesellschaftliche Gruppen besondere oder entscheidende Impulse setzen, bleibt davon unberührt.
Die Kreation eines »revolutionären Subjekts« suggeriert, daß eine revolutionäre Bewegung oder sogar Umwälzung mit einem Schlag möglich sei. In diesem Sinne reduziert sich die in weiten Kreisen der Linken populäre Suche nach diesem Subjekt, das mensch am liebsten selbst repräsentieren oder wenigstens (er)finden möchte, auf ein Gesellschaftsspiel, ein Spiel ohne reale Auswirkung.
Leider widmet ihr euch mit keinem einzigen Wort den latenten Rassismen innerhalb der metropolitanen weißen Linken; leider verliert ihr keine Silbe über eure eigenen Rassismen, in denen letztlich auch die Ursprünge einer »Flüchtlingspolitik ohne Flüchtlinge« zu suchen sind. Dies ist nicht nur euer Problem und schon gar keines der Vergangenheit. Die Unfähigkeit der Linken (uns selbst nicht ausgenommen), mit den rassistischen Strukturen dieser Gesellschaft und den aktuellen Angriffen anders als mechanisch umzugehen, Rassismus wie ein »Thema« zu behandeln, wäre Grund genug gewesen, dieser Frage einen sicheren Platz in eurem Rückblick auf die Flüchtlingskampagne zu geben.
Ebenso arglos stellt ihr an anderer Stelle fest: »der Kampf um die 'Kolonisierung der Köpfe', den wir auf unsere Fahnen geschrieben haben, wird sich in anderen Formen abspielen müssen.« Es ist nicht nur so, daß diese Parole aus der Zeit Mitte/Ende der 70er stammt und wir mittlerweile feste in den 90ern stehen. Auch ohne die nicht zu überhörenden Diskussionen zum Verhältnis Kolonisatoren und Kolonisierte könnte mensch eine Relativierung von Parolen oder ihre Anspassung an die sich verändernden globalen Verhältnisse annehmen. Spätestens aber durch die beispielsweise zwischen schwarzen und weißen Frauen stattfindenden Auseinandersetzungen zum Rassismus [31] (in der weißen Linken) drängt sich doch die Frage auf, wessen Köpfe hier wo, wie und von wem kolonisiert sind, und wer sich demnach berufen fühlen kann, den Kampf dagegen zu führen.
Eure Projektionen auf die Flüchtlinge als TransporteuerInnen trikontinentaler Kämpfe, Kampferfahrungen und -formen in die Metropole habt ihr selbst benannt. Wir beschränken uns daher auf das zweite oder auch Metropolenbein eures Subjekts, das »untere Armutsdrittel«. Lassen wir mal die Frage nach der Fragwürdigkeit der Analyse bestimmter Soziologen von der »Zwei-Drittel-Gesellschaft« beiseite und tun so, als wäre das so. Lassen wir weiterhin die Frage beiseite, was Armut in der Metropole eigentlich ist, d.h. wie sie sich in der Metropolen definiert und wie sie sich zum Trikont definiert bzw. relativiert. Was wir dann immer noch nicht verstehen ist: Worin begründet sich die unterstellte revolutionäre Potentialität der Armut in der Metropole und der daraus möglicherweise entflammenden

Kämpfe ? Ihr, wir und einige andere definieren sich als Revolutionäre. Was uns weiterhin gemein ist, ist, daß wir nicht arm sind. Das betrifft allen gegenteiligen Eigencharakterisierungen zum Trotz auch diejenigen unter uns, die Sozialknete abziehen - im Unterschied zu denjenigen, die arm sind, weil sie nix anderes als Sozialknete (und oft auch die noch nicht) haben. Wir könnten das Problem damit lösen, daß wir uns allen alles Revolutionäre abstreiten. Vielleicht liegt darin ja des Rätsels Lösung!
Eine Kritik an den sog. Teilbereichsbewegungen ist populär. Auch ihr stigmatisiert sie zum zentralen Problem. Wir halten die Feststellungen für vordergründig und oberflächlich, nach denen der Hund in der »Reduzierung und Orientierung auf die Teilbereichsbewegungen« begraben liegt. Eine Bewegung, in der sich gleichsam alles Revolutionäre bündelt, in der die von euch so genannte »soziale Frage« in einem homogenen Strang vereint ist, »die revoluionäre Teilbereichsbewegung« kann es nicht geben. Eine umfassende revolutionäre Bewegung wird immer auch aus verschiedenen »Teilbereichen« bestehen, aus an und auf den verschiedensten sozialen Orten und Ebenen stattfindenden Kämpfen. Gerade darin liegt die Aufhebung ihrer Beschränkung !
Zu dem von euch am Ende von IV angeschnittenen Thema »Beschränkung der Aktionsmittel« unsererseits 4 Anmerkungen:
1. Als einen Grund für besagte »Beschränkung« gebt ihr für euch an, daß ihr sie nicht wirklich zu Klassenkämpfen in Bezug gesetzt habt, sondern immer nur zur linken Szene. Jede Gruppe, die beansprucht, revolutionäre Politik zu machen und sich nicht zu der jeweiligen Klassenzusammensetzung in ihren Kämpfen in Bezug setzt, bleibt zwangsläufig ein Selbstläufer und läuft sich irgendwann zu Tode. Bewaffnete Politik verkommt dann - auch wenn es absurd klingt - zur individuellen Überlebensstrategie.
2. Als zweiten Grund gebt ihr an, daß sie »perfekt mit unserer Anonymität korrespondierten und das persönliche Risiko einschränkten«. In dieser Allgemeinheit erklärt das vielleicht, daß es überhaupt Beschränkungen gab, aber nicht die Beschränkungen, wie sie für die RZ's allzuoft typisch waren. Zum einen dürfte das mit dem unter 1. Gesagten zusammenhängen, zum anderen habt ihr es im II. Abschnitt ungewollt selbst benannt: »... unsere eigene Praxis zielte perspektivisch nie auf irgendeine Machtfrage, sondern auf die Entwicklung und Verbreiterung sozialer Selbstbestimmungsrechte von unten her«. Mal dahingestellt, was »soziale Selbstbestimmungsrechte« sein sollen, der entscheidende Punkt ist hier für uns die »Machtfrage«. Nicht in dem Sinne, daß wir als Personen oder Gruppe an die Macht wollten, sondern in dem Sinne, daß revolutionäre Politik (schon rein begrifflich) von Anfang an die Machtfrage stellen bzw. thematisieren muß. Das betrifft selbst besagte Teilbereichsbewegungen. Wenn z.B. eine Bewegung »keine WAA« auf ihre Fahnen schreibt, so stellt sie - eine gewisse Quantität und Qualität vorausgesetzt - punktuell die Machtfrage. Inwieweit das dann auch subjektiv so begriffen wird, steht auf einem anderen Blatt. Wir denken, daß das auch in den RZ's allzuoft nicht klar war. Das erklärt einiges von der teilweisen »Beliebigkeit« mancher Aktionen, berührt die Frage der Effektivität der Aktionsmittel wie die ihrer Inflexibilität, ihre Beschränkungen nach oben, aber auch nach unten: Es gab Aktionen, wo ein Vorschlaghammer oder eine Säge angebrachter gewesen wären, als der vergeudete Sprengstoff. An der Startbahn West hatten die RZ's keine dogmatischen Probleme, auch Luftballons (mit Alustreifen zur Störung des Flugverkehrs) einzusetzen, eben auch und nicht nur.
3. »Heute, zu einem Zeitpunkt rassistisch motivierter Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, verbietet sich der Gebrauch von Feuer und Flamme als Mittel revolutionärer Politik in diesem Bereich von selbst«. Dazu der 'ak' vom März 92: »Fangt ihr jetzt schon selber an, die brennenden Erfassungsakten von Roma und Sinti mit brennenden Flüchtlingen zu vergleichen?« Dem können wir uns nur anschließen.
Der von euch beklagte Geheimdienstterrorismus, dem wir nach eurem Bekunden »praktisch kaum etwas entgegensetzen« konnten, kann nur dann greifen, wenn wir ihm mit unseren eigenen Aktionen den politischen Raum dazu geben.
Anders bzw. grundsätzlicher formuliert: Ob Schüsse, Bomben, Brandsätze, Prügel ... jede Gewalt ist

zunächst - als Abstraktum - terroristisch. »Zu glauben, daß es nur davon abhängt, wer diese Mittel in welchem Maßstab und mit welchen Zielen anwendet, ist eine gefährliche Vereinfachung«. Inwieweit eine bewaffnete Aktion politisch oder terroristisch ist, entscheidet sich nicht allein danach, wer sie mit welchem Ziel ausführt, sondern auch inwieweit diese von einem relevanten Bevölkerungsteil als politisch legitime Handlungsweise nachvollziehbar ist.
4. Abschließend noch eine Bemerkung zum spezifisch deutschen Militanz- und (damit korrespondierend) Bewaffnetem Kampf-Fetisch. Das fängt mit dem Militanzbegriff an, der in anderen Sprachen den politischen Kampf, und nur im Deutschen den gewaltsamen politischen Kampf meint. Das setzt sich dann fort in der Gleichsetzung: Militanz und Bewaffneter Kampf = revolutionär/alles andere = reformistisch. Wo das herrührt scheint uns relativ klar: Aus der Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit, d.h. mit der weitgehenden Nichtexistenz bewaffneten Widerstandes gegen die Nazis. Nichtsdestotrotz muß diese Unterscheidung reformistisch - revolutionär vor allem an den Inhalten und weniger an den Formen des politischen Kampfes festgemacht werden. Bewaffneter Kampf und Reformismus schließen sich keineswegs aus!
Ihr habt Aktionen zur Unterstützung des südafrikanischen Befreiungskampfes und gegen die staatliche Flüchtlingspolitik gemacht. »... diese Vorschläge sollten politisch orientierend wirken, ohne uns in eine avantgardistische Position gegenüber dem legalen Teil des Widerstandes zu bringen« sagt ihr - und wir würden gerne wissen, warum.
Was ist eine Avantgarde? Steht sie notgedrungen ganz oben, hat sie mit Hierarchie überhaupt etwas zu tun ? Kann mensch überhaupt Avantgarde sein wollen oder nicht wollen ? Ist »Avantgardesein« im Kontext einer politischen Bewegung oder Entwicklung nicht einfach Ausdruck davon, ob der politische Vorschlag einer Gruppe angenommen wird oder nicht, ob er zur Dynamik von Kämpfen beitragen kann? »Avantgarde« scheint für euch eine überaus negativ besetzte Vokabel zu sein, andererseits auch eine Art Schlüsselwort. Kämpfe aus einer inhaltlich-politischen Stärke heraus anzuführen, ist anscheinend unweigerlich mit dem Dünkel von Macht und Hierarchie behaftet, so als sei dies nicht zu allererst eine Frage der Struktur und der Inhalte (in diesem Fall: der Linken). Für uns ist die vordergründig panische Angst, sich zu exponieren, nicht zuletzt ein Zeichen von fehlender Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.
Daß ihr im Gegensatz zu eurer verbalen Distanz zu allem, was mit Hierarchie, Macht usw. zu tun haben könnte, durchgängig einen besonderen Platz in der Geschichte beansprucht, steht dazu nur vermeintlich im Widerspruch. Als RZ wollt ihr innerhalb der Linken keine Sonderstellung - was euch im übrigen nicht daran hindert, mit den Besonderheiten zu kokettieren. Als Linke im Allgemeinen seht ihr euch jedoch in vornehmer Distanz zum »gemeinen Volk«. Ein - zudem durch nichts legitimierter - Kardinalfehler.
Völlig unverständlich und vor allem schräg sind eure Rundumschläge in Sachen Patriarchats-Diskussion. Revolutionäre Politik muß von ihrem Selbstverständnis, dem gemeinsamen Konsens her antisexistisch, antirassistisch und internationalistisch sein. Wir legen dabei die Betonung auf das Wort Selbstverständnis, weil wir für zentral halten, mit welchem Selbstverständnis mensch auf gesellschaftliche Konflikte reagiert, anstatt die gesellschaftliche Realität wie die politische Aktion an Begriffshülsen zu messen. Gerade was Sexismus und Rassismus angeht, wissen wir, wie schwer das ist, daß es mit der Parole »anti-« allein nicht getan ist.
Ihr behauptet »die absolute Notwendigkeit dieser Diskussion« und zieht im gleichen Atemzug die lange vor dieser Diskussion liegende Trennung der Roten Zora von eurem Zusammenhang dazu heran, euren potentiellen »emanzipatorischen Beitrag« wieder ad acta zu legen. Ihr behauptet eure Mitverantwortung an dem »männlichen Elend« der RZ-internen Patriarchats-Diskussion, um sofort mit der Keule »Selbstentmündigung und Entpolitisierung« um euch zu schlagen. Kurzum: ihr macht es euch arg einfach, Genossen ! Eine besondere Würze bekommt das Ganze dann noch dadurch, wenn am Ende eurer

diesbezüglichen Ausführungen über die korrekte Linie die Feststellung steht, »daß der militante Widerstand und der bewaffnete Kampf, so wie wir ihn zu entwicklen versucht haben, eine Angelegenheit von immer weniger Leuten geworden ist und keine soziale Basis mehr zu haben scheint«, gefolgt von dem Eingeständnis, daß auch die von euch »benutzten antiimperialistischen oder sozialrevolutionären Erklärungsmuster ... gegenüber dem historischen Wandel versagt« haben.
Generell offen bleibt, wieso ihr überhaupt zum Thema Patriarchat Stellung bezieht. Außer dem von euch erwähnten Text »Was ist das Patriarchat«, den wir als teilweise biologistisch und eurozentristisch kritisieren, ist von dieser Diskussion rein gar nichts an die Öffentlichkeit gedrungen. Entweder haltet ihr sie für so wichtig, daß sie publizistisch verarbeitet werden soll, oder nicht. Wenn ja, dann referiert sie - und zwar genau. Dort könnten dann auch eure Probleme angemessenen Raum finden.
Da das offensichtlich nicht der Fall ist, hättet ihr besser den Mund gehalten. So hat kein Mensch etwas davon, höchstens ihr selbst, indem ihr euch mal »ausgesprochen« habt. Das kann persönlich ja befreiend wirken, politisch ist es absolut sinnlos.
Ihr behauptet in den Ereignissen der letzten 2 bis 3 Jahre einen qualitativen Sprung (Stichworte: »Projekt Großdeutschland« und »Neue Weltordnung«) des kapitalistischen Weltsystems, dem ihr keinen entsprechenden qualitativen Sprung des Widerstands entgegensetzen konntet, damit euer Scheitern. Wobei für uns das »großdeutsche« Gejammer nur eine andere Spielart der so oft denunzierten »doitsch-doitschen Besoffenheit« ist.
Das kapitalistische Weltsystem ist in eine neue Phase eingetreten. Damit haben sich die Bedingungen linksradikaler Politik nicht nur in der BRD, sondern weltweit grundlegend verändert. Veränderung heißt aber nicht unbedingt Verschlechterung, auch wenn dieser Prozeß subjektiv zunächst als schmerzhafter erlebt wird, weil alte Gewohnheiten und Sicherheiten sich scheinbar schlagartig aufgelöst haben.
Ob die weltweite Neuformierung des Systems einen qualitativen Sprung darstellt, hängt vom Standpunkt ab. Vom kapitalistischen Standpunkt ist sie es sicherlich, weil sie nach der Krise der vergangenen 25 Jahre die Chance für einen neuen Akkumulationszyklus darstellt. Vom revolutionären Standpunkt könnte mensch nur dann von einem qualitativen Sprung des Systems reden, wenn ihm damit ein Ausweg aus einer »revolutionären Situation« gelungen wäre bzw. wenn zumindest das, was in den letzten Jahren Bankrott anmelden mußte, erhaltenswert gewesen wäre.
Ihr sagt, der Bankrott des »Realsozialismus« falle euch auf die Füße, obwohl ihr »meilenweit« davon entfernt wart. Dazu können wir nur feststellen: wem die Trümmer auf die Füße fallen, der muß sehr dicht dran gewesen sein. Was die von euch ängstlich beschworene »revolutionäre Perspektive in den europäischen Metropolenländern« angeht, so können wir diesen Bankrott nur begrüßen.

Einige Ex-RZlerInnen

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Tendenz für die internationale soziale Revolution

Mai 1992

Wir sind eine Gruppe aus dem Organisationszusammenhang der Revolutionären Zellen. Die Veröffentlichung einer weiteren Gruppe der RZ zum Tod von Gerd Albartus zwingt uns, öffentlich etwas zu sagen, obwohl wir das wegen der unzureichenden Informationen nicht beabsichtigten.
Darüberhinaus werden wir kurz auf das Papier einer anderen RZ-Gruppe eingehen, die den bewaffneten Kampf aufgeben will.
Inzwischen dürfte deutlich geworden sein, daß es innerhalb der RZ verschiedene Tendenzen gibt. In dieser und anderen Veröffentlichung werden wir uns deshalb durch einen Namenszusatz kenntlich machen.
Das Papier zum Tod von Gerd wurde gegen unseren Willen mit dem Gesamtnamen RZ unterzeichnet. In vorausgehenden Diskussionen hatten wir deutlich gemacht, daß dieses Papier nicht unserer Haltung und unserer Praxis zum internationalen Befreiungskampf entspricht. Der Nachruf auf Gerd wird mißbraucht zu einem selbstherrlichen Rundumschlag auf Kosten der kämpfenden Völker im Trikont. Mit der gleichen fehlenden Gewissenhaftigkeit werden die Umstände seines Todes angedeutet. Die verantwortliche Organisation wird nicht genauer charakterisiert; das leistet Spekulationen Vorschub, die dem palästinensischen Widerstand nur schaden können. Es handelt sich um eine sehr kleine Organisation, die auf der rein militärischen Ebene kämpft und die sich selber dem internationalen antiimperialistischen Befreiungskampf zurechnet.
Wir lehnen eine Zusammenarbeit mit dieser Organisation ab, da die Stoßrichtung ihrer Aktionen oftmals zu ungezielt oder falsch ist und der Kampf auf der politischen Ebene vernachlässigt wird. Wir haben nur vage Andeutungen darüber, weshalb die betreffende Organisation an der Zuverlässigkeit von Gerd zweifelte, aber Gerd wußte, worauf er sich einließ. Er kannte die Erfordernisse des zugespitzten militärischen Kampfes. Die Zusammenarbeit mit dieser Organisation verstand er als seinen Beitrag zum Kampf der unterdrückten Völker gegen ihr Elend und ihre politische Unterdrückung. Für ihn war es eine Alternative zu der Selbstzufriedenheit vieler Menschen - auch vieler Linken - in den Metropolen.
In diesem Sinne teilen wir die Kritik von Gerd, die der politischen Haltung der Nachrufschreiber widerspricht. Internationale Solidarität bedeutet aktives und kritisches Miteinander der Kämpfenden - und nicht arrogante Besserwisserei, die die konkreten und historisch gewachsenen Kampfbedingungen der Befreiungsbewegungen und der unterdrückten Klassen gar nicht mehr zur Kenntnis nimmt.
In der öffentlichen Diskussion über den Nachruf gab es einige Beiträge, die wichtige Kritikpunkte aufgriffen, auf die wir uns beziehen: im Arbeiterkampf vom 13.1.92 die Stellungnahme »Fragen und Anmerkungen zum RZ-Papier« und das Papier »Ich geh weg, ich geh weg, ... und such was Neues« [32], unterschrieben mit »3. Februar 92«.
Die revolutionären Befreiungskämpfe in den Drei Kontinenten - die immer auch Kämpfe um soziale Befreiung sind, die wir besonders unterstützen - finden in den verschiedenen Ländern unter spezifischen Bedingungen statt. Unsere Analyse dieser Kämpfe und die Solidarität mit ihnen berücksichtigt die objektiven Bedingungen sowohl in Hinsicht auf die jahrhundertelange koloniale Ausplünderung und Zerstörung, als auch in Hinsicht auf die aktuelle Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrategie des Imperialismus. Die beschränkte Orientierung ausschließlich auf den »hiesigen Sozialprozess« in den Metropolen, ohne ihn in seinen internationalen Zusammenhang zu stellen, fördert neokoloniale Denk- und Handlungsweisen.
Wer sich von den Kämpfen in den Drei Kontinenten entsolidarisiert, steht damit auf der gleichen Seite

der Barrikade wie jene Kräfte, die sowohl offen wie verdeckt ökonomisch, militärisch und nicht zuletzt psychologisch Krieg gegen alle Völker des Trikonts führen, die sich den unmittelbarsten Formen der imperialistischen Zerstörungsgewalt widersetzen. Solidarität bedeutet auch immer kritische Solidarität untereinander. Nur so wird ein gemeinsamer revolutionärer Entwicklungsprozeß der internationalistischen Kräfte ermöglicht.
Mit der Entführung der Air-France-Maschine nach Entebbe (1976) auf dem Flug Tel Aviv - Paris sollten 53 gefangene Genossinnen und Genossen aus Knästen in Israel, der BRD, Kenia, der Schweiz und Frankreich durch den Austausch von Geiseln befreit werden. Von diesen fünf Staaten waren nur Passagiere aus Israel und Frankreich an Bord. Diese Passagiere mit israelischer sowie französischer Staatsbürgerschaft sowie die französische Crew wurden als Geiseln festgehalten, alle anderen aus ganz anderen Ländern entlassen. Eine Auswahl von Jüdinnen und Juden hat es nicht gegeben. Indem die Verfasser des Nachrufs in völlig unkritischer Weise die bürgerliche Medienpropaganda (»Selektion von Juden« ...) zur Wahrheit erklären, zeigt sich nicht nur ihre politische Unreife, sondern auch ein unsägliches Mißtrauen gegenüber den eigenen beteiligten GenossInnen.
In einer politischen Bewertung der Aktion - einer auch in unseren Augen problematischen Flugzeugentführung - müssen die Existenzbedingungen des palästinensischen Volkes berücksichtigt werden. In Stichworten: Leben unter israelischer Besatzung oder als Flüchtlinge, Erfahrung von Massakern (in Palästina, Libanon) bis hin zum Völkermord (Jordanien 1970). Vor der Entführungsaktion wurden etwa 6.000 EinwohnerInnen des Flüchtlingslagers Tel-Al-Zaatar in Beirut von christlichen, faschistischen Milizen mit Unterstützung der syrischen Armee ermordet; Israel verstärkte dabei seine ständigen Luft- und Raketenangriffe gegen die palästinensischen Flüchtlingslager. Die »Weltöffentlichkeit« schwieg. Der palästinensische Widerstand befand sich im Kriegszustand mit Israel. Die Entführung des aus Israel kommenden Flugzeugs und das Festhalten der Geiseln sollte als Druckmittel gegen die israelische und französische Regierung benutzt werden.
Die Aufkündigung der Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand aufgrund der Kritik an dieser Aktion, ohne Berücksichtigung der damaligen Bedingungen, steht in einem schiefen Licht, denn im palästinensischen Widerstand fand anschließend eine Selbstkritik der Aktionsform Flugzeugentführung statt. Militärische Aktionsformen dieser Art wurden allgemein von den politischen Organisationen nicht mehr angewandt, weil die Entführung beliebiger Menschen aus den imperialistischen Staaten verwischt, daß der Befreiungskampf gegen die herrschenden Klassen und Militärapparate dieser Länder gerichtet ist.
Die Existenz eines rassistischen Staates Israel bedeutet die Verweigerung des Existenzrechtes für die PalästinenserInnen. Die Aufrechterhaltung eines solchen Systems, das mit den reaktionärsten Diktaturen auf der ganzen Welt zusammenarbeitet, kann keine Lösung sein. Eine Lösung kann nur eine Revolution herbeiführen, die allen Menschen eine gleichwertige Existenz erkämpft. Der palästinensische Widerstand hat dieses Ziel schon vor Jahrzehnten formuliert.
Zum Papier einer anderen Gruppe der RZ, die die Aufgabe des bewaffneten Kampfes befürwortet:
Die Ursache für die Krise der RZ und die Krise bewaffneter Politik sehen wir in entscheidenden Punkten anders als ihr.
1. Die Frage der Macht und revolutionärer Gegenmacht:
Die bewaffnete Propaganda, die als Opposition bestimmte Mißstände aufzeigt, bestimmte zu sehr die Politik der RZ. Um die Frage, wie revolutionäre Gegenmacht entwickelt werden kann, wurde sich stets herumgedrückt. Diese Position ist anscheinend unangreifbar: Schlaglichter werden auf bestimmte Probleme geworfen und es der so benannten »Öffentlichkeit« überlassen, sie aufzugreifen oder nicht. Das kann zu einem Ritual erstarren, an dem sich nichts mehr bewegt, weder persönlich noch gesellschaftlich. Es wird keine Verantwortung übernommen für die Weiterentwicklung eines politischen

Prozesses, bei dem es darum geht, die Macht der Unterdrücker zunächst einzuschränken, später in entwickelteren Kämpfen Vieler sie zu zerschlagen, um eine klassenlose und antipatriarchale Gesellschaft zu ermöglichen.
Wer dies wirklich zum Ziel hat, sich aber nicht die Kernfrage stellt, wie die Macht erobert werden kann, ist ein/e Träumer/in, der/die an den bestehenden Verhältnissen kleben bleibt. Wichtig ist doch die Auseinandersetzung darüber, wie Gegenmacht positiv entwickelt werden kann, wie dem Machtmißbrauch entgegengewirkt werden kann. Das erreichen wir nicht, wenn die Frage der Macht überhaupt zum Tabu gemacht wird. Wie sollen wir - wie ihr schreibt - »Entwicklung von mehr Selbstbestimmung« erreichen, wenn nicht durch die Entwicklung von Gegenmacht ? Geschenkt wird uns nichts außer den Spielwiesen, den Nischen - die uns korrumpieren sollen. Gerade die Erfahrungen aus Chile 1973 [33] und Spanien 1936-39 [34] sollten uns lehren, wie die internationale Bourgeoisie mit unseren Träumen und unserer »Selbstbestimmung« umspringt, wenn wir den Herrschenden keine Grenzen setzen und das heißt: politisch und militärisch.
2. Zum Wechselverhältnis zwischen Guerilla und Bewegung:
Ihr beschreibt das Koordinatensystem, in dem sich die RZ bewegt haben, als sehr gradlinigen Weg: Bewaffnete Opposition - Vermittlung - Verankerung - Vermassung. Das ist ein enormer Anspruch, denn gesellschaftliche Prozesse laufen nicht so in einer geraden Reihe ab. Ihr legt dies als Meßlatte an und konstatiert dann das Scheitern bewaffneter Politik. Das heißt: die Bestätigung der Richtigkeit wäre eine massenhafte Aufnahme der politischen Anregung der RZ gewesen. Das ist eine starke Vereinfachung. Entgegen eurer ausdrücklichen Willenserklärung formuliert ihr hier einen klaren pädagogischen Avantgardeanspruch. Ihr erhebt den bewaffneten Zeigefinger und erwartet, daß das Thema von der Öffentlichkeit aufgegriffen wird. Wir meinen, daß das die Menschen jeweils selber entscheiden müssen und andersherum die Guerilla an den Reaktionen überprüfen kann, ob ihre Erwartungen realistisch waren oder nicht. Sich von der Reaktion der Öffentlichkeit derart abhängig zu machen, ist ein Kennzeichen reformistischer bewaffneter Politik, die selbst nicht strategisch politisch eingreifen will. Ebenso wichtig ist naütrlich, daß dies auf der anderen Seite nicht zum abgehobenen »Privatkrieg« zwischen Guerilla und Staat führen darf.
Es gibt auch gesellschaftliche Situationen, wo die Guerilla nicht tiefer in die unterdrückten Klassen wirken kann, weil der politische Prozeß stagniert. Hierfür sind viele Faktoren verantwortlich. Es bedeutet für uns jedoch keineswegs, daß bewaffnete Politik überflüssig wird, sondern sie kann verstärkt Aufgaben übernehmen, die nicht auf unmittelbare Aufmerksamkeit zielen, sondern im Hinblick auf eine langfristige Entwicklung und zukünftige Kämpfe andere Schwerpunkte setzen. Die revolutionären bewaffneten Kräfte aufzugeben heißt, den revolutionären Kampf abzuschreiben, weil dieser - mal mehr, mal weniger - auf diese Kraft angewiesen ist. Die Guerilla sichert und erweitert das politische Terrain.
Anstatt als Konsequenz aus der wenig aufrüttelnden Flüchtlings-Kampagne zu schließen, Guerilla sei gescheitert, sollten die einzelnen Gesichtspunkte genauer unter die Lupe genommen werden. Die Forderung nach »offenen Grenzen« setzt nicht an der Ursache des Problems an, sondern an den Auswirkungen, nämlich die Migrationsbewegung in den Metropolen. Sie muß daher mit einer gleichzeitigen konsequenten antiimperialistischen Politik des Angriffs auf die Urheber des Elends der Völker der Drei Kontinente verknüpft werden. Sonst kann die Forderung hier gesellschaftlich gar nicht greifen oder geht in die falsche Richtung. Die Vorstellung von Millionen von EinwanderInnen löst bei vielen Menschen hier zumindest Besorgnis aus und bietet sozialen Sprengstoff in Richtung Ausgrenzung und Ausländerhaß. Diese Forderung muß mit einer realistischen Vorstellung verbunden werden, wie der Imperialismus zu bekämpfen ist und wie die Existenzbedingungen der Menschen in den Drei Kontinenten verändert werden können. Nur an Humanismus und Mitleid zu appellieren ist keine

revolutionäre Politik, zeigt keine Lösung gesellschaftlicher Probleme auf.
Was den Anspruch betrifft, dieses Thema mit sozialen Problemen hier zu verknüpfen: Gerade dieses Thema ist nur sehr schwer mit sozialen Problemen im Herzen der Bestie zu verknüpfen. Natürlich setzt es trotzdem an einem richtigen Punkt an, nämlich der Hunger- und Ausrottungspolitik der Imperialisten im Trikont, dem wir nicht tatenlos zusehen dürfen, sollten wir nicht jegliche moralische und revolutionäre Legitimation verlieren. Die Flüchtlings-Kampagne blieb ohne breiteren revolutionären Rahmen und Einbettung doch eine ein-Punkt-Politik, trotz anderer Absicht. Der Unterschied, der die Sache nicht gerade vereinfachte, war lediglich, daß sich diesmal nicht auf eine vorhandene Bewegung bezogen wurde, sondern die Erwartung da war, daß sie entstehen würde.
Ein weiterer Fehler unserer gesamten Politik in Bezug auf die Bewegungen war unserer Meinung nach außerdem der ausschließliche Bezug auf die linksradikale Szenerie. Diese war in den letzten 10 Jahren jedoch gesellschaftlich kaum relevant, sondern fristet ein - größtenteils selbstgewähltes - Ghettodasein, von dem keine soziale Außenwirkung ausging. Dies aufzuarbeiten und zu verändern, ist eine wesentliche Aufgabe.
3. Der Zusammenbruch des Realsozialismus und die Auswirkungen auf die Linke hier:
Der Zusammenbruch ist doch nicht d e r Punkt, an dem die Linke niederging. Sie war doch schon längst vorher an ihre Grenzen angelangt, auf die zwangsläufig erst einmal ein Rückzug erfolgt, um die Fehler und Mängel aufzuarbeiten und um den neuen Anlauf entwickeln zu können. Es ist besonders bitter, daß das alles zugleich mit dem vorläufigen triumphierenden Siegeszug des Imperialismus über Trikont und Osteuropa zusammenfällt; aber was nützt es, darüber zu klagen.
Die »neue Weltordnung« ist rissig und die Zukunft stellt an uns neue Anforderungen. Strategie und Taktik bewaffneter Politik weiterzuentwickeln, steht auf der Tagesordnung, nicht das Aufgeben.
Die persönliche Entscheidung Einzelner oder einzelner Gruppen, bewaffnete Politik aufzugeben und sich im offenen Rahmen zu betätigen, akzeptieren wir selbstverständlich. Diese Politik aber aus strategischen Überlegungen zu verwerfen, halten wir für falsch.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Wir müssen so radikal sein wie die Wirklichkeit

Mai 1992

geflogen ist der Vogel, und nun
weiß er nicht,
wo er sich hinsetzen soll.
denn
das haus von dem er aufgestiegen ist,
hat ein erdbeben zerstört;
und die anderern häuser sind
alles staubbedeckte fremde ...
Gesang, iranischer Lyriker Maftun,

Angesichts der Veröffentlichungen der letzten Zeit, den Stellungnahmen zu unserer Erklärung zur Ermordung von Gerd sowie der Selbstauflösungserklärung einer Gruppe aus unseren Zusammenhängen, wollen wir uns mit diesem Beitrag ein weiteres Mal in die öffentliche Debatte einmischen.
Ein Teil der Stellungnahmen zu unserer Erklärung ergeht sich in Spekulationen über die Authentizität des Textes oder fordert Aufklärung im Detail. Wir können und wollen diese Art »Informationsbedürfnis« nicht befriedigen.
Wir bleiben aber bei unserer Feststellung, daß im Verlauf der Entebbe-Aktion selektiert worden ist, daß z.B. die in Entebbe ermordete Dora Bloch Jüdin und belgische Staatsbürgerin war.
Daß die Tatsache, daß ein Genosse umgebracht wurde, bestenfalls zur Kenntnis genommen und darauf sogleich zum politischen Tagesgeschäft übergegangen wird, ohne sich veranlaßt zu sehen, zu diesem Mord in den eigenen Reihen Stellung zu beziehen, hat uns überrascht. Absurd ist es aber, uns zu unterstellen, den Mord an Gerd für unsere politischen Zwecke zu funktionalisieren. Sozusagen in der Logik, daß diejenigen im Recht seien, die überleben; Gerd [35], Bony [36] und Brigitte [37] sich praktisch ihr eigenes Grab geschaufelt hätten. Dies ist nicht unsere Logik. Vielmehr haben wir in dem Text geschrieben, welche Entscheidungen wir getroffen haben. Und wir haben der Gegenposition, die u.a. die Position von Gerd war, reichlich Raum gegeben, weil wir uns der Problematik unserer Entscheidung bewußt sind und weil wir überzeugt sind, daß es in dieser Frage die e i n e Wahrheit nicht gibt.
Zu zwei Aspekten der Diskussion wollen wir noch einmal Stellung beziehen:

1. Ein neue Bestimmung unseres Verhältnisses zu nationalen Befreiungsbewegungen
Es geht uns nicht um die Verurteilung anderer Bewegungen oder Organisationen, die unter anderen Voraussetzungen und materiellen Bedingungen kämpfen. Unser Bezugspunkt sind nicht mehr die Kämpfe der 70er Jahre. Die konkreten politischen Veränderungen zwingen uns eine Neubestimmung unseres Verhältnisses zum Befreiungsnationalismus auf. Dieser kämpft mit dem Rücken zur Wand oder hat sich längst an den Verhandlungstisch begeben. Es geht uns um eine Neubestimmung antiimperialistischer Solidarität, in der das Maß an Unterstützung für Befreiungsbewegungen nicht von ihrer Bewertung - sind es in unseren Augen die jeweils Guten oder Bösen - abhängig gemacht wird. Die Ziele trikontinentaler Befreiungsbewegungen und metropolitanen Kampfes sind nicht dieselben, die Existenz eines gemeinsamen Gegners reicht nicht aus. Aus dem klaren Bewußtsein dieser Differenz ergeben sich für uns die Chancen und Grenzen einer möglichen Kooperation.

In der Diskussion wird uns vorgeworfen, diese Unterschiede aus metropolitaner Selbstgefälligkeit so zu betonen und damit letztlich zu einer Aufrechterhaltung metropolitanter Herrschaft beizutragen, statt uns vorbehaltlos auf die Seite derjenigen zu stellen, die gegen diese Herrschaft kämpfen. Dabei gibt es für uns keine Zweifel, auf welcher Seite wir stehen. Wir wollen uns aber nicht (mehr) orientieren an der Machtfrage, sondern an Prozessen sozialer Konfliktualität. Und dafür scheint es uns unerläßlich, eigene Kriterien zu entwickeln, an denen wir UNSERE Vorstellung von Befreiung messen: dies sind die Bedeutung der Befreiung der Frauen und die Hierarchisierung bzw. das Weiterexistieren von oben und unten.
Wenn der Anspruch auf eine befreite Gesellschaft sich auf die Nationenbildung mit einem eigenständigen Staatsgebiet konzentriert und dabei noch zwei Ethnien dasselbe Stück Land für sich beanspruchen, so geraten zwangsläufig die Inhalte sozialrevolutionärer Veränderungen in den Hintergrund; dies heißt in der Konsequenz, daß es in einem solchen Konflikt zwischen zwei Ethnien keine revolutionäre Lösung gibt, weil er gar keine Dimension mehr von oben und unten hat! Zumindest entsprechen alle bisherigen historischen Erfahrungen dem. Die Folge war bislang die Herausbildung neuer nationaler, und das heißt männlicher, Eliten (in aller Regel die alten militärischen Kader) und damit letztendlich die Verlängerung patriarchaler Herrschaft. Wesentliche Anstöße für diese Erkenntnis haben wir aus der feministisch begründeten Kritik an dem männlich dominierten Befreiungsnationalismus erhalten, wie sie ja auch schon in die IWF-Kampagne einfloß. Die aktuellen Beispiele (Algerien) belegen nur zu deutlich die scheinbar unausweichliche Entwicklung an die Macht gelangter nationaler Befreiungsorganisationen, die den ihnen dann zur Verfügung stehenden staatlichen Machtapparat zur eigenen Machterhaltung instrumentalisieren, statt ihn aufzulösen und damit eine Voraussetzung zur Umsetzung ihrer ursprünglich formulierten Utopien von Befreiung zu schaffen. Darüberhinaus wird Staatsbildung als solche von uns kritisiert, weil die Herstellung zentraler Souveränität die Voraussetzung nachholender Kapitalakkumulation bezogen auf die Weltgesellschaft ist. Allein die Benutzung des Begriffs »national« in einem emanzipatorisch verstandenen Kontext erfordert eine unzumutbare gedankliche Akrobatik. Mit der Bildung einer Nation untrennbar verbunden sind die nationalistische und rassistische Ausgrenzung anderer, und dies geht immer einher mit Raub, Plünderungen und Vergewaltigungen. Daß Nationalstaaten immer ein Instrument patriarchaler Macht- und Herrschaftsorganisation waren, macht es uns unmöglich, in ihnen eine Perspektive für revolutionäre Veränderung sehen zu können.
Die Aufregung, die die Veröffentlichung dieser nun wirklich nicht besonders neuen Gedanken ausgelöst hat, wird uns jedoch nur dadurch erklärbar, daß wir sie nicht beispielsweise in Zusammenhang mit der Nationenbildung in Jugoslawien dargestellt haben, sondern in Zusammenhang mit Palästina. Und dies hängt mit dem zweiten Punkt zusammen, den wir hier noch einmal ansprechen wollen:

2. Dem linken Antizionismus

Israel ist nicht zuletzt das Produkt des Befreiungsnationalismus der Juden. »Kein Machtstaat, sondern die Hoffnung auf Gerechtigkeit am Ende der Welt hieß Judentum. Sie waren ein Volk und das Gegenteil, der Vorwurf aller Völker. Jetzt beansprucht ein Staat, fürs Judentum zu sprechen, das Judentum zu sein. [...] Es bezahlt sein Fortbestehen mit dem Tribut ans Gesetz der Welt, wie sie ist ... Es hat sich dem Zustand der Welt assimiliert. » (Horkheimer) [38]
Wir sind mittlerweile davon überzeugt, daß in Sachen Antisemitismus für uns ein immenser Nachholbedarf besteht. Dies inbesondere, weil der Antisemitismus keineswegs eine beliebige Erscheinungsform des Rassismus, sondern ein spezifisches Gewaltverhältnis ist. Die Entstehungs- und Wirkungsmechanismen, die gesellschaftlichen Strukturen, die rassistischen Ausgrenzungen, die den

modernen Antisemitismus hervorgebracht haben, bestehen weiterhin. Wir werden mit ihnen genauso tagtäglich konfrontiert, wie wir auch von ihnen geprägt sind. Sich von diesen nur abzugrenzen und die eigene Position als antizionistische zu deklarieren, heißt, sich nicht mit der gesellschaftlichen Funktion des Antisemitismus auseinanderzusetzen. Der linke Antizionismus ist keineswegs so unschuldig wie er sich gibt. Er ist zu einem Erkennungszeichen der Zugehörigkeit zu einem bestimmten subkulturellen Milieu der radikalen Linken geworden. Er gilt als Loyalitätstest. Die Tatsache, daß der Artikel als unser Abschied von Internationalismus gelesen wird, ist nur zu verstehen, wenn mensch unsere Fragen zu Palästina bereits als Abkehr und Verrat begreift. Hinterfragen wollen wir die scheinbaren Gewißheiten, mit denen wir wie der Großteil der Linken in den vergangenen zwei Jahrzehnten zum israelisch-palästinensischen Konflikt Stellung bezogen haben. Hinterfragt werden Begriffe wie »Kampf um Selbstbestimmung«, »Recht auf Boden«, »Agentur des US-Imperialismus« etc., die uns zu Sprechblasen geworden sind. Hinterfragt wird die Selbstverständlichkeit, mit der die grundsätzliche Differenz zwischen Antizionismus und Antisemitismus von links behauptet wird. Wenn das schon als Umkippen in das andere Extrem charakterisiert wird, trifft es genau das, was Gegenstand der Kritik ist: warum reagieren deutsche Linke besonders empfindlich und hellhörig, sobald das Verhältnis von Israel und Palästina nicht nur schwarz-weiß, sondern in Zwischentönen beschrieben wird? Wieso fühlt mensch sich bemüßigt, mit aller Vehemenz zu wiederholen, daß Israel imperialistischer Vorposten ist und bleibt, wenn wir uns gerade mal wieder in Erinnerung rufen, daß es auch Zufluchtsstätte ist? Wieso können wir gerade in diesem Konflikt nicht aushalten, daß er uns in ein Dilemma stürzt, während wir uns zu anderen Konflikten vergleichbarer Art absolut ignorant verhalten?
Warum fällt keinem und keiner auf, daß die deutsche Bundesregierung gerade eine deutsche Republik auf sowjetischem Boden, die »Autonome deutsche Wolgarepublik«, mit aller wirtschaftlichen Gewalt durchpowert? Wo bleibt die vehemente Bekämpfung des deutschen Imperialismus?
Es wundert uns, daß unsere ersten Gehversuche in diese Richtung sogleich gekontert werden, indem die alten, längst nicht mehr oder gar nie stimmigen Argumente dagegen mobilisiert werden.

»Mensch braucht nicht mehr zu hoffen, um so zu handeln, als würde mensch hoffen.«
Die Erklärung zur Selbstauflösung einer Gruppe aus unseren Zusammenhängen trifft uns in einer Phase des Versuchs einer Neubestimmung unserer Politik. Sie wirkt umso nachhaltiger, als sie schließlich von Menschen kommt, mit denen wir über Jahre gemeinsam diskutiert, gestritten und gekämpft haben und sie muß auch als ein Eingeständnis unseres Unvermögens gewertet werden, interne Widersprüche konstruktiv als ein Moment unserer Weiterentwicklung handhaben zu können. Natürlich bedeutet sie einen erheblichen Rückschlag.
Den Zeitpunkt ihres Rückzuges aus gemeinsamen Zusammenhängen finden wir nicht schlüssig begründet. Dies umso mehr, als es ausgesprochen schwer fällt, die Entwicklung nachzuvollziehen, die zwischen ihren eigenen Aussagen im Sommer 1991 »Militante Aktionen haben zum Ziel, die gesellschaftlichen Widersprüche zu verschärfen. ... Militante Aktionen ... sind ein unverzichtbares Mittel politischer Intervention.« (This is not a love song) [39] und ihrer jetzigen Erklärung liegen? Wenn die Verfasser dieses Textes heute so grundlegend verunsichert sind, woher haben sie dann ihre Sicherheit, daß der bewaffnete Kampf passé ist? Es waren nie ausschließlich objektive Gründe, die Menschen zur Aufnahme dieser Art des Kampfes veranlaßt haben.
Es war das subjektive Gefühl und die persönliche Erfahrung, z.B. in den legalen Zusammenhängen an Grenzen gestoßen zu sein, die mensch nicht mehr akzeptieren wollte. Wir hätten im Lauf der Jahre viele objektive Gründe gehabt aufzugeben. Wir haben heute genausoviele objektive Gründe weiterzumachen. Diese Entscheidung wird uns nicht objektiv abgenommen, wir müssen sie subjektiv für uns treffen. Und

genau darin liegt unser größtes Dilemma mit dem Text: Anstatt die Krise aus der Sicht ihrer Gruppe, ihrer Region und ihres politischen Umfeldes zu beschreiben, um daraus die persönlichen Schlußfolgerungen zu ziehen, mußte dem Abschied historische Tragweite verliehen werden!
Weitere wichtige Unterschiede sehen wir in der Einschätzung zu den Auswirkungen des 18.12., in der Bedeutung sowie in den Zielen und in den Mängeln der Flüchtlingskampagne und in unserem Verständnis von einem anti-patriarchalen Politikansatz; daraus ergeben sich natürlich auch andere Konsequenzen.
* Völlig unverständlich ist für uns, ausgerechnet die Flüchtlingskampagne zum Anfang vom Ende umzudeuten. Trotz aller Differenzen im Vorfeld über die einzusetzenden Mittel und die anzugreifenden Ziele waren wir uns doch immer einig, mit unserer gemeinsamen Entscheidung einen Versuch zu unternehmen, aus den Konjunkturzyklen von Bewegungen (wie der Anti-AKW-Bewegung, dem Häuserkampf, der Friedensbewegung u.a.) herauszukommen und eine unserer Meinung nach zentrale Thematik aufzugreifen. Es ging uns nicht darum, wie suggeriert wird, die Flüchtlinge daran zu beteiligen oder sie gar daran zu organisieren. Genausowenig wie die Flüchtlinge für uns die Hoffnungsträger für revolutionäre Prozesse waren. Wir wollten auf dem Hintergrund der Auseinandersetzungen und Kämpfe von Flüchtlingen einen eigenständigen Kampfansatz entwicklen, der natürlich in einem Wechselverhältnis zu dem Kampf der Flüchtlinge steht, aber der berücksichtigt, daß die Ziele der Flüchtlinge und unsere nicht identisch sein müssen. Wir sehen in erster Linie in der Flüchtlingskampagne die Möglichkeit, hier in der Metropole einen konkreten Antiimperialismus zu entwicklen. Und wir sind davon ausgegangen, daß wir den staatlichen Rassismus aufzeigen und angreifen können. Wir denken, daß wir in diesen Bereichen durchaus praktisch und politisch wirksame Ansätze in die Auseinandersetzungen eingebracht haben, sowie auch selber unverzichtbare Erfahrungs- und Lernprozesse gemacht haben.
Die Mängel sehen wir heute u.a. darin, daß wir unseren Kampf nur auf den staatlichen Rassismus bezogen haben, auf die Ausländerämter, die Gerichte, auf die Täter von Ausweisung und Abschiebung. Den Rassismus großer Teile der Bevölkerung haben wir zur Kenntnis genommen, den Rassismus innerhalb der Linken nicht einmal thematisiert. Und es ist unser eigener Rassismus, aus dem heraus wir uns ein Bild von einem »ideellen Gesamtflüchtling« geschaffen haben. In diesem Sinn stimmt der Vorwurf einer »Flüchtlingskampagne ohne Flüchtlinge«.
Das breite Bündnis gegen rassistische Gewalt, gegen die Pogrome und Morde auf der Straße kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich gegen DIESE Gewalt der Vertreibung richtet. Vorverlegung der Grenzen in die Herkunftsländer, Schnellverfahren gegen Asylsuchende und sofortige Abschiebung mit staatlicher Gewalt stößt kaum auf Protest; und noch weniger wird praktischer Schutz geboten.
So richtig wir die Parole »Für freies Fluten« nach wie vor finden, so offensichtlich ist daran aber auch geworden, wie sehr die Metropolenlinke an den materiellen Vorteilen dieses imperialistischen Systems hängt. Wer die Widersprüche allein zwischen dem Staat und der ihn tragenden Bevölkerung auf der einen Seite und den Flüchtlingen und Linken auf der anderen Seite sieht, verhindert real die Auseinandersetzung und Konfrontation mit den Flüchtlingen, in denen unsere Widersprüche offenbar werden. Wir formulieren uns selbst schnell auf die Seite revolutionärer Prozesse, ohne unsere eigenen Gebrochenheit zu diesen Prozessen begriffen zu haben. Trotzdem: an der Aktualität, Bedeutung und zunehmenden Wichtigkeit dieser Thematik für die Entwicklung einer militanten Politik in der Metropole besteht kein Zweifel.
* Als Reaktion und in der Zeit nach dem 18.12.1987, als das BKA versuchte, die Rote Zora, uns und andere, die sich im Kampf gegen Gentechnologie, Bevölkerungspolitik und Flüchtlingspolitik engagiert hatten, zum Stillschweigen zu bringen, waren wir eher überrascht, in welcher Breite die kriminalisierten Themen aufgenommen und weitergetragen wurden. Ganz offensichtlich hatte das BKA recht früh die

politische Brisanz dieser Themen begriffen und versucht, durch Kriminalisierung und Verfolgungsdruck eine mögliche Verbreiterung zu verhindern. Die Fehler und Mängel liegen hier bei uns und unserer politisch-organisatorischen Konzeption. Wir waren es, die sich für lange Zeit nicht mehr zu Wort meldeten. Uns fehlten konzeptionelle Vorstellungen, uns an dieser breiten Auseinandersetzung zu beteiligen und daraus sogar politische Stärke zu entwickeln. Wenn es aber überhaupt in unserer Geschicht ein Beispiel dafür gibt, daß wir nicht isoliert sind, dann ist es dieses Datum.

* Es ist unsere Entscheidung, wann wir uns zum Antipatriarchalen Kampf öffentlich äußern wollen. Daß wir dies bislang nicht getan haben, liegt daran, daß wir am Anfang des Diskussionsprozesses sind. Deshalb finden wir es ausgesprochen ärgerlich, daß die Jungs sich bemüßigt fühlten, »unsere« Position schon mal vorwegzunehmen, um sich davon abgrenzen zu können. Für deren »männliches Elend« eine Mitverantwortung zu übernehmen und im nächsten Atemzug darin aber »keinen politikfähigen Ansatz« zu erkennen, sondern das als »Selbstentmündigung und Entpolitisierung« zu begreifen, spiegelt die männliche Arroganz eines Artur, der verächtlich auf »HerMann« herabblickt, der mit Frauen diskutiert und dabei versucht, das Problem männlicher Definitionsmacht zu thematisieren (»This is not a love song«). Die Behauptung, daß »ein emanzipatorischer Beitrag zur Patriarchats(!)diskussion« nicht mehr geleistet werden kann, weil die Frauen der Roten Zora sich von uns getrennt haben und keine gemeinsame Politik mehr mit uns machen, beweist ein völliges Unverständnis von antipatriarchaler Politik. Ebenso wie die Hierarchie- oder Zentralitätsvorstellung, die in der Feststellung angelegt ist: »jedenfalls hilft der Antipatriarchalismus nicht über das dringlichste Problem, über die fehlende Bedingung hinweg, daß der militante Widerstand und der bewaffnete Kampf, so wie wir ihn zu entwickeln versucht haben, eine Angelegenheit von immer weniger Leuten geworden ist und keine soziale Basis mehr zu haben scheint.«

Angesichts der allgemeinen Rat- und Perspektivlosigkeit ist die Versuchung groß, die Antipatriarchatsdebatte als Vehikel zu benutzen, um der Krise HERR zu werden. Die Diskussion über die schwarze Frau als »unterstes Klassensegment« war ein Beispiel dafür, auf welche Weise durch den bloßen Austausch der Subjekte ein im übrigen nicht angetastetes Gedankengebäude hinübergerettet werden kann. Das erste Resultat einer konsequent geführten Antipatriarchatsdebatte kann nur die Zerstörung lieb gewordener Gewißheiten sein. Wir begeben uns bewußt und sehenden Auges in einen Prozeß, dessen erklärtes Ziel die Verunsicherung und Demontage männlich dominierten Denkens und Handelns ist. Wenn es richtig ist, daß der Sexismus mit unserer Ignoranz gegenüber patriarchaler Gewalt beginnt und wenn es stimmt, daß wir auf diesem Auge blind sind, weil es um unsere Interessen geht, dann werden uns erstmal die Felle davon schwimmen, bevor wir zu einem von Grund auf neuen Verständnis unserer Rolle im Prozeß radikaler Veränderungen vorgedrungen sein werden, dann liegen zwischen der bloßen Erkenntnis und der Fähigkeit, im Einklang mit dieser Erkenntnis zu leben, noch Welten, denn wir haben weder die Wahl, unsere eigenen Anteile an patriarchaler Gewalt zu eliminieren, indem wir uns im Büßerhemd der Hegemonie kämpfender Frauen unterwerfen, noch die Möglichkeit, die eigene Desorientierung zu kompensieren, indem wir uns dem Widerstand von Frauen anhängen.

Es reicht auch nicht, in den Institutionen von Staat und Kapital den Sexismus da zu entdecken, wo er Frauen benachteiligt. In der Auseinandersetzung um eine antipatriarchale Politik müssen wir einen Begriff davon entwickeln, daß der gewaltsamen sozialen Organisierung der geschlechtlichen Differenz schlechthin die zentrale Bedeutung bei der Entfaltung gesellschaftlicher Widersprüche zukommt.

Bei der Entwicklung eines antipatriarchalen Kampfansatzes in der Metropole geht es uns auch darum, inwieweit wir selbst mit unseren patriarchalen Verhaltensweisen Strukturen geprägt haben, die unser Politikmuster und Verständnis immer wieder neu reproduziert haben, ohne daß wir zu einer Veränderung in der Lage gewesen wären.

Eine unserer Möglichkeiten, uns nicht in den mainstream politischer Resignation fallen und treiben zu

lassen, sehen wir in dem Versuch, unseren Teil zu einer grundlegenden Debatte über die Neubestimmung linksradikaler Politik beizutragen. Eine Notwendigkeit wird es sein, unsere Strukturen aufrecht zu erhalten, damit unsere Beiträge sich nicht auf die Veröffentlichung von Diskussionspapieren beschränken müssen; dabei wird die Antipatriarchatsdebatte einen zentralen Stellenwert einnehmen. Dies steht für uns außer Frage. Zur Disposition steht unsere politisch-organisatorische Konzeption; allerdings erst dann, wenn sie sich bei dieser radikalen Neubestimmung mehr als unvermeidbar hinderlich erweisen sollte.

»Woran arbeiten Sie? wurde Herr K. gefragt.
Herr K. antwortete, »Ich habe viel Mühe,
ich bereite meinen nächsten Irrtum vor.«
B. Brecht [40]

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Vorbemerkung Kapitel II

Die Restauration der Bundesrepublik Deutschland

Das politische und gesellschaftliche Klima in den drei Westzonen war nach Ende des Krieges von Wiederaufbau, der Schaffung des »Wirtschaftswunders« und der Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit bestimmt. Die westlichen Siegermächte Frankreich, England und vor allem die USA forcierten die kapitalistische Restauration der drei Westzonen und ihre Eingliederung in den westlichen Militär- und Wirtschaftsblock. Sie blockierten jede Initiative, die nach dem Zusammenbruch des »3. Reiches« grundlegende gesellschaftliche Veränderungen anstrebte, und bauten die Westzonen zum »Bollwerk gegen den Bolschwismus« aus.

Diesen Zielen wurde auch die »Entnazifizierung« untergeordnet. Binnen weniger Jahre waren ehemalige Nazis wieder in Amt und Würden, Haftstrafen gegen sie wurden ausgesetzt. Der Feind stand wieder links.

1947 wurde in der »Truman-Doktrin« Anti-Kommunismus und der »Kalte Krieg« als neue Leitlinien der us-amerikanischen Außenpolitik festgelegt. Als die Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP (Deutsche Partei) unter Bundeskanzler Konrad Adenauer aus den ersten Bundestagswahlen im August 1949 als Sieger hervorging, wurde diese Politik für den »Frontstaat« Bundesrepublik Deutschland nachvollzogen.

Bereits Anfang der 50er Jahre begann eine erneute Verfolgung von Mitgliedern der KPD, die bis dahin sowohl im Bundestag als auch in fast allen Länderparlamenten vertreten war. Gegen KommunistInnen, die während des Faschismus in Zuchthäusern und Konzentrationslagern gesessen hatten, wurden die gleichen Beschuldigungen wie zur Zeit des Nationalsozialismus erhoben, viele zu Haftstrafen, u.a. wegen »Hochverrats«, verurteilt. 1956 gab das Bundesverfassungsgericht dem Antrag der Adenauer-Regierung auf Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands statt, das Parteivermögen wurde beschlagnahmt, die Parteibüros geschlossen.

Als wichtigen Schritt zur Integration der BRD in das westliche Militärbündnis strebte die Adenauer-Regierung ab Anfang der 50er Jahre die Remilitarisierung Deutschlands an. Gegen diese Ziele demonstrierte eine breite antimilitaristische Bewegung. In einer - verbotenen - Volksbefragung sammelte sie 9 Millionen Stimmen gegen die Wiederbewaffnung. Sie setzte sich vor allem aus Mitgliedern der Falken, der Gewerkschaftsjugend, der FDJ (Jugendorganisation der KPD) und Personen aus kirchlichen Kreisen zusammen. Als Adenauer und der damalige Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß 1957 die Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen forderten, kam aus dieser antimilitaristischen Bewegung der Anstoß zu der Kampagne »Kampf dem Atomtod«.

Ungeachtet dieses Protestes wurden die Remilitarisierung Deutschlands und später die atomare Aufrüstung der Bundeswehr im Bundestag beschlossen. 1955 trat die BRD der NATO bei, ein Jahr später wurde die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt.

Als Instrument zur Wahrung der »Inneren Sicherheit« wurde am 13. Januar 1960 von Innenminister Schröder der erste Entwurf der Notstandsgesetze vorgelegt, die es der jeweiligen Regierung gesetzlich möglich machen, »zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Ordnung des Bundes oder einer der Länder« den Ausnahmezustand zu erklären und Grundrechte weitgehend außer Kraft zu setzen. Dieses Gesetzespaket konnte allerdings erst 1968 gegen heftigen außerparlamentarischen Widerstand von der großen Koalition aus CDU/CSU/SPD mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit verabschiedet werden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) verabschiedete sich auf dem Godesberger Parteitag im November 1959 endgültig von marxistischen Zielen und den Traditionen der Arbeiterbewegung. Sie

definierte sich fortan als »Volkspartei« und hatte nicht mehr einen gesellschaftlichen Umsturz und die Beseitigung kapitalistischer Produktionsverhältnisse zum Ziel, sondern setzte auf »Mitbestimmung« und Regierungsbeteiligung. Damit war der Weg für die Bildung der großen Koalition von CDU/CSU und SPD im November 1966 geebnet. Die Integrationsfähigkeit der Sozialdemokraten wurde gebraucht, um die Proteste angesichts der ersten wirtschaftlichen Krisenerscheinungen seit Kriegsende zu bewältigen. Bereits zuvor hatte sich die SPD - wie auch die Gewerkschaften -, aus den Protestbewegungen gegen Atomtod und Notstandsgesetze nach anfänglicher Beteiligung zurückgezogen, mit ihrem Eintritt in die Regierungsverantwortung verlor sie für viele Linke ihre Glaubwürdigkeit als gesellschaftsverändernde Kraft. Am 10. Dezember 1966 rief Rudi Dutschke zur Bildung einer außerparlamentarischen Opposition (APO) auf.

Die 68er Revolte

In den Jahren 1967/68 entwickelte sich - ausgehend von den Universitäten - in rasantem Tempo die antiautoritäre Bewegung, die innerhalb weniger Jahre einen Bruch mit den moralischen und politischen Werten der Eltern - der »Auschwitz-Generation« - vollzog. Dieser Protest setzte zunächst in den Bereichen persönlicher Erfahrung an, richtete sich gegen die autoritären Strukturen in Staat und Gesellschaft, gegen Meinungsmanipulation - vor allem am Beispiel der Springer-Presse -, gegen die Notstandsgesetze und den repressiven Staatsapparat und zielte auf persönliche Emanzipation.

Eine besondere Dynamik erhielt diese Bewegung dann aus der Verbindung mit dem politischen Lernprozeß, der durch die Auseinandersetzung mit dem Vietnam-Krieg ab Mitte der 60er Jahre in Gang kam und die bis dahin weitgehend unwidersprochenen Werte von »Demokratie und Freiheit« angesichts des Krieges der amerikanischen Befreier vom Faschismus gegen das vietnamesische Volk zerplatzen ließ.

In Vietnam hatte die 1944 gegründete Befreiungsfront den Kampf gegen die japanischen und französischen Kolonialmächte aufgenommen. Nachdem die französische Kolonialarmee 1954 kapitulierte, wurde das Land auf Betreiben der alliierten Großmächte des Zweiten Weltkrieges in Nord- und Südvietnam geteilt und Wahlen unter internationaler Kontrolle bis zum 26.7.1956 vereinbart. Unter Kontrolle der Amerikaner wurde in Südvietnam ein Statthalterregime unter Ngo Dinh Diem eingesetzt, Nordvietnam von der Befreiungsfront unter Ho Tschi-minh regiert.

Als Ngo Dinh Diem die vereinbarten Wahlen behinderte, wuchs der Widerstand im Land. 1965 kam es in Südvietnam zu den ersten militärischen Auseinandersetzungen zwischen der Armee und der 1960 gegründeten Nationalen Befreiungsfront (FLN). Von diesem Zeitpunkt an nahm das militärische Engagement der USA zu, die Truppenstärke wie auch die Zahl der Bombenangriffe - vor allem gegen Nordvietnam als »Rückzugsbasis« - wurden ständig erhöht. Die amerikanische Regierung erklärte den Vietnam-Krieg zum Kampf für die »freie Welt« und gegen den Kommunismus.

Die Brutalität der us-amerikanischen Flächenbombardements unter Einsatz von Napalm löste in der BRD, wie in anderen westlichen Industriestaaten, zunächst humanitär und moralisch begründete Proteste und Empörung aus. Als dann - initiiert vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) - die politischen Interessen und Zusammenhänge analysiert wurden, entwickelte sich in der Studentenbewegung ein bewußtes anti-imperialistisches Engagement und die Unterstützung der Befreiungsbewegungen der 3.Welt.

Auf dem internationalen Vietnam-Kongreß im Februar 1968 in Berlin wurden die Konsequenzen aus diesen Analysen gezogen: zur Unterstützung des Befreiungskampfes in der 3.Welt und für eine weltweite Umwälzung der sozialen und politischen Verhältnisse sollte in den Metropolen eine zweite Front eröffnet werden, durfte Westeuropa nicht das »ruhige Hinterland des Imperialismus« bleiben. Die Mittel und Formen in diesem Kampf sollten nach den Bedingungen und dem Bewußtsein der Massen in den

jeweiligen Ländern bestimmt werden. Dies schloß ausdrücklich auch die Anwendung revolutionärer Gewalt ein, das lateinamerikanische Konzept der Stadtguerilla wurde breit diskutiert.

Die neue Frauenbewegung

Im September 1968 war die Rede des »Aktionsrates zur Befreiung der Frauen« auf einer Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt der Anstoß für die neue Frauenbewegung: »Der SDS (ist) innerhalb seiner Organisation ein Spiegelbild gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse. Dabei macht man Anstrengungen, alles zu vermeiden, was zur Artikulierung dieses Konfliktes zwischen Anspruch und Wirklichkeit beitragen könnte, da dies eine Neu-Orientierung der SDS-Politik zur Folge haben müßte. Diese Artikulierung wird auf einfache Weise vermieden. Nämlich dadurch, daß man einen bestimmten Bereich des Lebens vom gesellschaftlichen abtrennt, ihn tabuisiert, indem man ihm den Namen Privatleben gibt. In dieser Tabuisierung unterscheidet sich der SDS in nichts von den Gewerkschaften und den bestehenden Parteien. Diese Tabuisierung hat zur Folge, daß das spezifische Ausbeutungsverhältnis, unter dem die Frauen stehen, verdrängt wird, wodurch gewährleistet wird, daß die Männer ihre alte, durch das Patriarchat gewonnene Identität nicht aufgeben müssen.[...]
Die Trennung zwischen Privatleben und gesellschaftlichem Leben wirft die Frau immer zurück in den individuell ausgetragenen Konflikt ihrer Isolation. [...] Wir streben Lebensbedingungen an, die das Konkurrenzverhältnis zwischen Mann und Frau aufheben. Dies geht nur durch Umwandlung der Produktionsverhältnisse und damit der Machtverhältnisse, um eine demokratische Gesellschaft zu schaffen.«

Diese Initiative war ein Auslöser - überall in der Bundesrepublik wurden »Weiberräte« gegründet, Frauen organisierten sich autonom.

Als im Sommer 374 Frauen im »Stern« öffentlich bekannten, »Ich habe abgetrieben«, begann eine Kampagne gegen den Abtreibungsparagraphen § 218 und für das Selbstbestimmungsrecht der Frau. Die von der sozialliberalen Koalition bei Regierungsantritt 1969 zwar angekündigte, aber immer wieder verschobene Liberalisierung des § 218 wurde von den Frauen eingefordert.

Die Fragen des Selbstbestimmungsrechts der Frau, der Rolle in Ehe, Familie und Gesellschaft, der Doppelbelastung und Leichtlohngruppen, die Forderung nach Abschaffung des § 218 sowie praktische Unterstützung von Frauen, die abtreiben wollen (wie die Organisierung von Abtreibungsfahrten nach Holland, wo ein liberaleres Abtreibungsgesetz gilt), wurden in Gruppen, auf Kongressen und ab Mitte der 70er Jahre auch in Frauenzentren diskutiert. In Gesundheitszentren vermittelten Fachfrauen Kenntnisse über Abtreibung, Selbstuntersuchung und Verhütung, um der Macht von Ärzten etwas entgegenzusetzen. Ab 1973/74 entstanden Selbsterfahrungsgruppen, in denen Frauen ihre individuellen Erfahrungen als gesellschaftlich bedingte Unterdrückung analysierten und Widerstandsformen entwickelten.

In der Verbindung der subjektiven Erfahrung, als Frau in einem patriarchalen-kapitalistischen System unterdrückt zu werden, mit der Analyse der politischen Verhältnisse entwickelte die Frauenbewegung eine Sprengkraft, die radikale Veränderungen in allen sozialen und gesellschaftlichen Bereichen zur Folge hatte.

Am 25. April 1974 stimmte der deutsche Bundestag der Fristenlösung - einer Reform des § 218 - zu, nach der Abtreibungen bis zur zwölften Schwangerschaftswoche legalisiert wurden. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe erklärte diese Reform jedoch am 25. Februar 1975 für verfassungswidrig. Daraufhin verabschiedete der Bundestag am 18. Mai 1976 die erweiterte Indikationslösung, wonach eine Abtreibung nur dann möglich ist, wenn ein Arzt oder eine Beratungsstelle das Vorliegen einer sozialen, medizinischen oder eugenischen Indikation bescheinigt.

Parallel zur Frauenbewegung organisierten sich auch andere gesellschaftliche Gruppen: Lehrlinge und

Schüler gründeten unabhängige Zusammenschlüsse und kämpften für autonome, selbstverwaltete Jugendzentren - eine Bewegung, die sich nicht nur auf die Großstädte beschränkte, sondern auch auf ländliche Gebiete übergriff.
Auch in den Betrieben waren Auswirkungen der 68er Revolte spürbar. Gegen den Willen der Gewerkschaften wurden im September 1969 in wilden Streiks höhere Löhne durchgesetzt. Anfang 1973 begann erneut eine Welle von wilden Streiks, u.a. bei Hoesch, Mannesmann, Karmann, John Deere, Klöckner, Hella, Pierburg, Ford, Daimler-Benz, Saarbergkonzern. Diese Streiks wurden vor allem von ausländischen ArbeiterInnen getragen, die neben Lohnerhöhungen Forderungen nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Abschaffung von Leichtlohngruppen erhoben. Polizei und Werkschutz schlugen die Streiks nieder, der Werkschutz wurde in der Folge weiter ausgebaut.

Die Reaktion
In den Medien - allen voran in den Zeitungen des Springer-Konzerns - wurde eine massive Hetze gegen die Studenten verbreitet. So z.B. auch die Äußerung des Berliner Bürgermeisters Klaus Schütz (SPD): »Ihr müßt diese Typen sehen. Ihr müßt ihnen genau ins Gesicht sehen. Dann wißt ihr, denen geht es darum, unsere freiheitliche Grundordnung zu zerstören.«
Der Tod von Benno Ohnesorg bei der Demonstration gegen den Schah von Persien in Berlin am 2. Juni 1967 - Ohnesorg wurde im Verlauf der Demonstration von dem Polizisten Kurras in den Hinterkopf geschossen - zerstörte die Illusionen über den bürgerlichen Staat.
Als knapp ein Jahr später - am 10. April 1968 - der 23jährige Josef Bachmann auf Rudi Dutschke schoß, demonstrierten in Berlin 3.000 Menschen vor dem Springer-Hochhaus. In vielen Städten wurde der Springer-Konzern als der wirklich Schuldige an diesem Attentat angegriffen.

Die Auflösung der APO
Ende des Jahres 1968 stieß die APO in ihrer bisherigen Form und Zielsetzung an ihre Grenzen. Auf der Suche nach »dem revolutionären Subjekt« und einem Ansatzpunkt für politische Veränderungen splitterte sie sich auf. Es wurden verschiedene K-Gruppen gegründet, die vor allem auf die Revolutionierung der Arbeiterklasse setzten (die KPD, mit dem ihr angegliederten Kommunistischen Studentenverband und der Liga gegen den Imperialismus; in verschiedenen Städten entstanden kommunistische Bünde, die sich 1973 zum KBW, Kommunistischen Bund Westdeutschlands zusammenschlossen; sowie die am 16. September 1968 gegründete DKP, die Deutsche Kommunistische Partei). Andere begannen den »Marsch durch die Institutionen«, um die gesellschaftlichen Strukturen von innen heraus zu verändern. Eine dritte Strömung bildeten die antiautoritären, undogmatischen Gruppen. Am 21. März 1970 löste sich der SDS-Bundesvorstand auf.
Ein Teil der Linken ging in die Betriebe, um dort die politische Arbeit fortzusetzen; andere - vor allem undogmatische Gruppen - versuchten, in anderen sozialen Bereichen anzusetzen: sie bezogen sich in ihrer politischen Arbeit auf Stadtteile, unterstützten oder initiierten Mietstreiks und Hausbesetzungen.
Als von mehreren Nahverkehrsunternehmen die Fahrpreise erhöht wurden, begann 1969 - ausgehend von Hannover - der Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen und für den »Nulltarif«. Die Aktion »Roter Punkt« wurde initiiert (Autofahrer signalisierten mit einem Roten Punkt auf der Windschutzscheibe, daß sie bereit waren, andere Personen mitzunehmen), Schwarzfahrerversicherungen wurden gegründet und Fahrkartenautomaten außer Betrieb gesetzt.
Zur gleichen Zeit konstituierten sich die Rote Armee Fraktion (RAF) und die Bewegung 2. Juni (im Juni 1972 als Zusammenschluß mehrerer Stadtguerillagruppen) als bewaffnet und illegal kämpfende Gruppen. Sie griffen das vor allem in Lateinamerika in die Praxis umgesetzte Konzept der Stadtguerilla auf.

Die Aufrüstung zur »inneren Sicherheit« durch die sozialliberale Koalition

Am 21. Oktober 1969 übernahm erstmals eine SPD/FDP-Koalition die Regierungsverantwortung, Willy Brandt wurde Bundeskanzler. Mit seiner Person verknüpften viele die Hoffnung auf Reformen, auf eine gesellschaftliche Demokratisierung und soziale Verbesserungen.

Mit einer Amnestie für alle Demonstrationsdelikte, die ein Strafmaß von acht Monaten nicht überschritten, ermöglichte die sozialliberale Koalition die Integration von Teilen der Studentenbewegung, die als neue akademische Elite unverzichtbar waren. Gleichzeitig wurden im Januar 1972 der Radikalenerlaß verabschiedet und eine massive Aufrüstung zur Wahrung der »inneren Sicherheit« in Angriff genommen, um die revolutionäre, nicht integrationswillige Linke auszugrenzen. Im Zuge der »Terroristenfahndung« erschossen Zielfahndungskommandos 1971 Petra Schelm, Georg von Rauch und Thomas Weissbecker.

Bei Regierungsantritt hatte die sozialliberale Koalition ein »Sofortprogramm Innere Sicherheit« zum Ausbau und Aufrüstung von Polizei und Staatsschutz vorgelegt, das bis Ende 1976 überwiegend verwirklicht wurde:

- 1968 wurde die Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft, Bundeskriminalamt und Bundesgrenzschutz neu strukturiert und zentralisiert;
- im Sommer 1969 wurden die Mittel für das Bundeskriminalamt verdoppelt und seine Kompetenzen ausgeweitet;
- im November 1970 wurde das »Sofortprogramm zur Verbrechensbekämpfung« verabschiedet, das u.a. den Ausbau des BKA zur zentralen Bundesbehörde zuständig für »Schwerstkriminalität« und »Staatsschutzsachen« regelt;
- im September 1971 wurde Horst Herold (SPD) Präsident des Bundeskriminalamtes. Er stand für das Ziel einer totalitären Erfassung und Kontrolle zum Schutz der »inneren Sicherheit« der BRD mit Hilfe der Computerisierung;
- Am 28. Januar 1972 wurde der »Extemistenbeschluß« von den Regierungschefs des Bundes und der Länder verabschiedet, wonach nur derjenige »in das Beamtenverhältnis berufen werden (darf), der die Gewähr bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung [...] eintritt.« In den folgenden Jahren erfolgte die politische Überprüfung von ca. 3,5 Millionen BewerberInnen für den öffentlichen Dienst, und es wurden ca. 2.500 Berufsverbote ausgesprochen;
- mit dem am 22. März 1972 vom Bundeskabinett verabschiedeten »Schwerpunktprogramm Innere Sicherheit« wurde das »Sofortprogramm« von 1970 weiter ausgebaut, der Aufgabenbereich des Bundesgrenzschutzes erweitert und die Spezialeinheit GSG 9 zur »Terroristenbekämpfung« ins Leben gerufen;
- das BKA-Gesetz vom 29.06.73 bildete die Grundlage für eine Erweiterung und Zentralisierung der Kompetenzen des Bundeskriminalamtes, sowie für einen Ausbau der datenmäßigen Erfassung; ab Mai 1975 galt die zentrale Zuständigkeit des BKA für den Bereich »TE« - »Terrorismus«.

Die Verhaftungen von Mitgliedern der Guerilla und die ersten Aktionen zur Gefangenenbefreiung

Anfang des Jahres 1972 reagierte die RAF auf die erneuten Flächenbombardements in Vietnam durch die US-Armee mit einer »Mai-Offensive«: sie verübte gegen US-Militäreinrichtungen in mehreren Städten Anschläge. Wenig später, im Juni 1972 wurden Andreas Baader, Holger Meins, Jan Carl Raspe, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Brigitte Mohnhaupt, Irmgard Möller, Klaus Jünschke und Gerhard Müller verhaftet.

Die Bewegung 2. Juni entführte im Februar 1975 - zwei Tage vor den Berliner Wahlen - den Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz und forderte die Freilassung von politischen Gefangenen. Der

regierende SPD-Senat stand vor dem Problem, den Spitzenkandidaten der Gegenpartei nicht in Gefahr bringen zu können und erfüllte die Forderungen der Entführer; die Gefangenen wurden in die Volksrepublik Jemen ausgeflogen, Peter Lorenz am 5. März wieder freigelassen.
Zwei Monate später - am 24.4.75 - besetzte das »Kommando Holger Meins« die deutsche Botschaft in Stockholm und forderte die Freilassung von 26 politischen Gefangenen. Die Polizei stürmte das Gebäude, die dort deponierte Bombe explodierte. Ein Mitglied des Kommandos, Ulrich Wessel, wurde bei der Erstürmung getötet, Siegfried Hausner starb, nachdem er - gegen die Zustimmung der Ärzte - mit schweren Verletzungen in die BRD transportiert worden war, im Stammheimer Knast.

Internationale Solidarität

Die internationalen Bezugspunkte der deutschen Linken waren neben Vietnam und dem Iran die schwarze Bürgerrechtsbewegung in den USA, die im Oktober 1966 gegründete Black Panther Party und die Befreiungsbewegungen in Lateinamerika und Palästina.
Chile
Im September 1973 begann nach dem Militärputsch eine breite Solidaritätskampagne zu Chile. In Chile hatte Salvador Allende als Kandidat der »Unidad Popular«, eines linken Wahlbündnisses, im September 1970 die Wahlen gewonnen. Nach seinem Amtsantritt führte er sofort längst überfällige soziale Reformen durch - wie z.B. die kostenlose Verteilung von Lebensmitteln oder Schulbüchern an Bedürftige, die Verstaatlichung wichtiger Industriebetriebe und den Aufbau eines umfassenden Gesundheitswesens.
Die internationalen Konzerne und die westlichen Regierungen reagierten mit einer wirtschaftlichen Blockade und materieller Unterstützung der rechten Parteien. 1970 fiel der Oberkommandierende der chilenischen Armee, General Schneider, einem Attentat zum Opfer, nachdem er sich geweigert hatte, die Regierung Allende durch einen Militärputsch zu stürzen. Aus den im März 1972 von einem amerikanischen Journalisten veröffentlichten »ITT-Papieren«, geht hervor, daß der US-Konzern ITT zusammen mit der CIA und führenden chilenischen Unternehmen aktiv an den Putsch-Plänen gegen die Regierung Allende und an der Ermordung Schneiders beteiligt war.
Trotz einer Verschärfung der wirtschaftlichen Lage in Chile gewann die Unidad Popular im März 1973 die Parlamentswahlen, am 11. September 1973 putschte - mit tatkräftiger Unterstützung der CIA - das chilenische Militär. In den folgenden Monaten wurden mehr als 30.000 ChilenInnen ermordet, tausende ins Exil gezwungen.
Der Putsch löste unter der deutschen Linken eine breite Solidarität aus. Chile-Komitees wurden gegründet, die Öffentlichkeit über die Situation in Chile herstellten und versuchten, die Aufnahme politischer Flüchtlinge in der BRD durchzusetzen. Neben dem Entsetzen über das Massaker an Oppositionellen wurde am Beispiel Chiles deutlich, daß ein friedlicher Übergang zum Sozialismus von den Regierungen der imperialistischen Länder und den multinationalen Konzernen mit allen Mitteln verhindert werden würde.

Palästina

Am 14. Mai 1948 wurde der Staat Israel gegründet, nachdem die UNO-Vollversammlung im Jahr zuvor die Teilung des ehemaligen britischen Mandatsgebietes in einen jüdischen und einen palästinensischen Staat beschlossen hatte. Bereits einen Tag nach Staatsgründung begann der erste israelisch-arabische Krieg, in dem das israelische Militär den Sieg davontrug. Mehr als 900.000 PalästinenserInnen flüchteten in die arabischen Nachbarländer, nach dem »6-Tage-Krieg« im Juni 1967 kamen nach der Besetzung des Westjordan-Ufers und des Gaza-Streifens durch die israelische Armee weitere 350.000 Flüchtlinge hinzu.

In den Flüchtlingslagern und den besetzten Gebieten gründeten sich verschiedene palästinensische Befreiungsbewegungen, die sich im Juni 1964 in der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zusammenschlossen. 1968/69 gewannen innerhalb der PLO die Fatah und die PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas) die Mehrheit. Sie vertraten eine antiimperialistische und antizionistische Politik, und lösten die traditionellen palästinensischen Eliten ab.
Nach dem »6-Tage-Krieg« waren die palästinensischen Flüchtlingslager in Jordanien zur Basis der Widerstandsbewegung geworden, hier befand sich auch die politische und die militärische Führung. Als sich der jordanische König Hussein in seiner Macht bedroht sah, kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Palästinensern und der jordanischen Armee. Im September 1970 griff die militärisch überlegene Armee die palästinensischen Flüchtlingslager an, mehr als 20.000 PalästinenserInnen verloren dabei ihr Leben. Die Kämpfe dauerten noch bis zum Juli 1971 an, dann mußte sich die PLO geschlagen aus Jordanien zurückziehen.
Um das Schweigen der »Weltöffentlichkeit« zu dem Massaker in Jordanien, der Vertreibung der Palästinenser aus Israel und dem Elend in den Flüchtlingslagern zu durchbrechen, entführten Kommandos der PFLP im Sommer 1970 mehrere Flugzeuge. Sie begründen ihre Aktionen mit den Worten: »In der heutigen Welt ist niemand unschuldig, ist niemand neutral. Entweder man steht auf der Seite der Unterdrücker oder auf der Seite der Unterdrückten.«
Im Herbst 1971 gründete sich die Organisation »Schwarzer September«, die mit ihrem Namen an das Massaker in den Flüchtlingslagern in Jordanien vom September 1970 erinnern wollte. Ein Kommando des Schwarzen September nahm bei den Olympischen Spielen in München am 5. Septmeber 1972 Mitglieder der israelischen Olympia-Mannschaft als Geiseln und forderte die Freilassung von 200 Palästinensern aus israelischer Gefangenschaft. Wie schon mit den Flugzeugentführungen zuvor verfolgten sie mit der Geiselnahme auch das Ziel, vor der in München versammelten internationalen Presse auf die Lage und den Befreiungskampf der Palästinenser aufmerksam zu machen. Die Aktion endete in einem Blutbad. Entgegen der Zusage des damaligen Bundesinnenministers Genscher auf freien Abzug, wurden das Kommando und die Geiseln zum Militärflughafen Fürstenfeldbruck geflogen, wo Scharfschützen das Feuer eröffneten. Alle israelischen Geiseln und fünf der acht Mitglieder des Kommandos wurden getötet.
Einen Monat später wurden die palästinensischen Organisationen GUPS (Generalunion der palästinensischen Studenten) und GUPA (Generalunion der palästinensischen Arbeiter) in der Bundesrepublik verboten.
Innerhalb der deutschen Linken begann in den Jahren 1969/70 eine Auseinandersetzung und Solidarisierung mit den Palästinensern. Die Nähe zu den politischen Positionen der Al Fatah und der PFLP führten zu einer praktischen Zusammenarbeit, deutsche Linke reisten - zum Teil zu militärischer Ausbildung - in palästinensische Flüchtlingslager und knüpften engere Verbindungen zwischen der deutschen Linken und den palästinensischen Organisationen.
Während die westlichen Regierungen Israel zum »Bollwerk gegen die Araber« und zum politischen und militärischen Stützpunkt im Nahen Osten ausbauten, begriff sich die Linke zunehmend als antizionistisch und warf Israel »faschistische Methoden« vor. Antizionismus und die Solidarisierung mit dem Befreiungskampf der Palästinenser wurden zu einem wichtigen Bezugspunkt der deutschen Linken.
Auch die westdeutschen Stadtguerilla-Gruppen (RAF, RZ und 2. Juni) arbeiteten mit palästinensischen und anderen arabischen Organisationen zusammen bzw. unterstützen deren Aktionen. Im Jahre 1972, nach dem Blutbad in Fürstenfeldbruck/Olympische Spiele erklärte die Rote Armee Fraktion: »Die Aktion des Schwarzen September in München hat das Wesen imperialistischer Herrschaft und des antiimperialistischen Kampfes auf eine Weise durchschaubar und erkennbar gemacht wie noch keine revolutionäre Aktion in Westdeutschland und Westberlin. Sie war gleichzeitig antiimperialistisch,

antifaschistisch und internationalistisch.«

Die Revolutionären Zellen

Im November 1973 zeichneten erstmals Revolutionäre Zellen für eine bewaffnete Aktion. Ihr Konzept baute auf der Organisierung in autonomen Zellen auf, einer »Gegenmacht in kleinen Kernen«, die gleichzeitig Teil der - legalen - politischen Massenarbeit sein sollten. Ziel war eine Verbreiterung ihrer Politik, bis im Verlauf eines »langwierigen Kampfes« bei einer erwarteten Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche die Stadtguerilla als Massenperspektive geschaffen sei.
In ihren ersten Aktionen spiegeln sich die politischen Positionen der deutschen Linken wider. Im »Revolutionären Zorn Nr.1« vom Mai 1975 unterteilen sie ihre Anschläge in drei Bereiche:
- antiimperialistische Aktionen
- antizionistische Aktionen
- Aktionen, die die Kämpfe von Arbeitern, Jugendlichen und Frauen unterstützen.

Antiimperialismus:

Im November 73 richteten sich ihre Anschläge gegen den US-Konzern ITT wegen seiner Beteilung am Putsch in Chile, im Juni 74 gegen das Chilenische Generalkonsulat in Berlin.

Antizionismus:

Im September 74 verübten die Revolutionären Zellen Anschläge auf die Maschinenfabrik Korf, »die zu 3/4 in zionistischem Besitz ist«, auf das Büro der israelischen Fluggesellschaft EL-AL, in den Jahren 78 und 79 auf Firmen, die israelisches Obst importieren.
In den Jahren 1975 und 1976 gehörten RZ-Mitglieder palästinensisch-deutschen Kommandos an: Hans-Joachim Klein war Teil des Kommandos, das am 21. Dezmeber 1975 die OPEC-Konferenz in Wien besetzte und die Minister von 11 Ölstaaten als Geiseln nahm (siehe Kapitel 4).
Im Juni 1976 entführten Brigitte Kuhlmann und Wilfried Böse gemeinsam mit palästinensischen Genossen eine Air-France-Maschine und forderten die Freilassung von 53 politischen Gefangenen, darunter 40 Palästinenser aus israelischer Haft und sechs politische Gefangene aus der BRD. Sie leiteten das in Israel gestartete Flugzeug von Athen nach Entebbe/Uganda um. Am 4. Juli 1974 wurde die Maschine von israelischem Militär gestürmt, die Mitglieder des Kommandos erschossen.
Als Anfang 1977 der Film »Unternehmen Entebbe« - eine in Hollywood gedrehte Aufbereitung der Flugzeugentführung - in deutschen Kinos anläuft, versuchen die RZ, durch Brandanschläge die Absetzung des Films zu erreichen. Gerd Albartus und Enno Schwall wurden kurz darauf verhaftet und wegen eines versuchten Anschlags auf ein Aachener Kino zu hohen Haftstrafen verurteilt (siehe Seite129).
Auf diese Entführung eines Flugzeuges nach Entebbe beziehen sich die neuen Texte von Revolutionären Zellen, ausgehend von dem Papier zum Tod von Gerd Albartus (siehe Seite 20).
Aus den Texten läßt sich schlußfolgern, daß der Mißerfolg der Aktion zunächst auf praktische, »militärische« Probleme zurückgeführt und die Zusammenarbeit mit der palästinensischen Gruppe auf Eis gelegt wurde. Gleichzeitig brachen an der »Entebbe«-Aktion politische Gegensätze innerhalb der RZ auf, die zu einer Spaltung führten. Während ein Teil der RZ das sozialrevolutionäre Element ihrer Politik in den Vordergrund stellt und die Vermittelbarkeit ihrer Politik - auch in den Metropolen - als zentrales Moment ansieht, betonen die anderen die Notwendigkeit eines internationalistischen, antiimperialistischen Kampfes, um »nicht in die Bedeutungslosigkeit zu versinken«.
Die RZ spalteten sich an dem Widerspruch, daß eine revolutionäre Politik, die auf weltweite Befreiung zielt, die Ziele und Erfahrung von Befreiungsbewegungen aus der 3.Welt einbeziehen muß, andererseits

die Bevölkerung in den Metropolen gleichzeitig Nutznießer der Ausbeutung der 3.Welt und Opfer ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse ist.
Vieles bleibt in den neuen Texten der RZ unklar, vage und nur angedeutet, eine Auseinandersetzung innerhalb der RZ hat offenbar nicht oder nicht zur Genüge stattgefunden.
Die Debatte um das Verhältnis von Antisemitismus und Antizionismus in den RZ - und der deutschen Linken - geht einher mit der Infragestellung internationalistischer und antiimperialistischer Positionen. Dabei wurde außer acht gelassen, daß der Internationalismus der RZ nach den vorliegenden Papieren ausschließlich in einer Zusammenarbeit mit palästinensischen Befreiungsbewegungen praktisch wurde, bei einer Zusammenarbeit mit türkischen, lateinamerikanischen oder kurdischen Linken hätten sich wohl andere Probleme und Auseinandersetzungen ergeben.

Aktionen zur Unterstützung der Kämpfe von Arbeitern, Jugendlichen und Frauen
Sie reichen vom Brandanschlag auf das Auto eines Verantwortlichen für den Abriß des Jugendzentrums Putte in Berlin, Anschläge auf die Gebäude der Ausländerpolizei Berlin, der Industrie- und Handelskammern Mainz und Ludwigshafen, des Bundesverbandes der deutschen Industrie und des Bundesverbandes der deutschen Arbeitgeberverbände zur Feier des 1. Mai 75 über einen Anschlag auf den Spekulanten Kaußen in Köln bis zu einer Serie von Anschlägen auf Fahrkartenautomaten, Schwarzfahrerkarteien und Autos von Kontrolleuren. In Berlin und im Ruhrgebiet verteilten RZ gefälschte Fahrkarten, und zu Ostern 75 gefälschte Gutscheine in Obdachlosenheimen.
Die Frauen der RZ legten als Beitrag zum Kampf gegen den § 218 Feuer am Bamberger Dom und am Bundesverfassungsgericht.
Als in mehreren deutschen Bahnhöfen Bomben explodierten und in der Presse die westdeutschen Guerillagruppen für die Anschläge verantwortlich gemacht wurden, veröffentlichten die RZ zwei Erklärungen zu den »Bahnhofsbomben«.
Der Bezug auf die legale Linke, der schon im Konzept der RZ angelegt war, führte dazu, daß deren Unverbindlichkeit und Diskontinuität mitzuvollziehen waren. Versuche, Kampagnen fortzusetzen, wenn sie zu versanden drohten (z.B. Fahrpreiskampagne), brachten den RZ u.a. den Vorwurf ein, sich im Nachhinein an eine Bewegung zu hängen und der Aktualität hinterherzuhinken.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich im Buch auf Seite 690 ff.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Revolutionärer Zorn Nr. 1

Mai 1975

Stockholm [1]: wie geht es weiter?

Unsere Genossen Ulrich Wessel [2] und Siegfried Hausner [3] sind tot. Die anderen des Kommandos Holger Meins sitzen im Gefängnis, die Liste ist noch länger geworden. Partei- und Regierungsvertreter, die Bullen jubeln über ihren »Sieg«. Was ist los mit dieser Niederlage? Was soll jetzt überhaupt geschehen, um die Gefangenen rauszuholen, um weiterzukämpfen? Läßt uns, die revolutionäre Linke, der Tod der beiden - und inzwischen auch der Tod des Genossen Werner Sauber [4] - so unberührt, wie es Holgers Tod für große Teile der Linken doch letztendlich gewesen ist?

Verschiedene Umstände haben bewirkt, daß die Herrschenden nach Stockholm sich in einem triumphalistischen Geschrei ergehen konnten, wie es schon längere Zeit nicht mehr zu hören war. Die Genossen vom Kommando Holger Meins haben versucht, die Bedingungen zu schaffen für eine Befreiung der politischen Gefangenen.

Klar war, daß eine Aktion ähnlich der Lorenzentführung [5] nicht ausgereicht hätte; »wichtigere« und mehr Leute zu entführen, ist jedoch mit den gegenwärtig zur Verfügung stehenden Mitteln kaum möglich, so daß ihre offene Besetzung der deutschen Botschaft eine richtige Aktion war. Dennoch ist der Versuch mißglückt. Der Druck hat nicht ausgereicht. Gefangengenommen waren nur deutsche Beamte, nur »kleine Lichter« (bis auf den Botschafter selbst vielleicht) und alles spielte sich im Ausland, nicht im direkten Verantwortungsbereich der BRD-Regierung ab. Es war also leichter für diese Regierung, den Forderungen nicht nachzugeben, als es hätte sein müssen. Der Umstand, daß zudem alle Geiseln nach der Sprengung entkamen, paßte in dieses Konzept, es konnte als Erfolg der eingeschlagenen Taktik ausgegeben werden. Und Maihofer [6] und Konsorten brüsten sich damit, daß sie diesmal nicht den Kürzeren gezogen haben: Der Trick, Hubschrauber bei den deutschen Knästen in Wartestellung zu bringen, habe die Terroristen via Fernsehen getäuscht und den Stockholmer Behörden Zeit gegeben für ihre Vorbereitungen zum Sturm auf das Gebäude; die Terroristen seien Randfiguren gewesen, unerfahren, unsicher, Dilettanten.

Nun gut, Herr Maihofer, nicht nur aus Fürstenfeldbruck [7] haben wir gelernt, wir lernen auch aus der Bullentaktik im Fall Lorenz und aus Stockholm! Die Bande Großer Krisenstab (GKS) [8] hat keinen Anlaß zu triumphieren!

Klar ist, daß jetzt ein anderer Druck erzeugt werden muß, um unsere Genossen rauszuholen, klar ist, daß nicht die Sorge um Menschenleben die Handlungen der Politiker bestimmt, sondern ganz andere taktische und strategische Überlegungen, genau wie sie auf unsere Kampfformen, -orte und -zeitpunkte gezwungen werden zu reagieren.

Wie nach der Ermordung von Holger Meins [9] kann die GKS-Bande sicher sein: wir ziehen die Konsequenzen. Die Stadtguerilla wird wie den Tod Holgers auch die Genossen Ulrich Wessel, Siegfried Hausner, Werner Sauber rächen, sie wird jeden Versuch machen, die Gefangenen zu befreien, weil das ein von ihrer Existenz untrennbarer Teil ist:

Nicht zulassen, daß das heuchlerische Mordgeschrei anhalten kann, angesichts der massiven und tödlichen Gewalt, die in allen denkbaren Formen täglich gegen Menschen angewandt wird.

Nicht zulassen, daß die Vertreter dieser Ordnung unsere Genossen ermorden und sich dann in ihren Villen und Bungalows zufrieden schlafen legen können.

Nicht zulassen, daß die gefangenen Kämpfer jahrelang mit schweinischen Methoden, die sich nur ein Ärztestand wie in diesem Land und eine solche Justiz ausdenken können, kaputtgemacht werden.
Die Verantwortlichen, die Nutznießer dieses Systems überall angreifen, zur Rechenschaft ziehen, die Mechanismen ihres Unterdrückungsinstrumentariums überall unterbrechen und zerstören. Ihrer erdrückenden Übermacht setzen wir den revolutionären Guerillakrieg entgegen: seine Taktik und Strategie werden für unsere Verhältnisse und von unseren Verhältnissen weiterentwickelt, aufbauend auf der Praxis und Theorie der Genossen in vielen Ländern der Welt.
Die Vorgehensweise des Staates wird von manchen Leuten, die vor Zeiten selbst den Anspruch hatten, linke Radikale zu sein, inzwischen nahezu gebilligt. Das geht von DKP-SEW-Kreisen inzwischen über Wallraff [10] bis zu den Führern des Sozialistischen Büros [11], die schon mehr oder minder offen selbst nach den Bullen rufen. Von denen soll hier allerdings nicht die Rede sein, sondern von »den anderen«, die sich zwar auf der gleichen Seite fühlen wie wir, aber ihre Probleme sich nicht klarmachen und mit Mauern und Abwehrtricks sich in eine vermeintliche Sicherheit bringen. Ihr Verhältnis zu Aktionen wie der Lorenzentführung oder der Stockholmer Besetzung unterscheidet sich zudem nicht prinzipiell davon, wie sie andere radikale Widerstandsaktionen erleben: als etwas ihnen äußerliches, sie nicht betreffendes; da wird gewertet, klassifiziert, Zensuren werden ausgeteilt, wie bei einem Fußballspiel im Fernsehen. Gewinnt der »Favorit«, entwickelt sich eine Art sportlicher Begeisterung für die Besseren, an Niederlagen wird - man kann es kaum anders nennen - »herumgemäkelt«, selbst wenn es sich dabei um den Tod von Genossen handelt. Sie begreifen nicht, daß es ihre Genossen sind, sie haben immer noch nicht den endgültigen Trennungsstrich gezogen zwischen sich und dem in tausenderlei Formen auftretenden und sie vereinnahmenden Herrschaftssystem.
Deshalb fehlen die Betroffenheit, der Haß auf diese Verhältnisse, ein Gefühl dafür, was der Guerillero eigentlich macht, wenn er solche Aktionen durchführt. Dieses Unberührtsein hängt auch zusammen mit ihrer gefühlstötenden, untätigen Ratlosigkeit. Sie sehen zwar auch, was ist, »wissen« aber angeblich aus ihren bisherigen Erfahrungen, daß sie »nichts machen können«; sie verbrämen das in der Regel, bringen z.B. Kritik, die einen nur staunen lassen kann (»das SPK [12] war schon immer etwas verrückt!« oder sagen, wie die Aktion viel besser und richtiger hätte gemacht werden können! - Dann macht es doch bitte, Genossen!) oder sie flüchten sich in verschiedenste Auswege von Freiraum-Gebilden [13] für sich und ihre insider-groups bis zur Scheinpoiltik in ihren Parteien und Büros. Oder ganz ohne Ausweg: Sie verdrängen die Reste in sich, die aufgrund eines diffusen Betroffenseins noch rebellieren wollen, mit vielerlei Tricks, um ihr Selbstverständnis noch aufrecht erhalten zu können. Dieses »Linkssein« täuscht jedoch nur noch einige Zeit darüber hinweg, daß man darüberhinaus nichts mehr am Hut hat.
Warum »können« sie nichts machen? Weil sich in vielen Arbeitsansätzen zeigt, daß die Trennung zwischen »Politik« und einem selbst nicht läuft, daß das Politikmachen immer wieder hinauslief auf: andere auffordern, agitieren, belehren, daß sie doch was machen sollten. Agitation, Information ist natürlich richtig, aber warum versuchen alle, sich selbst rauszuhalten? Haben Angst, sich selbst als Teil des vom System kaputt gemachten Volkes zu betrachten?
Horst Mahler [14] (der frühe natürlich) hat es vor Gericht mal so gesagt: »... Die einzige Anklage, die ich gelten lasse, ist die, daß wir dafür zuwenig getan haben; daß wir zulange gezögert und nicht unser Bestes gegeben haben; daß wir zuviel geredet und zuwenig gehandelt haben; daß wir zulange versucht haben, die Falschen vom Richtigen zu überzeugen, statt das Richtige selbst zu tun.«
Es wird geredet und gewartet: daß andere das Richtige tun. Widerstand, Kampf gegen das Herrschaftssystem sind jedoch Prozesse, in den vielfältigen Bereichen entwickeln sich Inhalte, Methoden, Bewußtsein vielfältig, ungleichzeitig usw.
Doch warum sollen wir warten? Oder Ihr? Und worauf? Der schöne Satz »Wer seine Lage erkannt hat,

wie soll der aufzuhalten sein?« gilt nämlich! Gilt für uns wie für alle, die aus ihren Einsichten, Erfahrungen, bewußt erlebten Veränderungen beginnen, Konsequenzen für's Verhalten, für's Handeln zu ziehen.
Die Stadtguerilla bei uns ist jetzt und auf absehbare Zeit eine Minderheit und ihr Kampf ist äußerst langwierig und schwierig, die Entwicklung zur Stadtteilguerilla, Schul- und Universitätsguerilla, zur autonomen Guerilla von Frauen - zur Guerilla also als Massenperspektive - geht nicht von heute auf morgen. Doch deshalb ist sie nicht falsch!
Wir können natürlich nicht im Rahmen dieses Beitrages die ganze Vielfalt in Theorie und Praxis der ganzen Linken umfassend behandeln, das kann nur durch weitere Beiträge von uns im Laufe der Diskussion und durch unser Verhalten und unsere Praxis geschehen. Doch unabhängig von allen Differenzierungen ist eines klar:
An der Frage der bewaffneten Aktion, der subjektiven Teilnahme am revolutionären Kampf, der umfassenden Verwirklichung des Konzepts Guerillakrieg werden immer wieder und deutlicher Polarisierungen stattfinden zwischen denen, die erst mal abwarten wollen, die ein bißchen wollen statt alles, die den Weg des Reformismus gehen, die den Schritt nicht riskieren, tatsächlich zu kämpfen und die Revolution zu wollen und den anderen, die sehen, daß ihnen nichts freiwillig gegeben wird, daß »Geschenke« immer neue, raffiniertere Unterdrückung und Entfremdung mit sich bringen, die erleben, wie das System der Herrschaft die Menschen immer mehr kaputtmacht, wie es seinen menschenverachtenden täglichen Terror ausübt, eiskalt und ohne zu zögern, wenn es um die Absicherung ihrer Herrschaft geht und die daraus lernen:
Sich selbst zur Wehr zu setzen! Zusammen mit allen anderen, die ihre Lage zu erkennen beginnen, die Beseitigung dieser Verhältnisse mit aller Phantasie, Liebe und Gewalt in die eigenen Hände zu nehmen.

RZ Anschlagstafel 1973 - 1975
Die Aktionen der Revolutionären Zelle lassen sich in drei Bereiche unterteilen:
- antiimperialistische Aktionen, Aktionen gegen die Beteiligung der USA, ITT am Putsch in Chile, gegen die chilenischen Faschisten in der BRD und Westberlin;
- Aktionen gegen die Filialen und Komplizen des Zionismus in der BRD;
- Aktionen, die den Kämpfen von Arbeitern, Jugendlichen, Frauen weiterhelfen sollen, die ihre Feinde bestrafen und angreifen.
* 16.11.73 - Anschlag auf ITT in Berlin wegen der Beteiligung des US-Konzerns am Putsch in Chile [15].
* 17.11.73 - Anschlag auf ITT in Nürnberg.
* 01.05.74 - Brandanschlag auf das Auto von Peter Sötje in Berlin. Sötje ist für den Abriß des Jugendzentrums Putte mitverantwortlich.
* 14.06.74 - Anschlag auf das während der Fußballweltmeisterschaft stark bewachte Generalkonsulat von Chile in Westberlin.
* Sept. 74 - Anschlag auf die Maschinenfabrik Korf in Mannheim, die zu 3/4 im Besitz der Zionisten ist.
* Sept. 74 - Anschlag auf das EL-AL [16]-Büro in Frankfurt wegen der Völkermordstrategie der Zionisten gegenüber den Palästinensern.
* 16.11.74 - Brandanschlag auf den BMW des Geschäftsführers der Krone-Werke während einer Betriebsversammlung vor der Kongreßhalle in Berlin.
* 03.03.75 - Brandanschlag auf den Bamberger Dom wegen der schmutzigen Rolle der Kirche bei der Unterdrückung der Frauen.
* 04.03.75 - Anschlag von Frauen der Revolutionären Zelle auf das vom Bundesgrenzschutz bewachte

Bundesverfassungsgericht wegen des Abtreibungsverbots.
* 29.04.75 - Anschlag auf die Ausländerpolizei in Westberlin zum 1. Mai.
* 30.04.75 - Anschlag auf das Gebäude der Landesvertretungen von BDI, BDA, IHK in Mainz zum 1. Mai.
* 30.04.75 - Anschlag auf das Gebäude der IHK in Ludwigshafen zum 1. Mai.
Die Aufzählung unserer Aktionen bleibt unvollständig, bezieht man sich nicht auch auf die zahlreichen Aktionen und Kämpfe anderer Gruppen zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen.
Wenn wir ITT-Niederlassungen in der BRD angreifen, steht das in einer Reihe mit Angriffen in der Schweiz, Italien, Spanien, den USA und zahlreichen anderen Ländern gegen einen multinationalen Konzern, der an der direkten Unterdrückung und Ausrottung hunderttausender Menschen in Chile beteiligt ist, die eher ein Recht auf Leben haben als die Schweine, die das Volk ausbeuten.
Die Unterstützung des MIR [17] heißt, wie es die Genossen in Mailand, die das Lager der Face Standard ansteckten, sagten: »Gegen ITT, gegen alle Unternehmen ist der Kampf mit dem Gewehr eine grundsätzliche Entscheidung.«
Das heißt auch, daß der bewaffnete Kampf nicht nur in Chile politisch richtig ist. Wer sich heute mit dem Kampf des chilenischen Volkes solidarisiert, muß den antiimperialistischen Kampf im eigenen Land führen, muß der Vernichtungsmaschinerie des Kapitals überall, auch in der BRD, den Widerstand des Volkes entgegensetzen. Wer sich in der BRD und Westberlin zufrieden gibt mit der Arbeit des Chilekomitees, der Unterstützung chilenischer Revolutionäre, Aktionen gegen Konzerte, Botschaftsauftritte, Fußballspiele, Geldsammlungen, der Propaganda gegen die Militärdiktatur - alles notwendige und nützliche Formen der Solidarität - , ohne eine Perspektive des Kampfes gegen den US-Imperialismus, der bewaffneten Bekämpfung der chilenischen Faschisten in der ganzen Welt zu entwickeln, bleibt hilflos und handelt zynisch gegenüber den Erfahrungen von Chile. In der BRD und Westberlin ist es z.B. nötig, daß die »Repräsentanten« und Marionetten der faschistischen Militärdiktatur in ihren Villen, Botschaften, Handelsvertretungen nicht mehr ruhig schlafen können.
Unsere Anschläge auf Korf und das staatliche israelische Reisebüro sind Ausdruck unserer Solidarität mit dem palästinensischen Volk im Kampf gegen den Zionismus. Seit München 1972, wo die Palästinenser klar gemacht haben, daß die Bourgeoisie ihre »Spiele« [18] nicht als Kraft durch Freude verkaufen kann, als die gesamte Presse auf die Lügen und den Dreck der Bullen eingeflippt sind, als sich die »freie« Presse als Bullen-Presse erwiesen hat, hat die gesamte Linke in der BRD es nicht mehr fertiggebracht, einen Ton zum Völkermord an den Palästinensern über die Lippen zu bringen. Die furchtbaren Verbrechen des deutschen Faschismus an den Juden dürfen uns nicht die Augen verschließen vor dem Ausrottungsfeldzug der Zionisten in Palästina. Die Zionisten haben unheilvolle Lehren aus ihrer Verfolgung gezogen; sie haben gut gelernt und verfolgen, unterdrücken, vertreiben, beuten die Palästinenser und Araber heute aus, wie sie einst selbst verfolgt wurden.
Daß die Ausländerpolizei in bewährter deutscher Tradition mit der Geheimpolizei faschistischer und vom Militär regierter Länder zusammenarbeitet, ist nicht erst seit dem Verbot von GUPS und GUPA [19] bekannt. Bevorzugt werden Patrioten, antifaschistische Kämpfer und Revolutionäre abgeschoben, die in ihren Heimatländern mit dem Tod oder langjährigen Freiheitsstrafen bedroht sind. Oder sie schaut untätig zu, wenn sich die Geheimdienste solcher Länder auf dem Boden der BRD tummeln und breitmachen, um hier fortzusetzen, was sie im eigenen Land praktizieren: die Ausrottung des Widerstandes, der sich gegen die Unmenschlichkeit und Unterdrückung wendet. Widerstand auf allen Ebenen, in allen Bereichen, mit allen Mitteln, ist die einzige Möglichkeit, Mensch zu bleiben, Mensch zu werden.
Widerstand heißt nicht, den Kopf unter den Arm zu packen, die Knarre in die Hand und loszurennen.

Widerstand heißt auch nicht, nur links zu sein, an der Revolution teilnehmen zu wollen und die Dreckarbeit den anderen, der Guerilla zu überlassen. Widerstand heißt: über jede Form des Reformismus, der Arschkriecherei und des Anbiederns an dieses System hinauszugehen. Das fängt an, wo man lebt und arbeitet. Am Arbeitsplatz, wo man sich durch Maschinen-Ausfälle gegen die Arbeitshetze wehren kann, geht über kleinere und größere Brände bei Firmen, über Streiks, Fabrikbesetzungen, Demonstrationen über Angriffe auf die Institutionen der gegen das Volk »Regierenden« und der Unterdrücker bis hin zu Bestrafungs-, Rache- und Befreiungsaktionen.
Widerstand gegen dieses System der Unmenschlichkeit heißt, sich zu organisieren, den eigenen Lebensbereich zu verändern, zu lernen, sich als handelndes Subjekt zu begreifen, Phantasie und Kampfkraft zu entwickeln.
Wenn die Frauen der Revolutionären Zellen das Verfassungsgericht angegriffen haben, tun wir das, um uns gegen die Verfassung dieses imperialistischen Staates zu schützen, um gegen dieses Schandurteil der Klassenjustiz, gegen die Heuchelei von Pfaffen und Kurpfuschern vorzugehen. Andererseits wollen wir der Frauenbewegung zeigen, daß Selbsterfahrungsgruppen, Frauenläden, Selbsthilfe (Abtreibung) usw. nicht genügen, daß Ärzte, Pfaffen, notorische Chauvinisten nicht länger ihr Unwesen treiben dürfen.
Auch im Kampf für selbstverwaltete Jugendzentren, bei revolutionärer Arbeit in den Fabriken stellen sich diese Fragen. In diesem Zusammenhang haben wir das Auto des Bezirksstadtrates Sötje in Berlin verbrannt, der für den Abriß des Jugendzentrums Putte mitverantwortlich war. Auch der Geschäftsführer der Krone-Werke hatte für seine Verantwortung für die Arbeitshetze, die zahlreichen Arbeitsunfälle in diesem Betrieb einen Totalverlust an seinem BMW zu beklagen.
Diese Vergeltungs- und Bestrafungsaktionen haben nur dann einen Sinn, wenn sie nicht vereinzelt bleiben, wenn sie sich häufen, nachgemacht werden, wenn überall Autos, Villen, Flugzeuge, Gemäldesammlungen brennen, wenn Antreiber verprügelt werden, Politiker sich nicht mehr in »ihre« Wahlbezirke trauen können. Jeder Direktor, Geschäftsführer, Spekulant, Pfaffe, jeder Faschist, Berufsverboterlasser, jedes Bürokratenschwein muß damit rechnen, persönlich bestraft, zur Rechenschaft gezogen zu werden. Erst bei einer Vervielfachung dieser Aktionen werden sie ihre erzieherische Wirkung haben, dann geben sie den Forderungen der Arbeiter, Jugendlichen, Frauen, Nachdruck.
Es ist eine unserer Perspektiven, umfassender und offensiver in Massenkämpfe einzugreifen, nicht nur zu bestrafen, uns mehr oder weniger formal auf Bewegungen zu beziehen, sondern mit unseren Aktionen direkten Nutzen zu bringen, Vorteile zu verschaffen. Dies ist allerdings sehr schwierig, setzt eine umfassende Logistik voraus, die erst von uns und/oder anderen aufgebaut werden muß.
Wir wollen zum Schluß noch auf Aktionen gegen Justiz, Bullen, für die Befreiung der gefangenen Revolutionäre eingehen. Andere Stadtguerilla-Gruppen haben hauptsächlich solche Aktionen durchgeführt. Sie finden unter sehr ungünstigen Kräfteverhältnissen statt, es ist allein eine Auseinandersetzung zwischen dem Staat und uns. Die Hetze ist hier relativ leicht, die Aktionen isolieren uns objektiv.
Die Befreiung der Genossen im Knast bleibt trotzdem eine dringende Notwendigkeit. Die Vernichtungshaft [20] ist keine Erfindung, sondern Wirklichkeit. Wir brauchen die Genossen in Freiheit, nicht als Märtyrer hinter Gittern. Deswegen werden auch wir alles versuchen, die gefangenen Revolutionäre zu befreien.

Stockholm ... führt zum Faschismus?
Oft wird der revolutionären Linken vorgeworfen, durch ihre Aktionen trage sie zur Faschisierung der Gesellschaft bei, spiele den Reaktionären in die Hände, biete einen Vorwand zum Abbau demokratischer Rechte.

So undifferenziert und z.T. kindisch diese Angriffe sind, so undifferenziert war meist unsere Antwort. Wachsender Widerstand, zunehmende Kämpfe provozieren eben Krise und Unterdrückung. Das ist klar und richtig: wer dies nicht anerkennt, der Unterdrückung nicht standhalten will, gehört nicht zum revolutionären Lager.

Im Folgenden sollen stärker diejenigen Widersprüche analysiert werden, die nicht allein bundesrepublikanische Ursachen haben, jedoch Strategie und Taktik der Bourgeoisie bestimmen und sich in verstärkter Repression auswirken. Auch lassen sich für die BRD und Westberlin die Folgen der zunehmenden Arbeiterkämpfe, der Unruhen in den Stadtteilen und auf dem Lande, unter den Jugendlichen, Frauen, Ausländern auf das Gefüge der herrschenden Klassen und Parteien nicht in der Alternative »Faschismus oder Revolution« fassen.
Der repressive Apparat, der gegen uns aufgefahren wird, das Ausmaß der Bespitzelung, Einschüchterung, Terrorisierung, die sich ausbreitende Angst unter den Oppositionellen und Revolutionären, stehen in keinem Verhältnis zur Schwäche unserer Gruppen, zur relativen Schwäche der Arbeiterbewegung in der BRD und Westberlin.
Der Staat ist vielmehr dabei - und in diesem Ziel sind sich die Parteien einig - alle revolutionären und nicht reformistischen Ansätze restlos zu eliminieren, da wo nötig, Leute einzusperren, Organisationen aufzulösen. Dies betrifft keineswegs allein nur Guerilla-Gruppen, sondern auch kämpferische Gruppen in den Betrieben, Stadtteilen, Universitäten, autonome Frauen- und Ausländergruppen.
Die Atempause für die Kommunisten in der BRD und Westberlin ist vorüber. Es wird wieder zu einer Kampf- und Existenzfrage, seine Meinung zu äußern, Marxist zu sein, Flugblätter zu verteilen; es ist wieder gefährlich, Staat, Parteien, Justiz zu kritisieren, sich zu nehmen, was einem sowieso schon gehört. Kommunistische Politik ist notwendig (auch) illegal.
Der Staat kehrt wieder zurück zu den Formen der Totalrepression marxistischen Denkens und Handelns, die seit 1933 bis zur Mitte der 60er Jahre üblich war.
Vermutlich der Klassencharakter der antiimperialistischen Bewegung in den 60er Jahren, die sich zu großen Teilen aus dem Nachwuchs der herrschenden Klasse zusammensetzte, die Abkehr vom Sozialismus sowjetischer und DDR-Prägung, der bis dahin besonders verfolgt wurde, sowie vor allem die Krise der politischen und wirtschaftlichen Konzepte der Herrschaftssicherung haben uns von 1966/67 bis 1972 Möglichkeiten einer politischen Praxis geboten, die vorher illegal waren und illegal organisiert werden mußten und die seit 1972 wieder - zunehmend - illegalisiert werden. Diese Schonfrist wurde auch ermöglicht durch die Ablösung der aufgebrauchten CDU/CSU durch eine SPD, der wir mit unserer Mobilisierung in den 60ern einerseits ihre Wahlsiege besorgten und die dadurch andererseits die Möglichkeit besaß, zu zeigen, wie sie es schaffte, ohne größere Loyalitätseinbrüche auftretende Krisen zu bewältigen.

Politische und wirtschaftliche Krise in Europa ...
SPD/FDP in der Regierungsverantwortung [21] organisierten die Gewalt, als sie begriffen, daß Teile der revolutionären Bewegung nicht in die »Dynamik« des Reformismus einzuspannen waren. Sie verstanden besser als die CDU, daß zunehmend gesellschaftliche Widersprüche auftreten und bewußt werden würden, daß ein Überschwappen der Arbeiterkämpfe in anderen europäischen Ländern auf die BRD nicht zu verhindern sei. Wenn schon wirtschaftliche und politische Krisen, soll ihnen zumindest die revolutionäre Spitze abgebrochen werden, bei gleichzeitigen Zugeständnissen, Reformen und Verbesserungen.
Die Situation in anderen europäischen Ländern: in Italien, Frankreich, Spanien, Portugal, Griechenland,

Irland, England, der Pariser Mai [22] waren Lehrstücke für die Bourgeoisie. Sie lernte, daß man nicht zögern darf, die Guerilla, die revolutionäre Bewegung bereits im Anfangsstadium zu zersetzen, zu infiltrieren, zu zerstören. Das heißt: die spezifische Taktik des Staatsapparates leitet sich nicht allein aus der BRD-Situation ab, sondern aus der Entwicklung im übrigen Europa.
Die Kräfteverschiebungen im Jahr 1974: der Sturz des Faschismus in Griechenland [23], die Dauerkrise in Italien, eine in den nächsten Jahren abzusehende Ablösung des Faschismus in Spanien, der Sieg des Volkes in Portugal [24] mit einer radikal-reformistischen Regierung, die drohende Regierungsübernahme in Frankreich durch Sozialisten/Kommunisten, die Niederlage des englischen Imperialismus in Nord-Irland [25] müssen SPD/FDP in ihrer Repressionspolitik bestärken. Sie sehen ihre Felle davonschwimmen!
Im Gefolge der Machtverschiebung in Europa und der Welt hat sich die ökonomische Krise des Imperialismus vertieft und ergreift beschleunigt auch die sog. »stabilen« Länder wie z.B. die BRD. Immer schneller folgen Konjunkturzyklen, Auf- und Abschwung aufeinander. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu und pendelt sich bei 1 Million ein, einer noch vor kurzem unfaßbaren Höhe. Die Geldinflation frißt die Lohnzugeständnisse an die Arbeiter auf: sie ist die Folge der staatlichen Versuche, mit Subventionen die Krise des Kapitalismus nicht in Form von noch mehr Konkursen, noch mehr Stillegungen, noch mehr Arbeitslosigkeit auftreten zu lassen. Die steigenden Rohstoffkosten in der Folge nationalistischer (meist nationalistisch-reaktionärer) Veränderungen in der »Dritten Welt« setzen die Konzerne zusätzlich unter Druck, auch wenn im Moment etwa an der sog. »Ölkrise« [26] noch kräftig verdient wird.
Insgesamt verengen die ökonomischen Schwierigkeiten den reformistischen Spielraum, vermindern die Möglichkeit der Befriedung der Arbeiterbewegung durch wirkliche Zugeständnisse und damit der Isolierung revolutionärer Politik.
In dieser Periode der Instabilität und Krise, des Zerfalls der NATO [27], eines Zuwachses der revolutionären Kräfte im Mittelmeerraum, aber auch im übrigen Europa, gewinnt die politische, wirtschaftliche und militärische Stärke des westdeutschen Imperialismus besondere Bedeutung. Die BRD ist in Europa das stärkste Glied in der Kette. Instabilität, politische Krise in Westdeutschland könnten verheerende Folgewirkungen für den Kapitalismus im Westen haben. Der bundesrepublikanische Imperialismus kann seine Ordnungs- und Leitfunktion nur erfüllen, wenn er sich den Rücken freihält von sozialen Unruhen im eigenen Land. Das erklärt die unverhältnismäßige Reaktion und Repression gegenüber der Linken!

... sind die Ursachen der Repression in der BRD!
Unsere Aktionen liefern keinen Vorwand für diese Repressionen, erst die Hetze des Staates und der Meinungskonzerne bewerkstelligen das. Notfalls benutzt der Staat beliebige Situationen und schafft sich selbst die Vorwände. Es müssen nicht Bomben sein oder Entführungen, es kann auch der Fordstreik [28] sein oder die Bewegung in Wyhl [29], die Bonner Rathausbesetzung [30] der KPD, die 3,7 % des KBW im Rathaus zu Heidelberg, die Chile-Veranstaltung des Sozialistischen Büros.
1951 wurde die Bereitschaftspolizei der BRD aufgestellt wegen der »ständigen Drohungen« der KPD. Die Notstandsgesetze [31] wurden erlassen, ohne Vorwand, weil man für den Notfall vorsorgen muß. Verfassungsschutz, Polizei, Bundesgrenzschutz wurden seit 1969 erheblich verstärkt, der Etat des Bundeskriminalamtes (BKA) zwischen 1969 und 1974 verzehnfacht, als Reaktion auf die antiimperialistische Bewegung, die seit 1969 wieder aufgeflammten Arbeiterkämpfe und die Stadtguerilla-Gruppen.

Die chilenische Organisation MIR hat diese Situation als »anhaltende Krise« bezeichnet. Eine anhaltende Krise, weil sie weder in die eine noch in die andere Richtung schnell lösbar wäre. Der Franzose Poulantzas [32] sagt: »Aber ich glaube nicht, daß das Problem heute in Westeuropa heißt: Faschismus oder Revolution. Das Dilemma besteht vielmehr - und das sieht man ganz klar hier in Frankreich - in der Alternative zwischen einer neuen Form des •autoritären Staates- oder einer sozialdemokratischen •Lösung-. Die politische Krise ist noch nicht so reif und so weit fortgeschritten, daß die Alternative Faschismus oder Revolution lautet.« Poulantzas nimmt unter den gegenwärtigen Bedingungen eine ausgedehnte Periode der Instabilität mit aufeinanderfolgenden bürgerlichen Regierungen, mit wechselnden Koalitionen und wechselnden innerparteilichen Kräfteverhältnissen zwischen »links« und »rechts« an usw. Das Hauptcharakteristikum des Faschismus, eine militante Massenbewegung, ist nirgends in Sicht, auch nicht in Italien. [33] Das schließt staatsfaschistische Entwicklungen nicht aus und die Anwendung polizeistaatlicher und faschistischer Methoden. Dies kann jedoch nie zur Niederlage einer entfalteten revolutionären Bewegung führen, wohl zu ihrer Schwächung, Defensive, zeitweiligen Zurückdrängung.

Die »anhaltende Krise« drückt sich in der BRD bisher politisch in einer für uns nicht günstigen Weise aus (z.B. Wahlen). Aber die scheinbar festgefügte Parteienstruktur, in der sich 25 Jahre lang nichts tat, ist in Bewegung geraten. Die Identifikation der »Bürger« mit »ihrer« Partei, sei es SPD, FDP, CDU/CSU, ist geringer geworden. Für sie ist die revolutionäre Linke noch keine Alternative, aber in gewissem Maße haben sie das Vertrauen in die bürgerlichen Parteien verloren. Die Fortentwicklung des Vertrauensverlustes zum revolutionären Bruch ist möglich. Gerade in der wirtschaftlichen Krise, ohne eine wirklich bedeutende revolutionäre Kraft, haben die Kämpfe in den Betrieben erheblich zugenommen, wenn auch noch nicht allgemein.

Die internationale Situation und die besondere Notwendigkeit einer politisch und auch wirtschaftlich stabilen BRD deuten darauf hin, daß die »anhaltende Krise« mit einer autoritären Lösung beantwortet wird. In diesem Zusammenhang ist die starke Repression zu verstehen, die sich noch vorrangig gegen die Linke richtet und nicht gegen das gesamte Volk.

Die Kämpfe der Arbeiter in der BRD sind noch sehr vereinzelt, wenn sie auch zunehmen. Die Aktionen der Stadtguerilla und der übrigen revolutionären Linken sind ein Versuch, diese Krise aufrecht zu erhalten, eine Alternative aufzubauen, die ökonomische Krise in eine politische zu verwandeln. Wir machen uns keine Illusionen über die Dauer dieses Prozesses, aber wir müssen und können ihn beschleunigen, nur gewaltsam kann er aufgelöst werden.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Interview aus »Holger, der Kampf geht weiter«

Mai 1975

Frage:
In Österreich wird die Diskussion über das »Konzept Stadtguerilla« praktisch ausschließlich anhand von Publikationen aus der BRD geführt. Ich will mich in den folgenden Fragen hauptsächlich auf die Kritik beziehen, die linke Gruppen und Organe in der BRD an euch üben und nach den Beziehungen zwischen der legalen Linken und der Stadtguerilla bei euch fragen. Du solltest mal was dazu sagen, wie du zur Guerilla gekommen bist, was eure Gruppe macht und wie lange sie schon existiert, damit man weiß, wie überhaupt so etwas entsteht.

Antwort:
Ich gehöre zur Revolutionären Zelle, die vor ein paar Jahren entstanden ist, zu einem Zeitpunkt, als es die RAF [34] und die Bewegung 2. Juni [35] schon gab. Mit dem Wissen über diese beiden Gruppen - was wir also aus Presse usw. erfuhren - haben wir angefangen. Es waren halt ein paar Genossen, die es richtig fanden, auch die Frage des bewaffneten Kampfes hier und heute auf die Tagesordnung zu setzen, wobei wir auf Erfahrungen aus der politischen Massenarbeit aufbauen konnten. Na ja, was machen so ein paar Leute, die sagen, Propagierung und praktische Aufnahme des bewaffneten Kampfes ist richtig, die aber keine konkreten und praktischen Erfahrungen haben? Die sich sagen, so wie wir bisher die Massenarbeit gemacht haben, reicht es nicht, die sagen, das, was die RAF macht oder der 2. Juni, so wollen wir es auch nicht, die sich also immer nur negativ abgrenzen konnten? Wir waren nicht in der Lage, positiv und konkret was Neues zu benennen und die Genossen haben sich dann gesagt: »Probieren wir's mal!«. Die einzigen strategischen Überlegungen waren eigentlich die (und die waren dann doch ziemlich konkret), daß man an gesellschaftlichen Konflikten anknüpft.
Wo wir vorher Demos gemacht haben, teach-ins [36] organisiert haben usw., da schien es uns jetzt richtig und notwendig, über die Formen des Kampfes hinauszugehen, auch über die des Steineschmeißens, des Molli-Werfens und auch mit den Erfahrungen von Demos, von Agitation, von dem Frust immer wieder von den Bullen demoralisiert zu werden, wo man eins auf die Rübe gekriegt hat, wo Hausbesetzungen [37] nicht geklappt haben, wo nur ein paar Leute zu 'ner Demo gekommen sind usw. So ging es den anderen und mir eigentlich auch, auch für mich war die ganze subjektive Erfahrung, die man in der Massenarbeit gemacht hat, tragendes Element für die
Frage: Wie kann der Kampf eigentlich weiter aussehen, wie könnte eine neue revolutionäre Strategie aussehen ? Einschneidend war für mich der Vietnamkonflikt [38] gewesen. Er war ein neuer Anstoß - insbesondere damals die Verminung der Häfen durch die USA [39] - wobei ich eigentlich zweierlei Neues empfand: das erste war, daß ich an der Stelle begriff, daß unsere Kampfformen nicht ausreichen, um wirklich auch neue Positionen einnehmen zu können, so was wie Gegenmacht herzustellen. Das andere war, endlich Subjekt sein zu wollen in diesem Kampf. Das meint, daß ich viele Jahre gekämpft habe mit dem Gefühl, dem Bewußtsein, andere in den jeweiligen Bereichen, wo ich drin war, agitieren zu müssen und zu können und dabei das, was man eigentlich selber ist, das was man an sich selber befreien will, machen will, einsetzen will, daß das in der Phase, wo man ganz intensiv Massenarbeit betreibt, herausfällt. Das soll nicht heißen, daß wir nicht auch das weiterhin tun müssen, aber wir selbst müssen uns in diesem Kampf immer mit verändern und die ungeheure Gefahr vermeiden, die in der Massenarbeit steckt: nämlich sich selbst dabei herauszulassen.

Frage:
Also daß man sich selber als handelndes Subjekt begreift, wird ja von einer ganzen Anzahl linker Kritiker genau anders herum dargestellt und daraus massive Vorwürfe abgeleitet. Zum Beispiel werfen die Autoren entsprechender Aufsätze in Organen wie »links« [40] oder »Probleme des Klassenkampfes« [41] euch folgendes vor: »In einem typisch bürgerlichen Mißverständnis wird die proletarische Klassengewalt mit dem privaten Faustrecht einzelner Personen und kleiner Gruppen verwechselt und damit verhöhnt« und auch andere Linke argumentieren ähnlich. In einem Leserbrief an den »Langen Marsch« [42] heißt es z.B. die Stadtguerilla bastele sich zunächst eine richtige Linie aus Versatzstücken von Mao [43], Che [44], den Tupamaros [44]. Dann habe sich das Volk gefälligst befreien zu lassen und zwar durch die Guerilla, die beabsichtige, als Minorität auf putschistische Weise, also stellvertretend und für die Massen und selbst gegen deren Willen das System der Klassenherrschaft zu beseitigen.

Antwort:
Der erste Vorwurf ist mir eigentlich am unverständlichsten. Hier scheint die Linke eine schöne Verkehrung vorzunehmen. Man meint, aufgrund unserer Herkunft und unserer politischen Nachsozialisation, die wir von der Studentenrevolte bis zum heutigen Tage erfahren haben, sei der militante Kampf, also die Arbeit einer Stadtguerilla, nur in der Weise zu führen, daß man sich selber unter Druck setzt, sich und andere instrumentalisiert. Es paßt nicht in ihr Bild - weil sie selber so nicht sind - , daß gerade eine Guerilla nur erfolgreich sein kann, wenn die Genossen sich der permanenten Selbst- und gemeinsamen Überprüfung unterziehen, sich im Kampf permanent verändern. Das heißt nichts anderes, als sich selber einzubringen, ohne die Teilung, die die Linke immer noch vornimmt, hier Privatleben, da Politik und zwar auf allen Ebenen. Die andere Seite der Verkehrung liegt in der Politik selber begründet. Der Massenarbeiter [46] ist grundsätzlich in der Situation, jederzeit der Politik den Rücken kehren zu können, die Bereiche zu wechseln, wie es gerade paßt. Also er läßt sich selber Freiräume und Hintertüren offen, macht immer ein Stückchen Freizeitsozialismus. Er glaubt es zumindest, daß er die Möglichkeit hat. Und klar ist auch, daß viele Linke sich so verhalten. Die Zunahme der Repression durch die Staatsgewalt in den letzten drei Jahren in der Wirkung auf eine Masse von Linken bestätigt das. Die Genossen der Guerilla haben sich für eine Form der Politik entschieden, die das unmittelbar mit einschließt. Die Stadtguerilla-Genossen wissen von vornherein, daß die Repression sie unmittelbar trifft, daß die Existenz, die Wohnung, Beruf, Freund/in usw. im Eimer ist, wenn die Bullen sie kriegen. Also subjektiv doch eine ganz andere Entscheidung. Das heißt natürlich nicht, daß auch die Stadtguerilla ihre Politik immer wieder revidiert, nicht daß wir uns da mißverstehen: Es gibt ja Leute, die behaupten, die Stadtguerilla hätte sich so verrannt, daß sie nicht mehr zurückkönne. Man kann alles auch auf eine kurze Formel bringen: ein Guerillero hat sich dafür entschieden, seine Persönlichkeit, Gedanken, Gefühle und Handlungen deckungsgleich werden zu lassen, also daran zu arbeiten, identisch zu werden. Da können Linke ein »privates Faustrecht« draus machen, das ist lächerlich, weil sie nicht zugeben können oder wollen, daß sie sich momentan in einer Situation befinden, wo sie erkämpftes Gegenmilieu kaltlächelnd wieder aufgeben und den Weg des geringsten Widerstandes gehen. Und dies noch politisch rechtfertigen! Wenn ich alleine an das Berufsverbot [47] denke! Meine Güte, sprich mit den Leuten und du wirst sehen, wie sie sich hinter dem Berufsverbot verstecken. Fragen, wie kann sich Gegenmacht entwickeln, stehen momentan kaum zur Debatte. Man kann sagen, daß die Linke sich z.Zt. in einer defensiven Phase befindet. Das ist dann einfach, sich einen Feind aufzubauen, nämlich die Stadtguerilla, die natürlich kaum einen historischen Hintergrund in der BRD hat, die sich in der Phase der praktischen Erarbeitung von revolutionärer Strategie befindet. Sie diffamieren uns mit ihrer eigenen zerstückelten Klassikertheorie, bis hin zu der Behauptung, daß die Stadtguerilla der Rechten in die Hände arbeitet und

das angeblich selber auch wisse und vergessen dann ganz schnell, daß es die Aufgabe der radikalen Linken ist, Widersprüche auf die Spitze zu treiben, daß das ein Teil unserer Aufgabe ist: den Staat zu entlarven.
Also wenn man es genau betrachtet, werden die Zunahme der Repressionen, also Gesetze usw. und das Bemühen der Stadtguerilla, eine revolutionäre Strategie zu entwickeln, zur Rechtfertigung der eigenen falschen Politik oder besser des falschen Bewußtseins benutzt. Daß sich die Stadtguerilla eine Strategie aus Che, Mao, Marighella [48] zusammenbastelt, ist so bescheuert, daß man nur sagen kann, die Linken, die das sagen, sollen sich davor hüten, weiter Marx, Lenin zu zitieren. Klar, habe ich schon gesagt, die Theorie der Stadtguerilla gibt es in der Dritten Welt, aber nicht in Westeuropa, aber Vorsicht, sie ist im Kommen! Aber nicht, weil wir einen Dutschke [49] oder Rabehl [50] haben, der nichts weiter macht, als sich an den Schreibtisch zu setzen (hat sich sowieso gezeigt, daß nichts als Scheiße bei rauskommt), sondern weil wir als Stadtguerilla und zwar in allen westeuropäischen Ländern, wo es eine Stadtguerilla gibt, versuchen, unsere Theorie mit unserem politischen Hintergrund - also sowohl theoretisch wie praktisch - und dem, was wir tatsächlich machen, zu entwickeln. Ich glaube, das ist auch korrekt. So haben wir immer wieder die Möglichkeit, da, wo wir agieren und intervenieren, die Richtigkeit praktisch zu überprüfen. Und damit entkräftet sich auch der Putschismusvorwurf von allein. Wenn wir putschen wollten, sofern das ginge, setzten wir uns an den Schreibtisch wie Herr Negt [51], machten einen Plan und würden uns einen Scheißdreck um die Massen scheren. Das ist in sich schon so hinterfotzig, weil diese Typen davon ausgehen, daß die Massen das mit sich machen lassen. Die KPD scheint das tatsächlich zu glauben! Aber erstens wollen wir uns selber befreien, wollen wir dieses unmenschliche System bekämpfen und wollen eine solche Politik machen, wo die Guerilla zur Massenperspektive wird. Nicht die Massen sollen sich durch uns befreien lassen, sondern wir wollen uns befreien: wir gehören nämlich dazu! Zu Rudi Dutschkes Rede in Berlin kann ich nur sagen, er scheint irgendwie schon befreit zu sein. Wahrscheinlich ist er schon der neue Mensch? Sicher ein wunderbares Gefühl!

Frage:
Manche der Vorwürfe der Linken sind wohl direkt gegen die RAF gerichtet, zum Teil scheinen sie mir berechtigt. Daher sag mal was ausführlicher über die RAF, weil zum einen die RAF und das, was sie gemacht bzw. was sie nicht gemacht hat, sondern was man ihr nur unterstellt, weil das insgesamt praktisch gleichgesetzt wird mit Stadtguerilla überhaupt.

Antwort:
Entscheidend ist doch dabei, daß die RAF die erste Organisation war, die den bewaffneten Kampf aufgenommen hat und deswegen ist sie auch ein wesentliches Moment für unsere Politik und andere Gruppierungen. Im weitesten Sinne für die ganze Bewegung. Wenn man uns fragt, was unser Verhältnis zur RAF ist und wie wir die Politik der RAF einschätzen, dann müßte man vor allen Dingen erstmal vorab das Verhältnis zwischen der Linken und der RAF erörtern und das nicht nur, weil die unmittelbar was miteinander zu tun haben oder weil die Linke auf die RAF-Politik Einfluß genommen hat, sondern vor allem, weil wir und natürlich auch die RAF aus der Massenarbeit hervorgegangen sind. Deswegen ist es notwendig, mal ganz konkret zu untersuchen, wie die Linke sich zur Politik der RAF verhalten hat.

Frage:
Ja, mach das mal.

Antwort:

Alle linken Gruppen haben in den letzten Jahren mit einer Latte von Unterstellungen versucht, die Auseinandersetzung mit der Politik der RAF zu unterlaufen. Diese Geschichte ist ein Leidensweg für alle Linken gewesen. Am liebsten hätten sie sich nicht mit der RAF auseinandergesetzt, aber das ließen RAF und Presse und die Massen nicht zu. Es passierte zuviel, es stand zuviel in den Zeitungen, die Leute redeten zuviel darüber. Und die Linken hatten Angst und waren unentschlossen. Die K-Gruppen [52], das sind KPD - damals AO -, KBW und KPD/ML hatten es anfangs drauf, zum Teil die Bild-Zeitung von links zu überholen. Sie überschlugen sich und diffamierten: kleinbürgerliche Putschisten, Provokateure im Sold der herrschenden Klasse, faschistische Anschläge, das sind keine Genossen mehr. Die RAF stört offensichtlich die Aufbauphase dieser Miniparteien, die ausgezogen sind, beste kommunistische Tradition der 20er Jahre fortzusetzen. Ich muß allerdings hinzufügen, daß sich speziell bei der KPD/ML der Standpunkt etwas verändert hat, verbal, daß sie ungeheuer militante Artikel in ihrem Blatt schreiben, praktisch distanzieren sie sich aber auch heute von der Politik der Stadtguerilla. Der KBW ist der Linie der Verteufelung treu geblieben. Am taktischsten hat sich die KPD verhalten, die die RAF als Genossen wiederentdeckt hat, natürlich mit der falschen Linie und die, wie in allem, den Eindruck vermitteln will, als hätten sie dieses Problem fest im Griff - mit ihrer richtigen Linie. Naja, das wird sich zeigen.
Am ärgsten gebeutelt wurde die Sponti-Linke. [53] Die hatten nie die Sicherheit der ZK-Anweisung, der richtigen Linie. Sie bekamen auch mit, daß eine Menge Leute die RAF ganz dufte fanden und sie selbst fanden die RAF manchmal auch ganz gut. Und sie hatten Angst und waren moralisch und kannten Baader [54] von früher. Diese Mischung bekam der politischen Auseinandersetzung nicht gut. Sie hielten sich lange mit dem Vorwurf über Wasser, die RAF würde keine politischen Aktionen machen, sondern nur Logistik betreiben. Und Baader kennt man ja. Dann, als die Aktionen kamen und die Hetze der Presse und die Fahndung lief, kam die Angst und der erste Vorwurf war vergessen. Jetzt glaubten die Spontis, das alles richtet sich vor allem gegen sie selbst. Und die Aktionen würden nicht vermittelbar und zu groß sein. Als die Genossen verhaftet wurden, löste sich der Druck von den Spontis und sie konnten moralisch sein, als die Vernichtungshaft bekannt wurde. Aber diese Moral hält nicht lange. Als Holger ermordet wurde, große Empörung und Rache [55] für Holger, als einen Tag später Holger gerächt wurde, griff die Angst die Spontis wieder und sie fühlten ihre Kampagne von der Drenkmann [56]-Erschießung kaputtgemacht. Das ist alles grob und verkürzt, klar, aber ich glaube, wenn man auch die Nebenlinien dieser Geschichte noch genauer untersuchen müßte, die vor allem daher kamen, daß wir alle der bürgerlichen Presse immer wieder zuviel geglaubt haben, würde das hier zu umfangreich.

Frage:
Das sehe ich nicht ganz ein. Ich halte den Moralismus für einen wichtigen Teil jeder linken Politik.

Antwort:
Ich meine ja auch nicht, daß Moralismus grundsätzlich falsch wäre, sondern der Moralismus der Linken, d.h. also unserer Erziehung, die wir so mitbekommen haben, mit den gesamten Normen usw. hat eine wesentliche Rolle bei der Distanzierung gespielt. Das zeigen Beispiele wie die Ermordung des Genossen Georg von Rauch [57] und die Auseinandersetzung zwischen der Staatsgewalt und dem Genossen Grashof [58] bis zum heutigen Tage eigentlich auch die Verhaftungen, im Hungerstreik, in der gesamten Knastsituation, in der Frage der Verräter usw. Um es nochmal an dem Beispiel Georg von Rauch und Grashof klarzumachen: Ich meine, daß ein wesentliches Moment war, warum die Linke sich zu Georg von Rauch anders verhalten hat als zu der Verhaftung von Grashof, daß durch die gesamte Presse und durch das, was die Linke versucht hat zu recherchieren, erkennbar wurde, daß Georg von Rauch bei dem Schußwechsel mit den Bullen offensichtlich keine Knarre dabei hatte, der Grashof aber sehr wohl eine

hatte und sich offensiv zur Wehr gesetzt und einen Bullen erschossen hat. Das, was danach gefolgt ist, war, daß zu Georg von Rauch ne Masse geschrieben worden ist in den verschiedenen Organen der Linken. Daß große Demos stattgefunden haben, also Solidarität mit Georg von Rauch, und die Bullen waren da die großen Schweine, und die Staatsgewalt hat sich wieder einen mordsmäßigen Übergriff geleistet. Bei dem Genossen Grashof, wo ja nahezu das Gleiche gelaufen ist, daß sie ihm aufgelauert haben und Grashof dann in der Situation, wo er kapiert hat, daß die Bullen auf ihm drauf sind, sich noch ernsthaft gewehrt hat, um aus der Situation rauszukommen. Da ist schon absolut nichts mehr gelaufen an Demos oder sonstigen Sachen. Und ich meine schon, daß das ein ganz entscheidendes Beispiel ist, woran sichtbar wird, daß nicht politische Kategorien maßgebend dafür gewesen sind, in welcher Weise man auf bestimmte Konflikte reagiert, also nach außen hin Propaganda macht, sondern daß hier die uns eingepflanzten humanitären Normen voll durchschlagen und sonst nichts. Das genau zeigt sich also eigentlich bis zum heutigen Tag, zeigt sich nicht nur an diesem genannten Beispiel, sondern hat sich auch an den Aktionen, die die RAF gemacht hat, gezeigt. Da, wo z.B. US-Schweine bei einer Aktion umgekommen sind, zeigt sich bei den ersten Verhaftungen von Genossen aus der RAF, zeigt sich bis hin eigentlich zu dem Hungerstreik, daß immer wieder die Linke sich mit ihrem gesamten Moralismus in die Waage wirft oder sich in ner ganz bestimmten Weise distanziert.

Frage:
Was sagst du aber zu der Kritik an der RAF von den Anarchisten [59] (Berlin), die sagen, die RAF sei völlig unemanzipiert, »terroristisch nach innen, gegen sich selbst und die eigenen Genossen und damit mehr auf die Erhaltung herrschender Verhaltensweisen bedacht, als auf deren notwendige Zerstörung«. Die Frage wäre also, ob du diese Einschätzung teilst, woher - wenn es stimmt - diese Struktur der RAF kommt und ob eine andere Verhaltensweise überhaupt in dem Zusammenhang, in dem die RAF existiert, denkbar gewesen wäre oder denkbar ist.

Antwort:
Also erstmal halte ich diese Kritik sowieso für ausgemachten Blödsinn, weil das für mich eigentlich gar keine andere Qualität hat, als die diffamatorischen Äußerungen, die ja auch fast alle anderen Linken gebracht haben, also immer wieder das gleiche: hierarchische Strukturen, daß sie sich gegenseitig in die Fresse gehauen haben, daß es Kader gegeben hat und Fußvolk, sehr starke Unterschiede zwischen den einzelnen Genossen und so weiter. Mir scheint es eher so zu sein - und deswegen halt ich's auch für ausgemachten Blödsinn - daß diese Genossen sich absolut nicht überlegen, daß es auch möglich sein könnte, unter den Bedingungen, unter denen die Genossen von der RAF existiert haben, Politik gemacht haben, nämlich also auch immer unter dem Druck, den Bullen in die Hände zu fallen, es sehr wohl möglich ist, sich trotzdem emanzipativ zu verhalten. D.h. also auch mit der Knarre in der Hand und also auch irgendwo damit, nichts mehr zu verlieren zu haben, und die bürgerliche Existenz für diese Genossen gleich Null war, daß das irgendwo gleichbedeutend ist damit, daß sie auch nach innen ein terroristisches Verhalten haben müßten; und das ist natürlich 'ne Sache, die so absolut nicht läuft, denn das hieße eigentlich, daß jede Guerilla notwendigerweise auf ne Selbstbefreiung oder so verzichten müßte. Außerdem kann die Innenstruktur einer Gruppe nur im Zusammenhang mit der Politik, die sie macht, gesehen werden. Kleine bewaffnete Gruppen sind ganz stark aufeinander angewiesen und können es sich nicht leisten, heute so und morgen mal wieder anders. Sie sind in ganz starkem Maß darauf angewiesen, sich zu emanzipieren und immer auch die eigene Befreiung im Auge zu haben und sich entsprechend zu verhalten. Fragen des Verdrängungsapparates z.B. und des Sich-Gehen-Lassen oder ausgeflippt sein oder so müssen in ganz anderer Weise bearbeitet werden. Jeder ist für jeden

verantworlich.

Frage:
Damit hast du aber nur den allgemeinen Charakter der Innenstruktur einer Stadtguerilla beschrieben. Nach wie vor steht die Frage, ob derartige Tendenzen bei der RAF sichtbar waren und womit das zusammenhängt. Ich würde dir durchaus zugestehen, daß die Innenstruktur gar nicht losgelöst betrachtet werden kann von der eigentlichen Politik, aber dann mußt du dazu was sagen.

Antwort:
Du hast recht, ich habe den allgemeinen Charakter beschrieben, aber ich werde dazu auch gar nichts anderes sagen. Ich kann nur immer wieder wiederholen, man muß sich davor hüten, bürgerliche Presse und sonstiges Geschwätz und das Bild, das die Herrschenden von der RAF aufgebaut haben, ernsthaft zu glauben.
Ich will nochmal unsere Kritik an der RAF in folgenden Zusammenhang stellen, wo dann vielleicht das Verhältnis von Innenstruktur und Politik sichtbarer wird:
Das erste ist - und da schließen wir uns ganz klar mit ein - ohne die RAF wären wir nichts, d.h. gäbe es uns wahrscheinlich gar nicht. Damit meine ich einfach nur, daß sie historisch für uns eine ganz wichtige und notwendige Funktion hatte, daß sie initiiert hat, was es bisher nur in der Diskussion um die Dritte Welt gegeben hat, wo Emotionen da waren, wo man dafür war, aber dieses Dafürsein sich absolut nicht übertragen hat auf die bundesrepublikanische Situation und auch gar keine faktischen Auswirkungen gehabt hat. Für uns hat die RAF z.B. ganz konkrete und praktische Auswirkungen gehabt. Wir haben uns gefragt - und das fehlt eben wieder bei Kramer [60] genauso wie bei der Linken überhaupt - wie kann das, was sie ansetzt und anzeigt an neuer Politik, wie kann so was umgesetzt werden in revolutionäre Strategie. Das heißt, wie kann man ein Verhältnis herstellen zwischen dem, was es hier an Bewegung in der BRD gibt und dem, was wir meinen, was wichtig und notwendig ist zu tun - heute schon, ohne daß dafür schon eine ganz konkrete Grundlage gegeben ist. Die andere Seite ist unsere Kritik an der RAF. Da müssen wir uns auf die Praxis der RAF beziehen, d.h. auf ihre Aktionen, auf ihre Papiere und auf ihre Wirkung auf die politische Situation, auf die Leute hier.
Die Aktionen sind das einfachste: sie waren richtig. Wir haben daran nichts zu kritisieren, außer, was sie selbst schon kritisiert haben, nämlich, daß sie Springer [61] nicht als das Schwein eingeschätzt haben, das er ist, als er in Hamburg das Haus nicht räumen ließ, weil er Leichen und Verletzte wollte, um sie zu vermarkten. Die Kommuniques sind abstrakt und militärisch, d.h. dem tatsächlichen Stand des Kampfes und der Widersprüche damals unangemessen, z.T. etwas großmäulig, sicher in ihrer agitatorischen Wirkung gering. Bei den Papieren der RAF blicken wir selbst nicht richtig durch, obwohl wir eine ähnliche Praxis haben. Wir wissen nicht, warum sie die Lenin-Exegese geschrieben haben. Wir sind davon nicht überzeugt worden. Auch die anderen Papiere sind für die Linke geschrieben, allerdings so, daß die sie zu leicht kritisieren und abtun konnte.
Auch wir meinen, daß die Papiere oft den Alleinbesitz der richtigen Linie, der Wahrheit hinknallen, wo eigentlich Probleme und Widersprüche aufgezeigt werden müßten. Beispiel dafür ist die Avantgardeproblematik und der verkürzte Automatismus des zwangsläufigen Kampfes der unterdrücktesten Schichten des Volkes. Und wir müssen sagen, daß uns die Papiere in der Lösung unserer theoretischen und praktischen Fragen nicht viel weitergebracht haben. Das ist die Hauptseite der Kritik.
Die politische Wirkung der RAF kritisieren wir an dem Punkt, wo sie unserer Meinung nach nicht alles getan hat, um die Hetze der bürgerlichen Presse wenigstens zu neutralisieren. Mit mehr Phantasie hätte

man sicher was ändern können, d.h. wir glauben, daß sie dem Problem des Meinungskampfes in den Massen für oder gegen die Guerilla zu wenig Aufmerksamkeit schenkten. Und damit machten sie es auch der Linken einfach sich so zu verhalten, wie sie sich verhalten hat.
Das sind die wichtigsten Punkte unserer Kritik. Wir sind vorsichtig, weil wir die konkreten Bedingungen der RAF nicht kennen. Wenn wir mal Zeit haben, schreibt sicher mal einer von uns mehr über das Problem, weil das logisch für unsere eigene Diskussion wichtig ist. Denn was die Linke bisher an Kritik an der RAF auf die papiernen Beine brachte, ist - bis auf ganz wenige Ausnahmen - ziemlicher Unsinn.

Frage:
Nun zu einem Argument, das von liberalen Kreisen und auch verschiedenen linken Fraktionen benutzt wird: »Auch der Klassenfeind ist ein Mensch und wie kann man einen menschlichen Kampf entfalten?« Die Frage, ob nicht die Kampfformen, die Kampfinhalte und die Kampfmethoden vom Kapital bestimmt sind und daß sie deswegen ebenfalls autoritär, machtorientiert, gewaltinfiziert, inhuman, terroristisch sind, ist ja wohl in dem Satz enthalten.
Damit im Zusammenhang steht dann auch immer die auftauchende Behauptung, die Massen lehnen eure Aktionen ab, überhaupt euren Kampf und durch diese Art der Kampfführung erreicht ihr mit Sicherheit eine immer größer werdende Isolierung von den Massen und ganz aktuell werdet ihr dafür verantwortlich gemacht, wenn Solidaritätsbewegungen nicht mehr laufen können, wie z.B. der Hungerstreik der RAF-Genossen. [62] Wo also die ganze Linke so gerade eben richtig breit ihre Solidaritätsbewegung entfalten wollte und dann die Stadtguerilla den von Drenkmann umgelegt hat. Und das ist nicht der erste Fall, es hat schon bei vergleichbaren Anlässen die Argumente gegeben: die Appelle an die Öffentlichkeit usw. sind nicht mehr möglich, gehen völlig unter angesichts der Terrortaten, die inzwischen von Linksradikalen ausgeübt wurden.

Antwort:
Zunächst zu der möglichen Verhinderung von Solidaritätsdemonstrationen durch unsere Praxis: Wer die Demos und Kampagnen verhindert, sind doch nicht wir, sondern das sind diejenigen, die das Argument gebrauchen; wenn es einen Anlaß gibt für eine Kampagne, z.B. wegen des Todes von Holger Meins und gegen die Haftbedingungen, ne Kampagne in der Öffentlichkeit, dann ist der Anlaß doch nicht dadurch weg, daß die Stadtguerilla Drenkmann erschießt. Die Linken, die sich hier hinter diesem Argument verstecken, wollen nicht mit uns in einen Topf geworfen werden - in Presse und »öffentlicher Meinung«. Sie haben auch zuvor keine Hungerstreikkampagne gemacht oder sie wünschen sich eine Kampagne aufbauend auf einem moralischen und humanitären Selbstverständnis, ohne daß ihnen was dabei passiert und ohne daß irgendwie zuviel Unruhe entsteht. Daneben gibt es natürlich noch Leute, die überhaupt den Klassenkampf ablehnen, also Reformisten aller Schattierungen, z.B. die Führer von DKP [63] oder Sozialistischem Büro 2000 [64]; in Bezug auf die hat eine Aktion wie die der Stadtguerilla im Fall von Drenkmann natürlich eine positive Funktion insofern, als daß eine Polarisierung innerhalb der Linken beschleunigt und schneller und klarer zu sehen ist, wer hat einen revolutionären Anspruch und wer ist schon längst auf dem reformistischen Dampfer abgefahren.
Zur Frage der Mittel, der »Gewaltmethoden«: Man kann da sagen, daß zum einen ja aus den Sachen, die ich vorhin gesagt habe, hervorgeht, daß Stadtguerilla ja nicht eine militärische Fetischisierung von Gewalt ist, eine Rote Armee, sondern daß Guerilla eine ganz umfassende Sache ist. Was die gewaltsamen Formen jedoch betrifft, so ist natürlich klar, daß wir ebenfalls Waffen verwenden, wie sie die andere Seite verwendet und mit Revolvern und Bomben und Erpressung und Entführung arbeiten müssen - aber wenn der Satz »von Chile lernen« irgendeinen Sinn haben soll, neben einigen anderen

Sinnen natürlich, dann doch den, daß sämtliche Beispiele, die uns irgendwie zugänglich sind, gezeigt haben: Die Herrschenden in Ländern wie unserem oder in unterentwickelt gehaltenen Ländern lassen sich nicht durch gute Wünsche wegzaubern und nicht durch Verweigerungskampagnen und Streiks zum Verschwinden bringen und sind auch nicht durch den Aufbau einer Gegenkultur wegzuschaffen, durch Gegenmilieu. Soviel Narrenfreiheit zuzubilligen sind sie allemal bereit, solange nicht die Grundfesten ihres Systems erschüttert werden. Es zeigt sich jedoch, sobald irgendeine Widerstandsform anfängt, für sie gefährlich zu werden, daß sie dann - ganz egal, ob die Widerstand Leistenden bewaffnet sind, nicht bewaffnet sind, Kinder sind oder erwachsen oder sonst was - daß dann mit allen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, einschließlich der brutalsten gewaltsamen Mittel dieser Widerstand gebrochen wird. Und wenn es mal durch Aufklärung der Volksmassen und einen weiter entwickelten Bewußtseinsstand über ihre Lage und deren Ursachen passiert und durch Wahlen, wie z.B. in Chile, dann wird auch alles versucht, die Umsetzung der Wünsche und Ideen und Programme der Leute und ihrer Parteien und Vertreter zu verhindern; und wenn das alles mit halbwegs friedlichen und diplomatischen und intrigenhaften Mitteln nicht möglich ist, dann wird ganz brutal zugeschlagen und es gibt die größten Massenabschlachtereien, die man sich vorstellen kann. Deswegen halten wir das Argument, ob der Terror auf die gewaltsam Widerstand Leistenden zurückfällt, für philosophisch angesichts der Wirklichkeit, der wir uns gegenübersehen, angesichts der grausamen Herrschaftsmethoden, über die Menschen verfügen, die die Macht haben, die angewandt werden und gegen die wir uns zur Wehr setzen müssen. Und die wir nur mit Gewalt endgültig beseitigen können, wobei »wir« natürlich wieder nicht Stadtguerilla-Grüppchen meint, sondern natürlich - wie gesagt - nur eine Guerilla praktiziert von Massen. Außerdem: Wie die Formen der Auseinandersetzung in zig Jahren aussehen werden, will ich nicht prophezeihen. Das kann völlig anders sein, als wir uns das heute vorstellen können. Aber das ändert nichts an der jetzigen Einschätzung und an den Konsequenzen, die wir notwendigerweise jetzt und immer wieder neu daraus ziehen müssen.
Also: Es gibt zwei Arten von Gewalt, es gibt zwei Arten von Toten. Die eine Seite der Gewalt ist die Gewalt der Herrschenden, zur Sicherung ihrer Herrschaft, zur Unterdrückung der Massen der Ausgebeuteten und Beleidigten, auf der anderen Seite gibt es den Widerstand kleiner Teile des Volkes, den Widerstand von Massen, den Widerstand auf verschiedenen Ebenen und in allen möglichen gesellschaftlichen Bereichen mit allen nur denkbaren Mitteln. Genauso wenig also, wie man sagen kann, die Leiche von Drenckmann und die Leiche von Holger Meins sind beides Opfer sinnloser Gewaltanwendung oder sind in beiden Fällen Grund, sich zu solidarisieren oder gegen »die« Gewalt aufzutreten, genauso wenig kann man davon sprechen, daß die Übernahme der »gleichen« Mittel, nämlich Gewalt, Pistolen, Revolver, automatisch auch systemerhaltende Verhaltensweisen reproduziert. Inhuman wäre es, wenn man mit dem Wissen, jedoch unter Zuhilfenahme solcher Scheinargumente, auf die Aufnahme des Kampfes verzichten wollte oder die Aufnahme des Kampfes verschieben und abschieben wollte auf andere Leute.

Frage:
Es wird behauptet, daß durch die Stadtguerilla zaghafte Ansätze klassenbewußter Aktionen der Arbeiter sofort zertreten werden, so daß die Stadtguerilla praktisch dazu beiträgt, daß sich in diesem Land eine starke klassenbewußte Arbeiterbewegung gar nicht erst bilden kann.

Antwort:
Daß die Ansätze von Klassenbewußtsein im Proletariat und Klassenkämpfe selbst durch die Stadtguerilla zerstört werden, kann gar nicht stimmen. Daß die Gewerkschaften das machen, das stimmt wohl, also bitte nicht den Feind aus den Augen verlieren. Die SEW hat bei den Berliner Wahlen im Wahlausschuß,

als es um die Zulassung der Parteien BFD, KPD und KBW ging, als einzige gegen KPD und KBW gestimmt und sich beim rechten Bund Freies Deutschland der Stimme enthalten. Ich mein ja nur ... Also: Bisher hat unsere Praxis das nicht bestätigt, das einzige, was ich überhaupt akzeptieren würde, ist die Gefahr - aber das trifft die gesamte Linke - daß man bestimmte gesellschaftliche Konflikte falsch einschätzt und dann auch dementsprechend falsch interveniert. Das ist hundertmal, bei der Hochschulpoltik, Betriebsarbeit, Hausbesetzung, Straßenbahnkämpfen passiert. Eben weil wir falsche Einschätzungen hatten, haben wir immer wieder Niederlagen erlitten. Aber wir lernen noch! Und wir befinden uns in einem Prozeß permanenter Überprüfung. Deswegen bin ich eigentlich ganz hoffnungsfroh, wenn ich auch die Einschätzung des Genossen Mahler [65] nicht teilen kann, der zu meinen scheint, das Proletariat würde ihm die Mauer hinwegfegen, bevor er seine Zeit sowieso abgesessen hat. Und da wir als Revolutionäre Zelle nicht losgelöst von der Massenarbeit sind, das also mit Grundlage unserer Politik ist, sehe ich nicht, warum wir weniger Kontrollmöglichkeiten haben sollten, als die Sponti-Linke.

Frage:
Was sagst du zu folgenden Einwänden gegen das Konzept Stadtguerilla, Einwände, die man gerade bei linken Zeitungen, Gruppen sehr oft hört und die selbst von bürgerlichen Kommentatoren herangezogen werden, um einerseits zu rechtfertigen, daß es in Südamerika solche Bewegungen gibt und andererseits die Guerilla in Ländern wie dem unseren abzulehnen. Das geht dann so, daß man sagt: der Zeitpunkt, zu dem ihr den bewaffneten Kampf angefangen habt, sei verfrüht oder es heißt: bewaffneter Kampf gut und schön, aber in Chile, in Palästina, in Uruguay oder sogar in Spanien, in Italien, bloß nicht bei uns, denn hier fehle so was wie der soziale Hintergrund. In diesem Zusammenhang kannst du dich vielleicht auch beziehen auf dieses Modell von Revolutionen, wie es z.B. die KPD im Kopf hat, wo sich nämlich das Proletariat wie ein Mann erhebt, zu den Waffen greift und die Gefängnismauern des kapitalistischen Systems und wer weiß, was noch alles, hinwegfegt.

Antwort:
Ja, das ist verhältnismäßig einfach zu beantworten. Also, ich hab es ja schon ein paar Mal gesagt: Es hat in Deutschland keine starke Widerstandsbewegung, keine Resistance wie etwa in Frankreich gegeben, und das bedeutet für uns, daß wir auf einem solchen Hintergrund nicht aufbauen können. Nicht umsonst gibt es auch so große Schwierigkeiten, in den Betrieben weiterzukommen; aber die Leute, die behaupten, der Zeitpunkt für die Stadtguerilla wäre verfrüht, müßten dann konsequenterweise sagen, daß die Massenarbeit der Linken auch verfrüht ist. Denn auch dafür gibt es ja nun sehr wenig reale Grundlagen. Aber das ist natürlich albern, weil wir - und das habe ich auch schon gesagt - der Überzeugung sind, daß dieses System der »Herrschaft von Menschen über Menschen« bekämpft werden muß. Es gibt ja nun mal die objektive Tatsache, daß wir in einem kapitalistischen System leben, das uns unterdrückt, ausbeutet und kaputtmacht. Das Erkennen, das Empfinden und auch das Darunter-Leiden müssen ins Verhältnis gesetzt werden zu einer richtigen Strategie. Wir versuchen - um es etwas plump zu sagen - die gegenwärtige Situation zu analysieren und dann zu handeln. Wir meinen eben einfach, daß wir mit unserem Vermögen, mit der Möglichkeit, ständig Konfrontationen ausgesetzt zu sein, in der Lage sind, zu kämpfen und was wir noch meinen ist, daß so ein Zeitpunkt nie auf einen selber zukommt und auch nicht, wie die KPD meint, daß die Arbeiterklasse eines Tages wie ein Mann zum Gewehr greift. Das wäre so schön einfach, ich kann mir gut vorstellen, daß viele sich das wünschen, dann brauchten sie selber nicht für sich die Frage der Revolution zu entscheiden. Die Idee von Revolution ist kaum noch von Evolution zu unterscheiden, daß sich irgendwann einmal alles verändert, von selbst. Nun gut, das sind

wir nicht. Wir meinen - und da spricht die Geschichte für uns - daß wir und alle, die schon ebenso bewußt unter diesem System leiden, also wo die objektive Situation zur subjektiven wird, eben in dem Moment anfangen müssen, für die Befreiung zu kämpfen. Daß für die Sponti-Linke der MIR oder die Roten Brigaden [66] eine größere Bedeutung hat als wir oder zum Teil als sie selber, hat etwas zu tun mit ihrem Verständnis von revolutionärer Bewegung. Chile ist ein Land, wo die objektiven Bedingungen so klar sind, (nur die Münchner Theoriewichser [67] meinen, die chilenischen Massen haben sich den Putsch selber zuzuschreiben, weil sie nicht genügend Kapitalstudium betrieben haben) daß es notwendig ist, den bewaffneten Kampf zu führen, um erfolgreich zu sein. In der BRD aber erscheint es nicht so. Ein Gutteil ist es der Kapitalismus selber, der mit seinen Mechanismen und Möglichkeiten, also der gesamten Ideologie, gegen die wir ja auch nicht ein für allemal gefeit sind, uns weismachen will, daß wir in einem demokratischen sozialen Rechtsstaat leben. Und der andere Teil ist der uns noch gelassene Raum, in dem wir agieren können. Ihn gibt es und es ist richtig, ihn voll und ganz auszuschöpfen, ihn politisch optimal zu erzwingen, ihn sich immer wieder zu nehmen. Aber wir müssen auch das nehmen, was uns dieser Staat sicher nicht freiwillig geben wird.

Frage:
Noch ein Zitat: Die Klassenherrschaft wird in »normalen« Zeiten durch das ökonomische Gewaltverhältnis aufrecht gehalten, nicht durch Bullen, durch Militär, durch Justiz. Es gibt bei uns keine unmittelbare Unterdrückung, wie es sie vor Jahrhunderten gegeben hat, sondern ein entpersönlichtes sachliches Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis.
Daraus leitet sich dann der Vorwurf ab, daß durch das Umnieten von Politikern oder höheren Justizbeamten, das in die Luft Sprengen von öffentlichen Gebäuden, überhaupt durch den Angriff auf Institutionen und Personen, kein Beitrag geleistet wird zu den Klassenkämpfen, sondern daß es sich bei den Institutionen um reparabele Sachschäden handelt und bei den Personen, daß sie jederzeit austauschbar sind.

Antwort:
Ich verstehe gar nicht, wie das entpersönlichte Herrschafts- und Knechtschaftsverhälntis als Begründung genommen werden kann dafür, daß Bomben und Erschießen von Personen falsch wäre. Aber zu dem letzten muß ich doch was sagen: mit welchen Mitteln und Möglichkeiten man interveniert, hängt ab vom gegenwärtigen Stand der Auseinandersetzung und der Einschätzung, die man davon hat. Natürlich sind Häuser, Autos usw. reparabel, aber mit der Ideologie ist es doch schwerer, die wieder zu reparieren. Natürlich sind Personen ersetzbar, aber die Unruhe ist so einfach nicht wieder aufzuheben. Besetzte Häuser werden auch wieder geräumt, Streiks hören auch wieder auf - ohne Erfolg oft genug - Straßenbahnaktionen [68] hören auch wieder auf - ohne Erfolg bis auf einige Ausnahmen - wer ein so blödes Argument bringt, sollte lieber im Bett liegen bleiben. Da braucht man dann nichts zu reparieren und die Herrschenden werden auch gar nicht böse auf sie. Wir wollen mit unserem Kampf, der alle Formen des Kampfes in der jeweiligen richtigen Situation umfaßt - von der Sabotage im Betrieb bis zur Enteignung und Entführung - diesen Staat an seinen empfindlichen Stellen treffen und ihn entlarven; wir wollen Machtpositionen erkämpfen und Erfolg haben: alle Angehörigen der herrschenden Klasse sollen in ihren Villen unsicher sein, sie haben lange genug ruhig geschlafen. Sie sollen gezwungen werden, wirklich alles und jedes Objekt mit ihrem Aufgebot von Bullen zu schützen. Wir wollen, daß die Stadtguerilla eine Massenperspektive wird und nicht eine Sache von ein paar Leuten. Alles andere wäre wirklich nur Selbstzweck.

Frage:
Du hast jetzt an einer ganzen Reihe von Einzelbeispielen zu Vorwürfen der linken oder der bürgerlichen Seite Stellung bezogen und zum Teil kann man auch erkennen, was für ein Verständnis mit Begriffen wie bewaffneter Kampf der Stadtguerilla verbunden ist. Vielleicht kannst du das ganz ausführlich auf eure Gruppe und auf eure Praxis bezogen im Zusammenhang darstellen.

Antwort:
Vorhin habe ich schon gekennzeichnet, daß es sich bei Stadtguerilla nicht um »Politik« handelt, wie sie nahezu alle anderen Gruppen machen. Stadtguerilla ist nicht: Termine besuchen, Papers schreiben, Einzelaktionen durchführen, theoretische Ak's einrichten, sondern Guerilla heißt, sich völlig identifizieren mit dieser Art Dasein, heißt völlige Deckungsgleichheit zwischen Leben und Politik. Das zeigt gleich, welcher Schwachsinn es ist, uns vorzuwerfen, wir würden die Auseinandersetzung auf eine militärische Ebene reduzieren, wir seien nicht emanzipativ, würden nicht versuchen, stückchenweise theoretische und praktische Erfahrungen und Einsichten in Notwendigkeiten in die Tat umzusetzen. Im Gegenteil: wir meinen, daß der umfassende Krieg gegen das System der Herrschaft von Menschen über Menschen gleichzeitig und gleichgewichtig auch den Kampf gegen das kapitalistische System in uns selbst einzuschließen hat. Das eine wäre nichts ohne das andere.
Eine waffenmäßig und militärtaktisch bestens ausgerüstete Stadtguerilla ist zum Scheitern verurteilt, wenn sie nicht diesen beschriebenen umfassenden Kampf aufgenommen hat. Spätestens durch die Spitzel des Bundeskriminalamtes werden sie geschafft. Genauso bringt eine Selbsterfahrungsgruppe, die sich versucht zu verstehen und kennenzulernen, den Kampf für die Befreiung nicht voran, sie bleibt stecken, sie schafft es vielleicht, einen Freiraum für ihre Insider aufzubauen, landet aber im ohnmächtigen, im hilflosen Ghetto, ohne den Herrschenden gefährlich zu werden. Wenn sie nicht integrierbar oder zumindest abkapselbar wäre, wäre ihr Freiraum schnell dahin. Wir versuchen beides - Verschärfung gesellschaftlicher Widersprüche vorantreiben, Guerillakrieg gegen das Herrschaftssystem zu beginnen, gleichzeitig Änderung von uns selbst - und schrittweise Befreiung von all den Mechanismen, die als die richtigen Normen dieser Gesellschaft uns eingepflanzt wurden; konkret heißt das z.B. Verhinderung der Herausbildung hierarchischer Strukturen: Gerade das ist bei illegaler Arbeit schwer, weil aus tausenderlei Gründen sich zum Beispiel Problemlösungen durch Arbeitsteilung immer wieder anbieten, was dann die fatalen Konsequenzen in der Herausbildung von Machern und Fußvolk haben kann. Durch unsere permanenten Bemühungen, uns alle allseitig auszubilden, unsere Diskussionen und Gespräche, durch die Bekämpfung der alten falschen Verhaltensweisen, durch die Vermeidung des Fehlers, wegen angeblich vordringlicher Aufgaben die Probleme zwischen uns, die Probleme in vielen Fragen des Kampfes, hinten an zu stellen, durch all das schaffen wir es tendenziell immer eher, gleichberechtigt, selbstbestimmt, absolut vertrauensvoll zusammenzuarbeiten und miteinander umzugehen. Dies ist auch bestimmend z.B. bei der Vorbereitung und Durchführung jeder einzelnen Handlung der Stadtguerilla-Zelle. Wir reden über unsere Angst, wir machen keine Aktion als Mutprobe oder auf Befehl eines Kommandierenden. Wir versuchen, die intellektuelle Arroganz zu analysieren, abzubauen. Jede Art von möglicher Instrumentalisierung anderer Menschen durch uns zu verhindern, sie als Individuen, als Subjekte zu begreifen und uns entsprechend zu verhalten. Ein erfolgreicher Kampf - hier ist mal gemeint, die möglichst hohe Wahrscheinlichkeit, nicht so bald verhaftet zu werden, nicht verraten zu werden - ist nur denkbar, wenn die Angehörigen eines autonomen Kerns in irgendeiner Stadt sich hundertprozentig kennen.
Wenn durch gemeinsame Praxis, durch Gespräche, durch eine Existenz, die kein Problem, von der Reproduktionsfrage bis zu Liebesbeziehungen einzelner zu anderen, als individuell zu lösendes begreift, wenn gesichert ist, daß man sich völlig offen zueinander verhalten kann, das verhindert schon mal

Dutzende von Fehlern, die man sonst machen kann und verhindert die Einschleusung von Bullen viel eher. Das alles klingt natürlich besser, als es jeweils realisiert ist, das ist klar, aber das will auch niemand behaupten, daß wir das alles so lässig schaffen. Wir müssen dauernd aufpassen, daß wir nicht zurückfallen in die bequemen bürgerlichen Verhaltensmuster. Dieser ganze Beitrag sollte halt nur aufzeigen, wie sehr die entsprechenden Vorwürfe gegen uns Stadtguerilla daneben gehen, daß gerade die unterstellten Verhaltensweisen absolut fernliegen.

Frage:
Soviel ich weiß, ist von euch bis heute noch keiner im Knast gelandet. 1.Wie kommt das? 2.Was ist, wenn es euch doch mal passiert?

Antwort:
Klar ist der Knast eine Frage, die für uns sehr wichtig ist. Im vorigen habe ich schon geschildert, wie die Verräterfrage sich ganz anders stellt, als man es sich gemeinhin vorstellt. Genauso ist eine große Sicherheit - auch bei der Durchführung gefährlicher Aktionen - nur mit so einer Gruppenstruktur, so einem Verhältnis der Genossinnen und Genossen zueinander denkbar; trotzdem können einzelne von uns von den Bullen gefaßt werden. Die Angst vor dem Gefängnis ist natürlich da, doch sie ist überwindbar und tritt zurück durch das, was wir wollen. Da die völlige Identität von Leben und Kampf - weniger pathetisch kann ich es im Moment nicht sagen - da ist oder tendenziell verwirklicht wird, muß man sich völlig mit allem, was man hat und ist und kann, einsetzen. Nur dann ist jeder Kampf auch gleichzeitig sowas wie ein Schritt zur Selbstbefreiung. Naja und im Knast ist der Kampf nicht zu Ende, im Gegenteil, zahllose Einsitzende haben uns schon immer bewiesen, daß auch dort die Sache weitergeht, ob wir an Max Hölz [69] denken, an Sante Notarnicola [70] oder an die politischen Gefangenen heute in der BRD oder die Tupamaros. Der Hungerstreik der RAF-Gefangenen hat sein Ziel nicht erreicht, nämlich die Aufhebung all der Vernichtungsmaßnahmen, der Isolationsfolter. Er hat aber auch deutlich gemacht, daß du selbst isoliert im Knast solidarisch weiterkämpfen kannst mit dem letzten Mittel, was einem völlig Wehrlosen bleibt. Und er hat gezeigt, was vorher nicht bekannt war, daß dieser letzte Rest moralischer Substanz, der bei den Adressaten des Hungerstreiks vorhanden sein muß, wenn sie durch ihn zu den gewünschten Handlungen bewegt werden sollen, daß der bei den Regierenden in diesem Land nicht mehr da ist. Daher sind in Zukunft andere, neue, militante Kampfformen im Knast und von außen das notwendige Mittel. Diese Einsichten und Erfahrungen zu machen und zu vermitteln, zeigt vor allem die Ermordung des Genossen Holger; daß die Herrschenden so weit gehen würden, hier und heute, haben die meisten nicht erwartet. Noch eine solche Fehleinschätzung wird uns nicht passieren, einen solchen Mord wie an Holger werden wir nicht mehr zulassen und alles tun, um das Realität werden zu lassen, was Genose Marighella mal sinngemäß gesagt hat: »Für die Guerilla gibt es keine undurchdringlichen Gefängnismauern.«
Dieses Bewußtsein untereinander, daß der Knast nicht Endstation, totes Gleis ist, daß wir auch dann mit allen draußen Kämpfenden im Zusammenhang stehen und auch die Befreiung aus dem Knast für alle draußen eine vorrangige Aufgabe ist, dies alles läßt es zu, daß wir cool und überlegt an den Gedanken herangehen, was mache ich, wenn ich mal einfahre.

Frage:
Wie erklärst du dir eigentlich, daß die bürgerliche Presse bisher gegen euch so gut wie gar nicht hetzt und die Linke wiederum euch so gut wie gar nicht zur Kenntnis nimmt ?

Antwort:
Ach ja, das haben wir auch immer wieder bedauert. Wenn das anders wäre mit der Presse, hätte die Linke von uns bestimmt schon mehr Kenntnis genommen. Aber sei's drum, unsere gesamten Aktionsplanungen hatten und haben ein Prinzip gemeinsam: nämlich das der Sicherheit. Mit Sicherheit ist erstens gemeint, daß die Presse und die Herrschenden so wenig wie möglich die Möglichkeit erhalten, unsere Aktionen gegen uns zu wenden, d.h. die Aktionen müssen klar, durchsichtig und eindeutig sein: Widerstand gegen die Schweine. Zweitens die größtmögliche Sicherheit für die Genossen, die die Aktion ausführen und drittens, daß es bereits breite Kampagnen um diesen oder jenen Konflikt gegeben hat, d.h. von den Genossinnen und Genossen und Teilen des Volkes aufgegriffen ist. Das ist unsere Einschätzung, in welcher Situation wir uns befinden. Wir meinen - und das ist keine großartige programmatische Erklärung, sondern nur kurz skizziert - daß es richtig ist, revolutionäre Gelegenheiten wahrzunehmen. Voraussetzung ist: zu wissen, was revolutionäre Gelegenheiten sind, unsere Einschätzung davon, die sich herleitet aus Diskussionen mit Leuten, sind unsere eigenen Erfahrungen in der politischen Massenarbeit und die damit verbundene Untersuchung im jeweiligen Bereich. Voraussetzung, um revolutionäre Gelegenheiten wahrzunehmen ist auch, gewisse Kenntnisse zu besitzen, die sich auf den Umstand einer Aktion und die konkrete Ausführung beziehen. Weiterhin Material zu haben, Material ausprobiert zu haben, um es richtig einsetzen zu können. Und diese Voraussetzung stelle sich bitte niemand so einfach vor. 90 % unserer Arbeit sieht und hört man nicht. Das sind nicht Sachen, die sich schnell nach Feierabend machen lassen und niemand sollte auf die Idee kommen, das als kleines technisches Problem zu diffamieren, weil ja die Hauptseite der Politik die Massen sind, das Diskutieren ist, das Nachdenken. Jedes technische Problem, das Mittel, das man einsetzt, ist genauso wichtig und politisch wie ein Agitationsbeitrag auf einem Teach-in.
Es gibt aber auch einen Teil unserer Politik, den, soweit wir die Diskussion geführt haben, viele Genossen nicht verstehen und nicht akzeptieren und den auch die Massen nicht verstehen und der sie vorläufig auch nicht interessieren wird. Wir halten ihn dennoch für richtig. Dieser Teil des Kampfes bezieht sich auf den Internationalismus, wo es primär um die Solidarität mit den Genossen ausländischer Guerillabewegungen geht und die Solidarität mit den kämpfenden Völkern anderer Länder.
Jetzt zu der Frage, warum uns die Linke öffentlich kaum zur Kenntnis nimmt. Genau weiß ich das auch nicht, aber vielleicht sagt sie irgendwo mal selber was dazu. Eine wesentliche Rolle spielt sicherlich, daß wir bisher keine großartigen Pamphlete rausgegeben haben, lediglich Erklärungen zu unseren Aktionen (dies Interview ist ja auch nur ein unvollständiges Anreißen vieler Fragen und Probleme). Das andere ist, daß die bürgerliche Presse und das Fernsehen noch nie so richtig gegen uns gehetzt hat; sie haben auch Probleme gegen Bomben bei ITT etwas zu sagen (die Jusos [71] ja auch), wo sie selber »empörend finden«, was in Chile gelaufen ist.
Wir haben auch nicht die Publizität in den Medien von Verhaftungen oder Namensnennung im Zusammenhang mit der RZ. Und wenn sie gegen uns gehetzt haben, wie z.B. bei antiisraelischen Aktionen, dann so, daß sie die Revolutionäre Zelle als nicht existent erklärt haben. Wir sind wohl zu anonym für die Herrschenden, da ist die gezielte Hetze schwieriger. So schlecht ist das ja auch nicht. Aber offensichtlich ist es so, daß die Linke doch sehr stark - nicht natürlich, was ihre Kampagnen betrifft - von diesen bürgerlichen Organen abhängig ist. Das zeigt sich auch sehr häufig daran, daß die Interpretationen, die die bürgerliche Presse zu ausländischen Guerillaaktionen in der BRD bringt, fast wörtlich von der Linken übernommen werden und immer auch ein bißchen geglaubt wird, was die bürgerliche Presse schreibt, obwohl jeder Linke genau weiß, wissen müßte, wessen Instrument das ist. Da muß man allerdings einen Unterschied machen zwischen der Spontilinken und beispielsweise der ML. Die ML hat nie - wohl weil sie sich viel mehr mit dem antiimperialistischen Kampf

auseinandergesetzt, Propaganda und Solidaritätskomitees gebildet hat, und seien die Bewegungen im Ausland auch viel schwächer, z.B. der MIR in Chile - Vorbehalte und Ängste gehabt, die es ihr verunmöglicht hätten, in ihren Organen über Interventionen durch die Guerilla zu berichten. Die Spontilinke hat sich fast immer ausschließlich auf starke Bewegungen gestützt. Also das, was der Linken eigentlich lieb sein müßte, daß unsere Aktionen so angelegt sind, daß nur ein Mindestmaß an Hetze möglich ist, wird absolut nicht registriert. Das geht so weit, daß auch die linken Organe unsere Erklärungen in der Regel nicht abgedruckt haben. Wir finden das beschissen und müssen uns von daher auch überlegen, daß wir den Fehler gemacht haben, auf diese linken Organe mit der Verbreitung der Propaganda, und damit auch Auseinandersetzung mit unseren Aktionen, gebaut zu haben. Das heißt, wir müssen in Zukunft auch verstärkt unsere Kraft auf die Verbreitung selber legen. An alle irgendwo in Verbreitungsapparaten sitzenden Genossen möchte ich hier appellieren, den Diskussionsprozeß, die Auseinandersetzung mit uns nicht durch Boykott und Unterdrückung abzuwürgen.
Noch ein Moment ist sicherlich, daß die Spontilinke bisher unsicher war, was für eine Politik wir machen und sie uns in ihr Schema -, sie Massenfreunde, wir Massenfeinde - reinpreßt, obwohl an unseren Aktionen das eigentlich sichtbar sein müßte, daß dieses Schema nicht paßt.

Frage:
Aus den Vorstellungen, die du bisher bei den einzelnen Antworten entwickelt hast, kommt ja schon sehr viel raus, was unterschiedliche Positionen zu anderen Guerillagruppen kennzeichnet. Vielleicht kannst du abschließend zusammenfassen, was euch von anderen Stadtguerilla-Gruppen in der BRD unterscheidet.

Antwort:
Also, wir haben nicht den Anspruch, eine Partei oder eine Rote Armee zu werden. Wir sind da ganz vorsichtig, wir sind keine Bewegung, sondern nur ein Teil davon. Was wir wollen, ist Gegenmacht in kleinen Kernen zu organisieren, die autonom in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen arbeiten, kämpfen, intervenieren, schützen, ein Teil von der politischen Massenarbeit sind. Und irgendwann mal, wenn wir ganz viele Kerne sind, ist die Stoßrichtung für die Stadtguerilla als Massenperspektive geschaffen. Das dauert, aber da haben wir uns auch auf einen langwierigen Kampf eingestellt. Wie das zu machen ist? Ja, erstmal nur so, wie wir es bisher gemacht haben, mit all den vorhandenen Widersprüchlichkeiten, momentan sind wir noch ganz stark bezogen auf die politische Massenarbeit, das kann und wird sich nur in der Weise ändern, wie die objektiven und ökonomischen Lebensbedingungen sich verschärfen, wo die Klassenwidersprüche sich zuspitzen, die Kämpfe zunehmen und natürlich, wie wir richtig liegen mit unserer Politik, d.h. wesentlich an diesen Kämpfen beteiligt zu sein, sie voranzutreiben.
Wir erheben nicht den Anspruch, eine vollständige revolutionäre Theorie und Strategie zu haben, wir haben Schwierigkeiten, natürlich, aber es gibt Teile dieser Strategie, die sich bereits praktisch als richtig erwiesen haben. Wir erheben aber den Anspruch, sowohl verbal als auch praktisch, daß die Linke sich mit uns auseinandersetzt, daß sie endlich mal anfängt, ihr Einflippen auf MIR und die Roten Brigaden in der Weise umzusetzen, daß sie sich fragt, wie hier bei uns - das ist nämlich viel wichtiger - der Kampf aussehen könnte. Und nicht nur in Schwärmen über die Klassenkämpfe in Italien ausbricht. Diesen Anspruch zu realisieren heißt, daß wir verpflichtet sind, immer wieder die Linke mit der Frage des bewaffneten Kampfes zu konfrontieren.

Aktionen gegen ITT Berlin und Nürnberg (November 73)

Die Revolutionäre Zelle übernimmt die Verantwortung der Anschläge auf ITT-Niederlassungen in Berlin und Nürnberg am 16.11. und 17.11.73. Wir haben deshalb ITT-Niederlassungen angegriffen, weil ITT verantwortlich ist für die Ermordung und Folterung chilenischer Frauen, Arbeiter und Bauern.
Schon 1971 wollte ITT mit Hilfe des damaligen CIA-Chefs McCone, der gleichzeitig Aufsichtsrat von ITT ist, mit Hilfe der ITT-eigenen innenpolitischen Abteilung, des Nachrichtendienstes und der Spionageabwehr und natürlich mit Unterstützung des Massenmörders Nixon [72] den Wahlsieg Allendes verhindern. Für diesen Versuch bot ITT allein dem CIA 1 Million Dollar an. ITT scheute sich nicht, den im Volk beliebten General Schneider [73] ermorden zu lassen, um damit einen Putsch heraufzubeschwören. Es ist ihnen nicht gelungen, weil das chilenische Volk wußte, daß es für seine Befreiung kämpfen muß, daß die Herrschenden mit allen Mitteln die Unterdrückung des Volkes - das kapitalistische System - durchsetzen, daß es ihnen scheißegal ist, wieviel Menschen dabei krepieren.
Sperrung von Krediten, Einfuhrbeschränkungen, Einstellung von Treibstoffnachschub, Manipulation des Kupferpreises und Waffenlieferungen an Rechtsradikale: Das ist das Instrumentarium des US-Imperialismus, den wirtschaftlichen Zusammenbruch Chiles zu erzwingen; Nixon, das Schwein, aber läßt erklären, daß die USA mit dem Militärputsch in Chile nichts zu tun habe. [...]
ITT hat allein in 53 Ländern Gesellschaften (u.a. Brasilien, Bolivien, Nigeria, Nicaragua, Südafrika, Uruguay, Angola) und natürlich stehen Firmen wie IBM, Dow Chemical, Siemens, Bosch, AEG in der Ausbeutung der Dritten Welt ITT in nichts, aber auch gar nichts, nach.
Die Anschläge auf ITT-Niederlassungen in der Schweiz, USA, Italien und Spanien zeigen, daß überall Menschen begriffen haben, daß der bewaffnete und militante Kampf nicht nur in Chile politisch richtig ist. Sie haben erkannt, daß der, der sich mit dem Kampf des chilenischen Volkes solidarisiert, den antiimperialistischen Kampf im eigenen Land militant führen muß, daß man dem Terorr des Kapitals überall - das heißt auch hier - den Widerstand des Volkes entgegensetzen muß. Unsere Anschläge in Berlin und Nürnberg sind nur ein winziger Teil des antiimperialistischen Kampfes. Sie haben nur symbolischen Charakter.
Sie zeigen, daß wir mit dem chilenischen Volk solidarisch sind und an seiner Seite kämpfen. Sie sollen in der BRD vermitteln, daß wir mit all den uns zur Verfügung stehenden Mitteln kämpfen müssen.
Der Kampf kann nur massenhafter werden, wenn wir mit unseren Möglichkeiten gegen dieses System kämpfen, das uns jeden Tag in seinen Klauen hat.
Der Kampf kann nur massenhafter werden, wenn wir lernen, neue Kampfformen zu entwickeln.
Kämpfen wir gemeinsam gegen den BRD-Imperialismus!
Den antiimperialistischen Kampf militant führen!
Solidarität mit dem chilenischen Volk!
Solidarität mit der MIR!

Aktion gegen das chilenische Konsulat, Berlin (Juni 74)

Am 11. September letzten Jahres wurde die in Chile vom Volk gewählte Regierung durch einen Militärputsch gestürtzt. 100.000 Menschen wurden erschossen, gefoltert und in Konzentrationslager verbannt. Immer noch wütet die Junta mit Terrorurteilen gegen Kommunisten, Sozialisten und Menschen, die sich gegen die verstärkte Ausbeutung der Konzerne zur Wehr setzen.
In der ganzen Welt sind spontan Solidaritäts- und Protestbewegungen entstanden: es haben sich Chile-Komitees gebildet und Kongresse sind abgehalten worden.
Unser Kampf gilt den Ausbeutern und Unterdrückern in der gesamten Welt, ob sie nun ITT, General Motors oder wie immer heißen. [...]

Aktionen gegen BDI, BDA, IKH, Ausländerpolizei (Mai 74)

Die Revolutionäre Zelle hat zum 1. Mai in die Nester von
* Bundesverband der deutschen Industrie (BDI),
* Bundesverband der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA),
* Industrie- und Handelskammer (IHK) in Mainz und Ludwigshafen,
* Ausländerpolizei in Westberlin
einige Löcher gemacht.
Die Kapitalistenverbände sind verantwortlich für die Krisen, die dieses Scheißsystem in immer kürzeren Abständen produziert. Mit verantwortlich meinen wir, daß die Großen diese Krisen benutzen, um sich gesundzustoßen, wie z.B. die Ölkonzerne, die Banken, die Automobilindustrie. Wo der eine sich gesundstößt, muß der andere dafür bezahlen. Bezahlen müssen immer wir, die Jugendlichen, die Arbeiter und Angestellten, die Frauen, die Ausländer, die Tante Emmas in ihren Lädchen. Bezahlen sollen wir das Chaos, das dieses profitgierige, menschenverachtende Bonzenpack anrichtet. Bezahlen nicht nur mit immer weniger Geld im Geldbeutel, mit immer höheren Preisen, sondern vor allem mit Existenzangst. Denn Angst macht gefügig, Angst bricht einem das Kreuz, Angst soll den Willen zum Widerstand im Keim ersticken: viele fangen dann an, das Maul zu halten, fangen an, auf die Ausländer zu schimpfen, feiern weniger krank, kommen pünktlicher, arbeiten mehr und hoffen, daß es andere trifft.
Sie wollen uns das Kreuz brechen, indem sie uns zwingen, um unsere Arbeit zu zittern. Und wir zittern nicht, weil wir diese Arbeit so schön finden, weil wir es ohne sie nicht aushalten können, sondern weil man uns nichts als unsere Arbeitskraft gelassen hat.
Arbeit in diesem Scheißsystem jedoch ehrt nicht, sondern macht einen körperlich und seelisch fertig, macht häßlich, macht alt, läßt einen verblöden, läßt Fähigkeiten verkümmern. »Die Jungen sind nicht gegen die Alten, sondern gegen das, was sie alt gemacht hat.« sagte ein Renault-Arbeiter. [74]
Und mit Gesetzen und Paragraphen, die auf uns zugeschnitten sind, nehmen sie uns alle Möglichkeiten, über uns selbst zu bestimmen, ob es die Sondergesetze für Ausländer sind, der § 218, um uns Frauen unter ihren Willen zu zwingen oder die zahllosen Gesetze, die jede wirksame Form von Widerstand unterbinden und uns zu Kriminellen machen sollen, wenn wir unsere Fabrik besetzen [...], wenn wir gegen die umweltverseuchenden Kernkraftwerke kämpfen [...]. Um gerade die ausländischen Arbeiter zu unterdrücken, die ins Land geholt und wieder davongejagt werden, wie es jeweils in die Pläne der

Kapitalistenbande paßt und die noch am stärksten erkennen, daß wir hier unten zusammengehören und uns nicht gegeneinander ausspielen lassen dürfen, ist für sie die Extraeinrichtung Ausländerpolizei geschaffen worden, die erpreßt und bespitzelt und über den Weg der Ausweisung ausländische Arbeiter und Studenten oft genug in die Gefängnisse und KZ's ihrer Heimatländer bringt. Die Ausländerpolizei ist direktes Unterdrückungsorgan, ist die erste Form einer eigenen Bullengruppe gegen Arbeiter.
Anfang des Jahres versuchte die Wirtschaftsmafia von BDI, BDA, DIHT (als Zentralverband der IHK), Zentralverband des deutschen Handwerks und Hauptverband des deutschen Einzelhandels, die Jugendlichen zu Kreuze kriechen zu lassen und der Lehrlingsbewegung nachträglich den Zahn zu ziehen. Nachdem sie zuerst eine halbe Million jugendlicher Arbeitsloser produziert hatten, boten sie die Neuschaffung von 150.000 Lehrstellen an, die an zahlreiche Bedingungen geknüpft ist [...]. Und finanziert werden soll das Ganze noch aus unseren Steuergeldern! Wir sollen noch dafür bezahlen, daß sie 15jährige für sich arbeiten lassen, daß 15jährigen eingebleut wird: Arbeite, halt's Maul und sei dankbar dafür!
Wir haben die Anschläge zum 1. Mai gemacht, weil es der Kampftag der Arbeiterklasse ist. Zum Tag »der Arbeit« hat ihn erst der Faschist Hitler gemacht. Und die Gewerkschaften haben nach 1945 diese Namens- und Sinnänderung beibehalten. [...]
Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist die Geschichte des Kampfes gegen diese Arbeit mit allen Mitteln, mit Krankfeiern, mit Langsamarbeiten, mit kleinen und großen Streiks, mit Demonstrationen, mit Fabrikbesetzungen, mit Barrikaden, Sabotage, bewaffneten Aktionen.
Widerstand auf allen Ebenen, in allen Bereichen, mit allen Mitteln, die wir haben, ist die einzige Möglichkeit für uns, Menschen zu bleiben, Menschen zu werden.
Die Genossen, die in Stockholm die deutsche Botschaft besetzten, um die politischen Gefangenen in der BRD zu befreien, schlossen ihre Erklärung auch mit diesem Satz: »Wir werden Menschen sein.«

Anschlag gegen die Ausländerbehörde Frankfurt (Juni 78)

Die Revolutionären Zellen haben heute Nacht im 3. Stock des Ordnungsamtes, wo sich die Ausländerbehörde befindet, eine Explosion verursacht, die ein Riesenloch und viele kaputte Fenster zur Folge hatte.
Wir hätten dort am liebsten sämtliche Terror-Akten verbrannt oder vernichtet, weil mit ihnen die Ausländer Tag für Tag von der Ausländerbehörde terrorisiert, schikaniert und diskriminiert werden. Doch wir mußten uns diesmal nur mit der symbolischen Zündung der »sozialen Zeitbombe« begnügen, wie die Herren im Bonner Bildungs- und Arbeitsministerium die Ausländerproblematik bzw. das wachsende Problem der Kinder und Jugendlichen der 2. Ausländergeneration nennen.
Die Ausländerbehörde ist die praktisch führende Gewalt der brutal kalkulierten Ausländerbeschäftigungspolitik der Bundesregierung.
Bei dieser Politik
* werden die Ausländer zuerst aus ihren Familienzusammenhängen in ihrer Heimat gerissen, weil die deutsche Industrie billige und leicht erpressbare Arbeitskräfte braucht. Dieselbe Industrie wird sie jederzeit wieder fortjagen, nachdem sie wirtschaftlich, d.h. als Arbeitskraft, Konsument, Steuerzahler und Sparer, voll ausgesaugt worden sind.

* werden sie währenddessen sozial total isoliert, in Ghettos gedrängt, rechtlich wie Sklaven behandelt.
* ist das Ausländergesetz als ein Terrorinstrument zu sehen, das die Ausländer in einen chaotisierten Zustand versetzt und ihnen das Leben zur Hölle macht.
* sind dabei die ausländischen Kinder (»zweisprachige Analphabeten«) bisher die Leidtragenden mit der größten psychischen Belastung gewesen - eine heimatlose Generation, die nun ihre Sache selbst in die Hand nehmen wird.
* wird die Erteilung und jährliche Verlängerung der Aufenthalterlaubnis durch die Ausländerbehörde in die Nähe eines Gnadenakts gerückt, als würden die ausländischen Arbeiter die Lasten des Wirtschaftswunders nicht mittragen, wie jeder deutsche Arbeiter auch.
* arbeitet die Ausländerbehörde zusammen mit der Polizei an der Seite der profitgeilen Kapitalisten gegen die Ausländer - so der Terror der Spekulanten gegen die Ausländer in Frankfurt und ihre Unterstützung durch die Polizei; diese Rückendeckung hat mit zahlreichen Ausweisungen der mitstreikenden Ausländer auch einige Menschenleben gekostet: neun Jugoslawen kamen bei einem von Spekulanten verursachten Hausbrand ums Leben.
* kriegen schließlich diejenigen Ausländer keine Aufenthaltserlaubnis mehr, die diese barbarische Politik durchschaut haben und die entgegen der Abspaltungsversuche der Kapitalistenbande sich im Betrieb für die Rechte der übrigen Kollegen einsetzen, sich aktiv am Streik beteiligen und mit den deutschen Arbeitern eine gemeinsame Front bilden (die Folgen des Ford-Streiks, des Elsa-Streiks, Kündigung von R. Sanches bei Opel/Bochum usw.)
* arbeitet die Ausländerbehörde dann Hand in Hand mit der Ausländerpolizei, dem Arbeitsamt und dem Wohnungsamt, um die Widerstandleistenden unter den Ausländern fertig zu machen. So wird ihnen bei der Arbeit gekündigt, das Arbeitsamt vermittelt ihnen keine Arbeit mehr, ohne Arbeit wird ihnen die Aufenthaltserlaubnis nicht mehr verlängert und die Wohnung gekündigt. Das Wohnungsamt kriegt von der Ausländerpolizei die Anweisung, keine Wohnung mehr zu vermitteln usw.: sie werden ausgewiesen.
[...]
Unser Kampf gilt allen Formen der Unterdrückung - unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität und Alter!

Brandanschlag auf das Auto von Peter Sötje, Berlin (Mai 74)

Wir haben Sötjes Auto in Brand gesteckt, weil Peter Sötje als Bezirksstadtrat für Jugend und Sport mitverantwortlich ist für den Abriss der Putte in der Rügener Straße in Berlin-Wedding. Die langjährige Arbeit der Putte wurde kaputtgemacht von Leuten, die auf Kosten der Jugendlichen, auf Kosten der Bevölkerung Karriere machen wollen, große Politiker werden wollen. Dabei setzen sie sich rücksichtslos über die Interessen der Leute hinweg. Die Putte ist kein Einzelfall: Es wird versucht, das Schöneberger Jungarbeiter- und Schülerzentrum in der Delzinger Straße kaputtzumachen - ein Teil wurde schon abgerissen. Treber werden nicht unterstützt, sondern - im Gegenteil - die Trebebambule wird als kriminell diffamiert. Sonderprojekten wird das Geld, wenn überhaupt, erst nach mehrjähriger Wartezeit gegeben. Überall sollen Initiativen von Teilen der Bevölkerung gemaßregelt, gegängelt und diszipliniert werden.
Einem der profiliertesten Vertreter dieser rechten Jugendpolitik wollten wir mit der Aktion zeigen, daß

wir uns gegen Leute solchen Schlages zur Wehr setzen.
Die Putte lebt!!
Für selbstverwaltete Jugendzentren!
Setzen wir kollektiv und militant unsere Interessen durch!

Brandanschlag auf das Auto des Geschäftsführers der Krone-Werke in Berlin (Mai 74)

Auf jeder Betriebsversammlung hat die Krone-Geschäftsleitung - allen voran Huber - den Kollegen eingeredet, daß die wirtschaftliche Lage des Betriebes mies sei und daß man aus den roten Zahlen nur herauskäme, wenn mehr gearbeitet würde. In den letzten zwölf Monaten wurden bei Krone fast siebenhundert Kollegen entlassen. Huber hat in einem Interview mit der Morgenpost anläßlich der Industrieausstellung bekannt gegeben, daß das nicht dazu geführt hat, daß der Umsatz sank. Im Gegenteil: er stieg 1974 von 140 auf 150 Millionen DM. Das bedeutet: schärfere Arbeitshetze, das geht an die Gesundheit und an die Nerven. Maria Jovic und über zwanzig andere Frauen haben es nicht mehr ausgehalten. Maria kam ins Irrenhaus, weil sie von der Arbeit kaputt gemacht wurde, die übrigen Frauen wurden mit Psychopharmaka vollgestopft. Hubers zynischer Kommentar: »An den Arbeitsbedingungen kann das nicht liegen.« Darauf gibt es nur eine Antwort: Huber ans Fließband. Huber raus aus seinem dicken Eigenheim, rein in die Mietskaserne. Huber raus aus seinem dicken BMW, rein in den vollgepfropften Bus. Huber denkt nicht nur an sich, sondern auch an seine Belegschaft. Für sich hat er zu Weihnachten Skiurlaub besorgt, für die Kollegen sechs mal Vorarbeit, damit sie ein paar Tage dann frei haben können zwischen den Feiertagen. Weg mit der Vorarbeit - weniger Arbeit, mehr Lohn! - für Arbeiterautonomie und ein dreizehntes Monatsgehalt und mehr Sozialleistung, wie zum Beispiel die Unterstützung des multinationalen Betriebskindergartens und bezahlten Sonderurlaub! Wir wissen, daß Huber diese Forderungen nicht erfüllt, nur weil sein BMW brennt. Wir wissen aber auch, daß er keinen Finger krümmt, wenn man ihm nicht Feuer unter dem Arsch macht. Ohne Chefs geht's besser, Huber in den Zuber.

Aktion gegen den Spekulanten Kaußen, Köln (September 76)

Wir haben heute nachmittag die Privatwohnung des Spekulanten Kaussen in Köln, Neußerstr. 30-32 mit einer Bombe angegriffen. Kaußen ist einer von denen, die Menschen mit Wohnungen, Wucher und Drohungen umbringen. Genaugenommen ist er nicht nur einer, er ist das größte Schwein unter Westdeutschlands Hausbesitzern. 1962 hat Kaußen mit zwei geerbten Häusern angefangen. Heute gehören ihm 50.000 Wohnungen in Berlin, Hamburg, Köln und vor allem im Ruhrgebiet, in denen über 200.000 Menschen leben müssen. Daran verdient Kaußen pro Jahr c.a. 20 Millionen DM. Die Methode

ist immer gleich: Kaußen kauft Altbauten auf, erhöht die Mieten (manchmal um 100%), läßt die Häuser verfallen, quartiert in leerstehende Wohnungen Ausländer ein, die er doppelt und dreifach zur Kasse bittet. Zahlt man die Miete nicht pünktlich oder weigert sich, für Bruchbuden auch noch Mieterhöhungen zu zahlen, wird man von Kaußen herausgeklagt und notfalls von den Bullen auf die Straße gesetzt; Gesetz und Bullen sind auf seiner Seite. Gründe für Mieterhöhungen findet er immer: in Berlin forderte er von Mietern einen Zuschlag wegen »Gartenbenutzung« (vor dem Haus ist ein schmaler Grünstreifen). Im Kölner Süden ließ er die Fassaden einiger Häuser renovieren, kassierte städtische Anerkennungspreise und erhöhte anschließend die Mieten wegen gestiegenem Wohnwert. Für seinen Profit geht Kaußen über Leichen: in Köln ließ er ein Haus derartig vergammeln, daß sich eine Frau einen Stromschlag holte, als sie eine durch defekte Leitungen elektrisierte Tür anfaßte. Und Kaußen hat Angst. Er weiß, was er macht. Er verriegelt sein Haus, seine Wohnung. Er verläßt es fast nie. Es gibt nur zwei Bilder von ihm. Er läßt sich bewachen in seinem Bunker und will damit gleichzeitig beweisen: selbst für die größten Schweinereien gibt es keine Strafe. Von Kaußen distanzieren sich selbst einige Politiker. Aber das ist nur Heuchelei. Kaußen bekommt aufgrund gefälschter Gutachten unbesehen Millionenkredite von Banken, die bei Kleinkrediten genauer sind als die Bullen. Er versteht sich mit den staatlichen Stellen. 1967 kaufte Kaußen in Essen-Brake Häuser der staatlichen Ruhrkohle AG. 1973 verkaufte er die gleichen Häuser mit 2 Millionen DM Reingewinn (ohne die Mieten der 6 Jahre) an die Stadt Essen. Schließlich macht er nur das, was z.B. die gewerkschafteigene Neue Heimat in noch größerem Umfang betreibt. Kaußen ist kein schwarzes Schaf, er ist die fetteste Sau unter den privaten und staatlichen Spekulanten. Kaußen ist ein Beispiel dafür, daß man in diesem Land nur etwas werden kann, wenn man Menschen ausbeutet, bescheißt, betrügt und sich mit den Bullen und Staatsparteien gutstellt. Jede Form des Widerstands gegen Kaußen ist gerechtfertigt: Mietstreiks, Mietminderungen, Haus- und Wohnungsbesetzungen, Angriffe gegen seine Büros und Verwaltungsstellen. Unsere Aktion kann nur ein Anfang sein! Es wäre eine Schande, wenn so einer wie Kaußen friedlich im Bett sterben kann!

Aktion gegen Rechtsanwalt Wagner, Köln (August 80)

Am 13.8.80 haben wir Rechtsanwalt Wagner besucht. Er und sein ehrenwerter Kollege Türk bereichern sich als Rechtsanwälte in Köln im Sanierungsgeschäft. Seit Jahren pressen sie auch für Kaußen immer höhere Mieten raus.
Besonders von sich reden machten Wagner und Türk am 19.3.79, als sie eine bezahlte Schlägerbande losschickten, die mehreren türkischen Arbeiterfamilien die Wohnungen in der Brüsseler Str. 90 demoliert haben. Türen und Fenster haben sie eingeschlagen, Mauerwerk kaputtgemacht, und Wasserkräne ausgerissen - die Wohnungen unbewohnbar gemacht. Das alles, um die Türken zu vertreiben, um von besseren Mietern mehr Geld zu kassieren. Das ist kein Einzelfall und das betrifft nicht nur türkische Familien, sondern auch alte Menschen, Leute mit niedrigem Einkommen und Kinderreiche. Sie sollen raus aus der Stadt, weil arme Leute ein schlechtes Image für die Stadt abgeben. Der teure Boden ist für andere da. Schicke superteure Eigentumswohnungen wollte Böhmer, der das Haus in der Brüsseler Straße dann gekauft hat, dann machen. Aber nicht nur private Geier machen ihre Geschäfte. Die Stadt leistet Vorschub, unter dem Deckmäntelchens des guten Willens: »Schöner wohnen für den Bürger«. In

den Sanierungsgebieten kann unter städtischer Obhut die Vertreibung stattfinden. Da braucht kein Hausbesitzer ein schlechtes Gewissen zu haben. Das ist Teil eines Konzeptes, in dem Menschen verplant werden, die Bedürfnisse der Menschen den herrschenden Machtinteressen untergeordnet werden, die die Zerstörung sozialer Strukturen und deren Kontrolle bewirken.
In vielen Städten werden jetzt Häuser besetzt, wie z.B. in Bremen, Berlin , Köln - und in Freiburg gingen deshalb 10.000 Menschen auf die Straße. Wir haben Wagner bei unserem Besuch sein Statussymbol, einen Mercedes, angezündet, den er sich erkauft hat, indem er anderen Menschen die Wohnung und damit das Leben ruiniert hat. Alle, die an Sanierungsgeschäften beteiligt sind, sollen unseren Widerstand spüren, sollen merken, daß sie nicht in Ruhe die Lorbeeren ihrer menschenverachtenden Geschäfte genießen können. Das stärkt in uns das Bewußtsein, daß wir uns wehren können und nicht aufhören werden, Widerstand zu entwickeln, immer wieder Wege und Möglichkeiten auszuprobieren, um unsere Wut und unsere Sehnsucht nach Leben in Handlung umzusetzen. Wenn wir uns bisher in unseren Aktionen hauptsächlich gegen frauenspezifische Unterdrückung gewehrt haben, bringen wir hiermit noch einmal zum Ausdruck, daß Frauenkampf nicht heißt, sich auf frauenspezifische Bereiche zu beschränken, damit würden wir uns selbst politisch entmündigen. Frauenkampf ist umfassend, beinhaltet den Kampf gegen jede Form von Unterdrückung, Ausbeutung, Zerstörung und Menschenverachtung.
Der Kampf um Leben heißt Revolte!
Jedes Herz ist eine Zeitbombe!
Rote Zora

Aktion gegen das Bundesverfassungsgericht (März 75)

Frauen der Revolutionären Zelle haben am 4. März 1975 einen Anschlag auf das Bundesverfassungsgericht (BVG) gemacht.
Nicht, um die »Verfassung gegen das Verfassungsgericht zu schützen«, wie Herr Abendroth [75] meint, sondern um uns vor der Verfassung zu schützen. Einer Verfassung, die den legalen Rahmen liefert für die tagtägliche Ausbeutung, Zermürbung und psychische Zerrüttung von Millionen Frauen und Männern. Einer Verfassung, die Frauen illegalisiert - viele in den Tod treibt - wenn sie sich nicht von der Ärzte- und Richtermafia ihre Sexualität, den Umgang mit ihrem eigenen Körper, die Zahl ihrer Kinder vorschreiben lassen.
Wir stimmen nicht in das Gejammer darüber ein, daß das BVG den demokratisch zustande gekommenen Gesetzesentwurf des Parlaments außer Kraft setzt, weil es keinen nennenswerten Unterschied macht, ob 6 oder 600 Widerlinge die Existenzbedingungen von 60 Millionen Menschen diktieren.
Wir machen allerdings unter den gegenwärtigen Bedingungen einen sehr genauen Unterschied zwischen dem Grad der Volksfeindlichkeit der Gesetze, die diese Handvoll aus Steuergeldern bezahlten Kapitalistenknechte gegen uns erlassen.
Und das Terrorurteil des Bundesverfassungsgerichts, das das Abteibungsverbot in Übereinstimmung mit der berüchtigten »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« erneut zu Recht und Gesetz erklärt, ist in seiner Frauenverachtung und -vernichtung so unerträglich, daß wir es mit allen Mitteln bekämpfen werden.
Wir Frauen sollen weiter dazu gezwungen werden, ungewollt Kinder in eine Welt zu setzen, in der schon

gewollte Kinder unter Bedingungen aufwachsen müssen, die lebenslängliche Verkümmerung vorprogrammieren.
- vom Kinderkrippenghetto übers Kindergartenghetto in den Schulknast;
- kaserniert in Kleinstwohnungen in Betonwüsten;
- erdrückt in notgedrungen kaputten Kleinfamilien;
- gezwungen zu individueller Leistung, Konkurrenz und Isolierung;
- bedroht von Eltern, die diesen Wahnsinn nicht mehr aushalten und ihre Kinder dafür quälen, mißhandeln, totschlagen;
- bedroht durch einen Straßenverkehr, der jährlich in der BRD unter den Kindern mehr Tote und Verletzte fordert, als in jedem vergleichbaren anderen Land.
Immer mehr Kinder und Jugendliche wenden dieses Elend gegen sich selbst: Selbstmorde und Frühalkoholimus steigen sprunghaft an. Der 218 verhindert keine Abtreibung, das wissen auch die, die für seine Beibehaltung Gott und die Bullen in Bewegung setzen,
* wie die Gerichte, bei denen schon immer der Mord an einer aufmuckenden Frau leichter gewogen hat, als der an einem Unterdrückerschwein [...]. Wir sind solidarisch mit allen Frauen, die sich ihren Unterdrücker vom Hals schaffen.
* Wie die Kirchen, die in ihrer tausendjährigen Geschichte ihre faschistische Struktur durchgehalten haben: Frauen sind keine Menschen, sondern entweder Mütter oder Huren, »geläutert« bzw. bestraft für ihre Sexualität durch Schwangerschaft; denn sie wissen genau, daß es die Angst ist, die ihre Kirchen füllt. Wir haben nicht vergessen, daß sie unsere feministischen Schwestern im Mittelalter auf dem Scheiterhaufen verbrannt haben.
Wir Frauen haben in den Kirchen nichts mehr zu suchen, außer diese Brutstätten des Sexismus zu entweihen, z.B. mit Parolen, Sprechchören, Knallfröschen und Rauchbomben ... und den Pfaffen und Oberpfaffen öffentlich ihre muffigen Talare zu lüften, damit darunter die armseligen Hühnerficker zum Vorschein kommen.
* Die Ärzte, die ihr medizinisches Wissen bzw. Nichtwissen für sich behalten, um weiter aus dem Uterus Profit zu schlagen. Die hilfesuchende Frauen erniedrigen, erpressen und wenn sie überhaupt helfen, meist die gefährliche, veraltete und brutale Ausschabung vornehmen und sich weigern, die schonende Absaugmethode zu lernen und anzuwenden. Machen wir alle diese Schweine kenntlich, schreiben wir an ihre Limousinen, an ihre Villen, daß sie Schweine sind. Stören wir ihre Vorortidyllen mit Megaphonkundgebungen über ihre Machenschaften, wie es uns die japanischen Frauen bereits so schön vormachen. Schnappen wir uns die schlimmsten und verprügeln sie, teeren und federn wäre auch eine Möglichkeit.
Der Tag wird kommen,wo die Frauen sich erheben ...
aber nicht, ohne daß wir uns heute schon bewegen!

Wir haben mit dem BVG gewartet, bis die Sache mit der Entführung von Lorenz und der Befreiung von 5 Genoss/innen aus den Zuchthäusern weitgehend gelaufen war. Zweierlei zeigt es sehr deutlich:
* daß unheimlich viel möglich ist, wenn man von den Verhältnissen hierzulande ausgeht, wenn man begreift, daß offene Massenorganisationen lebenswichtig und richtig sind, aber ohne die Herausbildung von Stadt-, Fabrik-, Schul- und Frauenguerillagruppen auf eine bestimmte Sorte von Intervention reduziert werden, die für die Bekämpfung dieses Systems einfach nicht mehr ausreichen.
* daß das Gezeter um den Lorenz heißt, daß sie nicht mehr wissen, wie sie all die Volksfeinde in Parlamenten, Gerichten, Presse, Kirchen und vor allem die Kapitalisten selbst schützen sollen, daß sie begreifen, daß es jeder von ihnen hätte sein können. Damit haben sie ausnahmsweise recht.
Nach den Tausenden von Arbeits-, Verkehrs- und Abtreibungsopfern kräht kein Hahn. Sie sind unser

jährlicher, blutiger Tribut an dieses System. Aber dieser Lorenz ist einer von ihnen.
Frauen der Revolutionären Zelle

Gefälschte Gutscheine für Obdachlose, Berlin (Ostern 76)

Das grosse Fressen
In Berliner Obdachlosenheimen wurden Ostern 1976 gefälschte Gutscheine für Sozialhilfeempfänger verteilt. Mindestens 180 bis 200 Familien machten von der Möglichkeit, sich für 100, DM mal was Ordentliches zum Essen zu kaufen, Gebrauch und tauschten die Gutscheine in Lebensmittelgeschäften und Supermärkten ein. Fatale Situation für die Behörden: einmal Gegessenes kann man schlecht zurückholen. Es war auch nicht möglich, die Obdachlosen haftbar zu machen, ohne dabei die elende Lage der Obdachlosen an die Öffentlichkeit zu bringen, für die die »Volksvertreter« von SPD/FDP/CDU verantwortlich sind. Außerdem hätte man dann einem Kampfmittel zur Popularität verholfen, das neue Perspektiven im Kampf gegen Sozialabhängigkeit eröffnet (allerdings »erreichte« man das auch durch warnende Ansagen im Radio). So blieb den Behörden nichts weiter übrig, als die Illegalität als Kampfmittel der Unterdrückten hinzunehmen. Die unten abgedruckte Erklärung der Gruppe, die diese Aktion durchführte, findet man mittlerweile auf Klebern in Obdachlosenheimen.

Erklärung zur Osteraktion in Berliner Obdachlosensiedlungen
Warum haben wir im Namen des Senators für Arbeit und Soziales in den Obdachlosenheimen Bestellzettel verteilt?
Nicht nur, damit sich die Leute im Obdachlosenheim einmal ein schönes Osterfest machen können, sondern weil wir dies für eine richtige politische Praxis halten. Wir sind der Meinung, daß wir durch diese Aktion den Obdachlosen das gegeben haben, was ihnen sowieso zusteht. Die Wirtschaft befindet sich zur Zeit angeblich in einer Krise. Die Profite der Unternehmer steigen jedoch ständig weiter. Vom Staat werden den Unternehmern Millionen hinterhergeschmissen. Diese Millionen sind den Arbeitern geklaut worden. Sie müssen immer mehr arbeiten, mehr zahlen für Miete [...], Krankenkasse, Arbeitslosenversicherung und Lebensmittel. Gleichzeitig werden die Ausgaben des Staates für den sozialen Bereich gekürzt. Immer mehr Jugendliche und Erwachsenen werden arbeitslos. Viele müssen von Sozialhilfe leben. Sozialhilfeempfänger bekommen im Monat soviel Geld, wie ein Herr Schütz [76], Schmidt [77], Strauß [78], Quandt [79], Flick [80], Springer [81] und Co. an einem Abend versaufen. Viele Familien haben auch dann, wenn sie noch Arbeit haben, nicht mehr Geld zum Leben als Sozialhilfeempfänger.
Wir haben die Scheine auch gerade in Obdachlosenheimen verteilt, weil wir wissen, daß die Familien dort nicht nur wenig Geld haben, sondern auch noch unter Bedingungen leben, die die Kinder in die Sonderschulen, die Jugendlichen in die Kriminalität und Erwachsene in den Alkoholismus treiben. Für uns ist diese Aktion nur ein Anfang. Wir sind der Meinung - wie die Genossen in Italien, Frankreich und Südamerika - daß auch in der BRD den Armen das gegeben werden muß, was die Reichen ihnen nehmen, bis sie es sich selber holen.
Friede den Hütten, Krieg den Palästen!

Brandanschlag auf Staatsanwalt und Richter - Warum? (Mai 77)

- Friede den Hütten, Krieg den Palästen -
Ostern 76 konnte in Berliner Obdachlosenheimen endlich gefeiert werden. Mehrere Hundert Lebensmittelbestellscheine im Wert von je 100, DM waren [...] verteilt worden. Hunderte von Arbeitslosen haben diese Gutscheine in Kaufhäusern und Lebensmittelgeschäften eingelöst. [...] »Terror auf leisen Sohlen« (besonders gefährlich) jammerten Bullen und Springerpresse, aber es machte ihnen Schwierigkeiten, diese gelungene Aktion der »Fälscher« zu verteufeln. Wo kein Terror ist, sagten sich die Bullen, muß man welchen machen: Sie ließen die Bewohner der Obdachlosenheime verhören, setzten sie massiv unter Druck. Aber keiner von ihnen hatte etwas gesehen oder gehört (sie fanden die Aktion nämlich gut).
Daraufhin sahen zwei Terroristen im Talar ihre Stunde gekommen: Staatsanwalt Fackelday und Richter Rautenberg griffen zwei Obdachlose heraus und brummten ihnen Geldstrafen von 800, DM (ersatzweise Haft!!) auf. Beide Rechtsverdreher haben wahrscheinlich noch nie ein Obdachlosenheim von außen gesehen - sie wohnen in schönen Häusern mit Garten in Zehlendorf und Rudow. Dazu gehört auch ihr dickes Auto. Dieses Auto haben wir ihnen heute flambiert (ein Audi 100 und ein Volvo) als Antwort auf den Staatsterror. [...]
Krieg den Palästen!

Falsche Karten - flambierte Automaten: Fahrpreiskampf (1975)

In fast allen Großstädten wurden 1975 die Fahrpreise erhöht. Nachdem im Frühsommer in Hannover und Heidelberg Zehntausende auf den Straßen kämpften, wurden in der Folge alle Versuche, eine Mobilisierung über die Linke hinaus zustande zu bringen, von der Staatsgewalt militärisch zunichte gemacht. Demonstrationen wurden zusammengeknüppelt, Flugblattverteiler festgehalten, in München wurden kürzlich Plakatekleber sogar in Untersuchungshaft genommen.
Dennoch wäre es falsch zu glauben, die Verkehrsgesellschaften, die ja meist in städtischem oder staatlichem Besitz sind, würden mit ihren Preiserhöhungen und der Zerknüppelung jeden Protestes Unterstützung finden. Niemand ist so verrückt, hohe Fahrpreise gutzuheißen. Zugenommen hat vor allem der individuelle Widerstand oder der von Kleingruppen, der sich in drei Dingen besonders ausdrückt:
- die Zahl der Schwarzfahrer hat zugenommen; nicht umsonst nahm die Zahl der Kontrolleure in vielen Städten überdimensional zu,
- es ist im letzten Jahr erstmals in vielen Städten zu Sabotageaktionen gegen Entwerter und Fahrkartenautomaten gekommen,
- es gibt mehr Auseinandersetzungen mit Kontrolleuren, die mehr und mehr zu einer Privatpolizei

werden.
Auch wenn all diese Aktionen in der Regel unorganisiert und ohne Kontinuität bleiben, so bringen sie jedenfalls mehr als die verbalen Proteste der Linken zum Ausdruck, daß der Kampf für den Nulltarif eine praktische Sache ist und nicht auf die Zukunft vertagt werden muß. Der Kampf gegen hohe Fahrpreise ist auch keine Frage einer Kampagne, sondern die eines täglichen, andauernden Kampfes. Nicht die Erhöhungen der Fahrpreise sind Anlaß fürs Schwarzfahren, sondern die Tatsache, daß man selber dafür zahlen soll, wenn man zum Betrieb oder zum Einkaufen fährt.
So wie man ständig gegen Ausbeutung und Unterdrückung in der Fabrik angehen sollte, so notwendig ist dies auch außerhalb der Fabrik. Dies um so mehr, als bereits angekündigt wurde, daß es von nun an jährlich zu Fahrpreiserhöhungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln kommen werde.
Die Revolutionäre Zelle hat an diesem Widerstand mit mehreren Aktionen teilgenommen, hat versucht, ihn zu verbreitern und Vorschläge für neue Aktionsformen entwickelt.
- Wir haben zweimal in Westberlin, am 16.7. und 17.11.75 insgesamt 120.000 Sammelfahrkarten im Wert von 360.000 DM verteilt. Die Karten wurden zusammen mit einem Flugblatt der Revolutionären Zelle in Arbeitervierteln in die Briefkästen gesteckt. Wir haben damit von dieser Sammelkarte mehr in Umlauf gebracht, als die Berliner Verkehrsgesellschaft selbst. Zu beiden Terminen haben wir mit unserem UKW-Sender Musik- und Informationsprogramme ausgestrahlt, die im Umkreis von ca. 10 km gut verständlich waren.
- Während es in Westberlin angemessen war, Fahrkarten nachzudrucken, da diese erst in Bus bzw. Bahn entwertet werden, ist in Frankfurt die Situation vollständig anders. Der Frankfurter Verkehrs Verbund (FVV) hat 1974 an jeder Haltestelle einen kostbaren Automaten aufstellen lassen, aus dem der Fahrschein mit Aufdruck herauskommt. Wenn diese Automaten nicht mehr funktionieren, kann niemand mehr eine Fahrkarte lösen, d.h. niemand braucht mehr eine zu haben. Am 8. und 20.10. haben wir mit Brandsätzen 10 dieser geldgierigen Roboter zerstört. Auf überall in Frankfurt verteilten Flugblättern haben wir außerdem Tips gegeben, wie man auch mit einfacheren Mitteln die Automaten zumindest kurzfristig lahmlegen kann.
- Wir haben am 16.10. auch in Köln zwei Brandsätze in Fahrkartenautomaten gelegt, die aber aufgrund technischer Mängel nicht zündeten. Es gibt viele Möglichkeiten, den Protest gegen Fahrpreise auszudrücken. Die Aktionen der Revolutionären Zelle sollten den Widerspruch zwischen allgemeinem Protest gegen die Fahrpreise und völliger Ratlosigkeit über die zu benutzenden Kampfformen aufgreifen. Sie haben eine Identifikationsmöglichkeit geschaffen, die Worte und Parolen alleine nie herstellen.
Es ist lächerlich und wirklichkeitsfremd, wenn gerade in diesem Zusammenhang vor kurzem in Westberlin auf einem teach-in behauptet wurde, die Unmöglichkeit der Stadtguerilla in der BRD erweise sich daran, daß die von uns verteilten Fahrkarten alle an die Bullen zurückgegeben worden seien. So dumm dies zu behaupten, sind nicht einmal die Bullen selber. Von den 120.000 Karten wurden höchstens 15.000 zurückgegeben; davon waren ca. 3.000 in Tüten, die wir stehenlassen mußten. Nicht einmal 10 % der Karten sind zurückgegeben worden. Viele Arbeiter, Hausfrauen, die CDU und SPD wählen, sind mit gefälschten, von einer revolutionären illegalen Organisation verteilten Karten bewußt gefahren. Wir halten das nicht für ein Beispiel für die Unmöglichkeit von Stadtguerilla in der BRD, sondern für ein kleines Beispiel, wie man Widersprüche im Bewußtsein aufgreifen, es an einem Punkt gegen die bürgerliche Gesellschaft und ihre Verhaltensformen wenden und eine wirkliche Klasseneinheit herstellen kann. Unter deutschen Verhältnisen halten wir es schon für beachtlich, wenn einige zehntausend Leute etwas Illegales machen und noch mehr das unterstützen.
Nicht allein die Revolutionäre Zelle hat diese Möglichkeiten illegaler Politik erkannt und genutzt. In München wurden 70 Automanten mit Kalkbrei behandelt, Geld und Karten wurden entnommen. In vielen Städten wurden Schwarzfahrertips verteilt und geklebt: oft getarnt als »offizielle« Mitteilungen

der betreffenden Verkehrsgesellschaften [...]

Brandanschlag auf die Schwarzfahrerkartei des Frankfurter Verkehrsverbundes (September 76)

Wir haben heute schon unser Weihnachten gehabt. Der Lichterglanz kam aus der Bußgeldstelle des Frankfurter Verkehrsverbundes, da wo sie die Schwarzfahrer erfassen und bearbeiten - dort haben wir Feuer gelegt. Wer also in letzter Zeit schwarzgefahren ist: nicht zahlen, das wäre rausgemissenes Geld. [...]

Brandanschlag auf die Schwarzfahrerkartei Berlin (Juni 77)

In den Zeitungen von Dienstag und Mittwoch konnten wir es lesen und überzeugend sehen: die drei Räume der Schwarzfahrerkartei sind vollständig ausgebrannt - sogar der Putz kam von den Wänden! Jetzt will uns die BVG weismachen, daß die Schwarzfahrerkartei in diesen Räumen als einziges von den Flammen verschont blieb (sind die Karteikarten aus Asbest?).
Das ist eine Notlüge der BVG, die denselben Trick versucht wie der Frankfurter FVV, als die RZ vor 1 1/2 Jahren dort die Schwarzfahrerkartei abbrannte und hinterher auch behauptet wurde, daß nichts vernichtet worden ist. Wir hatten uns vor der Aktion davon überzeugt, daß die Schwarzfahrer der letzten 12 Monate jeweils in Büchern handschriftlich notiert wurden und diese Bücher nach Büroschluß in den Schreibtischschubladen aufbewahrt wurden. Die Inneneinrichtung - alles aus Holz - ist aber vollständig verkohlt!!
Also, keine Angst, liebe Schwarzfahrer, wer in den letzten 12 Monaten geschnappt wurde, der ist jetzt aus der Kartei gelöscht. [...]

Zur Aktion gegen auf die Berliner Verkehrsgesellschaft (August 77)

Es ist nicht unsere Absicht, die BVG sinnlos zu zerstören. Busse und Bahnen sollen unbehindert fahren, aber umsonst!!!! [...]

Aktionen gegen auf Fahrscheinkontrolleure, Frankfurt (März 78)

Wir sind gestern Nacht einigen Fahrscheinkontrolleuren des FVV etwas näher auf den Pelz gerückt:
- Dem jungvermählten FVV-Ehepaar [...] haben wir ihren Fiat mit Benzin und Petrolium flambiert.
- dem Kontro [...] haben wir mit einem kleinen Sprengsatz den Hauseingang verschönert.
Wir meinen, daß es höchste Zeit wird, dort anzugreifen, wo wir täglich getroffen werden: Das sind beim FVV die täglichen massenhaften Fahrkartenkontrollen auf dem Hintergrund von
- Fahrpreiserhöhungen bis zu 50 %, die sich vor allem gegen diejenigen wenden, die sich ihnen am wenigsten entziehen können, weil sie mit der FVV zur Arbeit, zur Schule, zum Einkaufen usw. fahren müssen;
- die Verdoppelung des Schwarzfahrerbußgelds von 20 DM auf 40 DM
gewinnen diese Kontrollen eine immer widerlichere Bedeutung: sie treffen nicht nur die bewußten Schwarzfahrer, sondern vor allem Leute, die gezwungen sind, schwarzzufahren, weil ihnen das Geld fehlt [...] Zu den Geldbußen kommen Strafbefehle, Vorstrafen oder gar Knast.
Mit dem Ende des »deutschen Wirtschaftswunders« und dem immer unverschämter werdenden Klau aus unseren Haushaltskassen geht einher ein neues »Wirtschafswunder«, das Wirtschaftswunder der Parasiten dieses Systems. Des Kontroll-, Bespitzelungs- und Überwachungsapparates. Totale Computererfassung, Wiedereinführung des Nazi-Blockwartsystems (heute nennen sie das »Kontaktbereichsbeamte«), tägliche Verkehrskontrolle, personelle Aufstockung der staatlichen und privaten Bullen, Werkschutz, Kaufhausdetektive, Straßenbahnkontrolleure und private Bewachungsunternehmen. [...]
Die Kontrolleure sollen ihren Schweinejob aufgeben - und zwar schleunigst ! [...]

Aktion gegen den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr, Gelsenkirchen (Februar 84)

SCHALKE 04 [82]
Seit fünf Jahren pflegt der VRR nun mittlerweile die Tradition neujährlicher Preiserhöhung.
Hat der VRR bei der Ausplündung seiner Kunden in den letzten Jahren bereits Meilensteine gesetzt, so wartet er dieses Jahr sogar mit zwei besonderen Highlights auf:
Arbeitslose dürfen sich von morgens bis abends auf aussichtslose Arbeitsplatzsuche mit einer preisreduzierten Monatskarte begeben; außer zu den Stoßzeiten, wo sie die Sitzplätze für das arbeitende Volk freizuhalten haben.
Rausgeräumt werden auch die vielen Behinderten, die selbst noch gehen können, aber trotzdem bisher umsonst fahren konnten. Die Opfer der Kriege in den Betrieben und auf der Straße sollen so nicht länger die »heile Welt« der noch Gesunden trüben.
Unser »Bömbchen« am Zentralgebäude des VRR in Gelsenkirchen, das wir bewußt so plaziert haben, daß Anwohner und Tabakladen nicht geschädigt werden, wird dies vorerst nicht aufhalten können. Es ist

nur ein kleiner Schritt im Kampf gegen die Politik des VRR [...] und eine Ermutigung für die Hunderttausenden, die täglich schwarzfahren.

Verteilung gefälschter Fahrkarten, Ruhrgebiet (März 81)

Die Fahrkarten des VRR, die Montagmittag, den 30.03.81 in verschiedenen Städten des Ruhrgebietes, in Hagen, Dortmund, Bochum, Recklinghausen, Gelsenkirchen, Essen, Wuppertal, Bottrop, Oberhausen, Duisburg, Mülheim, Krefeld, Mönchengladbach und Düsseldorf verteilt worden sind, als Hauswurfsendungen, sind von uns selbst in eigener Herstellung gefertigt worden. Zigtausende gefälschter Fahrkarten aller Preisstufen. Das gibt wenigstens ein paar tausend Menschen im Revier die Gelegenheit, in den Genuß eines kostenlosen Nahverkehrs zu kommen: Null-Tarif mit Fahrscheinen, mal was anderes.
Seit zehn Jahren, seit den ersten »Rote-Punkt-Aktionen« in Hannover, gibt es eine Bewegung für den Null-Tarif. Diese Bewegung hat alle guten Gründe auf ihrer Seite. Daß sie dennoch selbst mit ihrer Minimalforderung »kostenloser Nahverkehr« auf Granit stößt, hat mit dem Prinzip der Kostendeckung nichts, aber auch gar nichts zu tun. Es geht um ein anders Prinzip, mit dem nicht gebrochen werden darf: Leistung kostet was, wo was geboten wird, mußt du löhnen. Diese Maxime der Leistungsgesellschaft gilt es zu wahren, selbst um den Preis einer Verkehrspolitik, die den inneren Zusammenhang von kapitalistischem Fortschritt und Zerstörung auf den Begriff bringt.
Dem Moloch Auto wird so lange gehuldigt, bis jegliche Alternative undenkbar und der Wagen zum unentbehrlichen Bestandteil des Lebens geworden ist. Die »alltäglichen« Nebenerscheinungen: 15.000 Verkehrstote jedes Jahr und 500.000 Verletzte, verwüstete Städte, die nach dem Grundsatz der Befahrbarkeit und nicht nach dem der Bewohnbarkeit geplant werden, statt der Freiheit, die dem Besitzer eines Autos versprochen wird, totale Abhängigkeit. Statt Komfort und Lebensstandard, stickiges Chaos im Dickicht der Straßen, auf denen die bürgerliche Ideologie »jeder gegen alle« Triumphe feiert.
In vielen Ruhrgebietsstädten haben Gruppen bis hin zu den Grünen die Fahrpreiserhöhungen des VRR zum 1.3.81 zum Anlaß genommen, mit Flugblättern, Demos, Wandmalereien, kleineren Sabotageakten gegen Automaten und Entwerter usw. erneut Null-Tarif zu fordern. Wir begreifen unsere Aktion in diesem Zusammenhang. [...]
Revolutionäre Zellen + Rote Zora

Brandanschlag gegen die Vorführung des »Entebbe«-Films (Januar 77)

Der Film »Unternehmen Entebbe« verherrlicht den Angriff israelischer Militärs auf ein von deutschen und palästinensischen Genossen entführtes Flugzeug, den Einmarsch in Uganda - als sei dies eine

amerikanisch-israelisch-deutsche Kolonie - und die Erschießung von 20 ugandischen Soldaten als notwendige und ziemlich sympathische Aktion gegen den sog. »Terrorismus«. Den Zuschauern wird dieser Dreck als Abenteuerfilm verkauft: die Israelis sind die Helden, gut und menschlich; die »Terroristen« sind das Böse schlechthin, Abschaum, außerdem wahnsinnig und durchgeknallt.
Die Methode ist bekannt: so wie im Faschismus Propagandafilme gedreht wurden, die das deutsche Volk emotional auf Judenmord und Antifaschistenhetze einstimmen sollten, so werden wieder Filme gedreht, die dem weltweiten Völkermorden, den immer neuen Grausamkeiten des Imperialismus an Befreiungsbewegungen moralische und politische Unterstützung geben sollen. Hier konkret:
- der fortdauernden Besetzung palästinensischen Landes durch den Staat Israel
- den weltweiten Angriffen der »amerikanischen-israelischen Herrenrasse« gegen die (ugandischen, vietnamesischen, palästinensischen u.a.) »Untermenschen«
- die Verhetzung all jener als verrückt und kaputt, die sich bewaffnet wehren.
Der Film verdreht die Wirklichkeit bis zum Unkenntlichen. Der Kampf des palästinensischen Volkes richtet sich nicht gegen die Juden, sondern gegen den Zionismus als Staatsform und Ideologie, der die Vertreibung eines ganzen Volkes rechtfertigte. Der Kampf gegen den Zionismus ist genauso wenig rassistisch, wie es der Kampf gegen das faschistische Deutschland war, der auch nie gegen das deutsche Volk, sondern gegen den Faschismus als Herrschaftsform und die organisierten Reaktionäre und Kriegstreiber geführt wurde.
Die Entführung von Entebbe sollte nicht Leben vernichten, sondern Leben retten und zurückgeben, das in israelischen und europäischen Gefängnissen zerstört wird. Die Aktion war so angelegt, daß auch das Leben der Geiseln geschont war und erst durch den israelischen Angriff gefährdet wurde.
Wir haben heute in mehreren westdeutschen Kinos, die den Film »Unternehmen Entebbe« spielen, Feuer gelegt. Dies soll als Warnung verstanden werden von den Filmverleihern und den Kinobesitzern, die an der rassistischen Hetze verdienen wollen, aber auch als Warnung an die Zuschauer.
Dieses Mal haben wir durch Art und Umfang unserer Aktion sichergestellt, daß niemandem etwas geschehen kann. Um vermeidbare Risiken für die Zukunft auszuschalten, fordern wir:
Sofortige Absetzung des Hetzfilms »Unternehmen Entebbe«!
Boykott aller nachfolgenden Entebbe-Filme!
Mit dieser Forderung stehen wir nicht allein. In Italien brannten ebenfalls einige Kinos. In Japan wurde der Film bereits ausgesetzt. In der gesamten arabischen Welt, in fast allen afrikanischen und asiatischen Ländern wird dieser Film erst gar nicht gezeigt. In der Ablehnung dieses Films formiert sich erneut die Bewegung, der die Genossen Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann ihr Leben gegeben haben: dem internationalen Kampf gegen Ausbeutung, Rassismus, politische Unfreiheit!

Aktion gegen die Israelische Import-Gesellschaft Agrexco, Frankfurt (Juni 78)

Wir haben gestern abend auf die israelische Import-Gesellschaft Agrexco agricultural einen Anschlag verübt.
Agrexco ist der größte Importeuer für israelisches Obst in ganz Europa. Und der Citrusexport ist der wichtigste Wirtschaftszweig des imperialistischen israelischen Staates, aus dessen Gewinnen er - neben

Milliardenhilfen aus der USA und der BRD - seinen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser finanziert. Für 1978 ist eine Verdoppelung dieses Exportes nach Europa geplant. Agrexco ist bei der Eroberung neuer Märkte die strategisch entscheidende Rolle zugedacht.
Wir wollten dem nicht tatenlos zusehen. Eine Aktion, an die wir dabei bewußt anknüpfen wollen, war Anfang dieses Jahres, als arabische Arbeiter israelische Orangen mit Quecksilber ungenießbar gemacht haben. Manche waren der Meinung, dies sei eine CIA-Aktion gewesen und sie sei auf eine Ebene zu stellen mit Bahnhofsbomben und Trinkwasservergiftung. Diese Meinung kann nur zustande kommen, wenn man Aktionen nicht analysiert, den Unterschied zwischen Ungenießbarmachen von Orangen - was es ausschließlich war - und Massenvergiftung nicht sieht und letztlich die wahren Schuldigen, Israel und die BRD, die bereit waren, wirkliches Gift unter die Leute zu bringen, davonkommen läßt.
1. Die arabischen Tagelöhner auf den Plantagen der Besatzungsmacht Israel haben Quecksilber in das Obst gespritzt, damit es aus dem Handel gezogen werden muß, um damit Israel ökonomisch an seiner empfindlichsten Stelle zu treffen.
2. Dieser Aktion vorausgegangen war eine Erklärung an die Regierungen aller OECD [83]-Staaten, in der sie von der Vergiftung der Orangen unterrichtet und gleichzeitig eindringlich gewarnt wurden, weiterhin Obst aus Israel zu beziehen. (Diese Warnung wurde einfach unterschlagen. Es wurden weder die Einfuhren gestoppt, noch eine Untersuchung der Früchte eingeleitet. Da die Art des Giftes im voraus nicht bekannt war, bedeutet der Entschluß zum bedingungslosen Weiterverkauf des Obstes ganz klar eher eine Massenvergiftung in Kauf zu nehmen, als sich ein Milliardengeschäft ruinieren zu lassen.)
3. Daß die arabischen Arbeiter für ihre Aktion kein tödliches Gift, sondern das harmlose Quecksilber verwendet haben, beweist, daß sie dem Imperialismus alles zutrauen, auch eine Massenvergiftung der eignen Bevölkerung.
Wir sind der Meinung, daß diese Aktion richtig angelegt war, aber durch die fehlende praktische Solidarität der Linken in den Metropolen und von der Medienhetze ins Zwielicht gerückt werden konnte. Die Tatsachen sehen jedoch folgendermaßen aus:
- Israel wurde ökonomisch schwer angeschlagen. Die Verluste bewegten sich in Milliardenhöhe, die Einbußen gehen bis heute weiter.
- Bei der Aktion wurde niemand ernstlich geschädigt. (Es ging der verantwortlichen Gruppe nicht nur um eine militärische Aktion gegen die angekündigte Verdoppelung des Citrusexportes, sondern gleichermaßen um eine politische Aktion gegen Israel, die nicht dazu führen durfte, daß sich die Bevölkerung der Metropolen psychologisch und politisch enger um Israel scharte).
- Es wurde der Beweis geliefert, daß der Imperialismus selbst vor einer Massenvergiftung nicht zurückschreckt.

Unsere Aktion bei Agrexco verstehen wir einerseits als bewußte Fortsetzung und Weiterführung dieser Aktion der arabischen Arbeiter, d.h. als praktisch genutzte Chance zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk. Andererseits kann diese Aktion nur dann ihren politischen Zweck erfüllen , wenn sie von der Linken aufgegriffen und verstanden wird als Auftakt zu einer breitangelegten Kampagne, angefangen bei Flugblättern über die Zusammenhänge, Boykottkampagnen gegen israelische Waren über Diskussionen mit Leuten beim Einkaufen bis hin zu Stinkbomben und Säureattentaten gegen israelische Produkte und der Vernichtung der überall in den Kaufhäusern ausgelegten israelischen Obstbestände.
Es gibt andere israelische Institutionen, deren Rolle bei dem Vertreibungs- und Ausrottungsfeldzugs gegen die Palästinenser sicherlich noch unmittelbarer und eindeutiger ist.
Zionistische Zentralen etwa wie die jewish agency, die von hier aus die israelische Siedlungspolitik

strategisch plant und vorbereitet oder der jüdische Nationalfond, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, über ein engmaschiges Netz von Spenden und Stiftungen, in das sämtliche Juden integriert sind, jedes Jahr Millionenbeträge nach Israel zu transferieren, um damit die Errichtung von zionistischen Wehrdörfern und -siedlungen zu finanzieren.
Diese Institutionen haben es sich zum Prinzip gemacht, in ihrer unmittelbaren Umgebung kulturelle und soziale jüdische Einrichtungen anzusiedeln (Altenfürsorge, Kinderkrippen etc.) - oder einfach in ein normales Wohnhaus voller Familien zu ziehen, mit der Absicht, daß bei Anschlägen auf ihre Agenturen möglichst viele Menschen getroffen und verletzt werden, um diese dann nach uralter und bewährter zionistischer Strategie als »antisemitische Ausfälle« denunzieren zu können.
Diese Art der Verschanzung, die ganz systematisch unbeteiligte Menschen als lebendes Schutzschild mißbraucht, die zumeist gar nicht wissen, wer sich da mitten zwischen sie gesetzt hat, ist eine der niederträchtigsten und menschenverachtensten »Spezialitäten« des Zionismus.
Das heißt nicht, daß wir Anschläge auf zionistische Institutionen dieser Art für falsch halten, das heißt lediglich, daß wir uns über eins klar sein müssen: der israelische Staat und seine Vertretungen hier in der BRD arbeiten mit allen Mitteln (Wenn's sein muß, auch mit Toten) und ihnen ist kein Preis zu hoch, um den Leuten ihre Propagandaparolen einzuhämmern: daß nämlich der antizionistische Kampf nur ein weiteres blutiges Glied in der Kette der Judenverfolgung sei.
Und angesichts des gigantischen Propagandaapparates, der Israel hier zur Verfügung steht, genügt es nicht zu sagen, daß gerade der israelische Staat es ist, der die Politik der Vertreibung, Verfolgung und Ausrottung eines ganzen Volkes fortführt und weiterpraktiziert, diesmal gegenüber den Palästinensern und der Enteignung ihres Bodens, was seine Entsprechung hatte in der Blut- und Boden-Politik der Nazis, bis hin zu sprachlichen Details, wenn das den Palästinensern entrissene Land als »heiliger Boden, Boden unser oder biblischer Boden« bezeichnet wird.

Der Kampf gegen den Zionismus ist der entschiedenste Kampf gegen jeglichen Antisemitismus. Denn genauso wie er die faschistischen Verbrechen bekämpft, bekämpft er die Verbrechen des israelischen Staates an den Palästinensern, die selbst Semiten sind.

Aktion gegen die Import-Firma Hameico Frankfurt (Juni 79)

Zum Sprengstoffanschlag auf die Lastwagen eines Vertriebsmonopolisten für israelische Früchte und Gemüse auf palästinensischem Boden haben wir heute die Firma Hameico attackiert, um unseren praktischen Widerstand zu setzen gegen den nicht enden wollenden faschistischen Genozid am palästinensischen Volk. Dieser alltägliche Völkermord, dessen Blutlinie von den Massakern ý la Kafr Kassem [84] bis zu den aktuellen Fliegerangriffen auf palästinensische Flüchtlingslager ungebrochen ist, findet derzeit einen neuen Höhepunkt in den vertraglichen Strangulierungsversuchen von Camp David. [85] Politisch abgesichert durch die Zustimmung der sozialdemokratischen Bundesregierung, die den Holocaust an den Palästinensern im 30. Jahr ihres Bestehens vor allem materiell durch gewaltige Kredite an Sadat [86] garantiert, die über die gewerkschaftseigene Bank für Gemeinwirtschaft einem zionistischen Staat alle Hilfe gibt, dessen Instrukteure und Waffen die faschistischen Regimes in

Nicaragua, Südafrika, Argentinien etc. an der Macht zu halten versucht. In Ansehung gerade der Opfer von Auschwitz ist eine Verdrängungsleistung ý la Holocaust-Spektakel [87] nur dazu angetan, von den aktuellen Verbrechen abzulenken.
Wir werden von nun an eine Kampagne zur Unterstützung des palästinensischen Befreiungskampfes einleiten, die einen der empfindlichsten Nerven des zionistischen Staates Israel trifft - seine marode Ökonomie.
Im Zeichen der Inflation und vor dem Hintergrund von Devisenknappheit ist Israel vor allem auf den expansiven Export seiner Agrarprodukte dringend angewiesen. In Fortführung der Ungenießbarmachung von Citrusfrüchten und unseres Sprengstoffanschlages auf die Firma Agrexco vor einem Jahr, garantieren wir nun, auch die deutschen Vertriebsfirmen aller israelischen Produkte nicht mehr in Ruhe zu lassen. Ihre einzige Chance ist es, sofort den Vertrieb oder Verkauf solcher Waren einzustellen - es gibt auch anderswo Äpfel.
Wir fordern auch andere Antifaschisten auf, mit uns gemeinsam mit einfachsten und ungiftigen Mitteln zionistisches Obst ungenießbar zu machen (mit Injektionen und Buttersäure etc.), was - wenn es unter das nicht behandelte Gemüse gemischt wird - einen erneuten Boykott provoziert. So, wie wir verstärkt und ungebrochen gegen Gewerkschaftsbürokratie und Atom-Herren vorgehen, ist auch die Chance, einen wirkungsvollen Beitrag zur Unterstützung des palästinensischen Kampfes zu leisten - unter welchem Namen auch immer.
Überall geschieht etwas in letzter Zeit, sei es gegen SPD-Büros, sei es gegen AKW-Gangster - wir müssen nur unseren Kampf intensivieren, mit List und Ausdauer, Geduld und Energie.

Erklärung zu einem Bombenanschlag im Münchner Hauptbahnhof (September 75)

Keine Bombe im Münchner Hauptbahnhof
[...] Enttäuscht, daß nicht schon wieder ein »Blutbad« den »anarchistischen Gewalttätern« in die Schuhe geschoben werden kann? Wie in Birmingham [88], wie in Mailand [89], wie zuletzt bei uns, in Bremen im Dezember 74 und gestern in Hamburg?
Dabei ist doch gerade euch Bullen klar und euch, die ihr in den Zeitungs- und Rundfunk-Redaktionen sitzt:
Alle Aussagen und alle Praxis der Guerilla zeigen, daß ihre Aktionen Angriffe sind auf die Herrschenden, daß ihre Aktionen Widerstand sind gegen das System der Unterdrückung.
* Die Bullen haben im Juni 72 versucht, Stuttgart mit Bombendrohungen in Panik zu versetzen. Sie haben die Weltmeisterschaft benutzt, um Tausenden mit den angeblich von der Guerilla geplanten Raketenangriffen auf die Fußballstadien zu drohen. Sie haben den Plan der Trinkwasserverseuchung in Baden-Württemberg für ihre Einschüchterungstaktik in die Welt gesetzt. In Bremen im Dezember 74 und gestern in Hamburg haben die Provokateure ernst gemacht: Sprengkörper wurden inmitten von Menschenansammlungen gezündet: ohne einen Gedanken an Gesundheit und Leben der Bevölkerung zu verschwenden, setzen sie ihre Drohungen in die Tat um, um mit allen Mitteln die Hetze gegen die linksradikale Bewegung und gegen die Guerilla zu verstärken.
* Die Guerilla hat die US-Armee, die sich im Krieg gegen das vietnamesische Volk befand, auch in

Deutschland angegriffen. Die Guerilla hat Bomben gegen das Bundesverfassungsgericht, gegen Kapitalistenverbände, gegen die Feinde des chilenischen und des palästinensischen Volkes eingesetzt. Sie hat CDU-Chef Lorenz entführt, um politische Gefangene zu befreien. Sie kämpft gegen die Teuerung und verstärkte Auspressung der Bevölkerung wie z.B. in den Berliner Fahrpreisaktionen.
Wir verlangen von Presse, Rundfunk und Fernsehen, daß sie dies bringen!
Wir Stadtguerillagruppen
- Rote Armee Fraktion
- Bewegung 2. Juni
- Revolutionäre Zelle
und andere mehr kämpfen gerade gegen diejenigen, die für die Anschläge von Bremen und Hamburg verantwortlich sind, sie vorbereiten und durchführen. Die Wahl des Zieles hat die Täter verraten. [...]

Erklärung zur Bombe im Kölner Bahnhof (November 75)

In der Nacht vom 11. auf den 12. November haben die Staatsschutzbehörden und/oder Faschisten erneut eine Bombe in einem Hauptbahnhof explodieren lassen - nach Hamburg und Nürnberg nun in Köln.
Die Abteilung Terrorismus der Bundesregierung und der Bullen wollen mit diesem wahllosen Terror das Blutbad. In Bremen und Hamburg explodierten die Bomben an Spieltagen der Fußballbundesliga. In Köln begann am 11.11. der Karneval, sicher sind auch nachts viele Menschen unterwegs gewesen; nur durch Zufall wurde niemand verletzt. [...]
Die Stadtguerilla hat oft genug erklärt und durch ihre Praxis seit 1970 bewiesen, daß sich ihre Aktionen niemals gegen das Volk richten oder gerichtet haben. [...]

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Anmerkungen zu Kapitel 8

1. Hepp-Gruppe

Die sogenannte Hepp-Gruppe verübte 1981 verschiedene Anschläge gegen Wohnsiedlungen der US-Armee in Frankfurt und Gießen. 1983 wurde in einer Wohnung ein Waffenlager ausgehoben; der Generalbundesanwalt erhob gegen fünf Bandenmitglieder Anklage wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung.

2. Bologna

Anschlag auf den Hauptbahnhof am 2.8.1980 mit 83 Toten; der Anschlag kam aus dem Dreieck: »Faschisten, Geheimdienst, Loge P2«.
Literatur: siehe die Zeitschrift Arbeiterkampf, August 1980 ff.

3. Friedensbewegung und Nationalistische Positionen

Literatur: Initiative Sozialistisches Forum: *Frieden - je näher man hinschaut, desto fremder schaut es zurück.* Zur Kritik einer deutschen Friedensbewegung. Freiburg: ça ira verlag, 1984

4. Kühnen, Michael

1956-1991; Bundeswehrleutnant; Gründer mehrerer neofaschistischer Organisationen, u.a Chef der FAP; wird mehrfach wegen Volksverhetzung; Gewaltverherrlichung und Verbreitung von NS-Symbolen verurteilt.

5. Hepp, Ottfried

* 1958; Gründer mehrerer militanter neofaschistischer Gruppen; 1981 militärische Ausbildung im Libanon; an Anschlägen auf Privateinrichtungen von US-Armeeangehörigen beteiligt.
1985 in Paris festgenommen; 1987 wegen versuchten Mordes, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung von Rechtsextremen u.a. zu 10 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt.

6. Falange

Christlich-faschistische Organisation im Libanon; führte unter Eli Hobeika das Massaker von Sabra und Shatila durch.

7. Radikal/atom express

Gegen alle 1983 erschienenen Ausgaben der West-Berliner Zeitschrift Radikal wurden Ermittlungsverfahren, u.a. wegen des Abdrucks von RZ-Anschlagserklärungen, eingeleitet. Räume und Privatwohnungen von Redakteuren des atom-express' wurden wegen Abdrucks einer RZ-Erklärung zu Kalkar durchsucht.
Literatur: ID-Archiv (Hg.): *Schwarze Texte.* Politische Zensur in der BRD 1968 bis heute. Berlin - Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1989

8. Hiroshima

Atombombenabwurf der US-Armee am 6. August 1945.

9. Contergan

Ende der 50er Jahre/Anfang der 60er Jahre von Ärzten verordnetes Beruhigungsmittel für Schwangere; die Folge der Einnahme waren »mißgebildete«, contergangeschädigte Kinder.

10. Seveso

Am 10.7.1976 tritt in Seveso/Italien das Gift Dioxin aus; erster großer europäischer Giftgasunfall, die Folge: schwere Verseuchung von Mensch und Umwelt.

11. Grundremmingen

In dem AKW Grundremmingen kamen am 19.11.1975 zwei Schlosser durch ausströmenden Dampf ums Leben.

12. Nixon, Richard

Siehe auch: Anmerkung 72 zu Kapitel 2

13. Carter, Jimmy

* 1924; Erdnußfarmer und Gouverneur aus Georgia; US-Präsident von 1977-1981

14. Young, Andrew

* 1932; Martin Luther King und Andrew Young waren beide Protagonisten der schwarzen US-Bürgerrechtsbewegung

15. Kubaner in Afrika

Kuba entsandte ab 1976 »Militärberater«, Soldaten und medizinisches Personal nach Angola, um der MPLA zur Regierungsgewalt zu verhelfen und die MPLA-Regierung gegenüber der FNLA/UNITA zu stabilisieren.

16. Trilaterale

Siehe auch: Anmerkung 48 zu Kapitel 5

17. Zaire

Zaire war bis 1960 belgische Kolonie; einer der Führer der Befreiungsbewegung »Mouvement National Congolais« war Patric Lumumba (1925-1960). Er war Vertreter einer konsequent antikolonialen und antiimperialistischen Politik im Kongo und widersetzte sich tribalistischen und regionalistischen Bestrebungen. Nach der offiziellen Unabhängigkeit des Kongo am 30. Juni 1960 wurde er von der neuen pro-westlichen Regierung verhaftet und ermordet. Bis 1971 nannte sich der Staat Republik Kongo mit der Hauptstadt Kinshasa; danach Zaire; Einparteiensystem unter Staatspräsident Mobutu. Zaire stellte das Aufmarschgebiet für die angolanische FNLA/UNITA, weswegen Angola zwei Invasionen/Putschversuche gegen Mobutu (1977 und Mai 1978) billigte. Französische und belgische Truppen schlugen, mit logistischer Hilfe durch die USA, den Aufstand blutig nieder.
Literatur: Peter Ripken: *Exkurs - Zaire als neue Kolonie des internationalen Kapitals, in: Südliches Afrika.* Geschichte, Befreiungskampf und politische Zukunft. Berlin: Wagenbach Verlag, 1978

18. Giscard d'Estaing, Valery

* 1926; französischer Staatspräsident von 1974 bis 1981.

19. Il Manifesto

Linke italienische Tageszeitung.
Literatur: *»il manifesto«:* Für eine organisierte politische Bewegung. Berlin: Merve Verlag, 1972

20. Pohle, Rolf

Siehe auch: Anmerkung 22 zu Kapitel 5

20a. Libanon
Im Frühsommer 1982 marschiert die israelische Armee im Libanon ein. Anlaß war ein Attentat auf den israelischen Botschafter in London durch die palästinensische Gruppe um Abu Nidal. Die israelische Armee greift die palästinensischen Lager an, zusätzlich werden über diese Hungerblockaden verhängt. Nach dem erzwungenen Abzug der PLO aus Beirut und der Entwaffnung anderer linker Gruppierungen beginnt die Falange, mit militärischer Deckung Israels, in Sabra und Shatila am 18.9.1982 ein Massaker, das über 1200 Menschen das Leben kostet.
Literatur: Die PLO nach Beirut - Das Ende der libanesischen Epoche; in: *Der Palästinakonflikt und was wir damit zu tun haben.* Freiburg: iz3w, 1983

21. Unidad Popular

Zusammenschluß mehrerer linker Parteien in Chile für die Präsidentschaftswahl im September 1970. Ihr sozialistischer Kandidat, Savador Allende, wird mit knapper Mehrheit zum Präsidenten gewählt.
Siehe auch: Anmerkung 15 zu Kapitel 2

22. Engländer auf den Malvinen

Nach der Besetzung der Malvinas (Falkland-Inseln) durch Argentinien am 2.4.1982 entsendet Großbritannien sein Militär in einen Krieg, der bis zum 14.6.1982 dauert; ca. 1000 argentinische und britische Soldaten kostet die Rückeroberung der Malvinen das Leben.

23. Invasion in der CSSR

Am 21.8.1968 zerschlägt eine Invasionsarmee des Warschauer Pakts die Hoffnungen, die mit dem »Prager Frühling« weltweit auf einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« gesetzt werden.
Literatur: Helmut Dahmer: Die sowjetische Intervention in der CSSR (1968), in: Redaktion diskus (Hg.): *Küss den Boden der Freiheit.* diskus-Texte der Neuen Linken. Berlin-Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1992
Literatur: R. Crusius, H. Kuehl, J. Skala, M. Wile: CSSR. *Fünf Jahre »Normalisierung«. 21.8.1968/21.8.1973.* Dokumentation. Mit Nachworten von R. Dutschke, J. Steffen. Hamburg: Verlag Assoziation, 1974
Literatur: Osteuropa Info: Hamburg, 1975ff.

24. Invasion in Afghanistan

Am 26.12.1979 beginnt mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan (»Brüderliche Hilfe«) ein jahrelanger »Abnutzungskrieg« gegen die fundamentalistischen Muhjaheddin (bis 1989).

Literatur: Bürgerinitiative Frieden aktiv sichern (Hg.): *Sowjetunion in Afghanistan.* Ein historischer, politischer und militärischer Überblick. Karlsruhe: Selbstverlag, 1986

25. BMfV Wörner

Damaliger Bundesminister für Verteidigung.

26. Pfingstblockaden

Gewaltfreie Aktion der Friedensbewegung 1984.

27. Rössner, Bernd

Beteiligt an der Hausbesetzung in der Hamburger Eckhoffstr.; Anti-Folter-Komitee; RAF; bei der Besetzung der Stockholmer Botschaft am 24.5.1976 schwer verletzt; zu zweimal lebenslänglich verurteilt; seine Entlassung wegen Haftunfähigkeit wird seit Jahren gefordert.

28. Sonntage

Von 1984-1987 fanden regelmäßig sonntägliche Demontrationen am Baugelände der Startbahn-West statt.
Zur Geschichte des Widerstands gegen die Startbahn West siehe:
Literatur: Autorenkollektiv (Hg.): *Startbahn-West.* Fotos und Interviews. Frankfurt/M.: Selbstverlag, 1982
Literatur: ID-Archiv im IISG (Hg.): *2.11.87* .... Dokumentation zu den Schüssen an der Startbahn-West. Amsterdam: Stichting Beheer, 1988

29. Air-Land-Battle

NATO-Strategieplanung von 1981; Versuch, einen Krieg in Europa begrenzbar und führbar zu machen. In einem »erweiterten Gefechtsfeld« wird die militärische Auseinandersetzung auf das feindliche Territorium verlagert. Mittels eines »deep strike« sollen die nachrückenden Truppen des Gegners angegriffen werden. Ein integriertes Gefechtsfeld ermöglicht die Kombination von »konventionellen«, chemischen und atomaren Waffen.
Das Ziel liegt in der Erlangung der militärischen Initiative. Das Konzept erfordert weitgehende Um- und Aufrüstung der NATO-Streitkräfte. Das Air-Land-Battle-Konzept ist mit der Dienstvorschrift FM 100/5 von 1982 für die US-Armee gültig. Air-Land-Battle 2000 ist die Weiterentwicklung für den Zeitraum von 1995 bis 2015. Die militärischen Aufgaben liegen in erster Linie im Trikont, d.h. Rohstoffsicherung und Einsatz von NATO-Streitkräften in diesen Regionen.
Dieses Konzept wurde 1982 vom Militärausschuß der NATO aufgrund europäischer Bedenken nicht akzeptiert.

30. Zimmermann, Friedrich

* 1925; CSU; 1982-1987 Bundesminister des Inneren.

31. Gefangene

Vom 4.12.84 bis 3.2.85 fand der 9. Hungerstreik der politischen Gefangenen aus der RAF und dem antiimperialistischen Widerstand statt.

32. Cabral, Amilcar

1924-1973; afrikanischer Theoretiker und Revolutionär; am 20. Januar 1973 durch Agenten der portugiesischen Kolonialmacht ermordet.
Literatur: Amilcar Cabral: *Die Theorie als Waffe.* Schriften zur Befreiung in Afrika. Bremen: edition con, 1983

33. EMP

Elektro Magnetischer Impuls; entsteht bei Atomwaffeneinsatz.

34. Wehrtechnik

Militärtechnische Fachzeitschrift.

35. KGB

Sowjetischer Geheimdienst

[Dieses Fenster schließen]

Anmerkungen zu Kapitel 6:

1. Ulrike

Ulrike Meinhof; Zitat in:
Literatur: Konkret Nr.5/1968; kurz nach dem Attentat auf Rudi Dutschke am 11.4.1968.

2. Illuminatus

Literatur: Robert Shea/Robert Wilson: *Illuminatus.* Reinbek: Rowohlt Verlag, 1980ff

3. Schmidt

Siehe auch: Anmerkung 77 zu Kapitel 2.

4. Bremen

Militante Demonstration anläßlich einer Bundeswehr-Rekrutenvereidigung am 6. Mai 1980.

5. Horst Mahler

Siehe auch: Anmerkung 14 zu Kapitel 2

6. Rückkehr...

Gemeint ist damit die mit der Buchpublikation 'Rückkehr in die Menschlichkeit' vollzogene Abrechnung H.-J. Kleins mit der Stadtguerilla.

7. Westberlin und Frankfurt:

Gemeint ist die taz in Westberlin und der Pflasterstrand sowie der ID - Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten in Frankfurt/M..

8. Maos Thesen

Literatur: Mao Tse-tung: *Gegen den Liberalismus.* Gesammelte Werke Band 5. Peking: Verlag für deutschsprachige Literatur, 196

9. Marx, Karl

1818-1883; Philosoph und Politiker.

10. Sartre

Siehe auch: Anmerkung 39 zu Kapitel 3.

11. Marcuse, Herbert

1898-1979; Soziologe und Philosoph.
Literatur: Herbert Marcuse: *Der Eindimensionale Mensch.* Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Darmstadt: Luchterhand Verlag, 1967
Literatur: ders.: *Das Ende der Utopie.* Vorträge und Diskussionen in Berlin 1967. Frankfurt/M.: Verlag Neue Kritik, 1980

12. Dutschke, Rudi

Siehe auch: Anmerkung 49 zu Kapitel 2

13. Pohrt, Wolfgang

* 1945; Soziologe und Publizist.
Literatur: Wolfgang Pohrt: *Ausverkauft.* Von der Endlösung zu ihrer Alternative. Berlin: Rotbuch Verlag, 1980

14. Geschäftsführer

Karl-Heinz Roth veröffentlichte 1979 den vieldiskutierten Text:
Literatur: Die neuen Geschäftsführer der Alternativbewegung, in: *Klaut sie!* (Selbst-)Kritische Beiträge zur Krise der Linken und der Guerilla. Tübingen: IVA-Verlag, 1979

15. Rodewald

Linker Lehrer, bei dem Ulrike Meinhof und Gerhard Müller in Hannover Unterschlupf fanden; denunzierte sie bei der Polizei. Beide wurden daraufhin am 15.6.72 festgenommen.

16. Holger Meins

Siehe auch: Anmerkung 9 zu Kapitel 2
17 Drenkmann, Günter von
Siehe auch: Anmerkung 56 zu Kapitel 2

18. Frankfurter Spontiscene

Nach dem Tod von Ulrike Meinhof finden am 10.5.76 militante Demonstrationen, u.a. mit Molotow-Cocktails, statt; Unter dem Vorwurf des Mordversuchs an einem Polizisten finden in den Tagen danach Hausdurchsuchungen und die Festnahme von Gerhard S. statt. Durch massive Proteste (6000 Demonstranten solidarisieren sich) muß er Tage später freigelassen werden.
Siehe dazu das Interview »Frankfurter Häuserkämpfe« in:
Literatur: Wildcat, Nr. 38/Frühjahr 1986 & Nr. 40/November 1986

19. Joschka Fischer

Rede:
Literatur: Frankfurter Spontis: *»Uns treibt der Hunger nach Liebe, Zärtlichkeit und Freiheit...«,* in: Links, Nr. 85, Sozialistische Zeitung, Offenbach, Februar 1977

20. Langer Marsch

Die Berliner Zeitschrift 'Der lange Marsch - Zeitung für eine neue Linke'; bezogen wird sich hier auf die Ausgaben des Jahres 1977.

21. Gauche Proletarienne

»Anarcho-maoistische« Gruppe in Frankreich, die nach dem Mai 68 enstand. Ein wichtiger Interventionspunkt der Maos lag in den Fabriken (z.B. Renault), wo sie mit ihren Kampagnen gegen die

kleinen Chefs (Meister etc.) auf starke Resonanz stießen. Theoretische Bezugspunkte waren u.a. Foucault und Glucksmann. Nach ihrer Auflösung Anfang der siebziger Jahre gründeten Mitglieder dieser Gruppe, u.a. mit Jean-Paul Sartre, die linke Tageszeitung Libération
Literatur:Gauche Proletarienne: *Bewaffneter Kampf und Massenlinie.* Beiträge der Gauche Proletarienne zur Vorbereitung des bewaffneten Kampfes. München: Trikont Verlag, 1972
Literatur:Gauche Proletarienne: *Volkskrieg in Frankreich?* Strategie und Taktik der proletarischen Linken. Berlin: Wagenbach Verlag, 1973

22. Black Panther Party

Siehe auch: Anmerkung 87 zu Kapitel 5

23. Tupamaros

Siehe auch: Anmerkung 45 zu Kapitel 2

24. IRA

Irisch Republikanische Armee; zunächst als Selbstverteidigungsorganisation Ende der 60er Jahre in den katholischen Ghettos von Belfast und Derry wieder aktiviert.
Literatur: *Nationale Unabhängigkeit und Sozialismus.* Die Ziele der Official Sinn Fein und I.R.A.. Aufsätze und Reden. Hrsg.: Irland-Komitee Gießen, 1974
Literatur: *Irland-Info.* Oberursel, 1972ff. Herausgeber: Westdeutsches Irland Solidaritäts Komitee (WISK)
Literatur: Diedrich Schulze-Marmeling, Ralf Sotscheck: *Der lange Krieg.* Göttingen: Verlag Die Werkstatt, 1989

25. ETA

Siehe auch: Anmerkung 33 zu Kapitel 3

26. Schwarzer September

Die palästinensische Organisation »Schwarzer September« gründete sich im Herbst 1971 als eine lose Vereinigung von Feddayin aus verschiedenen palästinensischen Organisationen. Der Name bezieht sich auf das Massaker des jordanischen Militärs an palästinensischen Flüchtlingen im September 1970. Ihre erste Aktion richtete sich gegen den Hauptverantwortlichen dieses Militäreinsatzes Wasfi Tall (jordanischer Ministerpräsident). Weitere Aktionen (u.a. Flugzeugentführungen, Geiselnahme israelischer Sportler während der Olympiade 1972) sollten auf die Situation der PalästinenserInnen aufmerksam machen bzw. zielten auf Gefangenenbefreiungen. Die PLO distanzierte sich offiziell von den Aktionen des 'Schwarzen September'.
Literatur: Schwarzer September. Dokumente, Kommuniqués. Frankfurt/M.: Verlag Roter Stern, 1973

27. Georg-von-Rauch-Haus

Nach dem am 4.12.71 bei einer Fahndung erschossenen Georg von Rauch benanntes Zentrum in Berlin-Kreuzberg
Literatur: Georg-Rauch-Haus: *Kämpfen-Leben-Lernen.* Berlin: Selbstverlag, 1972

28. Herold, Horst

Siehe auch: Anmerkung 2 zu Kapitel 3

29. Kitson

Siehe auch: Anmerkung 19 zu Kapitel 3

30. Freilassung am 5.3.1975

31. Jugendbewegung

Meint die 1980 in vielen Städten entstandene HausbesetzerInnenbewegung.

32. Dutschke, Rudi

Siehe auch: Anmerkung 49 Kapitel 2

33. Carmichael, Stockley

Mitglied (»Verteidigungsminister«) der Black Panther Party.
Literatur: *Black Power.* Dokumentation. Mit einem Nachwort von Rudi Dutschke. Berlin: Oberbaumpresse, 1967

34. gesprochen

Siehe den Beitrag:
Literatur: »Black Power« von Carmichael auf dem Kongreß »Dialektik der Befreiung« (London 1967); abgedruckt in: Kursbuch 16/März 1969. *Kulturrevolution - Dialektik der Befreiung.* Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag, 1969

35. Alice im Wunderland

Carrol, Lewis (d.i. Charles Ludwig Dodgson). 1832-1889; Schriftsteller.
Lewis Caroll: Alice im Wunderland, 1865

36. Claudia von Werlhof

Soziologin; veröffentlichte ab Ende der 70er Jahre Aufsätze zur Frauenarbeit und stellte die These auf, daß der weiße »freie« Lohnarbeiter oder Proletarier weltweit mehr und mehr verschwindet. Neben der unbezahlten Hausarbeit von Frauen in aller Welt stellen Subsistenzbauern und -bäuerinnen sowie Menschen in ungesicherten Arbeitsverhältnissen die überwiegende Mehrheit der Produzierenden.
Literatur: Claudia von Werlhoff: *Frauenarbeit.* Der blinde Fleck in der Kritik der politischen Ökonomie. Bielefeld: 1978
Literatur: Claudia von Werlhof/Maria Mies/Veronika Bennholdt-Thomsen: *Frauen, die letzte Kolonie.* Zur Hausfrauisierung der Arbeit. Reinbek: Rowohlt Verlag, 1983 (Neuauflage: Rotpunkt-Verlag, Zürich, 1992)

37. Zaire

Siehe auch: Anmerkung 17 zu Kapitel 8

38. Militärputsch

Der Militärputsch in der Türkei fand am 12. September 1980 statt.
Literatur: Reiner Werle: *»Modell« Türkei.* Ein Land wird kaputtsaniert. Hamburg: Junius Verlag, 1984
39 OPEC
entfällt

40. Grüne Revolution

Grüne Revolution ist ein Entwicklungsmodell der 60er Jahre, das die Länder der drei Kontinente Afrika, Asien und Lateinamerika an den kapitalistischen Weltmarkt ankoppeln sollte. Ausgangspunkt war die sogenannte Entkolonialisierung bzw. der antikoloniale Befreiungskampf sowie die Konkurrenz mit der Sowjetunion (und China) um politische Einflußsphären. Im Mittelpunkt stand der Aufbau monokultureller Agrarstrukturen. Einhergehend mit der Zerstörung der Subsistenzwirtschaft wurden die BewohnerInnen des Landes zwangsweise in die Städte vertrieben. Hier bildeten sie eine Reservearmee für ein relativ kleines »Industrieproletariat«, während sie gleichzeitig im sogenannten »informellen Sektor« ihr Überleben organisieren. Sowohl die metropolitanen Kämpfe Ende der 60er Jahre als auch das Ausmaß der »Landflucht«, die die Großstädte der drei Kontinente in Unruheherde verwandelten, führten zu einem Strategiewechsel für die 70er Jahre.
Literatur: Autonomie Neue Folge, Nr. 10: *Antiimperialismus in den 80er Jahren.* Hamburg: Selbstverlag, 1982. Verlag Schwarze Risse/Rote Strasse, 1987 (Neuauflage)
Literatur: *Materialien gegen Bevölkerungspolitik.* Hamburg: Selbstverlag, 1989

41. Nicaragua

Meint die von vielen Solidaritätsgruppen erwartete unmittelbare Verwirklichung revolutionärer Utopien in Nicaragua, ohne den schwierigen Transformationsprozeß zu berücksichtigen; siehe z.B. die Debatte um die Übernahme der Außenschulden durch die FSLN und die Behandlung der indigenen Bevölkerung durch die Sandinisten.
Literatur: Infobüro Nicaragua (Hg.): *Aufbruch in neue Abhängigkeiten.* Zwei Jahre sandinistische Wirtschaftspolitik. Wuppertal: Edition Nahua, 1982
Literatur: Werner Balsen, Karl Rössel (Hg.): *Hoch die internationale Solidarität.* Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik. Köln: Kölner Volksblatt Verlag, 1986

42. Kampagne gegen Beschneidung

Ende der 70er Jahre begann in der westeuropäischen Frauenbewegung eine Kampagne gegen die Beschneidung arabischer und afrikanischer Frauen. Dies führte zu heftigen Kontroversen, da die Afrikanerinnen und Araberinnen den Europäerinnen einen eurozentristischen Blick vorwarfen. Sie bestanden darauf, die Schwerpunkte ihrer Politik selbst zu bestimmen und stellten fest, daß die Kampagne der westeuropäischen Frauen eine »Unterentwicklung« der Frauen der dritten Welt impliziert.
Literatur: Bauer u.a. (Hg.): *Materialien zur Unterstützung von Aktionsgruppen gegen Klitorisbeschneidung.* München: Frauenoffensive, 1978

43. Dahrendorf, Ralf

* 1929; FDP-Politiker

44. Afghanistan

Sowjetischer Einmarsch in Afghanistan am 26.12.1979.

45. Olympia-Boykott

Die BRD-Mannschaft boykottierte 1980 die Olympischen Spiele in Moskau

46. Bremen

Siehe auch: Anmerkung 4 zu Kapitel 6

47. Iran/Irak

Am 20.9.1980 greift der Irak den Iran an. Der Iran antwortet mit dem »Heiligen Krieg«. Bis zum Ende des Krieges 1989 sterben Millionen von Menschen in beiden Ländern.
Literatur: Autonomie Neue Folge, Nr. 6: *Revolution am Golf?* Krieg Iran-Irak. Hamburg: Selbstverlag, 1980
Literatur: Omol Bani: *Fatimah statt Farah.* Erfahrungen einer Frau in der iranischen Revolution. Tübingen: iva-Verlag, 1980
Literatur: Bahman Nirumand: *Hinter den Gittern verdorren die Blumen.* Reinbek: Rowohlt Verlag, 1985

48. Baum, Gerhart

* 1932; FDP-Politiker, damaliger Innenminister.
Literatur: *Der Minister und der Terrorist.* Gespräch zwischen Gerhart Baum und Horst Mahler. Hrsg.: A. Jeschke/W. Malanowski. Reinbek: Rowohlt, 1980

49. Tandler, Gerold

* 1936; CSU-Politiker, bayerischer Innenminister von 1978-1982.

50. Klar, Christian

* 1952; Student der Geschichte und Politologie; 1974 Teilnahme an der Besetzung des ai-Büros in Hamburg; Anti-Folter-Komitee; RAF-Mitglied; am 12.11.82 in Hamburg verhaftet; am 2.4.85 in Stuttgart-Stammheim zu dreimal lebenslänglich verurteilt; in Stuttgart-Stammheim in Haft.

51. Schulz, Adelheid

* 1955; 1974 Teilnahme an der Besetzung des ai-Büros zur Durchsetzung besserer Haftbedingungen; RAF-Mitglied; am 11.11.82 in Heusenstamm verhaftet; zu lebenslanger Haft verurteilt;

52. Sicherheitsorgane

Christian Klar und Adelheid Schulz wurden vom Verfassungsschutz bei einem angeblichen Befreiungsversuch von Gefangenen observiert aber nicht festgenommen.

53. Hoffmann-Gruppe

Beim Bombenanschlag auf das Münchener Oktoberfest am 26. September 1980 werden 13 Menschen getötet und 213 verletzt. Auch der mutmaßliche Attentäter, der rechtsextremistische 21jährige Geologiestudent Gundolf Köhler kommt dabei ums Leben. Köhler hatte nachweislich Kontakt zur neofaschistischen Wehrsportgruppe Hoffmann. Hoffmann wurde u.a. wegen Beteiligung an dem Mord des jüdischen Verleger Shlomo Levin und dessen Lebensgefährtin (1981) angeklagt (1984) und zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt (1986). Im Fall Köhler blieben die Ermittlungsbehörden aber bei ihrer

These vom Einzeltäter.
Literatur: Antifaschistische Aktionseinheit (Hg.): *Hoffmann hinter Gitter!* Auflösung der WSG! Nürnberg: Selbstverlag, 1977
54 PLO
Palestine Liberation Organisation; Palästinensische Befreiungsorganisation. Dachorganisation aller militärischer Gruppen; 1964 auf Betreiben Gamel A. Nassers gegründet; seit 1969 unter Führung von Yassir Arafat.

55. Pornographie

Am 12.9.1980 wird in der »tageszeitung« (taz) ein Artikel von Gernot Gailer abgedruckt: »Eine Traumfrau zieht sich aus«.
56 Blatt
Linke Münchener Stadtzeitzung (1973-1984), die die 'Ehre' hatte, die meisten aller Verfahren in der alternativen Stadtzeitungsszene bekommen zu haben.

57. Peter Schult:

1929-1988; Mitarbeiter der Roten Hilfe München; maßgeblich beteiligt am Entwurf der »Magna Carta« für Inhaftierte; schrieb in der Münchener Stadtzeitung Blatt; wegen Vorwurfs der Pädophilie zu fünf Jahren Haft verurteilt; wegen Krankheit im März 1984 entlassen; einen Monat später stirbt er.
Literatur: Peter Schult: *Besuche in Sackgassen.* Aufzeichnungen eines homosexuellen Anarchisten. München: Trikont Verlag, 1978
Literatur: Die Aktion Nr. 26/27 (1984). *Nekrolog für einen Freund.* Sondernummer Peter Schult. Hamburg: Edition Nautilus, 1984

58. Literatur: Autonomie Neue Folge:

Nr. 3: *Die zweite Zerstörung Deutschlands.* Hamburg: Selbstverlag, 1980

59. Zitty

Berliner Stadtillustrierte, Berlin 1977 ff.

60. Netzwerk

Parteiunabhängige, von Spenden abhängige Einrichtung; Zielsetzung ist, diese Gelder zu verteilen und Projekte/Initiativen finanziell zu unterstützen; ursprünglich geplant als Organisation zur Unterstützung politisch Verfolgter (»Gegen Duckmäusertum und Radikalenerlaß«).
61 Wallmann, Walter
* 1932; CDU; 1987-1991 Ministerpräsident von Hessen und Oberbürgermeister von Frankfurt/Main 1977-1986.62. Mohnhaupt, Brigitte
1949; Philosophiestudentin; seit 1971 RAF; erstmals verhaftet am 9.6.72 in Berlin; verurteilt zu 4 Jahren und 6 Monaten; erneute Verhaftung am 11.11.82 in Heusenstamm; zu lebenslanger Haft verurteilt.
Literatur: *Dokumentation zum Verfahren gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar vor dem OLG Stuttgart.* Einstellungsantrag der Verteidigung vom 13.12.1984. Freiburg: Selbstverlag, 1985

63. Roos, Helga

Sie wird am 16.10.81 unter dem Verdacht verhaftet, an dem Anschlag auf US-General Kroesen beteiligt

gewesen zu sein; zu vier Jahren und neun Monaten Haft verurteilt; sie lebte legal und verstand sich als Gefangene aus dem Widerstand.
Literatur: *Tatsachen und Hintergründe zu den Verhaftungen und Prozessen gegen Karl Grosser, Jürgen Schneider und Helga Roos - Gefangene aus dem antiimperialistischen Widerstand.* o.O.: Selbstverlag, o.J.

64. Türkei-Konsulat

Besetzung des Kölner Türkei-Konsulats im November 1982

65. Eichmann-Mentalität

Adolf Eichmann sagte 1961 bei dem Prozess in Israel (wo er für seine Verbrechen gegen das jüdische Volk und gegen die Menschlichkeit zum Tode verurteilt wurde), daß er nur Teil des Apparates gewesen sei, nur Befehle ausgeführt und deshalb keine Verantwortung und Schuld zu tragen hätte.
* Harry Mulisch: *Strafsache 40/61*. Eine Reportage über den Eichmannprozeß, Berlin: Edition Tiamat, 1987

66. Viehmann, Klaus

Buchhändler; am 5.6.78 in Berlin verhaftet und wegen Mitgliedschaft in der Bewegung 2. Juni und u.a. Entführung zu 15 Jahren Haft verurteilt.
Literatur: Schlußwort von Klaus Viehmann, in: *Der Blues.* Gesammelte Texte der Bewegung 2. Juni. o.O: Selbstverlag, 1982
Literatur: Klaus Viehmann: »... zu mehr in der Lage«; in: PIZZA (Hg.): *Odranoel.* Die Linke zwischen den Welten. Hamburg: Libertäre Assoziation, 1992

67. Massaker von Morazan

Literatur: John Mc Lean: *Der Krieg gegen die Zivilbevölkerung.* Stuttgart: Schmetterling Verlag, 1987

68. Zirndorf

Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf bei Nürnberg. Anfangs war dieses Amt die zentrale Behörde für die Anerkennung als Asylberechtigte/r (vorgerichtliche Instanz), mittlerweile gibt es in allen Bundesländern Außenstellen.

69. Zimmermann, Friedrich

* 1925; CSU; 1982-1987 Bundesinnenminister.

70. Cemal Altun

Während des dritten Verfahrens vor dem Verwaltungsgericht Berlin über seinen Asylantrag stürzte sich Cemal Altun am 30.11.1983 in den Tod. Altun saß bereits 13 Monate in deutscher Haft; die türkischen Militärbehörden verlangten seine Auslieferung wegen angeblicher Beteiligung an einem Mord.
Literatur: *Augeliefert.* Cemal Altun und andere. Reinbek: Rowohlt Verlag, 1984

71. Verbot Dev Sol / Halk Der

Nach der Besetzung des türkischen Konsulats in Köln im November 1983 durch Mitglieder von Devrimci Sol (Revolutionäre Linke), um Öffentlichkeit über die politische Situation in der Türkei

herzustellen, wird die Organisation Devrimci Sol in der BRD ebenso wie ihr Kulturverein Halk Der (Verein des Volkes) verboten.

72. Fluchthilfe/Vietnamkrieg

Literatur: *Widerstand in der US-Armee.* GI-Bewegung in den siebziger Jahren. Berlin: Harald Kater Verlag, 1986
Literatur: Max Watts: *US-Army - Europe.* Von der Desertation zum Widerstand in der Kaserne oder wie die U-Bahn zur RITA fuhr. Berlin: Harald Kater Verlag, 1989

73. Junktim

Im Sinne einer vertraglichen Vereinigung.

74. Literatur: Henning von Vieregge:

Parteistiftungen. Zur Rolle der Konrad-Adenauer-, Friedrich-Ebert-, Friedrich- Naumann- und Hanns-Seidel-Stiftung im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden: Nomos Verlag, 1977

75. FDN

Von den USA unterstützte und gegen die sandinistische Regierung kämpfende rechte Guerillaorganisation.
Literatur: Gaby Gottwald u.a.: *Die Contra Connection.* Die internationalen Contramacher und ihre bundesdeutschen Helfer. Hamburg: Konkret Literatur Verlag, 1988

76. Literatur: Handbuch der Außenpolitik.

München: Piper Verlag, 1975

77. Deutsche Arbeitsfront

Nach der Auflösung der deutschen Gewerkschaften am 10.5.1933 im Zuge der nationalsozialistischen Gleichschaltungspoltik gegründet; wichtiges Instrument der NS-Wirtschafts- und Sozialpolitik.
Literatur: Timothy W. Mason: *Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft.* Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936-1939. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1975

78. Adorno, Theodor W.

Philosoph
Literatur: *Kleine Schriften zur Gesellschaft.* Frankfurt: Suhrkamp 1971
Literatur: *Studien zum autoritären Charakter.* Frankfurt: Suhrkamp 1973

79. Eugenik

Erbgesundheitsforschung und Praxis zur Verhinderung der Verbreitung von »Erbkrankheiten«.
Literatur: Literatur zum Thema im Literaturanhang

80. SDI

»Strategische Verteidigungs-Initiative«

81. Weltwirtschaftsgipfel

Der Weltwirtschaftsgipfel fand im Juni 1985 in Bonn statt.

[Dieses Fenster schließen]

Vorbemerkung Kapitel III

Im Mai 1974 trat Bundeskanzler Willy Brandt zurück, Helmut Schmidt wurde sein Nachfolger. Während Brandt eine Symbolfigur für schrittweise Reformen war und viele Linke integrieren konnte, galt Schmidt als Technokrat und der richtige Mann, um als »Krisenmanager« die ökonomischen und sozialen Probleme der beginnenden Rezession in den Griff zu bekommen. Hans-Dietrich Genscher wurde zum Außenminister ernannt. Den Bundestagswahlkampf 1976 gewann die SPD mit Helmut Schmidt als Kanzlerkandidat unter der Parole »Für das Modell Deutschland« und stellte gemeinsam mit der FDP wieder die Regierung. In Schmidts Regierungszeit wurden die innen- und außenpolitischen Instrumente zur »Terrorismus«-Bekämpfung durchgesetzt.

Europäische Abkommen »zur Bekämpfung des Terrorismus«
Bis Ende 1976 war in der Bundesrepublik Deutschland das »Sofortprogramm Innere Sicherheit« abgeschlossen. Polizei, Verfassungsschutz, BKA und Bundesgrenzschutz wurden personell und materiell massiv aufgerüstet, die datenmässige Erfassung und Überwachung zur perfektesten in Europa.
Die Bundesregierung ging nunmehr daran, die europäische Vereinheitlichung der »Terrorismusbekämpfung« zu forcieren.
- Mit dem auf der Innenministerkonferenz im Februar 1974 formulierten Ziel einer besseren europäischen Zusammenarbeit fand am 29. Juni 1974 auf Betreiben des deutschen Innenministers eine europäische Konferenz zur Inneren Sicherheit statt. Es wurden Expertengruppen zu den Themen »Terrorismusbekämpfung, Technik, Ausrüstung und Ausbildung der Polizei sowie Austausch von Polizeibeamten, Luftsicherheit, Sicherung von Kernkraftanlagen und Katastrophenschutz« gebildet. Die Bundesrepublik Deutschland boten im Austausch gegen Informationen aus den anderen EG-Ländern den gesamten Datenbestand des BKA an, der als der weltbeste gilt.
- Auf der Europäischen Konferenz zur Inneren Sicherheit wurden die ersten Weichen für eine europaweite Zusammenarbeit gestellt, am 1. Januar 1977 trat dann das europäische Übereinkommen über die Auslieferung und Rechtshilfe für die BRD in Kraft.
Wenig später, am 27. Januar 1977 wurde das »Europäische Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus« unterzeichnet.
1976 hatte die Bundesregierung nur mit ökonomischem Druck auf die griechische Regierung die Auslieferung von Rolf Pohle erreichen können (Rolf Pohle war durch die Lorenz-Entführung freigelassen worden, in Griechenland wurde er erkannt und wieder verhaftet) und konnte auch die Auslieferung von Klaus Croissant (Anwalt von Andreas Baader im Stammheimer Prozeß), der in Frankreich Antrag auf politisches Asyl gestellt hatte, nur mit Einschränkungen und gegen einen breiten Protest durchsetzen. Mit den unterzeichneten Abkommen hatte die BRD ihre Interessen europaweit durchgesetzt und gesetzlich abgesichert.
Für Linke und Liberale im europäischen Ausland wurde »Modell Deutschland« zu einem Synonym für Repression und Überwachung. Nach zahlreichen Appellen aus verschiedenen Ländern Westeuropas beschloß die Bertrand Russell-Foundation in ihrem 3. Tribunal »die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland« zu untersuchen, Ansatzpunkt war vor allem der »Radikalenerlaß«, aber auch ein weitergehender Abbau der Menschenrechte.

Der Prozess in Stammheim
Um die Guerilla politisch zu isolieren, wurde von Politikern in den Medien immer wieder erklärt, daß es sich bei ihren Aktionen um rein kriminelle, nicht politische Taten handele.

So wurden die Gefangenen aus der Roten Armee Fraktion auch nicht des »Hochverrats« angeklagt, wie KPD-Mitglieder in den 50er Jahren, sondern der »Bildung einer kriminellen Vereinigung« (später »terroristischen Vereinigung«). Eine Anklage auf Hochverrat hätte zwangsläufig eine politische Argumentation in Anklage und Verteidigung nach sich gezogen. Mehrere Gesetzesänderungen dienten u.a. dazu, die Absicht der Angeklagten, einen politischen Prozeß zu führen, auf juristischer, verfahrensrechtlicher Ebene ins Leere laufen zu lassen.
So wurde am 18. Dezember 1974 im Vorfeld des Prozesses gegen Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan Carl Raspe, der am 21. Mai 1975 in Stuttgart-Stammheim begann, vom deutschen Bundestag eine Änderung des Strafverfahrensrechts beschlossen und dadurch die Rechte von Verteidigern und Angeklagten eingeschränkt. Die Zahl der Verteidiger wurde auf höchstens drei beschränkt, Mehrfachverteidigung verboten, der Ausschluß von Verteidigern erleichtert und die Durchführung der Hauptverhandlung unter Ausschluß der Angeklagten ermöglicht.
Zuvor wurde der Ausschluß von Rechtsanwalt Schily - mit der Begründung, durch Weiterleitung von Kassibern eine kriminelle Vereinigung (RAF) unterstützt zu haben - vom Bundesverfassungsgericht mit der Aufforderung an den Gesetzgeber aufgehoben, die rechtlichen Grundlagen für einen solchen Ausschluß zu schaffen.
Mit dem Inkrafttreten des sog. »Anti-Terror-Gesetzes« vom 24. Juni 1976 wurde die Überwachung des gesamten Schriftverkehrs zwischen Anwälten und Angeklagten ermöglicht, gleichzeitig der § 129 a (»terroristische Vereinigung«) eingeführt.

Hungerstreiks der politischen Gefangenen
Am 17. Januar 1973 traten erstmals Gefangene aus der Roten Armee Fraktion in einen Hungerstreik und forderten die Aufhebung der Isolationshaft. Bis 1989 folgten neun weitere Hungerstreiks.
Nun begann in der deutschen und europäischen Linken eine breit geführte Auseinandersetzung um Haftbedingungen und Isolationshaft.
In Köln-Ossendorf wurden Ulrike Meinhof und Astrid Proll (1971/72), in Hannover Ronald Augustin (1974) monatelang im Toten Trakt totalisoliert. Auch die anderen Gefangenen aus der Roten Armee Fraktion unterlagen ähnlichen Haftbedingungen. Astrid Proll hatte nach mehrmonatiger Isolationshaft so schwere, eindeutig auf die Haftbedingungen zurückzuführende, Gesundheitsschäden erlitten, daß sie am 1.2.74 als haftunfähig entlassen werden mußte.
Nach und nach setzte sich außerhalb der Gefängnisse die Erkenntnis durch, daß diese Form der akustischen und visuellen Isolation, der die politischen Gefangenen unterworfen wurden, weiße Folter darstellt - erprobt in Experimenten, die mit der sog. »camera silens« gemacht wurden und die nachweislich eine Zerstörung der sinnlichen und intellektuellen Fähigkeiten bis hin zum körperlichen Zusammenbruch bewirkt. Im Verlauf des dritten Hungerstreiks starb Holger Meins, ihm wurden bei der Zwangsernährung so wenig Kalorien zugeführt, daß er buchstäblich verhungerte. Am darauffolgenden Tag wurde der Berliner Kammergerichtspräsident Drenckmann bei einem mißglückten Entführungsversuch von der Bewegung 2. Juni erschossen.

Der Tod Ulrike Meinhofs
Am 8.5.1976 starb im Hochsicherheitstrakt Stuttgart-Stammheim Ulrike Meinhof. Die Behauptung des Staates, sie habe sich selbst getötet, wurde im In- und Ausland angezweifelt, eine internationale Untersuchungskommission erklärte, daß »die Behauptung der staatlichen Behörden, Ulrike Meinhof habe sich durch Erhängen selbst getötet, nicht bewiesen (ist), und die Ergebnisse der Untersuchungen vielmehr den Schluß nahe(legen), daß Ulrike Meinhof tot war, als man sie aufhängte.«

Die Linken
reagierten auf die staatliche Repression und die Haftbedingungen der politischen Gefangenen unterschiedlich. Ein Teil engagierte sich ab 1973 in »Anti-Folter-Komitees«, die die Forderungen der Gefangenen unterstützten und versuchten, Öffentlichkeit über die Haftbedingungen herzustellen.
Das Sozialistische Büro organisierte zu Pfingsten 1976 einen Anti-Repressions-Kongreß, an dem rund 20.000 Menschen teilnahmen.
Auf diesem Treffen wurde von einem Vertreter der Frankfurter Spontis eine Rede gehalten, die unten ausführlich zitiert ist, da sie exemplarisch für die Auseinandersetzungen zu dieser Zeit steht.
Die Spontis, die Bewegung undogmatischer Gruppen, hatten sich seit Anfang der 70er Jahre aus dem antiautoritären Flügel der 68er-Bewegung entwickelt. In Abgrenzung zu den K-Gruppen lehnten sie hierarchische Strukturen und eine politische Arbeit nach marxistisch-leninistischen Grundsätzen ab und setzen dem ihre eigenen Erfahrungen und Bedürfnisse entgegen: »Politik in der ersten Person«. Frankfurt war in der ersten Hälfte der 70er Jahre Hochburg der Spontis. Hier lag nach dem Scheitern der politischen Intervention in den Betrieben das Schwergewicht auf militantem Häuserkampf und auf Stadtteilarbeit.
Die Umsetzung eigener Bedürfnisse, das Leben in Wohngemeinschaften, der Aufbau von Zentren, die Diskussion über Alternativen wurde zum konkreten Ansatz für eine Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft. Nach und nach bildete sich eine Struktur von Treffpunkten, Zentren, linken Buchläden, Alternativ-Betrieben heraus. Undogmatische Basisgruppen an Unis und Hochschulen gewannen zunehmend an politischem Einfluß.
Auf dem Pfingstkongreß 1976 grenzten die Spontis sich von den bewaffnet kämpfenden Gruppen ab:
»Am 8. Mai wurde Ulrike im Knast von der Reaktion in den Tod getrieben, ja, im wahrsten Sinne des Wortes vernichtet. Daraufhin hat sich - zumindest in Frankfurt - Protest und Widerstand dagegen auf der Straße erhoben [...] Andererseits soll hier aber auch nicht verschwiegen werden, daß wir mit dieser Demonstration am Montag anläßlich des Todes von Ulrike an die Grenze unserer militanten Aktionsformen gestoßen sind und drauf und dran waren, denselben Fehler wie die Stadtguerilla zu begehen, nämlich unsere militärische Stärke nicht mehr im Zusammenhang mit unserer politischen Isolierung zu sehen. [...] Ein weiteres Mal hatten gewaltsame Eruptionen einerseits und die Angst andererseits sich als stärkende, überlebensnotwendige und daher untrennbare Korrektive einer Massenbewegung in dieser Stadt gezeigt. [...] Und dann kam es - von allen erwartet, von manchen erhofft und von vielen gefürchtet: der Beitrag der Stadtguerilla zu dieser Massenbewegung, ihre Antwort auf die Ermordung von Ulrike - zwei Bomben explodierten im Frankfurter US-Hauptquartier. Die Genossen der Revolutionären Zelle können nicht einen Augenblick ernsthaft über das, was sich in Frankfurt in den vergangenen drei Wochen an Massenbewegung abgespielt hat, nachgedacht haben - in ihrem Kommuniqué wird sie ja auch mit keinem Wort erwähnt - , denn anders läßt sich diese Aktion nicht erklären. Sie wollten mit den Bomben ein Signal für den bewaffneten Widerstand setzen und haben den Genossen, die sie zu verstehen suchen, ihre politischen und sonstigen Waffen aus der Hand geschlagen. Sie wollten uns damit Mut zum Kampf und Widerstand machen, und haben die meisten von uns doch nur verschreckt und in einen ohnmächtigen Zorn getrieben. Und schließlich wollten sie uns zeigen, daß bewaffneter Widerstand möglich und notwendig ist und zeigen uns dabei doch nur den Weg zur Selbstvernichtung.[...] Wir wollen ein anderes Lebens, ein revolutionäres Leben. Wir wollen nicht eines fernen Tages den Sozialismus aufbauen, sondern für uns vollzieht sich Befreiung im alltäglichen Widerstand, in unserem Leben. Aber Widerstand und Leben stehen bei uns in einem sehr prekären Verhältnis zueinander. Sobald sich das eine vom anderen isoliert, geben wir entweder auf oder gehen in den Untergrund. Und je stärker der Druck der Verhältnisse auf uns lastet, umso mehr streben Widerstand und Leben auseinander. Die einen denken nur an ihr Überleben und versteinern dabei. [...] Die anderen

denken nur an Widerstand, an Kampf und haben sich ein anderes Leben aus dem Kopf geschlagen. Sie treiben ihre vom System erzwungene Selbstentfremdung bis zu physischer und politischer Selbstaufgabe. Ihre Utopie finden sie nunmehr als Soldaten der Weltrevolution in den unterdrückten Massen der Dritten Welt. Ihre Revolution wird zur alleinigen Frage der militärischen Verunsicherung des Hinterlandes des imperialistischen Feindes. Sie handeln wie Techniker, wie Soldaten, wie ein Stoßtrupp im Feindesland, abgeschnitten von den konkreten Bedürfnissen, den persönlichen und politischen Erfahrungen und Problemen jener Menschen, unter denen sie leben. Sie isolieren sich von jeglichem Massenwiderstand, stempeln uns zu Zuschauern ihrer Attentate und setzen dem System einsam und vereinzelt das Messer der militärischen Machtfrage auf die Brust, mit dem ihnen dann jedesmal von den Bullen die eigene Kehle durchgeschnitten wird.
Wir können uns aber nicht einfach von den Genossen der Stadtguerilla distanzieren, weil wir uns dann von uns selbst distanzieren müßten, weil wir unter demselben Widerspruch leiden, zwischen Hoffnungslosigkeit und blindem Aktionismus hin- und herschwanken.[...] Gerade weil unsere Solidarität den Genossen im Untergrund gehört, weil wir uns mit ihnen so eng verbunden fühlen, fordern wir sie von hier aus auf, Schluß zu machen mit diesem Todestrip, runter zu kommen von ihrer •bewaffneten Selbstisolation-, die Bomben wegzulegen und die Steine und einen Widerstand, der ein anderes Leben meint, wieder aufzunehmen.« (Vollständiger Text nachzulesen in: ID, Nr. 129 vom 12.6.76)

Im Revolutionären Zorn Nr. 2 vom Mai 1976
setzen sich die Revolutionären Zellen mit dem Begriff »Repression« auseinander und kritisieren ihn als rein technischen Begriff, dem eine politische Bestimmung fehlt.
Nur über eine Analyse der politischen Situation in der Bundesrepublik und weltweit, dem Erkennen der präventiven Strategien der Konterrevolution, der Aufgabenteilung zwischen den rechten Fraktionen und der Sozialdemokratie, erwüchsen die Möglichkeiten politischen Handelns. Sie gingen davon aus, daß »die Bourgeoisie gelernt (hat), daß es effektiver ist, die Hirne und Herzen der Menschen rechtzeitig zu kolonisieren, als das Gemetzel des alten Faschismus zu wiederholen. Seit der als •Befreiung vom Faschismus- getarnten Wiedererrichtung politischer Demokratie und kapitialistischer Produktionsweise ging es der herrschenden Klasse darum, auf gesellschaftlicher, politischer, ideologischer und militärischer Ebene ein Gesellschaftsmodell durchzusetzen, das den alten Faschismus überflüssig macht, revolutionäre Entwicklungen dennoch unmöglich.«
Der »neue Faschismus« stütze sich nicht mehr auf Teile der Bevölkerung, sondern gehe vom Innenministerium aus, erreiche mit anderen Formen der Durchsetzung aber die gleichen Ziele.
Der Tod Ulrike Meinhofs sei - so die RZ - der Anlaß für einen Sprengstoffanschlag auf das Oberlandesgericht Hamm und den Offiziersclub der US-Army in Frankfurt. Zudem fügen sie dem »Revolutionären Zorn« Nr. 2 eine Aufstellung von in- und ausländischen Reaktionen auf den Tod Ulrike Meinhofs bei.
Zur Unterstützung der Angeklagten in politischen Prozessen griffen sie im Februar 77, März 77 und Mai 78 mehrere Zwangsverteidiger (von den Gerichten beigeordnete Pflichtverteidiger, die der Verfahrenssicherung dienen sollen, wenn die Vertrauensanwälte ausgeschlossen wurden) und die Anwaltskammer Frankfurt an, schossen einem im Prozeß gegen den 2. Juni beigeordneten Zwangsverteidiger in die Beine.
Die Gefangenen aus dem •Kommando Holger Meins- (die Besetzer der deutschen Botschaft in Stockholm) lehnten den Brandanschlag auf das Auto des Rechtsanwalts Peters ab:
»Wir verstehen den Angriff auf den Zwangsverteidiger als Ausdruck der Empörung über die Situation der Gefangenen aus der Guerilla, zu deren moralischer und politischer Vernichtung Bundesanwaltschaft und Staatsschutzjustiz dadurch kommen wollen, daß sie Schauprozesse zur kriminalistischen,

öffentlichen Aburteilung revolutionärer Politik inszenieren, in deren Dramaturgie die Zwangsverteidiger die Ausschaltung der Wahlverteidung in- und außerhalb der Prozesse legitimieren und mit einem Alibi versehen sollen.
Wir stellen aber fest, daß die Zwangsverteidiger nicht das Ziel bewaffneter Angriffe sein können. Sie sind unwichtig.«
Im April 1977 veröffentlichten Revolutionäre Zellen zwei Stellungnahmen zu der Erschießung des Generalbundesanwalts Buback durch ein Kommando der Roten Armee Fraktion.

Der Revolutionäre Zorn Nr. 3 vom Mai 77
- Gegen den Mythos vom bewaffneten Kampf - bezieht sich auf Auseinandersetzungen in der Linken um den bewaffneten Kampf, hier vor allem auf die oben zitierte Rede der Spontis auf dem Pfingstkongreß. Die RZ bezeichnen die Position der Spontis als Zeichen einer »verinnerlichten Revolte« und setzten dieser Haltung ihre eigene Erfahrung von bewaffnetem Widerstand als Befreiung, als Kampf um Leben entgegen: »Man kämpft entweder gegen dieses System oder man wird vom System gelebt.«
Sie greifen die Stilisierung von Revolutionären zu Helden oder Übermenschen - auch durch die Linken - an. Die Nährung eines solchen Mythos habe zwangsläufig zur Folge, daß Widerstand für viele unmöglich erscheine.
Trotzdem konnte der Mythos, der mit dem Namen »Revolutionäre Zellen/ Rote Zora« verbunden war, nicht aufgehoben werden, wozu auch wesentlich die Anonymität der einzelnen Protagonisten der RZ beigetragen hatte. Im Gegensatz dazu wurde ihnen aus der Linken der Vorwurf gemacht, sich als Avantgarde zu begreifen bzw. zu verhalten, mit ihrer Theorie und Praxis quasi den pädagogischen Zeigefinger zu erheben und - entgegen ihrem Anspruch - nicht ausreichend mit der »Bewegung« verknüpft zu sein.
In dem Text »Wenn die Nacht am tiefsten, ist der Tag am nächsten« vom April 1992 greift eine Revolutionäre Zelle diese Ablehnung der Avantgarde-Position auf und stellt die Frage, ob »dies nicht in erster Linie die Weigerung, Verantwortung zu übernehmen« sei.
Der letzte Teil des Revolutionären Zorns 3 ist eine Antwort auf den mit RZ unterschriebenen »Offenen Brief an alle Genossen aus der RAF« vom Dezember 76: »ein offener Brief an alle Genossen, die noch bei Verstand sind«. Dort wird vehement die Praxis der RAF kritisiert und diese aufgefordert, sich der Kritik zu stellen.
Neun Jahre später druckte die taz am 13. Februar 1985 nach Beendigung eines Hungerstreiks der Gefangenen aus der Roten Armee Fraktion eine mit RZ unterschriebene Erklärung »Die Bilanz ist schlimm« ab, auf die »eine Gruppe aus dem Traditionsverein« mit der Erklärung »Es ist zum Kotzen« antwortete.
Dies sind Beispiele für das Verhältnis der RZ als »Gesamtverband« gegenüber anderen Guerilla-Gruppen. In diesen Erklärungen wird ausdrücklich eine öffentliche Kritik z.B. an der RAF abgelehnt. Politische Unterschiede könnten sich nicht in theoretischer Abgrenzung, sondern nur durch die Umsetzung einer anderen Praxis, in eigenem Handeln, ausdrücken.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich im Buch auf Seite 702 ff.

Revolutionärer Zorn Nr. 2

Mai 1976

Wittlich, den 9.3.74
»Für den Fall, daß ich in Haft vom Leben in den Tod komme, war's Mord - gleich was die Schweine behaupten werden. Nie werde ich mich selbst töten, nie werde ich ihnen einen Vorwand geben. Ich bin kein Provo und kein Abenteurer. Wenn's heißt - und dafür gibts Anzeichen - •Selbstmord-, •schwere Krankheit-, •Notwehr-, •auf der Flucht-, glaubt den Lügen der Mörder nicht.«
(Meins) [1]
»ich habe nicht viel zu sagen. wir glauben, daß ulrike hingerichtet worden ist. wir wissen nicht wie. aber wir wissen von wem und wir können das kalkül der methode bestimmen. ich erinnere an herolds [2] satz: aktionen gegen die raf müssen immer so abgewickelt werden, •daß die sympathisantenpositionen abgedrängt werden-. und buback [3]: •leute wie herold und ich finden immer einen weg-. es war eine kalt konzipierte hinrichtung - wie holger hingerichtet worden ist, wie siegfried hausner [4] hingerichtet worden ist.
ulrike [5] hatte sich entschlossen: revolutionäre identität gegen die langsame zerstörung des willens in der agonie der isolation zu behaupten. hätte sie sich anders entschlossen, hätte sie es uns gesagt. auf jeden fall andreas: so war die beziehung. ich glaube, die hinrichtung ulrikes jetzt - in diesem moment - hat ihren grund in einer kulmination - einem ersten politischen durchbruch der internationalen auseinandersetzung guerilla-imperialistischer staat brd. darüber sprechen informationen, über die ich jetzt nicht reden will. sie liegt auf der strategischen linie aller staatlichen bewältigungsversuche seit 6 jahren: physische und moralische vernichtung der raf.
und sie zielt auf die guerillagruppen in der brd, für die ulrike eine wesentliche ideologische funktion hat.
zu sagen ist noch - die ganze zeit, die ich die beziehung zwischen ulrike und andreas kannte, und ich kenne sie seit 7 jahren - war ihr signal intensität und zärtlichkeit, sensibilität und genauigkeit. und ich glaube, daß es genau dieser charakter der beziehung war, aus dem ulrike die 8 monate trakt durchgehalten hat.
es war eine beziehung, wie sie sich zwischen geschwistern entwickeln kann - orientiert an einem identischen ziel, als funktion dieser politik. so war sie frei - weil freiheit nur möglich ist im kampf um befreiung. es gab in diesem verhältnis keinen bruch, es wäre nicht möglich gewesen, weil es bestimmt war über die politik der raf.
und wenn in der gruppe überhaupt grundsätzliche widersprüche entstanden sind, waren sie definiert durch konkrete praxis. in den theoretischen arbeitsprozessen, wie sie im knast möglich sind, können sie aus der identischen situation des kampfes - und der geschichte der gruppe - keine basis haben, daß das genauso war, beweisen die diskussionen, ulrikes briefe und manuskripte bis zum freitagabend.
sie drücken den wirklichen charakter dieser beziehung aus. jetzt •spannungen- und •entfremdungen- zwischen ulrike und andreas [6], zwischen ulrike und uns zu behaupten, um mit dieser primitiven und dunklen infamie das projekt der hinrichtung ulrikes der psychologischen kriegsführung verfügbar zu machen: das ist buback. und das ist bubacks dummheit:
keiner dieser versuche hat bis jetzt zu was anderem geführt als zum immer deutlicheren begriff der reaktion in der bundesrepublik als: faschismus.«
11.5.75 Jan (Carl Raspe [7])

Man muß so radikal sein wie die Wirklichkeit
Am 8. Mai 1976, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, starb unsere Genossin und Schwester Ulrike Meinhof, ermordet durch Vernichtungshaft.
Die Vernichtungshaft, der »saubere« Mord durch Entzug jedes menschlichen Kontaktes ist Bestandteil der von den Sozialliberalen intensivierten konterrevolutionären Politik.
Die besondere deutsche Phantasie beim Verfolgen der Linken, die Raffinessen der Überwachung und Einschüchterung, technisches Niveau und kalte Berechnung des staatlichen Mordfeldzuges gegen Revolutionäre sind zum begehrten Exportartikel der sozialliberalen Koalition geworden.
Die Regierungen von Spanien, Chile, Israel, Südafrika, der Schweiz ... sie lernen heute in der BRD, was man im »Tausendjährigen Reich« noch zugelassen hat.

Man sagt, das ist Repression - doch was ist Repression?
Der Chef des Bundeskriminalamtes (BKA) Herold, bestellt regelmäßig die großen Nachrichtenagenturen, die Chefredakteure von Tageszeitungen und Magazinen, die Leiter von Rundfunk- und Fernsehanstalten zu sich. In den Sitzungen dieser kriminellen Vereinigung gegen das Volk wird die medienpolitische, psychologische Kriegsführung gegenüber allen gesellschaftlichen Bewegungen als Voraussetzung und Ergänzung polizeilich-militärischer Maßnahmen diskutiert, taktisch und strategisch abgestimmt. Die jeweilige Konzeption wird dabei auf den unterschiedlichen Leserkreis abgestimmt. Für die »Frankfurter Rundschau« werden andere Argumentationsstränge und psychologische Raster entwickelt, als für die »Zeit« oder die »Bild-Zeitung«. Gerade auch die Ebene der Kritik an den staatlichen Maßnahmen wird so bestimmt und durchgespielt. Die gleiche Scheiße, nur anders aufgewärmt, soll täglich und stündlich in Gehirn und Unterbewußtsein gepumpt werden.

Man sagt, das ist Repression - doch was ist Repression?
Ein Journalist, der vor Jahren von der »Frankfurter Rundschau« entlassen wurde, weil er sich nicht an das medienpolitische Konzept des BKA gehalten hat, wird einen Tag nach dem Mord an Ulrike in Holland von deutschen Bullen auf offener Straße mit vorgehaltener Waffe durchsucht und an die Wand gestellt. Nur durch einen zufällig sich nähernden Bus voller Touristen wird eine u.U. geplante Entführung verhindert.

Man sagt, das ist Repression - doch was ist Repression?
Wir erkennen Repression in jeder einzelnen Maßnahme. Wir haben schon vor 15 Jahren gegen die Notstandsgesetze [8] protestiert, mit denen sich die herrschende Klasse 1968 den parlamentarischen Segen erteilte für ein Blutbad nach chilenischem Muster. Wir registrieren die Überprüfung von 600.000 Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Wir unterschreiben Petitionen gegen Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse. Wir sind voller Wut und Trauer über die Ermordung von Revolutionären, von Petra Schelm [9], Georg von Rauch [10], Thomas Weissbecker [11], Günter Routhier [12], Holger Meins, Werner Sauber [13], Katharina Hammerschmidt [14], Ulrich Wessel [14a], Siegfried Hausner, Ulrike Meinhof. Wir sehen zu, wie sich keine Hand erhebt gegen die Vergasung von Jürgen Bartsch [15], wie täglich in den in Psychiatrien und in Justizvollzugsanstalten umgetauften KZs Brüder und Schwestern geschunden, in den Tod getrieben, gefoltert, zerstört werden. Dieser Staat verbietet die Abtreibung, zerschlägt mit militärischer Genauigkeit Streiks und Bürgerinitiativen, setzt eine Million Menschen auf die Straße und nennt dies wirtschaftlichen Aufschwung und soziale Stabilität. Wir empören uns noch ein wenig über die feine Art von Bücherverbrennung mit dem 88 a, trauen uns aber nicht, es auch so zu nennen.

Repression ist nicht bloß die Addition von Maßnahmen der Unterdrückung. Repression ist kein Exzeß, kein Übergriff.

Doch was ist Repression?
Der Begriff der Repression ist keine politische Kategorie und entzieht sich einer klaren Bestimmung, er dient nicht der Beschreibung der Verhältnisse im Klassenkampf. Repression ist ein Begriff aus der Technik, der nur aussagt, daß irgendetwas auf etwas anderes Druck ausübt. Die Verwendung des technischen Begriffs »Repression«, der nur dazu dienen kann, Quantitäten auszudrücken, hat dann schwerwiegende Konsequenzen, wenn er dazu benutzt wird, das Verhältnis zwischen gesellschaftlichen Klassen, also ein qualitatives darzustellen. So stellt man dann die »Zunahme der Repression« fest, d.h. ihre Ausdehnung, ohne dadurch das grundsätzliche Verhältnis zwischen den Herren des Staates und der Fabriken und dem Volk damit zum Ausdruck bringen zu können, es auch nur für sich zu begreifen. Warum wird von »Repression« gesprochen und nicht von Gewalt? Denn das Verhältnis zwischen der herrschenden Klasse und dem Volk ist ein Gewaltverhältnis. Die Gewalt der herrschenden Klasse gegen das Volk ist kein besonderes Mittel, kein Betriebsunfall der bürgerlichen Demokratie, kein Abrutschen, keine Fehlentwicklung.

Die Gewalt ist die Existenzbedingung der kapitalistischen Gesellschaft!
Die Gewalt wird nicht nur zusammengefaßt in besonderen Formationen, in Polizei und Militär, sie durchdringt vielmehr den gesamten Lebensprozeß.
- Zerstörung des Arbeitsprozesses
- Zerstörung der Persönlichkeit
- Auflösung sozialer Zusammenhänge
- Kasernierung in Sozialbeton
- Teilung von Kopf- und Handarbeit.

Nicht die besondere Gewalt ist der Fehler, sondern das gesellschaftliche System, das Bullen und Militär und all den barbarischen Dreck und Terror nötig hat.
Nur wenn man dieses alles durchdringende Gewaltverhältnis leugnet oder sich aus Gewohnheit ganz wohl in ihm fühlt, kann man Repression als Exzeß eines ansonsten ehrbaren, nach zwar kapitalistischen, aber immerhin rechtsstaatlichen Regeln funktionierenden Systems begreifen, dem man mit der Mahnung an seine eigene Verfassung und dem Kampf um die Grundrechte wieder auf die Sprünge helfen kann. Dem liegt nicht nur eine politische Analyse zugrunde, die angesichts der Konzentration von Gewalt in der BRD lieber an ihr vorbeisieht und als politische Perspektive auf eine wirkliche Umwälzung schon verzichtet hat, sondern auch eine subjektive Seite, die lieber Anpassung will als Kampf, die den langsamen Erstikkungstod angenehmer findet, weniger schwierig als die offene Auseinandersetzung. Die Gewalt hat sich so schon immer in die Köpfe, in das Fühlen, in Emotionen und tagtägliches Leben der Beherrschten eingenistet. Gewalt erscheint subjektiv als Angst, als Resignation, als Verzweiflung. An diese politische wie individuelle Defensivität knüpfen Gruppen wie das »Sozialistische Büro« [16] an. Sie klären auf über »Repression« und meinen damit den Streit um Grundgesetz und Verfassungsrechte. Sie versuchen die Linke immer wieder an das herrschende Rechtssystem zu binden, während diese gerade zu lernen beginnt, daß diese Rechtsnormen spezifisch kapitalistisch sind, während sie beginnt, diese Legalität zu durchbrechen, ihre Bedürfnisse nicht mehr an den diktierten Möglichkeiten, sondern auch jenseits des Legalismus zu orientieren!
Sie mobilisieren gegen Unterdrückung, aber sagen niemandem, wie man erfolgreich gegen die Repression kämpfen könnte, weil eine in der historischen Perspektive erfolgreiche Strategie den Bruch

mit dem Bestehenden voraussetzt.
Das »Sozialistische Büro« zieht es vor, sich und die Linke als harmlos, weil stumm und taub und blind gemachte Lämmer an die Bourgeoisie zu verkaufen. Der Rückzug auf Verfassungspositionen und die Beteuerung der eigenen Harmlosigkeit bewirken nur Resignation.
Auch der gutgemeinte Aufruf, verstärkt den Kampf gegen die staatliche Gewalt aufzunehmen, bleibt bloßes Gerede, wenn nicht die Veränderung in Taktik und Strategie staatlicher Gewalt, die Erweiterung des Staatsapparates, die verstärkten Bemühungen zur Kontrolle gesellschaftlicher Beziehungen, die Entwicklung des Klassenkampfes und der Konterrevolution auf europäischer Ebene usw. genau untersucht werden.
Angesichts der Niederlage des Imperialismus [17] versuchen die Kräfte der Barbarei dem revolutionären Fortschritt zuvorzukommen.
Prävention - das ist heute das Credo der Bourgeoisie - alles schon im Keime ersticken, mit der Wurzel ausreißen, solange das möglich ist. Die Bourgeoisie hat gelernt, daß es effektiver ist, die Hirne und Herzen der Menschen rechtzeitig zu kolonisieren, als das Gemetzel des alten Faschismus zu wiederholen!
Seit der als »Befreiung vom Faschismus« getarnten Wiedererrichtung bürgerlicher Demokratie und kapitalistischer Produktionsweise ging es der herrschenden Klasse darum, auf gesellschaftlicher, politischer, ideologischer und militärischer Ebene ein Gesellschaftsmodell durchzusetzen, das den alten Faschismus überflüssig macht, revolutionäre Entwicklungen dennoch unmöglich.
Während die Reste von kommunistischem Widerstand, diejenigen, die nicht in den KZs ermordet worden waren, aufs neue verfolgt und in die Illegalität [18] getrieben wurden, wurden all jene Mechanismen zur Integration und Kontrolle entwickelt, auf die sich die konterrevolutionäre Strategie heute stützt. Statt Arbeitsfront die konzertierte Aktion; statt Blockwartsystem Computer mit allen Lebensdaten; statt Pressezensur deren freiwillige Gleichschaltung; statt Parteiverbot entpolitisierte Volksparteien.
Die Verflechtung der BRD in das imperialistische Lager hat zur Folge, daß die innenpolitische Entwicklung hier nicht bloß ein Reflex auf ökonomische Brüche und Krisen in diesem Lande ist, sondern auch immer Ausdruck von dem, was sich innerhalb des imperialistischen Lagers abspielt.
Wenn es da schlecht geht - und spätestens nach Vietnam ist das so - schlägt sich das auch hier nieder. Die Interessen des imperialistischen Lagers insgesamt sind es, an denen Innen- und Außenpolitik der BRD ausgerichtet sind.

Deutsche Sozialdemokratie an der Spitze europäischer Konterrevolution
Dabei ist die BRD in den letzten zwanzig Jahren aus der Rolle eines bloßen Anhängsels der USA herausgekommen und hat im imperialistischen Lager an Einfluß und Stärke gewonnen und ist zur dominierenden Macht in Europa geworden.
Inwieweit die BRD ihre Politik in Europa vollständig durchsetzen kann, ist noch unklar. Auf jeden Fall interveniert sie im Ausland, wo die europäische kapitalistische Stabilität bedroht ist. Portugal war ein Lehrstück für die Verlangsamung und Zerschlagung des revolutionären Prozesses. Die Spaltung des Volkes mit sozialdemokratischen Marionetten war politisch erfolgreicher als die militärische Intervention des US-Imperialismus, die Putsche und Morde des CIA.
Dabei versucht die internationale Sozialdemokratie unter Führung der deutschen Sozialdemokratie eine empfindliche Lücke zu schließen. Die amerikanischen Interventionen bis Vietnam waren stets mit dem Hinweis auf Notwendigkeit der Verteidigung der »freien Welt« verbrämt. An dieser Ideologie der »Freien Welten«, an die »Überlegenheit der westlichen Zivilisation« glaubt mit dem internationalen Aufschwung der Klassenkämpfe niemand mehr so recht.

Die Sozialdemokraten - und speziell die deutschen - entwickeln heute eine klassenbezogenere Linie. Ihre in der Zielsetzung identische Strategie begründen sie mit der Sorge um die Freiheit der Gewerkschaften, der Presse, der freien Meinungsäußerung, verarbeiten geschickt die Angst vor dem Stalinismus. Die Unterschiede im Eingreifen der USA und der BRD können über ihre Gemeinsamkeit nicht hinwegtäuschen: sie sind die Kräfte der Barbarei und kämpfen um deren Verlängerung. Die vor allem in der BRD verstärkt betriebene konterrevolutionäre Politik zeichnet sich dadurch aus, daß in ihr die politischen und militärischen Maßnahmen genauer aufeinander abgestimmt werden. Wer die bürgerliche Gewaltpolitik ausschließlich unter militärischen Gesichtspunkten analysiert oder wer umgekehrt in den politischen Maßnahmen die kapitalistische Gewalt nicht zu erkennen vermag, kann die präventive Konterrevolution als politisch-militärisches Projekt, als Abstimmung von Integration, Kontrolle und Vernichtung nicht begreifen.

Die Struktur des Gewaltapparates
Integration - Kontrolle - Terror - Vernichtung

Präventive und internationale Konterrevolution bedeutet: revolutionäre Prozesse zerschlagen, bevor sie sich entwickeln können, Bewegungen vernichten, bevor sie in der Bevölkerung breite Unterstützung finden, das Volk durch ein abgestuftes System von reformistischen Angeboten und selektivem Terror spalten und den gesellschaftlichen Widersprüchen damit ihre Brisanz nehmen.
Der Widerstand der Arbeiter gegen die Monotonie ihrer Arbeit wird nicht mit der militärischen Verwaltung der Fabriken beantwortet, sondern mit dem Versuch zur »Bereicherung« der Arbeit, der Abwechslung der Arbeitsvorgänge usw. Die Krankheitsquote soll gesenkt, der Arbeiter betriebstreuer werden. Ihnen wird Zufriedenheit eingeredet, sinnlose, entfremdete Gruppenarbeit soll mehr Spaß machen als sinnlose, entfremdete Einzelarbeit. (Wenn auch mit wechselndem Erfolg, eine Arbeiterin bei Volvo Schweden nach Einführung der Arbeitsplatzrotation: »Früher haben mir immer nur die Handgelenke wehgetan, heute tut mir alles weh«). Auf die Studentenbewegung wurde nur ausnahmsweise mit polizeilicher Gewalt geantwortet, viel erfolgreicher wurden die Studenten in die institutionelle Veränderung der Universität miteinbezogen, wurde Reformvorhaben Platz eingeräumt, bis sich die Bewegung totlief.
Die Erfahrungen anderer Völker zeigen, wie weit diese Kompromißbereitschaft gehen kann, wie sehr auch die Herrschenden die politische Entscheidung suchen. In Nordirland suchten die Engländer mit einigen Zugeständnissen selbst die IRA als Ordnungsmacht zur Stabilisierung und Beruhigung einzusetzen. Es ist auch bekannt, wie trotz des wildesten antikommunistischen Gegeifers in Italien die KPI zur Disziplinierung der Arbeiter und Gewerkschaften benutzt wird.
Gleichzeitig wird der Bürgerkrieg vorbereitet. »Das Wasser vergiften, wenn man die Fische nicht fangen kann«, sagte der englische Bürgerkriegsgeneral Kitson. [19] Um ihn effektvoll und planvoll führen zu können, müssen die Herrschenden eine genaue Kenntnis der Gesellschaft erwerben, Denkweisen und informelle Organisation (z.B. im Betrieb) erfassen, um jeden möglichen Unruheherd von vorneherein eingrenzen zu können. Zu diesem Zweck wurde ein gewaltiger gesellschaftlicher Beobachtungs- und Bespitzelungsapparat aufgebaut. Die Kontrolle jedes einzelnen, die Erfassung seiner Lebensweise, ist das Ziel. Die Computerisierung aller persönlichen Daten, die ständig durch Kontrollen aufgefüllt werden, ist der technische Hebel dieser Entwicklung. Durch Soziogramme von Personen, »die in die Gewalt abgleiten könnten«, wird dies noch verfeinert. Soziogramme, die nicht nur die Organisationszugehörigkeit berücksichtigen, sondern Freunde und Freundinnen, Verwandte, Stammkneipen, Ferienaufenthalte (z.B. in Portugal), alle medizinischen Daten usw. kurz: alles über einen Menschen.

Der Präsident des BKA, der SPD-«Genosse« Herold [20], will allen Bundesbürgern Fingerabdrücke abnehmen lassen. Die Durchsuchungsbefugnis der Bullen soll auf ganze Stadtteile ausgedehnt werden. Gerade die Technisierung, die Entpersönlichung der Überwachung, die unmerkbare Kontrolle machen sie so schwer erfahrbar, so schwer als entscheidenden Bestandteil der herrschenden Gewalt, als die aktuelle Etappe des Bürgerkriegs zu erkennen.
Im punktuellen Terror gegen das Volk erinnert der Staat an seine Waffengewalt. Straßen- und Verkehrskontrollen mit Maschinenpistolen, Bahnhofsrazzien, Fahndungstage, Werkschutz, private Bewachungsinstitute, Kaufhausdetektive, der Terror auf Polizeiwachen gegen Betrunkene, die Ermordung von Kleinkriminellen, der Knast sollen jeden von der Allgegenwärtigkeit und Stärke des Staates überzeugen. Da, wo das Volk kämpft, vervielfacht sich die Brutalität: die Polizeieinsätze bei Ford, in Nordhorn [21] und Wyhl sind noch in Erinnerung.
Schließlich die Verfolgung der Linken mit einer ähnlichen Abstufung des Schreckens. Für viele reichen Berufsverbot und Entlassung, für die meisten schon die Drohung damit, um ihnen jeden Gedanken an effektiven Widerstand auszutreiben. Immerhin wird so feinsinnig verfolgt, daß immer noch Bereiche für die politische Betätigung übrig bleiben - wenn auch weniger wichtig. Der Einzelne wird eingeschüchtert, Organisationen nicht formell, sondern praktisch illegalisiert. Propaganda und öffentliche Diskussion werden erschwert, die militante Spitze der Linken, die Fabrik-, Häuser- und Jugendzentrenbesetzer bereits kriminalisiert. Das gesamte militärische und psychologische Arsenal der staatlichen Gewalt wird gegen die Guerilla eingesetzt; da geht es nicht mehr um den politischen Kompromiß, die Abstufung, sondern um kompletten Terror, da wird offener Krieg geführt.

Der Faschismus kommt als Strafe, wenn man die Revolution nicht vorantreibt
Manche mögen bereit sein, jede Politik zu verkraften, die nicht so grauenvoll ist, wie die der Verbrennungsöfen und Todeslager und ihre Entrüstung für die besonderen Formen des von den Regierenden vervollkommneten kriminellen Wahnsinns vorbehalten. Das Sichklammern der deutschen Linken an diese Erscheinungsform des Faschismus, das Pochen darauf, Faschismus - das ist Brasilien, Spanien, Chile - beweist nur, daß die Erinnerung an den Nazifaschismus in diesem Lande zu Grabe getragen wurde, ohne daß er als historische Erfahrung verarbeitet wurde.
Dieses luxuriöse Unterscheidungsvermögen kann diejenigen nicht überzeugen, die mit der gegenwärtigen Realität terroristischer Unterdrückung konfrontiert sind.
Warum fragt ihr nicht, ob und was staatliche Gewalt, Konterrevolution, faschistische Unterdrückungsmethoden sind, die beiden Gefangenen Hans Rohrmoser und Heinz Detlef Krieger, die sich im Reformknast Fuhlsbüttel aus Protest gegen menschenunwürdige Behandlung erhängt haben; fragt Jürgen Bartsch, der zuerst als Monstrum von den Herren des »Modell Deutschland« in die Gummizelle gesteckt und unter dem Beifall der Zeitungen vergast wurde; fragt, verflucht noch mal, Ulrike Meinhof.

Warum wartet ihr auf die Einnahme des Innenministeriums durch faschistische Banden, während das Innenministerium dieses Land einnimmt und besetzt!
Aus der Geschichte lernen, heißt für die heutige Zeit zu begreifen, was Clara Zetkin [22] schon 1923 erkannte: »Der Faschismus ist in keiner Weise die Rache der Bourgeoisie gegen das sich kämpferisch erhebende Proletariat, historisch und objektiv gesehen kommt der Faschismus eher als Strafe, weil das Proletariat es nicht verstanden hat, die Revolution fortzusetzen«.
Wir haben es nicht verstanden, die Revolte der 60iger Jahre fortzusetzen, obwohl sie politische Folgen hatte, die weit über unseren subjektiven und politisch-organisatorischen Einwirkungsbereich hinausging, die in Schüler-, Lehrlings- und Frauenbewegung, in den wilden Streiks 1973 sich fortsetzte und die

Konturen eines revolutionären Blocks verdeutlichten. Was an der im wesentlichen von Studenten getragenen Revolte so ansteckend war, war die große Identität von Begreifen und Handeln. Je mehr die Linke diese Identität verliert, umso mehr fällt sie in die Bedeutungslosigkeit zurück.
Es ist klar, daß diese Identität heute viel schwerer zu erkämpfen ist als 1968, aber wenn sie sich nicht eine neue, den veränderten Bedingungen angepaßte revolutionäre Praxis zurückerobert, hat sie nicht nur den Kampf um dieses Land verloren, sondern sich als Linke bereits aufgegeben und wird selbst zu einfachsten politischen Aussagen nicht mehr fähig sein. Damit meinen wir: bereits heute klammern die gängigsten Definitionen von dem, was sich in der BRD abspielt, wesentliche gesellschaftliche Bereiche und Entwicklungen aus. Zum Beispiel gibt es für das »Sozialistische Büro« keine Zuchthäuser in diesem Land, es gibt für sie keine psychiatrischen Anstalten, Militär und Polizei kommen nur in den Fußnoten ihrer Analysen vor, die Widerstandsformen der Stadtguerilla und der militanten Linken werden denunziert und verketzert. Anstatt die Perspektiven und praktischen Möglichkeiten des Kampfes gegen die alltägliche Repression zu überdenken, geben linke Arbeiter, Lehrer, Lehrlinge, Studenten, Sozialarbeiter dem Druck nach, geben ihn weiter, sind pünktlicher, vorsichtiger, ängstlicher, verkriechen sich in Zweierbeziehungen und lassen in Kneipen die Freiheit heimlich hochleben.
Dabei gibt es kein Warten auf die Arbeiterklasse, denn die wartet auf die revolutionäre Linke. Und appelliert nicht an die Liberalen, die werden euch nur als Opfer bejammern.
Verstopft eure Ohren für die Herrschenden, hört die Unterdrückten. George Jackson [23], erschossen in einem amerikanischen Knast, weil er klar durchgeblickt und gekämpft hat, sagt: »Wenn ich den Faschismus von heute in einem einzigen Wort definieren müßte, würde ich das Wort •Reform- wählen.« Was er damit meint? Einst präsentierte man die Reformen als eine Brücke zu einer wunderbaren Zukunft; heute zwingt man sie auf als das Brückengeländer am Rande des Abgrunds. Wer sie ablehnt, ist gewalttätig, tollwütig, verrückt. Es ist kein Wunder, daß alle jenen Gruppen und Büros, die Repression nicht als Gewalt entziffern können, die die Dimension einer neuen konterrevolutionären Strategie nicht erkennen, auch unfähig sind, auch nur eine praktische Perspektive im Kampf gegen staatliche Gewalt anzugeben. Diese Perspektiven sollten weniger rhetorisch sein, sie sollten an den Widersprüchen des Gewaltapparates ansetzen, sie sollten auch auf individueller Ebene praktizierbar sein.

Was jeder machen kann - für eine Praxis gegen Gewalt
Zunächst auf der untersten Ebene sollte jeder einzelne versuchen, staatliche Kontrolle und Überwachung zu unterlaufen, wo immer es geht. D.h. vor allem den Bullen die Erstellung von Soziogrammen erschweren, also keine Adressbücher und wenn, dann nur verschlüsselte (oder aus dem Telefonbuch unsinnig aufgeblähte) anlegen; übers Telefon möglichst wenige, nur öffentlich bekannte Informationen weitergeben, öffentliche Telefonzellen zum Telefonieren benutzen (ist im Ortstarif 3 Pfg. billiger); Autos nicht länger so parken, daß der Aufenthalt des Besitzers daraus unmittelbar ersichtlich wird; in Kneipen nicht über Leute quatschen (sonst auch nicht!) und andere daran hindern, wenn sie es trotzdem tun! Fragebogen, sofern man sie nicht wirklich ausfüllen muß, wegschmeißen. Im anderen Fall nur die tatsächlich überprüfbaren Angaben wie Name, Geburtstag, Wohnort usw. richtig ausfüllen, den Rest fälschen, was das Zeug hält, insbesondere Gesinnungsfragen (Sind Sie der Meinung?)
Bei Verhören durch die Bullen, bei Hausdurchsuchungen, Verkehrskontrollen, Razzien und vorübergehenden Festnahmen nur die Angaben machen, um die man nicht herumkommt, nur einen Ausweis zeigen. Auf keinen Fall irgendwelche Aussagen über sich oder andere machen, auch nicht im freundlichen Gespräch, auch keine noch so belanglosen. Das gilt auch für Alibifragen, es gibt keine Verpflichtung, ein Alibi nachzuweisen. Es ist ein Fehler, wenn man meint, die Bullen durch kleine unbedeutende Informationen schneller loswerden zu können; gerade, wenn man redet, kommen die

Bullen immer wieder. Wenn einem irgendwas auffällt, was auf Observationen durch die Bullen hindeutet, so schnell wie möglich öffentlich machen, verziert die Hauswände mit entsprechenden Informationen, laßt euch in den bekannten Kneipen darüber aus, zeigt den Bullen, daß ihr sie bemerkt habt, schreibt an Zeitungen und Informationsdienste, hängt an linken Treffpunkten Plakate auf usw. Darüberhinaus gibt es natürlich zahlreiche Möglichkeiten, den staatlichen Gewaltapparat in Trab zu halten, ihn sinnlos zu beschäftigen und dadurch ein Gutteil zu destruieren.
Dem Einfallsreichtum sind hier keine Grenzen gesetzt:
* Falschen Bombenalarm geben; als Objekte bieten sich nicht nur zahlreiche Konsulate, Botschaften, Handelsvertretungen, Luftfahrtgesellschaften, Armeeeinrichtungen usw. an, sondern auch die Privatadressen renommierter Schweine.
* Äußerste Vorsicht ist bei jeglicher Art von Fehlalarm am Platz. Bei telefonischer Durchsage niemals die Bullen direkt anrufen, da diese alles (wie übrigens viele Zeitungen auch) auf Band aufnehmen und Fangschaltungen haben, sondern immer nur Leute in verantwortlicher politischer Stellung.
Bei schriftlichem Fehlalarm keinesfalls die eigene Schreibmaschine benutzen, auf Fingerabdrücke achten, Briefmarken und andere Klebeflächen mit Wasser befeuchten, nicht lecken; Briefe möglichst weit vom eigenen Wohnort entfernt in den Briefkasten werfen. Die Anonymität kann man in jedem Fall damit begründen, daß man Angst vor der »Rache der Terroristen« habe und man wisse, daß die Polizei einen sowieso nicht schützen könne.
* Kameras, die zur Kontrolle und Überwachung eingesetzt sind, mit guter Lackfarbe zuschmieren (dabei möglichst nicht in die Kamera reingucken!).
* Verkehrs- und Geschwindigkeitskontrollen den Fahrern in entsprechender Entfernung durch Plakate, Lichtzeichen usw. anzeigen.
* Demonstrationen und Kundgebungen dadurch unterstützen, daß man die Beweglichkeit der Bullen einschränkt. Ein abgesoffenes Auto kann eine ganze Kolonne von Bullenwagen aufhalten.
* Fleißige Genoss/innen können aus Telefon- und Adressbüchern eine große Liste von Polizeibeamten und Werkschutzleuten anfertigen, diese fotografieren oder ihre Haustür mit Berufsangabe verschönern.
* Bei Demonstrationen und Großfahndungen in weit entfernten Vororten die Schaufenster von Banken und Sparkassen einschmeißen. Das gibt einen hübschen Alarm und beschäftigt die Bullen ziemlich lange.

Der Kampf gegen staatliche Gewalt ist nicht die Frage von Kampagnen, von kurzfristigen politischen Höhepunkten oder der Organisierung von »themenspezifischen« Komitees. Der Kampf gegen staatliche Gewalt muß vielmehr zum elementaren Bestandteil jeder politischen Initiative werden und das in doppelter Hinsicht: sowohl unter dem Aspekt der Sicherheit der in verschiedenen Bereichen arbeitenden Genoss/innen als auch unter dem Aspekt der politischen Perspektive.
Eine Betriebsarbeit, die sich die Umtriebe des Werkschutzes nicht zum Problem macht, an einzelnen Denunziationen vorbeisieht, die Spitzeldienste reaktionärer Gewerkschaftsfunktionäre bestenfalls entrüstet zur Kenntnis nimmt und sich im übrigen lediglich auf die Auswirkungen der ökonomischen Krise bezieht, entwaffnet nicht nur sich selbst, sondern auch die Arbeiter.
Ebenso im Stadtteil: gerade weil hier Kontrolle schwerer durchzusetzen ist, ist es umso wichtiger. Die Kontaktbereichsbeamten bei Namen und Adresse nennen, ihre Funktion und konkrete Tätigkeit zu veröffentlichen, lokale Polizeireviere zu erkunden und darüber zu berichten, ihre Helfershelfer in der Bevölkerung zu benennen; die ortsansässigen Vertreter des Staatsschutzes zu ermitteln wie auch Richter und Staatsanwälte ihre Geschäfte nicht in Ruhe treiben zu lassen.
Das alles sind nur einige Andeutungen einer Palette von bisher ungenutzten Möglichkeiten.
Dazu gehören auch:
- Sammlungen für einen Fonds, aus dem die von der staatlichen Gewalt Betroffenen unterstützt werden

können,
- die Übernahme von Patenschaften durch Betriebs-, Schüler-, Stadtteilgruppen für einzelne Gefangene und vom Berufsverbot Betroffene, über deren Situation immer wieder berichtet werden kann, für die immer wieder etwas unternommen wird.
- Die Herstellung breitester Öffentlichkeit bei politischen Prozessen, Anhörungen von Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes.
Dies alles setzt voraus, daß jede politische Organisation oder Gruppe die Sicherheitsvorkehrungen für ihre Genoss/innen zumindest verdoppelt. Es muß jedem Linken klar sein, daß Linke schon ihrer Existenz nach und nicht nur aufgrund ihrer Praxis illegalisiert werden können. Deshalb müssen die Gruppen und Organisationen nicht nur Möglichkeiten bereitstellen, um einzelne Genoss/innen zu schützen, abzusichern, materiell zu versorgen, damit sie ungebrochen Kraft zur Fortsetzung ihrer politischen Praxis haben, sie muß insbesondere Organisationsformen entwickeln, die dem Gebot der Vorsicht folgend abgeschlossen und überschaubar sind, als auch Perspektiven der Organisierung auf Massenebene mit der dafür notwendigen Offenheit aufweisen.
Diese Elemente einer politisch-militärischen Strategie und Praxis gegen den Apparat kapitalistischer, staatlicher Gewalt müssen zusammenfliessen in der bewaffneten Aktion. Bewaffnete Angriffe und Vergeltungsaktionen gegen einzelne Funktionsträger des Gewaltapparates und dessen Institutionen, Gebäude usw. haben mehr als symbolischen Wert. Das Kapitalverhältnis ist ein konkretes Verhältnis zwischen Personen. Die Angehörigen des Gewaltapparates, ob sie nun in den Polizeikasernen, Gerichtsälen, politischen Entscheidungszentren, Presseräumen oder Direktionsetagen sitzen mögen, bleiben nicht anonym.
Jeder Bulle, der im Vollzug seines Dienstes auf irgendwelche Menschen anlegt, muß und soll wissen, daß seine Kugeln zum Bumerang werden können.
Jeder Richter, der ein neues Terrorurteil fällt, muß wissen, daß er damit leichtfertig die Annehmlichkeiten seines Lebens aufs Spiel setzt.
Jeder Spitzel, jeder Denunziant muß wissen, daß sein Verrat auf ihn zurückschlagen kann.
Militärische Aktionen zu diesem Zeitpunkt sind eine entscheidende Möglichkeit, Resignation in Handlung umzusetzen, die Allmächtigkeit des Systems praktisch zu widerlegen, die politische Situation zu polarisieren, das Ausmaß der Repression überhaupt deutlich zu machen, den Apparat staatlicher Gewalt gezielt an einigen Punkten zu destruieren, seine Angehörigen einzuschüchtern.

Nicht allgemeiner Aufstand, sondern langwieriger bewaffneter Kampf
Wir glauben nicht an einen ausschließlich militärischen Sieg über die staatliche Gewalt. Es wird in Europa keinen allgemeinen Aufstand geben, sondern einen langwierigen revolutionären Prozeß.
Die organisatorischen Bezugspunkte dieses Prozesses werden die Organe der Volksmacht sein, in denen sich Arbeiter, Frauen, Studenten offen bzw. halblegal organisieren können und die politisch-militärischen Kerne der revolutionären Linken, der Stadtguerilla.
Die Parteien, Büros, Gruppen, in denen sich heute manche organisieren, entsprechen überwiegend diesen Bedürfnissen nicht. Weder organisieren sie eine offensive, massenbezogene Politik, noch verfügen sie über eine politisch-militärische Perspektive, Struktur, Ausbildung, die es ihnen erlauben würde, Organe der Gegenmacht zu schützen und sich selber der Repression zu entziehen, geschweige denn offensive bewaffnete Aktionen zu unternehmen.
Angesichts der Verallgemeinerung der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Gewalt können sich der revolutionäre Prozeß, Massenbewegungen von Anfang an nur gegen bürgerliche Legalität entfalten, muß die Kampfform der Guerilla annehmen, dabei schrittweise Illegales, Nicht-Erlaubtes legalisierend, durchsetzend.

Fast jede Form der Aneignung von Leben: Fabrikbesetzungen, Herabsetzen von Preisen und Gebühren, kostenloser Einkauf, Widerstand gegen kapitalistische Stadtzerstörung usw. unterliegen dieser Bestimmung. Die Aufgabe der revolutionären Linken ist es dabei nicht, die Kämpfe des Volkes kommentierend zu begleiten, sondern zu zeigen, wie sie möglich sind, wie sie verteidigt werden können. Die Stadtguerilla unterstützt die Kämpfe des Volkes durch Angriffe gegen seine Feinde, baut einen illegalen Apparat auf, der neue Aktionsformen ermöglicht, entwickelt die Möglichkeiten subversiver Medienbenutzung, beschafft Informationen aus den Büros der Herrschenden. Die Stadtguerilla trägt die Momente des Antiimperialismus in die nationalen Auseinandersetzungen.
In der aktuellen Situation, jetzt, wahrscheinlich für einige Jahre, geht es darum, die demoralisierenden Auswirkungen der konterrevolutionären Politik auf die Linke und die kämpferischen Teile des Volkes zu stoppen. Krisenpolitik, Arbeitslosigkeit, Verteuerung des Lebens wirksam anzugehen, die Interventionen der BRD in Europa mit dem Aufbau einer internationalen Front zu beantworten.
Bewaffnete und illegale Aktionen sind dabei ein notwendiges Mittel, der Resignation entgegenzuarbeiten, die scheinbare Unverletzlichkeit und behauptete Allmacht des Systems zu verletzen, einige der Schweine zur Verantwortung zu ziehen.
Die Bourgeoisie hat die Illegalität längst gewählt, den »Rechtsstaat« in der Auseinandersetzung mit Revolutionären auf den Schutthaufen geworfen: Man muß so radikal sein wie die Wirklichkeit, der Kampf gegen die verallgemeinerte Gewalt ist dabei schon ein revolutionäre Moment! Ohne den Einschluß bewaffneter Kampfformen, ohne Unterstützung und Beteiligung an der Stadtguerilla bleibt nur der Weg in Reformismus oder Apathie!
Bewaffneter Widerstand gegen Faschismus und bürgerliche Gewalt!
Schafft revolutionäre Zellen!

Reaktionen auf den Tod von Ulrike Meinhof

* 9.5. Bombenexplosion in den Büros von Klöckner und Thyssen in Paris. Die Gruppe Solidarité Révolutionaire übernimmt die Verantwortung: Der deutsche Staat hat gerade wieder ein Mitglied der RAF getötet. Gestern ist Holger Meins gestorben, heute Ulrike Meinhof durch Erhängen. Es geht nicht darum, aus ihnen Märtyrer zu machen, sondern durch unsere Tat und durch internationale Solidarität auf die Verbrechen aller Herrschenden zu antworten.
* 10.5. Bombenanschlag auf das deutsche Reisebüro in Rom, das Antiimperialistische Zentrum Holger Meins übernimmt die Verantwortung.
Brandanschlag auf das deutsche Kulturinstitut in Toulouse, das Erdgeschoß brannte völlig aus.
Straßenschlacht in Westberlin.
Brandanschlag auf ein deutsches Spezialitäten-Geschäft in Mailand.
Molotow-Cocktail gegen das Landgericht Wuppertal.
* 11.5. Demonstrationen in Frankfurt, Straßenschlachten in der Innenstadt. Kleine Gruppen greifen die Bullen erfolgreich an. Die Bullen greifen 14 Leute wahllos heraus, einer, dem man einen Mordversuch anhängen will, wird nach einer weiteren machtvollen Demonstration von über 7.000 freigelassen.
Sprengstoffanschlag auf die Deutsche Botschaft in Kopenhagen.
Sprengstoffanschlag auf Daimler Benz in Nimes (Südfrankreich).
Sieben Mollis gegen den Deutschen Kulturpalast Villa Massismo in Rom.
* 13.5. Eine Brandbombe verwüstet die Büros von Hoechst in Barcelona.

* 14.5. Bombenanschläge gegen Volkswagen und Bosch in Mailand, gegen das deutsche Konsulat in Venedig, gegen eine weitere deutsche Niederlassung in Neapel.
Brandanschlag auf einen Funkwagen der Bullen in Frankfurt.
Sprengsstoffanschlag gegen das Stachus-Einkaufszentrum in München.
* 15.5. Sprengstoffanschlag der Revolutionären Zellen gegen das Oberlandesgericht Hamm als »schwacher Ausdruck unserer Wut und Trauer über den von den Staatsschutzbehörden von langer Hand vorbereiteten Mord an der Genossin Ulrike Meinhof.«
Molli gegen das deutsche Archäologische Institut in Rom. Brandanschlag in Sevilla.
* 17.5.-26.5. Molli gegen eine deutsche Autofirma in Paris.
Mollis gegen geparkte deutsche Reisebusse in Paris.
Parolen am deutschen Konsulat in Sidney, Australien.
Sieben Mollis gegen Volkswagen in Rom.
Molli gegen die deutsche Botschaft in Brüssel.
Brandanschlag auf das deutsche Konsulat in Bilbao (Baskenland). Drei Bomben gegen Volkswagen in Mailand.
Brandanschlag gegen Agfa Gevaert in Mailand.
Während der gesamten Zeit fanden zahlreiche Demos, Kundgebungen, Malaktionen in der ganzen BRD, in Dänemark, Schweden, Österreich, Italien, Griechenland und vielen anderen Ländern statt.
Solidaritätsadressen treffen ein, so z.B. aus der Schweiz, Italien, Irland.
27 Gefangene im Preungesheimer Knast, Frankfurt, weigern sich am 10.5. nach der Freistunde in die Zellen zurückzugehen. Auch Gefangene in Stammheim und Köln-Ossendorf protestieren durch Sitzstreiks gegen den Mord an Ulrike. Viele Gefangene treten in den Hungerstreik. Die Preungesheimer Gefangenen verbreiten folgende Erklärung: »Ulrike ist ermordet worden. Wir, hier im Gefangenenlager Preungesheim, Station V, sind nicht bereit, nichtstuend zu warten, bis wir an der Reihe sind. Selbst betroffen durch einen der unmenschlichsten Knäste und sehend, wie einzelne von uns bis zum Rand der möglichsten physischen und psychischen Erschöpfung gefoltert werden, müssen wir versuchen, unser Leben, das Leben der Gequälten zu verteidigen. Wir werden uns am Montag auf dem »Innenhof« genannten Laufkäfig verbarrikadieren. Wir verstehen diese Aktion als Antwort auf die Ermordung von Ulrike und wollen erreichen, daß die Isolation hier aufgehoben wird [...] Unterstützt unseren Kampf! Unterstützt alle Kämpfenden! Ulrike lebt!« Die Aktionen der Preungesheimer Gefangenen wurden eine Woche lang tagtäglich durchgehalten, noch viele andere schlossen sich an.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Anschlag auf den Offiziersclub der US-Army, Frankfurt (Juni 76)

Die Revolutionäre Zelle - Brigade Ulrike Meinhof - hat heute in Frankfurt am Main in der Hauptzentrale der US-imperialistischen Besatzungsarmee, dem europäischen Nervenzentrum der NATO und aller US-Geheimdienste und deren Offiziersclub Bomben gelegt.
Wir verstehen diesen Angriff als Teil des weltweiten bewaffneten Kampfes gegen ein System, das in den 200 Jahren seines Bestehens Millionen Menschen vernichtet, Völker ausgerottet, Kontinente versklavt und die ganze Welt ausgeplündert hat.
Wir verstehen unseren Kampf als den eines kolonisierten Volkes, dessen Territorium von der bundesdeutschen Regierung dem US-Imperialismus als Hauptversorgungsgebiet und als militärische und strategische Zentrale für die Unterwerfung und Vernichtung der europäischen Völker, der Völker des Nahen Ostens und während des Indochinakriegs, der Völker des Fernen Ostens bereitgestellt wurde. Darüberhinaus wurde der USA das bundesdeutsche Gebiet von der eigenen Regierung als Übungsgelände, Waffenlager (H-Bomben) und als Aufmarsch- und Kriegsgebiet für den atomaren Präventivschlag zur Verfügung gestellt. Deutlicher kann die imperialistische Komplizenschaft zwischen den Systemen BRD und USA nicht gezeigt werden. Es ist das Bündnis der Kräfte der Barbarei, in dem die bundesrepublikanische Regierung der nuklearen Vernichtung ihres ganzen Landes und der totalen Vernichtung des gesamten ihr unterworfenen Volkes zustimmt.
Wir sehen in unserer Aktion die Fortsetzung des bewaffneten antiimperialistischen Kampfes unserer Brüder und Schwestern, die in den Vernichtungslagern Stuttgart-Stammheim, Köln-Ossendorf usw. gefangengehalten werden oder vom deutsch-amerikanischen Imperialismus ermordet wurden, wie die Revolutionäre
Petra Schelm, Georg von Rauch, Thomas Weissbecker, Holger Meins, Katherina Hammerschmidt, Werner Sauber, Ulrich Wessel, Siegfried Hausner, Ulrike Meinhof

---

Erklärung einer Revolutionären Zelle zum Tod von Buback (April 77)

Zur Hinrichtung Bubacks
Heute morgen um 9.15 Uhr wurde der Generalbundesanwalt Siegfried Buback auf der Fahrt zum Bundesgerichtshof durch mehrere Schüsse hingerichtet.
Dienstag abend warnte Buback noch vor neuen »terroristischen Aktivitäten« - Seine Warnung wurde nicht erhört! Buback ist Hauptverantwortlicher für
- die Morde an Ulrike Meinhof, Holger Meins, Siegfried Hausner
- die menschenvernichtende Isolationsfolter in den Knästen
- die Verteidigerausschlüsse in politischen Schauprozessen
- die Gleichschaltung der Medien in der Berichtserstattung
über den revolutionären Kampf.

Buback spricht offen aus, was seine Praxis ist: »Wenn Sie eine gesetzliche Regelung haben und sie mal strapazieren müssen, funktioniert sie ja meistens doch nicht.« (Spiegel-Interview; 16.2.76)
Wir lernen von Buback, daß nicht die Theorie (also das Gesetz), sondern die Praxis verändert; das Gesetz

ist für ihn einzig propagandistischer Nährboden für faschistische Politik. Viele Genossen werden sagen, daß sich praktisch durch die Aktion nichts verändert hätte, immerhin würde ja ein Nachfolger (wenngleich jetzt mit gemischten Gefühlen) Bubacks Funktion weiter erfüllen. Wir sagen euch: den bewaffneten Kampf kann man nicht in der Theorie vorbereiten, weil man ihn nicht in der Theorie durchführen kann. Wir sind jetzt natürlich nicht in der Lage, eine Festung wie Bonn zu stürmen, aber die Bewegung wird nicht durch Theoretisieren größer, sondern durch revolutionäre Praxis.
35 politische Gefangene befinden sich zur Zeit im Hungerstreik, gegen Isolation, für Zusammenlegung als Kriegsgefangene nach der Genfer Konvention 1949. Die Aktion in Karlsruhe unterstützt offensiv den Kampf der gefangenen Genossen Kröcher [24] und Adomeit [25] aus Stockholm. [...]
Revolutionärer Kampf ist nicht legal zu führen, weil in der Legalität notwendig die Anpassung an herrschende Spielregeln besteht. Daher ist praktischer Widerstand nur in der Illegalität möglich.
Organisiert euch in Kampfgruppen!
Schafft viele revolutionäre Zellen!
Schafft viele Bubacks!

Eine 2. Erklärung zum Tod Bubacks (April 77)

Es traf Buback genau im richtigen Augenblick
Damit ist der Mythos von der Unverletzlichkeit des Polizeistaates ins Wanken gekommen. Europas Spezialist Nr. 1 im Weiterentwickeln der Counter Insurgency gegen alle, die sich zur Wehr setzen gegen das System der Unmenschlichkeit, wurde unschädlich gemacht. Counter Insurgency made in Germany ist mittlerweile zum begehrten Exportartikel für Unterdrücker in aller Welt geworden. Pinochet schickt den KZ-Leiter Kraushaar in die BRD zur Weiterbildung, Uruguays Militärgorillas rühmen die »deutsche Methode« als die erfolgreichste und gründlichste, in den Ausbildungsakademien des deutschen Staatsschutzes geben sich die Faschisten aller Welt die Hand, um sich auf den neusten Stand der konterrevolutionären Technik zu bringen.
Gleichzeitig versuchte Buback die politische Verteidigung mit allen Mitteln seiner psychologischen Kriegsführung auszuschalten: Verteidiger wurden verhaftet, Kronzeugen präpariert, in den Knästen jedes Wort abgehört ...
Und die ersten »Erfolge« zeichnen sich bereits ab: Einige Verteidiger biedern sich in widerlichen Schreiben dem »Rechtsstaat« an, denunzieren damit die anderen als Komplizen und die Guerilla als durchgeknallte Irre. Und das gerade während des Hungerstreiks, in dem die gefangenen Revolutionäre mit der letzten Waffe, die ihnen geblieben ist, gegen ihre Vernichtung kämpfen.

Deswegen finden wir die Hinrichtung des obersten Staatsschützers zu diesem Zeitpunkt richtig - besonders für die in den Knästen kämpfenden Genossen.
Wir freuen uns zusammen mit vielen legalen und illegalen Genossen über diese gelungene Aktion!!!

Aktion gegen den Zwangsverteidiger Heinz Peters, Düsseldorf (Februar 77)

Die revolutionäre Zelle Kommando Siegfried Hausner übernimmt die Verantwortung für den Brandanschlag auf den Wagen des im Düsseldorfer Prozeß gegen das Kommando Holger Meins beigeordneten Zwangsverteidigers Heinz Peters.
Dies ist die einzige Warnung. Sie ist gleichzeitig die Aufforderung an Peters und die drei anderen Zwangsverteidiger Herdegen, Passhaus und Münstermann, ihre Entpflichtung zu beantragen. Die Zwangsverteidiger haben sich für 750, DM pro Verhandlungstag kaufen lassen, die Arbeit des Staatsschutzes und der Bundesanwaltschaft zu unterstützen:
* Sie wissen, daß es das Ziel des Staatsschutzes ist, durch Berufsverbote, Kriminalisierung und Verhaftungen der Vertrauensanwälte die politische Verteidigung der gefangenen Revolutionäre auszuschalten.
* Sie wissen, daß es zur Strategie des Staatsschutzes gehört, die Vertrauensanwälte auf die kalte Tour aus dem Verfahren rauszuschmeißen, weil das Gericht sie nicht als Pflichtverteidiger beiordnete und sie alle Auslagen - das sind nach unserer Berechnung ca. 5.000 DM monatlich - aus eigener Tasche finanzieren müssen.
* Sie wissen, daß sie eine Feigenblattfunktion für die Bundesanwaltschaft ausüben, die seit Jahren versucht, durch psychologische Kriegsführung, Isolationsfolter und indirekte bzw. direkte Hinrichtungen - wie z.B. an Katharina Hammerschmidt, Holger Meins, Ulrike Meinhof und Siegfried Hausner die revolutionäre Bewegung zu zerschlagen.
* Sie wissen, daß die Bundesanwälte Kräger und Nehm, die in Düsseldorf die Anklage vertreten, für den Mord an Siegfried Hausner verantwortlich sind. Siegfried Hausner ist von schwedischen Bullen halbtot geschlagen worden, nachdem die deutsche Botschaft in Stockholm von einer Spezialeinheit des deutsches Staatsschutzes in die Luft gesprengt worden war. Durch massives persönliches Eingreifen von Außenminister Genscher [26] und auf Anordnung von Nehm wurde Siegfried Hausner - obwohl absolut transportunfähig - in die BRD ausgeliefert. In Stammheim ließen sie ihn dann langsam krepieren, weil er über den Hergang der Sprengung hätte Aussagen machen können.
* Sie wissen, daß sie die Arbeit des Staatsschutzes und der Bundesanwaltschaft verrichten, indem sie Faschisten wie de Boor, der unter Hitler Versuche an Menschen gemacht hat, als Gutachter für die Verhandlungsfähigkeit unserer Genossen beantragen und indem aufgrund der Informationen von Peters Hetzartikel gegen das kollektive Verteidigungskonzept der Gefangenen und ihrer Vertrauensanwälte geschrieben werden.
Unsere Aktion richtete sich nicht nur gegen eine einzelne Person, sondern gegen die Vernichtungsstrategie des Staatsschutzes gegenüber den revolutionären Kämpfern allgemein. Das Statut der Zwangsverteidigung ist ein Teil dieser Strategie.
Wir erklären ausdrücklich:
Unser Haß richtete sich nicht gegen die Zwangsverteidiger und ihre Nachfolger als Personen - wenn sie aber nicht sofort ihre Bullenarbeit beenden, werden wir sie liquidieren - während der Prozeß läuft oder später - den Zeitpunkt bestimmen wir. Familienangehörige oder Angestellte der Zwangsverteidiger haben von uns zu keiner Zeit was zu befürchten.
Solidarität mit gefangenen Revolutionären kann nur heißen: Ihre Politik konsequent fortsetzen !
Schafft viele revolutionäre Zellen !

Wir werden Menschen sein.

Aktion gegen die Anwaltskammer Frankfurt (März 77)

Wir haben in der Nacht vom 23. zum 24. März das Büro des Präsidenten der Rechtsanwaltskammer Frankfurt mit etwas Sprengstoff renoviert.
Die Anwaltskammern sind die Komplizen der Bundesanwaltschaft. Sie lassen sich instrumentalisieren für deren Interesse an der Ausschaltung der wenigen Verteidiger, die versuchen, gegen psychische und physische Vernichtung von gefangenen Guerillas wenigstens zeitweise anzukämpfen. Rechtsanwalt Schmalz ist der Repräsentant - der Präsident - einer dieser Institutionen. Die Anwaltskammer FFM engagiert sich unter seiner Führung ganz besonders bei der Unterdrückung von Verteidigern. Sie hat dafür gesorgt, daß Knöss und Düx [27] erst gar nicht als Anwälte zugelassen sind, daß gegen alle Anwälte in ihrem Zuständigkeitsbereich - Golzem, Heldmann [28], Kopp, Oberwinter, Reidel, Plottnitz, Temming -, die irgendwann mal versucht haben, sich der Vernichtungsstrategie gegen die RAF entgegenzustellen, ehrengerichtliche Verfahren eingeleitet, durchgeführt und abgeschlossen werden. Die Unterdrückung hat ihren Zweck beinahe erreicht: politische Verteidigung ist nahezu am Ende.
Die Linke hat größtenteils nicht begriffen, daß Knöss nicht wegen seiner Unangepaßtheit Berufsverbot hat. Sie hat immer noch nicht begriffen, daß Knöss nur bestraft wurde, weil er sich mit am konsequentesten gegen die Vernichtung der Gefangenen aus der RAF in den Prozessen und außerhalb gewehrt hat. Nicht der Mike der Linken wurde abgeschossen, sondern ein Verteidiger, der besser als sein politischer Zusammenhang verstanden hat, daß es um die politische Identität und das Leben von gefangenen Guerillas geht und der diese Einsicht konsequent in seiner Verteidigung versucht hat praktisch zu machen.
Wir haben uns aus Anlaß von Knöss` Nichtzulassung entschlossen, gegen die Vollstrecker der Staatsschutzinteressen in den Anwaltskammern vorzugehen. Sie haben mit dafür gesorgt, daß der Staatsschutz, Abwehrdienste, Landes- und Bundesminister bis zum Kanzler sich um die letzten Rechtsgarantien gegenüber Verteidigern, vor allem gegenüber gefangenen Guerillas einen Dreck scheren. [...]
Es gibt viel zu renovieren!
Schafft 1,2,3, ... Revolutionäre Zellen!

Aktionen gegen Zwangsverteidiger in Westberlin (Mai 78)

In Anbetracht der Tatsachen,
daß gegenwärtig in einem weiteren großen Prozess [29] gegen die Guerilla in der BRD und Westberlin versucht wird, den bewaffneten sozialrevolutionären Kampf zu kriminalisieren, indem die

Staatsschutzorgane ihn durch die Mühlen der Justiz zu drehen versuchen,
daß der Versuch unternommen wird, die Vernichtung der gefangenen Genossen zu legalisieren im Rahmen von Haftbedingungen und Kontaktsperregesetz,
daß der Prozeß im Rahmen des BAW-Konzepts still und reibungslos über die Bühne gehen soll und deshalb die Wahlverteidiger diskriminiert und die Öffentlichkeit eingeschränkt wird,
daß die Zwangsverteidiger nur dazu dienen, dem Prozeß ein Deckmäntelchen von bürgerlicher Legalität zu geben und daß ihre Mitwirkung im Falle eines Ausschlusses von Wahlverteidigern und gefangenen Genossen einen Geisterprozeß ermöglichen wird,
daß die Zwangsverteidiger also Bullenfunktion erfüllen,
haben wir auf Hohlas Beine geschossen und Krummheures Karre garniert.
Die Zwangsverteidiger sollen wisssen, daß sie nicht auf Kosten der gefangenen Genossen das grosse Geld kassieren können.
Sollten sie weiterhin auf diese Art die dicke Kohle machen wollen, werden sie mit weitergehenden Konsequenzen als jetzt zu rechnen haben [...]
Solidarität mit den Gefangenen!
Den bewaffneten Kampf entwickeln!

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Revolutionärer Zorn Nr. 3

Mai 1977

Gegen den Mythos vom bewaffneten Kampf

Was wir uns bei der ganzen Sache eigentlich denken, fragen viele. Nun, wir glauben, daß wir durch unsere Aktionen und ihre Erklärungen, durch unsere Zeitungen und das Interview auf das geantwortet haben, worauf wir ne Antwort wissen - und das ist eine vorläufige.

Das Seltsame ist, daß sowohl unsere Praxis als auch unsere Theorie die Fragesteller überhaupt nicht interessieren, denn sie sind mit ihrer Antwort längst fertig. Sie haben sich ein Monster aufgebaut, das sie Bewaffneter Kampf nennen und das sie gemeinsam zu erlegen trachten. Der Bogen derjenigen, die da am Schreibtisch gemeinsam auf die Jagd gehn, ist wahrscheinlich weit gespannt und scheinbar unversöhnliche Gegner finden doch wieder ihren gemeinsamen Nenner:

Zitat 1: »Unter der perfekt sitzenden Maske des Samariters und Menschenfreundes zeigt sich die Fratze des Terroristen, der über Leichen geht« Hamburger Abendblatt vom 10./11. Mai 1975 über K.H. Roth [30]

Zitat 2: »Vorn das lichte Antlitz des heldenhaften Widerstandskämpfers, hinter dem aber bereits die Fratze des Bullen der zukünftigen Volkspolizei zum Vorschein kommt.« (Joschka Fischer [31] in Autonomie 5, S. 55)

Woher rührt diese Hysterie, die einen Joschka Fischer bei Axel Springer Zuflucht suchen läßt? Warum können in diesem Land so viele Widerstand nur als Gerücht diskutieren, als Gerücht vom bombenden, ballernden Django zum Beispiel, der seinen Sarg hinter sich herzieht (Todestrip)? Weil diese Wichsvorlage, an der man sich immer wieder voll Schauern einen runterholen kann, die Funktion hat, die konkrete Fragestellung zu verhindern:

Ist es richtig, daß versucht wird, gefangene Revolutionäre rauszuholen? Ist es richtig, daß US-Kasernen brennen? Sollen wir Fahrscheine lieber bezahlen als nachdrucken oder die Automaten abbrennen? Sollen wir Schwarzfahrerkarteien lieber vervollständigen statt anzuzünden? Ist es richtig, Bauspekulanten anzugreifen?

Das heißt die Frage konkret gestellt. (Welch irres Interesse es daran gibt, die Diskussion genau darüber nicht zustande kommen zu lassen, kann man daran ablesen, daß man sich selbst nicht scheut, die Hygiene gegen den Bewaffneten Kampf ins Feld zu führen: da wird dringend geraten, sauber zu bleiben, sich sozusagen täglich die Hände in Unschuld zu waschen, denn wer kämpft, wird von den Bullen infiziert.)

Die Frage konkret zu stellen, heißt: sie zu beantworten - so oder so.

Wer nicht antworten will, produziert Gerüchte, die sich inzwischen zu einem handfesten Mythos ausgewachsen haben: für die einen ist der Bewaffnete Kampf die aktuelle Verkörperung des

Leibhaftigen, etwas Fürchterliches, es läuft ihnen schon beim Gedanken daran eiskalt den Rücken runter. Für die anderen ist er das absolut Größte, sowas wie ein Glaubensbekenntnis, ein Werk von Giganten - eben auch nur ein Mythos !
Dieser Mythos, negativ aber auch der positiv besetzt, hat die Funktion aus der selbstverständlichsten Geschichte der Welt, daß der Unterdrückte Widerstand leistet - und zwar nicht nur mit dem Maul - eine übermenschliche, auf jeden Fall eine nicht machbare Angelegenheit zu machen.
Die Existenz der Stadtguerilla hat diesen Mythos nur wieder aktualisiert. Gewachsen ist er in den jahrhundertelangen Niederlagen des deutschen Volkes - der Bauern, der Arbeiter, der Frauen, der Alten, der Kinder, der Minderheiten (wie der Juden) gegenüber Herrschaft in jeder Form.
Alle Herrschaftsverhältnisse kommen auf Dauer nicht mit der physischen Unterwerfung der Menschen aus, sie müssen sich in den Köpfen und Seelen einnisten - sie kolonisieren. Hat in der Vergangenheit diese Funktion im wesentlichen Religion übernommen, so ist das heute zu einem harten Job für ein Millionenheer von Richtern, Journalisten, Technikern, Wissenschaftlern, Meistern, Medizinern, Beamten, Psychiatern geworden. Die Produktionsverhältnisse, die Wohn- und Schulverhältnisse, die Lebens- und Sterbeverhältnisse sind so organisiert, daß sie nicht nur tägliche Zerstörung produzieren, sondern auch das Gefühl des Unabänderlichen, Ewigen - den Mythos von der Macht.
Die Macht und ihr Mythos halten die ihr unterworfenen Menschen im Status von Kolonisierten. »Der Kolonisiertenstatus ist eine Neurose.« (Sartre) Eine Neurose, die ständig die Lebenskraft der Menschen untergräbt, sie an ungelebten Möglichkeiten, an den täglich erduldeten Niederträchtigkeiten ersticken läßt, so wie die Verschmutzung in einem See den Sauerstoff bindet, den die Fische zum Leben brauchen. Das Ergebnis ist die massenhafte Auflösung von Personen, das Auseinanderbrechen von Identitätsresten - plastic people - geladen bis zum Zerbersten mit Furcht und Aggressionen. »Diese zurückgehaltene Wut dreht sich, wenn sie nicht ausbricht, im Kreis herum und richtet unter den Unterdrückten selbst Verheerungen an.« (Sartre). Man braucht sich nur in der deutschen Linken umzugucken und man stößt überall auf die katastrophalen Spuren dieser verinnerlichten Revolte.
Wer die Macht und die Herrschaft nicht mit seinen ganzen Fähigkeiten angreift, sich nur wegduckt, wie die Alternativbewegung, der strickt selber mit am Mythos von Macht und damit auch an seiner Entsprechung: dem Mythos vom bewaffneten Kampf.
Denn wer Herrschaftsverhältnisse nicht angreift, erklärt sie dadurch praktisch für unangreifbar, egal, was er sich theoretisch dazu denkt. Folglich können die, die sie mit Erfolg angreifen, keine normalen Menschen sein. Deutlich wird das bei der Lorenz-Entführung: da ist von eiskalten, frechen Spezialisten die Rede, von Politprofis, von genialen Strategen ... kurzum von Übermenschen, von Monstren. Die Niederlage, die der Revolutionär Illich Ramirez Sanches [32] einigen Herrschaften bereitet hat, versuchen sie in ihrer Beweiskraft dadurch zu entschärfen, daß sie sie zu den Geniestreichen eines Phantoms verzerren - des Phantoms »Carlos«. Dieses Verfahren wird grundsätzlich jeder erfolgreichen Aktion gegenüber angewandt: erfolgreicher Widerstand wird an Ort und Stelle zur Legende verarbeitet - zum Werk von Über- oder Untermenschen, jedenfalls nicht von Menschen gemacht. Für die Unterdrückten gilt also weiterhin: Widerstand liegt nicht im Bereich des Menschenmöglichen, Herrschaftverhältnisse sind unabänderlich, daher unangreifbar.
Die ETA [33] sagt dazu, wie sie Carrero Blanco [34] in den Himmel hat fahren lassen, folgendes: »Zusammenfassend kann man sagen: es ist nicht notwendig, Bergbauingenieur zu sein, um einen Tunnel zu graben, noch muß man Sprengstoffspezialist sein, um das Pflaster in die Luft zu jagen, ebensowenig ist es notwendig, Spezialist für Optik zu sein, um ein Auto so hinzustellen, daß man eine Stelle markiert und jemanden hinzustellen, der ein Zeichen gibt. Anders gesagt, man muß die Mythen vernichten. Niemand ist ein Gott und braucht das zu sein: das ist das Werk ganz normaler Leute ...«

Die Entmenschlichung der Revolutionäre, ihre Vertierung oder Gigantisierung, diese beiden Varianten der Mythologisierung, ist die klassische ideologische Waffe der Konterrevolution.
Die Linke macht diese Dreieinigkeit noch komplett, indem sie den Mythos von den Politruks [35] dazusteuert, die sich gegenseitig und ihre Umwelt mit einem abstrakten, todeswütigen politischen Leistungsdruck erpressen, funktionalisieren, verheizen.
Keiner soll sich in den Revolutionären wiedererkennen. Denn sich mit uns identifizieren, heißt zu begreifen, daß Revolution immer ist, daß es kein »vor der Revolution« und kein »nach der Revolution« gibt. Selbst wenn sich die revolutionären Kräfte nicht mehr rühren, findet Revolution statt, nämlich Konterrevolution. Es gibt in den Beziehungen zwischen Herrschenden und Beherrschten keine Sekunde von Stillstand. Jede Lebensäußerung eines Menschen ist von diesem Krieg geprägt: sie hat entweder den Charakter des Hinnehmens oder den Charakter des Aufbegehrens, dazwischen gibt es nichts. Oder anders ausgedrückt: man kämpft entweder gegen dieses System oder man wird vom System gelebt.
Wer kämpft, steht auf der Liquidierungsliste dieses Staates. Wer nicht kämpft, stirbt systemimmanenten Erstickungstod. Wer uns also Todestrip vorwirft, hat sich für letzteres entschieden und zwar kampflos, während wir mit allen Mitteln um unser physisches und psychisches Leben kämpfen.
Denn Leben muß erst erkämpft werden, es muß Stück für Stück aus den Krallen des Molochs zurückerobert werden.
Denn wir tragen alle das Kainsmal der Kolonisierten: Angst, Scham, Konkurrenz, Neid, Brutalität vermengt mit Sentimentalität ... Und nur durch die radikale Negation all dessen, was man aus uns gemacht hat, werden wir Menschen werden, werden wir leben lernen. Das bedeutet: »Um gegen den Feind zu kämpfen, müssen wir gegen uns selbst kämpfen. Beides ist ein und dasselbe.« (Sartre) Und das, was uns treibt, ist eine Ahnung davon, was Menschen sein könnten, was autonome Völker sein könnten. Wenn wir Chile [36] erleben, wenn wir Portugal erleben, wenn wir Tel Saatar [37] erleben, wenn wir Stammheim erleben, wenn wir Brokdorf [38] erleben, dann wissen wir, daß der unversöhnliche Haß auf diese Menschen- und Völkerfresser in all unserer Verstümmelung das Menschlichste in uns noch ist.
»Diese ununterdrückbare Gewalt ist kein absurdes Unwetter, auch nicht das Wiederaufleben eines Ressentimentes: Sie ist nichts weiter, als der sich neu schaffende Mensch!« (Sartre [39]) Wir behaupten, daß jemand, der nicht mit all seinen Kräften, Fähigkeiten, seiner Phantasie, seinen Gefühlen, seinen Möglichkeiten den Kampf gegen dieses Menschenfressersystem aufnimmt - und zwar mit der Perspektive, das Leben zu gewinnen, d.h. sich bewaffnet - ein Kolonisierter bleibt, ein vom System gelebter. Und wir behaupten weiterhin, daß der bewaffnete Kampf im Rahmen der Möglichkeiten jedes Menschen liegt. Das wissen wir, weil wir es an uns selbst praktisch erfahren haben.
Nichts macht einen Menschen mehr fertig, als die weltweiten, die großen und die kleinen Niederträchtigkeiten hinnehmen zu müssen, weil die Angst vor dem Zorn der Staatsgewalt größer ist, als die Angst, an der eigenen schrittweisen Korrumpierung allmählich zu ersticken. Wir haben auch Angst, denn was dieses System an Verfolgung, Folter, Vernichtung denen zugedacht hat, die es angreifen, ist wahrlich furchterregend.
Zu Revolutionären gehört die Angst wie der Zorn und ihre Entschlossenheit, sich als Menschen neu zu schaffen, in den Metropolen anzugreifen und damit den weltweiten Kampf gegen den Imperialismus zu unterstützen. Wir müssen mit dieser Angst umgehen lernen und sie nicht wie einen dunklen Fremdkörper verdrängen. Denn verdrängte Angst macht ängstlich, irrational, durchgeknallt. Angst, die man gelernt hat, in den Griff zu kriegen, die einem nicht mehr fremd ist, macht cool, zuversichtlich und fürsorglich untereinander (weil wir sie nicht mehr gegenseitig ausspielen). Ein wesentlicher Schritt vom angstkranken Untertan zum neuen Menschen.
Aus diesen praktischen Erfahrungen heraus glauben wir auch nicht an jene Zärtlichkeit, an jenes neue

Verhalten untereinander, das ein Teil der Linken zur Zeit propagiert, weil es als Alternative zum Kampf propagiert wird. Das ist eine Zärtlichkeit, die keinem Druck standhält, ein Verhalten untereinander, das von Betulichkeit strotzt - kurzum: man bestätigt sich furchtbar lieb und verständnisvoll in dem, was man/frau ist.

Offener Brief an alle Genossen, die noch bei Verstand sind

Im Dezember hat sich irgend jemand hingesetzt, einen »Offenen Brief an alle Genossen aus der RAF« verfaßt und ihn mit RZ unterschrieben. Rausgekommen ist dabei eine schwer erträgliche Mischung aus naßforschem Gerotze und weinerlichem Anbiedern, aus widerlicher Autoritätsgläubigkeit und frecher Denunziation. Kurzum: die hinterhältigste Abgrenzung gegenüber der in den Knästen kämpfenden Guerilla, weil dazu auch noch behauptet wird, sie käme von der Guerilla draußen.

Beachtlich ist auch die Verwertung dieses Briefes durch das Hamburger SPD-Verfassungsschwein Horchem. In einem am 20. Januar in der »Welt« auszugsweise veröffentlichten Gespräch erwähnt Horchem diesen Brief, zitiert aus ihm: »Ihr (die RAF) seid nicht mehr unsere Genossen«, sagt, daß man dieser Auseinandersetzung im Untergrund große Bedeutung beimesse.

Natürlich könnte dieser Brief von den Bullen selbst sein, denn das ist ihr Geschäft. Viel schlimmer ist jedoch, daß er auch aus der Linken kommen kann, denn die Reaktionen darauf beweisen, daß so macher seinen eigenen Kopf darin wiedererkannt hat, sein eigenes Verhältnis zu den gefangenen Revolutionären, das sich zwar gerne »kritisch-solidarisch« nennt, aber doch nichts anderes als Denunziation ist.

Denn solange ein Mensch nicht kämpft, muß er denjenigen, der es tut, als ständige Anklage empfinden, als Bedrohung seines Arrangements mit der Macht. Im Besonderen gilt dies gegenüber den gefangenen Revolutionären, die man nur als lästiges schlechtes Gewissen mit sich rumschleppen kann, oder am liebsten verdrängt. Weil man weiß, daß man sie ständig verrät, indem man immer noch zuschaut zu dem Kampf, der schon lange angefangen hat. Weil man nicht konkret, praktisch auf ihrer Seite steht, sondern sich lieber ängstlich und gefrustet zwischen den Fronten rumdrückt, kann aus Solidarität nur schlechtes Gewissen, aus Kritik nur Denunziation werden.

Die alte Methode, die eigenen Niederlagen, die eigenen Widersprüche, die eigenen unverdauten Geschichten der Guerilla auf den Tisch zu knallen, zu versuchen, die »gute« RZ, den »frechen« 2. Juni und die »böse« RAF gegeneinander auszuspielen, ist bullig. Bullenmethode ist es auch, in seiner Abrechnung mit der Guerilla deren Namen zu benutzen: auf die gleiche Weise, wie das MEK seine Bahnhofsbomben als RAF-Aktionen ausgeben möchte, so behauptet dieser Brief gegen die Guerilla von der Guerilla zu sein.

Wir halten ihn für einen ersten Schritt, um eine wirkliche Provokation vorzubereiten. Der Brief kommt zu einem Zeitpunkt der Konsolidierung der RZ, der Erweiterung unseres Aktionsniveaus, der Zahl unserer Gruppen und Genossinnen und Genossen. Seit unseren ersten Aktionen 1973 - und inzwischen sind es an die 40 - ist es dem Staatsterror bis heute nicht gelungen, unsere Struktur und Logistik aufzurollen, uns zu finden. Unsere politische Basis hat sich erweitert und gefestigt, das geht auch an den Bullen nicht spurlos vorüber.

Dieser Brief könnte ein erster Schritt dazu sein, durch eine politisch sinnlose und massenfeindliche Provokation unsere politische Basis zu verunsichern und die Glaubwürdigkeit unserer Organisation zu erschüttern.

Wir können solche Briefe und schlimmere Provokationen nicht verhindern. Daß sie möglich sind und zum Teil ernst genommen werden, liegt nicht an unserer Politik. Sie können nur den verwirren, der sich noch nicht entschieden hat, der zwischen den Fronten laviert, der ohne das Korrektiv der Praxis immer wieder auf seinen kolonisierten Kopf hereinfällt. Hereinfällt auf das uralte Staatsschutz- und BILD-Argument vom hierarchischen Gefälle innerhalb der RAF: »Baader läßt die Puppen tanzen«. Das

Verhältnis in bewaffneten Gruppen hat nichts von Funktionalisierung und autoritärer Fixierung, es gibt keine Lehrer/Schüler-, Vater/Sohn/Tochter-, Meister/Lehrling-Verhältnisse bei uns, bei der RAF, bei der Bewegung 2. Juni. Stadtguerilla beinhaltet, daß jeder einzelne in dieser Bewegung politisch-militärisch ausgebildet sein muß, daß er in der Lage sein muß, selbständig die politischen und technischen Probleme bewaffneter Angriffe zu lösen, daß er im Notfall völlig auf sich allein gestellt weitermacht, eine neue Gruppe aufbaut, Funktionen anderer übernimmt. Das, was es an autoritären Fixierungen, an Mackertum, an Funktionalisierungstendenzen, an falscher Arbeitsteilung auch in den Kollektiven der Guerilla gibt, ist Gegenstand andauernder Kritik und Auseinandersetzung. Weil wir mit solchen Verhaltensweisen nicht lange überleben würden, weil so keine Kollektivität entstehen kann. Und das ist Existenzbedingung von Guerilla.

Wir sind als Organisation auch kein Teil der sogenannten undogmatischen Linken [40] und haben zum Teil scharfe Kritiken an der Entwicklung dieser Bewegung. Die RZ sind Teil der bewaffneten Linken: unsere Aktionen und Stellungnahmen zielen nicht nur auf den Imperialismus, auf Ausbeuter und Unterdrücker, auf den Repressionsapparat, sondern sind auch innerhalb der Linken Anlaß von Auseinandersetzungen, sowohl ein Moment der Vereinheitlichung, als auch der Polarisierung, ein notwendiger Bestandteil revolutionärer Perspektive.

Als nächstes dann die Behauptung, die Genossen der RAF seien für ihre (politische) Isolation, Isolation im Knast und in der Linken selbst verantwortlich. Jeder, der aufsteht und kämpft, ob in der Stadtguerilla oder in der KKW-NEIN-Bewegung oder im Betrieb, ist isoliert und gehört zu einer identifizierbaren, kleinen gesellschaftlichen Gruppe. Wie schwer es zudem ist, innerhalb der Linken eine kontinuierliche politische Diskussion zu führen, ist bekannt: dies den RAF-Genossen als Problem zuzuschieben, ist schon eine kranke Verdrehung.

Gegenüber dem von der RAF geplanten Hungerstreik hat der Brief eine ganz klare Funktion: Wenn selbst die Stadtguerilla (in diesem Fall angeblich die RZ) ihren gefangenen Schwestern und Brüdern die Unterstützung verweigert, wer soll dann noch einen Hungerstreik unterstützen? Anstatt über die Forderungen der Gefangenen zu diskutieren, wird von vorneherein die politische Basis für die Durchsetzung solcher Forderungen zersetzt, gespalten, abgewiegelt. Wie kaputt muß man selbst sein, um glauben zu können, wir würden den Genossen, mit denen wir gekämpft und gelebt haben, die für uns Leben und Freiheit eingesetzt haben, die uns fehlen, mit denen wir besser kämpfen könnten, in den ihnen noch verbliebenen Widerstandsmöglichkeiten im Stich lassen.

Ungeachtet aller Differenzen, die sich aber anders als in der legalen Linken nicht in gegenseitiger Lähmung, sondern in unterschiedlicher Akzentuierung von Elementen des bewaffneten Kampfes auswirken, sind wir ohne Einschränkungen solidarisch mit allen Schwestern und Brüdern der bewaffneten Linken, mit all ihren Widerstandsformen. Und für die gefangenen Genossinnen und Genossen gilt: sie herauszuholen, damit sie wieder auf allen Ebenen ihre Widerstandsmöglichkeiten zurückgewinnen. Die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Gruppen der Stadtguerilla (nicht über die Politik der Stadtguerilla) sind intern und nicht öffentlich: sie werden praktisch in unterschiedlichen Aktionsformen und -zielen. Nur dadurch sind sie überhaupt wichtig.

Zwei wesentliche Argumente des Briefes stoßen auch deshalb auf Unterstützung und Resonanz, weil sie an Diskussionen innerhalb der Linken anknüpfen, die ihren Ausdruck fanden in dem Buch von Peter Brückner über unsere Schwester Ulrike und in dem Beitrag einiger Obermacker zum Pfingstkongreß gegen Repression. Brückner, dessen politischer Identitätsverlust als Banalität, Seichtheit und Geschwätzigkeit in Erscheinung tritt, und der Frankfurter Depressionsbeitrag erfüllen die gleiche Funktion wie der Brief an die RAF. Das, was bei Brückner [41] platonisches Konzept vom Menschen, Entäußerung von sich selbst, Nietzscher [42] Heroenkult genannt wird, heißt bei den alternativen

Lebenskünstlern schlichtweg Todestrip, im offenen Brief selbstverständlich Isolation. Verwischt wird durch diese These, die besagt, daß Stadtguerilla gleichbedeutend sei mit Selbstinstrumentalisierung, mit Liebesverzicht, mit Verrohung der Verkehrsformen, mit der Abstraktion von eigenen Bedürfnissen usw. ein einfaches Problem: die RZ und die bewaffneten Gruppen kämpfen nicht gegen das Leben, sondern dafür, daß es massenhaft möglich wird.
Die Revolte, die Auflehnung - das ist Leben. Der Kampf gegen die Maschinisierung des Menschen ist Leben. Den Unterdrücker zu ermorden, ist Leben. Todestrip ist es, Unrecht, Ausbeutung, Erniedrigung jammernd hinzunehmen, mit »neuer Sinnlichkeit« die eigenen Erfahrungen von Militanz und Widerstand zu denunzieren. Todestrip ist es, sich mit der Repression zu arrangieren, nur weil sie heute noch stärker ist. Wir sind noch wenige, die kämpfen, aber wir sind im Kommen. Manche von uns werden vor der Zeit sterben, aber in unseren Beziehungen, unseren Kollektiven, unserem Leben realisiert sich ein Teil dessen, was wir wollen.
Es gibt derzeit in der BRD keine revolutionäre Massenbewegung. Die Taktik der Stadtguerilla ist ein Ausdruck dieser Defensive und Schwäche und nicht etwa Ersatz. Die Streiks 72/73, Nordhorn, Wyhl, Brokdorf, Grohnde sind bislang vereinzelte Revolten geblieben. Die Massenbewegung in der BRD ist weder großartig noch in der Offensive. Da, wo es Kämpfe gibt, verhalten wir uns dazu. Da, wo es keine Massenbewegung gibt, halten wir fest am antiimperialistischen Kampf, am Kampf gegen staatliche Gewalt, weil es ohne Integration dieser Momente keine revolutionäre Perspektive im Imperialismus BRD gibt.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Brief an alle Genossen aus der RAF

Dezember 1976

Dieser Brief richtet sich an alle Genossen aus der RAF

Dies ist ein offener Brief.

Wir sind ein Teil aus den Revolutionären Zellen. In diesen Brief sind aber auch viele Argumente aus der undogmatischen Bewegung einbezogen. Weil wir ihre Argumente richtig finden und weil wir uns mit dieser Bewegung verbunden fühlen.

Wir fordern alle Gruppen und Genossen (wie z.B. die Verlage, undogmatische Gruppen aus sämtlichen Bereichen, Zeitungsinitiativen, unorganisierte Genossen, die Bewegung 2. Juni ...) auf, diesen Brief zu diskutieren.

Eigentlich hatten wir schon lange vor, an euch - die Genossen aus der RAF - einige Fragen zu stellen. Anlaß ist nun das Gerücht, daß die Gefangenen aus der RAF einen 4. Hungerstreik planen, mit der Forderung: Anwendung der Genfer Konvention und damit Anerkennung als Kriegsgefangene.

Nun mögt ihr euch fragen, warum wir erst einen »diskussionswürdigen« Anlaß brauchen. Genossen, das liegt einfach daran, daß wir Angst hatten, möglicherweise von euch eine unangemessen scharfe Antwort zu bekommen. So in dem Tonfall: wir wären mindestens objektive Bullen/unser Brief sei eine Staatsschutzaktion. Mittlerweile haben wir erkannt, daß wir wegen eines solchen Vorwurfs vor der Auseinandersetzung mit euch nicht zurückschrecken dürfen. Wesentlich ist für uns jetzt (!), daß eine Klärung zwischen uns und euch ansteht. Innerhalb dieser Auseinandersetzung wird sich zeigen, wie weit wir uns schon voneinander entfernt haben bzw. inwieweit für euch das Bedürfnis und die Notwendigkeit besteht, euch mit uns, unseren Vorstellungen, unseren Aktionen, unseren Veränderungen, unserem Leben auseinanderzusetzen. Wir gehen davon aus, daß es für euch eine derartige Notwendigkeit geben muß! Ebenso muß es für euch eine Notwendigkeit geben, euch genauer mit der gesamten undogmatischen Bewegung auseinanderzusetzen. Sonst erhebt ihr euch eigenmächtig zu ihrer Avantgarde.

Die Aktionen 71/72 [43] aus der RAF waren für viele Genossen ein wichtiges Moment. Sie haben viele Leute, auch uns, wachgerüttelt. Als es an verschiedenen Ecken knallte, herrschte eitle Freude über die Unfähigkeit des gesamten Staatsapparates und die Fähigkeit der Guerilla, auch in der BRD operieren zu können. Diese Aktionen knüpften damals an der breiten anti-imperialistischen Bewegung an, setzten das fort, was zuvor in den Köpfen von tausenden rumspukte. Wir haben gesehen, daß das möglich ist, was man schon lange dachte. Ohne die RAF gäbe es heute keine RZ, keine Gruppen, die begriffen haben, daß der Widerstand nicht da aufhört, wo das Gesetzbuch anfängt. Eure Schrift, die ihr herausgegeben habt, zeigt deutlich, was das heißt: kompromißlos sein/zwischen dem Feind und sich einen klaren Trennungsstrich ziehen/daß Freiheit gegen diesen Apparat nur in seiner vollständigen Negation, d.h. im

Angriff gegen den Apparat im kämpfenden Kollektiv möglich ist/daß wir auf's entschiedenste kämpfen müssen, um wieder Menschen zu werden.
Wir wollen jetzt aber von euch wissen: Steht ihr noch zu dem, was die RAF 71/72 gesagt hat? Wie steht ihr zur Befreiungsaktion in Stockholm? Welche Fehler meint ihr in der Zwischenzeit gemacht zu haben? Unter welcher Stoßrichtung führt ihr eure Prozesse? - Leute, wir fragen euch das deshalb, weil wir eure Politik aus den Augen verloren haben. Von der ursprünglichen Zielrichtung aus der RAF können wir nur noch wenig erkennen. Auch, was den wichtigen Punkt: Veränderungen angeht. Umso mehr erweckt ihr den Eindruck, daß eure Informationen, Aussagen, Mobilisierungen lediglich durch den Gebrauchswert »Prozessverwertbarkeit« bestimmt werden. Das geht bis zu dem Punkt, wo Brigitte Mohnhaupt [44] der Ratte Prinzing was über eure Struktur erzählt, um - und das als Hauptseite - den gekauften Zeugen Müller [45] als Lügner zu enttarnen. Warum sind Müller, Prinzing [46], Buback & Co. erst Anlaß für euch, etwas über eure Struktur zu erzählen? Während wir und andere nach 72 auf genau diese Informationen und noch mehr gewartet haben?
Genossen, wir haben ein ganz praktisches Problem mit euch: lange Zeit dachten wir, daß ihr unsere Genossen seid. Aber viele Genossen draußen haben nicht das Gefühl, daß sie auch eure Genossen sind. Wir und die anderen wurden/werden benutzt/untergeordnet, für eure Prozeßstrategie zum Beispiel. Auch für andere Mobilisierungskampagnen. Denn es gibt keine Möglichkeit, mit euch gemeinsam eine Strategie zu entwickeln und zu diskutieren. Sicher, es ist ungeheuer schwer, so was z.B. über den Knast zu machen. Aber unserer Ansicht nach ist das nicht der einzige Grund. Vielmehr wart ihr viel zu schnell in eurem Urteilen über uns. Ihr habt zu oft gezeigt, daß ihr nicht in unsere Kraft und die der anderen vertraut. In uns, die draußen sind. Die auch kämpfen wollen und müssen. Die aber den Anspruch haben, sich zu Entscheidungen hinzuentwickeln. Die aber euch nicht den schlechten Dienst erweisen wollen, blind eure Kompromißlosigkeit nachzubeten. Sondern die sie erst mal für sich überprüfen wollen. Das gilt auch für einen großen Teil der undogmatischen Bewegung. - Ja Genossen, wir kamen und kommen uns wie ein Werkzeug von euch vor, das weggeschmissen wird, wenn es stumpf ist. Warum es stumpf ist, fragt ihr nicht weiter. Ihr unterstellt uns einfach, wir seien schwach, (massen-)opportunistisch, wir würden uns in diesem korrupten, menschenfressenden System doch ganz wohl fühlen. Und das deprimiert. Schluß mit der Kategorie: Genosse oder Schwein!
Und jetzt hört mal ganz genau zu: es ist einfach blanker, defätistischer Unsinn, jemals zu glauben, daß die gesamte Linke in der Defensive ist. Eure schmutzige Phantasie über uns und unsere Kraft ist eher in der Defensive ...Wie kommt ihr überhaupt dazu, den letzten Hungerstreik deshalb abzubrechen, weil da irgendwelche Irren behaupten, wir (RZ, 2. Juni, undogmatische Gruppen, und und und ...) wären in der Defensive??? Ihr habt wohl während des Hungerstreiks gar nicht mitbekommen, daß z.B. eure Rechtsanwälte und die Komitees gegen die Folter ihre ganze Kraft für eure Forderungen eingesetzt haben, daß Professoren, Ärzte, Schriftsteller (Sartre), Pfaffen (Scharf), Amnesty (Österreich), viele undogmatische und auch dogmatische Gruppen (KPD/ML) euren Hungerstreik unterstützt haben. Die Ermordung von Holger wurde sofort mit der Erschießung von v. Drenkmann beantwortet. Vielen Leuten wurde klar, daß auch in den deutschen Gefängnissen gefoltert wird. Das ist wohl gar nichts? Ist das eurer Meinung nach ein Zeichen für die Defensive, in der die gesamte Linke steckt?
Abgesehen von der breiten Solidarität beim Hungerstreik lief und läuft ja einiges, was wohl nicht so entmutigend ist, wie es da teilweise von eurer Seite begriffen wird. Die Geschichte der letzten Jahre zeigt doch, wie wenig bestochen die Massen hier sind und wie fruchtbar der Boden sein kann:
Nordhorn-Range, Septemberstreiks 73, Anschläge der RZ auf Niederlassungen von ITT, Whyl, Brokdorf, Frauengruppen, Anschlag der Frauen aus der RZ auf den BGH wegen § 218, gefälschte Fahrkarten, zunehmende Kämpfe und Politisierung in den Knästen, ausländische Komitees und Gruppen,

Lorenz und sein Urlaub, Straßenschlachten in Frankfurt wegen der Fahrpreiserhöhungen und Häuserbesetzungen etc. Das sind auch teilweise Ergebnisse eurer Praxis. Genossen, gibt es denn heute diese Bewegung überhaupt noch in eurem Kopf? Oder hat sie eurer Meinung nach keine Bedeutung? Ist sie euch nicht wichtig genug, im Rahmen des Internationalismus? Oder findet ihr sie unbedeutend, weil sie nicht genau die gleiche Politik wie die RAF macht?
Und nun zu Einzelheiten: wir akzeptieren nicht, daß ihr einige Genossen aus dieser Bewegung so unsolidarisch behandelt:
* z.B. den ID-Schreiber, der über euren Prozeß berichtet hat. Ihr werft ihm vor, er sei ein objektiver Bulle, weil er Andreas Baader nicht wort-wörtlich zitiert hat. Als dieser »objektive Bulle« in einer solidarischen Weise antwortet, ist bei euch Funkstille. Heißt das, daß ihr seine Kritik richtig findet oder daß er von nun ab ein noch objektiverer Bulle ist? Der ID-Schreiber hat daraufhin aufgehört, weiter zu berichten ...
* Auch mit Denunziationen z.B. gegen einzelne Rechtsanwälte sind wir nicht einverstanden. Ihr versteht sicher, was wir meinen! Denn die RA's sind Genossen!
*Wie ist es möglich, daß RA Croissant Ulrike's »Nachlaß« verwaltet? Ulrike ist keine Akte, sondern hat mit euch gekämpft! Wie ihr wißt, ging Klaus Croissant inzwischen so weit, daß er Klaus Wagenbach [47] vorwirft, er arbeite dem Staatsschutz in die Hände und erzwingt über die Justiz (die euch zerstören will) einen Beschluß, wo das Buch über Ulrike von Peter Brückner zurückgezogen werden muß. Über Klaus Croissant wird also der 88 a von links eingeführt. So was war noch nie da! Wieso diskutiert ihr nicht selbst mit Klaus Wagenbach - einem Genossen? Wie steht ihr zu dem neuen 88 a?
* Ihr hüllt euch bezogen auf einen sehr wichtigen Artikel der RH/Häftlingskollektiv-Westberlin (Stand im Info-BUG [48] 111) über das Problem der Kriegsgefangenen in Schweigen. Wir finden das beschissen.
* Euer Nicht-Kommentar zu den Komitees gegen die Folter (sie unterstützten hauptsächlich die Gefangenen aus der RAF) muß endlich aufgebrochen werden. Angefangen bei ihren Aktivitäten bis zu ihrer Verfolgung durch Observationen, Hausdurchsuchungen, Winterreise. Danach haben sich die Komitees aufgelöst. Habt ihr das überhaupt mitbekommen? Oder sind sie ganz schnell mit einem Verteidigerkomitee/Hilfsfond ersetzt?
Das sind nur einige Beispiele. Wir wollen euch nur sagen, daß ihr in Zukunft so nicht mehr mit für die Bewegung wichtigen Genossen umspringen dürft, sie nicht mehr als objetive Bullen, Agenten des Staatsschutzes, BKA-Leute denunzieren. Denn das ist nicht nur eine Schweinerei, sondern das ist auch ungeheuer gefährlich! Wir werden das auch in Zukunft nicht mehr zulassen. Punkt!
Von eurer Seite, also den Genossen aus der RAF, wurde auf einen wesentlichen Punkt aufmerksam gemacht. Immer wieder. Nämlich auf das Problem der psychologischen Kriegsführung. Erst, als ihr so entschieden darauf verwiesen habt, fingen wir an, viel genauer über Presse, Interviews und ihre Funktion, Buback's Strategien nachzudenken. Umso weniger verstehen wir, wie ihr den gleichgeschalteten Medien ziemlich das Feld überlaßt. Darauf wurde schon mal im RZ-Interview verwiesen.
So erfahren wir erst über FR, SZ, BZ etc. von euren Aussagen. Welchen Sinn das hat, verstehen zunächst nur die »eingeweihten« Genossen. Dasselbe bei der Genfer Konvention. Ganz allgemein erfahren wir erst Informationen über euch aus irgendwelchen Zeitungen und Nachrichten. Daß dadurch Gerüchte, Falschmeldungen, lancierte Nachrichten über euch kursieren, müßte euch doch klar sein. Nur zu selten erhalten wir zuerst Informationen von euch, zu spät Richtigstellungen von Falschmeldungen. Dadurch können dann viele Genossen für irgendwelche Kampagnen nur noch funktionalisiert werden. Ohne daß sie wirklich wissen, was sie tun. Wenn ihr aber darauf pfeifft, was für ein allgemeines Bild über euch vermittelt wird - ohne daß ihr draußen oder im Knast was dagegensetzt - so fühlt ihr euch zu stark. Auf

der anderen Seite müssen wir daraus schließen, daß ihr uns und die anderen irgendwie verachtet.
Nun noch einige grundsätzliche Fragen:
* Wie steht ihr zur Politik der Revolutionären Zellen und der Bewegung des 2. Juni? Also zur Lorenz-Entführung, gefälschten Fahrkarten, Anschlag der Frauen aus der RZ auf den BGH, gefälschten Einkaufsscheinen für Berlin's Obdachlose [...]?
* Wie steht ihr hinter euren Anwälten, die direktes oder indirektes Berufsverbot bekommen? Die also einer ständigen Verfolgung ausgesetzt sind? Wie macht ihr ihnen wieder MUT, außer daß ihr Buback & Co. beschimpft? Wir fragen deshalb, weil es mittlerweile nicht mehr viele linke Anwälte gibt, die gefangene Revolutionäre verteidigen.
* Warum stützt ihr euch mittlerweile nur noch auf prominente Persönlichkeiten? Weil sie die Spitze der legalen Bewegung sind? Was wir übrigens für einen gewaltigen Irrtum halten.
* Was haltet ihr von der gemeinsamen Diskussion sämtlicher politischen Gefangenen und der Gefangenen, die im Knast politisch wurden? Wir meinen damit nicht, daß ihr fordert, daß alle in's gleiche KZ verlegt werden. Also Buback's Idee. Weil das falsch ist. Sondern wir meinen die gegenseitige Stärkung aller Gefangenen, die sich gegen den Knast wehren.
* Meint ihr nicht, daß die Aktion in Stockholm kritisiert werden müßte? Und sicher nicht deshalb, weil die Aktion nicht die gestellten Forderungen erreicht hat. Das ist nicht der Punkt. Sondern, weil die ganze Aktion eine üble Erfahrung dafür war, wie sich einige Genossen total über ihre Verhältnisse und Erfahrungen übernommen haben. Sie hat keine Langfristigkeit vermittelt. Auch die Forderungen selbst standen in keinem Verhältnis zu der Aktion. Zwei Genossen haben diese Aktion mit ihrem Leben bezahlt. Der Zeitraum der Forderungen war viel zu kurz. - Es wurden also Fehler gemacht, die beim nächsten Mal unbedingt verhindert werden müsen. Dazu werden Fehler gemacht. Aus jeder Niederlage einen Sieg machen! ...
* Wie steht ihr z.B. zur starken Bewegung in Brokdorf, Wyhl etc.? Also zur großartigen AKW-Nein-Bewegung?
* Wir meinen, daß eure Isolation durch den Staatsschutz von euch selbst verstärkt wird. Ihr habt euch von der gesamten linken Bewegung zu stark isoliert. Um sich mal auf euch zu beziehen: ein Fisch ohne Wasser verdurstet! Selbst wenn ihr meint, er bräuchte das Wasser nicht zum Schwimmen. Wir meinen, daß eure und unsere Mittel nicht erst von Sachbeschädigung aufwärts beginnen. Auch Erklärungen müssen in westdeutsch geschrieben sein, damit sie jeder verstehen kann. Eure heutigen Erklärungen sind für die Allgemeinheit nicht mehr zu verstehen. Nur noch für Insider. So läuft dann eine Mobilisierung nur noch über den psychologischen Druck, nicht über die sachliche Notwendigkeit.
Und nun, Genossen aus der RAF, kommen wir zu dem möglichen 4. Hungerstreik:
Wir meinen, daß zwischen euch und denen, die den Hungerstreik unterstützen sollen und können, zu viele Unklarheiten/Widersprüche sind. Einen Teil davon haben wir versucht zu benennen. So soll auch dieser Brief nur als Anfang einer langen Diskussion begriffen werden. Ihr müßt jetzt die Karten auf den Tisch legen. Ohne das geht es nicht mehr. Sonst hofft ihr auf blinde Solidarität. Ihr kommt nicht mehr umhin, genau zu erklären, ob wir und andere Linke eure Genossen sind. Ob wir nicht mehr eure Instrumente sind, die dann als »Linke in der Defensive« bezeichnet werden. Ob ihr euch für die Genfer Konvention, für ein geschlossenes KZ und damit gegen uns bzw. die Gleichstellung mit anderen Gefangenen, Aufbruch der Isolation und damit für uns entscheidet. Früher habt ihr gefordert: Aufhebung der Sonderbehandlung - Gleichstellung mit anderen Gefangenen. Jetzt wollt ihr auf ein Stück Papier, nämlich die Genfer Konvention beharren. Der Status von Kriegsgefangenen bedeutet aber (...in der Vorlage nicht lesbar...). Mit eurer Forderung übergeht ihr auch die Interessen der anderen Gefangenen. Ihr müßt bereit sein, eure Denuntiationen sofort zurückzunehmen! Wollt ihr wirklich für eine wahnwitzige Forderung, also Kriegsgefangene, euer Leben wegwerfen? Weil ihr meint, ihr würdet nicht

mehr gebraucht werden? Weil ihr nicht mehr auf die Bewegung vertrauen könnt?
Solltet ihr trotzdem euch über diesen Brief einfach hinwegsetzen und euch - wie gehabt - in Schweigen hüllen, solltet ihr z.B. trotzdem euer Leben für die Anwendung der Genfer Konventionen auf's Spiel setzen, so wird unsere Solidarität mehr eine Qual als eine Selbstverständlichkeit.
Eine Revolutionäre Zelle

Die Bilanz ist schlimm

Februar 1985

Der Hungerstreik ist abgebrochen worden und wer ist darüber nicht erleichtert. Die Bilanz ist schlimmer, als wir vorher gewußt haben:
- ein toter Genosse in Stuttgart [49]
- Morde an zwei Leuten, bei deren Tod keiner aufatmet, der unter ihnen gelitten hätte. Warum wurde Walter Reder nicht in Graz erschossen?
- ein HS, bei dem in x Knästen z.B. in NRW soziale und politische Gefangene mitgezogen hätten, wenn die Forderungen nur irgendwie bezogen auf den Knast erweiterungsfähig gewesen wären.
- ein Feuerwerk quer durch die Republik bis Krümmel, das Schweinepresse und Bullen auf das Konto der RAF verbuchen wollen, damit die Fahndungserfolge kommen.
- schließlich das Gespenst einer westeuropäischen kommunistischen Guerilla, das den Vorwand für eine neue Stufe der deutsch-französischen Innenaufrüstung liefert.

Der HS, seit 83 im Gespräch, Sommer 84 von Rebmann angekündigt, war verdammt gut getimet. Nach der Niederlage im »Heißen Herbst« und der Flaute und Desorientierung 84 bietet sich ein Projekt zum Abfahren an, das vollkommen leer ist und außer HS und Krieg dem Kriegsimperialismus überhaupt nichts rüberbringt. Daß so viele Genossen darauf abgefahren sind, zeigte, welche guten Strukturen es noch gibt, aber auch den Mangel an Perspektive und Verankerung. Die besten Aktionen, die gelaufen sind, bleiben ein propangadistischer Selbstzweck und drücken keine wirkliche Gegenmacht aus. Mobilisiert wird nur noch, wenn 30 Genossen erklären, daß sie ihren Tod in Kauf nehmen, mobilisiert wird für eine Form von Guerilla, die sich selbst diskreditiert und mit der kein Mensch mehr Befreiung verbinden kann. Mobilisiert wird mit der Phrase »Haupttendenz ist Krieg«.
Der Krieg spielt sich anders ab, als die Genossen der RAF sagen. Wir haben nicht die Absicht, den radikalisierten Flügel der Friedensbewegung zu spielen und auf ihre Ablenkungsmanöver hereinzufallen. Der Klassenkampf und die Weltrevolution haben andere Fronten als die Militärblöcke. Die Befreiung der Völker vom Yankee-Imperialismus verläuft nicht über Moskau und den Bolschwismus. Der wirkliche soziale Krieg gegen die Völker der drei Kontinente und Teile der Klassen in Westeuropa wird nicht von der NATO geführt. Imperialismus ist immer noch Klassenkampf, oben gegen unten, Ausbeutung, Armut, soziale Verelendung und täglicher Völkermord gegen den Kampf um ein besseres Leben.
Für den Aufbau der sozialrevolutionären Guerilla!

Es ist zum Kotzen

Februar 1985

In der Taz vom 13.2.85 wurde eine angebliche Erklärung der RZ zum Hungerstreik abgedruckt. Jeder weiß, daß es Erklärungen der RZ nur ganz selten gibt (Ausnahmen in den letzten Jahren: Revolutionärer Zorn, Beethoven-Papier, Diskussionspapier zur Friedensbewegung). Diese Erklärung ist keine Erklärung der RZ: wir können nur hoffen, daß es ein Staatsschutzprodukt ist, schließen aber nicht aus, daß irgendein/e Aufschneider/in seiner/ihrer Meinung mit diese beiden Buchstaben den medienwirksamen Nachdruck verleihen will oder daß irgendjemand aus dem Zusammenhang von Widerstandsgruppen vollkommen durchgedreht ist.

1. Die Kritik des Papiers ist falsch und opportunistisch. Die Erschiessung von Audran [50] und Zimmermann damit zu kritisieren, daß sich niemand über ihren Tod gefreut habe, ist die dümmste (und zudem nicht richtige) aller denkbaren Kritiken. Die Entwicklung des Imperialismus entpersönlicht, versachlicht Herrschaftsverhältnisse, macht sie in der technologischen Struktur für den einzelnen nicht identifizierbar, abstrakt, anonym. Direkte Herrschaft wird ausgeübt von beschränkten, subalternen Schergen, aber die unsichtbaren, unbekannten, feinen, gebildeten Schreibtischtäter, Manager und Aufsichtsratsvorsitzenden sind verantwortlich! Jenseits einer Diskussion über Zeitpunkt, Form, Moral und politisches Ziel der Operationen von RAF und Action Directe steht fest: es hat zwei Leute getroffen, die wie wenige andere an der Militarisierung Westeuropas verantwortlich beteiligt waren.

Wenn die Verfasser/innen des dokumentarischen Schreibens jemand anderen für einen Anschlag »vorziehen« - warum machen sie es nicht? Und wenn, dann wäre nicht dieser scheintote Altnazi Reder fällig, der doch nur für eine historisch überholte Herrschaftsform steht, sondern der jugendfrische österreichische Verteidigungsminister, der mit dem Empfang des auch nach 40 Jahren unbelehrbaren Faschistenpacks und Massenmörders sich in dessen Traditionslinie stellt.

Es mag auch sein, daß bei anderen Forderungen des Hungerstreiks sich mehr Gefangene dem Hungerstreik angeschlossen hätten. Das ist aber nicht unser Problem. Wir respektieren die Aktion von fast 40 Gefangenen. Wir sind damit solidarisch, wenn sich Gefangene in Knästen zur Wehr setzen.

Die zahlreichen militanten Aktionen, die zum Hungerstreik gelaufen sind, waren unterschiedlich motiviert und griffen in einem weiten, diffusen Spektrum an. Das war ihre Stärke und Schwäche zugleich. Es ist ebenfalls nicht unser Problem, ob die Staatsschutzpropaganda wider besseres Wissen all diese Aktionen »auf das Konto der RAF verbucht« - auf unserem Konto stehen sie jedenfalls nicht.

Die gemeinsamen Aktionen und Erklärungen von RAF und Action Directe als »Vorwand für eine neue Stufe der deutsch-französischen Innenaufrüstung« zu bezeichnen - wo sind wir nun angelangt? Es ist eine breite und gesicherte Erfahrung der Massenbewegungen und der bewaffneten Initiativen seit Mitte der 60er Jahre, daß die Staatsapparate national wie supranational präventive Konterrevolution betreiben, daß sie keinen Vorwand brauchen, nach Gusto aber Gelegenheiten wahrnehmen, um ihre Projekte der innerstaatlichen Aufrüstung, der »nationalen Sicherheit« durchzusetzen, um die Identifizierung, Einkreisung, Einschüchterung, Integration oder Verfolgung potentieller Widerstandgruppen voranzutreiben. Daß Widerstand insofern auch zur Repression führen kann - ja, wer hätte das gedacht?

2. Die Funktion dieses Papiers als angebliche RZ-Stellungnahme ist Spaltung, Desorientierung, Diskreditierung. Es nutzt den staatlichen Projekten und den politischen Gegnern revolutionärer Politik. Es könnte aus dem Lehrbuch der Counter-Insurgency stammen.

Behaupte niemand, eine »offene Diskusson« sei notwendig. Es gibt diese Diskussionen überall - wenn auch nicht schlagzeilenträchtig. Die politische Differenz der RZ zur RAF drückt sich im übrigen nicht von Schlagzeile zu Schlagzeile und schon gar nicht als Distanzierung gegenüber unserem gemeinsamen

Gegner aus, sondern seit 1973 in dem Versuch, eine andere, sozialrevolutionäre Linie, andere Formen des bewaffneten Widerstandes praktisch zu entwickeln. Nur darum geht es und nicht Scheiße auf Freundinnen und Freunde zu schmeissen, die uns in diesem furchtbaren Land näher sind als die meisten anderen.

3. Niederträchtig und erbärmlich ist der Versuch, unsere verbale und praktische Untätigkeit in den letzten Monaten als politische Entscheidung auszugeben. Einzelne Menschen der RZ haben sich an Aktionen zum Hungerstreik beteiligt, wir waren in der Vorbereitung von Aktionen und haben diese aus verschiedenen Gründen nicht durchgeführt: aus Unzufriedenheit mit den Objekten, aus Unsicherheiten über die Entwicklung des Hungerstreiks, aus ganz praktischen Problemen heraus.

Suggeriert wird aber die Gewißheit eines »sozialrevolutionären Projektes« der RZ, der militanten Gruppen. Schön wäre es - in der Praxis diskutieren wir seit Jahren daran, ohne bisher ein Projekt entwickelt zu haben, daß auf die Krise der Gesellschaften und der revolutionären Strategien eine adäquate theoretische wie praktische Antwort gibt.

Eine Gruppe aus dem »Traditionsverein« der RZ

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Der Lange Marsch ist im Arsch - es fährt ein Zug nach Nirgendwo!

Sommer 1975

Liebe Genossen!

Ihr habt euch in eurer Zeitung »Langer Marsch« wiederholt zu Problemen des Guerilla-Kampfes geäußert, meist in einer so infamen Weise, die es schwer macht, eine solidarische Diskussion zu führen. In der letzten Nr. 16, April 1975 geht ihr auf die Lorenz-Entführung durch die Bewegung 2. Juni ein.

In eurem Schreiben, Denken und wahrscheinlich auch Handeln habt ihr euch vom revolutionären Lager - und das sind nicht nur die Stadtguerilla-Gruppen - so weit entfernt, daß ihr euch von »SPD und Guerilla eingekreist« fühlt (S.8), ihr fühlt euch elend, wo ihr doch alles so gut machen wollt, denn ihr seid die ewig »Angegriffenen und Abgelehnten« (S.8).

Bewundernswert ist allerdings euer Opportunismus, der euch gefühlsmäßig die Lorenz-Entführung verstehen läßt; dies vermutlich aus Angst vor rückläufigen Verkaufszahlen eures Blattes bei zu wenig Gefühl.

Eure Vorwürfe gegen die Stadtguerilla insgesamt, soweit ihnen nicht nur aus Angst geborener Amok zugrunde liegt, lassen sich leicht zusammenfassen und entkräften.

1. Ihr spielt die alte und denunziatorische Leier vom Privatkrieg des 2. Juni und der anderen Guerilla-Gruppen. Wir würden nur noch unsere Gegner bekämpfen, unsere Gefangenen befreien (wer sitzt aus eurer Redaktion?).

Ihr fahrt dabei restlos auf die bürgerliche Presse ab, darauf, welche Guerilla-Aktion »Öffentlichkeit« findet und welche nicht. Wir, die Revolutionäre Zelle, haben seit 1973 ca. 15 Aktionen durchgeführt, davon nicht eine gegen unsere privaten Feinde. Es gibt in diesem Zeitraum noch mindestens 40 Aktionen anderer Stadtguerilla-Gruppen, die z.T. in engstem Zusammenhang mit Massenkämpfen standen. Darüber redet ihr nicht, wenn ihr euch mit dem Konzept und der Praxis der Stadtguerilla »auseinandersetzt«. Ihr schreibt über die wenigen Aktionen für die Befreiung der gefangenen Revolutionäre, bei denen in der Tat die Auseinandersetzung nur zwischen uns und dem Staatsapparat geführt wird, auch deshalb, weil ihr euch wie viele andere einen Dreck um die Gefangenen kümmert.

2. Ihr werft uns Unmenschlichkeit vor. Nicht im Zusammenhang mit Lorenz, das wäre diesmal ein wenig schwierig. Aber im Vietnam-Artikel kommt es knüppeldick.

»Der Befreiungskampf hat seine schmutzigen Seiten gezeigt«; die Granaten des Vietcong [51] treffen genauso unterschiedslos, ebenso wahllos die »Unbeteiligten« wie die der USA; (auch hier ein Privatkrieg zwischen Vietcong und USA?); die Linke würde sich für den Sieg begeistern, aber kein Mitleid für die Gefallenen haben usw. usw. - alles wörtliche und sinngemäße Zitate aus dem LM.

Wenn diese wildgewordenen Schlitzaugen nicht immer wieder wie Desperados, wildgewordene, kleinbürgerliche Rebellenhaufen gehandelt hätten, wäre vielleicht schon lange Frieden, das ist eure Logik.

Vielleicht hätten die vietnamesischen Genossen auch mit Holzknüppeln gegen Panzer, mit Steinschleudern gegen Phantom und B 52 [52] kämpfen sollen, das wäre wenigstens humane Kriegsführung gewesen.

Was ihr betreibt, ist schlimmer als »Bild« [53]-Zeitung, das ist subtile imperialistische Propaganda.

Unseres Wissens nach haben die Roten Khmer [54] bei der Beschießung Pnom Penhs [55] vorher ihre Ziele bekannt gegeben und im wesentlichen militärische Objekte und Regierungsgebäude angegriffen. In Flüchtlingstrecks in Südvietnam kam es zu Auseinandersetzungen, weil die faschistischen südvietnamesischen Truppen sich dort verkrochen.

3. Niemand hätte uns gerufen, es gäbe keine Notwendigkeit für die Guerilla, der Stand der Massenkämpfe sei noch nicht so und überhaupt: wir wären ja ganz kaputte Typen, verkrachte Existenzen, in ihrer Massenarbeit gescheitert und deswegen blindwütig zum Ballermann gegriffen.

Revolutionäre Politik hat zu jedem Zeitpunkt illegale Bestandteile. Wenn wir nicht die Illegalität organisieren, wird die Repression die Linke zum Schweigen, zur Machtlosigkeit verurteilen. Viele Massenaktionen stehen heute in der Tat an einer Schwelle, wo nur noch illegale, Guerilla-Aktionen die Niederlagen aufhalten oder unter günstigen Umständen sogar in einen Sieg verwandeln können.

Was war mit der Zerschlagung des Ford-Streiks? Was ist mit zahlreichen Fahrpreiskampagnen? Was mit dem Häuserkampf, dem Kampf um selbstverwaltete Jugendzentren? Was mit den illegalen Ausländern? Was soll eure Schadenfreunde darüber, daß um illegale Wohnungen keine Mietkämpfe geführt werden? Warum braucht ihr keine illegalen Wohnungen?

Was lernt ihr aus Chile? Hat der MIR durch Land- und Fabrikbesetzungen, durch militärische Aktionen den Faschismus provoziert? Oder hat dort der Reformismus versagt, die Massen entwaffnet? Lieber im KZ als in der revolutionären Bewegung, in der Guerilla? Lieber tot als rot?

Unsere Fragen, die Antwort ist die Stadtguerilla. Wo sind eure Antworten?

Woher wißt ihr so genau, daß eure politische Praxis, die ausschließlich legale, konkret und richtig ist? Ihr glorifiziert, verherrlicht die Arbeit der Genossen im Betrieb, Stadtteil, Uni usw. Wir haben da andere Erfahrungen gemacht.

Die Genossen, die aus solcher Massenarbeit kamen - radikaler als eure Schreibtisch- und Beamtenidylle - haben meist erst in der Guerilla Verbindlichkeit, Zuverlässigkeit, Kontinuität gelernt. In der Guerilla erschöpft sich die politische Arbeit nicht im Kreislauf von Kneipe - Kommunediskussion - 2 politische Termine die Woche - ab und zu 'ne Demo, ein Flugblatt. In den 30 Fragen an die Tupamaros [56] führte die MLN aus, und da stimmen wir 100 % zu: »Was man dem, der neu in die Bewegung eintritt, verständlich machen muß, und das ist im allgemeinen sehr schwer, daß die Revolution sich in den Bereichen abspielt, in denen unauffällige und kontinuierliche Arbeit geleistet wird; daß die heroische Tat nur ein Augenblick ist; daß die meisten Ereignisse eher langweilig und ohne Großartigkeit sind. Ein Militanter, der das begriffen hat, hat damit vielleicht das Allerwichtigste verstanden.«

Wir geben nicht damit an, sind nicht stolz darauf, aber das ist unser Leben, der Kampf, den wir führen. Paradox ist nur: die Unzuverlässigen werfen uns Unzuverlässigkeit vor, die Reformisten uns Linksradikalimus, die Schwankenden Flippertum, die Akademiker uns ein abstraktes Verhältnis zur Wirklichkeit, die Untätigen falsche Praxis, die Schwätzer, die von Bullen durchsetzte Scene, daß wir vom Verfassungsschutz infiltriert seien.

4. Den Rahmen eurer Vorstellungen gibt die Einschätzung der SPD ab. Um zur Revolution zu kommen, muß man erst einmal ein paar Jahrzehnte den Reformismus stärken, die SPD bzw. die Jusos.

Natürlich erstarkt im Verlauf des revolutionären Prozesses der Reformismus, aber nicht als positive politische Kraft, sondern in Reaktion auf die Offensive der Arbeiter, der Revolutionäre. Vor dem Faschismus (das ist bei euch Strauß, aber nicht Maihofer!) schützt nicht der Reformismus, schon gar nicht die SPD, sondern die Volksmacht. Nicht die SPD-Reformbürokratie (siehe S. 8) hat euch eure hochbezahlten Jobs verschafft, sondern die antiimperialistische Bewegung der 60er Jahre.

Ihr sitzt den deftigen Tönen der SPD gegen Strauß auf (»Antifaschistisches Programm der SPD«), weil das eurem Wunschdenken entspricht. Die SPD habe die Zeichen der Sonthofener Rede [57] versanden,

kann man lesen (S.2), besonders wohl der von euch liebevoll abgebildete »Bundeskapitän Schmidt«. Wir, die Guerilla, würden die Unterschiede zwischen den Parteien nicht mehr sehen.
Die Polemik der SPD gegen Strauß ist keine antifaschistische Mobilisierung, sondern ein Kalkül der SPD-Wahlkampfstrategen und Werbebüros mit dem antifaschistischen Gefühl und Bewußtsein eines Teils der Massen. Gleichzeitig lobt die SPD Strauß als großen, demokratischen Staatsmann und verhandelt mit ihm über Große Koalition.
Darüber sollte man sich den Kopf zerbrechen; jetzt, nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland ist die Dikussion um Strauß mit Sicherheit beendet.
Die Unterschiede zwischen den Parteien in Bezug auf die Repressionspolitik sehen wir in der Tat nicht. Kein Juso protestiert gegen Stockholm, im Gegenteil. Die sog. Linken in der SPD sind für die ganz harten Lösungen. Schmidt gebärdet sich als Allparteienkanzler, er kennt nur noch Deutsche.
Das Pöstchengerangel in SPD und FDP schon als Fraktionierung zu begreifen, ist für uns zu hoch. Diese Fraktionierungen sind angelegt, sie werden kommen, wenn die Arbeiterbewegung, die Revolutionäre in die Offensive kommen. Dann wird es auch kein Blatt wie den Langen Arsch mehr geben, das allein dazu da ist, um euch eurer Zweifel und Skepsis zu versichern. Dann seid ihr entweder bei SPD, FDP, DKP-SEW oder in der revolutionären Bewegung. Dazwischen kann man nur während der Defensive sein.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Vorbemerkung Kapitel IV

Die Auseinandersetzung um Hans-Joachim Klein

Am 21. Dezember 1975 überfiel ein palästinensisch-deutsches Kommando die OPEC-Konferenz in Wien und nahm elf Ölminister aus erdölproduzierenden Ländern als Geiseln, um materielle und ideologische Unterstützung für die palästinensischen Befreiungsbewegungen zu erreichen. Diesem Kommando gehörte auch Hans-Joachim Klein an, ein Mitglied der Revolutionären Zellen.

Im Verlauf der Besetzung wurden drei Sicherheitsbeamte getötet, Hans-Joachim Klein durch Querschläger schwer verletzt. Nach Verhandlungen mit den Sicherheitskräften erhielt das Kommando mit den Geiseln freien Abzug und konnte nach Algerien ausfliegen.

1977 veröffentlichte der »Spiegel« einen Brief von H.-J. Klein, in dem er erklärte, daß er sich von der Guerilla getrennt habe, sich vom bewaffneten Kampf distanziert und mit diesem Brief an den »Spiegel« zwei von den Revolutionären Zellen geplante Attentate auf die Leiter der Jüdischen Gemeinden in Berlin und Frankfurt verhindern wolle.

Die Revolutionären Zellen nehmen mit der Erklärung »Die Hunde bellen und die Karawane zieht weiter« vom 24. Mai 1977 zu den Vorwürfen Stellung.

Ein Jahr später, im Oktober 1978 erschien in der französischen Zeitung »Libération« ein ausführliches Interview mit Hans-Joachim Klein. Er beschreibt darin den Ablauf der OPEC-Aktion aus seiner Sicht, die Zusammenarbeit der Revolutionären Zellen mit der palästinensischen Befreiungsorganisation PFLP und die Gründe für seinen Ausstieg aus der Guerilla.

Mit dem Text »Hunde, wollt ihr ewig bellen« vom 25. November 1978 antworten die RZ nochmals auf die Äußerungen Kleins. Um dem Wechselspiel von Darstellung und Gegendarstellung zu entgehen, in dem letztlich keine Klärung zu erreichen sei, verwiesen sie auf ihre Theorie und Praxis der vergangen acht Jahre, an der ihre Politik überprüfbar sei.

Vor allem in Frankfurt, wo Hans-Joachim Klein bis 1975 gelebt hatte, wurde eine heftige Auseinandersetzung um ihn und seinen Ausstieg aus der Guerilla geführt. Die Behauptung Kleins, auf der »Liquidierungsliste« der Guerilla zu stehen, da er zu viele Internas wisse, beantworteten die »Jemande« aus der Frankfurter Sponti-Szene mit der Drohung, »Wir kennen viele Namen. Wir würden nicht davon zurückschrecken, sie zu nennen.« (Pflasterstrand, 10/1977)

Nachzulesen ist diese Auseinandersetzung in verschiedenen Ausgaben der »Metropolenzeitschrift« Pflasterstrand von 1977, teilweise ist sie in Hans-Joachim Kleins Buch »Rückkehr in die Menschlichkeit« von 1979 dokumentiert.

Sowohl der Brief H.-J. Kleins an den Spiegel, sein Interview in der Libération und der Text »Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter« sind aus Platzgründen gekürzt. Am Ende der jeweiligen Texte sind die Quellen für die vollständigen Texte angegeben.

Die Überwachung des in der Atomindustrie beschäftigten Maschinenbauingenieurs Klaus Traube wurde durch seinen Kontakt mit Hans-Joachim Klein ausgelöst. Am 1. Januar 1976 brachen Beamte des Kölner Verfassungsschutzes in sein Haus ein und installierten in seinem Arbeitszimmer eine Wanze.

Traube wurde ohne Angabe von Gründen von seinem Arbeitgeber, der Firma Interatom, entlassen, nachdem die Verfassungsschützer auf ihn als »Sicherheitsrisiko« hingewiesen hatten. Erst nachdem der Spiegel im März 1977 ihm zugespielte Informationen über diesen »Lauschangriff« veröffentlichte, wurden die Hintergründe der Entlassung bekannt - »der Fall Traube« geriet zum Synonym für den »Atom«- und Überwachungsstaat.

Der »Revolutionäre Zorn Nr. 3« schließt mit einer Erklärung der RZ zum »Fall Traube« ebenso wie die

Aufforderung an den »Pflasterstrand«, kein bisher unveröffentliches Foto von H.-J. Klein abzudrucken.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich im Buch auf Seite 708 ff.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Brief von Hans-Joachim Klein [1] an den »Spiegel«

Mai 1977

Sicher werden Sie es (neben anderem) sicherlich ungewöhnlich finden, daß diesem Schreiben als »Anlage« ein Revolver, Kaliber 0,38 nebst Munition etc. beigefügt ist. Noch dazu von einem der zu Gewalttaten jeglicher Art fähig ist und deshalb doch sein »Handwerkszeug« nicht aus den Händen geben sollte.
[...] Ich werde kurz erklären, warum ich an Sie schreibe und gar einem Mitarbeiter von Ihnen eine Waffe ins Haus schicke.
Als ich mich von der schweren Schußverletzung - die ich in Wien während der Besetzung der OPEC [2]-Zentrale [3] erhielt - wieder einigermaßen erholt hatte, bekam ich auch erstmals einen genaueren Überblick über das, was sich dort alles ereignet hatte.
So z.B.: daß in Wien nicht nur ein getöteter irakischer Sicherheitsbeamter von uns zurückgelassen wurde, sondern zwei weitere Menschen dort ihr Leben lassen mußten. Wie sich herausstellen sollte ohne jeglichen Grund, völlig sinnlos.
In einer späteren Diskussion, in der ein Fazit über die Wien-Geschichte gezogen wurde, kamen mir dann die ersten Zweifel, was ich da mache und weiter machen soll.
Die Argumentationen von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern des damaligen »Kommandos« über das Warum zum Tod dieser drei Menschen waren gekennzeichnet von Zynik und Gefühllosigkeit. Sie waren schlicht und einfach menschenverachtend. Es waren jedoch nicht die ersten falschen Töne, die mir da am Ohr klangen.
Was ich in nur einem einzigen Monat da so hörte, erzählt bekam und auch selber erlebte und wie man weiterhin gedachte, »Revolutionäre« Gewalt zu praktizieren - die als Endziel ja eine gerechtere und humanere Welt versprach - und dabei zu Mitteln und Methoden griff, für die ich früher auf die Straße gegangen wäre, brachte mich zum Kotzen und vor allem zum Nachdenken.
Und im Februar 1976 faßte ich den Entschluß, mich so schnell wie möglich aus dieser Art von Politik - die nicht meine war und sein konnte - zurückzuziehen. Nun könnte der Spiegel (und nicht nur der) pfiffig wie er ist, die Frage stellen, warum macht er das erst jetzt. Ganz einfach!
Die Damen und Herren der Guerilla hätten mich wohl kaum dabei unterstützt und Unterstützung brauch ich eben nunmal dafür. Immerhin suchen mich ja noch die Bullen (inzwischen nicht nur die) aller Herren Länder, und wo die mich hin haben wollen, will ich aber nicht.
Mich so einfach irgendwo niederzulassen, geht auch nicht so ohne weiteres, und überhaupt lebt der Mensch nicht nur von Luft und Liebe. Und mir meinen weiteren Lebensunterhalt mit dem Revolver verdienen wollte ich ja nun auch nicht; ich hab genug angestellt.
In der Westdeutschen Wanzenrepublik bei befreundeten Genossen anzurufen oder zu schreiben, ging wegen dieser netten kleinen Tierchen auch nicht.
Also mußte ich warten, bis mir jemand über den Weg lief [...]
Wie gesagt, der Jemand ist mir endlich über den Weg gelaufen, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo meine ehemaligen »Kollegen« nicht mehr so recht an die Problematik meiner Verletzung glaubten.
Man wollte, daß ich wieder ins Geschäft einsteige und deshalb mit dem Genesungsurlaub Schluß mache.
Nun, aus dem Jemand sind viele Jemand geworden und die helfen mir auch ein wenig. Ich habe den ehemaligen »Kollegen« gesagt, daß sie in Zukunft ohne mich auskommen müssen und wurde natürlich dafür massiv unter Druck gesetzt und bekam u.a. zu hören, daß ich zuviel wisse, vor allem im Internationalen Rahmen und es wurde versucht, mich mit einer obskuren Begründung in ein arabisches

Land zu lotsen, aus dem ich wohl nicht mehr herausgekommen wäre ...
Mit den Jemanden, die mir helfen, habe ich natürlich auch Gespräche geführt.[...] Und ich habe erzählt, was die an Wahnsinns-Aktionen noch geplant haben oder an denen sie gerade dran sind.
Ich faßte den zweiten guten Entschluß nach Wien.[...] Ich kaufte mir eine Schreibmaschine, ging zurück in meine Wohnung und brachte alles zu Papier. Ich meinte und meine, daß die legale Linke (und auch andere) ein Recht darauf hätten zu wissen, warum ich in Wien dabei war und was westdeutsche (und internationale; das kann man nicht mehr voneinander trennen) Guerilla unter Revolutionärer Politik verstehen. Und wie sie das in die Praxis umsetzen.
Der Stapel Papier, der jetzt von mir und meinen Erfahrungen im nationalen wie im internationalen Guerilla-Theater und zwar hinter deren Kulissen vorliegt, soll außer einem tiefen Einblick auch etwas wichtiges erreichen. Nämlich den Genossen, die sich bestimmt unter Stadt-Guerilla was ganz anderes vorgestellt haben als es tatsächlich betrieben wird, die aber damit spekulieren, da mitzumachen, den Sprung in den »Untergrund« zu ersparen. Denn, wenn man noch einen Funken politischer Sensibiltät und politisches Selbstverständnis besitzt, wird man, sobald da eingetaucht, kotzelend wieder rausspringen.
[...]
So, jetzt komme ich dazu, warum ich Sie bzw. den Spiegel [4] bemühe: Wir wollen zwei Morde verhindern! [...]
Ist ja nicht ganz ungefährlich, das zu veröffentlichen. Die Guerilla aller Art wird da was dagegen haben. Nicht nur, weil da einige Aktionen verhindert werden, die Wahnsinn sind, sondern weil es ihnen bestimmt politisch ne Menge Minuspunkte einbringen wird, daß da ein Ehemaliger, der ausgestiegen ist, seine Schnauze nicht hält, und ein Fazit seiner Erfahrungen zieht.
Die zwei, die umgebracht werden sollen, damit die Logistik der »Revolutionären« Zelle wieder stimmt, sind zum einen: der Galinski von der jüdischen Gemeinde in West-Berlin [...] Der Andere ist der Leiter der jüdischen Gemeinde in Ffm. [...]
Die sollen beide erschossen werden und zwar in allernächster Zeit. Die Vorbereitungen laufen dazu auf Hochtouren. Viele werden mich bestimmt als Verräter beschimpfen. Ich kann es nicht ändern. Ich habe niemanden verraten, sondern nur was verhindert, von dem ich meine, daß es ne Wahnsinnstat ist.[...]
Was die Guerilla dazu meinen wird, ist mir klar: Die wird suchen, nach mir.[...]

Vollständiger Abdruck in: »Spiegel« Nr. 20/1977

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Anmerkungen zu Kapitel 4:

1. Klein, Hans-Joachim

* 1947; 8 Monate Jugendstrafe auf Bewährung wegen mehrerer Autodiebstähle; war »Leibwächter« Sartres bei dessen Baader-Besuch am 4.12.74; 1975 Teilnahme bei der Besetzung der OPEC-Konferenz.

2. OPEC

Organization of the Petrol Exporting Countries (Organisation erdölexportierender Länder); 1960 gegründet; Hauptsitz in Wien.

3. OPEC-Zentrale

Am 21. Dezember 1975 wird die Konferenz der OPEC-Minister in Wien von einem palästinensischen Kommando besetzt. Rund 70 Konferenzteilnehmer werden als Geiseln genommen. Dabei kommen ein österreichischer Kriminalbeamter, ein irakischer Sicherheitsbeamter und ein OPEC-Angestellter ums Leben. Das Kommando erzwingt die Ausreise mit den Ministern. An der Aktion war unter anderem das RZ-Mitglied Hans-Joachim Klein beteiligt, der schwer verletzt mit ausgeflogen wird. Hans-Joachim Klein lebt seit seinem Ausstieg an einem unbekannten Ort.
Literatur: Hans-Joachim Klein: *Rückkehr in die Menschlichkeit.* Appell eines ausgestiegenen Terroristen. Reinbek: Rowohlt, 1979

4. Der Spiegel

Wöchentlich erscheinendes Magazin.

5. Pflasterstrand

Frankfurter Sponti-Stadtzeitung; nannte sich »Metropolenmagazin«. Frankfurt/M.: 1976-1991

6. Libération

Linke französische Tageszeitung.

7. Böse, Wilfried

Siehe Anmerkung 36 zu Kapitel 1.

8. Kuhlmann, Brigitte

Siehe Anmerkung 37 zu Kapitel 1.

9. Savak

Iranischer Geheimdienst, zentrale Stütze des Regimes von Schah Reza Pahlevi.

10. Antirepressionskongreß

Vom 4.6. bis 7.6.1976 fand in Frankfurt der vom Sozialistischen Büro organisierte »Pfingstkongreß gegen politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung« mit über 20.000 TeilnehmerInnen statt.
Literatur: *»Daß du dich wehren mußt, wenn du nicht untergehen willst, das wirst du doch einsehen«.* Offenbach: Links-Sondernummer 2/77

11. Proll, Astrid

* 1947; RAF; erste Festnahme am 6.5.71 in Hamburg; als erste Gefangene isoliert im Toten Trakt von Köln-Ossendorf; Prozeßbeginn 28.9.73 in Frankfurt; wurde aufgrund lebensgefährlicher Kreislaufstörungen Ende 1973 freigelassen; war dann nicht mehr in der RAF, entzog sich aber der drohenden Haft durch Flucht nach London, wo sie bis zu ihrer Festnahme am 15.9.78 lebte. Im Juni 1979 ausgeliefert und am ersten Prozeßtag entlassen; zu 5 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt.
Literatur: *Keine Auslieferung von Astrid Proll in deutsche Isolationshaft - Wir wollen, daß sie leben kann.* Hrsg.: Pressegruppe zur Verhinderung der Auslieferung von Astrid Proll. Berlin: Selbstverlag, 1979
Literatur: Astrid Proll: In die Freiheit entlassen, in: Hartung u.a.: *Der Blinde Fleck.* Frankfurt/M.: Verlag Neue Kritik, 1987

12. eurokommunistische Parteien

Meint die KP Frankreichs (Marchais), die KP Italiens (Berlinguer) und die KP Spaniens (Carillo); zentraler Punkt der eurokommunistischen Parteien ist die Absage an den verbal propagierten Klassenkampf und die Teilhabe an der Macht durch »historische Kompromisse«.
Literatur: Fernado Claudin: *Zukunft des Eurokommunismus.* Berlin: Rotbuch Verlag, 1978

13. Kalkar

Am 24.9.77 findet in Kalkar eine internationale Anti-AKW-Großdemonstration statt, an der 50.000 Menschen teilnehmen; mit einem bis dato nicht gekannten Großaufgebot von Polizei und Bundesgrenzschutz werden ca. 20.000 Menschen durch Sperren (die in Nordrhein-Westfalen von Beamten mit Maschinenpistolen gesichert werden) an der Teilnahme gehindert.
Literatur: Ermittlungsausschuß der Nordrhein-Westfälischen Bürgerinitiativen gegen Kernenergie (Hrsg.): *»Wir sind das Volk...«* Kalkar 24.9.77. Eine Dokumentation des Ermittlungsausschusses der Bürgerinitiativen gegen Kernenergie in Schrift und Bild. Köln: Selbstverlag, 1977
Literatur: Atom-Express, Ausgaben 1977 und 1978

14. Gefangenenbefreiungen in der BRD nach 1967:

14.5.1970: Während einer Ausführung in das 'Zentralinstitut für Soziale Fragen Berlin' wird Andreas Baader aus der Untersuchungshaft befreit.
11.11.1973: Till Meyer (Bewegung 2. Juni) flüchtet mit fremder Hilfe aus der JVA Castrop Rauxel.
5.3.1975: Der in Westberlin von der Bewegung 2. Juni entführte CDU-Vorsitzende Peter Lorenz wird im Austausch gegen die Freilassung von fünf politischen Gefangenen freigelassen.
27.5.78: Till Meyer wird aus der JVA Moabit befreit.
(Frauen aus der Lehrter Straße)

15. Bert Brecht

Siehe Anmerkung 40 zu Kapitel 1.

16. Herschel Grynszpan

* 1921; Am 7. November 1938 erschoß der Jude Herschel Grynszpan den Legationssekretär der deutschen Botschaft in Paris, Ernst vom Rath. Eine Tat, die den Nazis als Vorwand der berüchtigten Reichskristallnacht-Pogrome vom 9. November 1938 diente.

Literatur: Kurt Pätzold, Irene Runge: *Kristallnacht.* Zum Pogrom 1938. Köln: Pahl-Rugenstein Verlag, 1988

17. Sarajewo

In Sarajewo wurde am 28.6.1914 der österreichisch-ungarische Erzherzog Ferdinand erschossen (Der deutsche Kaiser Wilhelm II: »Jetzt oder nie«).

18. Lotta Continua

Linksradikale italienische Tageszeitung.

19. Malville

Malville ist der Standort eines »Schnellen Brüters«. Hier fand am 28.7.1977 eine Großdemonstration gegen das französische Atomprogramm statt; die Demonstration mit rund 20.000 TeilnehmerInnen wurde von der französischen Bereitschaftspolizei brutal zerschlagen, dabei gab es durch den Einsatz von Offensiv-Granaten einen Toten und unzählige Schwerverletzte.
Literatur: Malville-Kollektiv: *Malville* Dokumentation. Bielefeld. Selbstverlag, 1977
Literatur:Oliver Tolmein/Detlev zum Winkel: Natur, Gewalt und Paradigmenwechesel, in: *Nix geRAFt.* 10 Jahre Deutscher Herbst und der Konservativismus der Linken. Hamburg: Konkret Literatur Verlag, 1987

20. Algerien

Der algerische Befreiungskrieg, ein antikolonialer Kampf gegen Frankreich, dauerte von 1954 bis 1962. Die wichtigste organisierte Kraft stellte die FNL (Front de Libération Nationale) dar. Ein zentraler Eckpunkt des Krieges war das Massaker von Algier am 8.5.1945. 45.000 AlgerierInnen wurden an einem Tag ermordet, als sie das Ende des zweiten Weltkrieges feierten und ihre Hoffnung auf das Ende des kolonialen Status manifestierten. Als zweiter Eckpunkt ist das Massaker von Paris an algerischen DemonstrantInnen zu nennen. Hier ermordete die französische Polizei Hunderte von Menschen und schmiß die Leichen in die Seine. Die Kriegsgreuel an der algerischen Bevölkerung nahmen die Dimension des Vietnamkrieges vorweg.
In Frankreich und der BRD hatte dieser Krieg kaum zu Resonanz bei der liberalen und linken Öffentlichkeit geführt.
Literatur: Frantz Fanon: *Die Verdammten dieser Erde.* Frankfurt/M: Suhrkamp, 1969
Literatur: Bassam Tibi, Gerhard Grohs: *Zur Soziologie der Dekolonisation in Afrika.* Frankfurt/M., 1973
Literatur:Claus Leggewie: *Kofferträger*. Das Algerien-Projekt der Linken im Adenauer-Deutschland. Berlin: Rotbuch Verlag, 1984

21. Dreyfus, Alfred

1859-1935; jüdischer französischer Offizier, der 1894 wegen angeblichem Verrat militärischer Geheimnisse an Deutschland degradiert und zu einer lebenslänglichen Verbannung verurteilt wurde. Diese Verurteilung basierte nicht auf einem Schuldnachweis, sondern auf antisemitischen Einstellungen. Auch nachdem der wahre Verräter der Militärgeheimnisse festgestellt war, wurde Dreyfus wiederum zu 10 Jahren Festungshaft verurteilt. Erst 1906 wurde er voll rehabilitiert, nachdem sich viele Linke und Liberale (u.a. Emile Zola) für ihn eingesetzt hatten.

[Dieses Fenster schließen]

Die Hunde bellen, und die Karawane zieht weiter

Mai 1977

Hans-Joachim Klein hat die Guerilla verlassen. Er hat seinen Entschluß, in der bewaffneten Linken zu kämpfen, zurückgenommen, weil die Konflikte, in die ihn das gestürzt hat, für ihn nur die Aufgabe des Kampfes bedeuten konnten. Wir sind betroffen, weil wir versagt haben an dem Punkt, die Entwicklung, diesen Prozeß bei HJK zu sehen, zu bemerken.
In unseren schriftlichen Äußerungen, vor allem 1975 in unserem Interview, steht, welches unsere Ansprüche sind, sein müssen an Kämpfer der Guerilla: die Notwendigkeit von Vertrauen und Genauigkeit unter den Kämpfern, ohne Konkurrenz, ohne Imageprobleme, ohne Mackertum, ohne jeden Zwang. Gerade in der Logik der Guerilla liegt es, Widersprüche in den eigenen Reihen zu lösen durch Offenheit, vorbehaltlose Solidarität, Liebe. Nur so bringen wir es überhaupt, diesen Kampf aufzunehmen, zu führen, auszuhalten. Die RZ hat nie jemand gezwungen, gedrückt, reingezogen, verleitet. Die RZ hat nie Genossen oder Genossinnen aufgenommen, nur weil diese getönt haben, »sie seien drauf«. Unter uns, zwischen uns und »Neuen« läuft der mühsame und langwierige Prozeß, Entscheidungen immer wieder zu überprüfen, sich selbst und sich gegenseitig kennenzulernen, durch Erfahrungen, durch Reden, Reden, Reden, durch kleine Schritte in gemeinsamer Praxis erst herauszubekommen, ob die Identität zwischen Leben und Politik im bewaffneten Kampf wirklich die jedes/jeder Einzelnen ist. Bei HJK haben er und wir das nicht geschafft. Unsere Schwäche, diese Ansprüche nicht immer und umfassend verwirklichen zu können, weil wir keineswegs die tollen neuen Menschen sind, zeigt sich daran auch: es ist nicht gelungen, dieses Verhältnis zu HJK und diese Selbstprüfung von HJK herzustellen, wir haben nicht gesehen, daß HJK sich übernommen hatte, wir haben uns und ihm zuviel durchgehen lassen, wir sind auf ihn abgefahren.
Zum Teil sehen wir erst jetzt, wie der Mensch HJK »funktioniert«.
Da er weiß, daß es die Alternative Fighter oder Bulle für uns nicht gibt, hätte er mit uns lösen können, was ihm die Fortführung des bewaffneten Kampfes verunmöglichte, wie er »aussteigt«, wie seine Zukunft zu sichern ist. Wir, er, die Linken wissen, daß das Verlassen der Guerilla selbstverständlich immer möglich ist. Jeder, jede hat die Möglichkeit unauffällig zu leben, und zwar mit Unterstützung von allen, mit denen er vorher gekämpft und gelebt hat. Das weiß jeder, der diese Politik anfängt. Gerade HJK hätte viele Möglichkeiten gehabt. Wie schon viele vor ihm. Er wußte dies, viele unter Euch Linken wissen dies ganz, ganz genau.
Den Kampf in der Stadtguerilla aufzuhören, ist kein Verrat. [...] HJK ist für die Guerilla weltweit ein Problem - nicht weil er sich politisch getrennt hat; das kann jeder, ohne daß ihm auch nur ein Haar gekrümmt wird. Er ist ein Problem, weil die Art seines Aussteigens die Befürchtung begründet, daß er auch vor dem Verrat konkreter Einzelheiten, Strukturen, Treffpunkte, Namen nicht zurückschreckt. Die ersten Namen im Jemand-Brief, die Veröffentlichung angeblicher Pläne, deren Durchführung er angeblich damit vereitelt, sind die ersten Signale - auch für die Bullen, daß er zum Deal bereit ist, wenn er's nicht mehr aushält oder wenn sie ihn erwischen.
Der andere, selbstverständliche Weg hat sich für HJK verboten. Sein verzweifelter Drang, immer der Größte sein zu müssen, der Top-Fighter, der King, der Bewunderte, erlaubte ihm das nicht: Schwäche (vermeintliche Schwäche!) zu zeigen, offenzulegen. Er schafft es nur, indem er einen neuen Rahmen wählt, wo er seine Star-Show abziehen kann, wo er seiner Probleme, seiner tiefen Unsicherheiten zeitweise Herr werden kann.

Bei seinem jetzigen Publikum ist dies jedoch nur möglich durch Anbieten dessen, was dieses hören will. Das deckt sich jedoch nicht mit seinen alten Erfahrungen mit ihnen, den Erfahrungen mit uns, den Erfahrungen seiner letzten anderthalb Jahre. Daher der Dreck und die Lügen in seinem letzten Brief an Spiegel und Pflasterstrand. [5] Wir wissen, daß es unsinnig ist, hier die Lügen wie in einem Kriminalprozess zu widerlegen. Es wäre tatsächlich eine Glaubenssache, vor allem bei Leuten, die schon seit langem wissen, was sie über die Stadtguerilla glauben wollen. Wir können hier nur sagen, daß gerade die präzisen Hinweise in seinem Brief, wo er unsere Druckausübung auf ihn, unsere faschistischen Überlegungen für menschenverachtende Aktionen, unsere instrumentellen Verhältnisse zu uns, zu ihm, zu ausländischen Befreiungsorganisationen, unsere grönländische Gefühlswelt »beweisen« will, samt und sonderns erlogen sind - was er weiß! Aber vielleicht glaubt er's inzwischen selber? Was macht JEMAND damit? Was macht die Pflasterstrandlinke damit? Sie behaupten, politische Kritik von Staatsschutzaktivitäten unterscheiden zu können, dem Revolutionär HJK zu helfen. Die Realität ist eine andere. Der Mensch HJK ist ihnen scheißegal. [...] In der Logik dieser JEMANDE liegt es, ihn zu verheizen, zu instrumentalisieren; er soll benutzt werden, um endlich, endlich der Stadtguerilla in Deutschland den Garaus zu machen. Auf unsere Realität und Kontinuität in fünf Jahren von Aktionen, Erklärungen, Wirkungen ist von diesen Linken keine politische Kritik gekommen. Es funktionierte und funktioniert durch Unterstellungen, Behauptungen [...] Mit uns als wirkliche Menschen, als real existierender, kämpfender Gruppe, mit den politischen Inhalten, mit der Logik der Stadtguerilla wird sich nicht auseinandergesetzt - z.B. Galinski: ihr fahrt auf HJKs Horrorstory ab, statt zu überlegen, welche Rolle Galinski spielt für die Verbrechen des Zionismus, für die Grausamkeiten der imperialistischen Armee Israels, welche Propaganda- und materielle Unterstützungsfunktion dieser Typ hat, der alles andere ist, als nur »jüdischer Gemeindevorsitzender«, und: was man in einem Land wie dem unseren dagegen machen kann. Ihr entzieht euch dieser politischen Auseinandersetzung und geilt euch auf an dem behaupteten (antisemitischen?) Faschismus der RZ und ihrer Hintermänner. [...]

Vollständiger Abdruck in »Pflasterstrand« Nr. 11 vom 2.6.77

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Interview mit Hans-Joachim Klein in der »Liberation«

Oktober 1978

[...]
Liberation [6] (L): Wie bist du ihnen (den Revolutionären Zellen) beigetreten?
Klein (K): Böse [7] war es, der mir das vorgeschlagen hat.

L: Wer war Böse?

K: Er ist zusammen mit seiner Freundin Brigitte Kuhlmann [8] während der berüchtigten Entebbe-Operation gestorben. Er war damals der Chef der Revolutionären Zellen. Ich kannte ihn seit langem. Er war ein recht bekanntes Gesicht in den linksradikalen Kreisen Frankfurts. Wir arbeiteten zusammen in der Roten Hilfe. [...]

L: Von diesem Zeitpunkt an hast du ein Doppelleben geführt?
K.: Ja. Man hat mich in alle Guerillaangelegenheiten eingeführt: Sicherheit, Kode, Waffen. Ich habe gelernt, Papiere zu fälschen. Und in der restlichen Zeit setzte ich mein Leben als Mitglied der Roten Hilfe fort. Und ich wurde mit meinen Äußerungen für die Guerilla etwas zurückhaltender, wie mir Böse empfohlen hatte.

L: Und dann?
K.: Gab es den Tod von Holger Meins. Mich hat das Ausklinken lassen: jetzt mußte mit der Ohnmacht des Legalismus Schluß gemacht werden. Trotzdem mußte ich noch etwas warten. Die Zeit war für mich noch nicht gekommen. Das Attentat auf Drenkmann nach dem Tod von Meins hat mich begeistert. Für einen Teil der Linken war es dagegen bestürzend. Dieser Mord hatte glatt die Kampagne zum Stillstand gebracht, die der Tod von Holger ausgelöst hatte. Lange Zeit habe ich dieses schreckliche Autopsiephoto von Holger mit mir herumgetragen, um meinem Haß nicht abflauen zu lassen. [...]

L: Wann bist du in den Untergrund gegangen?

K: Eigentlich nie. Ich bin erst durch die Gewalt der Umstände nach Wien untergetaucht. Es war meine erste Aktion. Ich war schwer verletzt erkannt worden: im Krankenhaus hatten sie Zeit genug, um mich zu fotografieren und mir die Fingerabdrücke abzunehmen, während ich in der Narkose lag. Ich kann mich nur dunkel daran erinnern. Eigentlich aber hatte ich nach Frankfurt zurückkehren wollen.

L: Du wolltest nicht in den Untergrund gehen?

K: Nein. Ich war der einzige vom ganzen Kommando, der maskiert war. So war es abgemacht: Ich sollte bis zum Schluß unerkannt bleiben. In Wien angekommen bin ich Anfang Dezember zusammen mit •Bonni- Böse, dem Chef der •Revolutionären Zellen-:

L: Wieviele wart ihr in Wien?

K: Sechs, die an der Operation teilnahmen. Die Anderen sind nach und nach gekommen. Zuerst Carlos. Dann vier Mitglieder der RZ, die nicht direkt am Kommando beteiligt waren, die sich aber mit dem Ausspähen der Örtlichkeiten und der Beschaffung von Informationen beschäftigten. Dann sind die vier anderen gekommen: Das Pseudonym der drei Männer war Halid, Jussif und Josef, und es gab eine Frau, •Nada-. Vor ihrer Ankunft gab es eine erste Diskussion mit Bonni und Carlos, um einen Überblick über die Situation des palästinensischen Widerstands zu bekommen. Dann über die Einzelheiten der Operation. Dabei habe ich erfahren, daß die Idee bezüglich Wien Haddad von einem arabischen Staatschef vorgeschlagen worden war und daß die •internen- Informationen, die man uns versprochen hatte, aus der gleichen Quelle kamen.

L: Welches Ziel hatte die Operation?

K: Es ging nicht um Geld, wie behauptet worden ist. Es ging darum, jeden einzelnen Opec-Minister dazu zu zwingen, vor seiner Freilassung in seinem Herkunftsland eine Unterstützungserklärung zugunsten der palästinensischen Sache abzugeben.

L: Das war alles?

K: Nein, man hatte auch vor, zwei Minister hinzurichten: Amouzegar, den Iraner und Jamani, den Saudier.

L: Warst du damit einverstanden?

K: Was Amouzegar betrifft, hatte ich keine Probleme. Ich konnte mir schon vorher die Freude vorstellen, die die Nachricht vom Tod dieses Dreckschweins bei Millionen von Persern hervorgerufen hätte. Man braucht nur ein Zehntel von dem zu lesen, was über die Folterkammern des Savak [9] veröffentlicht worden ist, um davon überzeugt zu sein. Bei Jamani war das anders. So sehr mir Amouzegar ein Begriff war, so wenig der andere. Also hat Carlos die Rolle Saudi-Arabiens erläutert, aber das ist trotzdem ziemlich abstrakt für mich geblieben.
Dann hat er die Taktik erklärt, wenn wir die Geiseln in der Hand hätten. Das beschränkte sich einfach darauf: wer Widerstand leistet, muß umgelegt werden. Das gleiche galt für jeden, der zu fliehen versuchte oder hysterisch wurde. Ebenso bei jedem Mitglied des Kommandos, das den Befehl verweigern sollte und die Operation in Gefahr bringen könnte. Das war ein bißchen viel für mich. Ich hatte den Eindruck, als wüßte er nicht, daß man sich mit der Waffe auch darauf beschränken kann, jemanden zu verletzen. Ich habe angefangen zu schreien und erklären, daß ich kein Killer sei. Daß ich durchaus schießen wolle, wenn das notwendig würde, daß das aber nicht automatisch auch heißt, eine hysterische Geisel umzubringen.
Also hat Carlos angefangen, nochmal zu erklären. Daß dies eine Frage des Überlebens wäre. Eine militärische und politische Notwendigkeit. [...]
L.: Und hast du auch geschossen?

K: Zweimal, auf ein Telefon. Da war eine Sekretärin, die versuchte dauernd zu telefonieren. Ich versuchte, ihr klarzumachen, sie solle damit aufhören, aber ich wollte kein Wort Deutsch sprechen. Ich habe ihr gesagt: »Finish«, dann habe ich das Telefon zerschossen. Das hat sie aber nicht davon

abgehalten. Sie hat zu dem Telefon daneben gegriffen.

L: Da gab es bereits Tote.

K: Ja, einen drinnen, ein Libyer. Und dann am Eingang einen Iraker und einen alten österreichischen Bullen.

L: Wann bist du verletzt worden?

K: Etwas später kam eine Gruppe von österreichischen Scharfschützen von unten herauf und die schossen wie wild um sich. Zusammen mit Josef, der auf der anderen Seite stand, haben wir zurückgeschossen. Als ich ein neues Magazin einlegen wollte, hat mich ein Querschläger getroffen. Ein Schlag in den Bauch, einen in die Schulter und einen auf die Pistole. Josef hat Carlos zu Hilfe gerufen. Der kam, brüllte irgendetwas und Josef hat eine der Granaten nach unten geworden. Danach hat das Ganze aufgehört. [...]

L: Wann hast du den Entschluß gefaßt, die Guerilla zu verlassen?

K: Nach Wien führte das Vertrauen, das ich mir durch die Teilnahme am Kommando erworben hatte, dazu, daß ich eine Menge Dinge erfuhr. Alles, was man mir im Verlauf weniger Wochen erzählte, ließ die Vorstellungen, an die ich bisher unerschütterlich geglaubt hatte, in sich zusammenfallen.
Das begann so um den Monat Februar 76: Nach der Opec-Operation hatten wir in einem arabischen Land eine Sitzung mit Waddi Haddad, wo Bilanz gezogen wurde. Die Diskussion ging um die drei Toten in Wien. Drei Tote, die für mich drei Morde sind. Es gab nur einen einzigen Grund zu schießen, das war das mit dem Libyer. Kaum war Carlos reingekommen, hat der Libyer ihm die Pistole, eine Beretta entrissen. Wie sich hinterher rausgestellt hat, haben die Libyer zunächst geglaubt, es wäre eine israelische Kommandoaktion.
Das Magazin ist rausgefallen und Carlos fand Zeit, eine andere Pistole zu ziehen, und ihm in die Schulter zu schießen. Er war bewegungsunfähig: wenn du eine 9mm Parabellum aus 50 cm Entfernung abkriegst, hast du andere Sorgen. Carlos hat das Magazin in die Beretta zurückgeschoben und buchstäblich auf den Libyer leergeschossen.

L: Das war ein Schock für dich?

K: Die Rechtfertigungen hatten wirklich nichts zu tun mit der Vorstellung, die ich mir von der Linken und von der Politik mache. Es war unnötig, ihn zu töten und wenn er es gewollt hätte, hätte er dazu nicht das ganze Magazin gebraucht. [...]

L: Hast du lange gezögert, bevor du die Entscheidung getroffen hast, die Guerilla zu verlassen?

K: Nein, nicht lange. Das einzige Problem war, daß ich das nicht alleine machen konnte. Du mußt dir vorstellen, was das bedeutet. Erstmal wirst du von den Bullen gesucht. Und zwar von jeder Art Bullen. Die Operation in Wien ist eine der bedeutensten der letzten Jahre gewesen und die Deutschen haben pro Kopf DM 50.000 ausgesetzt. Aber Carlos und Haddad sagten, daß der saudi-arabische Geheimdienst eine Million Dollar auf unsere Köpfe ausgesetzt hätte. Darüberhinaus riskierte ich, als ich die Guerilla verließ, auch diese auf den Fersen zu haben. Ich hatte genug Sachen mitgekriegt, so daß sie mir nicht nur Gutes

wollten. [...]

L: Hast du von dem Moment an, wo dein Entschluß, die Guerilla zu verlassen gefaßt war, konkrete Drohungen erhalten?

K: Ich konnte mich nicht unentwegt hinter meinen Verletzungen verstecken. Vor allem, da es mir nach einigen Monaten ziemlich gut ging. Die anderen hatten mich während der Ausbildungsstunden im Lager laufen und springen sehen. Ich habe versucht, Zeit zu gewinnen, indem ich Aktionsvorschläge machte. Ich habe sogar vorgeschlagen, Caroline von Monaco zu entführen. Aber das hat alles nicht gereicht. Ich fand mich wieder mit ihnen zusammen in Europa, wo sie Operationen vorbereiten wollten. Zum Schluß wollten sie, daß ich in ein anderes europäisches Land gehen sollte, um eine Reihe von Dingen zu machen. Ich habe mich geweigert. Ich habe gesagt: »Ich mache nicht mehr mit, und gründe jetzt meine eigene Guerillagruppe«. Die Leute vom 2. Juni, die auch da waren, haben etwas davon mitgekriegt und sind mißtrauisch geworden. Sie haben gesagt, daß »ich nicht aufhören könne. Ich wüßte zuviel, vor allem im internationalen Rahmen«. Das sind Worte, die ich nicht zu vergessen bereit bin.
Die Drohung war konkret. Ich war bereits in Europa und sie wollten, daß ich sofort in das arabische Land zurückkehre, aus dem wir kamen. Sie haben immer wieder darauf bestanden, indem sie sagten, es sei ein Befehl. Ich habe mich geweigert. Ich wußte aber, ohne Erlaubnis würde ich nicht rauskommen. [...]

L: Wann bist du Carlos das erste Mal begegnet?

K: Welchem Carlos? Ich habe nie einen Carlos gekannt, der Name ist reine Erfindung. Der, der Carlos genannt wird, existiert, aber er heißt Wladimir Ilitsch Sanchez. Wie gesagt, er hatte noch zwei Decknamen, Johnny und Salem. Wilfried Böse hat das eines Tages in Paris erfunden, als er sich in der Wohnung von Sanchez aufgehalten hat. Er hat der Polizei Geschichten erzählt. Daß er gekommen ist, um jemanden namens Carlos zu treffen und daß dieser Carlos ihn beauftragt hat, mit bewaffneten Bewegungen im Baskenland Kontakt aufzunehmen. Aber das war alles falsch, Böse wurde ausgeliefert und in Deutschland wieder freigelassen. [...]

L: Mit der Zeit ist er (»Carlos«) ein Mythos geworden. Wie hat er darüber gedacht?

K: Die Presse hat einen Mythos aus ihm gemacht. Er hat etwas gesagt, das mir richtig scheint: je mehr man von mir spricht, desto gefährlicher erscheine ich. Umso besser für mich.

L: Und was macht er jetzt?

K: Soviel ich weiß, nichts mehr. Er hat's kurz nach Entebbe hingeworfen. Auf seine Initiative hin hat in Wien im Dezember 75 der zweite Teil der Operation nicht stattgefunden. Er hat das mit einer arabischen Regierung ausgehandelt, die ihm wahrscheinlich Schutz zugesichert hat, als er aufhörte. Und ihn außerdem mit Geld versorgt hat.

L: Ist bekannt, daß er aufgehört hat?

K: Ja, alle wurden davon unterrichtet, auch Haddad. [...]

L: Und was dachten sie (die westdeutsche Guerilla) über Kritik, die die westdeutsche Linke an der

Guerilla übte?

K: Ich erinnere mich manchmal an einen Kongreß in Frankfurt (Antirepressionskongreß [10] organisiert vom SB). Joschka Fischer (einer der Wortführer der Frankfurter Spontis) hat an die Guerilla gerichtet erklärt: »Genossen laßt die Gewehre fallen und greift wieder zu den Steinen«. Sie sind vor Lachen gestorben. Ihnen war es scheißegal, was die Linke gemacht hat. Da gibt es das Beispiel mit der Bombe gegen den Vorsitzenden der Anwaltskammer mitten in einer Justizkampagne. Das hat alles blockiert.

L: Du sagst, daß einige Leute der Revolutionären Zellen in ein palästinensisches Lager gekommen sind, um dort eine militärische Ausbildung zu machen. Worüber diskutierten sie?

K: Über ihre Aktionen gegen Fahrscheinautomaten des öffentlichen Nahverkehrs.
Es gab in Deutschland eine große Kampagne der RZ's gegen die Tariferhöhung und die Einführung von Fahrschein-Automaten.

L: Darüber diskutierten sie?

K: Ja, es gab im Lager eine große Debatte über die Perspektiven der Aktion.

L: Einerseits Fahrscheinautomaten, andererseits große internationale Aktionen, das unterscheidet sich wie Tag und Nacht. Der kleine Handwerker und die große Industrie.

K: Sowas gab es immer. Das war der kleine Krämer in Böse. Einmal diskutierte man über ein Projekt, Sparbücher und Scheckbücher zu fälschen. Diese Geschichte mit den Sparbüchern hat die Typen ein Jahr lang beschäftigt. Dazu muß gesagt werden, daß es zwei Sektionen der RZ gab, die deutsche und die internationale.

L: Und zwischen beiden gab es keine Auseinandersetzungen?

K: Nach dem Tod von Böse und Kuhlmann wollte der Rest der internationalen Sektion eine Vergeltungsaktion auf einem Flughafen machen, wo sie eine Lücke im Sicherheitssystem entdeckt hatten. Aber der Spezialist, den sie dafür gebraucht hätten, arbeitete zu dieser Zeit in der deutschen Sektion. Und mitten in den Vorbereitungen hat der Typ, den sie gerufen hatten, das Waffenversteck der internationalen Sektion geklaut. Es blieben keine mehr übrig. Das Schlimme war, daß auch Waffen dabei waren, die für andere Gruppen bestimmt waren. Es wurden etliche Drohungen losgelassen, besonders von Carlos, und die Typen haben alles zurückgebracht. Die Geschichte war vorbei, als die andere Guerilla-Gruppe selbst alles zurückgeklaut hatte. Das ist verrückt, was? [...]

L: Du hast, wenn auch in begrenztem Maße, Kontakt mit den drei deutschen Bewegungen der Guerilla gehabt: der RAF, dem 2. Juni, der ein bißchen weniger bekannt ist, und den Revoltuionären Zellen, die merkwürdigerweise fast unbekannt sind und die in Deutschland allmählich entdeckt werden. Man weiß nur durch die Lektüre ihrer Texte, daß sie »anarchistischer« sind als die anderen, ideologisch mehr an die »spontaneistische« Bewegung gebunden. Hast du wichtige Differenzen bemerkt, die die Existenz von drei Gruppen rechtfertigen könnten?

K: Es gibt sie, aber ich kann nicht viel darüber sagen. Wenn man die Verluste, die der 2. Juni und die RAF erlitten haben, anguckt, wäre es logisch, wenn die drei Bewegungen sich vereinigen würden. Das Problem, das dauernd wieder aufs Tapet gebracht ist, ist die Beziehung der Revolutionären Zellen zum Untergrund. Die RZ's sind nicht dafür, systematisch in den Untergrund zu gehen. Das merkst du erst, wenn du dazu gezwungen bist. Während die anderen daraus ein Prinzip machen. Sie griffen immer die RZ's an, wenn es gemeinsame Diskussionen gab und warfen ihnen vor, daß sie sich eine Hintertür offenhielten.
[...]

Vollständiger Abdruck in »Liberation« Nr. 1450 bis 1454, Oktober 1978

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Hunde, wollt ihr ewig bellen ...

November 1978

Unserer Erklärung »Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter« aus dem Mai 1977 wäre nichts hinzuzufügen, hätte Hans-Joachim Klein seine - wie er es nennt - Auseinandersetzung mit der Guerilla auch weiterhin auf die deutsche Presse gestützt. Was er dem »Spiegel« im Sommer aufgetischt hat, bedarf keiner Entgegnung. Er schwätzt, klatscht, bewundert sich, betreibt Public Relation in eigener Sache - ein Pfau, der das Radschlagen übt. Er hat das Spektakel gesucht und ist längst in die Mühlen des Showgeschäfts geraten: er weiß, daß er sein Publikum nur halten kann, wenn er ständig was Neues zu bieten hat. Selbst die, die ansonsten keine Gelegenheit verstreichen lassen, der Guerilla eins reinzuwürgen, haben Gespür genug, daß sich aus diesem HJK kein politischer Profit schlagen läßt.
Mit Hilfe von »Liberation«, wohlwollenden Übersetzungen aus dem Deutschen ins Französische und wieder zurück, sowie einer vorgegebenen Argumentationsstruktur wird dem Tratsch nun wieder das Image einer politischen Linie gegeben. Die, die HJK für ihre eigenen Interessen brauchen, haben ihren Kronzeugen wieder auf Vordermann gebracht, wieder zurechtgeputzt. HJK, dessen Biographie als Linksradikaler blütenweiß ist, ohne Fehl und ohne Tadel, der von der Bundeswehr bis zu den Hausbesetzungen stets den aufrechten Gang gegangen ist und sich nun nach einer schlichten Currywurst zurücksehnt »Wie man sie an Büdchen am Frankfurter Straßenrand kaufen kann«, der seine Liebe zur Literatur entdeckt und zur klassischen Musik bewahrt hat; dem man selbst die Beteiligung an der OPEC-Operation nachsehen muß, weil er allen Anfechtungen zum Trotz seinen ursprünglichen Motiven treu geblieben ist und nun seine Erfahrungen und sein Wissen als »internationaler Terrorist« zur Verfügung stellt, um Schlimmeres zu verhindern. So aufgemöbelt wird HJK einem neuen, internationalen Publikum präsentiert, das weder ihn noch sein Metier, die Revolutionären Zellen, kennt. Dies ist der Grund, warum wir zum Thema HJK doch nochmal Stellung nehmen.
Es ist nicht unser Bier, HJK die Show zu stehlen, indem wir seine Geschichten zurechtrücken, nun statt seiner Version mit unserer aufwarten. Wer glauben will, was er ohnehin schon weiß, wird auch nicht durch Gegendarstellungen eines Besseren zu belehren sein. Wer verunsichert ist, Zweifel bekommen hat, dem ist auch durch Dementis nicht geholfen. Der möge HJK beim Wort nehmen, um zu wissen, wo er hingehört:
* im »Spiegel« heißt es, das Prinzip einer Gruppe wie der RZ sei es, daß ihre »Chefs« keine gefährlichen Aktionen unternahmen. Der angebliche RZ-Chef Wilfried Böse ist tot, HJK aber lebt.
* in »Liberation« rühmt er sich, schon vor OPEC den »Standpunkt des Massakers« bekämpft zu haben. Im »Spiegel« sagt er über die Diskussion mit den Mitgliedern der OPEC- Operation lapidar: »Bedenken wurden nicht geäußert.«
* Er wird nicht müde zu verbreiten, daß, wer aussteigt, liquidiert wird, er deshalb gar keine andere Möglichkeit hatte, als seinen Bruch mit der Guerilla im »Schutz« der Sponti-Öffentlichkeit zu vollziehen. Von »Carlos« erzählt er im gleichen Atemzug, der wäre auch ausgestiegen, ohne daß ihm offensichtlich ein einziges Haar gekrümmt worden ist. Außerdem weiß er selbst: »... wenn wirklich was läuft, habe ich sowieso keine Chance. Also, wenn die den Buback kriegen oder den Schleyer, dann kriegen die mich auch.« (Spiegel). Drei beliebige Beispiele.
Nicht, daß HJK die Guerilla verlassen hat, ist das Problem, sondern wie er sie verlassen hat. 1977 haben wir geschrieben: »Da HJK weiß, daß es die Alternative Fighter oder Bulle für uns nicht gibt, hätte er mit uns lösen können, was ihm die Fortführung des bewaffneten Kampfes verunmöglichte, wie er aussteigt, wie seine Zukunft zu sichern ist. Wir, er, die Linken wissen, daß das Verlassen der Guerilla

selbstverständlich immer möglich ist. Jeder, jede hat die Möglichkeit unauffällig zu leben und zwar mit Unterstützung von allen, mit denen er vorher gekämpft und gelebt hat. Das weiß jeder, der diese Politik anfängt. Gerade HJK hätte viele Möglichkeiten gehabt. Wie schon viele vor ihm.« Sicher, aber unauffällig leben - das war nicht nach dem Geschmack von HJK. Er war und ist nach wie vor nicht fähig, den Weg zu gehen, den wir ihm vorgeschlagen haben. Er hat nicht die Stärke von Astrid Proll [11], die sagt: »Während der letzten Jahre habe ich mich niemals dafür entschieden, Interviews aus dem Dunklen zu geben und die Leute aufzufordern: Werft die Waffen weg!, weil ein Akt wie dieser nur aus Papier ist. Er bereichert seine und ihre Perspektive nicht, es behindert sie oder ihn eher. Statt dessen bildete ich mich mit EG-Geldern aus und versuchte, etwas anderes zu machen - und ich tat es.« HJK hat einen anderen Weg gewählt. Er hat sich aus der Guerilla fortgestohlen, um wieder die Trommel rühren zu können, wenn auch in einem anderen Takt. Dadurch, allein dadurch ist er zum Problem geworden. Dem teuflischen Zwang ausgesetzt, immer neue »Wahrheiten«, Anekdoten, Stories bringen zu müssen, um sein Publikum bei Laune zu halten, hat er die Grenze zum Verrat längst überschritten. Nichts ist zu schäbig, keine Lüge zu gemein, kein Tratsch zu lächerlich, keine Projektion zu niederträchtig. The show must go on, der Rubel muß rollen. Als wäre er noch imstande zu unterscheiden, wo Kritik aufhört und Denunziation beginnt. Daran ändert auch die hundertfache Beteuerung des Gegenteils nichts. Verrat beginnt, wo er bereitwillig Auskunft über Strukturen, über innere Zusammenhänge, über den Hergang von Aktionen, über Logistik, über Bewegungen von Genossen gibt, die gesucht werden. Verrat beginnt letztlich, wo er seinen Drang zur Selbstdarstellung, den er kennt, akzeptiert. Dies sollten vor allem HJKs Marktstrategen wissen, die ihn in diesem Drang solange bestärken, wie er für ihre Interessen verwertbar ist und zugleich glauben, sich aus ihrer Verantwortung stehlen zu können, sobald sich seine Schwatzhaftigkeit nicht mehr als politische Kritik verkaufen läßt.

Ihm diesen Drang als seine politische Identität abgenommen zu haben, ist unser Fehler, ist Ausdruck dessen, wie schwer wir uns tun, unseren eigenen Ansprüchen gerecht zu werden. Genauigkeit im Umgang miteinander, Offenheit und gegenseitiges Vertrauen, bedingungslose Solidarität gegenüber jedem, der mit uns kämpft, sind mehr als jede Logistik, mehr als jede erworbene Fähigkeit Existenzbedingung der Guerilla - HJK ist ein beredtes Beispiel dafür. Wir haben seinen verzweifelten Zwang, immer der »King« sein zu müssen, stillschweigend geduldet, weil wir uns opportunistisch zu seiner proletarischen Herkunft verhalten haben. Wir haben ihm seine Großmäuligkeit durchgehen lassen, weil uns seine Radikalität auch fasziniert hat. Wir haben seine Sprüche hingenommen, weil er auch was gemacht hat. Wir haben zu wenig, zu oberflächlich nach seinen Beweggründen gefragt, weil es leichter war, auf ihn abzufahren. Weil dies unsere Fehler sind, macht uns seine Geschichte und sein jetziges Verhalten eher betroffen, als daß wir ihn hassen. Es gibt keinen Grund für Selbstgerechtigkeit, wenn man mitverantwortlich ist für die Illegalität von jemandem, der weder dies noch bewaffnete Politik jemals ernsthaft gewollt hat. Es mischt sich darin auch heute keine Schadenfreude; es wäre besser für alle, HJK säß wieder in seiner Frankfurter Stammkneipe.

Wie wenig HJK begriffen hat, was die Politik der Revolutionären Zellen ist, davon zeugt sein Interview mit »Liberation«. Für ihn - ebenso wie für »Liberation« - ist es der »kleine Krämer im Böse«, wenn Genossinnen und Genossen der RZ über Aktionen gegen Fahrscheinautomaten des öffentlichen Nahverkehrs diskutieren, wenn sie andere Möglichkeiten der Geldbeschaffung überlegen, als die des Banküberfalls. »Kleinkrämerei«, weil es nicht in das Klischee von der Eigendynamik bewaffnet kämpfender Gruppen paßt, die diese unumstößlich in eine militaristische Politik treibt. Für ihn reduziert sich der Unterschied zwischen den drei deutschen Bewegungen der bewaffneten Linken auf ihr Verhältnis zur Illegalität. Die RZ seien nicht dafür, systematisch in den Untergrund zu gehen. Als sei dies allein eine strategische Frage, die die Existenz von drei verschiedenen Gruppen begründen könnte.

Wer unsere Politik kritisieren will, kommt an unserer Praxis nicht vorbei. Diese Praxis ist überprüfbar. Die 70 bis 80 Aktionen der RZ seit 1973 zeigen zumindest eines: sie waren und sind Bestandteil eines Konzeptes, in dem illegale, gewaltsame Aktionen nach ihrem politischen Stellenwert durchgeführt werden.

Wir führen keinen Krieg. Auch der Vernichtungswille des Staates wird uns nicht zum militärischen Schlagabtausch provozieren, in dem wir ohne Massenbewegung in der BRD keine Chance hätten. Der Grund für die Existenz und Praxis der bewaffneten Gruppen liegt in der Tendenz der präventiven Konterrevolution, die Legalität politischer Betätigung einzuschränken, revolutionäre Minderheiten zu liquidieren, die Mehrheit zu überwachen und zu kontrollieren.

Jede der politisch bedeutsamen Bewegungen der letzten Jahre ist an einen Punkt geraten, wo für sie nur noch die Alternative zwischen Resignation und Rückzug oder militärischer Eskalation bestand. Dies gilt für die spontanen Streiks 1973, für den Häuserkampf 1974/75, die Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen zuletzt im Jahr 75, für die Anti-KKW-Bewegung 1977, auch teilweise für die Frauenbewegung. Alle diese Bewegungen sind in die Defensive geraten.

Die Organisierung und Vorbereitung der Illegalität bedeutet nicht, auf legale, offene Arbeit zu verzichten. Vielmehr wollen wir dadurch erreichen, der Sackgasse von Resignation oder Massaker ausweichen zu können, weiterhin trotz der massiven Repression in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen den Feind angreifen zu können. Die Isolierung der Guerilla, in die sie sich mit der Form ihrer Organisierung begibt, ist nicht hauptsächlich durch »gewaltige Schläge« zu überwinden, sondern durch die Zustimmung zu ihrer Politik, durch die politische Weiterentwicklung der Vielen, durch eine Vermassung ihrer Organisations- und Aktionsformen, durch die Entstehung vieler selbständiger politisch-militärischer Kerne kurz: durch eine revolutionäre - und das heißt auch militante - Bewegung des Volkes.

Die militärischen Aktionen müssen deswegen auch in einem genauen Verhältnis zum öffentlichen Bewußtsein stehen und erfahren von daher auch ihre Akzente und Begrenzungen. Die Reaktion des Staates auf die Existenz der Guerilla ist gerade der Versuch, das militärische Moment vom politischen zu trennen, um damit eine Legitimation für den staatlichen Krieg gegen die Fundamentalopposition zu haben. Wir kämpfen auch nicht um die Macht. Es geht nicht darum, in der Metropole die staatliche Bürokratie auszutauschen, sondern um die Zerstörung von politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Strukturen. Der Weg dorthin wird mit einem »Aufstand« weder begonnen noch abgeschlossen. Eine solche Entwicklung kann nur dann erfolgreich sein, d.h. weder in faschistischer Barbarei noch im Staatskapitalismus enden, wenn sie als langanhaltender Zersetzungsprozeß auf allen Ebenen vor sich geht, wenn gegen die Verstaatlichung der Gesellschaft, die Institutionalisierung der Organisationen, die Parlamentarisierung der politischen Auseinandersetzung Volksmacht, Gegenmacht entwickelt wird. In der BRD geht es dabei heute kaum um reale Machtpositionen, es geht um symbolische, zeitweilige Gegenmacht, um die Aufrechterhaltung und Stärkung des Moments der Revolte, des Widerstandes. Gleichzeitig kämpfen wir heute im Modell Deutschland gegen ein Europa unter amerikanisch-deutscher Hegemonie, für ein Europa freier Völker, das ohne die Zerschlagung der BRD eine Fiktion bleiben wird. Wer diesen Weg des Widerstandes nicht gehen will, diese Hoffnung auf eine revolutionäre Zukunft nicht leben kann, sollte dann der Linie der eurokommunistischen Parteien [12] folgen, der Linie des Kompromisses mit dem Imperialismus, der Unterordnung der Linken unter die reaktionären Sektoren der Gesellschaft. Aktionen und politische Positionen von Revolutionären Zellen zu schildern, kann und soll weder entwickelte theoretische Positionen noch ungebrochene, unablässige Praxis vorspiegeln. Die RZ verfügen über eine 5jährige Praxis in der Organisierung der Illegalität, ihre Aktionen und politischen Interventionen sind dennoch nur eine sporadische Realität der

gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der BRD. Dennoch können einige Momente dieser Linie und ihrer praktischen Umsetzung festgehalten werden:
(1) Die Methode der Illegalität erlernen, illegale Organisationsformen aufbauen, die Linke auf die Illegalität vorbereiten.
(2) Theoretisch und praktisch in die Bewegung intervenieren, die Bewegungen gegen die Gewalt des Staates unterstützen, den Widerspruch von politischem Anspruch und praktischer Defensive aufgreifen. Seit zwei Jahren haben RZ in vielen Städten der BRD begonnen, Aktionen gegen die Betreiber, Propagandisten, wissenschaftlichen Wegbereiter und Bullen des Atomfaschismus durchzuführen; auch, um damit der Fixierung der Anti-AKW-Bewegung auf die Bauplätze entgegenzuwirken; auch, um dabei zu helfen, die an die Grenzen der Repression gestoßene, offene, massenhafte Militanz der Bewegung in der vielfältigen Subversion fortzusetzen. Als 1975 in mehreren Städten der BRD die Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen von der Polizei niedergeknüppelt wurden, haben RZ in Westberlin 120.000 gefälschte Fahrkarten verteilt. Auch in den folgenden Jahren wurde dem allgemeinen Protest gegen die Fahrpreise, gegen die schlechten Beförderungsbedingungen usw. mit der Zerstörung der Fahrscheinautomaten, dem Niederbrennen der Schwarzfahrerkarteien in Berlin und Frankfurt Ausdruck verliehen. Im Jahr 1977 hat eine RZ dem verantwortlichen Vorsitzenden der Frankfurter Anwaltskammer eine Bombe vor das Schlafzimmer gelegt, nachdem die Mobilisierung eines Teils der Linken gegen Berufsverbote für linke Rechtsanwälte wieder abgeflaut war. Dem größten und übelsten Spekulanten der BRD, der sich gern mit dem Nimbus der Unangreifbarkeit schmückte, wurde in sein schwerbewachtes Wohn- und Verwaltungsgebäude ein dickes Loch gesprengt - sehr zum Wohlgefallen all derer, die in Kaußen-Häusern zur Miete wohnen müssen.
(3) Der Resignation und Ohnmacht entgegenwirken. Der scheinbar allgewaltige gesellschaftliche und staatliche Apparat in der BRD vermittelt auch der Linken massive Ohnmachtsgefühle. In den Mord- und Repressionskampagnen gegen die Linke werden diese Gefühle zelebriert, verstärkt oder befestigt. Auf den Mord an Ulrike haben RZ mit Angriffen auf das Oberlandesgericht Hamm und auf das amerikanische Hauptquartier in Frankfurt, das zugleich die größte CIA-Station außerhalb der USA ist, geantwortet. Als trotz einer massiven Kampagne der Frauenbewegung für eine Aufhebung des Abtreibungsverbots das höchste Gericht der BRD 1975 gegenteilig entschied, haben Frauen der RZ in dieses Gebäude eine Bombe gelegt.
(4) Den Legalismus im deutschen Volk und in der Linken auflösen. Die Deutschen sind ein entsetzlich gesetzestreues Volk. Schon kleine Übertritte fallen schwer. Diesen Legalismus aufzubrechen, war ein Ziel beim Verteilen gefälschter Fahrkarten. Eine andere RZ hat ebenfalls in Westberlin gefälschte Essensgutscheine an Sozialhilfeempfänger ausgegeben. Als wegen ihrer Einlösung einige bestraft werden sollten, hat eine RZ dem zuständigen Richter und Staatsanwalt die Autos angesteckt. Die Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums setzt den Bruch mit der bürgerlichen Gesetzlichkeit voraus, Aktionen wie diese sind ein kleiner Schritt dazu.
(5) Einzelne bestrafen, um viele zu verunsichern. An vielen Punkten haben wir die kleinen Feinde des Volkes angegriffen, die anonymen Bürokraten und Schinder. In Westberlin wurde einem Staatsverteidiger im Schauprozeß gegen die Genossen der »Bewegung 2. Juni« in die Beine geschossen. Dem für die Maßnahmen gegen die Kalkar [13]-Demonstranten verantwortlichen Duisburger Polizeipräsidenten wurde der Mercedes angesteckt, ebenso anderen, die für den Abriß von Jugendzentren, für Entlassungen verantwortlich waren.
(6) Durch illegale Propaganda Gegenöffentlichkeit herstellen. Die bürgerliche Öffentlichkeit und zunehmend mehr ein Teil der linken Öffentlichkeit unterschlagen die Existenz der RZ bzw. sie bereiten deren Praxis nach den Rezepten ihrer Giftküchen auf. Durch Flugblätter, Zeitungen, illegale

Radiosendungen haben RZ begonnen, staatliches und linksfraktionelles Informationsmonopol zu durchbrechen.
(7) Gegen die Internationale des Kapitals eine antiimperialistische Praxis entwickeln. Daß die Linke es nicht den Imperialisten überlassen sollte, welche Teile der Erde sie zum Kriegsgebiet erklären und wo ihre befriedeten Rückzugspunkte sind, war ein wesentlicher Bestandteil des Selbstverständnisses der Studentenbewegung; daß andererseits eine revolutionäre Bewegung, die an den nationalen Grenzen haltmacht, perspektivlos bleiben muß, ist eine Binsenwahrheit. Befreiungsbewegungen in den unterentwickelt gehaltenen Ländern können nur erfolgreich sein, wenn sich in den Metropolen der Internationalismus praktisch entfaltet; umgekehrt ist die Befreiung hier untrennbar verbunden mit revolutionären Initiativen in der Dritten Welt. Die Linke in der BRD ist sich dieses Zusammenhangs bewußt, eine praktische Dimension hat dieses Bewußtsein jedoch kaum noch. Das Fehlen einer antiimperialistischen Praxis der Linken kann unsere Betroffenheit über die Massaker des Imperialismus, die Ausbeutung der Menschen und der Ressourcen, über täglichen Hunger, Elend, Krankheit als Folge des imperialistischen Kalküls nicht beschwichtigen.
Seit 1973 haben RZ deshalb immer wieder Aktionen gegen Niederlassungen imperialistischer Staaten und faschistischer Diktaturen in der BRD unternommen. Sie haben ITT und Institutionen des faschistischen Chile angegriffen; sie haben Bomben gelegt gegen militärische Anlagen, Kasinos, das Hauptquartier der US-Armee. Vor kurzem zerstörte eine RZ in der Nähe von Bremen ein für eine Anti-Guerilla-Einheit bestimmtes Gebäude schon vor deren Einzug. Gerade wegen der Verbrechen des Faschismus am jüdischen Volk haben wir Aktionen gegen den Zionismus, seine staatlichen Institutionen, seine Firmen und Gesellschaften in der BRD durchgeführt; denn die Zionisten betreiben heute mit amerikanischer und deutscher Unterstützung Völkermord an den Palästinensern, dessen Opfer die Juden vor 40 Jahren geworden sind.
Neben dem Kampf im eigenen Land hat der antiimperialistische Kampf seit 15 Jahren eine weitere Dimension. Che Guevara hat den revolutionären Internationalismus in den 60er Jahren inspiriert; entsprechend der Parole »Schafft zwei, drei, viele Vietnam« den Kampf dort geführt, wo er geführt werden mußte. In den 70er Jahren ist die Führungsrolle bei der Organisierung multinationaler Gruppen von der lateinamerikanischen Guerilla auf die Palästinenser übergegangen. Der palästinensische Revolutionär Wadi Haddad hat im Rahmen dieses Konzeptes, nämlich die ganze Welt zum Aktionsfeld des antiimperialistischen Widerstands zu machen, einen Beitrag zur internationalen Zusammenarbeit der Befreiungsbewegungen zu leisten, eine große Bedeutung.
(8) Die gefangenen Kämpferinnen und Kämpfer befreien. [14] Jede radikale Bewegung, der es ernst ist, weiß, daß sie repressiven Angriffen ausgesetzt sein wird. Die Linke in der BRD, besonders die bewaffnete Linke, macht da keine Ausnahme. Ebenso klar ist, daß denen, die im Magen des Haies gequält werden, die dort einen langsamen Tod sterben sollen, in Zeiten des zugespitzten Konfliktes auch ermordet werden, unsere besonderen Überlegungen und Anstrengungen gelten. Verschiedene Versuche sind gemacht worden, die gefangenen Genossinnen und Genossen zu befreien, nur wenige waren erfolgreich. Dabei steigt ihre Zahl ständig; zu den über 120 Gefangenen aus Gruppen der bewaffneten Linken kommen mindestens ebenso viele, die wegen Kriegsdienstverweigerung, wegen »Landfriedensbruch«, wegen anderer politischer »Delikte« im Knast sitzen.
Die Ereignisse des »Deutschen Herbstes«, die faschistoide Entschlossenheit des polizeilich-politischen Führungszentrums, Befreiungsversuche der Guerilla um jeden Preis zu vereiteln, hat uns erschreckt und macht uns noch mehr Bangen um das Leben unserer Freunde und Genossen in den Knästen.
Fast jede Befreiungsaktion unterliegt Bedingungen, die wir nicht wollen: eine Machtauseinandersetzung zwischen Staat und Guerilla. Dies kann und darf nicht heißen, daß der Zweck die Mittel heiligt. Auch

Befreiungsaktionen dürfen nicht zur Identifizierung des Volkes mit dem Staat führen, dürfen nicht in Widerspruch zu unseren politischen Perspektiven stehen, dürfen sich nicht gegen das Volk richten. Dennoch gibt es für eine kämpfende Bewegung aus diesem Dilemma keinen Ausweg: die politischen Gefangenen müssen befreit werden.

Von all dem, was wir beschrieben haben und was Realität wie Kontinuität ausmacht, findet sich kein einziges Wort - bei HJK nicht und in den Fragen von »Liberation« auch nicht. Nicht die RZ als Bestandteil der radikalen Linken in der BRD interessieren, von Interesse ist, was sich gegen die RZ verwenden läßt. Darin unterscheidet sich »Liberation« nicht von HJK. Ginge es euch ernstlich um Kritik, ihr wüßtet, daß ihr das Interview durch den Kamin jagen könntet. Statt dessen strapaziert ihr »Argumente«, die so abgestanden, so verbraucht sind, daß wir darauf nicht mehr einzugehen bereit sind. »Reden über Dinge, die durch Reden nicht zu lösen sind, muß man sich abgewöhnen.«(Bert Brecht). [15]

Wer behauptet, daß die »Logik der Waffen« unser Handeln bestimmt, beweist nichts, außer daß er nicht eine Aktion der RZ zur Kentnnis genommen hat. Wem zu unserer Praxis nur einfällt, sie würde die präventive Konterrevolution provozieren, der soll dann auch den jüdischen Antifaschisten Herschel Grynspan [16] für das Judenpogrom 1938 in Deutschland verantwortlich machen, der glaubt sicher auch, das Attentat von Sarajewo [17] habe zum ersten Weltkrieg geführt. Wer unterstellt, die westdeutschen Guerillagruppen seien gekaufte Söldner des palästinensischen Widerstands, der projiziert den Rassimus des weißen Herrenmenschen (der in der Tat auf ein Heer von Söldnern angewiesen ist) auf die Völker, die sich eben davon befreien. Wem zu den Problemen, die ein Leben in der Illegalität mit sich bringt, nichts anderes einfällt, als daß sie zwangsläufig bürgerliche Verhaltensweisen und autoritäre Strukturen zur Folge haben, dem sprechen wir ein Interesse an einer ernsthaften Auseinandersetzung ab. Das ist Dreck, der auch nicht dadurch besser wird, daß ihn der Abwechslung halber mal »Liberation« in den Mund nimmt.

Welches Interesse habt ihr, hat »Liberation«, hat »Lotta Continua« [18], wenn ihr HJK für euch sprechen laßt? Ihr wollt die Guerilla zur Raison rufen oder richtiger - ihr wollt, daß die Akteure wieder in den Kulissen verschwinden, daß sie wieder »Deckchen sticken«. Weil für euch die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ein Stadium erreicht haben, in dem ihr nicht mehr fragt, wer für die gesellschaftliche Gewalt verantwortlich ist, sondern einzig und allein, wer aufhört. Es soll wieder Ruhe einkehren, nicht die tödliche Stille faschistischen Terrors, wohl aber der bürgerliche Frieden. Ihr wollt die Guerilla zurückpfeifen, weil ihr insgeheim hofft, daß dann auch der Staat zu seiner »Rechtmässigkeit« zurückfinden würde. Andererseits müßt ihr die Guerilla angreifen, weil ihr um eure Ohnmacht wißt, den Staatsapparat zur Vernunft zu bringen. Als wäre das Problem der Faschisierung dadurch zu lösen, daß die, die sich wehren, sich zur Ruhe setzen. Der bürgerliche Frieden ist bewaffneter Frieden; daß Krieg ist, in verschiedenen Formen zwar, aber dennoch Krieg, ist doch nicht die besondere Hinterhältigkeit, eine gemeine Erfindung der Guerilla gegen die legale Linke, sondern Ausdruck der Gewalt, mit der die Internationale der Menschenfresser ihre Einflußzonen freizuhalten versucht. Glaubt ihr ernsthaft, wir könnten Situationen wie in Nicaragua, wie im Iran, wie in Rhodesien oder wie im Nahen Osten vermeiden und dennoch gleichzeitig den revolutionären Weg gehen? Die Vorstellung, die Herren würde ihre Postionen qua Mehrheitsentscheid räumen, ist verlockend; danach zu leben, ist korrumpierend oder tödlich.

Daß wir Niederlagen einstecken müssen - Mord, und Folter an unseren Genossen, Verrat, Verhaftungen, Illegalisierungen - kann kein Grund sein, an der Rechtmäßigkeit unseres Vorhabens zu zweifeln. »Sind wir eure Feinde, die wir Feinde des Unrechts sind? Wenn die Kämpfer gegen das Unrecht besiegt sind, hat das Unrecht doch nicht Recht! Unsere Niederlagen beweisen nichts, als daß wir zu wenige sind, die gegen die Gemeinheit kämpfen und von den Zuschauern erwarten wir, daß sie wenigstens beschämt

sind.« (B.B.) Wenn ihr es statt dessen zu eurer Sache macht, die ohnehin dünne Basis der Guerilla anzugreifen, kann euch letztlich keiner daran hindern. Aber ihr solltet wissen, in wessen Fußstapfen ihr tretet.

Ihr werdet euer Publikum finden und gefunden haben. Die Zeiten sind günstig für euch. In der BRD sind es diejenigen, die von der »Allmacht« des staatlichen Gewaltapparats überrascht worden sind, denen der »Deutsche Herbst« fürs erste jeden subversiven Gedanken ausgetrieben hat; die sich wie wir auch Illusionen über den Gang der Revolte gemacht haben und nun schon am Ende aller Träume angekommen sind. Sie haben ihre Hoffnungen vertagt, wenn nicht begraben. Aber anstatt über Konsequenzen nachzudenken, kehren sie den Spieß um; anstatt aus ihrer Hoffnungslosigkeit keinen Hehl zu machen, dazu zu stehen, zetern sie gegen die los, die nicht ihren Weg gehen. Anstatt neue Lösungen zu suchen, machen sie selbst aus ihrem Rückzug noch Strategie.

Euer Interview ist ihnen Genugtuung und Legitimation zugleich. Es trägt dazu bei, daß die Probleme, die auf den Nägeln brennen, erfolgreich verdrängt werden; es verhindert, daß Fragen gestellt werden, die gestellt werden müssen, z.B.:

* Mit welcher Perspektive tretet ihr noch an? Gibt es für euch noch eine Perspektive von Macht und Gegenmacht? Und wenn ja, welche Möglichkeiten seht ihr, um aus der Situation der strukturellen Unterlegenheit der Linken rauszukommen? Was habt ihr der bewaffneten Übermacht des Staatsapparates engegenzusetzen?
* Auf welche gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bezieht ihr euch noch und wie begreift ihr eure eigene Identität im Verhältnis zu den kleinen Revolten, den Unruheherden, dem Protest, der noch nicht abgeflaut ist? Habt ihr die Arbeiterbewegung abgeschrieben? Wenn ja, gibt es überhaupt noch eine Kraft, auf die ihr euch stützt? Welche Rolle spielen die Befreiungsbewegungen in euren Überlegungen?
* Was heißt es für euch, daß einer legalen Massenbewegung die Entwicklungsbedingungen schon im Vorgriff abgeschnitten werden, daß der Spielraum politischen Handelns auf das reduziert wird, was ohnehin konform ist und zugleich Konformität mit Staatstreue identifiziert wird? Wie wollt ihr den Schwierigkeiten begegnen, die aus der Illegalität herrühren, in die die Linke absehbar gedrängt wird? Schwierigkeiten nicht nur des Handelns, sondern auch der Kommunikation, des Erfahrungsaustauschs, der Entscheidung, des Miteinander-Kämpfens?
* Welche Schlußfolgerungen zieht ihr aus euren eigenen Analysen? Daß, seitdem wir die Ruinierung des Ökosystems bewußter wahrnehmen, der Faktor Zeit in all unseren Überlegungen eine ganz neue Dimension bekommen hat? Welchen politischen Sinn gibt es, von Ökofaschismus zu reden, ohne die Konsequenzen mitzudenken? Was kommt nach Malville [19], was nach Grohnde und Kalkar?
* Was habt ihr aus Chile, aus Portugal gelernt? Was ist eure Antwort auf die Kämpfe in Südafrika, im Iran, im Libanon - Länder, in denen der Imperialismus keineswegs vor seiner endgültigen Niederlage steht, sondern an der Schwelle zur kriegerischen Intervention, der gegenüber all die Barbarei der letzten Jahre ein Scharmützel gewesen sein wird. Wird die französische Linke dem absehbaren Angriff des französischen Imperialismus tatenlos zusehen, wie seinerzeit der blutigen Intervention in Algerien? [20]

Dies ist nur ein Teil der Fragen, die wir an euch haben, die wir uns selbst stellen. Wir behaupten nicht, die Antworten zu wissen; aber wir beanspruchen, durch unsere Praxis auf diesen Fragen zu beharren, um eine Lösung zu finden.

Es gibt keine Garantie auf Erfolg. Wer sich fürchtet, auf der Seite der Verlierer zu stehen, wird auch nie gewinnen. Wir wissen ebenso wenig wie ihr, ob historische Legitimität als Bedingung und Subjektivität als Motor bewaffneten Widerstands der Totalität des Staates auf Dauer gewachsen sein werden. Wir wissen nicht, ob es gelingt, die Basis des Widerstands entscheidend zu verbreitern oder ob die Kolonialisierung der Köpfe so weit fortgeschritten ist, daß sich das deutsche Volk noch einmal einer

faschistischen »Lösung«, wenn auch unter veränderten Vorzeichen, anschließt. Es wäre nicht nur unehrlich, sondern selbstmörderisch zu behaupten, wir hätten alle Probleme, die aus der Organisation der Illegalität folgen, im Griff.
Dennoch: schon einmal - 1933 - hat die organisierte deutsche Linke klein beigegeben. In der Hoffnung, der Nazismus ginge an sich selbst zugrunde, haben SPD und KPD auf eine Organisation des Widerstands verzichtet; auch weil ihnen das Risiko von 10.000 Toten im Kampf gegen den Faschismus ein zu hohes Opfer schien, standen am Ende die 56 Millionen Tote des 2.Weltkrieges. Noch einmal werden wir uns nicht dem Vorwurf aussetzen, wir hätten etwas unversucht gelassen!
Revolutionäre Zellen

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Erklärung der RZ zum Fall Traube

März 1977

Wie man einen inneren Feind aufbaut

Wir wissen nicht, wann wer wem die Akte »Traube« zugeschoben hat, um daraus nach dem Muster der »Dreyfuss [21] Affäre« die »Affäre Traube« zu stricken, wir wissen aber genau, daß die Wahl des Zeitpunktes und die Wahl des Opfers Methode hat.

Die Methode der ideologischen Kriegsführung, die versucht, die Loyalitätskrise und Insubordination, die sich gegenüber einer wahnwitzigen Energiepolitik breitmacht, durch den Aufbau eines gemeinsamen inneren Feinds aufzufangen.
Zum Zeitpunkt: Nachdem in Wyhl und Brokdorf der lange mühsam verkapselt gehaltene Eiterherd »Ökologie« explosionsartig aufgebrochen ist, droht diese Wucht, noch ganz andere Dämme einzureißen. Die Leute trauen dieser Industrie und dieser Regierung nicht mehr, will heißen: sie trauen ihnen alles zu, auch die atomare Vernichtung von Millionen Menschen im Namen des Profits. Das bedeutet, die Menschen fühlen sich von Regierung und Industrie in ihrem Leben bedroht.
Die Folge davon ist, daß die Zwangsgemeinschaft von Herrschenden und Beherrschten auseinanderzubröckeln droht. Um diese Risse zu kitten, wird ein gemeinsamer Feind geschaffen, im Kampf gegen den die Volksgemeinschaft wieder zusammengeschweißt werden soll.
Zwar hat die Gemeinschaft von Regierung und Industrie bereits die Luft verpestet, die Flüsse verseucht, die Umwelt vergiftet, eine radioaktive Verseuchung produziert, die uns in Jahrtausenden noch bedroht, die BRD zum größten Atom- und Wasserstofflager der Welt gemacht - doch der wahre Feind steht links: Die Revolutionäre bedrohen uns »mit einem Anschlag unvorstellbaren Ausmaßes, notfalls atomarer Art« (Welt). Sowas kann sich nur jemand ausdenken,der selber nichts mehr als den Tod produziert. Als Schüsselfigur dieser ideologischen Kriegsführung wird ausgerechnet der Revolutionär Jochen Klein ins Feld geführt, der OPEC-Minister gerade wegen ihrer imperialistischen Energiepolitik, die die arabischen Länder ausblutet, entführt hat.
Wir strecken unsere Hand nicht nach dem Atom aus, sondern höchstens gegen die, die diese menschenvernichtende Energie verbrechen.
Die »Affäre Traube« ist die konsequente Fortsetzung einer Staatsschutzpolitik, die in Bahnhöfen Bomben explodieren läßt, die Trinkwasser mit Gift und U-Bahnhöfe probeweise verseucht (wie der CIA), die den Raketenangriff auf Fußballstadien und den Großangriff auf Stuttgart androht, um den Haß auf die Revolutionäre zu schüren, die angetreten sind, der imperialistischen Todesökonomie und -kultur ein Ende zu bereiten.
Opfer dieses Staatsschutzmanövers ist diesmal der Atomwissenschaftler Dr. Traube, als Warnung für alle die, die sich den 1984er Verhältnissen nicht anpassen wollen.

Der Pflasterstrand druckte in seiner Nr. 6 ein Foto von Jochen Klein ab, das bei der internationalen Fahndung noch nicht benutzt werden konnte. Da hier - unterstellt man keine Mutwilligkeit - die Fahndung nach ihm unterstützt wird, muß man klarstellen, daß es so nicht geht, Genossen!
Denn das heißt: sich dadurch direkt an der internationalen polizeilichen Fahndung zu beteiligen, indem man Staatsschutzerkenntnisse durch bisher unveröffentlichtes, unbekanntes Material bereichert, in dem Fall den Erkennungsdienst hilfreich unterstützt.
Es ist das erste Mal, daß in der linken Presse etwas derartiges geleistet worden ist. Bisher entsprach es nicht den Gepflogenheiten, überhaupt Fotos oder Zeichnungen o.ä. von jeweils zur Zeit gesuchten Genossen preiszugeben; im Gegenteil hat sich die Linke bisher bemüht, die Fahndung zumindest zu erschweren (etwa durch Vernichten, Fälschen oder Unkenntlich-machen von Fahndungsplakaten!!)
Die Quelle (aus...) wurde auch nicht zum Schutz von Jochen weggelassen - wie man es interpretieren könnte - sondern im Eigeninteresse derjenigen Privatperson, die das nostalgische Bildchen aufgetrieben hat.
»So sieht er aus« - wie die Öffentlichkeitsmacher ihn haben wollen: romantisch, jungenhaft mit langer Mähne. Sie haben sich »ein Bild von ihm gemacht«, das nicht zum OPEC-Bild paßt, können es immer noch nicht fassen, daß er zu einem solchen Schritt entschlossen war.
Schlußwort an die Urheber:
Ihr könnt euch darüber wundern und daran rumrätseln, weshalb Jochen an einer bewaffneten Aktion teilnahm. Aber ihr habt in Zukunft gefälligst zu unterlassen, euch wie Bullen zu betätigen, ED-Material beizusteuern, das irgendeinem gesuchten Genossen Kopf und Kragen kosten kann.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Vorbemerkung Kapitel V

Gegen den »geistigen Nährboden des Terrorismus«
In einer Regierungserklärung vom 20. April 1977 bezeichnete Bundeskanzler Helmut Schmidt die »Ausrottung des geistigen Sumpfes« als nächste Aufgabe der »Terrorismus«-Bekämpfung:
»Mit Gesetzgebung allein schaffen wir den Terrorismus nicht aus der Welt. Wir müssen ihm jeden geistigen Nährboden entziehen. [...] Die Intellektuellen in unserer Gesellschaft sollten den politisch Verantwortlichen im Prozeß der Aufklärung solcher junger Deutscher helfen, die noch ein unklares Urteil über Terroristen, über deren Motive und über deren scheinbare Rechtfertigung haben [...] Wo nach ruhigem Abwägen durch Politiker, durch Juristen, durch Fachleute der inneren Sicherheit die Instrumente nicht wirksam genug erscheinen, dort sollen sie verbessert und ergänzt werden.[...] Wir haben (die Aufgabe) den Terrorismus ohne Wenn und ohne Aber und ohne jede sentimentale Verklärung der Tätermotive zu verfolgen, bis er aufgehört haben wird, ein Problem zu sein.«
Bereits ein Jahr zuvor wurden die Zensurparagraphen § 88a und § 130a im Bundestag verabschiedet, die die Verbreitung und der Besitz von Schriften, die Gewalt befürworten, unter Strafe stellen. Sie bildeten die gesetzliche Grundlage für zahlreiche Durchsuchungen und Beschlagnahmungen in linken Buchläden und Druckereien.
Ein weiteres Beispiel für die »Ausrottung des geistigen Sumpfes« sind die Auseinandersetzungen um den »Buback-Nachruf«: Im April 1977 wurde in der Göttinger ASTA-Zeitung ein Artikel veröffentlicht, in dem ein »Mescalero« seine »klammheimliche Freude« über den Tod des Generalbundesanwaltes Buback beschrieb, andererseits aber den bewaffneten Kampf ablehnte. Als wenige Tage später die Räume des ASTA, der ASTA-Druckerei und mehrere Privatwohnungen in Göttingen durchsucht und die ASTA-Mitglieder ihrer Ämter enthoben wurden, folgte der Nachdruck des Artikels aus Solidarität nicht nur in zahlreichen Alternativ- und Uni-Zeitungen, sondern auch durch eine Gruppe von 48 ProfessorInnen und RechtsanwältInnen, die eine Dokumentation herausgaben, um die eigentliche Intention des Textes der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, da in den Medien nur sinnentstellende Auszüge zitiert wurden.
Gegen alle HerausgeberInnen der Nachdrucke wurden Strafverfahren eingeleitet. Insbesondere auf die HochschullehrerInnen wurde massiver Druck ausgeübt und ihnen mit Disziplinarverfahren gedroht. Von der Presse, vor allem von der FAZ und den Springer-Zeitungen, wurden als »Spießgesellen von Mördern, geistige Mittäter« etc. diffamiert, bis alle - außer dem Psychologieprofessor Peter Brückner - Distanzierungserklärungen abgegeben hatten.

Die Entführung von Schleyer und der Lufthansamaschine »Landshut«
Im April 77 endete der Prozeß gegen Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Andreas Baader in Stammheim, drei Monate später wurden die Besetzer der Stockholmer Botschaft in Düsseldorf zu lebenslänglichen Haftstrafen verurteilt.
Im April und August 1977 traten die Gefangenen in den 4. bzw. 5. Hungerstreik und forderten ihre Zusammenlegung in interaktionsfähige Gruppen.
Angesichts der sich verschärfenden Haftbedingungen und der Erfolglosigkeit der Hungerstreiks entführt ein Kommando der Roten Armee Fraktion am 5. September 1977 den Arbeitgeberpräsidenten Hans-Martin Schleyer und forderte einen Austausch Schleyers gegen elf Gefangene aus der RAF.
Die Bundesregierung setzte überparteiliche Krisenstäbe ein, an denen auch der BKA-Präsident Herold und Generalbundesanwalt Rebmann teilnahmen. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg,

Filbinger, erklärte, die Situation werde als »nationaler Notstand« angesehen.
Der Große Krisenstab verhängte unter Anwendung der Notstandsgesetze für die Bundesrepublik eine Nachrichtensperre, leitete Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen ein und verhängte am 6. September 1977 für alle politischen Gefangenen die Kontaktsperre. Damit waren die Gefangenen vollständig von der Außenwelt isoliert, kein Kontakt untereinander, zu Anwälten oder zur sonstigen Außenwelt möglich. Die Kontaktsperre wurde am 2. Oktober 1977 im Eilverfahren nachträglich durch das Parlament legalisiert.
Am 13. Oktober 1977 entführte das palästinensische Kommando »Martyr Halimeh« die Lufthansamaschine »Landshut«, in der sich Mallorca-Urlauber auf dem Rückflug in die Bundesrepublik befanden, um der Forderung nach Austausch der Gefangenen Nachdruck zu verleihen. Fünf Tage später wurde das Flugzeug in Mogadischu/Somalia von einer GSG 9-Einheit gestürmt, die Mitglieder des Kommandos erschossen und die Geiseln befreit.
Am gleichen Tag starben Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Andreas Baader im Hochsicherheitstrakt Stuttgart-Stammheim. Irmgard Möller - die vierte Gefangene aus der RAF im »7.Stock« des Stammheimer Hochsicherheitsgefängnisses - überlebte schwer verletzt. Sie erklärte später, daß sie - entgegen der staatlichen Behauptung - weder einen Selbstmordversuch unternommen habe, noch habe es eine Absprache unter den Gefangenen gegeben, bei Mißlingen der Befreiungsaktionen Selbstmord zu begehen. Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Andreas Baader seien ermordet worden.

Der »Deutsche Herbst«
PolitikerInnen aller Parteien reagierten mit drastischen »Vorschlägen« auf die Schleyer-Entführung. Die Forderung nach der Wiedereinführung der Todesstrafe wurde laut, man wollte »kurzen Prozeß mit den Terroristen machen« oder schlug vor, die »Terroristen« unter Kriegsrecht zu stellen.
Die öffentlichen Medien akzeptierten die Nachrichtensperre und Zensur widerspruchslos und übernahmen die rasch verbreiteten staatlichen Sprachregelungen, wie z.B. des »Selbstmordes der Terroristen«. Auch andere gesellschaftliche Gruppen wie Gewerkschaften, Kirchen und sonstige Verbände erklärten ihre bedingungslose Loyalität und Unterstützung für die Haltung der Bundesregierung.
Am 17. September 1977, zwei Wochen nach der Schleyer-Entführung, veröffentlichten 177 Hochschullehrer eine Anzeige, in der sie sich von jeder Form »klammheimlicher Freude« distanzierten und ihre Loyalität gegenüber dem Staat erklärten. Die Repressionen im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des »Buback-Nachrufs« zeigten ihre Wirkung.
Gleichzeitig wurden bundesweit Flugblätter, Erklärungen und Zeitungsartikel, in denen die nationalsozialistische Vergangenheit von Schleyer benannt wurde, beschlagnahmt und nach den Urhebern ermittelt. Schon im Laufe des Septembers 1977 wurden in der Bundesrepublik hunderte von Wohnungen angeblicher Sympathisanten durchsucht, unzählige »Sympathisanten« vorübergehend festgenommen und bundesweite Kontrollen durchgeführt. Bei der Beerdigung von Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan Carl Raspe in Stuttgart kesselte ein starkes Polizeiaufgebot alle Teilnehmer ein, überprüfte und filmte sie. Der Stuttgarter CDU-Oberbürgermeister Rommel mußte sich gegen heftige Angriffe verteidigen, weil er die Beerdigung der »Terroristen« in Stuttgart zuließ.
Das Resultat des »Deutschen Herbstes« war eine weitgehend eingeschüchterte Linke und eine Bevölkerung, die infolge des Trommelfeuers von Presse und Politikern die Hetze gegen »Terroristen« akzeptierte oder zum Teil »mitfahndete«.

Der Haupttext des »Revolutionären Zorn Nr. 4«
wurde vor der Schleyer-Entführung, vor dem »Deutschen Herbst« geschrieben. Wie die RZ in einer Vorbemerkung erklären, haben sie ihn »absichtlich nicht mehr überarbeitet, da er - kaum 10 Wochen alt -

eindringlich dokumentiert, daß wir in Zeiten leben, in denen die Schreckensnachrichten täglich, ja stündlich eintreffen.«
Sie fügten einen aktuellen Text bei, der die Trauer um den Tod der Gefangenen und das Erschrecken über die Morde in Stammheim widerspiegelt - und forderten die Linke auf, »die Wahrheit zu sehen« und die daraus folgende »Pflicht zum Widerstand« ernst zu nehmen.
Im »Revolutionären Zorn Nr. 4« analysieren die RZ die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen, um über eine Lähmung und Ohnmacht in der Linken angesichts der massiven staatlichen Repression hinauszukommen:
Sie sehen das »Modell Deutschland« als präventive Maßnahme an, mit der der Widerstand gegen die geplante weltweite ökonomische Umstrukturierung verhindert werden solle.
Mittel bzw. Leitlinien zur Durchsetzung dieser Umstrukturierung seien:
»- die •sozialistische Internationale- als ideologischer Kopf
- die ökonomische Erpressung durch den deutsch-amerikanischen Imperialismus als Integrationsinstrument
- das •Modell Deutschland- als europäische Innenpolitik.«
Sie analysieren die Ziele und Entwicklungen einer weltweiten Umstrukturierung und Modernisierung im Interesse der multinationalen Konzerne, die Folgen für die Menschen in der 3.Welt und in den Metropolen, benennen die Organisationen der »Menschenfresser« und die ökonomischen und polizeilichen Mittel, die zur Durchsetzung dieser Umstrukturierung eingesetzt werden.
Der zweite Teil des »Revolutionären Zorns« bezieht sich auf die möglichen Träger des Widerstandes. Als hoffnungsvolle neue Kraft bezeichnen die RZ die regionalen europäischen Bewegungen, die gegen »die totalitäre Zentralisation des Imperialismus [...] die Zukunft eines Europas autonomer sozialistischer Völker, die in einem Verhältnis gegenseitiger Unterstützung und gleichwertiger Arbeitsteilung zueinander stehen, (entwerfen)«.
Ein Ausgangspunkt für regionalistische Bewegungen seit Mitte der 70er Jahre war der Widerstand gegen AKWs, der sich aufgrund der meist ländlichen Standorte auf regionale Strukturen und auch auf eine regionale Widerstandsgeschichte und -kultur bezog. So z.B. in Wyhl, wo es möglich war, eine grenzübergreifende Zusammenarbeit nach Frankreich und in die Schweiz herzustellen.
Zur gleichen Zeit kämpften Bretonen, Occitanier und Korsen gegen eine - vor allem wirtschaftliche - Benachteiligung durch den Zentralismus der französischen Regierung, ebenso wie die Katalanen, Basken und Galizier in Spanien. Die Hoffnungen, die die Linke in diese Bewegungen gesetzt hatten, erwiesen sich jedoch als trügerisch. Mehr und mehr setzten sich nationalistische Positionen durch, eine langfristige Verbindung oder gemeinsame Stoßrichtung der verschiedenen regionalistischen Bewegungen konnte nicht erreicht werden.
Gegen einen fortschreitenden »Totalitarismus« in der BRD setzten die Revolutionären Zellen die Organisierung der revolutionären Linken in militanten Gruppen: »(Dem legalen Widerstand) bleibt bei Strafe des Untergangs nur eines: die Praxis und Techniken des verdeckten, klandestinen Kampfes sich massenhaft, so schnell wie möglich anzueignen.« Ein wesentliches Moment dieses Widerstands müsse der Internationalismus sein, den viele Linke nach dem »Boom in den 60er Jahren« aus Enttäuschung über die Entwicklungen revolutionärer Bewegungen, sobald sie gesiegt hatten, ad acta gelegt hätten, um dann in »kämpfenden Kollektiven« die Vorstellungen und Grundlagen einer neuen Gesellschaft zu entwickeln.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich im Buch auf Seite 711 ff.

Revolutionärer Zorn Nr. 4

Januar 1978

»... Die Rechtspresse jubelte, die bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen wetteiferten mit Rechtfertigungen des •an sich bedauerlichen- Vorfalls. Scheidemann [1] verteidigte die Untat, Ebert [2] schwieg dazu und Gustav Noske [3] ließ erkennen, daß er mit dem Ergebnis zufrieden war...Die Ermordung der beiden Sozialistenführer war tatsächlich der Beginn einer Entwicklung, die in den Massenvernichtungslagern ihren Höhepunkt erreichte, aber noch keineswegs abgeschlossen ist, sondern in abgeschwächter Form weiterwirkt. Die Bluttat, zu einer von der Geschichtsschreibung schamhaft verschwiegenen, weil allen beteiligten peinlichen Konterrevolution sollte nicht allein das noch schwache Häuflein Spartakisten treffen, vielmehr die Revolution selbst«
(Bernd Engelmann [4] / Ermordung Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht [5])
Nach über 50 Jahren: wieder die Sozialdemokratie, wieder ein noch schwaches Häuflein von Sozialrevolutionären. Doch die Geschichte wiederholt sich nicht. Diesmal keine aufgeputschte, gröhlende, mordende Soldateska, sondern das Innenministerium selbst, die Hinrichtungen in eigens dafür konstruierten Todestrakten, als Zeugen nur sie selbst, die Medien sprungbereit, in millionenfacher Auflage aus den Ermordeten die Täter zu machen. Am Ende werden die Mauern der Hinrichtungsstätte eingerissen, um ein für allemal alle Untersuchungen, alle Nachforschungen unter einem Steinhaufen zu begraben.
Doch die Ermordeten lassen sich nicht begraben: Rosa und Karl - das sind heute noch die lebendigsten Menschen, die dieses Volk jemals hervorgebracht hat, - Ulrike [6], Halimeh [7], Gudrun [8], Ingrid [9], Holger [10], Wilfried [11], Andreas [12] und Jan [13] gehören bestimmt dazu.
Das wissen wir, doch das macht unseren Schmerz nicht geringer. Wir werden jedoch nicht an ihm ersticken, sondern aus unserer Hoffnung und unserem Schmerz heraus weiterkämpfen. Nicht verzweifelt und blindwütig, das hieße, wir hätten uns Illusionen gemacht, hätten uns den Kampf in den Metropolen einfacher vorgestellt, den Feind weniger blutrünstig als in der Dritten Welt - hieße, wir hätten zwar My Lai [14], Attica [15], Tel Saatar [16] für möglich gehalten, nicht aber ein Massaker in Stammheim (Warum, weil es dort Gelbe, Schwarze, Braune waren, hier aber Weiße?)
Wir werden mit unseren Waffen, den Waffen der Unterdrückten, weiterkämpfen - und das sind unsere Utopie, unsere List, Phantasie und Ausdauer, unsere Kollektivität und Kontinuität.

Jeder, der wissen will, weiß was das bedeutet
»Und wir, wir schrecken zurück vor der Mordthese, die - wie auch immer im Detail - eine verdammt ernste Konsequenz hätte. Denn es ist nicht egal - auch wenn wir wissen, daß Selbstmord eine Form von Mord ist - was geschah. Mord: das hieße, daß es in der BRD zumindest gegenüber bestimmten Gruppen offenen Faschismus gibt und das heißt, daß wir endgültig und absolut nicht so weiterleben können wie bisher.« (Pflasterstrand)
Selten ist so ehrlich formuliert worden, daß die Wahrheit-wissen-wollen sich nach den Konsequenzen richtet, die dieses Wissen für einen selbst mit sich bringt. Anders gesagt: Es klammern sich deshalb so viele Linke und Liberale in der BRD (in gespenstischem Gegensatz zur ganzen übrigen Welt) an die staatlich verordnete Selbstmordthese, weil die Wahrheit von ihnen verlangen würde »endgültig und absolut nicht mehr so weiterzuleben wie bisher.«
Dieser enge Zusammenhang von Wahrheit-wissen-wollen und Pflicht zum Widerstand scheint wieder

einmal von vielen ganz in der verbrecherischen Tradition ihrer Väter gelöst zu werden, die auch von nichts was gewußt haben wollen und heute 50 Millionen Kriegstote und 6 Millionen KZ-Opfer mitzuverantworten haben.
Weiter ist in diesem Zitat von der Möglichkeit des offenen Faschismus zumindest bestimmten Gruppen gegenüber die Rede. Doch Faschismus ist nie punktuell, in Teilbereichen nur praktizierbar, sondern als grundsätzliche Lösungsstrategie gegenüber allen gesellschaftlichen Widersprüchen vorhanden. Stammheim und Mogadischu [17], das ist das Grundmuster, das den Alltag in der BRD strukturiert. Denn nach dem gleichen Muster, mit dem Mogadischu »erledigt« wurde, werden die Umweltkämpfer »erledigt« - mit Tricks, Lügen, Krisenstabsmethoden und Overkill-Programm, um den Weg in den Öko-Faschismus frei zu machen. Läßt sich auf diesem Weg keine Zwangsbefriedung erreichen, dann werden die Schweine weiter eskalieren, und das kalkuliert die physische und psychische Vernichtung der Widerstand Leistenden ein. Die Vernichtungsstrategie gegen die bewaffneten Kämpfer kann keiner mehr als Teilstrategie begreifen, das hieße, die Verfolgten und Ermordeten an anderen Fronten in diesem Land stillschweigend zu begraben.
Den Druck, was tun zu müssen, haben viele Genossen erfahren und ausgesprochen in den letzten Wochen - aber eine Antwort geben zu wollen, aus dem Re-agieren raus zu kommen, ist schon nicht mehr Sache von allen.
Da sind die Verzweiflungstrategen, die, je schlimmer es wird, sich umso verbissener an ihre bisherigen Zusammenhänge klammern. Das Festhalten an bisherigen Formen und Perspektiven politischer Arbeit muß da schon zum Rückzug werden, wo nur auf alten Positionen beharrt wird. Vielen Genossen geht das »Trotzdem« und »wie bisher Weitermachen« zu leicht, zu schnell über die Lippen. Es reicht nicht, das Weitermachen, das Nicht-Aufgeben zu beteuern, - weil keine Genossin und kein Genosse wie bisher weitermachen kann, weil wir jeden Tag so viel mehr und so viel neue, andere Phantasie, Kraft und Wut brauchen.
Die Bewegungen an anderen europäischen Ländern haben auf die Morde in Stammheim, Stadelheim, Mogadischu massenhaft geantwortet. Wer jedoch die Demonstrationen in Italien, Frankreich und Griechenland etc. zum Anlaß nimmt, um an ihnen zu beweisen, daß in der BRD nichts mehr laufen kann, also auch nichts möglich ist, der lügt, weil er die Brände bei Ford (250 Mill. Schaden), bei Merck und Adler, die Bomben in den Gerichten von Kaiserslautern und Hannover verschweigt. Die Haltung, in Italien jeden Molli zu zählen, in der BRD bei Großbrandstiftung in imperialistischen Konzernen die staatliche Selbstentzündungsversion zu kolportieren, hat die Funktion, sich damit selbst beweisen zu können, hier gehe nichts mehr und damit für die eigene Untätigkeit entschuldigt zu sein.
Doch diese Aktionen lassen sich nicht mit dem Geschwätz und der Beschwörung von der totalen Einkreisung vom Tisch wischen. Daß es relativ wenige waren, das liegt nicht ausschließlich an den Bedingungen, sondern vor allem an euch selber. Hört auf zu heulen, es hat doch gerade erst angefangen.
Dieser Artikel wurde vor der Schleyer-Entführung, vor den Massakern in Mogadischu und Stammheim geschrieben. Wir haben ihn absichtlich nicht mehr überarbeitet, da er - kaum 10 Wochen alt - eindringlich dokumentiert, daß wir in Zeiten leben, in denen die Schreckensnachrichten täglich, ja stündlich eintreffen. Ingrid Schubert ermordet - Klaus Croissant [18] in die deutsche Vernichtungsmacht ausgeliefert - Atomkraftwerke werden weitergebaut - die Schutzhaft der Nazis wieder eingeführt. So bewahrheitet sich bitter, »daß dies kein schleichender Prozeß ist, das war noch nie die Gangart des Faschismus« und ebenso bitter, daß wir in einem Land leben, in dem sich die Menschen mit antifaschistischem Widerstand schwerer tun als irgendwo sonst.
»Denn wir gehen nicht unter in Niederlagen, aber in Kämpfen, die wir nicht kämpfen«
Unsere Kenntnis des neuen Faschismus ist noch nicht abgeschlossen, sie beginnt langsam Gestalt

anzunehmen, wenn man an seinen Ursprung zurückgeht (André Glucksmann) [19]

Die Repression in der BRD ist längst kein innerdeutsches Problem mehr. In Frankreich arbeiten Komitees »Gegen ein Europa unter deutsch/amerikanischer Vorherrschaft«; die italienischen Genossen haben den Kampf gegen die »Germanizziazione« [20] auf ihre Fahnen geschrieben; in Paris, Marseille, Rom, Madrid, Athen ... gehen deutsche Niederlassungen in Flammen auf; in den Schweizer Alpen wird Springers Fluchtburg eingeäschert; das Russell-Tribunal klagt nach dem amerikanischen Völkermordprogamm in Vietnam, den Gorilla-Diktaturen [21] in Brasilien und Chile das »Modell Deutschland« an; Stammheim ist weltweit zum Synonym für Vernichtungshaft und weiße Folter geworden, »Berufsverbote«, »Todesschuß« und »Ausrottung des linken Sumpfes« zu internationalen Begriffen für bundesdeutsche Innenpolitik.

Griechenland wird durch den »Fall Pohle« [22] in seine größte innenpolitische Krise gestürzt, seit die USA die Junta gegen das Karamanlis-Regime austauschte. Die unverschämte, erpresserische »Arroganz der BRD-Macht«, die ihre ökonomische Zuchtrute EG ins Spiel bringt, entfacht eine antifaschistische Volksbewegung gegen den BRD-Imperialismus und das Karamanlis [23]-Regime als dessen Vollzugsorgan. So wird der »Fall Pohle« dort zum Kristallisationspunkt einer noch aus der Juntazeit total zersplitterten Linken,der endlich wieder gemeinsame Diskussionen und Strategie möglich macht.

Doch von alledem wird in der BRD wenig wahrgenommen. Im Kernland des europäischen Imperialismus ist eine erschreckende Lähmung der oppositionellen Kräfte festzustellen, die mit wenigen Ausnahmen überhaupt noch nicht thematisiert haben, was andernorts die europäische Linke bereits konkret bekämpft: die United States of Europe unter deutsch-amerikanischer Vorherrschaft.

Die United States of Europe - »das ist nicht das Europa der Arbeiter, ein Europa, das unabhängig sein sollte, gleichzeitig von den USA und der Sowjetunion« (Vigier [24]) - die USE, das ist das Europa der Bosse und Bullen.

»Seit langem war die Entwicklung der wichtigsten Produktivkräfte in Gefahr, im zu engen Rahmen des alten Nationalstaates zu ersticken. Vor allem im Fall Deutschland war dies eindeutig bewiesen. Nach dem zweimaligen Scheitern einer gewaltsamen Expansion nach dem Osten, versuchen heute die Produktivkräfte Westdeutschlands, sich durch Expansion nach dem Westen einen Weg aus ihren engen Nationalgrenzen heraus zu bahnen ... Der größere Markt ermöglicht größere Produktionseinheiten, größere Kapitalballungen, größere Rationalittät in der Auswahl der Produktionsstätten und der Transportmittel.« (Mandel [25], »EWG-USA«, S. 41)

Dieser Beschreibung der europäischen Wirtschaftsintegration muß hinzugefügt werden, daß sie auf der Grundlage einer in großem Umfang vollzogenen amerikanisch-europäischen Konzernintegration erfolgte und daher im wesentlichen nicht als konkurrierender Zusammenschluß gegenüber dem US-Kapital zu verstehen ist, sondern als die Organisationsebene des transnationalen Kapitals im europäischen Raum. Der hohe Grad der ökonomischen Verfügungsgewalt des transnationalen Kapitals über Europa verlangt nach einer Entsprechung im politischen Bereich, d.h. eine Zentralisierung der politischen Entscheidungen. Die FAZ nennt das »In Europa wieder Staat machen«. »Ein Europa, das endlich mit einer Stimme spricht«, das bedeutet die schnellstmögliche Beseitigung der dieser Zentralisierung hinderlichen Restbestände nationaler Souveränitäten.

»Souverän sind sie (die europäischen Staaten) nicht mehr in einem politischen, sondern nur noch in einem abstrakten völkerrechtlichen Sinne ... Mittlerweile sind andere Organsiationen entstanden ... z.B. die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD, und die Notenbankkonferenzen für die Steuerung des internationalen Wirtschafts- und Währungssystems oder der Gemeinsame Markt für die Sicherheit des Handels und der Arbeitsplätze in Europa ... Aber wichtiger ist wohl, daß es den Staaten mittlerer Größe schwerer fällt, sich so rücksichtslos wie die meisten

europäischen Kleinstaaten ihren Mangel an Bedeutung einzugestehen. Sie sind noch nicht ganz entmachtet ... Aber daneben ist eine neue transnationale Souveränität auf Teilgebieten entstanden, die noch darauf wartet, beschrieben zu werden. Haben die großen multinationalen Gesellschaften daran ihren Anteil?« (FAZ 4.11.75)
Eine rhetorische Frage, denn sie ist bereits präzise beantwortet worden: Träger dieser neuen transnationalen Souveränität sind die Systeme der USA und der BRD. Im Zug der weltweiten Offensive des transnationalen Kapitals versuchen diese beiden Zentren, ökonomische und politische Suprastrukturen aufzubauen oder haben sie bereits aufgebaut, in die sich die anderen Staaten so schnell wie möglich integrieren wollen bzw. müssen. In diesem Rahmen ist die EG, ein »Marshallplan für Südeuropa« (Brandt [25a]) zu verstehen als die Zentralisierung der politischen Gewalt mittels Auflösung der nationalen Souveränitäten durch Bildung eines europäischen Supranationalstaates unter bundesdeutscher Regie. Die jeweiligen Statthalter für dieses Geschäft sind bereits auch in den Peripherieländern erfolgreich aufgebaut und zum Teil schon durchgedrückt worden:
Karamanlis, Echevit [26], die Gebrüder Soares [27] & Suarez [28], Gonzales [29] (PSOE) nicht zu vergessen:
- die »sozialistische Internationale« als ideologischer Kopf
- die ökonomische Erpressung durch den deutsch-amerikanischen Imperialismus als Integrationsinstrument
- das »Modell Deutschland« als europäische Innenpolitik.
Die hier knapp angedeuteten »europäischen Strategien« des multinationalen Kapitals und ihrer sozialdemokratischen Statthalter (wenn die Bourgeoisie heute auf die Sozialdemokratie setzt, dann deshalb, weil sie von ihr erwartet, daß sie in diesem entscheidenden Umstrukturierungsprozeß die Arbeiter besser kontrollieren kann; (in Italien kommt der KP dieselbe Funktion zu) sind nur auf dem Hintergrund einer gigantischen Umstrukturierung des Weltmarktes, die sich in den letzten 10 Jahren vollzogen hat, zu verstehen. Wir müssen uns daher mit diesem Umstrukturierungsprozeß näher befassen, obwohl die Einheitlichkeit dessen, was sich in Europa abspielt, darunter leidet.

Schlechte Geschäfte?
»Die ganze Welt soll das amerikanische System übernehmen, das seinerseits nur überleben kann, wenn es Weltsystem wird.« (Truman [30] 1947)

Mit Beginn der 70er Jahre traten in den westlichen Industrienationen krisenhafte Erscheinungen auf, die sich von denen »normaler« zyklischer Krisen qualitativ unterscheiden.
Es geht diesmal für das multinationale Kapital nicht nur darum, im Rahmen einer Krise eine weitere Intensivierung der Arbeit, eine Aushöhlung der Reallöhne, die Disziplinierung der Arbeiter und Angestellten zu erzwingen und durch die Aufsaugung schwächerer Kapitalfraktionen eine größere Kapitalkonzentration zu erreichen. Diesmal geht es um mehr: Das Kapital kündigt »das Ende einer Aera« an, die es zur »Revision seiner Pläne und Strategien zwinge ... der radikalsten und schmerzhaftesten seit Menschengedenken« (Business International, Januar 1977)
Die »Wirtschaftswoche« jubelt: das wird man mit Fug und Recht eine neue industrielle Revolution nennen müssen (WiWo [31] 25, 1977). Und die OECD spricht von einem »Übergang vom konsumorientierten Wachstum der Nachkriegszeit zu einem Modell ... mit Schwergewicht auf der Verbesserung und Erweiterung der ökonomische Basis.« (OECD Economic Outlook, 19.1.76)
Als Hauptwerkzeuge, um die Veränderung herbeizuführen, werden in Bezug auf die westlichen Industrieländer hohe Arbeitslosenquoten, verringerte Reallöhne und sinkender Lebensstandard genannt.

Es geht also in Wirklichkeit nicht um eine Krise des transnationalen Kapitals. Im Gegenteil: die meisten Unternehmen weisen in ihren Geschäftsberichten nach, daß sie gerade in den Rezessionsjahren der westlichen Industriestaaten »weltweit sehr erfolgreich gearbeitet haben«.
Die Krise der nationalen Ökonomien Europas, der USA und Japans gehen einher mit einer merklichen »Verbesserung und Erweiterung der ökonomischen Basis« des nationalen Kapitals, das »1984, wenn nicht gar früher« (WiWo 25,1977) die erste Phase der weltweiten Umstrukturierung abgeschlossen haben wird.
Der Schlüssel für dieses »Erfolgsrezept« liegt offensichtlich nicht mehr in den klassischen Industrienationen Westeuropa und der USA, denn die Inlandsinvestitionen in diesen Ländern stagnieren oder gehen zurück, wie in den BRD und Japan, bei einer gleichzeitigen Expansion der Auslandsinvestitionen in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

Das große Fressen

Der Schlüssel für die neue imperialistische Invasion in die Länder der 3. Welt liegt in der Entwicklung einer neuen internationalen Arbeitsteilung, die sich von der bisherigen qualitativ unterscheidet. Wurden bislang darunter die Metropolen als Industriezentren, die jeweiligen Peripherieländer (Europa: Portugal, Spanien, Irland usw.) als Produktionsstätten für arbeitsintensive Produktion und die 3. Welt als Rohstofflieferant verstanden, so macht die neue internationale Arbeitsteilung mit dieser Borniertheit Schluß. Produktionsanlagen werden zunehmend dorthin verlagert, wo sie nach dem Kapitalverwertungsgesetz am rentabelsten sind. Und rentabel sind in den Metropolen aufgrund der hohen organischen Zusammensetzung des Kapitals (= vereinfacht gesagt, der Wert der Produktionsmittel und der Wert der Arbeitskraft, d.h. die Gesamtsumme der Arbeitslöhne) in diesen Ländern nur noch in begrenzten Bereichen. Der Hauptgeschäftsführer des DIHT, Broicher, nennt diese Bereiche, mit der dem Kapital eigenen Perversion »Die Bereiche der intelligenten Produktion«.
Die volle Subsumierung der 3. Welt unter das multinationale Kapital als mögliche Produktionsstätten ist jedoch an Voraussetzungen geknüpft, die sich erst Ende der 60er Jahre voll realisierten:
»Erstens hat sich im Laufe der Zeit in den Entwicklungsländern ein praktisch unerschöpfliches Potential disponibler Arbeitskräfte herausgebildet. Diese Arbeitskraft ist sehr billig, kann praktisch alle Stunden des Jahres zur Produktion mobilisiert werden (Schicht-, Nacht- und Feiertagsarbeit), kann in vielen Fällen nach kurzer Anlernung eine Arbeitsproduktivität entwickeln, die derjenigen in vergleichbaren Produktionen der traditionellen Industrieländer entspricht, kann schneller ausgelaugt werden, da Ersatz jederzeit leicht beschaffbar ist und kann schließlich angesichts des großen Überangebots arbeitssuchender Menschen sehr spezifisch ausgewählt werden (nach Alter, Geschlecht, Qualifikation, Disziplin usw.).
Zweitens erlaubt eine hinreichend weit getriebene Fragmentierung des Produktionsprozesses, daß die meisten dieser Fragmente von niedrig qualizifierter Arbeitskraft (im Sinne von kurzen Anlernzeiten) ausgeführt werden können.
Drittens ermöglicht die Entwicklung der Transport- und Kommunikationstechnologie in vielen Fällen, Voll- oder Teilfertigungen an beliebigen Standorten weltweit vornehmen zu lassen, ohne daß dies durch Transport- oder Steuerprobleme technisch, organisatorisch oder kostenmäßig unmöglich gemacht würde.« (Fröbel/Heinrichs/Kreye: Die neue internationale Arbeitsteilung, S. 30) [32]
Konkret heißt das: Das multinationale Kapital hat sich die Möglichkeit geschaffen, Massen- und Standardgüter, also nicht nur arbeitsintensive, sondern auch rohstoff-, energie- und pollutions- (= umweltbelastend) und kapitalintensive Produktionen in den Ländern der 3.Welt herstellen zu lassen, indem es vornehmlich sehr junge Frauen für 10 bis 20 % des Lohns der Industrieländer kurzfristig

auspresst, um sie dann wieder durch »frische Kräfte« ersetzen zu lassen. Angesichts dieser gigantischen Profitraten fallen Transportkosten nicht wesentlich ins Gewicht. Es lohnt sich z.B. für die bundesdeutsche Autoindustrie, Getriebe in Brasilien, Einspritzpumpen in Indien und elektronische Bauelemente in Singapur und Malaysia herstellen zu lassen.
So ist auch der Welthandel im Wesentlichen nicht mehr Warenaustausch zwischen Volkswirtschaften, sondern zu einem Warenaustausch zwischen Unternehmen geworden.
»Die meisten Nationen des Erdballs werden durch die internationale Arbeitsteilung ökonomisch wie ökologisch zu abhängigen Monokulturen. Jede nationalstaatliche Krisentheorie setzt sich heute der Lächerlichkeit aus, indem sie die Abhängigkeit vom Weltmarkt ignoriert. Die durch das transnationale Kapital vollzogene Angleichung der herkömmlichen nationalstaatlichen Krisen-Zyklen ist so gut wie abgeschlossen.
Überproduktion und Unterkonsumtion treten gleichzeitig auf. Die dominierenden Zentralmächte des Weltmarktes (USA, UdSSR, Europa, Japan, OPEC etc.) stehen nun vor einer ähnlichen Situation wie ehedem der Nationalstaat. Wollen sie nicht von vorneherein aus dem Kreis derer herausfallen, die die letzten globalen Deals mitbestimmen, die für das Überleben der historisch gewachsenen industriellen Struktur notwendig sind, sind sie gezwungen, weiterhin mitzupokern.« (Schehl, Vor uns die Sintflut? S. 43) [33]
Und die US-Konzerne sind entschlossen, die letzten globalen Deals mitzubestimmen: mit einem 2/3 Anteil an allen Auslandsinvestitionen und Produktionsverlagerungen halten sie die Spitzenposition bei dieser neuen imperialistischen Invasion in die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Insgesamt haben sich die Auslandsbeteilungsverhältnisse der multinationalen Konzerne in den unterentwickelt gehaltenen Ländern seit Ende der 60er Jahre vervierfacht und die Zahl der Beschäftigten ist um 505 % gewachsen. Diese Daten sind jedoch nur als Vorboten dieser neuen Entwicklung zu werten. Die Möglichkeit, die 3.Welt nicht nur als Rohstofflieferanten auszupressen, sondern auf ihrem Rücken eine nie gekannte Kapitalverwertung zu realisieren, diese Möglichkeit gerinnt aufgrund der dem Kapital eigenen Gesetzmäßigkeit zur absoluten Notwendigkeit.
»Zur angeblichen Ausbeutung von unterentwickelten Ländern: Kritiker machen sich selten die Mühe zu erwähnen, welche Folgen die Nichtbeschäftigung dieses Arbeitskräftepotentials haben würde. Es ist eine Tatsache, daß uns unterentwickelte Länder nicht den Vorwurf der Ausbeutung machen, sondern sich vielmehr darüber beklagen, daß wir sie hinsichtlich unserer Investitionen vernachlässigt hätten ... Zu angeblichen Einschränkungen der Souveränität von Ländern durch die Multis: man kann nicht vollkommene nationale Souveränität haben und gleichzeitig auch die Interessen der Nation bestmöglich vertreten. Natürlich transferieren die Multis Waren, Kapital und Technologie so uneingeschränkt über die Grenzen, wie es ihnen möglich ist. Aber dadurch bringen sie den Ländern tatsächlichen Nutzen, indem sie Waren zu niedrigeren Preisen anbieten können.« (David Rockefeller [34], Handelsblatt 29.7.75)

Leben und sterben lassen

»Verbesserte Lebensbedingungen sind zu einer Grundhaltung aller Menschen auf der Welt geworden, der ärmsten eingeschlossen. Solche Erwartungen müssen heute offensichtlich enttäuscht werden. (Business International, Januar 1977)
Für die Massen der 3.Welt bedeutet die Entwicklung eines Weltmarktes für Arbeitskräfte und Produktionsstandorte nicht weniger Elend, weniger Hunger. Ebensowenig ist die Entwicklung einer eigenen Industrie als Voraussetzung für nationale Eigenständigkeit zu erwarten. Im Gegenteil, in der »Entwicklung zur Unterentwicklung« (A.G.Frank) wird nur ein neues Kapitel aufgeschlagen.
1. Die neue internationale Arbeitsteilung führt zu einer weiteren Integration der 3.Welt in den

kapitalistischen Weltmarkt, »denn die partielle exportorientierte Industrialisierung Asiens, Afrikas und Lateinamerikas hält diese Länder hinsichtlich Technologie, Ausrüstung, Mangagement-Techniken, vor allem jedoch bezüglich Verfügungsgewalt in einem nie gekannten Ausmaß abhängig.« (Fröbel/Heinrichs/Kreye).
Was es bedeutet, vom internationalen Kapital partiell industrialisiert zu werden, belegen folgende Daten: zwischen 1961 und 1970 investierten z.B. die USA 3,2 Milliarden Dollar in Lateinamerika, zogen aber 10,6 Milliarden Dollar an Gewinn ab. Von den gesamten Gewinnen blieb noch ein gehöriger Batzen, nämlich 3 Milliarden Dollar, um reinvestiert zu werden. Die US-Konzernmütter entzogen in diesem Zeitraum allein den in Entwicklungsländern produzierenden Töchtern durchschnittlich 70% der Nettogewinne.
Noch deutlicher wird die Funktion des kapitalistischen Weltmarktes, wenn wir uns vor Augen halten, was aus der 3.Welt herausgepreßt wird und was als »Entwicklungshilfe« zurückfließt.
Terms of Trade: [35] Die Industriegüter steigen ständig im Preis, während die Erlöse für Rohstoffe niedrig gehalten werden, bzw. so stark schwanken, daß der internationale Spekulantensumpf dabei jährlich Milliarden herausschlägt. Ein Beispiel aus Tansania: Der Kostenvoranschlag für eine Fleischfabrik stieg in den letzten 2 Jahren von 1,8 auf 7,1 Millionen Dollar. Präsident Nyerere: [36] »Für uns heißt das real - also unter Berücksichtigung der damaligen und jetzigen Sisalpreise - daß eine Fabrik, die ursprünglich 7.000 t Sisal kosten sollte, jetzt fast 24.000 t Sisal kostet.«
2. Durch die weltweite Kapitalisierung der Landwirtschaft werden die letzten Bereiche der Selbstversorgung zerstört, das hungernde Landproletariat wird in die Städte getrieben. Eine gigantische Verslumung der 3.Welt ist die Folge. Mexiko-City wird z.B. in 20 Jahren 30 Millionen Einwohner haben, 80 % davon werden in Slums vegetieren. Doch Slumbewohner rechnen noch nicht zu den Ärmsten. Das sind die 250 Millionen Obdachlosen in der 3.Welt.
Die damit einhergehende Zerstörung von Kultur- und Sozialzusammenhängen ganzer Völker und Stämme ist so verheerend und irreparabel, daß z.B. Indianerstämme in Brasilien sich angesichts einer solchen Zukunft entschlossen haben, lieber zu sterben, als solchermaßen zwangs-«zivilisiert« zu leben. Sie töten alle Neugeborenen. Am eindringlichsten berichtet Frantz Fanon [37] über die schweren psychischen Deformationen der »Verdammten dieser Erde«. Darüberhinaus bedeuten die erzwungenen »zivilisatorischen« Lebensbedingungen Tod und Krankheit für viele Menschen in der 3.Welt: «Nestle tötet Babies« oder die Zerstörung der psycho-somatischen Heilkunde der alten Kulturen, die zu einer neuen, zusätzlichen, krankmachenden Abhängigkeit von den Pharmakonzernen führt.
3. Hunger- und Durstkatastrophen wie in den Sahelländern Biafra, Äthiopien etc. werden durch die Ver-Wüstung der Welt immer häufiger. Dabei handelt es sich nicht um »Naturereignisse«, sondern um ökonomisch bedingte ökologische Krisen, verursacht durch den Raubbau an der Natur, der Forcierung der Monokulturen. So leben heute mehr Menschen denn je, nämlich 1,7 Milliarden, ohne ausreichendes Trinkwasser, 2 Milliarden Menschen sind unterernährt.
Susan George spricht vom »Hunger als Bombengeschäft«, das vor allem die USA, als das größte Zentrum von Agrarmacht in der Welt beherrschen: »Manche ihrer weniger behutsamen Sprecher, wie z.B. der frühere Landwirtschaftsminister Butz, zögern nicht, die Nahrung als •Waffe-, •als mächtiges Werkzeug in unserem Verhandlungskoffer- zu bezeichnen. Inzwischen erklärt der CIA (insgeheim gegenüber seinem amtlichen Publikum), daß eine zunehmende Getreideverknappung »Washington in Bezug auf das Schicksal der bedürftigen Massen buchstäblich eine Macht über Leben und Tod in die Hand geben könnte. Genau das ist aus Nahrung geworden: eine Profitquelle, ein Werkzeug zur wirtschaftlichen und politischen Beherrschung und ein Mittel, eine wirksame Vorherrschaft über die Welt insgesamt zu gewährleisten.« (Susan George, »Wie die andren sterben. Die wahren Ursachen des

Welthungers.«) [38]
Das Max-Planck-Institut kommt deshalb in seiner Untersuchung über die »neue internationale Arbeitsteilung« zu dem Schluß: »Unter diesen Umständen kann man sich kaum der Schlußfolgerung entziehen, daß nicht organisierte politische Aktion auf der Tagesordnung einer Welt steht, die vom Prozeß weltweiter Verwertung und Akkumulation des Kapitals bestimmt ist, sondern Hungerrevolten, soziales Aufbegehren und Krieg in vielen Teilen der Welt.«
Rolf Pohle bringt dies in seiner Rede vor dem Athener Areopag [39] auf den Begriff: »Wir befinden uns mitten im 3.Weltkrieg.«
4. Ein anderes Integrationsinstrument ist die Kreditvergabe durch den Internationalen Währungsfond. Eine frühere Mitarbeiterin dieser Organisation, Ceryl Payer, schreibt in ihrem Buch »The Dept Trap« (Die Schuldenfalle): »Der IWF ist heutzutage die mächtigste supranationale Regierung. Die Reserven, die er kontrolliert und die Macht, sich in die inneren Angelegenheiten eines Landes zu mischen, geben ihm einen Einfluß, von dem die Vereinigten Staaten nur träumen können.«
Durch die ständige Auspowerung der unterentwickelt gehaltenen Länder müssen diese immer neue Kredite zur Tilgung der alten aufnehmen. Ihre Verschuldung bei den imperialistischen Staaten wächst ins Unermessliche. 1980 werden Länder wie Ägypten, Indien, Brasilien, Mexiko, Peru die Hälfte ihrer Exporterlöse allein zur Schuldentilgung aufbringen müssen. Das bedeutet aber die absolute Ruinierung der Volkswirtschaften dieser Länder, von den damit verbundenen politischen Pressionen ganz zu schweigen. Chile und Portugal sind als Erinnerung noch frisch. Das Alltagsgeschäft der wirtschaftlichen Erpressung ist es jedoch, solchen Entwicklungen schon im Vorfeld die Luft abzuschnüren.
5. Die gigantische Verschuldung der 3.Welt ist auch eine Bedrohung für den Weltmarkt und damit für die imperialistischen Staaten selbst: »Der nächsten Finanzkrise vom Typ des New Yorker Debakels werden wir in diesem Jahr in den Entwicklungsländern gegenüberstehen, die ihre riesigen, kurzfristig fälligen Kredite nicht mehr zurückzahlen können.« (Der »Spiegel«, 1976). Um dieses Debakel zu vermeiden, werden ständig neue Konferenzen und Kommissionen von den OPEC-Staaten ins Leben gerufen, zuletzt der »Nord-Süd-Dialog« und die »Brandt-Kommission«. [40] Gerade diese Konferenzen belegen jedoch am deutlichsten, daß es keine Lösungen gibt. Die unterentwickelt gehaltenen Völker brauchen ein Moratorium, d.h. eine Stundung bzw. Tilgung ihrer Schulden, um sich zumindest vorübergehend von den Folgen ihrer Ausbeutung zu erholen, eine Ausbeutung, die ständig droht zu einem Kollaps des Weltmarktes zu führen. Doch das transnationale Kapital muß »wachsen, um nicht unterzugehen«. Es kann auch nicht vorübergehend das Wachstum drosseln - also auf Schuldeneintreibung verzichten. Das ist ein antagonistischer, ein unlösbarer Widerspruch. So »erläßt« es 3 Milliarden Dollar der 200 Millarden Verschuldung, um sie 1980 auf 250 Milliarden zu treiben. Der dem Kapital innewohnende Verwertungszwang produziert ständig und in immer größerem Ausmaß die Bedingungen für den unausweichlichen Zusammenbruch dieses Systems.
Die heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Nationen und zwischen den Nationen aufgrund der enttäuschten Erwartungen der Massen können Revolution und Krieg zur Folge haben. (Business International, Januar 1977)
Die Möglichkeit, auf dem Rücken der 3.Welt eine nie gekannte Kapitalverwertung zu realisieren, treibt das transnationale Kapital auf der Jagd nach den jeweils profitabelsten Standorten um die ganze Welt. »Standorte ... werden mit einer bislang unbekannten Geschwindigkeit entstehen und niedergehen. Das Kapital, das heute von einer Region angezogen wird, mag morgen wieder verschwinden, um möglicherweise übermorgen wieder zurückzukehren.« (Fröbel/Heinrichs/Kreye, S. 39).
Ein Beispiel dafür ist im europäischen Raum Irland. Ursprünglich angelockt durch gewaltige staatliche Vergünstigungen, niedrigste Löhne und eine große industrielle Reservearmee, beginnt das transnationale

Kapital, das in Irland 80 % der Produktion beherrschte, bereits wieder abzuwandern. »Eine Heuschreckenplage, die über ein Land herfällt, um es kahl zu fressen«, nannte das Murteira, der Wirtschaftsminister des portugiesischen Revolutionsrates. Eine Region ist ausgeschöpft, die nächste steht auf der Tagesordnung. Für die Nationen, insbesondere für die 3. Welt, entsteht ein irrsinniger Zwang zur Konkurrenz, um dem transnationalen Kapital die jeweils besten Verwertungsbedingungen zu garantieren.

Die Internationale der Menschenfresser

In der Auflistung optimaler Verwertungsbedingungen steht an erster Stelle die politische Stabilität eines Landes. Als politisch stabile Länder gelten in Lateinamerika Brasilien, in Afrika Nigeria und Zaire (das durch die jüngste Intervention Frankreichs und Marokkos »re-stabilisiert« wurde), am Golf der Iran und im Fernen Osten Indonesien. Sie werden als Subimperialisten in ihren Regionen aufgebaut und sollen die politische und ökonomische Aufspaltung des 3.Welt-Blocks vorantreiben - politisch, indem sie helfen, Linksregierungen in ihrer Zone einzukreisen; ökonomisch, indem sie die Spaltung in eine 3. und eine 4.Welt betreiben, »die Abspaltung der wichtigen Öl- und Rohstoffländer, mit denen wir eine Zusammenarbeit anstreben, von den Habenichtsen, den Almosenempfängern, die vorerst keiner haben will«, wie es das Auswärtige Amt ausdrückt.

Die reichen Minderheiten dieser subimperialistischen Länder verwenden einen erheblichen Anteil ihres Reichtums darauf, »den Militär- und Polizeiapparat zur Festigung der eigenen Herrschaft auszubauen. Sieht man einmal von den Fällen ab, wo das Militär zum Träger revolutionärer Veränderungen wird, verschlechtert sich durch einen hohen Militäretat die Chance der Armen automatisch, zu ihrem Recht zu kommen.« (Bösse/Kürschner, Kontinente im Klassenkampf, S. 56)

Linksregierungen werden systematisch »de-stabilisiert« eine Wortschöpfung Kissingers [41] für die Zerschlagung revolutionärer Prozesse wie in Portugal oder Chile. Die Strategie der »Destabilisierung« ist eine Antwort des US-Imperialismus auf seine Niederlage in Indochina und bedeutet, daß vor allem die Methoden der »verdeckten Intervention« wesentlich erweitert und ausgefeilt wurden. Dazu zählt vorrangig:

1. die wirtschaftliche Ruinierung eines Landes durch den Totalentzug von Krediten. Robert NcNamara ist als Präsident der Weltbank der Garant für die Kontinuität einer Vernichtungsstrategie mit allen Mitteln.

2. Eine »Vietnamisierung« der betroffenen Ländern ist - wenn möglich - einer direkten Intervention der imperialistischen Mächte vorzuziehen. Das bedeutet den rechtzeitigen Aufbau und die umfassende Unterstützung der konterrevolutionären Kräfte in diesen Ländern. Das grausamste Beispiel ist hierfür der Libanon. Da wird eine Handvoll faschistischer Christen und ein Heer von Söldnern aus aller Welt zur »Liquidierung des Palästinenser-Problems« mit amerikanischen und israelischen Waffen aufgerüstet. Die syrische Armee sorgt für den nötigen Rückhalt, wenn das nicht ausreicht, interveniert die israelische Armee. Der 4. Akt dieses Völkermordprogrammes besteht darin, daß die USA »vermittelnd« eingreifen, um die Überlebenden dieses ehemaligen Millionenvolkes in »Homeland«-Reservaten zusammenzupferchen, wie sie es mit den Indianern gemacht haben.

Die blutigen Spuren dieser Vietnamisierungsstrategie überziehen die ganze Welt: ein Beispiel hierfür ist nicht nur der Putsch in Chile, auch die Gorilla-Diktaturen in ganz Lateinamerika mit ihren AAA-Kommandos [42], in Angola die FNLA/UNITA [43], das blutige Chaos in Äthiopien, in Portugal die ELP, in der Westsahara die marokkanischen Vernichtungsfeldzüge gegen die Polisario [44], die indonesische Ausrottungstrategie gegenüber der Fretilin [45] in Osttimor beweisen dies.

3. Ein Arrangement mit den Befreiungsbewegungen, die kurz vor dem Sieg stehen. Diese Strategie gilt für das ganze südliche Afrika, wo entweder schon alles gelaufen ist, wie in Namibia, oder absehbar ist,

daß sich die weißen Diktaturen nicht mehr lange halten können. In diesem Fall soll die Pression auf die verfaulten Rassendiktaturen »Schlimmeres« verhüten. Dazu die ZEIT [46] (41/1977) über die Pläne der ehemaligen Entwicklungsministerin Marie Schlei: »Sie setzt auf die Befreiungsbewegungen, nicht zuletzt mit dem Hintergedanken, einer Radikalisierung entgegenzuwirken. ... Wer weiß denn, wie lange irgendein Regime bleibt? Wir müssen langfristige Politik machen, auch im eigenen Interesse, dehalb habe ich Mosambique Hilfe zugesagt und auch den Führern der rhodesischen Befreiungsbewegungen für die Zeit nach der Befreiung von Zimbabwe.«
Wie die Zeit nach der Befreiung von Zimbabwe aussehen wird, darf jedoch keinesfalls dem Volk von Zimbabwe überlassen werden. »Die rechtzeitige Kontaktaufnahme und Schulung der Kader dieser Länder liegt auch im Interesse der Industrienationen.« (Bundesministerium für Entwicklungshilfe)
4. Die Aufteilung der 3.Welt zwischen den Supermächten. Sie ist im Rahmen der vollen Integration der Sowjetunion in den Weltmarkt Ende der 60er Jahre erfolgt.
»In seiner Washingtoner Rede vor den großen Haien des amerikanischen Kapitals am 19.6.73 rechtfertigte Breschnew [47] dies ideologisch als Triumph der wissenschaftlich-technischen Revolution: Diese Fortschritte, die nicht unterdrückt werden können ... erfordern eine immer breitere internationale Arbeitsteilung ... Die Sowjetunion ist inzwischen auf Gedeih und Verderb auf den Weltmarkt angewiesen, dem sie obendrein noch in Form reichhaltiger Energie- und Rohstoffe gehörig Tribut zollen muß.« (Schehl, Vor uns die Sintflut?)
Dieses »Zusammen-Wirtschaften« läßt die Verteilungskriege der früheren Jahre nicht mehr opportun erscheinen. Entwicklungsländer, die der Einflußsphäre der UdSSR zuzuordnen sind, gehen dem Weltmarkt nicht mehr verloren. Und auch China sucht neuerdings dringend den Anschluß. Im Zuge der Koexistenz hat eine Aufteilung der 3.Welt stattgefunden und findet weiter statt, die Lateinamerika wieder zum totalen »Hinterhof« der USA zu machen versucht, Afrika zwischen den westlichen Imperialisten und den östlichen aufteilen will und in Asien sich die Macht mit China dritteln muß.
Diese Aussage kann in ihrer Knappheit nichts als sehr grobe Tendenzen beschreiben. Sie ist notgedrungen undifferenziert, d.h. sie unterschlägt die Widersprüche, die zwischen den Supermächten nach wie vor bestehen und unterschlägt den Widerstand der Massen der 3. Welt, der der Realisierung dieser Absichten entgegensteht.
Unbestreitbar bleibt jedoch, daß so etwas wie anerkannte Einflußzonen bestehen und auf dieser Grundlage gab die »Trilaterale Kommission« [48] (USA, Westeuropa und Japan) schon Anfang der 70er Jahre unter ihrem damaligen Direktor Brezinski die Parole aus, der Ost-West-Konflikt sei absolut dem Nord-Süd-Konkflikt unterzuordnen.
Und nicht umsonst baute das Rockefeller-Institut vor 7 Jahren eine Mannschaft für die Präsidentschaftswahlen aus den Mitgliedern dieser Kommission auf.
Sie leiten heute als Sichterheitsberater (Brezinski), als Vizepräsident (Mondale), im Pentagon (Brown), im Außenministerium (Vance) und im Schatzamt (Blumenthal) diese neue imperialistische Offensive der USA. Auch Präsident Carter ist das direkte Produkt dieser 7jährigen Arbeit des Rockefeller-Instituts, doch bei ihm ging es mehr ums Image »Südstaatler, sozial, ehrbar, fromm«, als um konkrete Qualifikationen. Kein Wunder, daß die erste außenpolitische Offensive dieser Regierung nach einigem Vorgeplänkel im Verein mit der UdSSR, die Zwangsbefriedung des Nahen Ostens auf Kosten des palästinensischen Volkes ist.
Versucht man, ein Fazit zu ziehen, dann sind die ideologischen und politischen Differenzen, die die 50er und 60er Jahre beherrschten, weitgehend in den Hintergrund getreten. Das multinationale Kapital setzt mehr denn je auf die »selbstregulierenden Kräfte des Weltmarktes« (McNamara [49]). Die »Anarchie der Produktion« (Marx) - zum Weltsystem erhoben - zwingt jedem Land das Chaos kapitalistischer

Verwertungslogik auf. Die revolutionären Prozesse in einer Reihe der Länder der 3.Welt werden dabei zerrieben zwischen »Schuldenfalle« und politischer Erpressung, zwischen partieller exportorientierter Industrialisierung und weiterer Massenverelendung, zwischen Integration in den Weltmarkt und der Vernichtung der eigenen Volkswirtschaften.
Allzu lange war der Blick, vor allem der europäischen Linken, ausschließlich auf die Politik der Befreiungsbewegungen gerichtet. Dem Sieg der Revolution folgte die Entttäuschung über das »Danach« auf dem Fuße (vgl. Kuba, Kambodscha, Vietnam). Der Versuch einer bewußten revolutionären Konstitution einer Gesellschaft ist nicht allein eine Frage der Politik, der Kulturrevolution, sondern setzt die Verfügungsgewalt über seine ökonomischen Bedingungen voraus. Die Eroberung der Verfügungsgewalt seiner ökonomischen Bedingungen setzt wiederum für ein Volk die Möglichkeit des Austauschs mit anderen, gleichen Volkswirtschaften voraus. »Sozialismus in einem Land« ist weniger denn je möglich. Die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen in der 3.Welt ist nur durch eine »totale Dissoziierung (Abkoppelung) vom Weltmarkt« (Senghaas) zu erreichen. An dessen Stelle müssen regionale Zusammenschlüsse treten, die einen Austausch garantieren, der auf gleichwertiger Arbeitsteilung beruht.
Versuche dieser Art gab es zwischen Kuba, Chile und anderen lateinamerikanischen Staaten, vgl. die Konferenz der OLAS [50] in Havanna 1967; sowie zwischen arabischen Staaten: Libyen versuchte es vergeblich mit Ägypten und Tunesien und versucht es wieder mit Algerien, Marokko und Mauretanien. Wir können an dieser Stelle nicht auf die Schwierigkeiten der 3.Welt, Zusammenschlüsse zu realisieren und sich vom kapitalistischen Weltmarkt abzukoppeln, eingehen. Wir stellen nur fest, daß allein auf diesem Weg der Aufbau revolutionärer, sozialistischer Gesellschaften möglich ist, die
- die Industrialisierung an den Bedürfnissen der Menschen orientieren,
- Produktionsverhältnisse schaffen, in denen nicht die Menschen die Maschinen »bedienen«, sondern umgekehrt
- eine Landwirtschaft nach den ökologischen Gegebenheiten ausrichten, ohne Raubbau an Natur und ohne Einrichtung von Monokulturen
- eine Rohstoffverwertung betreiben, die sich an den Gesetzen des Energie-Haushaltes der Natur orientiert und die nicht eine ökologische Katastrophe vorprogrammiert
- die Herrschaft des Menschen über den Menschen abschaffen.

Krise im Hinterland
Auf dem Hintergrund der neuen internationalen Arbeitsteilung verlieren die anhaltenden Krisenerscheinungen in den imperialistischen Metropolen gänzlich den Charakter von »Konjunkturschwankungen«. Es sind die ersten Auswirkungen der »Revision der Pläne und Strategien« des transnationalen Kapitals, von denen auch die Industrienationen nicht verschont bleiben. Aufgrund der immer höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals in den Zentren wird zunehmend die Produktion von Massen- und Standardgütern von dort abgezogen. Inlandsinvestitionen dienen der Rationalisierung bzw. dem Aufbau neuer kapital- aber nicht arbeitsintensiver Sektoren, wie der Nutzung der Atom- und Sonnenenergie, der Ausbeutung von Meeresbodenschätzen, Biochemie, Genetik, Mikroelektronik, kurz: eine Verlagerung auf »saubere know-how-Produktion« (Matthöfer [51]).
Insgesamt ist also eine »Tendenz zur Deindustrialisierung der klassischen Industriestaaten« zu beobachten.
Als Opfer einer wahnwitzigen, menschenfeindlichen Industrialisierung schient die »Tendenz zur Deindustrialisierung« für uns zunächst ein Grund zum Aufatmen zu sein, denn die Vergiftung von Wasser, Luft, Erde und Menschen hat die Ausmaße einer Katastrophe angenommen. »Amerikaner sind

für den menschlichen Verzehr nicht geeignet. Mit 10 ppm (DDT [52]) im Fett liegen sie über dem vom Lebensmittelgesetz erlaubten Wert. Die Qualität des nordamerikanischen Menschenblutes zum Beispiel ist derart abgesunken, daß die Blutsauger •gutes- (und zehnmal billigeres) Blut der noch nicht so verseuchten Menschen der Region der dritten und vierten Welt einfliegen. Imperialistischer Vampirismus.« (Schehl, S. 32)

Die Tendenz zur Deindustrialisierung der Metropolen bedeutet nur die Ausbreitung der ökologischen Katastrophe über den ganzen Globus. Und hinter der »Einführung sauberer Technologien« in den Zentren verbirgt sich der Angriff auf jegliches Leben auf dem ganzen Erdball:

Alle Vergiftungen, die durch das industrielle System weltweit und mit globaler Wirkung produziert wurden, nehmen sich vergleichsweise harmlos aus gegenüber dem »Faustischen Pakt« [53], der mit der vor wenigen Jahren einsetzenden industriellen Fertigung von Atomkraftwerken geschlossen wurde. In all seinen Dimensionen ist dieses Projekt »einsame Spitze unter den Zerstörungskräften ... Das zusätzliche Problem der Radioaktivität ist im Gegensatz zu allen anderen nicht einmal theoretisch lösbar und überdauert alle politischen und wirtschaftlichen Veränderungen unserer und tausender nach uns kommenden Generationen.« (Schehl, S. 32 ff)

Ist das mit den »radikalsten und schmerzhaftesten Veränderungen seit Menschengedenken« gemeint, die •Business International- ankündigt? Oder meint es damit die sozialpolitische Katastrophe, die den Metropolen durch diese Kapital- und Produktionsverschiebungen bevorsteht? Die ersten Anzeichen dafür sind bereits überall zu spüren:

1.) Eine Rationalisierungswelle, die schon in ihrer Anfangsphase »einer mittleren Katastrophe gleichkommt« (Hauff, Staatssekretär im Forschungsministerium). Und Gewerkschafts-Vetter [54] jammert: »Wenn nur ein Teil der Vorhaben, die in Planung sind, realisiert werden, dann Gnade uns Gott«.

Winzige Mikroprozessoren sind dabei, klobige Computer abzulösen; sie werden in ein paar Jahren ganze Berufsgruppen in der Verwaltung, wie Büroangestellte und Sachbearbeiter in den Müllhaufen der Rationalisierung kippen; werden Gewerkschaften wie die »IG-Druck wegrationalisieren, zumindest aber zur Bedeutungslosigkeit schrumpfen lassen« (FAZ [55]), weil die Berufe des Druckers, Setzers und Korrektors gegenstandslos geworden sind (selbst dieser Text wurde auf einem hochmodernen Mini-Computer getippt und mit Hilfe eines Hochleistungs-Rechners elektronisch belichtet); werden Fabrikhallen leerfegen, weil diese Dinger Arbeitsabläufe elektronisch steuern, die heute noch ein paar hundert Menschen beschäftigen.

So wurden allein in der Druckindustrie in den letzten Jahren 34.000 Arbeitsplätze und in der Stahlindustrie 50.000 wegrationalisiert. 8 Millionen Angestellte klagen über einen unerträglichen Leistungsdruck, da die freigemachten Stellen nicht mehr besetzt werden. 5 Millionen unter ihnen sind überzeugt, daß ihr Arbeitsplatz in naher Zukunft nicht mehr sicher ist.

Das ist keine eingebildete Angst, wenn man bedenkt, daß für einen neugeschaffenen fünf herkömmliche Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Diese neu geschaffenen Arbeitsplätze zeichnen sich durch eine unerträgliche Entmenschlichung aus, die nicht mehr den geringsten individuellen Spielraum freilassen, sondern die stupide, roboterhafte Bedienung der vorgesetzten Maschinerie erzwingen.

So hat die Rationalisierung neben ihrem ökonomischen Kalkül auch ein wesentlich politisches. Menschen zu trainieren, daß sie ihre unregelmäßigen Arbeitsgewohnheiten ablegen und sich mit der unveränderlichen Regelmäßigkeit des komplexen Automaten identifizieren.

2.) »Eine auf hohem Niveau fortdauernde, strukturelle Arbeitslosigkeit, die wesentlich durch die weltweite Neuverteilung der industriellen Beschäfigung bestimmt wird und auch in vorhersehbarer Zukunft bestimmt werden wird.« (Fröbel u.a., Technologie & Politik 8, S. 31) [56]. Zur Zeit gibt es in

den OECD-Staaten über 15 Mio. Arbeitlose. Eine Studie des IFO [57]-Instituts prognostiziert bis 1985 für die BRD eine Steigerung der Arbeitslosenrate von 8,3 %. In einigen Regionen der BRD ist diese Quote heute schon erreicht.
In diesen Berechnungen sind nicht berücksichtigt: die steigende Zahl der Kurzarbeiter, das Heer von Frauen, die keine Stelle bekommen, sich aber aus den verschiedensten Gründen nicht arbeitslos melden und die immer größere Zahl alter Menschen, die »ausrangiert« werden und deshalb früher auf Rente gehen (fast die Hälfte der offenen Stellen tragen einen »Alten-Sperrvermerk) sowie die Um- und Weiterbildungen, um den Arbeitsmarkt vorübergehend abzuschöpfen und die Hunderttausende abgeschobener bzw. freiwillig abgewanderter Arbeitsemigranten.
Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bereits höher als 20 %. Dazu kommen 1,5 Mio. Kinder von ausländischen Arbeitern, »zweisprachige Analphabeten« und »natürliches Subproletariat«, wie die •Welt- schreibt.
3.) Mit dieser Entwicklung ist eine zunehmende öffentliche Armut verbunden, denn der inländische Produktionsrückgang bedeutet nicht nur weniger Steuern, sondern auch wachsende Staatsausgaben zur »Ankurbelung der Produktion«. Dem stehen auf der anderen Seite immer größere Ausgaben durch die hohe Arbeitslosenquote, Sozialhilfeempfänger etc. gegenüber.
Und das »Heer der Überflüssigen« wird weiter wachsen. Der ehemalige Bundesforschungsminister Matthöfer rät ihnen, in den »humanen Dienstleistungsbereich« überzuwechseln, was einer gesellschaftlichen Bankrotterklärung gleichkommt, angesichts der wachsenden öffentlichen Armut, die sich vor allem in diesen Bereichen auswirkt. Denn gerade die »Industrien des tertiären Sektors«: Schule, Universität, die Post, die Sozialfürsorge, das Transport- und Nachrichtenwesen, werden immer stärker demontiert. So kommt auch die IG-Metall zu der Einschätzung: »Der Dienstleistungssektor fällt als Auffangbecken aus, weil er selber vor einer großen Rationalisierungswelle steht, bei der sich auch der öffentliche Dienst aus finanzpolitischen Erwägungen beteiligen wird.«
So sah denn auch das Gespann Friedrichs-Lambsdorff [58] schon 1975, das »Ende der sozialen Leistungsfähigkeit des Staates« gekommen, d.h. den »Ausweg in den Versorgungsstaat« gibt es nicht. Damit bricht auch der Mythos vom Sozialstaat in sich zusammen, der 30 Jahre lang die notleidende Existenz eines Drittels des westdeutschen Volkes aus dem öffentlichen Bewußtsein radierte. »Vorsichtig geschätzt leben rund 18 - 20 Millionen Menschen der westdeutschen Bevölkerung in materieller Not.« (FR [59], 17.11.75)
4.) Pläne wie die Heraufsetzung des Rentenalters, die Einführung der flexiblen Altersgrenze, Arbeitszeitverkürzung, Verlängerung der Schulzeit, mehrjähriger Bildungsurlaub, Babyjahr etc. verfolgen zwar die Absicht, den Arbeitsmarkt abzuräumen, können aber angesichts der wachsenden öffentlichen Armut, die sich im versuchten Rentenbetrug, im geplanten Abbau der Sozialfürsorge, in der Erhöhung der Rezeptgebühren etc. ausdrücken, die Probleme absolut nicht lösen, höchstens verschieben bzw. vergrössern, Die Krise des Regimes ist nicht im reformistischen Sinn zu lösen.
So sieht denn auch die •Welt- [60] vom 26.1.77 »Verteilungskämpfen entgegen, die das gesellschaftliche System bis zum Zerreißpunkt belasten«. Das explosionsartige Anwachsen einer industriellen Reservearmee in den Industriestaaten hat auf der einen Seite die bekannte disziplinarische Wirkung. Auf der anderen Seite fallen Millionen Menschen aus dem Zwangssystem der Arbeit heraus, der Dirigismus der Büros und Fabriken bestimmt nicht mehr ihr Leben, das Rattern der Maschinen erschlägt nicht mehr jeden Gedanken und ein Leistungs- und Konkurrenzdruck fällt von ihnen ab, der vorher eh schon Gespaltete täglich aufs Neue spaltete.
Eine Harvard-Untersuchung vermeldet, aufs Höchste alarmiert, »eine Veränderung im Arbeitsverhalten der US-Bürger - irgendetwas Neues, Produktionsfeindliches, das man wissenschaftlich noch nicht genau

definieren kann.« Die FR hat Ähnliches an den Deutschen bemerkt: »Viele verlieren ihren Halt und schwimmen in einem Meer von Zeit, wenn die Arbeit als Ordnungsinstrument ihres Lebens nicht mehr zur Verfügung steht. ... Die steigenden Zweifel an der Arbeit als Antriebskraft und Ordnungsinstrument unseres Wirtschaftssystems bringen den zentralen Pfeiler der Industriegesellschaft ins Wanken - und das ist erschreckend.« Und der SPD-Arbeitsmarktexperte Lutz sieht »einen Sprengsatz aus Verbitterten und Verbissenen« entstehen, »der unsere Gesellschaft zuverlässiger in die Luft jagt, als jeder noch so wild entschlossene Anarchist dies vermöchte.«

Dies ist die Stunde der präventiven Konterrevolution

»Der zunehmende Despotimus des Kapitals gegenüber der Arbeit, die fortschreitende Militarisierung des Staates, die Intensivierung der Repression als strategisches Faktum sind die objektiven und unausweichlichen Konsequenezen.« (Rote Brigaden)

So entsteht denn auch exakt am »Beginn dieser neuen Wirtschaftsaera« (OECD) die Verabschiedung der Notstandsgesetze, ergänzt durch die Brandtsche APO-Zwangsbefriedung [61] mit dem Kalkül, anschließend gezielter die Jagd auf diejenigen eröffnen zu können, die sich nicht zwangsbefrieden lassen.

Wir wollen hier nicht auf die einzelnen Stadien und Erscheinungsformen dieses Faschisierungsprozesses eingehen, darüber liegen genügend Materialien und Untersuchungen vor. Wir wollen hier ein für allemal klarmachen, daß es sich hier nicht um die »hysterische Überreaktion eines durch die Geschichte zutiefst verunsicherten Staatswesens« handelt, sondern um das eiskalte Machtkalkül sozialdemokratischer Krisenmanager, die sich rechtzeitig das massenpsychologische und militärische Instrumentarium für die Durchsetzung der »radikalsten und schmerzhaftesten Veränderungen seit Menschengedenken« zu schaffen versuchen. Nur ein monströser, totalitärer Machtapparat kann die provozierten Spannungen und Revolten durch Meinungsmanipulation und offene Repression in Schach zu halten versuchen.

Allein auf diesem Hintergrund ist die Repression in der BRD zu verstehen, als Totalitarismus eines industriellen Systems, das angesichts der von ihm produzierten, wachsenden, unlösbaren Widersprüche, durch die immer despotischere Organisation der Macht die Kontrolle über die Situation wieder zu gewinnen sucht. Der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse, der in der Nachkriegsaera in nie gekannter Totalität die Kontrolle über die Industriegesellschaften zu garantieren schien, ist brüchig geworden und wird Zug um Zug durch einen außerökonomischen Totalitarismus ergänzt.

Dies ist kein schleichender Prozeß, das war noch nie die Gangart des Faschismus. Das beweisen u.a. die fast täglich neu erlassenen Notverordnungen in der BRD:

- die Totalerfassung der Bevölkerung
- die freiwillige Gleichschaltung der Medien nach dem Motto: »Menschen, damit ihr unwissend bleibt, werden wir euch informieren«
- die wahnwitzige und doch so systematische Treibjagd auf jegliche Opposition bis hinein in die eigenen bürgerlichen Reihen
- die Liquidierungsstrategie gegenüber der Stadtguerilla
- die Entwicklung von Waffen wie der »Neutronenbombe«, die keineswegs ein Produkt des »militärischen Gleichgewichts zwischen Ost und West« ist, sondern geplant und entwickelt wurde als Waffe für regionale Aufstandbekämpfung
- die Zwangsbefriedung Europas unter germano-amerikanischer Regie
- die sprachliche und begriffliche Einebnung mittels der alles umfassenden und durchdringenden Medien.

Internationale Fangschaltung

Die BRD, als »ein starker Staat des konstitutionellen Typs, eine einzigartige Symbiose aus alten

Traditionen und einer Technologie ý la americaine« (Vigier), führt diese Entwicklung in Europa als absoluter Spitzenreiter an. Die vom transnationalen Kapital produzierte »neue ökonomische Ordnung« beschränkt sich jedoch nicht auf sie, sondern erfasst alle OECD-Staten. Daß in der BRD die Entwicklung zum totalitären Staat am weitesten fortgeschritten ist, steht in direktem Zusammenhang zu ihrer ökonomisch-technologischen Führungsposition. Diese wiederum ist das unmittelbare Produkt des durch den US-Imperialismus erzwungenen Kapitalismus nach 1945. Damit wurde auf deutschen Boden eine Gesellschaft geschaffen, deren sämtliche Institutionen - wie die Parteien CDU und SPD, die Einheitsgewerkschaft DGB, Studentenorganisationen etc. - unter der direkten Beteiligung der amerikanischen Geheimdienste gegründet bzw. finanziert wurden; in der die Spitzenpositionen von Wirtschaft, Finanzkapital, Politik, Justiz mit alten Nazis wie Abs [62], Schleyer [63], Kiesinger [64], Flick [65] usw. neu besetzt wurden; die sich auf eine weitgehend angepaßte Arbeiterschaft stützt, die sich von der Liquidierung ihrer Kader durch den Faschismus und den Stalinismus nie richtig erholt hat. In der die Zerstörungen des Krieges eine »tabula rasa« geschaffen haben, die einen Produktionsaufbau auf dem neuesten technologischen Stand ermöglichte und die von dem Antikommunismus geprägt ist, der von Anfang an jedwede Opposition als »fünfte Kolonne« diffamierte und verfolgte.
Angesichts der heraufbrechenden Krise des kapitalistischen Industrieregimes hat deshalb der westdeutsche Staat als erster in Europa seinen polizeilich-militärischen und meinungsmanipulatorischen Apparat mobilisiert. Die Strategie der frühzeitigen und totalen Zwangsbefriedung der präventiven Konterrevolution soll sich nicht auf die BRD beschränkten, sondern ganz Westeuropa aufgezwungen werden. Sie vollzieht sich in engster Abstimmung mit dem US-Imperialismus und ist in ihren strategischen Zielsetzungen und taktischen Schritten das Produkt der »trilateralen Kommission«, dieser heimlichen Weltregierung und gigantischsten Verschwörung gegen die Völker der Welt. Diese Kommission stellt inzwischen die Regierung der USA, hat als Mitglieder z.B. den deutschen Bundeskanzler, den deutschen Wirtschaftsminister, Bankiers wie einstens Ponto [66], Poniatowsky, die graue Eminenz des französischen Staates, der die Innenpolitik nach deutschem Muster umrüsten soll etc. Beispiele für die Zwangsbefriedungsstrategie in Europa sind unter anderem
- Portugal [67], dem die USA die militärische Intervention androhte, die Weltbank die Kredite sperrte, das von der EG ökonomisch und von der BRD politisch erpresst wurde,
- Irland, wo die BRD durch massiven Druck auf England die Aberkennung des politischen Status der gefangenen Revolutionäre durchgesetzt hat, wo der CIA mittels der Dame Williams [68] »Friedensmärsche« inszeniert und wo für 54 Mio. Pfund aus dem »EG-Fonds für arme Länder« ein riesiges Stammheim gebaut wird.
- das Baskenland, wo - seit Franco verreckte - die Repression im französischen Teil sich ständig verschärft, wo die spanischen und französischen Behörden ihre Verfolgung inzwischen genau koordinieren - das Europa der Bullen
- Griechenland, Spanien, die Türkei, die, um aufs EG-Karussell springen zu dürfen, der »EG-Norm für politische Stabilität« entsprechen müssen, d.h. garantieren müssen, daß sie in der Lage sind, den Widerstand in ihren Ländern liquidieren zu können
- die innenpolitische Gleichschaltung der westeuropäischen Länder, die von der BRD immer stärker forciert wird. Gemeint ist u.a. die militärische Lösung in Assen [69] (Holland), die Kapitulation Griechenlands im Fall Pohle, die gemeinsame Strategie gegen die Anti-AKW-Bewegung Malville, Kalkar usw.
- Der Eurokommunismus, der deutlich macht, daß er Staat machen will, wenn nicht den proletarischen, dann den bürgerlichen. Im Rahmen der Zwangsbefriedung Europas wird er sicherlich eine wesentliche Rolle als Ordnungsfaktor spielen.

Der »Weg ins 4.Reich« (George Jackson [70]) der United States of Europe ist den kapitalistischen Industrieregimen Westeuropas zwingend vorgeschrieben. Die »neue revolutionäre Mobilität des transnationalen Kapitals« (Wirtschaftswoche) verlangt die gleichmäßige und totale Verfügungsgewalt über ganz Europa. Die Zentralisation der politischen und ökonomischen Macht spielt sich nicht im Rahmen eines Europarates oder eines euorpäischen Parlaments ab, das sind nichts als die unerläßlichen legitimatorischen Debattierzirkel, sondern im Rahmen »neuer transnationaler Souveränitäten« (FAZ) wie des internationalen Währungsfonds (IWF) und der trilateralen Kommission.
Und es wird ein Zentralismus sein, der sich immer totalitärer und despotischer organisieren muß, je mehr die Organisation von Produktion und Gesellschaft den menschlichen Bedürfnissen entgegengesetzt ist, denn es gibt kein menschliches Bedürfnis, verwaltet, ausgebeutet, kontrolliert, fremdbestimmt, vergiftet, überwacht und psychiatrisiert zu werden.

Früchte des Zorns

Die Bewegungen, in denen sich die Bedürfnisse der Menschen ausdrücken, sind heute in Europa sehr vielfältig. Gegen die totalitäre Zentralisation des Imperialismus wächst eine neue Kraft, die den Kampf für ein Europa der autonomen Völker auf ihre Fahnen geschrieben hat. Das irische und baskische Volk führen diesen Kampf an, die Bretonen, Korsen, Katalanen und Galizier, die Jurasser und Occitanier sammeln sich hinter dieser Vorhut. Sie entwerfen die Zukunft eines Europas autonomer sozialistischer Völker, die in einem Verhältnis gegenseitiger Unterstützung und gleichwertiger Arbeitsteilung zueinander stehen.
In den internationalen Brigaden der Umweltkämpfer von Malville und Kalkar formiert sich eine Front, die ihren Ausgang nahm im badisch-elsässisch-jurassischen »Dreyeckland« der Bauern, Winzer und Arbeiter. Eine Front, die sowohl regional fest verankert ist, als auch in der Lage, international zu operieren und der es gelang, was so wenigen Bewegungen und Revolten gelingt - die Vereinheitlichung aller Schichten des Volkes und das Niederreißen der nationalstaatlichen Demarkationslinien. Ihre Anziehungskraft ist deshalb so groß, weil sie weit über den konkreten Angriffspunkt hinaus, den Mythos vom »Wachstum«, von der »Wissenschaft« und von den Experten zerschlägt, weil sie eine beispiellose Massenschulung über ökologische, politische und ökonomische Zusammenhänge imstande war, zu realisieren und weil sie versucht, konkrete Zukunftsbilder einer Gesellschaft zu entwerfen, in der das Gleichgewicht zwischen Menschen und Natur wiederhergestellt wird; was heißt:
«In Malville genügten 300 CRS-Bullen, um 50.000 Demonstranten, die den Bauplatz besetzen wollten, durch Tränengas und Offensiv-Granaten in die Flucht zu schlagen und zu demoralisieren. Was das Vorgehen der Bullen angeht, so bietet sich in Kalkar ein qualitativ anderes Bild. Mit deutschem Perfektionismus wurde das Ziel der Schweine, nur eine friedliche Demo zuzulassen, erreicht. So wurde z.B. ein fahrplanmässiger Zug der Bundesbahn auf offener Strecke mit BGS-Hubschraubern gestoppt. Wer nach Demonstrant aussah, mußte den Rest der Strecke laufen. Bei tausendfachen Verkehrskontrollen wurden sogar Zitronen und Halstücher - trotz Blümchenmuster - beschlagnahmt. 112 wurden im voraus verhaftet, insgesamt 147.000 Personenkontrollen durchgeführt, über 10.000 Demoteilnehmer zurückgeschickt. Selbst die Vaterlandsgrenzen wurden abgeriegelt, um Demoteilnehmern aus Frankreich, Holland, Dänemark usw. die Einreise zu verweigern.« (Pflasterstein [71], KKW-Sondernummer)
Sie hätten nicht die Macht, wenn sie nicht die Mittel hätten, die Schweine [72]; schrieb die RAF 1972. Und die Mittel sind seitdem nicht weniger geworden. Das ist die eine Seite. Und das die andere:
Es gibt kein Regime auf der Welt, das sich mit solch gigantischem Aufwand in seiner Festung gegen den inneren Feind eingekeilt hat, das sich auf einen Todesteppich von atomaren Sprengköpfen setzt, um sich

sicherer zu fühlen, das seine Meute von Herrschenden hinter kleinen Privatarmeen, hinter schußsicherem Glas, in Panzerwagen und Bunkerwohnungen verstecken muß. Und das trotz seiner geifernden, wahnwitzigen, tagtäglichen Gehirnwäsche doch nur bei 16 % des Volkes erreicht hat, daß es sich von der »Schlinge um ihren weißen Herrscherkragen« mitbedroht fühlt. Und das bedeutete einiges in diesem Land.

»Was die Politiker schwatzen, ist nicht das, was die Leute denken, sondern das, was sie denken sollen - und wenn sie »wir« sagen, versuchen sie so zu schwatzen, daß die Leute das, was sie denken und wie, darin wiedererkennen und für artikuliert halten - aber der Staat bräuchte die Demoskopie nicht, auch nicht den Verfassungsschutz, wenn die Indoktrination durch psychologische Kriegsführung so einfach wäre. Das legale Land ist nicht das wirkliche Land, sagt Gramsci [73] oder aber einfach: die herrschende Meinung ist nicht die Meinung der Beherrschten.« (Brief von Ulrike Meinhof an Hanna Krabbe). [74]

Es gibt eine Tendenz unter den Liberalen und Linken, über das Land zu jammern, in dem wir leben und alle Hoffnungen auf's »liberale Ausland« zu setzen. Wir haben diese Analyse geschrieben, um klar zu machen, daß der faschistische Prozeß in der Tat nicht zu begreifen ist, wenn man nur auf »dieses kaputte Land mit seinem kaputten Volk« abhebt. Wir müssen davon ausgehen, daß wir es mit einem Totalitarismus des industriellen Systems zu tun haben, der sich anschickt, ganz Europa zu überziehen. Und »totalitär« heißt per definitionem, daß alle Handlungsspielräume -individuelle wie kollektive - abgeräumt werden, das beweisen die letzten 5 Jahre und zwar in einem Tempo, das sich zunehmend überschlägt.

Für den Widerstand heißt das, gerade und vor allem in der BRD, sich dem offenen Zugriff dieser »4.Reich-Strategen« zu entziehen. Heißt: Organisationsformen und Widerstandsmethoden zu entwickeln, die aus dem Moment des Verdeckten, des Klandestinen eine Waffe machen. Wir haben gesagt, daß Klandestinität Massenbewegungen wesentlich fremd ist. Dies wird jedoch zu einer philosophischen Feststellung angesichts der Situation, in der sich der legale Widerstand in der BRD heute befindet. Ihm bleibt bei Strafe des Untergangs nur eines: die Praxis und Techniken des verdeckten, klandestinen Kampfes sich massenhaft, so schnell wie möglich anzueignen. Und zwar, weil es selbstmörderisch und uneffektiv ist, angesichts dieses polizeilich-militärischen Gewaltapparates in die offene Feldschlacht zu ziehen.

Das Industriesystem zerschlagen, das Ökosystem erhalten!

Von Italien [75] beginnt eine linksradikale, militante Bewegung auszustrahlen - das explosive Bündnis von Studenten, Arbeitslosen, Armen und Ghettokindern. Sie laufen Sturm gegen die wachsende Massenverelendung in den Metropolen, gegen den dreckigen »Historischen Kompromiß« und die »Germanizazzione« Italiens, die den »italienischen Verhältnissen« die deutsche Endlösungsstrategie aufzuzwingen versucht.

Die Frauenbefreiungsbewegung, die das Gesicht Europas verändert hat, scheint von dem heraufziehenden Totalitarismus in Europa am stärksten betroffen zu sein. In dem Sinn, daß es ihr - besonders in der BRD - ungemein schwer fällt, darauf die ihr adäquaten Kampfformen zu entwickeln. Sie scheint in dem Widerspruch zu erstarren, die herrschende Gewalt, die sich in besonderem Maße gegen Frauen richtet, nicht bekämpfen zu können, ohne dagegen die Gewalt von unten mobilisieren zu müssen. Für einen großen Teil ist dieser Widerspruch nur »lösbar«, indem er immer weite gesellschaftliche Bereiche ausblendet. Das heißt, die Frauenbewegung muß auf diesem Weg trotz ihrer Breite einen Hang zum sektierischen entwickeln, wenn sie es nicht schafft, z.B. die Positionen und Aktivitäten der »Politischen« und »Mili-Tanten« in ihre Konzeption mit aufzunehmen.

Diese Aufzählung kann in ihrer knappen Form nicht auf die Widersprüche und Probleme eingehen, mit denen sich diese Bewegungen herumschlagen. Ganz allgemein läßt sich jedoch sagen, daß sie von der

rasant fortschreitenden Zubetonierung der europäischen Gesellschaften in ihrem Nervenzentrum getroffen werden - und das ist ihr öffentlicher Charakter. Massenbewegungen brauchen die öffentlichen Diskussionen, die öffentlichen Handlungspielräume, das öffentliche kollektive Experimentieren mit Aktionsmöglichkeiten. Sie stehen ihrem Wesen nach im Widerspruch mit allem Heimlichen, Klandestinen. Sie brauchen eine »offene« Gesellschaft, um kollektive Lernprozesse, ein neues, revolutionäres Selbstverständnis zu entwickeln. Und genau an dieser Offenheit setzt der totalitäre Überwachungsstaat an, um ihnen die Luft abzuschnüren: um aus jedem Ansatz zu kollektivem Widerstand eine »Massenfalle« zu machen: »Es ist geradezu selbstmörderisch, den Staat - und das sind auf dem Bauplatz nur die Bullen - dann anzugreifen, wenn er vorbereitet ist und es in der Hand hat, das Geschehen total zu kontrollieren. Hier werden wir immer die Verlierer sein und unsere minimalen Kräfte gegen die Bullen verheizen« (Pflasterstein, KKW-Sondernummer). Manes Sperber [76] sagt dazu: »Die Zeit ist gekommen, mit dem Leben besonders jener zu geizen, die willens sind, es zu opfern.« Der Lehrer Hartmut Gründler [77] ist in Hamburg so einen sinnlosen Opfertod gestorben. Doch es gibt viele Arten, sich zu töten - Selbstverbrennung ist die eine - zu resignieren die andere Möglichkeit.

Wenn von Praxis und Techniken des verdeckten, klandestinen Kampfes die Rede ist, dann ist damit noch nicht Guerillakampf gemeint, sondern eine Methode, die viele Abstufungen kennt und daher massenhaft möglich ist. Es ist eine Ebene des Kampfes, auf der die notwendigen politischen und praktischen Erfahrungen gemacht werden können, auf der man sich selber kennenlernen kann, von wo man wieder zurück kann oder aber aufgrund dieses Lernprozesses den Entschluß fassen kann, den Widerstand mit Waffen zu führen.

«Daß aber kleine Gruppen auch in einem hochindustrialisierten Staat angreifen, sein sorgfältig ausbalanciertes Gefüge politischer, wirtschaftlicher und sozialer Funktionen und Funktionsabläufe lähmen oder zerschlagen und sein vielfach überlegenes militärisches Potential mit vergleichsweise geringem Risiko unterlaufen, wird auch heute noch allgemein für unmöglich gehalten.« (Müller-Borchert, Guerilla im Industriestaat). [78]

Wir haben in dieser Untersuchung nachgewiesen, daß dieses »sorgfältig ausbalancierte Gefüge politischer, wirtschaftlicher Funktionen und Funktionsabläufe« des hochindustriellen Staates zunehmend die Balance verliert, was mit einer immer despotischeren Organisation der Macht beantwortet wird. Widerstand hat in dieser Phase die Aufgabe, durch ein immer dichteres Netz von großen und kleinen Aktionen diese substantielle und legitimatorische Krise zu verschärfen und gleichzeitig sich gegen die totalitäre und faschistische Lösung zu formieren und zu bewaffnen.

Die Guerilla in Westeuropa hat den antiimperalistischen Kampf bewaffnet und somit eine Form des Kampfes gewählt, die sich in einen gewissen Widerspruch zu Massenorganisationen setzt.

«Indem die Stadtguerilla direkte Aktionen gegen das Eigentum der Regierung und der großen Kapitalisten durchführt, setzt sie sich automatisch außerhalb der Legalität und die Stadtguerilleros werden von den Organen des Staates verfolgt. Jede Aktion der Stadtguerilla ist illegal. Ihre bloße Existenz ist illegal. Die Stadtguerilla setzt sich daher als Kampfform ständig in einen Widerspruch zur unterdrückten Klassen, eben weil diese nicht insgesamt in die Illegalität gehen kann bzw. wenn sie es tut, der Kampf so verallgemeinert wird, daß die Stadtguerilla als solche aufhört zu bestehen. Natürlich würde die Stadtguerilla untergehen, wenn sie nicht gleichzeitig mit dem Setzen des Widerspruchs auch die Form seiner Lösung entwickeln würde ... Wenn die Stadtguerilla Aktionen durchführt - und sie sind, wie wir gesehen haben, immer illegal - dann muß sie gleichzeitig einen Prozeß auslösen, der den unterdrückten Massen die Teilnahme an den Aktionen ermöglicht ... Der Widerspruch läßt sich also nicht innerhalb der Kampfform lösen, sondern nur im Verhältnis zum Bewußtsein der Massen, die nicht an den Aktionen teilnehmen. Indem die Stadtguerilla das revolutionäre Bewußtsein der Massen entwickelt, die

nicht an ihren Aktionen teilnehmen, sich aber damit identifizieren können, findet dieser Widerspruch erst die Form, innerhalb derer er sich lösen kann. Das heißt natürlich nicht, daß er damit verschwindet: er wird vielmehr bei jeder neuen Aktion und während des gesamten revolutionären Kampfes auftreten.« (Alex Schubert, Die Stadtguerilla als revolutionäre Kampfform, S. 9) [79]

Daß dieser Widerspruch mit Fortschreiten des revolutionären Prozesses einer Lösung entgegen geht, beweisen die Funktion und Stellung der IRA im irischen und der ETA im baskischen Kampf. Ähnliches ist in Italien zu beobachten, wo sich in den letzten Revolten die Kampfform der Guerilla, der Roten Brigaden und der Bewaffneten Proletarischen Zellen immer mehr vermasste.

In der BRD ist dieser Widerspruch am stärksten ausgeprägt. Die Gründe dafür sind schon tausendmal analysiert, dargelegt und beklagt worden. Bloß: der Widerspruch wird ständig wachsen, wenn nicht hier und heute an seiner Lösung gearbeitet wird. Und die praktische Antwort kann nur heißen: Aktionen primär unter dem Gesichtpunkt der Vermassung durchzuführen, d.h. sie dort anzusetzen und mit den Mitteln durchzuführen, die sie für die Leute nachmachbar machen bzw. mit denen sie sich identifizieren können. Dies gilt für das ganze Spektrum unseres Kampfes: für den Nulltarif in öffentlichen Verkehrsmitteln, gegen Fabrikdirektoren, Jugendzentrumsliquidatoren, Wohnungsspekulanten, chauvinistische Ärzte, Sex-Shops und Kirchen, Ausländerpolizei, die Atomindustrie, die chilenische Gorilla- und südafrikanische Rassendiktatur.

Zur Lösung des Widerspruchs gehört der Aufbau einer Gegenpropaganda wie Zeitungen oder Schwarzsendern in West-Berlin. Dazu gehört das Vermitteln von Techniken, wie der Bau von Brand- und Sprengsätzen, Fälschen, Anleitungen zum Senderbau usw. Und dazu gehört der Schutz derer, die sie z.B. wegen nachgedruckter Sozialscheine drankriegen wollen. Nachdem die Autos von Richtern und Staatsanwälten brannten, gab es nur noch Freisprüche.

Zur Lösung des Widerspruchs gehören weiterhin, daß wir in der Anti-AKW-Front, der Frauenbewegung, in Bürgerinitiativen und Betriebsgruppen mitkämpfen. Nicht zur Zwecke der »Rekrutierung«, denn es kann nicht darum gehen, die Militanten aus allen Bereichen abzuziehen und sie gesondert zu organisieren (das war z.B. ein wesentlicher Fehler der Tupamaros), sondern sie in ihren Bereichen zu unterstützen und zusammen wie die Hefe im Teig zu wirken. Das meint auch die Parole: »Schafft viele revolutionäre Zellen«. Sie ist politisch richtig, weil sie auf der Autonomie, der Eigeninitiative und jeweiligen Verankerung der einzelnen Zellen aufbaut und sie ist sicherheitspolitisch richtig, weil allein eine Organisation, die auf selbständig operierenden Gruppen aufbaut, in einem totalitären Überwachungsstaat die Chance hat, nicht aufgerollt und zerschlagen zu werden. Dafür liefern die Revolutionären Zellen seit fünf Jahren den Beweis.

Das kann nicht heißen, daß es so etwas wie eine Garantie gibt, daß wir es schaffen werden. Und das heißt auch nicht, daß wir heldenhafte Idioten sind, die »ihr Leben für eine These aufs Spiel setzen«, wie sich der Biermann [80] mal dazu äußerte. Das bedeutet nur, daß es in Anbetracht aller Ängste, aller Schwierigkeiten, aller Widersprüche für die Unterdrückten keine andere Möglichkeit gab, gibt und weiterhin geben wird, als zu kämpfen - mit allen Waffen, die ihnen zur Verfügung stehen. Und das sind beileibe nicht nur militärische, aber ohne sie haben wir keine Chance. Die Geschichte der Menschheit ist voll von Versuchen, das Problem anders zu lösen, mit Verweigerungsstrategien, mit Petitionen, mit Hungerstreiks, mit Selbstverbrennungen usw. Sie alle appellieren an eine moralische Substanz der Herrschenden, die es nicht gibt. Dagegen steht eine andere Tradition, die allein das Risiko, sich in Gefahr zu begeben, lohnt. Nämlich die, sich im Kampf gegen die Menschenfresser zu bewaffnen. Denn, wenn je die Unterdrückten ihre Lage verändern konnten, dann nur auf diesem Wege. Das heißt nicht, daß alle Versuche erfolgreich waren, sondern, daß alle Erfolge nur auf diesem Wege erreicht wurden. Das meinen wir, wenn wir sagen, daß es keine Garantieren gibt, um dazuzufügen, daß es keine andere Möglichkeit

gibt. Angesichts des Weges der United States of Europe ins »4.Reich« wird es immer dringlicher, diesen Prozeß in seiner barbarischen Konsequenz zu demaskieren. Demaskierung ist keine Schreibtischarbeit, sondern eine Funktion revolutionärer Praxis, die zum Ziel hat, alle revolutionären Kräfte gegen die Kräfte der Barbarei zu sammeln und zu mobilisieren, die Bornierung der verschiedenen Bewegungen auf ihr »Spezialgebiet« auf eine einzige und ausschließliche Interventionsform, selbst wenn diese sich längst als nicht mehr tauglich erwiesen hat, zu überwinden.

Wir meinen dies ausdrücklich nicht nur auf die BRD bezogen. Denn wenn hier angesichts einer Mobilmachung des Faschismus die revolutionären Perspektiven zu erstarren und zu ersticken drohen, dann wird der Austausch mit den Initiativen und Erfahrungen in anderen westeuropäischen Ländern, dann wird die gegenseitige Unterstützung umso dringlicher. Wenn es dem revolutionären Lager nicht gelingt, die verschiedenen Revolten der Klassen und Völker zu vereinigen, dann wird es der Faschismus einkreisen und vernichten - ideologisch, politisch, militärisch. Die revolutionären Kräfte vereinen meint, den beiden Grundübeln der verschiedenen Bewegungen und Revolten entgegenzuarbeiten: Dem Kampf ohne Einheit und der Einheit ohne Kampf.

Dies erscheint uns nur möglich, wenn ein Prozeß in Gang kommt, in dessen Verlauf jenseits der vielfältigen Erscheinungsformen der gemeinsame Feind wieder ausgemacht wird, der sich hinter Atomlobby und Rassismus, hinter Männerherrschaft und Völkermord, hinter dem Totalitarismus der Industrieregime, psychischer Verelendung und Hungerkatastrophen verbirgt. Das bedeutet wesentlich wieder einen Begriff vom antiimperialistischen Kampf [81] zu bekommen, der mit Ende der Studentenbewegung für viele zur »Außenpolitik«, zur revolutionären Pflichtübung verkommen ist. Einst der Geburtshelfer und Motor der politischen Bewegungen und Revolten in den Metropolen, fristet er heute eine kümmerliche Existenz zwischen inhaltsleeren Solidaritätserklärungen und lästigen Spendenaufrufen. Viele mögen sich nicht mehr mit Palästina, Südafrika, Chile, Portugal, Argentinien, den USA abgeben. Das sei zu abstrakt, da könne man keine politische und emotionale Betroffenheit mehr aufbringen. Von entfremdeter Kampagnen- und Interventionspolitik ist die Rede, vom alten Trip »Politik zu machen«, um sich nicht mit der eigenen Veränderung beschäftigen zu müssen.

Die mangelnde Betroffenheit ist tatsächlich nicht mehr zu übersehen. Untersucht man die Ursachen dafür genauer, dann liegt das weniger an der »Abstraktheit des Internationalismus«, sondern in der konkreten Enttäuschung darüber, daß es mit der Revolution in aller Welt nicht so läuft, wie man sich's vorgestellt hatte (die Gründe dafür haben wir versucht im ersten Teil darzulegen). Der Internationalismus-Boom der sechziger Jahre war immer und in erster Linie eine Identifizierung mit Siegen. Che und Ho [82], Kuba und China, Vietnam waren die lebendigen Beweise dafür, daß es möglich ist, den Koloß Imperialismus zu schlagen, das Unabänderliche zu ändern. Das brachte auch die versteinerten Verhältnisse in den Metropolen zum Tanzen. Die zwanzigjährige Betonierung von Macht und Ordnung, Antikommunismus und Untertanenmentalität, der ganze Müll der dreckigen fünfziger Jahre wurden hinweggefegt und setzte maßlose Kräfte, Hoffnungen und Phantasien frei:

Hundert Blumen blühten [83] plötzlich in der Steinwüste. Eingebettet in die weltweite Offensive der revolutionären Kräfte, mit dem Vietcong [84], den Fedayjin [85], den Tupamaros [86], den Black Panthers [87] als Vorhut, schien unser Sieg nur noch eine Frage der Zeit zu sein.

Als die revolutionäre Offensive in den siebziger Jahren weltweit in die Defensive gedrängt wurde, hat sich dieses Verhältnis schlagartig geändert. Dies drückte sich in Parolen aus wie »Kämpft nicht die Schlachten von anderen«, »Unterstützung für Kämpfe von Dritt-Welt-Völkern ist Politik aus bloß schlechtem Gewissen« und »Man kann jemand nur über seine eigenen Interessen organisieren«.

Es geht nicht darum, daß diese Parolen, für sich genommen, zum Teil nicht falsch sind; es geht darum, daß damit eine begriffliche und praktische Abkoppelung der Auseinandersetzungen in den Metropolen

von den Kämpfen in den unterentwickelt gehaltenen Ländern betrieben wird.
Denn wir haben nie die Schlachten von anderen gekämpft, das ist der Rassismus der weißen Herren, die mal wegen Tal-Saatar auf die Straße gegangen sind - sie sind es nicht mal. Wir haben nur eine Deckungsgleichheit unserer eigenen Interessen und denen der Völker der Dritten Welt erfahren und zum schlechten Gewissen ist diese Erfahrung erst verkommen, als durch den Verlust der eigenen Perspektive anstelle des einstmals praktischen Verhältnisses wieder ein nur moralisches trat.
Die Aufkündigung des Internationalismus, die Reduzierung des Begriffs vom antiimperialistischen Kampf auf Außenpolitik, führt dazu, den Begriff vom eigenen Kampf zu verlieren, führt zu einer heillosen Ver-Gruppelung des revolutionären Lagers. Indem sich jeder seinen eigenen Feind strickt. Es gibt zwar viele Fronten und an den Barrikaden wird in vielen gesellschaftlichen Bereichen gebaut, doch der Feind dahinter ist immer derselbe und sein Vorgehen ist allein davon bestimmt, zu spalten, um getrennt schlagen zu können.
Antiimperialistischer Kampf bedeutet, den gemeinsamen Nenner immer wieder herauszuarbeiten und anzugreifen und damit eine Grundlage für die Vereinheitlichung und Verbreiterung der revolutionären Kräfte zu schaffen, die sich sonst immer zusammenhangloser an den Erscheinungsformen des imperialistischen Weltsystems in allen Bereichen (Fabrik, Umwelt, Schule, Universität usw.) abarbeiten werden. Indem in ihm immer wieder die wirklichen Ursachen und Verursacher, die eigentlichen Zusammenhänge, die verborgen bleiben sollen, aufgezeigt und angegriffen werden, entwerfen wir Stück für Stück die Umrisse des Feindes, zeichnen ein immer genaueres Bild von ihm, seinen verbrecherischen Praktiken und Absichten.
Denn während für den Kolonialisierten der Feind in Gestalt des Besatzers klar zu erkennen ist, weil er ständig die Tritte seiner Stiefel spürt, ist dessen Herrschaft in den Metropolen vielschichtiger, schillernder, psychisch und physisch tiefer verankert. Der antiimperialistische Kampf in den Metropolen hat zunächst die Aufgabe, Trennungslinien zu ziehen, die verwischten Fronten Zug um Zug klarzumachen. So verstehen wir unter anderem unsere Angriffe auf die US-Armee. Wir haben sie gezwungen, ihr Erscheinungsbild dem Volk gegenüber immer mehr mit ihrer Funktion als imperialistische Besatzungsmacht in Übereinstimmung zu bringen. Wir haben sie gezwungen, sich immer mehr einigeln zu müssen, hinter 2 Meter hohen Elektrozäunen, hier dreifachem Natostacheldraht, ihre Wachposten im letzten Jahr zu verzehnfachen, »Volksfeste«, wie das geplante 20tägige zur 200-Jahr-Feier [88] abzusagen, Sicherheitsbesprechungen nicht mehr in Casino-Atmosphäre abhalten zu können, weil ihnen im Juni vergangenen Jahres dabei eine Bombe unterm Arsch gezündet wurde.
Wir haben dieses Beispiel gewählt, um daran klarzumachen, daß Angriffe auf die Zentralen des Imperialismus nicht allein daran gemessen werden können, ob sie einem unmittelbaren Masseninteresse entspringen, sondern auch daran, ob sie dem Feind den reibungslosen Ablauf seiner schmutzigen Geschäfte erschweren. Wir haben dieses Beispiel nicht gewählt, um damit durch die Hintertür doch wieder einen Begriff von antiimperalistischem Kampf einzuführen, der ihn ausschließlich in den »großen Schlägen« gegen die Zentralen der Menschenfresser verwirklicht sieht.
Antiimperialistischer Kampf, das ist alles, was die Ruinierung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Metropolen vorantreibt, um dagegen die Menschen als Maß aller Dinge zu setzen und in den kämpfenden Kollektiven die Keimformen einer neuen Gesellschaft zu verwirklichen.
Indem in ihnen die Verzweiflung der Einzelnen in der kollektiven revolutionären Praxis der Gruppe aufgehoben wird, werden sowohl die »objektiven Bedingungen«, die unabänderlich erscheinen, veränderbar, als auch die Verhältnisse der Menschen untereinander von ihnen neu und freier bestimmbar. Sie durchbrechen den Teufelskreis, in dem sich die zerstörerischen Bedingungen in der Selbstzerstörung bzw. gegenseitigen Zerstörung der Individuen fortsetzen und somit immer aufs Neue eben diese

Bedingungen ermöglichen und stabilisieren. Den Teufelsskreis durchbrechen heißt nicht, daß wir uns von der ganzen Scheiße befreit haben, sondern daß wir sie immer mehr in den Griff bekommen, daß sie uns nicht mehr beherrscht, daß wir uns gegenseitig dazu befähigen, von uns selbst, von dem, was wir wollen, von dem, »was für ein Land aufgebaut werden soll«, konkretere Vorstellungen zu entwerfen und sie zu verwirklichen. Malatesta [89] drückt dies folgendermaßen aus: Der Kommunismus muß in den Herzen verwirklicht sein, bevor er an den Dingen verwirklicht werden kann«. Um ihn in den Herzen zu verwirklichen, bedarf es der kollektiven revolutionären Praxis.
Für uns heißt das: Die Kämpfenden Kollektive als die Keimzellen einer neuen Gesellschaft aufbauen und vermassen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Vorbemerkung Kapitel VI

Die Folgen des »Deutschen Herbstes«

In den Jahren 1977/78 stellte sich heraus, daß die politischen Bewegungen, in denen in den 70er Jahren eine radikale Politik und der Anspruch auf »Abschaffung des Systems« entwickelt und vertreten worden war, in eine Krise geraten waren oder sich von ihren vorherigen politischen Zielsetzungen abwandt hatten.

Nachdem die Frankfurter Fraktion der Spontis bereits 1976 die Guerilla aufgefordert hatte, »legt die Bomben weg, nehmt die Steine wieder auf«, mobilisierten Spontigruppen aus der gesamten Bundesrepublik im Januar 1978 ca. 20.000 Menschen zum »Tunix«-Treffen nach Berlin - »gegen das Modell Deutschland«. Wie bereits im Aufruf für »Tunix« angedeutet: »Uns langt's jetzt hier! ... Wir hauen alle ab! ... zum Strand nach Tunix«, lösten sie sich nach diesem Kongreß als politische Kraft auf und viele zogen sich in Alternativprojekte zurück, andere schlugen den parlamentarischen Weg ein.

Parallel dazu war die Anti-AKW-Bewegung in einer Krise: nach militanten Demos gegen Brokdorf und anderen Atomprojekten wirkte sich auch hier die staatliche Repression demobilisierend aus.

Bei der dritten großen Brokdorf-Demo im Februar 1977 fanden die schon länger andauernden Differenzen um Militanz oder Gewaltfreiheit ihren Niederschlag in einer offenen Spaltung. Die Befürworter einer Bauplatzbesetzung und die sog. gemäßigten Teile mobilisierten zu zwei getrennten Demonstrationen mit unterschiedlichen Kundgebungsorten.

Wenig später kam in Malville/Frankreich bei einer internationalen Großdemonstration gegen den »Superphenix« am 31. Juli 1977 der AKW-Gegner Michel Vitalon ums Leben, gegen eine Demonstration gegen den Schnellen Brüter in Kalkar am 24. September 1977 gab es im Vorfeld eine massive Pressekampagne gegen die Demonstrationsteilnehmer. Mit einem »beispiellosen Großeinsatz der Polizei« werden die anreisenden AKW-Gegner - z.T. mit Polizeisperren auf den Autobahnen - kontrolliert und eingeschüchtert. (siehe Kapitel 7)

Aus der Frauenbewegung hatte sich ab Mitte der 70er Jahre ein breites Netz von Frauenzentren, -buchläden, -kneipen etc. entwickelt. Gewalt gegen Frauen wurde als immanentes Element der patriarchalen, kapitalistischen Gesellschaft thematisiert und als Konsequenz ab Mitte der 70er Jahre die ersten autonomen Frauenhäuser als Fluchtmöglichkeit für geschlagene Frauen gegründet und Notrufe für geschlagene und vergewaltigte Frauen eingerichtet. In der Walpurgisnacht 1977 gingen die Frauen in vielen Städten in der BRD mit der Parole »Wir erobern uns die Nacht zurück« auf die Straße.

Die Herausbildung eines Netzes von Frauenprojekten, zu denen Männer keinen Zugang haben, führte jedoch nach und nach zu einer Spaltung der Frauenbewegung. Ein Teil der Frauen zog sich in diese Strukturen zurück, grenzte sich von der patriarchalen Gesellschaft ab und entwickelte auf der Suche nach einer neuen Identität eine Ideologie der »neuen Weiblichkeit«, der »natürlichen« Friedfertigkeit der Frau oder gab sich der Beschäftigung mit Hexen, Magie und Spiritismus hin.

Symptomatisch für diese Entwicklung ist der »Aufruf an alle Frauen zu Erfindung des Glücks«, mit dem Frankfurterinnen im Oktober 1977 auf den »Deutschen Herbst« reagierten: »Wir sagen uns hiermit feierlich los von einer Rechtsgemeinschaft, mit der wir noch nie gemein waren und die uns immer höchst gemein behandelt hat![...] Wir nehmen uns das elementare Recht, in der Erfindung des Glücks nicht dauernd durch Mord und Totschlag, Gefangennahme und Gefängnis, Fahndung und Hetze behindert zu werden. Wir schlagen vor, daß die kriegsführenden Parteien ihre Fürsten ins Duell schicken, damit sie ihre Sache unter sich erledigen können. Uns aber sollen sie damit endlich in Ruhe lassen! Auch sprechen wir ihnen fürderhin jede Legitimation ab, ihre Kämpfe im Namen irgendeines zu verteidigenen Rechts,

irgendeiner zu verteidigenden Freiheit, Ehre, Erde, irgendeines zu verteidigenden Kindes oder irgendeiner zuverteidigenden Frau zu führen!«(vollständiger Abdruck in Autonomie, Nr. 10)
Die Frauen, denen dies politisch zu begrenzt war, kehrten in gemischte Gruppen zurück oder organisierten sich als »Frauen gegen Imperialismus und Patriarchat« oder in radikalen Lesbenzusammenhängen. Gleichzeitig griffen immer mehr Frauen, die in anderen politischen Gruppen (wie z.B. Solidaritätsgruppen zu Ländern der 3. Welt) aktiv waren, feministische Positionen und Analysen auf und integrierten sie in ihre Arbeit.

Die neuen Bewegungen
Ab der Jahreswende 80/81 entwickelte sich in rasantem Tempo - ausgehend von Zürich, Köln, Freiburg, Berlin und Amsterdam - quer durch die BRD eine Häuserkampfbewegung. Dort trafen »jugendliche Aussteiger«, denen es zunächst um Freiräume ging, mit »alten Linksradikalen« zusammen, die ihre politischen Erfahrungen z.B. aus Stadtteilinitiativen, der Anti-AKW-Bewegung, der Anti-Kriegs-Bewegung, Knastgruppen etc. einbrachten. Dies führte zu einer Vermischung von persönlichen Bedürfnissen (Wohn- bzw. Freiraum) und politischen Zielen und Inhalten. Die besetzten Häuser wurden zu politischen Zentren.
Die öffentliche Rekrutenvereidigung am 6. Mai 1980 in Bremen bildete den Anstoß für eine neue Anti-Kriegs-Bewegung.
Nach dem NATO-Nachrüstungsbeschluß von 1979 entwickelte sich eine zunächst vor allem von Pazifisten, K-Gruppen und kirchlichen Gruppen geprägte neue Friedensbewegung, die zunehmend an Breite gewann (siehe Kapitel Friedensbewegung). Als der sozialdemokratische Verteidigungsminister Apel die Rekrutenvereidigungen im Bremer Weserstation als öffentliches militaristisches Spektakel inszenierte, kam es zu einer breiten Gegendemonstration, die mit einer heftigen Straßenschlacht zwischen Autonomen und der Polizei endete.
Das war der Beginn einer neuen Anti-Kriegs-Bewegung der autonomen und antiimperialistischen Linken. Es gründeten sich Gruppen, die die Strecken der Munitionstransporte recherchierten und blockierten. Ab Herbst 1980 fanden Demonstrationen gegen die NATO-Herbstmanöver statt.

Im Revolutionären Zorn Nr. 6
vom Januar 1981 ziehen die RZ eine Bilanz aus 8 Jahren ihrer Politik.
Sie halten daran fest, daß die Entwicklung illegaler Kampfformen notwendig sei, um angesichts der staatlichen Repression nicht zu scheitern, zu resignieren oder sich auf Spielwiesen zurückzuziehen, auf denen jeglicher Anspruch auf tatsächliche politische Veränderung aufgegeben wird. Die konkreten Aktionen müßten breit verstanden werden, populär sein, um nicht in die Isolation der Guerilla zu führen und hätten zum Ziel, die Bewegung weiterzubringen oder bestehende gesellschaftliche Widersprüche zuzuspitzen.
Gleichzeitig legen sie interne Diskussions- und Entwicklungsprozesse offen: Genoss/inn/en der RZ hätten die RZ verlassen, begründet zum einen mit der zu großen Diskrepanz zwischen politischem Handeln und persönlicher Befreiung - diktiert von den Bedingungen der Klandestinität, andere stellten die politische Effizienz ihrer bewaffneten Praxis in Frage.
In der Auseinandersetzung mit diesen Positionen überprüfen sie, inwieweit das Selbstverständnis und die Ziele, mit denen sie 8 Jahre zuvor angetreten waren, umgesetzt werden konnten bzw. worden sind. Die Fixierung auf »die Bewegung«, die aus der 68er Revolte hervorgegangen war, als Transmissionsriemen zwischen der Guerilla und den Massen habe sich als Fehler erwiesen. Mit dem Zerfall und der Zersplitterung der legalen Linken sei der Versuch gescheitert, ein Verhältnis von illegaler militanter und legaler Politik zu schaffen, das einander ergänzt und voranbringt. Sie kritisierten, daß in ihrer Praxis

»benennbare konkrete Zielsetzungen in den Hintergrund (gerieten), während das Argument, es ging um den Nachweis, daß illegaler Widerstand in diesem Land überhaupt möglich ist, zunehmend an Gewicht gewann. Kontinuität entwickelten wir nicht am einzelnen •Fall-, sondern anhand der Tatsache, daß es von Zeit zu Zeit und hier wie dort überhaupt mal wieder brannte und krachte.« Den endgültigen Bruch mit dem Teil der legalen Linken, auf die sich die RZ vor allem bezogen hatte, vollzog sich dann im Herbst 1977.
Trotzdem hielten sie an der Notwendigkeit bewaffneter Politik fest, entschieden sich für die Fortsetzung ihrer Politik und setzten auf die »hoffnungsvolle Verquickung von Massenmilitanz und subversiven Aktionsformen [...] in der neuen Jugendbewegung«.
In dem Text »Das Ende unserer Politik« stellen die RZ im Januar 1992 allerdings fest, daß diese Hoffnungen sich nicht erfüllt haben: »Dennoch wurden wir in diesen Jahren für die autonomen HäuserkämpferInnen mehr zum •Mythos-, als zum Teil ihrer eigenen Kämpfe. Wir hatten kaum Verbindungen mehr zu den neuen Generationen der HausbesetzerInnen und den Jugendbewegungen, außer in der abstrakten Form gelegentlicher bewaffneter Unterstützung.«
In der breiten Militanz der neuen Bewegungen - im Häuserkampf, der Anti-AKW-Bewegung, der Anti-Kriegsbewegung oder im Kampf gegen die Startbahn West - manifestiert sich zwar ein von der RZ immer geforderter (und geförderter) Bruch mit den Grenzen der Legalität, die politische Kontinuität und Organisierung, die Transformation dieser - oft spontanen - Militanz zur Aufnahme des bewaffneten Kampfes, entwickelt sich jedoch nicht. Im Gegenteil wurde im Verlauf der 80er Jahre innerhalb der Linksradikalen zunehmend kritisiert, daß militante Aktionen - »Randale« - politisches Handeln ersetzten, sich in ihnen Wut oder Verzweiflung entlud, die ohne Perspektive blieben.
Die Fehler und Versäumnisse, die die RZ im »Revolutionären Zorn Nr. 6« benennen, haben viel Ähnlichkeit mit dem Text »Das Ende unserer Politik«: auch hier wird die linke Szene als falscher Adressat ihrer Politik benannt, die in sie gesetzten Hoffnungen auf - legale und illegale - Zusammenarbeit und Vermittlung erfüllen sich nicht. Der neue Versuch Anfang der 80er Jahre, mit den Autonomen statt der Spontis als Bezugspunkte, endete in der gleichen Sackgasse.
In dem folgenden Teil des »Revolutionären Zorn Nr. 6« arbeiteten die Revolutionären Zellen die Bedingungen und Ziele heraus, an denen sie ihre Politik bestimmten: In dem Text »Jedes Herz ist eine Zeitbombe« untersuchen die Frauen der RZ (oder die Rote Zora?) die Strukturen der weltweiten Unterdrückung von Frauen, die Möglichkeiten einer revolutionären Intervention und zeichnen die Entwicklung der Frauenbewegung in der BRD seit ihren Anfängen nach.
Mit der Forderung »Antiimperialistischer Kampf bleibt notwendig!« verweisen die RZ auf das existierende Wissen um »das System der weltweiten imperialistischen Machtstrukturen«, die herausragende Rolle des Internationalen Währungsfonds (IWF) bei der Ausbeutung der 3.Welt und dem Profitieren der bundesdeutschen - auch linken - Bevölkerung an dieser Ausbeutung.
Im Zusammenhang mit der sich entwickelnden Anti-Kriegs- bzw. Friedensbewegung greifen sie das Verhältnis zwischen der BRD und den USA auf und wandten sich gegen die Einschätzung der BRD als US-Kolonie (siehe auch: Kapitel 8 »Beethoven gegen MacDonalds«).
Am 26. September 1980 waren bei einem neonazistischen Anschlag auf dem Oktoberfest in München 13 Menschen getötet und 200 verletzt worden. Die Revolutionären Zellen stellen in ihrem Text Fragen zu den Hintergründen und den Nutznießern des Anschlags und untersuchen Hinweise auf eine Zusammenarbeit von Staatsschutz und Neonazis.
Die Aktionen, die diesem Revolutionären Zorn zugeordnet sind, umfassen das ganze Spektrum ihrer politischen Bezugspunkte:
- gegen Verantwortliche für Stadtsanierungen (Sozialdezernent von Mainz, Leiter des Liegenschaftsamtes Frankfurt), gegen die Neue Heimat und die Wohnungsbaukreditanstalt in Berlin.

- Anschläge zur Unterstützung von Gefangenen und gegen die Ausländerbehörde Frankfurt sowie das Fraunhofer-Institut in Duisburg als Denkfabrik für die Umstrukturierung der BRD - hier insbesondere des Ruhrgebietes - unter die Ziele der Herrschenden.
- internationalistische Aktionen gegen das Konsulat von El Salvador und das türkische Generalkonsulat, sowie Anschläge gegen die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Firma MAN, die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Computerfirmen SCS und MPB und das Institut für Genetik in Köln als Institutionen und Unternehmen, die die Ausbeutung der 3.Welt planen und umsetzen.
- anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels in Bonn 1985 griffen die RZ die Deutsche Bank, den Gesamtverband der Metallindustrie und die Farbwerke Hoechst an, die Rote Zora legte einen Sprengsatz bei der Firma Siemens in Isernhagen.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich im Buch auf Seite 719 ff.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Revolutionärer Zorn Nr. 6

Januar 1981

Wir stimmen mit der Bewegung 2. Juni darin überein, daß wir eine »Populäre Guerilla« wollen! Eine Guerilla, deren Aktionen verstanden werden, die die Sympathie des Volkes genießt und die perspektivisch breit unterstützt wird, ohne deshalb opportunistisch zu werden. Prinzip unserer Aktionen ist es deshalb, daß sie ausgehen von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, an denen wir beteiligt sind, daß sie an den dort geführten politischen Auseinandersetzungen anknüpfen, daß sie unter der Fragestellung »bringen sie die Bewegung weiter« bzw. »verschärfen sie die Widersprüche« eindeutig bestimmbar sein müssen.
Orientieren wir unsere Aktionen nicht an dieser Maxime, führen sie in die Isolation und tragen zum Entsolidarisierungsprozeß bei. Auch deshalb ist es für uns wichtig, entsprechend unseren persönlichen Möglichkeiten in legalen Gruppen mitzuarbeiten.
Gerade dadurch erhalten wir die Rückkoppelung unserer Aktionen, können wir Fehler in unserer Einschätzung korrigieren und unsere Politik nach außen vertreten.
Darüberhinaus gibt es Aktionen, die primär aus unseren eigenen Zusammenhängen bestimmt sind, z.B. Geldbeschaffung oder auf einer anderen Ebene die Bestrafung von besonders schweinischen Richtern und Zwangsverteidigern, um Gefangene zu schützen.
Angriffe gegen zentrale staatliche Institutionen halten wir zur Zeit für politisch unmöglich: wir können die Machtfrage nicht stellen! Wir führen keinen Krieg! Wir stehen vielmehr immer noch am Anfang eines langwierigen, mühseligen Kampfes um die Köpfe der Menschen - nicht in irgendeiner militärischen Etappe um einen militärischen Sieg! Wir bezeichnen dies als Defensivstrategie - wenngleich der Kampf für uns durchaus offensiv sein kann. Angesichts der immer schneller voranschreitenden Zerstörung unserer Lebensgrundlagen geht es erst einmal darum, den Wahnsinn zu behindern, vielleicht zu stoppen (z.B. beim Atomprogramm). Es gilt, Aktionsmöglichkeiten zu finden, die Teil der Lösung des Problems sind (konkret z.B. den Bau eines AKWs zu behindern), aber auch ein Schritt weiter um die Köpfe der Menschen. Auf dem Weg dorthin wird jedoch nur eine kämpfende Linke Anziehungspunkt für die deklassierten Teile des Volkes sein können, nicht eine sozialarbeiterische, die objektiv nur neue Formen der Staatsloyalität erschließt. Wir müssen in unseren Aktionen an der Unzufriedenheit, der Wut, der vermeintlichen Ohnmacht der Menschen ansetzen. Viele von ihnen haben schon längst im Herzen mit diesem Staat gebrochen, trauen sich nur keine eigenen Schritte zu. Dies kann z.B. heissen, die kleinen Feinde des Volkes (Werkschützer, Meister, Ärzte, Wohnungsmakler, Hausbesitzer, Bullen, Ämterbürokraten usw.) nicht nur propagandistisch, sondern ganz persönlich anzugreifen und ihnen ihr Handwerk zu legen.«Protest ist, wenn ich sage: das und das paßt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür sorge, daß das, was mir nicht paßt, nicht länger geschieht.« (Ulrike 1968 [1])
Das heißt, nicht nur darüber zu informieren und zu lamentierten, wieviele Betriebe am Atomgeschäft beteiligt sind, sondern auch dafür zu sorgen, daß hin und wieder einer davon in Schutt und Asche fällt. Dies muß auch heißen, daß mal eine Baumaschine, ein Abrißkran, ein Konstruktionsbüro oder ein Materiallager in Flammen aufgeht.
»Das Land gehört den Landbesitzern. Warum? Wegen der Magie. Die Leute beten die Urkunden in den Regierungsbüros an und sie würden niemals wagen, ein Stück Land zu beanspruchen, solange die Urkunden sagen, daß es jemandem gehört. Das ist ein Headtrip, Mann! eine Art Magie und du mußt die gegensätzliche Magie anwenden, um den Bann zu lösen. Du mußt Schockbehandlung anwenden, um die Kommandokette aufzubrechen und zu desorganisieren, jene vom Verstand geschmiedeten Handschellen.

Die Menschen müssen außer sich geraten, bevor sie zu ihren Sinnen kommen können. Sie können die Erde nicht mehr fühlen, nicht berühren, nicht riechen, Mann, solange die Fesseln in ihrem eigenen Gehirn sie davon abhalten zu erkennen, daß die Erde niemandem gehört. Wenn dir der Begriff Magie nicht paßt, nenn es Gegenkonditionierung. Den Trip, den die Gesellschaft uns angedreht hat, heißt es durch unseren eigenen Trip abzulösen.« (Illuminatus [2]).

legal - illegal - scheißegal
heißt die Parole, die ein neues Bewußtsein von Recht und Unrecht auslöst. Dazu gehört Klauen, Plündern, Schwarzfahren, Häuserbesetzen, Volksstrom benutzen, Krankfeiern. Was wir brauchen, müssen wir uns nehmen. Kampfformen, die die Herrschenden treffen, ihnen schaden, sie lächerlich machen, Strukturen aufdecken und lahmlegen, sind Schritte organisierten Handelns. Eine in diesem Sinne linksradikale Politik beinhaltet die Überzeugung, daß eine gesellschaftliche Veränderung in der BRD auch hier über ein revolutionäres Subjekt zustandegebracht wird. Es ist gerade die Funktion der Guerilla, bei der Entwicklung dieses »Subjektes« mitzuwirken. Die Guerilla schafft es, diesem Kampf durch ihre über den Massenwiderstand hinausgehende Organisation eine Kontinuität zu verleihen, ihn immer wieder zu eskalieren oder auch zurückzunehmen, durch eigenen Initiativen das Kampfniveau zu heben, neue Kampfformen, Kampfziele anzubieten, immer größere Teile des Volkes in diesen Kampf einzubinden .

Wer sich nicht in Gefahr begibt, kommt darin um!
Wir haben im Revolutionären Zorn Nr. 4 gesagt: Bei Strafe des Untergangs bleibt dem legalen Widerstand in der BRD heute nur eines: die Praxis und die Technik des verdeckten Kampfes sich massenhaft so schnell wie möglich anzueignen. Wir sehen nach drei weiteren Jahren »Schmidtscher [3] Führung« diese These bestätigt. Überall dort, wo linke Gruppen den Rahmen des Debattierklubs verlassen, tatsächlich den vorprogrammierten Ablauf verzögern, schlägt die Staatsgewalt zu. So geschehen zuletzt bei der Gorleben-Räumung, am 6. Mai in Bremen [4] und in einer Reihe von Städten beim Häuserkampf. Es wurde überall dort deutlich: ist die Bewegung nicht in der Lage, die Taktik des Kampfes zu ändern, verharrt sie (wie z.B. in der Reihe Brokdorf - Grohnde - Kalkar) auf der Ebene der offenen massenhaften Konfrontation mit den Bullen, scheitert sie an deren militärischen Überlegenheit. Deshalb gilt es, die Technik des bewaffneten Kampfes zu erlernen. Die Entwicklung illegaler Kampfformen wird oft mißverstanden. Es handelt sich hierbei um eine Methode, die viele Abstufungen kennt und dadurch massenhaft nachmachbar ist. Es ist eine Ebene des Kampfes, auf der die notwendigen politischen und militärischen Erfahrungen gemacht werden können, auf der man/frau sich selbst kennenlernen kann, auf der aber auch die Entscheidung getroffen werden kann, diesen Kampf bewaffnet zu führen. Das heißt zunächst ganz praktisch: die Aneignung von Wissen z.B. über den Bau und die Funktionsweise von Brand- und Sprengsätzen. Über das Fälschen von Papieren aller Art, über die Herstellung und Verbreitung der eigenen Propaganda (Zeitung, Flugblätter, Sender). Das bedeutet das strikte Einhalten von Sicherheitsmaßnahmen zum Selbstschutz (beim Quatschen, bei Treffen). Und schließlich den Aufbau eines logistischen Rahmens, der über die momentanen Anforderungen hinausgeht (Materialdepots, Untertauchmöglichkeiten). Es ist gefährlich, ohne dieses Wissen loszuziehen, irgendeine Aktion zu machen und zu hoffen, daß alles gutgeht.
Zur Frage: wie sich organisieren: Wir meinen nicht, daß es richtig ist, die militanten Genoss/innen aus allen möglichen Bereichen herauszuziehen und gesondert zu organisieren. Vielmehr geht es gerade darum, in möglichst vielen Bereichen diese Kampfformen innerhalb der bestehenden Gruppen zu erlernen und anzuwenden. Dies bedeutet schließlich auch die Parole:

Schafft viele revolutionäre Zellen

Sie ist politisch richtig, weil sie auf Autonomie, Eigeninitiative und Verankerung baut und sie ist aus Gründen der Sicherheit richtig, weil nur eine Organisation, die auf selbständig operierenden Gruppen basiert, in diesem Überwachungsstaat die Chance hat, nicht aufgerollt und zerschlagen zu werden.

Viva 8 Jahre RZ!

»Woran arbeiten Sie?« wurde Herr K.
gefragt. Herr K. antwortete: »Ich habe
viel Mühe, ich bereite meinen nächsten
Irrtum vor.« (Brecht)

Wir wissen, daß es für uns keine Garantie gibt, die gesteckten Ziele zu erreichen. Wir wissen aber auch, daß es in Anbetracht aller Ängste, aller Schwierigkeiten, aller Widersprüche für die Unterdrückten keine andere Möglichkeit zum Leben gab und geben wird, als zu kämpfen. Zu kämpfen mit allen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen. Und das sind beileibe nicht nur die militärischen, aber ohne sie haben wir keine Chance ! »Was bringts ?«, die beliebte Frage der Null-Bock-Einbringer, hat das optimistische »alles verändert sich, wenn du es veränderst« längst abgelöst. Das buchhalterische Abwägen von Kosten/Nutzen wird zum handlungsbestimmenden - oder besser handlungsverhindernden - politischen Bekenntnis. Da kommt die Versichertenmentalität derjenigen zum Vorschein, die aufgrund ihres langen Marsches durch die Institutionen oder zu sich selbst allemal mehr zu verlieren haben als ihre Ketten.

Sicherlich müssen alle, die die Entscheidung für unsere Art zu kämpfen oder ähnliche Kampfformen unterstützen und entwickeln wollen, neben dem allgemeinen Für und Wider auch ihre persönlichen Lebensbedingungen berücksichtigen. Nur sollten bei diesem Abwägen zwei Punkte beachtet werden:

1. Mein Leben gehört nur mir allein. Aber es wird nicht von mir bestimmt, die Lebensbedingungen bestimmen andere. Den Kampf um meine Selbstbestimmung führe ich mit anderen. Ich kann ihn auch nur gemeinsam mit anderen gewinnen. Deshalb kann ich auch die Frage des Nutzens meines Handelns nicht allein von mir her bestimmen. Selbstverständlich hat sich für mich ganz persönlich der Kampf nicht »gelohnt«, wenn ich dabei sterbe. Selbstverständlich »lohnen« sich viele Jahre Knast aufgrund einer schiefgegangenen Aktion nicht. Die Frage nach dem Nutzen läßt sich nur dann richtig beantworten, wenn ich dabei das Ergebnis für den gemeinsamen Kampf sehe und berücksichtige.
2. Die inhaltlichen Schwerpunkte dieses Kampfes um meine Selbstbestimmungen setzen andere. Es ist eben nicht so, daß uns der Staat in Ruhe ließe, wenn wir ihn ließen.

Die AKWs werden gebaut, wenn wir das nicht verhindern. Unsere Stadtviertel werden wegsaniert, wenn wir uns nicht dagegen wehren. Die Ausplünderung der 3. Welt führt zu Verteilungskriegen und weiterer Verelendung des größten Teils der Erdbevölkerung, wenn wir mit unserem Kampf gegen den Imperialismus hier bei uns nicht endlich ernstmachen. Nein, nicht einmal der Olivenanbau in Griechenland garantiert ein gesichertes Überleben.

Indem wir die Vereinzelung des Einzelnen in der kollektiven revolutionräen Praxis aufzuheben versuchen, werden sowohl die objektiven Bedingungen, als auch das Verhalten der Menschen untereinander verändert. Wir durchbrechen den Teufelskreis, in dem sich die zerstörerischen Bedingungen in der Selbstzerstörung bzw. gegenseitiger Zerstörung des Einzelnen fortsetzen und sich somit neu immer neu stabilisieren.

Der Wind dreht sich - die Zeichen stehen auf Sturm

Es ist eine Binsenwahrheit, daß die Guerilla jeden Fehler doppelt und dreifach bezahlt. Jeder Irrtum, der ihr unterläuft, jede Entscheidung für eine falsche Aktionsform schlägt auf sie zurück und zwar in einem Maße, daß es ihre politische und organisatorische Existenz bedroht. Eigene Unzulänglichkeiten -

Unachtsamkeit, Großspurigkeit, Eitelkeit, Selbstüberschätzung - können schnell zu Fallstricken eines Zusammenhangs werden, der klandestin agiert. Schon kurze Momente von Gedankenlosigkeit, von Unaufmerksamkeit, von mangelnder Konzentration genügen, um sich den Bullen preiszugeben. Unerfahrenheit oder - die Kehrseite - Routine, übertriebene Vorsicht wie überhebliche Selbstsicherheit können der Grund sein, daß man unbewußt die eigene oder die Sicherheit, das Leben, die Gesundheit anderer Militanter riskiert. Da sich bewaffnete Politik nicht in Planspielen durchexerzieren läßt, sondern sich immer und unmittelbar in der Konfrontation mit der Realität bewähren muß, ist es ein Kampf auf des Messers Schneide.

Wir haben in der Vergangenheit Fehler gemacht und dafür einstecken müssen. Daß wir uns deshalb seit einiger Zeit zurückgezogen haben, ist nicht nur dem BKA nicht entgangen. Es ist jedoch Propaganda der Bullen, wenn sie sich heute hinstellen und behaupten, sie wären uns mit ihren Computern, mit Rasterfahndung und Spezialeinheiten auf die Schliche gekommen. Sie brauchen diese Lüge, nicht nur um sich selbst und der ganzen Welt gegenüber den Aufwand zu legitimieren, den sie betreiben, sondern vor allem, um zu demonstrieren: ein Konzept bewaffneten Widerstands, der sich in autonomen Kernen organisiert, hat in den Metropolen keine Chance. Es verfängt sich über kurz oder lang in den Netzen, die der sozialtechnokratische Überwachungsstaat ausgeworfen hat. Keine Frage, die Technologie politischer Kontrollen, die sie in den 70er Jahren als Waffe gegen den realen wie den potentiellen »inneren Feind« geschmiedet haben, hat die Bedingungen der Organisierung von Illegalität verändert, hat sie zunächst erschwert. Aber sie hat bestehende Ansätze weder zunichte noch ihre Verbreitung unmöglich gemacht. Selbst das dichteste Netz besteht bekanntlich aus Löchern.

Nein, die Rückschläge, die wir erlitten haben, brauchen sich die Bullen wahrlich nicht als ihre Erfolge ans Revers zu heften. Sie sind vielmehr dem Umstand geschuldet, daß wir in diesem Land begonnen haben,in dem selbst die historische Realität eines bewaffneten Antifaschismus dem Vergessen preisgegeben wurde, weil nicht sein kann, was nicht sein darf; in dem es galt und gilt, bewaffneten Widerstand erstmal denkbar und praktizierbar zu machen. Mangelnde Erfahrung sowie unsere eigenen Unzulänglichkeiten als Subjekte, die ihre Identität und Freiheit im Kampf um ein menschenwürdiges Leben aufgehoben sehen und doch zugleich als Kinder dieser jämmerlichen Gesellschaft mit ihrem Dreck behaftet sind, waren in den zurückliegenden Jahren immer auch eine Quelle von Fehlern, die den Bullen ihre Arbeit erleichtert haben. Die Fähigkeit zu Selbstkritik, der Mut, scheinbare Sicherheiten und Selbstverständlichkeiten immer wieder in Frage zu stellen, also Leben statt Erstarrung sind deshalb grundlegende Bedingungen eigenen Überlebens.

Nicht zuletzt deshalb zielte der Angriff jener antiterroristischen Kreise, die sich hinter dem geläuterten Horst Mahler [5] und einem reuigen Hans-Joachim Klein verschanzen, auch darauf, die Guerilla auf das Gleis der Dementis zu zwingen und ihr um jeden Preis die Ebene der Kritik und Selbstkritik zu verbauen. Von Leuten, für die am Anfang der »Rückkehr in die Menschlichkeit« [6] die Wiederherstellung des Dialogs mit der Macht steht, kann man schlecht erwarten, daß sie im gleichen Atemzug die ernstgemeinte Auseinandersetzung mit den subersiven Teilen der Bewegung suchen. Sie können die Realität bewaffneten Widerstands nur denunziatorisch bewältigen. Die »Anekdoten aus der Unterwelt«, die Gerüchte, die widerlichen Phantasien und Projektionen, der ganze Dreck, der dort gleich kübelweise ausgeschüttet wird, zeichnet nicht nur ein Bild von der Menschlichkeit, die sie meinen. Daß mit der Heftigkeit zur Sache gegangen wird, verrät zugleich das politische Kalkül des Angriffs. Die Behauptung eigendynamischer Entwicklungen innerhalb der Guerilla, die sich quasi mit Naturgewalt hinter ihrem Rücken Geltung verschaffen, zielt darauf, Lernprozesse überhaupt zu verhindern. Wenn der einzelne Militante wie die Gruppe als ganze immer nur Opfer übermächtiger Strukturen sind, kann Erfahrung nichts anderes als Selbstbetrug sein. Weil sich diese ehemaligen Häuptlinge der APO der Aufgabe

verschrieben haben, alles zu bekämpfen, was sich nicht in die tugendhaften Pfade der Re-Institutionalisierung und Selbstgettosierung der Bewegung in den Alternativen einzwängen lassen will, ist ihnen schon die Fähigkeit der Selbstkritik ein Dorn im Auge. Sie wissen: nicht daß man Fehler macht, ist der Fehler, sondern, daß man sie nicht beizeiten erkennt. Eigene Fehler zu begreifen, beinhaltet auch immer die Möglichkeit, gestärkt aus den Rückschlägen hervorzugehen. Die Vermittlung von Erfahrungen in die Bewegungen hinein, heißt zugleich, daß sie in kommenden Auseinandersetzungen Ausgangspunkt eines Schrittes nach vorn werden können.
Das ist der Grund, warum wir diese Zeitung machen. Wir wollen Erfahrungen weitergeben an Gruppen, an Genoss/inn/en, die ihre eigene Praxis in der Kontinuität autonomen Widerstandes definieren, die begriffen haben, daß der revolutionäre Kampf viele Gesichter hat und die willkürliche Trennung von legalen und illegalen Aktionsformen nur eine Erfindung von Leuten ist, die uns ein Faustpfand aus der Hand nehmen wollen. Dabei lassen wir uns bewußt nicht auf die Ebene der Diskussion ein, wie sie uns aus Westberlin und Frankfurt [7] oft genug vorgegeben worden ist. Wer darauf hofft, sollte nicht weiterlesen. Dementis können nicht das Mittel sein, mit dem Linke ihre Glaubwürdigkeit unter Beweis stellen. Wir haben uns lange genug mit dem falschen Adressaten beschäftigt, nicht nur, weil wir fälscherweise das, was diese Szene mit Hilfe der von ihr kontrollierten Meinungskonzerne (ID, Pflasterstrand, TAZ) verbreitet hat, mit dem Stand und der Tendenz der Bewegung insgesamt verwechselt haben, sondern auch, weil wir den Anpassungsprozeß von Leuten nicht wahrhaben wollten, mit denen uns wichtige Etappen in der Geschichte der Revolte verbinden. Daß wir darüber auf einem Auge blind geworden sind für neue Ansätze von Subversivität, für andere militante Kerne, die sich fernab von dieser Scene und davon unberührt gebildet und ausgebreitet haben, sollte ihr einziger Erfolg gewesen ein.

Die Kritik aus der Guerilla an die Guerilla
Verläßt jemand ein Komitee, eine Bürgerinitiative, so wird darum in der Regel kein Aufhebens gemacht. Und selbst wer sich auf Zeit oder Dauer auf sein gutbürgerliches Altenteil zurückzieht, kann mit wohlwollendem Verständnis rechnen. Wegbleiben als eine Form der Vermittlung politischer Entscheidung ist gang und gäbe. Wo früher Maos Thesen »gegen den Liberalismus« [8] diskutiert wurden, ist heute - gewissermaßen als Antizipation des Kommunismus - Marx' [9] »jeder nach seinen Bedürfnissen« in die gute Stube eingezogen. Darin eine Rückeroberung individueller Freiheit gegen fremdbestimmten Inventionismus von annodunnemal zu sehen, dazu bedarf es allerdings einer guten Portion Gehirnakrobatik. Was Beliebigkeit und Unverbindlichkeit bestenfalls signalisieren, ist ein erschreckendes Maß an Gleichgültigkeit, ist die Auflösung von Solidarität. Dennoch mißt dieselbe Linke, die für sich »Freizügigkeit« beansprucht und entsprechend lax miteinander verkehrt, mit zweierlei Maß, wenn sie den bewaffneten Gruppen ihre »Dissidenten« unter die Nase reibt. Das Recht auf Fehler scheint ein Privileg derer, die nicht einmal mehr Fehler machten. Der Austritt auf der Guerilla dient als Bestätigung der eigenen Abgrenzung, der »Aussteiger« wird funktionalisiert als Personifizierung der eigenen Vorbehalte. Wenn er will, kann er Triumphe feiern, weil er den scheinbaren Niedergang des bewaffneten Kampfes repräsentiert. Wir haben mehr als einmal gesagt, daß die Entscheidung für die Guerilla nicht unwiderruflich sein kann. Würden wir die RZ als den Zwangsverband zusammenschustern, als der er denunziert wird, wären wir allemal längst aufgerieben. Unsere Stärke ist die Identität jedes einzelnen. Ohne den Willen, etwas zu tun, wird sich nichts tun. Subjektivität - und das beinhaltet auch Freiwilligkeit - ist die treibende Kraft des Ganzen und nicht etwa autoritärer Druck, Terror nach innen oder gar Erpressung.
Unsere Krise der letzten Jahre hat sich am sichtbarsten gerade darin niedergeschlagen, daß einzelne

Militante den RZ den Rücken gekehrt haben. Nicht Leute wie Klein, die ihren Abgang in Szene setzen mußten, sondern Genoss/inn/en, für die einstige Perspektiven fragwürdig geworden waren, denen die Folgen eigenen Handels über den Kopf gewachsenen sind, die in die Mühle der inneren Widersprüche geraten sind und davon überrollt zu werden drohten. Jeder dieser Austritte hat einen erheblichen Rückschlag bedeutet: politisch, weil jede/r Genoss/in weniger uns objektiv schwächt, zumal die Entwicklung illegaler Strukturen noch in den Kinderschuhen steckt; emotional, weil die Zeit und die Bedingungen der gemeinsamen Organisierung Beziehungen zwischen den Mitgliedern einer Gruppe entstehen lassen, die nicht von einem Tag auf den anderen zu ersetzen sind; moralisch, weil jede Trennung zugleich eine grundsätzliche Infragestellung beinhaltet, die den Rest in den eigenen Überzeugungen verunsichert.
Die Einwände eines Menschen, mit dem man über Jahre gemeinsam gekämpft hat und der plötzlich eine Sackgasse sieht, wo man selbst meint auf dem richtigen Weg zu sein, lassen sich nicht ad acta legen, als wäre nichts geschehen. Die Kritik an der Guerilla aus der Guerilla hat ein eigenes Gewicht. Sie bedeutet immer auch, daß wir noch weit entfernt davon sind, interne Widersprüche als Moment der Entwicklung zu handhaben, anstatt von ihnen aufgefressen zu werden.
Wir wollen uns im folgenden vor allem an zwei Positionen orientieren, die innerhalb dieser Diskussionsprozesse eine Rolle gespielt haben. Von der einen Seite wurde gesagt, daß zwischen der radikalen Zielsetzung bewaffneten Widerstands und seiner tagtäglichen Realität ein Bruch bestehe. Während der Kampf im Zusammenhang der bewaffneten Gruppen immer auch als Prozess der Befreiung zum selbstbewußten Menschen beschrieben worden sei, diktieren die »Regeln« der Klandestinität den Militanten eine Lebensweise, die eben diesen Prozeß blockiert. Die subjektive Radikalisierung scheitere an den realen Sachzwängen. Damit entfalle aber ein Moment, das wir selbst zur absoluten Maxime erhoben hätten. Wenn die Kollektivität nicht entsteht, die entscheidenden Rückhalt dafür bildet, daß sich der einzelnen in diesem Kampf riskiert, wird die Guerilla auf Dauer ihre Militanten verschleißen.
Die zweite Position stellt die behauptete Effizienz der Politik der RZ in Frage. Jede unserer Aktionen habe lediglich die Bedingungen der nachfolgenden Aktionen erschwert, bis schließlich gar nichts mehr gehe. Bewaffneter Widerstand sei zwar legitim, weil jeder das Recht hat, auf die Zerstörung seiner Lebensbedingungen durch die kapitalistischen Produktions- und Machtverhältnisse mit dem Bedürfnis nach Destruktion zu reagieren.
»Man bleibt entweder terrorisiert oder wird selbst terroristisch« (Sartre) [10]
Aber dieser Widerstand habe keine Perspektive von Sieg. Es sei Selbstbetrug, wenn die Guerilla ihrer Praxis den Anstrich von Strategie verleiht. Deshalb kann jeder nur mit sich selbst abmachen, ob er die persönlichen Folgen eines ingesamt aussichtslosen Kampfes in Kauf zu nehmen bereit ist oder sich lieber der andauernden Unterdrückung und Erniedrigung zu entziehen versucht, indem er sich einen Platz in einem der Reservate der Alternativkultur sichert.

Zersetzung macht stark

Haben also doch all diejenigen recht, die schon seit langem unken, daß es sich bei der Darstellung der Guerilla eher um eine harmonisierende Legendenbildung als um Realität handelt ? Sind die zitierten Positionen nicht beredtes Zeugnis dafür, daß die Guerilla lediglich am eigenen Mythos bastelt, um ihre innere Aufweichung zu kaschieren?
Wir bleiben dabei: NEIN.
Dennoch hat es in unserer Geschichte Erfahrungen gegeben, die Frage der Individualität im Kampf um die Erneuerung der Gesellschaft ebenso wie das Problem der politischen Wirksamkeit einer Praxis bewaffneten Kampfes anders - weniger glatt, weniger unangreifbar - zu diskutieren.

Es scheint eine verkehrte Relation zwischen der tatsächlichen Stärke von Bewegungen und ihren jeweiligen Zielprojektionen zu geben. Je weniger greifbar die Zukunft ist, desto plastischer wird sie ideell vorweggenommen. Wo sich Resignation breitmacht, wuchern gleichzeitig wilde Phantasien von einer befreiten Gesellschaft. Die Parallelität zwischen realem politischen Bedeutungsverlust und der Hochkonjunktur alternativer Lebensentwürfe ist frappierend. Ob damit auch um politische Glaubwürdigkeit im Volk gewetteifert wird, sei dahingestellt. Vorrang hat sicherlich der Wunsch, sich im kleinen schon jetzt und unmitttelbar zu nehmen, was man machtpolitisch weder kurz- noch langfristig je zu kriegen scheint. In dem Bemühen, jene konstruktiven Modelle einer nachrevolutionären Periode zu entwerfen und diese womöglich schon heute in Taschenformat zu leben, ist jedoch eine Bestimmung des historischen Prozesses unter den Teppich gekehrt worden, die für das Selbstverständnis der autonomen Linken ursprünglich fundamental war: daß Revolution Zersetzung heißt, daß sich der Bruch mit der Gesellschaft in der radikalen Negation der kapitalistischen Verwertung im umfassenden Sinne vollzieht. »Die erste positive Zielsetzung ist die Negation des Bestehenden « (Marcuse) [11]

Das Warenverhältnis hat die Verkehrsformen der bürgerlichen Gesellschaft, ihre Einrichtungen, ihre Technologien, ihre Moral derart durchtränkt, daß ein Kompromiß ausgeschlossen ist. »Wiederaneignung ist gleichbedeutend mit Verweigerung, mit Sabotage, mit Destruktion, während Konstuktivität, Vermittlung, Institutionen Attribute der Macht sind.« Es galt als Zeichen der Stärke, daß sich die Linke nicht hat zwingen lassen, ihre Wünsche und Träume in festgeschriebene Programme umzumünzen, die als Produkte des kolonisierten Kopfes lediglich Zeugnis der zugerichteten Engstirnigkeit und Verkümmerung hätten sein können. Die Aufforderung zur Produktivität - Kritik solle, bitte schön, doch auch mal positiv sein - wurde belächelt und zurückgewiesen als Versuch, uns die Flügel schon bei den ersten Flugversuchen zu stutzen. Die Autonomie der Bewegung basierte darauf, daß sie destruktiv war; das Verlangen nach einem konstruktiven Beitrag galt als reformistisch, als Initiative von oben, um die neuen Impulse einzusacken und zum Motor kapitalistischer Entwicklung umzuformen. Nicht zufällig wurde »macht kaputt was euch kaputt macht« zur perspektivischen Losung: Die Hoffung auf eine abstrakte Zukunft realisierte sich in notorischer Feindseligkeit gegen die greifbare und daher angreifbare Gegenwart. Gegen die Totalität der Macht gibt es nur ein Mittel - die totale Verweigerung. »Das radikale Bedürfnis nach Freiheit kann sich nur als militantes Bedürfnis gegen den herrschenden Machtkomplex wirklich Luft verschaffen.« (Dutschke). [12] Dieser Begriff von Revolution als Zersetzungsprozeß richtet sich gleichermaßen gegen das Individuum selbst, das die als falsch begriffene Welt attackiert, um wieder Geschichte zu werden. Die Unfähigkeit zum Kompromiß mit der Gesellschaft spart den Menschen nicht aus, der als Kind eben jeder Gesellschaft immer auch ihr Opfer ist. Er kann zu dem, was er ist, nur durch die radikale Negation dessen werden, was aus ihm gemacht worden ist. Identitätsfindung heißt, die Nabelschnüre zur eigenen Herkunft zu kappen; heißt, mit den kompensatorischen Gegenleistungen zu brechen, die diese Gesellschaft aufzubieten hat; heißt, entschiedene Zurückweisung von sozialer Anerkennung, von Belohnung und Bereicherung, von falschen Sicherheiten, von fremdbestimmter Bedürfnisbefriedigung, von Teilhabe an den unteren Gliederungen des Machtgefüges.

Die Radikalisierung der eigenen Person geht zunächst einmal damit einher, daß einem sämtliche Felle davonschwimmen. Wer den bestellten Boden aus guten Gründen verläßt, kann dennoch nicht darauf vertrauen, daß er unmittelbar und sofort gepflügtes Neuland betritt.

Die Attraktivität der Alternativbewegung bestand zum guten Teil darin, daß sie so tut, als verwirkliche sich der Bruch mit der Gesellschaft in der Herstellung einer neuen Positivität. Statt an der Revolution festzuhalten, bietet sie ihren Anhängern einen Hort der Zuflucht, worin vermeintliche Negation des Alten und Entwurf des Neuen eine beschauliche Synthese eingehen. Ihr Versprechen auf einen radikalen Wandel der Lebensverhältnisse löst sie durch »kontinuierliche Andersartigkeit« ein, als wäre es mit der

»Reduktion der Differenz auf's Etikett« bereits getan. Das vage Gefühl der Unzufriedenheit kanalisiert sie, indem sie modelliert, wie es besser sein könnte. Sie spannt die »Austeiger« in ihre Zukunftsprojekte ein, ohne ihnen eine Chance zu lassen, »Rache zu üben für die erlittene Ausbeutung, Erniedrigung, Beleidigung und Unterdrückung, indem man die Verhältnisse zerstört, worin man der Gestoßene war. Der Verzicht auf Rache, dem keine Revolution vorausging, bedeutet, daß man die Unterdrücker gewähren läßt, wenn man sich ihnen durch Flucht entziehen kann.« (Pohrt). [13] Indem sich die Alternativen als »Fluchthelfer« des sich radikalisierenden Individuums anbieten, reproduzieren sie jedoch exakt die Verhältnisse, denen ihre Mitglieder eigentlich zu entkommen versuchten. Die Normen der Andersartigkeit sind nur Variaten der herrschenden Regeln. Nicht umsonst wird heute von den »Geschäftsführern« [14] der Alternativbewegung gewarnt, die die Leistungsgesellschaft hinten herum wieder einführen, nicht umsonst spekulieren einige ihrer Wortführer auf finanzielle Unterstützung aus der Staatskassen, wenn sie die entlastende Funktion der Alternativprojekte für den Arbeitsmarkt ebenso anpreisen, wie die dort realisierte Herausbildung eines neuen Produzententyps; nicht umsonst feiern Selbstausbeutung und Unterwerfung unter die Gesetze der Ökonomie gerade dort fröhliche Urstände, wo sie in einem verbalen Kraftakt für null und nichtig erklärt worden waren. Sachzwänge bleiben Sachzwänge, auch wenn ihnen das Wörtchen »Alternativ« vorangestellt wird. Um Mißverständnissen vorzubeugen: nicht, daß die Umwälzung des Alltagslebens schon heute beansprucht wird, greifen wir an. Wofür aber dieser Anspruch verabsolutiert und losgelöst wird von der prinzipiellen Feindseligkeit gegen die kapitalistische Kultur, wo der Rückzug auf die gettoisierte Selbstgefälligkeit als allein seligmachende Alternative zum militanten Angriff gegen den herrschenden Machtblock gehandelt wird, bleibt unter'm Strich bestenfalls die »lebensreformerische Marotte« des radikalisierten Individuums, das auf halber Strecke stehen bleibt und in Zukunft seine Kaputtheit auf Kosten des noch Schwächeren kultivieren und tätscheln wird.

Die Guerilla braucht sich diesen Vorwurf nicht machen zu lassen. Sie hat an dem Zusammenhang zwischen revolutionärem Kampf und Wiederaneignung von Identität festgehalten, als allerorten der Marsch zum Rückzug in die Kleingruppe und die abgeschottete Innerlichkeit geblasen wurde. Dennoch ist die Proklamation des neuen Menschen durch die Guerilla nicht frei von einem ähnlichen Mechanismus. Wo sich im Grunde erstmal ein Meer von Unsicherheiten, von Infragestellung und Absage auftut, wird dem sogleich die harmonisierende Version eines kämpfenden Kollektivs übergestülpt, dessen Militante allein schon durch die Entscheidung für den bewaffneten Widerstand alle Attribute des zukünftigen Mitglieds einer befreiten Gesellschaft auf sich vereinigen. Gleichsam als Entschädigung für den äußeren Druck wird die vollzogene Befreiung in den Binnenstrukturen suggeriert. Der emanzipierte Kämpfer, der frei von Leistungsdruck, Konkurrenz und Aggressivität liebevoll und zärtlich mit seinesgleichen verkehrt, ist das uneingelöste Versprechen, das die Guerilla gibt, um den inneren Schweinehund totzukriegen, der den entgangenen Privilegien einer bürgerlichen Existenz nachtrauert. Obwohl der »negatorische« Prozeß noch in vollem Gange ist, wird schon wieder an der Herstellung einer positiven Alternative gestrickt, damit der Sturz nicht allzu tief ist. Daß so »Helden« gezeugt und Gräben zur legalen Linken gezogen werden, ist nur die eine Seite. Die Person des Kämpfers wird so sehr ins Unvorstellbare transzendiert, daß die eigene Existenz zu einem Häufchen Elend verkümmert und man/frau besser Reißaus nimmt. Zugleich funktioniert die Proklamation des Subjekts nach innen als »Selbstansporn«: wenn sich die objektiven Bedingungen verschlechtern, muß das revolutionäre Individuum die Kastanien aus dem Feuer holen. Für Zweifel ist keine Zeit.

Innere Widersprüche sind ein Hemmschuh in der Erfüllung der Verantwortung für die Geschichte. Der Wille des Einzelnen wird zum ausschließlichen Motor gesellschaftlicher Dynamik, koste es, was es wolle. Und es kostet: selbst die ständige Beteuerung, daß sich in der Guerilla der neue Mensch

verwirklicht, kann auf Dauer nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich dabei um einen widersprüchlichen, um einen schmerzlichen Prozeß handelt. Wird dieser Prozeß negiert, werden falsche Hoffnungen geweckt und genährt, deren Nichteinlösung allmählich an die Substanz geht. Was in der oben skizzierten Kritik an der RZ auch zum Ausdruck kommt, ist die enttäuschte Erwartung, daß die Entscheidung für den bewaffneten Kampf »entlohnt« wird, sei es nur in Form des sichtbaren politischen Erfolgs, sei es als Wiederherstellung der verlorengegangenen Menschlichkeit in den eigenen Reihen und zwar hier und heute.

»Gemessen an den landläufigen Vorstellungen hat der Alltag eines Guerilleros wenig Heroisches.« Im Gegenteil: seine Entscheidung nötigt dem Militanten ein Doppelleben auf, das voller Widersprüchlichkeiten steckt. Seine sichtbare Identität ist nicht immer seine wirkliche Identität und seine wirkliche Identität unterliegt dem Vorbehalt, möglichst nicht sichtbar zu werden. Wo sich die Guerilla als Organisation in dem strukturellen Widerspruch bewegt zwischen der politischen Notwendigkeit, sich zu öffnen, um Teil der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu sein (und zu bleiben) und dem taktischen Zwang, sich abzuschotten, um sich vor Unterwanderung und Aufdeckung zu schützen, steht der Einzelne in dem Konflikt, die Radikalität seiner Entscheidung tagtäglich leben zu wollen und sich andererseits aus Gründen der Abschirmung immer wieder zurücknehmen zu müssen. Obwohl sich der illegale Zusammenhang aufgrund seiner eigenen Logik nicht mit Halbheiten zufrieden geben darf, sondern um Offenheit, Initiative und vorbehaltlose Solidarität kämpfen muß, kommen die tatsächlichen Bedingungen von Klandestinität und Illegalität der Entwicklung derartiger Verhaltensweisen immer wieder in die Quere. Kollektivität besteht oft nur in dem Bewußtsein, Gruppe zu sein und weniger in der erfahrbaren, fühlbaren Praxis. Dies umso mehr, als die direkten Aktionen nur einen verschwindend geringen Anteil an der generellen Praxis der Organisierung von bewaffnetem Widerstand haben. Es wäre naiv, die Guerilla auf die Momente ihrer praktischen Wirksamkeit reduzieren zu wollen, auch wenn sie sich erst darin verwirklicht. Und alle Mystifikationen und Idealisierungen, jegliches Flair von Abenteuerlust, müssen verblassen vor dem Hintergrund der tatsächlichen Relationen. Jede Intervention beruht auf einer Reihe von Vorarbeiten - Bewegungen, Qualifikationen, Untersuchungen, Absicherungen, die für sich selbst genommen in den seltensten Fällen den globalen Ansprüchen genügen. Es ist als isolierte Tätigkeit wahrlich nichts Revolutionäres, einen Transport zu machen oder Informationen zu sammeln oder eine Unterkunft zu organisieren oder Kilometer um Kilometer zu fressen, zu warten und wieder und wieder miteinander zu diskutieren, auch wenn jede dieser Aktivitäten unverzichtbares Glied einer ganzen Kette von Voraussetzungen ist, ohne deren Bewerkstelligung wir vielleicht einzelne Aktionen zustande gebracht, aber mit Sicherheit nicht eine gewisse Kontinuität bewaffneten Widerstandes gewährleistet hätten.

Keine Frage, die Widersprüche, die aus der Entscheidung für den gewaffneten Kampf folgen, zehren an der Identität. Die notwendige Zurücknahme der eigenen Person hier, die geforderte und doch nur ungenügend beanspruchte Totalität dort hinterläßt das Gefühl der Zerissenheit. Und dennoch wäre es eine Illusion zu hoffen, diese Widersprüche wären nach der einen oder anderen Seite hin befriedigend auflösbar, statt Kontrast gäbe es Harmonie. Ihnen entgehen kann nur, wer den Rückzug antritt und damit Widersprüche ganz anderer Qualität auf sich lädt: nämlich, statt gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu kämpfen, von ihnen zu profitieren, statt Feind der herrschenden Verhältnisse plötzlich deren Nutznießer zu sein. »Widersprüche bewußt aushalten, sie flexibel zu handhaben und sie nicht leugnen oder verdrängen, kann hingegen ein Moment der Stärke, der Kraft werden. Sie sind unmittelbarer Ausdruck jenes Zersetzungsprozesses, den gerade der Metropolenmensch auf sich nehmen muß.« Daß dieser Prozeß schmerzlich ist, ist klar. Er ist Konsequenz der Situation des Revolutionärs in den Zentren, wo die Entwicklung von Radikalität einer Gratwanderung gleicht. Stets auf der Kippe zur Kumpanei mit der Macht, ist er darauf angewiesen, unerbittlich gegen sich selbst zu sein, an seiner Moral festzuhalten

und alle Strukturen von Macht, die sich in ihn hinein verlängern, energisch zu bekämpfen. Wer Angst kennt bzw. sich eingesteht, weiß was gemeint ist, weiß, daß die »Überwindung von Angst ein gewaltiger Akt der Befreiung ist«, der nicht nur das Handeln, sondern auch das Denken aus der Umklammerung fremder Infiltration löst. Zu Recht kritisiert die AUTONOMIE, daß sowohl in der Legitimation der unbedingten Militanz als auch in der großen Geste der Ohnmacht, die sich selbst »gewaltfrei« nennt, Fragmente von Angst in Politik übersetzt werden. So wirkt Herrschaft selbst in den Köpfen derer nach, die eben diese Herrschaft doch mit ihrer ganzen Person durchbrechen wollten. Und wo die Erzeugung von Ohnmacht, die Demonstration der eigenen Nichtigkeit nicht ausreicht, treten andere Mechanismen auf den Plan, die diese Gesellschaft nach wie vor zusammenhalten. Die Rückversicherungstrategien, die den Marsch durch die Institutionen ebenso begleiten wie den Rückzug in die alternative Subkultur, sind ein Beleg dafür, daß die Kompensation- und Korruptionsangebote der Gesellschaft selbst unter »gestandenen« Linken noch lange nicht ihre Wirkung verloren haben. Wer kennt nicht den Lehrer, der sich für den Schulstress statt mit einer Bombe mit einer mehrwöchigen Erholungsreise auf den Spuren des europäischen Kolonialismus »revanchiert«, um sie dem nachsetzenden neokolonialen Massentourismus zu erschliessen; oder den genervten Sozialarbeiter, der Stück für Stück seine einstige Sperrmüllkultur durch skandinavisches Teak plus compact disc ersetzt und auf diese Weise doppelt reinfällt, anstatt sich gegen seine Funktionalisierung als Sozialkontrolleur zur Wehr zu setzen; oder den Prediger des biologischen Anbaus, der erst Befreiung durch Armut im selbstgewählten Reservat versprochen hat und nun die Früchte des Verzichts ernten will, indem er die menschlichen Beziehungen zu seinem eigenen Vorteil erneut kommerzialisiert. Konsum, Karriere, Prestige, Geld sind Verlockungen der Macht, die den Menschen an den globalen Schuldzusammenhang imperialistischer Strategie ketten sollen, deren Gegenpol auf Vernichtungskriegen, Hungersnöten, unsäglicher Armut basiert.
»Wenn wir sagen, daß Freiheit nur möglich ist in der Entscheidung gegen das herrschende System, so schließt das auch Kompromißlosigkeit gegenüber den verinnerlichten Gewaltverhältnissen ein.« Befreiung ist immer auch Kampf gegen die Unterwanderung des Subjekts durch die Macht, die den Menschen bis in das Innerste seiner physischen und psychischen Strukturen geformt und deformiert hat. Das vorweggenommene »Reich der Freiheit«, das die Guerilla sein wollte, bleibt erst einmal ein harmonisierendes Zukunftsgemälde. Vor uns liegt ein langer Weg der Zersetzung, der Destruktion, des wirklichen Bruchs mit der Gesellschaft, auf dem jeder Versuch des frühzeitigen Glättens eher ein Schritt zurück, als einen Schritt voran bedeutet.
Es sollte klar sein, daß mit so verstandener Befreiung weder individuelle »Kraftmeierei« noch ein gruppeninterner, quasi therapeutischer Akt gemeint sein kann. Wenn wir Kampf sagen, so ist Befreiung implizit als Element sozialer Prozesse definiert. Und das schließt die ständige Wechselwirkung zwischen kämpfender Gruppe und Massenbewegung ein. Nur im gegenseitigen Austausch kann die Persönlichkeit des revolutionären Militanten Gestalt annehmen, die mit der Vielfalt der Wirklichkeit noch vermittelt ist. Wo dieser innere Kontakt wegfällt, läuft die Guerilla Gefahr, daß sie den sich befreienden Menschen »schnell zum reinen Kämpfer verselbständigt und die moralische Identität, die sie sich aneignet, unhistorisch bleibt und sich auf den inneren Gruppenzusammenhang beschränkt.« (Roth)
Der Ausstieg einzelner Genoss/inn/en aus den RZ erklärt sich auch aus diesem Zusammenhang. Nicht zufällig entsteht die Kritik unter den Eindruck des deutschen Herbstes 1977, der ja nicht nur eine Demonstration des tatsächlichen Gewaltpotentials »deutscher Rechtsstaatlichkeit« war, sondern zugleich den drohenden Bruch zwischen Massenbewegung und bewaffneten Gruppen endgültig zu besiegeln schien. Signale waren allerdings schon lange gesetzt:

Denunziation und Ausgrenzung
Mit Denunziation und Ausgrenzung hatte die Linke - von wenigen Ausnahmen abgesehen - auf die

ersten Aktionen der RAF reagiert, obwohl sich in ihnen wenigstens anfangs vor allem ihr eigenes Dilemma widerspiegelte: was sollte der Phase moralischen Protests folgen, dessen politische Kraft sich abgenutzt hatte? Daß Ulrike durch Verrat aus den Reihen der nunmehr verbeamteten Linken (Rodewald [15]) ans Messer geliefert werden konnte, ohne daß es zum Eklat kam, eindrucksvoller hätte sich der moralische Verfall nicht inszenieren lassen. Selbst die »Solidarität mit den Opfern«, die erst den Tod von Holger Meins [16] brauchte, um von der Wirklichkeit der Isolationsfolter in BRD-Knästen überzeugt zu sein, stand auf tönernen Füßen; schon einen Tag später - in Berlin war der Richter Drenkmann [17] erschossen worden - »erwies sich, was sie auch war, nämlich Instrument der Spaltung.« Und als schließlich auch noch die radikale Frankfurter Spontiscene [18] nach dem Tod von Ulrike 1976 entsetzt vor dem zurückschrak, was ihre eigene Militanz zur Folge haben könnte, drehte sie den Spieß kurzerhand um und münzte ihre Niederlage in einen Generalaufwasch mit den bewaffneten Gruppen um: » Wir fordern sie von hier aus auf, Schluß zu machen mit dem Todestrip, runterzukommen von ihrer bewaffneten Selbstisolation, die Bomben wegzulegen und die Steine und einen Widerstand, der ein anderes Leben meint, wieder aufzunehmen.« (Joschka Fischer [19] 1976). Wo die Fürsprecher eines so verstandenen Widerstandes mittlerweile geendet sind, ist bekannt. Mit Steinen, die zum Werfen gedacht waren, frieden sie heute ihr »anderes Leben« ein.
Vom »solidarisch« gemeinten Appell bis zur versuchten Erpressung war es nicht mehr weit. Im Herbst 1977 formierte sich, was bis dahin noch Tendenz war, zur gnadenlosen Offensive gegen den »Terrorismus«. Es schien, als würde sich diese Linke unter dem Klima der Hemmungslosigkeit selbst die letzten Skrupel vom Halse schaffen. Die Ventile waren geöffnet, endlich konnte man sich ungezügelt Luft verschaffen. Da krochen einstige SPD'ler, die die Früchte des großen Runs auf die akademischen Planstellen nicht leichtfertig auf's Spiel setzen wollten, gleich scharenweise vor dem staatlichen Gewaltanspruch zu Kreuze und boten sich der Obrigkeit an, in die Bewegung zurückzukehren, um die Wurzeln der Subversivität von unten aufzurollen. Da häuften sich die erbärmlichen Gesten der Untertänigkeit, wurden Ergebenheitsadressen und Loyalitätsbekundungen gleich zu Hauf produziert, galt der Kniefall vor der Staatsgewalt als Zeichen der Humanität angesichts des Schrecken, den der Versuch der Gefangenenbefreiung verbreitete. Kaum einer, der um seinen Ruf zu fürchten brauchte, wenn er wie selbstverständlich zur politischen Isolierung oder gar persönlichen Denunziation der Organisationen und Militanten des bewaffneten Widerstands anstiftete. Nicht nur der Lange Marsch [20] sah sich in dieser Situation (und danach) berufen, aus dem Innern der Linken heraus eine ihrer Fraktionen zum Abschuß freizugeben und sich zum Teil des staatlichen Programms der »Terroristenvernichtung« zu erklären.
Herbst 1977 - die letzten Schranken, wenn schon nicht der Solidarität, so doch der moralischen Integrität waren gefallen. Die Kluft zwischen der legalen Linken und den bewaffneten Gruppen war unversöhnlich geworden, der politische Bruch schlug in unverholene Feindseligkeit um.
Es ist nicht an uns, den Anteil der legalen Linken an dieser Entwicklung aufzuzeigen. Die notwendige Selbstbesinnung ist sie sich selbst wie anderen schuldig geblieben.

Herbst 1977 - Bruch zwischen der legalen und bewaffneten Linken

Wir selbst nahmen die Herausforderung an und erklärten, nicht länger Teil dieser Linken zu sein. Wir vollzogen den Bruch, indem wir über die Verkommenheit des Legalismus herfielen und uns in der absoluten Notwendigkeit des beschleunigten Aufbaus illegaler Strukturen bestärkt sahen. Der Wirksamkeit anderer Formen des Widerstands als der des bewaffneten Kampfes schien angesichts der Toten von Stammheim jeglicher Boden entzogen zu sein. Daß wir uns mit dieser Verarbeitung des Geschehens selbst den Boden unter den Füßen wegziehen würden, daß wir im Begriff waren, Guerilla als eine von vielen Methoden des politischen Kampfes zu verabsolutieren, ist uns erst geraume Zeit später

bewußt geworden. Denn in der Anerkennung des endgültigen Bruches zwischen legaler Linken und bewaffneten Gruppen lag zugleich das Eingeständnis des vorläufigen Scheiterns eines Konzeptes, in dem das Verhältnis zu den autonomen Bewegungen, zu den Massenkämpfen, zu den legalen politischen Kernen von Beginn an einen zentralen Stellenwert hatte. Die entstandene Kluft war auch ein Signal, daß wir uns mehr und mehr an den realen Prozessen vorbeigemogelt hatten und an Ideen und Hoffnungen festhielten, die durch den tatsächlichen Verlauf der 70iger Jahre zur Fiktion geworden waren.
1973, als eine Revolutionäre Zelle erstmals namentlich Verantwortung für Aktionen übernahm, hatten wir uns am Ausgangspunkt eines neues Aufschwungs von Massenbewegungen geglaubt, die die verschiedenen Sektoren der Gesellschaft erfassen würde. Anzeichen gab es zur Genüge: die Streikwelle, die auf Fabriken wie Hoesch, Mannesmann, John Deere, Klöckner usw. überschwappte, signalisierte eine für deutsche Verhältnisse neue Qualität in den Kampfzielen und -formen, an den Fabriktoren der Kölner Ford-Werke kristallisierten sich die Umrisse einer sich autonom organisierenden, multinationalen Arbeiterklasse heraus. Gleichzeitig gärte es in den Stadtteilen. Die Jugendbewegung hatte mit dem Kampf für selbstverwaltete Jugendzentren wieder ein verbindendes politisches Motiv gefunden, das bis in die kleinsten Provinzstädte widerhallte. In den Hausbesetzungen kam der radikale Wille zum Durchbruch, sich tatsächlich zu nehmen, was wir brauchten. Mit dem Schwarzfahren, dem Ladenklau, dem Krankfeiern wurden andere Formen des Widerstandes als eminent politisch entdeckt, die bis dahin lediglich privaten Charakter hatten. Zur gleichen Zeit entwickelte sich im rasanten Tempo mit der Frauenbewegung eine neue gesellschaftliche Kraft, die vor 1975 in der Kampagne gegen den § 218 ihren Höhepunkt als überregionale Bewegung erlebte. Und nicht nur die nationalen, sondern auch die internationalen Geschehnisse in der ersten Hälfte des Jahrzehnts gaben Anlaß zu Optimismus. Vietnam, Kambodscha, Griechenland, Angola, Mosambik, Spanien, Portugal stehen in dieser Periode als Namen für eine siegreiche Perspektive antiimperialistischer oder antifaschistischer Befreiungsbewegungen. Selbst in Chile schien mit dem MIR eine politische/militärische Kraft heranzuwachsen, die stark genug sein würde, um die blutige Pinochet-Diktatur wieder zu stürzen.
Diese Aussicht auf die bevorstehende Phase von Massenkämpfen neuen Inhalts koppelte sich mit unseren eigenen Erfahrungen. Wir wußten:
* Politik innerhalb der Normen formaler Demokratie blieb ohnmächtige Politik. All jene Vorstellungen, die auf eine lange Phase von Aufklärung und Propaganda bauten, ohne gleichzeitig Aktionsebenen zu definieren, standen stets an der Schwelle zur Vereinnahmung.
* Der repressive Staatsapparat hatte dazugelernt und war darauf eingerichtet, den Massenwiderstand in die Grenzen seiner Handlungsmöglichkeiten zu verweisen. Klandestinität war eine Basis gegen Repression.
* Subjektivität, der Wille zum revolutionären Handeln, kann Berge versetzen.
* Das Unvorstellbare galt nicht mehr. Die Praxis der RAF, aber auch etlicher anderer subversiver Kerne, hatte mit einem Tabu aufgeräumt, das in diesem Land eine lange Tradition hat. Die Organisation revolutionärer Gewalt gegen den totalitären Gewaltanspruch des Staates in allen seinen Formen war wieder richtig und möglich.
Vor diesem Hintergrund entstand ein Konzept bewaffneten Kampfes, in dem die Stärkung der Masseninitiative durch klandestin operierende, autonom und dezentral organisierte Gruppen der erste Schritt eines langwierigen Angriffs auf die Macht sein sollte. »Was wir wollen, ist die Gegenmacht in kleinen Kernen organisieren, die autonom in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen arbeiten, kämpfen, intervenieren, schützen, die Teil von der politischen Massenarbeit sind. Wenn wir ganz viele Kerne sind, ist die Stoßrichtung für die Stadtguerilla als Massenperspektive geschaffen.« (Revolutionärer Zorn Nr. 1).
Die Kriterien, denen eine solche Praxis unterlag, nämlich Orientierung an gesellschaftlichen Konflikten,

Vermittelbarkeit von Aktionen, Nachmachbarkeit, Verteidigung erkämpften Gegenmilieus, zeigen, worum es uns schon damals ging: um das Bewußtsein der Menschen, um die Zerstörung des Gefühls der Ohnmacht, um Überwindung der Hoffnungslosigkeit, also um den Kampf gegen jene spezifische Form der Verelendung, wie sie für die Metropole charakteristisch ist.

Rückblickend ist es leicht, hinter dieser Sorte von optimister Vorausschau auch Naivität gegenüber der tatsächliche Bewegung revolutionärer Prozesse zu vermuten. Unter dem Einfluß von Gruppen wie der Gauche Proletarienne [21], The Black Panther Party [22], den Tupamaros [23], der IRA [24], der ETA [25] und dem Schwarzen September [26], deren Stärke vor allem darauf beruht, daß sie sich auf ein zentrales, das Volk vereinendes politisches Motiv berufen können, hatten wir sicherlich die Hindernisse unterschätzt, die der Herausbildung einer Massenguerilla im Wege standen. Und auch die Hoffnung, die Klassenbewegung wäre - einmal ins Rollen gekommen - aus sich heraus fähig zu Kontinuität, erwies sich als Illusion. Weder sollten sich die verschiedenen Bewegungen in jener Gradlinigkeit fortentwickeln, die wir unterstellt hatten, noch sprang aus der Initiative einer Handvoll »Kämpfer« der Funke über, der den Steppenbrand hätte entfachen sollen. Die Zeichen für die Vermassbarkeit illegaler Politik standen fürs erste schlecht.

Der Zerfall der Bewegung erwies sich als unaufhaltsam. Die sozialliberale Einkreisung der Jugendrevolte von oben zeigte erste Wirkung:

Während sie der Mehrheit der mittelständigen Schichten des Massenprotestes mittels Amnestie und Hochschulreform einen Weg zurück offengehalten hatten, um sich so langfristig deren Fähigkeiten zu sichern, präsentierte sie sich eine Etage tiefer von ihrer rüderen Seite. Mit Bullenrazzien und einstweiligen Verhaftungen machte sie allen verfrühten Hoffnungen darauf, daß die eroberten Freiräume (wie das Georg-von-Rauch-Haus) [27] schon Bastionen einer neuen Gesellschaft seien, ein rasches Ende.

An die Stelle der radikalen Utopie, die Phantasie, Selbstbestimmung, Entschlossenheit bedeutet hatte, trat nüchterne Realpolitik, in deren Folge die Auflösung der Einheit der Bewegung ihre verklärende Bemäntelung erfuhr. Die neuen/alten Organisationen hatten sich zu Instrumenten des Angriffs auf die antiautoritären Inhalte und Verhaltensweisen der Revolte entwickelt, der Prolet war zur Waffe geworden, mit der Aufsässigkeit und Anpassungsverweigerung zurechtgewiesen wurden. Mit der rückwärtsgewandten Selbstproletarisierung des studentischen Teils der 68er-Generation waren Disziplin, Opferbereitschaft, Geduld ebenso in die Scene zurückgekehrt wie Monogamie und der FaÁon-Schnitt.

Die langfristigen Früchte mühseliger Aufbauarbeit wurden verrissen, während die Orientierung am unmittelbaren Erfolg, eine der entscheidenden Triebfedern der APO, als kleinbürgerlich denunziert wurde. Entdeckt war der Teilbereich, die Abteilung in der Fabrik, die Gewerkschaftsgruppe, der Straßenzug, eine Schule, ein Jugendheim, eine Obdachlosensiedlung. Aber über die Behauptung, daß es Widerstand nur durch seine Teilbereiche gibt, geriet in Vergessenheit, daß diese nur durch den gesamten Widerstand bestehen und überleben können. Der jeweilige Erfahrungsbereich wurde so zum Nabel der Welt, die selektive Wahrnehmung zum Fundus, aus dem die gesamte Weisheit gelöffelt wurde.

Natürlich können das nur grobe Kennlinien sein. Dennoch markieren sie eines: die objektive Entwicklung hatte einer Praxis bewaffneten Widerstands teilweise den Boden entzogen, der Bezugpunkt, der Adressat unserer Politik - die Jugendrevolte - hatte sich in die Basisprojekte aufgelöst und darüber fundamentale Elemente des ursprünglichen Selbstverständnisses preisgegeben, ein gemeinsamer Nenner, Voraussetzungen des inneren Kontaktes zwischen Guerilla und Bewegung, existierte nicht mehr. Für uns, die wir ungeachtet dessen an dem Ziel einer Massenguerilla festhielten, bedeutete dieser Prozeß zweierlei:

1. Mit der Zersplitterung der Bewegung reduzierte sich die Bedeutung gesellschaftlicher Konflikte, in denen die Linke präsent war, auf Auseinandersetzungen, die nur in den seltensten Fällen wenigstens

lokale Ausmaße erreichten. Ob nun die Forderung nach einer Klimaanlage in einer Fabrik oder die Propaganda gegen ein Sanierungsprojekt in einem Stadtteil oder Ärger über einen besonders miesen Vermieter - all diese Aktivitäten wurden nicht mehr als Teil eines Ganzen begriffen, sondern waren Ausdruck weitgehend isolierter und gruppenspezifischer Interessen. Da es hunderte solcher Konflikte gab, mußten Aktionen zwangsläufig einen gewissen Grad an Beliebigkeit haben. Die typische Auseinandersetzung, innerhalb derer bewaffnete Politik ihre Funktionen und konkrete Wirksamkeit hätte faktisch unter Beweis stellen können, war eine leere Wunschvorstellung. Da theoretische Verpflichtung und praktische Möglichkeiten ohnehin in einem disproportionalen Verhältnis standen, stieg die Tendenz, auf symbolische Interventionen auszuweichen. Benennbare konkrete Zielsetzungen gerieten in den Hintergrund, während das Argument, es ging um den Nachweis, daß illegaler Widerstand in diesem Land überhaupt möglich ist, zunehmend an Gewicht gewann. Kontinuität entwickelten wir nicht am einzelnen »Fall«, sondern anhand der Tatsache, daß es von Zeit zu Zeit und hier wie dort überhaupt mal wieder brannte und krachte. Erschwerend wirkte sich aus, daß eine personelle Verbindung zu den verschiedensten Gruppen und Initiativen unter den gegebenen Bedingungen nahezu ausgeschlossen war, wir folglich mehr und mehr von Diskussionen abgeschnitten und auf indirekte Informationen, also Zeitungen, Flugblätter, »Zuträger« angewiesen waren, um die Objekte, die Zielrichtung, die Form und den Zeitpunkt von Aktionen zu bestimmen. Klar, daß sich damit das Risiko erhöhte, ungenau, abstrakt, unverständlich zu bleiben. Und selbst in den Fällen, wo Aktionen der Guerilla Erfolg hatten, wo sie auf Zustimmung und Sympathie stießen, also populär waren, zogen wir nur selten die richtigen Schlußfolgerungen. Fixiert auf eine - nicht existente - Einheit der Bewegung liefen wir dem falschen Adressaten hinterher, statt zu registrieren, in welchen Teilen der Gesellschaft bewaffnete Politik tatsächlich Hoffnungen und Kraft freisetzen konnte. Die einseitige Ausrichtung am Stand von Bewegungen, ohne gleichzeitig den sozialen Bezugspunkt der eigenen Praxis zu definieren, hatte zur Folge, daß wir die tatsächliche Bedeutung solcher Aktionen wie die gegen Kaußen, das Verteilen von Fahrscheinen und Sozialscheinen etc. nur selten angemessen zu werten wußten.

2. Als Folge dieser Schwierigkeiten wie aber auch als Kritik an dem Zerfall der Linken, der sich mit erschreckender Ignoranz und Gleichgültigkeit gegenüber gesellschaftlichen Prozessen paarte, die sich jenseits der eigenen Unmittelbarkeit durchsetzten, veränderte sich die Stoßrichtung unserer Aktionen. Statt sich an dem zu orientieren, was die Bewegungen machten, gingen wir dazu über, die Bewegungen an dem orientierten zu wollen, was wir für politisch brisant und notwendig hielten. Durch eine exemplarische Praxis sollten verlorengegangene Inhalte wieder ins Bewußtsein gerückt, frühere Gemeinsamkeiten wieder benannt werden. Die Kampagne gegen die Fahrpreiserhöhungen in verschiedenen Städten der BRD und Westberlin steht für den Versuch, die Linke dadurch zu remobilisieren, daß an alte »Traditionen« angeknüpft und zugleich die Möglichkeit der Wiederaufnahme dieser Traditionen mittels neuer, nämlich illegaler Methoden demonstriert wurde. Gleiches galt für die internationalistischen wie für die »staatsfeindlichen« Aktionen - mit ihnen sollte jene antiimperialistische und antiinstitutionelle Dimension des Massenprotestes wieder in Erinnerung gerufen werden, die die Linke auf dem Marsch an die Basis weitgehend hinter sich gelassen hatte.

Mit der Veränderung der Stoßrichtung unserer Aktionen änderte sich unter der Hand auch das organisatorische Selbstverständnis. Wir begriffen uns zunehmend weniger als integrierter Teil einer Bewegung, ohne jedoch gleichzeitig zu reflektieren, daß wir uns unmerklich in der Rolle der selbsternannten Avantgarde wiederfanden. Die Enttäuschung über die Entwicklung der Linken verschaffte sich Raum in einem uneingestandenen globalen Führungsanspruch gegenüber eben dieser Linken. Das ursprüngliche Selbstverständnis »endlich Subjekt sein zu wollen in diesem Kampf« anstatt »andere in den jeweiligen Bereichen agitieren zu müssen und können« (Revolutionärer Zorn 1) geriet in den Hintergrund angesichts der als vordringlich empfundenen Aufgabe, die Kontinuität der Bewegung

gerade in den Zeiten ihrer Zersplitterung aufrechtzuerhalten. Fortan ging es deshalb weniger darum, innerhalb der Aktivitäten der Linken zu wirken, als auf die Linke einzuwirken; in der Tendenz wurde die eigene Linie zur einzigen Linie, wurden die Aktionen zu Appellen, die Erklärungen zu Vorwürfen; aus Vielfalt drohte Unvereinbarkeit zu werden, aus Differenzen Gegensätzlichkeiten, aus unterschiedlichen Prioritäten Rangstufen in einer Hierarchie politischer Wertigkeit. So trugen die internen Prozesse aus sich heraus zu jener Auseinanderentwicklung von Bewegung und illegaler Gruppe bei, die im Herbst 77 ihren einstweiligen Höhepunkt erreichte.

Gerade in einem Land wie der BRD - einem Land mit ohnehin nur schwach entwickelter Klassen- und Massenbewegung - kann ein solcher Auseinanderfall bedeuten, daß die Guerilla buchstäblich auf dem Trockenen sitzt. Zu keinem Zeitpunkt war die Kluft zwischen legaler und illegaler Linken größer und für die Herrschenden somit die Gelegenheit günstiger, der Guerilla mit integrativen wie repressiven Maßnahmen »das Wasser abzugraben«, das deren politische, moralische und logistische Existenzbedingung ist. Kein Wunder also, daß sich der heimliche Innenminister Herold [28] gerade in dieser Situation eines Kitson [29] erinnerte und einen neuen Akzent in der »Terrorismus«-Bekämpfung setzte: nun gelte es, das »terroristische Umfeld« lahmzulegen, den Sumpf auszutrocknen, um dann in einem zweiten Schritt die auf sich gestellten illegalen Kerne endgültig abzuräumen. Wir können hier nur bruchstückhaft beschreiben, in welche Sackgasse eine Gruppe zu geraten droht, die das Problem ihrer Basis vernachlässigt.

Als eine Tendenz innerhalb der Bewegung lebt die Guerilla vom wechselseitigen Austausch mit dieser und zwar in einem wesentlich umfassenderen Sinn als dem der bloßen materiellen Unterstützung. Die Basis in der Linken gibt dem Einzelnen den notwendigen moralischen Rückhalt, wie sie der Gruppe insgesamt erst ihren perspektivischen Zweck verleiht. Zerbricht dieser Zusammenhang, so reduziert sich der Kampf um ein menschenwürdiges Leben schnell auf einen Kampf um's nackte Überleben. Die Organisation, ursprünglich nur Mittel zum Zweck, rückt in den Mittelpunkt; ihrem Erhalt wird alles andere nachgeordnet:

(1) Die Sorgfalt und Verantwortung gegenüber jedem einzelnen Militanten werden dem Zwang zur Reproduktion geopfert. Durch persönlichen Einsatz muß er wettmachen, was die Struktur nicht mehr gewährleistet. Es mag paradox klingen, ist in der Tendenz aber dennoch real: bei dem Versuch zu überleben, geht die Gruppe das Risiko ein, ihre letzten Kräfte zu verschleißen.

(2) An die Stelle von Kontinuität, Zeichen der Stärke einer Guerilla, treten sporadische Anschläge oder das große Schweigen, da ihre Kräfte durch den Zwang zur Selbstversorgung zunehmend anderweitig gebunden sind. Das Dilemma gipfelt in der gleichermaßen falschen Alternative, daß politische Aktionen entweder gänzlich abgeblasen werden, um den Bestand der Gruppe zu sichern oder aber quasi als Ausgleich zur fehlenden Kontinuität das Spektakel gesucht wird.

(3) Obwohl die Lösung des Dilemmas wesentlich von der Überwindung des Bruchs mit der Bewegung abhängt, tendiert die Gruppe zum entgegengesetzten Extrem: sie sondert sich ab, nicht nur weil ihr nun die Zeit für den inneren Kontakt fehlt, sondern auch, weil sich aus der Not heraus der eigene Maßstab verschiebt. Alles, was läuft, wird daran gemessen, ob es der eigenen Gruppe zugute kommt oder nicht. Das linke Spektrum wird in zwei Lager geteilt: wer uns hilft, ist Freund; wer uns Unterstützung versagt, ein Gegner. Da sie über den eigenen Horizont kaum noch hinausschaut, verliert die Gruppe mit der Zeit den Sinn für tatsächliche politische Entwicklungen und damit überhaupt die Möglichkeit, ihre Isolierung zu überwinden. Die zwangsläufige Folge sind Ausweichmanöver:

- die fehlende politische Unterstützung wird durch den Versuch einer technischen Spezialisierung ausgeglichen;
- dem Verschleiß an Kräften folgt die Auflösung der autonomen und dezentralen Strukturen, um als

zentralisierte Gruppe überhaupt noch handlungsfähig zu sein;
- angewiesen auf Unterstützung geht die Gruppe »Bündnisse« ein und riskiert dabei den Verlust ihrer Autonomie, gerade weil sie in der Regel ein Produkt der Schwäche sind.

Power gegen die Betonsargbauer

Die beschriebene Tendenz zum Auseinanderfallen von Bewegungen und Guerilla, die ihre Gründe sowohl in der Geschichte der deutschen Linken als auch in den besonderen Organisationsbedingungen selbst hat, wurde zusätzlich dadurch begünstigt, daß wir uns einem Problem gestellt haben, dem jede Guerilla verpflichtet ist - dem Problem der Gefangenen. Nicht um der eigenen Reproduktion willen, wie behauptet worden ist, sondern weil wir eine moralische und politische Pflicht gegenüber den eingekerkerten Kämpfer/inne/n haben, deren Identitätsauslöschung durch Eliminierung aller sinnlich-konkreten Existenzerfahrungen bis hin zur Liquidierung in den Trakts erklärtes Programm ist. Zwar ist eine Politik zum Scheitern verurteilt, die den Kampf gegen die Knäste und dessen spezifische Form, die Befreiung, als höchstes Ziel verabsolutiert, anstatt ihn als einen Aspekt im Spektrum des Widerstandes insgesamt zu führen. Dennoch sahen wir gerade Mitte der 70er Jahre (die Hungerstreiks drohten zu versanden, Holger Meins war tot, Erfahrungen, welchen »Preis« der Staat letztendlich verlangen würde, gab es für die BRD noch nicht) keine Alternative, wollten wir die Gefangenen nicht lediglich ihrem Schicksal in den Klauen der Gefängnistechnokratie überlassen, in einer Situation, in der die meisten zu sehr mit sich selbst beschäftigt waren, um sich noch sonderlich von den erschreckenden Nachrichten aus den Trakts beeindrucken zu lassen, in der verdrängt oder schon einmal als Propaganda abgetan wurde, was allen offiziellen Dementis zum Trotz dennoch bittere Wahrheit bleibt: daß in den neuen Gefängnissen Isolationsfolter als Instrument der Verhaltensmodifikation praktiziert wird. In einer solchen Situation konnte die Vermittlung zur Bewegung nicht uneingeschränktes Kriterium eigenen Handelns sein. Wollten wir nicht untätig zusehen, mußten wir uns bewußt in Widerspruch zu unseren sonstigen Vorstellungen setzen oder - wie wir es damals nannten - »Es gibt aber auch einen Teil unserer Politik, den viele Genoss/inn/en nicht verstehen und nicht akzeptieren und den auch die Massen nicht verstehen und der sie vorläufig auch nicht interessieren wird. Wir halten ihn dennoch für richtig.« (Revolutionärer Zorn 1) Sich dem Problem der Gefangenenbefreiung stellen, bedeutet zunächst, sich auf eine Praxis einzulassen, die einer anderen Logik und anderen Maßstäben folgt, als die Entwicklung einer erst in Ansätzen existenten Massenguerilla. Gefangenenbefreiung setzt die Bereitschaft und die Fähigkeit voraus, sich mit militärischen Mitteln auf die Ebene der machtpolitischen Konfrontation zu begeben; heißt, den Staat auf die Probe zu stellen, ihn dazu zu zwingen, Revolutionäre als »Gesprächspartner« anzuerkennen und sich ihren Forderungen zu beugen. Der Adressat einer derartigen Praxis sind die zentralen Machtinstanzen und erst in zweiter Linie die Menschen in diesem Land. In der Art und Weise, wie der Staat auf die ersten Keimformen eines bewaffneten Widerstandes in der BRD reagiert hat, nämlich mit dem Willen zur Vernichtung, mit Krieg, bekundete er zugleich seine Entschlossenheit, die bewaffneten Gruppen auf ein Terrain zu locken, auf dem sie kaum Erfahrungen hatten, auf dem sie wenigstens auf lange Sicht unterlegen sein mußten.

Daß der Versuch der Gefangenenbefreiung dennoch nicht zwangsläufig damit enden muß, daß die Guerilla auf das Gleis der Isolation gerät, daß er im Gegenteil ein befreiender Akt im doppelten Sinne sein kann, weil in seiner Konsequenz nicht nur Gefangene, sondern auch neue Energien, Hoffnungen und Orientierungen »freigesetzt« werden, dafür steht in der kurzen Geschichte westdeutscher Guerilla beispielhaft die Lorenz-Entführung. Ihr Erfolg besteht ja nur zum einen - wenn auch wesentlichen - Teil in der erzwungenen Freilassung von 7 Genoss/inn/en. [30] Gleichzeitig war sie immer auch eine praktische Demonstration dessen, daß man sich mit entsprechender Entschlossenheit, mit Mut und

Phantasie, mit List und Witz sowie unter Ausnutzung bestimmter politischer Konstellationen die tatsächlichen Kräfteverhältnisse punktuell auf den Kopf stellen und der staatlichen Gewalt, die von der Behauptung ihrer Unangreifbarkeit lebt, durch die Organisation revolutionärer Gegengewalt eine Schlappe beibringen kann, ohne in der Verfolgung des Ziels auf Mittel und Formen zurückgreifen zu müssen, die denen des Gegners allzu ähnlich sind, als daß in ihnen noch die Inhalte einer radikalen Utopie erkennbar wären.
Und sie widerlegte all diejenigen, die das Verhältnis von legalen und illegalen Kämpfen in ein Korsett von Etappen zwingen, die das Niveau der Interventionen schematisch in Relation zum Entwicklungsstand der gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzungen diskutieren und damit drücken, für die kurzum im Grunde jede bewaffnete Aktion verfrüht ist. Gerade am Beispiel der Lorenz-Entführung gilt es zu begreifen, daß nicht das Niveau, der Level, über die Richtigkeit einer Aktion entscheidet, sondern die Frage, ob sie zielgerichtet ist, das heißt, ob sie sich Widersprüche innerhalb des Machtblocks zunutze macht, ohne den Staat derart in den Knie zwingen zu wollen, daß für einen »Deal« (und was anderes ist der Kern einer Gefangenenbefreiung ?) kein Raum mehr ist; ob sie in Inhalt und Form stimmt, also genau und deshalb nicht gegen die Guerilla umdrehbar ist, ob das Ende der Aktion gleichbedeutend mit dem Verlust der Initiative ist oder eine Gruppe noch zuzulegen hat, zumal der Machtapparat die Oberhand wieder zurückgewonnen hat. Die Alternative heißt nicht: Power oder kleine Brötchen, kleckern oder klotzen, sondern ob die Guerilla einem politischen oder militärischen Konzept folgt. Eben deshalb ließ sich die Lorenz-Entführung nicht dadurch kopieren, daß lediglich das Faustpfand heraufgesetzt wurde. Die Initiative zu behalten, meint auch und gerade, unberechenbar zu bleiben, neue Widersprüche auszunutzen, also den Staat zu überraschen und ihn nicht mit Modellen zu konfrontieren, die er bereits kennt und auf die er sich hat einstellen können.
Was schließlich zählt, ist der faktische Erfolg. Hätte die Lorenz-Entführung einen anderen Ausgang genommen, würde sie heute voraussichtlich in einer Reihe mit späteren, fehlgeschlagenen Befreiungsversuchen gehandelt. Es wäre allerdings auch zu einfach, diese Ausrichtung der Linken am Erfolg allein deren Opportunismus anzulasten.
Vielmehr ist es der Anspruch der Guerilla selbst, an dem so ihre Praxis gemessen wird. Wenn wir behaupten, eine Antwort darauf zu sein, wie gesellschaftlich insgesamt unterlegene Kräfte gleichwohl an einer Perspektive von Sieg festhalten können, so ist es müßig, darüber zu lamentieren, daß uns unsere Rückschläge vorgehalten werden. Die Hoffnung auf Sieg, und nicht die Bestärkung des Bewußtseins der eigenen Unterlegenheit, ist die Kraft, die die Herrschenden wirklich fürchten.
Bleibt also die Frage, wie wir den Erfolg unserer bisherigen Praxis selbst bewerten. Wäre das Kriterium dafür das Ausmaß an tatsächlichen Niederlagen, die wir dem Staat bereitet haben, so könnten wir vorbehaltlos jener eingangs wiedergegebenen Kritik zustimmen, die der RZ ihre mangelnde »Effizienz« zum Vorwurf macht. In der Tat sind die messbaren Erfolge auf der Ebene der machtpolitischen Konfrontationen gering. Nur, daß wir diese Ebene bewußt auch kaum gesucht haben, weil wir zum jetzigen Zeitpunkt jeglichen Versuch des Kräftevergleichs für aussichtslos halten.
Unser Ziel ist und war die Verbreitung des bewaffneten Widerstandes, war und ist die Unterstützung eines Netzes autonomer Gruppen, die als bewaffnete Tendenz innerhalb der Bewegung in ihren Städten und Regionen aus sich heraus aktionsfähig sind, die dort mit den Methoden der Subversivität Widersprüche forcieren und auf den unteren Gliederungen des Machtgefüges intervenieren, die also das Handlungsarsenal der legalen Linken um ihre Möglichkeiten der Sabotage, der Bestrafung, der Gegenwehr, der Eroberung von Lebensmöglichkeiten erweitern. Es geht uns - platt gesagt - zunächst und vor allem um die Zersetzung des Fundamentes von Herrschaft, nämlich Ohnmacht, also um die Veränderung der Menschen und nicht darum »den Staat zu kippen«. Denn das Herz des Staates ist das Volk und sind nicht seine einzelnen Repräsentanten.

Ob wir in der Verfolgung dieses Zieles Fortschritte gemacht haben, läß sich nur unzureichend bemessen, weil der Maßstab dafür weder die Anzahl der Aktionen noch der bewirkte materielle, sondern der politische Schaden ist, der sich in einer langfristigen Verschiebung des Kräfteverhältnisses äußert. Und in dieser Hinsicht sind wir guter Dinge. Nicht umsonst kommt der Verfassungsschutz in seinem Jahresbericht zu dem Ergebnis, daß die Anzahl der Gruppen zugenommen habe, die aus der Illegalität heraus operierten. Nicht umsonst ist die Anschlagstafel seit dem Herbst 77 unvermindert fortgeschrieben worden, wo doch allgemein erwartet wurde, daß der Guerilla auf Dauer der Garaus bereitet worden sei. Nicht umsonst zeichnet sich in der neuen Jugendbewegung [31] eine hoffnungsvolle Verquickung von Massenmilitanz und subversiven Aktionsformen ab. Sind dies nicht Anzeichen dafür, daß es gelungen ist, dem bewaffneten Widerstand eine - wenn auch schmale - Basis in diesem Land zu verschaffen ? Dieser Tendenz werden wir mit Kräften Vorschub leisten.
Das ist eine Hoffnung, keine Erfolgsgarantie. Wer die fehlende unmittelbare »Effizienz« bemängelt, die sich am greifbaren Resultat bemißt, legt nicht nur eine andere Elle an als wir, sondern spekuliert darüber hinaus darauf, daß sich die persönliche Investition kurzfristig und individuell rentiert, begreift Widerstand als notwendiges Opfer und nicht als Lebensmöglichkeit innerhalb einer Kultur, deren Ideal die Ausschaltung alles Lebenden im weitesten Sinne ist.
Das individuelle Risiko ist kein Tauschpfand, worauf sich die »Früchte« der Revolution einklagen lassen. Wenn wir uns gegen die kapitalistischen Bestimmungen des historischen Prozesses stemmen, so deshalb, weil wir damit die Möglichkeit einer Alternative verbinden. Eine Gewißheit haben wir ebenso wenig wie all die abertausende von Menschen vor uns, die im Kampf für ein menschenwürdiges Leben ins Exil vertrieben, eingelocht oder umgebracht worden sind, ohne ihr Ziel erreicht zu haben.
»Es gibt keine Notwendigkeit des Sieges der Revolution. Es ist eine Möglichkeit, eine Chance. Die kann scheitern und dann kann Barbarei herauskommen. Damit ist gemeint, daß die Geschichte eine offene Tendenz hat, wo also nichts sicher ist, sondern erst von uns sicher gemacht werden muß.« (der frühe Rudi [32]).

Jedes Herz ist eine Zeitbombe

Frauen haben zu jeder Zeit in bewaffneten Gruppen gekämpft, ihr Anteil am Kampf wurde aber meistens unterschlagen.
Aber die Zeiten ändern sich, inzwischen ist der Anteil der Frauen in der Guerilla so groß geworden, daß dieser Mechanismus nicht mehr funktioniert.
Aufgehoben ist auch die Arbeitsteilung, daß Frauen die Aufgaben der Infrastruktur übernehmen, Männer die Aktionen machen.
Subversive Frauengruppen wie die Rote Zora gibt es zwar noch wenige, aber auch das wird sich ändern!
Wir wollen aber nicht nur eigene Aktionen machen, sondern auch unsere Sichtweise der versteinerten Verhältnisse, in denen wir leben müssen, beschreiben - auch wenn uns dies nicht leicht fällt.
Klarheit wollen wir uns vor allem über zwei Punkte verschaffen:
1) Wie funktioniert der Mechanismus der imperialistischen Frauenunterdrückung hier und in den Ländern der 3. Welt? Bei dieser Frage mußten wir feststellen, daß Analysen des Imperialismus sich meist darauf beschränkten, die politischen, ökonomischen und militärischen Machtstrukturen des Imperialismus zu untersuchen, vernachlässigt wird die Analyse der Strategie gegenüber den Frauen hier und in der 3. Welt.
Uns reicht es nicht aus zu sagen: Aus der Analyse des Imperialismus ergibt sich das Angriffsziel Nato und indem wir Frauen die Nato angreifen, bekommt der Frauenkampf seine revolutionäre Stoßrichtung. Der Befreiungskampf besteht bei dieser Sichtweise wieder nur im Angriff auf die zentralen

Machtstrukturen des Imperialismus; die alltäglichen Gewaltverhältnise, in denen Zerstörung, Unterdrückung und Ausbeutung erfahrbar wird, werden ausgeklammert. Für uns ist es auch ein Stück Befreiung, ein Gefühl von Lebendigkeit und Stärke, wenn wir einem schweinischen Hausbesitzer oder seinen Handlangern, der Atommafia usw. ein bißchen Feuer unterm Arsch machen. Probleme haben wir damit, daß wir mehr wollen, als wir im Moment praktisch machen können.
Aber auch das wird sich ändern!!
Dazu kommt, daß die Aktionen gegen die Alltagsgewalt schon jetzt verständlich sind, zwar nicht von der Mehrheit, aber all denen, die sich das Gehirn nicht haben klauen lassen. Angriffe gegen zentrale/staatliche Machtstrukturen haben es da schwerer. Sie müssen genau geplant und überlegt werden, damit die politische Richtung klar wird.
Grundsätzlich denken wir, daß es nicht das »Angriffsziel« gibt, das den Staat »kippen« kann. Die Chance einer revolutionären Bewegung liegt vielmehr im Angriff auf die gesamten staatlich verordneten Lebensverhältnisse, der Angriff auf zentrale/staatliche Institutionen ist nur ein Teil davon. Es ist auch illusionär - besser dogmatisch - alle revolutionären Ansprüche in eine Aktion, ein Angriffsziel zu packen. Vielmehr ist die Organisierung einer Kontinuität in bewaffneten Gruppen der Weg, der eine Perspektive von Hoffnung und Sieg eröffnet.
Ein anderer Punkt, über den wir nachgedacht haben, ist die Frauenbewegung. Wir wollen genauer herausfinden, warum die Frauenbewegung ihre revolutionäre Sprengkraft verloren hat und ihren Weg in die »neue Innerlichkeit« gegangen ist.
»Es gibt nicht den einen und reinen Frauenkampf, sondern viele Formen von Frauenkämpfen und in jedem einzelnen sind immer mehrere Elemente in Bewegung, neben der Geschlechterfrage die Klassenlage, die Nationalität, die konkrete Situation.«
Auch wenn es heute in Vergessenheit geraten ist, hat die Anschauung des US-Rassismus der Frauenbewegung geholfen, ihre eigene Unterdrückung als Sexismus zu identifizieren.
Stokley Carmichael [33] hat einmal von der Bedeutung der Definitionen gesprochen. [34] Er hat dazu » Alice im Wunderland« [35] zitiert; in diesem Buch gibt es eine Diskussion zwischen Humpty Dumpty und Alice über Definitionen:
»Wenn ich ein Wort verwende,« sagte Humpty Dumpty, ziemlich von oben herab, »dann hat es genau die Bedeutung, die ich ihm gebe. Nicht mehr und nicht weniger.« »Die Frage ist«, sagt Alice, »ob du den Wörtern die Bedeutung von so vielen verschiedenen Dingen geben kannst.« »Die Frage ist«, sagte Humpty Dumpty, »wer der Herr sein soll. Das ist alles.«
Es ist tatsächlich die entscheidende Frage, wer der Herr sein soll. Schon, daß es unmöglich erscheint zu sagen, »wer die Frau sein soll«, zeigt, daß die weißen Herren es waren und sind, die den Menschen und Dingen ihre Bedeutung geben.
So ist die Geschichte Europas und Amerikas von weißen Männern geschrieben. Sie haben definiert, was die Farbigen und Frauen dieser Welt sind. Die Bedeutung, die sie sowohl Frauen als auch Farbigen gaben, war die von »ungebildeten Naturwesen«. Damit wurde die Herrschaft der weißen Männer legitimiert. Frauen und Farbige müssen »zivilisiert« werden, was nichts anderes heißt, als Zerstörung aller Formen eines eigenständigen Bewußtseins, das sich zum Beispiel in einer eigenen Geschichte und Kultur ausdrückt. Und wenn die Frauen und Farbigen die »Segnungen« der westlichen Männerkultur nicht akzeptieren wollten, sich wehrten, wurden sie erbarmungslos abgeschlachtet. So in Europa die Frauen zur Zeit der Hexenverfolgung und heute die Indianer in Südamerika.
Sexismus und Rassismus als integralen Bestandteil des patriarchalen Herrschaftssystems zu begreifen, verbleibt oft im Stadium des »frommen Lippenbekenntnisses«. So wird in den gängigen Imperialismusanalysen der Sexismus als Herrschaft- und Spaltungsmittel kaum erwähnt. Wenn wir jetzt

über Sexismus und - als Teil davon - über die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung schreiben, dann nicht, um uns als Frauen auch zu Wort zu melden, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß ohne die konkrete Untersuchung des Sexismus die Verhältnisse in der 3. Welt und in den Metropolen und auch die Frauenbewegung nicht begriffen werden können.
Die Frauenunterdrückung ist älter als der Kapitalismus, das ist nichts »Neues«. Eine ihrer Wurzeln liegt darin, daß die Fähigkeit der Frauen, Kinder zu bekommen, als eine Funktion ihrer Physiologie, ihrer Natur gesehen wurde und wird. Kinder zu bekommen oder nicht, wird nicht als bewußter Akt verstanden - als Interaktion mit der Natur - sondern als Natur selber. Als bewußte Auseinandersetzung mit der Natur - und damit als Arbeit - werden nur die Tätigkeiten des Kopfes und der Hände gesehen und nicht die der Brust und des Uterus der Frau.
Diese Sichtweise hat auch die marxistische Theorie nicht aufgehoben. Entsprechend dieser Sichtweise wird mit der sogenannten biologischen Natur der Frau umgegangen wie mit einer Naturressource. Sie wird je nach ökonomischen Bedürfnissen unterschiedlich ausgebeutet. In der 3. Welt werden die Frauen zwangssterilisiert, in den Metropolen werden ihnen materielle Versprechungen gemacht, um sie zum Kinderkriegen zu animieren. Abtreibung wird als Massenmord bezeichnet. Das ökonomische Moment der Ausbeutung der Gebärfähigkeit der Frauen wird ergänzt durch das rassistische. Das Gejammer und Geschrei in den Medien über sinkende Geburtenzahlen und die Gefahr des Aussterbens des »deutschen Volkes« zeigt klar, um was es geht: Nur »deutsche Frauen« sollen Kinder gebären, Frauen aus der Türkei, Spanien, Griechenland usw. wird Verhütung und Sterilisation empfohlen oder sogar verordnet. Aber auch das reicht den HERR-schenden noch nicht, die Forschungen auf dem Gebiet der Retortenbabies und Genmanipulationen signalisieren den Versuch, den Frauen endgültig die alleinige Verfügung über die Fähigkeit, Kinder zu gebären, zu entreißen.
Die ausbeuterische, nicht reziproke Beziehung zur Natur, nach der zuerst Frauen, später andere Klassen und Völker zu Natur gemacht wurden, ist das Charakteristikum aller männlichen Produktionsweisen - einschließlich des Kapitalismus. Diese ausbeuterische Beziehung zur Natur hat uns heute nahe an die ökologische Katastrophe gebracht.
Hierauf aufbauend hat sich die geschlechtliche und rassistische Arbeitsteilung entwickelt, die die Prodkutionsverhältnisse gefestigt hat, in denen Zuckerrohrpflanzen und Reispflanzen keine Arbeit für Weiße , Hausarbeit keine Arbeit für Männer ist und wenn Frauen und Kinder geschlagen werden, so ist das keine Gewalt.
Diese Arbeitsteilung ist aber auch kein Überbauphänomen, sie gründet sich nicht auf falschen Ideen und Gedanken, die frau/mann nur erkennen muß, um sie dann zu verändern, sie ist ökonomische Grundlage der Überausbeutung durch den Kapitalismus.
In allen ernsthaften Imperialismusanalysen haben wir gelesen, daß es in der 3. Welt ein Nebeneinander von rückständigen, nur vorkapitalistischen Produktionsweisen und hochmonopolisierten gibt. Anhand der konkreten Entwicklung wurde herausgefunden, daß mit zunehmender kapitalistischer Entwicklung diese »rückständigen« Produktionsweisen nicht verschwinden. Genau das Gegenteil ist passiert, sie wurden und werden ständig neu produziert. Aufgefallen ist uns, daß das Problem der Heterogenität von Produktionsweisen fast nur für die 3. Welt untersucht wurde, in den Metropolen aber homogene Produktionsweisen angenommen werden.
»Von der anderen Seite her gesehen verwundert auch, warum die Frage der Heterogenität für die erste Welt nicht gestellt wird. Hier herrschen angeblich nur homogene Produktionsverhältnisse. Diese Behauptung ist nicht nur eurozentristisch und kapitalismusverherrlichend ... sie ist auch sexistisch, weil sie verschleiert, ja geradezu leugnet, daß auch bei uns Arbeitskraft überausgebeutet, also unter ihren Reproduktionskosten entlohnt wird, ja die Hälfte aller geleisteten Arbeitsstunden - Hausarbeit -

überhaupt nicht entlohnt wird.« (C. von Werlhoff [36]).
Hier wird schon angesprochen, wer die nichtkapitalistischen Produzenten sind, die Waren nicht für Lohn produzieren,
- es sind dies die Hausfrauen der ganzen Welt,
- die Subsistenzbauern in der 3. Welt
- männliche und weibliche Marginalisierte, vornehmlich in der 3. Welt.
Sie sind ist, die den Mehrwert realisieren, wie Rosa Luxemburg schreibt: »Das Entscheidende ist, daß der Mehrwert weder durch Arbeiter noch durch Kapitalisten realisiert werden kann, sondern durch Gesellschaftsschichten, die selbst nichtkapitalistisch produzieren«.
Uns ist an diesen Fakten klar geworden, daß Sexismus und Rassismus keine Sache des Kopfes, des falschen Bewußtseins ist, das sich durch Aufklärung und guten Willen verändern läßt. Es sind die ökonomischen Verhältnisse, die Sexismus und Rassismus immer wieder neu produzieren. Sie sind notwendig, damit Imperialismus überhaupt funktionieren kann. Daß sie auf der anderen Seite auch als politisches Instrument der Spaltung der Unterdrückten benutzt werden, spricht nicht dagegen.
Imperialismus ist das Stadium des Kapitalismus, in dem die »Rationalität« der kapitalistischen Produktionsweise - Menschen zu brauchen, um ihre Arbeitskraft ausbeuten zu können - nur noch für wenige in der 3. Welt Geltung hat. Die Mehrheit der Menschen dort wird ausgepresst, ohne Rücksicht auf Gesundheit und Lebensdauer - und wenn es zuviele sind, ist die Strategie: Vernichtung.
Die Barbarei ist keine Zukunftsvision, wir befinden uns bereits in diesem Stadium.
In den Metropolen sind die Gewaltverhältnisse verschleierter. Bestimmend ist hier noch die ökonomische Zwangsgewalt des Kapitalismus, die sich als verrechtliche Gewalt bereits in den Köpfen der Menschen festgesetzt hat. Die direkte physische Zwangsgewalt durch den Staat mit seinen Repressionsorganen gewinnt aber bei den sich abzeichnenden sozialen Konflikten an Bedeutung. Allgemein ist festzustellen, daß die Ausbreitung des Kapitalismus auch in den Metropolen nicht zu einer Ersetzung der direkten Gewaltformen durch eine andere, sondern zu einer Zunahme von Gewalt überhaupt geführt hat.
Die Frauen sind allen Ebenen der Gewalt ausgesetzt, der indirekten, strukturellen Gewaltförmigkeit dieses Gesellschaftssystems, das alle Lebensmöglichkeiten erstarren läßt und dem brutalen direkten persönlichen Gewaltverhältnis durch den Mann. In den letzten Jahren ist ein Ansteigen von Gewaltdelikten gegen Frauen in den Ländern festgestellt worden, wo formal, sozial und rechtlich Gleichberechtigung vertreten wird.
Offene Gewaltanwendung von Männern gegenüber Frauen ist durch die Arbeit der Frauenhäuser und Notrufgruppen in den letzten Jahren in ihrem Ausmaß öffentlicher geworden. Frauen erfahren ist Gewalt tagtäglich, in den verschiedenen Formen und Abstufungen, sie werden gedemütigt, erniedrigt, geschlagen, vergewaltigt. In der BRD wird alle 15 Minuten eine Frau vergewaltigt ! 50 % der Frauen werden von Männern vergewaltigt, die sie kennen. Jedes Jahr werden in der BRD 4 Millionen Frauen von ihren Männern mißhandelt! Bestimmendes Moment der Gewaltstrukturen sind die Frauenmißhandlungen in der Familie, Vergewaltigung, Vergewaltigungsdrohung und die Ästhetisierung von Gewalt gegen Frauen in Medien, Werbung und Kulturindustrie.
Gewalt gegen Frauen nicht als Ausnahme, sondern als durchgängiges HERR-schaftsprinzip zu begreifen, hat zu der Erkenntnis geführt, daß der Kampf gegen persönlich erfahrene sexistische Gewalt nicht zu trennen ist vom Kampf gegen jede Gewalt des Systems. Die Zunahme physischer Gewalttätigkeit ist allgemein gesellschaftlich festzustellen, mit zunehmendem Sinnverlust des Lebens und der Anonymität der Verhältnisse und findet in der gesellschaftlichen Rolle der Frau ihr Opfer. Die Deckung dieser Gewalt durch Polizei und Justiz verdeutlicht die Einbettung dieses Gewaltverhältnisses zwischen Mann und Frau über Ehe und Familie in das System patriarchaler Herrschaftssicherung. Gleichzeitig wird die

Instabilität des Systems durch die Zunahme offener Gewalt signalisiert. Der Widerspruch zwischen dem Anspruch der völligen Gleichstellung der Frau und der Notwendigkeit ihrer handgreiflichen Unterdrückung zur Sicherung der HERR-schaft ist für dieses System ein unlösbarer Widerspruch.
Frauen leben im »Exil«, denn die gesellschaftsorganisierenden Institutionen wie Regierungssystem, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Medien, Kirche, Polizei und Militär werden von Männern beherrscht und geprägt. Sie sind vom Prinzip der Hierarchie, der Macht und des Kampfes um die Macht bestimmt. Folglich sind auch die Männer von Herrschaft, Gewalt und Unterdrückung betroffen. Sie müssen sich diesen Prinzipien unterordnen, wenn die Vorherrschaft des »HERR-lichen« erhalten werden soll. Unsere Unterdrückung geht darüber hinaus. Frauen werden in einer patriarchalen Gesellschaft immer und überall unterdrückt und mit Gewalt konfrontiert, offen oder verschleiert.
Frauen neigen dazu, einer offenen Konfrontation mit der Macht und der Gewalt auszuweichen, solange es geht - im Exil bleibend. Eine Überlebenstechnik - aber auch eine Opferhaltung. Diese Opferhaltung führt dazu, sich der Verantwortung für gesellschaftliche Zustände zu entziehen, daran mitschuldig zu werden. So ist die Tatsache, daß Frauen Gewalt erfahren, keine Entschuldigung dafür, daß sie diese Gewalt weitergeben an ihre Kinder.
Die Verinnerlichung des Frauseins als effektivste Form der Herrschaftssicherung läuft über subtile Formen der Verhinderung von Selbstbewußtwerdung durch Erziehung, Moral, Liebe, die Normen setzen und Anpassung erzwingen. Macht wird gesicherter ausgeübt über nichtoffene Formen, so daß Frauen auch ohne Anwendung äußerer Gewalt ihre gesellschaftlichen Funktionen übernehmen und ertragen, sich mit ihnen identifizieren. So führt die Situation der Frau eher zur Aufgabe der Identität, zur Selbstzerstörung als zum Kampf gegen ihre Unterdrückung.
Die Frauenbewegung machte die persönliche Unterdrückungssituation zum Ausgangspunkt ihrer politischen Praxis. Die Trennung zwischen Privat und Politik konnte aufgehoben werden. Persönliches war politisch und das Politische wurde persönlich umgesetzt. Revolutionäre Sprengkraft lag in dem Bewußtsein der direkten Verbindung zwischen der Abschaffung des persönlichen Leidens und der Notwendigkeit einer sozialen Umwälzung. Die Vorstellung einer radikalen sozialen Veränderung - viel radikaler in ihrem Angriff auf die grundlegenden Institutionen dieser Gesellschaft und viel umwälzender in der Veränderung des Bewußtseins aller Menschen als alle vorhergehenden Revolutionen - erzeugte eine starke Kraft bei den Frauen.
Neue Formen und Inhalte führten zur Ablösung von der allgemeinen linken Bewegung, zur organisatorischen Autonomie der Frauenbewegung.
Die Autonomie hat wichtige Prozesse eingeleitet, Wertstrukturen der Männergesellschaft in Frage zu stellen, keine Perspektive innerhalb gesellschaftlicher Machtgefüge zu suchen, nicht über Partizipation an der Macht Einfluß ausüben zu wollen, Frauenbefreiung nicht über die Männerrolle zu definieren. Das hat dazu geführt, sich Freiräume zu schaffen, um patriarchalen Strukturen zu entfliehen. Das war und ist wichtig, weil keine Bewegung so sehr gegen die eigenen Identifizierung mit dem Unterdrücker ankämpfen muß wie die Frauenbewegung !
Im Angriff auf alle Strukturen entstand die Hoffnung, nicht integrierbar zu sein und schon im Kern den revolutionären Umsturz in sich zu tragen und zu entwickeln. Aufgrund der Überbetonung der subjektiven Erfahrung, die auch Folge der Tabuisierung in den linken Gruppen war und der Schwierigkeit, die Erkenntnis der persönlichen Unterdrückung in direkte Widerstandshandlungen umzusetzen, wurde aus der Politik der Subjektivität eine »Innerlichkeit«: persönliche Veränderung ohne Änderung der Gesellschaft.
Begünstigt wurde der Weg in eine neue »Innerlichkeit« durch die Klassenlage vieler Frauen in der Frauenbewegung. Für Frauen mit einer »guten« Berufsausbildung gab und gibt es reale Möglichkeiten, eine Nische in dieser Gesellschaft zu finden und das kleine subjektive »Glück« zu suchen. Da die

Ohnmacht gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen aber nicht aufgehoben wird, erweist sich dieser Weg als Sackgasse. Der Sehnsucht nach »Glück« wird hinterher gejagt, ohne es zu erreichen.
Nach der Kampagne gegen den § 218 entwickelte sich Widerstand in der Frauenbewegung fast ausschließlich an dem Punkt der Konfrontation mit dem einzelnen Mann. Es bildeten sich Selbstverteidigungsgruppen, Notrufgruppen gegen Vergewaltigung und vor allem die Frauenhäuser. Die staatliche Repression wurde zwar analysiert und beschrieben, es wurde sich aber kaum politisch zu ihr verhalten.
Die beiden Frauenkongresse 1978 »Frauen und Repression« in Frankfurt und »Gewalt gegen Frauen« in Köln verdeutlichten das Dilemma der Frauenbewegung. Das Nebeneinander von zwei Erfahrungen
- Gewalt als alltäglicher Angriff
- Gewalt als zielgerichtete Unterdrückung durch den Staat
wurden nicht miteinander vermittelt. Der Verzicht auf die Herstellung des Zusammenhangs zwischen kapitalistischer und geschlechtlicher Unterdrückung, der Verzicht zu analysieren, wer der HERR ist, führte dazu, daß in den »Selbsthilfeprojekten« (Frauenhaus, Notrufgruppen, Frauenzentren) eine Tendenz entstand, nur noch die Not der Frauen zu lindern. In dem Moment, wo Frauen sich darauf beschränken, das Elend der Frauen zu beheben, ohne die gesellschaftlichen Ursachen auf- und anzugreifen, entfällt die Gegnerschaft zum Staat, gibt es keine Garantie für Unbestechlichkeit, passiert es, daß die Radikalität gegenüber dem männlichen Geschlecht bei der Polizei aufhört. Verhandlungen mit den Bullen, dem Justizapparat, um der geschlagenen Frau zu helfen und den Vergewaltiger zu strafen, können die mangelnde Stärke nicht ersetzen und verkommen zur Komplizenschaft mit dem Staat. Und genau an diesem Punkt konnten die massiven Integrationsversuche des Staates ihre Wirksamkeit entfalten. Ziel der Integrationsversuche war und ist die Zerstörung der revolutionären Sprengkraft der Frauenbewegung, indem Frauen zu schlecht bezahlten Verwalterinnen des Elends funktionalisiert werden sollen.
Eine ähnliche Widersprüchlichkeit stellt sich im Bereich der Frauen/Lesbenkultur. Die persönliche Radikalität, mit der viele lesbische Frauen mit dem männlichen Geschlecht gebrochen haben - was sich auch in einer neuen blühenden Kreativität im Bereich des Theaters, Musik, Literatur und Malerei, in einer neu beginnenden Frauenkultur niederschlug - hat sie nicht davor bewahrt, Teil einer staatlich geduldeten Subkultur zu werden. Lesbische Träume sind zwar radikale Träume, finden aber hier in der Metropole einen Platz.
Für eine priviligierte Minderheit, die den Willen zum gesellschaften Handeln und damit die Hoffnung auf Befreiung für alle Frauen aufgibt, wird das autonome Frauenprojekt zur Illusion der Erreichung des persönlichen Glücks.
Die inhaltliche und organisatorische Autonomie der Frauenbewegung ist heute da festzustellen, wo ihre gesellschaftliche »Ausgrenzung« erfolgt ist. Es gibt keinen ursächlichen Zusammenhang zwischen Autonomie und Ausgrenzung. Die Autonomie der Bewegung kann und muß entwickelt werden, ohne Frauenpolitik auf frauenspezifische Probleme zu reduzieren, mit Selbsthilfeprojekten, die aber Provokation und nicht Vermeidung der Konfrontation zum Ziel haben, die gesellschaftliche Spielregeln brechen und keine funktionierenden Rädchen werden.
In der letzten Zeit äußern immer mehr Frauen ihre Unzufriedenheit über das politische Exil der Frauen/Lesben-Bewegung, durchbrechen die »Glasglocken« der Fraueninseln und versuchen, feministische Positionen und eine Praxis zu den Fragen der ökologischen Zerstörung z.B. durch Atomkraft, Chemie usw., gegen die Militarisierung und zum Problem des Internationalismus/3. Welt zu entwickeln.
Für uns ist es klar, daß der Frauenkampf nicht auf die Organisierung von Subversivität und Gegengewalt verzichten kann. Die Frauenbewegung hat schon allzu lange Analysen darüber geschrieben, daß Frauen

dazu erzogen werden, Gewalt zu erleiden, aber nicht, sich zu wehren. Frauen werden darauf abgerichtet, sich in ihrer Ohnmacht einzurichten und die psychischen Zerstörungen, die dieses System anrichtet, mit ihrer Emotionalität zuzukleistern. Das Mitgefühl von Frauen gegenüber den Unterdrückten ist stark entwickelt, nicht entwickelt ist der Haß auf die Unterdrücker, die Feinde. Haß hat etwas mit Zerstörung zu tun und Zerstörung macht Frauen Angst. Bei der Beschreibung dieses Zustandes stehenzubleiben, heißt nichts anderes, als den Zustand der Ohnmacht zu akzeptieren, die Frauenrolle anzunehmen, die diese Gesellschaft anbietet. Die These von den »friedliebenden Frauen« ist dann Legitimation für das Verharren im Zustand des Opfers.

Ohnmacht ist die Tarnkappe der Feigheit

Aber jede Frau, die schon einen Stein geworfen hat, die auf Anmache von Männern nicht mit Rückzug reagiert, sondern zurückgeschlagen hat, wird unser Gefühl von Befreiung nachvollziehen können, daß wir hatten, als wir Sexshops zerstörten oder eine Bombe anläßlich des Urteils zum § 218 vor dem Bundesverfassungsgericht zündeten.

Befreiung hat in unserer Gesellschaft etwas mit Zerstörung zu tun. Zerstörung der Strukturen, die uns an die Frauenrolle ketten wollen. Und diese Strukturen lassen sich nur zerstören, wenn wir die Verhältnisse, die uns kaputtmachen wollen, angreifen. Angreifen in den vielfältigsten Formen, aber immer verbunden mit unserem unversöhnlichen Haß auf diese Gesellschaft. Die bewaffnete Form des Angriffs ist für uns ein unverzichtbarer Teil des Frauenkampfes. Diese Position ist - wie wir beschrieben haben - in der Frauenbewegung kaum entwickelt. Deshalb haben wir uns gemeinsam mit Männern in der Guerilla organisiert. Aber auch hier kommt es nicht zu einer Auflösung des Widerspruchs zwischen Geschlechterkampf und Klassenkampf. Unser Status als autonome Frauengruppe in den RZ ist bestimmt von der jetzigen politischen Situation der Frauen, die gekennzeichnet ist durch eine inhaltliche Schwäche der Frauenbewegung und eine sich mehr am Anfang befindende Organisierung von Militanz durch Frauen.

Wir sind keine zusätzliche Kampffront, mit der sich Organisationen schmücken können; wir sind nicht die Lösung des grundsätzlichen Problems, sondern ein Weg. Unser feministischer Weg bestimmt sich aus den politischen Perspektiven der Frauenbewegung, den internationalen revolutionären Kämpfen und nicht nur aus uns heraus.

Antiimperialistischer Kampf bleibt notwendig!

Das System der weltweiten imperialistischen Machtstrukturen ist schon oft - auch von uns - analysiert worden. Wir wissen um die Macht der supranationalen ökonomischen und militärischen Organisationen, die unter Vorherrschaft des US-Imperialismus und seines Juniorpartners BRD die Ausplünderung der 3. Welt immer weiter treibt.

An erster Stelle steht hier der IWF (Internationaler Währungs-Fond), der nach dem »Spiegel« zum »internationalen Wirtschaftspolizisten« geworden ist. Es entscheiden nicht mehr die nationalen Parlamente über die ökonomische Entwicklung eines Landes, sondern der IWF.

So sitzen in Zaire [37] IWF-Kontrolleure mit umfassenden Vollmachten in der Zentralbank und im Finanzministerium. Die Türkei wurde durch Verweigerung von IWF-Krediten an den Rand des wirtschaftlichen Ruins getrieben und so dem Militärputsch [38] der Weg geebnet.

Die räuberischen Brüder des IWF sind nicht besser: Die Weltbank mit Ex-US-Verteidigungsminister McNamara an der Spitze, die ICR (Internationale Entwicklungs-Assoziation) und die IDR (Internationale Finanz-Vereinigung), die Kredite nur an Privatunternehmen vergibt. Die IDR ist unmittelbar verantworlich für die Hungerkatastrophe in Äthiopien (1973), die 100.000 Menschen umbrachte.

Wir kennen die Methoden, die dem transnationalen Kapital nach der Krise 1973 wieder neue, optimale Verwertungsbedingungen schaffen sollen: die neue internationale Arbeitsteilung. Die 3. Welt wird nicht mehr nur als billiger Rohstofflieferant eingeschätzt, sondern als Reservoir billiger, disponibler Arbeitskräfte. Arbeitsintensive Produktionsanlagen - vor allem Chemie, Elektronik, Texil und Automobil - werden in sogenannte Billiglohnländer verlegt, um so dem Kapital Maximalprofite zu ermöglichen. Diese neue Arbeitsteilung ist nicht nur international, sie ist gleichzeitig geschlechtsspezifisch und rassistisch. So sind in den multinationalen Unternehmen mindestens die Hälfte der Arbeiter Frauen.
»Wenn die Waren in unserem Alltag eine Stimme hätten und ihre Geschichte berichten würden, würden wir nichts Märchenhaftes hören, sondern etwa folgendes:
Indienhemd: eine Hausfrau in Indien hat in Heimarbeit 2 Tage an mir gestickt und dafür 2 Mark bekommen.
Fernseher: meine Einzelteile sind von Frauen in Südkorea zusammengesetzt worden. Für einen 10- bis 12-Stundentag und dies 6 oder 7 Tage die Woche, bekommen sie einen Lohn von 9 bis höchstens 18 Mark. Aber schon nach drei, vier Jahren können sie nur noch schlecht sehen. In Hongkong grüßt frau/mann in der Elektroindustrie Arbeiterinnen unter 25 Jahren mit •Hallo Oma, wo hast du deine Brille gelassen?-«
Wir wissen um den Versuch es US-Imperialismus, sich mit der Trilateralen Kommmission ein neues politisches Instrument zu schaffen, das keiner nationalen Kontrolle mehr unterliegt. Aufgabe dieser Kommission ist es, zu einer abgestimmten Politik zwischen den USA, Japan und Europa gegenüber der OPEC [39], den Befreiungsbewegungen in der 3. Welt und den sich zuspitzenden Widersprüchen in den Metropolen zu kommen.
Wir konnten in der letzten Zeit sehr genau beobachten, daß die Strategie der »Grünen Revolution« [40] (Entwicklung in Abhängigkeit) wieder ersetzt wurde durch die Vorbereitung von Angriffskriegen - vor allem gegen die Länder im Nahen Osten.
Wir wissen um die mörderische Macht der NATO, die unter Vorherrschaft der USA dieses Land mit Atomsprengköpfen gespickt hat und so die totale Vernichtung jederzeit möglich macht.

Unterdrückte und Komplizen

Wir erleben in der BRD täglich den fortschreitenden Prozeß der Einkreisung und Vernichtung aller Formen von Widerstand. Die Überwachung der Bevölkerung ist heute schon gegeben. Gegen die Liquidierung der Gefangenen aus den bewaffneten Gruppen ist nur noch vereinzelt Protest zu hören. Die freiwillige Gleichschaltung der Medien ist seit 1977 ein fester Bestandteil einer Strategie, die in diesem Land jedem Widerstand den Garaus machen will.
Die überwältigende Macht der imperialistischen Kultur wird deutlich, wenn Menschen meinen, nicht mehr ohne Fernseher leben zu können.
»•Ich kenne die Macht des Fernsehens, aber ich nehme sie gern auf mich- , sagte eine Frau in einem Film, der den Versuch zeigt, wie es zwei Familien geht, die vier Wochen ohne Fernsehen leben. Die andere Frau weinte in der 3. Woche ohne Fernsehen, weil sie meinte, ein Leben ohne Fernsehen nicht mehr ertragen zu können.«
Aber auch ohne daß frau/mann die Verflechtung der internationalen Machtstrukturen kennt, ist die Unmenschlichkeit dieses Systems identifizierbar. So ist in den Zeitungen zu lesen, daß rund eine Milliarde Menschen in Asien, Afrika, Lateinamerika hungern, daß 450 Millionen ständig an der Grenze zum Tode vegetieren. Allein ein Viertel der Bevölkerung Afrikas wird nicht satt. In der gleichen Zeitung gibt es dann sicher auch ein Rezept, wie der fettgewordene Westeuropäer seine überflüssigen Pfunde durch eine »Hunger-Diät« wieder verlieren kann.

Es drängt sich die Frage auf, warum diese Tatsachen keine mobilisierende Wirkung mehr haben wie zur Zeit des Vietnamkrieges. Ist die einzige Erklärung die Enttäuschung über die zum Staat gewordenen Befreiungsbewegungen in Cuba, Vietnam, Angola und heute Nicaragua [41], die die Träume einer »reinen« Revolution nicht erfüllten?
Wir denken, daß dieser Erklärungsversuch es sich sehr einfach macht. Gleiches ist zu einer Geschichtsschreibung zu sagen, die die Studentenbewegung posthum zu einer kulturrevolutionären Bewegung macht und den Antiimperialismus zur Nebensache erklärt.
Nicht mehr erinnert wird, was Antiimperialismus damals bedeutet hat; vergessen ist, daß wir einen Begriff der sublimen Unterdrückung in den Metropolen gerade an den Schandtaten des Imperialismus in der 3. Welt entwickelt haben.
Verdrängt wird, daß es einmal um mehr ging, als um »alternatives Leben« und »neue Sinnlichkeit«.
»Das Ziel ist nicht mehr die Abschaffung von Ausbeutung und Unterdrückung im Weltmaßstab, nicht also die militante und aggressive Konfrontation mit als falsch erkannten gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern das Ziel ist ein Schonraum, eine Zuflucht, ein Reservat, gewissermaßen ein selbstgewähltes Ghetto, worin die Gesetze der Ökonomie dadurch außer Kraft gesetzt sind, daß es sich durch Subventionen, Unterstützungen, Schenkungen, Bettelei erhält.« (Pohrt)
Tabuisiert wird die Erkenntnis, daß wir auf der einen Seite Unterdrückte sind, aber gleichzeitig auch Komplizen der Unterdrückung in der 3. Welt. Daß jeder konkrete Kampf in den Metropolen immer in Gefahr steht, ein Kampf um Privilegien zu sein, die auf Kosten der 3. Welt gehen.
So läßt die politischen Ausrichtung der Anti-AKW-Bewegung sowohl auf die Bauplätze als auch auf die Gewaltlosigkeit die Vermutung zu, daß auch hier Privilegien im Spiel sind: die reine Umwelt für die Metropolen und den Dreck für die Länder der 3. Welt (vgl. zu unserer Einschätzung der Anti-AKW-Bewegung auch unseren Beitrag in der Autonomie Nr. 4/5).
Auch die Frauenbewegung bildet da keine Ausnahme: So ist in der westlichen Frauenbewegung eine breite Kampagne gegen die Beschneidung [42] der Frauen in der 3. Welt gelaufen. Überheblich und eurozentristisch war diese Kampagne dadurch, daß sie darauf verzichtete, die Lebensbedingungen der Frauen dort als imperialistische Herrschaft zu analysieren, die neben sexistischer Unterdrückung den Hunger als gezielte Methode der Vernichtung einsetzt. Die Klitoris-Beschneidung - die ohne Zweifel die brutalste Form sexistischer Unterdrückung ist - wird als Relikt einer »barbarischen Kultur« bekämpft, die es europäisch zu zivilisieren gilt.
Zweck der Analyse der imperialistischen Machtstrukturen ist, die Strategie des Imperialismus zu erkennen als das, was sie ist:
- physische Vernichtung in der 3. Welt durch Hunger, Ausbeutung und Militärintervention,
- psychische Verelendung und Ausbeutung in den Metropolen.
Ziel kann nicht sein, diese Analyse ohne Rückvermittlung auf die konkreten Widersprüche dieses Prozesses als revolutionäre Handlungsperspektive zu verstehen. Wir müssen uns statt dessen die Mühe machen, von der Abstraktion wieder zurückzugehen auf die konkreten Erscheinungen, auf die Besonderheiten der regionalen und nationalen Widersprüche, auf die nationalen und sozialen Kämpfe. Es ist deshalb ein verhängnisvoller Irrtum, wenn die RAF meint, sie bräuchte diesen Schritt zurück (vom Abstrakten wieder zum Konkreten) nicht zu machen, sondern statt dessen davon ausgeht, es sei ausreichend, den Menschen nur immer wieder zu erklären, daß physische und psychische Vernichtung der Inhalt des Imperialismus ist.
Jeder Angriff auf imperialistische Machtstrukturen findet nicht irgendwo im transnationalen Raum statt, sondern immer in einem konkreten Land mit seinen spezifischen Bedingungen.
Wenn Ziel der Aktion sein soll, »den Riß zwischen Gesellschaft und Staat zum Bruch zu machen«, dann

ist zu fragen: welche Gesellschaft, mit welchen Menschen in dieser Gesellschaft, an welchen Widersprüchen soll das geschehen?
Das Beharren auf einem zentralen Widerspruch, der Hauptangriffspunkt ist, orientiert sich an einer dogmatischen Sichtweise, die z.B. nicht zur Kenntnis nehmen will, daß neben dem Klassenkampf zwischen Proletariat - das allerdings schon damals mehr zu verlieren hatte, als seine Ketten - und Kapital weitere Widersprüche sichtbar und zu lösen sind, die damals auch schon bestanden: wie die Befreiungsbewegungen und der Imperialismus als Überausbeutung der 3. Welt; die Frauenbewegung und die Überausbeutung und sexistische Unterdrückung der Frauen; die Ökologie-Bewegung und die Zerstörung der Lebensgrundlagen durch industrielle Technologie u.a.m.
Auch der Hinweis auf die Völker der 3. Welt bleibt abstrakt: welche Völker sind gemeint und wie führen die Menschen z.B. heute in El Salvador ihren Kampf?
Führen sie ihn nicht unter konkreten historischen und ökonomischen Bedingungen? Menschen machen ihre Geschichte nicht abstrakt in einem imaginären transnationalen Raum.
Gemeinsam ist der Feind, der in jedem radikal bis zum Ende durchgehaltenen Kampf sichtbar wird, das mörderische System des Imperialismus! Gemeinsam ist auch das Ziel: die weltweite Abschaffung der Herrschaft von Menschen über Menschen!
Dies schließt Aktionen ein, in denen unsere Unterstützung der Befreiungsbewegungen zum Ausdruck kommt: Entscheidend aber ist, ob es uns gelingt, die 3. Welt in verstehbarer Weise anwesend zu machen, in den sozialen Auseinandersetzungen hier.

Die BRD - eine US-Kolonie?
Im Zusammenhang mit der 1980 neu begonnen Diskussion über antiimperialistische Solidarität wollen wir noch zu zwei Aspekten Stellung nehmen: zu der Diskussion über das Verhältnis USA/BRD/Europa und zu der Auseinandersetzung über die Gefahr eines neuen Weltkrieges.
Die Einschätzung des Verhältnisses USA - BRD ist von eminenter Konsequenz für die eigene Orientierung. Wenn tatsächlich - wie es behauptet wird - die BRD nichts anders ist, als ein Satellit der USA, vergleichbar mit Südkorea, so hat dies zur Folge, daß entweder die Frage des Kampfes in der BRD beantwortet wird mit einem transnationalen Konzept oder aber in einer langfristigen Perspektive das Bündnis mit Teilen der einheimischen Bourgeoisie gesucht werden muß.
In der Tat existiert eine imperialistische Globalpolitik unter Hegemonie der USA, militärisch ausgedrückt durch die NATO, ökonomisch und entwicklungspolitisch durch den IWF und die Weltbank. Als stärkste imperialistische Macht sind die USA in der Lage, ihre Verbündeten zur Solidarität zu zwingen, wenn sie die Gesamtinteressen bedroht sehen: der Vietnamkrieg ist ein Beispiel. Unterhalb der Ebene der Globalpolitik gibt es zahlreiche Sonderinteressen, Konflikte, Bemühungen um eigenständige politische Lösungen.
Der ehemaligen EG-Kommissar Ralf Dahrendorf [43] nennt fünf wichtige Interessen der europäischen Außenpolitik (Zeit, 25.4.80):
- »Das europäische Währungssystem, als ein auf EG-Staaten beschränkter Ersatz für das mit der Krise zusammengebrochene Weltwährungssystem;
- militärische Aufwertung der EG-Staten in der NATO zur eigenständigen ízweiten Säule' neben den USA;
- die Abhängigkeit der EG-Staaten vom Rohstoffimport und vom Export ihrer Industrieprodukte hat zur Folge, daß die EG im Welthandel eine andere Position als die Supermächte vertritt und ein Arrangement höchstens mit Japan vorstellbar sei;
- die EG will die Nord-Süd-Entwicklungspolitik zwischen den Industriestaaten und den Ländern der 3.

Welt vorantreiben und ihre Möglichkeiten ausnutzen, bevor eine stärkere internationale Klasenkampfsituation entsteht;
- in Westeuropa selbst sollen kriegerische Auseinandersetzungen vermieden werden.«
Damit ist ein Programm eigenständiger Politik der BRD und anderer europäischer Staaten angedeutet, das in vielen Fällen auch schon Realität geworden ist.
- Die Weltbank wird inzwischen durch die BRD mit 28 %, Schweiz mit 16 %, die USA mit 20 %, Japan und die OPEC-Länder mit jeweils 14 % finanziert.
Mit der Zunahme des europäischen Anteils haben sich die Darlehens- und Investitionsschwerpunkte verschoben: es sind nicht länger nur die lateinamerikanischen Militärdiktaturen und einige Länder, die sich in neokolonialer Abhängigkeit von den USA befinden - zunehmend erhalten auch afrikanische und osteuropäische Länder, mit denen die BRD und Frankreich kooperieren, Gelder der Weltbank.
- Die BRD stabilisiert in Europa die an der Peripherie befindlichen Länder mit finanziellen Krediten, Sozialdemokratisierung der oppositionellen Kräfte, Integration der Arbeiterbewegung in den Staat sowie den für die »innere Sicherheit« notwendigen Technologien. Die BRD war daran beteiligt, die überfälligen Diktaturen in Portugal, Spanien und Griechenland zu beseitigen und gleichzeitig die Entwicklung eines revolutionären Prozesses in diesen Ländern wie auch in Italien zu verhindern.
Ganz anders die Lateinamerika-Politik der USA. Sie vernachlässigt nach wie vor die Stabilisierung gesellschaftlicher Organismen (wie Parteien, Gewerkschaften usw.) und stützt sich im wesentlichen auf die Militärapparate. Putsch, Folter, Militärdiktaturen mit der Herrschaft der Geheimdienste, ökonomische Ausplünderung und Profittransfer in die USA sind die Kennzeichen dieser Politik.
- Der von den USA nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan [44] von der BRD geforderte Wirtschaftsboykott war so nicht realisierbar. Der Verzicht auf anstehende Großaufträge der UdSSR an die deutsche Stahlindustrie hätte für das Ruhrgebiet Massenarbeitslosigkeit und soziale Instabilität bedeutet. So war die Bundesregierung zwar mit dem Olympiaboykott [45] zu einer außenpolitischen Geste der Solidarität mit den USA bereit, nicht aber zu blinder, folgenschwerer Vasallentreue.
- Auch am Beispiel des von BRD und USA inszenierten Putsches in der Türkei läßt sich diese Linie in der BRD verfolgen. Allein im Jahr 1980 pumpte die BRD 300 Millionen Dollar (25 % der gesamten westlichen Hilfe) in das ausgepowerte Land, um die Demirel-Regierung zu stabilisieren und gleichzeitig Massenelend zu vermeiden. Die inneren Widersprüche in der Türkei eskalierten dennoch so schnell, daß die NATO putschen mußte, um ihre Süd-Ost-Flanke nicht zu gefährden. Wenn auch in diesem Fall nicht erfolgreich, zielt die BRD-Politik dennoch darauf, mit Hilfe von materiellen Zugeständnissen sozialen Konsens zu erreichen und möglichst diktatorische Lösungen zu vermeiden. Diese gilt auch für die Außenpolitik gegenüber Ländern der 3. Welt: »Dahinter steckt die Einsicht, daß die deutsche Außenpolitik nicht länger auf marode Regimes in der 3. Welt bauen darf, nur weil diese einen ípro-westlichen' Anspruch haben. Vielmehr setzen die Deutschen, anders als die Amerikaner, auf blockfreie Regierungen, auch wenn diese dem Westen nicht wohlsonnen sind. íWir erreichen', erläutert ein AA-Experte, ílangfristige Stabilität auf Kosten kurzfristiger Instabilität.'« (Spiegel, 4.8.80)

Krieg welchem Krieg?

Seit dem 6. Mai in Bremen [46] wird wieder über die Notwendigkeit antimilitaristischer Politik nachgedacht. Dabei werden teilweise aber wieder Fehler gemacht, die schon bei der Bewegung gegen die Remilitarisierung in den 50er Jahren und bei den Ostermärschen gegen den Atomtod in den 60ern zutage getreten sind.
Dennoch - schon damals traf diese Bewegung den Nerv. Der erste politische Mord in der Geschichte der BRD wurde 1953 von der westdeutschen Polizei an dem jungen Kommunisten Philipp Müller bei einer

antimilitaristischen Demonstration in Essen begangen.
Damals wie heute setzt die Argumentation gegen die Bundeswehr, gegen die NATO an der diffusen Kriegsangst der Menschen an. Es ist nicht nur so, daß diese Angst nach 50 Jahren nationalsozialistischer und antikommunistischer Hetze allemal eine Angst vor den »Roten«, der Sowjetunion ist. Es ist auch eine lähmende, eine freiflutende Angst , die sich nicht mehr der Strukturen bewußt ist, aus denen sie entsteht.
In den Diskussionen dieses Jahres wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß in den NATO-Konzeptionen die BRD im Kriegsfall der Zerstörung durch die Supermächte preisgegeben wird. An der Tatsache dieser Planungen wurde versucht, die Angst vor dem Schlachtfeld BRD zu mobilisieren. Dies ist nicht nur problematisch, weil damit diffuse, antikommunistische Paranoia beschworen wird. Es ist falsch, weil die aktuelle Kriegsgefahr sich auf andere Regionen der Welt bezieht - vor allem Naher Osten, Afrika, Vorderasien. Es wird so getan, als sei die BRD abstrakt verfügbares Aufmarsch- und Raketenaufschlagsgebiet, wo es doch viel mehr darauf ankommt, die aktive Beteiligung und Unterstützung der BRD bei den Vorbereitungen zu neuen imperialistischen Raubkriegen zu denunzieren. In der Fixierung auf die Zunahme der »Spannungen« in Europa und der Verhärtungen der Ost-West-Beziehungen erscheint auf ein Neues der eurozentristische Kopf, der die dunklen Befürchtungen vor dem möglichen Übermorgen immer noch wichtiger nimmt als die Realität der Kriege, die heute bereits in der 3. Welt geführt werden oder unmittelbar bevorstehen.
Eine ziellose Angstmacherei kann leicht zur Kehrseite der von oben betriebenen ideologischen Militarisierung werden. Deshalb ist es doppelt wichtig, die Ziele der Nachrüstungs- und Aufrüstungsbeschlüsse der NATO zu begreifen, um daraus eigene Handlungsmöglichkeiten abzuleiten. Die dümmliche Halsstarrigkeit von SPD-Apel bei der Zelebrierung der Vereidigungsrituale hat uns in diesem Jahr die willkommenen Anlässe für die Auseinandersetzung präsentiert. Ein wenigstens durchschnittlich intelligenter Minister, ohne Wahlkampf, ohne Angst, sein Gesicht zu verlieren, hätte die Vereidigungen abgesagt.
Damit wäre aber die Entstehung des neuen antimilitaristischen Bewußtseins bei den Jugendlichen, in der Frauen- und der Öko-Bewegung und den immer noch mitmarschierenden Altlinken sehr viel schwieriger gewesen.
Die USA entwickelten seit 1978 eine neue »Eindämmungsstrategie« gegenüber der UdSSR. Durch eine Veränderung des strategischen Gleichgewichts soll die UdSSR in eine kostenintensive Rüstungspolitik hineingetrieben werden. Politisch zielt dies auf zweierlei ab:
- im sowjetischen Machtbereich wird bei zunehmenden sozialen und politischen Spannungen (z.B. Polen) der Spielraum für materielle Zugeständnisse an die Bevölkerung eingeengt und die Situation weiter eskaliert;
- außenpolitisch nehmen die Möglichkeiten der UdSSR, unabhängige und blockfreie Länder zu unterstützen, ab, was die Chancen des imperialistischen Blocks zur Ausdehnung bzw. Restabilisierung eigenen Einflußsphären vergrößert (z.B. Ägypten, Simbabwe in den letzten Jahren).
Militärisch soll die Situation zugunsten des imperialistischen Blocks so verschoben werden, daß die UdSSR bei den bevorstehenden Kriegen um Energien und Rohstoffe neutralisiert werden kann.
Der Krieg zwischen Irak und Iran [47] verdeutlicht dies. Der Irak - seit Jahren aufgerüstet und beliefert von Frankreich und der BRD, aber auch der UdSSR - hat sich seit dem Sturz des Schahs in die regionale Strategie der Amerikaner integrieren lassen. Der Irak führt - mit massiver finanzieller und militärischer Unterstützung der reaktionären arabischen Regimes - gegen den Iran einen Abnutzungskrieg, der diesen in neue ökonomische Abhängigkeiten von den europäischen Staaten hineintreiben soll. Damit ist aber auch unsere Linie des Widerstandes klar. Es geht nicht darum, daß die BRD Opfer sein kann, sondern

daß sie heute Täter ist.
Die BRD wird sich kaum an direkten militärischen Interventionen beteiligen; das werden die USA, Frankreich, Großbritannien, Israel, Ägypten, Südafrika u.a. besorgen, aber die BRD wird weiterhin Waffen und Technologien exportieren, Materialien zur Herstellung von Atom-Bomben bereitstellen, Militärs und Bullen ausbilden, mit großen Geldern die amerikanischen, britischen und französischen Truppen in der BRD finanzieren, den USA logistische, technische und geheimdienstliche Unterstützung bereitstellen und mit der Bundeswehr abrückende amerikanische Truppenverbände ersetzen.
Die Mobilisierung muß der Tatsache gelten, daß die BRD im Schatten der Nachrüstung aggressive Raubzüge um Energien und Rohstoffe abdecken wird. Dagegen sind konkrete Widerstandsperspektiven zu entwickeln und nicht nur Angst vor dem Atomtod.

Wahlkampf mit Toten

Nur wenige Wochen nach dem Münchner Attentat vom 26.9.80 muß daran erinnert werden: es fand ein Anschlag statt, bei dem 13 Menschen ums Leben gekommen sind und 200 verletzt wurden. Niemand will so recht darüber nachdenken, es werden keine öffentlichen Diskussionen über Motive, Hintergründe oder Ziel des Anschlages geführt. Niemand fragt oder ist neugierig. Fast ist es so, als ob dieser Anschlag nicht stattgefunden habe.
Jedenfalls wissen wir nun, wie es passieren kann, daß niemand etwas von den Konzentrationslagern wußte. Es ist nachvollziehbar geworden, daß sich Leute beim Anblick von Güterzügen mit Menschen nichts Böses denken wollten.
Dabei ist nicht zu klagen über die Propaganda, die vielen Lügen und Halbwahrheiten. Wer wissen und klären will, d.h. wer sich aus der Verantwortung für gesellschaftliche Entwicklungen nicht hinausbegeben will, kann sich aus der bruchstückhaften Darstellung in den bürgerlichen Zeitungen ein Bild zusammensetzen oder die Fragen stellen, auf die es bisher noch keine Antworten gibt.
Die Haltung des Verdrängens und Nichtwissenwollens macht aus dem Münchner Anschlag Schicksal. Es ist aber unsere Aufgabe, Geschichte zu machen, es nicht als unbegreiflich abzuhaken, sondern seine Strukturen zu begreifen, das Münchner Attentat nicht als monströs zu mystifizieren, wo es neue Fragen auf die Tagesordnung setzt.
Wenn wir Fragen stellen und Vermutungen äußern, haben wir damit noch nicht eine Antwort gefunden. Aber wir schaffen uns die Möglichkeit, nicht nur zu erstarren, zu verdrängen, zu vergessen, sondern zu begreifen und zu handeln.
Der Anschlag wurde benutzt, um eine Stimmung zu erzeugen, in der Strauß noch die Bundestagswahlen gewinnen sollte. Anders als bei den Aktionen revolutionärer Gruppen in den letzten zehn Jahren war dieser Anschlag darauf gerichtet, eine Kräfteverschiebung innerhalb des herrschenden Machtblocks zu bewirken. Die CDU/CSU nutzte diesen Anschlag für ihren Wahlkampf, der bereits vorher mit dem Schwerpunkt Innen- und Sicherheitspolitik geführt worden war. Strauß nur wenige Stunden nach dem Anschlag: »Ja, Herr Baum [48] hat schwere Schuld in zweierlei Hinsicht auf sich geladen. Erstens durch die ständige Verunsicherung der Sicherheitsdienste, die sich ja heute nicht mehr trauen, im Vorfeld aufzuklären und den potentiellen Täterkreis festzustellen. Zweitens durch die Verharmlosung des Terrorismus.« Der »Spiegel« zitiert Strauß mit dem Vorschlag: »Man muß jetzt ein Flugblatt verfassen, was nur zeigt: Baum im Gespräch mit Mahler.« Strauß, Tandler [49] und die anderen Figuren reagieren genau in der Logik des Anschlages. Dies begründet keine Verantwortlichkeit, ist aber allein bereits ein neues Phänomen der bundesdeutschen Geschichte. Die vielbeschworene »Solidarität der Demokraten«, die bislang gegenüber dem »Terrorismus« galt, meinte zunächst nichts anderes, als daß die bürgerlichen Parteien auf die legalisierten und institutionalisierten, zumindest aber auf nachträglich legalisierbare

Formen der Gewalt vertrauen und für sich darauf verzichten, aus der Auseinandersetzung mit dem revolutionären Widerstand politisches Kapital zu schlagen. Die Reaktion von CDU, vor allem aber der CSU, setzt diese Übereinstimmung zumindest im zweiten Teil außer Kraft. Die Defensive des Strauß-Flügels nach der Bundestagswahl, die Annäherung der CDU an SPD/FDP-Positionen, - selbst da, wo sie bis jetzt noch nicht übereingestimmt haben - soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieses politische Potential in CDU/CSU groß ist, daß es starke Strömungen in diesen Parteien gibt, die an einen Wahlsieg nur bei einer außerordentlich zugespitzten Krisensituation glauben, in der die staatlichen Gewaltapparate nicht mehr funktionieren. Wer aber in dieser Art und Weise politische Leichenfledderei betreibt, hat grundsätzlich auch ein Interesse an solchen Situationen.
Tatsächlich finden sich aber auch zahlreiche Indizien, die gegen die öffentlich verbreiteten Tatversionen sprechen und eine Beteiligung/Kontrolle/Mitwissen von Teilen des Sicherheitsapparates und/oder einzelnen Repräsentanten von CDU/CSU möglich erscheinen lassen.
Seit Monaten war besonders in der Springer-Presse auf einen bevorstehenden Anschlag der RAF »in den Dimensionen von Schleyer« hingewiesen worden. Seit Ende August »häuften sich die Hinweise«. So wurde der Boden bereitet für Informationen über die Observation von Christian Klar [50] und Adelheid Schulz [51] und das »Versagen« der Sicherheitsorgane. [52] Einer der überführten Informanten der »Welt« war CSU-Zimmermann, immerhin ein Mitglied des Innenausschusses. Wenn also zusätzlich zu den Spekulationen über einen Anschlag solche hochwertigen Informationen verbreitet werden, werden dadurch nicht nur die spekulativen Teile der psychologischen Vorbereitung glaubwürdiger, sondern es wird eine Stimmung provoziert, in der bei einem tatsächlich erfolgten Anschlag jedem der Täter sofort klar sein muß. So kam der »Spiegel« drei Wochen vor dem Münchner Attentat zu der Einschätzung: »Was sich zunächst wie ein Zufallsvorteil der Unionsparteien im Wahlkampf ausnahm - jene erste Veröffentlichung in der »Welt« über eine angebliche »Fahndungspanne« - ist Teil einer von langer Hand vorbereiteten Kampagne.«
Diese Kampagne gegen das »Sicherheitsrisiko« Baum (ein Euphemismus, der den Rechten wirklich nicht zusteht) konnte so nach dem Münchner Anschlag bruchlos fortgesetzt werden. Der wochenlangen Hysterisierung folgte das Attentat. Nicht nur die Reaktionen von Strauß und Tandler - zufälligerweise inmitten der heißen Wahlkampfphase schnell erreichbar und in München - gingen in die psychologisch so lange vorbereitete Richtung. Samstag morgen war in französischen und italienischen Zeitungen zu lesen: »München: Baader-Meinhof ?«.
Wir haben uns abgewöhnt, so etwas für Zufall zu halten. Eine über Wochen andauernde Propaganda von rechts warnte vor einem blutigen Anschlag vor der Wahl, unkte über »Tote im Wahlkampf« und versuchte, durch die Veröffentlichung wichtiger Informationen glaubwürdig zu werden. Auch das »timing« der Aktion war so angelegt, daß in der kurzen Zeit bis zur Bundestagswahl eine Aufklärung kaum möglich gewesen wäre. Nur der Tod Köhlers verhindert - wie es sonst sicher geschehen wäre -, daß der RAF oder einer anderen revolutionären Gruppe diese Aktion in die Schuhe geschoben wird. Der Tod und die rasche Identifizierung Köhlers bringen die bereits intensivierte Kampagne gegen Baum, die Sicherheitspolitik der SPD/FDP-Regierung und Mutmaßungen über die Verantwortlichkeit linker Gruppen zu einem schnellen Ende.
Den Verantwortlichen im bayrischen Sicherheitsapparat, vollständig verflochten mit der CSU, ist ab Samstag mittag klar, daß durch den Tod und die Identifizierung Köhlers der Münchner Anschlag zu einem Bumerang für Strauß werden kann. Tandler legte sich so auf die Position fest, Köhler sei ein spinnerter Einzelgänger gewesen, eben ein Einzeltäter, der durch die allgemeine Verharmlosung des Terrorismus zu seiner Tat getrieben worden sei.
Tandler - und das heißt, die Verantwortlichen im bayrischen Innenministerium und Sicherheitsapparat -

geht dabei so weit, die Ermittlungstätigkeit von Bundesanwaltschaft und BKA zu behindern. Der Justizminister am 9. Oktober (nach der Wahl!) in der »Frankfurter Rundschau«: »Tandler habe die verantwortungsvolle Zusammenarbeit der für die innere Sicherheit zuständigen Organe gestört und auch die Ermittlungen im konkreten Fall erschwert.«
Es ist naheliegend, daß Tandler die politische Motivation Köhlers und seine Zusammenhänge leugnen muß. Die in den nachfolgenden Tagen und Wochen verbreiteten Hinweise auf die Infiltration der faschistischen Gruppen und den Staatssicherheitsdienst der DDR bzw. auf Kontakte der Hoffmann-Gruppe [53] zur PLO [54] sind durchsichtige Ablenkungsmanöver.
Die Bundesanwaltschaft sowie die der SPD/FDP nahestehende Presse vermuten dagegen einen Gruppenzusammenhang, aus dem heraus dieser Anschlag durchgeführt wurde, sowie Verbindungen Köhlers zu faschistischen Gruppen wie z.B. der Wehrsportgruppe Hoffmann.
Es gibt zahlreiche Hinweise und Zeugenaussagen über Personen, mit denen Köhler in der Nähe des Explosionsortes gesehen wurde:
- Da ist die Rede von 2 kurzhaarigen jungen Männern mit Bundeswehrparka und aufgenähten deutschen Flaggen;
- Ein schwarzhaariges junges Mädchen wird in der Nähe des Tatortes mit Köhler gesehen;
- Zehn Minuten vor der Explosion wurde eine weiße Leuchtkugel und Sekunden vorher eine rote Leuchtkugel in unmittelbarer Nähe des Explosionsortes beobachtet;
- Einige der Verletzten sagten aus, sie hätten unmittelbar vor der Explosion einen Mann sich mit Köhler über eine weiße Plastiktüte beugen sehen, der dann schnell weglief.
Trotz der Vielzahl von Zeugen ist bis heute keine dieser Person identifiziert. Zum Vergleich sei nur darauf hingewiesen, wen die Bundesanwaltschaft bei der Entführung Schleyers in Köln »einwandfrei identifiziert« haben will, obwohl es da nicht einen einzigen Zeugen gab.
Auf jeden Fall muß von einer Gruppe von Leuten ausgegangen werden, die für diese Aktion verantwortlich ist.
Bundesanwaltschaft, »Stern« und »Spiegel« dokumentieren schnell, materialreich und einleuchtend eine Vielzahl von Hinweisen, aus denen die Kontakte Köhlers zur Hoffmann-Gruppe, die Bewaffnung der Hoffmann-Gruppe, deren Vorstellungen und internationale Verbindungen hervorgehen. Es handelt sich hierbei nicht um eine falsche Spur, von den wesentlichen Fragen lenken diese Hinweise dennoch ab. Die publizierten Fakten sind im übrigen seit Jahren bekannt und immer wieder in Zeitungen der DKP und dem Arbeiterkampf veröffentlicht worden. Entscheidend ist z.B., daß ausländische faschistische Gruppen selbst vielfältig mit Teilen der staatlichen Sicherheitsapparate ihrer Länder verflochten sind und ihre Aktionen Teil von Strategien institutioneller Machtverschiebung oder geheimdienstlicher Mordaktionen gewesen sind. So sind 20 % der französischen FANE Polizisten, die Identität der spanischen »Christkönigskrieger« mit den Kommandos des spanischen Geheimdienstes ist bekannt; die Zusammenarbeit der protestantischen Terrororganisationen in Nordirland mit der SAS und Polizei ist ebenso dokumentiert wie die Verwicklung italienischer Dienste in faschistische Aktivitäten. So lächerlich also die Einzeltäterthese Tandlers ist, so vordergründig ist der Versuch, die Verantwortlichkeit allein den faschistischen Gruppen zuzuschieben.
Die faschistischen Gruppen sind in großem Ausmaß von den Sicherheitsdiensten infiltriert und kontrolliert. In allen diesbezüglichen Prozessen der letzten Zeit erwiesen sich Angeklagte, Hauptbelastungszeugen oder Waffenlieferanten als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes oder der Landeskriminalämter. So entpuppte sich bei einem Faschistenprozeß in Braunschweig der 37jährige Hans-Dieter Lepzien nicht nur als Bombenbauer, Sprengstoffeinkäufer und Initiator »größerer Dinge«, sondern auch als Mitarbeiter des niedersächsischen Verfassungsschutzes. Erstaunlich genau und schnell -

also informiert - wurde nach dem Hamburger Anschlag auf ein Ausländerheim die Gruppe von Roeder, immerhin verteilt auf mehrere Städte im gesamten Bundesgebiet, abgeräumt.
Es ist nicht übertrieben, davon auszugehen, daß im faschistischen Untergrund nichts Wesentliches passiert, ohne daß es die Bullen mitbekommen. Ausgerechnet nun, bei dem größten und folgenreichsten Anschlag, soll dies anders gewesen sein. Sollte diese Aktion tatsächlich von einer faschistischen Gruppe durchgeführt worden sein, so ist darüber zuvor geredet, diskutiert und entschieden worden. So etwas wird nicht von ein oder zwei Leuten gmeacht. Es muß davon ausgegangen werden, daß Sicherheitsdienste von solchen Diskussionen erfahren haben, als sie stattgefunden haben. Rebmann hat Mitte November verlauten lassen, daß ihnen nunmehr bekannt sei, daß »Köhler in einem nicht näher beschriebenen Kreis im Zusammenhang mit der Bundestagswahl Möglichkeiten für einen Anschlag - so unter anderem ein Attentat auf dem Oktoberfest - diskutiert habe.« (Frankfurter Rundschau, 14.11.80).
Zweifel an der Verantworlichkeit der faschistischen Gruppen weckt für uns auch die Art des Anschlages. Die BRD ist nicht Italien, wo solchen Anschläge und die »Strategie der Spannung« eine ganz andere Tradition haben bzw. immer schon Mittel der Innenpolitik gewesen sind. Der Münchner Anschlag entspricht nicht dem, was die Faschisten im letzten Jahr gemacht haben. Sie haben sich an die ausländerfeindliche Stimmung angehängt und vereinzelt antisemitische Aktionen wie auch solche gegen Linke und die DDR gemacht. Der Münchner Anschlag steht jedenfalls in keinem erklärbaren Verhältnis zu den sonstigen Aktionen.
Aufschlußreich ist auch, daß zu wesentlichen Einzelpunkten der Ermittlungen bisher noch keine endgültigen Erklärungen abgegeben wurden. Während nach Aktionen von RAF oder RZ bis in die kleinsten Einzelheiten Waffen, Munition, Zündmechanismen, Vorgehensweisen erörtert wurden, fehlen im Fall des Münchner Attentats bisher plausible Erklärungen
- zur Herkunft der Bombe bzw. Granate und ihre Beschaffenheit
- zur Beschaffenheit des Zündmechanismus
- zur vorzeitigen Explosion.

Bombe und Zünder: militärisches Material
Zur Beschaffenheit der Bombe wurde extrem Widersprüchliches verbreitet. Während im »Stern« vom 9.10. »Sprengstoffexperten des BKA« erklären: »Hier haben Fachleute den Sprengkörper vorher zerlegt und mit zusätzlichen Metallteilen gefüllt, um die Splitterwirkung bei der Explosion zu erhöhen«, liest es sich in der »Zeit« ganz anders: »Der Typ der britischen Mörsergranate, die Köhler benutzte, wurde bis 1970 bei der Rheinarmee gelagert. Der Attentäter hatte einen eigenen Zünder eingebaut, die Granate in einen Feuerlöscher gesteckt, in den er Soll-Bruchstellen gefräst hatte, um damit die Sprengwirkung zu erhöhen.«
Ebenfalls die »Zeit« hat in einer kleinen Notiz die bisher einzige halbwegs nachvollziehbare Erklärung zur Beschaffenheit und vorzeitigen Explosion des Zünders geliefert. Danach hat Köhler offensichtlich einen Handgranatenzünder mit einer Normalverzögerung von 20 Sekunden benutzt. Grund der vorzeitigen Explosion war nach Vermutungen der »Zeit«, daß die Zündschnur brüchig war und dadurch ohne Verzögerung explodierte. Auch dies ist keine endgültige Erklärung, denn eine brüchige Zündschnur funktioniert im Normalfall überhaupt nicht. Völlig ungeklärt ist bis heute, wie Köhler an Granate und Zünder gekommen ist. In 2 Fällen wurden Nazis, bei denen typengleiche Mörsergranaten gefunden wurden, wieder freigelassen. Im ersten Fall handelt es sich um einen der zunächst festgenommenen Hoffmann-Leute. Im anderen um einen Karl-Heinz D. aus Düsseldorf, in dessen Wohnung ein umfangsreiches Waffenlager gefunden wurden, darunter sieben Granaten vom Kaliber 10,7 cm. Es ist nicht falsch, davon auszugehen, daß es sich bei diesem Menschen um einen bekannten Waffenlieferanten der faschistischen Szene, aber gleichzeitig um einen mit den Bullen kooperierenden Informanten handeln

muß. Anders ist seine umgehende Freilassung nicht zu verstehen. Die Bestandteile der Bombe und der Zünder verraten eine deutlich militärische Prägung. Die durch den Zündmechanismus notwendige Art der Zündung ist die des heroischen militärischen Einzelkämpfers, bei dem es nicht darauf ankommt oder sogar gewünscht ist, daß der Bombenwerfer von Hunderten von Leuten gesehen wird.
Das militärische Material und die damit notwendige Form der Aktion passen ganz und gar nicht dazu, wie uns Köhler geschildert wird und was wir von seinem Leben erfahren haben. Köhler wird als Einzelgänger beschrieben, als kontaktarm, schüchtern, unselbständig. Als 21jähriger wohnt er noch bei seinen Eltern. Sein Vater, CSU-Mitglied und früherer Bürgermeister des Ortes, war Respektsperson.
In einer Erklärung wiesen seine Eltern im übrigen darauf hin, daß Köhler seit fünf Jahren keinen Kontakt mit Hoffmann gehabt habe.

Wie könnte es gewesen sein?
Wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß Köhler gezielt von Mitarbeitern eines Sicherheitsdienstes angesprochen und geführt wurde. Dem MAD war bekannt, daß Köhler den Kontakt mit Hoffmann gesucht hatte, um eine eigene örtliche Wehrsportgruppe zu gründen und sich bei Sprengstoffexperimenten verletzt hatte. Die Isolation Köhlers und seine autoritäre Struktur, sein blinder Tatendrang machen ihn zu einer idealen Zielperson für eine nachrichtendienstliche Operation und anfällig für eine weitergehende Funktionalisierung. Es ist durchaus möglich, daß Köhler von einem Sicherheitsdienst angemacht und benutzt wurde, ohne daß er es bemerkte. Man kennt solche Fälle, wo auf der »Kameradenebene« mit staatlichen Mitarbeitern verkehrt wird.
Es mag sein, daß Köhler zunächst nur mit dem Ziel angesprochen wurde, über ihn einen weiteren Einstieg in die faschistische Szene zu haben. Eine Aktion wie das Münchner Attentat ist sicher nicht von dem gesamten Apparat eines Dienstes getragen worden. Vielleicht gibt es inzwischen beim BND, MAD oder Verfassungsschutz eine »Abteilung für unkonventielle Methoden« - wie die Mordabteilung früher bei der CIA genannt wurde.
Wir halten es jedoch für wahrscheinlicher, daß sich rechte und faschistoide Bullen von ihrem Apparat und der »rechtsstaatlichen Tour« eines Herold verselbständigen und Privatpolitik betreiben. Diese Sorte von Bullen hat sich besonders in dem in der Nähe von München ansässigen BND sowie dem sonstigen bayrischen Staatsschutz gesammelt.
Es ist nicht auszuschließen, daß auf einer informellen Ebene Kontakte zwischen Leuten aus dem Sicherheitsbereich und einzelnen Politikern stattgefunden haben, bei denen angedeutet wurde, daß »da was laufen wird«. Das »Timing« der Hysteriekampagne, die Konzentrierung des Wahlkampfes auf Baum,. der Zeitpunkt des Anschlages und die ersten Reaktionen der Politgangster sprechen zumindest für eine gewisse Koordinierung. Das ausschlaggebende Motiv für Köhler, seine Kontaktleute, Bullen und Politiker wird die Einsicht gewesen sein, daß nur noch eine solche Aktion den Wahlsieg von Strauß möglich macht, daß darüber hinaus auch langfristig eine offen reaktionäre Position sich nur dann durchsetzen kann, wenn das innenpolitische Klima verändert wird.
Fassen wir zusammen:
Strauß und führende Mitglieder der CSU reagieren in der politischen Logik dieses Anschlages.
Von langer Hand war eine Kampagne geführt worden, die auf eine große Terroraktion vorbereitete.
Nur der Tod Köhlers und seine sofortige Identifizierung verhindern, daß dieser Anschlag linken Gruppen in die Schuhe geschoben wird, wie es geplant war.
Die bayrischen Behörden behindern die Ermittlungen und vertreten die These, Köhler sei ein Einzeltäter gewesen.
Es gibt erhebliche Zweifel an der alleinigen Verantwortlichkeit faschistischer Gruppen.
Herkunft von Bombe und Zünder sind nicht geklärt.

Köhler war eine Figur, die sich für eine nachrichtendienstliche Operation geradezu anbot; dies würde auch den Widerspruch von Köhlers Persönlichkeit und der Art der Aktion erklären helfen.
Natürlich sind ein großer Teil unserer Überlegungen spekulativ, aber die Wirklichkeit hat in den vergangenen Jahren regelmäßig unsere schlimmsten Vorstellungen übertroffen.
Die der CSU und Strauß nahestehenden Kräfte würden damit eine Entwicklung nachvollziehen, die es in fast allen anderen Ländern auch gegeben hat: die Verselbständigung staatlicher Politiker, die Strategie der Angst und Spannung, die Entwicklung von Terrorkommandos aus dem Polizeiapparat heraus. Wir halten eine solche Entwicklung nicht für ausgeschlossen, sie ist in den politischen Reaktionen auf den Münchner Anschlag bereits angelegt. Die Warnung vor einer solchen Entwicklung soll nicht zu voreiligen Schlüssen führen. Nach wie vor ist für die Entwicklung eines revolutionären Widerstandes die von SPD/FDP und großen Teilen der CDU betriebene Politik institutionalisierter Herrschaft und verrechtlicher Gewalt von vorrangiger Bedeutung. Die Entwicklung eines von Geheimdiensten organisierten und von parlamentarischen Rechten propagandistisch genutzten sowie der außerparlamentarischen Rechten konkret mitgetragenen Terrorismus würde sich in erster Linie direkt gegen Linke richten und die politischen Bedingungen weiter verschlechtern. Auch dies wäre jedoch eine Erscheinungsform des Zerfalls des »Modell Deutschland«.

Die Linke zu München: no future
Die Reaktion der deutschen Linken war schlimm, aber bezeichnend. Während es in Italien und Frankreich zu breiten antifaschistischen Mobilisierungen gegen den Staat kam, hat es in der BRD praktisch keine Reaktionen gegeben. Wenn auch die Mobilierung in Italien und Frankreich kein Maßstab sein kann, so sind doch das vollkommene Schweigen hier, das Fehlen von wirklicher Betroffenheit, die Begriffslosigkeit, das Verdrängen und Wegschieben ein Vorgang ohne Beispiel. Die Taz - immer noch Ausdruck von vor allem Gefühlen, aber wenig Gedanken eines Großteils der Linken - sitzt völlig der Katastrophen- und Schicksalsstimmung, dem Gefühl teutscher Götterdämmerung auf. Die einst von frankfurter und berliner Spontikreisen geforderte Rückbesinnung auf den eigenen Bauch findet in dieser Sprachlosigkeit ihren Endpunkt, symbiotisch verbunden mit der Rückbesinnung auf die inneren Werte der Pornographie. [55] Das »Blatt« [56] in München stand ehrlich, aber dennoch kokettierend mit unbedruckten Seiten zu seiner Ratlosigkeit. Schlimm ist es dennoch, wenn Peter Schult [57], der es wie die anderen besser wissen müßte, zunächst die RAF als Urheber des Anschlages befürchtet (Taz) und damit sicherlich nicht allein steht. Das völlige Versagen dieser Linken ist auch ein Resultat ihres wutschnaubenden Feldzuges der Jahre 76-78 gegen RAF und RZ. In der Stunde des beginnenden wirklichen Terorismus sind sie stumm und durch die bürgerliche Propaganda konditioniert.
Wer sich so - wie es in der Linken, der Scene stattgefunden hat - Denken, Fragen und Protestieren verbietet, hätte sich vor 40 Jahren auch nur in die innere Emigration begeben und die Haustür den Antifaschisten, Juden, Schwulen und Zigeunern verschlossen. Die 68er-Generation hat endlich zu ihren Eltern und Großeltern aufgeschlossen.

Der Widerstand wächst - Hausbesetzungen
Billiger Wohnraum wird durch Abriß und Modernisierung unwiderruflich zerstört bzw. brachgelegt, weil private Hausbesitzer ebenso wie die großen Wohnungsbaugesellschaften mit Blick auf die Neuverplanung der Städte auf das dicke Geschäft mit Grund und Boden setzen.
Untersuchungen haben ergeben, daß sich die Entwicklung von innen nach außen um den Kern der Städte vollziehen wird. Bisher war der teure Boden den Dienstleistungsbereichen vorbehalten. Die Verringerung des Wohnraums durch Abriß führte aber zu einer Verödung der Innenstädte. Um dem

entgegenzuwirken, wird heute in der City teurer Wohnraum geschaffen, der den besseren Bevölkerungsschichten vorbehalten bleibt. Durch Modernisierungsmaßnahmen und Sanierung werden die Innenstädte gesindelfrei gemacht. Für die neuen modernen Großstädte werden andere Menschen gebraucht, die dem Angebot der innenstädtischen Versorgung würdig sind, die die Vorteile der City nutzen, die sich in den aufgemotzten Einkaufszentren sehen lassen können, die das Geld haben, in den teuren Boutiquen einzukaufen. Die Luxusappartements für die neue Generation der »Singles« aus dem gehobenen Mittelstand und die nostalgisch aufgemachten, mit Stuck verzierten Großraumwohnungen für einstige »Kommunarden«. Der Ausschuß der Gesellschaft, die Ausländer, die Arbeitslosen, die Sozialhilfeempfänger und auch die jugendlichen »Jobber« hingegen werden an den Rand gedrängt. Sie werden - wie vor allem die Ausländer - in die zukünftighen Abrißprojekte verschoben, damit der Hausbesitzer aus ihnen noch Profit ziehen kann, ehe er zum Kahlschlag ausholt, das Haus wegsaniert, um dann an derselben Stelle einträglichere Betonpaläste hochzuziehen.
Die andere Seite der Medaille sind die Trabantenstädte an der Peripherie, die von den Wohnungsbaugesellschaften in der Blütezeit ihrer Spekulationspraktiken hochgezogen wurden. Diese Wohngettos werden die Slums von morgen sein - eine Tendenz, die den ursprünglichen Planungen für diese Betonsilos entgegenläuft. Entworfen als profitable Wohneinheiten für die Gesamtbevölkerung, in der es keinen Klassen mehr gibt und deren Begriff von Wohnqualität sich am Vorhandensein von Zentralheizung und Badezimmer misst (so jedenfalls die Vision der Planer in den 60er Jahren), sind die Trabantenstädte mehr und mehr zu einem sozialen Pulverfaß geworden. Dies nicht nur aufgrund der sozialen Zusammensetzung der dort eingepferchten Menschen, sondern auch aufgrund der Auswirkungen, die die »Lebensqualität Beton« auf die Köpfe der Menschen hat.
Die Trabantenstädte werden zu Mitteln der Aussonderung und Kontrolle der nicht mehr vernutzbaren Menschen. Wo die Herausbildung von Slums durch die Verhängung von Zuzugssperren nicht zu bremsen ist, wird versucht, die Bewohner des Gettos nach Gesichtspunkten optimaler Kontrolle zu sammeln. Die entscheidenden Kontrollfunktionen in diesen Vierteln übernehmen Bullen, Sozialarbeiter, das Arbeits- und das Sozialamt. Offensichtlich ist, daß die Planungen der 60er zur sozialen Befriedung nicht hingehauen haben. So ist denn auch die Tatsache, daß das BKA auf seiner vorletzten Jahrestagung die Situation in den Wohnsilos zum Leitthema gemacht hat, eher ein Zeichen von Ratlosigkeit als Ausdruck dafür, daß die Durchplanung der Gesellschaft mit architektonischen Mitteln bereits gelungen ist.
8 Jahre RZ
8 Jahre bewaffneter Widerstand
8 Jahre RZ Revolutionäre Zellen sind
8 Jahre Kampf für Freiheit und gegen Unterdrücker!
Bei dem Versuch der Befreiung deutscher Genossinnen und Genossen aus den Trakten, palästinensischer Kämpferinnen und Kämpfer aus den zionistischen Konzentrationslagern wurden 1976 unsere Freunde Boni Böse und Brigitte Kuhlmann getötet.
8 Jahre RZ sind 100 Angriffe mit Waffen und Sprengstoff, Feuer und Flamme, List und Tücke
1973 gegen die Schweinebande ITT in Nürnberg und Berlin -
1974 Chilenisches Generalkonsulat Berlin, EL Al in Frankfurt -
1975 Bundesverfassungsgericht Karlsruhe, 100.000 Falsche Fahrkarten Berlin, Fahrkartenautomaten Frankfurt/Köln/Stuttgart/München
1976 Oberlandesgericht Hamm, Spekulantensau Kaussen Köln, US-Offizierskasino Frankfurt, Schwarzfahrerkartei Frankfurt
1977 Schwarzfahrerkartei Berlin, MAN Nürnberg, Bundesärztekammer Köln
1978 Arbeitsamt Frankfurt, Bundesanstalt für Zivildienst Köln, Wachkommando Nord Stade,

Bürgermeister Delorme Mainz, US-Kaserne Garlstedt
1979 Sexshops, Israelische Exportfirma Frankfurt, Wetterturm Arhaus
1980 Bundesamt gegen Arbeitslose Nürnberg, Spekulantenanwalt Köln, Kreiswehrersatz München
1981 - das würdet ihr gerne wissen
1982 ... 1983 ... 1984 ... 1985 ... 1986 ... tik tik tik, bis wir ganz viele geworden sind und gewonnenen haben.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Aktion gegen den Sozialdezernenten Delorme, Mainz (Juni 78)

Wer die Wohnungen anderer abreissen läßt oder ihnen das Leben darin unerträglich macht, darf sich nicht wundern, wenn sein eigenes Haus nicht davon verschont bleibt.
Heute Nacht haben nicht Abreißkolonnen des »Sozial«-Dezernenten, an die sich alle Mainzer gewöhnt haben, wieder einmal zugeschlagen, um ein paar Familien das Dach über dem Kopf wegzureißen, sondern wir haben eine eigene Kolonne aufgestellt, um dem für die rigorose Zerstörung der Altstadt und den Aufbau einer Geisterstadt verantwortlichen Delorme einen Denkzettel zu geben. Gleichzeitig geben wir ihm ein neues Arbeitsfeld zur völligen Entfaltung seiner zerstörerischen und planerischen Fähigkeiten: jetzt kann er anfangen, sein eigenes Grundstück zu sanieren. Vielleicht reißt er sein eigenes Haus ab und baut sich einen Bunker, in dem er sich sicher fühlen kann.
Die Machtarroganz, mit der dieser Bürgermeister seit Jahren sein Werk betreibt, und die demütigenden Erfahrungen, daß durch Eingaben und Diskussionen mit den Behörden nichts erreicht wird, zeigen, daß wir uns mit anderen Mitteln zur Wehr setzen müssen. Was diese Politik der Stadt Mainz für die Betroffenen bedeutet und mit welcher Unverschämtheit sie durchgesetzt wird, zeigen folgende Beispiele:
Als Aufsichtsratsvorsitzender der Wohnungsbaugesellschaft und Bürgermeister hat Delorme sein wahres Gesicht gezeigt: In einem Großprojekt läßt er die ganze Altstadt abreißen, um eine Schnellstraße, Park-, Büro- und Kaufhäuser, Eigentumswohnungen und Exklusivläden in »schönstem« Beton aufzubauen. Das bedeutet, daß Großfamilien und intakte Wohn- und Lebensstrukturen innerhalb der Altstadt zerstört wurden. Für viele heißt es - und besonders davon betroffen waren Rentner, Ausländer, kinderreiche Familien und Studenten - raus aus den billigen Wohnungen, die man sich leisten konnte, um dann entweder teure Neustadtwohnungen zu nehmen oder obdachlos zu werden. Der Wohnwert wird in den sanierten Gebieten gleich Null. Ständige Lärmbelästigungen, häufig frequentierte Straßenzüge durch Park- und Kaufhäuser machen das Leben dort unerträglich. Die Folgen davon sind: eine Stadtflucht, die die Städte immer mehr zu reinen Konsum- und Verwaltungszentren werden läßt, während das Leben in den riesigen Betonkäfigen zur Vereinsamung führt, die alle sozialen Kontakte unmöglich macht. Für diese menschenfeindliche Politik, die die Spekulanten und die Konsumindustrie den wirtschaftlichen Nutzen des Grund und Bodens voll ausnutzen läßt, ist Delorme in erster Linie verantwortlich.
Wohl nicht ein Zufall ist es, daß dieser Delorme auch noch für die Obdachlosensiedlung »Zwerchallee« und andere langsam in slumartige Zustände hineinwachsende Stadtteile zuständig ist. Die von ihm eingeleitete Verelendung vieler Familien wird als deren selbstverschuldete Situation hingestellt, aus der sich niemand bemühen würde, herauszukommen.
Gerade diese Folgerung zeigt die Arroganz auf, mit der er Politik macht: Obdachlos bedeutet nämlich, keine Arbeit zu bekommen, »kriminell« zu werden, um genügend zu essen zu haben und sich durchsetzen zu können. Es bedeutet, in einer Ghettosituation außerhalb der Stadt und der übrigen Stadtbewohner zu leben. Das heißt, sich ständig durch Bitten und Betteln aus dem Rathaus ein paar Pfennige zu holen. Es bedeutet, sich ständig in menschenunwürdigen Behausungen (z.B. müssen Familien mit 6 Kindern in 2 1/2 Zimmern leben) und unhygienischen Verhältnissen aufzuhalten, wodurch Krankheiten oft seuchenartige Ausmaße annehmen. Schließlich bedeutet es für die Kinder und Jugendlichen, in Sonderschulen ausgebildet zu werden, um sich danach, wenn man »Glück« hat, als Hilfs- oder Gelegenheitsarbeiter in den mörderischen Prozeß der Produktion eingliedern zu müssen.

Überdies wurde Jugendlichen von Delorme nach langem Kampf endlich ein Haus für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung versprochen, obwohl er wußte, daß das Haus abgerissen werden sollte. Trotz Erfahrungen mit seiner Hinhaltetaktik glaubten die Jugendlichen, endlich ihr Ziel erreicht zu haben. Der

Zeitpunkt für die Übergabe des versprochenen Hauses war jedoch so gewählt, daß er in die Urlaubszeit fiel und viele Jugendliche nicht da waren, als Delorme heimlich verfügte, das versprochene Haus abzureißen. Der Platz war im Zuge der Stadtsanierung »notwendig« geworden. Durch den Zeitgewinn und durch die demoralisierende Wirkung dieses Vorgehens zerbrach die Bewegung in viele Teile, so daß sich Delorme auch noch als derjenige hinstellen konnte, der eigentlich richtig gehandelt hätte, da man ja jetzt sähe, wie unwichtig dieses Zentrum für die Jugendlichen eigentlich gewesen sei.

Wir haben versucht, dem Delorme für seine Machenschaften einen Denkzettel zu verpassen. Diese Herren sollen nicht glauben, daß sie ungeschoren davonkommen und daß wir uns ständig von ihnen bevormunden lassen. Es gibt viele einfache Mittel und Wege, sie zu bestrafen und anzugreifen.
Das Geschrei (nur durch ein Zufall ist keiner dabei umgekommen, was wäre geschehen, wenn ...), das schon bei ähnlichen Aktionen in der Presse anfing, läßt uns kalt. Wir haben nur so viel gemacht und werden immer nur so viel machen, daß wir ausschließen können, einen Unschuldigen zu treffen. Mehr haben wir dazu nicht zu sagen.
Friede den Hütten, Krieg den Palästen!

Anschlag auf die »Neue Heimat« in Berlin (März 82)

Seit Jahren suhlt sich im Schweinepfuhl der Wohnungsbaugesellschaften ein ganz besonderes fettes Schwein: die gemeingefährliche Neue Heimat. Gegen ihr Berliner Verwaltungsgebäude haben wir heute Nacht einen Anschlag verübt.
Es ist besonders widerlich, wenn ein gewerkschaftseigener Konzern seine Klienten dermaßen bescheißt, wie das die NH seit Jahren tut. Nicht nur die persönliche Bereicherung bis in die letzte Managementstufe, sondern auch das Verhalten als Wohnungseigentümer ist ekelerregend. Nach den Spiegel-Veröffentlichungen erübrigt sich dazu jedes weitere Wort.
Die NH hat frühzeitig angefangen, mit dem BKA zusammenzuarbeiten, um Kontrollmöglichkeiten über »abweichendes soziales Verhalten Randständiger« in Neubaugebieten zu untersuchen. 1979 nahm das Vorstandsmitglied Vormbrock an einem Seminar des BKA zum Thema »Städtebau und Kriminalität« teil. Beispielhaft war die NH- Siedlung Osterholz-Tenever. (Einzelheiten in: Autonomie Neue Folge Nr. 3 [58]). Die erstaunlich gute Zusammenarbeit mit den Bullen und dem Senat trug in Berlin dann auch besondere Früchte. Die Vorreiterrolle der NH bei den großangelegten Räumungen im Sept. 81 ist keineswegs vergessen. Und schon plant sie laut Zitty [59] zehn weitere Räumungen, offensichtlich will sie rechtzeitig bis zum Ablauf des Oster-Moratoriums wieder mit dabeisein.
Unter anderem diese ständigen Räumungsdrohungen und der Bullenterror zeigen Wirkung: Anders als 81 gibt es bei einigen Häusern eine Rette-sich-wer-kann-Stimmung - es soll verhandelt werden. Damit gehen viele Ziele baden, über die Gefangenen aus dem Häuserkampf reden nur noch wenige, der Autonomiegedanke wird ans Netzwerk [60] verkauft. Dem Senat ist es gelungen, die Bewegung einzugrenzen, es gibt keine gemeinsame Perspektive mehr, sondern nur noch persönliche Einzellösungen. Ein Vertrag ist keine Formsache, es werden Mietverhältnisse einkehren, es werden Verhandlungen über Modelle folgen, die Eigentumsfrage ist im Sinne der Eigentümer gelöst, man spricht

ihre Sprache. Die Sanierungspolitik wird mitgemacht, der Sanierungsträger heißt nicht NH, Samog usw. sondern Netzbau GmbH und Co. KG, Solidarität heißt Selbsthilfe und kann abgerechnet werden.
'Wo es im Wohnungskampf schließlich eher um Sozialwohnungen für Sozialfälle ging und nicht mehr um ein Absolutes - daß Menschen sich auch militant nehmen, was sie brauchen, dabei auf Vorschriften, Behörden und Institutionen pfeifen und exemplarisch den Machtzusammenhang durchschlagen, damit ihn ein winziger Teil gerechter Strafe für seine Schandtaten in der dritten Welt ereilt - wo also das dem unmittelbaren materiellen Bedürfnis tranzendente politische Moment verloren hat, da war auch der Wohnungskampf unter die Kategorien von Kosten und Nutzen subsumiert. Damit aber war er verloren. Es ist Unfug, für eine Wohnung in einer militanten Konfrontation mit der Polizei Kopf und Kragen zu riskieren, die man individuell mit ein paar Überstunden finanzieren und durch Buckelei bei Behörden, Maklern und Vermietern auch bekommen kann und in der man dann auch nicht viel glücklicher ist.
Der Umstand, daß alle Leute gerne bessere und billigere Wohnungen hätten, gab den Hausbesetzern die trügerische Gewißheit, ein Masseninteresse zu vertreten. Also erwarteten sie die Solidarität der Massen im Kampf. Sie vergaßen dabei, daß dieses Interesse für sich genommen kein revolutionäres ist , daß aber die Massen nur als Revolutionäre wirklich kämpfen. Als Pressure-Group haben nur die schon Mächtigen Erfolg. Die Ohnmächtigen machen sich in dieser Form zum Gespött. Die Revolutionäre haben in den Metropolen keine andere Macht als die Erkenntnis, wie verkehrt die Gesellschaft ist, und ihre eigene Entschlossenheit, diese zu ändern. Alles andere ist unglaubwürdiges Anbiedern, leere Drohung, durchschaubares Erpressungsmanöver - Geschwätz. Die optimistische Machtprotzerei ist zutiefst resignativ.' (Wolfgang Pohrt, Ausverkauft)
Schafft viele Revolutionäre Zellen

Anschlag auf die Wohnungsbaukreditanstalt, Berlin (April 83)

Seit Monaten stehen die Aktivisten im Berliner Häuserkampf mit den Rücken zur Wand. Haus um Haus wird geräumt, aus »baupolizeilichen Gründen« gesperrt oder durchsucht. [...]
Häuserkampf und Widerstand 83? Unsere anfänglichen Vorstellungen, in diesem Bereich gesellschaftlicher Ausbeutung und Demütigung könne sich über die ersten Ansätze hinaus eine starke sozialrevolutionäre Bewegung entwickeln, haben sich als weit aufgeschoben erwiesen. In dem Maße, wie die einst phantasievolle massenhafte Bewegung auf die in den besetzten Häusern Lebenden zusammengeschrumpft ist, hat sich die Frage »wie geht es weiter im Häuserkampf?« auf das Überleben in den besetzten Häusern reduziert, ob mit oder ohne Vertrag. [...]
Dieser Prozeß zunehmender Desorientierung wurde sich durch verstärkte Kriminalisierung und Bullenterror forciert, aber damit allein den Zustand der Bewegung zu erklären, ist nur die halbe Wahrheit. Der andere Teil ist die Entwicklung einer Bewegung, die es anfangs verstand, die wohnungspolitische Betroffenheit breiter Bevölkerungskreise miteinzubeziehen, sich aber dann auf eine militante, nur die Hausbesetzer umfassende Interessensvertretung reduzierte.
Um an die Hintergründe und Hintermänner der Stadtzerstörung zu erinnern, haben wir heute Nacht in der Vorstandsetage der Wohnungsbaukreditanstalt eine Bombe zum Platzen gebracht. [...]

Aktion gegen den Leiter des Liegenschaftsamtes, Frankfurt (Mai 82)

Müller-Helms, Chef des Frrankfurter Liegenschaftsamtes, ist das typische Karriereschwein, das sich auf den Elend und dem Rücken der einfachen Leute in Wallmanns [61] Männerchor Sprosse um Sprosse hochhangelt.
Bereits als Assessor in den Dienst der Stadt, meint dieser junge Mann, durch Gewaltakte und Erpressung gegen die Bewohner verschiedener Frankfurter Stadtteile seinen Weg nach oben beschleunigen zu müssen.
Schlagzeilen machte er kürzlich, als am 5.4.82 nach seiner Anweisung und unter seiner Regie Wohnungen im Westend, Niederau 57, kurz und klein und unbewohnbar geschlagen wurden. Ganz im Sinne der Besitzerin, der Deutschen Bank, die, ihre Profite im Auge, offensichtlich nicht gewillt war, den gerichtlich angeordneten Räumungstermin - 30.4. - abzuwarten. Die Deutsche Bank wird's ihm danken und neben einem bescheidenen Taschengeld auch etwaige Geldstrafen (sofern es diese überhaupt geben sollte) übernehmen.
Weniger Schlagzeilen machen bis jetzt die unter seiner Leitung laufenden Versuche, auch den alten Ortskern von Bornheim und das Nordend kaputtzusanieren. Dort werden die Alteingesessenen von Kaufangeboten bedrängt, die die Bahn freimachen sollen für die Gewinne des lohnende Objekte planenden Spekulantengesindels. Die Menschen, die dort teilweise ihr Leben lang wohnen und weiterwohnen wollen, sollen vertrieben werden, um Platz zu machen für gutverdienende und gutbezahlende Mittelklässler.
Daß derlei Handeln für die Verantwortlichen nicht ohne Folgen bleibt, kann sich Müller-Helms - und nicht nur der - nun überlegen.
Heute hat in F.-Harheim nur sein Mercedes gebrannt.

Anschlag gegen die Firma Texas Instruments, Nürnberg (Februar 83)

Aus Solidarität mit allen NATO-Kriegsgefangenen, so Christian Klar, Adelheid Schulz und Brigitte Mohnhaupt [62], so Helga Roos [63] oder auch die Besetzer des Kölner Türkei-Konsulats [64] von Dev Sol, was als Grund für das Verbot der »Revolutionären Linken« herhalten mußte, sowie aus Solidarität mit dem Befreiungskampf der Völker im Nahen Osten und in Mittelamerika, erklären wir uns verantwortlich für den Brandanschlag in der Nacht zum 13.2.83 auf den multinationalen US-Konzern »Texas Instruments«.
Warum wir uns gerade dieses Objekt ausgesucht haben, brauchen wir sicher nicht zu erklären, da »Texas Instruments« natürlich einen Ausdruck des US-Imperialismus darstellt. [...]
Zur Aktion selbst noch ein paar Worte: wir haben in dem Bewußsein gehandelt, daß alle revolutionären Kriegsgefangenen, also die kämpfenden Menschen, die der Apparat irgendwann mal gecasht hat, schärfsten Bedingungen ausgesetzt sind.

Konkret heißt das: Isolationsfolter, Psychiatrisierung, »Selbst«-Gemordete etc. - immer mit dem einzigen Ziel, die Identität zu zerstören und seinen Widerstand zu brechen. [...]

Anschlag gegen das Justizvollzugsamt Hamm (November 83)

Das Justizvollzugsamt Hamm verwaltet die Knäste in Westfalen, die Zuchthäuser Werl, Bochum, Hamm, Bielefeld u.a.m. Zwischen dem Justizministerium und den einzelnen Knästen bestimmt es den Alltag im Knast, der dann zusätzlich von der Willkür und Bösartigkeit oder aber der Rücksichtnahme der einzelnen Wärter, Knastärze und Knastkommandanten ausgefüllt werden kann. [...]
Das Justizvollzugsamt ist eine Institution, in der sich die Eichmann-Mentalität [65] hartnäckig behaupten kann. Jene Haltung, doch nur »seine Pflicht« zu tun, »nur« Gesetze und Verordnungen zu vollstrecken, damit aber - »nach Aktenlage« über das Leben Tausender von Gefangenen zu entscheiden, nichts anderes zu sein als: Schreibtischtäter!
Sie bauen darauf, daß ihre Handlungen im Dickicht des bürokratischen Gestrüpps anonym bleiben, daß die Gefangenen isoliert und vereinzelt - ihren Schikanen relativ wehrlos ausgesetzt sind.
Unser Anschlag auf das Gebäude des Justizvollzugsamtes sollte nicht so mißverstanden werden, daß nicht auch die Verantwortlichen für die kleinen und großen Schikanen bekannt wären.
Dies gilt in besonderem Maße für unseren Genossen Klaus Viehmann [66], der wegen der Enteignung von 6 Millionen von einer österreichischen Kapitalistenfamilie und der Befreiung politischer Gefangener verurteilt wurde.[...]

Aktion gegen Firma Kreuzer, Bonn und Firma Koch, Gütersloh (August 84)

Knastkampf - drinnen und draussen!
Der Knastkampf in Bielefeld und Preungesheim hat uns erneut klargemacht, wie wichtig der Kampf gegen die zerstörerischen Haftbedingungen ist, für die Gefangenen, aber auch für uns hier draußen. Und das nicht nur, weil viele zunehmend vom Knast bedroht sind, sondern weil Knast und »freie« Gesellschaft immer mehr zu einem einheitlichen Geflecht von Zwang, Auspressung und Zerstörung verknüpft werden:
In den Knast kommt, wer die Normen verletzt, besonders die, die das kapitalistische Eigentum nicht respektieren und über Verweigerung und Aneignung ihr Leben reproduzieren. Ca. 60.000 Menschen hat dieser Staat zur Zeit eingeknastet und es werden immer mehr, denn in Krisenzeiten ist selbst der angepriesene Weg zur freiwilligen Ausbeutung für viele versperrt. Zudem haben Werte wie Beruf, Ausbildung, Arbeit an Bedeutung und damit an Integrationskraft verloren.
Auf diese neue gesellschaftliche Situation stellt sich auch das Knastsystem ein, der Staat baut um:

Mit Mitteln des Zwangs, mit einem abgestuften System von Belohnung und Bestrafung und nach einem genauen, nach technischen Abläufen geplanten Alltag soll die Identität der Gefangenen gebrochen werden, damit sie funktionsfähig für dieses System sind oder zumindest kontrollierbar.
Mit modernsten technischen Mitteln von Isolation, Kontrolle und Überwachung wird jede Lebensäußerung festgehalten, um sie den breit angelegten Erziehungsprogrammen zu unterwerfen.
Knast ist also nicht das Ende der Repressionskette, sondern integrierter Bestandteil kapitalistischer/imperialistischer Systeme. Der Kampf dagegen ist eine Sache von drinnen und draußen.
Auch wenn die Mauern hoch sind, Knast ist kein abgeschlossenes Gebilde, außerhalb der eigentlichen Gesellschaft, sondern kann nur funktionieren, indem gesellschaftliche Institutionen, Firmen, Personen Knast von außen aufrecht erhalten: von Ärzten, Psychologen, Bullen, Schließern, die sich nach ihrem Tagwerk in »nette« Nachbarn verwandeln und so tun, als wär nichts gewesen. Oder Architekten und Bauunternehmer, die - immer sachlich - an Verbesserungen der Einmauerung arbeiten oder modernste Kanzeln mit Schießscharten für noch bessere Kontrolle und Mord in die Mauerecken setzen. Auch die Lebensmittelhändler, die mit ihrem vergammelten Gemüse, das sie draußen nicht mehr loswerden, sich drinnen dumm und dämlich verdienen. Vor allem aber honorige Firmen, die mit unsichtbaren Abteilungen in fast alle Knäste der BRD investiert haben und sich an der Knastarbeit bereichern.
Wir haben zwei dieser Firmen angegriffen: am 5.8.84 haben wir bei Firma Kreuzer einen LKW in Brand gesteckt und am 11.8.84 haben wir bei Firma Koch einen Sprengsatz gezündet.
Firma Koch in Gütersloh läßt als Subunternehmer den größten Teil der Produktion in Knästen - besonders in Hochsicherheitstrakten - herstellen. Heimarbeit und Knastarbeit sind die Produktionsformen, aus denen die Firma Koch ihre Profite zieht.
Firma Kreuzer läßt seit Jahrzehnten in den Knästen und der Psychiatrie produzieren - Kugelschreiber zsuammensetzen ist typische Knastarbeit. Anfang des Jahres wurde Kreuzer von der Firma Toteck aus Düren übernommen. Mit der Drohung eines Konkurses konnte die Hälfte der Belegschaft draußen entlassen und die Löhne der übrigen gekürzt werden. Dadurch ist es für die jetzige Besitzerin möglich, durch die weitere Verlagerung der Produktion in Psychiatrie und Knast die Mehrwertauspressung sprungartig zu steigern!
Unter härtesten Bedingungen werden die Gefangenen zu Arbeiten gezwungen, die draußen zu teuer, zu gefährlich, zu dreckig sind. Arbeiten, die nur Menschen in äußersten abhängigen Situationen aufgezwungen werden können: Frauen, die durch Heimarbeit ihre Existenz sichern müssen. Arbeiten, wie sie die Frauen in den Weltmarktfabriken Südostasiens machen müssen. Zu diesen Arbeiten der privaten Wirtschaft werden 56 % der Gefangenen gezwungen, davon 60 % innerhalb und 40 % außerhalb der Knäste. Durch die Beschneidung der sozialen Lebensäußerungen und der Kontakte erscheint die Arbeit oft als einzige Möglichkeit der Betätigung. Zudem ist die Zwangsarbeit im Knast für viele die einzige Möglichkeit, um überhaupt an etwas Kohle ranzukommen, für den Einkauf.
Die wenigsten Arbeiten gehören zu den begehrteren, zu denen man oder frau nur bei Wohlverhalten eingeteilt wird. In Wäschereien, Schlossereien, Büchereien und Küche gibt es die Möglichkeit, mal mit anderen zu reden und nicht nur immer allein auf der Zelle die stumpfsinnigsten Arbeiten im Akkord zu verrichten. 3.000 Stecker - oder ab in die Zelle ohne Fenster, ohne Licht, ohne Laut und Luft! Das soll dann die allerletzte Perspektive für die Überausbeutung im Knast sein. Die Firmen nützen das aus und machen sich zum Komplizen des Knastes. Nur bei Erreichung des Pensums kriegen die Knackis 5. DM bis 7, DM pro Tag, den Rest streicht die Knastverwaltung ein.
Das Arbeitszwangsystem im Knast ist der deutlichste Ausdruck, was das Kapital mit seiner »Wende « eigentlich anstrebt, es schaltet von den subtilen Zwängen des »Sozialstaates« auf ein System abgestufter Gewalt bis hin zu den Formen völliger Kontrolle und Zerstörung. Verelendung oder Zwangsarbeit auf Friedhöfen, das ist die neue Alternative für den Sozialhilfeempfänger. Überausbeutung und Deportation,

das ist die Alternative für Heer illegalisierter Immigranten. Hungerlohn oder Tod im türkischen Knast, das ist die Alternative für die illegalisierten abgelehnten Asylanten.
Zwangsarbeit drinnen und draußen, Zerschlagen von kollektiven Kommunikations- und Handlungsstrukturen, Isolation und Vereinzelung im Alltag, in der Arbeit: Zellenarbeit - Heimarbeit, so daß die Menschen ihre Unterdrückung und Ausbeutung immer weniger gemeinsam erfahren, vereinzelt und gegeneinander ausgespielt werden, während die Überwachung und Kontrolle über Datensammeln und Zentralisierung immer mehr zu einem Erfassungssystem ausgebaut werden.
Der Kampf der Bielefelder Traktgefangenen hat zwei wichtige Dinge aufgedeckt. Trotz des hartnäckigen Widerstandes in verschiedenen Knästen gegen Arbeit und Überwachung, arbeitet das Knastsystem fieberhaft daran, die Techniken der Überwachung und Isolation im Hochsicherheitstrakt voranzutreiben. Dieser wird aber nicht nur gegen die »politischen« Gefangenen, sondern auch gegen die »sozialen« Gefangenen eingesetzt - als politischer Angriff gegen alle, die sich gegen die Strategien des Arbeitszwangs und der Zerstörung zur Wehr setzen.
Es geht darum, diese angefangene Richtung des Knastkampfes weiterzuentwickeln - gemeinsam - drinnen und draußen!
Revolutionäre Zellen und Rote Zora

Aktion gegen das Fraunhofer-Institut, Duisburg (Mai 84)

Mit dem Vorsatz »Sprengen wir dieses Programm« im Kopf und einem Sprengsatz unterm Arm haben wir der zukünftigen Filiale der Fraunhofer-Gesellschaft in Duisburg einen nächtlichen Besuch abgestattet.[...] Es wird manchem unverständlich sein, was wir gegen die Fraunhofer-Gesellschaft haben, wo sich doch die Politiker der Landesregierung und des Ruhrgebiets in ihrer Freude über diese gelungene Ansiedlung geradezu überschlagen und dem Ruhrgebiet dank der »Zukunftstechnologien« eine glänzende Zukunft versprechen.
Das Duisburger Institut soll mit ca. 100-120 Forschern auf dem Gebiet der Mikroelektronik arbeiten, d.h. sich mit dem Entwurf mikroelektronischer Schaltungen, der Systementwicklung und Systemapplikation beschäftigen.
Die Landesregierung erhofft sich langfristig in der Nachfolge des Instituts die Ansiedlung entsprechender Produktionsbetriebe, kurzfristig aber die Anwendung der Forschungsergebnisse vor allem zu Rationalisierungszwecken. Grundlagenforschung im Bereich der Mikroeletronik ist bekanntlich Voraussetzung für Industrieroboter wie auch Steueranlagen, Textverarbeitungssysteme und Heimcomputer. Von entscheidender Bedeutung ist solche Forschung für die Verfeinerung von Kriegswaffen und Kriegsgeräten: die Leistungsfähigkeit der Bordcomputer von Flugzeugen, Panzern, Schiffen und Raketen entscheiden heute über den Ausgang von Kriegen.
Das Duisburger Institut soll sich darüberhinaus durch eine Verknüpfung von privater Forschung und der Duisburger Gesamthochschule auszeichnen. Nicht nur wird der vom Siemens-Konzern sozialisierte Leiter des Instituts einen Lehrstuhl an der Gesamthochschule erhalten, es sind weitere, von der Industrie finanziert, den Fraunhofer Forschungen zugeordnete »Lehrstühle » im Gespräch. Neu ist dabei nicht die Verwertung von Wissenschaft fürs Kapital, sondern der unmittelbare Zugriff auf Forschungsschwerpunkte, Lehrinhalte, auf die Auswahl von Dozenten und Studenten durch die

Konzerne selbst.
Die Ansiedlung des Fraunhofer Instituts mit einem Kostenaufwand von zunächst 476 Millionen DM stellt das erste sichtbare Ergebnis der von der NRW-Landesregierung für 1984 angekündigten »Initiative Zukunftstechnologie« dar. Neben der Ansiedlung bzw. dem Ausbau weiterer Forschungsinstitute gehören dazu ebenfalls die in mehreren Städten des Ruhrgebiets projektierten »Technologieparks« und die Einrichtung staatlich finanzierter Technologietransferstellen - samt und sonders mit dem Schwergewicht auf Mikroelektronik, Bio- und Gentechnologie, Kommunikationstechnologie und Energietechnik (Atom, Kohleumwandlung etc.) [...]

Die Fraunhofer-Gesellschaft ist eine der größten und wichtigsten Denkfabriken der BRD, aufgegliedert in 30 Einzelinstitute, seit den 50er Jahren in vorderster Front in der Kriegsforschung engagiert. Sechs dieser Institute werden unmittelbar vom Verteidungsministerium finanziert und sind ausschließlich in der Kriegsforschung tätig, andere Institute übernehmen von Fall zu Fall Aufträge des Kriegsministeriums, wie sie im übrigen auch fürs BKA und Innenministerium arbeiten. Über die 50er Jahre stellen die Propagandisten der Fraunhofer-Gesellschaft heute noch bedauernd fest: »Da die politische und gesellschaftliche Einstellung teilweise noch gegen Verteidigung und Verteidigungsforschung gerichtet war, sah sich die Fraunhofer Gesellschaft damals harten Angriffen und Kritiken ausgesetzt«. Heute scheint das ganz anders zu sein, die »zivile« Forschungstätigkeit, auch Auftragsforschung wurde enorm ausgedehnt und die Verklammerung von »ziviler« und militärischer Forschung bleibt erklärtes Ziel der Fraunhofer Gesellschaft, weil sich »beide Forschungssysteme unbestreitbar gegenseitig befruchten.« Jenseits aller Forschungsmythen entpuppt sich die »Initiative Zukunftstechnologie« als rabiates Programm der Rationalisierung, der Intensivierung militärischer Forschung, der wachsenden sozialen Krise als Klassenkampf von oben. Und sie hoffen, daß diese Politik ohne Widerstand durchgesetzt werden kann, denn der »soziale Friede im Ruhrgebiet könnte zu einer geheimen Grundlage künftigen wirtschaftlichen und sozialen Erfolgs werden«.
Durch diese Rechnung wird ihnen ein Strich gemacht werden - mit SABOTAGE im Betrieb, in Streik- und Besetzungsaktionen, mit Anschlägen wie dem heutigen.

Anschlag auf das Konsulat von El Salvador, Köln (Januar 82)

»Kann einem relativ schwachen Land in der Einflußspäre einer Großmacht seine eigene soziale Revolution erlaubt werden? Antwort der USA: Polen ja - El Salvador nein.«
Dieser Ansicht huldigen nicht nur die berüchtigen USA, sondern der gesamte kapitalistische Westen. Allein in Mittelamerika sind dafür im vergangenen Jahr 30.000 Menschen auf unvorstellbar grausame Weise um ihr Leben gebracht worden. Es ist ekelhaft, mitzuerleben, wie sich die Reihen der Macht & Medien wieder schließen, um mit ihrem falschen Geheul über das von ihren Machtkomplicen im Osten vergewaltigte Polen, die Sicht zu verstellen auf die ungleich grausameren Tatsachen, wie nämlich soziale Revolutionen im Herrschaftsbereich des Westens im Blut ganzer Völker erstickt werden sollen.
Die Revolutionären Zellen haben einen Anschlag auf das Konsulat von El Salvador in Köln gemacht: um aufzuschreien gegen das Massaker von Morazan [67], wo vor einem Monat von der salvadorianischen Militärjunta tausend Kinder, Frauen, Arbeiter und Bauern bestialisch vergewaltigt, erschossen,

zerstückelt und verbrannt worden sind. Das war nicht nur das Werk einer viehischen Soldateska, sondern ebenso eiskaltes Kalkül der dort tätigen US-Berater, die durch Massenmord an der Landbevölkerung die Grenzgebiete zu Guatemala und Honduras entvölkern wollen. Der US-Botschafter Deane R. Hinten hat nach eigenen Angaben die »Operationen« in Morazan vom Hubschrauber aus beobachtet.
Und auch der berüchtigte Dr. Roy Prostermann hat bei diesem »Landreformprogramm« seine Finger wieder im Spiel. »In Vietnam hatte er mit dem späteren CIA-Direktor Colby das Projekt Phönix verwirklicht, durch das die Landbevölkerung von Vietcong-Elementen gesäubert wurde. Phönix-Bilanz: 45.000 Tote.« (Stern)
Mit Massakern wie in Morazan sollen an den Grenzen El Salvadors menschenleere Aufmarschgebiete für die Armeen der Militärdiktaturen Guatemala und Honduras geschaffen werden, die die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti in die Zange nehmen und vernichten wollen, um damit einer Revolutionierung ganz Mittelamerikas zuvorzukommen. Auch der Zeitpunkt für diese »kleine Interventionslösung« (Pentagon-Jargon) steht bereits fest: vor Ende März, noch vor den »Wahlen« soll die gesamte bewaffnete und politische Opposition in El Salvador zerschlagen und vernichtet werden. Der US-Botschafter: »Es wird vor den Wahlen noch ein Blutbad gegen - wenn es überhaupt zu Wahlen kommt.«
Geht dagegen jetzt auf die Straße! Tut, was in euren Kräften steht! Die soziale Revolution in El Salvador darf nicht wie in Uruguay, Chile und Argentinien zerschlagen werden! Die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti muß siegen!

Bekanntmachung
Hiermit möchten wir allen unseren Freunden und den Freunden des salvadorianischen Volkes bekanntgeben, daß das Konsulat und die Handelsmission von El Salvador in Köln Anfang dieses Jahres ihr schändliches Treiben eingestellt und ihre Pforten geschlossen haben.
Diesem löblichen Beschluß mußten wir allerdings massiv auf die Beine verhelfen: mit einem Bombenanschlag im Januar und einem persönlich gehaltenen Schreiben an den Herrn Konsul, das ihm die Konsequenzen seines verbrecherischen Geschäfts plastisch vor Augen führte und siehe da: Konsul Bauwens erwies sich als vernünftiger Mann.
Wer sagt da noch, bewaffneter Kampf führe zu nichts?

Anschlag auf das türkische Generalkonsulat, Köln (Februar 84)

In der Nacht zum 8.2. erfreute sich das türkische Generalkonsulat eines frischen Luftstoßes. Er fegte durch die Außenmauer und Büroräume einen stattlichen Tresor von den Beinen. In Begeisterung ob der geilen Brise bedauert es das Gebäude, weiterhin stehen zu müssen. Schon vor dem Sprengstoffanschlag hatte es der Generalkonsul vorgezogen, seine Residenz in einen Kölner Vorwort zu verlagern.
Im November 82 hatten 10 türkische Asylanten das Konsulat besetzt und 60 Beschäftige als Geiseln genommen. Grund: der politische Faschismus und die nach wie vor schweinischen Verhältnise in den türkischen Knästen und Internierungslagern.
Nach 15 Stunden wurde die Aktion abgebrochen, den Leuten wird zur Zeit in Köln gerichtlich der Strick

gedreht. Allein schon aufgrund der bei diesem Prozeß abgegebenen politischen Erklärungen droht ihnen bei Verurteilung und Abschiebung in die Türkei der sichere Tod.
In diesem Zusammenhang die folgende Erklärung:
Die politisch Verfolgten und Flüchtlinge erfahren in dieser Krise wieder: sie sind noch lange nicht gerettet, wenn sie den Staatsjägern, Folterern und Henkern ihrer Länder entkommen sind. Solange hier ein Mensch ohne die »richtigen Papiere« Freiwild ist, solange immer gemeiner ausgeheckte Auflagen und unerfüllbare Vorschriften jegliches Existenzrecht außer Kraft setzen, so lange ist ein Flüchtling nirgendwo und niemals in Sicherheit.
Die BRD betreibt dieses Geschäft heute am grausamsten und gründlichsten. »Der Papierkrieg ist für Ausländer und Exilsuchende vor unserer aller Augen zu einem Krieg auf Leben und Tod eskaliert worden. Bürokratisch-dunkel, schleichend und heimlich, aber genauso kaltblütig und brutal wie jeder andere Krieg auch.« (Stephan Seidel in der Taz 3.2.84) Und nur die allerwenigsten Opfer dieses schmutzigen Kriegs werden bekannt. Dafür kennt jederman und jedefrau die Menschenjäger: Parteien und Ministerien verstopfen mit immer neuen gesetzlichen Fallstricken jedes Schlupfloch und Fremdenpolizei, Ausländerbehörde und Gericht, Zirndorf [68] und die Geheimdienste gehen zusammen mit den Botschaften und Konsulaten der Verfolgerländer auf Treibjagd.
»Die BRD ist seit dem Putsch in der Türkei aufgrund der vielfältigen Beziehungen zu den türkischen Arbeitsemigranten hier das bevorzugte Fluchtland für türkische Oppositionelle. Spätestens seit dem Putsch wurden der türkischen Botschaft in Bonn und allen Konsulaten Vertreter des türkischen Geheimdienstes MIT angegliedert, deren Aufgabe in der Auffindung und Beobachtung geflohender politischer Gegner besteht. Dazu bedienen sie sich eines ganzen Heeres freiwilliger oder erpreßter Spitzel. Der Verweis Zimmermanns [69] auf die gute polizeiliche Zusammenarbeit mit der Türkei ist wahrlich keine Übertreibung, eher im Gegenteil.« (aus: Ausgeliefert, Cemal Altun [70] und andere)
Der Bombenanschlag auf das türkische Konsulat in Köln und speziell auf sein Archiv ein Jahr nach dem Verbot von Devrimci Sol und Halk Der [71] ist sichtbarer und hörbarer Ausdruck unserer Solidarität mit den türkischen und kurdischen Konsulatsbesetzern und gleichzeitig eine Warnung an das Gericht, das sich anmaßt, über die Legitimität revolutionären Widerstandes gegen die faschistischen Verhältnisse in der Türkei ein Urteil zu fällen.
Und noch etwas: Es ist höchste Zeit, Fluchthilfe [72] zu organisieren, wie es die »autonomen Grenzgänger« in Berlin tun, die einreisende Ausländer vor Verhaftungen schützen. Wie es in den USA geschieht, wo für salvadorianische Flüchtlinge Kirchen und Gewerkschaftshäuser geräumt werden und sie unter dem Schutz dieser Organisationen stehen. [...] Wir haben während des Vietnamkrieges Fluchthilfe für GIs organisiert. Knüpfen wir wieder an diesen Internationalismus an, solange wir den Kampf gegen Abschiebehaft und Ausweisung nicht gewonnen haben.

Aktion gegen die Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn (Juni 83)

Die Konrad-Adenerauer-Stiftung ist weniger bekannt, als sie es verdient. Wir wollten sie mit diesem Bombenanschlag direkt schädigen und zu ihrer politischen Enttarnung beitragen, denn sie spielt als Stiftung der herrschenden Rechtskoalition eine Schlüsselrolle bei der global-strategischen Einkreisung

der unterentwickelt gehaltenen Länder, insbesondere in Lateinamerika.
In ihrer - nach US-Vorbild - organisierten Denkfabrik, dem »Institut für internationale Solidarität« werden die Konzeptionen für eine »neue deutsche Außenpolitik in Afrika, Asien/Pazifik und Lateinamerika« ausgearbeitet.
Entwicklungspolitik, die auch unter den Sozialdemokraten letztlich nie etwas anderes war als Ausbeutung der 3. Welt mit anderen Mitteln (denn für jede investierte Mark flossen 1,30 Mark in die Metropolen zurück) wird zu einem knallharten imperialistischen Machtinstrument, mit dem Befreiungskämpfe wie in Salvador oder gemachte Revolutionen wie in Nicaragua, Mosambik, Angola und Zimbabwe destabilisiert, untergraben und zerschlagen werden sollen. Die Strategien der Adenauer-Stiftung fügen sich dabei nicht nur bruchlos in das US- imperialistische Gesamtkonzept einer »Neuordnung der Welt« ein, sondern machen es sozusagen erst rund, nach dem Muster: getrennt operieren - vereint schlagen.
Am Beispiel Nicaragua führt das US-BRD-Junktim [73] im Rahmen seiner »Caribean-Basin-Initiative« vor, wie es in Zukunft weltweit zu agieren gedenkt: die USA rollen von außen auf, die BRD von innen. Die USA organisieren, finanzieren und trainieren anti-sandinistische Kampfverbände, würgen den Aufbau des Landes ab, sperren Kredite; die BRD finanziert und unterstützt über ihr »Entwicklungskonzept der gezielten Mittelvergabe« die innere Front: Kapitalistenverbände, rechte Amtskirche und Contra-Presse.
Neben Honduras wird das weniger anrüchige, aber bankrotte Costa Rica durch ökonomische Pressionen gezwungen, sich als ideologische und operative Basis gegen Nicaragua zur Verfügung zu stellen. In Costa Rica hat denn auch die Adenauer-Stiftung ihr Hauptquartier für ihre Interventionen im mittelamerikanischen Raum aufgeschlagen, das »Instituto Centralamericano de Estudios Sociales« (ICAES) und bereits in allen Ländern dieser Region Schwesterparteien gegründet - Kunstprodukte ohne soziale Basis, die den status quo zementieren sollen.
So nimmt es nicht wunder, daß bereits im März 1979 (also noch zu kläglichen Oppositionszeiten) die CIA an der Adenauer- Stiftung und ihrem bayrischen Ableger, der Hanns-Seidel- Stiftung, »operatives Interesse« bekundet. In einer Studie stellt der Geheimdienst fest, daß die Stiftungs-Repräsentanten im Ausland parteieigene »Informationsgeber« seien, die sich von »BND-Residenten lediglich durch einen geringeren Grad typisch nachrichtendienstlicher Ausbildung unterscheiden«. Diese »para-ND-mäßige« und »covert action« Tätigkeit (politische und finanzielle Einflußnahme, »parteinützliche Geschäftsvermittlungen bis hin zum Waffenhandel«) registriert CIA in ganz Lateinamerika, Namibia, Zaire, Nigeria, Marokko, Togo, Portugal, Türkei, Jordanien und Saudi-Arabien. Aufgrund dieser Erkenntnisse werden der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit im Bereich weltweiter Counter-Insurgency intensiviert.
Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Finanzierung der politischen Stiftungen. Der Jurist Karl-Heinz Seiffert nennt sie schlicht »grundgesetzwidrig«. Nach Henning von Vieregge [74] liegt »die Bedeutung der Stiftungen für die Parteien darin, daß sie staatliche Gelder erhalten, die den Parteien aus rechtlichen Gründen nicht mehr zufließen können«.
Darüberhinaus sind die Stiftungsgelder praktisch jeder öffentlichen Kontrolle entzogen. »Über ihre Stiftungen geben Parteien so bereitwillig Auskunft wie Großverdiener über ihre schweizer Nummernkonten« (Spiegel). Mit anderen Worten: die hunderte Millionen von Steuergeldern, die auf die Konten der politischen Stiftungen verschoben werden, sind nichts anderes, als ein riesiger »Fonds für verdeckte Operationen«.
Es überrascht wahrscheinlich niemand mehr, daß natürlich auch das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) fest in Stiftungshand ist, obwohl es sich immer so fein distanziert. »Dies ist

Sache der Stiftungen, Aktivitäten der politischen Stiftungen werden nicht bewertet«, erklärt Siegfried Lengl, ehemaliger Chef der Seidel-Stiftung, der als Staatssekretär heute im BMZ die Politik bestimmt. Und selbstverständlich distanziert sich auch die »honorige« Adenauer-Stiftung von der »skandalösen« Seidel-Stiftung, die es z.B. in Portugal mit Kaulza de Arriaga, dem Schlächter von Mosambik treibt, in Spanien mit den Faschisten Fraga und Muñoz, in der Türkei mit Türkes, dem Chef der »Grauen Wölfe«. In Wahrheit hat sich seit 1977 der Fond der Seidel-Stiftung versiebenfacht und diese Gelder kommen von den Konten der Adenauer-Stiftung, die sie aus ihrem größeren Anteil an Steuergeldern den Seidlern zuschanzt.
Wie gesagt: getrennt operieren - vereint schlagen.
Dieses wohlabgestimmte Zusammenspiel wird durch eine weitere Schlüsselfigur belegt: Edmund Moser, langjähriger Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Lateinamerika (Sitz Caracas). Gleichzeitig treibt er über die Seidel-Stiftung Spendengelder von Siemens, KWU, AEG, Bosch usw. ein, um u.a. die rechtsextreme COPEI-Partei in Venezuela zu finanzieren.
Die Gelder werden illegal über die Konten seines Bruders Gerold Moser und der berüchtigten »Bayrischen Staatsbürgerlichen Vereinigung e.V.« nach Mittelamerika zum Kampf gegen die »Subversion« verschoben.
Im Juli 1980 kommen auf Einladung der Adenauer-Stiftung Mitglieder der salvadorianischen Junta nach West-Berlin, um sich auf den neuesten Stand effektiver »Terrorismus«-Bekämpfung zu bringen. Dies führt zu öffentlichen Protesten und bei den Adenauer-Leuten zu dem Entschluß, über ihren Repräsentanten Moser eine Organisation zu gründen, die solche »heiklen Operationen« unternehmen kann, ohne daß die Adenauer- Stiftung dadurch in die Schlagzeilen kommt. Die »Internationale Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie« wird geschaffen. Sie arrangiert im April 83 eine Pressekonferenz für die Contras der FDN [75], auf der diese zum gewaltsamen Sturz der Regierung in Managua aufrufen können. Im Mai 83 wird nach 5-monatiger Gehirnwäsche der ehemalige salvadorische Commandant Alejandro Montenegro als Dissident der bundesdeutschen Öffentlichkeit vorgeführt und auf Europatournee geschickt.
Im »Handbuch der deutschen Außenpolitik« [76] heißt es dazu feinsinnig: »Eine beträchtliche, in ihren Verzweigungen schwer zu überblickende Tätigkeit im Bereich der Entwicklungshilfe üben die Stiftungen der politischen Parteien aus. Die Auslandsaktivitäten dieser Einrichtungen gehen weit über den Bereich der Entwicklungshilfe hinaus. Es gibt nur wenige Instrumente deutscher Außenpolitik, die auf die Meinungsbildung der politischen Führungskräfte zahlreicher Entwicklungsländer so intensiv einwirken ...«

Anschlag gegen MAN, Ginsheim-Gustavsburg (September 83)

MAN baut die 465 Transportfahrzeuge für die Pershing 2-Raketen. Die Produktion der Transporter ist auf verschiedene Werke in der BRD verteilt. In Gustavsburg wurde der Rahmen [...] konstruiert und produziert. Im Computerzentrum des Werks Gustavsburg haben wir in der Nacht zum 14.09.1983 eine 10-kg-Bombe gezündet.
MAN ist der siebtgrößte Rüstungskonzern in der BRD. Der Umsatz im Rüstungssektor beträgt ca. 600 Millionen DM. Dazu ist MAN mit 50 % an der MTU (Motoren und Turbinen Union) beteiligt, die

Panzer- und Schiffsmotoren herstellt: Rüstungsjahresumsatz 1,8 Milliarden DM. MAN mischt auch über die Gesellschaft für nukleare Verfahrenstechnik und MAN-Uranit Gronau GmbH - je 50 % Beteiligung - im AKW-Geschäft mit.
MAN verdient nicht nur an der Rüstung und ihrem Export in Länder wie Chile und Südafrika, sondern auch an der direkten Ausbeutung billiger Arbeitskraft in der 3. Welt. So gibt es z.B. in Südafrika, Türkei, Argentinien, Brasilien, Indien, Singapur und Hongkong Niederlassungen und Tochtergesellschaften. [...]

Anschlag gegen die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Köln (März 84)

»Was für die internationalen Banken der IWF, ist fürs westdeutsche Kapital die DEG - die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft mbH) - Finanzierungsinstitut des Bundes zur Förderung deutscher Privatinvestitionen in Entwicklungsländern.«
Von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, arbeitet seit 1962 die DEG in Köln als »Promoter der neuen internationalen Arbeitsteilung« - eine zu 100 % im Bundesbesitz befindliche Finanzierungsgesellschaft, die jedoch keine »Stelle der öffentlichen Hand« ist und damit rechenschaftspflichtig wäre, sondern bewußt als GmbH aufgebaut wurde, um »frei von Einengungen nach planwirtschaftlichen Grundsätzen arbeiten zu können«. Diese unternehmerische Freiheit ist selbstverständliche Voraussetzung, wenn es wie bei der DEG darum geht, auf die Entwicklungsländer einzuwirken, »dem internationalen Kapitalstrom jede nur mögliche Freiheit zu gewähren«. Welch wichtige Bedeutung dieser Gesellschaft in Krisen des deutschen Kapitals und der Wirtschafts- und Außenpolitik zukommt, spiegelt sich allein schon in der Besetzung des Aufsichtsratsvorsitzenden mit Franz H. Ullrich, dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank und dem ehemaligen Außenminister und Bundespräsidenten a.D. Walter Scheel wider.
Diese Zentrale des westdeutschen Wirtschaftsimperialismus haben wir heute durch einen Bombenanschlag aus ihrer sorgsam gehüteten Anonymität gerissen, die reibungslose Abwicklung der Geschäfte gestört und alles in allem einen möglichst großen Schaden angerichtet.
DEG-Experten aller Disziplinen checken seit 2 Jahrzehnten die Länder der 3. Welt systematisch auf niedrigste Löhne, längste Arbeitszeiten, freieste Produktionszonen undd politische Stabilität durch. Und die Subjekte dieser Sondierungen sehen sich gezwungen - angesichts ihrer Ruinierung durch die herrschende Weltwirtschaftsordnung - sich gegenseitig zu unterbieten und zu mörderischen Konditionen Land und Menschen anzudienen. Erhält ein Land den Stempel »investitionswürdig«, dann bietet das die Garantie, daß die DEG dort für die spezifische Struktur des westdeutschen Privatkapitals die maximalsten Profitquoten herausgeschunden hat. In den »Investions-Merkblättern« werden regelmäßig für potentielle Investoren die einzelnen Länder prostituiert und in den sogenannten »Unternehmer-Reisen« des DEG kann das Objekt der Begierde bezüglich seiner bedingungslosen Ausbeutbarkeit in Augenschein genommen werden. Selbst Kapitalschwäche der Interessenten ist kein Hinderungsgrund. Im Bedarfsfall übernimmt die DEG Kapitalanteile an westdeutschen Niederlassungen im Ausland. Allein im Jahr 1981 waren dafür 834 Millionen Steuergelder projektiert, die ausdrücklich nur dann von den Privatinvestoren übernommen werden müssen, wenn ihre Geschäfte »zum Erfolg geführt haben, das heißt das Partnerschaftsunternehmen rentabel arbeitet.«
Im Verlauf ihrer Aktivitäten hat die DEG auf diese Weise an die 300 Firmengründungen und

-erweiterungen in 70 Ländern der 3. Welt gesponsert. Es sind dies Firmen, die in ihrer Gesamtheit die berühmte »wirtschaftliche Potenz« der BRD ausmachen: meist spezialisierte Mittelbetriebe der Metall-, Textil- und Elektrobranche, denen noch kein übler Ruf als Blutsauger in den unterentwickelt gehaltenen Ländern vorauseilt.
Es kann jedoch nicht nur an diesem schwer durchschaubaren Firmengeflecht liegen, daß hierzulande der deutsche Wirtschaftsimperialismus theoretisch und praktisch kaum kritisiert wird, genießen doch selbst mörderische Ausbeutungsgiganten wie Siemens und VW ein biederes und rechtschaffenes Ansehen. Ganz im Gegensatz zu entsprechenden US-Multis, deren Geschäfte mühelos mit Ausbeutung, Hunger, Elend, Folter und Mord in Verbindung gebracht werden. Es scheint, als habe sich in der BRD bis heute die Unterscheidung der faschistischen »Deutschen Arbeitsfront« [77] zwischen »raffendem und schaffendem Kapital« erschreckend ungebrochen halten können: das »raffende Kapital«, das sind die - meist US-amerikanischen - Multis, die bekanntlich über Leichen gehen. Das »schaffende Kapital« dagegen repräsentiert sich in der sozialpartnerschaftlichen Version vom deutschen Unternehmertum, das die Aufgabe hat, »Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern, unsere Wirtschaft auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu erhalten und damit den allgemeinen Wohlstand zu sichern. Selbstverständlich werden dabei auch Gewinne gemacht. Aber eben keine ungebührlichen.«
Auf diesem Hintergrund wird der spezifisch deutsche Wirtschaft-Nationalismus erst verständlich. Es wird verständlich,
* warum die heftigen Fabrikkämpfe von 1968-74 als wilde Streiks auch gegen die Gewerkschaften geführt werden mußten;
* warum z.B. der Bankrott Brasiliens beklagt werden kann, ohne daß so entscheidende Namen wie VW und Siemens fallen;
* und warum eine imperialistische Institutution wie die DEG völlig aus dem öffentlichen Bewußtsein ausgeblendet ist.
Schon Ho und Che haben uns klargemacht, daß der beste Beitrag zur internationalen Solidarität der Klassenkampf im eigenen Land ist. In diesem Sinne.

Angriff gegen Scientic Control Systems (SCS), Hamburg und den Mathematischen Programmier- und Beratungsdienst (MPB), Dortmund (September 85)

Wie der Herr, so das Gescherr - die Logik der Computer ist die Logik des Kapitals: er dient der Ausbeutung und Unterwerfung, der Zersplitterung und Selektion, der Erfassung und Repression. Die sinnlosen Debatten über die alternative Nutzbarmachung von Computern dokumentiert nicht Phantasie, sondern vielmehr Ohnmacht angesichts des monströsen Ausmaßes technologischer Gewalt.
Im Schatten von IBM und Siemens, als Bindeglied zwischen den Giganten der Computerbranche und den Anwendern sind im vergangenen Jahrzehnt Firmen groß geworden, die Kapital und Staat das Rüstzeug liefern, mit dem der Datenangriff auf Fabrik und Gesellschaft gefahren wird.
Scientic Control Systems (SCS) in Hamburg und der Mathematische Programmier- und Beratungsdienst (MPB) in Dortmund, der eine im Besitz von BP, die andere Sektion des Hoesch-Konzerns, konkurrieren

um die Spitzenpositionen auf diesem Markt. Geführt von einem Management aus Kapitalisten, Militärs und Informatikern, dieser modernen Dreifaltigkeit technologischer Gewalt, haben sie sich in kurzer Zeit zu den heimlichen Know-How-Zentren von Kapital und Herrschaft aufgeschwungen. Ihre Auftraggeber kommen aus Wolfsburg und Wiesbaden, ebenso wie aus Südafrika und Saudi-Arabien; sie sitzen in den Befehlszentralen des Industrie-, Handels- und Finanzkapitals ebenso wie in den Planungsstäben des Innen- und Kriegsministeriums.

Die Produktpalette dieser Systemhäuser umfaßt alles, was sich der formalen Struktur computergesteuerter Prozesse unterwerfen läßt - und das ist in den Augen der Informatiker schier grenzenlos. Aus ihren Rechenzentren stammen die Entwürfe für das Regiment von Chips und Komplexautomation in den Produktionsstätten der Automobilindustrie. Im Maschinendialog ausgeheckte Pläne für die EDV-gestützte Umstrukturierung der Kaufhaus-Konzerne treten sie deren Belegschaften, vor allem Frauen, in Form ungarantierter Arbeitsverhältnisse, perfektionierter Kontrolleinrichtungen und intensivierter Ausbeutung der Arbeitskraft gegenüber. Sie liefern Programme zur Steuerung und Überwachung der Abläufe in den Meilern der Atomindustrie und bieten Konzepte zur Informatisierung der Büroarbeit oder der Verwaltungen an. Automatisierte Einsatzleitzentralen der Polizei werden ebenso verkauft wie Programme zur Rasterfahndung oder zum elektronischen Abgleich von Fingerabdrücken beim BKA. Ein florierender Zweig ist das Geschäft mit den Militärs: mit elektronischen Navigationssystemen und anderen Projekten der Luft- und Raumfahrt tragen sie ihren Teil dazu bei, den Massenmord effizienter zu machen.

Die Machtfülle, die sich in diesen Systemhäusern zusammenballt, wirkt im Verborgenen. Dennoch: die Denkmodelle einer Handvoll Informatiker durchdringen sämtliche gesellschaftlichen Poren, die technischen Erfordernisse der elektronischen Datenverarbeitung werden zum Gestaltungsprinzip sozialer Realität.

»Je totaler die gesellschaftliche, ökonomische und wissenschaftliche Apparatur, auf deren Bedingung das Produktionssystem den Leib längst abgestimmt hat, umso verarmter die Erlebnisse, deren er fähig ist. Die Eliminierung der Qualitäten, ihre Umrechnung in Funktionen überträgt sich von der Wissenschaft vermöge der rationalisierten Arbeitsweise auf die Erfahrungswelt der Völker und ähnelt sie tendenziell wieder der der Lurche an. Durch die Vermittlung der totalen, alle Beziehungen und Regungen erfassenden Gesellschaft hindurch werden die Menschen zu eben dem wieder gemacht, wogegen sich das Entwicklungsgesetz der Gesellschaft, das Prinzip des Selbst, gekehrt hatte: zu bloßen Gattungswesen, einander gleich durch Isolierung in der zwanghaft gelenkten Kollektivität. Ihr Weg war der von Gehorsam und Arbeit, über dem Erfüllung immerwährend bloß als Schein, als entmachtete Schönheit leuchtet.« (Adorno [78]).

Der Feuerschein, der vergangene Nacht die entmachtete Schönheit hat leuchten lassen und die verdinglichte Computer-Welt bei SCS und MPB zu Asche zerfallen machte, entspringt unserer radikalen, praktischen Kritik der totalen Organisation der Gesellschaft durch big business und seine allgegenwärtige Technik, die die Welt und Vorstellung so lückenlos besetzt haben, daß der Gedanke, es könne anders sein, zur fast hoffnungslosen Anstrengung zu werden droht.

Anschlag gegen das Institut für Genetik, Köln (Oktober 85)

»Strategische Sektoren«
Das Bundesinnenministerium für Forschung und Technologie betrachtet die Gentechnologie als eine zukunfts- und wachstumsorientierte Wissenschaft von strategischer Bedeutung für die Entwicklung der westdeutschen/westeuropäischen Wirtschaft, um die - die gegenwärtige kapitalistische Krise charakterisierende - Ungleichheit zwischen Gebrauchs- und Tauschwert zu bereinigen, soll durch den Einsatz neuer Techniken der relative Mehrwert erhöht und Extraprofite erzielt werden. Das heißt, die strategischen Sektoren - neben der Gentechnologie Mikroelektronik, Telekommunikation, Neue Werkstoffe, Luft- und Raumfahrt, Kernenergie - sind strategisch als Mittel der Profitmaximierung und ebenso strategisch im antiimperalistischen Kampf, da auf ihnen die Neustrukturierung des Weltwirtschaftssystems entschieden wird. Sie führen daneben auch zur gesellschaftlichen Umgestaltung in den Metropolen, ohne daß bisher eine Gleichzeitigkeit der Klassenkämpfe entstand.
Für den Marktwert der Gentechnologie wird bis zum Jahr 2000 eine Steigerung auf ca. 145 Milliarden US-Dollar geschätzt, wovon 3/4 auf den Energie- und Pharmasektor entfallen werden. Ausdruck der gesteigerten Bedeutung dieses strategischen Sektors sind die beiden in diesem Monat stattfindenden Messen (8.-10. Biotechnica, Hannover; 15.,-17. Biotec, Düsseldorf).

Nahrungswaffe und Bevölkerungspolitik
Die »grüne Revolution« der 60er Jahre führte zur Unterordnung der Landwirtschaft an der Peripherie unter die kapitalistische Produktionsweise. »Landflucht« und billiges Nahrungsmittelangebot waren die Voraussetzung für eine Niedriglohnpolitik gegenüber dem entstehenden städtischen Proletariat. Die heutige zweite Phase der »grünen Revolution« soll durch die Kontrolle über das Saatgut die absolute Kontrolle über die Nahrungskette durch die Imperialisten ermöglichen. Patente, die den multinationalen Konzernen Monopole über bestimmte Pflanzensorten geben, unterliegen als »Sortenschutz« den gesetzlichen Bestimmungen der imperialistischen Staaten. Ca. 80 % der geltenden Weltpatente liegen in die Händen der Metropolen, wobei Europa beim »Sortenschutz« einen etwa 10jährigen Vorsprung hat und damit den Weltsaatgutmarkt dominiert. Der Bayer-Konzern liegt mit ca. 30.000 gültigen Patenten mit an der Weltspitze, 1984 betrug der Gewinn aus seinen Lizenzen 190 Millionen DM.
In der Rassenideologie und der Eugenik [79] entstand eine naturwissenschaftlich verkleidete Begründung des Machtanspruchs des Imperialismus, der neben dem gezielten Einsatz von Nahrungsmittelknappheit gegen die abhängigen Länder zunehmend durch bevölkerungspolitische Maßnahmen wie z.B. massenhafte Zwangssterilisation durchgesetzt werden soll. Ähnliche Ansätze verfolgen in der BRD »Pro Familia« und die »humangenetischen Beratungsstellen« gegen Behinderte, Psychiatrisierte, Ausländer und soziale Randgruppen. Die Gentechnologie liefert mit der Genomanalyse die Möglichkeit, in Verbindung mit anderen Programmen - z.B. Personalinformationssystemen -, jeden einzelnen in seiner Krankheitsanfälligkeit und Leistungsfähigkeit rasterartig zu erfassen. Dow Chemical und BASF etwa wählen anhand von Genomanalysen Arbeiter für gesundheitsgefährdende Arbeiten aus.
Die Transformation der »Bürgerlichen Demokratie« in den technokratischen Überwachungsstaat ist zwangsläufig.

Imperialismus und Widersprüche
In einem Bericht an den französischen Staatspräsidenten heißt es: »Der weltweite Kampf um die Anwendung der Gentechnolgien ist von strategischer Bedeutung, denn nur wenige Nationen werden in der Lage sein, die genetischen Resourcen zu kontrollieren.« Da die nationalen Märkte zu klein sind, um

für die neuen Technologien profitabel zu sein, und die Kosten für fixes Kapital nur auf dem Weltmarkt zu realisieren sind, steht die Weltwirtschaft in einer sich dauernd verschärfenden Konkurrenz, die zu wachsender Konzentration führt. Die größeren US-Konzerne können sich ein höheres Risikokapital in der Grundlagenforschung leisten, erwirtschaften so aus ihren technologischen Monopolen Extraprofite, wodurch sie eine höhere organische Zusammensetzung des Kapitals erreichen. Um in der Weltmarktkonkurrenz bestehen zu können, mußte die europäische Industrie eine internationale Kapitalkonzentration und -verflechtung eingehen, hat aber wegen des Technologietransfers auch ein Interesse an US-amerikanischen Investitionen (z.B. durch Teilnahme am SDI-Programm [80]). Eine einseitige technologische Abhängigkeit soll durch Eureka, das Programm einer europäischen Technologiegemeinschaft, das die verschiedenen bestehenden Verbundprojekte koordinieren und auf die Nicht-EG-Mitglieder Schweden, Norwegen, Österreich und Schweiz erweitert werden soll, verhindert werden. Teil von Eureka ist das »Europäische Laboratorium für Molekularbiologie« (EMBL), das von den EG-Staaten und Israel betrieben wird. Der Intensivierung dieser Art imperialistisch-zionistischer Zusammenarbeit dient das im Dezember in Köln stattfindende Treffen zwischen Forschungsminister Riesenhuber und Wirtschaftsminister Patt.
Das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung, das den USA zur Welthegemonie verhalf, untergräbt jetzt die Stellung des US-Imperialismus, die sich jedoch durch seine weltpolitische Rolle im NATO-Bündnis noch aufrechterhält.

Transnationale Konzerne
Transnationale Konzerne entstehen durch den Aufbau von Produktionsstätten in den jeweiligen Absatzgebieten, deren Technik vereinheitlicht ist durch ein Verbundsystem zwischen den einzelnen Werken, während das Management immer in der Hand des Mutterkonzerns zentralisiert ist. Die Dezentralisation der Produktion bei gleichzeitiger Zentralisation der Kontrolle - und zwar sowohl national wie international - setzt die Standarisierung der Produkte nach dem Baukastensystem voraus, wobei im Verbundsystem immer nur Teilschritte des gesamten Produktionsverfahrens verbunden werden. Die standardisierten Produkte werden als aufeinander abgestimmte »Pakete« verkauft (Saatgut, Dünger, Pestizide). Diese Pakete müssen immer wieder von den Konzernen bezogen werden, weil die gentechnisch hergestellen Hybrid-Pflanzen ohne Pestizide kaum lebensfähig sind und weil sie nicht keimen.
Der Bayer-Konzern ist der größte Pestizidhersteller der Welt und größter Exporteur der BRD. Dieser siebtgrößte BRD-Konzern erwirtschaftet 79 % seines Umsatzes mit dem Export, 25 % seiner Produktion befindet sich dezentralisiert im Ausland. Durch einen Sitz im Aufsichtsrat und die Kontrolle des Aktienkapitals über das Depotstimmrecht wird die Bayer AG durch die größte Bank der BRD, die »Deutsche Bank« beherrscht.
Sowohl der US- als auch der BRD-Imperialismus stützen sich ökonomisch hauptsächlich auf die transnationalen Konzerne. Hieraus ergibt sich die objektive Wichtigkeit und Verantwortung des Metropolenproletariats in den Kernfabriken für den gesamten revolutionären Prozeß, da jeder nationale Klassenkampf sich nur noch im internationalen Zusammenhang begreifen kann, d.h. die Klassenkämpfe müssen sich zum Klassenkrieg vereinheitlichen.

Die verstreute Fabrik
»Verstreute Fabrik« bedeutet die Umwandlung mittlerer und kleiner Fabriken, Zulieferer und des Heimarbeitssektors in Funktionen der transnationalen Konzerne, ebenso wie die Auslagerung tertiärer Bereiche.

Seit 1978 existiert ein Boom gentechnologischer Privatfirmen, die ihre Verfahrenstechniken und Patente an die Industriekonzerne verkaufen, die das notwendige Kapital für Produktion und Vermarktung, die ganz in ihren Händen liegt, aufbringen können. Andererseits versuchen die Konzerne Firmen und Forschungseinrichtungen an sich zu binden. 1975 eröffnete die VW-Stiftung durch die Finanzierung der »Gesellschaft für molekularbiologische Forschung« die BRD-Genforschung. Für die Bayer AG ist nach Aussage ihres Aufsichtsratsvorsitzenden Strenger »die schnelle Umsetzung von neuen Forschungsergebnissen in erfolgreiche Produkte ein wichtiger Faktor, um frühzeitig neue Trends ausbeuten zu können.« Neben der Kooperation mit Genentech und Schering-Plough auf dem Pharmasektor konzentriert Bayer seine dezentralisierten Forschungsaktivitäten hauptsächlich auf den Modellversuch eines Zentrums für Gentechnologie in Köln. Ähnliche Zentren befinden sich, teilweise in etwas abgewandelter Konzeption, in München, Berlin und Heidelberg im Aufbau, der Modellversuch kann ausgeweitet werden. Das Kölner Zentrum besteht aus einer Kooperation mit dem »Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung« in Köln-Vogelsang, das seit 1982 von Bayer mit 3 Mio. DM finanziert wird, der Kernforschungsanstalt Jülich/Abteilung für Biotechnologie und dem »Institut für Genetik« der Universität Köln. Konzipiert ist ein »Institut für angewandte Biotechnologie«, das Forschungsaufträge für die Industrie ausführen soll. Träger dieses Konzepts ist die Kölner Technologierunde, in der Stadtrat, Stadtverwaltung und Forschungseinrichtungen vertreten sind. Forschungsschwerpunkt des Kölner Zentrums für Gentechnologie ist die genetische Produktion neuer Hybridpflanzen, während die Pharma-Forschung hauptsächlich im Bayer-eigenen Forschungszentrum Wuppertal-Elberfeld durchgeführt wird.

Technokratie und Neustrukturierung des Kapitalismus

Im Zentrum der Neustrukturierung stehen zwei Figuren: Wissenschaftler entwerfen theoretische Systeme, wobei ihnen weitgehende Entscheidungsfreiheit zugestanden wird (»Freiheit der Forschung«), Manager setzen diese Systeme für die Unternehmen um. Zwischen Forschern und Industriekonstrukteuren gibt es dabei keine klare Trennung, auch der Personalaustausch zwischen staatlicher Forschung und Industrie ist fließend. Die »kapitalistische Anwendung der Maschinerie« fängt daher nicht erst bei ihrem Einsatz in den Fabriken an, sondern bestimmt schon ihre Konstruktion. Techniker sind ein Produkt des Monopolkapitalismus und treten erst im Imperialismus auf, »ihre Existenz ist nicht unmittelbar durch die gesellschaftlichen Bedürfnisse der Produktion gerechtfertigt, wohl aber durch die politischen Bedürfnisse der herrschenden Gruppe« (Gramsci). Die »Freiheit der Wissenschaft« wird diktiert durch wirtschaftliche und militärische Interessen und die Vergabe der staatlichen Forschungsmittel.

»Dem Volke dienen«

Die Genoss/inn/en der »Brigate Rosse« haben erklärt: »Der Angriff muß eine politische Linie haben und zugleich die neue Form zerstören, die der imperialistische Staat anzunehmen im Begriff ist«
Unsere Aktion gegen das »Institut für Genetik« richtete sich gegen einen zentralen Punkt der kapitalistischen Neustrukturierung und damit gegen das gesamte Programm. Ihr Ziel war: »Einen bestrafen, hunderte erziehen!«(Mao).
Sozialrevolutionärer Widerstand gegen die imperialistische Neustrukturierung ist im Augenblick nicht auf offener Massenbasis möglich. Aufgabe der bewaffneten Gruppen muß es daher sein, mit ihren Aktionen den revolutionären Prozeß voranzutreiben und aus der gegenwärtigen Defensive heraus das Terrain neu zu bestimmen, aus dem sich das Metropolenproletariat durch seine sozialen Kämpfe als historische Kraft im weltweiten antiimperialistischen Befreiungskampf konstituieren kann.

Erklärung zu den Bombenanschlägen in

Düsseldorf: Die Deutsche Bank
Köln: Gesamtverband der Metallindustrie
Köln: Hoechst (April 85)

Es ist nicht ohne Ironie, aber sehr bezeichnend: Am 1. Mai trommeln die Gewerkschaften ihre verunsicherte Klientel zusammen, um den Tag der Arbeit feierlich und selbstverständlich kämpferisch zu begehen, während am Tage danach, kaum daß die Fensterreden verklungen sind, das vereinigte Weltkapital auf seinem Wirtschaftsgipfel [81] in Siegerlaune sich selbst zelebriert.

@Erklärung:Voll Genugtuung kann sich die dort geballte imperialistische Macht bescheinigen, gerade in jüngster Zeit an verschiedenen Klassenfronten sehr erfolgreich gewesen zu sein. Was ein hundertjähriger proletarischer Klassenkampf hartnäckig und zäh an Resultaten erzwungen hat, wird mit unglaublicher Rasanz und Dreistigkeit ausgehöhlt, seiner Substanz beraubt und eingestampft.

Das Kapital in der Offensive und das in aller Schärfe!

Und unten? Ratlosigkeit und Verwirrung, die schon bei den Begriffen anfängt. So steht hinter dem »wachsenden Heer der sozial Schwachen, der neuen Armen« niemand anderer als die klassischen Figuren der Proletin und des Proleten, denen nur flüchtig ein neudeutsches Sprachmäntelchen umgehängt wurde. Denn bekanntlich haben diese auch heute nichts anderes zu verkaufen als ihre Arbeitskraft. Abschied vom Proletariat? Daß wir nicht lachen! Trotz vieler neuer Namen hat sich nichts geändert. Wir stecken immer noch in der gleichen unerledigten Klassenauseinandersetzung.

Allererste Protagonisten in diesem Antagonismus sind die Banken,

* insbesondere die Deutsche Bank, die in Vorständen und Aufsichtsräten, über Beteiligungen und Kreditvergaben die Neustruktierungen der Produktionsverhältnisse steuert und die 3. Welt mit der Schuldendienst-Waffe ökonomisch ausblutet und politisch vergewaltigt,
* der Gesamtverband der Metallindustrie als potenteste Kapitalfraktion, die im Rahmen der Tarifpolitik die Weichen stellt für den Wechsel in eine qualitativ neue und extrem verschärfte Ausbeutungsära. Nachdem die flexiblere und effektivere Vernutzung von Arbeitskraft durchgesetzt ist, soll als nächste Etappe der arbeitsfreie Samstag fallen,
* die chemische Industrie (Hoechst), die durch ihre vollständige Kontrolle des weltweiten Ernährungsmarktes nicht nur darüber entscheidet, wie und was produziert wird, sondern auch wer und damit ganz direkt Herrschaftsverhältnisse strukturiert. Wobei sie wie kein anderer Industriezweig in die Lebensbedingungen der Menschen auf der ganzen Welt eingreift, ihre Körper besetzt, krankmacht, tötet. Diesem Moloch hat alle Kritik bisher nichts anhaben können. Seine Gewinne explodieren weiterhin wie seine Gastanks.

Anschlag gegen Siemens, Isernhagen - zum Weltwirtschaftssgipfel (April 85)

Die Herren der sieben führenden imperialistischen Länder als Vollstrecker der Interessen von Multis und Großbanken treffen sich in der BRD zum Weltwirtschaftsgipfel, um die übrige Welt unter sich aufzuteilen.
Was für eine Anmaßung!
Dieses inszenierte Spektakel im Rampenlicht der Weltpresse soll uns die Ungeheuerlichkeiten ihrer Politik vergessen lassen: Völkermord, Kriege, Hunger, verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung in den Ländern der sog. 3. Welt.
Gleichzeitig sind sie dabei, grundlegende Veränderungen der Gesellschaftsstrukturen zu schaffen, um ihre Krise zu bewältigen. Eine Erhöhung der Profite soll erreicht werden durch
- neue strategische Sektoren der Produktion, wie Mikroelektronik und Biotechnologie
- eine neue Zusammensetzung der ArbeiterInnenklasse.
Eine Voraussetzung dafür ist die Abschaffung der tariflichen Lohnregelung und die Durchsetzung der Flexibilisierung der Arbeitszeit und der ungeschützten Arbeitsverhältnisse. Das bedeutet, die Arbeitsformen, denen Frauen weltweit und auch Männer in der sog. 3. Welt schon seit langem unterworfen sind, auch auf den weißen Lohnarbeiter anzuwenden.
Dieses wird im Moment massiv betrieben durch Vorschläge der Parteien, Wirtschaftswissenschaftler und Multis. Gedacht wird an: Samstag als Arbeitstag, Einstellung von Arbeitslosen unter Tarif, Reduzierung des Urlaubs, Arbeitslosengeld auf Darlehn, bei Krankeit 20 % weniger Lohn. Siemens ist für uns stellvertretend für eine offensive Durchsetzung dieser Politik: In Norddeutschland ist er der erste Betrieb, in dem die Flexibilisierung der Arbeitszeit gegen starken Widerspruch der Belegschaft durchgesetzt wurde. [...]
Außerdem forciert der Multi maßgeblich die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen, besonders die der Frauen. In dem Modellversuch »Büro 2000« testete das Unternehmen die Vorteile von Frauenarbeit am Heimcomputer. Frauen müssen den ganzen Tag verfügbar sein - für wenig Geld, ohne rechtliche und soziale Absicherung. Hervorgehoben wird, daß Kosten für Einrichtung und Betrieb des Arbeitsplatzes wegfallen und eine maximale Auslastung der Kapazitäten unter Ausnutzung der Zeitverschiebung in anderen Ländern gewährleistet ist.
Siemens steht in der Tradition von Kriegstreiberei und Faschismus! Nicht nur, daß Waffen und Rüstungsgüter für die Kriege geliefert wurden und werden, höchstmögliche Ausbeutung von Arbeitskraft war die logische Folge des Profitstrebens: 4.500 Frauen mußten im KZ Ravensbrück in firmeneigenen Lagern arbeiten, in Auschwitz mußten 2.000 KZ-Häftlinge unter Siemens-Leitung ihre eigenen Gaskammern bauen.
Auch heute ist Siemens im militärischen Bereich wieder gut im Geschäft: kein Panzer ohne die elektronischen Innereien von Siemens, Freund-Feind-Erkennungssystem, NATO-Glasfaserkabelstrecke durch die BRD, Handelsbeziehungen und Lieferungen von Rüstungsgütern und Kommunikationssystemen in faschistische Diktaturen und Militärregierungen. [...]
Für uns gilt immer noch, daß wir dieser Welt nur in dem Maße angehören, wie wir uns gegen sie auflehnen.
Unsere praktische Solidarität gilt den Unterdrückten und Befreiungsbewegungen der 3. Welt und allen Menschen, die hier gegen das herrschende System kämpfen.
In diesem Sinne haben wir am 30.4.85 Siemens in Isernhagen mit einem Sprengsatz angegriffen.
Rote Zora

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Vorbemerkung Kapitel VII

Das Atomprogramm
1959 wurde unter dem Vorsitz des damaligen (ersten) Atom-Ministers Franz Josef Strauß das Atomgesetz zur Nutzung der Kernenergie verabschiedet. Dieses war von der »Atom-Kommission« vorbereitet worden, der neben Regierungsmitgliedern die Deutsche Bank, Siemens, AEG, Esso und Energiekonzerne wie RWE angehörten. Ziel des Atomprogramm war es, »alle Bestrebungen zu fördern, die mit der Entwicklung und Nutzung der Atomenergie zusammenhängen«, wobei diese Entwicklung und Nutzung sowohl militärische wie zivile Bereiche umfaßt.

Die Entwicklung der Anti-AKW-Bewegung
Die Widerstandsbewegung gegen dieses Atomprogramm nahm ihren Anfang 1974/75 in Wyhl - im »Dreyeckland« zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz.
Gegen den geplanten Bau eines AKW wehrten sich vor allem die betroffenen Winzer, Bauern und Fischer aus der Region aus Angst um ihre wirtschaftliche Existenz. Sie gründeten Bürgerinitiativen, erhoben Einspruch und organisierten Kundgebungen und Demonstrationen. Als trotz des Protestes die 1. Teilerrichtungsgenehmigung erteilt wurde, erfolgte am 18. Februar 1975 die Bauplatzbesetzung durch die Bevölkerung. Die brutale Räumung des besetzten Bauplatzes am 20. Februar 1975 löste eine breite Mobilisierung aus. Drei Tage später fand eine Kundgebung mit mehr als 28.000 Teilnehmern statt, der Bauplatz wurde erneut besetzt. Bei Verhandlungen zwischen VertreterInnen der Bürgerinitiativen, der Landesregierung und den Betreibern im Herbst 1975 konnten die AKW-GegnerInnen erreichen, daß der Bau des Kraftwerks ausgesetzt wurde und die Betreiber auf Schadensersatzansprüche und Strafanzeigen gegen die Platzbesetzer verzichteten. Damit hatte die Anti-AKW-Bewegung einen großen Erfolg erreicht - der die Bewegung anfangs entscheidend prägte.
Im Sommer 1974 wurden die Pläne für den Bau des AKWs in Brokdorf bekannt. Angesichts der Erfahrungen in Wyhl wurde diesmal der Bauplatz in der Nacht zum 26. Oktober 1976 von Polizei und Werkschutz besetzt, um den Baubeginn sicherzustellen. Nach der ersten Demonstration von ca. 8.000 am 30. Oktober 1976 - bei der eine kurzfristige Besetzung des Bauplatzes durch die AKW-GegnerInnen gelang - kamen zur Demonstration am 13. November 1976 fast 45.000 AKW-GegnerInnen. Seit Brokdorf engagierte sich - vor allem durch die räumliche Nähe zu Hamburg - auch die städtische Linke zunehmend in der Anti-AKW-Bewegung. Der Staat reagierte mit massivem Einsatz von Schlagstöcken, Chemical Mace, Wasserwerfern und sicherte das Baugelände mit Betonmauern und Wassergräben.
Innerhalb der Anti-AKW-Bewegung vollzog sich nach und nach eine Spaltung zwischen den Befürwortern von Bauplatzbesetzungen und den sog. gemäßigten AKW-GegnerInnen. Bei der dritten großen Brokdorf-Demonstration am 19. Februar 1977 mobilisierten die Bauplatzbesetzer direkt zum Baugelände, die eher gewaltfreie, »gemäßigte« Fraktion rief zur einer Kundgebung in Itzehoe, mehrere Kilometer vom Bauplatz entfernt, auf.
Einen Monat später fand die erste Demonstration - getragen von einem breiten Bündnis - gegen das geplante AKW in Grohnde statt. Hier gelang es den militanten AKW-GegnerInnen, eine große Bresche in den Bauzaun zu reißen, eine Platzbesetzung wurde jedoch von Bundesgrenzschutz-Hundertschaften verhindert.

Krise der AKW-Bewegung
Die Anti-AKW-Bewegung war mit zunehmender polizeilicher Präsenz und staatlicher Repression

konfrontiert:
So wurde in Malville/Frankreich bei einer internationalen Großdemonstration gegen den »Superphenix« der AKW-Gegner Michel Vitalon bei heftigen Auseinandersetzungen mit der französischen Spezialeinheit CRS getötet. Als am 24. September 1977 von Anti-AKW-Gruppen aus der BRD, Holland, Frankreich und Belgien zu einer Kundgebung gegen den Schnellen Brüter nach Kalkar aufgerufen wurde, begann eine Pressekampagne von Landes- und Bundespolitikern, in der die AKW-GegnerInnen als »Chaoten« und »Terroristen« diffamiert und vor einer Beteiligung an dieser Demonstration gewarnt wurde. In einem »beispiellosen Großeinsatz der Polizei« wurden im gesamten Bundesgebiet Kontrollstellen eingerichtet und innerhalb eines Tages 125.000 Personen überprüft. Rund 20.000 TeilnehmerInnen blieben in den Kontrollen auf Autobahnen etc. stecken; die 50.000 DemonstrantInnen, die den Kundgebungsplatz erreichten, erwartete ein massives Polizeiaufgebot mit Wasserwerfern, Hubschraubern und Panzerwagen.
Mittlerweile war deutlich geworden, daß der Erfolg von Wyhl nicht wiederholt und kein AKW mehr verhindert werden konnte, weder durch Verhandlungen noch durch Massenmilitanz und Platzbesetzungen.
Zur gleichen Zeit vertiefte sich die Spaltung zwischen Gewaltfreien und Militanten, zwischen außerparlamentarischer Bewegung und denjenigen, die auf Parteien und den Staatsapparat einwirken wollten (und später z.T. an der Gründung der »Grünen« beteiligt waren); auch die Erfahrungen der Linken im »Deutschen Herbst« zeigten in der Anti-AKW-Bewegungen ihre Auswirkungen. Dennoch fanden in dieser Phase zahlreiche dezentrale militante Aktionen statt.
Erst zwei Jahre später nahmen Demonstrationen und Blockaden wieder zu: Auslöser waren zum einen der Beginn der Probebohrungen in Gorleben (geplanter Standort für eine Wiederaufbereitungsanlage), zum anderen die Reaktorkatastrophe in Harrisburg/USA.

Die Zusammensetzung der Anti-AKW-Bewegung
Die Motivationen der AKW-GegnerInnen für ihren Widerstand sind unterschiedlich, sie reichen von der Angst vor der Vernichtung der Umwelt - parallel zu einem stärker werdenden ökologischen Bewußtsein -, der Verteidigung der eigenen sozialen und wirtschaftlichen Existenz wie in Wyhl bis zum Kampf gegen den »Atomstaat« - ein Synonym für den totalitären Überwachungs- und Polizeistaat (siehe Beispiel Traube in Vorwort Nr. 3)
Die Anti-AKW-Bewegung war - nach der Frauenbewegung - die erste Massenbewegung mit übergreifender sozialer Zusammensetzung. Damit war das bisherige Konzept der Linken, sich in ihrer politischen Arbeit auf »die Klasse« zu beziehen (Betriebsarbeit, Stadtteilarbeit, Knastgruppen etc.) zur Disposition gestellt.

Die Revolutionären Zellen
erklären daher in dem Interview von 1980, daß ihre Auseinandersetzung mit der Anti-AKW-Bewegung erst im Sommer 1977 begonnen habe, da ihnen »die soziale Basis dieser Bewegung sehr suspekt« gewesen sei.
In den 70er Jahren hatten sie sich in erster Linie auf »Jugendliche, Frauen und Arbeiter« (aus »Revolutionärer Zorn 1«) bezogen, ihre Hoffnung auf Verbreiterung ihrer Politik setzte an der subjektiven Erfahrung von Unterdrückung an und darauf, daß aus der eigenen Erfahrung gesamtgesellschaftliche Verhältnisse in einem kapitalistischen, patriarchalen System erkannt und bekämpft wurden.
Die Anti-AKW-Bewegung war die erste Massenbewegung, die konkrete Ziele wie die Abschaffung der AKWs und den Kampf gegen Umweltzerstörung formulierte und von Anfang an den Charakter einer

Teilbereichsbewegung hatte.
Kennzeichnend für die Anti-AKW-Bewegung war die politische Breite, sie setzte sich aus Gruppen mit sehr unterschiedlicher Motivation und sozialer bzw. politischer Herkunft zusammen.
Mit dem Einstieg der Linken in die AKW-Bewegung seit Brokdorf entstand der Versuch, in diesem breiten Bündnis politischen Einfluß auf Ziele und Aktionen der Bewegung zu nehmen. Gleichzeitig war dies der Beginn einer (Macht-)Auseinandersetzung mit politischen Strömungen innerhalb der Bewegung, die eine Infragestellung der gesellschaftlichen Verhältnisse ablehnten und eine Zusammenarbeit mit Trägern der staatlichen Gewalt anstrebten. Die Gewaltfrage wurde zum Instrument der Spaltung, um linksradikale Positionen auszugrenzen.
Diese Auseinandersetzung, die sich teilweise bis Mitte der 80er Jahre hinzog, wird auch in dem Startbahn-Papier und dem Diskussionsbeitrag »Krieg-Krise-Friedensbewegung« immer wieder aufgegriffen.
Wie viele AKW-GegnerInnen setzten sich die RZ mit der Perspektive der Anti-AKW-Arbeit auseinander, als die Massenmilitanz an ihre Grenzen stieß und suchten neue Formen und Inhalte für die Fortführung des Widerstandes.
Als Antwort auf diese Krise schlagen sie eine Erweiterung der inhaltlichen Bezugspunkte vor, z.B. die Dimension der Umweltzerstörung insgesamt, um auch in den Städten eine Handlungsperspektive zu entwickeln und die Fixierung auf die - meist ländlichen - Standorte der AKW's aufzuheben, verweisen auf den internationalen und militärischen Aspekt der Atomtechnologie und den Ausbau der BRD in einen Überwachungs- und Atomstaat.
Als praktische Umsetzungsform empfehlen sie ihr eigenes Konzept der dezentralen klandestinen Aktionen, an den Orten, an denen Betreiber oder Planer von AKWs angreifbar sind.
So richteten sich ihre Aktionen gegen die Firma MAN, Nürnberg, wegen deren Beteiligung am Atomgeschäft mit Südafrika, gegen die Firma Klein, Schanzlin und Becker, dem weltgrößten Pumpenhersteller für AKWs, die Nordwestdeutsche Kraftwerke als größtem Atomanlagenbetreiber in Norddeutschland, sowie die Firmen Interatom und die Gesellschaft für Reaktorsicherheit.
Im Mai 78 legten sie eine Bombe beim Wach- und Kontrolldienst Nord, der massiv an der Überwachung der Bauplätze und der Niederschlagung des Widerstands beteiligt war und brannten den Wagen des für den Einsatz gegen die Kalkar-DemonstrantInnen verantwortlichen leitenden Schutzpolizeidirektors in Duisburg ab.
Mit ihrem Anschlag auf den Wetterturm in Ahaus stießen sie bei der ansässigen BI auf die Kritik, »schlampig recherchiert« zu haben, da der Turm seit langem außer Betrieb sei und keinerlei reale Funktion erfülle. Die RZ arbeite zwangsläufig abgehoben, diese Aktion habe die Zusammenarbeit von BI und Linken in Ahaus keinen Schritt weitergebracht, »das hat für uns nichts mit der abstrakten Gewaltfrage zu tun, sondern mit konkreten Zusammenhängen, in denen kontinuierliche Arbeit geleistet wird«.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich im Buch auf Seite 726 ff.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Subversiver Kampf in der Anti-AKW-Bewegung

1980

Die Massenbewegung gegen AKW ist 1974/75 aufgekommen. Sind dazu Impulse von euch ausgegangen? Wie habt ihr sie am Anfang eingeschätzt?
Die Bewegung gegen Atomkraftwerke, die in den Jahren 74/75 entstand, war uns fremd. Wir hatten zwar viel Sympathie für die Platzbesetzer von Wyhl [1] (Frühjahr 75), aber gleichzeitig war uns die soziale Basis dieser Bewegung sehr suspekt.
Was hatten wir gemeinsam mit Bauern, Naturschützern und umweltbewußten Lehrern und Wissenschaftlern ? Grundsätzlich waren wir zwar auch gegen AKW, aber wir hielten das Problem für einen Nebenaspekt. Letztlich erschien es uns egal, ob die Zerstörung, Versteinerung und Entmenschlichung dieser Gesellschaft und unseres Lebens durch die Atomenergie oder durch das Öl stattfindet. Auch die potentielle Gefährlichkeit der AKWs war für uns kein entscheidendes Argument.
So beschäftigte uns der Tod von Holger Meins viel mehr, der 1974 im Knast ermordet wurde. Dieses langsame Verhungernlassen eines Menschen im Knast räumte bei uns die letzten Illusionen auf, die wir über diesen Staat noch hatten. Es ist schwierig, um zukünftige Gefahren durch die Atomenergie zu bangen, wenn Tag für Tag Menschen sterben oder langsam umgebracht werden: am Arbeitsplatz, in den Betonsilos, auf den Straßen, in den Knästen und psychiatrischen Anstalten.
Wir hatten die Einschätzung, daß diese damals entstehende Anti-AKW-Bewegung sowohl von ihrem inhaltlichen Bezugspunkt als auch von ihrer sozialen Basis nur eine reformistische Perspektive entwickeln könnte. Die Auswüchse des kapitalistischen/patriarchalen Systems sollten abgeschafft werden, an ihren Ursachen aber nicht gerührt werden. Der Einbruch der kapitalistischen Auswüchse in scheinbar heile Lebens- und Arbeitszusammenhänge, Naturabläufe, Traditionen etc. auf dem Lande sollte abgewehrt werden. Im Hinterkopf hatten wir noch die Vorstellung vom Proletariat als einzigem legitimen revolutionären Subjekt in der Geschichte. In dieser festgefügten Vorstellung hatte aber das neue Verständnis der Frauenbewegung schon Veränderungen bewirkt. Diese Sichtweise des anfänglichen Anti-Atom-Kampfes wird noch verständlicher, wenn man/frau weiß, in welchen Bereichen wir zu dieser Zeit sowohl legal als auch illegal unsere Schwerpunkte hatten. Dies waren die Fahrpreiskämpfe, die Jugendzentrumsbewegung, die Häuserkämpfe, die Frauenbewegung und der Internationalismus.
Wie habt ihr euch in den Hauptphasen der Mobilisierung a) bis Brokdorf [2] II/III b) bis Grohnde [3]/Kalkar c) mit Gorleben eingebracht ?
Einige von uns haben sich an den drei Brokdorf-Demos und der Grohnde-Demo beteiligt. Um ehrlich zu sein, lag zu diesem Zeitpunkt unser Interesse an der Anti-AKW-Bewegung hauptsächlich darin, daß sich dort eine breite Militanz entwickelte, daß es dort Putz gab.
Die Möglichkeit von illegalen Aktionen haben wir diskutiert, aber dann nicht gemacht, weil wir dachten, daß wir damit die weitere Entwicklung der Massenmilitanz erschweren könnten. Ein anderer Punkt war, daß bei uns noch Unsicherheiten in der Einschätzung der AKW-Bewegung als neue Massenbewegung bestanden.
Nach Grohnde war uns klar, daß eine Steigerung der Massenmilitanz am Bauzaun keine realistische Perspektive mehr war. Albrecht [4] hat später zugegeben, daß während der Grohnde-Demo der Einsatz von Schußwaffen in Erwägung gezogen wurde.
Damit war aber auch die Hoffnung am Ende, das Atomprogramm durch eine Serie von Bauplatzbesetzungen relativ kurzfristig zu stoppen. Unsere Vorstellung ging dahin, die Atommafia da anzugreifen, wo das Atomprogramm konzipiert, wissenschaftlich vorbereitet, propagandistisch

aufbereitet und materiell durchgeführt wird, also nicht den Bauplatz als Schlußpunkt des Programms, sondern die gesamte Struktur des Atomprogramms zum Angriffspunkt zu machen. Wir glauben immer noch, daß dadurch die Möglichkeit einer kontinuierlichen politischen und militanten Praxis in jeder Stadt gegeben ist, wir die Möglichkeit der überraschenden Initiative behalten und uns nicht ausschließlich einige Standorte zu »Entscheidungsschlachten« aufdrängen lassen brauchen.
Die notwenige Dezentralisiierung des Widerstandes wird heute im übrigen durch die neue Taktik der Betreiber - viele Standorte für Zwischenlager, WAA usw. zu benennen - bestätigt. Dies schließt natürlich nicht aus, daß die Entwicklung z.B. in Gorleben, Ahaus, Nordhessen einen ganz entscheidenen Einfluß auf die Gesamtbewegung hat.
Die inhaltliche Auseinandersetzung, die damals in der AKW-Bewegung geführt wurde, bewirkte bei uns, daß wir im Sommer 1977 ausführlich über den politischen und ökonomischen Hintergrund der AKW-Bewegung diskutierten. Für uns standen damals folgende Punkte im Mittelpunkt:
1. Das Bewußtsein darüber, wie weit die ökologische Grundlage - die Basis unseres Lebens - bereits zerstört ist, mit welcher Geschwindigkeit wir uns auf die ökologische Katastrophe hinbewegen und welche entscheidende Rolle dabei die Energiepolitik hat, insbesondere die Atomtechnologie.
Die Entfaltung der Produktivkräfte hat den Punkt erreicht, wo um des Profits willen die Zerstörung der elementaren Grundlagen alles Lebens in Kauf genommen wird.
2. Die Einsicht, daß es einen Zusammenhang gibt zwischen der Form zentralisierter Energieerzeugung in Atomkraftwerken und der immer weiter gehenden Zentralisierung staatlicher Macht. Der unglückliche Begriff des »Atomstaats« verspricht scheinbar, daß der Überwachungsstaat, repressive Polizeieinsätze mit der Atomtechnologie entstanden seien und mit dem Abschied davon auch wieder verschwinden würden. In Wirklichkeit verdoppelt die vielbeschworene »technologische Notwendigkeit« stabiler, d.h. kapitalistischer, gesellschaftlicher Verhältnisse die Anstrengungen des Staatsapparates, die gesamte Bevölkerung unter Kontrolle zu bekommen und oppositionelle Minderheiten einzuschüchtern, die »Unbelehrbaren« auszumerzen.
3. Der internationale Aspekt der Atomtechnologie.
Das Interesse der BRD (seit dem ersten Atomminister Strauß [5]) war es, Atomverträge mit solchen Ländern abzuschließen (Südafrika, Brasilien, der Iran des Schahs, Argentinien), in denen es möglich war oder schien, innerhalb kurzer Zeit Atombomben zu bauen und über sie zu verfügen. Erfahrungen mit den technologischen Problemen zu sammeln, was in der BRD unmöglich und verboten war. Nur ein grenzenloser Optimist kann heute übersehen, daß die BRD atomare, militärische Potenziale in strategisch wichtigen Ländern wie Südafrika und Brasilien aufgebaut hat oder dabei ist, es zu tun: daß sie selbst gegen den Willen der USA an dieser Zusammenarbeit festhält und die diktatorischen Verhältnisse in diesen Ländern geradezu als Garantie für die Zukunft betrachtet werden.
Nach der Ölkrise (1973) und den zunehmenden innenpolitischen Auseinandersetzungen um Atomenergie sah die BRD im Export der Atomtechnlogie die Chance, ihre führende Rolle auf dem Weltmarkt zu sichern und weiter auszubauen. Der ökonomische Aspekt gewann an Bedeutung. Die Aggressivität des westdeutschen Imperialismus zeigte sich besonders deutlich im Gerangel um das »Bombengeschäft« mit Brasilien und den kürzlich zustande gekommenen Vertrag mit Argentinien. Von enormer Bedeutung ist andererseits, daß der Kampf um die knapper werdenden Energien und Rohstoffe zu einer Wiederbelebung aggressiver imperialistischer Raubkriege noch in diesem Jahrzehnt führen kann. Die derzeitige Krise im Iran, in Afghanistan, die aktuelle Kriegsgefahr nach der vorerst fehlgeschlagenen Intervention [6] der USA im Iran sind nur die Vorzeichen dieser Entwicklung. Die westlichen Länder werden sich nicht mit Lieferbeschränkungen, Erdölboykott, Rohstoffkontingentierungen abspeisen lassen. Wenn sich die Länder der dritten Welt - insbesondere des Nahen Ostens - nicht in neokoloniale

Abhängigkeiten einbinden lasen, wird auch die BRD sich an militärischen Interventionen beteiligen. Gleichzeitig erhöht diese Situation den innenpolitischen Druck zur Errichtung von Atomkraftwerken und erleichtert die ideologische Formierung der Bevölkerung »gegen die Ölscheichs und Kanaken«. Ergebnis der Diskussion war, daß die Energie- und damit verbunden die Ökologiefrage für uns zu einem zentralen Punkt wurde.
Nicht zu übersehen war auch die Änderung der sozialen Basis der Anti-AKW-Bewegung. Die explosive Kraft der Bewegung (die sich in Brokdorf und Grohnde zeigte) ergab sich für uns aus der Mischung von Naturschützern, die Angst vor dem »wildgewordenen« Kapitalismus hatten und den Linken und »Alternativlern«, die in der Atomtechnolgie die ganze Unmenschlichkeit des Systems versinnbildlicht sahen.
Diese Pluralität der Bewegung schloß von vorneherein eine logische Abfolge von Aktionen aus, zuerst Unterschriften und Prozesse, dann militante Aktionen. Verschiedene Kampfformen waren von Anfang an nebeneinander vorhanden.
Vor diesem Hintergrund:
- Massenmilitanz am Bauzaun war mit Grohnde an ihre Grenze gestoßen,
- die Ökologiefrage war für uns zu einer zentralen Frage geworden,
- die Ungleichzeitigkeiten in der Bewegung brachten ein Nebeneinander verschiedener Kampfformen hervor,
diskutierten wir illegale Aktionen.
Schwerpunkt der illegalen Aktionen sollten praktische Verhinderungsaktionen, Sabotage sein. Die Legitimität des praktischen Widerstands, die nach Grohnde auf »gewaltlose« Formen festgelegt wurde, sollte gestärkt werden. Angriffspunkte unserer Aktionen sollten nicht die Standorte sein, sondern das Spinnennetz der Betreiber, Firmen und Institutionen, die den Bau der Atomkraftwerke überhaupt möglich machen. Malville und Kalkar bestätigten unsere Einschätzung von der Grenze der Massenmilitanz. Der deutsche Herbst, mit der Entführung von Schleyer und der Ermordung der drei Genossen in Stammheim, führte bei uns zu Verunsicherungen. Wir diskutierten die Perspektive illegaler Aktionen mit dem Gespenst der totalen Repression im Kopf. Die Auswirkungen waren unter anderem, daß wir eine Reihe von Aktionen, die wir geplant hatten, nicht durchführten. Zu diesem Zeitpunkt verließen einige Genoss/inn/en die RZ.
Die AKW-Bewegung war im Herbst 77 auf einem Tiefpunkt, massenmilitanter Widerstand schien unmöglich geworden und neue Formen des Widerstandes waren kaum sichtbar. Bei uns führte der deutsche Herbst und die Krise der AKW-Bewegung dazu, daß wir andere als illegale Aktionen für unmöglich hielten und die politische Wirkung anderer Widerstandsformen unterschätzen.
So fanden im Sommer 1977 noch zwei Aktionen statt. Der Sprengstoffanschlag auf die Firma MAN in Nürnberg und die Aktion gegen die Firma Klein, Schanzlin und Becker AG in Frankenthal. Beide Aktionen richteten sich gegen Firmen, die ohne Skrupel durch die Atomtechnologie ihre Profite steigerten. So hilft MAN mit, daß es möglich ist, in Südafrika Atombomben zu bauen und die Firma KSB konnte durch ihre Beteiligung am Atomgeschäft ihre Gewinne um 30 % vergrößern.
Die beiden nächsten Aktionen gegen die Atommafia waren im Mai 78, einmal eine Aktion gegen den Einsatzleiter in Kalkar und ein Anschlag auf das Gebäude der Wako (Wach- und Kontrollkommando Nord GmbH). Die Wako hat die Sicherheitsaufgaben in Brokdorf und Esensham und bespitzelt im Landkreis in übler Weise die Bevölkerung. Der Anschlag auf das Gebäude der Wako war unser erster Versuch, zu Gorleben ein Aktion zu machen. Die Reaktionen, die wir mitbekamen, waren nicht sehr ermutigend. Es wurde kaum darüber gesprochen. Die Aktionen bewirkten zwar keine Spaltung der Bewegung, aber populär (wie z.B.die Mistaktion im Wendland [7]) waren sie sicher nicht.

Wir werden unsere beiden letzten Aktionen in Ahaus und Hamburg im Zusammenhang mit der Frage nach populären und unpopulären Aktionen genauer untersuchen.
Wir denken, daß man an den Aktionen sehen kann, daß unser Anspruch sich nicht immer durchgesetzt hat. Der Treck nach Hannover [8] und die folgende Großdemo in Hannover zwangen uns insofern zum Umdenken, als wir die politischen Möglichkeiten eines breiten Protestes der Bevölkerung unterschätzt hatten. Es ist nicht wegzuleugnen, daß der Protest der Bevölkerung im Wendland und die breite Unterstützung, die dieser Protest gefunden hat, den Bau der WAA in Gorleben verzögert hat.
Im Verlauf der Massendemonstrationen gab es mehrere Rückschläge angesichts der vermeintlichen oder auch realen Übermacht der Polizei.
- Gab es in den unmittelbaren Auseinandersetzungen Möglichkeiten, auf diese Übermacht phantasievoll zu antworten und die Initiative zurückzugewinnen ? Beispiele ?
- Wie seht ihr den Zusammenhang zwischen der Frustration über die Übermacht des Polizeistaates und der Entwicklung der sogenannten Gewaltfreiendebatte ?
- Was haltet ihr vom jüngsten Integrationsversuch der Grünen Partei ?
Wie wir schon sagten, haben wir nur individuell an den Demonstrationen teilgenommen. Wir denken, daß die ganze Initiative und Kraft darauf gerichtet war, die Bauplätze wieder zur Wiese zu machen und daß wenig Phantasien entwickelt wurden, z.B. die politische Initiative nach Grohnde wieder zu gewinnen.
Zur Frage des Zusammenhangs von Frustration über die Übermacht der Polizei und der Entwicklung der »Gewaltfreiheitsdebatte« meinen wir, daß wir den direkten Zusammenhang, den diese Frage suggeriert, nicht sehen.
Eine Polarisierung der Anti-AKW-Bewegung in einen reformerisch/gewaltfreien Flügel und einen militanten Flügel war recht früh sichtbar. Eine Ursache liegt in der Pluralität der Bewegung, der Ungleichzeitigkeit von Bewußtseinsprozessen innerhalb der Bewegung. Offensichtlich wurde diese Spaltung in der Auseinandersetzung um die Demo in Itzehoe und Brokdorf III. Die Repression, die Grohndeprozesse, Kalkar und der deutsche Herbst haben dann dazu geführt, daß verschiedene politische Gruppen und Personen versucht haben, ihre Position der Gewaltfreiheit/Legalität stärker durchzusetzen. Es war eine gute Gelegenheit. Die Gruppen, die Gewaltfreiheit als »politisches Prinzip« vertreten, wollen die Legitimität des Widerstandes gegen AKWs auf gewaltfreie/legale und damit letztlich unwirksame Protestformen beschränken. Das wesentliche Argument dieser »prinzipiell« Gewaltfreien ist, daß sich das Ziel einer besseren, friedlichen Gesellschaft und Gewalt, um dieses Ziel zu erreichen, gegenseitig ausschließen. Diese Argumentation ist nicht neu und man/frau kann manchmal schwer unterschieden, ob sie taktisch ist oder ernsthafte Überzeugung. Auf jeden Fall hilft sie nicht, die herschende Gewalt anzugreifen. Gewalttätig ist nicht der Staat mit seinem Atomprogramm, sondern derjenige, der dagegen rebelliert und sich befreien will.
Letztlich halten die prinzipiell Gewaltfreien in sich selber etwas mit Gewalt zurück: ihre Wut und ihren Zorn gegen die Unmenschlichkeit dieses Systems.
Zu fragen wäre noch ob die Bezeichnung »gewaltfrei« nicht als Schutz empfunden wird gegen die brutale Gewalt des Staates. Bemerkenswert ist noch, daß es innerhalb der »Gewaltfreien« Gruppen gibt, die sich an dem Charakter nach illegalen Aktionen beteiligen, wie Bäume besetzen, Blockaden usw. Wir würden deshalb einen Unterschied machen zwischen den gewaltfrei-legalistischen Gruppen und Personen, die die Rückführung der Bewegung an diesen Staat zum Ziel haben, die Friedhofsruhe in diesem Land wollen und den »Gewaltfreien« aus Überzeugung, die sich aber ihre Aktionsmöglichkeiten nicht durch das bürgerliche Gesetzbuch vorschreiben lassen.
Und nun den Grünen. Die relative Stärke der Grünen ist für uns ein Indikator für die Schwäche der

radikalen Anti-AKW-Bewegung. Objektive Funktion der Grünen Partei ist es, den Protest gegen AKWs zu befrieden, ihn zu institutionalisieren. Wie jede andere Institution dienen auch die Grünen dazu, den Wunsch der Menschen, irgendetwas sofort zu ändern, zu blockieren, aufzuschieben. Durch die Grünen wird zum anderen die Bindung an den Staat wieder gefördert und die Proklamierung der Gewaltfreiheit ist nichts anderes als die Unterdrückung der Militanz der Anti-AKW-Bewegung. Der letzte Parteitag in Saarbrücken ist ein Indiz dafür, wie weit die Grünen schon wieder sind im Aufbau traditioneller Parteistrukturen. Über 600 Anträge wurden zur Abstimmung gestellt, der Parteitag wurde zur Abstimmungsmaschine degradiert. Inhaltliche Diskussionen waren nicht mehr möglich, es wurde um Macht und Einfluß gepokert.
Es nützt aber wenig, über den Erfolg der Grünen zu jammern, wesentlicher ist, daß es den radikalen Teilen der AKW-Bewegung gelingt, politische Perspektiven zu entwickeln, die alternative Handlungsmöglichkeiten beinhalten. Dazu mehr in den letzten beiden Fragen. Offene Fragen für uns sind:
- Welche Verschiebungen in den traditionellen Machtzentren bewirken die Grünen ?
- Kann die Grüne Partei Bevölkerungsteile ansprechen, die für uns nicht erreichbar sind ?
- Wie sind die Auswirkungen der Wahlerfolge der Grünen auf die Parteienstruktur und bisher stabilen Zuordnung von Staatsparteien und entsprechenden Bevölkerungsteilen einzuschätzen ?
- Tragen die Grünen zur Sensibilisierung insbesondere von jungen Leuten für politische und ökologische Fragestellungen bei ?
- Können die Grünen für die radikale Linke ein (ernster) politischer Bündnispartner sein ?
- Deuten sich in der sozialen und politischen Zusammensetzung der Grünen Konstellationen an, auf die auch die radikale Linke Antworten finden muß ?
- Wie ist die Tatsache zu bewerten, daß vor 10 Jahren den Staatsparteien die weitgehende Integration der Jugendrevolte durch die Jusos [9] und Judos [10] gelang, die SPD und FDP heute aber offenkundig nicht mehr in der Lage ist, Protestpotentiale zu binden ?
Vor allem aus den Wyhler Erfahrungen kommt die Betonung der regionalen Besonderheit der Anti-AKW-Kämpfe. Wie steht ihr generell dazu ?
Wir denken, daß es zur Zeit in Deutschland keinen Regionalismus gibt, der zu vergleichen wäre mit den regionalen Bewegungen im Baskenland, Katalonien, in der Bretagne, Korsika usw. Weiterhin scheint uns deutlich zu sein, daß regionalistische Tendenzen (vielleicht besser ein Geschichtsbewußtsein) als lebendige Tradition des Widerstandes in Wyhl stärker sind als im Wendland.
Die Schwierigkeiten zwischen »Einheimischen« und »Auswärtigen « sind in Gorleben sicher größer. Die Schärfe der Auseinandersetzung hat damit zu tun, daß Gorleben der zentrale Punkt im Atomprogramm ist bzw. war und viel mehr »Auswärtige« sich in Gorleben engagierten als z.B. in Wyhl.
Aber sichtbar wird auch, daß im Wendland ein starkes Bemühen ist, die Geschichte dieses Landes aus dem Dunkel herauszuholen und sie zu verbinden mit dem lebendigen Widerstand gegen die WAA. Der Bauerntreck nach Hannover ist auch schon ein Stück Geschichte. Die Zeiteinteilung verläuft vor dem Treck und nach dem Treck.
Im Moment ist Regionalismus in Deutschland wohl eher ein Wunschtraum, hoffentlich nicht nur eine Modeerscheinung. Zu überlegen wäre aber, ob sich in den autonomen Bewegungen in den Städten nicht bestimmte Aspekte des Regionalismus wiederfinden. So die starke Ablehnung aller Formen von Zentralierung und Führungsansprüchen, die am stärksten in der Frauenbewegung zu finden ist. Der Kampf um die Erhaltung alter Stadtteile, der Teil des Kampfes ist gegen die Gleichmacherei einer öden Fernsehkultur.
Aus Richtung Whyl, teilweise auch aus dem Landkreis wird immer wieder betont, daß Subversivität und

Widerstand populär sein müssen, weil im anderen Fall Isolationsgefahren drohen. An dem Beispiel im Dreiecksland [11] werden die Kampfaktionen der Schweizer Genossen genau verfolgt und teilweise auch nachgemacht. Es wird dabei scharf getrennt zwischen populären Aktionen, Aktionen auf Strommasten, Propaganda-Pavillon, also alles was Angriff auf die Funktionen der AKW-Planung ist und unpopulären Geschichten, wie etwa Angriff auf Landhäuser bei denen Familien der AKW-Betreiber gefährdet werden.
Was haltet ihr davon ?
Welchen Stellenwert hat bei euch die Frage, daß Aktionen populär und so angelegt sein sollten, daß sie breit nachgemacht werden können ?
Widerstand ist in Deutschland nicht populär. Es gibt in unserem Land keine Tradition der Nichtunterwerfung, der Revolte, des Widerstandes. Wir sagen damit nichts Neues, aber es ist auch unsere Erfahrung nach 7 Jahren Praxis. Für uns heißt das, es wäre eine Illusion anzunehmen, daß subversive/illegale Aktionen in der BRD auf eine breite Zustimmung stoßen, daß sie populär sind. Aber sie können es werden und das ist unsere Hoffnung. Aber nur dann, wenn es uns gelingt, die Ideen, Pläne, Phantasien und Träume, denen wir im alltäglichen Widerstand und in der AKW-Bewegung begegnen, in Aktionen umsetzen können.
Wir sagen nicht, daß uns dies bei allen unseren Aktionen gelungen ist und wir wissen auch, daß bei illegalen Aktionen Fehler schwerer wiegen, sie stärker kritisiert werden. Es ist eine Gratwanderung, entweder man wirft uns vor, wir würden uns an eine Bewegung anhängen oder wir würden uns isolieren.
Vielleicht können wir unser Problem mit den Begriffen populär/unpopulär am Beispiel unserer letzten beiden Aktionen deutlicher machen. In Ahaus haben wir versucht, den Wetterturm zu sprengen, das ist uns nicht ganz gelungen. Die Reaktionen auf diese Aktion waren zwiespältig. Die Bauern am Ort sagten: »Wenn wir solche Aktionen machen, dann klappen sie auch«. Für uns zeigt sich in einer solchen Reaktion, daß »Helden« gewünscht werden, die keine Fehler machen. Eine solche Haltung entspringt der Vorstellung von »männlicher Stärke«, die Gegengewalt mit Leistung verbindet.
Positiv an der Reaktion der Bauern fanden wir, daß die Aktion keine Angst gemacht hat. Auch die Reaktion der BI in Ahaus enthielt zwar Kritik, aber sie machten sich die Mühe, sich mit der Aktion auseinanderzusetzen. Im Gegensatz dazu der ID [12], das war nur noch diffamatorisch, es wurde kein Versuch gemacht, die Aktion ernsthaft zu diskutieren, uns wurde nur vorgeworfen, wir würden uns an die Bewegung anhängen, ein wirklich läppisches Argument.
Wir können also wirklich nicht sagen, daß diese Aktion Begeisterung ausgelöst hat oder auf breite Zustimmung gestoßen wäre. Sie wurde von einem Teil der Anti-AKW-Bewegung als legitimer Widerstand begriffen, als Aktion, mit denen man/frau sich auseinandersetzen muß. Das ist nicht viel, aber vor dem Hintergrund der Hetze gegen illegalen Widerstand ein Ansatz.
Die Ambivalenz der deutsche Linken gegenüber illegalen Aktionen zeigt sich noch darin, daß über eine ähnliche Aktion der Schweizer Genossen (es wurde ebenfalls ein Wetterturm gesprengt) in linken Zeitungen euphorisch berichtet wurde. Je weiter weg der militante Widerstand ist, desto unbefangener kann man/frau sich damit identifizieren.
Dazu kommt, daß Aktionen, für die die RZ verantwortlich zeichnet, sicher auf mehr Vorbehalte stoßen, als Aktionen von Gruppen mit anderen Namen. Wir denken aber, daß wir unserer Geschichte nicht davonlaufen können.
Wir meinen nicht, daß die Aktion in Ahaus und auch nicht die in Hamburg das »non plus ultra« gewesen sind, aber wir hoffen, daß klar geworden ist, welche Schwierigkeiten in der Klassifizierung von Aktionen nach dem Begriffspaar populär/unpopulär enthalten sind.
Zur Frage der Nachmachbarkeit. Wir haben immer gesagt, daß Nachmachbarkeit für uns ein wichtiges

Prinzip ist. Wir verstehen es aber nicht absolut. Entscheidend ist, daß unsere Prinzipien, sich zu organisieren, legale und illegale Arbeit miteinander zu verbinden und den regionalen Bedingungen entsprechend Aktionen zu machen, nachgemacht werden. Nicht das technische Niveau ist entscheidend, sondern die politische Wirkung. Und an diesem Punkt sehen wir Erfolg. Es gibt inzwischen vielen Gruppen in der BRD, die ähnlich arbeiten wie wir, auch wenn davon wenig in der bürgerlichen Presse zu lesen ist. Das macht uns optimistisch.
In den Regionen wird immer wieder kritisiert, daß städtische Militante dort aktiv sind oder durch ihre Aktionen die Situation bestimmen, obwohl in der Stadt selbst nichts läuft (z.B. keine Radikalisierung der Strobo [13]-Kampagne, keine Aktionen gegen Betreiber und gemischtwirtschaftliche Stromverteiler).
Haltet ihr das auch für eine wichtige Frage ?
Aktuell macht die Anti-AKW-Bewegung ihre bisher schwerste Krise durch. Die alten Demonstrationskampagnen werden sich totlaufen, die innere Befriedung durch die Grünen bindet Potential, es laufen sektiererische Selbstabgrenzungen, die Breite der Diskussion zwischen den militanten Ansätzen schwindet.
Wie meint ihr darauf zu antworten?
Welches ist eure Perspektive im Verhältnis zu euren Erfahrungen seit 74/75 ?
Wir denken, daß es sinnvoll ist, die beiden letzten Fragen zusammen zu beanworten. Nach unserem Verständnis ist die Krise der Anti-AKW-Bewegung vor allem eine Krise der Bewegung in den Städten. Eine Ursache für die Krise sehen wir in der Beschränkung auf das Problem der Atomkraft. Damit einher geht eine Fixierung auf die Standorte: Gorleben, Brokdorf, Grohnde etc. Es ist nicht gelungen, für umweltbewußte Leute in den Städten eine politische Handlungsperspektive zu entwickeln. Die Strobo-Initiative, die eine solche hätte sein können, wurde nicht ausgeweitet und radikalisiert (und genau in diese Lücke stoßen die Grünen, sie bieten eine Handlungsperspektive, aber eine traditionelle , die die Bewegung wieder an den Staat binden soll).
Im Gegenteil, die Diskussionen um die Brokdorf-Demo im Mai machen deutlich, daß in vielen Köpfen die Illusion war und ist, man/frau könnte da weitermachen,wo man mit der 2. Brockdorf-Demo aufgehört hat. Die Wiederbelebung einer breiten Massenmilitanz könnte erneut zu einem Aufschwung des Widerstandes gegen das Atomprogramm führen.
So verständlich der Wunsch ist, der Bauplatz in Brokdorf muß wieder zu Wiese werden (wir haben ihn auch), so gefährlich ist es, Wünsche zur alleinigen Grundlage politischen Handelns zu machen.
Wir haben den Eindruck, es wird sich mit allen Mitteln und aller Macht dagegen gesperrt, politische Realität zur Kenntnis zu nehmen, aus Erfahrungen zu lernen, nämlich die positiven Erfahrungen seit Anfang 1978 mit militantem dezentralem Widerstand als eine Antwort auf die scheinbare Alternative von Resignation oder der militärischen Eskalation am Bauplatz. An deren Stelle treten Wunschträume, die zerplatzen, wenn sie mit der Realität konfrontiert werden.
Auch bei der Diskussion um die geplante Bohrplatzbesetzung in Gorleben zeigt sich die Schwäche der radikalen Anti-AKW-Bewegung. Die Orientierung an Gorleben als dem Zentrum des Widerstandes (obwohl die Atomindustrie längst ein dezentrales Konzept realisiert) vernachlässigt die Entwicklung einer politischen Kraft, einer radikalen Bewegung an den Orten, an denen man/frau lebt und arbeitet oder nicht arbeitet. Die Auseinandersetzungen über eine Charakter der Besetzung haben ihre Schärfe zum Teil dadurch bekommen, daß ein Teil der »Auswärtigen« Gorleben zu ihrem Kampfplatz machen wollte. Ein anderer Teil der »Auswärtigen« ordnete sich allem unter, was von der BI Lüchow-Dannenberg kommt und sei es auch noch so schwachsinnig. Das Argument, die Bauern machen das nicht mit, zieht immer.
Aber auch die BI Lüchow-Dannenberg hat ihren Anteil an der Zuspitzung der Konflikte. Ihre Taktik ist es, militante Aktionen, wenn sie gut gehen, für sich in Anspruch zu nehmen und wenn es Probleme gibt,

die »auswärtigen Chaoten« dafür verantwortlich zu machen.
Einen Ausweg aus der Krise sehen wir darin, daß die Dezentralisierung des Widerstandes nicht länger Anspruch bleibt, sondern Realität, praktisch wird. Die Perspektive ist die Entwicklung einer radikalen/subversiven Kraft in den Städten und auf dem Land, die politische Handlungsperspektiven entwickelt, die sich nicht festlegen lassen auf nur Aufklärung einerseits und militärische Aktionen andererseits. Dies hat zur Vorbedingung, daß zu dem Kampf gegen das Atomprogramm neue inhaltliche Bezugspunkte dazukommen, wie z.B.
- die besondere Umweltzerstörung in den Städten (Stadtsanierung, Wohnungsnot, der Bau von Schnellstraßen, die Verpestung der Luft und des Wassers usw.)
- der internationale Aspekt der Atomtechnologie (Atombombenproduktion, allgemeine Kriegsproduktion, die Ausbeutung und Unterdrückung der Dritten Welt durch imperialistische Mächte)
- der Überwachungs- und Atomstaat.
Einen zentralen Punkt möchten wir noch ansprechen, auch wenn er bei uns noch wenig diskutiert ist und wir nur Fragen dazu stellen können: Arbeit bekommt immer mehr den Charakter eines Krieges gegen die Umwelt, die Produktivkräfte sind zu Destruktivkräften geworden. Was bedeutet diese Tatsache im Hinblick auf Fabrikkämpfe ? Ist die Forderung nach einem »politischen Lohn« die richtige Antwort ?
Und nun zu unserer Perspektive. Vorweg müssen wir sagen, daß wir hier nur für einen Teil der RZ sprechen können.
Wir denken, daß in den verschiedenen Antworten schon die Grundlinien unserer Perspektive erkennbar sind. Wir werden jetzt die wichtigsten Punkte noch einmal herausgreifen. Im Unterschied zu 1974/75 ist die Ökologiefrage heute für uns ein entscheidendes Problem. Es gibt für uns kein hierarchisches System von Aktionen, ganz unten steht das Flugblattverteilen und ganz oben die bewaffnete Aktion. Ein Denken in hierarchischen Kategorien sieht Aktionen unter dem Gesichtspunkt der Leistung und bliebt so einem patriarchalisch/kapitalistischem Denken verhaftet. Die Überwindung legaler Strukturen und legalistischen Denkens ist die Voraussetzung der Entwicklung einer freien Gesellschaft. Grundlage des legalistischen Denkens ist, daß Aufklärung in der spätkapitalistischen Gesellschaft leicht zum Konsum wird und so die den verrechtlichten Verhältnissen verhafteten Denkstrukturen nicht aufgebrochen werden könne. Die ökonomische Gewalt und andere Gewaltverhältnisse sind als rechtmäßige verinnerlicht und diese Gewalt muß wieder sichtbar gemacht werden durch Verletzung der Legalität. Damit versuchen wir, auch in der Form des Widerstandes unser Ziel zu verdeutlichen und erfahren dies gleichzeitig als ein subjektiv befreiendes Moment. Unsere subversiven illegalen Aktionen sind ein Mittel, legalistisches Denken zu brechen und zu einer Stabilisierung der militanten anti-institutionellen Linken beizutragen.
Weiterhin meinen wir, daß es nicht darum gehen kann, daß wir uns die tollen Aktionen ausdenken, sondern wir wollen Ideen und Phantasien, denen wir begegnen, aufgreifen und praktisch machen. Wir haben auch den Anspruch, daß unsere Aktionen populär sein sollen, aber über die Schwierigkeit dieser Definition haben wir schon etwas gesagt. Dieses Verständnis bestimmt auch das Niveau unserer Aktionen. In unseren Diskussionen spielen die Erfahrungen und Beispiele mit Sabotage eine große Rolle und wir sehen darin die Möglichkeit, das Atomprogramm wirksam zu behindern. Angriffspunkte sollen in erster Linie nicht die Standorte sein, sondern das vielfältige Netz von Betreibern, Firmen usw., die mit der Atomtechnologie das große Geld machen. Wir verstehen uns als Teil der Anti-AKW-Bewegung und nicht als deren bewaffneter Arm.
Klar ist allerdings, daß wir niemals eine Aktion gegen ein in Betrieb befindliches Atomkraftwerk unternehmen werden oder gegen eine andere atomare Anlage, durch die ein Unfall innerhalb der Anlagen oder ein Austritt von radioaktiven Stoffen verursacht werden könnte. Unser Kampf ist ja gerade gegen diese Gefahr gerichtet, wir wollen sie verhindern und nicht provozieren.
Wichtig ist es aus unserer Sicht, die Unterschiede zwischen uns und den zahlreichen, in den vergangenen

Jahren entstandenen militanten Kernen herauszuarbeiten. Dieser Unterschied ergibt sich nicht aus dem Niveau von Aktionen. Wir freuen uns darüber, daß inzwischen einige Gruppen zum Teil wirkungsvollere Aktionen machen als wir derzeit. Wir sehen den Unterschied mehr darin
- daß die Entscheidungen für Aktionen bei uns nicht spontan fallen, sondern Ergebnis langwieriger Diskussionen und Entscheidungen sind und einer prinzipiellen Entscheidung für bewaffneten Widerstand;
- Widerstand führt zu Verfolgung;
- deswegen bemühen wir uns, unsere Praxis durch die Vorbereitung der Illegalität abzusichern; dies bezieht sich sowohl auf die politische Perspektive als auch auf die sachlichen Notwendigkeiten illegalen Lebens;
- daß der Widerstand gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen gegen die AKWs in unserer Organisation vermittelt ist, zu Widerstandsperspektiven in anderen Bereichen (z.B.die Unterdrückung der Frauen, der Widerstand gegen die staatliche Politik, die Perspektive eines revolutionären Internationalismus). Die Stärke der Anti-AKW-Bewegung und der militanten Gruppen hängt zwar auch mit ihrer Beschränkung zusammen: es ist aber ein Punkt erreicht, an dem diese Beschränkung in Perspektivlosigkeit umzuschlagen beginnt.

Daraus ergibt sich auch unser Verhältnis zu der Anti-AKW-Bewegung insgesamt. Wir sind im Rahmen unserer Praxis gegen Atomenergie einer der vielen Teile dieser Bewegung, nicht aber ihr bewaffneter Arm. Dies bedeutet, daß wir unsere Entscheidungen autonom fällen, aber in einem spezifischen Abhängigkeitsverhältnis zum Zustand dieser Bewegung, in dem Bewußtsein und der Rücksichtnahme, daß unsere Aktionen Auswirkungen auf die gesamte Bewegung haben können.

Wir wissen, daß es viele Probleme und Fragen an uns gibt, auf die wir hier nicht eingegangen sind, wie z.B.
- Das Klein-Buch [14]
- das Problem Illegalität und Knast
- die Auseinandersetzung mit dem bewaffneten Widerstand in BRD und West-Berlin seit 1970
- die Probleme eines revolutionären Internationalismus und ein wesentlicher Widerspruch
- nämlich der zwischen Frauen und Männern.

Wir diskutieren seit langem über diese Fragen in unseren Gruppen und haben den Anspruch, dies, sobald möglich, öffentlich zu behandeln.

Zum Schluß noch ein paar Sätze zu uns:

Auch bei uns gibt es massenhaft Konflikte. Aber Widersprüche sind für uns nichts Negatives. Entscheidend ist, wie wir damit umgehend. Was wir versuchen, ist, uns nicht auf die Rolle des Militanten zu reduzieren, sondern uns als ganze Personen zu sehen, die Wünsche und Widersprüche haben und die Zuneigung, Freundschaft und Liebe brauchen.

Wir denken, daß jede politische Gruppe (nicht nur die illegalen Gruppen), der es nicht gelingt, freundschaftliche Gefühle füreinander zu entwickeln, den Keim des Scheitern in sich trägt.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Anmerkungen zu Kapitel 7:

1. Wyhl

Siehe auch: Anmerkung 29 zu Kapitel 2

2. Brokdorf

30.10.76: erste Anti-AKW-Demonstration mit ca. 8000 Menschen und anschließender Platzbesetzung
14.11.76: Großdemonstration mit 40.000 TeilnehmerInnen
19.2.77: zwei Anti-AKW-Demonstrationen in Itzehoe und der Wilster Marsch mit rund 30.000 TeilnehmerInnen

3. Grohnde:

März 1977: Demonstration gegen das AKW-Grohnde mit ca. 20.000 Menschen

4. Albrecht, Ernst

* 1930; CDU; damaliger Ministerpräsident von Niedersachsen.

5. Strauß, Franz-Josef

Siehe auch: Anmerkung 78 zu Kapitel 2

6. fehlgeschlagene Intervention der USA

Meint die versuchte Geiselbefreiung in Teheran am 25.4.1980.

7. Mistaktion im Wendland

Gewaltfreie Aktion von Bauern.

8. Treck nach Hannover

Der Treck nach Hannover und die Großdemo mit über 100.000 Menschen fanden am 31.3.1979 unter dem Eindruck des Reaktorunfalls in Harrisburg/USA statt.
Literatur: Günter Zint u.a.: *Atomkraft.* Von Brokdorf bis Bonn. Fischerhude: Atelier im Bauernhaus, 1979

9. Jusos

Jungsozialisten; Jugendorganisation der SPD.

10. Judos

Jungdemokraten; Jugendorganisation der FDP.

11. Dreieckland

Dreiländereck Bundesrepublik, Schweiz, Frankreich.

12. ID

Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten
Frankfurt, 1973-1981

13. Strobo

Stromzählungsboykott

14. Klein Buch

Literatur: Hans-Joachim Klein: *Rückkehr in die Menschlichkeit.* Reinbek: Rowohlt, 1979

15. Soweto

Am 16.6.1976 beginnt in Südafrika der mehrwöchige Aufstand schwarzer SchülerInnen gegen die Einführung von Afrikaans als Unterrichtssprache. Die Sicherheitskräfte eröffnen das Feuer gegen die DemonstantInnen, mindestens 350 SchülerInnen kommen ums Leben, über 2.000 werden verletzt. Der Widerstand in Soweto wurde zum Symbol des Kampfes gegen das rassistische Apartheidsregime.
Literatur: Erika Runge: *Südafrika.* Rassendiktatur zwischen Elend und Widerstand. Protokolle und Dokumente zur Apartheid. Reinbek: Rowohlt Verlag, 1976
Literatur: Julie Frederikse: *Von Soweto nach Pretoria.* Der Krieg um die Macht in Südafrika. Bonn: Edition südliches afrika, 1986

16. Bonner Demonstration

Am 14.10.1979.

17. Gruhl, Herbert

Sozialdarwinistischer Ökologe; Ende der 70er Jahre, Anfang der 80er Jahre fand Gruhl in der Ökologiebewegung und in den »Grünen« starke Resonanz, z.B. bei Olaf Diné von den »Grünen« in Bremen; heute ÖDP-Vorsitzender.
Literatur: *Über den Ökologischen Propheten Gruhl;* in: Autonomie Neue Folge, Nr.4/5 1980
Literatur: *Ideologie und Programmatik der ÖDP.* Menschenverachtend, frauenfeindlich, gegen Arbeiterinteressen. Beiträge zur Kritik des Ökologismus. Hrsg.: Antifagruppe Freiburg; Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Köln: GNN Verlag, 1989

18. Dutschke

Siehe auch: Anmerkung 49 zu Kapitel 2

19. Regierungswechsel

Am 17.9.1982 zerfällt die SPD/FDP-Koalition durch ein »konstruktives Mißtrauensvotum«.

20. Riesenhuber, Heinz

* 1935; CDU; ab 1982 Bundesminister für Forschung und Technologie.

21. Von Bülow, Andreas

1980-1982 SPD-Bundesminister für Forschung und Technologie.

22. Börner, Holger

SPD; damaliger Ministerpräsident von Hessen.

23. Vogel, Hans-Joachim

* 1926; SPD; in den 60er Jahren Oberbürgermeister von München; Bundesjustizminister von 1974-1981; kurzzeitig Regierender Bürgermeister in Berlin (Januar bis Mai 1981).

24. Superphenix

Französischer Reaktor in Malville.

[Dieses Fenster schließen]

Anschlag gegen MAN, Nürnberg (August 77)

Mit ihrer Aktion in Nürnberg am 22.08.77 haben die Revolutionären Zellen auf die Rolle von MAN im imperialistischen Atomgeschäft und dessen staatliche Unterstützung hingewiesen.
Der Anschlag auf MAN richtet sich gegen die Beihilfe zur Herstellung südafrikanischer Atombomben. Während die westdeutschen Imperialisten über den Verlust ihrer Profite am Atomkraftwerksbau lamentieren, weil sich inzwischen Tausende gegen die drohende Vernichtung des Lebens durch Atomenergie wehren, exportieren sie ihre Atomtechnologie. Hat das Brasilien-Geschäft großes Spektakel verursacht, weil sich die USA und die BRD um den Gewinn gestritten haben, geht das Atomgeschäft mit dem Faschistenregime in Südafrika leiser über die Bühne. MAN exportiert Verdichter für eine Urananreicherungsanlage in Pelindabe in Südafrika. Das Materialamt der Bundeswehr versieht die Lieferungen mit NATO-Codifizierungsnummern, was für militärische Güter vorgesehen ist. Das Trenndüsenverfahren, nach dem die Anlage gebaut wird, wurde durch die staatseigene »Gesellschaft für Kernforschung« in Karlsruhe, die Firma STEAG in Essen und MBB (Messerschmidt-Bölkow-Blohm) in München entwickelt. Südafrika als Atomstaat - damit wird ein rassistisches Unterdrückungssystem weiter abgesichert, das für schwarze Afrikaner u.a. bedeutet:
* Leben unter dem Existenzminimum; jedes Jahr verhungern tausende von Kindern;
* Zwangsumsiedlung in Reservate, die sog. »homelands«, derjenigen, die in den »weißen« Gebieten keine Arbeit haben. Diese Reservate umfassen nur 14 % des Landes, sind völlig überbevölkert und können die Menschen kaum ernähren. Sie sind für den weißen Imperialismus ein Reservoir an Menschen, die für eine Hungerlohn als Wanderarbeiter in den »weißen« Gebieten arbeiten müssen.
* Versuch, jeden Widerstand gegen diese Ausbeutung und Unterdrückung zu vernichten; z.B. wurden hunderte von Jugendlichen und Kindern bei den Kämpfen von Soweto [15] ermordet. Erfahrungen, die nur zu größerem Widerstand und besserer Bewaffnung führen werden.
Die BRD-Regierung sichert die Atomgeschäfte durch Versicherungsgarantien ab (»Hermes-Bürgschaften«), aufgrund wirtschaftlicher (z.B. Uranlieferungen) und strategischer Interessen. Konsequenterweise wird Südafrika dann auch mit nur leicht getarnten Militärgütern aller Art beliefert, z.B. Raketen und Militärflugzeuge von MBB und das ACOCAAT-Radarüberwachungssystem am Kap von MAN, AEG und Siemens reiht Südafrika praktisch in strategische NATO-Konzepte ein.
Der Imperialismus verachtet jeden Lebensausdruck! Atomwaffen und -anlagen sind nur dessen extremster Ausdruck.

Anschlag gegen Klein, Schanzlin & Becker AG, Frankenthal (August 77)

Nach unserer Aktion gegen den international geachteten Konzern MAN am 22.8.77 in Nürnberg möchten wir mit der Aktion bei Klein, Schanzlin & Becker AG (KSB) in Frankenthal am 30.8.77 einen Kandidanten vorstellen, der ganz im Stillen, aber dort im großen Rahmen wirkt.
Die KSB AG ist ein Industriebetrieb auf dem Sektor des Maschinenbaus mit einem Jahresumsatz von 766,3 Mio. DM (1976) und 8.465 »Beschäftigten« allein im deutschen Werk. Dazu kommen

»Tochter«-Firmen im Ausland. Groß sind zwar auch andere, aber als der Welt größter Pumpenhersteller spielen diese Leute eine wesentliche Rolle des Zulieferns für Kernkraftwerke in aller Welt. 30 % der Umsatzsteigerungen im Jahr 1976 hat sich KSB durch das Atomgeschäft ergaunert. Insofern ist KSB nur ein exemplarischer Fall - die deutsche Industrie braucht die Atomenergie für ihre Profite, nicht für unser Wohl.
Vorstandsvorsitzender Kühlborn sagte das bei einer Vorlage des Geschäftsberichts ganz deutlich: Ihr Profit käme »ins Schleudern«, wenn die »Katastrophe« einträte, daß keine Atomkraftwerke mehr gebaut würden. Da riskieren die Leute schon lieber die Katastrophe, die wir alle fürchten: daß die Menschen und ihre Umwelt radioaktiv verseucht zugrunde gehen.
Den Baustopp für Atomkraftwerke, die unser Leben bedrohen, als Katastrophe zu bezeichnen, weil ihnen ihre Profite durch die Lappen gehen, macht den Zynismus und die Menschenverachtung dieser »ehrbaren« Industriellen mehr als deutlich. Sie drohen auch noch den Arbeitern, die für ihre Profite schuften: »Denn sollten sich die Störungen(!) in der Vergabe von Kraftwerksvorhaben weiter fortsetzen, werde KSB nicht umhin können, die Belegschaft zu verringern.« (zitiert nach FAZ vom 25.5.77). Mit dieser dreckigen Erpressung sollen die Arbeiter gezwungen werden, den Bau von Atomkraftwerken zu unterstützen, damit ihre Arbeitsplätze gesichert werden und obendrein noch neue geschaffen werden. [...]

Aktionen gegen den Wach- und Kontrolldienst Nord und den Leiter Schutzpolizei Duisburg (Mai 78)

Warnung an alle Kettenhunde: wir beissen zurück!
Wir haben heute - am 8. Mai 1978, dem Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation des Nazideutschlands im Jahr 1945 - zwei besonders ekligen Kettenhunden des Atomfaschismus eins auf die Nase gegeben. Am Morgen des 8. Mai gingen beim Wach- und Kontrolldienst Nord und Niedersachsen in ihrer Verwaltungszentrale in Stade die Lichter an. Mit unserer Bombe wollen wir daran erinnern, daß dieser halbmilitärische Werkschutz, der eng mit Polizei und Verfassungsschutz zusammenarbeitet, in Gorleben nicht zum ersten Male aufgefallen ist. Die fast 1.000 Bullen dieses Werkschutzes haben schon in Brokdorf und Grohnde kräftig mitgemischt und stoßen sich auf diese Art am Atomwahn gesund.
Die besonderen Dienste des leitenden Schutzpolizeidirektors von Duisburg, Wilhelm Lembert, wissen auch wir zu würdigen. Nachdem ihn Innenminister Hirsch von NRW im Oktober 1977 mit dem Verdienstkreuz am Bande auszeichnete, ließen wir uns nicht lumpen und verliehen ihm am Abend des 8. Mai das Verdienstauto im Brande! (erster Klasse natürlich, wie es sich gehört, einen Mercedes.)
Herzlichen Glückwunsch!

Aktion gegen die Nordwestdeutschen Kraftwerke, Lübeck (Juli 78)

Am 21.7. wurde im Lübecker Hauptverwaltungsgebäude der Nordwestdeutschen Kraftwerke (NWK) ein Brandsatz gezündet. Die NWK sind neben den Hamburger Elektrizitätswerken einer der größten Atomanlagenbetreiber in Norddeutschland. In diesen Bürostuben wurde unter anderem die Propaganda und Planung zum Bau des AKW Brokdorf koordiniert.
In einer Zeit, wo die legalen Widerstandsformen zunehmend illegalisiert werden und die Staatsschutzbehörden nichts anderes zu tun haben, als AKW-Gegner zu monatelangem Knast zu verurteilen (Grohnde-Prozesse) können wir es uns nicht leisten, nur rumzusitzen und zu debattieren, sondern wir müssen auch alle Formen des praktischen und militanten Widerstands jetzt und sofort organisieren. Wir dürfen uns im Kampf gegen die lebensvernichtenden Atomanlagen unsere Widerstandsformen nicht von den Herrschenden und der Atommafia vorschreiben lassen. Greifen wir die Verantwortlichen überall da an, wo sie nicht auf uns vorbereitet sind. Unsere Kraft und Phantasie finden immer einen Weg, »denn wir gehen nicht unter in Niederlagen, aber in Kämpfen, die wir nicht kämpfen.«
Wir fordern:
- sofortige Stillegung aller Atomanlagen!
- Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner! [...]
Es ist Zeit, uns zu entscheiden!

Anschlag auf den Wetterturm Ahaus und gegen Fa. Seeland, Hamburg (November 79)

In Ahaus dient ein Wetterturm der Erforschung der klimatischen Bedingungen und damit der Vorbereitung des Baus der Zwischenlagerung. Gleichzeitig wurden dort bereits umfangreiche Vorbereitungen (Enteignung, Probebohrungen, Kanalisation, Straßenbauvorbereitungen) getroffen, um die Errichtung des Zwischenlagers im kommenden Jahr zügig durchzuziehen. Als nun kürzlich in der Schweiz bei einem Atomprojekt ein ähnlicher Wetterturm von AKW-Gegnern gefällt wurde, haben wir uns gedacht: was schon die Schweizer nicht wollen, ist auch bei uns überflüssig. Wir wissen sehr wohl, daß wir mit unserer Aktion der ortsansässigen BI Schwierigkeiten machen und sie sich mit dem »Terrorismus-Vorwurf« wird auseinandersetzen müssen. Wir meinen aber, daß sich der Widerstand gegen das Zwischenlager auch an konkreten Ergebnissen messen lassen muß und wir deshalb ein Recht auf diese Aktion haben.
In Hamburg haben wir bei der Spedition Seeland mehrere Transportfahrzeuge unbrauchbar gemacht, indem wir Zucker in Tanks und Messer in Reifen reingetan haben. Die Spedition Seeland hat sich im September in Gorleben an den Transportarbeiten zur Errichtung des Bohrlochs KZ's 1003 beteiligt. Sie wurden von verschiedenen Bürgerinitiativen mehrmals auf ihre schädliche Rolle hingewiesen: wer nicht hören will, muß schieben.
Der Widerstand gegen das Atomprogramm ist in einer schwierigen Situation. Die Bonn-Demonstration [16] ist genauso folgenlos geblieben, wie es zuvor von großen Teilen der Anti-AKW-Bewegung

befürchtet worden war. Der praktische konkrete Widerstand ist schwach und unbeständig: während in Gorleben mehrere hundert auf den Bäumen hockten, kamen nach Bonn 100.000.
Die Ohnmachtsgefühle angesichts der zügigen Arbeiten, der polizeilichen Übermacht in Gorleben, das Nicht-Weiter-Wissen, die verbreitete Ratlosigkeit über realistische und trotzdem effektive Widerstandsformen verleitet viele dazu, auf den parlamentarischen Dampfer aufzuspringen. Diejenigen, die politische Bewegungen schon immer als Manövriermasse für taktische Ziele betrachtet haben, machen zur Zeit in große Politik. Seien es die Grünen, wo sich Gruhl [17] und Dutschke [18] in den Armen liegen; sei es der BBU, der für ein geringes Zugeständnis der Bundesregierung immer noch die Grünen von einer Kandidatur abhalten will. Sie wollen nichts davon hören, daß die Anti-AKW-Bewegung ihre Kraft gerade dadurch gewonnen hat, daß sie sich unabhängig von den Staatsparteien organisiert, außerparlamentarische Opposition betreiben, daß sie sich nicht an den Buchstaben der Gesetze allein, sondern an den Notwendigkeiten des Widerstandes - wenn auch zu selten und zu vereinzelt - orientiert hat.
Viele verlassen die Bewegung. Manche wollen die bisherige Arbeit in BI's und AKW-Gruppen durch eine illegale Praxis ersetzen. Dabei ist aber der Kampf gegen das Atomprogramm keine militärische Sache allein. Wenn es überhaupt eine Chance gibt, den Ausbau des Atomprogramms zu verhindern, den Wahnsinn zu begrenzen, dann nur über die Kombination politischer und militärischer Methoden und auch dann nur sehr langfristig. Es würde den parlamentarischen reformistischen Tendenzen in der Anti-AKW-Bewegung geradezu entgegenkommen, wenn die militanten und radikalen Teile freiwillig das Feld räumen würden, um sich auf die Vorbereitung illegaler Aktionen zu konzentrieren. Natürlich wird ein Widerstand gegen die Atomenergie, der sich auch gegen die politische Struktur wendet, die das Atomprogramm möglich macht, nicht auf den schulterklopfenden, augenzwinkernden Beifall der Medien stoßen, wie ihn derzeit z.B. die Gewaltlosen einheimsen können. Es ist so banal wie wichtig: die pazifistische Orientierung eines Teils der Bewegung wird von denen gelobt und gefördert, die selbst alle Gewaltmittel in der Hand haben und bereit sind, sie für die Durchsetzung des Atomprogramms auch einzusetzen. Die Anwesenheit und Auseinandersetzung der Militanten in der Bewegung ist unverzichtbar. Es ist auch die Vorbedingung dafür, daß vielleicht einmal hunderte von kleinen Gruppen illegalen Widerstand organisieren, Strommasten sprengen, die Atomkonzerne angreifen und sabotieren, die Charaktermasken der Atommafia verunsichern und veränstigen, daß mehr Bahngleise besetzt, Jauche abgekippt, Mist geschüttet, Steine geschmissen, Bohrlöcher usw. werden.
Wir haben unsere Praxis da in Frage gestellt, wo Aktionen allein dazu dienen, aufzuzeigen, daß Widerstand mögich ist, da symbolische militante Aktionen abstrakt bleiben und Widerstand erst erfahrbar wird durch konkrete Ergebnisse wie Behinderung, Sabotage, Verzögerung. Wir sind aber weiterhin überzeugt, daß die Entwicklung illegaler und militanter Kampfformen unabdingbar ist, daß Massenaktionen und Aktionen kleiner Gruppen, Zentralisation und Dezentralisation, die militärische und politische Seite nicht voneinander zu trennende, sich gegenseitig bedingende, vorantreibende Momente sind.
Die allumfassende Harmlosigkeit mag ein guter Schutz vor Ärger und Repression sein, verändern tut sie nichts mehr.

Anschläge auf Interatom in Bensberg, die Gesellschaft für Reaktorsicherheit in Köln und einen Strommast in Kalkar (November 82)

Schneller als der Schnelle Brüter?
1. Die Demo vom 2.10.82 könnte ein neuer Auftakt zur weiteren Mobilisierung gegen den Schnellen Brüter sein, obwohl sich die Bedingungen hierfür auf den ersten Blick verschlechtert haben. Der Klotz konnte in aller Ruhe gebaut werden, fünf Jahre lang, ohne daß wir in der Lage waren (vor allem nach der September-Demo 77), nennenswert zu stören. Die Vorgeschichte zu dieser Demo ist auch Ausdruck der Hilflosigkeit gegenüber dem Atomprogramm der BRD. Die Mobilisierung zur Demo waren weniger das Ergebnis einer langjährigen Auseinandersetzung der Anti- Kalkar-Gruppen mit dem Brüter; sie war vielmehr ursprünglich gedacht als Entscheidungshilfe für die Abstimmung im Parlament und als Unterstützung der »kritischen Enquetemitglieder« und als solche von der BBU und den Grünen in die Diskussion gebracht worden. Die Diskussion um den Demo-Aufruf hat die beiden Linien in der Anti-Akw-Bewegung öffentlich gemacht:
Auf der einen Seite BBU und Teile der Grünen, fixiert auf den Parlamentarismus und dessen Spielregeln - sie wollten die gewaltfreien Massen gewaltfrei vorführen - und auf der anderen Seite die BIs und Autonomen, die den Abriß des Brüters auf die Tagesordnung setzten, über das Wie jedoch auch wenig äußerten.
Auf der Demo selbst spiegelten sich die Linien wieder:
Der BBU hielt eine Kundgebung ab, wenige Meter weiter versuchten 400 Leute, die Bullen auf Trab zu bringen, um so wenigstens den Friede-Freude-Charakter der Veranstaltung zu stören. Und zwischen den Steinewerfern und den Wasserwerfern warfen Gewaltfreie die Arme hoch, um die Wasserwerfer und die Bullen vor den Steinewerfern zu schützen.

2. Der Schnelle Brüter wird nach dem Willen von Staat und Industrie zu Ende gebaut. Bei der Hoffnung der Grünen, daß das Gezeter um Finanzierungslücken das Signal für das langsame Sterben bedeutet, war wohl auch der Wunsch der Vater des Gedankens. Der Brüter und der Hochtemperaturreaktor sind Symbole für ihren Fortschritt. Der Regierungswechsel [19] ändert nur insofern etwas daran, als sich die CDU/FDP nicht mehr um den letzten Schein von Sozialstaatlichkeit zu scheren braucht. Birne macht dort weiter, wo Schmidt nicht mehr konnte, wie er wollte.
Der Weiterbau des Brüters steht für die Glaubwürdigkeit einer Regierung, die in der umfassenden Durchsetzung einer menschenverachtenden und zerstörenden Großtechnologie ihren Weg zu Wirtschaftswachstum, Macht und Expansion sieht.
Obwohl Herr Riesenhuber [20] von der Notwendigkeit der finanziellen Beteiligung der Atomindustrie spricht, werden im neuen Haushalt große Summen des Finanzlochs bei Brüter und Hochtemperaturreaktor aufgebracht. Die Diskussion, die zwischen von Bülow [21] und den EVUs (Energieversorgungsunternehmen) und Konzernen um die Finanzierung der Projekte begann, hat zwei Funktionen:
* Die Umverteilung der Kosten müßte neu geregelt werden, weil der Staat nicht mehr die Finanzierung von Forschung und Entwicklung allein tragen konnte und wollte. Daß bei der Diskussion der Deal: mehr Geldeinsatz der EVUs und Industrie gegen einfachere Baugenehmigungsverfahren und politische Unterstützung herauskam, zeigt, daß die AKW-Betreiber noch auf dem Vormarsch sind.
* Die SPD hat in der letzten Phase der öffentlichen Diskussion ihre Oppositionsrolle vorbereitet. Sie weiß sehr genau, daß sie nach dem Verlust der Macht sich auf neue Partner einstellen muß. Mittlerweile

signalisiert selbst ein Börner [22] Gesprächsbereitschaft an die Grünen und Vogels [23] Berliner Weg soll auch in Bonn gangbar gemacht werden. Die breit geführte Diskussion um neue Mehrheiten links von der CDU zeigt, daß die SPD in der Krise allemal in der Lage ist, Integrationsmodelle zu entwickeln. Sie hat angefangen, ihre Legende als ein Opfer von Verrat zu stricken, der Solidarisierungseffekt mit dem gemeuchelten König Schmidt ist offensichtlich.
Es wird jetzt schon geflissentlich verdrängt, daß die SPD in den letzten 13 Jahren verantwortlich die Entwicklung zum Überwachungsstaat betrieben hat, daß sie Hochsicherheitstrakte und Berufsverbot eingeführt hat, daß unter ihrer Regie Genossen und Genossinnen ermordet wurden, daß sie die Ausländerfeindlichkeit und Rassismus geduldet hat, daß unter ihr unsere Städte gesäubert wurden von allem Menschen- und Lebenswerten, daß die Massen ihrer Wähler in Betonburgen verwaltet werden, daß jeder Widerstand gegen die Zerstörung mit Bullengewalt gebrochen und verfolgt wurde, daß diese Sozialdemokraten das Leben aller sozial Schwachen ausgrenzten aus ihrer Wachstumsgesellschaft.
In der Opposition wird sie die Grünen umgarnen und versuchen, sie für eine um Ökoprobleme bereicherte sozialdemokratische Politik zu gewinnen.
Die Diskussion bei den Grünen zielt genau in diese Richtung eines Bündnisses mit der SPD. Ihre Widersprüche machen sich nicht an dem OB fest; mit wem und mit wem nicht, gilt es zu entscheiden.
So fanden die Gespräche von Bülows in einer Situation statt, in der das Ministerium nicht mehr zahlen konnte. Eine Erhöhung des Etats und die damit verbundene Belastung des Steuerzahlers konnte in einer Zeit vor einem erwarteten Regierungswechsel nur unklug sein.

3. Die Durchsetzung des Brüterprogramms hat gegenüber den anderen AKWs einen besonderen Stellenwert:
* Mit dem SNR 300 sollen die Erkenntnisse aus dem Karlsruher Versuchsreaktor im großen Stil, unter realen (also unseren) Bedingungen umgesetzt und getestet werden. Die Erwartungen an diesen Großversuch bleiben nicht bei der technischen Vervollkommnung und Weiterentwicklung stehen. Getestet werden soll auch die Auswirkung dieses atomaren Monsters auf Menschen, d.h. auf uns Menschen in NRW - wie wird unsere Arbeits- und Kommunikationsstruktur sich verändern? Verändern müssen? Wie werden wir als Menschen reagieren auf dieses zukunftsweisende Bauwerk? Mit Gewöhnung, mit Flucht, mit Angst, mit Stolz, mit Sabotage?
* Die Brütertechnologie muß beherrscht werden, um der BRD einen Spitzenplatz in der internationalen Konkurrenz zu sichern, der mit jedem Jahr Verzögerung gefährdet scheint.

Die BRD verfügt nicht über eigene Uranvorkommen. Im internationalen Atomgeschäft spielt für sie der Verkauf von Know How und Technologie die weitaus größte Rolle. Dieses Verhältnis trifft auf fast alle Rohstoffe zu, die die BRD importieren muß. Die Industrie kauft Rohstoffe aus Ländern, in denen mit ihren Maschinen und Ingenieuren das Zeugs aus dem Boden geholt und verarbeitet wird. Wie wichtig auch der Bundesregierung diese Wissensmacht ist, zeigt der letzte Forschungsetat, der die Masse der Gelder in Brüter, HTR, Mikroelektronik und Biotechnologie investiert und auch der neue Etat des Herrn Riesenhuber spart überall, nur nicht an der Ecke. Brüter, HTR, Mikroelektronik und Biotechnologie bleiben von allen Kürzungen ausgenommen.
* Der Brüter steht für die fortschreitende Europäisierung des Atomprogramms. Die Beteiligung von holländischen, belgischen und englischen Firmen am SNR 300 sowie der Franzosen und Italiener am Folgereaktor ist zwingend, wenn die BRD an der Entwicklung anderer europäischer Brüterlinien teilhaben will. Die Beteiligung der Deutschen am Superphenix [24] soll einen wissenschaftlich-technischen Alleingang der Franzosen verhindern, was die Marktchancen für die BRD

schwächen könnte.
* Die BRD sichert ihren imperialistischen Einfluß durch Verkauf von ganzen AKWs und bestimmt damit direkt die innenpolitische Entwicklung der betroffenen Ländern. Mit dem Bau des Brüters muß etabliert werden, was verkauft werden soll.

4. Auf den ersten Blick haben wir schlechte Karten. In der 'Automomie' 4/5 schrieben wir:
»Unsere Vorstellung ging dahin, die Atommafia da anzugreifen, wo das Atomprogramm konzipiert, wissenschaftlich vorbereitet, propagandistisch aufbereitet und materiell durchgeführt wird, also nicht den Bauplatz als Schlußpunkt des Programms, sondern die ganze Struktur des Atomprogramms zum Angriffspunkt zu machen. Wir glauben immer noch, daß dadurch die Möglichkeit einer kontinuierlichen politischen und militanten Praxis in jeder Stadt gegeben ist, wir die Möglichkeit der überraschenden Initiative behalten und uns nicht ausschließlich einige Standorte zu 'Entscheidungsschlachten' aufdrängen lassen brauchen.«
Das ist heute noch die Kampfperspektive. Dabei kann es nicht nur um die Rettung des ökologischen Gleichgewichts allein gehen - das ist wahrscheinlich eh schon kaputt. Die Finanzierung des Brüters wird im Angriff auf unsere Lebensbedingungen durchgesetzt. Die Milliarden des Forschungsetats kommen aus Steuergeldern. Sozialhilfe, Kindergeld, Arbeitslosengeld werden gekürzt, Strompreise werden erhöht. Der Bau des Schnellen Brüters führt deshalb unmittelbar zu einer Verschlechterung unserer Lebenssituation. So betrachtet ist die Perspektive unseres Kampfes umfassender, schließt die Menschen mit ein, die sich einer Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen widersetzen, macht es uns möglich, auf viel breiterer Ebene aufzuwiegeln und anzugreifen. [...]
Unsere Chance besteht darin, dort ein- und anzugreifen, wo der Brüter noch fertiggestellt werden muß. Sie rechnen selbst noch mit 5 bis 6 Jahren Bauzeit. Jahre, in denen Transporte nach Kalkar fahren, Firmen ihre Aufträge erfüllen und Material anliefern, in denen die Betreiber und Erbauer Steuergelder einstecken, in denen der Niederrhein verkehrsmäßig atomgerecht verändert wird. Jahre, in denen die EVU's versuchen werden, den Strompreis anzuheben. Jahre, in denen wir Zeit haben zu boykottieren, zu sabotieren, zu besetzen, zu sperren, zu sprengen. - Auf geht's !
Wir haben angefangen, die Brütermafia anzugreifen. Möglichkeiten sind da viele, denn das Netz von Brüter-Entwicklern, Brüter-Forschern, Brüter-Bauern etc. ist ausgedehnt.
Angefangen haben wir mit Interatom und der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS). In der Nacht vom 1.10. haben wir einen Sprengsatz bei Interatom in Bensberg und in Köln bei der GRS gezündet. Interatom mußte seinen Lehrlingen einen Tag freigeben. Bei der GRS ist die Druckwelle nicht nur hinten rein gegangen, sondern auch vorne wieder raus mit 'ner ziemlichen Wucht, wobei eine Menge Scheiben auf der Strecke geblieben sind.
Interatom gehört zu 100 % der KWU und die wiederum voll und ganz Siemens. Interatom sitzt in Bensberg und besitzt seinerseits wiederum zu 70 % die INB - Internationale Brutreaktorengesellschaft (neben einer belgischen und niederländischen Firma). Selbige ist erst 1972 zum Zweck des Brüterbaus gegründet worden. Im Produktionsprogramm von Interatom finden sich neben den Schnellen Brütern auch gasgekühlte Hochtemperaturreaktoren, auch Urananreicherungsanlagen mit Gaszentrifugen- und Trenndüsenverfahren. Da werden Trainingsreaktoren und Forschungsreaktoren und Brennelemente angeboten. Selbst Standortuntersuchungen und Gutachten zur Reaktorsicherheit verkaufen die. Interatom hat selbst wieder 'ne Tochter - die GHT, Gesellschaft für Hochtemperaturtechnik - und noch andere nukleare Teiltöchter. Interatom ist ein Gesellschafter in der Kenntnisverwertungsgesellschaft für Schnelle Brutreaktoren. Interatom baut in Indonesien einen Forschungsreaktor. Interatom ist zu 10 % bei NUCLEI beteiligt, eine (bis auf 15 % STEAG) brasilianische Gesellschaft, die dort eine Demonstrationsanlage zur Urananreicherung nach dem Trenndüsenverfahren baut. Interatom liefert mit

STEAG zusammen den Ingenieur-Architekt zu diesem Projekt. Know-How, der Export davon, mitmischen im europäischen Wissenshandel - genug, um ihnen etwas anzutun, wenn's auch noch zu wenig war.
In der Gesellschaft für Reaktorsicherheit sind die TÜVs verschiedener Länder und des Bundes zusammen mit dem LLoyd vertreten. Neben der Beratung des BMI bei kerntechnischer »(Un)Sicherheit« und des nuklearen »Umgebungsschutzes« hat die GRS eine Reihe anderer Funktionen. Sie erstellt Gutachten im Auftrag des BMI und der atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden, untersucht neue Konzepte und Systeme bei kerntechnischen Anlagen und arbeitet Vorschläge für Forschungsvorhaben aus. Zu ihren Aufgaben gehört auch die Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet der »Sicherheit« von kerntechnischen Anlagen und sie arbeitet an Regeln und Richtlinien im Bereich »Sicherheits«-Technik mit. Die Öffentlichkeit und interessierte Stellen werden von ihr in allen Fragen der »Sicherheit« von Atomanlagen »beraten«, und sie betreut die Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkommission fachlich und organisatorisch.

Am 1. November haben wir einen Sprengsatz an einem Strommast gelegt, der schnurstracks und ausschließlich zum Brüter führt. Wir wollten damit eine Zwangspause für wenigstens einige Tage erreichen, in denen im Gelände lediglich mit Notgeneratoren das Notwendigste beleuchtet und belüftet werden kann.
Jeder Tag Verzögerung beim Bau in Kalkar heißt Geld und Ärger und Gerede für sie - und Zeit und Luft für uns.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Vorbemerkung Kapitel VIII

Anti-Amerikanismus
Im Dezember 1979 wurde von den Außen- und Verteidigungsministern der NATO-Staaten der sogenannte NATO-Doppelbeschluß beschlossen: er saht zum einen die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen (Cruise Missiles und Pershing II-Raketen) auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland vor und enthielt ein Angebot an die Sowjetunion zu Verhandlungen über die Reduzierung von Mittelstreckenraketen.
Gegen diese Stationierungspläne formierte sich ab Anfang der 80er Jahre eine breite Friedensbewegung, die zu ihren beiden zentralen Demonstrationen im Oktober 81 und Juni 82 Hunderttausende mobilisieren konnte. Innerhalb dieser Bewegung wurde immer das Bild der atomaren Apokalyspe beschworen und Westeuropa als das atomare Schlachtfeld angesehen, auf dessen Rücken die Supermächte USA und Sowjetunion ihren Machtkampf austragen würden.
Diese Vorstellung unterschlug, daß auch die Bundesrepublik Deutschland der NATO angehört und der deutsche Bundeskanzler Schmidt eine treibende Kraft des NATO-Doppelbeschlusses war. Dennoch bestimmte das Bild einer Bedrohung Deutschlands durch die USA in weiten Teilen der Friedensbewegung den politischen Diskurs und führte zu antiamerikanischen Parolen.
Doch nicht nur in der »bürgerlichen« Friedensbewegung wurden diese Positionen vertreten: so schreibt z.B. der »Pflasterstrand« (28.9.81) »Wir sagen ja zum Antiamerikanismus. Frei nach W.I. Lenin: Der Antiamerikanismus ist das höchste Stadium des Antiimperialismus [...] ich [sage] nicht: Tod Reagan! Nieder mit den USA! etc, sondern schlicht: Raus!«
Und in dem taz-Artikel, den die RZ in ihrem Text zitierten, wurde durchaus zustimmend die Schlitzohrigkeit und Doppelzüngigkeit der Bürgerinitiative einer Garnisonsstadt beschrieben, mit der sie die »Amerikanischen Besatzer« loswerden wollten.

Neonazistische Anschläge und die Diskussionen innerhalb der Linken
Als die neonazistische »Hepp-Gruppe« Anschläge auf Angehörige der US-Army verübten, initiierte die Zeitung »Radikal« eine Diskussion über Grenzfälle, da »gerade in den letzten Monaten Anschläge gelaufen (sind), die nicht nur jeder Klarheit über ihre Bestimmung entbehren, sondern vor allem bei vielen von uns mehr Desorientierung als antörnende Freude ausgelöst haben.«. In der Diskussion um die »Grenzfälle« findet eine Auseinandersetzung mit der bisherigen Politik der Revolutionären Zellen statt. (Siehe auch Literaturanhang »Kritiken und Diskussionsbeiträge zur Politik der Revolutionären Zellen und der Roten Zora, Seite 760 ff.)

Die Revolutionären Zellen
kritisieren in dem Papier »Beethoven gegen MacDonalds« vom März 1983 sowohl den latenten Anti-Amerikanismus innerhalb der Linken, aber auch diejenigen, die die Guerilla als Urheber dieser Anschläge vermutet bzw. befürchtet hatten. Sie verweisen auf ihre bisherige Politik, die von antiimperialistischen und sozialrevolutionären Positionen bestimmt sei und sich nie terroristisch gegen Teile des Volkes gerichtet habe. »Die politische Verantwortung für die Verunsicherung darüber, wo die Urheber der antiamerikanischen Anschläge anzusiedeln sind, liegt nicht bei uns oder anderen Gruppen der bewaffneten Linken. Nicht wir, sondern insbesondere Teile der Friedensbewegung ergehen sich in einem diffusen Nationalismus, verbreiten den Unsinn von der BRD als einem •besetzten Land-.«
Sie verweisen auf die Nähe dieser Positionen zu der schon seit einigen Jahren ausgegebenen Parole

neonazistischer Gruppen auf »Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes« und Rausschmiß der amerikanischen »Besatzer« und auf die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit den Aktivitäten neo-nazistischer Gruppen - vor allem der Frage nach Beteiligung bzw. Ausnutzung durch Verfassungsschutz oder Bundesnachrichtendienst, um genau die jetzt entstandene Desorientierung zu schüren.
Dem Text folgen die Erklärungen zu antiimperialistischen Anschlägen der RZ gegen US-Militär-Einrichtungen, die Erklärung zum Anschlag gegen die ITT-Tochter SEL in Düsseldorf, in der ebenfalls »wider den linken Antiamerikanismus« argumentiert wird; die Erklärungen zum Anschlag gegen IBM in Reutlingen, auf die Tribüne anläßlich der alliierten Truppenparade in Berlin sowie zwei Anschlägen auf NATO-Pipelines.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich im Buch auf Seite 728 ff.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Beethoven gegen MacDonald

April 83

Zum Unterschied zwischen Antiamerikanismus und Antiimperialismus!

Die Anschläge faschistischer Gruppen in amerikanischen Wohnvierteln und gegen einzelne amerikanische Offiziere und Soldaten im Raum Frankfurt in der 2. Jahreshälfte 1982 sind vom Staatsschutz zunächst unserer tatsächlichen Verantwortung und - nach der Festnahme der Hepp-Gruppe [1] - von linken Reformisten unserer moralischen Verantworung zugeschoben worden.

Den Vogel abgeschossen hat dabei einmal mehr eine Kommentatorin der TAZ, die sich beim BKA für die Verhaftung der Faschisten bedankt, weil sie nun nicht mehr befürchten muß, Gruppen der bewaffneten Linken könnten für diese Aktionen verantwortlich sein. Zuzutrauen wären ihrer Meinung nach der Guerilla solche oder ähnliche Aktionen jedoch allemal.
Die Zeitung RADIKAL, wenn auch mit ganz anderem Interesse, nimmt die Bomben der Faschisten zum Anlaß, um eine Diskussion über »Grenzfälle - irgendwo zwischen RZ, Verfassungschutz und Faschos«zu eröffnen und kritisiert in ein und demselben Zusammenhang »Schiefheiten und Schludrigkeiten bei Aktionen, die durchaus aus 'unserer Bewegung' kommen«.
So notwendig gerade zum jetzigen Zeitpunkt eine Auseinandersetzung über Ziele und Organisation bewaffneter linker Politik auch ist - antiamerikanische Anschläge faschistischer Gruppen sind dafür der falsche Diskussionshintergrund! Die Desorientierung und Unsicherheit über diese Anschläge lassen sich nicht damit erklären, daß ein »diffuser Aktionismus« oder »Leichtfertigkeit« in der Politik der bewaffneten und militanten Linken dafür die Voraussetzungen geschaffen haben. Einzelne in ihrer Zielsetzung, Durch- und technischen Ausführung zweifelhafte Anschläge, die es z.T. im Zusammenhang mit Räumungen besetzter Häuser in Berlin gegeben hat, sind nicht in einem Zusammenhang mit der Anschlagsserie der Faschisten diskutierbar. Wer dies miteinander vermengt und politisch verwurstet, setzt sich nicht nur achtlos über die unterschiedlichen politischen Beweggründe für diese Aktionen hinweg. Verhindert wird dadurch vor allem, daß die tatsächlichen Gründe benannt werden, die jene Desorientierung verursacht haben: ein auch in der deutschen Linken latent verbreiteter Antiamerikanismus, eine desinteressierte Leichtfertigkeit, mit der die Entwicklungsprozesse im faschistischen Spektrum und die tatsächlichen Berührungspunkte zwischen faschistischen Aktionen und geheimdienstlichen Operationen übergangen werden: trotz des Blutbades in München 1980, trotz

Bologna [2], trotz der Mordkampagnen gegen Arbeitsemigranten oder einzelne Juden.
Jenseits einer moralischen Wertung der Aktionen der Hepp-Gruppe hätte spätestens mit den Bombenanschlägen auf einzelne Angehörige der US-Armee klar werden müssen, daß sie sich auf einer Welle des Antiamerikanismus bewegen, den wir ablehnen und als politische Konzeption bekämpfen.
Es ist böswillig, zu unterstellen, daß die gegen das US-Militär, gegen militärische Einrichtungen, NATO-Logistik, Kommunikationsanlagen oder US-Multis gerichteten Anschläge der Revolutionären Zellen, der RAF und zahlreicher autonomer Gruppen auf einer vergleichbaren oder gar ähnlichen Linie des Antiamerikanismus operiert oder diesen begünstig hätten.
Fast ohne Ausnahme waren diese Aktionen antiimperialistisch bestimmt und bargen damit in sich die Chance, die Risse und Widersprüche innerhalb der amerikanischen Armee zu vertiefen, den Widerstand der nationalen und rassischen Minderheiten zu stützten. Wir haben Offizierskasinos angegriffen und keine Mannschaftsmessen und Supermärkte. Gegen Filialen der US-Multis wurden Bomben gezündet, ohne daß dabei auch nur einer der kleinen deutschen oder amerikanischen Angestellten zu Schaden gekommen wäre. Immer wieder war das Hauptquartier der US-Armee in Frankfurt das Ziel von Anschlägen, richteten sich Aktionen gegen militärische Treibstoffdepots, nicht aber gegen Tankstellen in amerikanischen Wohngebieten. Schließlich haben wir nicht ohne Grund die Europa-Reise Reagans und den NATO-Gipfel zum Anlaß einer Serie von Aktionen genommen und nicht etwa ein Konzert von Sammy Davis jr. oder die Verlängerung der Laufzeit von »Dallas«. Die jüngsten Anschläge gegen SEL in Düsseldorf und IBM in Reutlingen lassen keinen Zweifel, worin der Unterschied besteht.
Wer unsere Praxis wie unsere politischen Stellungnahmen verfolgt hat, weiß, daß wir eine diffuse, gegen Teile des Volkes gerichtete Politik, daß wir Terrorismus ablehnen. Die Strategien der Spannung und des Blutbades sind das Terrain von faschistischen Gruppierungen oder von Geheimdiensten, für die Menschen ohnehin nur Schachfiguren sind, die gezogen und geschlagen, für einen lausigen Vorteil geopfert werden können. Sie nutzen die Angst der Bevölkerung für ihre auf institutionellen Einfluß oder auf institutionelle Veränderung zielende Politik.
Wir begreifen uns dagegen als Teil einer - schwachen - sozialrevolutionären und antiimperialistischen Strömung in der BRD und Westberlin, zu deren Ausbreitung und politischer und militärischer Stabilisierung wir auch weiterhin beitragen werden. Unser langer Kampf um Befreiung kommt von unten und spielt nicht mit dem Leben von Menschen, weder unserer eigenen Genossinnen und Genossen noch dem anderer Menschen. Und wir bewegen uns noch immer in einem frühen Stadium dieses Prozesses, in dem wesentlich ein Kampf um die Köpfe und Gefühle der Menschen geführt wird, aber eben kein Krieg! Daß wir in diesem Kampf ebenso wie die Rechten und Bullen Waffen und Sprengstoff benutzen, darf nicht zu dem Schluß führen, dies sei alles ein- und dasselbe!
Wir haben umgekehrt noch nie unterstellt, daß die Verwendung von Schreibmaschinen aus dem Hause IBM verantwortlich für den manchmal haarsträubenden Inhalt der TAZ oder anderer linker Zeitungen ist. Waffen und Sprengstoff, Druck- und Schreibmaschinen, Fotos und Musikinstrumente können Mittel unseres Kampfes sein: es kommt darauf an, wie wir sie einsetzen und welche Inhalte damit verbunden sind.
Die politische Verantwortung für die Verunsicherung darüber, wo die Urheber der antiamerikanischen Anschläge anzusiedeln sind, liegt nicht bei uns oder anderen Gruppen der bewaffneten Linken. Nicht wir, sondern insbesondere Teile der Friedensbewegung ergehen sich in einem diffusen Nationalismus, verbreiten den Unsinn von der BRD als einem »besetzten Land«, machen die Perspektive eines wiedererwachten deutschen Patriotismus schmackhaft und verlassen den Boden linker Politik, wenn sie die Frage der Raketenstationierung zur Frage nationaler Identität hochstilisieren. Die Grenzen zwischen Antiimperialismus und Mobilisierung antiamerikanischer Ressentiments müssen zwangsläufig

zerfließen, wenn die Matadore der Friedensbewegung ihren Protest gegen Nachrüstung und Pershing II darauf stützen, daß sie an das deutsche Ehrgefühl gegen quasi koloniale Unterjochung appellieren.
Es macht einen gewaltigen Unterschied, ob wir MacDonald als einen US-Ernährungskonzern begreifen, der Maßstäbe für die Organisation arbeitsintensiver Niedriglohnarbeit wie auch weltweites Agro-Business gesetzt hat oder aber als Ausdruck einer wie auch immer verstandenen »Yankee-Kultur«. Wer Coca-Cola hier schon fast als Völkermord und Haupterscheinungsform eines »kulturellen Imperialismus« ausmacht und auf eine Stufe stellt mit der Unterstützung fast aller Militärdiktaturen durch die US-Regierung, beraubt sich selbst der Möglichkeit, den faschistischen Ursprung nationalistischer oder antiamerikanischer Aktionen zu begreifen.
Der politische Skandal besteht nicht darin, daß die Faschisten diese auch in der Friedenbewegung geläufige Position in militärische Aktion umgemünzt haben. Der Skandal besteht darin, daß es diese Position überhaupt gibt und daß sie unter Ausgrenzung und Bekämpfung sozialrevolutionärer und antiimperialistischer Positionen von linken Reformisten jeglicher Schattierung, vom Unterschriftenkartell über die TAZ bis zu den Grünen durchgesetzt werden konnte und die Bündnisfähigkeit der Friedensbewegung damit bis hin zu nationalistischen oder faschistischen Positionen teils bewußt, teils naiv betrieben wurde. [3]
Der Übergang faschistischer Gruppen von antisemitischen Aktionen und Terror gegen Arbeitsemigranten und Asylanten hin zu antiamerikanischen Anschlägen ist dabei nur auf den ersten Blick überraschend. Sie operieren dabei in erster Linie auf derselben Linie von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Hitlers Satz, »daß in einer einzigen Symphonie von Beethoven mehr Kultur liegt, als ganz Amerika bisher zusammengebracht hat«, bringt all die dumpfen Gefühle und Aversionen auf den Begriff, die sich heute im Feldzug gegen »Amerikanismen« in der deutschen Sprache oder vor 25 Jahren in der Verteufelung von Blue Jeans oder »Negermusik« Luft verschafft haben. An diese Tradition knüpfen die faschistischen Gruppen an. Michael Kühnen [4] zur Bedeutung des Antiamerikanismus innerhalb der Rechten: »Es ist historisch betrachtet eine alte Strömung, denn wir haben den Zweiten Weltkrieg bekanntlich gegen die USA wie gegen die SU führen müssen. Das ist die alte Geschichte der europäischen Mitte (!), die sich eben gegen raumfremde Mächte in OST und WEST wendet. Und im Augenblick ist für uns das Problem des West-Imperialismus noch stärker als das des Ost-Imperialismus. Heute hat es über diesen historischen Aspekt hinaus noch den Gesichtpunkt des Verfalls unserer Kultur, unserer Sprache, unserer Musik, die aus Amerika bei uns importiert worden ist - und das lehnen wir entschieden ab. Ich erinnere an die Drogendinge. Es handelt sich darum, daß alles, wogegen wir kämpfen, im Grunde mit dem Stichwort Amerikanismus durchaus identifiziert werden kann.«
Ohne die Zielsetzung der Rechten hier genauer diskutieren zu können - die Programmatik: europäische Blockbildung unter deutscher Hegemonie ist offensichtlich und deutet auf eine Zunahme antiamerikanischer Aktionen hin, die von ihrer Anlage her auch in Zukunft an »bewährte« Muster anknüpfen werden. Ausländerhatz und Fremdenfeindlichkeit, die Aussonderung und Verfolgung all dessen, was »anders« ist, sind in der BRD nach wie vor tief verankerte Motive, die die Faschisten in ihr Kalkül einbeziehen. Gerade im Rhein-Main-Gebiet, in den Städten und Gemeinden, in denen US-Truppen stationiert sind, gibt es gegen amerikanische Soldaten, vor allem gegen Farbige, rassistische Gefühle wie anderswo gegen Türken und Araber.
»Noch nie seit dem 30jährigen Krieg habe die Stadt eine solche Verunsicherung erlebt: Raub, Mord, Vergewaltigungen tags und nachts ... Die Altstadt der Kreisstadt Friedberg sei ziviles Übungsgelände für unsere besoffenen, randalierenden und Frauen vergewaltigenden amerikanischen Beschützer.« Dieses dumpfe Schüren von Angst mit seinen rassistischen Komponenten - wie viele Kneipen sind z.B. off-limits für farbige US-Soldaten - ist die Basis antiamerikanischer Aktionen. Umso bedauerlicher ist es,

daß wir dieses Zitat der TAZ vom 8.4.1982 unter dem Titel »Ja zum Antiamerikanismus« entnehmen konnten.
Diese Entwicklungen im faschistischen Lager vollziehen sich parallel zu Veränderungen im Staatsapparat, wie sie sich nicht zuletzt in den Wahlen vom 6. März bestätigt haben. In dieser Situation stehen keine Massaker auf der Tagesordnung, wie der Anschlag auf das Oktoberfest 1980, der als Höhepunkt einer ausgetüftelten Kampagne mehrerer Geheimdienste die Unfähigkeit der damals von der sozialliberalen Koalition kontrollierten Sicherheitsapparate demonstrieren und damit die Wahl von Strauß zum Kanzler begünstigen sollte (siehe Revolutionärer Zorn 6).
Heute werden vielmehr verstärkt Anstrengungen unternommen, den legalen wie illegalen Widerstand zu diskreditieren, durch die Vermischung antiamerikanischer mit antiimperialistischen Anschlägen zur Verwässerung und Desorientierung der Ziele linker bewaffneter Politik beizutragen, polizeikontrollierte terroristische Gruppen aufzubauen, die in unserem oder anderem Namen operieren bzw. jegliche Verantwortung ablehnen. So haben z.B. die Propagandisten des Bullenapparates versucht, uns die Anschläge der faschistischen Gruppen anzuhängen, obwohl die Staatsschutzabteilungen vom ersten Moment an Bescheid wußten, daß wir es nicht waren.
Mehr als eigenartig ist auch, daß ausgerechnet Odfried Hepp [5], der in Beirut angeblich durch Lager der Falange [6] und der PLO ging, der durch eine schwierige Operation des BND zurück in die BRD geholt wurde, der der Hauptbelastungszeuge gegen den »Wehrsport«-Hoffmann ist, der selbst mit einer lächerlichen Strafe davongekommen ist, die er nicht einmal zur Hälfte absitzen mußte, Hauptinitiator dieser Gruppe gewesen sein soll. Ausgerechnet er ist der einzige, der sich der Verhaftung rechtzeitig entziehen konnte.
Das Interesse des Staatsschutzes an faschistischen Gruppen und ihren Aktionen sowie ihrer Begünstigung durch Teile des Sicherheitsapparats heißt aber noch lange nicht, daß der Staatsschutz sie auch tatsächlich inszeniert. Die Behauptung jener angeblichen »RZ«, die da meint, hinter den »Counter-Anschlägen« - ohnehin zu »professionell« für den Standard der RZ - nun gleich die Bundesanwaltschaft ausmachen zu müssen, unter deren operativer Leitung der BND und das BKA in den amerikanischen Wohnvierteln zugeschlagen hätten, halten wir für baren Unsinn.
1. Wissen wir nicht, was an einem umgebauten Lichtdruckschalter und einer Unkraut-Ex-Mischung »zu professionell« sein soll;
2. leugnet eine solche Konstruktion die eigenständige Existenz faschistischer Gruppen und trägt somit dazu bei, daß eine Auseinandersetzung über deren Positionen - wie schon nach München - innerhalb der Linken nicht stattfindet;
3. unterstellt eine solche Behauptung die Transformation institutionalisierter Herrschaft und verrechtlicher Gewalt hin zur Entwicklung eines staatlich inszenierten Terrorismus - eine Entwicklung, die wir zwar für den Einzelfall nicht ausschliessen und auch grundsätzlich für möglich halten, für die es aber im Moment überhaupt keine Anhaltspunkte gibt. Eine solche Entwicklung mit der »Gefährlichkeit« der RZ oder der »Guerilla Diffusa« zu begründen, ist Ausdruck maßloser Selbstüberschätzung.
Gerade die CDU/FDP-Regierung wird keine Gelegenheit verstreichen lassen, um die Glaubwürdigkeit legalen wie illegalen Widerstands zu untergraben und durch eine Zunahme repressiver Maßnahmen zusätzlich in die Zange zu nehmen. Die verschleppten Ermittlungen gegen die Hepp-Gruppe sind ein Paradebeispiel, die polizeilichen Angriffe auf die Radikal und den Atom-Express [7] dessen Kehrseite: wo Desorientierung angesagt ist, müssen die Kanäle gestopft werden, die sich noch um Klärung bemühen.
Wir können faschistische Aktionen nicht verhindern. Wir können uns aber um eine Präzisierung unserer politischen Positionen und Eindeutigkeit unserer Praxis bemühen. Dies setzt allerdings in anderen Teilen

der Linken die Bereitschaft und Fähigkeit zur Auseinandersetzung um ihre und unsere Politik voraus.
In diesem Sinne Frohe Ostern 1983!

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Anschlag auf das US-Offizierskasino, Frankfurt (Dezember 76)

Die Revolutionären Zellen haben heute im militärischen Sperrgebiet der Rhein-Main-Airbase das Offizierskasino durch einen Bombenanschlag zerstört. Dieser Anschlag führt den antiimperialistischen Kampf in der BRD weiter und hat das Ziel, den Feind anzugreifen und zu demoralisieren. US-Offiziere und Generale sollen sich nicht mehr fett und sicher in ihren Kasinos an Tel Saatar und Entebbe besaufen können.
Die Rhein-Main-Airbase der US-Armee stellt die direkte und wichtigste militärische Verbindung zu den USA her. Sie dient als Knotenpunkt für die amerikanischen Militärbasen in Europa, Asien und Afrika und ist mit einer kompletten Telekommunikationseinheit der CIA ausgerüstet. Die dort eingesetzten Agenten haben bereits reiche Erfahrungen bei geheimen Militäroperationen in Vietnam, Kinshasa, auf Manila und den Philippinen gesammelt. Daß gerade die BRD so vollgestopft ist mit US-Militär, US-Kapital und Geheimdiensten hängt damit zusammen, daß sie sich hier heimisch fühlen. Der US-Imperialismus fühlt sich in seiner Hauptfiliale, der imperialistischen BRD sicher, sicherer als sonstwo auf der Welt.
Mit dem Imperialismus zu leben, heißt: noch viele Chiles möglich zu machen; zu dulden, daß England weiterhin Nordirland blutig besetzt hält; daß die BRD den Revolutionsprozeß in Portugal abwürgt. Heißt dem Völkermord an den Palästinensern zuzusehen und ermöglicht eine »Befriedungsstrategie« in den südafrikanischen Ländern, die nur die Einführung des Wirtschaftskolonialismus zum Ziel hat.
Mit dem Imperialismus leben, heißt zuzusehen, wie CIA, ITT, Chase Manhatten und Siemens in den 70er Jahren Lateinamerika wieder fest in ihren Krallen haben und einem ganzen Kontinent die Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben mit Folter, Maschinengewehren und Coca Cola ausgetrieben haben. Heißt, tatenlos zuzusehen bei der weltweiten Hatz auf Widerstandskämpfer.
Imperialistische Kultur ist Todeskultur: Sie mißhandelt ihre Kinder, mißachtet ihre Alten, sie läßt Menschen zu plastic people erstarren und programmiert Emotionen, Denken und Verhalten. Es mag sein, daß wir mehr essen und über Geräte verfügen, aber wir sind unter Konkurrenzdruck, unsicher und in Angst. Unsere Arbeit ist bedeutungslos, der Verschleiß ist vorprogrammiert. Wir sind technologisch am weitesten fortgeschritten, Fortschritt, der immer mehr Menschenleben fordert: Hiroshima [8], Contergan [9], Seveso [10], Grundremmingen [11], Krebs durch Vergiftung von Wasser, Luft und Lebensmittel sind einige der tödlichen Meilensteine.
Die militärisch-psychologische Kriegsführung gegen die eigene Bevölkerung ist längst Realität und wird ständig perfektioniert: So probt die US-Armee die Verseuchung von U-Bahn-Schächten mit tödlichem Gas und von Wasserleitungen mit tödlichem Gift, baut in West-Berlin eine Geisterstadt, um Einsätze gegen mögliche Unruhen und Aufstände in der deutschen Bevölkerung zu üben, pumpt die BRD voll mit Atom- und H-Bomben.
Das meint: imperialistische Kultur ist eine Todeskultur.
Antiimperialismus ist unsere Kulturrevolution - für ein neues Leben von autonomen Völkern mit freien Menschen.

Anschlag auf das US-Militärgelände in Giessen (Januar 77)

Die Revolutionären Zellen haben heute auf dem amerikanischen Militärgelände bei Gießen den Benzintank in die Luft gesprengt.
Damit wurde die Versorgung der US-Militärmaschinerie im Raum Gießen unterbrochen. Die reibungslose Versorgung, den glatten Nachschub zu stören, ist ein Mittel, den imperialistischen Feind sowohl materiell als auch moralisch-politisch zu treffen.
Die BRD als militärischer und ökonomischer Hauptstützpunkt der USA ist im Wesentlichen auch ein moralisches Hinterland, in dem sich die US-Armee von ihren Niederlagen, dem revolutionären Widerstand, dem Haß, der ihr in aller Welt entgegenschlägt, erholt, sich regeneriert. Wird dem US-Imperialismus irgendwo in der Welt gerade die Luft rausgelassen - in der BRD kann er sich wieder aufpumpen. [...]

Anschlag auf das US-Offizierscasino, Wiesbaden (Juni 78)

Seit seiner Niederlage in Vietnam versucht der US-Imperialismus den Eindruck zu erwecken, er habe sich seine mörderischen Zähne selbst gezogen. Da wird der paranoide Mafia-Präsident Nixon [12] aus dem Amt gejagt und der gottesfürchtige Carter [13], »Freund der kleinen Leute« an die Macht gebracht. Da wird die Parole: »Die Freiheit der freien Welt steht auf dem Spiel« unter der ganz Indochina mit genetisch und ökologisch grausamen Folgen verwüstet wurde, gegen den neuen »Kampf um die Menschenrechte« ausgetauscht und der rechtsextremistische, zionistische UNO-Botschafter Goldberg wird gegen den ehemaligen Martin Luther King-Mitstreiter Andrew Young [14] ausgewechselt, der auch gleich Südafrika kritisiert und die Kubaner als Ordnungsmacht lobt. Der Bau der Neutronenbombe wird unter dem Beifall der Menschen in aller Welt offiziell gestoppt, heimlich eifrig weitergebaut und stetig weiterentwickelt - zu noch größerer Perversion der Welt werden diese Manöver als moralische Erneuerung des Imperialismus verkauft. In Wirklichkeit hat nichts anderes als ein Pferdewechsel stattgefunden - von langer und mächtiger Hand vorbereitet.
Während die US-Militärs in Indochina noch nach Atom- und Wasserstoffbomben schrien, um ihrer unaufhaltsamen Niederlage zuvorzukommen, hatten die Machtzentren des Imperialismus - wie der Rockefeller Trust, die Chase Manhatten Bank, die Bank of America usw. längst einen »radikalen Kurswechsel« beschlossen.
Nicht, weil sie des Völkermordens plötzlich müde geworden wären, sondern weil der Imperialismus in eine verhängnisvolle Defensive geraten war: der Indochina-Krieg war inzwischen zu einem Verlustgeschäft geworden, der US-Imperialismus war weltweit - selbst bei den Verbündeten - politisch gefährlich isoliert, das eigene Land war tief gespalten und Lateinamerika, insbesondere aber Afrika hatten in der Zwischenzeit starke antiimperialistische Befreiungsbewegungen aufgebaut.
Der »radikale Kurswechsel« signalisiert den Beginn einer neuen Offensive des Imperialismus, der die Kissinger-Auffassung einer polarisierten Welt mit unterschiedlichen ökonomischen, ideologischen und politischen Systemen weit hinter sich gelassen hat. Die neuen Waffen, die früher oder später jeden erledigen werden - auch die sozialistischen Systeme, weil sie politisch erstarrt und ökonomisch dem

Westen nicht gewachsen sind - diese neuen Waffen, auf die die Carter-Administration setzt, sind die des Wirtschaftskrieges: der Weltmarkt, dem sich keiner entziehen kann, die Kredite des Internationalen Währungsfonds, die keiner zurückzahlen kann. Auf diese Weise werden Abhängigkeiten geschaffen, die viel wirksamer und vernichtender sind, als militärische Unterwerfungen. Auf diesem Hintergrund ist die für viele so widersprüchliche Politik der US-Regierung gar nicht mehr so widersprüchlich. So steht zum Beispiel die Menschenrechtskampagne, die ausschließlich gegen die UdSSR gerichtet ist, nicht im Widerspruch zu einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Das eine hat das Ziel, eine innere Opposition im Land aufzubauen, das andere soll dazu beitragen, die autoritären sozialistischen Systeme ökonomisch und politisch zu korrumpieren. Aus ähnlichen Motiven lobt UN-Botschafter Young die Kubaner in Afrika. [15] Er hofft, sie werden als Ordnungsfaktor einerseits stabilere Verhältnisse schaffen, andererseits sich aber ihr eigenes politisches Grab schaufeln, um damit das Terrain freizumachen für die imperialistischen »Entwicklungshelfer«, die statt der Geißel des Krieges wieder verstärkt auf das schleichende Gift der ökonomischen Ausblutung, der sozialen Zerrüttung und kulturellen Vernichtung setzen.
Mit dem dramatischen Ausruf eines trilateralen [16] Vertreters: »Wir brauchen Märkte und keine Massengräber« ist nichts weiter gemeint, als daß Massaker als unerläßlicher Bestandteil imperialistischer Politik in Zukunft »flexibler« gehandhabt werden müssen. Jüngstes blutiges Beispiel dieses »flexible response« ist Zaire [17]: trotz Waffenstillstandsangebot der Rebellenarmee zur Evakuierung der Europäer wurden französische Fallschirmjäger losgeschickt. Dort haben sie ein derart grauenhaftes Blutbad unter den Zivilisten angerichtet, daß selbst die Europäer vor ihnen in Panik flohen und sich erst von den Belgiern »retten« ließen. Doch Giscard [18] und seine berüchtigten Fremdenlegionäre handelten nicht auf eigene Faust. Die Transportmaschinen »Hercules« und »Transall«, mit sämtlichen Plänen, Satellitenbildern usw. wurden ihnen auf der Rhein/Main Airbase, dem Militärflughafen der amerikanischen Armee in Frankfurt, zur Verfügung gestellt. Wir haben das frankfurter Offizierscasino der Rhein/Main Airbase im vergangenen Jahr bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Da das frankfurter Hauptquartier (IG Farben-Haus) samt dazugehörigem Terrace-Club (ebenfalls ein Offizierscasino) wegen mehrfacher schwerer Bombenanschläge als stark gefährdet gilt, sind viele US-Offiziere auf »sicherere« Casinos ausgewichen, unter anderem auf das in Wiesbaden. Wir sind ihnen gefolgt!

Aktion gegen das Kasernengelände Garlstedt (September 78)

Die revolutionären Zellen haben heute das im Bau befindliche Kasernengelände in Garlstedt angegriffen. [...]
Auf dem Gelände sollen voraussichtlich im September ca. 3.600 Ledernacken sowie 200 Kettenfahrzeuge und zahlreiche Atomsprengköpfe untergebracht werden. Dafür wurden rund 1.500 qm Heidefläche verwüstet. Daß über 45.000 Unterschriften, die örtliche Bevölkerung und deren Initiativen in ihrem Kampf gegen die Stationierung ignoriert und zum Teil kriminalisiert wurden, zeigt einmal mehr die Notwendigkeit, unseren Widerstand gegen die ökologische Verwüstung, der US-Invasion im Einvernehmen mit der Bundesregierung und der Kriminalisierung derjenigen, die sich dem widersetzen,

keine Grenzen zu setzen. [...]

Anschlag auf die Kantine der US-Streitkräfte, Frankfurt (Mai 81)

»Die Revolution im Westen, die Herausforderung der kapitalistischen Macht in den Hochburgen ist das Gebot der Stunde. Sie ist von entscheidender Bedeutung. Die derzeitige Weltsituation kennt keinen Ort und keine Kräfte, die in der Lage wäre, eine friedliche Entwicklung und eine demokratische Stabilisierung zu garantieren. Die Krise spitzt sich tendenziell zu. Sich jetzt provinzialistisch abzukapseln oder den Kampf auf später zu verschieben, bedeutet: man wird in den Strudel des umfassenden Niedergangs hineingerissen.« Il Manifesto, aus These 55.[19]

Wir haben heute nacht die schöne neue Kantine der US-Streitkräfte in Frankfurt am Main in der Hansa-Allee ein bißchen vorgekocht. Und das nicht aus Futterneid, sondern als Ausdruck unseres Hasses auf die menschenverachtende US-Politik. Einer Politik, die, um die Weltherrschaft zu erlangen, sich skrupellos über das Selbstbestimmungsrecht aller Völker hinwegsetzt und nicht davor zurückschreckt, Völkermord zu begehen, so zur Zeit in El Salvador. Einer Politik, die nur so lange funktioniert, wie sie ein politisch, ökonomisch und sozial stabiles Hinterland zur Verfügung hat und somit immer auch angewiesen ist auf sogenannte kooperative Regierungen. Ein günstiger Zeitpunkt, solch eine Regierung aufzubauen, war 1945 in den damaligen Westzonen gegeben. Günstig war die in der Bevölkerung vorherrschende Ideologie in Form des Antikommunismus, die der Faschismus schon während seiner Herrschaft hergestellt hatte. Günstig war (und ist) die geografische Lage (Nähe zur Sowjetunion).
Nachdem inzwischen
- Heidelberg (Hauptquartier der US-Armee in Europa) zur zweitwichtigsten Befehlszentrale nach dem Pentagon ausgebaut wurde,
- sich hier die größten CIA-Niederlassungen und das größte US-Atom- und konventionelle Waffenarsenal außerhalb der USA befindet und
- in der BRD mit die größten Kapitalinvestitionen der USA in der Welt getätigt werden,
gipfelt die Unterwerfung der BRD - durchgesetzt mit Hilfe der Sozialdemokratie - unter die Perversion imperialistischer US-Politik in der geplanten Stationierung der Cruise Missiles.
Und noch etwas:
Wir sind mitverantwortlich für die Menschen in der dritten Welt, auf deren Kosten wir leben und die täglich verhungern oder ermordet werden. Und deshalb werden wir nicht aufhören, gegen den US-Imperialismus als Hauptfeind zu kämpfen.
»Daß die Gewalt der Herrschenden nur durch die revolutionäre Gewalt der Unterdrückten beseitigt wird, ist eine revolutionäre Binsenweisheit, durch jahrtausendlange Geschichte aller Völker der Welt belegt.« Rolf Pohle [20] in Athen

---

Anschläge zum Nato-Gipfel im Juni 82 in Bonn

McDonell Douglas, Köln
Am Vorabend dieses Gipfel des Schreckens war der amerikanische Rüstungskonzeren McDonell Douglas in Köln Ziel des Angriffs der Revolutionären Zellen.
Er ist einer der Hauptgewinner des 1,6 Billionen Dollar Rüstungsprogramms der US-Regierung. Imperialistischer Krieg und Völkermord ist sein Geschäft. Wenn in der 3.Welt Städte und Dörfer in Schutt und Asche gelegt werden, wenn Menschen von Bomben zerrissen werden, klingelt bei McDonell Douglas die Kasse.
Wie im Libanon [20a], wo die israelische Luftwaffe mit F-16-Jagdbombern aus den USA, hergestellt und entwickelt von McDonell Douglas Städte, Flüchtlingslager, Krankenhäuser und Kindergärten bombardiert, um das palästinensische Volk endgültig auszubluten. Niemand soll uns erzählen, daß der Zeitpunkt dieses geplanten Völkermordes parallel zum NATO-Gipfel zufällig sei. Das war vielmehr klassisches imperialistisches Timing, um unter lautem »Abrüstungs«-Getöse den Widerstand der Palästinenser gegen die Unterwerfung des Nahen Ostens unter westliche Kapitalinteressen mit Bomben und Panzern auszulöschen.

Wir warten nicht, bis Reagan kommt
Wir haben uns daran gewöhnt, daß die bürgerliche Presse und die taz unsere Aktionen herunterspielen. Bewaffneter Widerstand, Sprengstoff- und Brandanschläge sollen als mögliche Widerstandsform sinnlos erscheinen. Deshalb hier noch einmal eine vollständige Auflistung der von uns in diesem NATO-Gipfel-Zusammenhang durchgeführten Aktionen:
1.6.82 *
Sprengstoffanschlag auf das US-Hauptquartier in Frankfurt
Sprengstoffanschlag auf den AFN Berlin
Sprengstoffanschlag auf ITT Hannover
Sprengstoffanschlag auf IBM, Düsseldorf
Sprengstoffanschlag auf »Control Data« Düsseldorf
Sprengstoffanschlag auf US-Offiziersclub Hanau
Sprengstoffanschlag auf US-Offiziersclub Gelnhausen
4.6.82 *
Brandanschlag auf »Bourns Ketronic Flugtechnik« Hamburg
5.6.82 *
Sprengstoffanschlag auf Deutsch-Amerikanisches Institut Tübingen.
Revolutionäre Zellen und Rote Zora

Anschlag auf die ITT-Tochter SEL, Düsseldorf (Februar 83)

Wir haben in der Nacht vom 27.2.1983 auf den 28.2.1983 den Elektronikkonzern Standart Elektrik Lorenz (SEL) in Düsseldorf mit einem Sprengsatz angegriffen.
SEL gehört zum ITT-Verband und ist einer der großen Weltkonzerne, der direkt Profit schlägt aus der militärischen Hochrüstung des imperialistischen Staatensystems und aus dem Triumphzug der Elektronik und Mikroelektronik in der Rüstungsindustrie und allen anderen Produktionsbereichen.
In den dreißiger Jahren hat ITT die Standart Elektrik Gesellschaft und das Unternehmen Lorenz erworben und zu seinem Tochterunternehmen SEL zusammengefaßt. Diese hat z.B. für die Luftwaffe des Nazi-Faschismus die erste Fluglandehilfe (eine Form von Radarsystem) entwickelt und produziert.[...]
ITT gehört zu den 10 größten Konzernen der Welt überhaupt, ist bekannt nicht nur für seine speziellen Beziehungen zur CIA, sondern auch für die direkte Unterstützung faschistischer Regimes in der 3. Welt - wie z.B. Südafrika und Chile - wo er seine Finger in der blutigen Niederschlagung des Aufstandes von Soweto 1976 genauso wie im faschistischen Militärputsch gegen die Unidad Popular [21] in Chile 1973 im Spiel hatte. ITT hat seine Finger ganz besonders nah am Puls der Aufstandsbekämpfung und ist in der finanziellen Unterstützung konterrevolutionärer Bewegungen nicht gerade zurückhaltend - in einer offziellen Untersuchung waren es 13 Millionen Dollar, die ITT für »politische Zwecke« an einzelne Persönlichkeiten oder reaktionäre Institutionen und Parteien in den Jahren 1971-1975 bezahlt hat.
SEL hat deutsche Mitarbeiter, deutsches Management und nach eigenem Selbstverständnis ein hohes Maß an Autonomie in der Firmenpolitik. Von ITT kommt das know-how eines großen Teils der Grundlagenforschung, die weltweite Vertriebsorganisation und das Kapital. ITT kassiert die Profite.,[...]
1976 gingen 40 Prozent des Inlands-Umsatzes von SEL aus Aufträgen der »Öffentlichen Hand« für Polizei, Militär, Bahn und Post hervor. SEL produziert in den Unternehmensbereichen: Nachrichtentechnik, Elektronische Bauelemente, Private Nachrichten- und Datensysteme, Rundfunk, Fernsehen, Video, Phono, Fernschreibtechnik, Satellitenelektronik, Übertragungstechnik, Funkanlagen, Mobilfunk, Aufklärungs- und Radarsystems, Navigationssysteme, Bordelektronik.
Glasfaser: SEL hat gemeinsam mit einem englischen Parallelunternehmen, auch ITT-Tochter, die Glasfaser entwickelt. Glasfaser hat im Vergleich zum Kupferkabel eine um 1 Million höhere Übertragungskapazität. Solche Leitungen sind abhörsicher, da Informationen auf Laserlicht übertragen werden, die im Gegensatz zu herkömmlichen Übertragungstechniken keine elektromagnetischen Felder aufbaut. Glasfaser ist gegen elektromagnetische Impulse von außen störsicher.
Außerdem ist das Glasfaserkabel der entscheidende technologische Fortschritt, der das NATO-Projekt »NICS« (NATO integrated communication system) möglich macht. Dieses System sieht die Zusammenführung sämtlicher militärischer und ziviler Fernmeldeeinrichtungen in einem NATO-weiten Informationssystem vor.
Zitat von Vorstandsmitglied Ludwig zum Zusammenhang ziviler und militärischer Forschung: »Die Grundlagenentwicklung kann man zivil wie militärisch nutzen, beispielsweise auf dem elektrooptischen Sektor, wo wir von der zivilen Seite herkommen mit digitalen Übertragungsstrecken mit Glasfasern ... Wir haben ganz erhebliche Nutzeffekte aus der Wehrtechnik gezogen, insbesondere für die zivilen Funkgeräte für Polizei bis hin zu Taxis ... Die Fertigung unserer militärischen Produkte haben wir in unserem Werk in Mannheim konzentriert, das jedoch auch zivile Produkte herstellt.«
AWACS: SEL ist mit Siemens, AEG, Dornier und Elektronik System Gesellschaft (die SEL zu 25 % gehört) in einer Arbeitsgemeinschaft, welche von der NATO und dem AWACS-Generalunternehmen Boeing in den Bau des AWACS-Systems einbezogen wird. Diese Unternehmen sind zusammen mit ITT und Westinghouse für die elektronische Ausrüstung der AWACS zuständig. SEL liefert einen großen

Teil des zentralen Bordrechners: Auftragsvolumen einschließlich Wartung nach Inbetriebnahme: ca. 1 Milliarde DM.
Die AWACS-Flugzeuge sind das erste völlig transnational gebaute, gemanagte und betriebene Waffensystem der NATO: Sie werden vor allem in der BRD und in der Türkei stationiert. Ihr Hauptquartier ist Geilenkirchen am Niederrhein. Sie haben für die Kriegspläne und Kriege der Imperialisten wichtige Funktionen: ihr Radarschirm erfaßt in einem Umkreis über 500 km alle militärischen und sonstigen Bewegungen. Sie liefern den Bodenstationen der NATO-Streikkräfte ohne Zeitverzögerung genaue Standortbestimmungen und ermöglichen so gezielte Angriffe. Sie werden eingesetzt in allen »Spannungsgebieten« in der 3. Welt, in Marokko gegen die Polisario, in der Karibik und in Mittelamerika gegen die starken Befreiungsbewegungen, von der Türkei, Saudi-Arabien und Ägypten aus gegen die revolutionären Kräfte im Nahen Osten.
Und sie werden eingesetzt an den Grenzen zu den Warschauer Pakt-Staaten, zu ständigen Patrouillenflügen; AWACS sind Teil im Projekt der Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen: sie sind die Kommandostände für den Abschuß und das Steuerungssystem für die Flugbahnen der Cruise Missiles.
Die Multis repräsentieren heute die herrschende Elite der Bourgoisie und bestimmen und planen das Weltgeschehen über alle nationalen Grenzen hinweg. Sie benutzen ihre Mutterländer, die abhängig von ihrer wirtschaftlichen Macht sind, als Wahrer ihrer jeweiligen Interessen. Im schnell voranschreitenden Prozeß der Konzentration des Kapitals erwachsen immer wenigere, dafür umso mächtigere und stärkere, multinationale Konzerne, allen voran - insgesamt gesehen - die US-amerikanischen. Dazu sind viele der westeuropäischen Großkonzerne, die transnational operieren, von nordamerikanischem Kapital durchdrungen oder sind ganz direkt Töchter amerikanischer Mütter. SEL ist da ein Beispiel. In der Regel arbeiten die großen Multis nicht nur in einem Produktionszweig, sondern versuchen durch ihr Engagement in verschiedenen Industriesektoren auf breitem Fuß zu stehen. Es lassen sich jedoch immer Schwerpunkte ihrer industriellen Aktivitäten festmachen. Ein gegenwärtig sehr starker Bereich ist der der Rüstungsproduktion.

SEL liefert viele Beispiele dafür, daß sich die zivile und militärische Forschung und Gebrauchswerte nicht mehr voneinander trennen lassen. Die Mikrochiptechnologie ist nur ein Beispiel davon. Sie ist eine technologische Errungenschaft, die in den Fabriken und Büros die Automation von ganzen Produktionsprozessen oder Arbeitsbereichen, die Rationalisierung und die Zergliederung von Arbeitsabläufen auf immer kleinere Einheiten ermöglicht. Für den Kapitalisten bedeutet es, die Produktion hier in den Metropolenfabriken auf hochtechnisierte Abläufe reduzieren zu können, höhere Arbeitsproduktivität und damit Profitraten zu erzwingen. Für die Menschen hier bedeutet es Massenarbeitslosigkeit und für die, die Arbeit haben, entvölkerte Arbeitsstätten, auf das Minimum reduzierte Arbeitsabläufe, die keine Chance haben sollen, auf den Produktionsprozeß Einfluß zu nehmen (was in der Vergangenheit die Macht der Arbeiter gewesen ist), dazu durch Videokameras überwachte Arbeitsplätze, die jeden Widerstand im Keim ersticken sollen. Um ihr System der Ausbeutung und Unterdrückung zu sichern, müssen sie die Welt in einen einzigen Markt umstrukturieren. In der 3. Welt haben die Imperialisten ihre Skrupellosigkeit in der brutalen und gewaltsamen Durchsetzung ihrer Interessen, in der Installierung von faschistischen Regimen, in der Militarisierung der von ihnen abhängigen Staaten tausendfach bewiesen. In den Jahren, in denen die Imperialisten die Menschen hier mit der psychologischen Kriegsführung und dem Angebot des »warmen Platz am Arsch« einkaufen konnten, haben sie gleichzeitig Vorbereitungen getroffen, die militärische Kontrollierbarkeit über sie zu erlangen. Der »zivile« Mikrochip in den Computerterminals des BKA ermöglicht ihnen die datenmäßige Erfassung all dessen, was zu erfassen ist und die Verarbeitung des Rohmaterials. Der Chip, das Video

auf den Straßen und an den Treffpunkten und die hochentwickelten Nachrichtenübertragungssysteme von einem Großcomputer zum nächsten, vom KOB direkt in den BKA-Terminal, sind u.a. »zivile« SEL-Produkte, die die Kontrolle des Staatsschutzes, der Bullen neuerdings in allen Unis, über alle Bereiche, in denen wir leben und arbeiten, verbessert: Überschaubarkeit, Kontrollierbarkeit, schnelle Registrierung und schneller Zugriff.
Der Anfang von ihrem Ende ist, den Anschein ihrer Unbesiegbarkeit zu zerstören. Das vermittelt die Hoffnung, die den Anstoß für andere gibt, aufzustehen und zu brechen mit der Selbstzerstörung, der Droge, dem Konsum und der Lethargie, um für ein anderes, neues Leben den Kampf zu beginnen. Der Anfang ist gemacht, wenn wir in die Räder greifen, die das System am Laufen halten; auf Dauer, wenn immer wieder von neuem fundamentale Teile des Ganzen außer Kraft gesetzt werden, kann es das nicht verkraften. Das ist die Erkenntnis, die wir aus dem Kampf der Befreiungsbewegungen in der 3. Welt, deren Siegen und aus den Kämpfen hier ziehen können.
Jeder muß eigenständig und eigenverantwortlich das anfangen, wo er steht mit seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten und er kann nicht auf die Bestätigung oder das Management anderer warten. Das kann nur ein vollkommen aktiver und selbstbestimmter Prozeß sein, sich zur Waffe für die Veränderung der Verhältnisse zu entwickeln, die Unversöhnlichkeit und Entschlossenheit zu festigen und handelnd seine Möglichkeiten zu verändern.

Wider den linken Antiamerikanismus

Daß diese Anfänge revolutionärer Mobilisierung noch auf politisch schwachen Füßen steht, zeigt u.a. der auch unter den Militanten verbreitete Anti-Amerikanismus, zu dem wir hier noch mal was sagen wollen: Anti-Amerikanismus ist eine Tendenz, die nicht zuletzt auch von den Herrschenden in die Welt gesetzt wird, um wegzudrücken, daß es uns um die internationalen Klassenwidersprüche zwischen imperialistischer Bourgoisie und den unterdrückten Menschen und Völkern der Welt geht, um die Auflösung dieses Widerspruchs zu unseren Gunsten durch den internationalen Befreiungskrieg, die Revolution im internationalen Rahmen. Anti-Amerikanismus verschleiert den Klassencharakter und führt in der Konsequenz zu einem platten Nationalismus und zu Rassimus gegen Amerika als Ganzes, wo die Differenzierung zwischen dem herrschenden Kapital und den Völkern in den USA nicht mehr gemacht wird. Dem Anti-Amerikanismus liegt eine immer noch unterentwickelte Analye der Rolle der BRD im imperialistischen Staatensystem zugrunde. Ein anderer wesentlicher Grund dafür, daß wir die hessischen Anschläge vom November und Dezember nicht schnell als von Staatsschutz und Faschisten initiiert erkannt haben, ist der, daß es wesentlich an Vorstellungen fehlt, wie wir unseren Kampf gegen dieses Herrschaftssystem auf die festen Füße einer langatmigen Konzeption stellen können und wenn wir es für möglich hielten, daß die Anschläge von Linken gemacht wurden, haben wir die Wichtigkeit der Kritik und der darin liegenden Möglichkeit der Auseinandersetzung nicht begriffen. In diesem Zusammenhang können wir vom Befreiungskampf des vietnamesischen und aktuell salvadorianischen Volkes lernen. Doch bestimmen sich die Angriffe auf Büttel in den Polizei- und Militärapparaten ausschließlich im Rahmen entscheidender strategischer Offensiven. Im Rahmen solcher militärischen Offensiven nimmt die Agitation in den feindlichen Gewaltapparat hinein, die Aufforderung zu desertieren, überzulaufen oder direkt die Gewehre umzudrehen, eine wichtige Rolle ein. In einer Situation, wo wir uns hier immer noch im Anfangsstadium des revolutionären Volkskrieges befinden, ist die Linie, militärisch x-beliebige Soldaten und Bullen anzugreifen, falsch und politisch schädlich. Angriffe in den homeareas der yanks leisten einem politisch zurückwerfenden Aktionsmus und Anti-Amerikanismus Vorschub und geben den Herrschenden Waffen in die Hand, die Bestimmung unseres Kampfes zu denunzieren. Sie ziehen weg von den anstehenden Auseinandersetzungen um die Stabilisierung anti-imperialistischen Bewußtseins und von der genauen Bestimmung unserer politischen und praktischen Aufgaben und Möglichkeiten in

diesem wichtigen Jahr 1983. Dieses Jahr wird für die weitere Entwicklung, Verbreiterung und Festigung revolutionärer Politik eine entscheidende Phase sein. Unsere politische Praxis darin, vom Flugblatt bis zum materiellen Angriff, wird danach beurteilt werden müssen, ob wir denen, die angefangen haben zu kämpfen, Beispiele und Orientierungshilfe geben, die Ursachen der konkreten Widersprüche zu erklären und gleichzeitig praktische Alternativen für den Widerstand zu entwickeln. Wir müssen, weil wir hier als revolutionäre Kraft noch schwach sind, die Ansatzpunkte, an denen wir mit praktischen Initiativen angreifen, nach ihrer Bedeutung und Wichtigkeit für die imperialistische Herrschaftsstrategie und zwar aus dem internationalen Zusammenhang heraus, bestimmen.

Den politischen Preis hochtreiben

Das Ziel unserer Praxis an diesen Punkten ist, den Herrschenden den politischen Preis für die Durchsetzung ihrer Projekte so hoch wie möglich zu treiben. Der größte Verlust für die Imperialisten ist, daß hier Menschen die Notwendigkeit zu kämpfen erkennen und sich daran machen, die Frage zu lösen, wie dieser Kampf zu gewinnen ist. Dabei steht für uns fest, daß ein wesentlicher Teil unseres politischen Handelns der materielle Angriff ist. Wir müssen darin unser Wissen und unsere Möglichkeiten auf dieser Ebene so verändern, daß die materielle Schärfe des Angriffs zunimmt.

Wir finden es falsch, den Protestbewegungen missionarisch hinterherzurennen und da unsere Sachen reinzutragen. Es wird vielmehr darauf ankommen, daß wir unser politisches Ziel, im Widerstand gegen entscheidende Stützpfeiler und zentrale Projekte der imperialistischen Macht, verdeutlichen können und daß wir darin die Einheit zwischen Wort und Tat herstellen.

In den letzten Jahren ist es uns punktuell gelungen, nur hat es nach jedem Punkt Brüche gegeben, keine Festigkeit und Kontinuität. Als ein wesentliches Defizit sehen wir die fehlende Organisierung und das fehlende Bewußtsein über die Notwendigkeit der Organisierung. Die Lösung dieses Problems wird aber mit zeigen, ob wir hier eine revolutionäre Bewegung werden oder nicht. Organisierung kann nur auf der Basis eines gemeinsamen Ziels und Einigkeiten über den Weg dahin erfolgen. Es wird darauf ankommen, gerade unter diesen Kampfbedingungen in der Metropole, ohne breite Verankerung im Volk, wie jeder einzelne und dann mit anderen gemeinsam Ideen und Vorstellungen entwickelt, die mit der nötigen Entschlossenheit angegangen werden und das vor allem in schwierigen Phasen, wo es mehr Fragen als Antworten gibt.

Organisierung ist ein mühsamer Prozeß, der sich darin entwickeln muß, gemeinsame Erfahrungen im Kampf zu machen und daraus nächste Schritte zu entwickeln. Es gibt kein Rezept, nach dem es hier laufen kann. Eigene Entwicklung und Organisierung im Widerstand hängt davon ab, wie jeder mit der Reaktion des Feindes umzugehen lernt. Das setzt voraus, daß sich jeder eine Vorstellung davon macht, was Knast für ihn heißt, damit er - und das ist eine Bedingung für das Weiterkämpfen - die Angst vor einer möglichen Konsequenz überwinden kann.

Diese Angst wird nicht einfach verfliegen, aber sie schwindet, wenn unser Bewußtsein wächst, daß es für uns nichts anderes gibt, als zu kämpfen und daß der Kampf um Befreiung im Knast weitergehen kann und weitergehen wird. Das ist eine Erfahrung, die wir an den Gefangenen gemacht haben, als wir ihren Widerstand zu unserem gemacht haben und darüber die Vorstellung »drinnen und draußen ein Kampf« real faßbar wurde. Daß dies möglich ist, haben wir von ihnen gelernt und so ist es eine wichtige Aufgabe für uns, sie in unsere Auseinandersetzungen hier draußen miteinzubeziehen, die Einheit mit ihnen über Mauern und Gitter hinweg herzustellen.

Anschlag gegen IBM Reutlingen (März 83)

Die Bedeutung der IBM ist durch zwei Punkte gekennzeichnet: einmal ist IBM einer der größten multinationalen Konzerne mit einem Umsatz von 44 Milliarden Dollar (1982), zum anderen ist IBM größter Computerhersteller der Welt. Beide Aspekte sind unter kapitalistischen Verhältnissen insofern verquickt, als der Computer eines der wichtigsten Rationalisierungsmittel ist, als auch das einzige Instrument, Informations- und Steuerungsprobleme in den Griff zu bekommen.
IBM leistet in der Computeranwendung selbst Schrittmacherdienste, um die Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) voranzutreiben. Ziel ist die Einsparung von Arbeitskräften, die Automatisierung von Produktionsabläufen und Verwaltungsprozessen, innerbetriebliche Kontrolle der Arbeiter, umfassende Verbesserung von Information und Kommunikation zwischen Konzernleitung und den Zweigbetrieben. Die Kapitalisten sind so in der Lage, Widerstand in den Betrieben im Vorfeld zu zerschlagen, das Personaldatensystem liefert jederzeit ein vollständiges Bild des einzelnen Arbeiters. Wieviel hat er produziert, verhält er sich kooperativ am Arbeitsplatz und zu den Vorgesetzten, wie lebt er in der Freizeit, ist er gewerkschaftlich organisiert, wie oft war er krank.
Die AOK Baden-Württemberg zum Beispiel, ausgestattet mit einem IBM-Rechnerverbund, verfügt über die Daten von 7 Millionen Personen und führt für 86.000 Unternehmen die Konten. Über dieses Datensystem ist der Zugriff auf die Krankheitsstatistik aller Arbeiter für die Unternehmer gesichert.
In Bezug auf Personalplanung und Steuerung ist IBM selbst Musterbetrieb. Der Personalbereich soll ähnlich langfristig geplant und flexibel kontrolliert werden wie die Produktion. Dazu ist ein Betriebssystem notwendig, das menschliche Beziehungen erfaßbar miteinschließt, in dem die Gegensätze zwischen Vorgesetzten und Untergebenen verwischt, rationell gestaltet, überschaubar, regelbar und damit planbar macht. Dies gelingt nur, wenn die abhängig Arbeitenden mitspielen, wenn sie sich mit den vorgegebenen Planzielen identifizieren und sich im Betrieb integrieren. IBM hat dafür ein umfangsreiches Gehirnwäscheprogramm entwickelt, das die Illusion eines demokratischen Betriebes erweckt. Über Kummerbriefkästen und Beschwerdestellen werden die Arbeiter zur Kritik aufgefordert. Das ermöglicht der Betriebsführung, Unruheherde frühzeitig zu erfassen. Belohnungen für produktivitätssteigernde Ideen binden den Arbeiter an die Probleme der Computerfertigung. Organisierte gemeinsame Freizeiten der Arbeiter sollen das Gefühl vermitteln, sie gehören alle zur IBM-Familie. So schafft sich IBM bis ins Detail Überblick über das Leben ihrer Arbeiter, die nicht nur in der Produktion, sondern auch als Werbeträger und Öffentlichkeitsarbeiter nach außen funktionieren sollen . Zusätzlich verfügt IBM über einen starken Überwachungsapparat. Kameras sind installiert, Telefongespräche werden abgehört. Gehirnwäsche und Kapitalismuspropaganda beschränken sich längst nicht auf den eigenen Konzern. Mit IBM-finanzierten öffentlichen Kunstausstellungen und Musikveranstaltungen, über betriebseigene Zeitschrift und gekaufte Fernsehprogramme schaltet sich IBM direkt ins kulturelle Leben ein. Die 5.000 Bildschirmtextcomputer der Bundespost sind IBM-Technologie, ein aktiver Beitrag zur kapitalistischen Medienpolitik.
In den NATO-Stabsrahmenübung WINTEX werden Zivilverteidigung zur Aufrechterhaltung der Staatsgewalt und der inneren Sicherheit und die direkte Unterstützung der NATO durch den Zivilschutz und die Zivilverwaltung im Krisenfall und Krieg geprobt. Das NATO-Informationssystem ist IBM-System.
Deshalb ist es wohl auch kein Zufall, daß sich im selben Gebäude auch das Wehrkreiskommando der Bundeswehr, die Hamburg-Mannheimer Versicherung, der Metallarbeitgeberverband Hohenzollern, die Brücke - Organisation zur Förderung und Weiterbildung von Führungskräften - und das Arbeits- und

Sozialgericht befinden.
Wir wollen an dieser Stelle nochmals deutlich sagen, daß sich unsere Angriffe niemals gegen die Menschen der unterdrückten Klasse richten, sondern gegen die imperialistischen Technokraten, die die Fäden dieses unmenschlichen Systems in der Hand halten, gegen deren Institutionen und Strukturen, mit denen sie uns alle terrorisieren. [...]
Die antiimperialistische Front aufbauen!
Erfüllung der Forderungen nach Zusammenlegung der Gefangenen in Gruppen!
Kampf der elektronischen Totalkontrolle!

Aktion gegen die alliierte Truppenparade, Berlin (Mai 83)

»Es ist immer Krieg, wenn das Militär auf die Straße geht!«
1973 war es zum ersten Mal soweit: aufgrund der massiven, militanten Proteste der damaligen außerparlamentarischen Opposition sahen sich die Herren West-Berlins - der Senat und die Alliierten - nicht in der Lage, ihre alljährliche Truppenparade auf der Straße des 17. Juni durchzuführen. Sie verkrochen sich aus der City zu einem kurzen Zeremoniell am Schloß Charlottenburg.
Wie alle Ratten kamen auch sie Ende der 70er Jahre wieder aus ihren Löchern, um uns an der Siegessäule wieder mit Marschmusik und Panzergerassel zu »erfreuen«. Im Jahr 1980 benötigten sie schon 3.000 Bullen, um ihre Militärparade durchzuziehen. Im Anschluß an die 80er Parade wurde das Dach des Amerikahauses aus Protest gegen die imperialistische Politik der USA bestiegen.
Mit dem Anschlag um 4 Uhr 30 in der Nacht vom 20. auf den 21. Mai haben wir versucht, die 83er Parade zu verhindern.

1.) Wir haben dieses militaristische Spektakel satt. Immer schon dienen Truppenparaden nicht der Abschreckung nach außen, sondern der psychologischen Kriegsführung im Innern. Genau deshalb werden seit einigen Jahren wieder öffentliche Treuegelöbnisse und ähnlicher Müll in Stadien, Fabriken u.a.m. durchgeführt. Aber das ist nicht der einzige Grund. Der Krieg der Engländer auf den Malvinen [22] im letzten Jahr hat gezeigt, wie sehr militärische Aggressionen und kriegslüsternes Gehabe alle sozialen und gesellschaftlichen Konflikte vergessen machen können.
2.) Wir drücken mit diesem Anschlag unseren Protest und Widerstand gegen die Hochrüstungspläne der NATO aus. Wir hoffen auf viele ähnliche Aktionen, nicht nur im Zusammenhang mit der Stationierung von Pershing II, sondern gegen Militär und Rüstung überhaupt.
Anders als Teile der Friedensbewegung schlagen wir dabei keine nationalen Töne an. Wir wehren uns nicht gegen Atomraketen und Rüstung, weil wir glauben, daß die Deutschen dadurch besonders bedroht seien, sondern weil damit die gesamte Menschheit ausgerottet werden kann. Wir sind von Herzen internationalistisch. Wir leben, lieben, lachen und kämpfen mit unseren Genossinnen und Genossen aus Westeuropa oder Mittelamerika lieber, als uns deutsch-deutsches Spießertum, Gefühlsarmut, Beton und Plaste auch noch als wertvolle nationale Werte reinzutun. Wir haben nicht vergessen, was die dumpfe deutsche Nationalismus-Küche in zwei Weltkriegen bewirkt hat. Und heute ist dies nicht viel anders: die BRD ist an allen Schweinereien der NATO direkt oder indirekt beteiligt, oft genug als treibende Kraft (z.B. beim Militärputsch in der Türkei). Nicht von ungefähr betreibt die BRD einen blühenden Rüstungsexport.
In Westberlin ist die NATO allerdings vor allem durch amerikanische, englische und französische

Truppen präsent. Angriffe gegen die Bundeswehr oder Rüstungsbetriebe sind hier nicht möglich.

3.) Die Alliierten sind hier in Berlin nicht etwa »symbolische Schutzmacht«, sondern Garant bürgerlicher Ordnung. Bei den entsprechenden Anlässen (z.B. Haig- und Reagan-Besuch) arbeiten sie mit den Bullen Hand in Hand. Und natürlich üben sie ihren Häuserkampf in Kreuzberg und Schöneberg nicht aus Langeweile, sondern um sich auf den Ernstfall, d.h. ihren Teil der Aufstandsbekämpfung, vorzubereiten.

4.) Dieser Anschlag ist nicht antiamerikanisch, antifranzösisch oder antibritisch. Er ist antiimperialistisch. Er richtet sich gegen die Politik der Engländer in Irland, gegen die französische Afrikapolitik, gegen die imperialistische Politik der USA in großen Teilen der Welt. Wir haben zu der Perspektive und Form solcher Aktionen im Zusammenhang der Faschisten im Frankfurter Raum vor einigen Wochen bereits ausführlich Stellung genommen. Wir stehen seit einem Jahrzehnt in der Tradition des antiimperialistischen Kampfes. Die ersten Aktionen von Revolutionären Zellen richteten sich 1973 gegen Niederlassungen von ITT, wegen deren Verantwortlichkeit für den Putsch in Chile. Wir werden uns auch weiterhin bemühen, den weltweiten Kampf gegen den Imperialismus mit Aktionen im Herzen der Bestie zu unterstützen. Und wir werden dies fortsetzen, ob es nun in Mode ist oder nicht.

5.) Bei einem Anschlag gegen die alliierte Truppenparade in Berlin müssen auch ein paar Worte zu den uns umgebenden sowjetischen Truppen gesagt werden. Wir wehren uns allerdings gegen eine plumpe Gleichsetzung der USA und der UdSSR. Ebenso wenig können wir allerdings zwischen guten (sozialistischen) und bösen (imperialistischen) Raketen unterscheiden. Die Dinger gehören generell verschrottet. Die inneren Verhältnisse in der UdSSR oder in der DDR sind uns ein Greuel, die Invasion in die CSSR [23] oder Afghanistan [24] nicht zu verteidigen. Die gefallenen und ermordeten sowjetischen Sozialrevolutionäre sind uns tausendmal näher als die herrschende real-sozialistische Technokratenclique. Es entspricht der Schachspielmentalität beider Seiten überall den CIA und KGB am Werke zu sehen und sogleich mit den »notwendigen« Bauernopfern zu kontern.
Dennoch ist unverkennbar, daß die USA in den letzten Jahren ihren Hegemonieanspruch zunehmend wieder mit militärischen Mitteln durchsetzen will und einen Atomkrieg ins Kalkül miteinbezieht. Gegen diese Angriffe verteidigen sich Befreiungsbewegungen überall auf der Welt auch mit sowjetischer Hilfe. Der US-Imperialismus (assistiert von seinen jeweiligen Partnern) ist Hauptangriffspunkt antiimperialistischer Politik.
Nachdem mit seiner Hilfe der Zionismus und die arabische Reaktion den palästinensischen Widerstand im Libanon angegriffen und vertrieben haben, ist derzeit Mittelamerika der Schauplatz imperialistischer Kriegsführung gegen die Befreiungsbewegungen der gesamten Region. Deswegen gehört ihnen heute unsere besondere Solidarität.
Venceremos !

Anschlag auf die NATO-Pipeline, Lorch (Juni 84)

Wir haben am 14. Juni 84 das bundesweite NATO-Pipelinenetz bei Lorch gesprengt.
Teil der imperialistischen Kriegsvorbereitungen der NATO ist der kontinuierliche Ausbau eines militärischen Treibstoffversorgungsnetzes in der gesamten BRD. Über ein Pipelinesystem und verschiedenen Treibstoffhaupt- und Nebenlager werden die militärischen Einrichtungen versorgt. Für die Installierung dieser Nervenstränge fließen die Gelder aus einem speziellen NATO-Infrastrukturprogramm, für das z.B. zwischen 1951 und 1977 über 16 Milliarden DM ausgegeben wurden. Weitere Schwerpunkte dieses Infrastrukturprogramms sind 220 Flugplätze, 10.000 km Rohrleitungen und Lagereinrichtungen für zwei Millionen Kubikmeter Treibstoff, Hafenanlagen, Raketenstellungen, Kriegshauptquartiere, Depots, der Fernmelde- und Luftverteidigungssektor.
Der Verlauf der Rohrleitungen ist einfach auszumachen, sobald die Leitungen Straßen, Bahndämme, Flüsse, Bäche oder Kanäle unterqueren, sind rot-weiße Markierungspfosten an beiden Seiten aufgestellt. Auf freiem Feld stehen sie zumindest in Sichtweite. Bei der Durchquerung von Wäldern führt die Leitung durch eine mindestens 6 m breite Schneise. Sie verläuft nie durch, sondern immer knapp an Wohngebieten vorbei. Die Rohre sind in einem 80-100 cm breiten und 120 cm tiefen Graben eingelegt und in Sand gebettet. Sie haben einen Durchmesser von 200 mm und eine Wandstärke, je nach Grabentiefe, zwischen 7,1 und 8 mm. Hier im Süden sind auf einigen Pfosten Schilder mit der Aufschrift: »Treibstoffversorgungsleitung, Bezirksverwaltung Süd, Sitz Idar-Oberstein« angebracht.
Die Tatsache, daß der Erfüllungsgehilfe der Yankee-Kriegspläne, BMfV Wörner nur [25] einen Kilometer von der von uns angegriffenen Stelle der Pipeline wohnt, war für uns nicht ausschlaggebend. Uns geht es darum, die NATO-Kriegsmaschinerie als einen zentralen Teil der imperialistischen Weltbeherrschungspolitik effektiv zu bekämpfen. Dabei ist uns klar, daß wir das nicht durch diese einzelne Aktion schaffen, sondern nur durch die kontinuierliche Ausweitung dieser politischen Praxis. Mit dem Ziel, zu einer tatsächlichen proletarischen Gegenmacht zu werden, die sich eindeutig im Zusammenhang mit den um Befreiung kämpfenden Völkern in den Neokolonien des Imperialismus und den jungen sozialistischen Ländern der 3. Welt begreift.
Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise, die auf dem Rücken der Proletarier in den Metropolen, aber vor allem auf dem der Völker der 3. Welt »bewältigt« wird, ist nichts anderes als der Ausdruck der Umstrukturierung des internationalen Monopolkapitals zur Rekonstituierung ihrer politischen, ökonomisch-technologischen und militärischen Macht. Die Folgen sind Hunger und vermehrtes Massenelend in den Neokolonien, Arbeitslosigkeit und Verarmung im Metropolenproletariat.
Diesem Rekonstituierungsprojekt des Imperialismus müssen wir auf den drei Ebenen unseren Widerstand entgegensetzen:
1. - Gegen die Spaltung und Individualisierung des Widerstandes,
für Organisierung und Entschlossenheit im antiimperialistischen Kampf!
- gegen das Vernichtungsprojekt der Schweine an unseren gefangenen Genossen und Genossinnen in den Trakten,
für den gemeinsamen Kampf um ihre Zusammenlegung!
- gegen den Rückzug in die Subkultur,
für die Entwicklung des Widerstands in der gesamten Arbeiterklasse!
- gegen die monopolistischen »neuen Technologien«,
für die radikale Verhinderung ihres Einsatzes: die Produktionsstätten und Forschungszentren angreifen!
- gegen Rationalisierung und Automatisierung,
für Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung!

- gegen Aussperrung und defensive Streikführung,
für organisierte Arbeitermilitanz!

2. - gegen das Projekt des internationalen Finanz- und Monopolkapitals, die Arbeiterklasse weltweit zu spalten und gegeneinander auszuspielen: durch Produktionssplitting auf internationaler Ebene, durch das Diktieren nationaler politischer Systeme und gleichzeitiger relativer Privilegierung des Metropolenproletariats,
für eine neue Weltwirtschaftsordnung, wie sie von den sozialistischen Ländern der 3.Welt gefordert wird, für die Entmachtung der Konzerne!
- gegen die zunehmende spezielle Ausbeutung der Frauen,
gegen imperialistische Bevölkerungspolitik,
für die Bekämpfung sexistischer und rassistischer Diskriminierung!

3. - gegen den imperialistischen Krieg,
für den Angriff auf die militärischen Koordinationszentralen und Funktionsträger, auf die militärische Infrastruktur, auf die davon profitierenden Unternehmen!
- gegen die polizeilich-militärische Überwachung und Widerstandsbekämpfung, die Haftbedingungen in den NATO-KZs,
für eine weltweite Front gegen den Imperialismus!

Wir wollen uns aber auch mit unserer Aktion an der NATO-Pipeline, die von Aalen-Lauchheim nach Bodelhausen bei Tübingen verläuft, auf die regionalen Kämpfe dort beziehen.
Während unseres Angriffs läuft die Pfingstblockade [26] der Friedensbewegung am US-Raketenstützpunkt Mutlangen, der von dieser Leitung aus mit Treibstoff versorgt wird.
In Bodelshausen wehren sich die Bewohner gegen die geplante Erweiterung des dortigen NATO-Zwischentanklagers um 20.000 Kubikmeter, vermutlich mit Düsentreibstoff JP 4 (Gefahrenklasse A1) auf insgesamt 30.000 Kubikmeter.
Gemeinsam und solidarisch werden die Kriegsprojekte der Imperialisten stoppen!
Krieg dem imperialistischen Krieg!
Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand!
Sofortige Verlegung von Bernd Rössner [27] in die Gruppe nach Celle!
Die proletarische Gegenmacht aufbauen, die antiimperialistische Front organisieren!
Viel Liebe und Kraft allen unseren gefangenen Genossen und Genossinnen!

Aktion gegen die NATO-Pipeline, Mörfelden (Mai 85)

In der Nacht vom 30. auf den 31. Mai haben wir bei Mörfelden einen Schieberschacht der NATO-Pipeline angegangen, die der Treibstoffversorgung der Rhein/Main- Air Base dient. Nach drei Jahren Sonntagsspaziergängen und einem Jahr Inbetriebnahme sieht sich die Anti-Startbahn-Bewegung mit einer neuen »Endsieg«-Initiative der Betreiber konfrontiert.
Neben präventiven Großeinsätzen der Bullen soll mit dem juristischen Kunststück eines generellen

Versammlungsverbots die Kontinuität eines Widerstands zerschlagen werden, der noch immer für vieles steht, was die Herrschenden stört:
- Die kleine, zähe Koalition aus »Bürgern und Chaoten« bleibt ein unberechenbarer, nicht mehr zu integrierender »Störfaktor«.
- der dauerhafte Widerstand vermittelt nach wie vor und über die Region hinaus einen Bruch mit diesem System, was sich in ständigen, auch militanten Aktionen ausdrückt.
- Schließlich beinhaltet dieser Widerstand die Ansätze weitergehender Inhalte (Großprojekte, NATO, ...) und übergreifender Strukturen (im Rhein-Main-Gebiet).
Umso unverzichtbarer bleibt die Durchsetzung der Sonntage [28], der gemeinsamen Aktionen vor Ort und die vorläufige Rücknahme des Verbots stellt hier einen ersten Erfolg dar. Gleichzeitig wollen wir - und das ist ein Ziel unserer Aktion - dieser Offensive der Gegenseite, dem Würgegriff draußen am Gelände, erweiterte Handlungsmöglichkeiten entgegensetzen: gerade auch gegen die US-Air Base als einem zentralen Bereich des imperialistischen Großprojekts Rhein- Main-Flughafen.
Passend zum 30. Jahrestag des NATO-Beitritts der BRD am 5. Mai ist es uns wichtig, die Widerstandsmöglichkeiten gegen die NATO, insbesondere ihre Infrastruktur, nochmals konkreter zu thematisieren, eben als eine Linie im Kampf gegen den Imperialismus.
Als Stützpfeiler weltweiter Unterdrückung ist und bleibt die NATO - ihre Hochrüstung und Perfektionierung auf allen Ebenen - ein ganz zentrales imperialistisches Projekt, unabdingbares Mittel insbesondere zur militärischen Absicherung von Rohstoffquellen und Absatzmärkten auf dem gesamten Globus. Air Land Battle 2000 [29] bestätigt dies für die nächsten Jahrzehnte.
Die Rolle der BRD darin ist kaum mehr zu überschätzen:
- als Frontstaat aufgerüstet gegen den konkurrierenden Machtblock, um in ständiger Erstschlagsdrohung eben diese Konkurrenz weltweit zu neutralisieren, langfristig zu zerschlagen.
- als Hinterland mit zumindest umfangreicher logistischer Beteiligung bei Interventionen in Arabien, Afrika und Asien;
- als vorantreibende Kraft bei der Integration Westeuropas zum erstarkten Standbein in der NATO und nicht zuletzt zur gemeinsam abgestimmten Widerstandsbekämpfung.
Imperialistischer Krieg nach außen, um die wirtschaftlichen Interessen skrupellos durchzusetzen, die Krise abwälzen zu können, täglich auf Kosten unzähliger Hungertoter in der sog. Dritten Welt.
Krieg nach innen, um jeglichen Widerstand hier, der sich nicht integrieren läßt, möglichst im Keim, präventiv, zu ersticken oder zerschlagen, die Vernichtungshaft ist ein Beispiel.
Aus diesen Zusammenhängen bestimmt sich für uns Wille und Notwendigkeit, hier im »Herzen der Bestie« den Kampf gegen das Projekt NATO fortzusetzen und weiterzuentwickeln.
Auch in bzw. trotz einer aufgeblähten und mehrheitlich staatstragenden Friedensbewegung hat sich ein Bewußtsein gegen die NATO zweifellos verbreitert. Die Grenzen zwischen Antimilitarismus und Antiamerikanismus verfließen nicht selten. Die Aktionstage 83 in Bremerhaven/Nordenham, die Blockaden gegen Munitionstransporte dort auch 84 (dazu weiter unten mehr), Manöverstörungen in Hildesheim/Fulda oder auch der fortgesetzte Widerstand gegen die Startbahn West (unter verstärkter Einbeziehung der Air-Base) mögen als Beispiele dafür dienen, daß daran weitergearbeitet wird.
Gleichzeitig haben - das ist unbestritten - viele resigniert, sich perspektivlos bis abwartend zurückgezogen und das längst nicht nur in breiteren »bürgerlichen« Kreisen, sondern gerade auch bei Menschen, die sehr wohl mit diesem System prinzipieller gebrochen hatten (und haben!). Hier wie in obengenannten Bewegungen die inhaltliche Diskussion wieder aufnehmen bzw. weiterzuführen, aber vor allem praktische Orientierungspunkte aufzuzeigen, sehen wir als dringendste Aufgaben.
Mit »festgefressenem Kräfteverhältnis« hatten die Gefangenen die aktuelle Situation recht treffend

bezeichnet. Zwar hat sich in der BRD, gemessen an der Entwicklung von der Bewegungshochzeit 81/82 bis heute ein militanter Widerstand von Demos bis zu Anschlägen stabilisiert, hat sich sogar von einer eher spontanen auf eine organisierte Ebene verschoben (über 500 Sabotageaktionen, 250 Brand- und Sprengstoffanschläge, wie Zimmermann [30] für 84 feststellen mußte). Das war und ist wichtig.
Daß sie hier trotz aller Repression nicht drankommen, bleibt für uns als kontinuierliche Praxis ein wesentlicher Ausgangspunkt. Allerdings hat der Staat mangels offensiver Verbreiterung dieser Aktionen und ensprechend eingeschränkter Effektivität damit umgehen gelernt, fehlt dadurch auch die politische Brisanz und Schärfe, die ihm die Möglichkeit nehmen würde, diesen Kampf als zwar störende aber noch erträgliche Randerscheinung zu schlucken.
»Gelassenheit« wurde ja selbst nach der »Serie von Brand- und Sprengstoffanschlägen« im Dezember/Januar zur Unterstützung der Forderungen von politischen Gefangenen [31] nach ihrer Zusammenlegung öffentlich propagiert, was freilich vorgespielt ist. Denn mit dem Versuch, diese Aktionen leerlaufen zu lassen, sind ohne Frage die Vorbereitungen für ein neues »Rollback« in Gang, also mit ihren Mitteln, von Razzien bis Verhaftungen, die sichtbar gewordenen Ansätze einer »Antiimperialistischen Front«, den militanten Widerstand überhaupt, niederzuschlagen.
»Gelassenheit« können sie sich aber auch leisten, weil die alleinige Potenzierung militanter Aktionen, zumindest in diesem Grad - und um deren Begrenztheit sie wissen - noch nicht ausreicht für einen »Durchbruch«, der eine neue Qualität und damit - was sie vor allem fürchten - Orientierung und Perspektive ausdrückt.
Dazu gehört eine verstärkte offene, politische Mobilisierung, die die verschiedenen Bewegungen, autonome und antiimperialistische Gruppen in eine gemeinsame Auseinandersetzung bringt, um den bisher vor allem objektiven Zusammenhang auch subjektiv zusammenzukriegen - zu einer starken Kraft, die potentiell existiert.
Dazu gehört natürlich auch die Fortsetzung der militanten Aktionen an allen ihren Projekten als politische Angriffe gegen Staat und Kapital, schließlich gezielte, vermittel- und verbreiterbare praktische Eingriffe an den Schwerpunkten ihres militärischen Apparates.
Letzteres - also das direkte Eingreifen/Behindern - bleibt sicher schwieriger anzugehen, setzt bestimmte und zunehmend realistischer werdende Situationen voraus. Bei RDF(Schnelle Eingreiftruppen)-Interventionen z.B. in Arabien wäre die BRD logistischer Umschlagplatz von Kriegsmaterial aller Art, würden von hier aus Soldaten eingeflogen, Verwundete versorgt (nicht zuletzt über die Rhein/Main-Air Base mit dem Sitz des military airlift command, direkt zuständig für die schnelle Luftversorgung nach »Südwestasien«, Afrika ...).
Sicher haben sich die Militärs auch für diesen Fall enorme Überkapazitäten geschaffen, sowohl was die Anzahl militärischer Versorgungseinrichtungen hier betrifft, als auch die zunehmende Installierung von Basen in anderen Ländern »Südwestasiens«: also Türkei, Kenia, Ägypten. Trotzdem werden US/NATO-Truppen, insbesondere bei länger anhaltenden Auseinandersetzungen auf einen möglichst gut funktionierenden Nachschub im »ruhigen Hinterland« angewiesen sein. Und trotzdem konzentriert sich nach wie vor ein wesentlicher Teil dessen auf das infrastrukturell optimal ausgebaute und vor allem »politisch stabile« Westdeutschland.
Diesen Zustand effektiv zu verändern, also an dieser tödlichen Superstruktur NATO politisch an- und gleichzeitig praktisch einzugreifen, stellt sich als eines unserer mittelfristigen Ziele. Eben auch hier einen zunehmend heißen Boden zu schaffen, der sie in der Sicherheit ungestörter Kriegsführungs- und Interventionsfähigkeit trifft und beginnt, hier eine eigene entschlossene, handlungsfähige Kraft, »Front« zu bilden.
Konkretisieren wollen wir das im Folgenden mit zusammenfassenden Informationen und - soweit

vorhanden - Erfahrungen, an einigen u.E. bedeutenden Schwachpunkten des militärischen Apparats.
»Wir verlangen von euch einzig und allein, daß ihr euch an eurem Platz bewährt, denn wenn ihr dem Kapitalismus seine eigentliche Grundlage entzieht, helft ihr uns am meisten. Die Länder der Dritten Welt hoffen gleichsam auf die Schwächung, die der Klassenkampf im eigenen Land für den Aggressor bedeutet. Die Stütze der Befreiungsbewegungen durch den innerkapitalistischen Konflikt (Klassenkampf) sollten durch direkte Interventionen im Land der Imperialisten ergänzt werden: durch den Druck auf die öffentliche Meinung bis hin zu Aktionen gegen die Versorgungseinrichtungen oder Nachschubwege der US-Armee.«
(Amilcar Cabral [32], afrikanischer Revolutionär)

Die militärischen Anlagen selbst sind insbesondere zu Krisenzeiten, entsprechend ihrer Bedeutung, verstärkt gesichert und eher kaum anzugehende Bastionen. Anders sieht es aus mit dem Netzgeflecht militärisch genutzter, bzw. für das Militär unabdingbarer Transport- und Verbindungswege, Wege aller Art, die in ihrem Umfang gar nicht zu bewachen sind:
- Straßen, Schienen, Wasserwege für Truppen- und Munitionstransporte,
- das NATO-Pipelinesystem zur Treibstoffversorgung,
- das NATO-Kommunikationssystem, u.a. mit einem glasfaserverkabelten Fernmeldenetz.

Gerade letzteres wurde bisher kaum beachtet, obwohl dazu ein eigenes NATO-Programm in den letzten Jahren immens vorangetrieben wurde, das NATO integrated communication system (NICS).
Stehen uns noch keine Killersatelliten zur Verfügung, bleiben dennoch genügend Angriffspunkte, die das auf verschiedenen Ebenen ausgebaute Kommunikationsnetz effektiv angehen lassen. Glasfaserkabel müssen irgendwo entlang führen, sind zwar angeblich EMP [33]- und abhörsicher, jedoch keineswegs zerstörungssicher. Mit »zivilen« posteigenen Fernmeldeanlagen, Umsetzern usw. planen und proben die Militärs - im Erstfall würde wesentlich darauf zurückgegriffen - bestehen schon heute Koordinationsstellen zwischen Territorialheer und Oberpostdirektion.
Ohne hier weiter darauf einzugehen, bieten sich an diesem Komplex zweifellos konkrete Eingriffsmöglichkeiten, die verstärkte Nachforschungen auf diesem Gebiet voraussetzen. In Beobachtungen und Nachforschungen, vor allem aber in Diskussionen und Erfahrungen sehr viel fortgeschrittener, scheint sich dennoch der Widerstand gegen Munitionstransporte auf einzelne Ausnahmen reduziert zu haben, entgegen allen Ansprüchen, mit denen doch viele diese »langfristige« Arbeit verbanden und die wir nach wie vor für zutreffend ansehen. Heißt doch »Nachschub stören, (zielmäßig) verhindern« nichts anderes als NATO zerschlagen - oder realistischer: die NATO niedernagen.
Ohne funktionierenden Nachschub keine funktionierende Armee, vor allem keine ungestörte Intervention, was 1983 zu Recht der eurofixierten Raketenbewegung entgegengehalten wurde. Umso trauriger, daß der anfänglichen Euphorie, hier nämlich einen fundamentalen, überall angreifbaren Knackpunkt gefunden zu haben, schon letztes Jahr kaum noch breitere Diskussionen, geschweige denn Aktionen folgten. Allein Teile des unabhängigen Friedensspektrum in der Wesermarsch haben ihre Arbeit fortgesetzt, freilich an einem konkreten Ansatzpunkt, den Bombenzügen in Nordenham und in offenen Blockadeaktionen. Dort sicherlich möglich und angemessen, war die Frage des Umgangs (offen oder verdeckt), weil aufgrund der Observation und Telefonabhören die Beobachtungen und Begrüßungsaktionen verhindert werden bzw. leerlaufen konnten. Hinzu kamen die verschärften Bedingungen massiver Repression, von Pressekampagnen über Hausdurchsuchungen bis zu 129a-Verfahren. Ohne dies zu unterschätzen, muß damit umgegangen werden.
Ob dem eine offene, breite politische Mobilisierung entgegenzusetzen oder verdeckt darauf zu antworten ist, hängt von der jeweiligen Situation ab. Entlang der Wegstrecken erscheint letzteres sicherlich

realistischer, was wiederum die offene politische Diskussion darüber nicht ausschließen darf.
Wir glauben, daß, wie so oft, trotz oben genannter Bedingungen, wesentlich unsere mangelnde Ausdauer und Zähigkeit (für Beobachtungen, für den Aufbau von Strukturen.) dafür verantwortlich sind, daß dieser wichtige Ansatzpunkt im Sog allgemeiner Perspektivlosigkeit untergegangen ist.
An Schiffs- und Schienenwegen, wo wegen ihrer relativen Überschaubarkeit eine Praxis am weitesten entwickelt war, müßte die Auseinandersetzung wieder aufgenommen werden .
Daß damit Aktionsmöglichkeiten nicht auf die Hauptnachschublinie (auf die sie sich bisher bezog) beschränkt bleiben, zeigt der von »Benno, Susi und dem Feuerteufel« in November letzten Jahres gestoppte Militärzug in Berlin anläßlich der US-Wahlen oder die zersägte Schiene zur US-Air Base während der Startbahn-Einweihung. Wenn auch diese und weitere Aktionen vorerst »symbolisch« bleiben, liegt darin weitergehend eine ganz konkrete Eingriffsmöglichkeit.
Sichtbar übrigens schon heute im unruhigen Wendland, wo AKW-Gegner durch Angriffe auf die Infrastruktur (Straßenblockaden, Schienensabotage) die Durchführung der darauf angewiesenen Atommülltransporte erheblich in Schwierigkeiten brachten (und ebenfalls sind dort 129a-Verfahren am laufen). Noch eine weitere Parallele ließ sich hier ziehen: in der Wendlandblockade im April 84, wie auch zu den Aktionstagen im Februar 85 wurden sämtliche Zufahrtstraßen und Schienen gesperrt bzw. zu sperren versucht angesichts der zugespitzten Situation, unter Inkaufnahme eines gestörten Zivilverkehrs.
Obwohl momentan sicher gezielte Sabotageaktionen gegen Militärzüge bzw. militärische Schienenstränge (z.B. zu Depots) vorrangig bleiben, wären ähnliche Aktionskampagnen gegen die Munitionstransporte vorstellbar.
Zum Beispiel bei Ankunft eines großen Schiffes in Nordenham könnte durch vielerart Blockaden an zahlreichen Stellen das gesamte Bundesbahnnetz - vor allen Nord/Süd-Richtung - massiv angegangen werden. Notgedrungen verbunden mit der Störung des Zivilverkehrs, stellte dies bisher ein Tabu dar, das allerdings spätestens mit einer direkten Intervention fallen würde und entsprechend schon heute - anhand der allgemein zugespitzten Situation zu begründen - einiger Proben bedarf.

Das NATO-Pipelinesystem (NPS)
»Die Beweglichkeit von Streitkräften hängt entscheidend von einer gesicherten Kraftstoffversorgung ab. Die NATO- Streitkräfte in Mitteleuropa stützen sich zur Kraftstoffversorgung ihrer Land-, Luft- und Seestreitkräfte deshalb in erster Linie auf die vorhandenen NATO- Pipelinesysteme CEPS und NEPS ab...«(ein Oberstleutnant in: »Wehrtechnik [34] 4/82«)
Auch wenn es in seinen Anfängen weit weniger umfangreich und verschwendungsfähig war, existiert das NATO-Pipelinesystem (NPS) doch schon über 25 Jahre. Erst im letzten Jahr kam es zu einer seiner Bedeutung entsprechenden Würdigung:
* Am 14.6. versuchte eine RZ die Rohrleitungen bei Lorch/Süddeutschland zu sprengen.
* am 11.12.84 jagten die CCC in Belgien das Pipelinenetz gleich an fünf Stellen in die Luft, u.a. die Verbindung zum HQ in Casteau. (Dadurch, daß bei der Verhaftung von RAF-Leuten im Juli 84 in Frankfurt Pläne gefunden worden waren, die auch die Treibstoffleitungen in Belgien betrafen, vermuten die Sicherheitsbehörden einen Zusammenhang).
* im gleichen Monat sprengte die ETA an mehreren Stellen die Treibstoffleitungen zu spanischen und amerikanischen Militärstützpunkten.
* am 8.1.85 entsteht bei einem Sprengstoffanschlag auf die NATO-Pipeline bei Hohenahr (Lahn-Dill-Kreis) angeblich nur geringer Schaden.
* 60-80.000 DM Sachschaden entstanden Ostern 85 durch einen Sprengsatz in einem Schieberschacht der NATO-Pipeline bei Aalen, zu dem sich eine »Kämpfende Einheit Ulrike Meinhof« bekannte

(Pumpstation Osnabrück).
Allein die Reaktionen, insbesondere auf den Anschlag in Belgien, haben die Bedeutung dieses Systems deutlich gemacht: wahre Aufschreie, die das Treibstoffversorgungskonzept der NATO-Truppen in Gefahr sehen, dementsprechend die Hintermänner natürlich gleich bis hin zum KGB [35] vermuten.
Zu einigen Fakten: Das NPS gliedert sich in zwei Teile: Das CEPS (Central european pipeline system) und NEPS (North european pipeline system).
Letzteres, das kleinere NEPS erstreckt sich von der Nordspitze Dänemarks bis südlich des Nordostseekanals, dient der Kraftstoffversorgung aller NATO-Streitkräfte im Bereich Europa-Nord und wird im Frieden von Dänemark und der BRD betrieben. 6.000 km Rohrleitungen, über 100 Pumpstationen und ca. 60 Tanklager mit einem Fassungsvermögen von 1,5 Millionen Kubikmetern, der Anschluß anzahlreiche Raffinerien sowie die Transportmöglichkeit verschiedener Betriebsstoffe machen das CEPS zum umfangreichsten und zugleich kompliziertesten militärischen Versorgungssystem weltweit. Fünf Länder - Belgien, Frankreich, Luxemburg, Niederlande und die BRD sind daran beteiligt. Es dient der Kraftstoffversorgung aller NATO-Streitkräfte im Bereich Europa Mitte, wozu neben den oben genannten auch die USA, Kanada und Großbritannien gehören, das System also von 8 Staaten genutzt wird.
Was die Verantwortlichkeit in logistischen Angelegenheiten als auch den Betrieb innerhalb ihrer Grenzen betrifft, bleiben die beteiligten Länder angeblich souverän. Eine Koordinierung findet dann freilich über eine NATO-Behörde, das Betriebsamt Europa Mitte (CEQA) statt. Im jährlich großzügig erhöhten Etat des NATO-Infrastrukturprogramms hat das NPS seinen sicheren Platz.
Die Aufgaben des NPS sind wie folgt beschrieben:
- »Lagerung von Kraftstoffvorräten - Transport von Kraftstoffen durch Pipelines
- Umschlag im Kraftstoff bei der Einfüllung von Raffinerien und Tankern in das System bzw. bei der Entnahme über Eisenbahnkesselwagen, Tankkesselwagen und Schiffsbeladestellen sowie über Flugplatzanschlüsse.« (Quelle: wie oben)
Das CEPS gliedert sich regional in Betriebsabschnitte, sog. Pipeline-Devisions und diese wiederum in sog. Distrikte. Die BRD hat gemäß einer CEPS-Charta die Verpflichtung für den Betrieb, die Instandhaltung, die Schadensbeseitigung und die Sicherung der auf ihrem Boden liegenden Betriebsabschnitte übernommen, nämlich der 6. und 7. Pipeline-Division.
Die Pipeline Div. 6 ist identisch mit dem Bereich des Territorialkommando Süd, die Pipeline Div. 7 mit dem Bereich des Territorialkommando Nord, der deutsche Teil des NEPS schließlich mit dem Territorialkommando Schleswig-Holstein. Diese deutschen Teile des CEPS und NEPS werden im Auftrag des Bundesministerium für Verteidigung durch eine sog. zivile Gesellschaft betrieben, die Fernleitumgsbetriebsgesellschaft mbH, kurz FBG.
Die FGB gliedert sich in eine Hauptverwaltung, eine Betriebsverwaltung Süd und Nord für das CEPS und in die Betriebsverwaltung Schleswig-Holstein für das NEPS, also entsprechend den zuständigen Territorialkommandos. Zuständig für Betrieb, Instandhaltung, Bewachung, Brandschutz und Ölwehr hat die FGB ca. 1.000 Beschäftige in ihren Diensten. Im Mobilisierungsfall würden sie sofort eingezogen und zusammen mit einem eigens bestehenden Pipeline-Pioniere-Bataillion zu einem entsprechenden Regiment aufgestockt.
Die Pipeline- Pioniere, denen im »Friedensfall« momentan nur die Schadensbeseitigung unterliegt, sind Teil des Territorialheers, den Einheiten der Bundeswehr, die selbst im Kriegsfall noch nationalen Oberbefehl unterstehen sollen und deren Existenz/Aufgabe sehr viel mehr unsere Beachtung finden sollte. Sie sind beauftragt mit der »Aufrechterhaltung der Operationsfreiheit für die NATO-Streitkräfte, einschließlich des Schutzes rückwärtiger Gebiete, um damit eine Voraussetzung für die

Vorneverteidigung zu schaffen«, also »Raum- und Objektschutz, Verkehrsführung, Sanitätsversorgung«, schließlich »logistische Aufgaben«, unter denen natürlich die Treibstoffversorgung eine wichtige Rolle spielt.
Kaum verwunderlich, daß - entsprechend der ausgebauten militärischen Infrastruktur - auch im Rhein/Main-Gebiet Tanklager, Rohrleitungen und Anschlüsse des CEPS bestehen, zumal die Vorneverteidigung eine Versorgung immer grenznäher, also weiter östlich erforderlich macht.
Wir haben mal zu recherchieren angefangen, erheben also keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit, erhoffen uns im Gegenteil weitere Nachforschungen, um ein vollständiges Bild zu bekommen bzw. bestimmte Vermutungen zu bestätigen oder zu verwerfen ...
3 NATO-Tanklager, betrieben jeweils von der FGB, finden sich im südlichen Rhein/Main-Gebiet, in etwa einer Ost-West-Linie. Bei Darmstadt/Eberstadt, unmittelbar neben der Frankenstein(Bundeswehr)-Kaserne, liegt das wohl größte Treibstoffdepot, direkt an der A 5.
Aus diesem Lager führt eine Pipeline nördlich von Mühltal und Roßdorf, zwischen Groß- Zimmern und Dieburg entlang, schlängelt sich dann südlich von Babenhausen (mit Verbindung zu den dortigen US-Anlagen, Hubschrauberlandeplatz?) bis kurz hinter das Seligenstädter Kreuz und dort in das nächste Depot (Mainhausen/Mainflingen) hinein.
Hier, noch westlich des Mains gelegen, führt die Pipeline dann durch den Main ins nur wenige Kilometer entfernte NATO-Tanklager im Kleinostheimer Industriegebiet/Dettingen (bei Aschaffenburg). Als östliche Versorgungsstelle, unabhängig von evtl. zerstörten Mainbrücken, besitzt dieses dann optimale Straßenanschlüsse über die A 45 in nordöstlicher Richtung (Hanau, Fulda) und über die A 3 in südöstlicher Richtung. Dort konzentrieren sich bekanntlich US-Truppen.
Die Pipeline, von Eberstadt in westlicher Richtung nachverfolgt, stößt bei Stockstadt nördlich von Gernsheim auf den Altrheinarm und führt dann weiter in einem nördlichen Bogen den Rhein entlang bis nach Ginsheim bei Mainz, wo dieser Pipelinestrang in einer zentralen Pumpstation der FGB endet bzw. beginnt (Es ist davon auszugehen, daß prinzipiell beide Lauf/Transportrichtungen möglich sind).
Auf dieser Strecke Eberstadt-Ginsheim liegen - nur wenige Meter entfernt, allerdings ohne erkennbare Anschlüsse - ein Bundeswehrdepot mit Treibstoffdepot in Trebur/Hessenaue und auch ein Erdölgebiet/Raffinerie(?) bei Crumstadt nördlich von Gernsheim.
In Gernheim befinden sich wiederum ausgedehnte Hafenanlagen, die einen weiteren Zugang nahelegen. Ist uns diesbezüglich - gerade auch, was den Anschluß an das Zentralsystem angeht - noch vieles unklar, so ist doch ein Adressat mit eigenem Strang bis ins Militärgelande hinein unverkennbar: die Rhein/Main-Air Base. Etwa bei Roßdorf (Darmstadt), also auf der Verbindung Eberstadt-Mainhausen, zweigt eine Rohrleitung nach Norden ab, durchquert den Kranichsteiner Forst, kreuzt dann in der Nähe des Rasthofes (Tankstelle!) Gräfenhausen die A 5 und führt westlich von Mörfelden und Walldorf durch den Mönchbruch in die Air Base.
Und welche/r Startbahngegner/in weiß schon, daß sie/er beim sonntäglichen Überqueren der Grundbachbrücke eben diese NATO-Pipeline hinter sich läßt. Es erfreut sich sicherlich allgemeinen Interesses, hier oder im Wald mal nachzugraben.
Nach den Erläuterungen der RZ, die in Süddeutschland tätig war, »sind die Rohre in einen 80-100 cm breiten und 120 cm tiefen Graben eingelegt und in Sand gebettet. Sie haben einen Durchmesser von 200 mm und je nach Grabentiefe eine Wandstärke zwischen 7,1 und 8 mm.
Der Verlauf der Pipeline ist relativ einfach auszumachen. Sobald die Leitungen Straßen, Bahndämme, Flüsse oder Bäche unterqueren, sind an mindestens einer Seite rotweiße Markierungspfosten aufgestellt. Auf freiem Feld stehen sie zumeist in Sichtweite, in Wäldern wurde eine extra ca. 6 m breite Schneise geschlagen. Zudem laufen die Rohre nie durch, sondern immer knapp an Wohngebieten vorbei. Auf den rotweißen Pfählen sind kleine Schilder angebracht mit der Aufschrift »Fernleitungsbetriebsgesellschaft

mbH, Bezirksverwaltung Süd« (entsprechend: Territorialkommando Süd - 6. Pipeline Division).
In direkter Nähe der Depots und in gewissen Abständen entlang der Rohrleitungen lassen sich eingezäunte, als FGB-eigen ausgewiesene Regulierungsvorrichtungen vorfinden.«
Diese Anlagen, wie auch das System als Ganzes werden nur zum Teil ständig genutzt, ein anderer Teil liegt still, nichtsdestotrotz jederzeit betriebsbereit. Hauptsächlich, um das Pipelinesystem wirtschaftlicher zumachen - und um den Umgang damit zu üben - wird es auch »nichtmilitärisch« genutzt, werden zahlreiche raffinierte und halbraffinierte Produkte im Auftrag von zivilen Kunden transportiert. »An der militärischen Priorität wird damit jedoch keinesfalls gerüttelt: eigens für militärische Zwecke wurde es schließlich konzipiert und hier hat es seine eigentliche, wesentliche Funktion« betonen zuständige Militärs.
Selbst wenn einiges zu kompliziert oder technisch erscheinen mag und ein näheres Einsteigen verlangt, haben wir ganz bewußt Funktionen, Aufgaben und Struktur des NPS ausführlicher beschrieben. Noch bis vor kurzen so gut wie unbekannt, stellt es doch einen wesentlichen Teil der NATO-Infrastruktur dar, den wir ihnen (theoretisch kurzfristig) aus der Hand nehmen können; an dem, für sie kaum zu verhindern, eine verbreiterte Sabotage möglich ist.
Das Problem effektiver Zerstörung, wie es sich zur Zeit noch stellt, ist ein technisches und falls unser Experiment »durchschlagenden« Erfolg hat, werden wirs verbreiten ... falls nicht, auf ein Neues!
So sicher wir wissen, daß eine revolutionäre Umwälzung hier für die BRD nur international möglich ist und wir uns auch so verstehen, so sicher steht für uns doch der Aufbau regionaler und überregionaler Strukturen im Vordergrund. Eine Chance schließlich haben wir nur dann, wenn mehr und mehr Menschen dort gemeinsam kämpfen, wo sie leben und sich auskennen.
Einheit im sozialrevolutionären und antiimperialistischen Kampf!
Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand!
Den Widerstand organisieren!
Schafft viele revolutionäre Zellen!

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Vorbemerkung Kapitel IX

Die Bewegung gegen die Startbahn West
Als Anfang der 60er Jahre bekannt wurde, daß der Ausbau des Frankfurter Flughafens u.a. um eine weitere Startbahn geplant wurde, gab es Proteste aus der Bevölkerung der angrenzenden Region. Die Erfahrungen mit den bereits existierenden Lärm- und Umweltbelastungen durch den Flughafen führte zu einer Ablehnung dieser Ausbaupläne durch alle lokalen politischen Parteien und sozialen Gruppen.
Es gründeten sich Bürgerinitiativen, die sich aus GemeindevertreterInnen aller Parteien und BürgerInnen der betroffenen Gemeinden zusammensetzten. Sie reichten Petitionen ein und engagierten sich in der Öffentlichkeitsarbeit. In dem für den Bau der Startbahn vorgesehen Waldgelände wurde ein Hüttendorf gebaut, gleichzeitig sammelten die Bürgerinitiativen Unterschriften, um ein Volksbegehren zur Frage des Startbahn-Baus zu erreichen.

Die Räumung des Hüttendorfes
Während die Initiativen für das Volksbegehren noch nicht abgeschlossen waren, wurden im Herbst 1981 die Vorbereitungen zur Räumung des für die Rodung vorgesehenen Waldstücks getroffen, das von mehreren tausend Menschen besetzt worden war.
Die Räumung des Hüttendorfes mit einem brutalen Polizeieinsatz am 2. November 1981 führte zu einer bis dahin noch nie erlebten Mobilisierung in der Region und in Frankfurt: Zehntausende demonstrierten mehrere Tage in Frankfurt und in dem Waldgelände. Am 3. November wurde mit dem Bau eines neuen Hüttendorfes begonnen, das jedoch wenige Tage später erneut geräumt wird.
In vielen Städten der BRD fanden Solidaritätsaktionen und -demonstrationen statt. Während eine Mauer um das Baugelände gezogen wurde, demonstrierten am 7. November 1981 rund 40.000 Menschen am Bauplatz, die Abgabe der Unterschriftenliste zum Volksbegehren am 14. November wurde von 120.000 bis 150.000 DemonstrantInnen begleitet.
In dieser Phase der Anti-Startbahn-Bewegung fand der Widerstand und Protest gegen die Startbahn in vielen verschiedenen, nebeneinander existierenden Formen statt. Neben den Massendemonstrationen wurden Blockaden errichtet, traten SchülerInnen in Streiks, wurden Anschläge auf Banken und am Startbahnbau beteiligte Firmen verübt, die Mauer um das Baugelände immer wieder angegriffen und teilweise zerstört.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Bewegung
Als mit der Entscheidung des Staatsgerichtshofes Hessen das Volksbegehren als verfassungswidrig abgelehnt wurde und die massive polizeiliche Präsenz auf dem Baugelände erneute Besetzungsversuche verhinderte, zerfiel die Breite der Bewegung. Die von Anfang an schwelenden Auseinandersetzungen zwischen Militanten und Gewaltfreien kamen nun voll zum Tragen, führten zu Abgrenzungen bis hin zu Diffamierungen.
Ähnlich wie in der Friedens- bzw. Anti-Kriegs-Bewegung zielten Autonome und Antiimperialisten auf die übergreifenden politischen Zusammenhänge ab und thematisierten die militärische Funktion der Startbahn für die NATO, während die Gewaltfreien und die Bürgerinitiativen auf ein neues Volksbegehren gegen die Raketenstationierung und die Gründung einer hessischen »Grünen Liste« hinarbeiteten.
Trotzdem gelang es, auch nach der Rodung des Waldes, dem Baubeginn und der Inbetriebnahme der

Startbahn im April 1984, den Widerstand gegen das Projekt aufrecht zu erhalten. Neben den wöchentlichen Sonntagsspaziergängen zum Startbahngelände fanden subversive Aktionen wie, Knacken der Mauerstreben oder Umsägen von Strommasten statt.
Das Ende der Startbahnbewegung markierten die Schüsse am 2. November 1987, als zwei Polizisten von Teilnehmern einer Demonstration anläßlich des Jahrestages der Hüttendorfräumung getötet wurden.

Die Revolutionären Zellen
legen im August 1983 ein umfangreiches Papier als »vorläufiges Ergebnis unserer Aufarbeitung des Kampfes gegen die Startbahn West« vor. Um einen Aufarbeitungs- und Diskussionsprozeß in Gang zu setzen und aus den eigenen Fehlern zu lernen, analysieren sie zunächst die ökonomische und militärische Bedeutung der Startbahn und anderer Großprojekte und die daraus resultierende Notwendigkeit der hessischen Landesregierung, die Startbahn - auch gegen massive Proteste - um jeden Preis durchsetzen zu müssen.
Sie untersuchen den sozialen und politischen Hintergrund der linksradikalen Bewegung, der Bürgerinitiativen und der in der Region ansässigen Bevölkerung, und die jeweiligen politischen Interessen und Ziele dieser drei Gruppen innerhalb der Startbahnbewegung.
Am Schluß reflektieren sie ihre eigene Beteilung am Kampf gegen die Startbahn und setzen sich mit der »Karry-Aktion« kritisch auseinander.
Am 11. Mai 1981 hatte eine Revolutionäre Zelle den hessischen Wirtschaftsminister Herbert Karry erschossen. In ihrer Erklärung begründeten sie diesen Anschlag mit der politischen und ökonomischen Funktion Karrys, erklärten aber auch, daß sein Tod nicht beabsichtigt war, da sie ihm nur in die Beine hätten schiessen wollen.
Nach dem Haupttext folgen Erklärungen der RZ zu Anschlägen auf Baufirmen, die am Startbahnbau beteiligt waren, und auf das hessische Ministerium für Wirtschaft und Technik.
In der »Radikal« Nr. 121 und 122 wurden Kritiken am Startbahn-Papier veröffentlicht, die von einer Revolutionären Zelle als »diffamierend« und distanzierend abgelehnt wurden. Sie werfen den Autoren vor, sich nicht mit dem Inhalt des Papiers und dem Versuch, politische Strategien zu entwickeln, auseinanderzusetzen, sondern sich nur nach eigenen Bedürfnissen zu richten.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich im Buch auf Seite 732 ff.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Die Bewegung gegen die Startbahn West

August 1983

Dieses Papier ist das vorläufige Ergebnis unserer Aufarbeitung des Kampfes gegen die Startbahn 18 West.
Wir haben diese Untersuchung versucht, weil wir es wichtig finden, die Gründe für die Entwicklung von Kämpfen, ihren Siegen und Niederlagen herauszufinden und auf den Begriff zu bringen, um Konsequenzen daraus ziehen und damit arbeiten zu können.
Für die bevorstehenden Auseinandersetzungen um das AKW Wyhl, die WAA in Dragahn [1] etc. ist es wichtig, daß die Startbahn-Bewegung ihre Erfahrungen zusammenfaßt und weitergibt. Denn gerade der Konflikt um die Startbahn war der erste, in dem die Herrschenden ihre Interessen trotz riesiger Mobilisierung und massenhafter Radikalisierung militärisch durchgesetzt haben. Die Erfahrungen, die hier gemacht wurden, konnten in Wyhl und in Dragahn/Gorleben so noch gar nicht gemacht werden. Wir beanspruchen mit unserem Beitrag weder Vollständigkeit noch absolute Richtigkeit. Es geht uns vielmehr darum, einen Diskussions- und Aufarbeitungsprozess in der Bewegung in Gang zu setzen und diese Diskussionen auch öffentlich (schriftlich) zu führen.
Daß das Papier Einschätzungen enthält, die viele provozieren und manche als zu hart oder gar unerhört empfinden werden, ist uns klar. Andererseits ist dies unumgänglich, weil das Ziel offene und radikale Diskussion über den und nicht Glorifizierung und Beweihräucherung des Widerstands heißt. Die Linke hat es bisher nie geschafft, gekämpfte Kämpfe gründlich und genau zu analysieren, um aus den gemachten Fehlern überhaupt lernen zu können. Dieses Manko muß schleunigst aufgehoben werden.
Praktisch könnten wir uns vorstellen, aus den Ergebnissen einer Vielzahl von Diskussionen eine Broschüre oder ein Buch zu machen. Ein Buch/Broschüre, das/die erscheint, weil so viel gedacht und geredet worden ist. Und keine Diskussionen, die geführt werden, weil was veröffentlicht werden soll.
Es wäre an der Zeit, eine eigene Geschichtsschreibung zu entwickeln, die weniger die Repressions- als vielmehr die Widerstandserfahrungen, Erfolge wie Niederlagen vermittelt. Eine Geschichtsschreibung der Bewegung selbst, die das nicht mehr den mehr oder weniger Professionellen und in der Regel Außenstehenden überläßt.
In vielen Bereichen und Gruppen sind wir natürlich nicht drin, kennen uns nicht aus (v.a. in solchen, die nicht unbedingt im Rampenlicht stehen) und können deshalb nicht einschätzen, was dort läuft und wie. Viele positive Ansätze haben wir aus diesem Grund nicht mitgekriegt und konnten deshalb auch nicht in unsere Einschätzung einfließen. Es wäre gut, wenn sich gerade auch die Gruppen und Leute mal äußern würden, die heute noch aktiv gegen die Startbahn kämpfen und mal darstellen würden, wie sie das Ganze betrachten.
Die Verhinderung eines Großprojektes könnte ein wichtiges Etappenziel eines langfristig angelegten Kampfes sein, das durch seine Signalwirkung die Perspektive von Widerstand, gegen die Resignation und Ohnmacht, verbreitert und stärkt. Das Gefühl, doch nichts ändern zu können, letzten Endes immer der Verlierer zu sein, hält viele Leute davon ab, sich beharrlich zu wehren.
* Um den Startbahnkomplex unter diesen Voraussetzungen - wenigstens im Nachhinein - zu untersuchen, ist natürlich die erste Frage, um was für ein Projekt es sich überhaupt handelt. In welchem politischen, ökonomischen und militärischen Kontext steht es, ist es seitens der Herrschenden aufgebbar oder nicht?
* Die Bewegung selbst haben wir primär unter dem Gesichtspunkt betrachtet, wann es in ihrer Entwicklung eine Stärke gab, die - weiterentwickelt - es möglich gemacht hätte, das Projekt zu kippen

oder wenigstens erheblich zu verzögern. Was hätte besser oder anders gemacht werden können, wie war die Bewegung zusammengesetzt, welche vorhandenen bzw. fehlenden politischen Strukturen sind evtl. Ursache ihres Scheiterns?
* Für die Frage nach den Entwicklungsmöglichkeiten und Perspektiven einer regionalen Bewegung ist es von zentraler Bedeutung, wie es eigentlich um die radikale Linke in der Region ausschaut. Beschränken wir uns dabei auf Frankfurt, weil Kapitalmetropole dieser Region und Ende der 60er / Anfang der 70er eine »Hochburg« der linksradikalen Bewegung. Daß die Situation der autonomen Szene hier weit weniger rosig ist, als es außerhalb vielleicht scheinen mag, hat einen historischen Hintergrund, den wir - notgedrungen kurz - anreißen wollen.
* Das Volksbegehren [2] war für die überregionale Mobilisierung ein wichtiger Faktor. Welche Funktion kam ihm regional zu?
* Bürgerinitiativen prägen die AKW- und Umweltbewegung, ebenso die Friedensbewegung. Für eine Einschätzung ihrer Taktik und Konfliktbereitschaft, wie für die Frage nach möglichen »Bündnispartnern« ist es unverzichtbar, zu wissen, mit wem mensch es dabei zu tun hat, was deren Hintergrund und ihre Perspektiven sind.
* Die Startbahnbewegung ist initiiert und hauptsächlich getragen von der ansässigen Bevölkerung. Was sind die lokalen Voraussetzungen und welche Folgen hat das Projekt für die dort Lebenden?
* Unser Engagement im Konflikt war relativ groß und kontinuierlich: wie haben wir unsere Beteiligung am Kampf gegen die Startbahn gesehen, was finden wir in Nachhinein richtig, was falsch und kritikwürdig?
Im Anschluß daran folgt dann noch der Versuch einer Auseinandersetzung mit der Karry [3]-Aktion.
Der weitaus überwiegende Teil des Papiers ist bereits über ein halbes Jahr alt und deshalb teilweise nicht mehr auf dem neusten Stand. (August 1983)

Die Startbahn West - und andere Großprojekte
Die Startbahn West ist Anfang der 60er Jahre auf dem Höhepunkt des sog. Wirtschaftswunders projektiert worden. Die Nachkriegsära mit dem Wieder- sprich Neuaufbau des durch den 2. Weltkrieg zerstörten Kapitals und insbesondere seiner Infrastruktur war abgeschlossen. Die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt der 20er und 30er Jahre war durch Faschismus und Krieg zunächst zerschlagen und paralysiert, während und nach dem Krieg (Ausländische Zwangsarbeiter - Flüchtlingsströme aus dem Osten - süd- und südosteuropäische Arbeitsemigranten) wieder neu zusammengesetzt und das westdeutsche Kapital auf einer technologisch höheren Stufe neu strukturiert worden. Der darin begründete langanhaltende Boom Mitte der 50er bis Mitte der 60er ermöglichte dem in der BRD investierten Kapital hohe Profitraten und dementsprechend vor allem in den deutschen Facharbeiter- und Angestelltenschichten breite Schichten von Konsum und gesellschaftlichem Konsens auszubauen.
Aufgabe staatlicher Wirtschaftspolitik war, die Bedingungen dieser Entwicklung möglichst lange fortzuschreiben. Nach der Depression Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre hatte der englische Ökonom John Maynard Keynes [4] die nach ihm benannte Wirtschaftspolitik (»Keynsianismus«) entwickelt, die ein gewisses Maß sozialer und wirtschaftlicher Stabilität in den kapitalistischen Metropolen sichern sollte.
Der Keynsianismus - mittlerweile offiziell längst zu Grabe getragen - bestimmte entscheidend die Richtung der damaligen Wirtschaftpolitik.
Er beinhaltet u.a. eine staatliche Geldpolitik, die bspw. durch Senkung des Zinsniveaus Investionsanreize schaffte wie durch Erhöhung der Geldmenge eine »flexible«, d.h. konfliktmindernde Lohnpolitik ermöglichte (staatliche Reallohnsenkung durch Inflation). Des weiteren die Ausweitung eines

künstlichen, weil ausschließlich durch staatliche Nachfrage geschaffenen »Marktes«. Die dafür notwendigen Gelder treibt der Staat über Teilenteignungen (Steuern und Abgaben) sowie über Kredite (Staatsverschuldung) ein. Die zentralen Bereiche dieses durch staatlichen »Konsum« geschaffenen »Marktes« sind die Rüstungs- und die Bauindustrie. Der Bausektor beinhaltet vor allem den Ausbau einer Infrastruktur, die zwei Nutznießer hat: das Kapital und das Militär (Nato).
In diesen Zusammenhang gehören sämtliche Ende der 50er/Anfang der 60er entworfenen Großprojekte, von denen die Startbahn eines unter vielen ist. So stammen aus dieser Zeit allein im Bereich Luftverkehr folgende Projekte:
- Flughafen Hamburg-Kaltenkirchen
- Norddeutscher Großflughafen bei Bremerhaven
- Dritter Verkehrsflughafen für Nordrhein-Westfalen bei Drensteinfurt
- Flughafen Rhein-Main 2 zwischen Mainz und Kaiserslautern
- Flughafen Stuttgart-München zwischen Ulm und Augsburg
- Flughafen Stuttgart 2
- Flughafen München 2 bei Erding. [5]

Von diesem gigantischen Flughafenausbaukonzept der 60er Jahre ist die Startbahn - neben dem noch offenen München 2 - als einzige übriggeblieben. Hinzugekommen sind in der jüngsten Zeit allerdings neue Ausbaupläne (z.B. Hannover und Bremen), die mit der Startbahn eines gemeinsam haben: die Einbringung in die aktuelle Nato-Strategie (dazu später). Dieselbe Gemeinsamkeit besteht mit allen anderen sog. zivilen Großprojekten aus jener Zeit, die allein unter ökonomischen Gesichtspunkten ein totaler Flop sind, aber dennoch mit ins Unermeßliche steigenden Milliardensummen hochgezogen werden.
Dazu gehören unter anderem (und kann jeweils nur kurz und thesenartig angerissen werden):

Der Rhein-Main-Donau-Kanal
Bis zu seiner Fertigstellung soll er nach offiziellen Angaben noch (!) 4,5 Milliarden DM verschlingen. Ein Projekt, an dem ökonomisch nur die bayrische Landesregierung und selbstredend die Bauindustrie ein Interesse haben kann. Für die bayr. Landesregierung bedeutet es Anbindung des traditionell extrem »strukturschwachen« Gebietes zwischen Regensburg und Passau (Bayr. Wald) an einen Schiffahrtsweg, der sich dann vom Rotterdamer Hafen über das Ruhrgebiet, die Rhein-Main-Region, das Industriedreieck Nürnberg/Erlangen/Fürth durch Österreich (Linz/Wien), die Tschechoslowakei (Bratislava), Ungarn (Budapest), Jugoslawien (Belgrad), entlang der rumänisch-bulgarischen Grenze (Bukarest und Sofia) bis ins Schwarze Meer erstreckt (zusätzliche Anliegerstaaten UdSSR und Türkei).
Forcieren würde dies eine Industrialisierung des bisherigen »Feriengebiets« Bayrischer Wald. Attraktiv für's Kapital ist dieser als - bedingt durch traditionell hohe Arbeitslosenzahlen, Heimarbeit etc. - ausgesprochene »Billiglohnregion«. Nach der »Wende« vom letzten Oktober und dem kurz darauf gefällten Entschluß, den Kanal fertigzustelen, hat der BMW-Konzern prompt reagiert und Regensburg (an der Donau) zum Standort für ein schon länger geplantes neues Zweigwerk bestimmt.
National gesehen wird die Fertigstellung des Kanals allerdings erhebliche wirtschaftliche Folgen für den Hamburger Hafen (zugunsten von Rotterdam) und für die sowieso schon defizitäre Bundesbahn haben, die, um konkurrenzfähig zu bleiben (das ist nun mal die immanente Logik), ihre Frachttarife senken müßte. Welche darüber hinausgehende Funktion hat also dieser keiner gesamtstaatlichen ökonomischen Kosten-Nutzen-Analyse standhaltende Kanal, außer Unsummen an Geldern in die Bauindustrie zu verpulvern?
Der ehemalige Bayr. Innenminister Tandler hat's in aller Offenheit angedeutet: der Kanal könne im

Kriegsfall als Aufmarsch- und Versorgungslinie dienen. Was die Aufmarschlinie betrifft: der Kanal (als 25 m tiefe und bis zu 290 m breite Betonrinne) deckt mit und als Verlängerung der Donau die gesamte deutsch-tschechoslowakische Grenze (zwischen Bamberg und Passau) in einer Entfernung von minimal 35 km und maximal 120 km Luftlinie ab.
Darüberhinaus drängt sich geradezu auf, daß der Kanal Bestandteil einer Vorverlegung der 1. atomaren Verteidigungslinie ist. Dies vor allem im Zusammenhang mit dem »Master Restationing Plan« (MRP), der eine Verlegung der in der Rhein-Main-Region stationierten US-Truppen in nordöstlicher Richtung zur DDR-Grenze hin beinhaltet. Der neue Verlauf dieser Linie wäre dann die Achse aus folgenden zumeist Stationierungsorten von Bundeswehr und (vorwiegend) US-Truppen:
Mühldorf - Ohu(AKW)/Landshut - Rottenburg - Kelheim(Mündung Donau/Kanal; in unmittelbarer Nähe A-Waffenlager) - Nürnburg (massierte US-Präsenz; zahlreiche Depots) - Grafenrheinfeld(AKW)/Schweinfurt - Bad Kissingen - Wildflecken(geplanter US-Standort im Rahmen von MRP)/Gersfeld - Fulda (u.a. Chemical Detachment) - Schlitz (geplanter US-Standort auf dem Eisenberg im Rahmen von MRP) - »Fulda Gap« (Fulda Senke) - Hattenbach (»Ground Zero« = 0-Punkt = Aufschlagspunkt der A-Bombe)/Bad Hersfeld - Schwarzenborn - Borken(geplantes AKW/Schnittpunkt mit nördlichem Teil der Linie)/Homberg.
Unweit westlich dieser Linie befinden sich die - im Rahmen von MRP - gerade fertiggestellten bwz. noch im Bau befindlichen hessischen Munitionsdepots (Alsberg, Gundhelm, Gieseler Forst, Grebenhain, Ottrau).

Das Großklinikum Aachen
Nach Angaben eines Krankenkassen-Direktors wurde bewußt mit falschen Zahlen operiert, um den Bau dieses größten Klinikums der Welt inmitten der Unikliniken Köln, Düsseldorf und - jenseits der Grenze - Maastricht, Lüttich und Heerlen durchzusetzen. Das Ganze ist dermaßen gigantisch angelegt worden, daß es unter dem eigenen Gewicht schon 10 cm in den Boden gesunken ist. Kostensteigerung: von 632 Millionen auf 2 Milliarden. Inbetriebnahme: nicht absehbar. Betrachtet mensch das Klinikum unter militärischen Gesichtpunkten, so fällt v.a. dessen geographische Lage in den Blick: Aachen als westlichste Stadt und auf der mittleren Achse der BRD hinter dem Industrie- und Militärzentrum Ruhrgebiet und ca. 60 km Luftlinie hinter der Rhein-Rhone-Linie, der 2. atomaren Verteidigungslinie der Nato, gelegen. In einem Radius von 130 km befindet sich das gesamte Ruhrgebiet einschließlich Dortmund, fernerhin die Linie Koblenz - Siegen - Trier. In einem Radius von etwa 300 km befindet sich im Norden die Linie Oldenburg - Bremen - Hannover, östlich die Grenze zur DDR und südlich die Linie Würzburg - Stuttgart - Freiburg (darin also auch die gesamte Rhein-Main-Region und die Pfalz/Saarland).

Das Atomprogramm
das nicht nach Kriterien von gesellschaftlichem Bedarf und Wirtschaftlichkeit funktioniert, sondern sich danach bestimmt, welche Energieform für die Betreiber und Erbauer am profitabelsten ist. Da bei der Atomenergie der Staat nahezu die ganzen Forschungs-, Entwicklungs-, Bau- und Entsorgungskosten trägt, sind die AKWs für die Betreiber durchaus profitabler als jedes andere Kraftwerk und ermöglichen billige Stromtarife für die automatisierten Großfabriken (die »Otto Normalverbraucher« durch entsprechend hohe ausgleichen darf). Ein Ingenieur aus Trier hat am Beispiel Biblis A mal errechnet, daß der Reaktor 29 Jahre störungsfrei laufen müßte, um die allein für seinen Bau verbrauchte Energie wieder zu erzeugen.
So waren auch die Energiekonzerne bei den bis Herbst 81 in Kalkar verbauten 5 Milliarden Mark nur mit ganzen 41 Millionen dabei. (Historischer) Hintergrund der staatlichen Forcierung und Finanzierung des

Atomprogramms sind hier ebenfalls v.a. militärische Interessen: die deutsche Option auf die A-Bombe (Plutoniumerzeugung) und der Aufbau von »regional geschlossenen Teilverteidigungswirtschaften« (dazu ausführlichst: Autonomie - Neue Folge, Nr. 4/5).

Der zivile Teil des Frankfurter Flughafens
ist heute der mit Abstand größte der BRD, der zweitgrößte Europas und seit 1980 der größte Frachtflughafen Europas (vor London mit insgesamt 3 Flughäfen). Hinzu kommt die im südlichen Bereich des Flughafens gelegene Air-Base der US-Army mit dem größten Terminal des Militärischen Lufttransportkommandos (Military Airlift Command) mit jährlich ca. 500.000 »Passagieren« und dem größten Frachtflughafen der Army außerhalb der USA (1980 ca. 66.000 t); die Air-Base ist damit der zweitgrößte Frachtflughafen in der BRD vor Köln (1980: 52.000 t) und München (1980: 39.000 t).
Bereits 1955 hatte Frankfurt mit (angesichts der heutigen Zahlen) bescheidenen 833.000 Verkehrseinheiten (VE) 33,9 % aller VE in der BRD an sich gezogen. Ursächlich dafür waren zunächst der unmittelbar nach Kriegsende erfolgte Ausbau des Flughafens durch die Yanks. Insofern ist er vergleichbar mit dem Düsseldorfer Flughafen, dessen relative Spitzenstellung sich daraus erklärt, daß er ebenfalls nach 45 von den britischen Streitkräften in Betrieb genommen und den neuen Erfordernissen angepaßt wurde.
Die Benutzung des Frankfurter Flughafens durch die Air-Force in Verbindung mit der Konzentration der US-Streitkräfte in der Rhein-Main-Region prädestinierte Frankfurt von Anfang an als Knotenpunkt nicht nur der militärischen, sondern aller Interkontinentalflüge. Ein zweiter wesentlicher Punkt war die wirtschaftsgeographische Lage des Frankfurter Raums, wo sich zahlreiche Nord-Süd- und Ost-West-Verkehrsachsen bündeln. Das »Frankfurter Kreuz« als Schnittpunkt dieser Verkehrsachsen und der direkt anliegende Flughafen bilden militärisch und ökonomisch eine infrastrukturelle Einheit, die als solche bereits im »3. Reich« konzipiert und gebaut worden war. (Der von den Nazis betriebene Autobahnausbau incl. Frankfurter Kreuz und seine militärischen Hintergründe sind weitgehend bekannt. Weniger dagegen, daß der Frankfurter Flughafen sich bis 1936 am Rebstock (nahe Messegelände) befand und die ersten Rodungen für den heutigen Flughafen 1934 begannen. Die auch heute an der Startbahn West beteiligte Stuttgarter Baufirma Züblin benutzte übrigens für den Anfang der 40er erfolgten weiteren Ausbau des Flughafens Frauen aus dem KZ Natzweiler-Struthof, für das am Flughafengelände extra eine Außenstelle errichtet wurde.)
Aufgrund dieser Gegebenheiten war es nur logisch, daß die Deutsche Lufthansa nach ihrem Wiederaufbau 1955 zwecks optimaler Kostendeckung Frankfurt zu ihrem Zentralflughafen bestimmte (Ausgangs- und Endpunkt ihres Interkontinentalverkehrs; Bestimmung der anderen westdeutschen Flughäfen als Zubringer für die Zusammenführung der Langstreckenverbindungen in Frankfurt). So beträgt der Anteil der Lufthansa an den in Frankfurt erbrachten Verkehrsleistungen 52 %. Da die BRD-Flughäfen für ausländische Fluggesellschaften nur in dem Maß attraktiv sind, wie das dort angebotene Abfertigungs- und Frachtumschlagsvolumen bereits von der Lufthansa genutzt wird, bedeutete diese Entscheidung eine doppelte Konzentration des internationalen Luftverkehrs auf Frankfurt. Dies führte dazu, daß sich die in Frankfurt umgeschlagenen VE von 1955 bis 1974 verzwanzigfachten (1974 : 16.361.00 VE = 44 % aller VE in der BRD).
Im gleichen Zeitraum (1959) wurde die Air-Base im Rahmen der Nato-Planungen zum zentralen Luftstützpunkt für die Logistik der US-Army in Europa bestimmt. Dieser »Nachfrage« kam der in öffentlicher Hand befindliche Konzern FAG (Aktionäre: Land Hessen 45 %, Stadt Frankfurt 29 %, BRD 26 %) mit der Erweiterung der beiden Start- und Landebahnen auf 3.600 bis 3.900 m (1959-1965) und der Beantragung einer 3. Startbahn 1965 nach.
Der nächste Konzentrationsschub erfolgte Anfang der 70er mit der sog. »Ölkrise«. Die Verringerung der

Nachfrageexpansion Ende der 60er und die Auslieferung der (schon Jahre vorher bestellten) Großraumflugzeuge Anfang der 70er hatten bereits zu einem Kapazitätsüberhang bei den Fluggesellschaften geführt. Die 1973 inszenierte »Ölkrise« als Beginn der dann seit 74 in den transnationalen Konzernen geschaffenen »Dauerkrise« in den kapitalistischen Metropolen bedeuteten für den Luftverkehr rapide steigende Treibstoffpreise bei gleichzeitigem tendenziellen Rückgang der Massennachfrage. (Deren Zielsetzungen sind: 1. die Um- und Neuverteilung der gesellschaftlich produzierten Mehrwertmassen zwecks Maximierung der eigenen Profitraten. 2. Angriff auf die Masseneinkommen und die Revolten und Kämpfe der multinationalen Massenarbeiter und Jugendlichen in den westlichen Metropolen. Darüber gewaltsame Durchsetzung einer »neuen Arbeitsmoral« und der Niedriglohnarbeit zur Wiederherstellung hoher Mehrwert- und Profitraten.)
Um die daraus entstehenden Einbußen aufzufangen, war die Folge eine erneute Konzentration der Beförderungsleistungen auf die Knotenpunkte der internationalen Verkehrsräume - und damit auf Frankfurt. Der den Gesetzen kapitalistischer Konzentration und Monopolisierung unterliegende Luftverkehr bündelt die Verkehrsströme zu gigantischen Konzentrationspunkten.
Das Zentrum ist rentabler, saugt dadurch immer mehr an sich, wird immer größer, was wiederum seine Rentabilität und Attraktivität (z.B. kürzere Bodenzeiten, Anschlüsse in alle Welt) steigert usw. Das hat zur Folge, daß Frankfurt selbst beim heutigen allgemeinen Rückgang des Flugverkehrs die geringsten Einbußen bzw. sogar noch ein leichtes Plus zu verzeichnen hat.

Die Air-Base
ist nicht den US-Luftstreitkräften in Europa (US Air Force Europe - USAFE Hauptquartier: Ramstein), sondern direkt dem Military Airlift Command (MAC) unterstellt. »Sämliche US-Flughäfen in Europa beziehen den Teil ihres Nachschubs, der per Luftfracht befördert wird, über Frankfurt.« (aus »Flughafen-Nachrichten« der FAG).
1980 landeten auf Rhein-Main von den strategischen Transportern im Schnitt täglich ca. 10 Starlifter und 2-3 Galaxies (größtes Transportflugzeug der Welt). Außerdem jede Menge Turbopropmaschinen vom Typ Herkules, die für den taktischen Lufttransport innerhalb des europäischen Kommandobereichs eingesetzt werden. Im Jahresdurchschnitt 1980 machte das 74 % aller Flugbewegungen auf Rhein-Main.
Neben der Verteilerfunktion des Nachschubs für Europa hat die Air-Base die Funktion einer interkontinentalen Luftbrücke für Waffen und Truppen nach Nahost, Asien und Afrika. Beispiele sind die Libanon-Besetzung 1959, der Vietnam-Krieg, drei Nahost-Kriege, die gescheiterte Iran-Intervention, Manöver in Ägypten (Big Lift, Reforger). So wurde auch während der Libanon-Invasion im Sommer 82 eine erhebliche Zunahme der Militärflüge beobachtet. Hinzu kommen wird in Zukunft Transport der und Nachschub für die offensichtlich in der Türkei vorgesehene Stationierung der »Schnellen Eingreiftruppe«. [6] Darüber, wie über die im Rahmen der Nato-Aufrüstung geplanten Maßnahmen wird sich der Anteil der von der Air-Base in Beschlag genommenen Kapazität des Flughafens ganz erheblich erhöhen.
Aber selbst wenn sich der bisherige Anteil des militärischen Flugverkehrs dadurch verdoppeln würde (was reichlich hochgegriffen erscheint), würde dies die 3. Startbahn nicht unbedingt erforderlich machen - vorausgesetzt, die FAG wäre bereit, den Privatflugverkehr, der immerhin 5 % der Gesamtflugbewegungen ausmacht, entscheidend zu reduzieren (mit dieser Begründung wurde vor Jahren der in der Nähe von Rhein-Main liegende Kleinflughafen Egelsbach ausgebaut).
Was sind dann die eigentlichen Hintergründe der Startbahn?
Der Charakter des Frankfurter Flughafens als ziviler und militärischer deutet bereits darauf hin: Kapital- und Militärinteressen. Der zivile Teil lebt vom militärischen und umgekehrt.

- Wie vorher bereits ausgeführt, machte die militärstrategische Bestimmung Frankfurts durch die US-Besatzer den zivilen Teil des Flughafens zu dem, was er heute ist. So konnte 1955 selbst gegen den Widerstand der damaligen Adenauer-Regierung, die Köln bevorzugte, die Lufthansa-Basis in Frankfurt durchgesetzt werden.
- Daß Frankfurt im Gegensatz zu anderen westdeutschen und europäischen Flughäfen kein bzw. nur ein bedingtes Nachtflugverbot hat, ist ebenfalls eine Folge seiner militärischen Nutzung.

Umgekehrt profitiert der militärische Sektor davon, daß
- im »Spannungsfall« alle zivilen Anlagen und Einrichtungen beschlagnahmt werden können (d.h. die 15- und incl. Startbahn über 20fache Kapazität seines heutigen »Bedarfs« in Reserve hat).
- sich aufgrund des dualen Charakters des Flughafens v.a. die mit zivilen Maschinen getätigten militärischen von den »rein« zivilen nicht bzw. nur schwer unterscheiden lassen.

Das bestehende Frankfurter Parallelbahnsystem (Nord- und Südbahn mit einem Abstand von 503 m) kann nicht unabhängig voneinander betrieben werden. Das heißt, es kann auf beiden Bahnen gleichzeitig entweder nur gelandet oder nur gestartet werden (aus Sicherheitsgründen beträgt der Mindestabstand von unabhängig voneinander betriebenen Parallelbahnen 1.500 m). Die im Bau befindliche Startbahn West kann dagegen unabhängig von diesen betrieben werden.

Nur: aufgrund der jeweils einzuhaltenden Mindestabstände zwischen aufeinanderfolgenden Flugzeugen ist die Startkapazität generell höher als die Landekapazität. Andererseits ist die Startbahn - der Name sagt's schon - angeblich eine reine Startbahn. D.h. auf ihr darf - jedenfalls nach Planfeststellungsbeschluß - nicht gelandet werden (was allerdings technisch möglich ist). Hinzu kommt, daß sich der zivile Verkehrsablauf jeweils in vier tägliche Start- und Landespitzen einteilt. In diesen Verkehrsspitzen wird die maximale Landekapazität unter Instrumentenflugbedingungen fast immer erreicht und meist überschritten. Gerade dieser Wechsel von Start- und Landespitzen ist Voraussetzung dafür, daß schnelle Umstiegverbindungen, minimale Bodenzeiten und maximale Auslastung der Flugzeuge (d.h. die Attraktivität des Frankfurter Flughafens) erreicht werden. In diesen Spitzen beträgt die Kapazitätsteigerung durch eine neue Startbahn etwa 6 %.

Eine erheblich über diese 6 % hinausgehende Kapazitätssteigerung ist dagegen nur außerhalb der Landespitzen möglich. Mit Fertigstellung der Startbahn hätte die FAG also die Möglichkeit, selbst bei steigendem Zivilflugverkehr auch die in die (relativ kurzen) Spitzenzeiten fallenden Militärflüge besser zu verkraften und außerhalb derer den Militärs große Kapazitäten zur Verfügung zu stellen.

Die eigentliche Funktion der Startbahn wird klarer, wenn mensch sie in Zusammenhang mit den anderen laufenden und geplanten baulichen Maßnahmen am Flughafen sieht. Diese bestehen nahezu ausschließlich in einem nur gigantisch zu nennenden Ausbau der Frachtkapazitäten:

Das am Kopf der Startbahn gelegene neue Frachtzentrum schafft allein in der 1. (von insgesamt 3!) Ausbaustufen eine Jahreskapazität von 1,5 Mio. t. Zusammen mit dem 1971 in Betrieb genommenen Frachthof 3 bedeutet dies schon eine Jahreskapazität von 1,8 Mio t. Das ist fast das dreifache (!) der 1980 umgeschlagenen Fracht (642.850 t). Was bedeutet das? Einmal, daß die FAG (einschließlich Lufthansa) in der Steigerung des Frachtumschlags (und nicht der Passagierzahlen) ihre wirtschaftliche Zukunft sieht. (Die geplante weltweite Einführung elektronischer Fernkommunikationsmittel - Fernkopierer, Video-Konferenzen etc. - würde einem weiteren Anstieg der Geschäftsreisen - als zentralem Faktor für die Zahl der Fluggäste - zumindest enge Grenzen setzen.) Die Schaffung derartiger Kapazitäten (auch ohne die - bisher nur geplanten - Ausbaustufen 2 und 3) rechtfertigt dies allein aber nicht.

Eine Antwort darauf gibt das 1981 von den USA und der BRD unterzeichnete Abkommen »Wartime Host Nation Support« (Unterbringung durch Aufnahmestaaten in Krisenzeiten). Nach Aussagen des US-Generals Jim Allen vor dem Verteidigungsausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses sichert es den Yanks im Krisenfall »den Zugang und die Nutzung aller Einrichtungen des zivilen Teils

des Rhein-Main-Flughafens in Frankfurt, eingeschlossen der Bodenfahrzeuge, der Frachtanlagen und anderer Flughafenausrüstungen« (zit. nach »Stern« vom 18.2.82). Dem liegen die seit langem bestehenden Nato-Planungen zugrunde, im »Krisenfall« sechs zusätzliche US-Divisionen in die BRD zu verlegen. Das sind 600.000 Mann plus 1.000 Kampfflugzeuge. Der Umschlagplatz für diese sechs Divisionen ist natürlich Rhein-Main. »Daraus erklärt sich der Umbau im großen Stil« (»Stern« vom 18.2.82).

In diesem »Krisenfall« ist die Startbahn selbstverständlich keine reine Startbahn mehr, sondern auch Landebahn. Als Start- und Landebahn bewirkt sich aber im Verhältnis zum bestehenden Parallelbahnsystem eine Kapazitätssteigerung von 75 % (Das hört sich erstmal unlogisch an, beruht aber auf folgendem: Eine Start- und Landebahn hat unter Instrumentenflugbedingungen eine Kapazität von 30 Flugbewegungen pro Stunde. Da die bestehenden 2 Bahnen wegen ihres geringen Abstands betriebstechnisch nur wie eine Bahn benutzt werden können, wobei jedoch - weil zwei Bahnen - bei Starts eine Rollphase - 50 Sek. - und bei Landungen die Abrollphase - 23 Sek. - eingespart werden kann, haben sie eine Kapazität von zusammen 40 Flugbewegungen/Stunde. Weil die Startbahn von den beiden anderen Bahnen unabhängig betrieben werden kann, erhöht sie - als Start- und Landebahn - die Gesamtkapazität von jetzt 40 auf 70 Bewegungen/Stunde.)

In diesem Zusammenhang ist auch der in den 70er Jahren forcierte Autobahnbau und -ausbau rund um das Frankfurter Kreuz incl. Flughafen zu sehen.

»Wartime Host Nation Support« beinhaltet weiterhin den Bau von 1.000 Munitionsdepots und Nachschublagern (Kosten ca. 1,2 Mrd.), in denen Waffen und Geräte für die sechs US-Divisionen eingelagert werden sollen.

Inhaltlich dazu gehört ferner der »Master Restationing Plan«, die nord-östliche Verlagung der im Rhein-Main-Gebiet stationierten US-Truppen.

Dies erklärt sowohl den geplanten Ausbau der B 3 zur B 3a (Paralle zur E 4) von Frankfurt aus nach Norden (Friedberg/Butzbach) wie den Ausbau der bereits bis Gelnhausen fertiggestellten B 40 zur A 66 von Frankfurt aus nach Osten (Fulda/Rhön). Ein Teil der Depots sollen entlang dieser beiden Verkehrsführungen gelegt werden.

In diesem Zusammenhang muß auch die Bedeutung des Autobahnnetzes rund um den Frankfurter Flughafen als mögliche Start- und Landebahnen v.a. für Kampfflugzeuge und die Turbopropmaschinen erwähnt werden.

Ohne die Startbahn und den laufenden Ausbau der Frachtkapazitäten würde es im sog. Krisen- oder Spannungsfall auf Rhein-Main nur noch einen sehr eingeschränkten Zivilverkehr geben. D.h. der Konzern FAG müßte - für einen unbefristeten und möglicherweise sehr langen Zeitraum - ganz erhebliche Anteile seines Umsatzes den Konkurrenten abtreten, was seine Monopolstellung rapide untergraben könnte. (Unter diesem Aspekt ist wohl die von Karry im Dezember 80 geäußerte Kritik an der Öffentlichkeitsarbeit der FAG zur Startbahnfrage zu verstehen, daß sie »der Bedeutung dieser Sache nicht entsprochen« habe. Es sei schließlich nicht Aufgabe des Landes Hessen, die unternehmerischen Fragen und Positionen des Flughafens in der Öffentlichkeit auszutragen.) Als nationaler Ausweichflughafen für den Zivilverkehr war bislang wohl der Kölner Flughafen vorgesehen, der als einziger der westdeutschen Flughäfen aufgrund seiner wirtschaftsgeographischen Lage in Verbindung mit den für Großraumflugzeuge erforderlichen Bahnen und modernsten Abfertigungseinrichtungen bei gleichzeitig brachliegenden Kapazitäten (Auslastung unter 40 %) eine Alternative zu Frankfurt darstellt.

Die Startbahn 18 West von vorneherein ausschließlich als »reines« US/NATO-Projekt zu thematisieren, bewirkt nur zwangsläufig falsche Schematisierungen und unsinnige wie unfruchtbare Auseinandersetzungen. Wie bei nahezu allen Projekten, wo die Interessen des ökonomischen und des militärischen Sektors zusammenkommen, führt auch hier jede auf ein (absolutes) Entweder-Oder

reduzierte Fragestellung in die Sackgasse. Wichtig für die Perspektiven des Widerstandes ist vielmehr, den für ein Projekt dominierenden der beiden Sektoren herauszupuzzeln. Und das aus zwei Gründen:
1. Um den hinter dem Projekt stehenden Machtblock konkreter zu machen, auf seine Schwachstellen und Angreifbarkeit hin abzuklopfen, dessen schwächstes Glied wie den eigentlichen Gegner kennenzulernen und zu benennen.
2. Um herauszufinden, ob überhaupt und wenn, unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen ein Projekt zu kippen ist: ob es zu ver- oder nur zu behindern ist und mit welchen Perspektiven für die Bewegung.
Wie wir gesehen haben, ist der militärische Sektor mehr Anlaß denn Grund des Startbahnbaus. Anlaß, weil sich sein Anteil an der Gesamtkapazität des Flughafens erhöhen wird und im - angesichts der aggressiven imperialistischen NATO-Politik absehbaren - »Krisenfall« große Teile der bestehenden Kapazitäten beschlagnahmen wird. Andererseits braucht die NATO die Startbahn nicht um jeden Preis, umso mehr aber die FAG, will sie nicht einer von den Militärs verursachten Aushöhlung ihrer Monopolstellung tatenlos zusehen. Wenn wir FAG sagen, meinen wir damit immer auch den Magistrat der Stadt Frankfurt und die Regierung des Landes Hessen als Anteilseigner der FAG, wie politisch Verantwortliche für die kapitalistische Infrastruktur der Region. Der Frankfurter Flughafen ist aufgrund seiner »Dienstleistungsfunktion« für das in der Region konzentrierte Kapital der größte »Wirtschaftsfaktor« in Hessen und darum mit ursächlich für die Kapitalkonzentration im Rhein-Main-Gebiet. Was den »Haushalt« der Stadt Frankfurt angeht, steht und fällt dieser - da er sich im wesentlichen über Gewerbesteuereinnahmen finanziert - mit der Bedeutung »seines« Flughafens.
Unbestimmter als bei diesem Trio sind dagegen die Interessen der Lufthansa am Bau der Startbahn. So reichte auch die Palette ihrer Äußerungen bezüglich der »Notwendigkeit« des Startbahnbaus von Nein, Jein, Ja bis hin zur Drohung, bei Nichtbau Kapazitäten zugunsten des geplanten Großflughafens München 2 im Erdinger Moos abzuziehen. Klar ist einerseits, daß sie im besagten »Krisenfall« sowohl einen Teil ihrer Luftflotte, als auch ihrer Frankfurter Frachtkapazitäten (1980: 750.000 t bei einem Bedarf von etwa 330.000 t) für militärische Transporte zur Verfügung stellen muß. Andererseits ist für sie als Airline Bau oder Nichtbau der Startbahn aufgrund ihrer Mobilität viel weniger existenziell als für die standortgebundene FAG.
Eindeutig sind die Interessen der letzten im Bunde, wenn sie auch mit der Startbahn an sich recht wenig zu tun hat: die Bauindustrie. An nahezu jeder Schweinerei beteiligt (AKWs, Munitionsdepots, Wohn-Knäste usw.), ist sie gleichzeitig in der Regel das schwächste Glied in der Kette, weil überall präsent und nur bedingt (am Bau, aber nicht am Projekt selbst) interessiert. Damit auch überall Angriffspunkt, ob im Baskenland (AKW Lemoniz, das mittlerweile keine Baufirma mehr fertig bauen will), in Brokdorf oder auf der Startbahn.
Auf der Seite der politisch für den Bau Verantwortlichen, der hessischen Landesregierung, bis Herbst 82 bestehend aus SPD/FDP-Koalition, gab es zwar nicht in Bezug auf den Bau, dafür umso mehr aber in Bezug auf die Vorgehensweise tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten (das gleiche gilt für das Atomprogramm). Diese resultierten aus der traditionellen Integrationsrolle (gerade) der (südhessischen) SPD. So stimmten auf dem Parteitag im November 1980 in Gießen-Allensdorf noch ca. 80 % der südhessischen Delegierten gegen die Startbahn. Ein Abfallprodukt dieses Parteitages wie der Auseinandersetzungen in den unteren Gliederungen der Partei war z.B. das Kasperle-Hearing im hessischen Landtag vom Februar 81. Umso eindeutiger und bestimmter dagegen das Vorgehen der FDP, personalisiert und kristallisiert in ihrer politischen Leitfigur Karry.
Wenn wir zuvor die Startbahn als ein - aufgrund der immer weitergehenden Vereinnahmung des Flughafens durch die NATO - für die FAG existenziell wichtiges Projekt bestimmt haben, wird klar, daß es für diese im Prinzip nicht aufgebbar ist. Hinzu kommt, daß hier der bei dem Atomprogramm evtl.

noch vorhandene Spielraum in der Standortfrage von vorneherein wegfällt.
Was heißt nun »im Prinzip nicht« aufgebbar? Für uns heißt das nicht, daß ein Projekt überhaupt nicht zu verhindern ist, sondern nur unter bestimmten Bedingungen. Daß es in der Bewegung entweder gelingt, über einen langen (!) Zeitraum die Region »unregierbar« zu machen, damit die Herrschenden vor die Alternative stellt, das Projekt entweder fallen zu lassen oder eine qualitativ neue Stufe von Unterdrückung und somit politischer Herrschaftsform zu beschreiten. Oder - das ist zwar kein Gegensatz, aber auch nicht unbedingt dasselbe - die Bewegung bzw. Teile von ihr entfalten ein qualitatives und quantitatives Ausmaß an Militanz und Angriffen auf die Betreiber, daß das Projekt nicht durchziehbar ist. (Bsp.: ETA/Lemoniz).

Hopp, Hopp, Hopp, Startbahn Stopp!
Die Startbahn 18 West ist nicht verhindert worden. Heute, über eineinhalb Jahre nach der Rodung des gesamten für die Startbahn benötigten Geländes, ist ihr Bau mit der Betonierung der Pisten und der Fertigstellung des Tunnels an der Okrifteler Straße zwar zunächst eine Tatsache. Fakt ist aber auch, daß die Bewegung gegen die Startbahn trotz der allmählichen Vollendung des umkämpften Projekts nicht totzukriegen ist. Ein harter Kern von einigen Tausend tummelt sich noch immer an Sonntagnachmittagen (und nicht nur dann) rund ums Baugelände und sorgt nun bereits über eineinhalb Jahre dafür, daß Bullen und FAG-Werkschützer nicht zur Ruhe kommen.
Dieser positive Aspekt kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bewegung - nicht nur zahlenmäßig - sehr geschrumpft ist. Die Startbahnbewegung war (und ist) in ihrer vielschichtigen Zusammensetzung eine äußerst breite, viele verschiedene Bevölkerungsgruppen umfassende Bewegung. Gleichzeitig war dadurch ihre politische Bestimmung - außer der Feindschaft dem Projekt gegenüber - aber undefiniert.
Ins Leben gerufen von Teilen des ansässigen Besitzbürgertums, das einerseits um die Lebensqualität in der Region, andererseits um den Wert des eigenen Haus- und Grundeigentums fürchtete, wurde sie Sammelbecken der unterschiedlichsten Motivationen und Gruppen:
* Naturschutz, Erhaltung des Waldes und damit eines wichtigen Naherholungsgebietes
* Wahnsinn von Großprojekten und der damit verbundenen ökologischen Zerstörungen ganz allgemein - also als ökologisches Bewußtsein, das über die eigene, unmittelbare Lebenssituation hinausgeht (Hintergrund v.a. AKW-Bewegung)
* mit zunehmender Konkretisierung des Projekts und sich abzeichnendem Durchsetzungswillen der Landesregierung gegen den Protest der betroffenen Bevölkerung, Infragestellung der Entscheidungsstrukturen sowie der dazugehörigen politischen (militärischen) und ökonomischen Kriterien
* antiimperialistische Momente auf dem NATO-Hintergrund der Startbahn (KP-Tradition in Mörfelden)
* vor allem überregional durch das Volksbegehren: Die Entdeckung des verfassungsrechtlich verankerten »demokratischen (Mitsprache-)Rechts« des Volkes verbunden mit dem Wunsch, es anzuwenden bzw. durchzusetzen (siehe auch die in der Folge entstandenen Initiativen zur Durchsetzung von Volksbegehren in Bayern und NRW)
* politische Gruppierungen aller Schattierungen: von den Jusos, den Spontis, den Autonomen der verschiedenen Städte, die zum Teil ideologisch mit den Anti-US-Imps verwandt sind, bis hin zu den Grünen
* unzufriedene, revoltierende Jugendliche, für die die Startbahn Symbol einer feindlichen, kaputtmachenden Umwelt und Gesellschaft war und ist, der Widerstand gegen die Startbahn damit Ausdruck einer - wenn auch diffus - umfassenden Ablehnung der bestehenden Verhältnisse.
Diese Pluralität ist ebenso charakteristisch für die Bewegung, wie das sich im Verlauf des Konflikts

entwickelnde umfassende Spektrum von Kampfformen. Daß es weitgehend bei einem sich akzeptierenden Nebeneinander geblieben ist, ist das politische Manko. Es ist nicht gelungen - und auch kaum versucht wurden - von der Duldung der Vielfalt zu einer politischen Auseinandersetzung und Verbindung der verschiedenen Teile und Strömungen zu kommen.
Es stellt sich heute die Frage, was angesichts der selten breiten Mobilisierung und Einbindung in den Konflikt an politischem Bewußtsein und Verhalten bei den »Betroffenen« übriggeblieben bzw. entwickelt worden ist.
Ein großer Teil der Bewegung hat sich - nachdem er nach dem November 81 schon halb den Rückzug angetreten hatte - mit der Ablehnung des Volksbegehrens im Januar 82 endgültig resignativ zurückgezogen. Mit dem faktischen Bauvollzug im Laufe des Jahres 82 bröckelten weiter Leute ab; auch die Linken wandten sich mehr und mehr anderen Themen zu.
Bei den übriggebliebenen, nach wie vor Mobilisierten, relativierte sich die Gewalt-Freiheits-Frage weiter - jedenfalls ideell. Ein nicht unbeachtlicher Teil ging zu organisierten, militanten Angriffen auf Betreiber, Mauer, Gerätschaft und Kontrollorganen über, was öffentlich kaum durchkommt wegen einer vor etlichen Monaten von den Bullen verhängten Nachrichtensperre.
Dieser Radikalisierung, die in dieser Form sicher nur für bestimmte Gruppen in Frage kommt, stehen auf der traditionellen politischen, für die Bevölkerung aber immer noch bedeutsamen Ebene, negativ die regionalen Ergebnisse der Landtags- und Bundestagswahlen im September 1982 und im März 1983 gegenüber.
Sept. 82 März 83
Startbahnwahlkreis Groß-Gerau:
SPD 39,6 % 41,8 %
CDU 39,1 % 42,5 %
Grüne 18,2 % 8,0 %
FDP 2,0 % 7,0 %

Mörfelden-Walldorf
SPD 27,8 % 38,7 %
CDU 34,4 % 36,4 %
Grüne 33,4 % 16,? %
FDP 2,1 % 7,6 %
DKP 2,3 %
Die Rechnung der Grünen, die darauf setzten, daß sich das Protestpotential der Startbahnbewegung mit ein bißchen Engagement (so z.B. einige üble Schein- und Propagandablockaden im Wahlkampf beim dafür günstig gelegenen Beginn der Betonierung) in viele Wählerstimmen ummünzen ließe, ist nicht aufgegangen. Eine Erfahrung,die schon die KPF machen mußte, als sie nach der Revolte im Mai 68 [7] durch von ihr ausgehandelte hochprozentige Lohnerhöhungen glaubte, bei den von ihr betriebenen Neuwahlen massiv Wähleranteile kassieren zu können und dabei eine ordentliche Pleite erlebte. Es ist vielmehr anzunehmen, daß gerade die immer noch mehr oder weniger Aktiven - trotz z.T. bestehender Differenzen - ihr Kreuz bei den Grünen gemacht haben.
Daß viele, viel zu viele, in der einen oder anderen Form wieder zur Resignation des Alltags zurückgekehrt sind, hätte in dem Maß sicher nicht stattgefunden, wenn in den entscheidenden Phasen die Bewegung in der Lage gewesen wäre, entschlossener und offensiver vorzugehen, ihre Größe und Breite in politische Stärke umzuwandeln und damit wenigstens anzudeuten, daß Schritte in Richtung Veränderung durchaus eine reale Perspektive haben.

Um hier substanziellen sozialrevolutionären Widerstand zu organisieren, ist es eine Voraussetzung, die bestehenden Ansätze dahingehend zu entwickeln und zu intensivieren. Das Kippen eines Großprojektes wie die Startbahn könnte eine wichtige Etappe in die Richtung sein, den Herrschenden mehr als etwas Nervenaufreiben zu bescheren und das Machtgefüge gründlich durcheinanderzubringen.
Es genügt nicht, das festzustellen. Es genügt auch nicht, z.B. »Keine Startbahn West« zu fordern, ohne zu überlegen, ob und wie sich dieses Ziel erreichen läßt. Wir wollen uns wenigstens im Nachhinein fragen, wie es möglich gewesen wäre und woran es gescheitert ist.
Die nun folgende Chronologie der Ereignisse vom Oktober und November 1981 hielten wir für notwendig, um einen zusammenhängenden Überblick über die Hochphase der Bewegung zu geben. Einerseits liegt das alles schon länger zurück, andererseits ist das Wissen um den konkreten Ablauf Bedingung für eine Analyse und Diskussion. Den Oktober haben wir grob skizziert, die erste Novemberhälfte detailliert dargestellt.
* 5.10.
Nach Auslösung der Alarmkette wird das bereits im November 80 gerodete und für die Untertunnelung der Okrifteler Straße (über die die Startbahn hinwegführt) benötigte 7-Hektar-Gelände von mehreren tausend Leuten besetzt.
* 6.10.
Der am späten Vormittag aufmarschierte Bullenapparat, der sich noch an die »Spielregeln« (Pflasterstrand) des gewaltfreien Widerstands hält, zieht sich nach mehrstündigen, ergebnislosen Räumungsversuchen unverrichteter Dinge wieder zurück.
* 7.10.
Als sich im Lauf der Nacht bis zum Mittag die Reihen der Platzbesetzer auf max. 1.000 gelichtet haben, gelingt den Bullen - immer noch relativ soft - die Räumung. Gegen Abend, als immer mehr Menschen sich an den Absperrungen im Wald versammeln, gibt es die ersten massiven Knüppeleinsätze.
* 11.10.
Der »blutige Sonntag«: Nach einer Demonstration von über 10.000 zum Mitte der Woche geräumten Gelände mit anschließendem Gottesdienst und Anbuddeln der inzwischen aufgestellten Mauer, bekommen die BGS-Einheiten Knüppel frei. Unterschiedslos wird auf alles geschlagen, was sich bewegt, ob jung oder alt, Mann , Frau oder Kind.
* 12. - 31.10.
Mit immensen Arbeitseinsätzen wird das Hüttendorf befestigt und die Zufahrtswege verbarrikadiert. In der letzten Woche beginnt die FAG mit der Untertunnelung. Auf dem Flughafengelände werden große Bullenverbände zusammengezogen.
* 1.11.
Auf den Beginn der Untertunnelungsarbeiten und die für einen der nächsten zwei Tage erwartete Hüttendorfräumung reagiert die Bewegung mit den ersten massiven Angriffen auf die Mauer um das 7 ha-Gelände.
* 2.11.
Gegen 9 Uhr - zur gleichen Zeit findet in Wiesbaden eine seit langem anberaumte Pressekonferenz der BI zum Volksbegehren statt - überrennen die SEKs aus den verschiedenen Bundesländern das schlafende Hüttendorf; die Rodung von Baulos 1 beginnt. Trotz aller Hinweise hatte der dafür zuständige KO (Koordinationsausschuß; Spahn, Treber, Martin u.a.) keinen Alarm ausgelöst: die in den vergangenen Wochen errichteten Befestigungen und Barrikaden waren damit für die Katz. Hinter den eingenommenen Wällen verschanzen sich nun die Bullen. Von hier aus starten die SEKs den ganzen Tag über ihre Knüppelorgien gegen die in den Wald strömenden Menschen.
* 2.-5.11.

An diesem und in den folgenden Tagen erlebt die Region eine noch nie dagewesene Mobilisierung, deren Zentren der Wald und die Frankfurter City sind. Hinzu kommen Solidaritätsdemos und -aktionen in der ganzen BRD, ja selbst in Rom.
- in Darmstadt demonstrieren bspw. täglich bis zu 5.000 pro Demo, in Frankfurt bis zu 10.000
- in den Wald strömen - über den ganzen Tag verteilt - bis zu 18.000 Menschen
- Schulstreiks und Bahnhofsblockaden in Frankfurt, Rüsselsheim, Groß-Gerau und Darmstadt
* 2./3.11.
In dieser Nacht läßt eine RZ eine Funkfeuereinrichtung des Flughafens in Flammen aufgehen (Schaden ca. 400.000 DM); in Frankfurt werden 156 Banken entglast und ein Bagger angesteckt; in Darmstadt fliegt ein Molli auf's Kennedy-Haus.
* 3.11.
In Mörfelden demonstrieren abends 8.500 Leute. In der Frankfurter Rohrbachstraße wird gegen Mitternacht eine Demo von ca. 1.500 Leuten von süddeutschen SEKs (sog. Todesschwadrone) überfallen. Als die in Panik geratenen Leute in angrenzende Wohnungen und Häuser flüchten, dringen die Bullen auch dort ein. Kurz darauf brennt im Frankfurter Westend eine Filiale der Deutschen Bank vollständig aus.
* 4.11.
Ruhe gab es auch am Mittwoch (erst recht) nicht. Schon mittags zogen fast 3.000 Leute von der Uni vor den Frankfurter Römer. [8] Aus Sachsenhausen kamen ein paar hundert streikender Schüler dazu. Die Ereignisse der letzten Nacht wurden besprochen, eine kurze Kaffeepause eingelegt, um am Nachmittag dann durch die Innenstadt zum Hessischen Rundfunk zu ziehen. Über 10.000 Demonstranten wollten dort eine Live-Diskussion zwischen Startbahngegnern und der Politikerriege Börner [9], Gries [10], Dregger [11] erreichen. Ein paar hundert von ihnen ignorierten die locker verschlossenen Glastüren und hielten das Hauptgebäude des HR für eine halbe Stunde besetzt (Taz vom 6.11.81)
* 5.11.
Die BI kündigt für Samstag die Besetzung von Baulos 1 an.
* 6.11.
Um 4 Uhr früh beginnen die Bullen das - am 3.11.begonnene - 2. Hüttendorf zu räumen. Noch während die Räumung im Gange ist, detoniert - wegen der Rodung des Waldes durch österreichische Holzfäller - vor dem österreichischen Generalkonsulat in Frankfurt eine Bombe (RZ); im Westend brennt die Filiale der Stadtsparkasse aus. Vormittags demonstrieren »einige tausend Schüler« (FR) sowohl in Rüsselsheim als auch in Frankfurt. Nachmittags und abends in Frankfurt 15.000 (mit anschließendem ersten Open-Air-Konzert auf der Hauptwache), 3.000 in Offenbach, mehrere Hundert in Heusenstamm, Neu-Isenburg, Langen und Bad Nauheim. In Friedberg wird das Büro des SPD-Unterbezirks Wetterau besetzt, in Kassel besetzen 300 Leute das Redaktionsgebäude der »Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen«. Die Gewerkschaft der Polizei verteilt ein Flugblatt unter dem Titel »Wir haben die Schnauze voll« und kündigt eine eigene Demonstration für den Dezember an. Der südhessische SPD-Vorsitzende und stellvertretende Landesvorsitzende Görlach schlägt eine »Dialogpause« spätestens für den Zeitpunkt vor, zu dem der Antrag für das Volksbegehren vor dem hessischen Staatsgerichtshof verhandelt werde. Begründung: Damit die gewalttätigen Auseinandersetzungen wieder in friedliche Bahnen gelenkt werden. Zwischen den KO-Mitgliedern Spahn und Martin und dem Polizeidirektor Vogel und dessen Stellvertreter Wetzel findet abends eine mysteriöse Unterredung unter acht Augen bzgl. der bevorstehenden Platzbesetzung statt. Als »Taxi« benutzen Spahn und Martin einen Streifenwagen. Zitat aus einem Papier Martins vom 11.11.: »Wir haben in diesem Gespräch Vogel und Wetzel von unserer Aktion unterrichtet ...«

* 7.11.81 Der »Nacktensamstag«:
Trotz geringer Mobilisierung (-szeit) ziehen 30-40.000 in den Wald, von denen der Großteil für eine Konfrontation mit den ca. 4.000 Bullen auf Baulos 1 gerüstet ist. (Zeitgleich laufen in mehreren westdeutschen Städten Solidaritätsdemos, so z.B. 4.000 in Stuttgart, wo der Hauptbahnhof lahmgelegt und der Busbahnhof des Flughafens besetzt wird, in Freiburg sind es ebenfalls 3.000 bis 4.000, in Michelstadt/ Odenwald wird das FDP-Büro besetzt.)
Gemäß einem (angeblichen) Beschluß des erweiterten KO vom Vorabend überqueren 50-60 »nackte« BI'ler als Spitze eines »Keils«, den die Massen bilden sollen, ungehindert auf Teppichen den Natodraht. Hinter den »Nackten« schließen sich sofort die Ketten von Bullen und BI-Ordnern, die einen jenseits, die anderen diesseits der Absperrung. Der größte Teil der »Nackten« in von diesem Verlauf ebenso überrascht wie die Menschen auf der anderen Seite des Zauns.
Die unruhige Menge wird in Schach gehalten, indem der »Nackte« Jürgen Martin sich und seine »Leidensgenossen« über Bullenlautsprecher (!) zu Geiseln erklärt, deren Leib und Leben in Gefahr sei, wenn die Menge keine Ruhe halte (O-Ton). Die diesseits des Natodrahts postierten Ordner erklären jede/n zum Provokateur, der/die an diesem rumhantieren. Präsentiert wird dann die Forderung nach einem Gespräch mit Innenminister Gries, die auch alsbald erfüllt wird, da Gries offensichtlich in räumlicher Nähe bereits auf diese Forderung wartet.
Derweil wird an den Flanken von Baulos 1 der Mauerbau ungehindert vorangetrieben.
Als es bereits dunkelt, werden die »Verhandlungsergebnisse« der 5-köpfigen »Nackten«-Delegation mit dem Minister bekanntgegeben, als »großer politischer Sieg« verkauft und die »Scheiße« brüllenden, seit Stunden ausharrenden Leute aufgefordert, nach Hause zu gehen. Eine Wasserwerfer-Besatzung bringt die Situation auf den Begriff, indem sie über Lautsprecher die Bundesliga-Ergebnisse verkündet.
Niedergeschlagen bis wütend ziehen die Zehntausenden aus dem Wald, der kurz darauf leergefegt wie selten zuvor ist. Auf der Nachhausefahrt wird das »Frankfurter Kreuz« durch an die 100 quergestellte Pkw's blockiert. Auch die Strecke Frankfurt-Darmstadt wird durch mit Warnblinkern fahrende Wagen, die zeitweilig stehen bleiben, total verstopft. Ähnliches ereignet sich auf den Autobahnen Richtung Würzburg und Köln.
Am frühen Abend fliegt in den Vorgarten eines leitenden FAZ-Redakteurs in der Frankfurter Nordweststadt ein Molli.
* 8.11.
Mehrere hundert Leute statten in Bickenbach den dort wohnenden Ministern Hoffie und Schneider einen Besuch ab. Der SPD-Unterbezirks-Parteitag in Wiesbaden fordert die Einstellung aller Bauarbeiten bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs. Der Vorsitzende dieses Unterbezirks und Pro-Startbahn-Landtagsabgeordnete Frank Breucker wird wie folgt zitiert: »Die Startbahn ist politisch nicht mehr durchsetzbar« und »so wie es jetzt aussieht, stehen wir das nicht durch« (FR vom 9.11.81)
* 9.11.
Der DGB-Landesvorstand (dessen Vorsitzender Richert in Personalunion auch das Amt des Landesvorsitzenden der SPD auf sich vereinigt) schlägt eine »Atempause« vor. Bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs sollen alle Bauarbeiten und Demos eingestellt werden.
In den Städten der Region flaut die Bewegung in dieser Woche rapide ab. So sind auf der täglichen Frankfurter 17-Uhr-Demo nur noch etwa 1.500 Leute - im Gegensatz zu den 15.000 vom Freitag.
* 10.11.
Die »Sonderkommission Karry« veranstaltet eine bundesweite Razzia mit Schwerpunkt Frankfurt. Offensichtliches Ziel: in die aufgebrochenen Kontroversen um den Samstag mit einer Aktion gegen die Militanten in den Städten einzugreifen, um diese einzuschüchtern und von den aufgebrachten und radikalisierten Bürgern der Region zu isolieren.

Willy Brandt und Volker Hauff [12] reisen nach Wiesbaden, um die ins Wanken geratene SPD-Landtagsfraktion wieder auf Linie zu bringen. Zeitgleich findet eine Kabinettsitzung statt, auf der ein »Moratorium« abgelehnt wird.

* 11.11.81

Abends findet die erste VV (ca. 800 Teilnehmer) seit Samstag statt. Der KO kommt mit seiner öffentlichen Selbstkritik und dem Verweis auf die Gefahr einer Spaltung der Kritik der Bewegung zum Teil zuvor. Weitgehender Konsens ist, daß die Pleite vom Samstag so nicht stehen bleiben kann. Deshalb beschließt die VV, der Landesregierung für Sonntag, 12.30 Uhr, ein Ultimatum für einen Baustopp zu setzen, andernfalls werde der Platz besetzt.

* 12.11.81

Die abends tagende Delegiertenversammlung schmeißt den VV-Beschluß dergestalt um, daß bei Beibehaltung des Ultimatums die angedrohte Platzbesetzung durch eine Blockade des Terminals ersetzt wird.

* 14.11.81

In Wiesbaden findet die - seit Monaten terminierte - Abgabe der Unterschriftenlisten für das Volksbegehren im Rahmen einer Massendemonstration statt, an der zwischen 120.000 und 150.000 Menschen teilnehmen. Diese Demonstration spiegelt das gesamte Protestpotential der Startbahn-Bewegung wieder (Kirche, Gewerkschaften, Naturschutzverbände, Parteijugend etc.)

Auf der Abschlußkundgebung verkündet Alexander Schubart [13] das Ultimatum in Gestalt des Delegiertenversammlung-Beschlusses vom 12.11. (Flughafenblockade); dafür bekommt er im Januar 83 vom hessischen Staatsschutzsenat 2 Jahre auf Bewährung wegen Nötigung eines Verfassungsorgans.

Für den VV-Beschluß (Platzbesetzung) mobilisiert dagegen niemand! In Berlin (3.000) und Bremen (600) laufen Solidaritätsdemos.

* 15.1.82

Nach Ablauf des Ultimatums sind zwischen 15.000 und 20.000 »draußen«, der Großteil am Flughafen. Da der Flughafen von Bullen und FAG-Werkschutz abgeriegelt ist, verlagern sich die Auseinandersetzungen immer mehr auf die angrenzende Autobahn, die damit ebenfalls im Umkreis von 50 Kilometern dicht ist. Zeitgleich läuft einige Kilometer entfernt, der Sturm von ca. 3-5.000, darunter viele »Bürger« gegen die inzwischen fertiggestellte Mauer von Baulos 1, die dabei zwar erheblich beschädigt, aber nicht überwunden wird.

Abends gibt's am Ortseingang von Walldorf Putz mit 2 Hundertschaften, als Walldorfer und Mörfeldener die zur Sperrung der Okriftler Straße verwendeten Container abräumen.

* 16./17.11.81

In Bezug auf die Auseinandersetzungen am Flughafen (demgegenüber werden die Auseinandersetzungen an der Mauer kaum erwähnt) überschlagen sich die Berichte und Kommentare in den Medien in ihrem Gegeifere. In diesen Chor reihen sich die BI-Sprecher ein und distanzieren sich im Nachhinein von dem »Kuckucksei«, das sie selbst gelegt haben: Leo Spahn distanziert sich von dem Ablauf der Flughafenbockade als Sache irgendwelcher Angereister, klammert aber die Aktionen an der Mauer ausdrücklich aus seiner Distanzierung aus; als Grund mutmaßt die FR wohl nicht zu Unrecht: »An den gewaltsamen Auseinandersetzungen an der Mauer beteiligten sich erstmals auch zahlreiche ältere Bürger vor allem aus dem Raum Mörfelden-Walldorf »(FR v. 16.11.81)

Gegenüber DPA erklärt A. Schubart: Vielleicht sei der Aufruf zur Flughafenblockade das falsche Mittel gewesen. Doch ohne den Aufruf wäre es zu noch größeren Auseinandersetzungen an der Mauer gekommen. So habe der Plan für einen »Totaldurchbruch« bestanden (zitiert nach Frankfurter Rundschau am Abend vom 16.11.81). Und: »Mir ging es darum, den zu erwartenden ganz großen Ramba-Zamba zu

kanalisieren.« (Spiegel vom 23.11.81)

Wir gehen nicht unter in Niederlagen ...

Die Bewegung, die sich zwischen dem 2.11. und 6.11. sowohl im Wald wie auf den Straßen und Plätzen der Region - vor allem in Frankfurt in einer nahezu ununterbrochenen 24stündigen Mobilität - artikulierte und präsentierte, war weitgehend spontan, unorganisiert und vielschichtig zusammengesetzt. Der Startbahnkonflikt hatte als »Aufhänger« lange unterdrückte und kanalisierte Gefühle und Energien freigesetzt, die so bunt und vielfältig waren wie die Bewegung. Das machte sie nicht nur unberechenbar und schwer kontrollierbar für die Bullen, sondern auch für jeden Führungsanspruch.

»Während noch Gerichte tagen, die Kirche verhandelt und das Volksbegehren jetzt erst so richtig in Hochform läuft, hat ein plötzlicher und unerwartet harter Angriff der Staatsgewalt dieses Gefüge noch mehr durcheinandergebracht. Der Angriff hat eine massenhafte Mobilisierung bewirkt. Die Eigendynamik der Aktivitäten eilt den BIs weit voraus und ist zum kleinen Teil von ihnen initiiert geschweige denn unter ihrer Kontrolle. War für viele vorher nicht mal klar, was denn •aktiv- und •gewaltfrei- sein sollte, wächst urwüchsig und massenhaft die Bereitschaft, sich zu •wehren-. Wehren aus Selbstschutz, sich die Kommandotruppen mit Stockwürfen vom Hals zu halten, Polizei- und Baufahrzeuge unschädlich zu machen. Es herrscht eine Stimmung, die das Demolieren von Banken und Reisebüros immer mehr zur Verlockung macht, weil die Demos sowieso verboten und brachial zusammengeschlagen werden. Polizeiwaffen und Elitesoldaten lassen keinerlei Chance zur Gegenwehr in Form einer Straßenschlacht zu. Das sehen jetzt auch die Alten, die Kommunalpolitiker, die Pfarrer, befragte Gemeindearbeiter von Walldorf, ihr Bürgermeister vor einer Straßensperre und Hausfrauen. Eine Gruppe älterer Frauen aus Walldorf, die nach Diskussion mit einer Gruppe Jugendlicher Scheißebeutel abfüllen: •Sie werfen nur, wenn die Kommandos ausbrechen. Wir können ihnen keine besseren Mittel geben, sie müssen sich schützen- und •Sowas ist doch harmlos gegen diese Chaoten-, gemeint sind die Beamten der Polizei. Die Bevölkerung radikalisiert sich zunehmend. Da fällt oft das Wort von •in die Luft sprengen-, einige Jungen fangen an und viele überlegen herausragende Punkte des Wahnsinns (Flughafeneinrichtungen und Baumaschinen) zu zerstören, abzufackeln, mit dem Gefühl, wir haben wenig Chancen, aber wir können auch nicht anders, um uns selbst zu behaupten.« (Burg, Taz v. 6.11.81)

In der Geschichte der Startbahn-Bewegung sehen wir die erste Novemberhälfte 81 als die Phase an, in der sich entschied, ob die Bewegung eine Stärke entwickelt, die eine Verhinderung der Startbahn in Aussicht stellt, in der Lage ist, zumindest punktuell die Machtfrage zu stellen und die Herrschenden zu einem Zugeständnis zu zwingen.

Um diese Stärke zu gewinnen, hätte die quantitative Ausdehnung dieser Tage in qualitative Stabilität und Kontinuität umschlagen müssen, um ihre Anziehungskraft und ihren Wirkungsgrad zu erhöhen. Das ist nicht geschehn. Im Gegenteil war die Bewegung nie wieder so attraktiv wie zu diesem Zeitpunkt.

Die für den 7.11. (kurzfristig) angesetzte Platzbesetzung macht die Zähmung der im Aufwind befindlichen und »außer Rand und Band« zu geraten drohenden Bewegung für die Erhaltung des Führungsanspruches der BI (bzw. ihres Führungskreises) selbst um den Preis der Demobilisierung notwendig.

Die Bewegung bot wegen ihres unorganisierten Charakters bei entsprechender Regie die idealen Voraussetzungen für die Wiedergewinnung der Kontrolle und politischen Hegemonie. Die Initiative über den Ablauf konnte nur gesichert werden, indem die Demonstration der »nackten Gewaltlosigkeit« als Spitze des nachfolgenden Sturms auf den Platz verkauft und als medienwirksames Spektakel zugleich inszeniert wurde; alles weitere war dann nur noch das Problem einer dramaturgischen Regie, in der BI und Bullen ihren gleichberechtigten Part hatten.

Das gleiche Spiel setzte sich in der darauffolgenden Woche fort, wenn auch mit stark reduzierter Massenmobilisierung und in variierter Form.
Der Führungsanspruch war zwar am 7.11. behauptet worden, gesichert war er, angesichts der heftigen Emotionen und Reaktionen auf die Niederlage aber keineswegs. Der Plenums-Beschluß vom 11.11. war ein eindeutiger und unter den gegebenen Bedingungen - schlagartige Demobilisierung nach dem 7.11., Ausbleiben neuer dezentraler Aktionen und Aktionsformen - politisch einzig richtiger Beschluß, die Manifestationsoffensive auf der sog. politischen Schiene (Volksbegehren) über die Massendemonstration in Wiesbaden am 14. mit einer Wiederbelebung und -aufnahme der praktischen Offensive am 15. zu verbinden.
Diese konnte nur auf dem Bauplatz erfolgen.
Zum einen, weil der Kampf nur dort wieder aufgenommen werden konnte, wo er zuvor sein vorläufiges Ende gefunden hatte; den 7.11. mit einem erneuten, aber zielstrebigen und komromißlosen Platzbesetzungsversuch praktisch aufzuheben und - soweit überhaupt möglich - mit all seinen fatalen Folgen »auszuradieren«. Daß er damit in starkem Maße den von den AKW-Kämpfen her bekannten Charakter einer ersten »Entscheidungsschlacht« annehmen würde, war dabei unumgänglich. Zum anderen, weil aufgrund der fortschreitenden Rodungs- und Bauarbeiten die Konfrontation vorrangig dort angedroht werden mußte, wo der Kern des Konflikts lag (und zudem von der bürgerlichen Presse am wenigsten ausschlachtbar war); und der lag nun mal im Wald und nicht am Terminal. (Um nicht zum wiederholten Mal diesbezüglich mißverstanden zu werden, wollen wir hier klarstellen, daß unser damaliger wie heutiger Verweis auf den Wald als »Knackpunkt« des Widerstandes nicht im geringsten meint, andere Widerstandsebenen und Angriffspunkte rausfallen zu lassen. Im Gegenteil: Flughafenblockaden - und noch mehr - hätten im Idealfall jeden Tag stattfinden können und müssen. Wenn wir mehr gewesen wären, auch am 15., aber als Unterstützung und nicht Ersatz für eine Bauplatzbesetzung.)
Der Plenumsbeschluß, über die Teilnehmenden hinaus nicht öffentlich bekanntgegeben, wurde mißachtet - jedenfalls nicht dafür moblisiert. Auch nicht von den Linksradikalen, die zum Großteil auch dem von Schubart verkündeten Aufruf zum Flughafen folgten und so - wenn auch unbewußt und ungewollt - an der nun endgültigen Demobilisierung der autonomen Massenbewegung mitwirkten.
Damit war genauso endgültig die Initiative an die Herrschenden abgegeben worden, die von nun an das Heft in der Hand behielten. Die Chance, die Startbahn - wenn auch vorläufig und befristet - »politisch nicht durchsetzbar« zu machen, war vertan.

... sondern in Kämpfen, die wir nicht kämpfen

Dafür, daß der so mobilen und breiten Massenbewegung der ersten Novemberwoche nach dem »Nacktensamstag« der Atem stockte, sehen wir verschiedene Gründe als ausschlaggebend an:
1. Konkret: Der Ablauf des Samstag und dessen demoralisierende Wirkung. Wesentlich war dabei nicht, daß das eigentliche Ziel, die Platzbesetzung, nicht erreicht wurde, sondern was da und wie es ablief. Das Gefühl, total verarscht und verschaukelt worden zu sein, die Unfähigkeit und Hilflosigkeit, den Teufelskreis aus Verarschung auf der einen (»eigenen«) und Verhöhnung auf der anderen (Bullen) Seite zu sprengen, erlebt zu haben, war den »Kids« und den »Alten«, dem »Militanten« wie dem »Bürger« weitgehend gemeinsam. Das trifft ins Mark und lähmt, ist um ein Vielfaches schlimmer als es jede noch so harte - und körperlich schmerzhafte - Niederlage bei einem realen Besetzungsversuch hätte sein können.
Das ist der Unterschied zwischen militärischer und politischer Niederlage, der da zum Tragen gekommen ist. In den Tagen zuvor waren sowohl barbarische Prügel von den Bullen wie auch die schmerzliche, aber punktuelle Niederlage der Hüttendorfräumung, in deren Befestigungen und Verteidigungswällen

immerhin wochenlange Arbeit und 'ne Menge Hoffnung steckte, ein- und weggepackt worden. Beides hatte nicht zu Resignation und Demobilisierung geführt, sondern das genaue Gegenteil zur Folge. Die für diesen Tag vorgesehene Platzbesetzung hatte nicht den Charakter einer Entscheidungsschlacht, mit der alles steht oder fällt. Es war aus der Entwicklung der vorherigen Tage klar, daß sie ansteht. Das Fatale war, daß aus den eigenen Reihen der Versuch, die gewonnene Stärke der Bewegung auf die Probe zu stellen, vereitelt wurde, ihr quasi von innen heraus die Spitze genommen wurde.
2. Die Quantität der Bewegung ist nicht in Qualität umgeschlagen. Ihre einzige Stärke war ihre Größe und Mobilität. Eine darüber hinausgehende Zielgerichtetheit fehlte ihr. In der Woche vor dem 7.11. sind keine massenhaft durchführbaren Aktionsformen gegen die politischen und vor allem ökonomischen Strukturen der Betreiber gefunden und erprobt worden, die den Druck auf die Herrschenden insgesamt noch verstärkt hätten. Aktionen, die der Bewegung über das »Wir sind Zehntausende« hinaus ein eigenständiges politisches Gewicht und Selbstbewußtsein hätte geben können und als Folge dessen eine Perspektive aufgezeigt hätten, an die nach dem Einbruch vom Wochenende hätte angeknüpft werden können.
Die unzähligen Demos und Umzüge, für die die tägliche Frankfurter 17-Uhr-Demo exemplarisch war, blieben real darauf beschränkt, allein durch ihre Summe wie darüber, daß irgendwo, gleich welche Uhrzeit, immer was lief, die Bullen permanent auf Trab zu halten und so langsam aber sicher physisch zu verschleißen (was im übrigen so manchen amoklaufenden Bullen erklärt).
Darüberhinausgehende Aktionen wie z.B. Blockaden von FAG-freundlichen Zeitungen, in der Stadt ansässigen Startbahn-Baufirmen, Besuch von Fluggesellschaften, FAG-Aufsichtsräten etc. oder auch das Einbeziehen des Betriebsgeländes von Großbetrieben in Demorouten fanden dagegen so gut wie nicht statt.
An Vorschlägen in dieser Richtung hat es zwar nicht unbedingt gefehlt (FAZ-Blockade, Flughafenblockade, Hausbesuch bei Wallmann [14] usw.). Versuche, wie z.B. die Besetzung des Hessischen Rundfunk konnten jedoch vor allem von den zu diesen Anlässen in ausreichender Zahl anwesenden Alt-Spontis (u.a. ASTA) und immer mit Megaphonen ausgerüsteten KB'lern meist »erfolgreich« abgebogen werden.
Im Gegensatz dazu hat es unseres Wissens nicht mal Versuche gegeben, zeitlich parallel zu den Demos oder unabhängig davon größere Gruppenaktionen gegen die Betreiber- und Kapitalstrukturen in der Stadt zu unternehmen. Damit meinen wir weniger irgendwelche »hit and run«-Geschichten, sondern Aktionen wie beispielsweise die Holzfällerblockade in Eppertshausen während Baulos 2 (dort hatten etwa 70 Leute morgens die österreichischen Holzfäller für ca. 4 Stunden am Verlassen ihrer Unterkünfte gehindert).
Wir denken, daß es wichtig gewesen wäre, wenn seitens organisierter und bewußter größerer Gruppen solche Aktionen vorbereitet gewesen wären, um die Ratlosigkeit in bestimmten Situationen durch Benennung und Umsetzung eines konkreten Ziels aufzuheben. Bei einem guten »Timing« und der Bekanntgabe auf den Demos wären das gute Gelegenheiten gewesen, Impulse zu geben und große Teile der Demo dorthin zu mobilisieren. Die Bereitschaft eines Gutteils unterstellt, hätten so die Abwiegeleien unterlaufen werden können. Die haben nämlich nur dann eine Chance, wenn die Alternativen voller »wenns und abers« bzw. »vielleichts« stecken, nicht aber, wenn sie sich real anbieten.
Notwendig und sinnvoll wären auch vielfältige Gruppenaktionen in verschiedener Form zur Blockade des Flughafens gewesen - und zwar so oft wie möglich. Hier hätte die Bewegung Punkte auf ökonomischem Gebiet (Fluggesellschaften) gegen die FAG sammeln können.
Eine ganz anders gelagerte Kampfform wäre gewesen, den in den Großbetrieben der Region z.T. breit vorhandenen Protest gegen die Startbahn in Aktionen im Betrieb umzusetzen. Ein Beispiel, wo diese Voraussetzungen vorlagen und sich von hier hätten ausdehnen können, ist Opel/Rüsselsheim. Von den

dort rund 35.000 Beschäftigten lebt ein gutes Drittel im direkten Umland des Flughafens. Während und nach der Räumung des Hüttendorfes gingen die spontanen Krankmeldungen und Urlaubsgesuche in die Tausende. Viele hatten, als sie von der Räumung erfuhren, Arbeit Arbeit sein lassen und sind raus in den Wald. Es wurde zwar von Streik geredet, initiativ wurde aber niemand - abgesehen davon, daß massenhaftes Krankfeiern auch 'ne Art von, allerdings passivem, Streik sind. Außerdem hätte es nicht unbedingt ein vielleicht zu riskanter Streik(versuch) sein müssen, denn mit massiver bzw. gut geplanter Sabotage hätte der Laden auch stillgestanden.
Dies als Beispiel für einen Ansatz, den wir als sehr wesentlich erachten und an dem weitergedacht werden müßte. Einerseits, um in aktuellen Konflikten den ökonomischen und politischen Druck zu erhöhen, andererseits, um die Kampfplätze zu verlagern und politisch-inhaltlich zu erweitern. Den Konflikt in die Produktionsstätten tragen.
Auch wenn die oben genannten Punkte nur angerissen und unvollständig sind, zeigen sie doch wo(ran) es »gehängt« hat, daß die Quantität der Bewegung nicht in eine ihr angemessenen Qualität umgeschlagen ist.
Die gebrochene Geschichte der Linken in der Region und, damit zusammenhängend, nicht vorhandene Strukturen bilden die wesentliche Ursache für diese Mängel. In vielen Situationen wäre es gerade auf die Existenz einer verbindlichen (nicht straffen) Organisierung der radikalen Linken angekommen, die bereit und in der Lage ist, zu intervenieren - so am 7.11., danach und überhaupt in den beschriebenen Situationen. Alles darauf zu reduzieren und damit auf sich beruhen lassen, wäre einfach, aber falsch. Es gibt eine Menge ausgebliebener Antworten auf die allzeit vorhandenen Schwierigkeiten und Probleme der Startbahn-Bewegung, die vielleicht oft gedacht, aber kaum ernsthaft und zielstrebig diskutiert, geschweige denn versucht worden sind.
1. Ein Problem der Linken ist, daß ihre Politik von größeren Teilen der Bevölkerung isoliert ist, aus ihrem Ghetto nicht rauskommt und zum Teil auch wenig dafür tut.
Im Startbahn-Konflikt war es die Bevölkerung, die durch ihren Protest die Linke erst mobil machte. Anstatt hier aber die politische Initiative zu ergreifen, versteckte mensch sich hinter dem angeblich nicht genug entwickelten Bewußtsein der sog. Bürger (Beispiel: Air-Base-Demo 4.12. - die dann in der Frankfurter Innenstadt stattfand - : von den Veranstaltern wurde vorher absolute Gewaltlosigkeit festgelegt. Begründung: Gewalt könnte die Bürger abschrecken, sich mit dem Aspekt Nato-Startbahn zu beschäftigen). Von Anfang an wurde allzu ängstlich auf die vielschichtige Zusammensetzung der Bewegung gestarrt, ganz bestimmte Bürger mit »dem Bürger« - von dem erstere immerzu redeten - verwechselt; ein »Bürger«, den es nie gab und auch heute nicht gibt. Orientiert wurde sich (deshalb?) zumeist an einem vorgegebenen »Minimalkonsens«, der zwar nicht verbal, dafür aber praktisch als statischer und nicht permanent offensiv in Frage zu stellender und veränderbarer angegangen wurde.
2. Der Begriff der »Gewaltfreiheit« ist nie politisch und offensiv diskutiert worden. Von den ideologischen Propagandisten der »Gewaltfreiheit« ist sie immer legalistisch begriffen und betrieben worden (was in der Friedensbewegung wieder deutlich wird). Das hätte frühzeitig Gegenstand von Auseinandersetzungen sein müssen unter den Parolen: Statt Minimalkonsens - gegenseitige Tolerierung der real unterschiedlichen Aktionsformen; gegen Vereinnahmung und Dominanz der Bewegung durch die legalistische Tendenz.
Damit hätten diejenigen, die Gewaltfreiheit als praktische Kampfform begreifen, von denen, die den Begriff benutzten, um die Bewegung symbolisch, gesetzestreu und kontrollierbar zu halten, getrennt und dazu gebracht werden können, sich selbst aktiv einzubringen.
3. Die Frage der Spaltung wurde - ausgenommen die Führungsriege, die damit keimende Kontroversen einzudämmen suchte - nie thematisiert. Spaltung thematisieren heißt keineswegs, auf sie hinzuarbeiten. Es geht einfach um die Offenheit und Offensivität in der Diskussion.

So sind weder Worte und Taten der BI-Führung politisch angegriffen worden (und da hätte es eine Menge Punkte gegeben), noch sind Strategie und Praxis des Widerstands politisch offensiv angegangen worden - und wenn darüber eine Spaltung als Klärungsprozeß risikiert worden wäre. Das hätte allerdings genaue und inhaltlich klare Diskussionen, sowie die Übernahme von Verantwortung erfordert. Statt dessen wurde Verantwortlichkeit von den »Radikalen« zu weiten Teilen genauso delegiert wie vom »Bürger« und lieber der vorgegebene Platz im vorgegebenen Rahmen eingenommen (Diese fehlende Verantwortlichkeit setzt sich bis heute fort in der Verdrängung einer Auseinandersetzung und Aufarbeitung der gemachten Erfahrungen.).

Frankfurter K(r)ämpfe

Daß der Bewegung ein Katalysator fehlte, der in bestimmten Situationen die Initiative ergreift, Entwicklungen unterstützt, beschleunigt und zu ihrer Festigung beiträgt, haben wir zur Genüge beschrieben.
Den Linksradikalen der Region ist es nicht gelungen, diese Funktion zu übernehmen. Sie haben es auch kaum versucht oder konnten es nicht (objektiv gesehen).
Die politische Praxis zeichnete sich vor allem durch plakative Verbalradikalität aus, die Militanz theoretisch für sich beanspruchte. Die Einlösung dieses Anspruchs bereitete enorme Probleme, was sich im Verlauf der Auseinandersetzungen in einer höchstens ansatzweisen Umsetzung ausdrückte. Ersatzweise wurde die sich draußen unabhängig entwickelnde Militanz verbal für sich vereinnahmt.
Die seit November 81 traditionellen sonntäglichen Angriffe auf die Mauer - neben den nächtlichen Mauerknackereien und Anschlägen auf Baufahrzeuge und Lichtmasten - wurden von Beginn an fast ausschließlich von den Jugendlichen aus der Region getragen, unterstützt von den »Alten«, die diese durch ihre Anwesenheit sowie durch »Feindaufklärung« und Kurierdienste deckten.
Die »Autonomen« aus den Städten hinkten da immer ziemlich hinterher. Und nicht nur das, sie ließen die lokale Bewegung, die nur zu einem geringen Teil von den örtlichen BIs repräsentiert wurde - auch auf sich allein gestellt.
Daraus, daß am 7.11. (sag bloß eine/r, wir hätten da 'nen Fimmel) eine Intervention gegen die inszenierte Niederlage nicht möglich war, kann mensch niemandem einen Vorwurf machen. Daß das, wie vorherige Linkereien der BI-Spitze und noch folgende, politisch nicht aufgearbeitet wurde und Gegenstand härterer Kontroversen war, schon. Wir halten jedenfalls nichts von taktischen Bündnissen bzw. Anbiedereien, bei denen andauernd beide Augen und Ohren zugedrückt werden müssen. (Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende).
Das Vorgehen auf der politisch-organisatorischen Ebene war geprägt von der Fixierung auf und die Anpassung an den offiziellen BI-Apparat. Die Linksradikalen bildeten z.T. dessen »Linke Fraktion«. Hintergrund davon ist u.a. das dominierende politische Interesse, die eigenen Inhalte - im wesentlichen unter dem Stichwort »NATO-Startbahn« zusammenzufassen - zum Hauptbestandteil der offiziellen Anti-Startbahn-Propaganda machen zu wollen.
Auch im Verhältnis zur Bewegung beschränkte sich die Radikalität allzu oft auf den Versuch, antiimperialistische Inhalte zu vermitteln und zu verbreitern, als ob das Verhältnis von Bewußtsein und Kampf ein lineares und nicht ein dialektisches wäre. Ganz davon abgesehen, daß der propagierte Antiimperialismus ein verkürzter, weil inhaltlich reduziert auf die jungen Nationalstaaten und national-staatlichen Befreiungsbewegungen der »3.Welt« und faktisch losgelöst von der Klassenfrage in den Metropolen war und ist (und damit im übrigen auch immer der Gefahr unterliegt, mit dem - u.a. in der Friedensbewegung vorhandenen - neuen Nationalismus konform zu gehen und zum puren Anti-Amerikanismus zu verkommen.).
Die linksradikale Scene in der Region kann nur auf eine sehr kurze Geschichte und Erfahrung

zurückblicken. Nicht vorhandene Strukturen und das Politikverständnis, das wir eben versucht haben zu beschreiben und kritisieren, führen wir zu einem Großteil darauf zurück, weil die politische Sozialisierung von Menschen letztlich doch weitgehend von ihrem Umfeld und den daraus resultierenden Anstößen wie Beschränkungen abhängig ist.
Der nun folgende Versuch einer Analyse soll einerseits diese Tatsache begründen, aber vor allem auch ein Anstoß sein, mit diesem Manko anders umzugehen.
Nach der Auflösung des SDS [15] hatten sich 69/70 in Frankfurt eine Menge Initiativen und Gruppen gebildet, die die Ausweitung ins soziale Terrain unternahmen (v.a. Lehrlingsgruppen, Stadtteil- und Betriebsgruppen). Die über Untersuchungsarbeit und den daraus formulierten praktischen Schritten auch zum Hebel der Kämpfe Anfang der 70er wurden.
Die Orientierung lief über die italienischen (Arbeiter-)Kämpfe und die in diesen entwickelte Klassenanalyse: Die Bestimmung des Massenarbeiters als der Arbeitersektion, die aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke wie ihrer - aus der objektiven Stellung im Produktionsprozeß folgenden - antagonistischen Beziehung zur kapitalistischen Technologie (Fließband) tendenziell Motor des revolutionären Prozesses ist; weiterhin die Ausweitung und Übertragung der antagonistischen Massenarbeiterforderung nach Lohn als Einkommen (Mehr Lohn - weniger Arbeit) auf die Stadt: Häuser besetzen - die Miete nicht bezahlen; darüber Vereinheitlichung der Kämpfe in den Fabriken und in der Region.
Praktisch wurde dieser Ansatz in einer mehrjährigen Betriebsarbeit bei Opel Rüsselsheim (RK - Revolutionärer Kampf) und dem Frankfurter Häuserkampf (70-74). Ausgangspunkt des sozial vielschichtig zusammengesetzten Häuserkampfs war die Umstrukturierung des Frankfurter Westends zur Niederlassung des Finanzkapitals (Banken und Versicherungen).
Durch Teilabriß bzw. Zerstörung von bewohnten Häusern und bewaffnete Schlägertrupps der Spekulanten sollten die Bewohner vertrieben werden. Parallel zu einer Reihe von Hausbesetzungen (seit 1970) liefen ab 1971 die Mietstreiks v.a. der italienischen und türkischen Emigranten (1973 mehr als 300 Familien).
Die angestrebte soziale Ausweitung blieb (aus Gründen, die einer genaueren Untersuchung bedürfen) gleichwohl beschränkt bzw. entwickelte sich sogar zurück. Ein wichtiger Punkt war sicherlich, daß sich die Tendenz der Selbstghettoisierung in den besetzten Häusern immer stärker durchsetzte. Das aber provozierte und ermöglichte auch das staatliche Roll-Back.
Auch der Betriebsinterventionismus war vorwiegend eine zeitlich befristete Perspektive und behielt die akademische Karriere in der Hinterhand.
Nachdem, zeitlich parallel zu den Fabrikkämpfen, spätestens Ende 73 der Häuserkampf seinen offensiven Charakter verloren hatte und sich immer mehr defensiv orientierte, bedeutete die monatelange Fixierung auf die Verteidigung des Blocks Bockenheimer/Schuhmannstraße (4 Häuser) und die dann doch im Februar 74 erfolgte Räumung zwangsläufig dessen Ende.
Die Unfähigkeit bzw. fehlende Bereitschaft zur politischen Aufarbeitung der Fehler und Niederlagen produzierte und verfestigte die zunehmende Perspektivlosigkeit. Daran vermochten auch die massiven Nulltarif-Kämpfe im Mai 1974 nichts zu ändern. Der Abräume der Roten Hilfe im Dezember 1974 folgte im gleichen »Krisenwinter« die weitgehende Selbstauflösung der RK-Betriebsgruppe im Rahmen der von Opel verfügten Entlassungen (und Einstellungsstops) über die Mitnahme hoher Abfindungen.
Während ab 75 noch Reste der Scene im Zusammenhang mit spanischen und italienischen Emigranten versuchten, durch den Aufbau von Stadtteilzentren und Betriebsgruppen in zwei Frankfurter Arbeitervierteln politische Kontinuität zu sichern, begann bereits auf der anderen Seite der - noch zaghafte - Aufbau des alternativen Ghettos, der sog. »Politik in erster Person« (Zentralität des eigenen

Bauches) und ihres Sprachrohres »Pflasterstrand«.
War der Molli-Angriff auf das spanische Konsulat [16] im Frühjahr 75 noch Ausdruck zwar brüchiger, aber noch relativ intakter Strukturen organisierter Massenmilitanz, konnte ein Jahr später im Mai 76 davon keine Rede mehr sein. Wut und Haß über den Stammheimer Mord (Ulrike Meinhof) brachte zwar 2.000 Leute und Unmassen Mollis auf Frankfurts Straßen, die gemeinsame politische Identität aber war inzwischen endgültig Reminiszenz und keine Realität mehr.
Die Verhaftung von Teilen des RKs wegen »versuchten Mordes« (auf der Meinhof-Demo wurde ein Bulle durch einen Molli schwer verletzt) war für den mittlerweile überwiegenden Teil der Scene der letzte »Kick«, den Rückzug ins Privat-Alternative geschlossen und politisch propagierend anzutreten. Gerade letzteres macht das Spezifische der Frankfurter Situation aus. Der alte Zusammenhang marschierte geschlossen in den Schoß des Staates zurück und hockt heute im Bundestag.
Das war aber nur die eine Seite der Medaille. Die zweite war, daß alle, die diesen Gleichschritt nicht mitvollzogen, von nun an ausgegrenzt wurden. Neben der Distanzierung von neuen militanten Zusammenhängen wurde eine Anti-Guerilla-Kampagne forciert, die im Frühjahr 1977 mit der Klein-Klein-Kampagne, der offenen Bespitzelung und Denunziationsdrohung von Teilen der Scene ihren traurigen Höhepunkt erreichte.
In diesem Kontext bewirkten die Ereignisse vom Herbst 77, dabei insbesondere die Entführung der Lufthansamaschine »Landshut« [17], ein Ausmaß an politischer Desorientierung, das für die Frankfurter Linke personell und inhaltlich einen Bruch der sozialrevolutionären Kontinuität beinhaltete.
Ein Bruch, mit dessen Folgen und Auswirkungen die sich seit 79 zaghaft formierende autonome Scene im Grunde bis heute konfrontiert ist. Er ermöglichte einerseits eine qualitativ neue Dominanz der alternativen »Nischen-Politik« in der Stadt. Andererseits konnte jeder autonome Ansatz nur explizit gegen diese entwickelt werden. Er war zudem jederzeit praktisch in der Zange zwischen staatlicher Macht auf der einen und im »Pflasterstrand« betriebener Entsolidarisierung auf der anderen Seite (zahlreiche Hausbesetzungsversuche 79/80).
Der Bruch von 77, die völlig neue Zusammensetzung der Scene danach und die reformistische Counter-Politik der Alt-Spontis (Integration und Entsolidarisierung) bildeten den besonderen Hintergrund, auf dem die alten Fehler neu, schneller und schärfer wiederholt wurden: Statt Verbreiterung ins soziale Terrain das »Rotieren« im eigenen Saft, der Aufbau eines eigenen Ghettos (Indercity Nied).
Das waren dann auch die z.T. selbstproduzierten Voraussetzungen für die staatliche Einkreisung und Zerschlagung. Diese wurde markiert durch die Staatsschutzaktion gegen den »Schwarzen Block« [18] am 28.7.81, die weniger die Scene an sich als vielmehr deren (präventive) Zerschlagung im Hinblick auf die unmittelbar bevorstehende Zuspitzung des Konflikts um die Startbahn West zum Ziel hatte.
Eine andere Folge der Frankfurter Verhältnisse war, daß sich quasi als radikaler Gegenpol zu den Alternativen eine neo-stalinistische Variante von Anti-Imperialismus relativ breit entfalten und Einfluß nehmen konnte.

Januskopf Volksbegehren

Das Volksbegehren schaffte eine breite Öffentlichkeit für den regionalen Konflikt Startbahn, landes-, wenn nicht bundesweit, bildete einen Legitimationsrahmen vor allem für die bürgerlichen Schichten und löste damit einen wichtigen Mobilisierungseffekt aus.
Als vorgebliche Möglichkeit, im Rahmen der Verfassung »den Willen des Volkes« durchzusetzen, hat es bei vielen Illusionen ausgelöst. Die Illusion und den Wunsch, quasi kampflos per Unterschrift und Stimmabgabe - was dem Urnengang ja sehr verwandt ist - gegen die Machtpolitik des Staates zu intervenieren. Daß in dieser Legalitätstreue und -abhängigkeit, die durchaus im Sinne der Erfinder war,

deutliche Grenzen liegen, hat sich mit den Reaktionen auf die Ablehnung des Volksbegehrens gezeigt. Daß es schließlich so glatt, und ohne auf die Moratoriumsforderung einzugehen, abgebügelt werden konnte, lag daran, daß sich der »Druck der Straße« nicht weiter vergrößert und fortentwickelt hatte. (Die das VB unterstützenden Gruppen und Vereinigungen hatten sie von vornherein klargestellt. So hatte der Vorsitzende des hessischen BUND Sander nochmals am 14.11.1981 öffentlich erklärt, daß seine Organisation nach einem negativen Votum des Staatsgerichtshofes aus der Anti-Startbahn-Kampagne aussteigen werde - FAZ vom 16.11.81)
Es ist nach wie vor wichtig festzuhalten, welche politischen Funktionen dem Volksbegehren andernfalls zugekommen wären. Die Äußerungen von führenden Mitgliedern der hessischen SPD und des DGB hatten die Tendenz bereits angedeutet: Befriedung der Region über ein Junktim: Baustopp - Demostopp bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Nicht-Zulässigkeit des Volksbegehrens. Diese wäre dann wohl nicht ganz so billig, sondern mit ordentlichen Verhandlungen und dem ganzen sonstigen Brimborium über die Bühne gegangen.
Ob die Bewegung sich dann damit tatsächlich hätte befrieden lassen, wäre natürlich eine andere Frage gewesen.
Die zwar nicht von der Bewegung aufgestellte, aber dennoch von ihr getragenen Forderung »Moratorium während das Volksbegehren läuft«, wäre zur selbstgestellten Falle geworden, indem die Frage des Widerstands/Protests von der Entscheidung eines Gerichts abhängig gemacht worden wäre.
Das Gegeneinanderausspielen des sog. »legalen« und des »Widerstands«beins bei der Bewegung hatte sich mit der starken Fixierung der BI auf das Volksbegehren geradezu angeboten.
Die Landesregierung praktizierte das selbst auf symbolischer Ebene, was sich am Beispiel der Hüttendorfräumungen illustrieren läßt. (Die Räumung des 1. Hüttendorfes am 2.11. fand zeitgleich zu einer langfristig angesetzten Pressekonferenz der BI zum VB in der Landeshauptstadt Wiesbaden statt; der Räumung des 3. Hüttendorfs am 25.11. folgte die für den gleichen Morgen anberaumte Regierungserklärung von Börner, in der er die »Verfassungswidrigkeit« des VB verkündete. Die Räumungen des 2. und 4. Hüttendorfes am 6.11. bzw. 26.1. standen dagegen im Zusammenhang mit den jeweils unmittelbar bevorstehenden Bauplatzbesetzungsterminen.)
Unter diesem Aspekt wurde das Volksbegehren von keinem Teil der Bewegung problematisiert, von uns auch nicht. Die Entscheidungsstrukturen (politische Justiz), die über dieses auf dem Papier stehende Recht zu befinden haben, sind in der Kampagne nie in Frage gestellt worden. Es liegt in der Sache selbst begründet, wenn das von den Initiatoren und Trägern des Volksbegehrens nicht zu erwarten war.

Die BIs und die Neue Deutsche Welle

Die BI ist die offizielle politische Organisation und damit auch das Sprachrohr der Bewegung gewesen. Dies, obwohl große Teile weder politisch noch personell dort repräsentiert waren und sind. Auch die aktive lokale und regionale Bevölkerung nicht in dem Maße, wie das Wort Bürgerinitiative vermuten läßt.
Ihr Führungskreis behielt in entscheidenden Situationen die Federführung der Anti-Startbahn-Politik weitgehend in der Hand. Demgegenüber war die Bewegung trotz der Verselbständigung ihrer Aktivitäten nicht in der Lage, die politischen und praktischen Schritte selbst zu bestimmen, vor allem, weil es ihr an Organisierung und der dazugehörigen zumindest punktuellen Klarheit und Erfahrung mangelte.
Wenn auch in BIs generell Angehörige nahezu aller Gesellschaftsschichten vertreten sind, werden sie - auch die BIs gegen die Startbahn - öffentlich von besser gebildeten Teilen der Mittelklasse dominiert. Die verschiedenen Gruppen der Mittelschichten (mittlere Angestellte, Beamte, Selbständige und freiberuflich Tätige) sind in den letzten Jahrzehnten von der wachsenden Kapitalkonzentration sowie der »reelen Subsumtion« weiter Lebensbereiche unter die Logik des Kapitals direkt getroffen worden. Dem

»alten« Mittelstand wurde durch die industrielle Großproduktion von Gebrauchsgütern zunehmend die Existenzgrundlage entzogen, viele Selbständige wurden und werden lohnabhängig.
Verwaltungs- und Bürotätigkeiten sind permantenter Standarisierung und Rationalisierung unterworfen und durch diese Entqualifizierung mehr und mehr austauschbar. Die Angleichung des Angestelltenstatus an den des Arbeiters bringt steigende Entfremdung und gleichzeitig die Bedrohung durch Arbeitslosigkeit mit sich.
Akademische Berufsstände (Lehrer, Pfarrer, Rechtsanwälte usw.) haben zusätzlich durch die Verbreitung von »Bildung« und akademischer Ausbildung an gesellschaftlicher Anerkennung eingebüßt.
Diese Deklassierungsprozesse der Mittelschichten sind begleitet vom Verlust traditioneller Privilegien sowie dem Entzug von Identifizierungsmöglichkeiten, deren zwangsläufige Folge die Infragestellung des gesellschaftlichen Wertesystems ist.
Diesen wachsenden Identitätsverlusten wird durch die Suche nach neuen Betätigungsfeldern entgegenzuwirken versucht. In ihnen muß einerseits die entstandenen Kritik an den gesellschaftlichen Spielregeln und Auswüchsen zum Ausdruck kommen (Von der Startbahn-BI im Frühjahr 82 formuliertes Selbstverständnis: über den Umweltschutz/Startbahn hinausgehend »Kampf um Demokratie - gegen Staats- und Behördenwillkür«). Gleichzeitig wird hier die Möglichkeit erblickt, dem verlorengegangenen Selbstbild von der eigenen gesellschaftlichen Rolle wieder Inhalt und Wert zu verleihen.
Charakteristisch für den »alten« Mittelstand war eine ausgeprägt konservative Grundhaltung, die den sog. Fortschritt zu Recht als Angriff auf den eigenen Status wertete. Nachdem die Deklassierung in Form ökonomischer und technologischer Umwälzung weit fortgeschritten ist, ist die Grundeinstellung der »neuen Mittelschichten« notgedrungen kritischer Natur.
Diese Kritik ist - aus der Klassenlage erklärbar - nicht grundlegend. Sie stellt also nicht die Grundlagen und die Daseinsberechtigung des Systems überhaupt in Frage, sondern ist in ihren Prinzipien eher konservativ geblieben. Letztlich zielt sie auf die Restrukturierung gesellschaftlicher Verhältnisse ab, unter denen der Mittelklasse wieder Funktion und Einfluß zukommt. Technologiefeindlichkeit ist ein Element ihrer Politik, weil mit der technologischen Entwicklung der Zerfall des individuellen Status vorprogrammiert ist. Dementsprechend sind ihr Terrain die »oppositionellen« alternativen Umweltschutzinitiativen, -parteien etc. (Zwei zusätzliche Aspekte für das Umweltschutzengagement der Mittelklasse: 1. Die Konsumbedürfnisse der Mittelklasse sind (über)befriedigt. 2. Die technologischen Umwälzungen im Angestelltensektor, die damit verbundene Monotonisierung und Standardisierung der Arbeitsbedingungen haben die Belastungen in den psychischen Bereich verlagert. Der Reproduktionsbereich Natur wird damit wieder interessanter und wichtiger.)
Daß die Antwort auf die überall in den Metropolen stattfindenden Deklassierungsprozesse speziell in den deutschen Mittelschichten in dieser Form und Breite ausfallen, dürfte zweierlei zum Hintergrund haben: Zum einen das niedrige Niveau der Klassenkämpfe in der BRD, das keine Anknüpfungspunkte bietet, die real erfahrene Deklassierung vom Klassenstandpunkt aus zu begreifen und anzugehen.
Wesentlicher aber dürfte in diesem Zusammenhang die politische Liquidierung des »Arbeiterreformismus« in den 50er Jahren sein (KPD-Verbot). So existiert hier im Gegensatz v.a. zu Frankreich und Italien keine derartige politische und gewerkschaftliche Organisation, die Bezugspunkt und Sammelbecken der deklassierten Mittelschichten sein könnte.
Im Gegenteil gibt es mittlerweile jede Menge ehemaliger K-Grüppler, die in der grünen Umweltschutz- und Friedensbewegung - auch in der Startbahnbewegung - eine neue Heimstatt gefunden haben, nachdem sich die Träume einer neuen Perspektive als Arbeiterführer als Luftschlösser erwiesen hatten. Daß die Kritik der Fabrikgesellschaft eigentlich nicht zu ihrem ideologischen Inventar gehört (AKWs und Fabriken in Arbeiterhand!) ist dafür kein Hinderungsgrund.
Reden, Erklären und Belehren sind Fähigkeiten, die Angehörige der »neuen Mittelschichten« in der

Regel erlernt haben. Gleichzeitig sind es Fähigkeiten, die in der Arbeit politischer Gruppen gefragt sind, nicht zuletzt, weil die meisten Leute nicht ohne weiteres darüber verfügen. Eine andere erlernte Fähigkeit ist die des »Triebaufschubs«. Das heißt, Denk- und Verhaltensweisen zu entwickeln, die den persönlichen Einsatz nicht an kurzfristig erreich- und sichtbaren Ergebnissen orientieren, sondern langfristig kalkuliert auf ein Ziel hinarbeiten.
Damit sind jene geradezu prädestiniert, profilierte oder profilierende Positionen innerhalb von Gruppen, Initiativen, Bewegungen einzunehmen - nicht nur wegen der ihnen eigenen Dynamik, sondern auch aufgrund der Ängste und Bequemlichkeit der »anderen«.
Entsprechend den gesellschaftlichen Normen und Kriterien ist die Identitätsfindung gekoppelt an aus der Masse herausragenden Positionen und Funktionen. Es ist also keinesfalls damit getan, anonymes Mitglied einer x-beliebigen Bewegung zu werden.
Dem beschriebenen Selbstverständnis folgend sind Bewegungen und BIs - platt ausgedrückt - mehr oder weniger Mittel zum persönlichen Zweck. Die Initiativen sind die Basis, auf der eine Profilierung erst möglich wird, die erstarkte Bewegung ist Verhandlungsmasse gegenüber den Herrschenden.
Um als Verhandlungspartner und damit als Machtfaktor - mit dem Druckmittel »Masse« in der Hinterhand - anerkannt zu werden, muß der Beweis für die Ausübung der »Kontrolle« über die Bewegung angetreten werden. Denn nur wer sie in der Hand hat, ist in der Lage, sie am »Überkochen« zu hindern und später zu integrieren. (Ein Beispiel war das von Grünen und SPD betriebene Landtagshearing zum Startbahnkonflikt, das - wie's ganz unverblümt hieß - der »Befriedung der Region« dienen sollte. Das war im übrigen auch eine realpolitische Version der von den Grünen im Wahlkampf aufgestellten Forderung nach »Zurücknahme der Startbahn«, die sich mittlerweile »Überdenken der Startbahn« schreibt.)
In diesem Sinne gehört die Propagierung des »gewaltfreien Widerstands« zum taktischen Handwerkszeug, das notwendig gewordene oder von der Bewegung geforderte praktische Schritte im symbolischen und (quasi-)legalen Bereich ansiedelt und eingrenzt.
Dieser politische Hintergrund ist nahezu allen Bewegungspolitikern gemeinsam, wiewohl es Unterschiede in den individuellen Perspektiven der einzelnen Figuren gibt. Unterschiedliches Engagement und Formen, Vorgehensweisen, (in bestimmten Situationen) voneinander abweichende Positionen und Äußerungen sind Ausdruck ihrer verschiedenen Ambitionen.
Und damit konkret zum Startbahnkonflikt. Da sind auf der einen Seite der sicher auch überregional bekannte Leo Spahn sowie der mehr intern agierende Jürgen Martin, auf der anderen Alexander Schubart und Dirk Treber.
Treber und Schubart gehörten beide zu den Hauptbetreibern des VB. Als Jurist und »Radikaldemokrat« hatte Schubart diese Möglichkeit ausgegraben und war dessen Initiator.
Wie sich im Nachhinein beweis, war das VB als langfristige Mobilisierungskampagne für die Landtagswahlen angelegt. Wäre das VB nicht vom Staatsgerichtshof abgelehnt worden, hätte die »2. Stufe«, in der die Unterschriften von 20 % der Wahlberechtigten nötig sind, im unmittelbaren Vorfeld der Landtagwahlen stattgefunden. Selbst um nur einen Teil der erforderlichen 800.000 Unterschriften, die dann nicht mehr gesammelt, sondern binnen 2 Wochen individuell auf den kommunalen Ämtern geleistet werden müssen, zusammenzubekommen, wäre eine wahnsinnige Mobilisierung notwendig gewesen. Dies hätte anschließend in eine Stimmabgabe für eine Grüne, Bunte oder Alternative Liste münden sollen. Nachdem durch das Urteil des Staatsgerichtshofs ein dicker Strich durch diese Rechnung gemacht worden war, ging unverzüglich das Hick-Hack um die Form der »aktiven« Wahlbeteiligung los.
Daß am Ende der Soziologe Treber, eine eher farblose Figur, Spitzenkandidat der Grünen wurde, hatte er sicherlich seinem Wohnsitz Mörfelden und der Parteimitgliedschaft, aber auch der Taktiererei Schubarts bezüglich der Gründung einer Alternativen Liste, in der alle oppositionellen Parteien und Organisationen

eine Heimstatt finden sollten, zu verdanken. Die Weigerung der Grünen, sich an einer Alternativen/Bunten Liste zu beteiligen, macht ihren mittlerweile entwickelten Machtanspruch deutlich, ihren Alleinvertretungsanspruch, Bewegungen für sich zu vereinnahmen und damit - jedenfalls versuchsweise - auch zu integrieren und befrieden.
Daß es Schubart letztlich um mehr als die eigene Kandidatur auf einer von den Grünen bestimmten und angebotenen »offenen Liste« ging, hat vielerlei Gründe. Einerseits ist es natürlich eine Machtfrage. Andererseits spricht seine eigene politische Herkunft und Geschichte gegen eine Reduzierung auf Umweltschutz und Raketenstationierung. Er war langjähriges SPD-Mitglied und Juso-Vorsitzender und wurde seinerzeit dort rausgeschmissen, weil er bei den Landtagswahlen 78 für die GLH, die noch ein breiteres politisches Spektrum repräsentierte, kandidiert hatte. Zudem dürfte darüberhinaus ein solcher Schritt bei seinen Freunden vom KB, die mit ihm das VB betrieben, auf wenig Gegenliebe gestoßen sein. Genauso vehement wie sich die beiden für's sog. parlamentarische Bein einsetzten, warfen sich die beiden anderen gegen eine Wahlaussage, die durch die Hintertür doch zustande kam (»Wählt keine Startbahn-Parteien«!), ins Zeug. Was im Dämmerlicht noch wie ein Eintreten für eine gestandene - ausschließlich außerparlamentarische - Widerstandbewegung aussehen kann, entpuppt sich bei besserer Beleuchtung als Fehleinschätzung.
Spahn war früher Gewerkschafter und an der Akademie der Arbeit beschäftigt gewesen. Seither betreibt er eine Kneipe in Kelsterbach. Auffallend an seinem Verhalten war, daß er mit Distanzierungen von Militanz immer sehr schnell bei der Hand war. Im Gegensatz dazu aber in Situationen, in denen sich die »Bürger« radikalisierten - mit denen er »die Erfahrung gemacht hat, daß sie nicht doof sind«(Spahn) - es immer verstanden hat, öffentlich dafür Verständnis zu heucheln. Er sah sich selbst wohl als Sprecher der gemäßigten Teile der regionalen Bewegung, was auf dem Hintergrund kommunalpolitischer Ambitionen verständlich ist (es wurde das Gerücht gehandelt, er wolle Bürgermeister seiner Gemeinde werden). Heute hat er sich weitgehend zurückgezogen.
Anders als Jürgen Martin, Lehrer von Beruf und ein so eingefleischter Sozialdemokrat, daß er sich nicht nur nicht dazu durchringen konnte, die SPD zu verlassen, sondern das Verbleiben in der Partei auch als politische Position bezieht. Was eine selbstredende Erklärung für die Ablehnung einer Wahlteilnahme in Grün oder Alternativ ist. Als im März 83 die Wiederwahl des Bürgermeisters von Mörfelden-Walldorf Brehl (SPD) auf der Kippe stand, da er auf die Stimmen der Grünen-Bürger-Liste angewiesen war, war Martin derjenige, der erfolgreich vermittelte. Die GBL hatte Brehl zuvor wegen dessen Zustimmung zur »Kleinen Trasse« die Unterstützung verweigert.
Martin war so gut wie bei jeder Schweinerei dabei und war und ist in den Gremien der BI stark engagiert. Er versteht sich darauf, in hektischer Aktivität Probleme zu benennen und aufzugreifen, was seine Reden und Schritte mit einem Hauch der Vertrauenswürdigkeit umgibt, um sie dann gnadenlos zu verdrehen und mit seinen reformistischen Inhalten zu verrühren.
Der Lohn der Partei für diesen selbstlosen Einsatz steht bislang noch aus.
Die Startbahn-Bewegung steht und fällt mit dem Protest und Widerstand der unmittelbar ansässigen Bevölkerung. (Grundsätzlich ist es eine Überlegung wert, inwieweit dies eine Voraussetzung für die Stabilität und Kontinuität des Kampfes gegen - technologische - Großprojekte ist).
Weil dies nur im Zusammenhang mit der Situation und den Bedingungen sowie dem Ausmaß an Betroffenheit zu verstehen ist, nun folgend ein Abriß über

regionale Voraussetzungen und Folgen.

Die Mitte der 70er Jahre fusionierte Doppelstadt Mörfelden-Walldorf war und ist bis heute das Zentrum des Widerstands (von allen Anliegergemeinden ist M.-W. die am nächsten zur Startbahn liegende).
Die Struktur der Stadt ist geprägt von ihrer Lage im industriellen Ballungsraum Rhein-Main: zentral

gelegen, aber dennoch im Grünen, ist sie in den letzten beiden Jahrzehnten Wohnstadt für die Stadtflüchtigen bzw. die, wegen der in der Rhein-Main-Region konzentrierten Unternehmen, hier Zugezogenen geworden. In beiden Orten zusammen hat sich die Einwohnerzahl zwischen 1960 und 1980 nahezu verdoppelt.
In beiden Orten, insbesondere in Mörfelden, können die Einheimischen trotz des massiven Zuzugs und der damit verbundenen Veränderung der lokalen Strukturen auf gewachsene soziale Bindungen zurückgreifen, wegen der durch die Verwurzelung gegebenen Immobilität, eine wichtige Voraussetzung des lokalen Widerstands.
Mörfelden-Walldorf befindet sich im Einzugsgebiet der Metropolen Frankfurt, des Rhein-Main-Flughafens (20 % der hier lebenden Erwerbstätigen sind dort beschäftigt), der Opel-Werke Rüsselsheim, der Caltex-Raffinerie Raunheim (die in der Einflugschneise des Flughafens liegt und demnächst geschlossen wird) und bedingt auch der Farbwerke Hoechst. Dies soll nicht nur der Information halber gesagt sein, sondern auch im Zusammenhang mit der von FAG und Landesregierung benutzten Argumentation der »Arbeitsplatzbeschaffung« bzw. der Drohung mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen in Fall einer Verhinderung der Startbahn. Besonders die Verbindung zu den Opel-Werken und zum Flughafen selbst dürfte die Ablehnung dieser Argumente begründen. So haben einerseits die Arbeiter der Automobilindustrie ausgeprägte persönliche Erfahrungen mit der Rationalisierung von und an Arbeitsplätzen; andererseits die am Flughafen Beschäftigten genügend Einblick in den Arbeitsablauf im Flugbetrieb/Abfertigung etc., um sich davon wenig beeindrucken zu lassen.
Umso tiefgreifender sind die jahrzehntelangen Erfahrungen der Alteingesessenen mit den Begleiterscheinungen und Belastungen des Flughafens. Dabei steht, was die alltäglichen Lebensbedingungen angeht, der höllische Lärm - mit der zu Beginn der 60er Jahre losgehenden Umrüstung der Zivilflugzeuge auf Strahlantrieb - an erster Stelle, denn er bestimmt jegliche Lebensäußerung.
Eine andere Begleiterscheinung ist der von den startenden und landenden Maschinen über Wald- und Wohngebieten abgegebene Kerosinregen.
Darüberhinaus ist der Flughafen permanenter Auslöser von Grundwasserverseuchungen. Um nur zwei - bekanntgewordene - Fälle herauszugreifen: 1. Leck in den Kerosinleitungen am Flughafen, das erst sehr spät bemerkt wurde und aus dem mehrere Millionen Liter ins Erdreich versickerten. Spuren von Kerosin wurden daraufhin in Grundwasserbrunnen von Frankfurt gefunden. 2. Die Lufthansa verwendet (giftiges) Tri- und Tetrachloräthylen zum Reinigen ihrer Motorenteile. Das Gift wurde über die Kanalisation abgelassen und gelangte wiederum durch ein Leck ins Erdreich. Das Zeug ist allerdings nicht nur hochgiftig, sondern auch wasserunlöslich! Die »natürliche Auswaschung« dauert laut Gutachten 420 Jahre (FR vom 1.12.82). Lebensgefährliche Konzentrationen befinden sich demnach heute und auch weiterhin im Grundwasser.
Die Startbahn West ist nur eine Fortsetzung der seit dem 2. Weltkrieg permanenten Ausdehung des Flughafens, die Stück für Stück die Lebensgrundlagen in der Umgebung angreift und allmählich zerstört. Seit 1945 sind im Rhein-Main-Gebiet 4.300 Hektar (= 8.600 Fußballfelder) Wald gerodet worden; 1.500 ha hat davon allein der Flughafen in Beschlag genommen und zwar ohne Startbahn, die nochmal 300 ha gefressen hat.
Die Startbahn West war somit für die Anwohner schon im Planungsstadium nicht nur abstrakt, sondern sinnlich vorstellbar. Die Erweiterungspläne der FAG, die vorläufig in der Startbahn enden, wurden nach ihrem Bekanntwerden 1961 von den Gemeindevertretern aller betroffenen Ortschaften abgelehnt. Diese waren sozusagen der Anfang der nun 20 Jahre währenden Kontroverse. Der Protest gegen diese Pläne wurde lange Zeit von honorigen Bürgern wie dem berühmt-berüchtigten Pfarrer Oeser getragen und betrieben. Er bewegte sich bekanntlich bis Ende der 70er auch ausschließlich auf juristischer und

gemeindeparlamentarischer Petitionsebene. Die Ablehnung durch sämtliche lokalen Parteienverbände, Gemeinde- und Kreisparlamente, die Kirche und die Vereine bot einen Legitimationsansatz für nahezu jeden Bürger.
Weniger bekannt, aber dafür umso wichtiger für Entwicklung und Ausdauer des Widerstands, ist die im »Roten Mörfelden« überlieferte und bestehende Tradition von Widerstand.
Das Problem dabei ist, - wie immer, wenn es um Widerstandsgeschichte geht - daß es darüber kaum eine Geschichtsschreibung gibt. So existierten auch hier kaum authentische Überlieferungen, abgesehen von solchen Darstellungen, die - vor allem den Nazi-Faschismus betreffend - vom fragwürdigen KPD/DKP-Parteistandpunkt geprägt und zensiert sind. Wir wollen trotzdem ein paar Fakten zur Parteigeschichte angeben, weil sie zumindst Indiz für die lokalen politischen Verhältnisse und Kämpfe sind.
Seit Gründung der KPD im Jahr 1919 war Mörfelden eine Domäne dieser Partei. Ein Grund dafür, warum die Nazis - bis 1933 - hier keine öffentlichen Auftritte wagten. 1931 wählten die Einwohner Mörfeldens einen kommunistischen Bürgermeister, dessen Sozialpolitik (Umverteilung der Gemeindegelder auf die Armen) zu massivem Eingreifen der übergeordneten Behörden (Kreis- und Landesregierung) führte. Sie endete schließlich mit der Absetzung dieses Bürgermeisters, die nur unter massiver Bullenbesetzung des Ortes gegen den tatkräftigen Widerstand der Einwohner durchgesetzt werden konnte.
Mit dem Verbot von KPD und SPD 1933 waren auch die Mörfeldener verstärkt der Verfolgung durch die Nazis ausgesetzt. Über 100 landeten im KZ oder Zuchthaus.
Neben dem illegalen Weiterbestehen der KPD gab es - auch im eher nazistischen Walldorf - Ansätze zur Organisierung eines Massenselbstschutzes, einer antifaschistischen Vereinigung, die sich zum Schutz vor Angriffen der Nazis bildete. Es kam des öfteren zu handgreiflichen Auseinandersetzungen mit der SA [19], teilweise auch zu Entwaffnungen.
Dieser Tradition gemäß war in den 50er Jahren die Bewegung gegen Remilitarisierung und Atomwaffen auch in Mörfelden präsent. Die heutige DKP verfügt dort über eine relativ große Anhängerschaft (sie hatte z.b. bei den Kommunalwahlen 1981 einen Stimmenanteil von 13,8 %).

Die Folgen
des Startbahnbaus sind für die ohnehin arg gebeutelte Rhein-Main-Region vor allem in ökologischer Hinsicht verheerend. Der größte und letzte zusammenhängende Wald im Ballungsraum Rhein-Main (mit 500.000 Menschen im 15km-Radius) wird als unersetzbare Naherholungsmöglichkeit kaputtgemacht (einerseits durch die Zerschneidung, andererseits durch den Lärm). Vor allem für die unmittelbaren Anliegergemeinden wird die ohnehin vorhandene Lärmbelästigung erheblich zunehmen. Der BI-Spezialist Hajo Lebuser berechnete eine Zunahme von 30 % für den gesamten südlichen Flughafenraum, für Mörfelden-Walldorf eine Verdrei- bis Vervierfachung des Lärms (4 mal mehr Vorbeiflüge).
Eine geschlosse, großflächige Waldfläche beeinflußt die Bodenverhältnisse, den Wasserhaushalt, das regionale Klima und die Luftqualität. Sie ist Lebensraum für Pflanzen und Tiere.
Die Zerstörung dieses Waldgebietes wird eine Verschlechterung sowohl des regionalen Klimas als auch der Luftqualität, was vor allem für Frankfurt bedeutsam ist, nach sich ziehen. Durch den Bau der Startbahn sinkt der Grundwasserspiegel von ehemals 0,4 m auf geschätzt durchschnittlich 1,5 m. Ein für die Rhein-Main-Region wichtiges Grundwassersammelgebiet wird damit weitgehend verkleinert bzw. zerstört.
Das hat vor allem eine verstärkte Belastung der Trinkwassergewinnungsgebiete Vogelsberg (der schon

Versteppungsanzeichen aufweist) und Ried (wo 1976 der Grundwasserspeigel auf 9 m abgesenkt wurde und dessen Sanierung etwa 200 Mio. DM kosten wird) zur Folge. Als zusätzliche Trinkwasserreservoire sollen die Ernstbachtalsperre im Taunus und die Haferlohrtalsperre im Spessart in den Boden gestampft werden. Die bereits begonnene Kinzigtalsperre bei Steinau kann dagegen nicht mehr weitergebaut werden, weil die Bergflanke in die Kinzig rutscht und bleibt nun als Investitionsruine stehen.
Ganz davon abgesehen ist das Gebiet durch die Ausdehnung des Flughafens einer wachsenden Grundwasserverseuchung ausgesetzt.
Die Zerschneidung des Mönchbruchwalds entzieht zahllosen und seltenden Pflanzen- und Tierarten die Lebensgrundlage. Schlimm ist das nicht nur aus ästhetischen und »naturschützerischen« Gründen, sondern weil Pflanzen und Tiere als Bioindikatoren auch die Lebensbedingungen der Menschen anzeigen.
»So wollen sie uns von den Massen abspalten.
Geht nicht, die sind wir selber.
So wollen sie uns zu Verbrechern stempeln.
Stimmt auch, dann brechen wir durch.
So wollen sie uns dem Gesindel gleichstellen.
Gesindel hält den Kopf unters Knie. Wir nie.«
(Christian Geissler »Wird Zeit, daß wir leben«) [20]
Unseren praktischen und schriftlichen Beiträgen lagen grob umrissen folgende Zielsetzungen zugrunde:
1. In Bezug auf das Projekt Startbahn leitete sich unsere Perspektive aus den bereits analysierten Sachverhalten ab: auf der einen Seite ein Projekt, das als »im Prinzip nicht aufgebbar« benannt wurde. Auf der anderen, der Bewegungsseite, zwar ein für die Verhältnisse in diesem Land ungemein starkes örtliches Widerstandspotential wie ein starker reformistischer Block, aber kein autonomer Zusammenhang, der als Träger einer radikalen Massenlinie in Frage kam. Von daher lag für uns das perspektivische Schwergewicht zunächst auf der BEhinderung und nicht VERhinderung des Startbahnbaus. Dies jedoch unter dem langfristigen Aspekt, daß eine Behinderung bei einem gewissen qualitativen und quantitativen Stand und einer auf Jahre angelegten Kontinuität selbst nach Vollendung des Baus noch in eine Verhinderung umschlagen kann.
2. Im Hinblick auf die Bewegung die Vermassung von Sabotage, aktiven und militanten Aktionsformen mit durchsetzen und darüber eine möglichst breit und langfristig angelegte Kontinuität aufbauen und sichern helfen, damit sich
3. auf der Basis eines breiten kontinuierlichen Widerstands die Widerstandsperspektive über die Startbahn hinaus entwickelt und erweitert. Mit dem Nahziel: Kippen des aktuellen hessischen Atomprogramms (v.a. WAA); und langfristig: entlang den strategischen Linien der kapitalistischen Restrukturierung Entwicklung einer starken sozialrevolutionären und antiimperialistischen Bewegung.
Mit der Zuspitzung des politischen Klimas im Startbahnkonflikt Mitte Oktober 81 haben wir versucht, durch eine relativ kontinuierliche »Propaganda der Tat« die Verbreiterung militanter Kampfformen in Gang zu setzen bzw. überhaupt zu thematisieren. Das ist theoretisch und mit verbalen Appellen allein unmöglich und zwar in jeder Hinsicht.
Daß wir uns bei den Angriffen schwerpunktmäßig auf die beteiligten Baufirmen konzentrierten, hatte verschiedene Gründe: Sie sind das schwächste Glied in der Betreiberkette, überall präsent und deshalb massenhaft und auf vielfältige Weise, auch mit relativ einfachen Mitteln, angreifbar. Darüberhinaus war ihre Mitwirkung am Startbahnbau insofern für die Be(Ver-)hinderungsperpektive von Bedeutung, als die Baufirmen diejenigen sind, die das Projekt faktisch realisieren und der Grad der Angriffe auf sie letztlich entscheidend sein kann. Die Zerstörung von Baumaschinen und Baggern im November sollte praktisch

die konkrete Zielrichtung für eine mögliche breite und militante Tendenz des Widerstands angeben. Aufgrund der verbreiteten Schwierigkeiten, das angedeutete Konzept massenhaft umzusetzen, versuchten wir danach ein Mittel zu finden, das die technischen Voraussetzungen dafür auf ein Minimum reduziert. Das wurde dann auch mit dem Räucherstäbchen als einfachem und preiswertem Zeitverzögerer und Zünder in einem gefunden und im Rahmen eines erneuten und letzten Versuchs, Beispiele für breit mögliche Sabotage zu geben, verbreitet.
Als Objekte wählten wir Fahrzeuge und Baumaschinen von Bilfinger & Berger, die bei der Untertunnelung der Okriftler Straße federführend waren, aus. Im Gegensatz zu den vorher attackierten Züblin und Bratengeier, die sich weitgehend verpißt hatten und zudem an den wenigen Orten ihrer Präsenz von Bullen überwacht wurden, waren Bilfinger & Berger zu dieser Zeit in der Region massiv präsent.
Kurz darauf im Februar 82, als die Bewegung faktisch vor dem Nichts stand, wurde das Konstruktionsbüro dieser Firma in Wiesbaden sowie das Schulungszentrum der ebenfalls an der Untertunnelung beteiligten Philipp Holzmann in Neu-Isenburg von uns demoliert.
Das Mittel (Räucherstäbchen) und die Ziele (insbesondere Bilfinger & Berger) fanden in den folgenden Monaten eine relativ große Resonanz, was sich in einer Häufung von derartigen Anschlägen, die meistens leider kaum publik wurden, niederschlug. Wir sind damals davon ausgegangen, daß es angesichts des geringen Alters der Bewegung und der Schwäche der radikalen Linken einige Zeit dauern würde, bis sich der praktische Ausdruck sich organisierender Gruppen abzeichnet. Die eigene Erfahrung hat uns gelehrt, wie langwierig und schwierig der diskussions- und entscheidungsreiche Prozeß ist, bis Bewußtsein in praktisches Handeln umschlägt.
Was die Widerstandsformen vor Ort, deren Intensität und Stabilität angeht, so denken wir, daß die verschiedenartigen Angriffe auf Betreiber und Verantwortliche (die natürlich noch viel ausgeprägter hätten sein müssen) ein gewisses Maß an Stärke vermittelten; damit trotz aller Niederlagen und Schwächen die Kontinuität des Massenwiderstands unterstützen halfen, indem der sich ausbreitenden Ohnmacht Zeichen von Handlungsfähigkeit entgegengesetzt wurden. Die frühzeitige praktische Thematisierung von militantem Widerstand ermöglichte die Auseinandersetzung mit offensiven Kampfformen. Angesichts der unterschiedlichen Zusammensetzung der Bewegung und ihrem zunächst weitgehend legalistischen und passiven Charakter war das sicher für die weitere Entwicklung ein wesentlicher Aspekt. Daß sich Ansätze von Eigenverantwortlichkeit und Selbstorganisation als Gegenstück zur »offiziellen« Bewegung entwickelten und der praktische Widerstand nicht delegiert wurde, hatte sicher viel mit Form, Inhalt und Umfang unserer Aktionen zu tun. Aus dem gleichen Grund hatten wir das Baugelände als »Ort der Handlung« auch bewußt für uns ausgeklammert.
Die Einbindung unserer Aktionen in die Bewegung haben es sowohl für die BI-Spitze, als auch für die Bullen schwer gemacht, einen Keil dazwischen zu treiben. Bereits Ende November 81 scheiterte ein Versuch der BI-Führung, die militante Tendenz - an den Zellen namentlich festgemacht - per VV-Beschluß aus der Bewegung auszugrenzen.
Sie hat, über eine breite Akzeptanz organisierter Militanz hinaus, bewirkt, daß die Zellen als Teil der Bewegung betrachtet werden. Dies gerade auch bei den sog. Bürgern, deren Kampfformen sich nach wie vor auch in Zukunft von den unsrigen unterscheiden werden. Ähnlich wie draußen im Wald praktiziert, herrscht hier eine Vorstellung von unterschiedlichen Zuständigkeiten (so eine Art Arbeitsteilung) aber ähnlichen Zielen (startbahnbezogen).
Neben den konkreten Aktionen haben wir versucht, durch die Erklärungen in die politischen Auseinandersetzungen einzugreifen. Inhaltliche Zielrichtung war die Entwicklung kollektiver Lernprozesse, die Selbstbestimmung politischer Inhalte und Vorgehensweisen ermöglichen.
Daß diese Absicht sich vollkommen unzulänglich realisierte, hat verschiedene Gründe:

Unsererseits haperte es durch viel zu ungenaue Diskussionen. Die Einschätzungen waren oft viel zu spontan und von daher nicht geeignet, Hintergrund und Perspektive auf einen eindeutigen und umfassenden Begriff zu bringen. Das war Ausdruck davon, daß wir bereits im »Vorfeld« des Konfliktes nicht sorgfältig genug diskutiert hatten, auch und gerade in Bezug auf unser unterschiedliches Selbstverständnis. Dieser Fehler kam - wie meistens der Fall - erst im Konflikt selbst zum Tragen und war dort nur schwerlich zu revidieren (Streß, Emotionalität usw.) Hinzu kam, daß die Notwendigkeit, bestimmte Prozesse zu thematisieren, von der autonomen Szene kaum erkannt bzw. begriffen wurde. Von daher gab es dann auch wenig inhaltliche Rückkoppelung.
In diesem Zusammenhang erscheint es uns wichtig, das Verhältnis von - wohlgemerkt einem - Teil der Linksradikalen in der Region zu selbstbestimmten Organisationsstrukturen und eben auch zu uns, kurz anzureißen. Der Hinnahme bzw. Anerkennung unserer Aktionen stand eine weitgehende Ablehnung der Zellen selbst und den von uns angeregten Auseinandersetzungen gegenüber.
Die beiden ersten Aktionen (Bratengeier und Züblin) wurden so lange mit Wohlwollen betrachtet, wie die gemeinten Leute glauben konnten, sie seien Folge eines von ihnen einige Tage zuvor (!) herausgegebenen Flugblatts, in dem zu Sabotageaktionen aufgefordert wurde. Nachdem klar war, wer die Akteure waren, schlug dieses in Ablehnung um, die hauptsächlich an der zugehörigen Erklärung festgemacht wurde.
In dem November 81 für lange Zeit letztmalig erschienenen autonomen Blatt »Vollautonom« [21] wurden die bis dahin stattgefundenen Anschläge einfach totgeschwiegen. Diese beiden Beispiele symbolisieren beispielhaft den Charakter des politischen Selbstverständnisses und der Auseinandersetzungsfähigkeit und -bereitschaft.
Die Auseinandersetzung mit von uns angedeuteten praktischen Akzenten und in Erklärungen formulierten Inhalten wurde - mit Ausnahme eines Wiesbadener Papiers vom Frühjahr 82 - nie geführt oder gesucht, sondern kategorisch vom Tisch gewischt. Die Ablehnung von Politik und Praxis der Zellen sowie der Weigerung, sich damit auseinanderzusetzen, liegen nach unserer Einschätzung verschiedene Momente zugrunde:
Sowohl unsere Praxis als auch unsere vertretenen Inhalte werden zumindest indirekt als Angriff auf die eigene Position bzw. Funktion und die gestellten Forderungen nach konsequentem politischen Verhalten nicht als gemeinsames Ziel begriffen. Innerhalb des verbreiteten Selbstverständnisses, das politische Aktivitäten an einen gewissen Grad von Führungsanspruch koppelt, sind die Zellen wohl auch als Konkurrenz betrachtet worden. Vielleicht gerade deshalb, weil Aktionsziele wie formen keine Distanz zur Bewegung erkennen ließen und ein politischer Avantgardeanspruch nicht erhoben wurde.
Wichtig für die Anerkennung und damit den Einfluß innerhalb des offiziellen BI-Apparates:
Um dort als »Vertreter« der militanten Tendenz akzeptiert zu werden, muß den BI-Strategen glaubhaft gemacht werden, daß der entsprechende Einfluß auf diesem Flügel vorhanden ist. Die Zellen standen dabei symbolisch für die unkontrollierbare Eigendynamik der Träger des militanten Widerstands.
Mit Bedauern haben wir festgestellt, daß die Ablehnung dieses Teils sich mit der Ernennung der Zellen zum Hitlistenführer des Staatsschutzes zunehmend in Sympathie wandelte. Wobei der Staatsschutz mit dieser »Beförderung« ja explizit im Sinn hat, uns zur über allen schwebenden bzw. thronenden Avantgarde hoch- und damit eine künstliche Trennung herbeizustilisieren. Das ähnelt sehr dem gängigen Wählerverhalten, tendenziell immer die Partei zu wählen, die gerade Oberwasser hat. Schade.
Was das Ziel der Behinderung des Projekts Startbahn betrifft, ist der grundlegende Punkt, der für unsere Praxis folgenreich war und damit vorerst Selbstkritik nötig macht, daß unseren Aktionen kein vorher erarbeitetes, permanent überprüftes und klar umrissenes Konzept zugrunde lag. Die Strategie war intuitiv und situationsbedingt und weniger konzeptionell, Ungenauigkeiten und Fehler damit vorprogrammiert.

Hierzu kam, daß wir - allen früheren Erfahrungen zum Trotz - zu lange darauf vertrauten, die für eine zielstrebige Praxis unerläßlichen Infos von außen zu bekommen. Statt dessen wäre es uns möglich gewesen, auch mit Hilfe allgemein zugänglicher technischer Infos die genaue Bedeutung und Funktion der beteiligten Firmen und damit die Sabotagemöglichkeiten und -richtung klarer zu kriegen.
Das fehlende Konzept hatte zur Folge, daß durch die primäre Ausrichtung der Aktionen auf Vermassung und Kontinuität des Widerstandes in Verbindung mit den heftigen »Tiefs« der Bewegung zunehmend eine praktisch-inhaltliche Präzisierung der »Behinderung« aus den Augen verloren wurde. Wir haben versäumt, zur Diskussion zu stellen, daß Behinderung auch immer die Tendenz zur Verhinderung konkret anvisieren muß.
Die Angriffsziele wurden Anfang 82 ausgeweitet (Bilfinger & Berger, Holzmann), ohne - und da setzt die Kritik an - daß vorher problematisiert wurde, was diese Ausweitung bedeutet.
Es wurde nicht thematisiert, ob durch die Ausweitung auf alle beteiligten Firmen - gerade angesichts der eigenen beschränkten Kräfte - die Bedrohung für die Angegriffenen nicht allzu sehr relativiert wird. So hatten die zwei Aktionen in der Anfangsphase gegen die »Kleinen« im Bunde, Bratengeier und Züblin, ja erhebliche Wirkung gezeigt. Aufgrund der mangelnden Recherchen, gerade im Hinblick auf ihre - insbesondere Bratengeiers - Funktion für die Betonierung der Rollbahn, war uns damals allerdings auch nicht klar genug, wie ihr teilweiser Rückzug einzuordnen war.
Für die Perspektive einer massenhaften Sabotage kam - wie sich gezeigt hat - eine regionale Beschränkung auf die beiden nicht in Frage. Dazu wäre es aber kein Widerspruch gewesen, wenn wir uns auf sie beschränkt hätten und darüberhinaus z.B. propagiert hätten, speziell Bratengeier auch überregional anzugreifen. Daß diese Chance vertan wurde, bedeutete nicht nur die Vereitelung wichtiger und neuer Erfahrungen, sondern hatte auch praktische Konsequenzen bei Beginn der Betonierarbeiten Ende August 82. Aufgrund der diesbezüglich mittlerweile entstandenen »Nicht-Kontinuität« war für uns die Situation nun von vorneherein die, daß für eine wirkungsvolle Intervention nur noch - im Vergleich zu den früheren - qualitativ andere Aktionen mit zudem hohem persönlichen Risiko in Frage kamen.
Hinzu kam, daß wir wie alle anderen auch den offiziellen Informationen aufsaßen, die besagten, daß vorerst nur das nördliche Drittel (auf dem alten Flughafengelände) bis zur Okrifter Straße betoniert werde und im Frühjahr 83 erst im Süden auf der gerodeten Fläche begonnen werde. Wir glaubten damit, noch genügend Zeit zu haben, was u.a. auch ein Grund dafür war, daß wir uns bezüglich der halbherzig und unglücklich verlaufenden Blockadediskussion in der Szene zurückhielten.
Als dann nur von den Grünen inszenierte, symbolische Wahlkampfblockaden, seitens der Bewegung aber kaum was lief (was auch noch einer Klärung bedürfte), nutzte die FAG nach einigen Wochen die »Gunst der Stunde« und ließ parallel auch im Süden betonieren.
Das versetzte uns wiederum in einen unerwarteten Zeitdruck - verbunden mit der Situation, die wir seit jeher zu vermeiden gesucht hatten, daß Aktionen unsererseits den Charakter von reinen, weil nicht mehr praktisch vorantreibenden und mobilisierenden »Ersatzhandlungen« bekommen. Das war der für uns - z.Z. heftig umstrittene - Grund, die geplanten Aktionen abzublasen.
Wenn wir uns als Nahziel - eines an der Startbahn entwickelten, aber perspektivisch erweiteren Widerstands - das Kippen des aktuellen hessischen Atomprogramms benannten, so lag dem die Einschätzung zugrunde,
- daß der sowohl hinsichtlich der Mobilisierung wie der Formen des Widerstands erhebliche Auswirkungen auf den Widerstand an den geplanten WAA-Standorten haben wird,
- daß, solange der Widerstand gegen die Startbahn Bestand hat, eine zweite Front für die Landesregierung auf die Dauer nur schwerlich durchzusetzen ist.
Ein Bewußtsein dieser Dimension des Widerstands war in der Bewegung sehr früh und breit vorhanden. Auch die Landesregierung hatte, als die Inangriffnahme von Baulos 1 in die Vorbereitungsphase kam,

den alten Standortvorschlag der DWK (Wethen) als »ungeeignet« zurückgewiesen. Die neuen Mitte November 81 von der Landesregierung vorgelegten Standortvorschläge (Merenberg und Frankenberg) wurden auf Drängen der SPD von der DWK vorläufig wegen des Startbahnkonflikts wieder zurückgezogen. Da sie mittlerweile aber bereits in der Öffentlichkeit durchgesickert waren und in den betroffenen Regionen erhebliche Unruhe auslösten, mußten sie Anfang Dezember notgedrungen auch offiziell bekanntgegeben werden. In der Folgezeit gab es in Wiesbaden Putz zwischen SPD und FDP bezüglich des weiteren Vorgehens, insbesondere wegen Biblis C. Folge davon war am 10.12.81 der große Krisenrat in Bonn, auf dem die hessischen und Bonner Koalitionsspitzen vereinbarten, das weniger dringliche Biblis C zugunsten der WAA vorerst zurückzustellen.
Wegen der großen Mobilisierung rund um die Standorte - mit eine Folge des Initials Startbahn - versuchte die Landesregierung mit allerlei Tricks Zeit zu gewinnen.
Die näherrückende Landtagswahl vor Augen, legte sich das Kabinett Ende Juli auf einen Standort fest: Frankenberg-Wangershausen. Dessen Vorzüge lagen einmal in der großen räumlichen Distanz zur Startbahn-Region und andererseits in der Tatsache, daß das benötigte Gelände bereits dem Land Hessen gehörte.
Der dortigen Bevölkerung sollte das Projekt vorerst mit einem - aus wahltaktischen Überlegungen wie Gründen des Zeitgewinns geborenem - »Bürgerbeteiligungsverfahren« schmackhaft gemacht werden.
Daß dann doch alles ganz anders kam, lag am Bonner Regierungswechsel im Oktober. Der entband Börner von der leidigen Verpflichtung, der Schmidt-Regierung den Rücken für's BRD-Atomprogramm freizuhalten. Er schwenkte nunmehr auf Ablehnungskurs um und die DWK entschied sich in der Folge für Standorte in Bayern (Schwandorf) und Niedersachsen (Dragahn).
Die Karry-Aktion ist in der Linken auf - eher verhaltene - Kritik gestoßen. Intern hat sie heftige Auseinandersetzungen ausgelöst. Beides nicht verwunderlich. Im folgenden sollen die wesentlichen Kritikpunkte und Fragestellungen zusammengefaßt werden:
Zunächst zum Ziel der Aktion. In der - viel zu spät herausgegebenen - Erklärung wurde es damit umschrieben, Karry »für längere Zeit daran zu hindern, seine widerlichen und zerstörerischen Projekte weiterzuverfolgen«.
Diese vage Formulierung deutet die Unsicherheit über die Auswirkungen, die eine solche Aktion - im geplanten Ausmaß! - auf Tun und Handeln von Typen vom Format eines Karry haben, bereits an. Die politische Intention im Sinn einer Warnung vorausgesetzt, ist in Zweifel zu ziehen, ob sich jemand wie Karry, der in so hohem Maß die Personifizierung seiner Funktion betreibt, sich über den Rahmen der eingenommenen Ämter hinaus mit seinem persönlichen Einfluß, seinem Anteil an der Macht identifiziert, von Schüssen in die Beine zum Rückzug bewegen läßt.
Karry gehörte zu dem selten gewordenen Typus von Politikern, deren Selbstverständnis sich nicht auf Karriere und Aufstieg begrenzt. Vielmehr wird es als eine Art »persönliche Berufung« begriffen, die ökonomischen und politischen Linien zu bestimmen. Sein politisches Territorium endete folglich nicht an der hessischen Landesgrenze, wie es seien Ministerfunktion vielleicht erwarten ließe.
Auf ökonomischer Ebene forcierte er weitsichtig die wirtschaftlichen Beziehungen zu China und Osteuropa, sondierte neue Märkte und ebnete die politischen Bahnen und Voraussetzungen für ihre Erschließung.
Mit unterschiedlicher Publizität arbeitete er am kapitalistischen Restrukturierungsprogramm. Mehr im Stillen etwa als Mitglied des Verwaltungsrats der Post, deren neue nachrichtentechnische Projekte wie Bigfon und als dessen Bestandteil die Verkabelung der Republik für die kapitalistische Reorganisation von strategischer Bedeutung sind. In der Öffentlichkeit profilierte er sich als dessen vehementer Verfechter und Propagandist durch Attacken auf Arbeitslose und fehlende Arbeitsmoral, kranke Arbeiter und krankschreibende Ärzte, zwecks deren Disziplinierung er Kontakte zwischen Krankenkassen und

ärztlichen Standesorganisationen betrieb.
In seiner Funktion als Bundesschatzmeister der FDP machte er seine Beziehungen u.a. im Zusammenhang mit illegalen Waffenverschiebungen in Krisenregionen geltend, was entsprechend - vermutlich nicht nur bezüglich der Parteikasse - honoriert wurde. Zu diesen internationalen Beziehungen gehören auch enge Kontakte zum Zionismus, die aber weitgehend undurchsichtig geblieben sind.
Auf Landesebene profilierte er sich im Rahmen seines Ministeramtes als politischer Protagonist der ökonomischen und infrastrukturellen Interessen des Kapitals insbesondere im Wirtschaftszentrum Rhein-Main. Sein Name stand für die rigorose Durchsetzung der hessischen Asphalt- und Großprojektepolitik (Autobahnen, Startbahn, WAA, Biblis C, Borken, Atomzentrum Hanau-Wolfgang), die er innerhalb der Landesregierung als heimlicher Ministerpräsident mit der bekannten Trumpfkarte seiner Partei, das »Zünglein an der Waage« zu sein, entsprechend vorantrieb.
Anhand der angerissenen Zusammenhänge wird einerseits klar, daß ein Rückzug aus der Landespolitik für ihn keineswegs der Abstieg in die Bedeutungslosigkeit dargestellt hätte, was für die Möglichkeit des benannten Zieles spricht. Andererseits zeigen sie aber auch auf, daß ein eventueller Rückzug wohl eher eine schwerpunktmäßige Verlagerung auf nicht weniger »widerliche und zerstörerische« politische Tätigkeiten hätte erwarten lassen.
Planung und Ausführung der Aktion waren in einem Zeitraum angesiedelt, in dem die regionale politische Situation gekennzeichnet war von einem absoluten Vakuum linksradikaler Politik und einer nur in Andeutungen existierenden Öko-Bewegung. Der Widerstand gegen die Startbahn war regional wie überregional gerade im Wachstum begriffen. Es herrschte (noch) Ruhe im Land.
Hinzu kam, daß auch intern - um es vage zu beschreiben - die Verhältnisse nicht eben zum Besten standen.
Alles in allem Umstände, die diese berücksichtigende Aktionen und ein zumindest mittelfristig angelegtes politisches Konzept verlangten. Warum wurde dann mit dieser Aktion - auch in der geplanten Form - das genaue Gegenteil vollzogen!
Die Antwort ist in erster Linie in dem politischen und praktischen Trugschluß zu suchen, daß durch punktuelle, aber deftige Schläge ein Mangel an Stärke und die Unfähigkeit zur kontinuierlichen Praxis wenn nicht ersetzt, so doch ausgeglichen werden könnte. Damit wurde auch das Prinzip verneint, Aktionsformen und anforderungen nach den eigenen Fähigkeiten und realen Möglichkeiten, der eigenen Substanz zu bestimmen.
Daß die Gruppe, die diese Aktion ausführte, mit ihr politisch und praktisch vollkommen überfordert war, wurde sowohl in der Ausführung selbst, als auch in der Auf- und Verarbeitung ihres unglücklichen Ausgangs, des Bruchs zwischen Planung und Erfolg, deutlich.
Der der Aktion beigemessenen Stellenwert produzierte eine Blindheit gegenüber wesentlichen Prinzipien:
Neben dem ZIEL einer Aktion unterliegen auch ORT und MITTEL politischen Kriterien.
Der Ort der Ausführung hält diesen Kriterien nicht stand. Die Umstände sind vielmehr ein Verstoß gegen die Grundsätze revolutionärer Moral.
Die Tatsache, daß Karry im Bett erschossen wurde, ermöglichte bzw. provozierte Spekulationen über Zielsetzungen, Motive und Urheber. Daß diese Spekulationen durch die zionistischen Verwicklungen Karrys und die zeitliche Nähe zum Anschlag auf den österreichischen Minister Knittel zusätzliche Nahrung fanden, ist dabei von nebensächlicher Bedeutung. Sollte es aus verschiedenen Gründen (Bedingungen der Gruppe, Lebensumstände von Karry ...) tatsächlich keine andere Angriffsmöglichkeit gegeben haben, so hätte die Aktion zu diesen Konditionen nicht durchgeführt werden dürfen.
In der später abgegebenen Erklärung äußerte sich die Überforderung in einer vorgeblichen Selbstkritik, die eben keine war. Sie reduzierte sich schwerpunktmäßig wie auch völlig unzulänglich auf eine

»technische« Ebene der Auseinandersetzung. Schlimmer noch: die eigene Irritation über das, was real bei der Aktion rauskam, wurde geleugnet und darüberhinaus selbst die grundlegenden Unterschiede zwischen geplantem und eingetretenem Ausgang kurzerhand mit verbaler Kaltschnäuzigkeit vom Tisch gewischt.
Der Trugschluß, die organisatorischen und politischen Unzulänglichkeiten der Bewegung wie des eigenen Selbstverständnisses durch Entschlossenheit ersetzen zu können, charakterisiert sich sowohl durch eine verhängnisvolle Tendenz zum Militarismus als auch durch ein zwar begründetes, in dieser Form aber praktisch und inhaltlich falsches Endzeitbewußtsein. Dafür stehen in der Erklärung vorhandene Passagen wie: nicht mehr viel Zeit zu haben (»... dann muß schleunigst mit dieser Untertanenlogik gebrochen werden ...«), die letztlich in »existentialistischen« Appellen münden (»Gebrochenes Rückrat oder aufrechter Gang - das war seit jeher DIE Entscheidung«).
Gerade diese Appelle weisen auf die wesentliche politische Absicht der Aktion hin: sowohl nach außen wie nach innen Fanale zu setzen.
Nach außen in der Erwartung, über einen persönlichen Angriff auf die regionale Symbolfigur von Umweltzerstörung und menschenfeindlicher Großtechnologie für den Kampf gegen die anstehenden Großprojekte zu mobilisieren.
Zweifelsohne war die geplante Angriffsform der Person Karrys angemessen. Gleichermaßen war er ein geeigentes Angriffsziel, da er für große Bevölkerungsgruppen ein ausgeprägtes Feindbild verkörperte. Ausdruck davon war u.a., daß seine öffentlichen Wahlkampfauftritte, die sich weitgehend auf Industriellenclubs beschränkten, im umgekehrten Verhältnis zu seiner Bedeutung in der Landespolitik und v.a. in seiner Landespartei standen.
Dabei muß aber festgehalten werden, daß Aktionsziel und -form dem damaligen Stand der Bewegung meilenweit voraus waren. Dieses Auseinanderklaffen begründet nicht unbedingt die Ablehnung der Aktion zu diesem Zeitpunkt. Sie hätte jedoch dann einer eingehenden und stichhaltigen politischen Begründung bedurft, die darüber Auskunft hätte geben müssen, warum ein derartiger Vorgriff für notwendig gehalten und vollzogen wird. Zudem hätte diese Begründung eine weitergehende politische Konzeption, wenn auch nur in groben Zügen, beinhalten müssen. Auch der heftigste Appell bleibt eben nur ein Appell und entbindet nicht von der Notwendigkeit praktischer und politischer Kontinuität, in der allein sich die wie auch immer gearteten Inhalte realisieren.
Ähnliches gilt für das Fanal nach innen. Soweit überhaupt, können solche Appelle nur beschränkt klärende Prozesse und notwendige Auseinandersetzungen provozieren und schon gar nicht politische und praktische Konzepte ersetzen. Ganz abgesehen davon, inwieweit eine solche Funktion von Aktionen akzeptabel ist.
Letzthin haben auch die politischen und praktischen Fehler im Zusammenhang mit dieser Aktion generell aufgezeigt, daß mit der Beschreibung dieser Aktionsstufe die Grenzen des herkömmlichen Zellenprinzips deutlich überschritten werden. Angriffsformen dieser Kategorie stellen Anforderungen an die Beteiligten, die im kleinen Rahmen der abgeschottenen Gruppenautonomie aus organisatorischen wie politischen Gründen nicht zu erfüllen sind.

ein paar Gedanken zum guten Schluß

Wie bereits festgestellt, hat die Kontinuität militanter Politik erfolgreich zur Entstehung organisierter Militanz beigetragen. Sie drückt sich z.B. darin aus, daß es demnächst an der Startbahnmauer kaum noch Streben zu knacken gibt (Mönchbruch Liberation Army, Anarchie & Gaudi, Panzerknacker e.V.), Betreiber und Gerichte weiter zur Verantwortung gezogen werden.
Der Ausdehnung und Festigung des Kleingruppenkonzepts und einer großen Akzeptanz militanter Aktionen steht auf Massenebene das Fehlen eines politischen Pendants gegenüber (die Gründe dafür

haben wir im Vorhergehenden benannt). Deutlich wird dieses Dilemma wieder in Form und Inhalt der Beteiligung der Startbahnbewegung in der Friedensbewegung. Das Fehlen eines politischen Katalysators ermöglicht heute wieder die offizielle Dominanz der Bewegungsverwalter. So scheuen sich die ehemaligen Betreiber des Volksbegehrens gegen die Startbahn West nicht, erneut ein »Hessisches« Volksbegehren, diesmal »für den Frieden« anzuleiern.
Im Startbahnkonflikt sind Erfahrungen und Entwicklungen gemacht worden, die wichtige Impulse in die Friedensbewegung tragen können, um sie tatsächlich zu einem wirkungsvollen Faktor gegen die Raketenstationierung zu machen. Menschenketten, symbolische Blockaden sind ein politischer Rückfall in vorstartbahnliche Zeiten. In ihnen werden sämtliche Kampf- und Bewußtseinsprozesse negiert und zurückgenommen, die in mehreren Jahren Startbahn-Kampf gewachsen sind.
Die Gewaltfrage ist nicht das wirkliche Problem der Friedensbewegung.
Deutlicher noch als im Startbahnkonflikt entspringt die organisierte Gewaltlosigkeit der Friedensbewegung nicht einer Bewußtseinslage, die die Form des Kampfes meint, sie ist hier wie dort die verwaltende Organisationsform.
Nur als solche kann sie be- und angegriffen werden.
Ob Bonn [22] oder Neu-Ulm, solche Unternehmungen auf Bundesebene - besonders im Hinblick auf die politische Zusammensetzung der Friedensbewegung - sind so angelegt, daß das praktische Einbringen anderer und eigener Momente kurzfristig und zu dem Termin nicht möglich, durchsetzbar ist.
Es fragt sich, warum partout vermieden wird, Demos und Aktionen in der Region durchzuführen. Als ob es hier an Objekten mangelte.
Es hat den Anschein, daß die vordergründigen Argumente gegen eine Air-Base-Demo/Blockade (die ja vielfältige Formen haben könnte), wie der Dauerlutscher »Die Bürger machen da nicht mit«, eher die Befürchtung beinhalten, diese oder andere regionale Aktionen könnten erneut unkontrollierbar die Eigendynamik der alten Bewegung in Gang bringen und eskalieren. Dies gerade in Bezug auf die Air-Base, die wie kein anderes Objekt die Verbindungslinie zur Startbahn West herstellt.
Die Sonntagsspaziergänge haben mittlerweile eine eineinhalbjährige Tradition - Gradmesser für die anhaltende Mobilisierung. Das Ausmaß der Beteiligung ist im Laufe der Zeit mehr und mehr zurückgegangen. Je mehr sichtbar wurde, wie das Projekt durchgezogen wurde, desto weniger Leute kamen noch raus.
Die Bullen haben gelernt, die Aktivitäten - von Ausnahmen abgesehen - in den Griff zu bekommen. Sie sind dabei immer dreister geworden. Daß sie es sich inzwischen leisten können, ganz frech das gesamte Gebiet um's Startbahn-Gelände zu kontrollieren und andauernd im Wald rumzufahren, ist eigentlich eine Schande.
Eine Möglichkeit, dem Einhalt zu gebieten und sie wenigstens wieder hinter die Mauer zu scheuchen, wäre unter anderem z.B. der massenhafte Einsatz von Krähenfüßen, Buttersäure gegen Bullen. Ergänzt durch allerlei andere Attacken und Späßchen könnte das ein praktisches Nahziel - Bullen hinter die Mauer - der unbeirrten Bewegung sein. Ein solcher kleiner Sieg könnte - was sehr wichtig ist - frischen Wind in die zum Ritual erstarrten allsonntäglichen Geplänkel (meist am Feldherrenhügel) bringen. Denn ohne frischen Wind läuft die Sonntagsbewegung Gefahr, wegen der sich ausbreitenden Frustration und Resignation sich noch weiter zu dezimieren.
Also denn

Stärke, Lust und Fantasie besiegt die Bullenmaschinerie

Anmerkungen zu Kapitel 9:

1. Draghan

Ursprünglicher Alternativstandort zu Wackersdorf in Niedersachen.

2. Volksbegehren

Abgabe von ca. 300.000 Unterschriften am 14.11.1981; Ablehnung durch den hessischen Staatsgerichtshof im Juni 1982.

3. Karry

Siehe auch: Anmerkung 25 zu Kapitel 1

4. Keynes, John Mayard

1883-1946;

5. München 2

1992 wird der Großflughafen »Franz-Josef Strauß« im Erdinger Moos eröffnet.

6. Schnelle Eingreiftruppe

Planung ab 1977; 1979/80 aufgestellt; Aufgabe ist es, in den Gebieten der sogenannten Dritten Welt (Schwerpunkt: Persischer Golf) westliche Interessen zu sichern;. umfaßt 200.000 Militärs; in den USA stationiert.
Literatur: *500.000 gegen Reagan und NATO.* Dokumentation 10.6.82. Göttingen: Verlag Die Werkstatt, 1982

7. Mai 68

Siehe auch: Anmerkung 22 zu Kapitel 2

8. Frankfurter Römer

Rathaus der Stadt Frankfurt am Main.

9. Börner

Siehe auch: Anmerkung 22 zu Kapitel 7

10. Gries, Eckart

Damaliger Hessischer Innenminister

11. Dregger, Alfred

Damaliger CDU-Landesvorsitzender in Hessen

12. Hauff, Volker

* 1940; SPD; 1972-1978 Parlamentarischer Staatssekretär; 1978-1980 Bundesminister für Forschung und

Technologie; 1980-1982 Bundesminister für Verkehr.

13. Schubart, Alexander

Magistratsdirektor der Stadt Frankfurt; wegen »Nötigung der Landesregierung« und »Aufruf zur Gewalt« erhält er eine zweijährige Haftstrafe auf Bewährung. Er hatte auf eine Demonstration am 12.11.1981 hingewiesen.
Literatur: Alexander Schubart (Hg.): *Der starke Staat.* Dokumente zum Prozeß. Hamburg: Buntbuch Verlag, 1983

14. Wallmann, Walter

Siehe auch: Anmerkung 61 zu Kapitel 6

15. SDS

Sozialistischer deutscher Studentenbund; 1946 gegründet;
ursprünglich den Sozialdemokraten nahestehende studentische Organisation; treibende organisatorische Kraft bei den gesellschaftlichen Entwicklungen Ende der 60er Jahre; der SDS löste sich als Gesamtorganisation am 21.3.1971 auf. Das Innenministerium Baden-Württembergs verbot den Heidelberger SDS, der entgegen dem Auflösungsbeschluß weiter existierte, am 24.6.1970. Anlaß war eine militante Auseinandersetzung um die Teilnahme von McNamara (ehemaliger US-Verteidigungsminister und zu dieser Zeit Weltbank-Präsident) an einer Tagung in Heidelberg.
Literatur: Tilmann Fichter, Siegward Lönnendonker: Kleine *Geschichte des SDS.* Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von 1946 bis zu seiner Selbstauflösung. Berlin: Rotbuch, 1977

16. Spanisches Konsulat 1975 im Sommer

Als Protest gegen die Hinrichtungen von fünf Anarchisten (u.a. Puig Antich) kam es in Frankfurt zu massiven Protestaktionen. Am 29. August 1975 wurden die Scheiben eines spanischen Reisebüros eingeworfen. Im Laufe des folgenden Wochenendes kam es zu Demonstrationen (10.000 TeilnehmerInnen); beim Fußballspiel Frankfurt gegen Mönchengladbach wurde auf den Rasen des Waldstadions in großen Lettern geschrieben: Franco-Mörder. Am Montag danach wurde der spanische Stand auf der internationalen Automobilausstellung demoliert; am 5.9. griffen mehrere hundert Demonstranten das spanische Konsulat an.
Bei den weltweiten Protesten gab es in den Niederlanden Eisenbahnerstreiks und in Lissabon wurde das spanische Konsulat niedergebrannt.
Literatur: Wildcat-Interview: *Die militante Geschichte,* Teil 2, in: Wildcat, Nr. 40, November 1986

17. Landshut

Siehe auch: Anmerkung 5 zu Kapitel 1

18. Schwarzer Block: 28.7.81

Nach der polizeilichen Erstürmung des besetzten Freiburger Schwarzwaldhofes (3.3.1981), der Räumung des Nürnberger Jugendzentrums Komm (5.3.1981), der Festnahme des Berliner Besetzerrates (April 1981) wird in Frankfurt das besetzte »Freiland Indercity« geräumt. Diese Vorgänge sind begleitet von nahezu Tausend Festnahmen, Hunderten Verletzten und Einleitung von Ermittlungsverfahren nach §129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung). In Frankfurt wird gegen einen »Schwarzen Block« ermittelt,

aus dem heraus drei Beschuldigte einen Anschlag gegen eine US-Armee-Einrichtung verübt haben sollen.
Literatur: *Wir brauchen keinen Wetterhahn, um zu wissen, woher der Wind weht.* Dokumentation zum »Schwarzen Block«. Frankfurt/M.: Selbstverlag, 1981

19. SA

Sturmabteilung; Massenorganisation der NSDAP.

20. Geissler, Christian

* 1929; Schriftsteller.
Literatur: Christian Geissler: *Wird Zeit, daß wir leben.* Berlin: Rotbuch, 1976

21. Vollautonom

Diskussionsorgan diverser autonomer Rhein/Main-Gruppen.

22. Bonn

Am 10.10.1981 demonstrierte die Friedensbewegung mit 300.000 Menschen gegen die »Nachrüstung« der NATO; in Neu-Ulm gab es Blockaden vor US-Raketeneinrichtungen.

23. Hungerstreik/Long Kesh

Bei dem Hungerstreik von Gefangenen aus der IRA und INLA (Irish National Liberation Army) starben 1981 zehn irische politische Gefangene, u.a. Bobby Sands.
Literatur: *Prisoners of War.* Hungerstreik 1981 in den H-Blocks von Long-Kesh und Armagh. Berlin: Selbstverlag, 1982

24. Dellwo, Karl-Heinz

* 1952; Festnahme bei der Räumung des besetzten Hauses in der Hamburger Eckhoffstraße 1973; Teilnahme an der Botschaftsbesetzung in Stockholm; am 20.7.1977 zu lebenslanger Haft verurteilt; z. Zt. in der JVA Celle.

25. Herlitz, Heinz

Verhaftet am 12.5.77 in einem Westberliner Wald in der Nähe eines Waffendepots; zu vier Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt.

26. Rebhuhn und Co.

Gemeint ist damit der damalige Generalbundesanwalt Kurt Rebmann und seine Behörde.

27. Spiegel

Wöchentliches Nachrichtenmagazin

28. Stingl

Damaliger Leiter der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit.

29. Genscher, Hans-Dietrich

Siehe auch: Anmerkung 26 zu Kapitel 3

30. Buback-Nachruf

Im Mai 1977 erschien in einer Göttinger Studentenzeitung unter der Überschrift 'Buback - ein Nachruf' ein Artikel zu dem Anschlag auf den damaligen Generalbundesanwalt. Obwohl der Beitrag eine klare Kritik an der Stadtguerilla übte, ohne »die klammheimliche Freude über das Ableben Bubacks« zu verhehlen, setzte die Staatsmacht in den folgenden Wochen intensiv ihren Repressionsapparat ein. Aus Solidarität mit den verfolgten Redakteuren, der Zeitschrift und dem AStA wurde daraufhin der Nachruf von vielen Alternativ-, Studenten- und Schülerzeitungen nachgedruckt. Auch gegen diese Publikationen kam es wieder zu einer Welle von Ermittlungsverfahren.
Literatur: *Wer sich nicht wehrt - lebt verkehrt.* Dokumentation der Auseinandersetzung um die Dokumentation: Buback-Ein Nachruf. Berlin: Selbstverlag, 1978
Literatur: ID-Archiv im IISG (Hg.): *Schwarze Texte.* Politische Zensur in der BRD von 1968 bis heute. Analysen, Dokumente, Diskussionen. Berlin-Amsterdam: Edition ID-Archiv, 1989

31. Gemmer

Frankfurter Polizeipräsident

32. NATO-Gipfel

Der NATO-Gipfel fand am 10. Juni 1982 in Bonn statt.
Literatur: Bernd Weidmann u.a. (Hg.): *500.000 gegen Reagan und NATO.* Göttingen: Verlag Die Werkstatt, 1982

[Dieses Fenster schließen]

Aktion gegen den hessischen Wirtschaftminister Karry (Mai 81)

Wenn Tagträume Realität werden ...
»Am frühen Morgen des 11.5. gegen 5 Uhr hat sich der in Frankfurt Seckbach einsitzende Terrorist Heinz Hubert Karry mit vier Schüssen aus einer Kleinkaliberpistole das Leben genommen.
Karry stand unter dem dringenden Verdacht der langjährigen Mitgliedschaft und Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung, der Vorbereitung mehrerer Atomsprengstoffanschläge, massiver und kaum regenerierbarer Umweltzerstörung und -vernichtung, des illegalen Waffenhandels, der Beihilfe zur Kriegsvorbereitung, der Begünstigung und Strafvereitelung von wirtschaftkriminellen Vereinigungen, der Nötigung, des schweren Landfriedensbruchs, der schweren Körperverletzung, des versuchten und vollendeten Mordes in zahllosen Fällen. Wie die Selbstmordwaffe in seine Hände gelangte, ist bislang unbekannt. Als erste Maßnahme wurde die Bewachung seiner Helfershelfer und Komplizen aus dem terroristischen Umfeld verschärft, um weitere, die freikapitalistisch-herrschaftliche Grundordnung erpressende Selbstmorde zu verhindern...«
So oder ähnlich könnten wir fortfahren, würden wir die Sprache und den grenzenlosen Zynismus der Herrrschenden weiter parodieren. Ein Zynismus, der den Hungerstreik-Tod im nordirischen KZ Long Kesh [23] 1981 wie die Geisel-Hinrichtungen von Stammheim 1976/77 als »Selbstmorde« deklariert. Ein Zynismus, der aus dem Hungerstreik gegen persönlichkeitszerstörende Isolationshaft - im Falle des nicht-tödlichen Ausgangs - eine »Werbung für eine terroristische Vereinigung (§129a)« macht (K.H. Dellwo [24] und H. Herlitz [25]) und bei wild um sich schießenden Agenten des Systems die Notwehr konstruiert. Dieser Zynismus, Ausdruck der Herrschaftsverhältnisse wie der Klassenfronten, in denen wir existieren, wird in unserem langen Kampf gegen die kapitalistische Todesmaschinerie nie der unsrige werden.

Deshalb:
Was Rebhuhn und Co. [26] wissen, aber zurückhalten (ausgenommen die im Spiegel [27] kolportierte dämliche Schock-Theorie), ist: Der Tod von Karry war nicht beabsichtigt, sondern ein Unfall.
Geplant war, durch mehrere Schüsse in seine Beine dafür zu sorgen, daß er länger das Bett hüten muß, als ihm und seinen Freunden lieb ist, den »Türaufmacher« des Kapitals (Karry über Karry) für längere Zeit daran zu hindern, seine widerlichen und zerstörerichen Projekte weiterzuverfolgen. Hätten wir Karry umlegen wollen, hätten wir ein anderes Kaliber benutzt und vor allem sein Kopf (bzw. seinen Oberkörper) ins Visier genommen. Das wäre leichter gewesen. Daß eins der vier Projektile, von denen er getroffen wurde, seine Beckenschlagader zerfetzte und damit tödlich wurde, war der große - nicht einkalkulierte - Zufall an der Geschichte. Nicht zufällig ist, daß BKA und Bundesanwaltschaft, entgegen ihrer sonstigen Gewohnheit, die Einschußstellen nicht genau beschrieben haben.
Daß Karry durch diesen Zufall die Reise in die ewigen Jagdgründe antreten mußte, bekümmert uns ausschließlich insofern, als dies nicht geplant war, wir damit das Aktionsziel verfehlten.
Insoweit mußten und haben wir Selbstkritik geübt:
1. Ein - schmerzhaft - aus dem Schlaf Gerissener reagiert anders, panischer (und damit unberechenbarer) als jemand, der wach ist.
2. Die zu treffenden Körperteile waren verdeckt, was die Zielsicherheit und -genauigkeit über das akzeptable Maß hinaus einschränkt.
Da - trotz der Verwendung eines Kalibers, das normalerweise keine tödlichen Verletzungen hervorruft - es keine Garantie hierfür gibt, hat diese Aktion für uns die Konsequenz, das Angriffsmittel Knarre auch in Zukunft ausschließlich gegen Personen anzuwenden, bei denen das Risiko des nicht-beabsichtigten

Todes eingegangen werden kann.
Wäre Karry tatsächlich so unbeschwert und schutzlos gewesen, wie es die bürgerliche Presse anfangs weismachen wollte, hätten wir andere Wege und Mittel gewählt, unser Ziel zu erreichen. Denn nichts liegt uns ferner, als den Einsatz der Knarre als das Mittel militanten Widerstands zu propagieren.
Die Art und Weise unserer Aktion war ausschließlich davon bestimmt, Karry alleine zu erwischen und damit die Gefährdung anderer Personen (z.B. sein Fahrer und andere Begleiter) auszuschließen sowie selbstverständlich den größtmöglichen Schutz für uns selbst zu gewährleisten.
Der Terrorist Heinz Herbert Karry, posthum von den Medien als volkstümlicher, hessisch babbelnder, Äppelwoi-saufender und Rippchen mit Kraut fressender Mann von nebenan zu verkaufen, war verantwortlich für:
- das größte Atomkraftwerk der Welt: Biblis A und Biblis B inclusive Kompaktlager
- Plan Biblis C
- Planung Wiederaufbereitungsanlage Nordhessen
- Atomzentrum und Plutoniumlager Hanau
- Startbahn West des Frankfurter Flughafens
- jede Menge Autobahnen und Schnellstraßen (A 66, B 8, A 49, A 661, B 448 usw.)
- als Bundesschatzmeister der FDP war er Schlüsselfigur für Waffenlieferungen in Spannungsgebiete.

Auf der einen Seite
* muteten ihn Stingls [28] ohnehin gedrückte Arbeitslosenstatistiken wie »Zahlenorakel« an, denn »ein großer Teil der Arbeitslosen ist nicht ernsthaft am Erhalt eines Arbeitsplatzes interessiert« (Warum nur???) oder »wird vom Arbeitsamt nicht nachdrücklich genug (!!!) vermittelt« (FR v. 16.10.1980)
* verlangte er den Verschub und die Umsiedlung von Arbeitslosen als Manövriermasse des Kapitals.
* sollten »Begriffe wie Pflicht wieder eine größere Rolle spielen«, arbeiteten ihm die Deutschen zu wenig und »machen zu viel blau und krank« (BILD v. 18.7.1980)
* war er Mittelsmann zwischen Unternehmen und Kassenärztlicher Vereinigung zum Zwecke der Disziplierung »zu viel« krankschreibender Ärzte, der Senkung der Krankheitsrate und der erhöhten Auspressung menschlicher Arbeitskraft.

Auf der anderen Seite
* unterstützte und deckte er Preisabsprachen von Baufirmen
* forderte er von der Bundesregierung die Übernahme der Mehr-Kosten, die den Atomfirmen durch die Verschärfung der »Sicherheitsvorschriften« - in der Novelle des Atomgesetzes - entstehen, damit diesen sowieso massiv subventionierten Firmen ihre Riesenprofite in vollem Umfang erhalten bleiben. (FR v. 25.2.1981)
Stets im Dienste seiner Vaterstadt Frankfurt und ihrer High Society betrieb er gemeinsam mit seinen Freunden Wallmann und Hesselbach den mindestens 200 Millionen kostenden Wiederauf- und Ausbau des Prunk- und Protzobjekts »Alte Oper«.
Äußerungen wie: »Das Hearing kann ausgehen, wie es will oder zu Ergebnissen führen, wie immer sie auch ausgehen mögen - für die Landesregierung wird es keine Konsequenzen geben« (FR v. 15.1.1981) sind einzuordnen unter sein Motto: Nützlich ist, was dem Kapital nützt.
Für seine Person hat es inzwischen Konsequenzen gegeben.
Heinz Herbert Karry, Intimus von H.D. Genscher [29], war darüber hinaus Wegbereiter und ständiger politischer Koordinator der Wirtschaftsbeziehungen des bundesdeutschen Kapitals mit Osteuropa und China.

All das drückt aus, welche zentrale Funktion er über das Land Hessen hinaus für seine Kapitalistenklasse inne hatte und erklärt die des »Schmerzes« vollen Äußerungen seiner Komplizen: »Ein Heinz Herbert Karry wird für uns nicht ersetzbar sein« (sein Zögling E. Gries in einem Nachruf) - und das ist gut so. Dem entsprach denn auch der Popanz, der um sein Ende veranstaltet wurde. Die Schmidts, Genschers, Wallmänner und wie sie alle heißen, sind selbst getroffen. Es wurde wieder einmal deutlich, daß ihr schmutziges, blutiges Geschäft der Herrschaft, Ausbeutung, Unterdrückung und Zerstörung auch für sie nicht folgenlos bleiben muß, daß sich die Waffen auch gegen sie wenden können. Ihre »Trauer« ist Ausdruck ihrer Angst.
Doch mit ihrer Betroffenheit wollen sie nicht unter sich bleiben. Das Volk soll und muß mittrauern, soll den Verlust des Feindes bedauern. Sie geben sich nicht zufrieden mit ihrer Demonstration, nicht mit der Propaganda vom volkstümlichen Menschen wie du und ich; sie wollen die staatlich verordnete Trauer erzwingen: So hetzen sie jetzt - wie bei dem (distanzierenden) Buback-Nachruf [30] - gegen die Schreiber eines Artikels der Frankfurter Stadtschülerratszeitung, der die Aktion verurteilt, aber ansonsten das Kind beim Namen nennt.
Schweine wie Karry müssen beweint und gerächt werden.
Wo aber sind die Tränen und die Rache für die von Figuren wie Karry alltäglich und normal gemordeten Menschen?
Wer beklagt die Unfalltoten der Straßen, die Opfer der Produktionsverhältnisse, die Arbeitsunfälle, wer die Tausenden mittels Alkohol, Medikamenten und Rauschgift umgebrachten, wer die in Haftanstalten und Psychiatrieknästen zerstörten Menschenleben, die Chemie- und Atomkranken und -toten und schließlich die - von Produktions- und Lebensbedingungen niedergemacht - »normal«-Sterbenden???? Die sind lediglich der Preis für Wohlstand und Macht der Mächtigen und Besitzenden.
Was die verschiedenen Reaktionen in der Bewegung betrifft, wollen wir auf Argumentationen eingehen, die insbesondere auf der Startbahn West und dem B 8-Damm geäußert wurden: Solche Aktionen fielen auf die legal operierenden Gruppen zurück, das Hüttendorf würde deshalb geräumt etc.
Sicherlich ist es eine berechtigte Spekulation, die Räumung des Damms zu diesem Zeitpunkt (!) mit dem Tod Karrys in Verbindung zu bringen. Schließlich lassen die Herrschenden sich nicht alles gefallen. Nur - und das ist an sich müßig festzustellen: Die Räumung von Startbahn und B 8 ist (war) schon immer geplant. Die einzige Frage ist, ob sie durchgesetzt werden kann. Das hängt ab vom Ausmaß und der Stärke unseres kollektiven, militanten Widerstands.
Eine Woche vor der Aktion gegen Karry wurde der Platz für die Giftmülldeponie Mainhausen »freigemacht«. Was war wohl der Grund hierfür und wer hat das veranlaßt?
Wenn in diesem Land grundlegende Veränderungen erkämpft werden sollen, dann muß schleunigst mit dieser Untertanen-Logik gebrochen werden, muß sich abgewöhnt werden zu bitten und zu betteln, genauso wie sich die Sicht trüben zu lassen und verarschen zu lassen von der Taktik, der »Fairness und Volkstümlichkeit« eines Karry, der es fertigbrachte, mit einer Spende von 100,- DM die Dammbesetzer zu beeindrucken und ihr Wohlwollen zu kaufen. (War das das Sonderangebot des Jahres?)
Knechte haben sich noch nie von ihrer Herrschaft befreit, indem sie vor den Herrn niederknieten und um Zugeständnisse bettelten. Gebrochenes Rückgrat oder aufrechter Gang - das war seit jeher die Entscheidung.
Unter der Regie von Karry entwickelte sich im letzten Jahrzehnt Hessen zum Atomland Nr. 1 und die Rhein-Main-Region zum Zentrum der westdeutschen Atomtechnologie.
Demgegenüber kam die hiesige AKW-Bewegung im gleichen Zeitraum über zaghafte Ansätze kaum hinaus. Die Augen vor dem verschließend, was unmittelbar vor der eigenen Nase passierte, erschöpften sich unsere Aktivitäten weitgehend in fernen Großdemonstrationen. Whyl, Brokdorf, Kalkar, Grohnde,

Gorleben und wieder Brokdorf heißen die Stationen. »Mit Brokdorf steht und fällt das gesamte Atomprogramm« ist eine - falsche - von vielen Argumentationen, die die Legitimation für die eigene Untätigkeit, Unentschlossenheit und Phantasielosigkeit liefern sollen. Warum sollen immer nur Bauplätze zur Wiese gemacht werden?
Warum ist es kein realistisches Ziel, die Stillegung von Biblis »A« und »B« zu erkämpfen und »C« zu verhindern? Wurde und wird doch gerade am Beispiel Brokdorf das Problem der »offenen Feldschlachten« thematisiert und die Notwendigkeit, den Kampf in die Städte zu tragen, propagiert!
An Angriffszielen und - möglichkeiten mangelt es im Rhein-Main-Gebiet wirklich nicht.
Der ökologische und menschliche Vernichtungsfeldzug der Großindustrie ist kein Auswuchs, sondern gleichzeitig Bestandteil und Konsequenz des kapitalistischen Systems. Er ist nicht immanent, d.h. in den vorgegebenen Strukturen zu stoppen oder gar rückgängig zu machen. Jeder Widerstand, der die Grundlagen des Systems nicht in Frage stellt, verkommt deshalb zwangsläufig zur reformerischen Marotte.
Darum konnte das 4-tägige Landtagshearing zur Startbahn West im Februar dieses Jahres durch das immanente Agieren der Bürgerinitiativen auch auf nichts anderes hinauslaufen als auf die altbekannte »Güterabwägung« zwischen sogenannten Arbeitsplätzen und drohendem Fortschreiten der ökologischen Zerstörung. Auch die Fixierung auf das nun angestrebte Volksbegehren bedeutet eine weitere Verlagerung und Beschränkung der Aktivitäten auf die traditionelle politische Ebene. Im wahrsten Sinne des Wortes verschleißt, lähmt und inaktiviert es die Kräfte des Widerstands. Nicht umsonst ist es in letzter Zeit um die Startbahn West sehr ruhig geworden, wurde aus der geplanten Errichtung eines hölzernen Wachturms ein Trauerspiel. Das mit solcher Ausschließlichkeit betriebene Volksbegehren entpuppt sich damit als legalistischer Strohhalm, der den Untergang nur noch beschleunigen wird, wenn diese Fixierung nicht bald durchbrochen wird.
Eine freie, menschliche und ökologisch orientierte Gesellschaft ist nur als antikapitalistische denkbar. Ökologischer Widerstand wird entweder revolutionär oder er bleibt wirkungslos. Ziele wie Aktionsformen revolutionären Widerstands sind unterschiedlich und vielschichtig. Dabei ist die Sabotage die notwendige und effektivste Kampf- und Aktionsform.
Sabotage ist immer, überall und jederzeit möglich: In ihr erorbern wir uns die Freude und Phantasie zurück, die uns die Herrschenden genommen haben und ständig zu nehmen versuchen.
Ihr Ziel ist einfach und klar: An allen Ecken und Enden die kapitalistische Maschinerie ins Stocken, Schwanken und Rotieren bringen.
Sie ist individuell und kollektiv ausführbar.
Sie ist Ausdruck für den radikalen Bruch mit und die Kompromißlosigkeit gegenüber dem kapitalistischen System, für das Bedürfnis und den Willen nach Veränderung.
Sie richtet sich gegen Maschinen, Institutionen, Personen. Gegen alles, was uns kaputtmacht, zerstört und unterdrückt.
Sie ist nicht blind, sondern zielgerichtet: Freiheit, Frieden, Liebe und Glück für die Menschen und Krieg den Fabriken, Ämtern und Palästen der Herrschenden.
Sie kennt - selbstredend - nicht die Aktion, die die Verhältnisse »kippt«, sondern nur viele, viele einzelne Aktionen, deren gemeinsames Ziel die Offensive gegen das System ist!
Der Kampf geht weiter!
Schafft viele Revolutionäre Zellen!

Aktion gegen Züblin/ Bratengeier, Frankfurt (Oktober 81)

Der Widerstand lebt
Weil wir den Bauplatz immer noch nicht zurückerobert haben und deshalb auch nicht direkt an die zum Startbahnbau benötigten Baumaschinen rankommen, haben wir uns heute Nacht zwei in der Stadt herumplanierende Bagger von am Bau der Kriegsstartbahn beteiligten Firmen vorgeknöpft. Am Wendelsplatz haben wir einen Bagger der Firma Züblin, in der Feldbergstraße einen Bagger der Firma Jean Bratengeier abgebrannt.
Die Rückeroberung des von den Bullen abgeriegelten Geländes wäre am 7.11. möglich gewesen - und wurde aus den eigenen Reihen heraus verhindert.
Nachdem nach der Räumung des Hüttendorfes eine Woche lang täglich Zehntausende im Wald, in Frankfurt, in der Region und darüberhinaus in der gesamten BRD demonstriert und sich teilweise auch praktisch gewehrt hatten, war die Bewegung auf dem besten Weg, ihren defensiven Rahmen zu sprengen und einen ersten konkreten Sieg zu erkämpfen.
Der Samstag im Wald sollte der Höhepunkt der Auseinandersetzungen dieser Woche werden - und wurde zum Desaster. Durch die Eigendynamik der Bewegung waren die Funktionäre gezwungen, sich schleunigst etwas einfallen zu lassen, um die Kontrolle über die Auseinandersetzungen zu behalten bzw. zurückzugewinnen. Die Massenmilitanz gerade im Wald hatte so an Breite und Intensität zugenommen, daß sich auch die »Politiker« der Bewegung nicht davon distanzieren konnten. [...] Ihnen war klar, daß am 7.11. im Wald die Konfrontation bevorstand.
Die Initiative für den anstehenden Sturm auf dem Platz zogen sie nur an sich, indem sie ihre Demonstration der »Gewaltlosigkeit« als Spitze dieses Sturms verkauften. Daß sie auch noch nackt erfolgen mußte (es fehlten gerade noch das Jesuskreuz und die Nägel) ist nur eine besondere theatralische Variante einer Opferhaltung, in die wir wieder zurückgedrängt werden sollten. Die Verwirklichung der geplanten Platzbesetzung wurde in Absprache mit dem Bullenhäuptling Vogel unterlaufen.
Generalstabsmäßig waren die Megaphone auf ausgewählte Personen (darunter mindestens ein Zivilbulle), die in die bevorstehenden Maßnahmen eingeweiht waren, verteilt, wurde nur eine Anzahl von Leuten auf den Platz gelassen, Menschen, die nachströmen wollten, daran gehindert und der nunmehr zu Zuschauern degradierten Menge die Forderung nach einem Gespräch mit Gries präsentiert. Davon war vorher natürlich mit keinem Wort die Rede gewesen, vielmehr war 2 Wochen zuvor vom Deligiertentreffen erklärt - und damit verbindlich beschlossen worden - daß es mit Gries, Gemmer [31] & Co. nichts zu verhandeln gibt.
Die Aufforderung an die Zehntausende, »Ruhe zu halten« (Orginaltton eines BI'lers durch den polizeieigenen (!) Lautsprecher) - und das stundenlang - wurde mit dem einfachen, aber wirkungsvollen Trick durchgesetzt, daß Spahn, Wilma Frühwacht-Treber & Co. sich selbst zu Geiseln erklärten.
Unterschlagen werden soll nicht, daß diese Ereignisse nur von einem bestimmten Teil der »Nackten« zu verantworten sind. Unser aller Versagen war, daß wir uns überrascht und total fassungslos die »Ruhe« aufzwingen ließen.
Das Zustandekommen dieses Komplotts braucht nicht zu verwundern, wenn man/frau weiß, daß der gleiche Personenkreis sichere Informationen über das Datum der Hüttendorfräumung hatte, aber - auf Grund seiner Funktion - die rechtzeitige Auslösung der Alarmkette zu verhindern wußte. Die Strategie, den Widerstand wenn irgendmöglich aus dem Wald herauszuhalten - weg vom Ort des Geschehens -

setzt sich fort in dem Aufruf zur Blockade des Frankfurter Flughafens am vergangenen Wochenende. Zu einem Zeitpunkt, an dem Rodung und Bauarbeiten in vollem Gang sind, ausgerechnet eine Blockade des Flughafens anzusetzen, kann nicht anders erklärt werden, zudem die Diskussionen und Beschlüsse während der abgelaufenen Woche sich immer um die Frage der Mobilisierung in den Wald - und nirgendwo sonst hin - gedreht haben. [...]

Die Frage nach dem »Warum« der Blockade hat Alexander Schubart am Montag nur allzu deutlich beantwortet:

»Frankfurt a.M., 16. Nov. (dpa)

Die Protestaktionen auf dem Flughafen sind den Bürgerinitiativen •total aus dem Ruder gelaufen-, sagte heute der Sprecher der •Aktionsgemeinschaft Volksbegehren und Volksentscheid - keine Startbahn West-, Alexander Schubart, auf dpa-Anfrage. Er sei •furchtbar erschüttert-. Vielleicht sei es das falsche Mittel gewesen, am Samstag in Wiesbaden zum Boykott des Flughafens aufzurufen, räumte Schubart ein, der den Appell der Bürgerinitiative zur Besetzung von Rhein-Main unterstützt hatte. Doch ohne den Aufruf wäre es nach seiner Meinung zu noch größeren Auseinandersetzungen an der Mauer gekommen, die das Baugelände sichert. Es habe der Plan für einen •Totaldurchbruch- bestanden. Nach dem Kabinettsbeschluß der hessischen Landesregierung hätte sich niemand einbilden können, daß es gestern ruhig bleiben würde, meinte Schubart. Er bezeichnete das Verhalten der Landesregierung als •einmalig- in der Geschichte der Bundesrepublik und als kalte Verachtung der Verfassung.«

Das Ziel dieser »Politiker« ist, den Widerstand auf einer symbolischen (d.h. wirkungslosen) Ebene zu halten, um ihn mehr oder weniger alternativ in die offiziellen, parlamentarischen Bahnen (AL, Grüne Liste etc.) zu kanalisieren. Sie wollten nicht aktivieren und wirkungsvollen Widerstand, sondern sehen diese Massenbewegung als Public-Relation-Veranstaltung für eine alternative Wahlbewegung, die sie nächstens in den Hessischen Landtag befördern soll.

Wie das Politiker so an sich haben, wenn's um ihre Macht geht, ist ihnen für ihre Durchsetzung jedes Mittel recht. So interessiert Schubart, Treber, Spahn und Konsorten auch die Bewegung gegen die Kriegsstartbahn 18 West einzig und allein unter dem Aspekt, sie für ihre eigenen, langfristigen, politischen Absichten zu funktionalisieren

Diese Frage nach der Funktionalisierbarkeit von Massenbewegungen ist das Geschäft und das Charakteristikum aller Politiker. Sie haben den größten Bammel davor, daß die Bewegung ihrer Kontrolle entgleitet und eine Eigendynamik entwickelt, die »sie« mit hinwegfegt. Das wäre dann die Basisdemokratie, die die »Politiker« nicht meinen. Die Auseinandersetzung mit diesen Machtverhältnissen, Klarheit und ein Bewußtsein davon, was verdeckt abläuft, sind die Voraussetzungen dafür, die Art und Weise des Widerstandes sowie seine Richtung genauer zu bestimmen.

Daß viele davor zurückschrecken, diese Auseinandersetzung mit aller Härte und allen erforderlichen Konsequenzen zu führen, ist vor allem begründet in der Angst vor den radikalen, grundlegenden Veränderungen, die ihre notwendige Folge sind. Daß vielfach die geplante Niederschlagung der Offensive des Widerstands am 7.11. noch fast liebevoll »Verarschung« genannt wird, ist nur ein Ausdruck der Verdrängung der politischen Ernsthaftigkeit und Bedrohung, die von diesen Ereignissen ausgeht. Die Angst, das traditionelle Weltbild aufgeben zu müssen, die Angst vor einer grundlegenden Änderung unserer Vorstellungen und Lebensäußerungen können wir uns nur gegenseitig in inhaltlichen Diskussionen und praktischen Kämpfen und Kämpfchen überwinden helfen.

Widerstand heißt Kampf und Kampf ist zunächst - zu Recht - mit Angst verbunden. Aber genau die Angst setzt den Mechanismus in Gang, den Widerstand an die Macher, die »Politiker« zu delegieren, im traditionellen Rahmen stecken zu bleiben. Delegation von Widerstand gibt es nicht. Diesen Lernprozeß müssen noch viele Leute machen. Es ist auch Aufgabe der Militanten, diesen mit voranzutreiben.

Am meisten lernen wir, wenn wir das, wovon wir reden, auch so gut es geht in die Tat umsetzen.

Damit es gut und immer besser geht, müssen wir vor allem unsere Organisations- und Kommunikationsstrukturen so verändern, daß wir in der Lage sind, den Machern (z.B. in einer Situation wie am 7.11.) praktisch das entgegenzusetzen, was wir für richtig halten und uns nicht mehr von Leuten das Wort reden lassen, die alles andere als unsere Interessen vertreten, müssen wir Strukturen schaffen, die derartige Machtverhältnisse von vornherein ausschließen. Der Ort des praktischen Widerstands ist vor allem anderen draußen im Wald. Die Auseinandersetzung am und der Angriff auf den Bauplatz ist gleichsam der Knackpunkt des gesamten Widerstands. Das haben die »Politiker« längst begriffen. Vom Widerstand dort müssen sich andere Aktionen ableiten und daher ihre Funktion bestimmt werden. Statt zum Teil ziel- und planlos in der Stadt rumzuziehen, können die für die Startbahn Verantwortlichen aufgesucht werden, wie Börner bei seinem Besuch in Frankfurt, Gries in Langen, Hoffie und Schneider an ihrem Wohnort etc.
Immer klarer wurde in den letzten Tagen (Hausdurchsuchungen, Kriminalisierung, gezielte Hetzkampagnen), daß die Situation von der Landesregierung demnächst eskaliert werden wird. Der Zeitpunkt einer solchen Eskalation war noch nie so günstig wie nach dem 7.11. Ihr Ziel ist, den Widerstand gegen die Kriegsstartbahn endgülig zu zerschlagen.
Darauf müssen wir alle vorbereitet sein und eine Antwort finden.
Wir gehen nicht unter in Niederlagen, sondern in Kämpfen, die wir nicht kämpfen!

Aktion gegen das hessische Ministerium für Wirtschaft und Technik, Frankfurt (Dezember 81 [gescheitert])

Reisst die Mauern ein!
Der angebliche Baustop - in Wirklichkeit ein Rodungsstop - ist eine der üblichen Enten. Ein faktischer Rodungsstop bis Mitte Januar war seit 1 - 2 Wochen klar. Seine Ursachen sind weder der »Rechtsfrieden«, noch das, was der Börner sonst so rumplappert, sondern Ausdruck dessen, daß eine Konfrontation am Baugelände über Weihnachten/Neujahr für die Landesregierung nicht durchhaltbar ist: die Bullen sind überlastet und dienstmüde. Gut so! »Der Baustop bringt die spürbare Entlastung, die wir nötig haben, um uns zu regenerieren«, meint der hessische Landesvorsitzende der Bullengewerkschaft Koppmann.

Regenerieren wofür?
Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes ist Mitte/Ende Januar zu erwarten; so sind es allenfalls ein paar Tage, um die sich der Beginn von Baulos 2 verzögert. Ein billiger Preis für ein angebliches Zugeständnis, das die Bewegung noch mehr in Passivität und Defensive zwingen soll.
Das Volksbegehren wird, wie Börner am 16.12. im Landtag zu prophezeien wußte und heute jede(r)m klar ist, vom Staatsgerichtshof (der sich aus 5 Richtern und 6 »Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens«, die vom Hessischen Landtag bestimmt werden, zusammensetzt) abgelehnt werden.
Danach werden unverzüglich die Rodungen der restlichen 166 ha (!) Wald in Angriff genommen. Sie sollen und müssen, wegen der Verwertbarkeit des kostbaren Holzes, spätestens im März abgeschlossen sein.
Darum sollten wir uns von solchen Scheinzugeständnissen nicht den Blick trüben lassen für das, was

bezüglich der Startbahn 18 West in den nächsten Monaten ansteht.
Sorgen wir dafür, daß den Bullen ihre Regeneration unmöglich gemacht wird. Nehmen wir ihnen ihre Atempause - schaffen wir uns selbst die Luft zum Atmen!
Schaffen wir uns die Bedingungen für eine offensive Rückeroberung! Dafür ist mehr nötig als Hütten-, Brücken- und Barrikadenbau. Barrikaden wollen verteidigt, Mauern beseitigt werden und Menschen können sich organisieren.
Im Hessischen Ministerium für Wirtschaft und Technik ist heute morgen eine Bombe hochgegangen. Dort werden zur Zeit drei Großprojekte in Angriff genommen: NATO Startbahn 18 West, Wiederaufbereitungsanlage und Block Biblis »C«. Weitere Atomkraftwerke sind geplant. [...]
Gegen diesen umfassenden Krieg des Kapitals kann kein punktueller, sondern nur ein ebenso umfassender, gemeinsamer Widerstand erfolgreich sein. Es wird dabei auch und vor allem darauf ankommen, Wege, Formen und Mittel zu finden, die die Möglichkeit und das Ziel beinhalten, Ausbeutung und Unterdrückung, ökologische Zerstörung und Krieg abzuschaffen und einer Gesellschaft Platz zu machen, in der wir Menschen sein können.
Wir haben heute versucht, einen Beitrag zu diesem langen Kampf zu geben.
Schafft viele Revolutionäre Zellen!

Aktion gegen Bilfinger & Berger; Frankfurt (Januar 82)

Wir haben heute Nacht 4 Baufahrzeuge der Firma Bilfinger & Berger, dem drittgrößten Bauunternehmen der BRD, in der Stresemannallee in Frankfurt angesteckt - einen VW-Pritschenwagen, einen Bagger und zwei kleinere Planierfahrzeuge. Die Firma Bilfinger & Berger ist u.a. an der Untertunnelung der Okrifteler Straße beteiligt.

Aktion gegen Philip Holzmann, Neu Isenburg (Februar 82)

Ph. Holzmann baut die Mauer im Flughafenwald und ist an vielen anderen Schweineprojekten wie U-Bahn-Bau, Hochhäuser, Stadtsanierung usw. beteiligt. Alles Sachen, die die Umwelt und unseren Lebensraum und Lebenszusammenhang zerstören. Angesichts der vielen Bullen ist es zur Zeit nicht möglich, im Wald effektiven Widerstand zu leisten. Dazu trägt aber auch das Verhalten von Teilen der BIs bei, die den Kampf gegen die Startbahn West nur noch auf parlamentarischem Wege führen wollen und den aktiven Widerstand ablehnen. Deshalb gilt es jetzt, den Widerstand zu dezentralisieren und überall in Städte und Dörfer zu tragen.

Aktion gegen Bilfinger & Berger; Wiesbaden (Februar 82)

Man hat's nicht leicht, wenn man als Baufirma seine Finger mit im Startbahnspiel hat. Wenn dann auch noch eine RZ •nen frisierten Feuerlöscher unters Sofa schiebt und selbigen zur Detonation bringt, wie z.B. am 24.2. in Wiesbaden geschehen, dann kann man sich schon zu Recht sabotiert fühlen und muß auch noch 100.000 Märker Sachschaden abschreiben. Die so hart gepeinigte Firma konnte ihre Fassung aber bereits am darauffolgenden Tag wiederfinden, just in dem Moment, in dem BI und A. Schubart sich zur Beileidsbekundung einfanden.

Aktion gegen Züblin, Duisburg (März 82)

In der letzten Woche wurde durch das Urteil des Kasseler Verwaltungsgsgerichtshofes klar, daß der Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens nicht einmal formalrechtlich korrekt begonnen wurde. Dennoch: dieses Gerichtsurteil wird die Startbahn West nicht aufhalten, die Arbeiten gehen weiter, das Hessische Wirtschaftministerium schiebt demnächst die »wasserrechtliche« Genehmigung hinterher, die ökologische Zerstörung der Region Mörfelden-Walldorf soll weitergehen.
Ebenfalls in der letzten Woche wurde deutlich, wie groß die militärische Bedeutung der Startbahn West für US- und NATO-Truppen ist. Über die bereits bekannten Tatsachen hinaus - die Startbahn West als Teil der US-Air Base wird zentrale Umschlagstelle für Einsätze der Rapid Deployment Force im Nahen Osten sein - soll sich die BRD in einem Vertrag mit den USA bereit erklärt haben, weitere 10 Flughäfen auszubauen. Damit soll die Möglichkeit geschaffen werden, innerhalb von 2 Tagen 6 US-Division - das wären einige hunderttausende Soldaten - in einem »Krisenfall« einzufliegen. Die BRD will nicht nur diese 10 Flughäfen ausbauen, sondern auch die Sicherung der Anlagen, Bodenpersonal, Logistik wie Hangars, Tanks und Gebäude übernehmen.
Die Startbahn West hat in diesem Konzept eine zentrale Bedeutung. Ihr enormer militärischer Stellenwert erklärt auch, warum SPD/FDP für die Durchsetzung der Startbahn West den Sturz der hessischen Landesregierung und damit spätestens den Sturz der Bundesregierung riskieren.
Wir haben heute am Verwaltungsgebäude der Fa. Züblin in Duisburg, direkt neben dem Polizeipräsidium, eine Bombe gelegt.
Die Firma Züblin, eine der größten Baufirmen in der BRD, soll in diesem Sommer die Startbahn bauen und ist auch schon an den Vorarbeiten beteiligt. Die Baufirma Züblin hat schon 1944 mit Frauen des KZ Walldorf für die deutsche Luftwaffe die erste Startbahn gebaut. Von ihren damaligen Arbeitskräften, 1.700 KZ-Häftlingen, überlebten nur 12.
Inzwischen hat die Firma Züblin über 1 Milliarde Jahresumsatz, ist am AKW-Geschäft beteiligt, baut den Rhein-Main-Donau-Kanal, U-Bahnen in zahlreichen Städten und dergleichen mehr.
Der Widerstand gegen die Startbahn muß auch direkt gegen die beteiligten Baufirmen, gegen die politisch Verantwortlichen, gegen die Militärs geführt werden. Die Auseinandersetzung um die Startbahn West ist dabei kein regional begrenztes Problem. Der Kampf gegen die Startbahn West verbindet den

ökologischen mit antimilitaristischem und antiimperialistischem Widerstand.
Die Aktionen der Revolutionären Zellen im Frankfurter Raum haben in den letzten Monaten in beispielhafter Weise die ökonomische und politische Struktur der Startbahnbauer, dei Baufirmen Bratengeier, Bilfinger & Berger, Holzmann, Züblin, das hessische Wirtschaftsministerium, Flugsicherungsanlagen usw. angegriffen.
Neben den Auseinandersetzungen im Wald, den Demos in den Städten hat der Widerstand gegen die Startbahn West mit solchen Aktionen auch die politische Initiative behalten.

Aktion gegen Bilfinger & Berger, Mannheim + Dressler KG, Frankfurt (Juli 82)

Wir haben heute wieder mal zwei Startbahnbaufirmen heimgesucht. An der Hauptverwaltung der Firma Bilfinger & Berger in Mannheim haben wir einen Sprengsatz gezündet. Desgleichen bei der A. Dressler KG in Frankfurt, Elektronstr. 62. Auf Baustellen an der Eschborner Landstraße und am Zoo haben wir mehrere Baufahrzeuge der Firma Dressler in Brand gestzt.
Aus der breiten Protestbewegung gegen die Startbahn West ist eine kleine, dafür umso unbeirrbarere Widerstandsbewegung geworden. Für die allermeisten bedeutete die Zerschlagung ihrer Hoffnungen, ein Großprojekt wie die Startbahn mittels hunderttausendfachem Protest verhindern zu können, Rückzug und Resignation.
Daß sich jetzt auch bei den BIs der Rückzug in Form der Reduzierung von politischen Forderungen (nur noch »Nachtflugverbot«) und Auflösungstendenzen andeuten, ist nur der Endpunkt einer Politik, die nie über die Protestebene und über traditionelle Formen und Inhalte hinausgehen wollte. Dies zeigt und erklärt gleichzeitig, daß wir unserem Ziel nicht näherkommen, solange Protest und Widerstand fremd- und nicht selbstbestimmt sind.
Für diejenigen, die nicht aufgehört haben, gegen dieses Wahnsinnsprojekt zu kämpfen, kommt es jetzt darauf an, den Widerstand zu festigen und seine Basis zu erweitern. Das traditionell problematische Verhältnis der Deutschen (Linken) zum Widerstand zwingt uns einmal mehr zu zeigen, daß Widerstand nötig, möglich und sinnvoll ist. Es ist unsere einzige Chance, den Widerstand zu verbreitern und - konkret an der Startbahn - Teile der Resignierten zurückzugewinnen. Dafür ist es notwendig, das schon bestehende Nebeneinander verschiedener Widerstandsformen zu akzeptieren und auszubauen. Klar ist der Zweck aller Aktivitäten: die Bauarbeiten und den dazugehörigen Polizeiapparat stören und behindern!
Ihre Bandbreite kann sich erstrecken von einem sonntäglichen Kulturprogramm an der Mauer über kollektive Massenaktionen, z.B. Störung des Flugverkehrs durch Luftballons mit Aluminiumstreifen, bis hin zur Zerstörung der Bau- und Überwachungsanlagen und Angriffen auf die Betreiber. Sowohl für die Massenveranstaltungen wie sonntags und mittwochs (Frauen) als auch für nächtliche Attacken aller Art stellt sich die Frage nach der Organisierung. Was z.B. die Sonntage betrifft, ist das Problem, das unserer Ansicht nach vorrangig gelöst werden muß, die Kommunikation zwischen den verschiedenne Leuten und Gruppen. Damit meinen wir nicht einen irgendwie aufgeblähten und abgehobenen Apparat, der letztlich nur hemmt, sondern eine wenigstens minimale Verständigung und Verbindlichkeit untereinander. Bisher läuft die nur punktuell und individuell, und damit reichlich zufällig oder gar nicht. Trotz der

unterschiedlichen Zusammensetzung der Bewegung - Leute mit unterschiedlichen Köpfen, Erfahrungen und Vorstellungen - ist diese Frage lösbar und müßte endlich auch mal angegangen werden. Dieser praktisch notwendige Schritt könnte außerdem dazu führen, der Bewegung politisch mehr Inhalte zu geben, die über den Bau der Startbahn hinausreichen und ihn überdauern.
Darüberhinaus müssen die Sonntage besser vorbereitet werden. Es muß mehr Leute geben, die genau wissen, was sie machen wollen und das dann auch durchziehen. Agieren wir hier doch auf einem festgelegten Terrain, das der zwar schwerfälligen, aber militärisch überlegenen Maschinerie der Bullen entgegenkommt. Diese können wir nur mit der Flexibilität und Mobilität von Kleingruppen unterlaufen, die genau planen und angepaßt an die jeweils unterschiedliche Situation zuschlagen können.
Wir denken, daß es gegen die obligatorischen Festnahmen einigermaßen effektive Gegenmaßnahmen gibt, die jede/r selbst treffen kann. Es gibt immer noch unheimlich viele Leute, die ohne Maskerade und mit auffälliger Kleidung vor den Augen der Bullen und Kameras agieren. Es ist ein Leichtes - wie sich immer wieder zeigt -, die dann herauszugreifen. Gesichtstuch, Kleiderwechsel und ein rechtzeitiger Rückzug können dem erfolgreich entgegenwirken. Einmal abgesehen davon, daß wir uns in die Lage versetzen, Leute auch wirklich wieder rauszuhauen. Viele, die in ihren Aktivitäten darum bemüht sind, eine Vermassung des Widerstand/Sabotage zu erreichen, gehen davon aus, daß dies am ehesten durch die Beteiligung möglichst vieler an Aktionen geschieht. Wir halten dies - jedenfalls was konkrete Sabotageaktionen angeht - für falsch. [...]
Wir denken, daß das Schielen auf die Massen bei vielen vor allem in der Angst begründet ist, sich die Frage zu stellen, was mann/frau selbst will, bereit ist zu geben und in der Lage ist zu tun.
»... Wer das Gras zwar grün, die Wurzeln aber blutrot sieht, steht vorläufig noch allein. Das darf nicht lange so bleiben. Keiner von uns hat viel Zeit... Wer Befreiung verhindern will, lebt gefährlich. Gelaber in Sachen Gewalt findet nicht statt. Die Zustände selbst sind Gewalt. Auch die Frage nach den Massen erweist sich als Müll. Sie verschüttet nur die Frage nach dir selbst. Manche möchten auf diese Frage lieber nicht antworten. Manche möchten lieber tot sein als leben. Manche freuen sich auf Weihnachten.«
(Christian Geissler: Wird Zeit, daß wir leben)
[...] Die Vermassung von Widerstand/Sabotage erreichen wir durch erfolgreiche Aktionen, durch die praktische Demonstration, daß Widerstand möglich und für jede/n in irgendeiner Form machbar ist. Dadurch kriegen auch andere den Mut und die Kraft, selbst das zu tun, was sie richtig finden (und nicht nur zuzusehen und Beifall zu klatschen).
Teile der Bewegung sind in den letzten Monaten verstärkt dazu übergegangen, konkrete Sabotage sowohl auf dem Baugelände selbst (Baufahrzeuge, Flutlichtanlagen etc.) als auch in den Städten (Angriffe auf Baufirmen, -fahrzeuge) zu praktizieren.
Dem entspricht umgekehrt das zunehmende Totschweigen militanter Aktionen durch Betreiber und Presse. Von vielen Aktionen erfährt mann/frau nur zufällig, von vielen anderen sicherlich überhaupt nichts.
Genauso wichtig, wie die Aktion selbst, ist es auch, sie öffentlich zu machen. Widerstand, den keiner mitkriegt, kann auch niemandem Kraft, Mut und Anregung vermitteln.
In diesem Zusammenhang wollen wir nochmal was zu uns sagen: Wir haben uns noch nie als abgeschlossene und über allen anderen stehende Organisation verstanden und tun es auch heute nicht. Das Konzept der RZ besteht gerade darin, offen für alle zu sein, die es richtig finden, sich der Politik der Revolutionären Zellen zuzuordnen und sie praktizieren wollen.
Gerade im letzten Jahr hat sich durch die Massivität unserer Aktionen vor allem zur Startbahn und zum NATO-Gipfel [32] im Juni ein ohnehin existierender Mythos vom bewaffneten Kampf wieder verstärkt. Dieser Mythos wird auf der anderen Seite von den Bullen noch kräftig untermauert, indem sie uns

mindestens einmal monatlich als mittlerweile größte »terroristische Gefahr« präsentieren. Das, wie auch Henker Rebmanns mit hübschen Bildchen garnierte Fahndungsblättchen vom Frühjahr, zielt ganz klar darauf ab, eine Distanz zwischen uns und euch aufzubauen. Sie wollen uns als straighte fighter, Heroen hinstellen; für euch unerreichbar. Vor was sie so viel Angst haben, sagen sie denn auch ganz offen: unsere Zugehörigkeit zu Massenbewegungen wie auch vor der für sie nicht greifbaren, aber für alle Militanten offenen und praktikablen Organisationform [...]

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Vorbemerkung Kapitel X

Widerstand gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß
Gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß im Dezember 1979 zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa entwickelte sich eine breite Friedens- und Anti-Kriegs-Bewegung, die Hunderttausende mobilisierte und zur bislang wohl größten außerparlamentarischen Protestbewegung der BRD wurde. Diese Bewegung setzte sich aus unterschiedlichen - teilweise gegensätzlichen - politischen Strömungen zusammen.

Die Anti-Kriegs-Bewegung
Die Anti-Kriegs-Bewegung wurde überwiegend von Linksradikalen aus dem autonomen und antiimperialistischen Spektrum getragen. Der Auslöser für diese Bewegung, die den Widerstand gegen die NATO, gegen Krieg und Imperialismus zu ihren zentralen Themen machte, war die militante Demonstration gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung am 6. Mai 1980 in Bremen. Die Linksradikalen mobilisierten im September 1980 gegen die NATO-Herbstmanöver in Hildesheim, aus ihren Reihen kamen auch die Gruppen, die Munitionstransporte beobachteten und blockierten, und die »Krieg dem Krieg«-Initiativen.
In den folgenden Jahren initiierten sie mehrere große, z.T. militante Demonstrationen: im September 1981 in Berlin gegen den US-Außenminister und ehemaligen NATO-Oberbefehlshaber Haig, ein Jahr später, am 11. Juni 1982, ebenfalls in Berlin, gegen den Besuch des amerikanischen Präsidenten Reagan anläßlich eines NATO-Gipfeltreffens.
Im Sommer 1983 demonstrierten sie gegen den Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Bush in Krefeld. Gleich zu Beginn zerschlugen SEK-Einheiten diese Demonstration, viele Demonstranten wurden - zum Teil schwer - verletzt. Von den Festgenommenen wurden einige zu Haftstrafen bis zu 2 Jahren verurteilt.

Die Friedenbewegung
In der Friedensbewegung fanden sich u.a. pazifistische, kirchliche und sozialdemokratische KriegsgegnerInnen, ehemalige K-Gruppen-Mitglieder oder auch diejenigen, die zuvor in Bürgerinitiativen, z.B. gegen AKWs, gearbeitet haben, zusammen.
Um eine möglichst breite Beteiligung der Bevölkerung zu erreichen, setzten sie Gewaltfreiheit als Voraussetzung für ihre Aktionen durch und mobilisierten anfangs unter der Parole »Frieden schaffen ohne Waffen«. Diese Beschränkung führte unter anderem dazu, daß bei der ersten großen Friedensdemonstration im Oktober 1981 in Bonn ein Vertreter verschiedener - bewaffnet kämpfender - Befreiungsbewegungen wieder ausgeladen wurde, der in seiner Rede auf die in der 3.Welt herrschenden Kriege hinweisen wollte, darauf, daß Friede in der 3.Welt nicht allein Nicht-Krieg bedeutet, sondern »nationale Unabhängigkeit, soziale Gerechtigkeit, kulturelle Identität, [...] das Ende der alltäglichen Gewalt, der ungerechten Strukturen, des Hungers, des Elends, des Terrors der Herrschenden.« Er wurde von den Organisatoren am Reden gehindert, da sein Redebeitrag ein »politisches Manifest« sei und daher nicht auf die Kundgebung einer Friedensbewegung gehöre.
Diese Haltung wurde jedoch innerhalb des folgenden Jahres modifiziert, auch unter dem Einfluß der zahlreichen Dritte-Welt-Gruppen, die sich auch in der Friedensbewegung engagierten. Sie gehörten auch zu den Initiatoren der Demonstration gegen den Besuch des amerikanischen Präsidenten Reagan zum NATO-Gipfel am 10. Juni 1982 in Bonn, an der ca. 500.000 Menschen teilnahmen.

Eine zentrale Motivation in der Friedensbewegung war die Angst vor einer atomaren Vernichtung der BRD als dem Schlachtfeld, auf dem die Supermächte USA und Sowjetunion ihren Machtkampf austragen würden. Aus dieser Haltung resultierte nicht nur die Einschätzung der deutschen Bevölkerung als Geisel der USA, sondern auch die häufige Weigerung, weltpolitische Zusammenhänge und Interessen - auch der deutschen Regierung - zur Kenntnis zu nehmen.

Spaltung und Distanzierung

Von Sprechern der »offiziellen Friedensbewegung« wurde die Ausgrenzung der Linksradikalen, die die weltpolitischen Zusammenhänge thematisierten und praktische Aktionen unternahmen, mittels der »Gewaltfrage« immer weiter vorangetrieben. Sie setzten das Prinzip der Gewaltfreiheit in ihrem Einflußbereich durch, distanzierten sich von militanten Aktionen und arbeiteten eng mit dem Staatsapparat zusammen. So war die Leitung der Demonstration in Bonn 1982 durch eine direkte Standleitung mit der polizeilichen Einsatzzentrale verbunden, um der Polizei bei der Ergreifung von »Störern und Chaoten« behilflich zu sein. Später wurde bekannt, daß sich Sprecher der Friedensbewegung an De-Eskalationsgesprächen mit Vertretern der Polizei, des Innen- und des Verteidigungsministeriums und des Militärs beteiligten.

Die linksradikale Anti-Kriegs-Bewegung versuchte weiterhin, vor allem auf lokaler Ebene Bündnisse mit Teilen der Friedensbewegung aufrechtzuerhalten, um ihre politischen Positionen zu vermitteln und Einfluß auf die Friedensbewegung zu nehmen. Bei der Anti-Bush-Demonstration in Krefeld 1983 zeigte sich jedoch, daß sie politisch isoliert war, als der harte Polizeieinsatz gegen die autonomen und antiimperialistischen Gruppen von Sprechern der Friedensbewegung gerechtfertigt, sogar begrüßt wurde, ohne daß sich nennenswerter Protest von der Basis regte.

Nach der Stationierung der Mittelstreckenraketen im Herbst 1983 zerfiel die Friedensbewegung: In der Anti-Kriegs-Bewegung wurden bis 1986 die Blockaden von Munitionstransporten und des NATO-Herbstmanövers 1984 fortgesetzt.

Die Revolutionären Zellen und die Rote Zora

schreiben angesichts dieser Entwicklung Ende 1983 die Analyse »Krieg - Krise - Friedensbewegung« mit dem Untertitel »In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod«. Sie kritisieren den Eurozentrismus und die »klammheimliche Lust am Weltuntergang« der Friedensbewegung als Entwicklung, die ungewollt oder beabsichtigt keine Perspektive von Klassenkampf und Befreiung enthalten würde. In der Proklamation von Gewaltfreiheit als allem übergeordneten Prinzip würden alle Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele aus der Hand gegeben.

Sie setzen dem die Analyse der politischen Zusammenhänge, der Rolle der BRD innerhalb der NATO, der politisch-ökonomischen Situation in den Ländern der 3. Welt entgegen.

Um die behauptete »Bedrohung aus dem Osten« zu widerlegen, stellen die RZ/Rote Zora in dem Kapitel »Der Ostblock - ein blinder Fleck in der politischen Geographie der Linken« die wirtschaftliche Lage und die Ziele der Sowjetunion denen des Westens und der NATO gegenüber und kommen zu dem Ergebnis, daß die Stationierung der Mittelstreckenraketen einer der letzten Schritte zur Unterwerfung des Ostblocks unter die Interessen des Imperialismus sei.

Im letzten Teil gehen sie nochmals auf die Entpolitisierung der Friedensbewegung und die Zunahme nationaler Positionen ein und regen eine Diskussion über Strategien und Ziele an, die sich an der Klassenfrage und dem Internationalismus orientiert.

Auch wenn der Text erschien, als sich die Friedensbewegung als Massenerscheinung weitgehend aufgelöst hatte, erreichte er jedoch die wohl weiteste Verbreitung von allen bisherigen theoretischen Erörterungen der RZ. Durch Veröffentlichungen in der taz und vielen Nachdrucken in kleineren

Zeitungen ging er über den Rezeptionsbereich der linksradikalen Szene hinaus.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich im Buch auf Seite 735 ff.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Krieg - Krise - Friedensbewegung
In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod

Dezember 1983

Wir haben das Phänomen »Friedensbewegung« bis heute nur in einzelnen Aktionen praktisch kritisiert und uns theoretisch in der Öffentlichkeit bisher so gut wie gar nicht darauf ein- oder dazu ausgelassen. Das heißt nicht, daß wir die Dringlichkeit einer systematischen Auseinandersetzung bestreiten. Vielmehr hat uns die Entwicklung, die diese Bewegung gerade im »Vorherbst« genommen hat, großen Überdruß bereitet und unsere Lust dazu ziemlich blockiert. Darüberhinaus hat sich einiges in uns gesträubt, zum Regierungsdatum »heißer Herbst« - wie von oben bestellt und durch den Verfassungsschutzpräsidenten bereits angekündigt - als Teufel aus der Kiste zu springen und unsere radikale Pflicht zu tun.
Wir bestimmen unsere Zeitpunkte, Ziele und Interventionsformen gerne selbst und meiden - soweit möglich - staatlich verordnete Höhepunkte.
Der Entschluß, uns nur punktuell auf die Friedensbewegung zu beziehen und nicht unsere gesamte Kraft darauf zu verwenden, die lauwarme Herbstsuppe auszulöffeln und ihr ein wenig militante Würze beizusteuern, entspricht jedoch nicht nur einer taktischen Zurückhaltung, sondern begründet sich in erster Linie in umfassenden inhaltlichen Kontroversen, die uns erst mit der Zeit in ihrer Tragweite bewußtgeworden sind und die wir deshalb im folgenden zu einer möglichst breiten und hoffentlich heftigen Diskussion stellen wollen.
Dabei ist uns klar, daß die Analyse des inneren Zusammenhangs von Krise und Krieg nur ein Aspekt ist, um an der imperialistischen Verplanung der Zukunft Risse und Brüche auszumachen, an denen sich neue Revolten entzünden werden. Daß Widerstand und Aufruhr ihrer eigenen Logik folgen, ökonomische Tendenz und soziale Praxis also nicht automatisch zusammenfallen, steht auf einem anderen Blatt, das noch geschrieben werden muß.

Bewegung ist nicht alles!
Die Diskrepanz ist offensichtlich: während Kapital und Staat ihre Krisenstrategie durchsetzen und in anderen Regionen bereits an ganzen Völkern exekutieren, ist in den Metropolen die Kriegsgefahr zum alles beherrschenden Thema geworden. Weder die gezielte Politik der Verarmung noch die tatsächlichen Kriege, die der Imperialismus an verschiedenen Fronten der 3. Welt anzettelt, sondern eine eher abstrakte Vernichtungsdrohung mobilisiert die Menschen in den Zentren zu Hunderttausenden. Nicht eine revoltierende, klassenkämpferische, sondern eine Katastrophenkultur macht sich breit und wird von oben nach Kräften geschürt. Die berechtigte Angst vor sozialer Verelendung, ökologischer Verödung und den möglichen Folgen atomarer Hochrüstung wird übersetzt in die wahnhafte Vorstellung von dem alles vernichtenden Untergang, der nur noch Opfer und keine Täter mehr kennt.
»Apocalypse now!« scheint das Leitmotiv einer Epoche zu werden, die sich materiell auf Umstrukturierungen von gigantischem Ausmaß zubewegt. Die klammheimliche Lust am Weltuntergang wird zur metropolenspezifischen Reaktion auf eine neue Ära voller unerträglicher Widersprüche, die nur Vorboten jener Umwälzungen sind. Schon einmal - während der 20er Jahre - erwies sich, was als »Untergang des Abendlandes« [1] interpretiert und erlebt wurde, als globale Krise der Kapitalakkumulation, die bekanntlich nicht das Ende der Welt, wohl aber einen weiteren Abschnitt kapitalistischer Entwicklung einleitete, an deren Ausgangspunkt Faschismus und ein verheerender Krieg

standen.
Wo sich Endzeitstimmung breit macht, ist kein Raum mehr für soziale Utopien. Der Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben steht zurück hinter der Frage des nackten Überlebens. Jeder Ausweg legitimiert sich von selbst, wenn er nur Hoffnung auf Rettung verspricht. Was immer unterhalb der Schwelle der Katastrophe daraus erfolgt, es dient der Abwendung eines vermeintlich größeren Übels. Die Drohung mit dem Weltuntergang verschafft den staatlichen Souveränen das Mittel, um jedes Opfer nach innen durchzusetzen und vergleichsweise zweitrangig erscheinen zu lassen.
Wie einst der Club of Rome [2] oder rechte Ökologen im Namen der Natur einklagten, was vor allem die Krise verlangte, nämlich Bereitschaft zum Verzicht angesichts des drohenden Ruins sämtlicher Grundlagen menschlicher Existenz auf diesem Planeten, so beschwören heute Teile des Friedensbündnisses die atomare Apokalypse, um politische Enthaltsamkeit zu predigen. »Frieden statt Politik« hieß es auf der Bonner Kundgebung [3] vor zwei Jahren, wo einem Sprecher verschiedener Freiheitsbewegungen aus eben diesem Grund das Wort entzogen wurde, als er sagen wollte, was dort unter Frieden verstanden wird: »Friede in unseren Ländern bedeutet nicht allein •Nicht-Krieg-. Friede heißt für uns nationale Unabhängigkeit, soziale Gerechtigkeit, kulturelle Identität. Friede heißt für uns das Ende der alltäglichen Gewalt, der ungerechten Strukturen, des Elends, des Hungers, des Terrors der Herrschenden.«
Es ist nur folgerichtig, wenn staatliche Politik hier nicht mehr an ihren bewußt geschaffenen Fakten und imperialistischen Planungen gemessen wird, sondern deren Macher als Gefangene einer bedrohlichen Lage entschuldigt werden, der es nun gilt, gemeinschaftlich Herr zu werden. Beifall und Sympathie erntete Willy Brandt, als er auf dem letzten Kirchentag über die »Ohnmacht der Mächtigen« lamentierte, die zwischen Zweifel und Zuversicht zerrieben würden. Die Theorie vom »Rüstungswettlauf« kennt - abgesehen von einem »dümmlichen Westernhelden« [4] und sonstigen ausgemachten Bösewichtern vom Schlage eines Weinberger [5] - nur noch Verlierer und keine Veranstalter mehr. Kritik an der Rüstungseskalation entwickelt sich nicht zur Fundamentalopposition gegen die Ziele imperialistischer Politik, die mit den Mittelstreckenraketen abgesteckt werden, sondern bleibt Korrektiv eines Regimes, das die Konsequenzen seines Handelns angeblich nicht überblickt. Die Politik des Imperialismus wird von ihrer ökonomischen Basis gelöst und einer vergleichsweise besseren, vom Willen und Gewissen ihrer Repräsentanten angeblich unabhängigigen, bürgerlichen Politik - auf derselben Grundlage - gegenübergestellt. Als wäre der Sinneswandel der SPD in Sachen Stationierung tatsächlich Ergebnis eines parteiinternen Läuterungsprozesses und nicht banale Folge des Machtverlustes! Wer Krieg nur als abstrakte Gefahr und die atomare Vernichtung vor allem als technologisches Risiko diskutiert, erteilt deren Betreibern Generalabsolution. Er attestiert staatlicher Politik indirekt, was deren Vertreter ohnehin unablässig von sich behaupten: daß die Bewahrung des Friedens ihr ureigenstes Anliegen sei und man sich lediglich im Weg zum selben Ziel unterscheide. Der Protest gegen die »Nachrüstung« versackt so in der Debatte um Fragen der Sicherheitspolitik, die pazifistischen Ambitionen verkehren sich in Lektionen über »alternative« Wehrkunde. Die Stationierung der Raketen soll nicht gegen den Willen der Regierung, sondern kraft Überzeugung und besserer Argumente verhindert werden. Eben deshalb bleiben so viele Aktionsformen aus den Reihen der Friedensbewegung - von der Unterschriftensammlung bis hin zum frömmelnden Fasten, dessen Effekt in erster Linie in der Genugtuung über die eigene Opferbereitschaft besteht - stets Appell an die Vernunft, getragen von der durch nichts zu belegenden Hoffnung, daß gute Gründe oder Moral und nicht etwa die Notwendigkeiten der Kapitalverwertung den Machthabern die Maßstäbe diktieren, die sie ihren Entscheidungen zugrunde legen.
Eine solche Politik gewinnt die Anhängerschaft, die sie verdient! Jenes breite Bündnis, auf das sich die Sprecher der Friedensbewegung zum Beweis ihrer vermeintlichen Stärke zu gerne berufen, war nur um

den Preis der Unterdrückung sozialrevolutionärer und antiimperialistischer Inhalte zu kriegen und auf Dauer zusammenzuhalten. Die hektischen Reaktionen und kriecherischen Distanzierungen von den Blutspritzern [6] im hessischen Landtag offenbaren nicht nur, wie schmal der Konsens ist, sondern vor allem, daß er immer wieder gegen links durchgesetzt und behauptet werden muß. Und wenn dieselben Leute zum hundertsten Mal daherbeten, daß die Perspektiven der Friedensbewegung in ihrer Verbreiterung liegen und deshalb jegliche Eskalation an der Spitze eben diesen Perspektiven abträglich sei, so meint das nichts anderes, als daß die Ausschaltung eines linken Radikalismus in diesem Land noch allemal honoriert wird und zumindest demoskopisch positiv zu Buche schlägt.
Dennoch geht man von falschen Voraussetzungen aus, wenn diesen Leuten heute von Seiten der Autonomen Verrat vorgeworfen wird. Es ist widersinnig, eine in ihrer Mehrheit bürgerliche Protestbewegung mit dem Maßstab revolutionären Widerstands zu messen, um ihr dann ihre Halbheiten vorzuhalten. Ein solcher Vorwurf zeugt weniger vom Ausverkauf der Friedensbewegung durch deren Verwalter, als vielmehr von den enttäuschten Erwartungen auf Seiten des autonomen Spektrums.
Wieder einmal hat sich die falsche Hoffnung, daß die Bewegung vielleicht doch alles und das Ziel nur zweitrangig ist, als Trugschluß erwiesen, dessen Folgen in erster Linie wir alle auszubaden haben.
Hinterher ist man meistens schlauer: eine falsche Politik wird nicht dadurch richtiger, daß man sie von innen her zu radikalisieren versucht. Allzu schnell sind die Ansätze eines radikalen Antimilitarismus, die im Widerstand gegen die öffentliche Rekrutierung in Bremen und Hannover [7] zum Tragen gekommen waren, auf der Strecke gebleiben. Anstatt diese Ansätze weiterzutreiben hin zu einer umfassenden autonomen Gegenbewegung, die nicht bei der Raketenfrage stehenbleibt, sondern die Verhältnisse angreift, die die Vernichtungswaffen hervorbringen, und den bürgerlichen Pazifismus mit einer solchen Gegenbewegung praktisch zu konfrontieren, wurden - in der Hoffnung auf die gegenseitige Potenzierung verschiedener Protestebenen und nicht zuletzt mangels eigener Perspektiven - Vermittlungsmöglichkeiten gesucht. Die Orientierung des autonomen Spektrums an der Friedensgemeinde hat jedoch nicht zu der erhofften Vielfalt unterschiedlicher Aktionsformen, zur Synthese von Massenprotest und Militanz geführt, sondern zu deren Anpassung an einen von Realpolitikern kontrollierten Rahmen. Die faktische Beschränkung auf das von der offiziellen Friedensbewegung vorgegebenn, angeblich erreichbare Nahziel »Keine Pershing 2« - und das heißt die Abkoppelung der Stationierung von ihrem imperialistischen Zweck - ist nicht nur auf gefährliche Weise falsch, weil sie die Waffen und nicht die Menschen, die sie dirigieren, in den Mittelpunkt des Problems rückt. Sie impliziert darüberhinaus die Neutralisierung sozialrevolutionärer Zielsetzungen, da der Rückschluß auf die unmittelbare Betroffenheit aller Menschen dieses Landes dem Widerstand jeglichen klassenpolitischen Bezug nimmt. Die Differenz zum Bürgerprotest reduziert sich so leicht auf die abstrakte Gewaltfrage und dies auf einem Terrain, auf dem Militanz ohnehin kaum eine Chance hat, als tatsächliche Alternative begriffen zu werden. Denn durch die Konzentration auf Militärstützpunkte und Ministerien, also auf die Bastionen der Macht, wo sie am stärksten und am besten gerüstet ist, wird jeglicher Aktionsdynamik der Spielraum genommen. Hier gibt es für uns bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen nichts zu gewinnen, weil wir auf diesem Terrain nicht die »Wahl der Waffen« haben. Für den Schwächeren ist die Bestimmung des Orts der Auseinandersetzung von entscheidender Bedeutung und unsere einzige reelle Chance. Sonst überlassen wir den Protagonisten des plattesten Widerstandssymbolismus in Form von Körperblockaden, Menschenteppichen und Die-In's [8] von selbst das Feld.

Die »Probleme« des US-Imperialismus und die »Wunderwaffe«
Was immer über den Zweck der NATO-«Nachrüstung« gesagt oder geschrieben worden ist - es geht

davon aus, daß die militärische Eskalation Ausdruck der Schwächung des US-Imperialismus ist. Angeschlagen durch eine Serie von Niederlagen in der 3.Welt, die die Sowjetunion sich zunutze gemacht hat, um in das jeweils entstandene Machtvakuum nachzurücken und dort Bastionen des »realen Sozialismus« zu etablieren, und unter dem wachsenden Druck der einstigen Satelliten Westeuropa und Japan, die sich mit der Zeit zu bedrohlichen Konkurrenten gemausert haben, gehen demnach die USA auf Konfrontationskurs, um das internationale Kräfteverhältnis noch einmal zu ihren Gunsten zu gestalten. Die Stationierung der Mittelstreckenraketen erscheint als geradezu genialer Schachzug, um die verschiedenen »Probleme« auf einen Schlag in den Griff zu kriegen:
* Der Ostblock wird durch die Cruise Missile und die Pershing erpreßbar und zumindest zu weltpolitischer Neutralität gezwungen.
* Dadurch bekämen die USA wieder freie Hand in den bevorstehenden - konventiellen - Kriegen im Mittleren Osten und Zentralamerika.
* Und schließlich würden der Konkurrenz aus dem eigenen Lager über die atomare Abhängigkeit die Grenzen gesteckt. Die BRD würde zum »Faustpfand« im Krieg der USA gegen die 3. Welt, zur »Geisel«, die gleichzeitig im Zuge der Bereinigung innerimperialistischer Widersprüche geopfert werden kann. Daß die neue Aufrüstungsphase und die damit einhergehende Verschärfung internationaler Gegensätze Ausdruck tiefgreifender ökonomischer und politischer Veränderungen in der Welt ist, ist unbestritten. Wir glauben allerdings mittlerweile, daß die genannten Erklärungsversuche, die sich - wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung und erst recht mit unterschiedlichen Schlußfolgerungen - bei den meisten Fraktionen aus dem breiten Spektrum der Friedensbewegung finden lassen, dem eigentlichen Zweck der Stationierung und den imperialistischen Interessen, die hinter den militärstrategischen Entscheidungen stehen, nur zum Teil oder auch gar nicht gerecht werden.

Die BRD - »Geisel« oder die Nr. 2 der NATO

Weder die Tatsache, daß die BRD als Projekt der amerikanischen Nachkriegsordnung gegründet worden ist, noch der Umstand, daß das deutsche Kapital diese Chance zu nutzen verstanden hat, um auf der Grundlage funktionierender Ausbeutung und wohl fundierter politischer Macht sich auch weltweit wieder Respekt und Einfluß zu verschaffen, begründen die Annahme, daß sich die USA nun neokolonialer Praktiken bedienen und »uns« unter Ausnutzung ihrer Rechte als Besatzungsmacht atomare Raketen aufzwingen, um so einen lästig gewordenen Konkurrenten in die Enge zu treiben und nötigenfalls auf dem nuklearen Schlachtfeld zu opfern. Es sind auch Großmachtphantasien, die dazu verleiten, aus der Banalität, daß »deutsche Interessen« dort an ihre Grenzen stoßen, wo gemeinsame Belange des westlichen Lagers berührt sind, den Schluß zu ziehen, daß es um die Eigenständigkeit der BRD schlecht bestellt ist.
Zwar ist die Souveränität nur im Rahmen und zu den Konditionen der pax americana [9] zu haben, aber diese Bedingung war und ist allemal die Garantie für den unnachahmlichen Höhenflug dieser Republik zum Modellstaat.
Zwar produzieren die Notwendigkeiten der Kapitalverwertung stets aufs neue Rivalitäten zwischen den Hauptzentren der Kapitalakkumulation, versucht sich eine Seite auf Kosten der anderen (und in der Regel auf dem Rücken dritter) ökonomisch nutzbaren politischen Vorteil zu verschaffen. Aber dieses Gerangel innerhalb der Trilateralen um Marktanteile und Einflußzonen ist weniger Beleg für wachsende grundsätzliche Interessensdifferenzen, sondern eher dafür, mit welchem Feuereifer sie dem gleichen, gemeinschaftlichen Geschäft nachgehen, das bekanntlich durch Konkurrenz belebt wird. So treten all diese Konkurrenzen letztlich zurück hinter dem von den USA gesetzten und den übrigen Staaten des westlichen Bündnisses nachvollzogenen gemeinsamen Willen der verschiedenen Abteilungen, ihre

Interessen möglichst noch im letzten Winkel dieses Planeten durchzusetzen.
Instrument dieses gemeinsamen Interesses ist die NATO. Die BRD als unbestrittene Nr. 2 innerhalb dieser supranationalen Struktur der Westmächte ist nicht Faustpfand sondern Pfeiler der NATO und begründet - umgekehrt - eben gerade darauf ihre Macht. Die Stationierung entspringt nicht dem Zwang, sich im Gefolge amerikanischer Hegemonialpolitik bewähren und - wenn es denn unbedingt sein muß - auch ans Messer liefern zu müssen, ist nicht Rückfall in die Bedeutungslosigkeit, sondern ein weiterer Meilenstein auf dem Erfolgsweg dieser Republik. Sie ist das Ergebnis der wirtschaftlichen und politischen Weltmachtstellung, die sich in der Übernahme militärischer Verantwortung beweist.
»Es ist auf Dauer kein deutsches Vorrecht, nur Nutznießer einer Situation zu sein, für die andere, wie die USA, Großbritannien und Frankreich, die Voraussetzungen schaffen. Ein deutscher Beitrag in der einen oder anderen Form könnte eines Tages unausweichlich sein.« (Schenck/SPD)
Die Zeiten also, in denen die anderen die Drecksarbeit machen mußten, während der BRD-Staat lediglich zahlt und sich im übrigen - immer unter Verweis auf seine historische Erblast - den »eleganteren« Methoden imperialistischer Durchdringung widmete, nähern sich endgültig ihrem Ende. Die Neudefinition des NATO-Auftrages, nämlich die »Sicherung vitaler Interessen außerhalb Europas« oder im Klartext: »Die ganze Welt ist Sache der NATO« (Haig [10]), verlangt eine neue innerimperialistische Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedsstaaten. Die BRD wird im Rahmen dieses arbeitsteiligen Konzepts - neben den USA, Großbritannien, Frankreich und dem Nicht-NATO-Mitglied Japan - zum Kern einer Gruppe von »Schlüsselstaaten«, die in der ihrer Zuständigkeit unterworfenen Region für Ordnung zu sorgen haben. Wie sehr sich die BRD diese Verantwortung zu Herzen genommen hat, kann man u.a. den Berichten über Folter und Mord in der Türkei entnehmen. Dieses strategisch so wichtige Land an der Südostflanke der NATO mußte innerhalb kürzester Zeit mit Krediten und militärischer Ausrüstung zum Ersatz für den Iran hochgezogen werden. Daß sich ein solches Programm nicht mit den geheiligten Prinzipien von Frieden, Freiheit und Demokratie, sondern nur mit der terroristischen Gewalt einer Militärjunta umsetzen läßt, ist bittere Routine im politischen Geschäft. Von »sanfter Tour«, die dem BRD-Imperialismus nachgesagt wird, kann da kaum die Rede sein. Sie stößt sehr schnell an ihre Grenzen, wenn elementare Positionen und Vorteile der Allianz auf dem Spiel stehen.
Die Stationierung der Pershing 2 auf westdeutschem Boden hat nichts mit Selbstaufgabe und dafür umso mehr mit der Entwicklung der BRD zu einem der Schlüsselstaaten der NATO zu tun. Anders als Großbritannien oder Frankreich, deren Armeen direkt an den Fronten der 3. Welt aufmarschieren sollen oder bereits aufmarschiert sind (Libanon/Tschad [11]/Malvinen [12]), muß sich die BRD vor allem in ihrer Funktion als vorderste Linie im Ost-West-Konflikt bewähren. Sie ist keineswegs nur »Drehscheibe«, nur »Hinterland« des militärischen Nachschubs für einen Krieg, den andere ausfechten. Das »Wartime Host Nation Support Agreement« verpflichtet die BRD, jene Lücken zu schließen, die ein Abzug von US-Truppen infolge eines Waffengangs im Mittleren Osten reißen würden. Im Zuge der »Nachrüstung« soll ein westeuropäisches Gleichgewicht zum Warschauer Pakt [13] hergestellt werden, der NATO-Zweck soll von Westeuropa aus allein durchsetzbar sein. Kein Wunder also, daß die russischen Diplomaten in Genf [14] mit ihrer Forderung nach Berücksichtigung der englischen und französischen Atomwaffen beim Hochrechnen der Megatonnen wieder und wieder auf Granit gestoßen sind.
Jene von Teilen der Friedensbewegung genährte Legende von der »Geisel« Europa und vom »Faustpfand« BRD, die in erster Linie den westdeutschen Imperialismus verharmlost, stellt die Verhältnisse auf den Kopf. Mit der »Nachrüstung« verschafft sich die NATO den stategischen Vorteil, die »Schlachtfelder der Zukunft« wieder selbst definieren, d.h.« den Kampf zum Gegner tragen« zu können (Airland-Battle). Die Epoche, wo Kriege zwischen den Blöcken nur auf dem Niveau des

atomaren Schlagabtauschs und um den Preis gegenseitiger Auslöschung denkbar waren, geht zu Ende. Die »Kriegsgefahr« besteht nicht etwa in der abstrakten Möglichkeit einer atomaren Katastophe als Folge der Produktion und Lagerung von overkill-Kapazitäten - eine Möglichkeit, die in der BRD (und keineswegs nur hier) bekanntlich seit Jahrzehnten gegeben ist - sie besteht vielmehr darin, daß die NATO-Staaten mit den qualitativ neuen Waffensystemen Kriege für sich wieder kalkulierbarer gemacht haben. Die Konstruktion der Pershing 2 bedeutet Option zum strategischen Erstschlag. Ihre technischen Eigenschaften wie Präzision, Flugdauer und Reichweite erlauben es, atomare Gefechte unterhalb des allgemeinen Infernos zu inszenieren und zwar dort, wo man den Gegner stellen will. Der Rogers-Plan [15], das Konzept Airland-Battle [16] - zum Teil mit Erleichterung aufgenommen, wird doch Krieg scheinbar wieder auf das erträgliche Niveau konventioneller Waffengänge zurückgeschraubt - geben den Rahmen ab, innerhalb dessen die »Nachrüstung« ihren Sinn bekommt. Sie eröffnet mit der Fähigkeit des westlichen Imperialismus zum - wenn auch noch so verheerenden - Sieg eine neue Ära, in der der Möglichkeit, unterhalb dieser Schwelle weltweit und umfassend sowohl ökonomisch wie auch politisch erpressen zu können, keine Schranke mehr gesetzt sein soll. Widersetzen sich die »Opfer« diesen Manövern, so werden aus ihnen Aggressoren gemacht, die eine militärische Antwort herausfordern.

Imperialismus und 3. Welt: der Bankrott nationaler Entwicklungsmodelle

Während die Mehrheit der Friedensbewegung von der Angst umgetrieben wird, sie selbst, »unser« Land, ja ganz Europa könne Schlachtopfer im »Kampf der Supermächte« werden, hat die radikale Linke immer wieder versucht, diese eurozentristische und rassistische Einengung zu durchbrechen und die Kriege, Völkermord- und Vernichtungsstrategien ins Bewußtsein zu rücken, die der Imperialismus mitten im »40jährigen Frieden« in ununterbrochener Folge an den Völkern der 3. Welt exekutiert hat. Diese richtige Diskussion über die trikontinentale Dimension der neuen NATO-Strategien rückte gleichzeitig die Stationierung in ein anderes Licht. Sie war Beweis für die aggressive Gegenoffensive des - durch Vietnam, »Ölkrise« [17], Iran, Nicaragua usw. - in seiner Vormachtstellung bedrängten US-Imperialismus, der überall, wo er in dieser Welt auf seine Grenzen stößt, die Sowjetunion als Drahtzieher ausmacht und diese mit seinen qualitativ neuen Waffensystemen nun zwingen will, die Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen in der 3. Welt einzustellen. Es ist unbestritten, daß die Voraussetzungen für die trikontinentalen Befreiungskämpfe ohne die Sowjetunion denkbar schlechter wären und allein schon die Existenz einer konkurrierenden Großmacht direkte militärische Intervention der imperialistischen Staaten riskanter macht. Trotzdem ist die Neutralisierung der Sowjetunion unserer Meinung nach nicht der Hauptzweck der »Nachrüstung«. Ob »angeschlagen« oder »führungsschwach«, die wirtschaftliche, politische und militärische Potenz des imperialistischen Lagers gibt ihm auch ohne »Nachrüstung« die Macht, den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas seine zerstörerischen Ausbeutungs- und Vernutzungsbedingungen aufzuherrschen bzw. die Früchte ihrer schwer erkämpften Siege so bitter zu machen und zu vergiften - ein Erbe, mit dem z.B. Vietnam auf Generationen zu kämpfen hat.

Die überwiegende Mehrheit der Länder der 3. Welt ist heute durch die Metropolen in einem Ausmaß ruiniert, das zur Verzweiflung treiben kann. Meist ist die Selbstversorgung dieser Völker so umfassend zerstört worden, daß sie zu ihrem physischen Überleben auf Nahrungsmittelimporte aus den Zentren angewiesen sind. Die Zerstörung der Subsistenzwirtschaft war von Anfang an erklärtes Ziel der imperialistischen Entwicklungsstrategie. So beklagt die Trilaterale auf ihren Weltwirtschaftsgipfeln unter dem Stichwort »Welthungerkatastrophe« keine Fehlentwicklung, sondern kann sich bescheinigen, auf ganzer Linie erfolgreich gewesen zu sein. Ebenso wenig hatten die verschiedenen nationalen Entwicklungsmodelle jemals eine Chance. Beschränken wir uns auf die wichtigsten, das Model

»Handelsnation«, das vornehmlich Afrika beherrscht und das Modell »Schwellenland«, von dem sich die AKP-Staaten (Asien/Karibik/Pazifik [18]) einen Ausweg aus der Misere versprochen haben.
Die afrikanischen Handelsnationen - als Erben monokultureller Zurichtung während der Kolonialzeit - forcieren bekanntlich den Export landeseigener Naturalien und Rohstoffe auf Kosten der nationalen Selbstversorgung in der Hoffnung, auf diese Weise an Devisen als Voraussetzung nationaler Reichtumsakkumulation zu kommen. Da ihre Exporte jedoch keinem nationalen Überschuß entspringen, können sie auf dem Weltmarkt dafür keine Preise verlangen, die den Gestehungskosten entsprechen. Der Preis wird ihnen demnach von den Abnehmern diktiert, also auf den Spekulationsmärkten der Warenbörsen in den imperialistischen Zentren festgesetzt. Die afrikanischen Länder haben von sich aus keinerlei Druckmittel in der Hand. Sie können nicht mit Boykott drohen, sondern müssen im Gegenteil um die Abnehmer ihrer Naturalien noch untereinander konkurrieren. Daß auf diese Weise ihre Handelsbilanzen ins Bodenlose versinken und die Länder mit ihnen, ist - wie gesagt - keine beklagenswerte Fehlentwicklung, sondern das Ziel der »Entwicklung zur Unterentwicklung« (Amin/Frank). Vor allem lateinamerikanische Staaten wie Mexiko, Argentinien und Brasilien haben versucht, als sogenannte Schwellenländer aus der monokulturellen Zurichtung für den Imperialismus durch eine eigenständige Industrialisierung herauszukommen (darauf gründet sich der Mythos des »Peronismus« [19] und daran scheiterte er auch). Die Erfahrung, daß das Nachholen der ursprünglichen Akkumulation im Rahmen eines durchkapitalisierten Weltmarktes nicht möglich ist bzw. nicht zugelassen wird, bezahlen diese Länder heute mit ihrem realen - wenn auch nicht formellen - Bankrott. Da sie eine einheimische Industrie nicht mit akkumuliertem Kapital, sondern nur über Verschuldung aufbauen konnten, war der ganze Rattenschwanz von Inflation, Spekulantentum und letztendlich ihre Kolonisierung unter das imperialistische Kreditsystem bereits vorprogrammiert. Schon längst sehen sie sich wieder gezwungen - in Konkurrenz mit den »Habenichtsen« dieser Welt - ihren Gläubigern Land und Leute als »freie Produktionszonen« [20] zum Ausverkauf anzudienen bzw. sich als Militärbasen und »Stabilisierungsfaktoren« in ihrer Region anzubieten.
Es scheint so, als seien diese ruinösen Formen postkolonialer Zurichtung und Auspressung der 3. Welt für den Imperialismus unter dem Gesichtspunkt der Kapitalverwertung nicht mehr wesentlich **steigerbar. Ein erstes Fazit daraus hat der Wirtschaftsgipfel in Cancun gezogen, auf dem die westlichen Staaten mit der ihrer Macht eigenen Zynik an die Adresse der 3. Welt erklärten, daß sie von nun an nichts mehr zu verschenken haben, daß keine übergebührlichen Rücksichten mehr genommen werden können und eine grundsätzliche Revision und Limitierung ihres- viel zu großzügig vergebenen - Kreditvolumens anstehe.**
Die Daumenschrauben werden immer enger angezogen und die brutalen Auswirkungen dieser endgültigen wirtschaftlichen Ruinierung sind in ihrem Ausmaß überhaupt nicht absehbar. Hungerrevolten wie in Brasilien sind sicherlich erste Vorboten. Der forcierte Nationalismus, dieses zweischneidige Erbe der Entkolonialisierung, der so lange nationale Eliten und Unterklassen zusammengeschmiedet hat, wird als Klammer offensichtlich brüchig. Dies beschwört einerseits die Gefahr von Kriegen herauf; der Krieg am Golf und das Malvinenabenteuer der argentinischen Generäle müssen auch als Versuch verstanden werden, die jeweiligen Nationen hinter sich zusammenzubringen. Auch die neuerdings hervorgebrachte Kritik der einheimischen Eliten am »mörderischen Diktat des IWF« entspringt sicher nicht nur lauter Empörung, sondern auch der Absicht, sich selbst als Beteiligte und Nutznießer an der Ruinierung ihrer Völker aus der Schußlinie zu bringen.
Viel wichtiger ist jedoch, daß in den neuen Revolten [21], die in den Slums und Elendsquartieren der 3. Welt gären, die Frage anders gestellt wird. Es geht nicht mehr um trügerische nationale

Souveränität, an die sich so viele Hoffnungen knüpften, die den Massen aber meist nichts einbrachte außer einem Staat, der nur kostete und den sie nicht brauchen, einer Armee, Verwaltung, Wahlen, Kleinfamilie usw. - alles Dinge, die kein Mensch braucht und eine Bäuerin oder ein Arbeiter in der 3. Welt schon gar nicht. Was sie brauchen, nämlich die stofflichen Grundlagen für ein menschenwürdiges und gutes Leben, hat ihnen die nationale Befreiung allein nirgends gebracht. Die von den nationalen Eliten betriebenen Entwicklungsmodelle sind auf ihrem Rücken und auf ihre Kosten organisiert worden. Die Massenaufstände und Hungerrevolten machen neue Fronten auf: interne Klassenfronten gegen die einheimischen Eliten um menschenwürdige Lebensbedingungen und soziale Gerechtigkeit.
Der Bankrott der »Schwellenländer« - jenes verheißungsvollen und trügerischen Entwicklungsmodells, mit dem der Imperialismus die »fortgeschrittenen« Länder der 3. Welt ködern konnte, weil sie sich davon die Aufnahme in den Reigen der Industrienationen versprachen - wird weitreichende Konsequenzen haben. Vor dem Hintergrund ihres Ruins wird eine ganz neue Attraktivität von Ländern wie Kuba, Nicaragua oder Vietnam ausstrahlen, Länder, wo nationale mit sozialer Befreiung verknüpft wurde, wo niemand mehr hungert, ärztliche Versorgung für alle gewährleistet ist, die Menschen lesen und schreiben lernen. Gemessen an den ruinösen Lebensbedingungen der Massen in der 3. Welt sind dies äußerst erstrebenswerte Verhältnisse. Der militärische Überfall auf Grenada22, der Abnutzungskrieg an den Grenzen Nicaraguas, die eskalierenden Interventionen in Salvador sind Indiz dafür, daß der Imperialismus um diese Dynamik weiß und sie mit aller Macht zu zerschlagen versucht.
Es zeichnet sich ab, daß die Konsolidierung sozialer Befreiungen in den Ländern der 3. Welt immer aktueller an die Bedingungen des Kampfes gegen den Imperialismus in den Metropolen gebunden ist. Nur in der Gleichzeitigkeit der Kämpfe in den Zentren wie in den Ländern der 3. Welt begründet sich die Hoffnung, daß der erreichte Stand sozialer Befreiung in Nicaragua, in Kuba usw. nicht einem neuerlichen Vernichtungsfeldzug des Imperialismus zum Opfer fällt, sondern zum Orientierungspunkt der Befreiungsbewegungen der ganzen Welt wird.

Der Ostblock - ein blinder Fleck in der politischen Geographie der Linken
Obwohl die Pershings und die Cruise Missiles direkt auf den Ostblock zielen, vertreten - wie gesagt - große Teile der radikalen Linken die These, daß dieser nicht »an sich« damit gemeint sei, sondern vielmehr in seiner Rolle als Unterstützer nationaler Befreiungsbewegungen erpreßt werden soll. Sie pflegen der Sowjetunion gegenüber ein seltsam widersprüchliches Verhältnis: einerseits ist sie für sie mit ihrem öden, heruntergekommenen »Realsozialismus« völlig indiskutabel, andererseits trauen sie ihr aber einen durchaus respektablen Rest an revolutionärem Internationalismus zu. Weil aber die inneren Verhältnisse der Sowjetunion aus der politischen Diskussion völlig ausgeblendet werden und der Ostblock ein blinder Fleck in der politischen Geographie der Linken ist, kann sich der Mythos von seiner Rolle als Freund der »Verdammten dieser Erde« [23] so hartnäckig halten. Die Fakten sprechen eine andere Sprache.
Das Ideal des revolutionären Internationalismus hat niemals die sowjetische Außenpolitik bestimmt: weder zu Zeiten Stalins [24], der die kommunistischen Parteien Deutschlands und Jugoslawiens ans Messer geliefert hat und die kommunistische Widerstandsbewegung Griechenlands an die Aliierten, noch zu Zeiten Chruschtschows [25], Brechnews [26] oder Andropows. [27] Die sowjetische Außenpolitik war vielmehr bestimmt von geostrategischen Interessen und dem Vorrang ihrer Existenzsicherung. Das Streben nach »Anerkennung« und »Ausgleich« mit dem westlichen Imperialismus und nicht nach Weltrevolution zieht sich wie ein roter Faden durch ihre weltpolitischen Aktivitäten. So empfing sie

Kissinger zu Entspannungsgesprächen, während die USA Haiphong [28] bombardierten und war bereit, sich aus geostrategischen Interessen mit blutrünstigen Diktatoren wie Idi Amin [29] und Siad Barre [30] zu verbünden.
Auch im Handel mit der 3. Welt kann und will der Ostblock keineswegs auf die Vorteile verzichten, die ihm auf diesem Gebiet aus der internationalen Arbeitsteilung erwachsen:
»Interessanterweise weisen die sozialistischen Länder denn auch im Handel mit den unterentwickelten Ländern einen wachsenden Überschuß auf; d.h. die unterentwickelten Länder haben sowohl gegenüber den imperialistischen Ländern als auch gegenüber den sozialistischen Ländern ein Defizit, so daß der zunehmende Austausch mit den sozialistischen Ländern das Defizit der unterentwickelten Länder nur noch vergrößert.« (A.G. Frank)
Das heißt: der Ostblock versucht die Verschlechterung seiner Zahlungsbilanzen gegenüber den imperialistischen Ländern im Handel mit der 3. Welt abzufangen. Was die RGW [31]-Staaten für den Technologie-Import aus der westlichen Welt zahlen müssen, schaffen sie über den Warenexport an die 3. Welt - und zu deren Lasten - wieder heran.
Über die Devisenbeschaffung hinaus benutzt der Ostblock die Wirtschaftsbeziehungen mit der 3. Welt zur Sicherung von Rohstoffen. Und die ohnehin nur knapp bemessene »Entwicklungshilfe«, die überdies nur zu harten Konditionen gewährt wird, wird auch von sozialistischen Ländern nicht unter der Maßgabe verteilt, wirtschaftliche Unabhängigkeit zu schaffen und zu stabilisieren. Vorrang hat auch hier - wie in der Außenpolitik - das Interesse an der strategischen Lage der meisten Bezieherländer.
Trotz alledem kann nicht bestritten werden, daß die Voraussetzungen für die Befreiungskämpfe in der 3. Welt ohne die Sowjetunion denkbar schlechter wären. Allein die Existenz einer konkurrierenden Supermacht hat den Spielraum der imperialistischen Staaten immer wieder beschnitten und umgekehrt die Sowjetunion dazu veranlaßt, Befreiungsbewegungen im Einflußbereich des Gegners zumindest partiell zu unterstützen.
Diese Tatsache hat jedoch nicht verhindern können, daß der Einfluß der Sowjetunion als Weltmacht in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurückgegangen ist - selbst in ihrem ureigensten Einflußbereich. Solange die Sowjetunion in der 3. Welt auf dem Vormarsch war, war sie es vor allem als Ergebnis kolonialer Auflösungsprozesse. Um diesen Einfluß zu stabilisieren, nachdem die Befreiungsbewegungen Nation, Staat geworden waren, hätte es in erster Linie ökonomischer Mittel bedurft. Die Sowjetunion hat aber gegenüber dem Imperialismus den entscheidenden Nachteil, daß ihr Expansionismus auf Mangel und nicht auf Überschuß gegründet ist. Sie kann nicht auf die »sanfte« Gewalt einer aus ihrer Logik heraus expandierenden Produktionsweise zurückgreifen, um Abhängigkeiten dauerhaft zu gestalten. Gerade wegen ihres Mangels an ökonomischer Potenz stößt die Sowjetunion in der 3. Welt so schnell an ihre Grenzen, ist sie auf die Reklamation eines weltpolitischen Idealismus im Namen der »Völkerfreundschaft« oder aber auf rein militärische Formen der Sicherung von Einflußzonen verwiesen. So ist der Sowjetunion die einzig dauerhafte Erweiterung ihrer Machtsphäre im Kampf gegen den Faschismus gelungen. Das Bündnis mit China hat sich in jahrzehntelange Feindschaft verkehrt, aus Ägypten ist sie regelrecht rausgeschmissen worden. Kuba und Vietnam müssen wegen des imperialistischen Boykotts weitgehend bezuschußt werden. Angola und Mozambique sind ständig militärischen Angriffen Südafrikas ausgesetzt und gleichzeitig ökonomisch so stark von ihm abhängig, daß sie sich aus dem RGW abgekoppelt haben. Algerien ist ebenfalls stärker vom Weltmarkt abhängig als von der »Völkerfreundschaft« zur Sowjetunion. Und Libyen und Syrien sind mehr zufällige Partner aus einer augenblicklichen Feindschaft zu den USA heraus. Was bleibt, ist im wesentlichen Waffenhilfe für nationale Befreiungsbewegungen, die nach ihrem Sieg - wie Nicaragua - auch im Interesse der Sowjetunion versuchen müssen, einen 3. Weg zu gehen, denn diese kann sich weder ökonomisch noch

machtpolitisch weitere Kubas leisten.
Auch die militärische Intervention in Afghanistan [32] hat die Sowjetunion nicht gerade stärker gemacht, sondern den Beweis geliefert, daß sie selbst in diesem traditionell befreundeten Land ihre Statthalter kaum noch halten kann. Doch entscheidender ist wahrscheinlich, daß dieser Überfall Moskau einen weiteren Sympathieverlust bei den - im Lauf der Jahre immer mehr auf Distanz gegangenen - »Blockfreien« [33] gekostet hat.
Angesichts dieser Machtverhältnisse blamiert sich jede Rechtfertigung der militärischen Eskalation der NATO, die sich auf den Zwang zur »Eindämmung des sowjetischen Expansionismus« beruft, bis auf die Knochen und verrät viel mehr über den aggressiven imperialistischen Charakter des westlichen Bündnisses. Die militärische Einkreisung des Ostblocks ist kein Hirngespinst »paranoider Sowjetführer«, sondern Realität, die täglich neue Fakten schafft: die NATO ist nicht nur selbst übermächtiger Gegner, sondern über die USA auch mit dem ANZUS-Pakt [34] (Australien/Neuseeland/USA/Pazifik-Pakt) und der OAS [35] (Organisation amerikanischer Staaten) verbündet. Sie verfügt außerhalb ihres Hoheitsgebietes über rund 400 wichtige militärische Basen in aller Welt, vor allem im asiatischen Raum (z.B. Philippien), und sie forciert gerade in jüngster Zeit - neben dem Zugewinn neuer Stützpunkte in Afrika (Ägypten, Somalia, Kenia, Sudan, Marokko) und dem Nahen Osten (Saudiarabien, Oman) - den Ausbau bzw. die Modernisierung ihrer weltweiten militärischen Infrastruktur. Buchstäblich in die Zange genommen wird der Ostblock allerdings durch die neuen Operationen, die sich direkt an seinen Grenzen abspielen.
Der bedrohliche Würgegriff reicht von der Ausrüstung Westeuropas mit Präzisions- und Erstschlagwaffen über den Ausbau des »NATO-Flugzeugträgers« Türkei zum neuen »imperialistischen Kettenhund« anstelle des Iran bis zur Bildung eines Oberkommandos Südwest-Asien, das die Region von Ägypten bis Pakistan beherrscht und den Persischen Golf mit einschließt. Die Einkreisung setzt sich fort in Japan, das sich voll in die NATO-Strategien integriert hat, d.h. im Kriegsfall die Ausgänge aus dem Japanischen Meer vermint, um die sowjetische Flotte bei Wladiwostok einzuschließen, amerikanische F-16 Kampfflugzeuge stationiert und gemeinsam mit den USA gegenüber Sadchalin - dem strategischen Zentrum der Sowjetunion - auf Hokkaido Landmanöver trainiert. In dieser Front wird neuerdings auch China - zumindest als Horchposten, aber auch über Technologie- und Waffenlieferungen - eingebunden.

Die Entspannungspolitik - ein Lehrbeispiel politökonomischer Ruinierung
Diese systematisch vorangetriebene militärpolitische Einkreisung des Ostblocks kann in ihrem Kern nur so interpretiert werden, daß sie direkt auf dessen Substanz als politisches und militärisches Bündnis zielt. Noch waren die Mittelstreckenraketen in Europa nicht stationiert, noch war also der atomare Vorsprung nicht erreicht, und dennoch versuchte die US-Regierung die Aufnahme der Verhandlungen über die Stationierung von Zugeständnissen der Sowjetunion in Polen abhängig zu machen. Gespräche seien nur dann möglich - so hieß es vor einem Jahr - , wenn die sowjetische Militärpräsenz in Polen und an den Grenzen des Landes in etwa auf den Stand vor Beginn der Polen-Krise [36] zurückgeschraubt würde.
Dies demonstriert im Vorfeld, welch qualitativ verschärfte Möglichkeiten der Druckausübung auf die inneren Verhältnisse des Ostblocks sich der westliche Imperialismus von seinem strategisch neuen Erpressungspotential verspricht.
Die vielerorts beklagte Zuspitzung des Ost-West-Konflikts wird fälschlicherweise als Bruch und Kontrapunkt zur vorausgegangen Ära der Entspannungspolitik definiert, stellt sich aber bei genauerem Hinsehen als deren logische Konsequenz und Weiterverfolgung mit anderen Mitteln heraus. Die Entspannungspolitik war niemals diese treuherzige Aussöhnung mit der Realität des »sozialistischen Blocks«, als was sie sich verkaufte. Im Gegenteil: der Ostblock hat sich für das Linsengericht seiner

Anerkennung als Handels- und Verhandlungspartner und der damit vermeintlich verbundenen Anerkennung seiner Existenz den schleichenden Zugriff des »freien Westens« auf seine ökonomischen und politischen Strukturen eingehandelt.
Die Länder des Staatssozialimus und der Planwirtschaften haben sich aus gutem Grund jahrzehntelang gegen den Weltmarkt abgeschottet, denn dessen ausschließliche Nutznießer waren schon immer seine Subjekte, die imperialistischen Metropolen. Alle anderen werden darin zu Objekten, zu mehr oder weniger rentabler Manövriermasse gemacht.
Ein Jahrzehnt Entspannungspolitik hat genügt, um den RGW zu unterhöhlen. Denn seine Grundlage ist nicht die Warenzirkulation, sondern sind »multilaterale, arbeitsteilige Produktionsvereinbarungen zur Stärkung der wirtschaftlichen Potenz des Bündnisses« - im Klartext: er basiert auf Mangelausgleich. Entsprechend sind die Währungen des Ostblocks kein international anerkanntes Geld, sondern interne Verrechnungseinheiten. Der angestrebte »Technologietransfer« aus dem kapitalistischen Westen brachte folglich den Zwang zur Devisenbeschaffung mit sich. Das bedeutet die Einrichtung von Exportbranchen auf Kosten der Produktion innerhalb des RGW, langfristige und damit teure Lieferungen an Rohstoffen und Materialien, die in Form von Kompensationsgeschäften und schließlich über die Einführung des Verlagssystems und der Lizenzfabrikation die Vermietung von Produktionshallen, Arbeitskräften und Rohstoffen an den imperialistischen Westen.
Vor allem aber die Subsumierung unter das internationale Kreditsystem war der Hebel, den Ostblock zu immer umfassenderen Zugeständnissen an das kapitalistische Geschäft zu zwingen, d.h. zum ungehinderten Kauf und Verkauf von Arbeitskraft und Kapital in Form von Direktinvestitionen. Wie weit die ökonomische Erosion des Ostblocks heute gediehen ist, belegt das gigantische Volumen seiner Kreditverschuldung, so daß heute in den Direktorien der Deutschen Bank oder des IWF mit darüber entschieden wird, ob ein 5-Jahres-Plan erfüllbar ist oder nicht. Die Wirtschaftspolitik in den RGW-Staaten ist vom Mangelausgleich zwischen Plan- und Bedarfswirtschaft zur Konkurrenz um westliche Kredite verkommen, und es ist nicht erkenntlich, wie dieser Prozeß - auch in seinen politischen Dimensionen - aufzuhalten ist. Die Polenkrise ist hierfür sichtbarster Ausdruck. Rumänien mit seiner engen Anlehnung an den Westen, der Kontaktaufnahme zu China und den regen Beziehungen zu Israel braucht keine Sanktionen zu befürchten. Die DDR und Ungarn bieten inzwischen dem Westen Arbeitskräfte zur Vermietung an.
In diesem Zusammenhang muß die militärische Eskalation des imperialistischen Westens als konsequente Fortsetzung der Entspannungspolitik mit anderen Mitteln begriffen werden. Die Sowjetunion soll mit dem überlegenen atomaren Drohpotential »neutralisiert«, d.h. erpreßbar, werden und mit gefesselten Händen dem Zerfall ihres Staatenbündnisses, dessen Zurichtung und Vernutzung unter kapitalistische Verwertungsbedingungen und dem damit einhergehenden politischen Systemwandel zusehen müssen.
»Die sowjetischen Führer müssen wählen zwischen einer friedlichen Änderung ihres kommunistischen Systems in die vom Westen verfolgte Richtung oder in den Krieg ziehen.« (Richard Pipes, US-Außenministerium)
Im Entsetzen über die obszöne Offenheit dieser Programmatik geht meist ihre eigentliche Bedeutung unter: die absolute Machtüberlegenheit und Souveränität, die sich des Erfolgs ganz sicher dünkt. Erscheint doch endlich nach 40 Jahren ein »Fehler der Geschichte« korrigierbar, der laut Churchill [37] darin bestand, daß »mit dem Faschismus das falsche Schwein geschlachtet wurde«. Der Zweck des heutigen imperialistischen Aufmarsches ist in erster Linie die schrankenlose kapitalistische Durchdringung und Ausbeutung des Ostblocks, gerade auch um die Krisen- und Neustrukturierungskosten auf ihn abzuwälzen, und nicht seine militärische Vernichtung.

Die bewußt geschürten Kriegsängste und Bedrohungsgefühle sollen den Blick dafür trüben, daß wir nicht die Opfer sind, sondern wieder mal andere »im Interesse des freien Westens« in die Knie gezwungen werden sollen. Wer dies als »Kampf der Supermächte« interpretiert, unterschlägt, daß das westeuropäische Kapital - allen voran das westdeutsche - ein ureigenstes Interesse an der Kapitulation des Ostblocks hat, war es doch der Hauptbetreiber und Profiteur der Entspannungspolitik.
Hinter dem Willen zur Unterwerfung auch dieses letzten Bereichs des Globus unter kapitalistische Verwertungs- und Akkumulationsbedingungen scheint das Projekt der Zukunft hervor. Denn eine dem westlichen Imperialismus gänzlich zur Nutzung unterworfene Welt ermöglicht auch ganz andere Formen der Reichtumsakkumulation und der Herrschaftssicherung.

Neue Formen der Reichtumsakkumulation und Herrschaftssicherung

Die eigentliche Ursache der Krise, nämlich der Fall der Profitrate, würde durch eine totale Unterwerfung und Integration des Ostblocks unter kapitalistische Verwertungsbedingungen zwar aufgehalten, aber nicht grundsätzlich umgekehrt. Um die Profitrate auf neuer, höherer Stufe zu realisieren, bedarf es einer grundlegenden Veränderung im weltweiten politökonomischen Verhältnis zwischen Kapital und Unterklassen, vermittelt über neue strategische Sektoren und eine Neustrukturierung der Produktionsformen. Das heißt aber, daß das Nachkriegsmodell, das durch Fließband und industrielle Massenproduktion samt Massenarbeit und Vollbeschäftigung gekennzeichnet ist und in dem Auto-, Elektro- und Chemieindustrie die entscheidenden Quellen der Profitmaximierung sind, ausgereizt ist und daß in der organischen Zusammensetzung des Kapitals, also im Verhältnis von toter, angehäufter Arbeit und lebendiger Arbeitskraft, eine ganz entscheidende Verschiebung zugunsten des fixen Kapitals vollzogen wird.
Als neue strategische Sektoren gelten neben der Biotechnologie und der Mikroelektronik der Energiesektor, der Nahrungsmittelsektor sowie die Rohstoffausbeutung der Meere und Pole.
Das Entscheidende an diesen Sektoren - was ihre strategische Qualität erst ausmacht - ist, daß sie in der ausschließlichen Verfügungsgewalt des westlichen Imperialismus liegen müssen. Denn allein die Tatsache, daß alle anderen Mangel an diesen grundlegenden Lebens- und Produktionsressourcen leiden, macht sie zu Profitquellen in wahrhaft unbegrenzter Höhe. Über dieses Verhältnis: ausschließliche Verfügungsgewalt/weltweiter Mangel lassen sich jeder Preis diktieren und grenzenlose Extraprofite realisieren. In diesem Verhältnis liegt darüberhinaus ein ungeheurer Zuwachs an Kontrolle über die Existenzbedingungen der weltweiten Unterklassen und subsumierten Völker, was der Vision einer totalen Herrschaftssicherung des westlichen Imperialismus näher kommt als je zuvor.
Am Energiesektor - weil am weitesten vorangetrieben - läßt sich am besten verdeutlichen, was damit gemeint ist. Bekanntlich sprudelt der Energieträger Nr. 1 - das Erdöl - ja nicht am ergiebigsten auf dem Territorium des »freien Westens«, sondern im Orient. Diesem Mißstand der Natur wird seit den 70er Jahren energisch entgegengearbeitet. Dabei hatten die Ölländer niemals die Verfügungsgewalt über ihre Energiequellen, sondern nur den Eigentumstitel, der ihnen mit einer schäbigen Grundrente abgegolten wurde. Die entscheidenden Erschließungs-, Abbau- und Transporttechnologien lagen immer ausschließlich in den Händen des westlichen Imperialismus. Mit dem Energieprojekt »Project independence« wurde beschlossen, auch diesen schmerzlich vermißten Eigentumstitel in die Metropolen zu holen. Denn eine »Abhängigkeit in diesem strategischen Bereich ist für die Industrie untragbar«.
Die OPEC-Staaten vollzogen die von der Abteilung »Brennstoffe und Energie« des US-Außenministeriums forcierte Ölpreiserhöhung praktisch nur nach. Sie machten damit gezwungenermaßen den Weg frei für ein Programm, das einerseits über die hochgetriebenen Ölpreise den schwierigen und teuren Abbau der eigenen metropolitanen Ölquellen profitabel machen und andererseits mit einem Billionen-Dollar-Aufwand die Entwicklung neuer, unabhängiger Energiequellen

mit Hilfe von Atomspaltung und -fusion, Solartechniken und Erdwärme vorantreiben soll. Das bedeutet die Rückverlagerung des Energiesektors in die Metropolen, um dadurch die bisher eingeschränkte, weil nur technologische, Verfügungsgewalt zu einer totalen zu machen.
Die gleiche Entwicklung läßt sich auf dem Nahrungsmittelsektor [38] beobachten: »Weizen als eine der mächtigsten Waffen gegenüber dem Ostblock und den Entwicklungsländern!« (US-Landwirtschaftsministerium) - das ist keine Übertreibung, sondern beweist, wie weit die strategische Kontrolle speziell der USA auf dem Nahrungsmittelsektor gediehen ist. Voraussetzung dafür war und ist die Ruinierung der bäuerlichen Subsistenzwirtschaft in der 3. Welt und die überdimensionale Subventionierung der westlichen Agrarmärkte, an der die Exporteure der 3. Welt regelmäßig scheitern.
Mittlerweile wächst im Zuge des kometenhaften Aufstiegs der Biowissenschaften ein weiteres Instrument zur Unterwerfung der Welternährung unter die Kontrolle des Imperialismus heran, das riesige Profite verspricht. Längst haben sich die Giganten unter den Erdöl-, Chemie- und Agrokonzernen in die Saatgutbranche eingekauft, um sich Patent und Verfügungsgewalt über die genetische Konstruktion der Lebensmittel der Zukunft zu sichern. Von einer zweiten Phase der »grünen Revolution« ist die Rede, die direkt an der Wurzel der Nahrungsproduktion - der Züchtung von Saatgut - ansetzt. Superpflanzen aus den molekular- und zellbiologischen Laboratorien einiger dutzend Transnationaler wie Shell [39] oder Ciba-Geigy [40] werden die Ruinierung des über Jahrtausende gewachsenen Reichtums unterschiedlichster Agrokulturen weiter forcieren und die Abhängigkeit der weltweiten Nahrungsmittelproduktion von den Investitionsentscheidungen und Gewinnmargen jener Konzerne zementieren.
Die industrielle Verwertung biotechnischer Grundlagenforschung geht jedoch weit über den Nahrungsmittelsektor hinaus. Die Reproduktion von Natur bedeutet einen entscheidenden Durchbruch hin zu neuen Herstellungsverfahren und Produkten, zu neuen Märkten und Profitquellen. Bakterienfabriken werden zur Produktionsstätte biologischer Wirkstoffe und chemischer Grundstoffe, die Wiederaufbereitung und Substitution von Rohstoffen durch genetisch manipulierte Organismen liegt im Bereich des Machbaren. Und jenseits dieses Milliardengeschäfts, das die Biotechnik eröffnet, liefert sie das Rüstzeug für eine perfekte qualitativ neue Bevölkerungskontrolle, die auch vor dem direkten Zugriff auf Köpfe und Körper - vor allem Frauenkörper - nicht zurückschrecken wird, wenn es gilt, den Menschen an die veränderten Verwertungsbedingungen anzupassen.
Parallel zu diesen Projekten sichert sich der westliche Imperialismus zur Zeit auf den Seerecht- und Antarktiskonferenzen über die Nahrungsmittel und Bodenschätze der Meere und Pole die entscheidenden Eigentumstitel nach dem Motto: die Meere und Polen sollen denen gehören, die über die Mittel und Technologien verfügen, sie auszubeuten.
Was die Beschlagnahme des Weltraums betrifft, so hat im All noch nie ein anderes Prinzip gegolten. Waren die Raumflüge allerdings bislang vor allem militärischen Erwägungen und imformationstechnischen Experimenten vorbehalten, so steht nun der Sprung in die »Industrialisierung des Alls« an. Die vollautomatisierte Fertigung unter den besonderen physikalischen Bedingungen des Weltraumes wie Schwerelosigkeit, Vakuum und extremen Temperaturunterschieden befindet sich zwar noch in der Anfangsphase, dennoch versprechen sich die Großunternehmen von Produkten »Made in Space« heute schon derartige Gewinne, daß sie Riesensummen in dieses Zukunftsprojekt investieren. Auf diesem Gebiet ist wohl die sowjetische Konkurrenz mit ihrem intensiv vorangetriebenen Weltraumprogramm mehr als nur lästig.
Die Sowjetunion stellt aber auch das Haupthindernis dar für das Projekt der weltweiten, ausschließlichen Kontrolle über alle entscheidenden Ressourcen. In ihren riesigen, aber schwer zugänglichen Bodenschätzen in Sibirien liegt für sie die Möglichkeit zur Autarkie beschlossen. Diese muß gebrochen

werden, d.h. die Sowjetunion soll konkret über Verschuldung und einen gigantischen Rüstungsetat daran gehindert werden, die schwierigen Technologien für die Erschließung und den Abbau ihrer Naturressourcen zu entwickeln. Das Ziel dabei ist, ihr - wie dem Nahen Osten - das Grundrentemodell aufzuzwingen, sie mit Abschlagszahlungen für die Nutzungsrechte abzuspeisen, während der westliche Imperialismus Erschließung und Abbau kontrolliert und den Preis diktiert. Die sprunghafte Erhöhung der Erdöl- und Weizenpreise Anfang der 70er Jahre eröffnete jedoch noch eine weitere Dimension: damit wurde eine weitgehende Abschöpfung der Masseneinkommen in den Metropolen, die Aufsaugung der Devisenbestände des Ostblocks und die Abpressung der letzten Bonitäten der 3. Welt erzwungen (Selbst das, was die OPEC-Staaten daran profitierten, floß in Form des Petro-Dollar-Recycling [41] wieder in die Metropolen zurück). Über dieses »externe Zwangssparen« saugten die imperialistischen Zentren Billionenbeträge ab für eine gigantische Kapitalansammlung, mit deren Hilfe die umfassende Neustrukturierung der Weltökonomie zu ihrem ausschließlichen Nutzen finanziert werden soll.

Und noch etwas kennzeichnet die neuen strategischen Sektoren: sie sind in nie gekannter Weise kapitalintensiv, ermöglichen einen riesigen Investitionsboom, ohne gleichzeitig große Arbeiterheere neu zu erzeugen. Im Gegenteil - in ihnen wird die Nachfrage nach lebendiger Arbeitskraft auf ein Maß zurückgeschraubt, daß mit Fug und Recht von der Abschaffung der Arbeiterklasse in diesen Bereichen gesprochen werden kann. Das heißt, sie sind strategisch auch in dem Sinn, daß in ihnen mit der Eliminierung lebendiger Arbeit der Klassenkampf abgeschafft wird. Das ist in der Tat ein ganz entscheidender Schritt zur totalen Herrschaftssicherung.

Die Extraprofite der neuen strategischen Sektoren, die sich heute schon in den Öl- und Weizenpreiserhöhungen realisieren, setzen einen Mechanismus von Geldschöpfung jenseits von Arbeit und Mehrwert in Gang, der auch zum Rentabilitätsmaßstab für Investitionen im Produktionsbereich wird. Das heißt, diese müssen sehr »mehrwertintensiv« sein, um angesichts der Geldschöpfung von Weizen und Öl noch profitabel zu sein. Dieser innere Zusammenhang erhellt den Hintergrund für die so vehement beklagte »Investitionsunlust unserer Unternehmer«, ihre »mangelnde Risikobereitschaft« und erklärt, warum statt dessen die Kapitalmärkte anschwellen und die Spekulationsbörsen florieren. Das Kapital nutzt nur noch die extremsten Bedingungen für seine Produktion. Das bedeutet selbstverständlich nicht seinen Rückzug auf einige wenige »ökonomische Inseln«, sondern die Zerschlagung aller wirtschaftlichen und politischen Strukturen, die dieser extremen Profitrealisierung im Wege stehen. Haupthindernisse sind dabei das klassische Fabriksystem und die »freie« Lohnarbeit. Die Fabrik als Konzentrationspunkt des Lohnarbeit/Kapital-Verhältnisses - und damit als Zentrum des Klassenkampfes - wird systematisch auseinandergebrochen und neu zusammengesetzt, wie es z.B. FIAT [42] vormacht. Ihr Kern soll weitgehend »arbeitsfrei« gemacht werden. Hierauf konzentrieren sich Rationalisierung und der Einsatz von numerisch gesteuerten Maschinen, von Robotern und von Computern, um Störungen im Produktionsablauf und den Klassenkampf »außen vor« zu halten. Doch hat die Rationalisierung neben ihrem ökonomischen Kalkül auch ein wesentlich politisches:

»Menschen zu trainieren, damit sie ihre unregelmäßigen Arbeitsgewohnheiten ablegen und sich mit der unveränderlichen Regelmäßigkeit des komplexen Automaten identifizieren«. (Ure)

Alle anderen Bereiche werden möglichst ausgelagert, damit die Klasse nirgends mehr zentriert wird, sondern automatisiert, um sie in entgarantierten Arbeitsverhältnissen, also jenseits aller rechtlichen und lohnvermittelnden Beziehungen, extrem vernutzen zu können. Dies wird sich zunehmend unter den Bedingungen von Kontraktarbeit, Leiharbeit, Teilzeitarbeit, Saison- und Heimarbeit und illegaler Beschäftigung vollziehen bzw. in Form unentlohnter Arbeit wie der sogenannten »Eigenarbeit«, der Subsistenzarbeit und der meist vergessenen Hausarbeit - kurz: Arbeit, die angeeignet und nicht gekauft wird.

Die Wahrnehmung nur noch der extremsten Bedingungen der Kapitalverwertung wird das »Heer der Überflüssigen« ständig anwachsen lassen und zunehmend auch billigste Arbeitskraft unvernutzt lassen. So ist speziell in der 3. Welt die Tendenz zu beobachten, daß der Imperialismus regionales Verhungernlassen der Ausbeutung der Arbeitskraft vorzieht.
Das ist die Antwort des Kapitals auf den Streik- und Kampfzyklus der Unterklassen von 1967-74 und gleichzeitig der Hebel zur Abschaffung der »freien Lohnarbeit«, auch für ihren eigentlichen Exponenten, den weißen männlichen Metropolenarbeiter, dessen »Freiheit« - idealtypisch - darin bestand, seine Arbeitskraft für eine permanente Anstellung und einen Lohn, der zur Reproduktion einer Familie ausreicht, zu verkaufen. Der Prototyp dieses als »zentral« definierten Produktionsverhältnisses war immer nur eine Form der Ausbeutung, nur in einer bestimmten Phase des Kapitalismus vorherrschend und auf einige wenige Regionen der Erde, nämlich die Zentren der Kapitalakkumulation, beschränkt. Die Abschaffung der garantierten, entlohnten Arbeit bedeutet daher die Verallgemeinerung von Arbeitsbedingungen, denen die Mehrheit der Menschen in der 3. Welt und die Frauen schon lange unterworfen sind; denn die »wilden Früchte« ihrer Arbeit waren seit jeher die stofflichen Grundlagen für den Reichtum in den Metropolen.
»Ich glaube, daß wir den historischen Moment erleben, in dem die •Säule- kapitalistischer Produktion, der freie Lohnarbeiter oder Proletarier, auf Nimmerwiedersehen verschwindet. Es handelt sich um eben jenen Arbeiter, der seit dem 19. Jahrhundert die •klassische- Figur des vom Kapital ausgebeuteten und daher auch subjektiv zur Umwälzung der Gesellschaft Berufenen abgibt, zumindet was die Meinung der Linken betrifft. Aber auch die Nichtlinken hatten im wesentlichen diesen Arbeiter im Blick, wenn sie ihn auch nicht Proletarier nannten, sondern Mittelschicht, •schweigende Mehrheit- etc. Denn Proletarier ist nicht nur der Fabrikarbeiter, sondern grundsätzlich jeder, der seinen Lebensunterhalt in erster Linie mittels eines Lohnes (bzw. eines Gehalts) bestreitet. [...] Dieser Typ des Lohnarbeiters stellte bei uns immerhin eine Art Mehrheit dar, er trug die Gesellschaft, die Demokratie, er war Wähler« (aus: »Frauen, die letzte Kolonie« [43])
In der feministischen Theorie wird schon seit längerem darauf hingewiesen, daß mit der Abschaffung der »klassischen« Lohnarbeit auch ihre Entsprechung, das »klassische revolutionäre Subjekt«, verschwindet und die Frage nach dem zukünftigen Protagonisten revolutionärer Veränderungen ganz neu und viel umfassender gestellt werden muß.
Darüberhinaus wird die Zerschlagung der überkommenen wirtschaftlichen Strukturen zu knallharten politischen Konsequenzen führen, denn damit werden auch deren politische Entsprechungen, die »bürgerlichen Demokratien«, absolut. Das Kapital schickt sich an, die Gesellschaft mit ungeheurer ökonomischer und sozialer Gewalt umzuwälzen, die in ihrer Brutalität den vorausgegangenen Akkumulationskrisen und ihren gesellschaftlichen Auswirkungen um nichts nachstehen wird. Der Staat als politischer Garant dieses »Prozesses der schöpferischen Zerstörung« - wie ihn das Kapital zu charakterisieren beliebt - und der in Wirklichkeit ein menschlicher und gesellschaftlicher Vernichtungsprozeß ist, wird diese Aufgabe in seiner jetzigen organisatorischen und politischen Form und dem Maß an institutioneller und technologischer Gewalt, über das er heute verfügt, nicht gewährleisten können. Die provozierten Spannungen und Brüche werden viel zu explosiv sein, um sie mit dem herrschenden System der »Regierungen der knappen Mehrheiten« unterdrücken zu können. So werden denn auch in den Stäben der Trilateralen längst neue Herrschaftsmodelle projektiert, da die »Regierungssysteme der westlichen Hemisphäre zu demokratisch geworden sind.« An der »Entpolitisierung von Schlüsselproblemen wie Rüstung, Arbeitslosigkeit und Inflation« wird gearbeitet und daran, wie sie der »demokratischen Kontrolle zu entziehen« seien. Welche Formen die heraufziehenden metropolitanen Zwangsstaaten letztlich annehmen werden, läßt sich nicht

vorherbestimmen, zumal solche Planungen sich in der Konfrontation mit der Realität immer wieder verändern. Jedenfalls werden die neuen Herrschaftsinstrumente der globalen Erfassung, Kontrolle und Überwachung bereits mit fliegender Eile entworfen. Wir waren lange Zeit mit der ehemaligen »Gauche Proletarienne« [44] der Meinung, daß heute nicht mehr der Faschismus das Innenministerium erobern muß, sondern das Innenministerium viel effektiver und reibungsloser durch den strukturellen Faschismus des Überwachungsstaates das Land kontrolliert. Wir sind uns da nicht mehr so sicher, ob das ausreicht und glauben, daß diese Einschätzung den heute bereits zu Ende gehenden politökonomischen Verhältnissen der Nachkriegsära entsprang.
Wenn heute die Herrschenden sagen, sie müssen auf jeden Fall »die Schlacht um die Seelen der Völker gewinnen«, dann deutet das an, daß allein mit Überwachen, Einbetonieren, Atomisieren und Telenarkose eine »Ruhigstellung des Patienten« nicht mehr garantiert ist.
Das kapitalistische System des »freien Westens« hat - jenseits seines Warenangebots - in den letzten 40 Jahren keine Legitimation gebraucht. Jetzt wird es eine brauchen, und da es keine gibt, wird es ideologisch und gesellschaftlich-organisatorisch mobil machen müssen, um die drohenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die Revolten, Randalen und Riots umzubiegen und zu kanalisieren. Die einzige radikale Kampfideologie jedoch, über die der Imperialismus verfügt, ist das Faschismus-/Sexismus-/Rassismus- und Nationalismus-Syndrom. Die ersten alarmierenden Auswirkungen dieser »geistig-moralischen« Wende sind in allen Metropolenländern zu beobachten. Immer systematischer wird das durch soziale und wirtschaftliche Verelendung erzeugte individuelle und gesellschaftliche Haß- und Verzweiflungspotential nach »unten« kanalisiert und explodiert in Frauenhaß und Ausländerhatz, verkehrt sich in die Einkreisung »der anderen«, der Nichtdeutschen, der Nichtmänner, der Nichtweißen und soll sich zunehmend in militärischen Interventionen auf den Malvinen, im Tschad, im Libanon und auf Grenada nationalistisch befriedigen.
Genauso systematisch wird die Brutalisierung von Kindern und Jugendlichen über Video-Gewalt und -Vergewaltigung und Feindbild-Telespiele forciert, die sich dann bei Fußballspielen, der Jagd auf Türken und zunehmenden Gruppenvergewaltigungen ihre faschistoiden »Höhepunkte« ganz von selbst verschafft. »Die Hölle, das sind die anderen.« (Sartre) Gewalt gegen Frauen und »die anderen« - das ist die neue Ware, die als »software« Videorecorder, Computer und Telespiele erst möglich macht. Hier sehen wir, daß Krieg als Krisenlösung bereits stattfindet in den Köpfen und im Unterbewußtsein von Millionen junger und alter Männer in dieser Gesellschaft, daß die Aggressionen gerichtet werden auf Frauen, Ausländer, Farbige, »Unterentwickelte«.
Nur in scheinbarem Gegensatz zu diesen aggressiven polit-ökonomischen Strategien stehen die biederen Figuren eines »abgetakelten Schauspielers« [45] oder eines »behäbigen Pfälzers«. [46] Sie sind vielmehr die idealen Protagonisten eines knallharten Imperialismus nach innen und außen mit gottesfürchtigem Herz und wabberndem Gemüt. Auch ihre - so oft beklagten oder bespöttelten - »Unzulänglichkeiten« ziehen unermüdlich Konzentration auf sich und von den brutal geschaffenen Fakten ab. Fakten, die mit »reaktionärem Konservativismus« oder »Rezepten der 50er Jahre« nichts zu tun haben und dafür umso mehr mit den neuen imperialistischen Strategien, die
- die 3. Welt völlig ruinieren;
- den Zerfall des Ostblocks und seine totale Unterwerfung unter kapitalistische Verwertungsbedingungen mit allen politökonomischen und militärischen Mitteln verfolgen;
- in den Metropolen die »freie« Lohnarbeit abschaffen, um die Klasse zu atomisieren und unter extremsten Bedingungen vernutzen zu können;
- gesellschaftlich mobil machen, um das Haß- und Verzweiflungspotential, das dieser sozialen Verelendung entspringt, nach »unten« auf Frauen, Ausländer, »die anderen« zu konzentrieren;

- und sich anschicken, über die Besetzung neuer strategischer Sektoren die Grundvoraussetzungen jeglicher menschlicher Existenz und Produktion - nämlich Nahrungsmittel, Energie und Rohstoffe - ihrer ausschließlichen Verfügungsgewalt zu unterwerfen.
Diese Analyse der aktuellen und zukünftigen Imperialismusstrategien haben wir nicht gemacht, weil wir die heutigen Verhältnise zu gemütlich finden und deshalb eine Horrovision an die Wand malen - in der Hoffnung, damit die Leute zu agitieren. Das Gefühl der Ohnmacht war noch nie eine gute Antriebskraft, aus der heraus revolutionäre Energie erwachsen kann.
Wir haben diese Analyse gemacht, weil die »Nachrüstung« in den imperialistischen Strategien nur ein Puzzlestein ist, der - aus seinem Zusammenhang gelöst - nicht zu verstehen ist. Die Flut von Scheindiskussionen, die uns seit Jahren überschwemmt, ist dafür der beste Beweis. Nur wenn wir die Hintergründe der Stationierung, ihren imperialistischen Zweck, zu begreifen versuchen, haben wir eine Chance, Spaltungs- und Herrschaftsmechanismen zu durchschauen und Bruchstellen im »Projekt der Zukunft« auszumachen, an denen sich Widerstand entwickeln kann. Andernfalls werden von unseren Unklarheiten immer die profitieren, die die Betreiber einer »neuen Weltordnung« sind.

Lauer Herbst - und kalter Winter?
Was eine Bewegung im Bewußtsein ihrer Anhänger bedeutet und welche objektive Rolle in der Geschichte sie tatsächlich einnimmt, muß nicht dasselbe sein. Die Friedensbewegung hat - begünstigt durch ihre Zusammensetzung und durch ihre Struktur - schon immer zwischen Radikalisierung und Anpassung laviert und steht mittlerweile an einem entscheidenden Punkt. Denn so aufrichtig und zum Teil unbekümmert die Beweggründe der Mehrzahl ihrer Mitglieder auch sein mögen - was sie als politische Kraft in ihrer Gesamtheit hinterläßt, selbst wenn die Raketen längst stationiert sind, weist über ihren unmittelbaren Anlaß und ihr erklärtes Ziel hinaus und birgt die Gefahr in sich, daß zwar nicht die Pershing 2, wohl aber die radikale Linke und zentrale Inhalte ihres bisherigen Selbstverständnisses auf der Strecke bleiben.
Dem widerspricht nicht, daß es innerhalb der Friedensbewegung von Beginn an minoritäre Gruppen gegeben hat, die deren Abgleiten zur verstaatlichen Protestform durch die hartnäckige Behauptung autonomer Handlungsspielräume aufzuhalten versucht haben. Die Gegendemonstranten in Krefeld [47], jene Frauen, die im Hunsrück [48] auf ein Militärgelände vordringen und es kurzfristig besetzen konnten, die vielen Friedensinitiativen, die die Blockaden nicht nur als spielerische Selbstdarstellung, sondern als ernsthaften Versuch der Störung und Behinderung der Kriegstreiberei begriffen und praktiziert haben - sie alle standen für die Hoffnung auf eine massenhafte Radikalisierung, die tatsächlich an die Wurzeln des Systems geht, sich von Kriegsangst nicht blind machen läßt, sondern die atomare Drohung als letzte Konsequenz der Ausbeutungs- und Vernichtungsstrategien des hauseigenen Imperialismus begreift, der sich tagtäglich auf allen Ebenen reproduziert und uns nicht nur zu Opfern, sondern auch ständig zu Mittätern macht. Der Kampf gegen die »Nachrüstung« - wollte er wirklich ernst machen - hätte die Grundlage und Legitimation des Systems in Frage stellen müssen und schien gerade deshalb prädestiniert, zur Klammer und Vermittlung zwischen den unverbundenen sozialen, ökologischen, feministischen und anderen gesellschaftlichen Teilbewegungen zu werden, sie zu vereinheitlichen und zu potenzieren.
Dies war offensichtlich ein Trugschluß. Statt den imperialistischen Zusammenhang zwischen Rüstung und Krise, 3. Welt-Elend und Sozialabbau, Sexismus und Rassismus usw. herauszuschälen und an all diesen Demarkationslinien neue Fronten aufzumachen, ist genau das Gegenteil eingetreten.
Aus allen gesellschaftlichen Bereichen haben sich Leute zurückgezogen und auf die »Hauptgefahr« hin konzentriert und organisiert. Die überdimensionale Bedrohung schärfte nicht den Blick für Ursachen und

Zusammenhänge, sondern ließ Angst und Verzweiflung ins Kraut schießen, bewegte sich immer weiter weg von den Wurzeln, wo sich die Frage »wer wen?« konkret stellt und auch mit schwachen Kräften effektiver Widerstand machbar ist. Die Dialektik, daß sich die Kämpfe, je größer und globaler die »Gefahr« ist, umso gezielter und heftiger gegen die Fundamente der Macht richten müssen, diese Dialektik hat die Friedensbewegung - ob bewußt oder unbewußt, sei dahingestellt - außer Kraft gesetzt. Dagegen konnten sich auch die Versuche des autonomen Teils der Friedensbewegung, real zu behindern, zu stören, zu sabotieren, nicht durchsetzen. Die Hoffnung, der Protest gegen die »Nachrüstung« werde sich radikalisieren und zur Konfrontation mit dem Regime eskalieren, indem die Autonomen ihren sozialen und antiimperialistischen Widerstand eng an Formen und Inhalte der organisierten Friedensbewegung orientierten, hat sich nicht eingelöst. Die alte Erfahrung, daß sich eine Bewegung nicht von innen heraus kritisieren läßt, sondern sich Kritik inhaltlich und praktisch in einer Gegenbewegung verwirklichen muß, scheinen wir offensichtlich immer wieder von Neuem machen zu müssen.

Davon unberührt bleibt die Tatsache, daß viele im Protest gegen die Stationierung individuelle Erfahrungen gemacht haben, die ihnen niemand mehr nehmen kann - grundsätzliche Erfahrungen, nicht nur im Verhältnis zur Macht und ihrer Arroganz und Gewalt, sondern auch im Verhältnis zu sich selbst, zur eigenen gesellschaftlichen Rolle, zu den Beziehungen untereinander. In diesen Teilen der Friedensbewegung hat sich ein Widerstandspotential herauskristallisiert, dessen Bedeutung sich in den kommenden Auseinandersetzungen bewahrheiten wird. Und wenn aus dem Innenministerium Befürchtungen laut werden, daß sich die militanten Kerne der Friedensbewegung zur »neuen terroristischen Generation« entwickeln könnten, so spricht daraus nicht nur Propagandaabsicht, sondern auch das Eingeständnis, daß die Verstaatlichung des Protests nicht restlos geglückt ist. Dennoch läßt sich nicht leugnen, daß die Teile der Friedensbewegung, die den Zusammenhang von »Nachrüstung« und Imperialismus thematisiert und praktisch angegriffen haben, stets in der Minderheit geblieben sind. In ihrer Mehrheit will die Friedensbewegung davon nicht wissen.

Im Gegenteil: die Analyse der Welt in die Kategorien des Klassenkampfes wird überlagert von einem scheinmoralischen Dualismus, der nicht zwischen oben und unten, sondern zwischen gut und böse unterscheidet. Das neue und doch so uralte Ideal, das zugleich gefährlich ist, weil es letztlich immer vor den materiellen Bedingungen kapituliert, ist wieder mal der friedfertige Mensch, der Klassenwidersprüche als Ausdruck menschlichen Fehlverhaltens begreift und sich ihre Lösung aus einer umfassenden moralischen »Runderneuerung« erhofft, während er hinter Konfrontationen und Kampf von unten die gleichen aggressiven Triebkräfte wittert wie in den menschenvernichtenden imperialistischen Globalstrategien. Aus dieser Sicht kann Friede nur die Folge massenhafter »persönlicher Abrüstung« und »moralischer Aufrüstung« sein und keinesfalls das mögliche Resultat einer Entwicklung, in deren Verlauf um die Abschaffung von Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnissen gekämpft wird. Hier hat das fadenscheinige Argument, daß man zunächst einmal mit sich selbst ins Reine kommen müsse, um die Sache des Friedens überhaupt glaubwürdig vertreten zu können, seine Basis; hier gilt, daß die Hände zum Beten gefaltet werden, damit sie sich nicht zu Fäusten ballen können.

In diesem moralisch-religiösen Weltbild schließen sich Engagement für den Frieden und Klassenkampf antagonistisch aus, weil der Kampf als solcher das Problem ist, gegen das man sich zusammengeschlossen hat. Die Friedensbewegung in ihrer Masse will nicht Widersprüche vorantreiben und austragen, sondern sich gegen sie abschotten. Sie sucht Oasen der Ruhe in einer Welt voller schreiender Gegensätze. Die Friedensgemeinde ist nicht nur Rückhalt angesichts der atomaren Bedrohung, sondern zugleich Objekt jener Vision von Ganzheit, von »heiler Welt«, die in der Realität in die Brüche geht. Vielleicht erklärt sich aus diesem überwältigenden Harmoniebedürfnis die kaum begreifliche Mischung aus demonstrativer Angst und beschaulicher Gelassenheit, der man auf den

Kundgebungen der Friedensbewegung begegnet. Vielleicht liegt darin der Grund für die offensichtliche Diskrepanz zwischen der Dramatik, mit der die Folgen eines Atomkriegs ausgemalt werden und der penetranten Harmlosigkeit ihrer Aktionsformen. Die Demutsgesten und die Opferbereitschaft, die Frömmelei und der missionarische Eifer, die innere Leere, ja Seichtheit, die einem auf Friedensfesten entgegenschlägt - all dies sind Indizien dafür, daß der Protest gegen die Raketen vor allem als Pazifisierung nach innen, als Entschärfung der »Zeitbombe«, die jedes Herz sein könnte, verstanden und gehandhabt wird.

Es läßt sich wahrscheinlich nicht genau ausmachen, ob die Entpolitisierung und Moralisierung der Friedensbewegung die Bedingung oder der Preis für den Einstieg und den zunehmenden Einfluß der Grün-Alternativen, der Kirchen, der traditionellen Kommunisten und Sozialisten und schließlich der Integrationsapostel aus den Reihen der Sozialdemokratie - die, noch im Besitz der Macht, genauso knallhart stationiert hätte - waren. Gleichwohl ist ihnen allen der Vorwurf zu machen, daß sie der gemütlichen Grundstimmung innerhalb der Friedensbewegung nicht entgegengewirkt, sondern sie vielmehr genährt und genutzt haben, um ihr plattes Konzept der Verbreiterung, das in dem bloßen Anwachsen einer Bewegung bereits ein Zeichen für ihre Stärke sieht, durchzusetzen.

Doch weder dieser Vorwurf, noch die xte Auflage der »wer hat uns verraten?«-Klage, noch die richtige und absolut notwendige Kritik an Führungscliquen, Staatsverträgen und »Standleitungen« beantworten die brisante Frage, ob das konservative Grundmotiv innerhalb der Friedensbewegung lediglich deshalb so breite Resonanz findet, weil es nicht praktisch mit einer klassenkämpferischen Bewegung und Kultur konfrontiert wird oder ob heute - angesichts der ständig eskalierenden Drohungsspirale - breite Volksbewegungen nur zu den Bedingungen eines derartigen moralisch-religiösen Weltbilds zu haben sind und ob sich wirklich das Prinzip Hoffnung immer weniger am Menschen und seiner Fähigkeit, die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen - also am Klassenkampf - festmacht, sondern sich jenseits aller materiellen Verhältnisse »Rettung und Heil« aus einer klassennegierenden, herrschaftsverbrüdernden »moralischen Umkehr« verspricht. Die weltweite Renaissance der Religionen, Sekten, Mythen und Mysterien könnte hierfür ein Indiz sein. Wie auch immer - die Hintergründe dieses Phänomens haben wenig Mysteriöses an sich. »Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur«, schreibt Marx und die Drangsal wird täglich neu geschürt. In unablässiger Folge spucken die Administrationen der Macht globale Endzeitstudien und Katastrophenszenarios aus, nichts wird hinterm Berg gehalten, bemäntelt oder beschönigt. Noch nie hat ein System die verheerenden, menschenvernichtenden Konsequenzen seiner Herrschaft derart offen und offensiv propagiert und von sich aus - ohne jegliche Zensur - ständig neues Tatsachenmaterial über seine überdimensionale Bedrohlichkeit ins Volk lanciert. Die sich überschlagenden Konjunkturen von Angst und Schrecken haben Methode, entspringen eiskaltem Machtkalkül, sind eine Waffe. So werden die Raketen nicht klammheimlich untergeschoben - wie vor ihnen Generationen von Waffensystemen - sondern schon vor ihrer Fertigstellung in alle Kanäle der gesellschaftlichen Kommunikation gepreßt. Verhandlungen werden inszeniert, um das heiße Thema ständig am Köcheln zu halten:

»Gute Durchsetzungsbedingungen erwarten sich die Politstrategen davon, daß zwar der konkrete Inhalt der Konsultationen geheim bleibt, das Verfahren und der Zweck allerdings offensiv in die Öffentlichkeit getragen wird, damit die möglicherweise erforderlich werdenden Opfer und Kollektivmaßnahmen innenpolitisch gestützt werden.« (aus: Die Sicherheit des Westens - Neue Dimensionen und Aufgaben).

Weil der Imperialismus Proteste gegen die militärische Eskalation nicht von vornherein ausschalten kann, zieht er alle Register, um dessen Stoßrichtung in seinem Sinne zu steuern und die berechtigte Kriegsangst zur »Massenpsychose« umzudrehen, die er im Interesse der Durchsetzung des Projekts der Zukunft mobilisieren kann. Damit wird selbstverständlich nicht die Angst vor der atomaren Aufrüstung gegenstandslos oder als Paranoia denunziert. Denunziert werden muß aber ihre absichtsvolle und

manipulative Inszenierung durch die Macht:
* Denunziert werden muß jeglicher Versuch, Katastrophenstimmung zu schüren und wachzuhalten, damit das Regime umso freiere Hand bei der Umsetzung des imperialistischen Projekts nach innen hat. Im Schatten der Vernichtungsdrohung wird die »Wende« angepeilt, wird die Auflösung des »Wohlfahrtsstaats« [49] betrieben, werden die Weichen zu einer neuen Politik der Verarmung, der Vertreibung und Vernichtung gestellt. Die Krisenstrategen verschaffen sich freie Bahn, indem sie Folgen der Krise als das kleinere Übel und notwendiges Opfer verkaufen, das zur Vermeidung einer weitaus größeren Katastrophe gebracht werden muß. Die Utopie einer freien Gesellschaft fällt einer politischen Moral anheim, deren einziger Wert im physischen Überleben der Menschheit besteht.
* Denunziert werden muß jeder Versuch, Endzeitstimmung propagandistisch anzuheizen, um dem gesellschaftlichen Individuum seine Ausgeliefertheit und seine Machtlosigkeit einzuhämmern. Das Gefühl der überwältigenden Bedrohung wird in dem Maße zur Legitimationsgrundlage für den imperialistischen Staat, wie »Lösungen« nicht mehr gegen die Herrschenden, sondern nur noch im Verein mit ihnen möglich erscheinen. Je brutaler die Krise exekutiert wird, umso stärker wächst das Heer der eifrigen kleinen Polit- und Militärstrategen, die den Mächtigen dieser Welt Ratschläge andienen, was sie wie besser machen könnten. Auf allen Kanälen wird der Dialog mit der Macht wieder geknüpft, richtet sich die Hoffnung auf Parlamente, Ministerien, Abgeordnete, ja selbst den Sicherheitsapparat und es gerät dabei in Vergessenheit, daß »die Beziehung einer Emanzipationsbewegung zur Politik nicht partizipativ sein darf, sondern destruktiv sein muß« (Agnoli [50])
* Und schließlich muß jeder Versuch denunziert werden, jene Mischung aus apokalyptischer Grundstimmung, abstrakter Friedenssehnsucht und sozialer Begriffslosigkeit, die für die Friedensbewegung so typisch ist, dazu auszunutzen, um ganz anderen Forderungen und Zielen die Legitimation einer Massenbasis zu verschaffen. Die Übungen in Machtunterwerfung, die Dressur von Gewaltfreiheit, der Konsenszwang in Bezugsgruppen sind nicht so harmlos, wie sie auf den ersten Blick aussehen. Das darin verwurzelte Gefühl moralischer Überlegenheit könnte sich in Verbindung mit der immer wieder geschürten Angst vor totaler Vernichtung leicht als hochbrisantes Gemisch erweisen, das seine Sprengkraft allerdings in ganz anderen Konstellationen entfaltet. Die Grenzen zwischen missionarischem Eifer und Kreuzzugsmentalität sind bekanntlich fließend. Die Gefahr liegt nicht allein darin, daß die Friedensbewegung Resignation und Verzweiflung hinterläßt, sondern daß sie zum Durchlauferhitzer einer politischen Programmatik wird, die ihre ursprünglichen Intentionen bis zur Unkenntlichkeit verzerrt.
Wie leicht das dumpfe Gefühl der Bedrohung umschlagen kann, gegen ausgemachte »Störenfriede« mobilisierbar ist, haben die organisierten Teile der Friedensbewegung in ihrer Reaktion auf das autonome und militante Spektrum - insbesondere nach Krefeld - anschaulich vorgeführt. Die Heftigkeit und Wut, mit der dort auf der Seite des Staates gegen die »Chaoten« vom Leder gezogen wurde, ist lediglich die häßliche Fratze, die Kehrseite des Ideals vom guten Menschen. Es mag persönliche Motive und auch sonst gute Gründe geben, warum es in bestimmten Situationen falsch oder fragwürdig ist, seine Ziele mit gewaltsamen Mitteln zu verfolgen. Wo Gewaltfreiheit aber zum unantastbaren Prinzip erhoben wird, an dem sich gut und böse scheiden, geht es nicht um Argumente, sondern um Unterordnung und Gehorsam. Mit ihren Distanzierungen und Denunziationen haben die Friedensfunktionäre vor allem eines klargestellt: daß sie den Maßstab, dem sie sich verpflichtet fühlen mögen, längst als Machtanspruch über die gesamte Bewegung verstehen und handhaben.
Natürlich steht dahinter weniger Moral als vielmehr politisches Kalkül: es setzt auf »den historischen Kompromiß im Innern«, der im übergeordneten »Interesse der Erhaltung als Gattung« (Bahro [51]) geschlossen werden soll und als dessen Wegbereiter und Garant die Führungsschicht der

Friedensbewegung nach unten abwiegelt und nach oben Verträge schließt - ganz so als ließe sich der Verzicht auf die Raketen gegen das Angebot der Sozialpartnerschaft einhandeln. Wenn Robert Jungk [52] behauptet, daß, wer »Nie wieder Krieg« sagt, auch »Nie wieder Bürgerkrieg« sagen müsse, dann stellt er die wirkliche Alternative der Geschichte - Sozialismus oder Barbarei, Bürgerkrieg oder Völkermord - endgültig auf den Kopf. So verhindert man nicht imperialistische Kriege, sondern im Gegenteil: so strickt man mit am inneren Frieden als eine ihrer zentralen Vorausetzungen.

Dennoch: im lähmenden Streit um die Gewaltfrage droht unterzugehen, daß der »historische Kompromiß« nur Vehikel ist, um ganz anderen Zielen Nachdruck zu verleihen. Organisierte Teile der Friedensbewegung schicken sich an, ihr politisches Süppchen auf deren Rücken zu kochen. Ihre Kritik an der »Nachrüstung« geht weiter über die Raketenfrage hinaus und mündet in der Perspektive einer blockfreien Großmacht Europa. Wenn die Hegemonialmächte den Krieg wollen und man selbst den Frieden - so die fatale Logik - dann muß man selbst nur stark genug werden, um die anderen zur »Vernunft« bringen zu können. »Wir müssen leider selbst gefährlich werden, um den Frieden zu wahren«, hat Manes Sperber [53] die Perspektiven der Friedensbewegung aus französischer Sicht abgesteckt, als ihm der Friedenspreis übergeben wurde. Ist es nur Schlamperei, daß sich kein Bastian [54] und keine Petra Kelly [55] dagegen empört haben - oder ist es stillschweigendes Einverständnis?

Und da in Europa nichts läuft, ohne daß an der »deutschen Frage« gerührt wird, ist von links das Problem der Wiedervereinigung aufgeworfen worden. Im vorgeblichen Interesse der Abrüstung wird so an der Fiktion eines »progressiven« deutschen Nationalismus gewerkelt - eines Nationalismus, in dessen Namen nicht nur zwei verheerende Weltkriege entfesselt, sondern auch jene Endlösung, jener Holocaust inszeniert wurden, als deren zukünftiges Opfer die Friedensbewegung heute demonstratives Massensterben veranstaltet. Geschichte verkehrt!

Die Legende von der »Geisel« Europa und die Parole von der »besetzten« BRD, die zwischen den Supermächten USA und UdSSR zermalmt zu werden droht, tragen nicht nur zur Verharmlosung und Entschärfung des westdeutschen und westeuropäischen Imperialismus bei. Sie dienen den grün-sozialdemokratischen Politstrategen darüberhinaus zur Begründung einer souveränen europäischen und deutschen Politik, deren materielle Basis selbst gar nicht mehr zur Debatte steht:

»Wir bemühen uns, eine eigene europäische Politik zu betreiben - wenn dies die konkrete Alternative ist, dann sage ich ja, die unterstütze ich. Ich würde sie auch dann unterstützen, wenn sie eine lupenreine kapitalistische wäre.« (Dan Diner/SB [56])

Zum lupenreinen Kapitalismus gehört der Expansionismus wie das Salz zur Suppe. Ein lupenreiner Kapitalismus hält sich nicht an die Grenzen des Nationalstaats, sondern muß auf der Jagd nach Profiten diese immer wieder überschreiten. Lupenreiner Kapitalismus hat wenig mit Frieden und dafür umso mehr mit Imperialismus und Krieg zu tun. Das gilt auch und in zunehmendem Maß für das westdeutsche Kapital, dessen Wiedererstarken in dem scheinbar progressiven Postulat nach »Überwindung des Blocksystems« lediglich ideell nachvollzogen wird. Die innerimperialistische Kräfteverschiebung schlägt sich in der Forderung nach einer neuen Nachkriegsordnung nieder. Dem westeuropäischen - namentlich dem westdeutschen - Kapital soll endlich das Stück vom Kuchen der weltweiten Ausbeutung zugestanden werden, das seinem ökonomischen Gewicht angemessen ist.

»Blockfreiheit« - im Namen des Friedens massenwirksam vermittelt - das ist das Wasser auf die Mühlen derer, die sich von einem »neutralen« Westeuropa Spielraum für einen flexibleren imperialistischen Kurs versprechen.

Daß die innerimperialistische Konkurrenz hinter den globalstrategischen Interessen der NATO-Staaten gegenüber dem Rest der Welt zurücksteht, haben wir gesagt. Ein »blockfreies« Europa ist keineswegs neutral, bedeutet nicht Abkopplung vom Westen, also Schwächung des imperialistischen Lagers, sondern

Verdopplung seiner Macht. Die Revision von Jalta [57], die quer durch die politischen Parteien propagiert wird, zielt auf die Überwindung der europäischen Teilung unter westlicher Flagge, zielt nicht auf ein »atomwaffenfreies«, sondern auf ein kapitalistisches Europa von Polen bis Portugal.
Wer heute einem »linken Patriotismus« das Wort redet und die Friedensbewegung für ein »blockfreies« Europa zu mobilisieren versucht, ohne dessen ökonomisch-politische Strukturen anzugreifen, darf sich nicht wundern, wenn unterm Strich eine nationalchauvinistische Bewegung dabei herauskommt, die - bewußt oder auch nicht - im Kielwasser imperialistischer Destabilisierungspolitik schwimmt.
Die Friedensbewegung darf nicht ausgewogen, sie muß einseitig antiimperialistisch sein oder sie entwickelt sich zum Auffangbecken nationalistischer Emotionen, von denen noch immer die Herrschenden profitiert haben. Warum fordern die Grün-Alternativen in schönster Ausgewogenheit »Abrüstung in Ost und West«, statt dem Mythos einer Bedrohung aus dem Osten, der schon immer zur Legitimation westlicher Aufrüstung hat herhalten müssen, entgegenzutreten? Warum stoßen sie sich nicht daran, wenn sie mit ihren Initiativen zu einem günstigen Zusammenschluß der Friedensbewegung West mit einer »unabhängigen« Friedensbewegung Ost, ebenso mit ihren Aktionen auf dem Alexanderplatz [58] oder mit ihrer vorbehaltlosen Solidarität mit der »Solidarnosc« [59] und der »Charta 77« [60] stets Beifall von den falschen Rängen ernten? Und warum können sie nicht über den US-Imperialismus, über Grenada reden, ohne im selben Atemzug Schweinereien der Sowjetunion aufzuzählen? Mit der Mobilisierung antiamerikanischer und antikommunistischer Ressentiments lassen sich in der BRD leicht Mehrheiten gewinnen. Ein Beispiel von politischer Stärke im Sinne von Emanzipation ist das nicht. Im Gegenteil - so verstandene »europäische Politik« leistet einem Befreiungsnationalismus Vorschub, der nichts mit der Linken zu tun hat und seine politische Basis dort finden wird, wo der deutsche Patriotismus schon immer beheimatet war: im reaktionären und rechtsradikalen Lager.
Der »linke Patriotismus« ist nicht die Ausnahme, sondern er liegt im Trend. Anstatt die konservative Erneuerung von oben mit einer radikalen Gegenkultur zu konfrontieren, schwimmt die Friedensbewegung in deren Sog. Wenn die neuen grünen Philosophen den »Wertkonservativismus« entdecken und »Abschied vom Proletariat« [61] nehmen, um in Zukunft in den trüben »Reservaten konservativer Provenienz« zu fischen, müssen sie als erstes mit ihrer linken Vergangenheit brechen und fundamentale emanzipatorische Positionen über Bord werfen. Die Friedensfrauen revidieren das Selbstverständnis der Frauenbewegung, indem sie den Kampf gegen Unterdrückung, gegen Sexismus, gegen strukturelle Gewalt hinter das große gemeinsame Ziel des Friedens zurückstellen. Und wenn Teile der Frauenbewegung sich wieder auf genuin weibliche Normen und Verhaltensweisen besinnen, um in der »Natur« der Frau bereits alle Eigenschaften angelegt zu sehen, die in den Wertmaßstäben der Friedensbewegung in Form von Opferbereitschaft, Unterwürfigkeit, Absage an Konfrontation und Kampf ihre Entsprechung gefunden haben, so begünstigen sie damit die biologische Zementierung einer »Weiblichkeit«, die längst als Produkt von Herrschaft begriffen und bekämpft worden war.
Die schleichende Einnistung reaktionärer Ziele und Inhalte im progressiven Gewand ist nicht zuletzt Ausdruck und Resultat linker Versäumnise. Nicht die Rechten haben sich in den sozialen Bewegungen breitgemacht, sondern die Krise der Linken hat dazu beitragen, daß dort Unklarheiten und Positionen herumgeistern, von denen letztlich die Rechten profitieren. So hat die apokalyptische Vision von der Auslöschung der Menschheit als Argument gegen die Atomenergie bereits in linken Teilen der AKW-Bewegung eine Rolle gespielt, beinhaltete die Warnung vor dem nuklearen Gau, der ganze Bevölkerungsteile vernichten würde, den propagandistischen Appell an die globale Betroffenheit einer abstrakten Volksgemeinschaft, deren Überlebensinteresse vor sozialen und politischen Interessen rangiert, von rechts also leicht gegen die Klassenfrage ausgespielt werden kann. Und selbst in

linksradikalen Gruppen wurde unter Antiimperialismus vor allem Anti-US-Imperialismus verstanden, während die Aufrüstung der westeuropäischen Staaten und ihre zunehmende Bedeutung auf dem Weltmarkt praktisch unter den Tisch gefallen sind. Auf einem solchen Boden konnte die Legende von der »besetzten« BRD, konnte der »linke Patriotismus« prächtig gedeihen.

Fragen - keine Rezepte ...

Was unsere Kritik an der Friedensbewegung betrifft, so sind die Schlußfolgerungen einigermaßen klar: wir müssen aus der fatalen Abhängigkeit von dem Friedensbündnis herauskommen und eigene Fronten aufmachen. Die Anlehnung und Orientierung an Themen und Verlaufsformen des Protests gegen die Stationierung bedeutet eine politische wie praktische Einengung, aufgrund derer sich die erklärten Ziele in ihr Gegenteil zu verkehren drohen. Mit der biologistischen und rassistischen Forderung nach einem »atomwaffenfreien Europa von Polen bis Portugal« haben Linke nichts gemeinsam! Nur in der Perspektive einer autonomen Gegenbewegung, die sich von den inhaltlichen Beschränkungen und vom Niveau der Friedensbewegung frei macht, den Zusammenhang von Krise und Krieg wieder artikuliert und ihre Kritik als Praxis begreift, besteht die Chance, das Bündnis zu polarisieren und ein Gegengewicht zu schaffen, das einer Transformation der Friedensbewegung in einen »neuen« Befreiungsnationalismus entgegenwirkt. Innere Unruhe und Zersetzung der Fundamente der Macht an den Punkten, wo mit schwachen Kräften effektiver Widerstand zu leisten ist, sind nach wie vor die entscheidenden Mittel gegen die Aufrüstung. Solange eine radikale Massenbewegung nicht in Sicht ist, die im Widerstand gegen die imperialistischen Vernichtungsstrategien zugleich die Machtfrage stellt, bleibt uns keine andere Wahl: unsere Politik muß weiterhin auf eine Stärkung der Linken, auf ihre Radikalisierung und erweiterte Militanz abzielen. Sie darf sich nicht auf Ausschnitte der gesellschaftlichen Wirklichkeit angesichts einer vermeintlichen »Hauptgefahr« begrenzen, sondern muß das System in seiner Totalität angreifen und die Verbindungslinie zwischen Krise und Krieg, zwischen sozialer Verarmung in den Metropolen und Verelendung und Vernichtung in der 3. Welt, zwischen Sexismus und Rassismus, zwischen technologisch vermitteltem Angriff von oben und ökologischer Verödung ziehen. Die Konsequenzen, die sich aus unserer Analyse des imperialistischen Projekts der Zukunft ergeben, gehen allerdings darüber hinaus, ohne daß sie uns in ihrer Tragweite bereits klar wären. Wir wollen keine Antworten vorspiegeln, wo wir selbst vor allem offene Fragen haben:

* Die neuen sozialen Bewegungen - das hat die Friedensbewegung auf den Punkt gebracht - verlaufen zunehmend quer zur Klassenfrage, überlagern soziale Inhalte und entwickeln sich in Teilen nach rechts. Als ausschließlicher Bezugspunkt einer revolutionären Praxis werden sie fragwürdig. Jenes »Ab in die Bewegung!«, das die Frage der Mobilisierung vor ihre Inhalte und Ziel stellt, reicht als Kriterium nicht länger aus.
* Die Unterklassen sind zwar als neues Subjekt revolutionärer Veränderungen ausgemacht, allerdings nur auf der Ebene der Analyse und kaum auf der Ebene gesellschaftspolitischer Praxis. Wo sie sich wehren und kämpfen, entwickeln sie Widerstandsformen, die sich von denen der neuen sozialen Bewegungen grundsätzlich unterscheiden. Kurze, aber heftige Randalen, Krawalle, Riots - wie sie sich seit Brixton und Toxteth [62] abzeichnen - haben mit traditioneller Kampagnenpolitik nichts mehr zu tun. Eine Linke, die sich auf die Unterklassen bezieht, muß die Verlaufs- und Organisationsformen ihres eigenen Widerstandes überdenken, wenn sie Vermittlungsmöglichkeiten nach »unten« finden will.
* Vor dem Hintergrund der Abschaffung der »freien« Lohnarbeit und der Verallgemeinerung von Arbeits- und Reproduktionsformen, die nicht mehr von der Zentralisation der Klasse ausgehen, sondern deren Atomisierung und Zersplitterung beabsichtigen, stellt sich die Frage nach den Konstitutionsbedingungen von Bewußtsein und Organisation in neuer Form. Die Behauptung, daß die

Frauen, die Ausländer, die von sozialer Verarmung Betroffenen und Bedrohten die neuen Protagonisten der zukünftigen Kämpfe sein werden, sagt noch nichts darüber aus, wie sich angesichts der Umwälzung der Lebensbedingungen in den Metropolen tatsächlich Subjektivität herausschälen kann und welche Aufgabe eine radikale Praxis der Linken im Prozeß der Konstitution von Bewußtsein spielen wird.
* Die 3. Welt kann in ihrer Gesamtheit nicht mehr als historisches Subjekt verstanden werden, von dem revolutionäre Veränderungen auch in den Zentren der Kapitalakkumulation ausgehen und als dessen »verlängerter Arm« der Widerstand hier sich definiert. Die unterdrückten Völker und Länder können nur partielle Befreiungsprozesse aus kolonialer Abhängigkeit machen. Die Konsolidierung dieses Prozesses ist an die Bedingung des »Kampfes im Herzen der Bestie« (Che [63]), an die Zerstörung des Imperialismus in seinen Kernländern gebunden.
Gleichzeitig scheint die Ära nationaler Befreiungskämpfe zu Ende zu gehen. In den Hungerrevolten und Plünderungen in Sao Paulo deutet sich an, daß die nationalistische Klammer zwischen einheimischen Eliten und Unterklassen brüchig geworden ist und der gemeinsame Kampf um soziale Befreiung in den Metropolen wie in der 3. Welt zur materiellen Grundlage eines neuen Internationalismus wird.
* Die Bedeutung der neuen strategischen Sektoren, die Quelle einer gigantischen Reichtumsakkumulation und Herrschaftsinstrument zugleich sind, muß sich in praktischen Konsequenzen niederschlagen. Es stellt sich die Frage, ob sie zu zentralen Angriffspunkten einer revolutionären Strategie in den Metropolen werden, ob Sabotage zur vorrangigen Kampfform der radikalen Linken wird, auf die hin wir uns zu qualifizieren und zu organisieren haben.
* Die Transformation der »bürgerlichen Demokratien«, die aus den politökonomischen Umwälzungen resultiert, wird die legalen Handlungsspielräume der Linken weiter einengen, zumal dann, wenn die Bedingungen selbst eine Radikalisierung des Widerstands erfordern. Daß die neuen sozialen Bewegungen keinen Schutz darstellen, in dessen Schatten sich Militär organisieren läßt, hat die Friedensbewegung hinlänglich bewiesen. Eine radikale Linke, deren Selbstverständnis darin besteht, Widerstand immer wieder zu ermöglichen, muß sich eigene Strukturen von Subversion und Illegalität schaffen, um unberechenbar, unfaßbar, unbesiegbar zu bleiben.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Vorbemerkung Kapitel XI

Die »wilden« Streiks 1969 und 1973
Im September 1969 verweigerten rund 150.000 Arbeiterinnen der Gewerkschaftsführung ihre Gefolgschaft und beteiligten sich an sog. »wilden« Streiks - vor allem in der Stahlindustrie, dem Bergbau, der Metallindustrie, den Werfen, der Textilindustrie und im öffentlichen Dienst. Sie konnten so Lohnerhöhungen von bis zu 10 % durchsetzen.
Im Verlauf des Jahres 1973 kam es wiederum zu spontanen Streiks, an denen sich ca. 275.000 ArbeiterInnen aus mindestens 335 - auch kleineren und mittleren - Betrieben beteiligten. Die Streiks wurden vor allem von unqualifizierten Arbeitern, von ausländischen Arbeitern und von deutschen und ausländischen Frauen getragen. Daher rückten neben der Forderung nach Lohnerhöhung die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Vordergrund: die Abschaffung von Leichtlohngruppen, längerer und zusammenhängender Urlaub, Verlangsamung der Bandgeschwindigkeit etc.
Kennzeichnend für die 73er Streiks war, daß sie sich von Februar bis Oktober über das ganze Jahr verteilten und unterschiedliche Forderungen - je nach den Besonderheiten der jeweiligen Arbeitsbedingungen - erhoben wurden. Dies führte dazu, daß die Streikenden in einigen Fällen (z.B. bei Pierburg) Erfolge aushandeln konnten, in anderen Betrieben nur Teilerfolge erzielten oder gar ganz leer ausgingen.
Die Gewerkschaftsführung stellte die Streikenden zunächst als »gewerkschaftsschädigend« dar, forderte sie zur Wiederaufnahme ihrer Arbeit auf und versuchte, die Streikbewegung als von »Linksextremisten« gesteuert zu diffamieren.

Betriebsarbeit der Linken
Von den Linken waren Anfang der 70er Jahre verschiedene Gruppen in die Betriebe gegangen, um gesellschaftliche Veränderungen voranzutreiben; vor allem die Streikwelle 1973 gab ihren Hoffnungen neue Nahrung.
Mitte der 70er Jahre allerdings hatten sich die meisten linksradikalen Gruppen aus der Betriebsarbeit zurückgezogen, nachdem ihre Hoffnungen auf die Arbeiterklasse als dem »revolutionäre Subjekt« nicht in Erfüllung gingen, aber auch, weil Fabrikarbeit - vor allem mit der Entwicklung der Alternativszene - kaum noch mit ihrem sonstigen Alltag zu vereinbaren war.
In den Betrieben fanden sich in den folgenden Jahren zwar weiterhin linke gewerkschaftsoppositionelle Gruppen, die meisten Linksradikalen aber sahen die Betriebe nicht mehr als ein Feld für ihre politische Arbeit an. Viele verweigerten regelmäßige, gesicherte Arbeitsverhältnisse. Sie übernahmen kurzfristige Jobs, sicherten ihren Lebensunterhalt durch BAFöG, Arbeitslosengeld und Sozialhilfe oder arbeiteten in Alternativbetrieben.
So wurden ab Ende der 70er Jahre Jobberinitiativen gegründet, die angesichts der zunehmenden Zahl derer, die in ungesicherten Arbeitsverhältnissen beschäftigt waren, dies zum Ausgangspunkt ihrer politischen Arbeit machten. Zur gleichen Zeit entstanden Selbsthilfegruppen von Arbeitslosen.

Die Revolutionären Zellen
veröffentlichten im März 1984 das Diskussionspapier »Wolf im Schafspelz - 35-Stunden-Woche, Sozialpartnerschaft, Linke, Klassenantagonismus«. Angesichts der bevorstehenden Verhandlungen um die 35-Stunden-Woche analysieren sie die Interessen der Gewerkschaften und der Unternehmer an der Arbeitszeitverkürzung und die Folgen für die ArbeiterInnen vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen

Umstrukturierung.
Die Revolutionäre Zelle in der Industriegewerkschaft Metall zeichnet in den Jahren 1979, 1980 und 1982 für mehrere Aktionen verantwortlich: So gegen die Gewerkschaftsfunktionäre Loderer und Mayr, auf das Bundesarbeitsgericht in Kassel und auf einen Journalisten der »Braunschweiger Zeitung«.
Im Januar 1980 hat ein Anschlag der Revolutionären Arbeitslosen-Zelle die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg zum Ziel, im März 1985 legen die RZ Sprengsätze bei dem Unternehmerverband Ruhrbergbau, der Firma Peter Döhle und der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, die wirtschaftliche Hilfe für die Niederschlagung des britischen Bergarbeiterstreiks geleistet haben.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich im Buch auf Seite 741

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Wolf im Schafspelz
35-Stundenwoche - Sozialpartnerschaft - Linke - Klassenantagonismus

März 84

Wollen wir wieder dem Wirbel der Medien Glauben schenken, so steht uns nach einem »heißen Herbst« nun ein »heißer Frühling« ins Haus.
Nicht ohne Übertreibung jedenfalls sollen die Verhandlungen - und die sie begleitenden Arbeitsniederlegungen - über die 35-Stunden-Woche zur »größten gesellschaftlichen Auseinandersetzung der 80er, wenn nicht sogar der Nachkriegszeit« werden.
Da bleibt kein Auge trocken - und auch die Herzen der skeptischsten Gewerkschaftskritiker schlagen schneller.
Die sogenannte Basis aber läßt sich nur mühsam auf Vordermann bringen. Die Stimmung - selbst in der IGM Bastion Daimler/Untertürkheim - ist »lustlos wie nie zuvor« und nicht wenigen »realistischen Metallern« wird's irgendwie mulmig, wenn sie an die nötigen 75 % bei der Urabstimmung denken.
»In 35 Stunden wird das Gleiche geschafft - nur für weniger Geld« ist die einleuchtende Begründung für die Ablehnung. Und wie sie angesichts des Frontalangriffs des Kapitals und der Defensive der Klassen durchgesetzt werden soll, eine andere.
Und nicht zuletzt sind da die Erfahrung mit dem bundesdeutschen Gewerkschaftsapparat, der sich schwertut, auch mit noch so radikalen Parolen und Reden sich glaubwürdig und Geschehenes vergessen zu machen. Nicht so die (Gewerkschafts-)Linke. Die ficht's nicht an. Wenngleich selbst die ansonsten unverdächtige »Revier« [1] (1/84) davor warnt, sich mit geschlossenen Augen vor den Karren spannen zu lassen. Es ist nicht das erste Mal, daß das berühmte »Wer hat uns verraten« scheinbar absolut und bei gegebenem Anlaß wieder in aller Munde sein wird.
Es ist plötzlich wieder notwendig, die Gewerkschaften vor dem politischen Ruin zu bewahren und nahezu vorbehalts- und kritiklos die 35-Stunden-Forderung zu unterstützen.
Und überhaupt: »Arbeitszeitverkürzung ist doch richtig. Mehr Freizeit und weniger arbeiten wollten wir schon immer.«
»So eint die Systemfrage diejenigen, die eben dieses bekämpfen wollten und diejenigen, die dies sagen, um es auf Trab zu bringen.«(Dieter Marcello in der TAZ vom 17.2.84)
Wir schreiben dieses Papier, um einerseits diese Einigung zu untergraben, weil wir sie für falsch und gefährlich halten und dies nicht hinterher erst feststellen wollen. Andererseits weil's prinzipiell notwendig ist, sich mit den Bedingungen, dem Was, Wer, Wie, Wo und Warum von Forderungen und Kämpfen auseinanderzusetzen, erst recht, wenn sie »von Oben« aufgestellt und dirigiert werden.
Wenn heuer für die 35-Stunden-Woche die Klamotten hingeschmissen werden sollen, so ist's nicht das erste Mal.
Der Stahlarbeiterstreik [2] des Winters 78/79 wie auch die damalige gesellschaftspolitische Situation ist uns deshalb aus aktuellem Anlaß einen Rückblick wert. Charakteristisches Ergebnis der »Krise der Massenarbeit«, des Kampfzyklus 68-73 (in der BRD: Septemberstreiks 1969 und Stahl- und Automobilarbeiterkämpfe 1973) war die weitgehende Trennung von Leistung und Lohn. Und auf der Haben-Seite zu verbuchen: Lohnsteigerungen (von 69 bis 74/75 real ca. 30 %) über Produktivitätszuwachs.
Die Ablehnung, die Lohnarbeit als alleinigen Gradmesser von Selbstwert und Bedürfnisbefriedigung

anzuerkennen, war dessen Spiegelbild im gesellschaftspolitischen Bewußtsein.
Die Abkopplung von Arbeit und Einkommen war ein Meilenstein gegen die - insbesondere in der BRD aus dem Nationalsozialismus überlieferte - Tradition des Leistungsdenkens.
Frontal gegen diesen bewußtseinsmäßigen Einbruch steht die vom DGB seit Jahren propagierte Parole des »Rechts auf Arbeit«, die an das »Arbeit macht frei« der Nazis erinnert.
Sicher als Folge davon führen die »Ölkrise« des Jahres 73, die Massenentlassungen und die Arbeitslosigkeit (mittels Rationalisierung und »Internationaler Arbeitsteilung« durchgesetzt) seit 74 als Angriff auf Zusammensetzung und Einkommen der Klasse nur bedingt zu dem gewünschten Resultat. Trotz Arbeitslosigkeit steigen die Löhne (74-76), die Arbeitsmoral ist schlapp, Blaumachen ist immer noch auf der Tagesordnung und in der sozialen Hängematte kann mensch sich noch durchschaukeln.
Da ein umfassenderer Angriff als Arbeitslosigkeit und »Ölkrise« nicht sofort aus dem Ärmel zu schütteln war, setzte das Kapital noch einmal auf Ausweitung von Produktion und Arbeit: Ende 76 wird der Einstellungsstop der Großbetriebe aufgehoben, im Frühjahr 1977 beginnt die Bundesanstalt für Arbeit eine Vermittlungsoffensive via ABM, Umschulung usw. Die Zahl der Arbeitslosen bewegt sich 76-78 um 950.000 mit sinkender Tendenz und einem wachsenden Anteil jugendlicher »Neu«-Arbeitsloser.

Einleitung der Restrukturierung - 35-Stunden-Forderung und Stahlarbeiterstreik
Inhaltlich an die alte Massenarbeiter [3]-Losung »Mehr Lohn - Weniger Arbeit« anknüpfend, auf einer IGM-Tagung Anfang 77 in Köln erstmals (soweit wir's wissen) unter dem Begriff »Modellsolidarität« konkretisiert, wurde die 35-Stunden-Forderung auf dem IGM-Gewerkschaftstag im September 77 gegen den Vorstand, der dies mit allen Mitteln zu verhindern suchte, in den Forderungskatalog aufgenommen. Eugen Loderer, damaliger Vorsitzender der IGM, nannte die Forderung »übertrieben« und »nicht durchsetzbar«. Eine Einschätzung, der ein gutes Jahr später offensichtlich eine »Änderung« widerfahren sollte - eine Änderung, die sich ausschließlich auf den nordrhein-westfälischen Tarifbezirk, genauer: auf die Stahlindustrie, bezog, nicht aber auf den Rest der Republik.

Fakten zum Hintergrund:
1. In der »strukturell« schon damals angeschlagenen bundesdeutschen Stahlindustrie waren seit 1975 40.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert worden. Demzufolge war auch die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der Eindämmung anstehender Freisetzungen wenigsten bei den betrieblichen Gewerkschaftskadern der Stahlbranche sehr populär (durch die bei 35 Stunden Wochenarbeitzeit notwendige Einführung einer 5. Schicht hätte zumindest eine Umverteilung der bestehenden Belegschaften, wenn nicht - wenigstens vorübergehende - Neueinstellungen rausspringen können). Nicht zuletzt sollte mit der angestrebten Stabilisierung der Belegschaften auch ihre Kampfstärke er- und zusammengehalten werden.
2. Die Kampfstärke und -bereitschaft der Stahlarbeiter hatte Tradition. Wie bei den Septemberstreiks 1969 waren sie auch im Streikjahr 1973 die ersten, die gegen die miesen Tarifabschlüsse der IGM Lohnerhöhungen erkämpften (Klöckner/Bremen, Hoesch/Dortmund, Mannesmann/Duisburg etc.) - natürlich gegen den Willen der Gewerkschaftsführung, die ihre Zerschlagung in vorderster Reihe betrieb. Diese Erfahrung sowie die butterweiche Tarifpolitik der nächsten Jahre, die unter Kurt Herb in NRW »mit List und Tücke« den Arbeitsfrieden wahrte, hatten die Distanz der sog. Basis zur Gewerkschaftsführung konserviert.
3. Das Ruhrgebiet - und dabei speziell die Stahlindustrie - sollte in den nächsten Jahren einem einschneidenden Wandel durch »Strukturkrisen« unterzogen werden: Planmäßige Ruinierung der ökonomischen Substanz der Region und damit ihre Zurichtung zur Billiglohnregion in der Metropolen

selbst (die Errichtung »Freier Produktionzonen« [4] ist in Planung). Die heutige Arbeitslosenquote im Ruhrgebiet liegt bei 14,6 % (und lokal z.T. bei 25 %).
Die krisengeschüttelte Perspektive der Region verbunden mit der labilen Kontrolle der Klasse durch die Gewerkschaftsführung dürfte den Ausschlag gegeben haben, einerseits durch einen großen Streik die Belegschaften wieder mehr an die Gewerkschaft zu binden und andererseits durch seine - wie sich zeigen sollte - resignativen Folgen die Ruhe für die nächsten Jahre zu garantieren.

Zum Streik selbst:
Zeitpunkt: Dezember 78/Januar 79
Die Bedingungen für einen unwirksamen Streik sind »ideal«: die Automobilindustrie als Hauptabnehmer von Stahl hat ihre Konjunktur erst im Frühjahr. Schon allein deshalb war klar, daß es lange dauern würde, bis sich Lieferschwierigkeiten bemerkbar machen.
Überdies war in der Zeit vor dem Streik Stahl auf Vorrat hergestellt worden. Auch ist die Jahreswende nicht gerade der Zeitpunkt, zu dem auf Hochtouren produziert wird: Weihnachtszeit - Ferienzeit.
Der Streik beginnt am 28.11. nach nur 2-wöchiger Mobilisierung. Sie ist trotzdem außerordentlich hoch. Es wird ein aktiver Streik, an dem nicht nur die Mitglieder, sondern auch ihre Familien teilnehmen. Entgegen der Forderung der »Basis« wird nur schwerpunktmäßig (etwa 25 % der Mitglieder) gestreikt. Dem Verlangen nach Vollstreik wird auch dann nicht nachgekommen, als das Kapital zusätzlich 29.000 Arbeiter aussperrt und eine Koordinationsstelle für Terminaufträge einrichtet, die die durch Streik und Aussperrung ausfallende Produktion auf die restlichen Betriebe umdirigiert.
Bereits am 6.12. wird NRW-Minister Farthmann, der bekanntlich gegen die Arbeitszeitverkürzung ist, als Schlichter akzeptiert und ernannt. Während in über 30 Städten von DGB und IGM organisierte Kundgebungen gegen die Aussperrung stattfinden, liegt am 17.12. das Verhandlungsergebnis auf dem Tisch: 4 % mehr Lohn bei 15-monatiger Laufzeit (= 3,2 % auf's Jahr bezogen) plus ein paar Freischichten und etwas mehr Urlaub.
Der Vorschlag wird von der Großen Tarifkommission abgelehnt und die Ablehnung mit der Ankündigung, den Streik auszuweiten, verbunden. Was die Streikenden zu der Annahme verleitet, am Streikziel würde festgehalten und es solle durch die Ausweitung unterstrichen werden. Denkste! Bis zur Einbeziehung von weiteren 20.000 Stahlkochern dauert es noch ganze 2 Wochen (3.1.). Einziger Grund für die Ablehnung des »Kompromisses« war nämlich die Beschränkung der Freischichten auf die Nachtschicht (was im endgültigen Abschluß hieß: 3 Freischichten für über 50-Jährige). In der ganzen Zeit wird langwierig verhandelt und in bitterer Kälte weitergestreikt. Am 7.1. erfolgt die Einigung auf der Basis der seit Wochen existierenden Formel, mit einer Laufzeit des Manteltarifvertrages bis 31.12.83, d.h. Festschreibung der 40-Stunden-Woche auf 5 Jahre. Unter dem Protest der Streikenden segnet die Große Tarifkommission den Abschluß ab.
Die Stimmung für die Urabstimmung am 11.1. wird durch die planmäßige Demontage des Streiks (Vorbereitungen zur Wiederaufnahme der Arbeit) aufbereitet und ihr Ergebnis nach dem Motto: »Ihr könnt ruhig wählen, solange wir die Stimmen zählen« durch massive Manipulation in manierliche Form gebracht.
Es sollte sich sehr bald zeigen, daß die Strategie des IGM-Vorstandes aufgegangen war. Trotz der während des Streik intensivierten autonomen Strukturen wurde die Niederlage akzeptiert, d.h. sich mit ihr abgefunden. Während der Großteil also resignierte, kanalisierten sich Wut und Schmerz des Restes zum hundertsten Mal in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in dem - auch diesmal erfolglosen - Versuch, den verknöcherten hierarchischen Apparat zu reformieren.

Kybernetisierung - Prekarisierung - Arbeitszwang

Was hat sich nun in den 5 Jahren seit dem Stahlarbeiterstreik getan, was ist heute die Situation?

Das Kapital weitete das Arbeitsvolumen bis in den Herbst 80 weiter aus. So stiegen allein 1979 die registrierten Ausbeutungsverhältnisse um über 300.000. Ebenfalls vergrößert wurde der Sektor der illegalen Arbeit, vor allem auf dem Bau.

Auf der anderen Seite wurde mit z.T. gewaltigen Investitionen (Automobilindustrie 79/80: 35 Mrd.) der technologisch vermittelte Angriff auf die Klasse vorbereitet. Über die Kybernetisierung von Hand- und Kopfarbeit sollen die traditionellen Facharbeiter-, unteren und mittleren Angestellten- und Technikerschichten entqualifiziert, aufgelöst und unter dem zentralisierten Kommando des Kapitals neu zusammengesetzt werden (NC/CNC-Automaten, Vernetzung der technischen und Verwaltungsabteilungen mit Terminals, elektronische Heimarbeit usw.). Desgleichen werden die alten Massenarbeiterabteilungen über die technologische Restrukturierung (automatisierte Fertigungsleittechnik, Roboterisierung) und forcierte Transnationalisierung (z.B. Produktion des Opel-Corsa, Ford-Fiesta und Ford-Escort in Spanien ... bis hin zur Vernutzung der ostdeutschen und chinesischen Arbeiterklasse durch VW) zersetzt.

Dieser Angriff setzt im Herbst 80 ein. In dessen Folge werden die erfaßten Ausbeutungsverhältnisse bis Ende 82 um eine Million reduziert. Die offizielle Arbeitslosenzahl wird im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt (850.000 - 2,2 Mio.) ganz zu schweigen von der »Stillen Reserve«.

Dagegen werden die illegale Arbeit und die entgarantierten Ausbeutungsverhältnisse erheblich ausgeweitet (Nach einer im Oktober 83 von der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichten Untersuchung wurden von den 1977 gemeldeten Arbeitslosen 90 % wieder vermittelt, davon aber nur etwa jeder zweite in ein garantiertes Arbeitsverhältnis.) - gekoppelt mit einer rigorosen Einschränkung und Kürzung des Soziallohns. So überschritt bereits im Mai 80 die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen, die kein Geld erhielten, weil entweder ihr Antrag nicht bearbeitet (27,7 %) bzw. abschlägig beschieden (22,5 %) wurde, erstmals die 50 %-Marke.

Dieser bekanntlich unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung eingeleiteten Soziallohnbeschneidung, gekoppelt mit der Zwangsmobilisierung und -flexibilisierung der Arbeitsmärkte entsprach auf der Seite der (noch) garantierten Teile der Klasse die von den Gewerkschaften mitgetragene Kybernetisierung von Produktion und Verwaltung - verbunden mit einer seit 1980 anhaltenden Reallohnsenkung (jährlich zwischen -0,3 und -2,2 %).

Konsequent fortgesetzt wurde und wird diese Politik von den Fraktionen der Bonner »Wende«. [5]

Neben den bereits erfolgten Maßnahmen wie beispielsweise der Streichung des Invaliditätsrentenanspruches für die Ungarantierten und einer neuen Arbeitszeitordnung (die die alte von den Nazis 1938 für die Kriegsproduktion erlassene bei weitem übertrifft) stehen u.a. demnächst an:

Speziell die Entgarantierung und Flexibilisierung des gesamten Klitschensektors (maximal 5 Beschäftigte) durch

- Aufhebung des Kündigungsschutzes
- die Möglichkeit, unbeschränkt viele Teilschaffer/innen bis zu 45 Stunden monatlich zu vernutzen, ohne daß dadurch der Klitschenstatus aufgehoben wird.

Allgemein die

- Erweiterung der zulässigen Befristung von Ausbeutungsverhältnissen von einem halben auf ein Jahr.
- Aufhebung der bisherigen 3-Monats-Grenze für den Einsatz der legalen Sklaven(Leih)arbeiter.
- Vereinheitlichung der Hinzuverdienstgrenzen für Rentner auf 390 DM im Monat bei gleichzeitigen Rentenkürzungen.
- Einführung der Teil-Arbeitsfähigkeit für Kranke.

- Zwangsarbeit für arbeitslose Jugendliche bis 28 Jahren durch Koppelung der Zahlung des Arbeitslosengeldes/hilfe an Leistung unbezahlter Arbeit bzw. Weiterbildung.
Mit der Befreiung der Sozialdemokraten von der Regierungsverantwortung änderte sich ihre Rolle und damit auch die der von ihnen hegemonisierten Gewerkschaften. Die Zeit des offensichtlichen »Schulterschlusses« mit der offiziellen Bonner Politik ist vorbei, es darf - oder besser: soll - wieder »Flagge« gezeigt werden. Integration ist angesagt, denn der allerorts diagnostizierte »soziale Sprengsatz« muß entschärft werden. Der Versuch des DGB im Winter 82, die Arbeitsloseninis unter die eigenen Fittiche zu bekommen, war der erste, der massive Einstieg von SPD und DGB in die Friedensbewegung der nächste Schritt. Diese integrative Funktion der Sozialdemokratie ist nicht nur Strategie zur kapitalistischen Herrschaftssicherung. Sie ist gleichzeitig immer auch die Latte, an der sich die politische Existenzberechtigung der Sozialdemokraten als Herrschaftselite messen lassen und unter Beweis stellen muß.
Ein zusätzlicher Punkt, der für die momentane Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche von Bedeutung ist, ist die Absicherung des eigenen Apparats. Durch die von den Gewerkschaften in aller Konsequenz mitgetragene Restrukturierung wird eben auch die eigene Machtbasis, das sind die Kernbelegschaften der Großbetriebe, zersetzt. So verlor allein die IG Metall seit 1980 knapp 100.000 Mitglieder, Tendenz steigend. Und Mitglieder sind vor allem Beitragszahler. So dürfte allein der dadurch bedingte Beitragsverlust der IGM bei ca. 25 bis 30 Mio. DM liegen.
Diese Kernbelegschaften müssen also der eigenen Selbsterhaltung wegen so weit als möglich stabilisiert werden, wozu gleichzeitig gehört, nach Jahren der Reallohnsenkung auch mal wieder Erfolge vorzuweisen.
In diesem Sinn stellt auch die sonst gewiß nicht gewerkschaftsprotegierende FAZ fest: »Schwache Gewerkschaften nützen niemandem«.

»Der Weg nach Silicon Valley führt nicht über die subventionierte Frührente«
Die Forderung nach »Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich« (35-Stunden-Woche) steht auf den ersten Blick in offensichtlichem Gegensatz zur vom Kapital geforderten Flexibilisierung, Mobilität, Reallohnsenkung und Ausdehnung des Arbeitstages.
Auf dem Hintergrund der zunehmenden Eliminierung nahezu aller Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung der letzten 100 Jahre - DGB-Zimmermann: »Es geht um die gesellschaftspolitische Substanz der Republik« - und des Vorschickens der IGM als kampfstärkster Organisation seitens der HBV, DPG, ÖTV und IG Druck und Papier scheint sich eine scharfe Konfrontation abzuzeichnen.
Darauf könnte auch der strategische Schachzug des Kapitals im Vorfeld der Tarifauseinandersetzungen, die Blüm'sche [6] Vorruhestandsregelung, hindeuten. Diese greift die Tendenz zur Verjüngung der Arbeitskraft auf, betrifft ohnehin nicht viele, da das durchschnittliche Ausscheidungsalter inzwischen bei 54 Jahren liegt und ist sowieso nur Ersatz für den Wegfall des vorgezogenen Altersruhegeldes nach der bisherigen »58er«- oder »59er«-Regelung.
Mit dem einzigen, nicht unwesentlichen Unterschied, daß der Blüm'sche Entwurf die finanzellen Lasten mehr vom Staatshaushalt weg auf die Mittel- und Großbetriebe und die Betroffenen verschiebt.
Dies alles auf dem Hintergrund, daß sich die in einem Boom befindlichen Automultis einen Streik kaum leisten können.
Daß der Blüm'sche Schachzug erfolgreich sein könnte, deutete zunächst auch der Beifall der rechtssozialdemokratischen, mehr betriebs- als sozialpartnerschaftlich orientierten Gewerkschaften unter Führung der IG Chemie an.

Bis hierhin fügt sich alles noch in ein weitverbreitetes Bild.
Während die Unternehmer noch in verschiedenen Städten der BRD auf die Straße gehen, wird Anfang Januar im »Manager Magazin« erstmals von dieser Seite die Vorruhestandsregelung öffentlich in Frage gestellt. »Der Weg nach Silicon Valley (gemeint ist das in wenigen Jahren mit sog. Risikokapital aus dem Boden gestampfte kalifornische Mikroelektronikparadies) führt nicht über die subventionierte Frührente«, verbunden mit der abschließenden Fragestellung, wieviel der »soziale Friede« eigentlich wert sei.
Während Anfang Februar BMW-Chef Kuenheim auf der Bilanzpressekonferenz seines Konzerns verkündete, in der Frage der Wochenarbeitszeitverkürzung sei kein Kompromiß möglich und damit droht, das geplante Werk in Regensburg im Fall ihrer Durchsetzung nicht zu bauen, ist in dem bereits zur gleichen Zeit an den Kiosken ausliegenden Monatsjournal »Capital« [7] - aktueller als jede Tageszeitung - just jenes Zitat als »kürzlich« geäußert schon nachzulesen. Eingebunden in einen Bericht, wonach derzeit bei BMW die 36-Stunden-Woche als Kompromiß favorisiert werde - »und zwar an vier Tagen je 9 (!) Stunden«, verbunden mit regelmäßiger Samstagsarbeit. Darüber Ausdehung der Betriebszeit von jetzt 80 Stunden. (6Tage ý 16 Stunden = 3 Schichten ý 86 Stunden)
Die am gleichen Tag erscheinende »Wirtschaftswoche« schlägt in dieselbe Kerbe: »Es besteht im übrigen kein Gegensatz zwischen Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitflexibilisierung. Im Gegenteil: Eine 35-Stunden-Woche läßt sich sogar noch flexibler handhaben als die gegenwärtige 40-Stunden-Woche.«
Auch der neuste »Stern« [8] (5/84) weiß aus dem eigenen Lager zu berichten, daß der für die IGM-Tarifpolitik zuständige Jannsen eine verbindliche, starre Arbeitszeitsregelung - wie etwa den 7-Stunden-Tag - nicht anstrebe. Er denke an »Blockfreizeiten, Freischichten, an Mischmodelle zwischen längerer Tages- und kürzerer Nachtarbeit«. Über die jeweilige Regelung sollten die Betriebe selbst entscheiden! Es dauert nun keine zwei Tage, da macht auch die IG Chemie einen Schwenk: wurde bisher eindeutig eine Lebensarbeitszeitverkürzung favorisiert, empfiehlt der Hauptvorstand den regionalen Tarifkommissionen nun die »Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit«. Verstärkt wird nun auch von gleicher Seite die seit langem bekannte finanzielle Ausgestaltung der Blüm'schen Vorruhestandsregelung kritisiert.
Die ungebrochenen verbalen Attacken und öffentlichen Auftritte vor allem der Lobbyisten der Klein- und Klitschenbetriebe, die in diesem Konzept real sowieso nix zu sagen haben und der Funktionäre von Gesamtmetall sind die notwendige Begleitmusik, um eine Kompromißformel auf der Basis des BMW-Modells durchzuboxen: weitgehendes Entgegenkommen in punkto 35-Stunden-Woche gegen totale Arbeitszeitflexibilisierung. »Mithin Geben und Nehmen auf beiden Seiten« (Capital).
Für den Gewerkschaftsapparat wäre ein evtl. 36-Stunden-Abschluß (denkbar in 2 Etappen, z.B. 1985 oder 1986: 38 Stunden; 1988: 36 Stunden) ein vorweisbares »Traumergebnis«, ein »Sieg« - mit bitterem Nachgeschmack allerdings.
Für's Kapital hieße das: Wiedereinführung der Samstagsarbeit (für die dann der 25 %-Zuschlag incl. weiterer Zugeständnisse entfiele), 6-Tage-Woche und Aufhebung des 8-Stunden-Tages. (Das jüngst mit großem Hallo in allen Medien publizierte Beispiel der Gummiwerke Fulda zeigt denn auch vorbildlich, wo der Hase langläuft: 38,5 Wochenstunden auf dem Papier = 44 Stunden plus Samstagsarbeit - die Reifenindustrie erlebt derzeit im Gefolge der Autoindustrie einen Boom - und dafür entsprechend Freizeit). Damit, über die Verringerung der »Totzeit«, bessere Auslastung und schnellerer Umschlag des fixen Kapitals, mithin eine Reduzierung der auf die Profitrate drückenden fixen Kapitalkosten. Ein Modell, das nicht nur auf die unmittelbaren Produktionsabteilungen, sondern auch auf die privilegierten Facharbeiter-, Techniker- und Angestelltenschichten anwendbar ist (neben 6-Tage-Woche Einführung

der Schichtarbeit). Darüberhinaus sind hierbei einer verschärften Arbeitszeitintensivierung keine Grenzen gesetzt. So hat sich die IGM auch ganz bewußt gegen eine Verbindung der 35-Stunden-Forderung mit einer Definition der Arbeitsbedingungen entschieden.
Die Frage des Lohnausgleichs ist dabei vor allem aus zwei Gründen nur von geringer Bedeutung:
1. meinte die bewußt diffus gehaltene Forderung von »vollem Lohnausgleich« nie Reallohnausgleich,
2. wurde die IGM von Anfang an nicht müde zu betonen, daß ein Lohnausgleich bei den Lohnverhandlungen »berücksichtigt« werde. Erst Anfang Februar wieder machte IGM-Mayr in einem Interview mit dem »Handelsblatt« folgende Rechnung auf: 1984 fordere die IGM nur eine Lohnerhöhung in Höhe der Inflationsrate (3 %). Ohne Arbeitszeitverkürzung aber müßte sie 1984 höher sein als 1983, wo sie 7 % betragen habe - und mit 3,2 % abgeschlossen wurde.
Hiernach ist der Lohnausgleich also reine Definitionssache. Das zeigt auch folgende Rechnung: Geht mensch von einer 36-Stunden-Regelung aus, so käme allein der nominale Lohnausgleich fürs Kapital einer Lohnerhöhung von insgesamt 11,1 % gleich. Bei der üblichen 5-jährigen Geltungsdauer des Manteltarifvertrags wären dies im jährlichen Schnitt 2,22 %.
Wenn die IGM nun 3 % zusätzlich fordert, meint sie damit erfahrungsgemäß 1,3 bis 1,4 %. Macht summa summarum: 3,5 bis 3,6 %, also das Übliche.
In diesem Zusammenhang erscheint uns noch bemerkenswert, daß die gewerkschaftsoppositionellen Gruppen die Frage des Lohnausgleichs in ihren Einzelkritiken nie problematisiert haben - ganz zu schweigen von grünen Ökologen, die einen Lohnausgleich, von wegen Konsumverzicht (für die Massen, versteht sich) am liebsten ganz vom Tisch hätten.
Dem Gewerkschaftsapparat wäre mit der angedeuteten Kompromißformel in zweierlei Hinsicht gedient:
1. Durch die damit erforderliche Ausweitung der Schichten (z.B. dann 3 Schichten statt bisher 2) wäre der weitere Abbau der Mitgliederbasis in den Großbetrieben zunächst gestoppt. In diesem Sinn rechnete auch der Vorsitzende der DPG van Haaren Anfang Februar folgendes vor: die Post wolle in den nächsten Jahren 30.000 Arbeitsplätze wegrationalisieren. Werde nun die 35-Stunden-Woche durchgesetzt, so bedeute dies rein rechnerisch 70.000 neue Arbeitsplätze. Selbst wenn über Rationalisierung (gemeint ist Arbeitsintensivierung) die Hälfte davon unterlaufen werde, blieben immer noch 35.000.
2. Auch wenn es der Apparat bislang noch nicht geschafft hat, seine aus Erfahrung zu Recht mißtrauische Basis für den großen Kampf zu mobilisieren, so doch seine in- wie externe linke Opposition, trotz oder besser wegen aller Detailkritiken. Und das ist ihm nicht weniger wichtig.
Allenthalben werden die Messer gewetzt und in diesem Zusammenhang gar von »Nur noch die Utopien sind realistisch« (Oskar Negt [9] in der TAZ) gesabbert. Im Fall eines Streiks dürfte der »Schulterschluß« dann ein totaler sein.
Und das ist exakt der Punkt, an dem sich das sozialpartnerschaftliche (IGM) gegenüber dem betriebspartnerschaftlichen (IG Chemie) Gewerkschaftsmodell für das Kapital beweisen kann. Dabei ist nicht die Frage ob, sondern WIE die totale Arbeitszeitflexibilisierung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene am konfliktfreiesten durchgeführt werden kann. Einzelbetriebliche Lösungen, wie z.B. in den Chemiekonzernen seit einiger Zeit praktiziert, sind für's Kapital (auch intern, z.B. in Bezug auf die Kleinbetriebe) erstmal der bequemere und vielleicht auch billigere Weg.
Das hat allerdings auch viel damit zu tun, daß in diesem Sektor oppositionelle Tendenzen bislang erfolgreich - aus welchen Gründen auch immer - ein- und ausgegrenzt werden konnten.
Dem gegenüber basiert das sozialpartnerschaftliche Modell der IGM prinzipiell mehr darauf, die Linke in die kapitalitische Krisenstrategie produktiv mit einzuspannen (ohne jedoch darauf zu verzichten, wenn nötig kritische Teile auszuschließen).
Auf den konkreten Fall bezogen heißt das: wenn sich die Situation auf die Alternative: keine

Arbeitszeitverkürzung - Arbeitszeitverkürzung gegen Flexibilisierung zuspitzt, wird auch die Linke, wenngleich mit knirschenden Zähnen, der letzteren den Vorzug geben. Die bittere Pille einmal mitgeschluckt, werden sie dann auch das Maul halten müssen.
Wenn IGM-Vize Steinkühler am vorletzten Februarwochenende auf einer »35-Stunden-Solidaritätskonferenz« im Frankfurter »Holiday Inn« von dem »schweren Weg« in die 35-Stunden-Woche sprach, der mit »großen Opfern verbunden sein kann«, so meinte er genau das. An wen dagegen sein Appell gerichtet war, daß die Gewerkschaften im Fall eines Scheiterns »gebrochen seien« würden und »auf viele Jahre nicht mehr Hoffnungsträger« sein könnten, ob nun an die Basis, die Linke, das Kapital oder alle gleichermaßen, kann dahingestellt bleiben.

Alles hat seinen Preis. Das war schon vor 60 Jahren so!
Die »gelben« Firmengewerkschaften wurden in Deutschland 1918 aufgelöst. Das Zugeständnis, Anerkennung der Gewerkschaften und - vorübergehende - Einführung des 8-Stunden-Tages wurde in der »Zentralarbeitsgemeinschaft« ausgehandelt. Von AEG-Chef Rathenau als Reaktion auf die revolutionären Kämpfe der Klasse initiiert, war sie ein Pakt zwischen Kapital und Gewerkschaften. Auf deren offizielle Anerkennung erfolgte im Gegenzug die blutige Niederschlagung der Arbeiteraufstände durch die Sozialdemokratie in der »Ära Noske«. [10] Der Sekretär der Zentralarbeitsgemeinschaft hieß übrigens Hans Böckler. Er gelangte später als »legendärer« Führer des DGB zu Ruhm und Ansehen.
Die Kampagne um die 35-Stunden-Woche auf das zu reduzieren, was sie bestenfalls ist, nämlich der Kampf zweier Linien um die beste Strategie für die Durchsetzung der Flexibilisierung ist eine Sache. Eine Sache, für die angesichts des gesunden Mißtrauens in den Betrieben die Zeichen gar nicht so schlecht stehen - wenn die Linke sich nicht weiterhin bereitwillig vor fremde Karren spannen läßt.
Eine ganz andere Sache ist es, das, was die 35-Stunden-Kampagne - zum Teil jedenfalls - vorgibt zu sein, in- und außerhalb der Betriebe tatsächlich anzupacken: der Kampf gegen die vom Kapital abverlangte Zwangsmobilität und -flexibilität, gegen die technologisch vermittelte Restrukturierung von Fabrik und Gesellschaft im Sinne von sozialer Desorganisation der Klasse, Vereinzelung, Ausgrenzung, Verelendung und Vernichtung.
Die Desorientierung und Verunsicherung der Linken als wesentliche Voraussetzung für die Bereitschaft, breite diffuse Bündnisse in der Hoffnung einzugehen, dort von innen her etwas aufzubrechen und bei allen Detailkritiken schließlich doch den »Schritt in die richtige Richtung« herauszudeuteln, hat sicher neben subjektiven vor allem objektive Ursachen.
Mit dem Abflauen der autonomen Revolten der frühen 70er, die auch im Reproduktionsbereich sowohl die verschiedenen Klassensegmente repräsentierten, als sich auch - zumindest inhaltlich - den Kämpfen der Massenarbeiter zuordneten, reduzierte sich die Thematisierung des Klassenantagonismus langsam aber sicher - und blieb letztlich auf theoretische Zirkel beschränkt. Der Rückzug überwiegender Teile der damaligen radikalen Linken ins Alternative vermittelte psychologisch Resignation und bedeutete politisch einen Bruch in der Vermittlung von Kontinuität und historischen Erfahrungen.
Unter anderem mit dem Ergebnis, daß sich die Kämpfe im Reproduktionsbereich vor allem inhaltlich vom Bezug zum Produktionsbereich entfernten. Dementsprechend »günstig« sind heute, wo die »soziale Frage« diesmal vom Kapital neu definiert und in Angriff genommen wird, die Erfolgsprognosen reformistischer Integrations- und Vereinnahmungstendenzen.
Und das allgemein verbreitete Gefühl, mit dem Rücken an der Wand zu stehen, trägt sicher auch nicht gerade dazu bei, den Blick zu schärfen.
Es mag auch bequemer sein, sich an die »Spitze« einer Kampagne zu setzen und deren Ziele und Forderungen, die mensch weder formuliert hat, noch überblickt, mit den eigenen mehr oder minder

revolutionären Projektionen zu überlagern.
Schlimm daran ist weniger, daß so betriebene linke Politik inkonsequent ist. Schlimm sind vielmehr die Auswirkungen. Zimmert doch die Linke durch ihre Beteiligung aktiv an der Verfestigung der verbreiteten Resignation und Perspektivlosigkeit mit, wird unglaubwürdig und fällt damit auch als möglicher Bezugs- und Orientierungspunkt der Klasse flach.
Wie die politische Strategie im Gegenzug auszusehen hat, können wir auch nur vage umreißen. Es kann dabei aber ohnehin nicht um Patentrezepte und -programme gehen. Ergebnisse kann da nur eine massive und massenhafte - auch theoretische - Auseinandersetzung bringen, in der es zunächst darauf ankommt, entlang der Klassenlinie die - zweifelsohne verschütteten - antagonistischen Tendenzen aufzuspüren und freizulegen.
Das heißt: auf der einen Seite autonome sozialrevolutionäre Positionen zu entwickeln - wenn sie auch vorerst minoritär bleiben werden - , die das Kapitalprojekt definieren und auf seine möglichen Bruchstellen hin abklopfen. Und es heißt auf der anderen Seite, sie alsbald praktisch und organisatorisch zu thematisieren und sie sowohl auf Massen- (politischer), wie auf militanter Ebene voranzutreiben.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Anmerkungen zu Kapitel 11:

1. Revier

Linke Betriebszeitung für das Ruhrgebiet.

2. Stahlarbeiterstreik

Literatur: Streikwinter. Der Stahlarbeiterstreik 1978/79. Duisburg: Revier, 1979

3. Massenarbeiter

Siehe auch: Anmerkung 46 zu Kapitel 2

4. Freie Produktionszone

Siehe auch: Anmerkung 20 zu Kapitel 10

5. Bonner Wende

Ab September 1982 Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP.

6. Blüm, Norbert

* 1935; CDU; ab 1982 Arbeits- und Gesundheitsminister.

7. Capital und Wirtschaftwoche

Zeitung/Zeitschrift für und über den Unternehmerstandpunkt.

8. Stern

Sozialliberale Wochenzeitschrift.

9. Negt

Siehe auch: Anmerkung 51 zu Kapitel 2

10. Ära Noske

Siehe auch: Anmerkung 3 zu Kapitel 5

11. Trilaterale Kommission

Siehe auch:Anmerkung 48 zu Kapitel 5

12. Konrad

Demonstration gegen das geplante Atommüllendlager »Schacht Konrad« bei Salzgitter am 30.10.1982 mit 28 Festnahmen.

13. Thatcher, Margret

* 1925; konservative britische Premierministerin 1979-1990.

[Dieses Fenster schließen]

Aktion gegen Eugen Loderer und Hans Mayr (April 79)

Uns reicht's!
Wir haben die Schnauze voll von dem Funktionärsklüngel, der immer in »langwierigen und zähen Verhandlungen das Alleräußerste für die Kollegen herausgeholt hat« - die Verarschten sind immer wir - und das schon viel zu lange. Deshalb haben wir zum 1. Mai angefangen, den Spieß endlich rumzudrehen: Dem großen Vorsitzenden der IGM und Multifunktionär(-millionär?) Eugen Loderer haben wir seinen Bungalow, vornehm gelegen in Frankfurt, Am Niddatal 27, rundherum eingeteert und seinen Garten mit Unkrautvernichtungsmittel behandelt, auf daß er kahler werde als unser Essenstisch während des Streiks. Dem 2. Vorsitzenden der IGM, Hans Mayr, exklusiv im Frankfurter Vorort Dreieichenhain, Philipp-Holzmann-Str. 62 wohnend, haben wir seinen Mercedes mit Unterbodenschutz neu lackiert (mehrjährige Rostschutzgarantie selbstverständlich inclusive). Um ihn an die gute Luft im Ruhrpott zu erinnern, haben wir ihm noch eine ordentliche Portion widerlich stinkender Buttersäure in den Hausflur geschüttet.
Diese beiden Herren zeichnen in erster Linie verantwortlich für die Niederlage im sechswöchigen Stahlarbeiterstreik. Daß sie diese Niederlage von Anfang an geplant haben, zeigen sowohl Zeitpunkt und Streiktaktik als auch die organisierte Wahlfälschung bei der abschließenden Urabstimmung, deren Ergebnis dokumentieren sollte, daß die Mehrheit der Kollegen hinter ihnen steht. Viele Kollegen haben immer noch Skrupel, Loderer, Mayr & Co. dort zu sehen, wo sie wirklich stehen: auf der anderen Seite der Barrikade. Sie sind lange schon keine Kollegen mehr, sondern Unternehmer im Blaumannkostüm. Gewerkschaftsposten waren immer (vor 50 Jahren wie heute) Aufstiegsleiter und Sprungbrett des Proleten zu Geld und Macht: Ministersessel - Parlamentssitze - Aufsichtsratsposten usw. So dient auch die Mitbestimmung letztlich den Funktionären dazu, an Aufsichtsratsposten und die damit verbundenen dicken Tantiemen zu kommen.
So ist MAYR stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats bei Thyssen, Klöckner und Thyssen Industrie AG - Loderer besetzt den gleichen Posten bei VW, Mannesmann und den Mannesmann-Röhren-Werken, ist Mitglied des Aufsichtsrates bei der Bank für Gemeinwirtschaft und der Neuen Heimat, Präsident des Internationalen Gewerkschafsbundes und im Europäischen Gewerkschaftsbund sowie demnächst Abgeordneter im Europaparlament. Weiter sitzt er in der Trilateralen Kommmission [11], einem relativ unbekannten, dafür umso mächtigeren Gremium. 1973 gegründet vom Rockefeller-Clan, gehören ihr Vertreter der multinationalen Konzerne und Banken, der Massenmedien, Regierungsmitglieder und ausgewählte Gewerkschafter (aus der BRD Vetter, Hauenschild, Loderer!) aus den USA, Japan und der EG an. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise optimale Bedingungen und Strategien für eine bessere Kapitalverwertung - sprich Ausbeutung - sprich Rationalisierung zu erarbeiten und durchzusetzen. Also genau das, WOGEGEN wir gestreikt haben.
Die Bosse haben die 40-Stunden-Woche für die nächsten 5 Jahre festgeschrieben; bis dahin sollen 25 % aller Arbeitsplätze in der Stahlindustrie wegrationalisiert werden. Wenn wir das kampflos hinnehmen, haben wir's nicht besser verdient. Der Kampf gegen diesen massiven Angriff auf unsere Lebensbedingungen und Existenz kann nur außerhalb und unabhängig von den vorgegebenen Apparaten und Institutionen geführt werden. Auf Abteilungs-, Betriebs- und zwischenbetrieblicher Ebene. Das schließt auch ein, daß wir es endlich schaffen, unsere angeblichen Vertreter, die uns eh nur auf'm Kopf rumtrampeln, mitsamt ihren parlamentarischen Mauschelgremien zum Teufel zu jagen. Unsere einzigen und echten Interessenvertreter sind wir selbst - und sonst niemand. Die Kämpfe der lothringischen Kollegen zeigen, daß Widerstand möglich ist und keine Legalitätsschranke kennen darf und kann!

Anschlag gegen die Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg (Januar 80)

Es wird Zeit, daß wir leben

Die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg ist die Zentrale aller bundesdeutschen Arbeitsämter. Hier werden die Schritte der staatlichen Arbeitsmarktpolitik bestimmt und angeordnet, deren Auswirkungen dann jeder einzelne in seinem Arbeitslosenalltag zu spüren bekommt, z.B.:

- Bis zu 6-monatige Bearbeitungszeiten der Anträge auf Arbeitslosengeld (so lange gibt's auch keinen Pfennig); im Krankheitsfalle geht die ganze Schikane von vorne los.
- Die Zumutbarkeitsklausel, die zum einen große räumliche Mobilität verlangt, zum anderen die Annahme von unterqualifizierter Arbeit - und das zum Tariflohn derselben, d.h. doppelte finanzielle Abgruppierung.
- die ABM-Stellen (z.Zt. fast 100.000) bedeuten für uns, zum niedrigsten Tariflohn ohne Urlaubs- und Weihnachtsgeld arbeiten zu müssen und für die Unternehmer, daß »teure« Arbeitskräfte durch kostenlose ersetzt werden.
- die gerade beginnende Computerisierung (Erfassung aller Arbeitslosendaten und Stellenangebote) der Vermittlungstätigkeit, die uns auch die letzte Einflußmöglichkeit auf die Arbeitsvermittlung nimmt und uns endgültig zur Computernummer degradiert (Der Modellversuch hierfür läuft seit November 79 in Marburg und soll bis spätestens Mitte der 80er Jahre auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt werden).

Die Maßnahme verfolgt zwei Ziele:

Zum einen werden vor allem Frauen, Ausländer, Ältere in die »stille Reserve« abgeschoben, wo sie das System nichts oder verhältnismäßig wenig kosten; deren Anzahl liegt mittlerweile über der »offiziellen Arbeitslosenzahl«. Zum anderen sind diejenigen, die überhaupt noch vermittelt werden, gezwungen, zu sich ständig verschlechternden Bedingungen zu arbeiten. Somit ergänzt die Bundesanstalt mit ihrer Arbeitsmarktpolitik - mitgetragen von DGB und DAG, die beide im Nürnberger Verwaltungsrat sitzen - die Rationalisierungspraxis des Kapitals.

Diese Bastion des modernen Sklavenhandels, deren Macht sich vor allem in unserer Vereinzelung und fehlenden Organisierung begündet, haben wir - wenn auch nur mit Sprengstoff - zum Beben gebracht.

Arbeitslosigkeit ist heute kein Ausdruck konjunktureller Krisen, die mit diesen auftaucht und auch wieder verschwindet (so ist die Arbeitslosenzahl in der momentanten Phase des Booms mehr als doppelt so hoch als während der Rezession 1967), sondern Ergebnis der technologischen Entwicklung. Eine technologische Entwicklung, die uns nur zwei Wege offenläßt:

Entweder wir erkennen die Existenzberechtigung des Kapitals an, wie es die Gewerkschaften tun, was heißt: Profit als einzigen Orientierungspunkt zu akzeptieren und steigende Arbeitslosigkeit genauso wie mörderische Arbeitsbedingungen und Arbeitshetze (für immer weniger Geld), Verschleißproduktion genauso wie die Zerstörung der Lebensbedingungen von Mensch und Natur (Chemie-Industrie, Atomkraftwerke, Betonsilos usw.) hinzunehmen. Oder wir wollen eine menschen- wie naturorientierte Produktion, die weniger Arbeit und mehr Zeit zum Leben für alle bedeutet, die Selbstbestimmung darüber, was, wie und wo produziert wird.

Nur geschenkt kriegen wir nichts. Auf gehts!

Revolutionäre Arbeitslosen-Zelle

Anschlag gegen das Bundesarbeitsgericht, Kassel (März 80)

»Wer das Geld hat, hat die Macht,
und wer die Macht hat, hat das Recht«
Solange jedenfalls, wie wir zulassen, daß Machtfragen als »Rechts«fragen behandelt werden und die Entscheidung darüber untertänigst in die Hände irgendwelcher obskurer Gerichtshöfe legen, wird sich daran nichts ändern.
Das Bundesarbeitsgericht in Kassel hat bisher noch immer eindeutig gezeigt, welchen Herren es dient, durch die Kriminalisierung politischer und wilder Streiks wie auch durch die Anerkennung der Aussperrung in den Jahren 1955 und 1971 - was sollte 1980 daran etwas ändern?
Die kaum begonnene, schon zurückgenommene Kampagne und sonstige Scheinaktivitäten des DGB bestimmt nichts - das wissen die Herren Gewerkschaftsführer Vetter, Loderer & Co. sehr genau.
Deren Dilemma findet in den Büttenreden von Eugen Loderer seinen schärfsten Ausdruck: Selbst im Laufe seiner Funktionärskarriere vom Schlosser zum Millionär aufgestiegen, klingt es wie Hohn, wenn er »die Macht der Millionen gegen die Macht der Millionäre« als unsere Losung ausgibt.
Wir sollten ihn beim Wort nehmen und endlich Organisationstrukturen schaffen, die Führerschaft und Bürokratenkaste ausschließen. Andernfalls züchten wir uns nur weiter diese Wölfe im Schafspelz heran, die vor nichts mehr Angst haben, als daß wir unsere Interessen selbst vertreten. Sie wollen weiterhin gut von einer sich in Pseudoaktivitäten erschöpfenden Politik leben, die uns nur die Rolle der Beifallklatscher und Abstimmungstrottel zuteilt und deren vorprogrammierte Niederlagen allein wir auszubaden haben.
So ist Aussperrung kein »Relikt aus Zeiten uneingeschränkter Unternehmerherrschaft« - und was die Bonzen sonst noch so durch die Mikrofone lallen - sondern schlicht und einfach Ausdruck der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, von denen wir ein Teil sind. Machtverhältnisse, die sich weder durch lautstarke Appelle, Unterschriftenlisten, Petitionen, noch mit dem Stimmzettel verändern lassen.
Wie zu allem, gehören auch zur Aussperrung immer zwei: die, die aussperren - die, die sich aussperren lassen. Folgen etwa auf jede Aussperrung Betriebsbesetzungen verbunden mit Solidaritätsaktionen in anderen Branchen, wendet sie sich gegen die Aussperrer selbst.
So wird sich die Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung auch nur aus einer starken Kampfposition heraus durchsetzen lassen - und nicht durch Türklinkeputzen bei der SPD.
Eingedenk der Worte unseres großen Vorsitzenden Eugen: »Wir werden die Aussperrung aus dem Felde fegen, wenn wir nur wollen« - und wollen wollen wir ja alle, oder? - haben wir gestern abend in Kassel beim Bundesarbeitsgericht mit dem Fegen schon mal angefangen.
Revolutionäre Zelle in der IG Metall

Aktion gegen den Journalisten Luze (November 82)

Wir haben heute, am 10.11.82, Herrn Georg Luze, »Chef vom Dienst« der Braunschweiger Zeitung, die Hammelbeine langgezogen.
Die giftige Galle, die uns hochkam, als wir am 1.November die Zeitung aufschlugen, haben wir in Form einer stinkenden Flüssigkeit in seine Wohnung transportiert.
Diese Aktion ist zugleich ein Angriff auf das Pressemonopol der Braunschweiger Zeitung, die fast sämtliche andere Tageszeitungen in der Region ruiniert hat. Wer hier von »Pressefreiheit« spricht, über den lachen nicht einmal mehr die Hühner.
Luze besitzt die Unverschämtheit, den Arbeitern vorzuschlagen, ihre Lohntüten freiwillig zu plündern - zugunsten der Arbeitslosen, da die Arbeiter ja den Vorzug genießen, sich ausbeuten lassen zu dürfen. Als ob Staat und Unternehmer uns nicht schon genug aus der Tasche ziehen, womit sie ihre Microchips und andere Rationalisierungsmaßnahmen finanzieren, die uns die Arbeitsplätze rauben. Zu solchen schmierigen Spaltungsmanövern meinen wir, daß wir uns weder als Arbeitslose finanziell aushungern lassen, noch als Arbeitstiere dahinvegetieren wollen. Das Einzige, was uns hilft, ist der Angriff auf Unternehmer und Staat.
Dieser Angriff muß allerdings über die Wortradikalität »unserer« Gewerkschaftsführer hinausgehen. Anstatt in der Krise zu direkten Widerstandsaktionen aufzurufen, karren sie uns samstags, außerhalb der Arbeitszeit natürlich, auf die Märktplätze. Sie wollen den »sozialen Frieden« und »unseren Sozialstaat« verteidigen, das heißt, die möglichst geregelte und ruhige Ausplünderung des Volkes, von der auch sie profitieren (die Neue Heimat dürfte da nur die Spitze sein). Anstatt Taten folgen zu lassen, wenn Lambsdorff nur sein dreckiges Maul aufreißt, kommen selbst dann nur hohle Proteste, wenn die Vorschläge dieses Kapitalistenknechts in die Tat umgesetzt werden. Wenn den Arbeitern, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Schülern und Studenten das Geld geklaut wird, das anschließend den Unternehmern in den Arsch geschoben wird, damit diese kräftig rationalisieren können.
Die Ausgebeuteten und Angeschmierten, auf deren Rücken der Staat sich sanieren will, will Luze gegen die Atomkraftgegner ins Feld schicken. Die sind ja so brutal gegen unsere Polizisten.
Was er nicht geschrieben hat, ist: Auf der Konrad-Demo [12] Festgenommene mußten, bevor sie auf das MAN-Gelände verschleppt wurden, zwischen den Bullen Spalier laufen (»Spießrutenlaufen«). Das Ergebnis waren Knochenbrüche, Platzwunden und Prellungen. Der Vergleich mit Ländern wie Chile oder Türkei liegt dabei gar nicht mehr so fern. Es fehlt nur noch die Exekution. Was sich da zeigt, ist Faschismus, der sich vorläufig noch an Minderheiten austobt. Wenn wir ihm nichts entgegensetzen, werden in wenigen Jahren streikende Arbeiter ebenso traktiert werden.
Wobei wir klar sagen, daß wir keine Pazifisten sind. Die Gewalt der Unterdrückten ist Gegenwehr, etwas grundsätzlich anderes, als die Gewalt der Unterdrücker, die der Ursprung der Gewalt ist. Die Ideologie der »Gewaltfreiheit« ist Abwiegelei, es ist der Versuch der linken Mittelschicht, möglichst gut über die Runden des sozialen Krieges zu kommen. [...]
RZ in der IG Metall

Aktionen zum Bergarbeiterstreik in Großbritannien (März 85)

Der Streik der britischen Bergarbeiter und ihrer Familien ist zu Ende. Zahllose Überstunden in den Streikbrecherregionen, der nicht abreißende Kohlenachschub aus dem Ausland, das Ende des Winters, die mangelnde Unterstützung aus den Reihen der britischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung, die nackte Not der Menschen in den Zentren der Klassenauseinandersetzung haben die Durchschlagskraft des Streiks ausgehöhlt. Die Aufweichung der Streikfront hat die Kräfteverhältnisse in der NUM verschoben. Mit knapper Mehrheit hat sie ihre Mitglieder zur geschlossenen Rückkehr in die Zechen aufgerufen.
Das bittere Ende dieses Streiks liest sich wie das letzte Kapitel der über 100jährigen Geschichte der alten Arbeiterbewegung. Die weltweite Krisenpolitik des Kapitals der 80er Jahre, die auf die Zersetzung und soziale Auflösung gewachsener proletarischer Lebenszusammenhänge zielt, scheint in eine der letzten Bastionen traditioneller Arbeitermacht vorgedrungen zu sein.
Nirgendwo, in keiner der westlichen Metropolen ist diese Offensive auf so erbitterten Widerstand gestoßen, wie in den Kohlezentren Großbritanniens. Die Bilder aus den Streikgebieten: der Mut und die Kompromißlosigkeit der Streikposten, die Zähigkeit und Kraft der Frauen aus den Unterstützungskomitees, die leidenschaftlichen Debatten in den Gewerkschaftshäusern und Pubs, die Versorgung in den Gemeinschaftsküchen, der Zusammenhalt ganzer Dorfgemeinden, der es erst ermöglicht hat, daß der Streik 12 Monate lang nicht ausgehungert werden konnte - diese faszinierenden Bilder haben vorgeführt, zu was Klassenbewußtsein und Solidarität fähig sind, wenn sie nicht als Spruchblasen im Mund geführt, sondern mit Leben gefüllt werden.
Wenn sich das Blatt jetzt dennoch zugunsten der Thatcher [13]-Regierung und der nationalen Kohlebehörde NCB gewendet hat, so liegt ein maßgeblicher Grund dafür in der Rückendeckung, die sie international erfahren haben, Kohleimporte aus aller Welt haben den Druck entschärft, den ein Produktionsausfall im nationalen Rahmen hätte entfalten können.

Die Totengräber des Bergarbeiterstreiks sitzen auch in der BRD!
Es sind:
der Unternehmerverband Ruhrbergbau, Essen
die Peter Döhle KG, Hamburg,
die Industrie-Gewerkschaft Bergbau und Energie, Bochum.
Die Revolutionäre Zelle hat dort Bomben gelegt, damit sie nicht völlig ungestraft von ihren Streikbrechergeschäften profitieren.
Der Unternehmensverband Ruhrbergbau ist die Lobby der bundesdeutschen Kohleindustrie, die die »Gunst der Stunde« genutzt hat, um die eigenen Halden zu räumen und damit die Löcher zu stopfen, die der Streik gerissen hatte. Während der vergangenen 12 Monate sind die Kohleexporte der BRD nach Großbritannien um 1.000 % gestiegen - eine Entwicklung, die die Ruhrkohle AG unzweideutig »besonderen« Faktoren in den EG-Ländern zuschreibt.
Die Peter Döhle KG betätigt sich als Schiffsmakler. Während der Streikmonate war sie Schaltstelle für die Abwicklung der Kohletransporte nach Großbritannien, die in Hamburg verladen wurden. Ein einträgliches Geschäft, wenn man weiß, daß über die Hälfte der Streikbrecherkohle unter bundesdeutscher Flagge nach England »eingeschmuggelt« wurde.
Die Führung der Industrie-Gewerkschaft Bergbau und Energie hat Almosen für die »Opfer des Streiks« gesammelt, die an der NUM vorbei verteilt wurden und im übrigen den Streik nach Kräften sabotiert. Sie hat gelogen, taktiert und Hetztiraden losgelassen, um die NUM international zu isolieren. Ihr

Selbstverständnis als kapitalistische Ordnungsmacht geht so weit, andere Gewerkschaften zu ruinieren, die sich noch als Klassenorganisation begreifen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Vorbemerkung Kapitel XII

ImmigrantInnen und Flüchtlinge in der BRD

Von 1955 (deutsch-italienischer Anwerbevertrag) bis zum »Anwerbestopp« im Krisenjahr 1973 wurden »GastarbeiterInnen« entsprechend den jeweiligen wirtschaftlichen Bedürfnissen ins Land geholt - bzw. wieder ausgewiesen. Rentabel für die Unternehmen in der BRD sind sie vor allem deshalb, weil sie unter schlechtesten Arbeitsbedingungen und zu niedrigeren Löhnen arbeiteten, soziale Kosten wie Ausbildung etc. nicht von der BRD aufgebracht werden müssen und sie - da oftmals die Aufenthaltserlaubnis einen konkreten Arbeitsplatz gebunden ist - in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden können, sobald für sie kein Bedarf mehr besteht.

Zusätzlich zu den ArbeitsimmigrantInnen reisten bis Mitte der 70er Jahre politische Flüchtlinge, vor allem aus osteuropäischen Ländern ein, die ohne größere Probleme in die BRD integriert wurden.

Mitte der 70er Jahre veränderte sich dann die nationale Zusammensetzung der Flüchtlinge: mehr als 50 % kamen nun aus Krisenregionen der 3. Welt (z.B. aus Sri Lanka, Äthiopien, Libanon). Gleichzeitig sank die Anerkennungsquote rapide; hatte sie zuvor zwischen 15 und 50 % gelegen, sollte sie von nun an die 15 %-Marke nicht mehr überschreiten. Die Armuts- und Kriegsflüchtlinge können die Kriterien, an die eine Anerkennung als Asylberechtigter gebunden sind, wie z.B. die konkrete individuelle Verfolgung durch staatliche Organe, nicht erfüllen.

Ab Anfang der 80er Jahre führten weltweite ökonomische und soziale Veränderungen, die die Existenzgrundlagen vieler Menschen in den Ländern der 3. Welt vernichten, Kriege, Hungerkatastrophen und Krisen zu einer enormen Zunahme der weltweiten Flüchtlingsströme. Nur ca. 5 % dieser Flüchtlinge erreichten - nach offiziellen Statistiken - ein westliches Industrieland.

Die Bundesregierung begann nunmehr - wie auch die Regierungen der anderen westeuropäischen Industriestaaten - die gesetzlichen, administrativen und ideologischen Grundlagen für eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen zu schaffen: das Asylrecht wurde mehrfach verschärft, die Anforderungen für die Anerkennung als politischer Flüchtling wurden teils durch politische, teils durch gerichtliche Entscheidungen hochgesetzt.

Gleichzeitig wurden die Möglichkeiten für flüchtende Menschen, überhaupt bis Europa zu gelangen, durch die Einführung eines Visumszwangs oder auch den mit Hilfe der SPD ausgehandelten Vertrag mit der ehemaligen DDR, die gegen Kredite aus der BRD die Einreise von Flüchtlingen über Ostberlin unterband, einschneidend begrenzt. Auch die sozialen Lebensbedingungen von Asylsuchenden in der BRD wurden »zur Abschreckung« verschärft: auf das bereits 1980 beschlossene zweijährige Arbeitsverbot, die Ausgabe von Sozialhilfe in Form von Sachleistungen, der räumlichen Beschränkung auf eine Stadt bzw. Landkreis folgte die Zwangseinweisung in Lager.

Propagandistisch begleitet wurden diese Maßnahmen von einer rassistischen Hetze der Politiker, Sprachregelungen wie »Asylantenschwemme«, »Wirtschaftsflüchtlinge« etc. wurden mit Hilfe einer willigen Presse etabliert.

Autonome Flüchtlingspolitik

Im Sommer 1986 erreichte die staatlich instrumentalisierte und von den Medien begleitete Kampagne gegen die Flüchtlinge einen Höhepunkt. Zusätzlich zu den bereits länger bestehenden UnterstützerInnenkreisen aus kirchlichen und sozialen Bereichen entstanden autonome Flüchtlingsgruppen und Gruppen aus dem politischen Spektrum der Grün-alternativen Listen in Bremen, Hamburg und Berlin.

Neben praktischen Ansätzen, wie Umtausch von Gutscheinen gegen Bargeld, Sprachkursen etc., Unterstützung von Widerstandsaktionen der Flüchtlinge bis hin zu Fluchthilfe, thematisierten die Gruppen die Fluchtursachen, die weltweiten wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen 1. und 3. Welt und mögliche Formen einer internationalen Solidarität.
In der praktischen Zusammenarbeit mit den Flüchtlingen entstanden allerdings zunehmend Probleme, die die autonomen Flüchtlingsgruppen an Grenzen stoßen ließen.
Nehmen schon die Fluchterfahrungen, die unsichere rechtliche Stellung in der BRD, die permante Konfrontation mit Ausländerbehörden, alltägliche rassistische Übergriffe etc. vielen Flüchtlingen jeglichen Mut zum Widerstand, wurde offensichtlich, daß unter den in die BRD gelangten Flüchtlinge viele der Mittel- oder Oberschicht entstammen (meist sind nur in diesen Schichten die finanziellen Möglichkeit für eine Flucht nach Europa gegeben) und somit die politischen Ziele und Interessen der Flüchtlingen und ihrer linken UnterstützerInnen - jenseits der Forderung nach Aufenthaltsrecht - weit auseinandergehen. Andere Flüchtlinge, z.B. aus der Türkei, aus Kurdistan oder Eritrea bezogen sich in ihrem politischen Handeln vor allem auf den Befreiungskampf in ihrem Heimatland und konnten sich in der BRD auf soziale und politische Strukturen ihrer Landsleute stützen.
Auch die Verhältnisse der Flüchtlinge zueinander, die nationalen oder ethnischen Abgrenzungen und Hierarchisierungen oder das Verhalten männlicher Flüchtlinge gegenüber Frauen widersprach dem Selbstverständnis der UnterstützerInnen. Hinzu kam, daß viele Flüchtlinge aufgrund ihrer tatsächlichen Situation in der BRD eine praktische, auf die einzelnen Personen bezogene Unterstützung brauchen. Dies überfordert zum einen die Kräfte der meisten UnterstützerInnengruppen und kollidiert auch mit dem Anspruch, über »Einzelfallhilfe« hinaus politisch wirksam zu handeln.

Revolutionäre Zellen
begannen 1985 eine Kampagne gegen Rassismus und Sexismus. Zunächst richteten sich ihre Anschläge gegen deutsche Firmen, die mit dem südafrikanischen Apartheit-Regime zusammenarbeiten, um den schwarzen Befreiungskampf als Widerstand gegen eine der schärfsten Formen rassistischer Unterdrückung zu unterstützen.
Ab August 1986 griffen sie Institutionen, die für die staatliche Flüchtlingspolitik verantwortlich sind, an. Ab Ende 1989 konzentrierten sie sich auf die Unterstützung der von Abschiebung bedrohten Roma und Sinti.
Im Revolutionären Zorn Extra von Oktober 86 formulieren sie diese Aktionen als einen Vorschlag an die autonome und sozialrevolutionäre Linke in der BRD, mit der Orientierung an der Flüchtlingsfrage zur »Rückgewinnung eines konkreten Antiimperialismus in der BRD beizutragen«.
Wie die RZ heute schreiben (in »Das Ende unserer Politik«) hofften sie, in dieser Kampagne über die Teilbereichsbewegungen hinaus zur »sozialen Frage« zu kommen, sich einem »möglichen revolutionären Subjekt anzunähern und seine Kämpfe vorwegnehmen zu können« und »in der Verbindung von sozialer Thematik und Flüchtlingskampagne [...] einen neuen Handlungsspielraum für internationale Solidarität in der Metropole selbst zu eröffnen.« Das Scheitern dieses Ansatzes führte bei dieser Gruppe der RZ zu dem Entschluß, ihre bisherige Politik aufzugeben, da sie keine Resonanz erhielten und politisch isoliert blieben. Sie kritisieren an ihrer Kampagne, daß sie bei ihrem Versuch einer Neubestimmung weder die eigene Organisationsform, die bisherigen Methoden noch das linksradikale Milieu als Addressatenkreis in Frage stellten.

Das Diskussionspapier »Was ist das Patriarchat«:
In den Erklärungen zu ihrer Kampagne rücken die RZ zunehmend die schwarzen, die Flüchtlings-, später die Roma-Frauen als durch Rassismus und Sexismus doppelt Unterdrückte in den Vordergrund. In ihren

Positionen spiegelt sich die Diskussion über die Mechanismen der »Triple Oppression«, der dreifachen Unterdrückung durch Kapitalismus, Rassismus und Sexismus wider, die Anfang der 80er Jahre in der Frauenbewegung initiiert, dann aber auch in der autonomen Linken aufgegriffen wurde.
In dem Diskussionspapier »Was ist das Patriarchat« untersuchen die Revolutionären Zellen die Lage der südafrikanischen schwarzen Arbeiterin, die dreifach unterdrückt ist als Schwarze, Frau und Arbeiterin. Das Papier sollte die Grundlage einer Diskussion über Imperialismus und Patriarchat sein, fiel aber - wie sie heute schreiben - internen Spannungen zum Opfer.
Da dieser Text offensichtlich im Kontext der Flüchtlingskampagne der RZ steht, ist er am Ende dieses Kapitels dokumentiert.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich im Buch auf Seite 742 ff.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Aktion gegen die Zahnradfabrik, Friedrichshafen und gegen Daimler, Schwäbisch-Gmünd (Oktober 85)

Wir haben in der Nacht vom 13.10. auf den 14.10.85 den Stromversorgungsmast der Zahnradfabrik Friedrichshafen AG (ZF) und die Niederlassung von Daimler Benz in Schwäbisch-Gmünd mit Sprengsätzen angegriffen.
Daimler Benz - nach der Übernahme von MTU und Dornier mit einem für 1985 angepeilten Umsatz von über 50 Milliarden DM wohl der zweitgrößte Rüstungskonzern nach Siemens - ist schon lang eine der wichtigsten Stützen des faschistischen Systems der Republik Südafrika (RSA):
Schon 1972 reiste der Chef der südafrikanischen Streitkräfte, General Hienstra, auf Kosten der Firma quer durch die BRD anlässlich eines Abschlusses eines beträchtlichen Unimog-Geschäfts. Die Zahlen sind gängig: weit über 6.000 dieser Fahrzeuge wurden bis heute verschifft, zum Teil direkt ab Werk Gaggenau - versehen mit Tarnbeleuchtung, infrarotabweisender Lackierung, schußsicheren Führerhauben, Waffenhalterungen für Maschinengewehre und Raketen.
Direkt vor Ort in East-London/Pretoria produziert die Mercedes Benz of South Africa samt ihrer 13 Tochtergesellschaften Motoren und sog. Nutzfahrzeuge, zu 50,1 % im Besitz von Daimler Benz; 23,4 % gehören der schweizerischen Ernst-Göhner-Stiftung, 26,5 % der südafrikanischen Volkskas. Aus strategischen Gründen ist ein anderer Motorenhersteller als Daimler Benz in der RSA nicht zugelassen.
Der heutige Kriegsminister General Malan erklärte das anlässlich der Volkskas-Jahresversammlung im August 1980 so: »Total strategy heißt, daß jedes Mittel des Staates eine Waffe wird. Es handelt sich um eine Schlacht, in der der Soldat in den Hindergrund rückt. Aber der Geschäftsmann, der Diplomat, der Wirtschaftswissenschaftler, der Industriemanager, der Psychologe etc. rücken in den Brennpunkt der Szene. Ebenso sind Diplomatie, Industrie, Handel und Technologie Waffen geworden. Dabei ist die Wirtschaft eines der Hauptschlachtfelder ...«
Im Zuge der staatlichen Koordination dieser Terrormaschinerie, gestützt auf das national supplies procurement nr. 89, wonach das südafrikanische Kriegsministerium jederzeit die Möglichkeit hat, zivile Betriebe »wenn es für die Sicherheit des Landes notwendig ist« auf Rüstungsproduktion zu verpflichten, hat also Daimler Benz das Monopol auf die Motorenproduktion, mit der z.B. 1978 300 Fahrzeuge zum Einfall nach Namibia ausgestattet wurden - Motoren, die sämtliche Jeeps der Army antreiben oder die bei Atlantic Diesel Engines S.A. in Lizenz für gepanzerte Mannschaftswagen, Panzer und Kampfschiffe gebaut werden.
Nur, »verpflichtet« werden zu dieser Produktion mußte Daimler Benz nie! Für den Profit läßt der Konzern in der RSA 5.400 Arbeiter schwitzen, davon 3.000 Schwarze. Und wenn die Wirtschaft des Landes im Niedergang begriffen ist, dann werden auch mal einige von ihnen auf die Straße gesetzt - wie geschehen Anfang dieses Jahres, als 280 schwarze Arbeiter abtransportiert wurden. Erst 1981, durch den Druck interner Fabrikkämpfe und zunehmender internationaler Solidarisierung verzichtete die Firma, die hierzulande viel auf ihre freiwilligen Sozialleistungen und humane Arbeitsplatzgestaltung gibt, auf die räumliche Aufteilung der Kantinen, Duschen usw. für Schwarze und Weiße. Bis dahin wurden für Schwarze Löhne nur knapp über dem Existenzminimum gezahlt, gewerkschaftliche Betätigung für Schwarze war generell verboten, Aufstiegschancen und Bildungseinrichtungen existierten nur für Weiße. Wenn sich das geändert hat, dann ist es Resultat der Klassenkämpfe, sicher aber nicht Auswirkung dieser dreckigen Unternehmerphilosophie!
Abgerundet wird das Bild mit den Aktivitäten der Tochter MTU, die mit Motoren für Minenkampf- und Raketenschnellboote sowie mit C-160-Transall-Triebwerken die Marine und Luftwaffe der RSA-Army versorgt.

Doch was wären alle diese verdammten Motoren ohne die Technik und das Know-How der Zahnradfabrik Friedrichshafen AG (ZF), Europas größtem Getriebehersteller! In den meisten Militärfahrzeugen arbeiten ZF-Getriebe und -Lenkungen. ZF liefert Lizenzen, Konstruktionspläne und Kapital für den Aufbau eines neuen Unternehmens in der RSA, der »AS - transmissions and steerings«, die zur Zeit durch Ausbau der Maschinenfabrik Sandock-Austral (Herstellung von gepanzerten Fahrzeugen, Schiffen und Spezialgetrieben) entsteht, um als Direktzulieferer der Atlantic Diesel Engines-Motoren zu fungieren. Und das über alles Geschwätz von Boykott, Sanktion usw. hinweg.
Die Kooperation zweier deutscher Rüstungskonzerne, Daimler Benz und ZF unter den Fittichen der südafrikanischen Army zur Stützung eines faschistischen Systems, dem das international kämpfende Proletariat den Krieg erklärt hat!

Die gegenwärtigen Kämpfe der schwarzen Mehrheit gegen das weiße Rassistenregime sind im Kern Klassenkämpfe. Sie richten sich gegen die weiße Bourgeoisie und das internationale Kapital, die beide die Apartheid als politisches System zur Durchsetzung ihrer Herrschaft benutzen. Hunger, Entrechtung der schwarzen Arbeiter, Verbot der meisten ihrer Gewerkschaften, Verhaftung, Folter und Mord bei Zuwiderhandlung - das ist bis heute die »gesicherte Rechtsordnung«, die das westdeutsche Kapital so bejubelt. Die höchsten Profitraten der Welt, d.h. höchste Ausbeutung der Arbeiter bei niedrigsten Löhnen, das ist die eigentliche Funktion der Apartheid, der spezifischen Verknüpfung von Rassismus und kapitalistischer Produktionsweise.
Außerdem gilt die RSA als klassisches Rohstoffland im südlichen Afrika mit großen Vorkommen an strategischen Mineralien wie Chrom, Mangan, Asbest sowie Gold und Uran, die fast ausschließlich durch transnationale Konzerne kontrolliert sind.
Zur Absicherung der imperialistischen Interessen wurde die südafrikanische Armee mit modernsten Waffen und Geräten ausgestattet und in die NATO-Strategie integriert. Die RSA besitzt die stärkste Armee in Afrika und stellt durch die Besetzung Namibias [1] und militärische Aggressionen gegen die Nachbarländer auch eine ständige Bedrohung für die Völker in Angola und Mozambique dar. Die RSA hat für den Süden Afrikas dieselbe Funktion als Ordnungsmacht wie Israel im Nahen Osten. Mit dieser Armee und durch ökonomischen Druck hält die RSA die Märkte des südlichen Afrikas offen für die Ausplünderungsabsichten der westlichen Industrienationen.
Die Verbrechen, die die Rassisten aus Pretoria im südlichen Afrika begehen, sind nicht die Verbrechen eines isolierten, selbständigen Regimes. Für jegliche Ausbeutung, jegliche Unterdrückung, jeden Toten im Befreiungskrieg zeichnen die britischen, amerikanischen und westdeutschen Imperialisten verantwortlich.
Allein die Bundesregierung vergibt Steuergeschenke in Millionenhöhe an Firmen, die in der RSA tätig sind.
Bundesdeutsche Banken unterstützen das Regime durch Milliardenkredite und sind gerade jetzt nach nach dem Teil-Rückzug [2] anderer imperialistischer Länder zu einer der wichtigsten Stützen der Rassisten geworden. Die BRD, deren ungebrochene faschistische Tradition erst kürzlich die Ermordung von Günter Sare [3] zu verantworten hatte, ist inzwischen noch vor den USA zum wichtigsten Lieferland für die rassistische RSA avanciert! [...]

Anschlag gegen Brüggemann & Brandt, Hagen und Mercedes Lueg, Bochum (Dezember 85)

Burn, Baby, Burn [4]

Südafrika 1985: tägliche Zusammenstöße mit der Polizei, Verwundete und Erschossene, Tausende von Internierten, zuletzt auch Hinrichtungen.

Und dennoch ein Jahr der Hoffnung, dort, aber auch für uns. Hoffnung auf eine breite, vor allem von Jugendlichen getragene Bewegung, die nicht um den Abfall vom Tisch der weißen Herren kämpft, sondern in einer Mischung aus schwarzem Selbstbewußtsein, krimineller Aneignung und militanter politischer Praxis in den Straßen, das Überleben im Ghetto: das war ein Funke, der auch in den afro-karibischen [5] Revolten in den englischen Slums gezündet hat. »Auch hier ist Südafrika« war zu hören, als im Sommer vor den geplünderten, brennenden Läden getanzt wurde. Hoffnung auf Südafrika, weil die innere Reform, die Modernisierung des Rassismus bisher nicht funktioniert hat.

Mit Reformgesten war das Botha-Regime angetreten, die schwarzen Gewerkschaften wurden legalisiert, die blutige Fassade, die altmodisch stinkende Apartheid sollte übertüncht werden. Und dennoch eine Explosion der Kämpfe, kompromißlos wie nie zuvor: gegen die Hungerpolitik, gegen die Zwangsmobilisierung der Arbeiter, gegen die Umsiedlung und Zerstörung der schwarzen Gemeinschaften, gegen das militärische Kommando über die Minen, gegen die schwarzen Kollaborateure.

Und dann wird der Alptraum der Buren erstmals wahr: die schwarzen Hungerleider dringen nicht als Bittsteller oder Arbeitstiere, sondern in einem Rausch der Zerstörung in die weißen Sicherheitszonen und Wohnviertel ein, wo nicht nur Scherben, sondern der Mythos der weißen Unberührbarkeit zerschlagen wird. Hoffnung auf Südafrika, weil damit nicht nur die Segregation, die Parkbänke für schwarz und weiß, die Rassengesetze zum Thema wurden, sondern der Kampf um die Existenz, um Lebensmittel, Wohnen, Gesundheitsversorgung im kompromißlosen Angriff auf die weißen, imperialistischen Inseln. Das löste das Alarmsignal in den USA, in Europa, in den Zentralen der Multis aus, denn im Verhältnis zwischen dem schwarzen Land und den städtischen weißen Inseln bildet sich nichts anderes ab, als das Verhältnis von Metropolen und »3. Welt«, nur eben - das ist das persönliche Pech der Buren - in der Reichweite von Steinen und Gewehren.

Befreiung, das ist nicht mehr nur das Ende der Apartheid, die Erhöhung der Mindestlöhne. Befreiung, das wird mehr sein, als bei den Geheimverhandlungen zwischen ANC und südafrikanischen Kapitalisten Konsens war.

Dennoch wird dieser Kampf noch lange dauern. Das Regime ist bemerkenswert stabil, es wird nicht nur von aussen gestützt, sondern von Millionen entschlossener, bis an die Zähne bewaffneter Weisser getragen. In diesem Jahr der heftigen internen Kämpfe ist es der südafrikanischen Armee gelungen, den eigenen Einfluß und Operationsbereich auf die gesamte südliche Hemisphäre Afrikas auszudehnen, auf Namibia, Angola, Lesotho, Mozambique. Anders als die imperialistische Solidarität war die der westdeutschen Linken immer schwach, halbherzig, bestenfalls konjunkturell. So löste z.B. die provokative Hinrichtung schwarzer Widerstandskämpfer vor wenigen Wochen nicht die geringste Reaktion aus, mit der Demo-Pflichtübung [6] in Bonn wurde sich vorab schon Absolution erteilt.

Politisch, kulturell waren der westdeutschen Linken die Lateinamerikaner, die Palästinenser, die Iraner stets näher - das ist unser kleiner Rassismus.

Die praktische Solidaritätsarbeit ist deshalb auch getragen und bestimmt gewesen von kirchlichen Gruppierungen. Ihr Verdienst war es, den südafrikanischen Rassismus zum politischen Thema gemacht zu haben, aber ohne jedes Interesse an einer Radikalisierung eigener Aktionsformen oder der

Wahrnehmung des südafrikanischen Widerstandes über den Kampf gegen die Apartheid, gegen den stiernackigen Rassismus hinaus.
Im Insistieren auf Anti-Apartheid war diese und auch unsere Solidarität nicht anders als die Kehrseite der jämmerlichen Hungerhilfe, nicht einmal Brot für die Welt [7], nur gute Worte.
Unser Thema sind aber nicht Desinvestment [8], Mindestlöhne, ein antirassistischer Verhaltenskodex oder das Verstecken der Krüger-Rands [9] in die hinteren Schubladen: wir wollen die fast 150 westdeutschen Multis, die den südafrikanischen Subkontinent an die Ausbeutungs- und Kapitalströme der Metropolen ankoppeln, nicht zu einer fairen Geschäftspolitik anhalten. Sie sind als Teil einer weltweiten imperialistischen Ausbeutungsstruktur hier wie dort anzugreifen.
Nicht nur in ihren Glaspalästen und Computerzentralen, auch in der Verbindung mit »unseren Schwarzen«, den ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern, den Asylbewerber/innen.
Das war unsere Absicht bei den Besuchen, die wir der Firma Brüggemann und Brandt in Wengern bei Hagen und der Firma Mercedes Lueg in Bochum-Wattenscheidt abgestattet haben.
Beide Firmen sind mit ihren Tochterunternehmen unmittelbar an der militärischen Ausrüstung der südafrikanischen Armee beteiligt, Brüggemann und Brandt mit Fallschirmen und Luftladegeräten, Daimler Benz mit Lastkraftwagen und Geländefahrzeugen.
Solidarität.
Das darf nicht nur Feuer in unseren Herzen sein, das müssen Feuersbrünste in ihren Produktionshallen, unter ihrer Konsumscheiße werden.

Sprengsatz gegen Daimler Benz, Wuppertal (Januar 86)

Wir haben in der Nacht vom 12. auf den 13.1.86 die Daimler Benz-Vertretung in Wuppertal mit einem Sprengsatz angegriffen.
Die Daimler Benz AG - kürzlich durch die Übernahme der AEG zum größten BRD-Konzern aufgestiegen - spielt innerhalb des Zentralisationsprozesses des BRD-Kapitals eine Vorreiterrolle.
Die weltweit stattfindende Kapitalkonzentration setzt auf Monopolbildung in strategisch wichtigen Produktionsbereichen. Strategisch wichtig sind für die kapitalistischen Ökonomien:
a) Investitionen, die unter den gegebenen Bedingungen eine Profitmaximierung versprechen und
b) perspektivisch den Weg für eine Kapital- und Machtzusammenballung ebnen.
Gegenwärtig sind da vor allem die Hochtechnologiebereiche zu nennen: Mikroelektronik, Informations- und Kommunikationstechnologien, Gentechnologie. Daimler Benz (durch Direktbeteiligung - 25 % - und Depotstimmrecht vorwiegend durch die Deutsche Bank beherrscht) setzt in ihrer Produktdiversifizierung und Investitionspolitik in zunehmendem Maße auf die Rüstungsproduktion, die kontinuierlich durch technologische Innovationen steigende Gewinne garantiert. Dornier [10] und AEG, die Daimler Benz den Titel »größter Rüstungsproduzent der BRD« einbrachten, garantieren dem Konzern zugleich eine Beteiligung am SDI-Projekt.
Daimler Benz - im innerimperialistischen Konkurrenzkampf zur zentralen Machtfigur des BRD-Kapitals gewachsen, nutzt ihre durch Kapitalzusammenballung gestiegene politische Macht skrupellos aus, ohne auf größeren Widerstand zu stoßen, wie sich kürzlich in der 150 Millionen DM-Investition in ein

Tochterunternehmen in Südafrika zeigte. Durch diese Kapitalverlagerung wird auch deutlich, daß das Apartheid-System in Südafrika seinen rassistischen Krieg gegen das Volk nicht allein führt. Es ist lediglich Teil der imperialistischen Gesamtstrategie, die darauf abzielt, günstige Investitionsbedingungen weltweit durchzusetzen bzw. zu erhalten.
Das BRD-Kapital wird immer mehr zum wichtigsten Stützpfeiler der südafrikanischen Wirtschaft und damit gleichzeitig auch der Apartheid.
Daimler Benz ist an dieser Stützfunktion in doppelter Weise beteiligt:
1. durch direkte Investitionen (Produktionsstätten in Pretoria, Kapstadt, East-London),
2. durch die Lieferung von Militärlastwagen, Zugmaschinen und Unimogs an das Botha-Regime.
Wir begreifen unsere Aktion als Solidarität mit dem revolutionären Befreiungskampf der Schwarzen in Südafrika. Dieser Befreiungskampf kann nur erfolgreich sein, wenn die verschiedenen politischen Strömungen des südafrikanischen Widerstands eine gemeinsame Front bilden. Diese Einheit ist Bedingung für die Umkehrung der Machtverhältnisse zugunsten des Volkes. Deshalb wäre es auch falsch, aus unserem Metropolenblickwinkel heraus einer möglichen Spaltung Vorschub zu leisten und die verschiedenen Widerstandsbewegungen - genannt seien an dieser Stelle nur die Volksorganisationen ANC, AZAPO, PAC - in gut und böse, falsch und richtig, revolutionär und reformistisch einzuteilen.
Der seit Jahrzehnten andauernde imperialistische Krieg der Rassisten und des westlichen Kapitals gegen das Volk von Südafrika ist in den letzten Monaten in eine neue Phase eingetreten. Zunehmender Widerstand der Unterdrückten und Ausgebeuteten und die brutale Reaktion des Repressionsapparates führte zu einer Eskalation der Kämpfe, in denen allein im Jahr 1985 über 1.000 Schwarze ermordet wurden.
Angesichts dieser Situation sind die schwachen und halbherzigen Solidaritätsbekundungen der BRD-Linken ein unerträglicher Zustand.
Kämpfende Revolutionäre in den Metropolen sind Teil einer internationalen Front gegen den Imperialismus.
Es bleibt eine Tatsache, daß erfolgreiche Befreiungskämpfe in der 3. Welt (Vietnam, Nicaragua) auch in den Metropolen ihre Wirkung erzielen. Bedingung für eine politisch effiziente Solidarität, die über gut gemeinte Absichtserklärungen hinausgeht, ist ein starkes revolutionäres Widerstandspotential. Der Kampf gegen den Imperialismus in den Metropolenländern entwickelt sich erst an den Bedingungen, die hier die Lebens- und Arbeitsbedingungen prägen, zu seiner eigentlichen Schärfe. Nur ein klassenbewußter Kampf, der den imperialistischen Angriff auf die Menschen hier aufzeigt, kann perspektivisch gesellschaftliche Gegenmacht gegen die Herrschaft des Geldes und der weißen Männer über den Rest der Welt entwickeln.
Das ist wesentlicher Bestandteil einer revolutionären Bewegung im Kampf gegen den heutigen Imperialismus - sich auf die weltweiten Befreiungskämpfe zu beziehen, deren positive Wechselwirkung allen revolutionären Prozessen neue Kraft gibt.
Die aktuellsten Beispiele für diese Wechselwirkung sind die Kämpfe der Unterklassen in Südafrika und die fast gleichzeitig stattfindenden Ghettoaufstände in den englischen Städten Tottenham, Brixton usw. »Copycat-Aufstände« nannte der britische Innenminister die Unruhen in Tottenham, womit er meinte, daß die Klassenauseinandersetzungen in den englischen Slums als Reaktion auf die ausführliche Berichterstattung der britischen Medien über die Unruhen in Südafrika verstanden werden müßten.
Orientierungspunkt für die westeuropäischen revolutionären Bewegungen kann allerdings nicht nur der Befreiungskampf der Völker der 3.Welt sein, auch wenn er in der Regel weiter entwickelt ist. Ausgehend von den Verhältnissen hier in den imperialistischen Zentren und aufbauend auf den Widersprüchen einer kapitalistischen Metropolengesellschaft, die Entwicklung eines breiten militanten Widerstandspotentials voranzutreiben, ist die primäre Aufgabe der Revolutionäre in der momentanen Phase des

Klassenkampfes.
Diese Zielsetzung beruht auf dem Bewußtsein, daß
a) eine Befreiung von den kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen sich weltweit nur durchsetzen läßt, wenn an verschiedenen Abschnitten der Feind gleichzeitig angegriffen wird und
b) eine Verbreiterung und Verankerung des revolutionären Widerstands in der BRD-Gesellschaft sich am ehesten über einen Angriff auf die systemspezifischen Produktions- und Lebensverhältnise durchsetzen läßt.
Aktuelle Angriffspunkte wären z.B. die Projekte in der Gentechnologie - Züchtung von Hochertragssorten in der Pflanzenforschung, die die Abhängigkeit der 3.Welt auf Dauer zementieren soll, Zugriff auf die Frauenkörper oder die Weiterentwicklung der Mikroelektronik, die durch profitorientierte Produktionsweise Arbeitslosigkeit und Verelendung hervorruft, sowie den staatlichen Überwachungs- und Repressionsapparat vervollkommnet.
Eine sozialrevolutionäre Linie zu entwickeln heißt momentan, kontinuierlich den Widerstand unter anderem zu den genannten Sektoren voranzutreiben, wobei man/frau sich nicht der Verpflichtung gegenüber den Befreiungskämpfen in der 3. Welt entziehen kann.
Freiheit für Nelson Mandela [11] und alle gefangenen Kämpfer/innen des südafrikanischen Widerstands!
Liebe und Kraft dem südafrikanischen Volk!

Aktion gegen Firma REWE, Wesel (November 87)

Auch REWE verdient an der Unterdrückung der schwarzen Frauen!
Weltweit bestimmten frühkapitalistische Ausbeutungsverhältnisse das Bild in den Weltmarktfabriken, den Außenstellen der Multis oder den riesigen Agrarplantagen. Immer wieder sind es die Frauen, die diese Unterdrückung doppelt und dreifach ertragen müssen.
Eines der gravierendsten Beispiele dafür ist die Obst-, Gemüse- und Konservenproduktion in Südafrika. Die Früchte, die in den Zeitungsannoncen der hiesigen Supermarktketten als Sonderangebot offeriert werden, sind das Produkt von Frauenarbeit, unter Bedingungen, die die gesamte Breite der kapitalistischen und sexistischen Unterdrückung darstellen:
Durch die Technisierung der Anbaumethoden und den dadurch verringerten Arbeitskräftebedarf haben Arbeiterinnen meist nur noch den Status von Saisonarbeiterinnen oder Tagelöhnerinnen; gleichzeitig haben sie auch die gesundheitlichen Folgen der Kapitalisierung der Landwirtschaft - die durch Pestizid- [12] und Kunstdüngereinsatz entstehenden Krankheiten - zu tragen. Sie werden für die gleiche Arbeit weit geringer entlohnt als die Männer, wenn sie überhaupt Geld erhalten und nicht in Naturalien (z.B. Trauben oder Tomaten) »ausgezahlt« werden. Sie arbeiten durchschnittlich 60 bis 70 Stunden in der Woche, ohne Arbeitszeitbegrenzung oder Überstundenentlohnung, wobei oft auch noch die Kinder umsonst mitarbeiten müssen, da die Mütter nicht wissen, wo sie den Nachwuchs während der Arbeit lassen sollen.
Frauen werden durch die Paßgesetze gezwungen, ihr Leben lang auf Farmen zu arbeiten, während die Gesetze auf der anderen Seite weder Sozialleistungen noch Mutterschaftsurlaub vorsehen. Darüberhinaus sind sie der alltäglichen Gewalt der weißen Vorarbeiter ausgesetzt, wobei selbst die Tatsache, daß Südafrika die weltweit höchste Vergewaltigungsquote hat, wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs

des permanenten Gewaltverhältnisses sichtbar werden läßt.
Wenn die Landwirtschaft im Staat der Buren auch eines der augenfälligsten Beispiele für die Unterdrückung der Frauen ist, so erschöpft sie sich darin noch lange nicht. Für Frauen heißt es seit dem Bestehen des rassistischen Systems, dreifach unterdrückt zu sein und dagegen zu kämpfen:
Als Schwarze unterliegen sie der gesamten rassistischen Unterdrückung durch die selbsternannte weiße Herrenrasse;
* als Teil der schwarzen Unterklassen werden sie in den miesesten Jobs mit den schlechtesten Löhnen ausgebeutet und vernutzt
* und als schwarze Frauen sind sie aufgrund ihres Geschlechts immer mit Männergewalt und -herrschaft konfrontiert.
Konkret bedeutet dies für schwarze Frauen u.a.:
* daß sie als »Minderjährige« lebenslänglich unter der Vormundschaft ihrer männlichen Verwandten stehen,
* daß sie bei einem Tod des Mannes ihr Wohn- und Landrecht verlieren,
* daß durch die Praxis der Wanderarbeit die Familien zerrüttet sind und Frauen meist allein die Verantwortung für Kinder und Lebensunterhalt haben,
* und daß sie einer rassistischen Bevölkerungspolitik ausgesetzt sind, die durch Zwangssterilisation und Drei-Monats-Spritzen versucht, den Anteil der schwarzen Bevölkerung zu senken.

Gleichzeitig bilden Frauen die Grundlage jeglichen Widerstandes, was nur allzuoft übersehen wird. Sie schaffen erst die Bedingungen, die in den überfüllten Slums der Townships oder den vertrockneten Homelands das Überleben sichern. Sie organisieren den Widerstand gegen Umsiedlungen und Mietpreiserhöhungen und protestieren in Form von Boykotten und Überfällen auf Großhändler gegen Wucher und Kollaboration. Sie machen die großen Streiks - wie kürzlich die der Daimler-Arbeiter und der Bergleute - erst möglich, weil sie durch ihre Arbeit und ihre Organisation die ohne Streikgeld zurückkommenden Wanderarbeiter versorgen. Genauso kämpfen Frauen in den militanten Gruppen der Townships oder der Guerilla.
Diesem Kampf der Frauen gehört unsere Solidarität, nicht nur in Zeiten der tagespolitischen Aktualität. Es geht um internationale Solidarität jenseits von Konjunkturen und politischer Mode. Und es geht darum, die Multis und Konzerne, die als Teil einer weltweiten imperialistischen Ausbeutungsstruktur das rassistische Regime stützen, anzugreifen.
Der ehemalige Premierminister von SA Vorster hat 1972 geäußert: »Jeder Kauf eines südafrikanischen Produkts ist ein neuer Baustein für die Mauer unseres Fortbestehens.« Darauf antworteten kirchliche Frauengruppen, deren Verdienst es ist, seit Jahren den Boykott südafrikanische Waren zu propagieren, daß sie nicht an dieser Mauer mitbauen wollten, da diese auf Apartheid gründe.
Wir wollen diese Mauer zerstören. Uns geht es nicht um halbherzige Sanktionen oder wortgewaltige Stellungnahmen. Wir wollen, daß die Waren aus den Regalen verschwinden.
Aus diesem Grund waren wir am 31.10.1987 in der Weseler Niederlassung der REWE-Gruppe. REWE ist eine diese Warenhausketten, die letztlich von der Ausbeutung der schwarzen Frauen profitieren. In über 7.000 Geschäften dieser Gruppe [...] werden täglich Obst und Gemüse sowie Konserven aus Südafrika verschachert. REWE verkauft nicht nur im Einzelhandel, sondern beliefert auch in großem Umfang Großverbraucher wie Kantinen, Krankenhäuser und Großküchen. Bezeichnend für den Profit aus dem Geschäft mit südafrikanischem Obst und Gemüse, welches selbst nach einem Transport über zehntausende von Kilometern und den damit verbundenen Frachtkosten hier noch »konkurrenzfähig« sein kann, ist ein Satz aus einer Konzernmitteilung 1986. »...verzeichnen die Spezialgroßhandlungen (Obst, Gemüse, Großverbraucher) außerordentlich gute Ergebnisse.«

Solidarität mit dem Befreiungskampf der schwarzen Frauen und Männer in Südafrika!

Aktion gegen die Transportfirma Olff & Sohn, Hamburg (April 88)

Solidarität mit dem Volksaufstand im besetzten Palästina! [13]
Solidarität mit dem Freiheitskampf in Azania! [14]
Was in diesen Tagen in der Weltöffentlichkeit als brutaler Umgang der Israelis mit dem sogenannten »palästinensischen Flüchtlingsproblem« gezeigt wird, ist in Wirklichkeit die direkte Konfrontation zwischen dem unterdrückten und ausgebeuteten palästinensischen Volk und der zionistischen Bevölkerungspolitik, zwischen dem kämpferischen antikolonialen und antiimperialistischen palästinensischen Proletariat und den arabischen Bourgeoisien in Kooperation mit dem Zionismus. Es geht heute um mehr im Nahen Osten als nur um regional begrenzte Kriege (Palästina, Libanon, Kurdistan, Golfkrieg): langanhaltender bewaffneter Volks- und Klassenkrieg gegen Durchsetzung einer neuen imperialistischen Ordnung. Als Reservoirs für billige Arbeitskräfte erfüllen die sogenannten »besetzten Gebiete« in Palästina dieselbe Aufgabe wie die sogenannten »Homelands« in Südafrika. Es ist kein Zufall, daß die beiden Apartheid-Regimes in Israel und Südafrika eng miteinander zusammenarbeiten: Entwicklung und Herstellung gemeinsamer Waffen; Destabilisierung von fortschrittlichen Ländern in Afrika, Terrorisierung und Liquidierung von afrikanischen Freiheitskämpfer/innen. Neben dem Schutz des Regimes in Pretoria vor Umsturz und der Hilfe zur Umgehung von Sanktionen sind die zionistischen subversiven Aktivitäten in Afrika Teil der imperialistischen Strategie zur Unterwerfung afrikanischer Länder unter kapitalistische Interessen und zur Niederschlagung revolutionärer Befreiungsbewegungen. Inzwischen hat der Freiheitskampf unserer Schwestern und Brüder in Südafrika und Palästina gegen Rassismus, Kolonialismus und Imperialismus einen neuen Aufschwung erfahren. Seit Anfang Dezember 1987 hat sich der Widerstand des palästinensischen Volkes - hundertausende Jugendliche und Frauen voran - zu einem breiten Volksaufstand entwickelt. Revolutionärer Internationalismus in den Metropolen muß da praktisch werden, wo neben den Streiks der umfassende ökonomische und politische Boykott gegen Israel und Südafrika zur Waffe werden kann - und hier bei uns vor Ort die Konzerne ihre Geschäfte weiterführen. Hamburg ist der zentrale Importhafen für Früchte aus Südafrika und Israel. In der Oberhafenstraße beim Fruchthof liegt die Verwaltungszentrale der wichtigsten Firmen des internationalen Früchtegeschäfts. Exemplarisch zu nennen ist die SCIPIO-Tochtergesellschaft OLFF & SOHN als Generalagent für südafrikanisches und israelisches Obst, die zugleich den Umschlag und Transport der Ware mitorganisiert und damit zu führenden Partnern der beiden Regimes wird. Wir haben uns bemüht, daß Feuer und Flamme Zugang in die Verwaltungszentrale finden.
Den antiimperialistischen Kampf in den drei Kontinenten aufgreifen und in das »Herz der Bestie« tragen!
Die Widersprüche hier zur Explosion bringen!
Thaura hat al Nassr - Revolution bis zum Sieg!
Asijiki! - Wir werden nicht zurückweichen!

Anmerkungen zu Kapitel 12:

1. Besetzung Namibias

Ab 1920 »Mandatsgebiet« durch den Völkerbund; Anerkennung des »Mandats« durch die UNO 1966; Ende der Besetzung - bis auf Walvis Bay nach den Wahlen vom 7.11.1989, aus der die SWAPO als stärkste Kraft hervorging.

2. Rückzug aus Südafrika

Aufgrund weltweiter Kampagnen von radikalen und kirchlichen Organisationen bis hin zur UNO kommt es zum Rückzug verschiedener Konzerne, wie z.B. Exxon; 1985 begannen in den USA Kampagnen gegen General Motors, Mobil Oil u.a.

3. Günter Saré

Am 28. September 1985 wird anläßlich einer Demonstration gegen eine NPD-Kundgebung in Frankfurt Günter Saré von einem Wasserwerfer überrollt und getötet.
Literatur: Bunte Hilfe Frankfurt: *»Unterstützen Sie die Einsatzkräfte im Kreuzungsbereich...«.* Eine Dokumentation in Zusammenhang mit den Ereignissen nach dem Tod von Günter Saré in Frankfurt. Frankfurt: Selbstverlag, 1985

4. Burn, Baby, Burn

Nach dem Ghettoaufstand von Newark (New Jersey, USA) im Jahre 1967 wurde von Rap Brown (Führer der schwarzen StudentInnen-Organisation SNCC) diese Parole verkündet.
Literatur: *Burn Baby Burn.* Die schwarze Revolte. Hrsg. v. Edward Reavis. Darmstadt: Melzer Verlag, 1968

5. afrokaribische Revolten in den englischen Slums

1985 u.a.: Toxteth (Juli, August, September, Oktober); Brixton (September); Nottinghill (August)
Literatur: Frank Düvell: *England.* Krise, Rassismus, Widerstand. Berlin/Göttingen: Verlag Schwarze Risse/Rote Straße, 1992

6. Demo-Pflichtübung in Bonn

Südafrika-Demo in Bonn 1985.

7. Brot für die Welt

Spendensammlung der Evangelischen Kirche.

8. Disinvestment

Kapitalabzug

9. Krüger-Rands

Südafrikanische Goldwährung

10. Dornier

Luft- und Raumfahrtkonzern

11. Nelson Mandela

Nach dem Massaker von Sharpville 1960 und dem Verbot von ANC und PAC wurde Mandela 1964 zu lebenslanger Haft verurteilt; am 16.2.1990 wurde er freigelassen.
Literatur: Fatima Meer: *Stimme der Hoffnung.* Nelson Mandela. Bonn: J.H.W. Dietz Verlag, 1990

12. Pestizid

Unkrautvernichtungsmittel

13. Palästina

Beginn des Volksaufstandes (Intifada) im April 1987 im Gaza-Streifen, ab November 1987 in der Westbank.
Literatur: Alexander Flores: *Intifada.* Aufstand der Palästinenser. Berlin: Rotbuch Verlag, 1988
Literatur: Blätter des iz3w: *Intifada.* Der Aufstand. Freiburg: iz3w, 1988 (Nr.150)
Literatur: KB, Straßenmedizin (Hg.): *Zwei Jahre Intifada.* Vorgeschichte, Verlauf und Perspektiven des palästinensischen Aufstands. Hamburg: Satz- und Verlagskooperative, 1989

14. Azania

»Südafrika«

15. Parlamentarischer Rat

Delegierte der westdeutschen Länderparlamente arbeiteten 1948 das Grundgesetz aus.

16. Volkszählung

Die Volkszählung fand im Jahre 1987 statt.

17. Ex-GSG-9ler

Angehörige der 1972 nach der Olympiade gegründeten Bundesgrenzschutz-Sondereinheit.

18. Lummer, Heinrich

CDU; ehemaliger Berliner Innensenator von 1981-1986.

19. Heydrich, Reinhard

1904-1942; Leiter des Reichssicherheitshauptamtes; zentrale Figur bei der sogenannten Endlösung, d.h. des Völkermordes an den Jüdinnen und Juden in Konzentrations- und Vernichtungslagern. Im Mai 1942 in Prag bei einem Attentat tödlich verletzt.

20. Augustastraße

Mehrere Männer setzen aus Protest gegen die Bedingungen im Berliner Gefängnis und gegen die bevorstehende Abschiebung ihre Zelle in Brand und kommen dabei ums Leben.

21. Potemkische Dörfer

Nach Fürst Potemkin (Potjomkin); Bezeichnung für von Potemkin rasch aufgebaute Dorfattrapen, die Zarin Katharina II auf ihrer Krimreise 1787 über den wahren Zustand des Landes hinwegtäuschen sollten. Heutzutage: Blendwerk, leerer Schein.

22. DDR-Deal

Abschottung der DDR-Grenzen gegen Devisen ab 1987, insbesondere der Flughafen Berlin-Schönefeld; richtete sich hauptsächlich gegen tamilische Flüchtlinge.

23. furchtbarer Jurist

Läßt sich von der faschistischen Vergangenheit von Teilen der bundesdeutschen Justiz ableiten; ein bekanntes Beispiel ist der ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Filbinger, der 1978 wegen seiner Funktion als Marinerichter im Nationalsozialismus zurücktreten mußte.
Literatur: Ingo Müller: *Furchtbare Juristen.* Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz. München: Knaur Verlag, 1989

24. Peter Lorenz

Nach seiner Entlassung aus dem »Volksgefängnis« der Bewegung 2. Juni war Peter Lorenz' politische Karriere weitgehend beendet.

25. Braunmühl, Gerold

Am 10.10.1986 wird der Leiter der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes von der RAF erschossen.
Zur Diskussion vgl. u.a.:
Literatur: Klaus Jünschke: Offener Brief an die Genossinnen und Genossen der RAF, in: *Der Blinde Fleck.* Die Linke, die RAF und der Staat. Frankfurt/M.: Verlag Neue Kritik, 1987

26. Buback

Siehe auch: Anmerkung 3 zu Kapitel 3

27. deutsche Giftgasgranaten

Der erste Giftgaseinsatz des irakischen Militärs fand bereits 1984 im Krieg gegen den Iran statt. 1988 werden im Frühjahr bei einem Giftgasangriff auf die kurdische Bevölkerung bei Halabdscha 5.000 Menschen getötet. Nach dem Waffenstillstand zwischen dem Iran und dem Irak werden die Giftgasangriffe gegen die Kurden fortgesetzt. Die zentrale Giftgasfabrik ist bei Jamarra; hier wurden/werden mit deutscher Hilfe die Waffen hergestellt.
Literatur: medico international (Hg.): *Händler des Todes.* Bundesdeutsche Rüstungs- und Giftgasexporte im Golfkrieg und nach Libyen. Frankfurt/M.: ISP-Verlag, 1989
Literatur: medico-Report 10: Die Linien eines Völkermordes. Frankfurt/M.: medico international, 1990

28. Flüchtlingsfrauen

Literatur: Moussa-Karen Bauer (Hg.): *Wenn Frauen flüchten.* Bern/Zürich, 1987
Literatur: *Frauen aus aller Herren Länder.* Lese- und Bildband. Stuttgart: Schmetterling Verlag, 1990

29. Sozialdarwinismus

Ist die rassistische Komponente des Evolutionsmodells (Auslese, Recht des Stärkeren).

30. Trevi

Abk. für Terrorisme, Radicalisme, Extremisme, Violence International. Ab 1976 Planungs- und Koordinierungsinstanz der EG-Innenminister.
Literatur: CILIP u.a. (Hg.): *Die Bullen greifen nach den Sternen.* Europäische Gemeinschaft der Inneren Sicherheit. Hamburg: Selbstverlag, 1990
Literatur: Buko-Materialien. *Zukunft Europas - auf wessen Kosten?* Hamburg: Buko, 1990

31. Das Schengener Abkommen

Regelt die Zusammenarbeit der einzelnen europäischen Sicherheitsbehörden seit 1989.
Literatur: Siehe Literatur von Anmerkung 30.

32. Internationales Mordkartell in Berlin

Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank im September 1988 in Berlin. (Doku. Schmetterling Verlag)

33. Schüsse Startbahn

Siehe auch: Anmerkung 29 zu Kapitel 1

34. Wahlerfolge neofaschistischer Gruppen

Januar 1989/Landtagswahl Berlin: Republikaner 7,5 %; März 1989/Kommunalwahlen Frankfurt/M.: NPD 6,6 %; Juni 1989/Europawahl: Republikaner zwischen 7,7 % und 14,6 %.
Literatur: Wolfgang Benz (Hg.): *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik.* Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuchverlag, 1989

35. Himmler, Heinrich

1900-1945; Reichsführer SS, 1929-1945; Reichsinnenminister; Chef der deutschen Polizei; Himmler zentralisierte die Polizeigewalt in einem eng mit der SS verflochtenen System.36. Einsatzgruppen Neben Wehrmachts- und Polizeieinheiten führten die SS-Einsatzgruppen nach den militärischen Besetzungen Massenexekutionen durch.
Literatur: Michael Schneider: *Das Unternehmen Barbarossa.* Die verdrängte Erblast von 1941 und die Folgen für das deutsch-sowjetische Verhältnis. Darmstadt: Luchterhand Verlag, 1989

37. »Züge in die Freiheit«

Meint die im Herbst 1989 aus der DDR über die CSSR und Ungarn Ausreisenden.
37a. Schiffhof
Von der Stadtverwaltung Köln ausgewiesener Stellplatz für Roma und Sinti.

38. Hackmann, Werner

SPD; Hamburger Innenminister.

39. Ceausescu, Nicolae

1918-1989; ehemaliger Parteichef der KP Rumäniens; ab 1974 Staatspräsident und Diktator; wurde im Dezember 1989 im Verlauf des Aufstandes bzw. Putsches gemeinsam mit seiner Ehefrau Elena Ceausescu hingerichtet.

40. Rau, Johannes

* 1931; SPD; seit 1978 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

41. Kodices

Rechtlich oder außerrechtlich festgelegte Normen und Gesetze (sing. Kodex).

42. Inferiorität

Minderwertigkeit; Untergeordnetsein.

43. autochthon

griech. chthon 'Erde'; an Ort und Stelle entstanden

44. Natal

Provinz in der Republik Südafrika

45. perfide

heimtückisch

46. Essenz

Kernstück

47. Kafkaeske Allmacht

Das Verschwinden des Subjekts in einer bürokratischen Maschine; nach Franz Kafka.

48. Skokian Queen

»Bierbudenkönigin«

49. Kuzwayo, Ellen

* 1914; südafrikanische Sozialarbeiterin; 1964-1976 Generalsekretärin des christlichen Vereins junger Frauen; 1976/77 inhaftiert; 1984 Präsidentin des schwarzen Konsumentenvereins.
Literatur: Ellen Kuzwayo: *Mein Leben.* Frauen gegen Apartheid. Berlin: Orlanda Frauenverlag, 1985
Literatur: Bessie Head, Ellen Kuzwayo, Nadine Gordimer: *Wenn der Regen fällt.* Erzählungen aus Südafrika. Berlin: Orlanda Frauenverlag, 1988

50. Suprematie

Vorherrschaft

51. Vexierbild

Zerrbild

52. domestizierte Frau

»Gezähmt«, hier: den patriarchalen Normen entsprechend.

53. extraordinär

außerordentlich

54. extrahieren

abziehen, auspressen

55. Ferment

Wirkstoff, Bestandteil

56. Hegel, Friedrich (G.W.F.)

1770-1831; deutscher Philosoph

57. pejorativ

abwertend

58. Matrix

Ursache, Grundstruktur

59. Simone de Beauvoir

1908-1986; französische Schriftstellerin; die analytische Darstellung der Situation der Frau durchzieht ihr ganzes Werk.
Literatur: Simone de Beauvoir: *Das andere Geschlecht.* Reinbek: Rowohlt, 1951

60. Apologie

Rechtfertigung

61. Determinante

Festlegung, Bestimmung

62. Surplus

Überschuß

63. Orkus verbannt wie Eurydike

Aus der griechischen Mythologie; Eurydike, die verstorbene Frau von Orpheus lebte in der Unterwelt (Orkus). Orpheus bewog die Götter, Eurydike freizugeben. Als er sich jedoch gegen das Verbot der Götter nach ihr umdrehte, bevor sie das Tageslicht erreichte, blieb Eurydike in der Unterwelt gefangen.

64. Äquivalent

Gegenwert

65. extrapolieren

annäherungsweise bestimmen

66. Kategoriale Diskurse

einordnende, klassifizierende Erörterung

67. Irigaray, Luce

Französische Philosophin.
Literatur: *Speculum.* Der weibliche Diskurs. Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag 1980
Literatur: *Das Geschlecht, das nicht eins ist.* Berlin: Merve Verlag, 1979
Literatur: *Fünf Texte zur Geschlechterdifferenz.* Wien: Wiener Frauenverlag, 1986
Literatur: *Ethik der sexuellen Differenz.* Frankfurt/M.: Surkamp Verlag, 198668. signifikant
wichtig

69. obsessiv

zwanghaft

70. Divergenz

Auseinanderstreben, Abweichen

71. Kohärenz

Zusammenhang

72. makulatur

fehlerhaft

[Dieses Fenster schließen]

Zorn-Extra - 9. Zeitung der Revolutionären Zellen

Oktober 1986

In den vergangenen Wochen haben wir eine Reihe von Aktionen gegen Institutionen der Abschreckung und Kontrolle von Flüchtlingen gemacht, die wir hier zusammenhängend dokumentieren.
Um es nochmals zu betonen: wir begreifen diese Aktionen nicht als Reaktion auf den rassistischen Propagandafeldzug, den das Regime gegen die Flüchtlinge inszeniert und in dessen beabsichtigter Folge das Arsenal der Abschreckungsmaßnahmen um das bedrohliche Moment des Pogroms erweitert wurde. Wir teilen aber auch nicht jenes humanitäre, naiv-rechtsstaatliche Selbstverständnis, aus dem heraus vor allem kirchliche, gewerkschaftliche und politisch etablierte Gruppen die Verteidigung des Asylrechts beschwören. Der Staat, von dem die Gewalt gegen die Flüchtlinge ausgeht, taugt nicht als Adressat für Appelle und Resolutionen. Darüberhinaus beinhaltet die Beharrlichkeit, mit der der Status des politischen Asyls hochgehalten wird, die Verlängerung jener Differenzierung und Selektion von Flüchtlingen, die der Sonderbehandlung zugrundeliegt und diese erst begründet. Aus welchen Gründen auch immer Menschen in die BRD kommen - sie können bleiben, weil sie hier sind.
Wir wollen zur Rückgewinnung eines konkreten Antiimperialismus in der BRD beitragen - in diesem Zusammenhang steht unsere Orientierung an der Flüchtlingsfrage. Denn Antiimperialismus bedeutet nicht allein Angriff auf militärisch-industrielle Apparate und ist mehr als Solidarität mit fernen Befreiungsbewegungen. Unsere Aufgabe ist es, eine antiimperialistische Politik auf die Klassenfront hier und auf die Rückwirkungen in diesem Land zu beziehen. Dabei ist die Flüchtlingsfrage in doppelter Hinsicht ein entscheidender Angelpunkt:
1. Die Migrationsbewegungen, von denen die hier ankommenden Flüchtlinge ja nur die Rauchschwaden eines Vulkanes sind, sind Ausdruck und Folge der Zerstörungen, mit denen der Imperialismus die Herkunftsländer überzieht; ihre Anzahl wächst als Kehrseite des tatsächlich erreichten Grades an kapitalistischer Durchdringung. Aber die zwangsweise Vertreibung geht einher mit dem Willen und der Entschlossenheit der Flüchtlinge, aus den Verhältnissen auszubrechen und hier, in den Metropolen, ihren Anspruch auf Leben und Entschädigung zu stellen. Es geht darum, die Mobilität des Proletariats zurückzuerobern gegenüber einem Kapital, das sich über nationale Grenzen schon längst hinweggesetzt hat. Wenn die metropolitanen Regimes darauf zielen, ihre innere Stabilität durch Abschottung der Grenzen zu behaupten, so können wir dem nur den Kampf um offene Grenzen entgegensetzen.
2. Der BRD-Sozialstaat zeigt in der Behandlung der Flüchtlinge sein eigentliches Gesicht und genau an diesem Punkt müssen wir ihn angreifen. Der Katalog von Sondermaßnahmen ist keine Entgleisung, die es zu korrigieren und auf sozialpolitisches Normalmaß zurückzubringen gilt. Da es gegenüber Flüchtlingen keinerlei Rücksichtnahme auf einen gesellschaftlichen Status quo gibt, reduziert sich Sozialpolitik vielmehr auf das, was sie ihrem Wesen nach ist: ein Herrschaftskalkül, dem es allein um Arbeitsmarktregulation und soziale Kontrolle zu tun ist. Die rassistische Verklausulierung sichert dem Regime Unterstützung sogar bei denen, die selbst potentiell Angriffsziel dieser Politik sind. Ob und wie Maßnahmen wie Lager, Lebensmittelgutscheine oder Sondergerichtsbarkeit als Modell für spätere Schritte gegen arbeitslose Jugendliche oder ausgesteuerte Proleten dienen oder ob sie nur als Drohung stehen bleiben, hängt von der weiteren Entwicklung der sozialen Konfrontation ab. Aber wir müssen nicht erst auf bedrohlichere Zeiten verweisen, um Angriffe auf die repressivsten und extremsten Ausprägungen des Sozialstaates zu begründen - die sozialrassistische Praxis gegen die Flüchtlinge ist dafür Grund genug. Noch wissen wir nicht, ob sich an der Flüchtlingsfrage antiimperialistische Politik mit Konfrontationslinien im entgarantierten Sektor verbinden wird, aber der Kampf um das faktische

Aufenthaltsrecht für Flüchtlinge ist auch dann richtig, wenn er vorerst von den weißen Schichten des Proletariats weitgehend isoliert bleibt.
Natürlich geht es um offene Grenzen und um freie Flüchtlingsstädte. Allerdings sind diese nicht vom Staat zu fordern - sie sind nur vorstellbar und nur durchzusetzen, indem wir den Flüchtlingen einen Raum verschaffen, der nicht mehr staatlich kontrolliert und reglementiert wird. Der Beitrag, den wir - oder Gruppen wie wir - zu einem solchen Projekt leisten können, besteht im Angriff auf die polizeiliche und sozialbehördliche Kontrolle, der aus öffentlichen Kampagnen allein nicht getragen werden kann. Aber dieser Angriff ist erst sinnvoll, wenn daneben Netze für die konkrete Unterstützung der Flüchtlinge aufgebaut werden, wenn eine subversive Praxis die Verhältnisse faktisch verändert.
In Hamburg wollten wir die Ausländerabteilung der Bullen lahmlegen, die Razzien und Ermittlungen gegen Illegale durchführt und die Abschiebungen vorbereitet - deswegen sind wir dort eingebrochen und haben Feuer gelegt. Es ging uns darum, möglichst viele Akten zu vernichten, die Bullen eine Zeitlang mit Aufräumungsarbeiten statt Menschenjagd zu beschäftigen und so den Flüchtlingen wenigstens eine Weile Luft zu verschaffen. Die Beharrlichkeit, mit der betont wurde, alle Akten seien doppelt vorhanden, betrachten wir eher als Indiz fürs Gegenteil.
In Köln haben wir das Rechenzentrum des Ausländerzentralregisters angegriffen, in dem Daten sämtlicher in der BRD erfaßter Ausländer bearbeitet werden. Weil an den Computern selbst rund um die Uhr gearbeitet wird und wir kein Menschenleben gefährden wollten, haben wir im Luftschacht der Klimaanlage einen Sprengsatz angebracht, der die Klimaanlage, die Stromversorgung des Rechenzentrums und auch das Notstromaggregat zerstört hat. Da Großrechner auf Spannungs- und Temperaturschwankungen empfindlich reagieren und da Chips und Schreib/Leseköpfe gegen metallische Stäube allergisch sind, ist davon auszugehen, daß einiges an Hardware und jede Menge Informationen zu Bruch gegangen sind. Und auch Wochen nach dem Anschlag auf das AZR geht dort nichts mehr. Wo früher rund um die Uhr emsig Daten gesammelt, geknüpft und gespeichert wurden, ist es heute stockfinster: eine tote Festung. Die vom BKA lancierte und von den Medien verbreitete Behauptung, das Rechenzentrum sei ausschließlich in seiner baulichen Substanz betroffen, erweist sich als propagandistische Zwecklüge.
In Lüneburg galt unser Anschlag einer Institution der Justiz, die sich dabei hervorgetan hat, die administrativen Maßnahmen der Flüchtlingsschikanierung durch ihre Urteile ideologisch zu untermauern. Der Zerstörung der Verhandlungssäle, die leider nicht geklappt hat, hätte der Brandmarkung eines Gerichts gedient, das sich nicht scheut, Menschen gnadenlos der Folter auszuliefern.
In Berlin gehört dem DRK endlich das Handwerk gelegt, das dem Senat das schmutzige Geschäft der Lagerhaltung von Flüchtlingen abnimmt und hinter dessen Renomee als internationale Hilfsorganisation sich eindeutige Parteinahme für die imperialistische Flüchtlingspolitik verbirgt - nicht nur in Berlin. Dieser Rolle wäre es angemessen gewesen, die Berliner Zentrale zu zerstören. Wir haben darauf verzichtet, weil wir auch dort Menschen getroffen hätten, die wir nicht treffen wollten. Statt dessen haben wir uns die Autos zweier leitender DRK-Funktionäre vorgenommen.
In Hagen und Hamm richteten sich unsere Anschläge gegen die Ausländerbehörden dieser Städte. Sie sind Orte alltäglicher Schikanen, denen wir gezielte Aktionen und alltäglichen Widerstand entgegensetzen müssen.

Erkämpft das freie Aufenthaltsrecht für alle Flüchtlinge und Immigranten!
Mit unseren Aktionen gegen die Hamburger Ausländerpolizei, das Oberverwaltungsgericht Lüneburg, das Ausländerzentralregister in Köln und das DRK in Berlin haben wir den Kampf gegen die verantwortlichen Instanzen der imperialistischen Flüchtlingspolitik in der BRD begonnen. Unsere

Aktionen werden aber wirkungslos verpuffen, wenn sie nicht zur Entwicklung eines neuen Ansatzes von Antimperialismus der radikalen Linken beitragen.
Was heißt das?
Die Flüchtlingsfrage ist keine humanitäre oder juristische Frage und beschränkt sich nicht auf die Frage des »politischen Asyls«. Sie ist Teil eines globalen Klassenkampfes und Ausdruck eines vom imperialistischen Weltsystem gesetzten Widerspruchs, der ein Proletariat neuen Typs hervorbringt; die mobilisierten, vertriebenen, entwurzelten Massen der 3. Welt.
So wie die Flüchtlingsbewegungen die Grenzen zwischen dritter und erster Welt überschreiten, muß heute der antiimperialistische Kampf auf die Metropole zurückbezogen werden. Es ist das gleiche imperialistische System, das die Menschen dort vertreibt, sie hier in Lager sperrt und ihnen als Sozialpolitik gegenübertritt. Antiimperialismus wird konkret, wo er Bezug auf die gesellschaftspolitischen Konflikte nimmt, die sich vor unseren Augen abspielen und wo er sich ins Verhältnis setzen läßt zu einem möglichen Klassensubjekt.
Antiimperialistische Politik in der BRD hat sich bisher an den beiden Polen der Solidarität mit den Befreiungsbewegungen der 3. Welt und der Bekämpfung der imperialistischen Kriegsmaschinerien orientiert.
Wir haben nicht die Illusion, daß die Immigranten und Flüchtlinge in der BRD mit Teilen der westdeutschen Unterklassen rasch gemeinsame Interessen entwickeln können. Trotzdem muß antiimperialistische Politik genau da angesiedelt sein, wo sich rassistisch vermittelte Klassenspaltungen tendenziell aufbrechen lassen.
Es geht also nicht um humanitäre Gesten gegenüber Flüchtlingen, es geht nicht um die Verantwortlichkeit des Sozialstaates und auch nicht um die Verteidigung des Asylrechts.
Die ersten Aufgaben antiimperialistischer Politik liegen vielmehr darin, die staatliche Regulation der Flüchtlingsbewegungen, die Abgrenzungen der BRD vor der Armut der 3. Welt, zu unterlaufen und die polizeilichen und sozialpolitischen Restriktionen gegenüber Flüchtlingen zurückzudrängen.
Unser Ziel muß es sein, ein faktisches Aufenthaltsrecht für alle Immigranten und Flüchtlinge in der BRD durchzusetzen. Der Weg dorthin führt nicht über Forderungen an den Staat, sondern bestimmt sich nach dem Ausmaß unserer eigenen Widerstandsaktionen.
Unser Vorschlag richtet sich an die autonome und sozialrevolutionäre Linke in der BRD, die Flüchtlingsfrage aus einer antiimperialistischen Perspektive heraus aufzugreifen und zum Prüfstein des politischen Handelns auf verschiedenen Ebenen zu machen:
- Kampagnen gegen die Einschränkung der Aufenthaltsbedingungen und Lebensverhältnisse der Flüchtlinge (Fahrkarten drucken, Warengutscheine umtauschen oder herstellen, Lebensmittelgeschäfte plündern, Krankenversorgung sicherstellen)
- Netze zur Verteidigung von Flüchtlingen gegen rassistische Übergriffe aufbauen (Telefonketten)
- Aktionen gegen Zwangsprostitution und Frauenhandel
- Kampagnen gegen Zwangsarbeit und Niedriglohn
- Unterstützung illegaler Strukturen von Flüchtlingen (Unterbringung, Papiere)
- Aktionen gegen Razzien der Ausländerbullen (z.B. in öffentlichen Verkehrsmitteln) und gegen zwangsweise Umverteilung innerhalb der BRD
- Aktionen gegen Abschiebung von Flüchtlingen (z.B. auf Flughäfen).

Wir haben heute die Ausländerbehörden in Hagen und Hamm angegriffen.
Ausländerbehörden sind die Eckpfeiler der Flüchtlingspolitik, zuständig für Art und Umfang der Aufenthaltsgenehmigung wie für sog. »aufenthaltsbeendende Maßnahmen«, Razzien und Abschiebungen. Sie sind die alltäglichen Schauplätze einer Abschreckungsstrategie. Daß die Asylpraxis in Nordrhein-Westfalen relativ weniger restriktiv gehandhabt wird, als in anderen Bundesländern,

bewegt sich im Rahmen eines abgestuften sozialpolitischen Experiments und einer datenmäßigen koordinierten Arbeitsteilung, in der die Lagerhaltung und Abschiebung anderen Ländern überlassen bleibt und die Grenzen dicht gemacht werden.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Aktion gegen die Ausländerpolizei Hamburg (August 86)

Der Angriff auf die FD 624 der Hamburger Polizei ist keine Reaktion auf die gegenwärtige Aktualität des Flüchtlingsthemas. Bislang diente die Konstruktion des »Asylantenproblems« in erster Linie als Vorwand für sozialpolitische Experimente, als Rechtfertigung, Menschen wieder in Lager einzupferchen, sie in ihrer Bewegungsfreiheit zu beschneiden, ihnen Sozialgelder drastisch zu kürzen oder zu verweigern. Zwar trugen diese Verwaltungsakte stets auch den Stempel rassistischer Stigmatisierung einer exponierten Bevölkerungsgruppe, ihr vordringlicher Zweck war jedoch ein anderer.
Die Flüchtlinge taugten als Manövriermasse, an der das sozial-technische Instrumentarium eingeschliffen, sowie auf seine Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit hin erprobt werden konnte. Das Arbeitsverbot stellte sicher, daß dem illegalen Arbeitsmarkt jederzeit frei verfügbare Kräfte zuflossen. Die Lebensmittelgutscheine ermöglichten eine umfassende Reglementierung der Reproduktion. Und die Zwangsumverteilung - zumal in kleine Dörfer und ländlich konservative Randgebiete - folgte zum einen dem Kalkül, die Konfrontation mit der dort ansässigen Bevölkerung zu schüren. In ihr spiegelt sich aber gleichermaßen der Versuch, dem Entstehen einer Subkultur der Minderheiten das Wasser abzugraben, und durch Zerstreuung jede Form der Selbstbestimmung bereits im Ansatz abzubiegen.
Wenn die Flüchtlingsfrage nun jedoch zum Wahlkampfthema, als Medienereignis hochgekocht wird, so liegt darin eine neue Qualität: die behördlich kalkulierte Diskriminierung verbindet sich mit offen rassistischer Mobilisierung. Das sozialtechnische Management der Flüchtlingspolitik probt das Bündnis mit dem fremdenfeindlichen Mob.
Mit verschärften Kontrollen, zusätzlichen Razzien und der Umschreibung von bisher üblicher Duldung in den Asylstatus wird die Zahl der Asylanträge künstlich in die Höhe geschraubt. Demonstrativ werden Baucontainer plaziert und Zeltlager aufgeschlagen unter dem Vorwand, daß die Welle der neuankommenden Flüchtlinge anders nicht zu bewältigen sei. Flüchtlinge, die in Berlin oder Hamburg gar nicht weiter aufgefallen wären, werden in einer Kleinstadt wie Helmstedt zu tausenden konzentriert und erst dadurch sichtbar gemacht.
Diese Form der Zurschaustellung, der sozialen Markierung, ebnet den Weg vom fremdenfeindlichen Ressentiment zum handgreiflichen Pogrom. Bürgerproteste und Rollkommandos gegen die Flüchtlinge erscheinen nun als zwangsläufige und legitime Reaktion auf ein soziales Problem, das durch bürokratische Erlasse und Verfügungen aber erst geschaffen wurde. Und umgekehrt entwickelt sich aus der Dynamik von Medieninszenierung, sozialhygienischen Bürgerinitiativen und Schlägertrupps jener »Druck von unten«, aus dem heraus die fortschreitende Formierung des noch brüchigen Apparats der Flüchtlingsverwaltung, ebenso wie der nächste Schub staatlicher Zwangsmaßnahmen, ihre Legitimation beziehen. Wie im Nationalsozialismus die Auslöschung des »Gemeinschaftsfremden« mit rassistischer Propaganda und einer Differenzierung der Sozialgesetzgebung begann, so ist auch die derzeitige Eskalation im Vorgehen gegen die Flüchtlinge Ausdruck und Modell eines sozialrassistischen Kurses. Doch auch in der Wahnvorstellung von einer BRD, die durch die große Anzahl von Asylsuchenden bedroht würde, ist ein Fünkchen Wahrheit enthalten.
Die BRD ist ein imperialistisches Land und der Imperialismus hat die weltweiten Flüchtlingsbewegungen in Gang gesetzt. Es ist die transnationale Kapitalakkumulation im imperialistischen Weltsystem, die den Menschen die Existenzgrundlagen zerstört und verwüstet, sie mit Kriegen überzieht und dem Hunger ausliefert. In dieser Entwicklung sind die Nationalgrenzen längst überholt. Sie dienen lediglich noch der Regulation der internationalen Mobilität der Arbeitskräfte und als Barrieren gegen unerwünschte Einwanderungen. Wenn dennoch beharrlich an einer nationalstaatlichen Definition von Bevölkerung festgehalten und die Imagination der Volksgemeinschaft wieder festgeklopft

wird, so liegt der Sinn einzig in dem daraus abgeleiteten Rechtsanspruch, andere - Fremde - kenntlich zu machen, sonderzubehandeln, zu verfolgen und zu vertreiben.
Und das ist die Sorge, die die Scharfmacher der Ausländerpolitik tatsächlich umtreibt: daß die Massen der trikontinentalen und südeuropäischen Armutsbevölkerung auf den von der Arbeitsmigration gesteckten Routen nachfolgen und ihren Anspruch auf Leben und Entschädigung hier massiv vorbringen werden - eine Entwicklung, die das soziale und politische Gefüge der BRD in nicht absehbarem Ausmaß durcheinanderwirbeln würde. Was weder die hiesigen Politiker wünschen noch der linke Mittelstand, der einen begrenzten Zuzug von Ausländern allenfalls als folkloristische Bereicherung des sozialen und kulturellen Klimas akzeptiert.
In der Flüchtlingsfrage gibt es keine Forderungen an den Staat zu stellen. Es geht einzig darum, den Flüchtlingen zu einem selbstverständlichen Recht - nämlich zu bleiben, wie lange sie wollen - zu verhelfen, ihnen Lebensmöglichkeiten zu schaffen und zu sichern. Es geht darum, die Grenzen zu durchlöchern und für die selbstbestimmte Mobilität der Armutsbevölkerung zu kämpfen, weil dies die einzig angemessene und die radikalste Antwort auf die transnationale Akkumulation des Kapitals und die Verwertung der Menschen ist. Der Angriff auf die Institutionen der Grenzkontrolle und der inneren Regulation ist daher notwendiger Bestandteil dieses Kampfes.
Gleichermaßen fragwürdig ist die Hoffnung oder der taktische Umgang, was die Versprechungen des Asylrechts betrifft. Nicht nur, daß es die willkürliche Unterscheidung zwischen einheimischer Bevölkerung und »den Fremden« festschreibt und die Interessen der Flüchtlinge einem staatlichen Gnadenakt überantwortet. Gedacht als löcheriges Privileg für eine schmale Schicht politischer und intellektueller, weißer, männlicher Opposition mag es auf einen Teil der hier ankommenden Flüchtlinge noch zutreffen, insofern es sich - etwa bei den Tamilen oder Iranern - um politisch verfolgte Mittelschichten handelt. Es taugt jedoch nicht vor dem Hintergrund weltweiter Mobilisierung der Armutsbevölkerung. Was momentan vor sich geht, ist eine gigantische Umschichtung der Weltbevölkerung, deren Ausmaß die Migrationsbewegungen des 19. Jahrhunderts in den Schatten stellt und deren metropolitane Gestalt bisher nur die Spitze eines Eisberg darstellt.
Die Fachdirektion 624 der Ausländerpolizei ist in Hamburg die Institution, die für Razzien in den Lagern, für Festnahmen und Abschiebungen verantwortlich zeichnet. Sie ist zugleich die Polizeidienststelle, in deren Kompetenz die Kontrolle und Steuerung des illegalen Arbeitsmarktes fällt: sie hält sich im Hintergrund, wenn z.B. die Obsternte im Alten Land den Einsatz der Flüchtlinge erfordert und sie beginnt ihre Menschenjagd, wenn die Nachfrage auf der untersten Stufe des Arbeitsmarktes sinkt.

Aktion gegen das Oberverwaltungsgericht Lüneburg (September 86)

Der 11. Senat des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Lüneburg steht in einem legendären Ruf: nicht nur, weil er bis heute noch jeden Asylantrag mit Erfolg und gleichgültig gegen jeden Inhalt abgeschmettert hat, sondern auch, weil er sich dabei durch Einfallsreichtum und Pioniergeist hervorgetan hat.
In der Abwägung zwischen Staatsraison und Menschenrecht hat er sich unbestechlich von der Devise leiten lassen, daß menschliches Leid hinter dem Wohl des Staates zurückzustehen habe.
- Folter - so der Senat - ist kein Asylgrund, wenn körperliche Mißhandlung zum Arsenal des

Strafvollzuges eines Staates, wie zu dessen traditionellen Kulturgütern gehörten.
- Eine drohende Todesstrafe schützt nicht vor Abschiebung, weil deutsche Behörden schon aus Eigenschutz die Hoheitsgewalt fremder Staaten respektieren müssen.
- Ein Ausländer, der hier Asyl beantragt hat, sollte sich jeder politischen Aktivität enthalten, da sonst unterstellt werden muß, daß er mit Absicht im nachhinein »asylrelevante« Gründe provozieren will.
Auch wenn sich dieser »Horrorsenat« mit derlei Entscheidungen und Begründungen in den Vordergrund gespielt hat - der Vorwurf der »Mißachtung« oder gar »Aushöhlung« der Verfassung geht ins Leere. Er schöpft nur die Möglichkeiten aus, die darin enthalten sind. Das Grundrecht auf Asyl ist so vorbehaltlos in die Verfassung hineinformuliert worden, daß ihm jede beliebige Auslegung übergestülpt werden kann. Ein Ausländerrecht, das den Begriff des politischen Asyls nicht definiert, überläßt implizit den Behörden die Entscheidung, ob jemand aufgenommen wird oder nicht. Die Freizügigkeit und vermeintliche Generosität des Artikel 16 GG ist gewissermaßen die Bedingung, daß das Asylrecht administrativ und nach Maßgabe der politischen Opportunität exektuiert werden kann.
Das Paradox, daß sich die BRD einerseits mit einem äußerst liberalen Asylrecht schmückt und andererseits federführend ist, wenn es um die Abschottung der Grenzen Westeuropas geht, erklärt sich aus dieser Unbestimmheit des Artikel 16 GG. Der scheinbare Gegensatz von hohen Werten und brutalen Fakten, von Anspruch und gleichzeitiger Verweigerung ist nicht anderes als das Strickmuster, nach dem die bürgerliche Demokratie funktioniert.
Gradmesser für die Auslegung des Asylrechts ist deshalb nicht etwa, worüber schon 1949 im Parlamentarischen Rat [15] gestritten wurde und was als fauler Kompromiß dabei herausgekommen ist. Gradmesser ist vielmehr das aktuelle politische Programm und dessen Quintessenz lautet schlicht und einfach: »Wir haben nichts gegen Ausländer, aber sie sind zu viele.« (Kohl)
Es ist nur folgerichtig, daß das Asylrecht in dem Maße zu bloßer Makulatur wird, wie es von den falschen Leuten in Anspruch genommen wird. Seine faktische Außerkraftsetzung steht in unmittelbarer Relation zu der interkontinentalen Dimension der heutigen Migration. Es ist ein Privileg für einzelne und kein Rechtsanpruch für Massen, es wird aufrecht erhalten für Weiße und für null und nichtig erklärt, wenn Flüchtlinge aus Asien, Afrika oder Lateinamerika kommen.
Dies ist die Lektion, die zu erteilen die Behörden angetreten sind. Ausgestattet mit der Macht, die ihnen das Grundgesetz einräumt, kommt der Apparat in Schwung, wird jeder Beamte zum funktionierenden Scharnier dieser gewaltigen Maschinerie. Die rassistische Mobilisierung der letzten Wochen hat nicht nur den Mob erreicht, sondern auch die inneren Reihen der Administration geschlossen. Vorstöße wie die des OVG Lüneburg müssen zur Regel werden. Nicht kleinliche Klauseln, Dienstanweisungen, Verordnungen bieten die Gewähr für eine »sachgerechte Abwicklung«, sondern die Gewißheit, daß die staatlichen Organe ihren Auftrag und jeder Beamte seine Mission begriffen haben: um die BRD vor der drohenden »Überfremdung » zu schützen, ist jedes Mittel Recht. Die Politik der Abschreckung schließt Tote ein.
Am 30. September 1983 flüchtete Cemal Altun selbst in den Tod, bevor ihn die deutsche Justiz an die Henker des türkischen Regimes ausliefern konnte.

Aktion gegen das Deutsche Rote Kreuz, Berlin (September 86)

Nutznießer Rotes Kreuz

»Es ist doch für die meisten von denen eh zu kalt hier, die kriegen doch bloß Schnupfen.« (Prinz Wittgenstein, Chef vom DRK)

In den letzten Wochen sind die Flüchtlinge wieder einmal Thema Nr. 1 in Berliner und westdeutsche Medien. Kaum ein Tag, wo nicht mit reaktionärem Gewäsch über Asylantenschwemme, Überfremdung u.ä. Jagd auf die Flüchtlinge gemacht wird. Parallel dazu verschlimmert der Senat systematisch die Lebensbedingungen der ankommenden Flüchtlinge, die in Turnhallen, Lager oder Container gepfercht werden, bewacht von Bullen und Hunden.

Wir haben uns erlaubt, zwei Repräsentanten der wichtigsten Erfüllungsgehilfen dieser reaktionären Politik, die so häufig vergessen werden, ins Licht der Öffentlichkeit zu zerren. Die Herren Schmidt und Meisner haben heute eine unruhige Nacht verbracht, leichten Sachschaden erlitten und sind jetzt vielleicht auch verschnupft. Schmidt ist seit 1976 Präsident des Berliner Roten Kreuzes (BRK), Meisner ist als Abteilungsleiter Soziales für die Unterbringung der Flüchtlinge verantwortlich.

Das Berliner RK ist als einzige Wohlfahrtsorganisation der Stadt bereit, die Machenschaften des Senats voll zu unterstützen. Dies geschieht mittels eines mit dem Senat abgeschlossenen Generalvertrages, durch den das BRK eine Art Monopolstellung in der Flüchtlingsversorgung bekommt. Außerdem betreibt das BRK die Containerunterbringung und die Zeltlager. Es ist zuständig für die medizinische Versorgung - neuerdings mit Lagerärzten und DRK-Krankenscheinen -, die Verpflegung, sowie die Förderung der Rückkehrbereitschaft - sprich: »freiwillig« in die Armut, den Krieg oder die Folterkammer zurück.

Ebenso obliegt ihm die technische Durchführung dieser Rückkehr. Daß sich dieser dubiose Menschlichkeitskonzern dabei eine goldene Nase verdient, versteht sich fast von selbst. Pro Flüchtling kassiert das BRK vom Senat 32,50 DM pro Tag, für jedes Kind weitere 15 DM. Davon werden für alle Versorgungsmaßnahmen nicht mehr als 10 DM pro Tag ausgegeben, der Rest einkassiert. Bei einem Umsatz von 30 bis 40 Millionen pro Jahr ein lukratives Geschäft, allerdings nicht das einzige.

Neben der Flüchtlingsversorgung betreibt das DRK ein weitaus größeres Geschäft mit den sog. Blutspenden. Mit dem daraus gewonnenen Plasma werden im hauseigenen Pharmakonzern Milliardenumsätze und -profite erzielt - steuerbegünstigt, da gemeinnützig.

Unter dem gleichen Deckmantel der humanitären Hilfe verbergen sich die Machenschaften im Dritten Reich, ganz im Sinne der Gesetze über die Rassen- und Erbbiologie. Willfähriger Helfer der Nazi-Ideologie, strategisch erfinderisch und innovativ für die gesamte Politik im Dritten Reich war das DRK im sog. Euthanasieprogamm, der Vernichtung »geistig und moralisch minderwertigen Lebens«. Zigtausende von behinderten Kindern und Erwachsenen, aber auch Schwule und Lesben wurden im DRK-eigenen Wagen in die Tötungslager gefahren. Damaliger Chef des DRK war der Reichsarzt SS Dr. Grawitz, neben Reichsärzteführer Dr. Conti der Planer des Euthanasieprogramms. Ein Wohlfahrtskonzern mit zweifelhafter Vergangenheit.

Wir wollen mit unserer Aktion nicht die tausenden ehrenamtlichen Helfer, die täglich Menschenleben retten und pflegen, angreifen. Die allermeisten handeln aus ehrlichen Motiven und wissen nichts von der Politik ihrer Konzernbosse.

Die wir angreifen, sind die Ärzte, die in den Flüchtlingslagern Menschen mißhandeln, die Berater, die zur freiwilligen Rückkehr in den Tod zwingen, und die Strategen, die einerseits bewußt an der letzten und endgültigen Ausbeutung der Flüchtlinge teilnehmen und andererseits die reaktionäre Hetze von CDU und SPD sowie die Jagd auf die Flüchtlinge mitbetreiben und mitorganisieren.

Anschlag gegen das Ausländerzentralregister, Köln (September 86)

Das Ausländerzentralregister (AZR) ist ein rassistisches und totalitäres Register. Es muß deshalb weg.
Die neuen Techniken der Sozialkontrolle, die im Kampf gegen Volkszählung [16], maschinenlesbare Personalausweise usw. blockiert und sabotiert werden müssen, diese Techniken sind nicht wirklich neu. Zumindest für Ausländerinnen und Ausländer haben sie sich in der BRD längst zur materiellen Gewalt formiert - in bruchloser Kontinuität zum Nationalsozialismus übrigens.
Im Ausländerzentralregister beim Bundesverwaltungsamt in Köln ist das gesamte Herrschaftswissen über alle Nichtdeutschen, die in der BRD »aufhältig« sind oder es jemals waren, in einem gigantischen Pool konzentriert. Die angeworbenen Arbeiterinnen- und Arbeiterkontingente, ihre Familien, die anerkannten und abgelehnten, die geduldeten und abgeschobenen oder ausgelieferten Flüchtlinge - insgesamt 10 Millionen Männer und Frauen - sind dort totalerfaßt.
Aufgeschlüsselt nach den berüchtigten Personenkennziffern fließt jedwede behördliche Erfassung ihrer Person durch Meldeämter, Ausländerbehörde, Polizeidienststellen, Zirndorf, Bundeskriminalamt, Verfassungschutz und Interpol im AZR zu einem Datenberg von bis zu 60 Einzelfeldern pro Mensch zusammen - zur absolut größten Erfassungs-, Überwachungs- und Aussonderungskartei in der öffentlichen Verwaltung der BRD. On-line mit dem gesamten Exekutiv- und Verwaltungsapparat, ohne Auskunftssperren, ohne Löschfristen, gewinnt das AZR als vollkommen unlimitiertes Zweitdepot all dieser institutionellen Datenbänke eine immens strategische Bedeutung. Das Ausländerzentralregister ist das Kernstück im Kampf gegen die Flüchtlinge, der zunehmend an die Grenzen, Flughäfen und in die Herkunftsländer der Emigrantinnen und Emigranten verlagert wird. Es speist das Grenzinformationssystem und die Visaabteilungen von inzwischen 40 Botschaften.
Vor allem aber wirkt es nach innen: auf die quantitative Regulierung der Ausländerkontingente, auf die Manipulation ihrer Zusammensetzung, auf ihre arbeitsmarktorientierte Vernutzung oder Aussonderung. Das AZR sammelt und liefert das Material für die Strategien, die auf eine Liquidierung und Durchstaatlichung der Ausländerkolonien und -communities, ihres Solidaritätsnetzes, ihrer verdeckten Strukturen, ihrer Subkulturen und illegalen Lebensformen.
Wie gesagt: Das Ausländerzentralregister ist ein rassistisches und totalitäres Register. Es muß deshalb weg.

Anschlag auf die Deutsche Lufthansa, Köln (Oktober 86)

Für Freies Fluten
Schotten dicht für die Flüchtlinge, die in die BRD reinwollen. Flug frei für alle, die raus sollen. Die deutsche Lufthansa (DLH), immer treu im Dienste des Staates, macht es möglich.
Wer sich vor Hunger, Verfolgung, Folter, Krieg und Tod in die Bundesrepublik zu retten versucht, muß dazu ein Flugzeug benutzen. Und wer von diesem Staat zum »Abschübling« erklärt wird, wird wieder zurück ins Flugzeug getreten. Von den über 8.000 Abschiebungen im Jahr 1984 hat die DLH rund 6.000 übernommen. Das sind mindestens 16 Flüchtlinge pro Tag. Der Umsatz für diese Hilfspolizeileistungen lag 1984 bei circa 8 Millionen Mark. Um die Lage an Bord unter Kontrolle zu halten, fliegen seit einiger Zeit Ex-GSG-9ler [17] mit; Flüchtlinge, die sich gegen die Abschiebung wehren, werden unter Drogen gesetzt. Piloten und Stewardessen, die sich weigern, bei dieser Praxis mitzumachen, werden mit beruflichen Konsequenzen bedroht.
Frauen können sich meist nicht einmal das nötige Flugticket für die Flucht leisten. Frauen sind nicht nur Opfer der imperialistischen Politik der Profitmaximierung, sondern auch die des Welt-Patriarchats. Es ist keine Frage, wen die Familien zum Überleben mit dem letzten Geld nach Europa schicken: den Sohn, nicht die Tochter; Männer können versuchen, wenigstens die eigene Haut zu retten, während die Frauen mit den Kindern zurückbleiben und höchstens bis ins nächste UN-Flüchtlingslager kommen. Deshalb sind die Frauen der drei Kontinente eine Minderheit unter denen, die es bis in die Metropolen schaffen, obwohl sie weltweit die Mehrheit der Flüchtlinge ausmachen. In Südostasien hat sich eine spezifische Form der Frauenimmigration entwickelt. Da die Frauen nicht anders aus ihrer elenden Lage herauskommen, verkaufen sie sich als Katalogbräute. Käufer sind vor allem bundesdeutsche Männer.
Die Deutsche Lufthansa weiß auch aus dieser Situation etwas herauszuschlagen: über ihre Tochtergesellschaft Condor. Die transportiert die Männer mit Bumsbombern nach Bangkok und Manila und schnappt sich so ihren Teil am internationalen Zuhälterprofit mit Prostitution und Frauenhandel. Während die Ware Frau also locker verschubt wird, weist die DLH andere Flüchtlinge schon im Vorfeld zurück. Als erste Fluggesellschaft führte die Lufthansa beim Check-In in den entsprechenden Abflughäfen Visakontrollen als Selektionsmaßnahme ein.
Wie alle deutschen Traditionsunternehmen hat es auch die Lufthansa geschafft, den historischen Dreck, den sie am Stecken hat, vergessen zu machen und sich als honoriges Unternehmen mit positiver Geschäftsbilanz und positivem Image zu präsentieren. Als Staatsunternehmen leistete die Lufthansa Pionierarbeit bei der Erschließung des südamerikanischen Raumes im Sinne nationalsozialistischer Großraumpolitik. Sie beteiligte sich aktiv am Auf- und Wiederaufbau der Luftwaffe und trug entscheidend zur Zerschlagung der spanischen Revolution bei. Das Lufthansa-Tarnunternehmen Condor transportierte die Franco-Truppe von Marokko nach Spanien, bombardierte als »Legion Condor« die Stadt Guernica. Im selben Jahr, 1939, feierte die Lufthansa ihr erfolgreichstes Geschäftsjahr seit Bestehen.
1985 scheffelte die Deutsche Lufthansa 146 Millionen Mark Gewinn. Ihr »primäres Wachstumsfeld« ist aber weniger die Passagierbeförderung als der Gütertransport. Allein im Geschäftsjahr 1985 wurden mehr als 600.000 Tonnen Fracht gefördert. Ein Großteil davon sind Rohstoffe und Waren, die in den Billiglohnländern den Menschen abgepreßt wurden und an denen die Deutsche Lufthansa via Frachtkosten mitprofitiert.
Und sie verdient noch einmal daran, daß sie die Flüchtlinge aus diesen ausgebeuteten Ländern in die Baracken und Gefängnisse zurücktransportiert, vor denen sie geflohen sind.

Schüsse in die Knie des Leiters der Ausländerpolizei Hollenberg, Berlin (Oktober 86)

Der Berliner Ausländerpolizeichef Hollenberg ist ein Menschenjäger und ein Schreibtischtäter. Sein Jagdrevier Westberlin ist der Brennspiegel bundesdeutscher Ausländerpolitik, das heikle und heiße Pflaster, auf dem sich die jeweiligen Projektierungen exemplarisch verdichten und hochgekocht werden. Mögen die Ausländerpopulationen auch wechseln, die taktische Aufarbeitung bleibt sich doch immer gleich. Über eine Abfolge von staatlich gesteuerter Stigmatisierung einzelner Segmente, zunehmend jedoch der ausländischen Bevölkerung in ihrer Gesamtheit, über eine genau kalkulierte, völkische Mobilisierung wird das Terrain geebnet für blutige Pogrome und radikale Repressionen. Nach diesem Muster verliefen die Angriffslinien gegen die türkischen Arbeitsemigrantinnen und -emigranten ab Mitte der 70er Jahre mit dem Ziel, sie generell aus den arbeits- und sozialrechtlichen Sicherungen herauszubrechen, um über eine flexible, vollkommen rechtlose Verschiebmasse auf dem Arbeitsmarkt zu verfügen. Nach diesem Muster verliefen auch die verschiedenen Angriffswellen gegen die Flüchtlingskontingente. Nach den bilateralen, schmutzigen Deals mit der NATO-Türkei und dem Libanon, zeichnet sich über das jüngste DDR-Abkommen, die Mitarbeit des Ostblocks an den kapitalistischen Eindämmungstrategien gegenüber den internationalen Flüchtlings- und Wanderarbeiterbewegungen ab. Mag dabei auch politisches Kalkül und ökonomischer Zugzwang eine Rolle spielen, de facto konstituiert sich damit ein Bündnis von Imperialismus und Staatssozialismus gegen die Armutsbevölkerung der drei Kontinente.

Der Chef der Berliner Ausländerpolizei und Lummer [18]-Protegé Hollenberg steht in diesem »Abwehrkampf« an vorderster Front, in Geist und Tradition der »kämpfenden Verwaltung«, wie sie NS-Heydrich [19] definiert und formiert hat. Dabei ist weniger ausschlaggebend, ein scharfer Hund zu sein, vielmehr kommt es darauf an, ein untrügliches Gespür für die Absichten und Planungen der Macht zu haben, um effektiv und flexibel an den Gesamtkonzeptionen mitzuarbeiten. Daß Hollenberg über dieses unersetzliche, symbiotische Verhältnis zur Macht verfügt, beweist seine rasche Wiedereinsetzung als Ausländerpolizeichef - im übrigen ein beispielloser Vorgang - nachdem er zuvor wegen seiner Verwicklungen in die Schmitz-Korruptionsaffaire verabschiedet werden mußte. Seither übt er sein Amt diskreter, dafür umso effizienter aus.

Hollenberg ist zuständig für den täglichen Terror, für die über hunderttausend Kontrollen, für zehntausende von Festnahmen, für tausende von Razzien im Jahr auf »ausländerrelevante Orte«. Er befehligt die zahllosen Überfälle und Durchsuchungen von Ausländerwohnheimen und -wohnungen auf der Suche nach »Asylern, Abschiebern, illegalen Schwarzarbeitern und Scheinehen«.

Und er ist mitverantwortlich für den grauenvollen Verbrennungstod von sechs Männern in der Abschiebehaft Augustastraße [20], denn er sorgt dafür, daß diese Käfige ständig überfüllt sind. Die provozierte Enge, der Dreck, der Gestank und die Aggressionen sind kalkuliert, um einen Rassismus zu schüren, der keine Hemmschwellen mehr kennt, Menschen aus »Pflichtbewußtsein« verbrennen zu lassen.

Das taktische Zusammenspiel zwischen den rigorosen Projekten der Macht und dem exekutierenden Verwaltungsapparat hat in diesem Sommer einen erschreckenden Höhepunkt erreicht. In diesen

Manövern hat sich auch der Chef der Berliner Ausländerpolizei blutige Meriten erworben. Um die Flüchtlingszahlen demagogisch hochzutreiben, ließ er durch seine »Greiftrupps zur gezielten Ausländerfahndung« die Frontstadt praktisch dichtmachen und ausnahmslos alle nichtweißen Frauen, Männer und Kinder - selbst Durchreisende und Besucher - einfangen und zwangsasylieren. Zeltstädte und Containerlager wurden in Szene gesetzt - Potemkinsche Dörfer [21] - allein für den Augenblick und Zweck geschaffen, ein mörderisches völkisches Klima hochzuputschen und sich eine breite Akzeptanz zu sichern für die eigentlichen imperialen Lösungsstrategien. Diese zielen, jenseits allen wahltaktisch inszenierten Gerangels »Grundgesetzänderung versus DDR-Deal« [22] auf eine völlige Umkehrung der jetzigen Situation. Über ein ganzes Paket aufeinander abgestimmter, drakonischer Repressionen soll ein grundsätzlich neues, griffiges Instrumentarium geschmiedet werden, um die internationalen Flüchtlings- und Wanderbewegungen im Vorfeld abzublocken und einschneidend zu dezimieren. Die solchermaßen Vorsortierten sollen dann einer neuerlichen Selektion nach Alter, Geschlecht, politischer Gesinnung und beruflicher Qualifikation unterworfen werden, um unter arbeitsmarktstrategischen Kriterien als entgarantierte Ausbeutungs- und Verschiebemasse je nach Bedarf eingesogen oder ausgestoßen zu werden. Das ist der reale, harte Kern der staatlich inszenierten Asylrechtsdiskussion. Insoweit ist dies kein spezifisch bundesrepublikanisches Thema, sondern wird im gesamten kapitalistischen Westen verhandelt. Für die innerdeutsche Aufbereitung dieser Verwertungs- und Vernichtungsstrategien ist allerdings der immense Druck, der in Berlin produziert wurde, von exemplarischer Bedeutung und exakt auskalkuliert. Über dieses Spannungsfeld definiert sich auch die spezielle Funktion des Berliner Ausländerpolizeichefs.

Eine ganze Reihe politischer Weichen in diesem unerklärten Kriegs gegen die Armutsmassen der 3 Kontinente sind hier gestellt worden. Der erste, mit Ostberlin ausgehandelte konzentrierte Angriff galt den Tamilen. Dann dechiffrierte sich der »La Belle«-Anschlag zum einen als bestellter Vorwand der US-Administration für die mörderische Bombardierung libyscher Städte. Zum anderen als die, von den Alliierten legitimierte, Gelegenheit zur Grenzabriegelung und systematischen Durchkämmung Westberlins durch Hollenbergs Sondereinheiten. Vergleichbar national wie international angelegt war die »Operation Libanon«. Die Suche nach vier Libanesen mit Sprengstoffkoffern erwies sich schnell als durchsichtige Konstruktion für die brutale und beispiellose Großrazzia mit 2 Schützenpanzern, 30 Wannen und 12.000 Polizisten, die sämtliche Berliner Zwangslager und Ausländerheime aufrollten. Zweifellos ein wichtiges Datum in der Hollenbergschen Karriere. Für die internationale Auswertung dieser Operation sorgte Innensenator Kewenig mit seinem Libanon-Trip, um den letzten garantierten Schutz, das Verbot der Auslieferung in Kriegs- und Krisengebiete, zu schleifen. In nahtloser Übereinstimmung mit dem Vorgehen der Regierungen in Paris, London und Rom.

Die Strategie ist gesamtimperialistisch, die Aufbereitung national; Westberlin kommt dabei die Funktion eines taktischen Zentrums zu und der Chef der berliner Ausländerpolizei Hollenberg exekutiert diese Repressions- und Selektionstrategien direkt an den Flüchtlingen und Arbeitemigranten.

Aktion gegen die Sozialhilfestelle für Asylbewerber, Berlin (Februar 87)

Unser Angriff auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber (ZSA) in Berlin richtet sich gegen die Asylpolitik der rassistischen Sonderbehörde.
Es ist kein Appell für eine menschlichere Asylpolitik. Es ist fatal zu glauben, durch Forderungen an die Herrschenden irgendetwas zu erreichen. Am Beispiel der jüngsten Ausweisungen in den Libanon verdeutlicht sich die eiskalte Logik gnadenloser Abschiebepolitiker. Bestandteil und Voraussetzung dieser Politik ist die verwaltungstechnische Umsetzung der Vorgaben des Berliner Senats bzw. des Innenministers. Diese Rolle übernimmt in Berlin die ZSA, eine zentralistische Sonderbehörde, speziell geschaffen für die hier ankommenden Flüchtlinge.
Die politischen, rassistischen Prämissen, unter denen diese Behörde agiert, stehen im direkten Interesse der europäischen Verbündeten: systematische Abschottung gegenüber den weltweiten Migrantenbewegungen durch Schließung der Grenzen, vor allem des Zugangs nach Westberlin, durch Kanalisierung und Konzentration der Flüchtlinge in Sammellager.
Genau wie das Ausländerzentralregister in Köln und die Ausländerabteilungen der Bullen ist die ZSA absolut zentral organisiert - in Abweichung der Struktur sonstiger Sozialbehörden die kommunal bzw. bezirklich gegliedert sind. Mit einem optimierten Verwaltungsapparat und einer rigiden Anwendung des sozialtechnischen Instrumentariums setzt diese rassistische Sonderbehörde Maßstäbe für die Kontrolle kommender sozialer Auseinandersetzungen.
Neben der Verteilung der Flüchtlinge auf die Lager in der BRD bzw. in Sammellager des Deutschen Roten Kreuzes, regelt die ZSA die »soziale und medizinische Betreuung«. Mit dem DRK besteht eine perfekte Symbiose in der täglichen Ausbeutung und Unterdrückung der Lagerbewohner. Das beginnt mit dem Zwang, in der ZSA Soziknete zu beantragen, weil den Flüchtlingen mit einem 2jährigen Arbeitsverbot jede Existenzgrundlage genommen wird. Die ZSA erteilt einen erheblich verminderten Sozialhilfesatz: die Flüchtlinge erhalten 50 DM im Monat und - leben sie außerhalb der Lager - 190 DM an Wertgutscheinen. Mit allen Mitteln, häufig durch Streichung der Wertgutscheine, der Soziknete, der Mietzahlungen etc. versucht die ZSA die Flüchtlinge in die Sammellager zu zwingen.
Die Konzentration auf die Lager hat vorrangig drei Gründe: Zum einen sichert sie die arbeitsmarktorientierte Vernutzung der Flüchtlinge, weil sie leichter zu Zwangsarbeit verpflichtet werden können. Zum zweiten verdient sich das DRK an den Lagern eine goldene Nase. In unserer Erklärung zu den Brandanschlägen auf die Autos der DRK-Funktionäre sind wir darauf eingegangen. Zum dritten zielt die Zwangskasernierung verschiedener Nationalitäten auf die Widerstandskraft der Flüchtlinge: die gegeneinandergetriebenen Flüchtlinge werden von der Organisierung notwendiger Flüchtlingshilfen abgelenkt und am Aufbau klandestiner Strukturen gehindert. Nicht zuletzt erschwert der um die Lager gezogene Stacheldraht eine Vermischung mit dem hier existierenden Milieu. Der auf niedrigstem Niveau eingeengte Lebensstandard und die Mißachtung elementarer Hilfeleistungen - Krankenscheine werden zurückgehalten, Atteste nicht akzeptiert, Krankenbehandlungen unterlassen - ist nicht der Gipfel der Willkür, sondern die Methode eines logisch funktionierenden, rassistischen Verwaltungsapparates.
Unser Ziel ist es nicht, für eine verbesserte Sozialtechnokratie zu kämpfen, unser Angriff auf die Sonderbehörde ist grundsätzlicher Natur.
Die ZSA und mit ihr alle rassistischen Behörden müssen weg!

Knieschüsse auf den Vorsitzenden Richter des Bundesverwaltungsgerichts Korbmacher, Berlin (September 87)

»Das Unrecht ist nicht anonym, es hat einen Namen und eine Adresse«, sagt Brecht. Eine erste Adresse bei der Vollstreckung moderner Flüchtlingspolitik ist Dr. Günter Korbmacher, Vorsitzender Richter des Asylsenats am Bundesverwaltungsgericht. Dieser 9. Senat ist kein herkömmlicher Senat, sondern ein 1980/81 gegen die trikontinentale Flüchtlingsbewegung einberufener Sondersenat, der den Auftrag hat, sie auf seinem Terrain und mit seinen Mitteln zu brechen. Der oberste Asylsenat mit seiner politisch handverlesenen Richterbesetzung ist als juristischer Begleitschutz konzipiert worden für den ab 1982 forcierten, legislativen und administrativen Gegenangriff auf die Zwangsmobilisierten und Armgemachten des Trikonts, die in wachsender Anzahl den Abwehrkordon der Metropolen überwandern. Erste wesentliche Durchbrüche in diesem Klassenkrieg waren bereits in unmittelbarer Folge zu verzeichnen. Die Zahl der Asylverfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht wurde durch eine Flut einschneidender Sondererlasse von 12.000 im Jahr auf 800 heruntergedrückt und damit ein zuvor durch jahrelange Verfahrensdauer garantierter Überlebensraum für Immigranten vernichtet - in der Begrifflichkeit moderner Sozialtechnik ein »Abschmelzen der Altlasten«.
Die »Neulasten« werden durch industrialisierte Schnellgerichtsverfahren gepreßt, die einen frappierenden Massenausstoß an Urteilsproduktion garantieren. Aufgrund ihrer Massierung sind die Asylverfahren zum bevorzugten Terrain einer fabrikorientierten Durchorganisation und Systematisierung der dritten Gewalt avanciert, die mit seriellen, computerisierten, beliebig verknüpfbaren Urteilssegmentierungen arbeitet. Vergleichbar der seriellen Normierung im Sozialrecht wurde in den letzen Jahren alles lebendige Fleisch aus dem Asylrecht herausgeschnitten und die blanke Maschine installiert, die katalogisiert, zählt und auspunktet. Damit wird jeder herkömmliche Transmissionsriemen zwischen den Projekten der Macht und der dritten Gewalt überflüssig, da die Exekutive jetzt die Justizmaschine im direkten Verfahren selbst programmiert. Zum einen hat das eine immense Steigerung der Effizienz zur Folge. Die Produktionsziffern der Entscheidungen des obersten Asylsenats sprengen zur Zeit jeden Rahmen, ja die Erledigungsquoten der Richter Korbmacher, Eckstein, Säcker, Kemper und Bender sind so enorm, daß sie seit Jahren schamhaft aus den Geschäftslageberichten des Bundesverwaltungsgerichts eliminiert werden müssen, »um die allgemeine Leistungsbilanz nicht unzulässig zu beschönigen«.
Zum strategischen Ort in dieser Variante des Klassenkrieges hat sich das Grundrecht auf Asyl kristallisiert. Da es so gut wie keinem Menschen zugestanden wird - Frauen werden von diesem patriarchalischen Definitionsapparat von vornherein ausgeschlossen - wird viel über seine Aushöhlung geklagt. Doch diese Klage geht völlig in die Irre. Selbstverständlich wußten die Legislatoren des NS-Nachfolgestaates, warum sie die generelle Bestimmung »Flüchtlinge« nicht wollten und statt dessen dem einschränkenden, interpretierbaren Terminus »politisch Verfolgte« den Vorzug gaben und warum sie sich hartnäckig KPD-Forderungen widersetzten, die eine grundgesetzliche Festschreibung existenzieller Rechte, wie Arbeitserlaubnis und Bewegungsfreiheit für die Immigranten bedeutet hätten. Das Asylrecht ist seinem Wesen nach eben nicht als einklagbares Individualrecht konzipiert worden - vielmehr ist es von vornherein allen opportunen staatlichen Auslegungen und imperialistischen Dispositionen geöffnet worden und daher in seinem Kern ein Staatsschutzrecht. Folglich geht es heute nicht um seine Aushöhlung, sondern um seine Modernisierung zu einem paßgenauen Instrument imperialer Flüchtlingspolitik.

Diesen Modernisierungsschub gestalten in letzter Instanz die Richter Korbmacher & Co. vom Bundesverwaltungsgericht. Die Schneisen, die die Flüchtlingsverwaltung und die Untergerichte geschlagen haben, werden von ihnen geordnet und in eine imperialistische Großraum- und Ordnungspolitik umgesetzt. Aus diesem Grund also erschöpft sich die Arbeit dieses Kollegiums nicht in seiner höchstrichterlichen Absegnung von Asylverweigerung als Mittel, die Metropolen gegen die Flüchtlingsbewegung abzuschotten. Seit einigen Jahren geht es entschieden um mehr, um die rechtliche Legitimierung einer Praxis internationaler Aufstandsbekämpfung, die in die zentralen Urteile zum Asylrecht verpackt ist.

Die Technik, das Recht auf Asyl zum Ausgangspunkt einer internationalen Legitimationsordnung für Terror, Folter und Völkermord zu machen, ist frappierend, jedoch im Asylrecht genuin angelegt. Weder die sozialen oder politökonomischen Verhältnisse eines Staates, noch die politische und soziale Praxis der Flüchtenden sind für die Urteilsfindung von Belang. Gewogen wird ausschließlich das Staatsschutzargument der betreffenden Mächte, die unisono versichern, daß es in ihrem Herrschaftsbereich weder einen politisch noch einen sozial legitimierten Widerstand geben könne. Eine grausame Platitüde, denn kein Staat auf dieser Welt definiert das, was ihn grundsätzlich in Frage stellt, als politischen Widerstand, sondern ausnahmslos als kriminelles Verbrechen.

Das weiß natürlich auch der oberste Asylsenat. Ihm geht es bei seiner aktuellen Rechtssprechung darum, die jeweiligen Staatsschutzräume weltweit entscheidend auszudehnen, staatliche Gewalt generell dafür zu legitimieren, alle Poren der trikontinentalen Gesellschaften zu durchdringen, um einen globalen, kapitalgerecht verwertbaren Menschentypus zu erzwingen. Alles Widerständige und nicht Vernutzbare wird ausdrücklich unter dem terminus technicus »Staatsnotwehr« der Vernichtung anheim gegeben. Es geht dabei essentiell nicht um die Souveränität der jeweiligen Regime. Sie dienen nur als Transmissionsriemen einer imperialistischen Weltinnenpolitik, in der die westlichen Kapitalzentren entscheiden, welche Bevölkerungsgruppe zu welchem Zweck und mit welchen Mitteln bekämpft, unterworfen oder vernichtet wird. Dem Asylsenat fällt in diesem Rahmen die Aufgabe zu, Aufstandsbekämpfung in aller Welt zu qualifizieren, mit dem ganzen Gewicht eines Metropolengerichtshofes politisch zu sanktionieren und juristisch zu legitimieren.

Aufhänger für diesen qualitativ neuen Vorstoß waren Verfahren von Kurden, deren Asylanträge abgelehnt worden waren, da Folter in der Türkei als »allgemein kriminalpolitisches Phänomen« gelten könne. Das war dem Korbmacher-Senat zu anspruchslos und zu kurzsichtig, da dieses Urteil die blutigen Statthalterregime nur generös deckt und auf jede weiterreichende Einflußnahme und Zielsetzung verzichtet. Sie schöpfen die globale ordnungspolitische Dimension im Asylrecht nur unzureichend aus und definieren sich auf dem Hintergrund eines obsoleten Neokolonialismus, anstatt sich als Instrument einer neuen imperialistischen Weltinnenpolitik zu begreifen.

Dagegen bedient sich das Bundesverwaltungsgericht der zur Verhandlung stehenden Verfolgungen, Revolten, sozialen Verwüstungen und Bürgerkriege, um eine Weltordnung rechtsförmig zu legitimieren, die den jeweiligen Staatsterror ausdrücklich fordert. Einen Staatsterror nicht per se, sondern als Voraussetzung, um die Gesellschaften der drei Kontinente einzuschleifen, verwertbare Populationen von nicht verwertbaren zu scheiden und kapitalgerecht aufzubereiten. Im Koordinationssystem dieses Unterwerfungskonzepts entwickelt der Korbmacher-Senat den operativen Begriff vom Staat als absolutem Subjekt. Damit wird per definitionem jeder soziale und politische Widerstand automatisch zum Staatsverbrechen erklärt und seine Bekämpfung verlangt. Zitate aus den Kurden-Urteilen belegen das: Folter und Völkermord, die der »Abwehr von Umsturzversuchen oder Gebietsabtrennungen dienen« sind keine politische Verfolgung, sondern notwendig, »denn der Staat selbst, sein Gebietsbestand und seine Grundordnung sind Schutzgüter«. Jede staatliche Maßnahme, einschließlich Massakern, ist gerechtfertigt, »wenn sie nur zur Überwindung von Notstandssituationen und zur Wiederherstellung der

inneren Sicherheit« dient oder zur »Behandlung von Minderheiten, weil ein Mehrvölkerstaat in besonderem Maße auf die Sicherung seiner staatlichen Einheit und seines Gebietsstandes bedacht sein wird und dieses Ziel auch durchsetzen darf«. Insbesonders, wenn ein Flüchtling einer »gewaltbejahenden Gruppe angehört, verstärkt sich grundsätzlich die Wahrscheinlichkeit einer auf den kriminellen und nicht auf den politischen Gehalt der Tat beschränkten Reaktion, je gravierender die Mittel sind, mit denen der Gesinnungstäter die Ordnung der von ihm abgelehnten Staatsmacht bekämpft«.
Noch deutlicher wird diese Linie, wenn das Gericht tamilische Flüchtlinge in die Völkermordregion Sri Lanka zurückschickt, »weil die wahllosen Vergeltungsschläge gegen die tamilische Bevölkerung mit der hohen Zahl von Todesopfern« nicht der subjektiven Motivation des Staates zur politischen Verfolgung entspringen, sondern der Absicht, »durch den Einsatz der Sicherheitskräfte seine staatliche Einheit und seinen territorialen Stand zu wahren«.
Mit dieser restlosen Ineinssetzung von Staat und Recht besorgt das Bundesverwaltungsgericht die juristische Fundierung für eine international abgestufte Ausbeutungs- und Vernichtungsordnung, die ein Weltrecht konzipiert, mit dem sukzessive alle Klassenantagonismen einem imperialistischen Rechtskodex subsumiert werden, um sie offiziell und effektiver liquidieren zu können.
Über die strategische Funktion seines Amtes hinaus legt der Vorsitzende Richter am obersten Asylsenat Dr. Günter Korbmacher einen ausgesprochen eigenen politischen Geltungsdrang an den Tag. Auf dem Höhepunkt der rassistischen Hetzkampagne gegen die Flüchtlinge warf er sich persönlich an die Medienfront, um vehement eine Grundgesetzänderung des Asylrechts zu fordern, damit in Zukunft garantiert sei, daß nur noch politisch handverlesene und ökonomisch verwertbare, vorselektierte Immigranten zur Disposition stünden. Mit entsprechender Rigorosität hat er sich dem unnachgiebigen Kampf zur Abschaffung der Nachfluchtgründe verschrieben, die er als weiche Stelle und Schlupfloch im Sicherheitskordon ausgemacht hat - geeignet, die gesamte Abwehrfront gegen die Flüchtlingsflut zu unterminieren und ad absurdum zu führen.
Wir meinen, der oberste Asylrichter Korbmacher ist ein furchtbarer Jurist. [23]

Die Entscheidung, einer Person in die Knie zu schießen, enthält eine bewußte und präzise praktische und politische Limitierung. Der Angegriffene und unmittelbare Tatzeuge soll überleben, ja er muß es unter allen Umständen, denn dies ist die entscheidende Bestimmung der Aktion, selbst wenn sie zum Preis eines erhöhten Risikos für die ausführenden Genossinnen und Genossen erkauft werden muß.
Der Angegriffene ist ein Schreibtischtäter par excellence, eine Ausgeburt moderner Herrschaft, ausgestattet mit allen Insignien repräsentativer Macht, die sich selbst zelebriert. Person und Körper verschwinden dahinter, verobjektivieren sich. Richter Korbmacher, der haßt, verachtet, eindämmt, raussäubert, de facto wertes von unwertem Leben am Fließband sortiert, letzte Instanz über Leib und Leben zahlloser Menschen, ritualisiert sich erfolgreich aus seiner Person und existenziellen Verantwortung heraus. Erfolgreich in zweifacher Hinsicht. So hat dieser Berufsstand trotz seiner terroristischen NS-Geschichte ein ungebrochen fettes gutes Gewissen und sich aufgrund seiner spezifischen Herrschaftsstruktur nicht angemessen zum Objekt von Klassenhaß verdichtet. Eine strikt geregelte Arbeitsteilung enthebt ihn der physischen Präsenz in Klassenauseinandersetzungen - er gibt die Richtung an und legt die Regeln fest, legitimiert die Schergen. Drangsalieren, einsperren, rausprügeln tun andere, foltern und exekutieren wieder andere. Bei Folterern, Polizeischergen, terroristischen Ämterchefs hat der Klassenhaß genug konkrete Angriffsflächen, um zu greifen, an Schreibtischtätern gleitet er immer wieder an ihrer fehlenden physischen Präsenz, ihrer mangelnden Körperlichkeit ab, vor die sich die Institutionen, Rituale und Mystifikationen schieben.
Die Schüsse auf die Beine des obersten Asylrichters sollen dem kalt ausgeheckten Unrecht, der

kodifizierten Brutalität, die das Leben so vieler Menschen zerstört, wieder einen konkreten Namen, ein Gesicht, einen Körper verleihen. Diese Schüsse sollen ihn zweifach brandmarken. Sie sollen ihn verletzen, eine nachhaltige Erschütterung seiner Existenz durch einen intensiven körperlichen Schmerz und eine langwierige körperliche Beeinträchtigung bewirken und er soll leiden, damit er bezahlt und versteht. Verstehen nicht im Sinne einer Läuterung - darauf haben wir keinen Einfluß - sondern, indem er mit jeder Faser seines Körpers und seines Bewußtseins in eine umgekehrte Situation gezwungen wird, der er sich unmöglich entziehen kann, die an ihm haften wird.
Und diese Schüsse sollen ihn politisch brandmarken. Sie sollen ihn ins öffentliche Bewußtsein brennen als Hauptverantwortlichen im juristischen Kampf gegen die Opfer imperialistischer Großraumpolitik, der darüberhinaus von einem persönlichen Haß und Eifer in seiner Arbeit angetrieben wird. Wir wollen den suggestiven Nimbus der Macht zerstören, durch den er sich geschützt glaubt, und ihn öffentlich vor aller Augen in die Knie zwingen. Und wir wollen seine Karriere zerstören, denn wer einmal dieses suggestiven Nimbus beraubt worden ist, wer einmal der Guerilla in die Hände gefallen ist, der wird seiner eigenen wölfischen Klasse suspekt und zur peinlichen politischen Last. Sie selbst wird dafür sorgen, daß er auf Dauer beruflich und politisch erledigt ist, so wie sie es mit Peter Lorenz [24] gemacht hat.
Außer diesen konkreten Bestimmungen der Aktion gibt es für uns zwei weitere wesentliche Aspekte, die den bewaffneten Angriff auf Personen wie Korbmacher und Hollenberg begründen. Zum einen die NS-Methoden, mit denen die internationale Flucht- und Wanderarbeiterbewegung in den Metropolen eingedämmt werden soll. Die unverhüllte Brutalität, die Klassenherrschaft hier annimmt, übersteigt bewußt und gezielt das austarierte, kalkulierte Niveau, auf dem Klassenkämpfe in den Metropolen gehalten werden. Die Schärfe des Angriffs auf Existenzrecht und Egalitätsansprüche muß in den politischen Antworten des revolutionären Widerstands, der adäquaten Wahl der Waffen und Aktionsebenen seine Entsprechung finden, wenn er glaubwürdig sein will. Jemandem, der Menschen in die Folter oder einen drohenden Tod schickt, kann man nicht das Auto anstecken oder eine Abreibung verpassen. Das ist unangemessen und verniedlicht sein Verbrechen.
Warum ihn dann nicht gleich töten? Wir meinen, wenn nicht offener Klassenkrieg herrscht, in dem die Liquidierung des Gegners zu einer Macht- und Überlebensfrage der Unterklassen wird - Zustände, von denen wir weit entfernt sind - kann ein politischer Mord nur einen exemplarischen Charakter haben. Seine Bedeutung, seine einzige Rechtfertigung liegt in seiner politischen Dimension, da er die realen Machtverhältnisse nicht wirklich erschüttern und ernsthaft in Bedrängnis bringen kann. Seine Legitimation muß sich in seiner direkten Wirkung auf die Klassenauseinandersetzungen und die Zuspitzung des Klassenbewußtseins erweisen und kann sich nicht ausschließlich in der Bekämpfung des Gegners erschöpfen. Der politische Mord an einem bislang anonymen Funktionsträger von Staat und Kapital - und mag er noch so wichtige Funktionen bekleidet haben - muß politisch verpuffen. Denn was sagt die Aktion anderes aus als: da war jemand, der für das und das verantwortlich war und jetzt ist er weg, aus der Welt geschafft. Das Volk erfährt von seiner Existenz erst, nachdem sie ausgelöscht ist. Es gibt keine Chance, ihn zu hassen, seinen Tod zu wünschen.
Ein solcher Tod kann kein Aufatmen, keine Erleichterung auslösen. Das ist das politische Dilemma der Ermordung eines von Braunmühl [25] zum Beispiel.
Etwas anderes dagegen vermittelte die Hinrichtung des Menschenjägers Buback. [26] Mit ihm ist ein allgemein verhaßter und gefürchteter Volksfeind gefallen, dessen Tod ein Gefühl der Befreiung und Ermutigung ausgelöst hat. Einzig und allein diese Wirkung rechtfertigt etwas dermaßen Schwerwiegendes wie die politische Tötung eines Menschen, dieses äußerste und extremste Mittel im Klassenkampf, das sich durch seinen inflationären Gebrauch selbst entwertet.

Eine Guerilla, die leichtfertig gegen diese absolut verpflichtenden Gesetze der politischen Moral und Verantwortung verstößt, die zunehmend ihre Skrupel - dieses wesentliche Merkmal, das revolutionäre Frauen und Männer vom Klassenfeind unterscheidet - über Bord wirft, verspielt und verliert damit auch ihren eigentlichen Kredit und Anspruch: einen Klassenkampf mit dem Volk und für das Volk zu führen, in dem die Ziele einer freien, egalitären, menschlichen Gesellschaft aufscheinen.

Aktion gegen das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Dortmund (September 87)

Soziale Revolution gegen imperialistische Flüchtlingspolitik
Nachts, zwei Uhr. Eine Gruppe Berber, Nichtseßhafter, Sozialhilfeempfänger und Arbeitssuchende für eine schnelle Mark finden sich vor dem Gebäude des Schnelldienstes des Dortmunder Arbeitsamtes ein. Mit lautem Hallo und einigen Pullen Bier gegen die Kälte und Langeweile wird der Morgen erwartet. Viele kennen sich, denn die Prozedur wiederholt sich Nacht für Nacht. Sie kommen nicht freiwillig. Das Programm, das sie herzwingt, bekannt als »Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger« ist die Knute der Sozialverwaltung, ihre Klientel zu disziplinieren, und sie führt gleichzeitig den verschiedensten Unternehmen frei disponible Arbeitskraft zur billigsten Vernutzung zu.
Das System funktioniert so: wenn es auf der »Schelle« Arbeit gibt - und sei es auch nur für einen Tag - gibt es keine Sozialhilfe; wer keine Arbeit bekommt, braucht unbedingt den Amtsstempel, mit dem die Bereitschaft dokumentiert wird, am staatlichen Sklavenmarkt teilzunehmen. Denn ohne Stempel keine Sozialhilfe.
Szenenwechsel: ein paar Stunden später, dasselbe Gebäude, eine Tür weiter: hier ist die Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Zirndorf.
Diejenigen, die zur Arbeit gezwungen werden, sind längst weg. Nun finden sich die ein, denen von Amts wegen für Jahre jegliche Arbeit verboten wird: Flüchtlinge, Immigranten, AsylantragstellerInnen.
Hier wird im ersten Anlauf festgestellt, was vom Staat als politischer Asylgrund akzeptiert wird, was nicht. Sogenannte Entscheider, bundesrepublikweit 140 an der Zahl, befinden nach diesem Verhör über die Anerkennung, 70.000 Verhöre in einem Jahr. Inzwischen werden 90 % abgelehnt. Und Ablehnungsgründe gibt es viele. Wer aus beruflichen oder wirtschaftlichen Gründen flieht, wer gar eine Strafverfolgung befürchtet, ist sofort aus dem Rennen. Desertation oder Kriegsdienstverweigerung (Iran), Folter und Totschlag (Türkei), sogar Völkermord (Tamilen) sind schon lange kein Asylgrund mehr, weil diese Formen der Behandlung von Menschen zum normalen, traditionellen und nicht außergewöhnlichen Instrumentarium der jeweils herrschenden Klasse gehören.
Hektographierte Zettel als Ablehnungsbescheide mit Standardbegründungen erleichtern das Geschäft, es ist der alltägliche zynische Umgang mit der Macht, die über Menschenleben entscheidet.
Den Zurückgestoßenen bleibt der mühsame, erniedrigende und erfolglose Weg über die Verwaltungsgerichte, um dort die Rückfahrkarte und den Abschiebeknast verpaßt zu bekommen.
Die Zufälligkeit, mit der in Dortmund zwei Ausformungen derselben Sozialpolitik örtlich zusammengeführt wurden, versinnbildlicht den repressiven Charakter des Sozialverwaltungssystems: Sonderbehandlung von Minderheiten mit dem Ziel der Kontrolle und der Selektion, mit der Intention rassistisch vermittelte Klassenspaltung zu schaffen und der stillschweigenden Akzeptanz der

Auspressung in ungarantierten Arbeitsverhältnissen.
Wo im letzten Sommer noch aus Zeltstädten und überquellenden Sammellagern dem deutschen Stammwähler die »Asylantenflut« den sicheren Heimatboden wegzuspülen drohte, wo des Volkes Stimmung mobilisiert wurde, um in alter Tradition Fremdenhaß zu säen, wird heute die Einkreisung der hier verbleibenden Flüchtlinge organisiert.
Hatten noch Maßnahmen wie Grenzschließung, Einschränkung der Bewegungsfreiheit und die Kasernierung Gegenkräfte mobilisiert, scheint das Thema »Asyl« nur noch als billiges Profilierungsgequatsche zu den Menschenrechten zu taugen. Die Torturen und die Leideswege der Flüchtlinge der drei Kontinente sind immer noch die gleichen geblieben.
Die Einkreisungspolitik zielt darauf ab, die restlichen Flüchtlinge aus dem Land zu treiben, indem ihnen die Lebensgrundlagen entzogen werden. Die geplante Herausnahme aus dem Bundessozialhilfegesetz und die Schaffung eines Sondergesetzes, das nur noch Gelder bewilligen soll, die dem Lebensstandard in den Heimatländern entsprechen sollen, hungert die Menschen aus.
Die Anerkennungsquote wird systematisch runtergeschraubt. Daß die Flüchtlinge auf diese Weise dem illegalen Arbeitsmarkt zugeführt werden, gehört zum Repertoire kapitalistischer Ausbeutungsmethoden. Einige Branchen setzen zunehmend auf die Vernutzung illegaler Arbeitskraft aus dem Flüchtlingsmilieu. Im Zusammenhang mit der Leiharbeit und dem staatlichen Zwangsarbeitssystem wird deutlich, daß der Anteil der ungarantierten Arbeit wächst. Gegen diesen Klassenkrieg von Oben müssen die Angriffslinien gegen das System liegen, um die Kampagen gegen die imperialistische Flüchtlingspolitik auszuweiten zum Kampf gegen die repressive Sozialpolitik und ihren Vermittlungsagenturen.
Unser Angriff auf beide Orte stellt eine Verbindung her, die die Ausweitung der Kampagne thematisiert. Dabei wissen wir natürlich, daß unsere Aktion die Politik der Spaltung und Desorientierung durch die Herrschenden nicht aufhebt und die rassistische Klassenstruktur nicht überwindet. Sie gibt eine Möglichkeit für zukünftige Konfliktlinien an.
Die verbrannten Akten in der Dortmunder Außenstelle des Zirndorfer Amtes sollen den Flüchtlingen eine Atempause verschaffen und ein Beitrag dazu sein, das faktische Aufenthaltsrecht durchzusetzen.

Anschläge gegen das Verwaltungsgericht Düsseldorf und das Oberverwaltungsgericht Münster (1989)

Soziale Revolution gegen imperialistische Flüchtlingspolitik
Sie machen sich nicht selbst die Hände schmutzig. Sie beteiligen sich nicht selbst an Folterungen, Vergewaltigungen oder Hinrichtungen, etwa von kurdischen oder tamilischen Frauen und Männern. Dennoch - ihre Arbeit ist ein blutiges Geschäft.
Sie sind ein kleines, aber wirksames Rad im internationalen Klassenkrieg gegen die Armen der drei Kontinente. Ihre Waffe ist das Asylrecht. Ihr Schutz die Anonymität des Justizapparates: die Richter an den Asylkammern der westdeutschen Verwaltungsgerichte.
Wenn überhaupt was über die rassistischen Praktiken der Gerichte bekannt wird, sind es die ganz spektakulären Fälle - etwa der Tod eines Schwarzen aus Sierra Leone, der, nachdem er von der 18. Kammer des Düsseldorfer Verwaltungsgerichts ausgesondert worden war, in seiner Heimat von seinen

Verfolgern ermordet wurde - der Täter: Richter Fix.
Die Geschwindigkeit und Präzision, mit der dieser Richter an der »Horrorkammer« abschlägige Urteile gegen Flüchtlinge fällt, hat in Deutschland Tradition. Der zynische Kommentar seines Dienstherrn: der Tod des Schwarzafrikaners seit letztlich ein »schicksalhaftes Geschehen«.
Der alltägliche Horror, die Normalität ist die Aussonderung der Flüchtlinge aus dem Trikont - die Verweigerung ihres Existenzrechts.
Der weitaus größte Teil der weltweit zwangsmobilisierten Flüchtlinge sind Frauen. Die meisten von denen, die es trotz Abschottung der Metropolen überhaupt schaffen herzukommen, sind Männer. Es ist angesichts des 5jährigen Arbeitsverbotes, Bewegungsverbotes, dem Leben in Lagern, der ständigen Unsicherheit ein zweifelhaftes Privileg - aber immerhin noch besser als die Lebensbedingungen der Frauen und Kinder, die in den Flüchtlingslagern der Armutszonen der Welt täglich um ihr Überleben kämpfen müssen - wie z. B. die kurdischen Flüchtlinge in der Türkei, die vor den deutschen Giftgasgranaten [27] aus dem Irak fliehen mußten.
Die Flüchtlingsfrauen [28], die sich hier nicht als Prostituierte in Bordellen wiederfinden oder als Ehefrauen verkauft werden, sondern ihr Recht auf Leben in Form von Asyl einklagen, haben ganz schlechte Karten: sexistische Gewalt ist vor den Gerichten in der BRD kein Fluchtgrund - trotz Folter und Vergewaltigung an Frauen aus dem Widerstand oder von sozialen Minderheiten.
Wird Folter an politischen Gefangenen z.B. aus der Türkei von den Gerichten hier nur als normale Verfolgungsmaßnahme im Staatsschutzinteresse bezeichnet, so charakterisiert das Oberverwaltungsgericht Münster in einer Grundsatzentscheidung sexistische Gewalt gegen Frauen als allgemeine Verfolgungsnahme, die nicht gegen Frauen als Geschlecht gerichtet sei. In diesem konkreten Fall entschied dieses Gericht gegen eine Frau aus Sri Lanka, weil eine Vergewaltigung als ganz normale Erscheinung in Bürgerkriegssituationen kein individuell einklagbares Recht auf Asyl begründen würde.
Wenn Flüchtlingsfrauen überhaupt ein Aufenthaltsrecht zugebilligt wird, dann als Ehefrau eines anerkannten Mannes.
Es ist die Verachtung gegenüber Frauen, die ihnen hier wie dort als Sexismus gegenübertritt. Der Angriff auf die weibliche Identität ist aber auch die Angst der Herrschenden vor dem zunehmenden weltweiten Widerstand von Frauen - dem Widerstand der Besitzlosen, der alle Machtverhältnisse zum Einsturz zu bringen droht.
Wir haben heute am Oberverwaltungsgericht Münster und im Verwaltungsgericht Düsseldorf Sprengsätze gezündet, weil alle, die sich an der Aussonderung und Kontrolle von Flüchtlingen beteiligen, wissen sollen, daß auch sie die Solidarität der Unterdrückten treffen kann.
Wir haben inzwischen gelernt, daß die imperialistische Flüchtlingspolitik nicht geschlechtsneutral ist. Wenn Männer in der Metropole den Kampf gegen institutionalisierte Formen männlicher Macht aufnehmen, dann nicht unter dem Vorzeichen einer angeblichen Gleichheit. Das wäre nichts anderes, als der Ansatz zu einer neuen Dimension des Betrugs.
Denn als Metropolenmänner sind wir selbst Teil des Problems, Profiteure der sexistischen und rassistischen Machtstrukturen. Deshalb ist unser Kampf für die Aufhebung aller Gewaltverhältnisse mit Sicherheit erstmal ein widersprüchlicher Prozeß. Der Bezug auf den weltweiten Widerstand von Frauen und Farbigen muß aber praktisch werden und hier die institutionalisierten Formen des Rassismus und Sexismus angreifen - Solidarität ist ein Kampfbegriff.
Wir knüpfen heute an unsere Kampagne gegen die imperialistische Flüchtlingspolitik an, die wir begonnen hatten, als im Sommer 86 die rassistische Mobilisierung gegen Flüchtlinge als Hetzkampagne gegen »Wirtschaftsflüchtlinge« und »Überfremdung« einsetzte. Ergebnis dieser wohlinszenierten Staatskampagne waren die verschärften Lebensbedingungen für Flüchtlinge und die dichten Grenzen.

Die rassistische Ausländerpolitik hier ist Teil einer globalen Bevölkerungs- und Sozialpolitik gegen die arm gemachten Massen der 3 Kontinente. Sie richtet sich gegen ihren Versuch, ihr Recht auf Leben und Existenz hier in den imperialistischen Zentren zurückzufordern. Sie ist aber auch Teil der Sozialpolitik hier zur Neuzusammensetzung der Klasse. Die rassistisch vermittelte Klassenspaltung und der Sexismus sind die einzigen ideologischen Kampfmittel der Herrschenden zur Ablenkung von den sozialen Folgen der kapitalistischen Umstrukturierung, dem Angriff auf den Soziallohn, der Entgarantierung der Arbeitsverhältnisse, den miesen Jobs zu Niedriglohnbedingungen, dem Arbeitszwang für Sozi-Empfänger, die Aussonderung der Alten und Kranken.
Die Propagierung der Kleinfamilie, die Kampagne der Rechten gegen den 218, die Einführung der neuen Reproduktionstechniken sind Teil des Angriffs auf die Identität von Frauen, die sich auch hier zunehmend patriarchalen Strukturen verweigern und widersetzen.
Die Bevölkerungs- und Sozialpolitik ist von ihrem Charakter her sozialdarwinistisch. [29] Das Prinzip der Auslese und Ausmerze wird schon daran deutlich, wie die Verschärfung des Ausländerrechts und die Durchsetzung der Gen- und Reproduktionstechnologien propagiert werden. So sind in der Begründung für ein europäisches Forschungsprojekt »Prädikative Medizin« offen eugenische Kriterien benannt worden. Im ersten Entwurf für ein neues Ausländerrecht wurden nationalistisch-völkische Kriterien in den Gesetzestext wiedereingeführt. Dieser Entwurf verdeutlicht nur die Essenz der Ausländerpolitik: die Abschottung der Herrenmenschen vor den unnützen Essern, den Farbigen des Trikonts und gleichzeitig ihre Verwertung als Arbeitsvölker. Nach den Plänen für das neue Ausländerrecht wird es für die schon aus der Zeit vor dem Anwerbestop 1973 hier arbeitenden ImmigrantInnen minimale Verbesserungen geben, für alle anderen gibt es keinen gesicherten Aufenthalt. Die Bestimmungen sind so vage gehalten, daß die Ausländerbehörden, je nach den Erfordernissen des Arbeitsmarktes und politischem Wohlverhalten, befristete Arbeitserlaubnisse erteilen können. Die de-facto-Flüchtlinge sollen konsequent abgeschoben werden.
Die Aufnahme von hunderttausenden von Flüchtlingen aus Osteuropa steht zur restriktiven Ausländerpolitik nicht im Gegensatz: die Aussiedler werden zum begehrten Objekt zur Sicherung der Niedriglohnpolitik, analog der Adenauerschen Flüchtlings- und Vertriebenenpolitik in der Nachkriegszeit. Sie werden aber auch selbst zum Objekt des Rassismus in der Gesellschaft.
Die Tatsache, daß an den Grenzen der BRD heute ein NSDAP-Mitgliedsbuch mehr gilt, als die Folterspuren am Körper einer Farbigen, weist auf eine Kontinuität europäischer Großraumpolitik seit dem Nationalsozialismus hin.
So ist die Vereinheitlichung der Flüchtlingspolitik zum Schmiermittel zur Durchsetzung der Vereinigten Staaten von Europa geworden, des Europa der Bullen und Bonzen, im Interesse der Multis. Gegenstand vieler Konferenzen und Verträge im Vorfeld des europäischen Binnenmarktes, wie TREVI [30] und Schengener Abkommen [31], waren immer die Vereinheitlichung der Sicherheitsapparate und die Ausländerpolitik. Es geht dabei um nicht weniger, als den Entwurf einer modernisierten Innen- und Sozialpolitik im europäischen Großraum. Dabei sind die einheitlichen Mechanismen zur Zwangsmobilisierung der Arbeitskräfte aus den angrenzenden Armuts- und Aufstandsregionen des Nahen Ostens (einschließlich der Türkei) und Nordafrikas von besonderer Bedeutung.
Wir hatten unsere Kampagne gegen die imperialistische Flüchtlingspolitik im Herbst 86 als Vorschlag an die gesamte autonome und sozialrevolutionäre Linke in der BRD formuliert.
Wir gehen nach wie vor davon aus, daß Antiimperialismus in der Metropole nur konkret werden kann, wenn er sich auf gesellschaftliche Konflikte hier bezieht und sich ins Verhältnis setzt zu einem möglichen Klassensubjekt in der Metropole und gleichzeitig zu den Kämpfen der Massen in den drei Kontinenten. In diesem Zusammenhang sehen wir auch unsere Aktionen gegen transnationale Konzerne

hier zur Unterstützung des Befreiungskampfes im südlichen Afrika.
Auch wenn unser Vorschlag nicht massenhaft praktisch aufgegriffen wurde, so waren die Auseinandersetzungen um die Kampagne gegen das Treffen des internationalen Mordkartells in Berlin [32] ein wichtiger Schritt zur Entwicklung eines antiimperialistischen Bewußtseins der Linken.
Daß der Feind aber nicht schläft, ist schon nach den Schüssen an der Startbahn [33] deutlich geworden.
Die Schüsse waren nur der Auftakt einer Verfolgungswelle, mit der der Staat versucht, all die politischen Ansätze der letzten Jahre und die Entwicklung des militanten Widerstandes seit Anfang der 80er einzudämmen. Durch den permanenten Belagerungszustand, die Ausweitung der Anti-Terror-Gesetze, den verstärkten Einsatz geheimdienstlicher Mittel, ist die radikale Linke seitdem auf sich selbst zurückgeworfen.
Die Repression wird aber nicht im Protest gegen die Repression selbst gebrochen, sondern durch die Verankerung sozialrevolutionärer Politik.
Die politische Entwicklung in diesem Land, insbesondere die Wahlerfolge neofaschistischer Gruppen [34], haben uns darin bestätigt, daß antiimperialistische Politik in der Metropole nur dann eine Perspektive hat, wenn sie gleichzeitig auch eine Antwort ist auf soziale Fragen: Das Herz des Staates ist das Bewußtsein der Unterdrückten - Revolution ist ohne den Kampf um die Köpfe der Menschen nicht denkbar.
Wir hatten nie die Illusion, daß Teile der proletarischen Jugend, der Frauen, der Arbeitslosen oder anderer Teile der Gesellschaft rasch gemeinsame Interessen mit Flüchtlingen und ImmigrantInnen entwickeln würden, dafür greift der Sexismus und der Rassismus nur zu gut. Antiimperialismus muß aber genau dort angesiedelt sein und diesen Knoten durchschlagen.
Den Befreiungskampf der Frauen und Farbigen in den drei Kontinenten aufgreifen -
den antiimperialistischen Kampf im »Herz der Bestie« führen!

Erklärung zum Anschlag auf das Ausländeramt Böblingen (August 91)

Morgens hörst du die Nachrichten: »Bundesinnenminister Schäuble schlägt vor, daß die west- und osteuropäischen Länder eine abgestimmte und umfassende Abwehrstrategie gegen die Einreise von Flüchtlingen entwickeln sollen.
Du gehst beim Bäcker vorbei. Im Laden hörst du, wie die Verkäuferin zur Kundin sagt: »Da muß man aufpassen, die klauen doch immer.« Sie meint einen Mann mit schwarzer Hautfarbe, der vor dem Ladenregal steht.
Mittags schlägst du die Zeitung auf und liest die Überschrift: »Brandanschlag auf Flüchtlingswohnheim. Einige BewohnerInnen wurden mit Rauchverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert.«
Du fährst in die Stadt. Unterwegs triffst du eine kurdische Genossin. Sie erzählt dir, daß ihre vor einer Woche abgeschobene Freundin in der Türkei festgenommen wurde. Sie haben sie mehrere Tage gefoltert. Abends gehst du in deine Szene-Kneipe. Dort hängt ein Plakat:«Internationales Fest für Völkerverständigung mit ausländischem Essen und afrikanischer Trommelmusik.«

Das ist sicherlich nur ein Ausschnitt von dem, was wir täglich hören, lesen und sehen. Beispiele für den alltäglichen Rassismus und Vernichtungswillen, dem die hier lebenden Flüchtlinge und ImmigrantInnen permanent ausgesetzt sind. Situationen, die auch bei uns Wut und Haß gegen die dafür Verantwortlichen hervorrufen.
Doch durch unsere politische Arbeit wissen wir, daß Betroffenheit alleine keine ausreichende Grundlage für kontinuierliches politisches Handeln ist. Denn erst das Analysieren der Herrschaftsverhältnisse, daß z.B. Rassismus ein integraler Bestandteil der imperialistischen Ausbeutung ist und daß diese durch die rassistische Sozialisation jeder und jedes einzelnen gesellschaftlich abgesichert wird, macht es uns möglich, Ansatzpunkte für einen revolutionären Widerstand zu finden. Hinzu kommt, daß Betroffenheit allein dazu führen kann, in Flüchtlingen und Immigrant/inn/en nur die Opfer zu sehen, anstatt auch ihren tagtäglichen Widerstand gegen die hier bestehenden Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse wahrzunehmen.
Es ist notwendig, daß wir unsere rassistische Sichtweise ablegen und unseren Blickwinkel erweitern: Ob in überfüllten Sammellagern oder auf Dörfern in der Ex-DDR, ob auf Ämtern oder auf der Straße - überall kämpfen sie gegen ihre Diskriminierung und für ein menschenwürdiges Leben. Sie organisieren sich und machen Demonstrationen, Besetzungen, Hungerstreiks und andere Protestaktionen.

Herrschaftsabsicherung auf unterster Ebene
Die Ausländerbehörde spielt für Flüchtlinge und Immigrant/inn/en eine zentrale Rolle. Permanent sind sie mit dem institutionalisierten Rassismus dieser Behörde konfrontiert.
Auf der Grundlage des Ausländergesetzes und anderer Sondergesetze wird hier über Aufenthaltsstatus, Arbeitserlaubnis oder Ausweisung entschieden. Neben diesem in Gesetze gegossenen Rassismus treffen Flüchtlinge und Immigrant/inn/en auf den Rassismus der Schreibtischtäter/innen und müssen sich gegen deren Willkür, Schikanen und Erniedrigungen zur Wehr setzen. Die Beamt/inn/en spielen in vielen Fällen ihre Macht aus, z.B. wenn sie Flüchtlingen die notwendige Erlaubnis zum Besuch von Familienangehörigen in einem anderen Landkreis verwehren. Immer bleibt Flüchtlingen und Immigrant/inn/en das Gefühl, hier nicht erwünscht zu sein, den herrschenden Normen in den Metropolen nicht zu entsprechen, weil sie bestimmte Kriterien nicht erfüllen: sei es die richtige Hautfarbe oder das richtige Geschlecht, sei es ausreichender Wohnraum oder die angepaßte politische Überzeugung, sei es die falsche Kultur oder Religion, sei es die unbrauchbare Arbeitskraft oder die Herkunft aus dem Trikont.
Die Mechanismen zur Absicherung der imperialistischen, rassistischen, patriarchalen Herrschaft greifen auf unterster Ebene: Die Beamt/inn/en selektieren Flüchtlinge und Immigrant/inn/en nach deren Verwertbarkeit. Die Beamt/inn/en kontrollieren deren Alltag und politische Aktivitäten. Die Beamt/inn/en leiten die Abschiebung ein, wenn Flüchtlinge und Immigrant/inn/en nicht oder nicht mehr verwertbar sind. Auch einzelne, sozial eingestellte Beamt/inn/en ändern nichts an der Tatsache, daß sie Handlanger/innen der imperialistischen Migrationspolitik sind.

Das Unrecht ist nicht anonym. Es hat einen Namen und eine Adresse (Brecht)
Zum Beispiel das Ausländeramt in der Steinbeisstraße in Böblingen. Am 22.8.91 haben wir bei diesem Amt einen Sprengsatz gezündet.
Mit der Einführung des neuen Ausländergesetzes am 1.1.91 eröffneten die Herrschenden in der BRD eine neue Etappe gegen die Menschen aus Nicht-EG-Ländern. Es ist die Grundlage für die am 3. Mai auf der Innenministerkonferenz beschlossene Abschiebung von De-Facto-Flüchtlingen. Über 50.000 Menschen, die bisher »wegen der besonderen Lage im Heimatland« aus humanitären Gründen in der BRD geduldet wurden, sollen jetzt wieder der Verfolgung und Vernichtung ausgesetzt werden. Gegen die angekündigten Massenabschiebungen regte sich überwiegend aus dem humanistisch-christlichen

Spektrum Protest, der dazu beigetragen hat, daß es am 15. Juli zu einer erneuten Innenministerkonferenz kam. Die Herrschenden änderten die Modalitäten der Abschiebungen und einigten sich auf eine Salami-Taktik. Der bisher praktizierte generelle Abschiebstopp für Flüchtlinge aus bestimmten Ländern wurde beseitigt. Flüchtlinge sollen, je nach Herkunftsland, zeitlich versetzt abgeschoben werden. Daß diese Politik jetzt nur noch die ab dem 1.1.89 eingereisten De-Facto-Flüchtlinge betreffen soll, ändert nichts am Zynismus der BRD, Menschen überhaupt in Krisen- und Kriegsgebiete abzuschieben. Diese aktuelle Regelung entspricht voll und ganz den bürokratischen und organisatorischen Möglichkeiten der Abschiebebehörden. Wir sehen dahinter das Ziel, das reformistische und christliche Spektrum zu beruhigen und den gemeinsamen solidarischen Widerstand der Betroffenen zu spalten und isolieren. Den von Abschiebung bedrohten De-Facto-Flüchtlingen bleibt nur noch die Möglichkeit der Einzelfallprüfung. Etliche wissen, daß dieser Weg aussichtslos ist und reisen statt dessen »freiwillig« aus, bzw. versuchen, illegal in ein anderes Land zu kommen.

Krieg gegen die Immigrant/inn/en und Flüchtlinge - Abschottung und Selektion

Innerhalb der EG wird es für Flüchtlinge und Immigrant/inn/en schon vor dem Inkrafttreten des Schengener Abkommens zunehmend schwerer, sicher zu leben. So will z.B. Frankreich rigoros gegen legale und illegale Flüchtlinge vorgehen und über 70.000 von ihnen abschieben. Ein französischer Regierungssprecher nennt diese Politik gegen die illegalen Immigrant/inn/en konsequenterweise »Krieg«.

Es ist ein Krieg in Italien, der mit brutalster Härte gegen albanische Flüchtlinge geführt wird. Die italienischen Behörden schrecken nicht davor zurück, tausende von Menschen im Stadion von Bari zu internieren, um sie dann zu deportieren. Durch die absichtlich ungenügende Versorgung mit Lebensmitteln, die miserable ärztliche Betreuung und den Einsatz von Waffen, haben sie Verletzte und Tote in Kauf genommen.

Es ist ein Krieg, der Flüchtlinge oft schon umbringt, wenn sie z.B. aus dem Maghreb unter lebensgefährlichen Bedingungen übers Meer nach Spanien fliehen müssen. An den Grenzlinien zwischen Nord und Süd wird der Krieg bald die Form des Krieges der USA annehmen, die schon jahrelang am Rio Grande auf die Immigrant/inn/en aus dem Süden schießen.

Inzwischen ist überall in den Metropolenstaaten offensichtlich, wie dieser Spezialkrieg aussieht und sich entwickeln wird. Die bürgerlichen Medien verbreiten im Sinn der Herrschenden das Schreckensszenario von einer »Flüchtlingsflut«, als ob nicht bekannt wäre, daß die Mehrheit der Migrant/inn/en (80 % davon sind Frauen und Kinder) innerhalb des Trikonts selbst flüchten. Nur ein geringer Teil der Menschen, die auf der Flucht sind, kommen bis nach Europa. Genauso bekannt ist, daß die imperialistische, patriarchale und rassistische Ausbeutungspolitik der Metropolenländer zur massiven Zerstörung der Subsistenzwirtschaft im Trikont beiträgt. Das ist eine der Hauptursachen für die weltweite Migrationsbewegung.

Die Folgen dieser Zerstörung treffen Frauen und Männer unterschiedlich. Frauen haben im Gegensatz zu Männern weit weniger die Möglichkeit zu Lohnarbeit in weiter entfernten Ländern oder anderen Kontinenten. Sie sind weniger mobil, weil sie die Versorgung der Familie leisten müssen. Wenn sie flüchten, flüchten sie zumeist in Nachbarregionen oder in angrenzende Länder, vegetieren in Flüchtlingslagern dahin oder versuchen ihr nacktes Überleben in den Großstadtslums zu organisieren. »Bestenfalls« werden die jüngsten und gesündesten von ihnen in den Weltmarktfabriken vernutzt. Vielen Frauen bleibt nichts anderes übrig, als sich als Prostituierte über Wasser zu halten. Nicht selten müssen sie sich an weiße Sextouristen verkaufen.

Erst in den letzten Jahren kommen aus bestimmten Trikontländern und Osteuropa mehr Frauen als früher in die reichen Metropolen. Hier erwartet sie eine patriarchale Gesetzgebung, die sie zum rechtlosen

Anhängels der (Ehe-)Männer macht und ein sexistisches Klima, das sie zwingt, sich und ihren Körper für die rassistisch-sexistischen Interessen weißer Männer zu prostituieren. Die Frauen haben auch in den Metropolen die Aufgabe, »ihre« Männer zu reproduzieren. Frauenspezifische Fluchtgründe werden im Asylverfahren nicht anerkannt. Als Ehefrauen erhalten sie kein eigenständiges, gesichertes Aufenthaltsrecht.
Nur wenige Frauen und Männer haben das oft zweifelhafte Glück, den Weg in den reichen Norden zu schaffen. Sie sind die sinnlich erfahrbare Rückwirkung der Folgen der imperialistischen Ausplünderung, der ökologischen Zerstörung und der dadurch entstehenden Kriege und Befreiungskämpfe.
Dazu schreiben Immmigrant/inn/en: »Heute, wo fast 20 Millionen ImmigrantInnen in den europäischen Staaten leben, kann niemand mehr die Realität verdrängen, daß aus der Armut eine Völkerwanderung stattfindet: zu dem Reichtum.
Ursachen für diese Völkerwanderung sind 500jährige Kolonialgeschichte, neue kolonialistische und gegenwärtige Export- und Kriegswirtschaft. Aufgrund dieser jahrhundertelangen kolonialistischen und imperialistischen Ausbeutungspolitik herrscht im größten Teil der Welt Hunger und Armut. Und aufgrund dieser Politik sind die in den Metropolen lebenden Menschen privilegiert und leben im Wohlstand. Deshalb sind die Menschen, die aus der Armut zu dem Reichtum immigrieren, berechtigt, hierzubleiben. Egal, aus welchem Grund sie da sind. Diese Migration ist als eine Art Kriegsführung zu verstehen. Gegenüber den Armutsverursachern und als eine Art Manöver, um vorzuzeigen, daß sie berechtigterweise Anspruch auf die jahrhundertelang geraubten Güter geltend machen werden.« (aus: radikal 142)
Diese alte »neue« Weltordnung, die jetzt gegenüber den Flüchtlingen und Immigrant/inn/en die letzten Masken fallen läßt, zeigt offenkundig für jede/n, die und der es sehen will, wie der imperialistische Weg als globales Modell faktisch funktioniert. Der Status quo kann in den reichen, relativ befriedeten Metropolen nur abgesichert werden, wenn 3/4 der Welt abgehängt werden. Systematische Verelendung und Vernichtung sind das Prinzip. Daß hierbei inzwischen etliche Länder und halbe Kontinente als Ausschuß betrachtet und abgeschrieben werden, juckt die wenigsten Metropolenbürger/innen.
In Europa setzt die BRD-Politik den Maßstab für den Abwehrkrieg, den andere europäische Staaten übernehmen müssen. Die Herrschenden bereiten sich darauf vor: rechtlich, politisch, ideologisch, militärisch. Sie werden sich die menschlichen Rosinen sprich: (aus-)gebildete, leicht integrierbare Menschen aus dem Trikont und zukünftig auch aus der Sowjetunion und Osteuropa herauspicken und den Rest - sofern nicht kurzfristig verwertbar - abschieben.
Reuter von Daimler-Benz und Geißler von der CDU sind sich gegenüber der deutschen und europäischen Rechten einig: »Einwanderung im richtigen Maß« ist die Zukunftsparole. Welches Maß das ist, können wir uns denken. Flüchtlinge und Immigrant/inn/en sind dann kein Problem, wenn sie sich kontrolliert für die Absicherung des »beutemachenden Lebensstils« einsetzen lassen. Ob als billige, nicht aufmuckende Hamburgerproduzent/inn/en bei MacDonalds ob als tschechoslowakische oder polnische Saisonarbeiter/inn/en in Bauwesen, Landwirtschaft oder Gastronomie, ob als zwangsarbeitende Flüchtlinge für 2,50 DM die Stunde im bayrischen Wald, ob als erotisch-exotische Prostituierte und/oder Hausfrauen oder ob sie als Unterhaltungskünstler/innen den öden deutschen Alltag bereichern, so sind sie willkommen.
Der Selektionskatalog ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Abschottungs- und Abschiebepolitik. Europaweit werden Flüchtlinge und Immigrant/inn/en aussortiert, gezielt eingesetzt, geschlechtsspezifisch vernutzt, ausgetauscht und kontrolliert. Es ist wichtig, daß ihre potentielle Verwertbarkeit schnell genug herausgefunden werden kann - die europäischen Selektionsexpert/inn/en stehen schon bereit.
Wer aussortiert wird - wie z.B. die Roma - gelangt in Zukunft kaum wieder in die reichen europäischen

Metropolenländer. Roma sind immer die letzten, die hier gebraucht werden und erwünscht sind, und sie sind immer die ersten, die abgeschoben werden.
So funktioniert neben dem Sexismus ein sich multikulturell gebender, aber knallhart kalkulierender Rassismus als Herrschaftsinstrument.

Die Hilflosigkeit der Linken
Immigrant/inn/en und Flüchtlinge, die hierher kommen, handeln im Sinne der Wiederaneignung ihrer Lebenschancen, ihrer Gesundheit und ihrer Würde. Das ist den Herrschenden - im Gegensatz zur metropolitanen Linken -längst klar. Dazu schreiben die Immigrant/inn/en: »Aber leider kann der größte Teil der antiimperialistisch und antikapitalistisch gesinnten Linken in diesem Land diesen antiimperialistischen Ansatz nicht verstehen. Dieser Migrationsprozeß, der aus der Vertreibung und Entwurzelung von Millionen resultiert, der auch als Rache der Enterbten und als Kampfansage gegen das Kapital verstanden werden soll, läßt die deutsche Linke in Hilflosigkeit und Lähmung fallen.« (aus: radikal Nr. 142)
Wenn sich die Linke »nur« über die Abschiebeseite der Migrationspolitik entrüstet und die Seite der selektiven Verwertung in ihrem postmodernen Lebensstil ausblendet, trägt sie damit ihren Teil zur Zementierung der globalen Ausbeutungsverhältnisse bei. Der »Gewinn«, der immer noch abfällt, korrumpiert und vernebelt den Blick gegenüber den patriarchalen, rassistischen und imperialistischen Interessen. Er läßt den Protest gegen Abschiebungen als Krokodilstränen daherkullern und lähmt die Entwicklung eigener radikaler Handlungsansätze.

Was tun? Was tun!
Die Entscheidung, der herrschenden imperialistischen Flüchtlingspolitik Widerstand entgegenzusetzen, ist eine praktische Konsequenz aus unserem antiimperialistischen Verständnis. Denn die Solidarität endet nicht bei der Unterstützung von Befreiungsbewegungen, sondern zeigt sich auch in unserer praktischen Solidarität mit den Flüchtlingen und Immigrant/inn/en hier. Sie findet ihren notwendigen Ausdruck im Angriff auf die Verantwortlichen für die Ausländergesetze, auf die Schreibtischtäter/inn/en, Abschiebeschweine und Gesetzesvollstrecker/innen mit weißen Kragen.
Antiimperialismus hat zwar immer eine wesentliche Rolle in linker Theorie und Praxis gespielt, aber die patriarchalen und rassistischen Grundlagen der weltweiten Ausbeutungsverhältnisse sind erst in den letzten Jahren ansatzweise Bestandteil im linksradikalen Spektrum geworden.
Wir kämpfen für eine herrschaftsfreie Gesellschaft. Dazu müssen wir die verschiedenen Unterdrückungformen und die gesellschaftlichen Widersprüche benennen, die wir abschaffen wollen. Mit Freiheit verbinden wir die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen weltweit und das Ende aller patriarchalen und rassistischen Gewaltverhältnisse.
Wir werden hier als weißer Zusammenhang für antirassistische Lebensvorstellungen kämpfen und das in einer eigenständigen Auseinandersetzung und politischen Praxis umsetzen. Dabei gibt es für uns nach wie vor mehr Fragen als fertige Antworten. Unser Ausgangspunkt unser politisches Ziel und unsere politische (Alltags-)Praxis müssen sich deshalb immer wieder der Diskussion stellen und hinterfragen lassen. Unsere Glaubwürdigkeit ergibt sich nicht nur aus Schreibtischanalysen, sondern entscheidend auch aus unserer Praxis.
Wir solidarisieren uns mit Flüchtlingen und Immmigrant/inn/en und beziehen dabei Position. Fehler und Widersprüche werden sich immer wieder herausstellen.
Wir kämpfen nicht stellvertretend für Flüchtlinge und Immigrant/inn/en, doch wir haben die Hoffnung, daß wir perspektivisch eine politische Kraft entwickeln, gemeinsam mit ihnen genauso wie mit anderen gesellschaftlichen Gruppen.

Eigenständige Organisierung und Praxis sehen wir als Basis für diese Perspektive. Wie die Zusammenarbeit aussehen kann, ob in Bündnissen oder in gemischten Zusammenhängen, wird sich zeigen. Für uns stellt sich die Frage, was wir dazu beitragen können und welche Voraussetzungen wir von unserer Seite aus schaffen müssen. Als weiße Linke und als weiße Feministinnen profitieren wir von rassistischer Unterdrückung und wissen, daß es nicht ausreicht, die Vorteile, die uns dieses System bietet, zurückzuweisen und so zu tun, als ob wir uns einfach auf die andere Seite stellen könnten. Als weiße Männer und Frauen müssen wir uns bewußt machen, daß wir in einer langen Geschichte von kolonialistischer und imperialistischer Ausplünderung der Welt und dem vielfältigen Widerstand der Menschen dagegen stehen.
Wir sehen die schwierige, aber unumgängliche Aufgabe, dieses historische Erbe genau aus unserer Situation als metropolitane Linke aufzuarbeiten und uns kritisch anzueignen.
Es ist ein theoretischer und praktischer Prozeß, der nicht individuell, glatt und platt gelingen kann, sondern mit Menschen aus dem antiimperialistischen Widerstand, mit Flüchtlingen und Immigrant/inn/en allmählich erarbeitet werden muß. So kann internationale Solidarität lebendig werden und indem sie praktisch wird, können wir sie gegen die Verantwortlichen für die imperialistische Zerstörung richten, ohne unsere metropolitane Geschichte zu verleugnen.
Aus diesem internationalistischen Verständnis heraus verstehen und erleben wir die Abschaffung rassistischer Spaltungs-, Ausbeutungs- und Herrschaftsmechanismen als Teil unserer eigenen Befreiung und als Teil der Befreiung von sämtlichen Machtstrukturen. Es wird ein langer widerspruchsvoller Weg sein, zu dem es keine Alternative gibt.
Es geht darum, die alltägliche Gewöhnung an rassistische und sexistische Übergriffe zu durchbrechen, uns zu sensibilisieren und schlagkräftig zu werden auf allen politischen Ebenen. Das bedeutet auch, die ausländerbehördliche Praxis vor Ort aus dem Schatten der Anonymität zu reißen, die Orte des rassistischen Alltags, der vielen Flüchtlingen und Immigrant/inn/en gerade dort begegnet, ans Licht zu bringen und anzugreifen. Die Arbeit der Abschiebeschweine muß be- und verhindert werden, wo es uns möglich ist. Wir wissen, daß sich im Moment nur wenige Menschen hier in den Metropolen mit Flüchtlingen und Immigrant/inn/en solidarisieren.
Doch unser Kampf hat zum Ziel, genau diese Solidariät zu entwickeln, um damit den Herrschenden ihre Spaltungs- und Ausbeutungswerkzeuge zu entreißen.

Aktion gegen die A+B-Stelle für Roma + Sinti, Köln (November 89)

Uneingeschränktes Bleiberecht für Sinti und Roma!
Als im April 1919 bewaffnete Arbeiter der Münchner Räterepublik das Polizeipräsidium besetzten, da flogen zusammen mit den Akten der politischen Polizei auch tausende von »Zigeuner«-Personalakten aus den Fenstern und gingen im Hof in Flammen auf. Die revolutionären Arbeiter vernichteten die Aktenbestände der bereits 1899 in Bayern eingerichteten »Zigeunerzentrale«, die mit den damals verfügbaren modernsten Polizeimethoden und in Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden im ganzen Reich das Ziel einer zentralisierten und totalen Registrierung und Überwachung der in Deutschland lebenden Sinti und Roma verfolgte.
Die Episode wirft ein Licht auf die Tradition, in der die Kölner Sozial- und Ordnungsbehörden siebzig

Jahre später eine »Zigeunerdatei« über alle in Köln lebenden heimatlosen Roma angelegt haben. Seit 1986 wurden im Rahmen des sogenannten »Kölner Modells« der Roma-«Betreuung« umfangreiche Daten gesammelt, die sämtliche Lebensbereiche der Kölner Roma erfassen. Im Zusammenspiel von Ordnungs- und Sozialbehörden, Staatsanwaltschaft, Polizei und Justiz diente das Material nicht nur dazu, im tagtäglichen Kleinkrieg von Kontrolle, Diskriminierung und Terrorisierung den Roma das Überleben so schwer wie möglich zu machen. Es begründet heute die Forderung und Androhung der Abschiebung gegen Roma-Familien durch die Kölner Sozialbehörde und das Ausländeramt.
Wir sehen den Skandal dieses Vorgangs nicht in dem einen oder anderen Verstoß gegen den Datenschutz, vielmehr in der Normalität und Kontinuität der rassistischen Sondererfassung und Sonderbehandlung, der die Roma immer noch ausgesetzt sind.
Wer sich auch nur im Ansatz mit der Geschichte der Verfolgung von Sinti und Roma in Deutschland beschäftigt, dem erscheint die fast bruchlose Kontinuität unfaßbar, mit der die gleichen Institutionen der Verfolgung unter wechselnden Namen, aber mit den immer gleichen Methoden, Inhalten und Personal den sozialen Krieg gegen die »Zigeuner« organisierten, um durch Zwangsassimilierung, Kriminalisierung, Vertreibung und die schließliche Vernichtung im Nationalsozialmus ihre Lebensgrundlage und Lebensweise zu zerstören. Das Instrumentarium der lückenlosen Ausforschung, Überwachung und Sozialkontrolle war dabei immer Basis und Vorausetzung für alle weiteren staatlichen Maßnahmen zur Drangsalierung, die im Völkermord an einer halben Million Sinti und Roma ihren Höhepunkt fand.
Die Bestände der Münchener »Zigeunerzentrale«, deren Akten den revolutionären Arbeitern in die Hände gefallen waren, wurden nach Niederschlagung der Räterepublik schnell wieder aufgebaut. Ihre Tätigkeit läßt sich bis in den Nationalsozialismus weiterverfolgen, wo sie durch Erlaß Himmlers [35] in die »Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens« als Teil des Reichskriminalpolizeiamtes und des Reichssicherheitshauptamtes überführt wurde. Die Aufgaben der modernisierten und neustrukturierten Reichszentrale bleiben dieselben. Der Bruch, den der NS markiert, liegt darin, daß er der alltäglichen verwaltungsmäßigen Repression den Vernichtungswillen hinzufügte, der die Sinti und Roma in die Gaskammern und vor die Gewehrläufe der Einsatzgruppen [36] in den besetzten Gebieten zwang. Gleichzeitig stellte der NS die bisherige rassistische Verfolgung durch die Verstaatlichung der Rassentheorie und Rassenforschung auf eine »wissenschaftliche« Grundlage.
Zum wichtigsten Instrument der Verfolgung der »Zigeuner« im NS wurde die »Rassenhygienische und erbbiologische Forschungsstelle« des Dr. Ritter, die ab 1937 im Auftrag und mit Unterstützung des Reichssicherheitshauptamtes die »Rassische« Erforschung und Selektion der Sinti und Roma vorantrieb. Die Gutachten und Empfehlungen des »Rassenhygieneinstituts« bstimmten richtungsweisend alle staatlichen Maßnahmen der Ausgrenzung, Umsiedlung, Deportationen, Ghettoisierung, Zwangssterilisierung und am Ende den Völkermord an Sinti und Roma. Der weitgehende Abschluß der »wissenschaftlichen« Erfassung und »rassischen« Begutachtung und die darauf aufbauenden Empfehlungen bildeten die Datenbasis für Himmlers »Auschwitz-Erlaß«, mit dem die systematische Deportation der deutschen und europäischen Sinti und Roma in die Vernichtungslager begann.
Das Instrumentarium und Personal der »Zigeuner«-Verfolgung überlebte den NS beinahe bruchlos. Der Geist der Ausmerze bestimmte auch nach 1945 das Vorgehen gegen die Sinti und Roma in Deutschland. Schon 1953 wurde in Bayern die »Landfahrerzentrale« beim LKA unter Leitung von Josef Eichberger - im RSHA der hauptverantwortliche Organisator von »Zigeuner«-Deportationen - eingerichtet. Sie arbeitete auf der gesetzlichen Grundlage der von den Alliierten bis dahin aufgehobenen »Landfahrerordnung«, mit der die überlebenden Sinti und Roma nun wieder sondererfaßt und -behandelt wurden.

Teile der NS-«Zigeunerakten«, die die Unterlagen zur Planung und Durchführung des Völkermordes an Sinti und Roma bildeten, gelangten in den Besitz der gerade eingerichteten »Landfahrerzentrale«. Sie dienten der Reorganisation des polizeilichen Überwachungssystems auf der Basis der Erkenntnisse der nazistischen »Zigeunerforschung«. Gleichzeitig stellt das LKA in München den Ritter-Schülern NS-Rasseakten als empirisches Material für ihre »wissenschaftlichen« Abhandlungen zum »Zigeunerproblem« zur Verfügung. Aus diesem Personal rekrutierten bis in die 70er Jahre das Bundesinnenministerium und das Bundesgesundheitsministerium ihre »Berater in Zigeunerfragen«. Die bayrische »Landfahrerzentrale« wurde zwar 1970 offiziell aufgelöst. Die polizeiliche Überwachung und Verfolgung der Sinti und Romas speist sich aber noch bis heute aus dem Material, Methoden und Inhalten der »Zigeunerexperten« jener Tage. Ihr Wissen ist für die Herrschenden umso wichtiger, als im Zuge der sozialen und politischen Veränderungen in Europa die Anwesenheit von Sinti und Roma in der BRD wieder aktuell wird.

In den letzten Jahren kamen sie besonders aus den südosteuropäischen Ländern auf der Flucht vor staatlich betriebener und geduldeter Verelendung, Verfolgung, Diskriminierung und Vertreibung. In den nächsten Jahren erwarten die europäischen Sozial- und Bevölkerungsplaner im Zuge der Herstellung des Großraums Europas den Zuzug weiterer »Zigeunergruppen« aus den Südregionen der EG. Sie wollen in ihnen diejenige europäischen Bevölkerungsgruppe ausgemacht haben, die am schnellsten wächst und aufgrund ihrer Mobilität auf der Flucht vor Arbeitslosigkeit und Verelendung am ehesten in den reicheren Norden drängt. Offen und unverhohlen wird deshalb auch die gegenwärtige Politik der Vertreibung südosteuropäischer Sinti und Roma mit der Furcht vor dem Nachzug vieler Tausend begründet, wenn den bereits Ansässigen erst ein Bleiberecht eingeräumt wird.

So schändlich die rassistische Behandlung der Sinti und Roma in den Ländern des real existierenden Sozialismus auch ist, der Teufelskreis aus Verelendung, Vertreibung und Flucht ist für sie im »freien Westen« nicht aufgebrochen. Nur die wenigsten von ihnen besitzen hier einen gesicherten Aufenthaltsstatus. Für die meisten ist das Leben in polizeilich überwachten Lagern und auf Stellplätzen, miserable Existenzbedingungen, ständige Schikanen durch Behörden und Bevölkerung und die Unklarheit über das weitere Schicksal Realität. Unbemerkt von der Öffentlichkeit versuchen die Ausländerbehörden seit Jahren, die hierher geflohenen Sinti und Roma wieder loszuwerden. Die Abschiebungen wurden - z.B. in Hamburg und NRW - immer nur für kurze Zeit und nur unter dem Druck und durch den Widerstand der Betroffenen und ihrer Unterstützer ausgesetzt, während anderswo weiter abgeschoben wurde.

Eingekeilt in die Alternative: Zwangsassimilierung oder Vertreibung setzen die Behörden Sinti und Roma sozialpädagogischen und polizeilichen Sondermaßnahmen aus, bei denen die »Betreuung« oft zur Vollzugshilfe für Polizei und Abschiebungen wird. Dabei ist von vornherein klar, daß nur wenige auf einen gesicherten Aufenthalt hoffen können. Das Bleiberecht ist an kaum erfüllbare und im Ermessen der Behörden stehende Kriterien der Zwangsintegration und -assimilierung gekoppelt, mit dem die Verantwortlichen über ein Selektionsinstrument und ein abgestuftes System der Hierarchisierung und Kontrolle verfügen, das darüber entscheidet, wer bleiben darf und wer nicht. Im Wissen um die Langlebigkeit einmal erhobener Daten (NS-Akten wurden noch in den 80er Jahren EDV-isiert) haben wir uns in den Besitz von Aktenbeständen der Kölner »Anlauf- und Beratungsstelle für ethnische Minderheiten« gebracht. Wir haben gleichzeitig der Forderung der Roma und ihrer Unterstützer nach Schließung der Projekte des »Kölner Modells« Nachdruck verliehen, indem wir die Räumlichkeiten und das zurückgebliebene Material in Flammen gesetzt haben.

Die »A+B-Stelle«, dem Kölner Ordnungsamt unterstellt, ist eines der beiden Projekte, in dem die Ausforschung der Roma organisiert wurde. In rund 80 Ordnern wurden hier Sozialdaten über Lebensgewohnheiten, Personen und Familienstrukturen der Kölner Roma festgehalten. Aus dem

gesammelten Material haben sich Polizei und Ausländerbehörden bedient und ihre Informationen im Kleinkrieg gegen die Roma bezogen. Seit Anfang August steht die Androhung der Abschiebung durch die Kölner Ausländerbehörden im Raum: begründet und legitimiert mit den Erkenntnissen der »A+B-Stelle«.

Es erübrigt sich fast, darauf hinzuweisen, daß das Asylrecht als Teil des Instrumentariums der Ausgrenzung und Abschottung gegen Sinti und Roma funktioniert: ohne jede Aussicht auf Erfolg und entgegen den realen Gründen und Ursachen, die sie zur Flucht aus den Herkunftsländern veranlaßt haben, durchlaufen Sinti und Roma das Anerkennungsverfahren als politisch Verfolgte. Danach steht ihr Aufenthalt zur Disposition der Ausländerbehörden. Wenn die Abschiebungsmaßnahmen gegen Sinti und Roma in den nächsten Wochen wieder aufgenommen werden, dann wird ein gespenstisches Szenario wahr: die »Züge in die Freiheit« [37], mit denen die DDR-Bürger in die BRD gelangen, kreuzen sich an den Grenzen nach Osteuropa mit den Deportationszügen, die Sinti und Roma in die verelendeten Regionen Europas transportieren.

Das restriktive Asylrecht und die ethnisch-völkisch legitimierten Aufenthaltstitel der Staatsbürgerschaft erweisen sich denn einmal mehr als selektives Instrument der Einwanderungskontrolle in den Händen der Herrschenden, die Flüchtlinge entlang rassistischer und nationalistischer Kriterien spalten und entscheiden, wem die Segnungen der westlichen »Freiheit und Demokratie« zustehen und wem nicht. Was bedeutet Freizügigkeit für die Arbeitsemigranten aus Nicht-EG-Ländern, für die vom Giftgas vertriebenen Kurden oder diejenigen, die in den Hunger- und Bürgerkriegsregionen ums nackte Überleben kämpfen?

Die Ausgrenzung und Abschottung der Elendsflüchtlinge und die großzügige Aufnahme der DDR-Bürger sind nur ein scheinbarer Widerspruch: Beide sind Manövriermasse in den Planungen von Staat und Kapital, mit dem der Wohlstand der imperialistischen Metropolen gegen die Ansprüche der Armen gesichert und gleichzeitig durch Einordnung der Menschen in die Hierarchie der Ausbeutung erst geschaffen wird.

Im sozial- und bevölkerungspolitischen Kalkül der Herrschenden eignen sich die gut ausgebildeten Facharbeiter aus der DDR, die seitenlang in den Spalten der Bild-Zeitung vom Kapital angeheuert werden, allemal besser zur Sanierung der Sozial- und Rentenversicherungen als die Armut aus den verelendeten Regionen der Welt, die diffamiert werden, sich nur in der BRD aus dem »Sozial- und Arbeitsamt der Welt« bedienen zu wollen. Daß die Flüchtlinge aus den Ländern der Dritten Welt, die trotz aller Abschottung den Weg hierhergefunden haben, dem Arbeitszwang durch illegale Beschäftigungen und den neuesten staatlichen Planungen zur Vernutzung am untersten Ende der Ausbeutungshierarchie ausgesetzt werden, steht hierzu nicht im Widerspruch.

In einer Situation der nationalistischen Begeisterung und Besoffenheit, in der die Träume großdeutscher - und das heißt imperialistischer Lösungen - wieder ernsthaft erwogen werden, wird es darauf ankommen, den sozialen Widerstand zu rekonstruieren. Den Widerstand gegen die Umstrukturierungsmaßnahmen, mit denen die Sozialplaner den globalen Klassenwiderspruch unsichtbar machen sollen. Diesem Ziel dient die Verwandlung Europas in eine Festung gegen Armutsflüchtlinge genauso wie die rassistische Hierarchisierung und Selektion der Flüchtlinge und Einwanderer durch Verteilung von Wohnraum, Arbeit und Sozialleistungen. Es wird notwendig sein, der rassistischen und nationalistischen Mobilisierung und Besetzung der Flüchtlings- und Ausländerthematik durch staatliche und rechtsradikale Abgrenzungs- und Abschottungspopulisten Aktionen entgegenzusetzen, die diejenigen zum Anknüpfungspunkt nehmen, deren Existenz und Überleben hier und in den Drittweltländern in Frage gestellt wird.

Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Nationen, sondern zwischen oben und unten!

Aktion gegen die »Zigeunerdatei« der Kölner A+B-Stelle (November 89)

Mit unserer Aktion gegen die »Anlauf und Beratungsstelle für ethnische Minderheiten« in Köln haben wir der öffentlich erhobenen Forderung der Roma und ihrer Unterstützergruppen nach Schließung der städtischen Roma-Projekte Nachdruck verliehen.
In dieser Stelle wurden im Rahmen des »Kölner Modells« der Roma-«Betreuung« umfangreiche Daten gesammelt, die sämtliche Lebensbereiche der Kölner Roma erfassen.
Bevor zwei von uns hinterlassene Brandsätze das Projekt in Flammen aufgehen ließen, haben wir umfangreiches Material mitgenommen. Nach unserem Aktenstudium hat sich unsere Einschätzung, daß es sich bei der Kölner A+B-Stelle um eine der umfangreichsten »Zigeuerdateien« in der BRD handelt, bestätigt.
Wir haben uns entschlossen, einen kleinen, aber wesentlichen Teil der geklauten Aktenberge zu dokumentieren und zu veröffentlichen, um exemplarisch deutlich zu machen, wie unter dem sozialarbeiterischen Mäntelchen der »Betreuung von Flüchtlingen« eine Sondererfassungsstelle zur Registrierung, Kontrolle und Aussonderung von Roma und Sinti eingerichtet wurde. Innerhalb eines Jahres gelang es den Schreibtischtätern in der Kölner Liebigstraße, sämtliche in Köln lebende Roma + Sinti zu erfassen.
Das vorgefundene Material besteht im wesentlichen aus der eigentlichen Datei und aus einer umfangreichen Sammlung verwaltungsinterner Strategie- und Konzeptionspapiere, der Korrespondenz der beteiligten Behörden und den Tagesprotokollen der Sozialbullen über den gesamten Lebensbereich der Roma.
Die »Zigeunerdatei« besteht aus drei verschiedenen Erfassungsformen:
* Personalakten: Die rund tausend personenbezogenen Handakten, von denen wir nur einen Teil mitnehmen konnten, beinhalten im wesentlichen Fotokopien von Ausweispapieren, Lichtbildern. In »Beratungs«-Protokollen werden die jeweiligen Familienzusammenhänge festgehalten. Außerdem sind in den Akten verschiedene Recherchen bei anderen Ämtern, z.B. Wohnungsämtern und Justizbehörden gesammelt.
* Personenkartei: Diese rund tausend Karteikarten beinhalten den Namen, die Geburtsdaten sowie die Angehörigen. Daneben wurden sämtliche straffällig gewordenen Romakinder mit Datum und Delikt erfaßt.
* Ausweiskopien:Zusätzlich wurden alle Ausweise, die an diejenigen Roma und Sinti, die auf dem Schiffhof [37a] leben und eine befristete Aufenthaltserlaubnis haben, ausgegeben worden sind, fotokopiert und gesammelt. Diese Ausweise enthalten ebenfalls alle ein Lichtbild.
Aus den gefundenen Unterlagen geht hervor, daß folgende Personen die Hauptverantwortlichen für die Errichtung der »Landfahrerzentrale« sind:
* Rossa, Oberstadtdirektor
* Kappius, Beigeordneter Ordnungsbehörden
* Ruschmeiner, Beigeordneter Soziales

* Häger, Leiter Amt für öffentliche Ordnung (32)
* Arntz, Stellv. Leiter Amt für öffentl. Ordnung (32)
* Hohn, Leiter der Ausländerabteilung (323)
* Luhr, Ausländeramt (323)
* Weber, Asylgruppe Ausländerabteilung (323)
* Spital, Leiter der A+B-Stelle (320/2)
* Pyro, A+B-Stelle (320)
* Delens, A+B-Stelle (320)

(A+B-Stelle steht für »Anlauf- und Beratungsstelle für ethnische Minderheiten«.)

Nachdem seit Mitte der achtziger Jahre immer Roma und Sinti nach Köln kamen, haben die Verantwortlichen der Ordnungs- und Sozialbehörden nach Wegen gesucht, wie sie sich diese Leute wieder vom Hals schaffen können, bzw. wie sie einen weiteren Zuzug unterbinden können. In diesem Zusammenhang hat ein von der Verwaltung eingerichteter Arbeitskreis (AKEM) in Zusammenarbeit mit »Zigeuner«-Spezialisten aus dem Caritasverband ein Konzept entwicket, den Zuzug von Roma und Sinti zu verhindern und einen kleinen Teil der in Köln lebenden Familien zu integrieren. Neben dem Roma-Kinderprojekt ist die Anlauf- und Beratungsstelle die zentrale Stelle in diesem Projekt. Die Verantwortlichen verkaufen das ganze Projekt als Hilfe für die Betroffenen, die Praxis sieht jedoch anders aus.

Wie wir aus den Unterlagen rekonstruieren konnten, besteht die alltägliche Praxis im wesentlichen darin

* in Zusammenarbeit mit den Bullen, der Presse und dem Jugendamt die Romakinder als Kriminelle zu stigmatisieren;
* den Bullen, Ausländer- und Sozialbehörden Hilfestellung für die Identifizierung von Roma und Sinti zu geben;
* das soziale Geflecht und die Zusammenhänge zu entschlüsseln (Sippenforschung);
* es findet ein permanenter Datenaustausch aller mit den Roma und Sinti befaßten Behörden statt, vom Ausländerzentralregister bis zu den Mitarbeitern eines privaten Wachdienstes auf dem Stellplatz;
* die untersten Chargen der Macht, die für die unmittelbare Überwachung und Kontrolle zuständig sind, sind die wichtigsten Informationsbeschaffer an der Basis, die sämtliche Lebensäußerungen dokumentieren und für die Behörden relevante Informationen weitergeben;
* dazu hat die Adlerwache (priv. Wachschutz) im Tag- und Nachtdienst den Stellplatz der vorübergehend geduldeten Roma und Sinti überwacht und diese Informationen an die A+B-Stelle weitergegeben;
* und die Sozialwachtel Delens akribisch Tagebuch über alle Lebensäußerungen geführt;
* die Errichtung kontrollierter Lagerplätze und Asylheime ist wesentliche Bedingung für die lückenlose Überwachung und Kontrolle. Es sind die Bewährungslager für all diejenigen Roma und Sinti, die integrationsbereit sind;
* die weitere Kontrolle der integrationswilligen Roma wird durch Patenschaften gewährleistet;
* nach dem Prinzip »Teile und Herrsche« werden Widersprüche zwischen den Familien geschürt und einzelne kooperationsbereite Familien funktionalisiert;
* bestürzt haben wir festgestellt, wie weit die Unterstützergruppen in das Gesamtkonzept mit einbezogen werden.

Die in der A+B-Stelle entwendeten Akten sind in der von der Berliner Zeitschrift »Interim« unter dem Titel »Interdoku« im Dezember 1991 in Auszügen veröffentlich. Gleichzeitig gibt es eine umfassende »Dokumentation von Akten zu •zentralen Anlauf- und Beratungsstellen ethnischer Minderheiten-« von den Revolutionären Zellen selbst.

Aktion gegen die Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Hamburg (November 89)

Wer erinnert sich nicht an die Demonstration der Roma und Sinti vor dem Rathaus am 2. Oktober. Die Polizei hatte das Klinkerwerk in Neuengamme geräumt, und die Busse waren von der Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales (BAGS) zum Abtransport bereitgestellt. Aber die Roma zogen mit ihrer Habe die 35 km zum Rathausplatz. Knüppelnde Polizei schlug dort auf Frauen und Kinder ein. Es gab eine Sitzblockade, Decken und Nahrung wurde benötigt. Während der erste Lastwagen aus der Hafenstraße mit Decken und Matratzen eintraf, äußerte sich SPD-Sozialsenator Ortwin Runde: Erstens seien alle Decken an die Übersiedler aus der DDR ausgegeben worden. Und selbst, wenn er welche hätte, er würde sie den Zigeunern nicht geben.
Das Zusammenspiel zwischen Runde und Hackmann [38] hat in der Asylfrage und in Bezug auf die Roma und Sinti Tradition. Die Senatsvorlage zur Entscheidung über die Behandlung der Roma und Sinti wurde im August in der BAGS erarbeitet. Sie wurde in der Innenbehörde verschärft und von beiden verantwortlichen Senatoren vorgelegt. Nach dieser Vorlage sollten nur etwa 150 Roma und Sinti, die bereits 4 Jahre in Hamburg leben, bleiben dürfen, während alle übrigen zur Abschiebung freigegeben werden.
Mit diesen 150 sollte nach dem Kölner Modell verfahren werden: 5jährige Bewährungszeit mit intensiver sozialarbeiterischer Kontrolle, Integration durch Arbeit und kulturelle Anpassung. In der Kölner Erfassungsstelle für Roma und Sinti wurden Spitzelberichte der Sozialbürokratie gesammelt und an das Ausländeramt weitergebeben. Das ermöglichte einen kontinuierlichen Selektionsprozess durch Abschiebung. Dieser Erfassungsstelle galt der Anschlag in Köln.
Am 9. November wurden von vielen eine günstige Entscheidung des Hamburger Senats zum Bleiberecht für Roma und Sinti erwartet. In Wirklichkeit war die Entscheidung schon längst gefallen. Der Senat zog es vor, das Echo auf die offene DDR-Grenze auszunutzen und das Thema aus den Schlagzeilen zu nehmen. Stillschweigend wird nach dem sozialdemokratischen Selektionsmodell verfahren:
Auf der Innenministerkonferenz brüstete sich Innensenator Hackmann, daß zwar die CDU/CSU schärfere Gesetze fordere, jedoch kein Bundesland über eine so effiziente Abschiebepolitik verfüge wie Hamburg. Die Abschiebepolitik wurde auf der Grundlage der BAGS-Vorlage schon ab Anfang September in die Tat umgesetzt.
Die Öffnung der Grenze für die Trabi-Kolonnen und die Umarmungsszenen auf der Mauer haben ihr Gegenstück in der rassistischen Selektion von Flüchtlingen. Wer nicht deutschen Bluts ist, wird abgeschoben oder kommt zur Bewährung und Assimilation ins Lager.
Roma und Sinti sind ein in Europa lebendes Volk ohne Grenzen. Schon immer waren sie Zielpunkt rassistischer Ideologie und der Vernichtung und Deportation ausgesetzt. Aber gegen den staatlichen Rassismus sozialdemokratischer Machart gibt es im Schatten der deutschen Frage zum ersten Mal wieder die Hoffnung, daß das faktische Bleiberecht für Flüchtlinge von vielen Menschen durchgesetzt wird. Wir fühlen uns mit all denen, die Roma und Sinti heute unterbringen, herzlich verbunden.
Unser Anschlag auf die BAGS (Abteilung Grundsatzfragen für Ausländerpolitik) gilt der Behörde, die für die sozialdemokratische »Lösung des Zigeunerproblems« in Hamburg verantwortlich ist.

Fehlgeschlagener Anschlag gegen das Amt für öffentliche Ordnung, Köln (Mai 90)

Wir haben am 5.5. das Amt für öffentliche Ordnung in Köln mit einem Sprengsatz angegriffen. Der Big Bang blieb aus. Die Aktion ist fehlgeschlagen.
Wir bedauern diesen Fehlschlag sehr, weil das Amt für öffentliche Ordnung das administrative Zentrum des Vorgehens gegen ImmigrantInnen, Flüchtlinge und die in Köln ansässige Roma-Bevölkerung ist. Geplant war unsere Aktion als militante Antwort auf die bundesweite Großrazzia gegen Roma von Anfang April. [...]
Die Polizeiaktion von April zielte auf die Einschüchterung der Roma-Bevölkerung, auf Spaltung der Unterstützerbewegung und beackerte nicht zuletzt das »gesunde Volksempfinden«, indem die Verantwortlichen ein Klima schaffen, das weitere Repressionsmaßnahmen bis hin zur Deportation der Roma in ihre Heimatländer zuläßt. Was die Betroffenen dort erwartet, läßt sich leicht erahnen, wenn die nationalistischen Pogromaufrufe etwa in Rumänien, der Tschechoslowakei oder Jugoslawien nur zur Kenntnis genommen werden.
Wir beziehen uns mit unserer Aktion gleichzeitig auf den Widerstand gegen das neue alte Ausländerrecht, das beim Amt für öffentliche Ordnung täglich gegen ImmigrantInnen und Flüchtlinge exekutiert wird. Mit dem neuen Ausländergesetz haben sich die Herrschenden ein Instrument geschaffen, das die Abschottung vor weiterer Zuwanderung perfektioniert, die Ausgrenzung der Nichtdeutschen fortschreibt, den Anpassungsdruck erhöht und alle Mittel zu ihrer Vertreibung bereitstellt.
Weg mit dem rassistischen und sexistischen Ausländerrecht!
Schluß mit der Terrorisierung der Roma!
Bleiberecht! Grenzen auf für alle!

Aktion gegen die Staatskanzlei und das Ministerium für Arbeit und Soziales, Düsseldorf (Januar 91)

Rassistische und sexistische Angriffe gegen Roma in Osteuropa
Die Unterdrückung der Roma in den osteuropäischen Staaten hat eine lange Geschichte. Sie wurde in den 45 Jahren des »Realen Sozialismus« keineswegs aufgeknackt. Im Gegenteil, rassistische und sexistische Politik von oben sorgten zum einen dafür, daß die Roma auch weiterhin diejenigen waren, denen es wirtschaftlich am schlechtesten ging, zum anderen trug sie sicher nicht dazu bei, dieses Gedankengut in den Köpfen der Menschen zu verändern. Durch die Entwicklung der letzten Jahre, der immer stärkeren kapitalistischen Durchdringung dieser Staaten, spitzte sich für die Roma die Situation noch mehr zu. Sie trifft die wirtschaftliche Lage am härtesten. In ganz Jugoslawien, z.B. besonders im Kosovo, droht den

Roma die wirtschaftliche Existenzvernichtung, die Lebenshaltungskosten haben sich dort innerhalb eines Jahres versiebenfacht, während der Reallohn nur um 6 % stieg, die Preissteigerung z.B. bei Brot ist 655 %, bei Zucker 1608 %. Die Arbeitslosenqote unter den Roma liegt bei ca. 90 % (Statistiken gibt es nicht), Krankenversicherungen sind für die Familien unerschwinglich. In Schultka, jenem Ghetto bei Skopje, in das die nordrhein-westfälische Landesregierung 1.400 Roma »auf freiwilliger Basis reintegrieren« will, leben 40.000 bis 50.000 Roma - oft ganze Familien - in »Hütten« aus Lehm und Blech, ohne Wasser, Strom, Heizung und Kanalisation.

Doch wenn wir von Migrationsbewegungen reden, »mit denen die neu entstehende osteuropäische Armutsbevölkerung, ihrer Lebensgrundlage beraubt, nach Überlebensmöglichkeiten in Westeuropa sucht«, dann stellt dies im Zusammenhang mit den Roma nur einen Teil der Gründe dar, die sie dazu zwingt, hierher zu kommen. Zunehmend sind sie in ihren Herkunftsländern mit sowohl staatlich betriebenem oder geduldetem Rassismus wie auch mit Pogromen von Seiten nationalistisch gesinnter Teile der Bevölkerung konfrontiert - und die Roma-Frauen mit permantenten brutalen sexistischen Angriffen.

»Ich war gerade draußen, um Wasser zuholen, und als ich zurückkam, sah ich, wie meine beiden Töchter von den Polizisten vergewaltigt wurden. Wir haben es wieder den Behörden gemeldet. Sie sagten: Ach, ihr Zigeuner, immer das gleiche mit euch.

Meine Kinder, die noch in Jugoslawien sind, und ich telefonieren oft zusammen. Sie flehen mich an, auch nach Deutschland kommen zu dürfen. Sie sagen mir jedesmal, daß die Lage in Jugoslawien noch viel schlimmer geworden ist. Meine Tochter hat mir am Telefon gesagt: ganz egal, welcher Mazedone oder Polizist vorbeikommt, ich muß mit ihm schlafen ...«

(Aus einem Gesprächsprotokoll der Roma-Union mit einer Frau aus Skopje, Mazedonien.)

Von solchen Angriffen berichten fast alle Roma-Frauen, die aus Jugoslawien kommen. Welchen, die schon einmal hier in der BRD waren, einen Asylantrag stellten und dann wieder abgeschoben wurden, droht der Tod. Sie werden direkt am Ankunftsflughafen von den Bullen abgeholt und in den Knast gesteckt. Von einigen ist seither nichts mehr bekannt, sie haben sich seit ihrer Abschiebung nicht mehr gemeldet ...

In Bulgarien wurden 1954 knapp 200 Kulturvereinigungen einer antifaschistischen Romaorganisation geschlossen, zahlreiche Roma wurden als »soziale Parasiten« in Lager eingewiesen und umgebracht. In den letzten Jahren wurden viele Romadörfer zerstört, die BewohnerInnen getrennt und in Wohnblocks untergebracht. Als 1989 die bulgarischen TürkInnen in die Türkei vertrieben wurden, befanden sich unter ihnen zahlreiche Roma. Sie wurden von den türkischen Behörden sofort wieder zurückgeschickt.

In der Tschechoslowakei wurden tausende Roma-Frauen zwangssterilisiert. Oft direkt nach einer Geburt, ohne ihr Wissen, schon gar nicht mit ihrem Einverständnis wurden sie in den örtlichen Krankenhäusern sterilisiert.

Unabhängig davon wurden viele durch die Ausnutzung ihrer Situation, dem wirtschaftlichen Überlebensdruck, zur Sterilisation gebracht. Seit 1966 existiert in der CSFR ein Gesetz, das Frauen die Sterilisation möglich macht. Sie müssen zum Zeitpunkt der Operation mindestens 35 Jahre alt sein und schon 3 Kinder zur Welt gebracht haben ... Dieses Gesetz wurde 1986 modifiziert. Seither können sich Frauen ab 18 Jahren sterilisieren lassen und bekommen dafür bis zum 25.000 Kronen (ungefähr das zehnfache eines guten Monatsgehaltes). Roma-Frauen erhalten mehr Geld als Nicht-Roma. Und je jünger die Frauen, je weniger Kinder sie bereits haben (plötzlich interessieren die 3 Kinder niemanden mehr), umso höher ist die Geldsumme, die sie erhalten. Diese direkten oder indirekten Zwangssterilisationen sind nichts anderes als rassistische Bevökerungspolitik mit dem Ziel, die Roma langfristig auszurotten.

In Rumänien agiert die faschistische Organisation »Vatra Romaneasca« mit stillschweigender Unterstützung der neuen Regierung offen gegen die Roma. Sie rief schon zum »blutigen Kampf gegen

die Zigeuner« auf. Auch in Ceausescus [39] Zeiten waren sie in Rumänien massiver Repression ausgesetzt. Zugunsten »agro-industrieller Zentren« wurden u.a. auch Roma aus ihren Häusern gezwungen, die Häuser zerstört und die Familien »umgesetzt« oder ihrem Schicksal überlassen. Die Behörden Ceausescus führten jahrelang Übergriffe gegen Roma aus und verschleppten sie zur Zwangsarbeit ins Donaudelta, wo sie - wie Angehörige anderer Nationalitäten - starben.
Dies waren nur einzelne Beispiele, die verdeutlichen sollen, wie die Roma in ihren Herkunftsländern mit rassistisch/sexistischer Unterdrückung konfrontiert sind. In der Hoffnung, diesen Angriffen zu entgehen, kommen sie nach Deutschland, in ein Land, in dem vor fünfzig Jahren ungefähr eine halbe Million ihrer Eltern und Großeltern von den Nazis ermordet wurden. Um geplanten Abschiebungen zu widerstehen, haben in Hamburg vor 2 Jahren Romafamilien ein ehemaliges KZ, die Stätte dieser Vernichtung besetzt. Und heute entscheiden saubere deutsche Beamte über die »Zumutbarkeit einer Rückführung«, entscheiden deutsche Männer darüber, ob sich Roma-Frauen von Männern in ihren Herkunftsländern bedroht fühlen oder nicht. Sorgen wir dafür, daß diese Schreibtischtäter ihre Drecksarbeit nicht ungestört durchziehen können und vor allem dafür, daß Abschiebungen verhindert werden.
Vor nahezu einem Jahr haben Roma mit einem Bettelmarsch von über tausend Menschen zu Fuß durch NRW gegen ihre rassistische Unterdrückung und Verfolgung protestiert. Diese wochenlange Demonstration sollte ihrer Forderung nach einem Bleiberecht Nachdruck verleihen. Ende Januar 90 brachen die Roma den Marsch ab, nachdem ihnen die Regierung Rau zugesichert hatte, daß alle bleiben könnten, die in einem neuen Aufenthaltsverfahren ihre de-facto-Staatenlosigkeit glaubhaft machen können. Obwohl diese Vereinbarung bereits an selektive Kriterien und Bedingungen (u.a. Integrationsbereitschaft, längerer Aufenthalt) gebunden war, schien sie doch den Roma ein Bleiberecht zu sichern.
Mit dem Kabinettsbeschluß vom 4.12.90 hat die Regierung Rau [40] die Vereinbarung endgültig gekippt und jede Hoffnung auf ein Bleiberecht, zumindest für einen Teil der hierher geflüchteten Roma, zunichte gemacht. Der Skandal eines als »neue Flüchtlingspolitik« etikettierten Deportationsprogramms ist nicht der »Wortbruch« eines Ministers. Die jetzt unmittelbar bevorstehende Abschiebung der Roma, die am Bettelmarsch teilgenommen haben, ist nur ein Teil eines umfassenden Programms, das darauf aus ist, NRW (und später auch die gesamte BRD) »zigeunerfrei« zu machen. Das Abschiebeprogramm, dem nach Ablauf der Asylverfahren nach und nach alle 5.000 Roma aus NRW unterworfen werden sollen, wird flankiert von einer sozialpolitischen Offensive, mit der die Roma rausgeekelt werden sollen.
Die »neue Flüchtlingspolitik« der SPD-Landesregierung ist die administrative Umsetzung und Verallgemeinerung einer gezielt rassistischen Politik im letzten Jahr, die die nationalistische Stimmung in Großdeutschland gegen die aus Osteuropa geflohenen Roma bündelt und sozialpolitisch mit Ausgrenzung und Druck gegen sie durchsetzt.
Im Sommer waren es die Sozialverwaltungen der Städte, die aktiv als »kämpfende Verwaltung« das Instrumentarium zur Vertreibung der Roma erprobten. Streichungen von Sozialhilfe, Zelt- und Containerlager, Naturalienzuweisung waren die Mittel, mit denen die »Zigeunerfrage« sozialtechnisch inszeniert wurde und den Boden bereitete, mit der verhetzte Bürger und bezahlte Schlägertrupps gegen die Roma mobilisiert wurden. In diesen Wochen und Monaten zeigte das sich wiedervereinigte Deutschland seine rassistische Fratze.
Was zunächst als Einzelmaßnahme exekutiert wurde, faßte das Ministerium für Arbeit-, Gesundheit- und Sozialordnung (MAGS) und die Staatskanzlei auf Betreiben der flüchtlingsfeindlichen Forderungen kommunaler Verwaltungsspitzen in einem Katalog repressiver Sozialmaßnahmen zusammen, mit denen das Leben der Roma und der Flüchtligen insgesamt unerträglich gemacht wird. Beide Institutionen fungieren in diesem Prozeß als die Planungszentren einer endgültigen Bereinigung der »Zigeunerfrage«

in NRW. Sie bestimmen und geben die Systematik vor, mit der die Sozialverwaltungen und Ausländerbehörden den politischen Druck umsetzen, um die Vertreibung der Roma durchzusetzen. Während das MAGS die Speerspitze der sozialpolitischen Abschreckung darstellt, wurde im Kabinett und in der Staatskanzlei das »Rückführungsprojekt« nach Jugoslawien ausgeheckt. Wieder einmal tut sich die SPD mit einer verschärften Abschottungspolitik hervor und übernimmt die Vorreiterrolle. Erinnert sei hier an die sozialdemokratischen Bemühungen von 1987, das »Berliner Loch« durch einen Kreditvertrag mit der DDR zu stopfen. Und auch diesmal ist es als Kernpunkt wieder ein Kreditvertrag, heute mit der jugoslawischen Regierung, der Massendeportation von mehreren tausend Roma nach Skopje möglich machen soll. Zwar wird das »Reintegrationsprogramm« mit Millionenbeträgen flankiert, die jedoch in einem ökonomischen Nutzenkalkül mit den hier entstehenden Kosten aufgerechnet werden und die darüber hinwegtäuschen sollen, daß die Roma gegen ihren Willen in die gleiche Not- und Verfolgungssituation zurückgebracht werden, aus der sie geflohen sind. Es bedeutet einen grenzenlosen Zynismus, die Roma in ein Land zu schicken, das sich in einem unübersehbaren Auflösungsprozeß befindet und in dem die Verfolgung von ethnischen Minderheiten sich in rassistischen Pogromen und staatlich betriebenen oder geduldeten Zwangsmaßnahmen entlädt.
Als Kern des »Rückführungsprogramms« bleibt der brutale Wille, sich der Flüchtlinge, die vor Armut und Verfolgung geflohen sind, zu entledigen und die Verarmungsprozesse in Osteuropa hier in den reichen Metropolen unsichtbar zu machen. Der Staat weiß sich mit einem Großteil der Metropolenbevölkerung in Übereinstimmung, den Wohlstand - zusammengeraubt durch die Ausbeutung überall in der Welt - gegen die heranrückenden Armen zu sichern.
Das sich neu formierende Westeuropa hat in den letzten Jahren das Abschottungsinstrumentarium entwickelt und vervollkommnet, um sich von den Flüchtlingsbewegungen aus dem Trikont in die imperialistischen Metropolen abzukoppeln. Durch die Zerrüttung der osteuropäischen Ökonomien, denen der imperialistische Zugriff und die Einführung der kapitalistischen Marktökonomie den Todesstoß versetzt hat, wird Westeuropa mit einer neu entstehenden Armutsbevölkerung konfrontiert. Die politischen Planungstrategen der westeuropäischen Metropolen arbeiten fieberhaft an Konzepten, die Verarmungsprozesse im Zuge der imperialistischen Durchdringung Osteuropas nicht in den Metropolen sichtbar werden zu lassen. Zwei Strategien lassen sich heute ausmachen:
Die Grenzen zwischen Arm und Reich werden dichtgemacht. So wie italienisches Militär die Masseneinwanderung aus Nordafrika verhindern soll, läßt die österreichische Regierung die Grenzen zu Osteuropa militärisch sichern, sperren die CSFR und Polen ihre Grenzen nach Osten, nachdem sie sie dem Westen geöffnet haben.
Gleichzeitig dient die Stabilisierung der ost- und südosteuropäischen Reformstaaten im Zuge einer neu konzipierten europäischen Großraumpolitik sowohl der hierarchischen und selektiven Zurichtung, Vernutzung und Ausbeutung als auch der Schaffung eines politischen und ökonomischen Schutzwalls gegen die unkontrollierte Migrationsbewegung, mit der die neu entstehende osteuropäische Armutsbevölkerung, ihrer Lebensgrundlage beraubt, nach Überlebensmöglichkeiten in Westeuropa sucht.
Dabei stehen die Roma als der absolut unverwertbare »Bettel der Straße« im Zentrum der Angriffe, zumal sie ihr Lebensrecht hier nicht als Bittsteller vortragen, sondern offensiv einklagen und einfordern. Gleichzeitig ist es ihr mittlerweile über zehnjähriger zäher Kampf, der die Herrschenden mit einer sich formierenden Flüchtlingsgruppe konfrontiert. In vielen provokativen Aktionen und politischer Praxis haben die Roma an Kampferfahrung gewonnen, der Bedeutung und Gewicht für alle Flüchtlinge in der BRD zukommt, und gerade dies ist es, was die Herrschenden nun zur raschen und endgültigen Zerschlagung des Romawiderstands treibt. Schon jetzt haben hunderte von Roma-Familien aufgrund der sozialpolitischen Angriffe das Land verlassen, teils haben sie sich »freiwillig« abschieben lassen oder

sind untergetaucht. Inzwischen hat sich das Ausmaß der rassistischen Verfolgung und Drangsalierung der Roma in NRW derart zugespitzt, daß in den kommenden Wochen mit dem Beginn von Massenabschiebungen gerechnet werden muß. Der Widerstand gegen diese Maßnahmen formiert sich. Wir haben heute am Sitz der Düsseldorfer Staatskanzlei und des Arbeits- und Sozialministeriums einen Sprengsatz gezündet. Wir begreifen diese Aktion gegen die politische Schaltzentrale der Vertreibungspolitik gegen die Roma als Unterstützung eines Kampfes gegen die anstehenden Massendeportationen. Wir verstehen diese Aktion als einen Beitrag, die Verantwortlichen zu treffen und als Aufforderung, auf allen Ebenen Druck zu schaffen und praktische Widerstandsformen zu entwickeln, die das Vertreibungsprogramm blockieren und verunmöglichen. Die Massendeportationen müssen verhindert werden.
Wir haben in den letzten Jahren gelernt, daß der Rassismus eine wesentliche Säule imperialistischer Herrschaft ist.
Eine Linke, die ihre gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit durchbrechen will, muß in einer umfassenden antirassistischen Mobilisierung den Widerstand von Flüchtlingen und ImmigrantInnen aufgreifen und unterstützen. Nur so ist es möglich, einen politischen Gegenpol gegen die Politik der Herrschenden zu bilden, die sich endgültig von der blutigen Geschichte Deutschlands abkoppeln.
Die Verankerung antirassistischer Initiativen ist eine Voraussetzung für eine Widerstandsperspektive gegen das imperialistische Großdeutschland.

In Gefahr und größer Not
bringt der Mittelweg den Tod!!!

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Was ist das Patriarchat?

Diskussionstext der Revolutionären Zellen von 1989

**Südafrikanische Geschlechtsordnung oder
das Verschwinden der schwarzen Frauen**

Man sagt, die schwarzen Frauen seien dreifach unterdrückt: als Schwarze, als Arbeiterinnen und als Frauen. Damit sind sie abgehakt und erledigt. Der breite Strom der Analysen wälzt sich über sie hinweg und begräbt sie unter sich. Man muß schon mit den Fingernägeln im Boden kratzen, um sie zerhauen und mineralisiert als »Salz der Erde« wiederzufinden oder gönnerhaft als »Töchter Afrikas«. Nährstoff oder Männerschöpfung, auf jeden Fall immer ohne ein Selbst. An ihrem Verschwinden arbeitet nicht nur der weiße Mann, sondern auch der schwarze. Beginnen wir mit der südafrikanischen Raumordnung, die primär eine Geschlechtsordnung ist. Die berüchtigten Reservate sind vor allem Frauenlager, in die vier Millionen schwarze Frauen eingeschlossen sind mit ihren Kindern, mit deportierten Alten und abgeschobenen Arbeitsinvaliden, deren umfassende Versorgung man ihnen wie selbstverständlich aufzwingt und deren existenzielles Überleben sie unter den extremsten Bedingungen zu erarbeiten haben. So ernährt der überwiegende Teil der Reservatsfrauen ausschließlich und allein ihren jeweiligen Familienzusammenhang und bleibt doch lebenslänglich »unmündig«, eine paradoxe Definition, die sie jedoch sehr real unter die permanente Vormundschaft von Männern, oft ihrer eigenen Söhne zwingt. Diese gezielte Abwertung macht sie gleichzeitig zu absolut Mittellosen, denen in der Regel weder das bearbeitete Land, das besorgte Haus, noch das versorgte Vieh gehören, nicht einmal der eigene Lohn. Denn nach den alten Stammeskodices [41] des schwarzen Mannes heißt Frausein nicht ganz Mensch sein, ein Zustand der Inferiorität [42], der alle Rechte auslöscht, mit Ausnahme des Rechts auf die notwendige Nahrung und die Kleider am Leibe.

Dieser bestürzend phallokratische Kodex ist bezeichnenderweise der einzige, den das patriarchale SA-Regime aus dem komplexen Sittengeflecht einstmals autochthoner [43] Stammesverbände herausgeschnitten hat, um ihn heute hämisch als »Banturecht« oder »Natal [44]-Code« den gewaltsam zerstörten und zerrissenen schwarzen Lebenszusammenhängen in den Reservaten juristisch aufzuzwingen. In diesem perfiden [45] Akt soll nicht unbedingt der schwarze Mann mit der Sklavin bestochen werden, vielmehr enthüllt sich darin die Essenz [46] des rassistischen Kapitalismus. Es wird offenbar, daß er sich mit exzessiver Gewalt einen absolut entrechteten und unendlich aussaugbaren Nährboden an schwarzen Frauenkörpern und schwarzer Frauenarbeit schaffen will, um sie als unentgoltenen Energietransfer und primären Lebensstoff seiner Maschinerie einzuspeisen. Das drückt der Wille zur Deportation und Internierung perspektivisch aller schwarzen Frauen als Nichtwert aus. Die Internierung als Geschlechtsperspektive, die mit den Mitteln der Separation, des Einschlusses und der vollständigen weiblichen Enteignung das maßloseste aller Ausbeutungsverhältnisse konzipiert, um schwarzer Frauenarbeit den puren und nackten Extraprofit abzupressen.

Dafür sprechen die rigorosen Zuzugssperren und das beständig enger geknüpfte Schleppnetz an Ausweisungserlassen, das sich über den Frauen der städtischen Ghettos zusammenzieht. Indem sie durch Heirat grundsätzlich ihr eigenständiges Aufenthaltsrecht verlieren, es sei denn, sie nehmen sich einen Mann aus dem gleichen Bezirk, wird de facto ein Verbot schwarzer Familiengründungen durchgesetzt, das als Instrument der Bevölkerungspolitik beispiellos ist. Desgleichen ziehen eine Scheidung oder Verwitwung die Deportation der Frau nach sich, ebenso wie die gleichermaßen vage wie allumfassende Abstempelung als »Faule Bantu«. »Faulheit« ist die generelle Sprachregelung des SA-Regimes für die diversesten Tatbestände: etwa dafür, keine Lohnarbeit zu haben, es zu wagen, eine Stelle abzulehnen

oder diese oft zu wechseln, sich zu organisieren oder gar zu streiken.
Das führt uns auf das Terrain der Frauenlohnarbeit und damit direkt zur zentralen Figur des Arbeitsverwalters. In kafkaesker Allmacht [47] und Willkür kann er eine Arbeitserlaubnis erteilen, verweigern oder widerrufen und damit automatisch die Ausweisung anordnen. Es liegt jedoch wesentlich im Charakter der den schwarzen Frauen aufgezwungenen Arbeiten, der es den wenigsten ermöglicht, ihre Existenz in Südafrika zu legalisieren. Eine zehnjährige Dauerbeschäftigung beim gleichen Arbeitgeber kann kaum eine von ihnen nachweisen, was sie zu Illegalen in ihrem eigenen Land macht.
So schlägt sich ein Teil der Frauen als Händlerinnen und Marktfrauen, als Zeitungsverkäuferinnen und bierbrauende »Skokian queens« [48], als Prostituierte, Ladendiebinnen und Einbrecherinnen durch. »Der Kleinhandel ist jedoch nicht unbedingt Ausdruck neuer weiblicher Privilegien. Vielmehr ist er die einzige Tätigkeit, bei der man kein Anfangskapital oder Eignung, Geld, festen Wohnsitz oder Schutz braucht.« (B.Kossodo) Diese Voraussetzungen schaffen allerdings die nötige Beweglichkeit in der Illegalität, das gilt im Besonderen für die wachsende Anzahl junger Frauen, die sich gezielt und zunehmend professioneller von Ladendiebstählen und Einbrüchen ernähren. »Etliche junge Frauen mit meist ganz günstigen Zukunftsaussichten (!) sind der Trunksucht verfallen und führen das Leben ständiger Gesetzesbrecherinnen,« klagt bestürzt die christliche Sozialarbeiterin Kuzwayo. [49]
Schwarze Frauenlohnarbeit wird im System der weißen männlichen Suprematie [50] radikal entwertet; jedenfalls wird ein schwarzer Mann doppelt und dreifach so hoch veranschlagt und ein weißer gar mehr als zwanzigfach. Eine winzige städtische Minderheit schwarzer Frauen arbeitet als Lehrerin, Krankenschwester, Sekretärin oder Verkäuferin - die uns nur allzu vertrauten phallokratischen Spiegelungen der Vexierbilder [51] von der domestizierten [52] Frau. Zwischen zehn und zwanzig Prozent, genauer will das offensichtlich niemand wissen, müssen sich zu ebenso abscheulichen wie normativen Konditionen in den »border industries« verdingen, einer südafrikanischen Version freier Produktionszonen mit ihren berüchtigen Sonderkonditionen und Entrechtungen der Arbeitskraft. Die »borders« entspringen jüngsten Kapitalstrategien, die darauf drängen, zu extraordinären [53] Profiten die Reservatsarmut abzuschöpfen. Einem eiseren Kordon gleich schlingen sie sich um die Reservatsränder, um aus ihnen schwarze Frauenlohnarbeit herauszupressen für ihre Klitschen, die auf Textil, Nahrungsmittel, Schuhe, Getränke und Tabak zugeschnitten sind. Orte, an denen jedes Arbeitsrecht außer Kraft gesetzt wird, die keinen Mindestlohn kennen, an denen mit einem Entgelt abgespeist wird, das die juristisch gezogene Armutsgrenze drastisch unterschreitet, um die Armut jenseits der Armut zu verwerten.
Die miserabelste und verhaßteste aller Arbeiten aber bleibt unverändert die Feldarbeit, insbesondere in der Form, in der sie Frauen zugemutet wird. Bar jeder nennenswerten technischen Hilfsmittel wird sie zur schweren, erschöpfenden, endlosen Knochenarbeit, die nur allzuoft in minderwertigen Naturalien vergütet wird. Tagelöhnerinnen und Saisonarbeiterinnen, gebückt, zerschunden und extremsten Witterungen ausgesetzt, mit Kindern im Schlepptau, die unentgeltlich mithelfen müssen, diese steinharte Realität enthüllt den galligen Kern des Mythos, Frauen seien der Natur und der Erde näher; wahrhaft im Schweiße ihres Angesichts und gekrümmt unter einer unerträglichen Arbeitslast. Die stürmische Industrialisierung der Landwirtschaft, die rigoros die schwarzen Kleinpächter von ihren Parzellen fegt und männliche Landarbeit entschieden ausdünnt und technisiert, saugt sich gleichzeitig ein riesiges Quantum an schwarzen Frauenkörpern ein, aus denen sie den Stoff extrahiert [54], um Mann und Maschine zu finanzieren. Daher sind die beiden Phänomene kein Widerspruch, sondern die Fermente [55] ein und derselben Dynamik. Je mehr die harte Kompontente der Feldarbeit zur spezifischen Frauenarbeit gerinnt, desto nachhaltiger verschwindet sie aus der gesellschaftlichen und analytischen Wahrnehmung. Wie alles, was Frauen berühren.

Gänzlich ohne Schatten ist das schwarze Frauenheer, das täglich in den weißen Herrschaftshäusern verschwindet. Im selben Augenblick, in dem es die Schwelle überschreitet, wird es buchstäblich verschlungen, verliert jede körperliche Substanz und menschliche Präsenz. Die Heilige Familie des SA-Patriarchats gruppiert sich um die Arbeit des schwarzen Weiberpersonals in einer Weise, die zwanghaft und mühelos aus den schwarzen Körpern absolute Leerstellen macht und aus den Seelen totes Inventar ohne Eigennamen. Der Dynamik des Herrn-und-Magd-Verhältnisses wohnt, so Hegel [56], das stete Bemühen inne, das Bewußtsein der Magd auszulöschen. Insofern entschlüsselt sich das Paradox, daß ausgerechnet die Wesen, die auf gesellschaftspolitischem Territorium am radikalsten entwertet und entschlossensten separiert werden, wiederum dem allerprivatesten, intimsten und »geheiligsten Bereich« der weißen Herrschaften einverleibt und gezwungen werden, deren gesamte Reproduktion zu erarbeiten. Eben als bewußlose Kreaturen, deren Blick nichts bedeutet.

»Domestic service ist eine totale Institution«, sagt Nobengazi Kota. Hausarbeit ist lückenlos, ohne zeitliche Konturierungen, ohne Freiraum, ohne einen Ort des Rückzugs, den jede menschliche Identität erheischt. Hausarbeiterinnen bewegen sich ununterbrochen, vollständig isoliert und stetig überwacht in einem fremden und feindlichen Orbit, der nach keinen Regeln funktioniert, außer denen der Willkür der Herrschaft.

»Die Hausfrau wird als der schlimmste Dienstherr im Land verurteilt. Sie läßt ihre Angestellten in der Woche durchschnittlich zweiundsiebzig Stunden arbeiten und bezahlt ihnen, was sie nach dem Kolonialwarenhändler, dem Metzger usw. gerade noch aus ihrer Haushaltskasse herausquetschen kann.« Obwohl es sich hier um eine alte Klage schwarzer Dienstboten aus den USA handelt und darin zu Unrecht den weißen Hausfrauen die ausschließliche Schuld an der historischen und totalen Institution Hausarbeit angelastet wird, spiegeln sich darin sehr genau die Arbeitsbedingungen der über achthunderttausend maids im heutigen Südafrika wider, insbesondere die der »sleeping-in-domestics«. »Maid« gleich Mädchen, gleich pejorativer [57] Stempel des Herrn auf der Magd, auf schwarze Frauen aller Altersstufen, den überwiegend alleinigen Ernährerinnen der durchschnittlich sieben Menschen, die an ihnen hängen. Einige unter ihnen kommen über achtzig Wochenstunden, eine grenzenlose Arbeitswüste ohne Absicherungen, ohne Kranken-, Sozial- und Altersversicherung. Werden sie ernstlich krank oder alt, berichtet Ellen Kuzwayo, enden sie oft in den Durchgangslagern für völlig mittellose Schwarze auf dem Weg in die Deportation.

Die Internierung als weibliche Geschlechtsperspektive ist das schärfste Instrument des SA-Regimes in Bezug auf schwarze Frauenarbeits- und Bevölkerungspolitik. Ihre maßlose Vernutzung in »border industries« und Feldarbeit geschieht bereits weitgehend aus den Reservaten heraus. Die Hausarbeit in den weißen Herrschaftshäusern ist in sich selbst ein Isolationsgefängnis, das viele Frauen obendrein in die Zementzellen der Dienstbotenquartiere bannt. Selbst die weibliche Population der schwarzen Ghettos, sogenannte Paragraph-Zehner-Frauen mit verbrieftem Aufenthaltsrecht haben keinen sicheren Stand mehr. Immer engere und raffiniertere Abschieberaster höhlen ihren Anspruch aus und sieben rigoros nach einer spezifischen Form der Verwertbarkeit. Man will unbedingt und ausschließlich ein bestimmtes Kontingent an jungen, kinderlosen, unverheirateten, fleißigen, unorganisierten Mädchen-Frauen, also einen absolut ephemeren Zustand weiblicher Arbeitskraft, in den das nachträgliche Verschwinden bereits eingebaut ist.

Mit der Deportation gerade des Geschlechtes aus Südafrika, das die schwarze Gattung produziert und reproduziert, soll mit aller Macht eine einschneidende Dezimierung der autochthonen Bevölkerung erreicht werden. Zwei Drittel der schwarzen Frauen sind bereits durch die systematische Ruinierung ihrer Lebenszusammenhänge alleinstehend. Die verheiratete Minderheit lebt zumindest in den Reservaten ein Witwenleben, in dem einmal im Jahr der Mann in ewiger Migration als Besucher vorbeikommt; wenn er

noch kommt.
Die radikale Separation der Geschlechter soll primär einen gravierenden Rückgang der Geburten erzwingen und generell das Aufwachsen neuer schwarzer Generationen blockieren. Bereits heute sterben in den Reservaten siebenmal mehr Neugeborene als in den Ghettos. Unter den toten Säuglingen sind wiederum über zwanzig Prozent mehr weibliche als männliche, weil ein strikter traditioneller Herrschaftskodex verlangt, daß speziell in Notlagen in das männliche Prinzip die letzten Frauenenergien vorgeschossen werden. In dieser Todeslogik, in der der regierungsamtlich definierte »überflüssige Anhang« mit allen Mitteln dezimiert werden soll, ist die Abtreibung selbstverständlich verboten, weil schwarzen Frauen ihr Körper keinesfalls selbst gehören darf und mit diesem Verbot der erstrebte Zwang zur Sterilisation wächst. Es gibt weltweit ein wahrhaft grausames Repertoir an staatlichen Geburtenkontrollen und Bevölkerungspolitik. Für die minutiös ausgearbeitete und gewaltsam durchgesetzte Internierung von Frauen kennen wir keinen Vergleich. Sie ist beispiellos.
Indes, schwarze Frauen verschwinden in den Reservaten nicht allein durch die Tatsache, daß sie dort eingeschlossen werden. Unsichtbar und der gesellschaftlichen Wahrnehmung vollständig entzogen werden sie durch ihre Arbeit: Frauenarbeit, was nicht Frauenlohnarbeit meint. Lohnarbeit wird auch in ihren niedrigsten Positionen registriert, gemessen und bewertet. Sie erscheint auf dem Arbeitsmarkt und verleiht ihrem Träger eine gewisse Relevanz. Die Produktion der Gattung im umfassensten Sinne dagegen vollzieht sich in einem absoluten jahrtausendealten Dunkel; sie erscheint nicht als Arbeit, sondern als Fluch. Im gängigen Koordinatenkreuz der Politökonomie wird dieses Phänomen fälschlicherweise mit »vorkapitalistisch« übersetzt. »Durch die Erhaltung des vorkapitalistischen Sektors, aus dem männliche Arbeit in zunehmendem Maße abgezogen wurde und in dem Frauen dominieren sollten, wurde die Aneignung von Arbeit zu unglaublich niedrigen Kosten möglich. Kosten, die in der Regel vom Kapitalisten mitgetragen werden, wurden ausschließlich vom vorkapitalistischen Sektor aufgebracht. Im Klartext: Frauen sorgen für das, was anderswo Arbeitslosenversichung, Pensionskasse, Erziehung und Heranbildung neuer Arbeitskräfte, Gesundheitsfürsorge und Krankengeld genannt wird.« (Ivy Matsepe).
Damit ist Frauenarbeit zwar immer noch nicht erschöpfend definiert. Allein es fällt ins Auge, daß die genannten Versorgungssysteme grundsätzlich und immer von Frauen geleistet werden, wobei einzig das Ausmaß historisch variiert. Vorkapitalistisch ist das beileibe nicht, im Gegenteil. Es ist der Gipfel kapitalistischer Rationalität, ein immer größeres Heer menschlicher Arbeitskraft zunichte, zu Nichtwert zu machen, weil die Verwertungsmaschine ein stetig wachsendes Quantum an unentgoltenen Arbeitsleistungen erheischt. Bezeichnenderweise spricht man in diesem Kontext von einer »Verweiblichung« der Arbeit, denn die restlose, absolut unentgeltliche Aussaugung von Frauenarbeit ist das Ursprungsmodell für den totalen Extraprofit. Wir begreifen, daß der Sexismus die Matrix [58] für den Rassismus ist.
Und so greift denn auch das SA-Regime in seiner Frauenpolitik nicht auf die reichhaltigen vorkapitalistischen Lebens- und Produktionszusammenhänge der schwarzen Stämme zurück, sondern eliminiert sie gnadenlos und unendlich gewaltsam. Die Reservate sind gewaltsame kapitalistische Neuschöpfungen und in ihrer Struktur ebenso modern wie vernichtend. Durch sie wird gezielt der Zusammenhang von Produktion und Reproduktion zerrissen - nicht nur räumlich, sondern auch in Bezug auf die Wertabschöpfung; denn durch die radikale Negation der Reproduktionskosten lassen sich exorbitante Profite extrahieren.

Das Verschwinden aller Frauen:
oder Was ist das Patriarchat?

Die Frage bleibt, warum läßt sich die Reproduktion der Gattung so radikal negieren? Und warum das Geschlecht, das sie verkörpert? Erinnern wir uns: »Frauen sorgen für das, was anderswo Arbeitslosenversicherung, Pensionskasse, Erziehung und Heranbildung neuer Arbeitskräfte, Gesundheitsfürsorge und Krankengeld genannt wird.« Wir haben diese Aufstellung moniert, weil sie - und das ist kein Zufall - den springenden Punkt nicht enthält: Frauen produzieren die Gattung. Dieser unabweisbaren biologischen Tatsache ist, soweit wir wissen, niemals die erforderliche analytische Aufmerksamkeit zuteil geworden, weil sie sich dem linken, männlichen Gleichheitsgedanken widersetzt und eine unauflösliche Geschlechtsdifferenz schafft. Allein Simone de Beauvoir [59] hat es unternommen, dieses brisante Faktum den Biologisten zu entreissen, die daraus die ewige Apologie [60] des Patriarchats schmieden. Sie schreibt und wir fassen zusammen: »Wie der Mann ist die Frau ihr Leib; aber ihr Leib ist etwas anders als sie. Von der Pubertät bis zur Menopause ist sie der Schauplatz eines Ablaufs, der sich in ihr vollzieht, ohne sie zu betreffen. Tatsächlich besteht bei dem Kreislauf der Menstruation keinerlei individuelle Zweckhaftigkeit, warum sie auch mancherorts •der Fluch- genannt wird. Wahr daran ist, daß die Frau unablässig die Leistung der Schwangerschaft andeutungsweise vollzieht in monatlichem Blut und Schmerzen. In den Schwangerschaftsperioden von einem anderen bewohnt, das sich von ihrer Substanz nährt, ist sie gleichzeitig sie selbst und ein anderes. Eine ermüdende Leistung, die den ganzen Organismus erschüttert und für die Frau keinen privaten Vorteil bietet. Im Gegenteil. Der Konflikt zwischen Art und Individuum, der bei der Niederkunft manchmal zum Drama wird, gibt dem weiblichen Körper eine bedenkliche Anfälligkeit. Man sagt gern, die Frauen hätten •Krankheiten im Leibe-; wahr ist, daß sie ein fremdes Element in sich tragen: die Gattung, die an ihnen zehrt. Eine Gattung, in der Kinder noch lange nach dem Stillen unfähig bleiben, selber für ihre Bedürfnisse zu sorgen.«

So endet die Körperarbeit der Frau nicht an den inneren Grenzen ihres Leibes; die Abnabelung allein macht aus dem Neugeborenen keineswegs ein unabhängiges, lebensfähiges Geschöpf. Diese eigentümliche Hinfälligkeit der menschlichen Gattung erzwingt ein komplexes Versorgungsystem, und tatsächlich produziert das weibliche Geschlecht, indem es die neue Generation hervorbringt, die Sicherung der alten. Art und Ausmaß dieser Belastung sind allerdings keine Naturkonstanten, in ihnen spiegeln sich bereits die historischen und Machtverhältnisse. Ein Frauenleben muß nicht eine ununterbrochene Kette ruinöser Schwangerschaften unter den schlechtesten Lebensbedingungen und extremem körperlichem Verschleiß sein. Das ist bereits die Übersetzung einer biologischen Determinante [61] ins Gesellschaftliche. Und der Bereich des Historischen und der Macht beginnt dort, wo über das spezifisch weibliche Vermögen der Gattungsproduktion ein gesellschaftliches Arbeitsverhältnis gestülpt wird. Ein gesellschaftliches Arbeitsverhältnis, das den gesamten Bereich menschlicher Reproduktion dem Geschlecht aufzwingt und es darin versklavt. In diesem Gewaltakt sieht Hegel süffisant »das subjektive Element beim Manne, während das Weib in die Art eingeschlossen bleibt«. Dieses Einschließen des Weibes in die Art entspringt weder ihrer Natur noch einem Mythos, vielmehr etwas steinhart Konkretem und Männergemachtem: der Erzwingung unendlicher Arbeitsleistungen von der Frau an der Nahrung, der Kleidung, der Behausung, der Hygiene, der Gesundheit, der Krankheit, der Kindheit und am Alter, kurz der gesamten Gesellschaftsarbeit; die ironischerwiese als private erscheint. Wie ist das möglich? Von der Körperarbeit, in die die unaufhebbare Differenz der Geschlechter eingeschrieben ist, ist der Mann, außer des flüchtigen Moments des Koitus, vollkommen frei. Eine zwiespältige Freiheit, weil frei vom Vermögen und frei von der Last der Gattungsproduktion. Diesen Überschuß in der Körperökonomie, dieses Surplus [62] an individuellem und geschlechtskollektivem Spielraum benutzt der Mann, um das gesellschaftliche Terrain zu besetzen und daraus einen Machtraum zu formieren, aus dem er das Geschlecht mit Eigenschaften gewaltsam vertreibt und unter das Joch der

Gesellschaftsarbeit zwingt. In diesem ersten historischen Zwangsarbeitsverhältnis enthüllt sich das hegelsche »subjektive Moment beim Manne« als seine gewaltsam durchgesetzte Befreiung von jeglicher Gesellschaftsarbeit, um frei zu sein für Arbeiten, die seine Machträume erweitern; während »das Weib in die Art eingeschlossen bleibt«, insofern es gewaltsam aus den öffentlichen Machträumen vertrieben und in den Untergrund einer unendlichen Vernutzung in der Gesellschaftsarbeit eingeschlossen wird. Daher ist es möglich, daß ein ganzes Geschlecht seit Menschengedenken nicht als gesellschaftliches erscheint. Daher verschwinden die Frauen.

Der Akt der gesellschaftlichen Vernichtung der Frauen ist allerdings ein doppelter: der Zwang, der aus Gesellschaftsarbeit unsichtbare Frauenarbeit macht, setzt sich fort in der radikalen Entwertung dieser Arbeit. Indem der Mann beides - Frauen und die ihnen ins Fleisch gebrannte Arbeit - in den Orkus verbannt wie Eurydike [63], nach der er nicht zurückblicken darf, planiert er sich die Operationsbasis für ein gesamtgesellschaftliches Herrschaftsmodell, das Arbeit ausdrücklich immer als Unterwerfung und Ausbeutung organisiert und in die Geschichte hineinstaffelt als Sklaverei, Leibeigenschaft bis zur kapitalistischen Mehrwertabpressung, ohne seinen Ursprung preiszugeben: den Extraprofit, den er aus Frauen zieht. Ein Raub, der nicht als solcher erscheint und daher auch nie die Analyse beschäftigte. Denn Frauenarbeit und damit ist nicht Frauenlohnarbeit gemeint, ist »flüssig«, sie gerinnt nicht zur festen Form, sie vergegenständlicht sich in keinem Produkt, das sich austauschen läßt. Insofern läßt sie sich nicht in Beziehung setzen, nicht messen, bleibt »unermeßlich« und ohne Maß ist wiederum kein Vergleich möglich, einem Äquivalent jeder Boden entzogen. Eine Arbeit indes, die kein Äquivalent [64] kennt, schafft keinen »Wert«, weil sie sich nicht darin ausdrückt. Sie ist »wertlos« und macht die Abschöpfung eines Mehrwertes unmöglich. Der dennoch aus ihr gezogene Gewinn entzieht sich jeglicher Akkumulation. Wir sehen: Frauenarbeit schafft keinen »Wert«, aus ihr lassen sich auch keine akkumulierbaren Profite extrapolieren [65] und ist dennoch unendliche gesellschaftliche Arbeit. Natürlich bleibt sie sich in ihrer Form nicht gleich, sondern ist gravierenden historischen und gesellschaftlichen Veränderungen unterworfen. Indes bergen sämtliche Erscheinungsformen, in die Frauenarbeit gepreßt wird, in sich denselben harten Kern: ihre Substanz und ihre Trägerin sind bis zur Unkenntlichkeit entwertet. Dieser radikalen Negation begegnen wir in allen Ideologiesystemen, Arbeitsanalysen und Werttheorien. Sie ist aus dem gesamten Herrschaftskomplex kategorialer Diskurse [66] gestrichen und ausradiert. Und was dort nicht existent ist, ist auch gesellschaftlich ausgelöscht, weil systematisch seine Artikulation blockiert wird.

Ein Geschlecht, das sich in nichts symbolisieren und sich keine gesellschaftliche Repräsentation schaffen kann, ist »ein Geschlecht, das nicht eins ist«, sagt Luce Irigaray. [67] Denn der Mensch ist nicht eine natürliche Art, sondern eine historische Idee. Und die historische Idee kennt bis heute nur den Mann. Signifikant [68] wird das an allen gängigen Revolutionstheorien mit ihrem Gleichheitsversprechen, das in Wahrheit eine Drohung ist. Denn was bedeutet es anderes, als daß die unaufhebbare Geschlechtsdifferenz noch entschlossener negiert wird, eine Negation, die nur über die vollständige Einebnung der Frau gelingen kann. Über die eingeebnete Frau gedenkt der Mann sich seiner Fesseln zu entledigen und vom Reich der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit - seiner dritten - zu schreiten, als Maß aller Dinge. »Die Differenz wird in der Ökonomie des Gleichen, des Einen, ein und desselben vernichtet, und in allergrößter Allgemeinheit in den selbstrepräsentativen Systemen des männlichen Subjekts ausgelöscht.« (Irigaray)

Wir verstehen nun, daß der Geschlechterantagonimus eine absolut andere Dimension hat als der Klassenantagonimsus. Mehr noch, daß sich bei der Gleichsetzung bewußt die männliche Suprematie in alle Ewigkeit festzuschreiben gedenkt; indem mit Vorsatz die existentielle Mehrarbeit der Frau unterschlagen wird, die fortbesteht jenseits aller Herrschaftsverhältnisse. Klassenantagonismen tragen

zumindest perspektivisch die Möglichkeit ihrer Aufhebung in sich. Es existiert keine historische Gesetzmäßigkeit, keine Unabänderlichkeit, die den Menschen zwingt, den Menschen auszubeuten. Unabänderlich indes ist allein die Tatsache, daß beide Geschlechter niemals gleich sein werden. Niemals wird der Mann das Maß aller Dinge sein, es sei denn, er vernichtet das weibliche Geschlecht mit dem ihm innewohnenden Vermögen. Dieses Verlangen verbirgt sich in seinem ebenso aggressiven wie obsessiven [69] Bemühen, mit den Mitteln der technologischen Reproduktion die geschlechtsspezifische Divergenz [70] zu annullieren, sich einzuverleiben, damit sich endlich die lebendige Frau erübrige. Wozu, fragt er sich, hat er die Götter gestürzt, wenn nicht in dem Verlangen, auf Erden der Eine und Einzige zu sein?

Hier entdecken wir eine bestürzende Kohärenz, [71] die den revolutionären Mann einschließt: eine Kohärenz, die alle seine Gegenentwürfe durchzieht. Nachdem er seine Götter und ihr unhaltbares Jenseits offiziell verworfen hat, um sich selbst zu schaffen, läßt er in seinen revolutionären Utopien behende die alten zähen und penetranten Paradiese im Diesseits wieder auferstehen, denn sein Reich ist ja von dieser Welt. Wir blicken in das gleiche Gedankengebäude, nur der Besitzer hat gewechselt. Der revolutionäre Mann verkündet pathetisch das Reich der Freiheit, der Gleichheit, das Ende aller Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Das Ende der Frauenausbeutung durch den Mann kann er damit unmöglich meinen, denn dieses Ende zerreißt alle bisherigen Revolutionsentwürfe als Makulatur [72], entlarvt sie als das, was sie sind: männliche linke Herrschaftsidyllen. Das Ende der Frauenausbeutung bedeutet das Ende der Möglichkeiten, aus der existentiellen Mehrarbeit der Frauen Männermacht zu schlagen. Die Macht ohne Macht - das ist das Ende des historischen Mannes.

»In chinesischen Legenden steht geschrieben, daß große Meister in ihre Bilder hineingehen und verschwunden sind. Die Frau ist kein großer Meister. Deshalb wird ihr Verschwinden nie vollkommen sein. Sie taucht wieder auf, beschäftigt wie sie ist, mit dem Verschwinden.«

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

VorbemerkungKapitel XIII

Die neue Frauenbewegung
»Alles Private ist politisch« ist eine der zentralen Parolen der neuen Frauenbewegung seit Ende der 60er Jahre. Sie drückt die Verbindung subjektiver Unterdrückungserfahrungen mit politischen Forderungen aus, aus der diese Bewegung anfangs ihre politische Sprengkraft bezog. Der persönliche Druck war eine starke Antriebskraft, soziale und politische Umwälzungen einzufordern.
In ihrer ersten großen Kampagne zur Abschaffung des § 218, von der neuen Frauenbewegung 1971 initiiert, wurde eine praktische Unterstützung von Frauen, die abtreiben wollen (z.B. mit Fahrten nach Holland, wo ein liberaleres Abtreibungsgesetz galt), mit der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht von Frauen verbunden und gleichzeitig die Ausbeutung und Benachteiligung von Frauen in einer patriarchalen Gesellschaft durch Doppelbelastung, Gewalt gegen Frauen, Bezahlung nach Leichtlohngruppen etc. angegriffen. Die Frauen erkannten die gesellschaftlichen Ursachen ihrer zuvor individuell wahrgenommenen Unterdrückung und forderten Veränderungen im privaten und öffentlichen Leben.
Aus dem Bedürfnis nach autonomen repressionsfreien Räumen, zu denen Männer keinen Zugang haben, entwickelte sich im Verlauf der 70er Jahre ein breites Netz von Frauenprojekten; Frauenzentren, Frauencafés und Frauenbuchläden werden gegründet. Als Mitte der 70er Jahre Gewalt gegen Frauen zu einem der zentralen Themen der Frauenbewegung wurde, bauten Frauen zur Unterstützung und zum Schutz von geschlagenen und vergewaltigten Frauen Notrufzentralen und Frauenhäuser auf.
Je mehr die Hoffnungen auf rasche Veränderungen im privaten wie öffentlichen Bereich enttäuscht wurden, desto stärker zogen sich Frauen in diese Strukturen zurück, die einen Schutz vor direkter sexistischer Unterdrückung bieten. Das Ziel und die Hoffnungen auf eine gesamtgesellschaftliche Veränderung trat in den Hintergrund. Ein Teil der Frauen setzte ihre Kraft ein, um die Not derer zu lindern, die direkte Gewalt erfahren haben; andere grenzten sich von der patriarchalen Gesellschaft ab, beschäftigten sich auf der Suche nach Wurzeln weiblicher Identität und Vorbildern mit Magie und Spiritismus und ideologisierten die »natürliche Friedfertigkeit« der Frau und eine »neue Innerlichkeit«.
In den 80er Jahren war die Frauenbewegung zersplittert und hatte für viele ihre Anziehungskraft verloren. Gleichzeitig nahmen Frauen, die in gemischten linken Gruppen arbeiteten, feministische Inhalte auf. Ein Beispiel sind die Diskussionen in Mittelamerika-Gruppen über die Lage der Frauen in Nicaragua nach dem Sieg der Befreiungsbewegung.
Aber es wurden auch Forderungen der Frauenbewegung von staatlichen Stellen aufgegriffen, so z.B. Gleichstellungsstellen, die ein gewisses Maß an »Emanzipation der Frau« zum Ziel haben und bemüht sind, radikale Positionen aus der Frauenbewegung zu integrieren.
Auch die Lesben, die im Verlauf der 70er Jahre einen entscheidenden Teil der Frauenbewegung stellten, entwickelten eigene Strukturen und Positionen, auch wenn es weiterhin eine Zusammenarbeit mit Frauen aus gemischten politischen Zusammenhängen gab.

Die Rote Zora
bezieht sich aus dem Selbstverständnis ihrer Akteurinnen als Feministinnen heraus auf die Frauenbewegung, kritisiert aber gleichzeitig deren Begrenzung und Reduktion auf frauenspezifische Themen. Mit den ersten Anschlägen unterstützten sowohl die Frauen der Revolutionären Zellen als auch der Roten Zora die Kampagne gegen den § 218. In ihrem Interview vom Juni 1984 aber sagen die Frauen der Roten Zora: »Wir wollen keine •linke- Arbeitsteilung nach dem Motto: die Frauen für die

Frauenfragen, die Männer für allgemein politische Themen. Die Verantwortung für die Veränderung unseres Alltags lassen wir uns nicht nehmen!« und richten ihre Anschläge einerseits gegen Frauenhändler und Sex-Shops, andererseits gegen die Siemens-Elektronik, die Computerfirma Nixdorf und das Datenzentrum des Verbandes der Vereine Kreditreform als Widerstand gegen Rüstungsproduktion, Überwachung und wirtschaftliche Umstrukturierung.
1985 greifen sie den Widerstand von Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie auf und konzentrieren ihre Anschläge fast ausschließlich auf diesen Bereich.

Internationale Solidarität
Ein zentrales Element ihrer Politik ist die Solidarität mit Frauen der 3.Welt. Analog zu den Revolutionären Zellen sehen die Frauen der Roten Zora die Analyse des Antiimperialismus als Voraussetzung, die weltweiten Unterdrückungs- und Spaltungsmechanismen zu begreifen und einen effektiven Widerstand entwickeln zu können.
In ihren Aktionen gegen die Bekleidungsfirma Adler setzen sie diese Position praktisch - und erfolgreich - um: Die Firma Adler läßt einen Großteil ihrer Produktion in südostasiatischen freien Produktionszonen fertigen. Als die südkoreanischen Arbeiterinnen für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen streikten, legte die Rote Zora zur Unterstützung der Koreanerinnen Brandsätze bei den deutschen Filialen von Adler - zunächst am 21. Juni 1987 in der Hauptverwaltung in Haibach, am 15. August 1987 dann gleichzeitig bei neun Filialen in Halstenbeck, Bremen, Oldenburg, Isernhagen, Kassel, Holzwickede, Neuss, Frankfurt und Aachen.

Ihr Verhältnis zu den Revolutionären Zellen
erklärt die Rote Zora in dem Interview von 1984: »Wir haben in unserer Entwicklung eigene Inhalte bestimmt - deswegen sind wir ja als Frauen autonom organisiert - greifen aber auf die Erfahrungen der RZs zurück. Darüberhinaus kann eine Zusammenarbeit von radikalen Gruppen den militanten Widerstand insgesamt stärken. Es gab produktive Formen der Zusammenarbeit wie die Aktionen zum Reagan-Besuch und das Diskussionspapier zur Friedensbewegung. Es gibt auch immer wieder nervige Diskussionen.
Denn die Männer, die ansonsten ihren radikalen Bruch mit diesem System in eine konsequente Praxis umsetzen, sind oft erschreckend weit davon entfernt zu begreifen, was antisexistischer Kampf heißt und welche Bedeutung er für eine sozialrevolutionäre Perspektive hat. Es ist unter uns Frauen auch umstritten, wo die Grenzen sind, an denen uns die Zusammenarbeit stärkt oder unseren Frauenkampf lähmt. Wir denken aber, daß uns mit einigen Frauen der RZs unsere feministische Identität verbindet.«
Im Rückblick läßt sich feststellen, daß die Revolutionären Zellen zwar bereits im »Revolutionären Zorn Nr. 1« vom Mai 1975 den Kampf um Frauenbefreiung als Bestandteil ihrer Politik benannten, die praktische Umsetzung jedoch den Frauen der Revolutionären Zellen und der Roten Zora überlassen blieb.
Aus den neuen Texten der RZ geht hervor, daß sie einerseits mit der Thematisierung von Rassismus und Sexismus eine neue Debatte um einen antipatriarchalen Kampf begonnen haben, andererseits die Rote Zora die Zusammenarbeit mit den Revolutionären Zellen aufgegeben und sich von ihnen getrennt hat.

Da die Erklärungen der gemeinsamen Aktionen der Revolutionären Zellen und der Roten Zora anderen Schwerpunkten zugeordnet sind, werden hier der Vollständigkeit halber diese Anschläge nochmals genannt:
März 1981 - Verteilung gefälschter Fahrausweise im Ruhrgebiet.
Juni 1982 - anläßlich des NATO-Gipfels und des Besuchs des US-Präsidenten Reagan Brand- und

Sprengstoffanschläge gegen mehrere amerikanische Firmen und Einrichtungen: US-Offiziersclubs in Bamberg, Frankfurt, Gelnhausen und Hanau; ITT Hannover; IBM, Düsseldorf; Control Data, Düsseldorf; das deutsch-amerikanische Institut, Tübingen; Bourns-Ketronic, Hamburg; McDonnell Douglas, Köln.
August 1984 - Anschläge gegen die Firmen Kreutzer und Koch, die ihre Produkte in Gefängnissen und Psychiatrien fertigen lassen
April 1985 - Anschlag gegen die Firma Siemens, Isernhagen.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich im Buch auf Seite 747 ff.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Interview [1] mit der Roten Zora

Juni 1984

Frage: Fangen wir damit an, wer ihr eigentlich seid?

Zora 1: Meinste das jetzt persönlich - dann sind wir Frauen zwischen 20 und 51, einige von uns verkaufen ihre Arbeitskraft auf dem Markt der Möglichkeiten, einige nehmen sich, was sie brauchen, andere sind noch nicht durchs soziale Netz gefallen. Einige haben Kinder, viele andere nicht. Manche Frauen sind lesbisch, andere lieben Männer. Wir kaufen in ekelhaften Supermärkten, wir wohnen in häßlichen Häusern, wir gehen gerne spazieren oder ins Kino, ins Theater, die Disco, wir feiern Feste, wir pflegen das Nichtstun. Klar - wir leben in dem Widerspruch, daß viele Sachen, die wir machen wollen, hinkriegen wollen, spontan und nach dem Bockprinzip nicht klappen können. Aber nach gelungenen Aktionen freuen wir uns riesig.

Frage: Wie seid ihr zu eurem Namen gekommen?

Zora 2: Die »rote Zora und ihre Bande« - das ist die wilde Göre, die die Reichen bestiehlt, um's den Armen zu geben. Und Banden bilden, sich außerhalb der Gesetze zu bewegen, das scheint bis heute ein männliches Vorrecht zu sein. Dabei müssten doch gerade die tausend privaten und politischen Fesseln, mit denen wir als Mädchen und Frauen kaputtgeschnürt werden, uns massenhaft zu »Banditinnen« für unsere Freiheit, unsere Würde, unser Menschsein machen. Gesetze, Recht und Ordnung sind grundsätzlich gegen uns, selbst wenn wir uns ein paar Rechte schwer erkämpft haben und täglich neu erkämpfen müssen. Radikaler Frauenkampf und Gesetzestreue - das geht nicht zusammen!

Frage: Aber es ist doch kein Zufall, daß euer Name die gleichen Anfangsbuchstaben wie der der Revolutionären Zellen hat.

Zora 1: Nein, natürlich nicht. Rote Zora soll auch ausdrücken, daß wir die gleichen Grundsätze wie die RZ haben, dieselbe Konzeption, illegale Strukturen aufzubauen, ein Netz zu schaffen, das der Kontrolle und dem Zugriff des Staatsapparates entzogen ist. Nur so können wir - im Zusammemhang mit den offenen, legalen Kämpfen der verschiedenen Bewegungen - auch subversive und direkte Aktionen durchführen. »Wir schlagen zurück!« - diese Parole der Frauen aus dem Mai 68 [2] ist heute in Bezug auf die individuelle Gewalt gegenüber Frauen unumstritten. Heftig umstritten und weitgehend tabuisiert ist sie jedoch als Antwort auf die Herrschaftsverhältnisse, die diese Gewalt erst ständig auf's Neue erzeugen.

Frage: Was für Aktionen habt ihr bisher gemacht und auf welchem Hintergrund?

Zora 2: Angefangen haben die »Frauen der RZ« 1974 mit einem Bombenanschlag auf das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, weil wir ja alle die Abschaffung des 218 wollten und nicht diese jederzeit manipulierbare Indikationslösung. In der Walpurgisnacht 77 haben wir einen Sprengsatz bei der Bundesärztekammer gezündet, weil von dort aus selbst diese reduzierte Abtreibungsreform mit allen Mitteln hintertrieben wurde. Dann der Anschlag auf Schering während des Duogynonprozesses. [3] Und

immer wieder Angriffe gegen Sexshops. Eigentlich sollte täglich einer dieser Pornoläden brennen oder verwüstet werden! Also: wir halten es für eine absolute Notwendigkeit, die Ausbeutung der Frau als Sexualobjekt und Kinderproduzentin aus dem »Privatbereich« herauszureißen und mit Feuer und Flamme unsere Wut und unseren Zorn darüber zu zeigen.

Zora 1: Wir beschränken uns allerdings nicht auf Strukturen direkter, d.h. augenscheinlicher Frauenunterdrückung. Als Frauen sind wir ebenso von den gesellschaftlichen Gewaltverhältnissen insgesamt betroffen, ob es sich nun um Stadt- oder Umweltzerstörung handelt oder um kapitalistisch organisierte Produktionsformen, also Verhältnisse, denen auch die Männer ausgesetzt sind. Wir wollen keine »linke« Arbeitsteilung nach dem Motto: die Frauen für die Frauenfragen, die Männer für allgemeine politische Themen. Die Verantwortung für die Veränderung unseres Alltags lassen wir uns nicht nehmen! Deshalb haben wir z.B. die Prachtschlitten der Anwälte vom Miethai Kaußen angezündet, die für eine ganze Reihe brutaler Häuserräumungen verantwortlich waren. Deshalb haben wir durch den Nachdruck »echter Fahrscheine«, die wir zusammen mit den RZs im Ruhrgebiet verteilt haben, ein bißchen den Nulltarif eingeführt.

Zora 2: Unsere letzten Anschläge richteten sich gegen Siemens und die Computerfirma Nixdorf. Sie treiben mit der Entwicklung neuer Herrschaftstechnologien immer ausgeklügeltere Möglichkeiten der Kriegsproduktion und der Widerstandsbekämpfung voran. Darüberhinaus ging es uns dabei um ihre Vorreiterfunktion bei der Umstrukturierung von Arbeit, vor allem auf dem Rücken der Frauen weltweit. So wie hier die Frauen in Heimarbeit, Kapovaz [4] und Teilzeitarbeit voneinander isoliert und ohne soziale Absicherung profitabler ausgebeutet werden sollen - mit den Technologien dieser Firmen - so werden die Frauen in der sog. 3. Welt bei der Produktion dieser Elektronik regelrecht verschlissen. Mit 25 sind sie total kaputtgearbeitet, ausrangiert!

Frage: Diese Verbindung zur 3. Welt, aus Ausbeutung der Frauen dort - inwieweit ist das wichtig für euch?

Zora 1: Diesen Zusammenhang haben wir bisher bei all unseren Anschlägen erklärt, so auch gegen die Frauenhändler und die philippinische Botschaft im vergangenen Jahr. Wir kämpfen nicht für die Frauen in den Ländern der Peripherie, sondern mit ihnen - z.B. gegen die Ausbeutung der Frauen als Ware. Dieser moderne Sklavinnenhandel hat ja seine Entsprechung in den ehelichen Besitzverhältnissen hier. Die Formen der Unterdrückung sind zwar verschieden, aber sie haben gemeinsame Wurzeln. Wir wollen uns nicht länger gegeneinander ausspielen lassen. Die Spaltung zwischen Männern und Frauen findet international ihre Entsprechung in der Spaltung zwischen den Völkern der 1. und der 3. Welt. Wir selbst profitieren von der internationalen Arbeitsteilung. Wir wollen unsere Verflechtung mit diesem System durchbrechen und unsere Gemeinsamkeiten mit den Frauen anderer Länder rauskriegen.

Frage: Ihr habt erklärt, wie ihr eure Praxis begreift. Warum ihr euch im Zusammenhang der RZs organisiert, geht daraus allerdings nicht hervor.

Zora 2: Hauptgrund ist erstmal, daß diese Politik von den RZs entwickelt wurde und wir finden sie nach wie vor richtig. Wir haben in unserer Entwicklung eigene Inhalte bestimmt - deswegen sind wir ja als Frauen autonom organisiert - greifen aber auf die Erfahrungen der RZs zurück. Darüberhinaus kann eine Zusammenarbeit von radikalen Gruppen den militanten Widerstand insgesamt stärken. Es gab produktive

Zusammenarbeit wie die Aktionen zum Reagan-Besuch oder das Diskussionspapier zur Friedensbewegung (»In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod!«). Es gibt auch immer wieder nervige Diskussionen. Denn die Männer, die ansonsten ihren radikalen Bruch mit diesem System in eine konsequente Praxis umsetzen, sind oft erschreckend weit davon entfernt, zu begreifen, was antisexistischer Kampf heißt und welche Bedeutung er für eine sozialrevolutionäre Perspektive hat. Es ist unter uns Frauen auch umstritten, wo die Grenzen sind, an denen uns die Zusammenarbeit stärkt oder unseren Frauenkampf lähmt. Wir denken aber, daß uns mit einigen Frauen der RZs unsere feministische Identität verbindet.

Frage: Heißt das, daß ihr euch als Feministinnen versteht?

Zora 1: Ja, selbstverständlich gehen wir davon aus, daß das Private politisch ist. Deshalb sind unserer Auffassung nach alle sozialen, ökonomischen und politischen Verhältnisse, die das sogenannte Private ja erst strukturieren und verfestigen, eine Aufforderung zum Kampf gerade für uns Frauen. Das sind die Ketten, die wir zerreißen wollen. Aber es ist zu kurz gegriffen, die Unterdrückung von Frauen hier in der BRD zum alleinigen Dreh- und Angelpunkt von Politik zu machen und andere Herrschafts- und Gewaltverhältnisse wie Klassenausbeutung, Rassismus, die Ausrottung ganzer Völker durch den Imperialismus dabei auszublenden. Diese Haltung geht der Misere niemals auf den Grund: daß nämlich Frauenunterdrückung und geschlechtliche Arbeitsteilung Voraussetzung und Grundlage für Ausbeutung und Herrschaft in jeglicher Form sind - gegenüber anderen Rassen, Minderheiten, Alten und Kranken und vor allem gegenüber Aufständischen und Unbezähmbaren.

Zora 2: Die Schwierigkeiten fangen für uns da an, wo feministische Forderungen dazu benutzt werden, in dieser Gesellschaft »Gleichberechtigung« und Anerkennung zu fordern. Wir wollen keine Frauen in Männerpositionen und lehnen Frauen ab, die Karriere innerhalb patriarchaler Strukturen unter dem Deckmantel des Frauenkampfes machen. Solche Karrieren bleiben ein individueller Akt, von dem nur einige privilegierte Frauen profitieren. Denn die Verwaltung, die Gestaltung der Macht wird Frauen in dieser Gesellschaft nur gewährt, wenn sie in diesen Positionen Interessen der Männer vertreten oder der jeweilige Aufgabenbereich Fraueninteressen gar nicht erst zuläßt.

Frage: Die Frauenbewegung war in den 70er Jahren ziemlich stark. Sie hat auf legalem Weg einiges erreicht. Stichworte dazu sind: Kampf gegen 218, Öffentlichmachung von Gewalt gegen Frauen in Ehe und Familie, Vergewaltigung als Akt der Macht und Gewalt, Schaffung autonomer Gegenstrukturen. Warum behauptet ihr dann die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes?

Zora 1: Sicher, die Frauenbewegung hat vieles erreicht, und ich finde, das wichtigste Ergebnis ist, daß sich ein breites gesellschaftliches Bewußtsein von Frauenunterdrückung entwickelt hat. Und daß Frauen ihre Unterdrückung nicht mehr individuell erfahren, sich gar selbst die Schuld an ihrer Misere geben, sondern daß Frauen sich zusammengefunden und ihre gemeinsame Stärke erfahren haben. Auch das, was durch die Frauenbewegung aufgebaut wurde, die Frauenbuchläden, die Frauenzentren, Frauenzeitungen oder Treffs wie die Sommeruni [5] und Kongresse - das alles gehört mittlerweile zur politischen Realität und ist fester Bestandteil für die Weiterentwicklung unseres Kampfes.

Zora 2: Manche Erfolge waren auch eher Ausdruck einer gesellschaftlichen Situation, in der Frauen Freiräume gewährt werden konnten; klar - als man die Frauen in die Produktion und in die Büros haben

wollte, wurden mehr Kindergartenplätze geschaffen. Zur grundsätzlichen Änderung der Lebenssituation der Frau hat das nicht geführt. Dazu gehört eine kontinuierliche Bewegung, deren Ziele nicht integrierbar sind, deren kompromißloser Teil sich nicht in legale Formen zwängen läßt - deren Wut und Entschlossenheit in außerparlamentarischen Kämpfen und antiinstitutionellen Formen ungebrochen zum Ausdruck kommt.

Zora 1: Der legale Weg ist nicht ausreichend, denn die gewöhnlichen Unterdrückungs- und Gewaltstrukturen sind ja die Legalität: wenn Ehemänner ihre Frauen schlagen und vergewaltigen, dann ist das legal. Wenn Frauenhändler unsere Schwestern aus der »3. Welt« kaufen und an deutsche Biedermänner weiterverkaufen, dann ist das legal. Wenn Frauen für ein Existenzminimum eintönigste Arbeit machen müssen und dabei ihre Gesundheit ruinieren, dann ist das legal. Alles Gewaltverhältnisse, die wir nicht länger bereit sind zu ertragen und hinzunehmen, die nicht allein dadurch abzuschaffen sind, daß wir sie anprangern. Die öffentliche Bewußtmachung des Ausmaßes an Gewalt gegen Frauen ist ein wichtiger Schritt, der aber nicht dazu geführt hat, sie zu verhindern. Es ist ein Phänomen, daß den schreienden Ungerechtigkeiten, denen Frauen ausgesetzt sind, ein unglaubliches Maß an Ignoranz entgegenschlägt. Es ist eine Toleranz, die männliches Nutznießertum entlarvt. Dieser »Normalzustand« hängt damit zusammen, daß es wenig militante Gegenwehr gibt. Unterdrückung wird erst sichtbar durch Widerstand. Deswegen sabotieren, boykottieren wir, fügen Schaden zu, rächen uns für erfahrene Gewalt und Erniedrigung, indem wir die Verantworlichen angreifen.

Frage: Wie schätzt ihr die derzeitige Frauenbewegung ein?

Zora 2: Von der Frauenbewegung zu sprechen, finden wir falsch. Einerseits wird unter Frauenbewegung verstanden, was aus den alten Strukturen resultiert und davon übriggeblieben ist, von Projekten, Treffs bis hin zur Mystik. Es gibt viele Strömungen, die sich jedoch nicht fruchtbar ergänzen, sondern teilweise ausschließen und bekämpfen. Andererseits gehen neue politische Impulse von anderen Zusammenhängen aus, in denen sich Frauen als Frauen ihrer Unterdrückung bewußt werden, die radikal patriarchale Strukturen in Frage stellen und im Interesse der Frauen Politik machen - z.B. die Frauen in Lateinamerikagruppen, im Häuserkampf, in antiimperialistischen Gruppen. Deswegen stimmt auch der Satz: die Frauenbewegung ist tot, es lebe die Frauenbewegung! Denn die Frauenbewegung ist keine Teilbewegung wie die AKW-Bewegung oder der Häuserkampf, die sich überleben, wenn keine AKWs mehr gebaut werden und Spekulationsobjekte nicht länger zur Verfügung stehen. Die Frauenbewegung bezieht sich auf die Totalität patriarchaler Strukturen, auf deren Technologie, deren Arbeitsorganisation, deren Verhältnis zur Natur und ist damit ein Phänomen, das nicht mit der Beseitigung einzelner Auswüchse verschwindet, sondern erst in dem langen Prozeß der sozialen Revolution.

Zora 1: Die Frauenbewegung hat ihre Niederlage beim 218 und bei der staatlichen Finanzierung von Projekten wie der Frauenhäuser nie richtig analysiert. Es fehlt ein ablehnendes Verhältnis zu staatlicher Politik. Zusätzlich wurde die Wende in der Familienpolitik durch die Welle der neuen Mütterlichkeit [6] in der Frauenbewegung vorweggenommen. Die Klassenfrage wurde auch immer ausgeklammert, soziale Unterschiede wurden durch die Gleichheit der sexistischen Ausbeutung negiert. Das erschwert gerade in der jetzigen Krise eine Antwort auf die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und verschärfte Ausbeutung sowie auf die reaktionäre Familienpolitik. Das Fehlen einer Handlungsperspektive, um angemessen auf den Krisenangriff zu reagieren, führt zu dem Dilemma, entweder offensiv gegen die reaktionäre Politik vorzugehen oder lediglich die Entfaltung von Subjektivität in Frauenfreiräumen zu

retten. Diesen Widerspruch können wir nicht theoretisch lösen und die praktische Konsequenz, z.Zt. Frauenräte/Weiberräte zu bilden, ist keine vorantreibende Lösung. Erfahrungsgemäß erreichen wir Frauen keine Macht auf Wegen, die gerade dazu da sind, Frauen auszuschließen, die patriarchale Herrschaft zu sichern und zu erhalten. Deshalb sehen wir im Weiberrat, der darauf ausgerichtet ist, Einflußnahme in Parteien und Institutionen zu organisieren, den falschen Weg.

Zora 2: Aber dazu gibt es mittlerweile auch andere wichtige Diskussionsansätze und Analysen unter Frauen, die die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung zum Gegenstand haben. So werden aus der Sicht von unten die verschärfte Ausbeutung mit Hilfe neuer Technologien untersucht, die neuen Lohn- und Arbeitsformen werden in ihren Folgen für die Frauen analysiert, die indirekten Gewaltstrukturen gegen Frauen werden immer genauer erfaßt. Der Alltagskrieg gegen Frauen - die harte Pornowelle und die zunehmende frauenverachtende Propaganda - sowie die gesellschaftliche Aufforderung zu mehr Mütterlichkeit, mehr Weiblichkeit werden von vielen Frauen deutlich erkannt und abgelehnt. Ebenso, daß die Krise und die neuen Kapitalstrategien diese rückschrittliche Frauen- und Familienpolitik zur Voraussetzung haben. Bevölkerungspolitik - und dazu rechnen wir auch die Änderung des 218 - ist der Versuch einer qualitativen Einflußnahme auf die Entwicklung der Bevölkerung. Zusammen mit der staatlich geförderten Gentechnologie ist es unter anderem Ziel, den »gesunden deutschen Mittelstand« zu vermehren - eine Auslese, die verhindert werden muß. Wir brauchen heute dringender denn je eine radikale Frauenbewegung, die die Kraft hat, ganz konkret die gesellschaftliche und sozialpolitische Einkreisung nicht nur der Frauen, sondern auch anderer Bevölkerungsgruppen wie Ausländer und Minderheiten zu verhindern und aufzubrechen. Eine Frauenbefreiungsbewegung, die die Hoffnung auf Revolution nicht nur zu einem schönen Traum verkommen läßt.

Frage: Begreift ihr euch als Teil der Frauenbewegung oder als Teil der Guerilla oder beides und wie seht ihr den Zusammenhang?

Zora 1: Wir sind Teil der Frauenbewegung, wir führen den Kampf um Frauenbefreiung. Neben den theoretischen Gemeinsamkeiten gibt es noch einen anderen Zusammenhang zwischen unserer Praxis und der legalen Frauenbewegung: nämlich den der subjektiven Radikalisierung, die auch anderen Frauen Mut machen kann, sich zu wehren, die dazu beiträgt, daß Frauen sich selbst und ihren Widerstand ernstnehmen. Das Gefühl der Stärke, wenn du sieht, du schaffst etwas, wovor du vorher Angst hattest und wenn du siehst, es bewirkt was. Diese Erfahrung würden wir auch gerne vermitteln. Wir denken nicht, daß das in den Formen ablaufen muß, die wir gewählt haben. Zum Beispiel die Frauen, die in Berlin eine Peep-Show störten, dort Frauenzeichen und Gestank hinterließen, solche Aktionen machen uns Mut, stärken uns und wir hoffen, daß es anderen Frauen mit unseren Aktionen auch so geht. Unser Traum ist, daß es überall kleine Frauenbanden gibt - wenn in jeder Stadt ein Vergewaltiger, ein Frauenhändler, ein prügelnder Ehemann, ein frauenfeindlicher Zeitungsverleger, ein Pornohändler, ein schweinischer Frauenarzt damit rechnen und sich davor fürchten müßte, daß eine Bande Frauen ihn aufspürt, ihn angreift, ihn öffentlich bekannt und lächerlich macht - also z.B. an seinem Haus steht, wer er ist, was er getan hat - an seiner Arbeitsstelle, auf seinem Auto - Frauenpower überall!

Frage: Bei euren Aktionen gefährdet ihr unter Umständen das Leben Unbeteiligter. Wie könnt ihr das verantworten?

Zora 2: Woher kommt eigentlich die Unterstellung, daß, wer mit Unkraut-Ex oder mit Sprengstoff hantiert, all das über Bord werfen würde, was für euch, für die Frauenbewegung, für die Linke wie

selbstverständlich gilt? Umgekehrt! Gerade die Möglichkeit, Leben zu gefährden, zwingt uns zu besonderer Verantwortlichkeit. Du weißt genauso gut wie wir, daß wir einpacken könnten, wenn du mit deiner Frage recht hättest. Es wäre doch paradox, gegen ein System zu kämpfen, dem menschliches Leben nur so viel wert ist, wie es verwertbar ist und im Zuge dessen ebenso zynisch, ebenso brutal zu werden, wie die Verhältnisse sind. Es gibt -zig Aktionen, die wir wieder verworfen haben, weil wir die Gefährdung Unbeteiligter nicht hätten ausschließen können. Manche Firmen wissen sehr genau, warum sie sich mit Vorliebe in belebten Häusern einnisten. Sie spekulierten auf unsere Moral, wenn sie sich in Mehrfamilienhäusern niederlassen, um dadurch ihr Eigentum zu schützen.

Frage: Was sagt ihr zu dem Argument: bewaffnete Aktionen schaden der Bewegung. Sie tragen dazu bei, daß die Frauenbewegung mehr als bisher überwacht, bespitzelt wird, daß sie als terroristisch diffamiert, von der Mehrheit der Frauen abgespalten und isoliert werden könnte?

Zora 1: Der Bewegung schaden - damit meinst du die einsetzende Repression. Es sind nicht die Aktionen, die der Bewegung schaden - im Gegenteil: sie sollen und können die Bewegung direkt unterstützen. Unser Angriff auf die Frauenhändler hat z.B. mit dazu beigetragen, daß deren Geschäfte öffentlich wurden, daß sie sich bedroht fühlen und wissen, daß sie mit dem Widerstand von Frauen rechnen müssen, wenn sie ihre Geschäfte weiterbetreiben. Und wenn die Herren wissen, sie haben mit Widerstand zu rechnen, dann ist das eine Stärkung für unsere Bewegung.

Zora 2: Die radikalen Teile mit allen Mitteln abzuspalten und zu isolieren, um die Bewegung insgesamt zu schwächen, ist seit jeher Strategie der Widerstandsbekämpfung. Wir haben in den 70er Jahren die Erfahrung gemacht, wohin es führt, wenn Teile der Linken die Propaganda des Staates übernehmen, wenn sie anfangen, für staatliche Verfolgung, Vernichtung und Repression diejenigen verantwortlich machen, die kompromißlos kämpfen. Sie verwechseln dabei nicht nur Ursache und Wirkung, sondern rechtfertigen damit implizit den Staatsterror. Sie schwächen damit ihre eigene Position. Sie engen den Rahmen ihres Protests, ihres Widerstands selbst ein.

Zora 1: Unsere Erfahrung ist: um unberechenbar zu bleiben und uns vor den Zugriffen des Staates zu schützen, ist ein verbindlicher Zusammenschluß notwendig. Wir können es uns nicht mehr leisten, daß jede Gruppe alle Fehler wiederholt. Es muß Strukturen geben, in denen Erfahrungen und Kenntnisse ausgetauscht werden und der Bewegung nützen können.

Frage: Wie sollen nicht autonom/radikal organisierte Frauen verstehen, was ihr wollt? Bewaffnete Aktionen haben doch eine »abschreckende Wirkung«.

Zora 2: Warum hat es keine abschreckende Wirkung, wenn ein Typ Frauen verkauft, sondern wenn sein Auto brennt? Dahinter steckt, daß gesellschaftlich legitimierte Gewalt akzeptiert wird, während ein entsprechendes Zurückschlagen abschreckt. Mag sein, daß es erschreckt, wenn Selbstverständliches in Frage gestellt wird, daß Frauen, die von klein auf die Opferhaltung eingebleut kriegen, verunsichert sind, wenn sie damit konfrontiert werden, daß Frauen weder Opfer noch friedfertig sind. Das ist eine Herausforderung. Die Frauen, die ihre Ohnmacht wütend erleben, finden sich in unseren Aktionen wieder. Denn so, wie jeder Gewaltakt gegenüber einer Frau ein Klima von Bedrohung gegenüber allen Frauen schafft, so tragen unsere Aktionen, auch wenn sie sich nur gegen einzelne Verantwortliche richten, mit dazu bei, ein Klima zu entwickeln: Widerstand ist möglich!

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Anmerkungen zu Kapitel 13:

1. Emma-Interview

Das Selbstinterview wurde an die Frauenzeitschrift Emma geschickt und erschien im Juni 1984.

2. Mai 68

Siehe auch: Anmerkung 22 zu Kapitel 2

3. Duogynonprozess

Prozeß gegen Schering, bei dem es um mißbildungsauslösende Präparate ging.
Literatur: Autonomes Frauenreferat im AStA TU-Berlin (Hg.): *Schering.* Wie entsteht die Macht eines Konzerns. Berlin: Selbstverlag, 1985

4. Kapovaz

Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit.

5. Sommeruni

Die erste Sommeruni von Frauen fand im Juni 1976 in West-Berlin unter dem Thema »Frauen und Wissenschaft« statt.
Literatur: *Dokumentation zur Sommer-Frauenuni 1976.* Berlin: Selbstverlag, 1976
Publikationen zu den folgenden Sommerunis:
Literatur: *Frauen als bezahlte und unbezahlte Arbeitskräfte.* Beiträge zur 2. Sommer-Frauenuni 1977. Berlin: Selbstverlag, 1978
Literatur: *Frauen und Mütter.* Beiträge zur 3. Sommer-Frauenuni 1978. Berlin: Selbstverlag, 1979

6. zum Komplex 218/Neue Mütterlichkeit

Literatur: M. Häußer, C. Helferisch: *Bauchlandungen.* Abtreibung-Sexualität-Kinderwunsch. München: Frauenbuchverlag, 1983
Literatur: *Müttermanifest.* Leben mit Kindern-Frauen werden laut. Bonn: Selbstverlag, 1987
Literatur: Angelika Ebbinghaus. *Das Müttermanifest.* Eine Variante der Bevölkerungspolitik, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. Hamburg: 1999, Heft 3/1987

7. Literatur Bevölkerungspolitik

Siehe auch:Literaturanhang

8. Literatur Frauenhandel/Sextourismus

Siehe auch:Literaturanhang

9. Marcos, Ferdinand

1917-1987; Philippinischer Diktator; Großgrundbesitzer; formell Staatspräsident und Premierminister; flieht im Februar 1986 nach den Präsidentschaftswahlen und an<\h>schlie<\h>ßenden Anti-Wahlbetrugsdemonstrationen mit mehreren Millionen TeilnehmerInnen nach Hawai.
Literatur: Reiner Werning: *Verhinderte Unabhängigkeit.* Agrar- und Wirtschaftspolitik in den

Philippinen. Münster: Wurf Verlag, 1985

10. Guerilla auf den Philippinen

National Peoples Army bzw. die National Democratic Front
Literatur: Philippinen Koordination Hamburg (Hg.): *Aufstandsbekämpfung auf den Philippinen.* Hamburg: Selbstverlag, 1988
Literatur: Philippinen Koordination Frauengruppe (Hg.): *Frauenkampf auf den Philippinen.* Interviews und Berichte. Hamburg: Selbstverlag, 1989

11. namibische Befreiungsbewegung

Siehe auch: Anmerkung 41 zu Kapitel 12

12. Schufa

»Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung«; erteilt Auskunft über die Zahlungsfähigkeit und Bonität von Personen und Firmen an Banken und Kreditinstitute.

13. Grüne Revolution

Siehe auch: Anmerkung 40 zu Kapitel 6

14. Bonner Gentechnikkongreß 1985

Literatur: Die Grünen im Bundestag/AK Frauenpolitik (Hg.): *Frauen & Ökologie.* Gegen den Machbarkeitswahn. Köln: Kölner Volksblatt Verlag,

15. Katastrophe von Tschernobyl

Unfall in einem sowjetischen Atomkraftwerk im April 1986.

16. Euthanasie

Institutionelle Ermordung von Menschen aufgrund einer Definition von »lebensunwertem« Leben.
Literatur: Siehe Literaturanhang

17. unleserlich

Die unvollständigen Sätze konnten nicht komplettiert werden.

18. eugenische Indikation

Bestimmung nach der eine Abtreibung legal ist, wenn »genetische Defekte« bei einem Kind zu erwarten sind.

19. Zwillingsforschung

Literatur: Verschuer: *Das Erbbild des Menschen*, in: Der Erbarzt, 1/1939
Literatur: C. Hertler, M. Hintz, A. Lotz: *»Und beide hatten einen Foxterrier namens Trixi«.* 1. Deutsches Zwillingstreffen; in: diskus, Nr. 3/1991

20. Mengele, Josef

1911-1979; als Mediziner 1934 im Forschungsstab des Instituts für Erbbiologie und Rassenhygiene. Zunächst nur NSDAP-Mitglied, dann Beitritt in die Waffen-SS. In Auschwitz an der »Selektionsrampe« für die Ermordung der Ankommenden verantwortlich; leitete medizinische Menschenversuche an den Gefangenen; gelangte nach dem Krieg über die »Rattenlinie« via Rom nach Buenos Aires und wurde 1959 Staatsbürger Paraguays.

21. exogen

Von außen eindringend.

22. Amniozentese

Fruchtwasseruntersuchung zur Bestimmung von »Krankheiten« bei Föten sowie zur Bestimmung des Geschlechts.

23. Literatur zu Adler

Literatur: Terre des Femmes, Koreanische Frauengruppe u.a.: *Made in Korea.* Adler-Textilarbeiterinnen wehren sich gegen deutsche Ausbeutung. Kiel: Magazin Verlag, 1989
Literatur: terre des hommes (Hg.): *Länderbericht Korea.* Osnabrück, Selbstverlag, 1987

24. EUREKA

Europäisches Pendant zur SDI.

25. Repression und Verfolgung

Siehe auch: Anmerkung 2 zu Kapitel 1

[Dieses Fenster schließen]

Aktion gegen die Bundesärztekammer, Köln (April 77)

Am 28.4.77 haben wir uns die Nacht zurückerobert, die Bundesärztekammer in Köln kann nach unserer Vorarbeit jetzt ihren Frühjahrsputz halten.
Die Bundesärztekammer vereint die Macht der gesamten Ärzteschaft: die Landesärztekammer, verschiedene Ärzteverbände (z.B. den Hartmannbund) und die kassenärztliche Vereinigung.
Das war unser Beitrag zur Walpurgisnacht. In der Walpurgisnacht zum 1. Mai demonstrieren überall in der BRD Frauen gegen Vergewaltigung - eine Form der Gewalt, die wir Frauen tagtäglich in der Familie, in der Werbung, im Betrieb, auf der Straße und beim Frauenarzt erleben.
Wir verstehen die Bundesärztekammer als Vertreter der Vergewaltiger in weißen Kitteln, die sich über unser Selbstbestimmungsrecht hinwegsetzen und mit unseren Körpern Profit machen wie die großen Chemie-Konzerne. Die Handlanger der Chemie-Konzerne in Gestalt der Arzneimittelkommission sitzen unter einem Dach mit dem Ärztepack.
Besorgt um den Verlust ihrer Einnahmen durch illegale Abtreibungen und mit ihrer Allmacht über den menschlichen Körper, wehren sie sich bis heute erfolgreich gegen eine Streichung des 218.
Vor der »Reform« riet uns der Hartmannbund: »Treibt doch mit dem Schürhaken ab!« (anläßlich eines go-ins in Oberursel).
Nach der »Reform« sind wir Frauen vollends den Ärzten ausgeliefert:
- zwei Drittel der Ärzte boykottieren die Abtreibungen
- Gutachten über die soziale Notlage werden von vielen Chefärzten nicht anerkannt
- Gleichzeitig soll auf unsere Kosten gespart werden: die kassenärztliche Vereinigung fordert aus dem Hinterhof der Bundesärztekammer heraus die Streichung der Mutterschaftsvorsorge und die Streichung sachfremder Ausgaben, die durch den 218 entstehen.

Dabei geht es den meisten Ärzten schon lange nicht mehr um das gesundheitliche Wohlbefinden ihrer Patienten; ihnen geht es vielmehr darum, die Leute fit für den Arbeitsplatz zu halten. Der Vorsitzende der kassenärztlichen Vereinigung Nordwürttemberg: »Im Krankheitsfall sollte sich in den ersten sechs Wochen zunächst einmal die Einkommenssituation verschlechtern, damit ein Anreiz zum Gesundwerden da ist.«
Damit die Ärzte pro Jahr und Nase durchschnittlich 170.000 DM einstreichen können, geht jede neunte von uns verdiente Mark an die Krankenkassen.
Die Schweine haben Namen. Frauen, sucht euch die Adressen, z.B. in Telefonbüchern! Frauen, denkt an Severing, Alt-Nazi und SS-Mitglied nach 33, heute CSU-Mitglied und Präsident der Bundesärztekammer! [...]

Anschlag gegen Schering, Berlin (März 82)

Am 7.3.82 haben wir bei Schering einen Brandsatz gelegt.
Dieser Konzern, der stolz vermeldet, daß er 1981 seinen Umsatz um 18,2 % auf 3,8 Milliarden Mark steigern konnte, hat es schon lange verdient, unsere Wut und unseren Zorn zu spüren, die Milliarden, die er anhäuft, werden von Frauen in aller Welt mit Schmerzen, Verstümmelung, Tod und Zerstörung der Würde bezahlt. Für uns Frauen herrscht heute kein Friede, der Krieg wird gegen uns alltäglich geführt,

und der Schering Konzern führt diesen Krieg weltweit besonders gegen Frauen. Seine Schweinereien sind so zahlreich, daß wir nur einige nennen können: Prostagladine, von Schering hergestellt, wurde bei Abtreibungen von 6000 Frauen unter starken Schmerzen ausprobiert, was sie bis jetzt in ihren scheußlichen Laboratorien Tieren antun, wird jetzt auch Frauen angetan. Ein Prozeß gegen Schering endet mit Freispruch. Duogynon, ein weiteres von Schering hergestelltes Präparat, das nach zahlreichen Mißbildungen bei Kindern offiziell verboten wurden, ist unter dem Namen Cumurit wieder auf dem Markt. Und wieder, der Prozeß gegen Schering endete mit Freispruch.
Auch bei der Erforschung von Gen-Manipulationen hat neben Hoechst, Bayer und BASF der Schering-Konzern seine Finger im Spiel. Wie verlockend muß diesen HERREN die Vorstellung sein, auch die Reproduktion von Menschen (Retortenbabies) - die letzte Bastion der Frauen - unter ihre Kontrolle zu bringen, um ihr Menschenbild, die weiße Herrenrasse, endgültig durchzusetzen. Wen wundert es dann noch, wenn sich Ärzte, Juristen und Politiker in November 81 in den Räumen von Schering treffen, um endlich praktikable Mittel zu finden, den Hungerstreik politischer Gefangener zu brechen.
Was in den Metropolen erst angefangen hat, ist in der 3. Welt schon lange alltägliche Realität. Nicht umsonst vermerkt Schering, daß seine enorme Umsatzsteigerung vor allem auf dem Export beruht. Dahinter verbirgt sich, daß schon seit den 20er Jahren die Frauen in der 3. Welt mißbraucht werden, um Verhütungsmittel zu testen. Gleichzeitig läuft ein internationales Projekt zur Zwangssterilisationen der Frauen in der 3. Welt, während das Kinderkriegen in den Metropolen mit Geldprämien belohnt wird. So waren bis 1979 in Puerto Rico 34 % der Frauen sterilisiert, davon im Jahre 1979 allein 200.000. In Brasilien wurden allein im Jahre 1981 eine Million Frauen zwangsterilisiert.
Schering und die anderen Pharma-Konzerne setzen die Tradition fort, die die Nazis mit ihren Versuchen an Frauen in den KZs begonnen haben, der Unterschied ist nur, daß sie heute weltweit organisiert sind.
Das Leben ist eine Frau
und ihre Augen
mal zornig mal heiter
sie nimmt sich die Waffe
die ihr paßt
und sagt dir
der Kampf geht weiter

Aktion gegen den Arzt Lindemann, Hamburg (Februar 83)

Am 23.2.83 haben wir das Auto von Hans-Joachim Lindemann in Brand gesetzt. Wir wollen dazu beitragen, daß er endlich aufgibt.
Lindemann, Chefarzt am Elisabeth-Krankenhaus in Hamburg, hat sich mit Sterilisationsversuchen an Frauen und als internationale »Fachkraft in Sterilisationsfragen in der Dritten Welt« hervorgetan. Er personifiziert die Strategie der Imperialisten, über die sog. Bevölkerungspolitik [7] die Gebährfähigkeit der Frauen zu kontrollieren: Zwangssterilisation von Sozialhilfeempfängerinnen in den USA, von

Indianerinnen und armen Frauen in Lateinamerika, von Türkinnen in der BRD, von ca. 33 % aller Puerto-Ricanerinnen in ihrem von den USA als Kolonie gehaltenen Heimatland. Drohende Aufstände werden mit der Ausrottung der Armen und Unterdrückten bekämpft: Sterilisation als lautlose Waffe der Imperialisten.
Lindemann sucht nach einem Verfahren, das kostengünstig und von den Frauen unbemerkt durchgeführt werden kann. An mindestens 700 Frauen hat er seit 1972 ohne deren Wissen vor einer notwendigen Gebärmutterentfernung Versuche zur operationslosen Sterilisation durchgeführt. Bei 520 hat er zunächst versucht, die Eileiter mittels hochfrequenter Elektrizität zu verkochen. Dann versuchte er 194 Frauen mit einem sogenannten Ethi-block die Eileiter zu verstopfen, als die Erfolgsquote auch hier gering war, verwandte er zusätzlich Silbernitrat, um eine Entzündung im Eileiter und die Verklebung des Ehti-Blocks zu erreichen. Sowohl der vom Pharma-Konzern Ethicon entwickelte Block als auch Silbernitrat (schon in der NS-Zeit erprobt) sind in der Gynäkologie nicht anerkannt. Mit ihrer Anwendung in den Versuchen hat Lindemann die Gesundheit der Frauen auf's Spiel gesetzt und ihr Selbstbestimmungsrecht mit Füßen getreten.
Unterstützt wird seine Forschung besonders von Ethicon und internationalen Bevölkerungspolitikorganisationen, auf deren Tagungen er ein vielgesehener Gast ist.
Lindemann ist zwar nur eine einzelne Figur im Zusammenspiel der Herrschenden, aber er sitzt direkt vor unserer Nase. Ein Strafverfahren gegen ihn ist eingestellt worden, aber er hat im letzten Jahr schon zu spüren bekommen, daß die Frauen nicht bereit sind, seine menschenverachtenden Praktiken und Forschung und die dahinterstehende imperialistische Politik hinzunehmen. Und er soll es weiterhin zu spüren bekommen, wenn er nicht schnellstens aufhört.
Revolutionäre Zellen und Rote Zora

Aktionen gegen den Frauenhändler Kirschner, Köln und das Philippinische Konsulat, Bonn (März 83)

Ihr habt die Macht - uns gehört die Nacht!
Für den ersten Sexboom in Südostasien sorgten die US-GIs, deren Kampfmoral im Vietnamkrieg durch organisierte Sexreisen ins benachbarte Ausland aufgemöbelt werden sollte. Sexindustrie und Bordellkultur sind immer eine Begleiterscheinung der militärischen Präsenz ausländischer Truppen; Unterwerfung von Frauen und imperialistischer Krieg gehören eng zusammen.
Die durch die Yanks in Gang gekommenen Sexgeschäfte wurden nach deren Abzug mit staatlicher Förderung weiter ausgebaut und als Tourismusbranche systematisch erschlossen (v.a. für Amerikaner, Deutsche, Japaner und zunehmend reiche Ölaraber).
In der BRD gibt es ca. 200 Unternehmen - und es werden täglich mehr - die unter dem Deckmantel »Ehevermittlungsinstitut« oder »Reisebüro« regelrechten Frauenhandel betreiben mit Asiatinnen, vorzugsweise Philippininnen. Das Angebot reicht von Reisen für alleinstehende Männer über die Vermittlung von Ehefrauen bis zur Vermittlung von Frauen für Bordelle und »Amüsierschuppen«. Bei diesem Handel wird der Zusammenhang von Frauenunterdrückung und Ausbeutung der sog. 3. Welt besonders deutlich. Wir haben deswegen den 8. März - Internationaler Frauentag - zum Anlaß genommen, Betreibern dieses menschenverachtenden Frauenhandels Widerstand entgegenzusetzen.

Wir haben einem dieser Vermittler, Heinz Kirschner in Köln, der besonders dick im Geschäft steckt, das Auto in Brand gesetzt und das philippinische Konsulat in Bonn mit einem Sprengsatz angegriffen, da die philippinische Regierung diese Geschäfte unterstützt und schürt, Land und Leute verkauft, um sich selbst zu bereichern.
Die imperialistische Ausbeutung brachte das Land in eine Situation, die durch extreme Verschuldung und Verarmung der Bevölkerung erst die Voraussetzung schaffte für die Entwicklung von Sextourismus [8] und Prostitution in großem Ausmaß.
Heute hat es sich zu einem der Hauptwirtschaftszweige entwickelt, es ist die drittgrößte Devisenquelle für das Land. Das Geschäft lohnt sich für die philippinische Regierung der Marcos-Clique [9], doch was haben die Frauen davon?
Ihrer Existenzgrundlage beraubt, bleibt den Frauen gar keine andere Wahl, als sich den weißen Herren zu verdingen, um überhaupt zu überleben - ob unter der kurzfristigen und niedrigst bezahlten Lohnarbeit unter den schlechtesten Arbeitsbedingungen in den Weltmarktfabriken (der Verdienst liegt weit unter dem Existenzminimum) oder durch Prostitution.
Auch Hotelbesitzer, Fluggesellschaften, Reiseunternehemn, Vermittlungsinstitute und die Männer der imperialistischen Staaten profitieren von der ökonomischen Not der Frauen. Der Besitz von DM und Dollars gibt ihnen das Recht, sich Frauen zu kaufen für eine Nacht, ein paar Tage, ein Leben.
Die Ehevermittler wittern hinter der gezielten Verarmung der Frauen nicht nur ihr lukratives Geschäft, sondern sie verstehen sich auch als Vertreter der männlichen Gesellschaftsordnung, die dafür Sorge tragen, daß jeder kleine Mann noch über eine »richtige Frau« verfügen kann. Da in der BRD die Besitzverhältnisse der Männer gegenüber ihren Ehefrauen durch wachsendes Selbstbewußtsein der Frauen angeknackst werden, sollen hier die philippinischen Frauen herhalten. Die Vermittler werben für ihren Frauenhandel, indem sie vor allem die Eigenschaften der Unterwerfung wie »sanft, anschmiegsam und treu« (Interpart Rolf Loos, Marstall 6, 3000 Hannover), »anspruchslos und zu jedem Dienst bereit« als besondere Attraktivität anpreisen.

Wirtschaftsmacht und sexuelle Ausbeutung
Die Philippinen - seit dem 16. Jahrhundert unterdrückt: zuerst von den Spanieren bis hin zu den Yanks heute, mit deren Unterstützung der Diktator Marcos seine Interessen wahrt und das Land dem internationalen Agrobusiness und anderen Großkonzernen ausverkauft. Die ökonomischen Strukturen des Landes sind rein weltmarktorientiert, die eigenen Kulturformen von Lebens- bis Produktionsweisen sind fast völlig zerstört.
Wenn Del Monte, Dole, Transnational Corporation oder andere Agromultis heute Land wollen, dann schicken sie aufgrund des sich ausweitenden Widerstandes meist zuerst eine militärische oder paramilitärische Anti-Guerilla-Einheit vor. Die mordet, vergewaltigt die Frauen und treibt die Überlebenden in die sog. Wehrdörfer zum »Schutz« vor der Guerilla oder sie treibt sie einfach in den Wald. Gigantische Brände, Rodungen, Entlaubungen, Bulldozereinheiten machen alles nieder für die Agroausbeuter. Wenn die Überlebenden Glück haben, dürfen sie als Landarbeiter für Hungerlöhne wieder auf ihr Land in die Riesenplantagen, andere landen in den Elendsvierteln der Großstädte. Die meisten Männer werden dann dort als Arbeitssklaven exportiert - 200.000 pro Jahr. In den Arbeitslagern am persischen Golf vegetieren ca. 600.000 Philippinos. Die Frauen werden ohne Umstände den zwei großen Industriebereichen zugeführt: den Weltmarktfabriken in den freien Produktionszonen (Textil, Optik, Elektronik vorwiegend, 90 % der dort Beschäftigen sind Frauen) und der multinationalen Prostitutionsindustrie. Jährlich wird ca. 1 Million DM allein am Prostitutionstourismus verdient. Über 80 % der Touristen sind Männer. Mord und Vertreibung sollen auch die Basis der Guerilla [10] treffen, die

stärkste in Asien. Man rechnet 30 % des Volkes zu den direkten Sympathisanten und es werden Jahr für Jahr um ein Drittel mehr. Ganze Familien schließen sich dem bewaffneten Kampf an. Immer geht es auch um die Bestrafung der paramilitärischen Mord- und Vergewaltigereinheiten, vor allem des berüchtigten »verlorenen Kommandos«. [...]
Wir wehren uns dagegen in Solidarität mit den philippinischen Frauen, weil wir uns als Frauen durch diese Praxis angegriffen fühlen. Die Möglichkeit, hier philippinische Frauen wie Handelsware anzupreisen und zu verkaufen, ist verschärfter Ausdruck der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, der Gewalt- und Ausbeutungsverhältnisse zwischen Männern und Frauen.
Wir greifen die Vertreter der patriarchalen Ordnung an, weil wir es nicht zulassen wollen, daß sie ihr Selbstverständnis von der Beherrschung der Frauen so reibungslos einlösen können.
Wir wollen ihre Ruhe stören, die für uns Frauen - und in ganz besonderem Maße für die Frauen der sog. 3. Welt - schon lange nur Unterdrückung und Krieg bedeutet. Denn die Macht der Männer ist die Geduld der Frauen.
»Was die unterdrückten Leute brauchen
ist nicht eure Sympathie,
eure Tränen oder gar Gebete
was sie am meisten brauchen,
ist eure Wut«
(Zitat einer philipp. Frau)

Aktion gegen den Frauenhändler Günter Menger, Münster (August 83)

Ich hab mir eine Frau gekauft (Bild 1983)
Das Geschäft blüht weiter mit dem Frauenhandel aus den Ländern der sog. 3. Welt. In Zeiten verschärfter Lebens- und Arbeitsbedingungen hier ist es immer noch möglich, sich durch die Strukturen imperialistischer Ausbeutung zu bereichern, wenn mann nur den richtigen Geschäftssinn entwickelt. Günter Menger aus Münster in Hessen (»Imta«), einer der ältesten und größten im Geschäft, hat seinen Handel mit asiatischen Frauen mittlerweile ausgedehnt auf Frauen aus Afrika und Lateinamerika. Sein Geschäft, zu dem auch die Organisierung entsprechender Reisen in diese Länder gehört, betreibt er im schmucken Familienhaus auf dem Land mit ASIA-Bar und als Werbeattraktion eine asiatische Pappfrau in Lebensgröße am Fenster des Wohntrakts.
Unser Widerstand gegen diese frauenverachtenden Praktiken wird nicht abbrechen, darum haben wir am 19.8.83 den Flughafen-Service-Bus des Frauenhändlers Menger in Brand gesetzt. Daß er wegen dieser Geschäfte schon in den 70er Jahren ein Ermittlungsverfahren wegen Menschenhandel und Begünstigung der Prostitution anhängen hatte, zeigt uns nicht, wie eifrig die Staatsanwälte in solchen Fällen ermitteln, sondern wie »dick« der Typ im Geschäft steckt. Seine Geschäftspraktiken sind ein Beispiel dafür, wie fließend die Grenzen sind zwischen dem Verkauf als Prostituierte und Ehefrau.
Das Verschleppen der Frauen in Bordells, in denen sie unter übelsten, gewalttätigen Bedingungen in Gefangenschaft gehalten werden, ist die unbeschreiblich offen brutale Form der Versklaverei, und findet auch die gesellschaftliche Ächtung, wenngleich wenig dagegen unternommen wird, weil sie im

kontrollierten Maß auch Bestandteil der Gewaltverhältnisse hier sind.
Der Verkauf als Ehefrau dasgegen gilt hier als seriöses Geschäft. Immerhin erwirbt sich der Ehemann einen rechtmäßigen Eigentumstitel über die Frau, und die Funktion der Frau als Dienerin des Mannes, dem sie emotional und körperlich zur Verfügung steht, deckt sich mit der herrschenden Familienideologie hier.
Sexismus und Rassismus sind hier so tief verankert, daß es für die weißen Männer eine Selbstverständlichkeit ist, sich die Frauen der 3. Welt nach ihren Bedürfnissen anzueignen - wie die Rohstoffe und Naturschätze dieser Länder. »Bild« wirbt für das Geschäft mit der Serie »Wie kaufe ich mir eine Frau?« und die Vermittler fänden es einen »Jammer, die süßen Blumen ungepflückt zu lassen«, wo sie doch hier dafür garantieren können, daß die Männer - selbst Alte, Kranke, Verklemmte - über eine Frau nach ihrem Geschmack verfügen können: knackig jung, exotisch, anspruchslos. Daß die ausweglose Situation dieser Frauen, in die die imperialistischen Länder sie gebracht haben, ihnen wenig Wahlmöglichkeiten läßt, hat die Rote Zora in ihrer letzten Erklärung aufgezeigt. (Brandanschlag auf das Auto des Heiratsvermittlers Kirschner und Sprengstoffanschlag auf die philippinische Botschaft). Wie sehr die Männer es als ihr Recht ansehen, die Frauen wie Ware zu behandeln, anzubieten und zu verkaufen, durchnummeriert, austauschbar, im Sonderangebot (Menger hält sogar Betten zum Ausprobieren bereit), zeigt die Reaktion von Kirschner - wir haben ihn nicht vergessen -, der es nicht verstehen will, wegen seiner seriösen Geschäfte angegriffen zu werden.
Die philippinische Regierung reagierte offiziell betroffen auf den Angriff auf ihre Botschaft. Eine Pressekampagne wurde gestartet, in der sie diese Form der Handelsbeziehungen zwischen den Ländern verurteilt und sich auf die Seite »ihrer » Frauen stellt. Sie verteidigt ihr nationales Ansehen gegen diese Geschäfte, denen Anrüchiges anhaftet. Dazu kommt noch eine Portion männlicher Chauvinismus. Angeblich will sie hart durchgreifen gegen solche Praktiken des Frauenhandels, während sie andererseits den Sextourismus, drittwichtigste Deviseneinnahme der philippinischen Wirtschaft durch staatliche Subventionen fördert. Sie schafft weiterhin die Voraussetzungen dieses Frauenhandels, betreibt den Ausverkauf des Landes an multinationale Konzerne, die dem philippinischen Volk die materielle Lebensgrundlage raubt, ihre ökonomischen und kulturellen Lebenszusammenhänge zerstört und sie somit den Ausbeutungstrategien unterwirft. Den wachsenden Widerstand im Land dagegen versucht sie mit brutalsten Repressionen niederzuschlagen.
Solange wir noch fühlen und denken können, werden diese Herren uns nicht los!

Anschlag gegen Siemens, Witten + Braunschweig (November 83)

Siemens-Elektronik: »Von der elektrischen Zahnbürste bis zum Rollstuhl - alles im Dienste der Menschheit!«
Ob im Rechenzentrum der Bundeswehr, bei den Zielsuchgeräten der Tornados, den Panzern Leopard oder Gepard, der Panzerabwehrrakete Milan, ob bei militärischen Funk- und Radaranlagen, ob beim Ausbau des neuen NATO-Nachrichtensystems NICS (nato-integrated communication systems, eine Zusammenführung sämtlicher ziviler und militärischer Fernmeldeeinrichtungen, wozu die Glasfaserverkabelung der BRD nötig ist): überall ist Siemens-Elektronik mit von der Partie. Keine

NATO-Strategie ohne Siemens-Technik, kaum ein Krieg, an dem Siemens sich keine goldene Nase verdient hätte.
Siemens ist der zweitgrößte Rüstungskonzern der BRD (auf den Rüstungsumsatz bezogen) und ist führend an der Forschung für Militärtechnologie beteiligt. Mikroelektronik ist für die Weiterentwicklung der Waffensysteme von entscheidender Bedeutung. 2/3 der Kosten für die neuen Waffen entfallen auf ihre Elektronik. Die Entwicklung der Mikroelektronik ist wie alle Hochtechnologie militärischen Ursprungs.
Informationstechnologie ist ein zentrales Instrument zur Kriegsführung nach innen und außen: Computerdateien, Überwachungsanlagen auf Straßen, in Betrieben und Knästen, Personalinformationssysteme wären ohne Mikroelektronik undenkbar. Das BKA und die Landeskriminalämter sind mit Siemens-Computern ausgerüstet. Siemens ist immer gut im Rennen, wenn staatlich finanzierte Aufträge zu holen sind.
Daß Siemens seinen Anteil an Unterdrückung und Krieg so gerne unter dem Deckmantel eines Konzerns - von der elektrischen Zahnbürste bis zum Rollstuhl - alles im Dienste der Menschheit - versteckt, ist ein Grund mehr für uns, seine glatte Fassade zu zerkratzen, sein sauberes Image zu zerstören. Damit seine Verantwortung an Krieg, Unterdrückung und Ausbeutung sichtbar wird, haben wir in der Nacht zum 6. November an zwei Werken der Siemens-Kommunikationstechnik in Braunschweig und Witten Sprengsätze gezündet.

»Computergesteuerte Maschinen brauchen keine Kaffeepausen und sind besser als Türkenfrauen!«
Nicht nur im militärischen Bereich meint Siemens einer glorreichen Zukunft entgegenzugehen: Mikroelektronik ist Voraussetzung für die Umstrukturierung des Arbeitsprozesses. »Computergesteuerte Maschinen brauchen keine Kaffeepause und sind besser als Türkenfrauen!« Rationalisierung ist wichtigstes Mittel zur Profitsicherung in sämtlichen Produktions- und Dienstleistungsbereichen. Gerade im Bürosektor werden Frauenarbeitsplätze wegrationalisiert, es entstehen neue Arbeitsplätze als Teilzeitarbeit, Aushilfen, Heimarbeit, die enorme Verschlechterungen mit sich bringen. Siemens ist auch hier ganz vorn: es läuft bei Siemens ein Pilotversuch mit Frauen, die ihre Schreibarbeiten zu Hause am selbstfinanzierten Telegerät machen. Erste Ergebnisse: sehr günstig für Siemens - geringerer Preis pro Seite, keine Sozialabgaben, keine Arbeitsplatzkosten.
Durch die Vernichtung von Arbeitsplätzen konnte der Konzern 1982 seine Gewinne um 16 % steigern - 30.000 verloren in den letzten Jahren bei Siemens ihren Arbeitsplatz. Durch die Vernichtung von Arbeitsplätzen trägt Siemens dazu bei, einen Markt von entrechteten, noch billigeren, immer verfügbaren Arbeitskräften zu schaffen. Es sind dann dieselben, die durch die Hintertür über Sklavenhändler, ohne vertragliche Absicherung, zu niedrigsten Löhnen und gefährlichen Arbeitsbedingungen wieder bei Siemens auf AKW-Großbaustellen arbeiten (z.B. Philipsburg).

Frauen in Weltmarktfabriken:
»Flink, geschickt und unterwürfig...«
Mit Vorliebe investiert Siemens in Ländern mit faschistischen Diktaturen. Um die bestehenden Machtverhältnisse in den jeweiligen Ländern zu stützen, werden Militärhilfe und Waffen an die Machthaber geliefert. So liefert Siemens militärische Aufrüstung und Überwachungssysteme an Südafrika, um den Widerstand der namibischen Befreiungsbewegung [11] zu brechen.
Das »günstige Investitionsklima« und das »phantastische Lohnniveau« finden die Siemens-Manager von Portugal bis Südafrika und von Argentinien bis Indonesien. Ausländische Regierungen werben westliche

Multis mit der Geschicklichkeit und Unterwürfigkeit ihrer (!) Frauen für Investitionen an. In der Mikrochipproduktion der asiatischen Länder arbeiten bis zu 95 % Frauen. Unter miesesten Bedingungen, ohne Absicherung, für Hungerlöhne arbeiten diese Frauen in der Regel 4 Jahre lang, bis sie durch die ständige Überanstrengung ihrer Augen an den Mikroskopen fast blind sind. Dann bleibt ihnen nur noch die Prostitution oder sie werden von skrupellosen Frauenhändlern in die BRD oder die USA verschleppt. Der Kreis schließt sich: die Grundlagen der neuen Technologien werden durch Überausbeutung der Frauen in den Ländern der 3. Welt geschaffen, werden hier eingesetzt zur Veränderung der Produktion mit computergesteuerten Maschinen, Industrierobotern und im Büro- und Verwaltungsbereich mit den neuen Informations- und Kommunikationsmedien. Die Folgen hier sind: Entlassungen und verschäfte Ausbeutung - besonders auch für Frauen.

Gegen den imperialistischen Normalzustand hilft nur unser Zorn!
Daß Teile der Friedensbewegung so eingleisig auf die Mittelstreckenraketen starren, erweckt leicht den Anschein, mit der Entscheidung über die Stationierung würde Krieg und Frieden entschieden:
- dabei wird vergessen, daß unzählige Menschen in den sog. Entwicklungsländern Tag für Tag der offenen und versteckten Völkermordpolitik der westlichen Imperialisten zum Opfer fallen - künstlich erzeugte Hungersnöte, Zwangssterilisation und Krieg im Namen von Fortschritt und Freiheit nach westlichem Muster.
- dabei wird vergessen, daß auch hier die Interessen der Herrschenden mit immer drastischeren Formen der Ausbeutung und Repression gegen uns durchgesetzt werden.
- dabei wird vergessen, daß es unsere alltägliche Unterdrückung ist, die den »inneren Frieden« sichert, den sie für ihre imperialistische Kriegspolitik nach außen braucht.

Anschläge gegen Nixdorf, Hannover + den Verband der Vereine Creditreform, Neuss (Dezember 83)

Bist du wahnsinnig,
wird uns gesagt, wenn wir zu weit gehen,
über die Stränge schlagen, die unseren Alltag einzäunen.
Du bist wahnsinnig!
Laßt uns wahnsinnig sein, Frauen, in der Überschreitung der Grenzen, die unser Leben beschränken und unsere Würde ersticken.
Du bist wahnsinnig -
das ist die männliche Reaktion auf unsere Grenzüberschreitung.
Unsere Reaktion auf die tödliche Rationalität der patriarchalen Verhältnisse wird uns als Schimpfwort, als Lasso um den Hals geworfen, das unsere Radikalität einfangen soll.
aber - wir haben keine andere Wahl, als radikal zu sein.
Nur so holen wir unsere Würde zurück und unser Leben.

(Dorothea Brockmann)

Das magische und von allen heraufbeschworene Jahr 1984 ist da:
Wir haben es mit unseren Silvesterknallern bei Nixdorf in Hannover und beim Datenzentrum »Verband der Vereine Creditreform« in Neuss gebührend begrüßt.
Wir hoffen, daß sich bei Nixdorf der für 1984 geplante Einzug in den Super-Glaskasten am Rande der Stadt verzögert. In diesem 7-Millionen-Projekt will der Computerriese den Verkauf seiner Elektronengehirne zentralisieren und weiter vorantreiben (15 %ige Umsatzsteigerung im Jahr 1983).
Die Firma Nixdorf beteiligt sich an dem Glasfaser-Modellversuch BIGFON in Hannover, dessen Erkenntnisse für die Verkabelung der gesamten BRD maßgeblich sein sollen. Klar ist, wer außer den beteiligten Firmen den Nutzen davon hat: die Wirtschaftsbosse und der Staat. Seit Ende des Jahres sind »auserlesene Postkunden« wie das Wirtschaftsministerium und die niedersächsische Staatskanzlei über eine 65 Mio. DM-Glasfaserstrecke miteinander verbunden.
Wir hoffen, daß bei dem Datenzentrum »Verband der Vereine Creditreform« einige Computer nicht mehr einsatzbereit sind.
Diese Firma, nach eigener Darstellung »Europas größte Auskunfts- und Inkasso-Organisation« (allein in der BRD gibt es 106 Geschäftstellen), erteilt 9 Millionen Auskünfte im Jahr und treibt jährlich für ihre Mitglieder Forderungen in Höhe von 250 Millionen DM ein. Dank ihres umfassend gefütterten Computers weiß die Firma mehr über einen einzelnen Menschen, als dieser auf Anhieb selbst von sich sagen könnte.
Ihre Informationen bezieht sie von ihren Mitgliedern und durch ein gut funktionierendes Informantennetz bei Ämtern, Behörden und Verwaltungen, die für Geld unter der Hand Daten an Creditrefom geben.
Ganz legal und nicht weniger ergiebig ist die Zusammenarbeit mit der Schufa [12] und den Banken: kostenfrei erhält Creditreform alle Auskünfte über jede Person - und das sind nicht wenige, da heute viele Lebensäußerungen übers Konto laufen: Job, Wohnung, Gewerkschaftsbeitrag o.ä. Ganz im Verborgenen und unbeachtet werden hier die Daten zusammengetragen, was dann dazu führt, daß Vermieter oder Arbeitgeber kein Interesse mehr am Zustandekommen eines Vertrages haben, daß der Kleinkredit abgelehnt wird, daß der Leasing-Vertrag nicht klappt, einschneidende Entscheidungen ohne Durchschaubarkeit für den Betroffenen!
Das Jahr 1984 steht als Symbol eines neuen Zeitalters für den alles überwachenden Staat, für ein Leben, in dem der Mensch nur noch Opfer der Technologien im Interesse einer abstrakten Macht ist. Diese Vision verschleiert aber, daß die technologischen Entwicklungen kein Zufallsprodukt sind, die sich gegen den Menschen schlechthin richten, sondern sie sind konsequente Entwicklung kapitalistischer Strategien im Interesse der HERRschenden.
1984 - die Horrorvision des alles überwachenden und kontrollierenden Staates soll den Menschen jeglichen Mut zum Leben und zum Kämpfen nehmen.
Aber wir wissen,daß es hier in den Metropolen viele Menschen gibt, die ihre Phantasie und ihren Mut gegen die herrschende Gewalt setzen, die Überlebensstrategien entwickelt haben, indem sie klauen, schwarzfahren, Versicherungen betrügen, vom Staat Geld abziehen, Fahrkartenautomaten zerstören, Computer betriebsunfähig machen, die sich den Plänen von Staat und Kapital verweigern, sie sabotieren und angreifen.
Wir wissen, daß die Menschen in der dritten Welt Widerstand leisten gegen die zerstörerischen Strategien des Kapitals, daß sie kämpfen gegen die mörderische Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, gegen die Zerschlagung ihrer Strukturen, die Zerstörung ihrer Würde, indem sie auf der Straße die Wahrheit laut hinausschreien, Land und Fabriken besetzen, plündern und sich zurückholen, was ihnen gehört, in den

Städten und Bergen den Angriff organisieren.
Wir setzen den Spaltung- und Vereinzelungsstrategien des Staates unsere Kollektivität entgegen, die wir entwickeln im Kampf auf der Straße gegen Frauenunterdrückung, Sexismus, Rassismus und imperialistischen Krieg, im Kampf um die besetzten Häuser und die autonomen Zentren, im subversiven Angriff auf die Zentren patriarchaler Macht.

Anschlag gegen das Max-Planck-Institut, Köln (August 85)

Den Hunger beseitigen - das behaupten sie alle, die Politiker, die Wissenschaftler, die Chemiefirmen - doch es wird immer perfekter organisiert. Der Hunger - die beste Waffe der Metropolen gegen die »3. Welt«.
Eine neue Dimension, die Macht über die Nahrungsmittel und ihre Produktion zu erlangen, bietet die Gentechnologie. Das Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung in Köln-Vogelsang ist Genzentrum für »Grüne Gentechnologie«. Am Genzentrum Köln sind die Universität Köln, die Bayer-Werke Leverkusen und das Bundesforschungsministerium beteiligt, es hat den Schwerpunkt Pflanzengenetik, vor allem die Entwickung neuer Arten und Methoden.
Das MPI produziert Pflanzenarten, die in der Natur nicht vorkommen, die hohe Erträge haben und trotzdem nicht anfällig gegen Schädlinge sein sollen. Den Pflanzen werden mit Hilfe der Gentechnik Erbanlagen fremder Arten oder Lebewesen übertragen. So werden z.B. Bakterien, die den Stickstoff aus der Luft verwerten können, genetisch in Getreide manipuliert, dadurch könnte dann der Stickstoffdünger für diese Sorten verringert werden. Ebenso werden Pflanzen entwickelt, die widerstandsfähig gegen giftige Pestizide sein sollen. Diese Experimente ziehen eine Zerstörung der natürlichen Artenvielfalt und unvorhersehbare ökologische Probleme nach sich. Mit ihrer Wissenschaft dehnen die Herren ihre Macht auf die innere Struktur des Lebens aus, natürlich ohne zu klären, welche Folgen daraus erwachsen. Bayer Leverkusen sichert sich die Patente/Rechte auf die im Genzentrum Köln entwickelten Genstrukturen, womit die Neuschöpfungen zu ihrem Eigentum werden. Eine Konsequenz haben diese neuen Arten auf jeden Fall: Ihre profitable Nutzung setzt den sozialen Zerstörungsprozeß der »Grünen Revolution« [13] fort und erhöht die Macht der Agro-, Nahrungsmittel- und Chemiemultis. Den Hunger beseitigen sie nicht. Hier werden »politische Pflanzen« gezüchtet, deren Folge die weltweite Kontrolle der Agrarwirtschaft durch einige multinationale Konzerne und deren Profitsteigerung ist.
Auf dem Gelände des MPI wird mit Landesmitteln ein neues Laborgebäude gebaut - ein Ausdruck des derzeitigen Booms in der Genforschung.
Wir haben am 18.8.85 hier eine Bombe gelegt, um ihre Arbeit zu behindern.

Aktion gegen den Technologiepark Heidelberg (April 85)

Sie haben es sich so schön vorgestellt,
die Herren des Genprogramms. Sie sagen, die Umwelt solle wieder sauber werden, unheilbare Krankheiten heilbar, der Hunger in der 3. Welt beseitigt und überhaupt die Menschen der weißen Rasse ein konzentriertes Paket von gesellschaftlich wertwollen Chromosomen, und sie erhoffen sich die vollkommene Herrschaft über Mensch und Natur und unsagbare Profite.
Aber es gibt Menschen, und vor allem Frauen, die von dieser schönen neuen Welt nichts halten. Sie wissen, daß Umwelt durch die Industrie und Profitgier verschandelt und zerstört wird und nicht durch ölfressende Bakterien zu retten ist. Sie wissen, daß sie krank werden durch die Industrie, die Medizin und durch die Lebensbedingungen und ihnen keine Pharmaprodukte helfen können.
Sie wissen, daß Hunger in der 3. Welt durch gierige Ausbeutung imperialistischer Länder produziert wird, und daß die neuen Genprodukte diese Länder noch ärmer und den Hunger noch größer machen.
Und sie wollen sich nicht ihre Eier absaugen lassen, damit die Herren damit rumexperimentieren oder mit einem Retortenwunschkind dem inhaltlosen Leben Sinn geben. Sie wissen, daß nicht die Herrschaft über die Gene zur Lösung aller Probleme führt, sondern die Abschaffung der Herrschaft zur Befreiung.
Und ihr Wissen wirkt sich ungünstig auf ein gesundes Investitionsklima aus.
Deswegen haben wir am 13.4.1985 mit Sprengstoff den Technologiepark in Heidelberg heimgesucht.
Der Technologiepark Heidelberg steht kurz vor der Fertigstellung.
In ihm sollen die in der Uni Heidelberg entwickelte Grundlagenforschung der Bio- und Gentechnolgie weiter entwickelt und gebrauchsfähig gemacht werden für die Großindustrie.
So ein Technologiepark, geplant nach dem amerikanischen Vorbild silicon valley, zeichnet sich durch die enge Verfilzung von öffentlichen Forschungseinrichtungen und privater Wirtschaft aus, personifiziert durch die Professoren.
Bisher neun »innovative Patentfirmen« mit Zeitmietvertrag (wenn sie nicht profitabel arbeiten und dem Konkurrenzdruck standhalten, müssen sie neuen Firmen Platz machen) wollen u.a. auf den Gebieten der Zellbiologie, Frühdiagnostika, Impfstoffe, Enzyme arbeiten.
Heidelberg ist zum Zentrum pharmazeutisch ausgerichteter Gentechnolgie geworden.
Die Firmen BASF, Boeringer, Merck bestimmen über die »Gesellschaft zur Förderung molekularbiologischer Forschung in Heidelberg e.V.« maßgeblich, welche Grundlagenforschung an der Uni betrieben wird. Im Technologiepark Heidelberg ist es vor allem die Firma BASF aus Ludwigshafen, die auf alle Forschungsergebnisse ihre direkten Zugriffsmöglichkeiten gesichert hat.

Es rührt sich Widerstand
Dies ist unser Beitrag zu dem Kongreß »Frauen gegen Gentechnik und Reproduktionstechnik« in Bonn [14], den wir als Ausdruck radikaler Ablehnung von Frauen dieser Technologie sehen.

Unsere Hoffnung auf Befreiung nährt sich aus dem Kampf gegen dieses menschenfeindliche System und seine Technologie.
Frauen, stört ihr Programm, laßt die Herren nicht in Ruhe forschen, schafft für dieses Land ein ungünstiges Investitionsklima auf allen Ebenen!
Gruß und Kuß - Rote Zora

Aktion gegen das Humangenetisches Institut Münster (August 86)

Wir waren am 5.8. im Humangenetischen Institut in Münster, um uns einige Akten anzueignen und um möglichst viel durch Feuer zu zerstören.
Abschaffung aller humangenetischen Institute und Beratungsstellen! Stop der Bio- und Gentechnologie!
Die Bio- und Gentechnologie ist eine entscheidende Schlüsseltechnologie im gegenwärtigen imperialistischen Umstrukturierungsprozeß. Ihre Anwendung in der Nahrungsmittelproduktion (Hungerpolitik), Kriegsforschung, für neue Produktionsverfahren und als soziales Kontroll- und Steuerungsmittel dient allein der Profit- und Herrschaftssicherung. Es geht den HERRschenden nicht um qualitative Verbesserungen der Lebensbedingungen, sondern darum, sämtliche menschlichen Lebensbereiche den Interesssen der Verwertbarkeit, Kontrolle, Machtsicherung und technischer Machbarkeit zu unterwerfen.
Selbst die Katastrophe von Tschernobyl [15] wird die Bio- und Gentechnologie nutzen, ihren Anteil an der Planung einer katastrophalen Normalität akzeptabel und profitabel zu machen: die genetische Aussonderung der Menschen gemäß vergifteter Umwelt und miserabler Arbeitsbedingungen, für den quantitativen und qualitativen Bedarf dieses Systems. Studien zur Prüfung erhöhter genetischer Empfindlichkeit gegenüber Radioaktivität werden am HUMANGENETISCHEN INSTITUT in MÜNSTER seit einigen Jahren durchgeführt.
Dieses Institut ist ein Baustein für die in der BRD angestrebten flächendeckenden genetischen und sozialen Kontrollen über menschliches Leben und Reproduktion. Nach der Kosten-Nutzen--Analyse wird die Verminderung der Fortpflanzung von behinderten, nicht verwertbaren, nicht angepaßten Menschen (z.B. die Bewohner von sog. Asozialen-Siedlungen/W. Lenz vom Institut) und die Steigerung der Geburtenrate von wünschenswertem, leistungsfähigem, ökologisch weniger anfälligem Menschenmaterial propagiert.
Die Nähe zur faschistischen Auslese-Ausmerze-Politik ist nicht weit hergeholt, sie personifiziert sich in Münster in dem führenden NS-Rassehygieniker v.Verschuer, der ab 51 Direktor des Instituts war. Als solcher hat er eine umfassende Erhebung (2 Millionen Personen) über krankhafte Erbmerkmale durchgeführt, Grundlage für ein Machwerk über den Nutzen frühkindlicher Euthanasie [16] (1958): 16.000 Kinder kamen zur Vernichtung in Betracht. Diese Forschungen sind im Genetik-Register des Instituts festgehalten, werden weiter ausgebaut und verarbeitet.
Verschuer-s Nachfolger haben die traditionellen Ziele nicht aufgegeben, die faschistische Ideologie ist durch die wissenschaftlich untermauerte Sorge um »die drohende Verschlechterung des Erbgutes« (Tünte) und eine »Eugenik der Gesundheitspolitik« weiterentwickelt worden.
Als Erforschung genetisch bedingter Krankheiten ausgewiesen, wird in den aktuellen Schwerpunkten des Instituts Grundlagenforschung betrieben, die die Voraussetzung schafft für eine umfassende genetische Selektionspolitik, die bisher in den Bereichen pränatale Diagnostik (vorgeburtliche Aussonderung/Vernichtung) und Arbeitnehmer/innen-Screening (Aussonderung bzgl. der Schadstoffbelastbarkeit am Arbeitsplatz) praktisch betrieben wird.
Geforscht und gearbeitet wird in Münster an der Lokalisierung von Genen und Chromosomen (Genkartierung), an der möglichst weitreichenden Erfassung genetischer Merkmale, an der Entwicklung technischer Verfahren zur Erfassung und Manipulierbarkeit erblicher Defekte, an der Herstellung des Zusammenhangs zwischen genetischer Abweichung und Sozialstruktur und an der EDV-gerechten Verarbeitung des erhobenen Datenmaterials.

Überregional fließt das gesammelte Datenmaterial in verschiedene Zentralregister ein und wird weiterkoordiniert mit dem bereits bestehenden Gesundheitskontrollapparat. Es wird hiermit die Basis geschaffen für eine aggressive Sozialpolitik, die entlang der Kosten-Nutzen-Analyse die Vernicht sog. »unwerten« Lebens offensiv betreibt ... (in der Vorlage unleserlich [17]) ... wird über die Zusammenarbeit mit der Uni-Frauenklinik sichergestellt. Zudem (???) eine Beratung Mittel zur Durchsetzung der Normalität genetischer Nachwuchsplanung, Akzeptanzstudien werden gleich mitbetrieben.
Das Ganze wird verkauft als individuelle Lebens- und Gesundheitsfürsorge. Unter dem verinnerlichten Druck, Normen zu erfüllen - verbunden mit Angst, die von oben bewußt geschürt wird, oder Hoffnung auf individuelles Lebensglück - liefern die ratsuchenden Frauen das Material für eine Forschung, die sich gegen die Frauen selbst richtet: weitere Enteignung der Frauen von ihrem Körper, die gesamte menschliche Reproduktion soll ausschließlich unter den Zugriff und der Kontrolle medizinischer Techniker stattfinden, damit die Frauen für Mann/Staat/Kapital gesunde und leistungsfähige Kinder produzieren. Anderssein, das den herrschenden Interessen widerspricht, wird zum genetischen Defekt. Die Verantwortung, diesen Defekt zu vermeiden, wird jeder einzelnen Frau zugeschoben.
Daß sich diese Politik vor allem gegen Ausländerinnen, Frauen der unteren sozialen Klasse und Behinderte richtet, zeigt sich an den sozialhygienischen Zwangsmaßnahmen, denen sie durch Abtreibungs- und Sterilisations«empfehlungen« unterworfen sind und von denen sie in der Zukunft durch die Verweigerung der Kostenübernahme im Falle einer Behinderung betroffen sein werden - wie schon heute in den USA.
Der Bevölkerungspolitik hier nach den Kriterien der Verwertbarkeit entspricht auf brutalste und mörderische Weise die Vernichtung breiter Teile der Bevölkerung in den drei Kontinenten.
Frauen müssen sich dieses Gesamtzusammenhangs und ihrer Verantwortung bewußt sein, wenn sie die »Dienste« dieser Institute in Anspruch nehmen.
Mit der genetischen Klassifizierung der Menschen schaffen sich die HERRschenden ein Instrumentarium, die Menschen in ihren sozialen Zusammenhängen zu erfassen und zu kontrollieren, sie den Bedingungen von Ausbeutung und Verwertung zu unterwerfen und so die patriarchale Klassenherrschaft erneut zu festigen.
Wir bekämpfen diese Technologie nicht wegen ihrer Nichtberechenbarkeit oder unabsehbarer Folgen, wie oft argumentiert wird, sondern wir kämpfen gegen die beabsichtigte und tagtäglich praktizierte Normalität dieser Technologie, die die Vernichtung, Unterdrückung und Unterwerfung von Menschen sehr berechnend plant und durchführen hilft. Nicht die Katastrophe ist das, was uns bedroht, sondern daß es einfach so weitergeht.
Kampf dem imperialistisch-patriarchalen Normalzustand!
Rote Zora

Zwei Erklärungen zu Aktionen gegen das Humangenetische Institut Münster (Januar 1987)

Die sexistische Arbeitsteilung und Ausbeutung und die Gewalt gegen Frauen ist für uns Bestandteil des patriarchalen Herrschaftssystems, ohne das Imperialismus in der Dritten Welt und hier nicht begriffen werden kann.
Im Kampf gegen die Bio- und Gentechnologie sehen wir einen Ansatzpunkt, unseren Widerstand gegen dieses System, gegen jegliche Unterdrückung, für Frauenbefreiung weltweit zu entwickeln. Wir sehen unseren Kampf hier nicht losgelöst von den Verhältnissen, die der Imperialismus in der Dritten Welt bewirkt, sondern als konkreten, praktischen Anti-Imperialismus, indem wir versuchen, den reibungslosen Ablauf der Kapitalstrategien und sein Eingreifen in die Strukturen der Dritten Welt hier zu behindern.
Anlaß für unsere Aktion und diese Veröffentlichung war für uns die Tatsache, daß die Humangenetik ein wesentlicher Ansatzpunkt in der öffentlichen Auseinandersetzung über die Gen- und Reproduktionstechnik war/ist. Die Diskussion um die Humangenetik spiegelt eine Perspektivlosigkeit in der Frauenbewegung wieder, zumindest wenn sie so wie in Berlin auf der ANTIGENA geführt wird. Wo sind die Forderungen und Ansätze geblieben, die den von den Herrschenden vorgegebenen Rahmen und deren Denkmuster sprengen? Wo fordern wir unsere feministischen Utopien noch ein?
Die Behinderten in Berlin forderten die Schließung der Humangenetischen Beratungsstellen. Diese Einrichtungen sind die Schaltstellen für die gesundheitliche Erfassung möglichst vieler Menschen, für die Selektion von erwünschtem und unerwünschtem Nachwuchs, für die Verbreitung der Idee, alle gesellschaftlichen Probleme - vom Alkoholismus über Allergien, Kriminalität und Behinderung - seien biologischer Natur und medizinisch reparierbar.
Gegen die Forderung der Behinderten erhob sich massiver Protest unter den Frauen: es müsse jeder Frau zugestanden werden zu entscheiden, ob sie ein behindertes Kind wolle, jede Frau müsse diese Entscheidung selbstständig treffen und die Forderung nach Schließung würde ein Tabu einrichten.
Dabei ist ein ganz anderes Tabu längst schon in unsere Köpfe eingepflanzt: Das Tabu, über die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse hinwegzudenken und zu fordern: das Recht, anders zu sein als der Durchschnitt; das Recht, sich entgegen aller Proganda von Humangenetikern, Medizinern und Sozialpolitikern eine Welt vorzustellen und darum zu kämpfen, in der Kranke und Behinderte integriert sind. Eine Welt, in der sie keine Last sind. Eine Welt, in der die ganzen krankmachenden Umweltbedingungen und gesellschaftlichen Verhältnisse verschwunden sind.
Die Propaganda der Humangenetiker, Bevölkerungspolitiker und auch unsere eigene Angst stellen das Problem auf den Kopf: Ein Giftmüllskandal, ein Atomunfall sind Anlaß, die Humangenetik anzupreisen und gegen die Opfer herrschender Politik zu wenden.
Sie sagen, daß den Frauen geholfen werden soll. Sie bekommen Informationen an die Hand, die sie zu einer selbstbestimmten Entscheidung über Abtreibung/Sterilisation führen sollen.
Und die »Selbstbestimmung« hat spätestens dort ihre Grenzen, wo sich z.B. Frauen in der Psychiatrie, in den Sonderschulen, unangepaßte Frauen hier und vor allem auch die »überflüssigen« und Widerstand leistenden Frauen in der »3. Welt« nicht den bevölkerungspolitischen Zielen der Herrschenden »freiwillig« unterwerfen - diese Tatsache bleibt bestehen, auch wenn das alles zum »Wohl« für Behinderte, Sonderschüler, Psychiatrisierte und Arme in der 3. Welt umgedeutet wird.
Mit Hilfe der genetischen Klassifizierung soll die Ausgrenzung aller erreicht werden, die sich nicht bedinglos der Normalität des kapitalistischen Arbeitsalltags unterwerfen.
Geplant wird, nach Kosten-Nutzen-Rechnungen die Versorgungskosten für »kranke« Kinder und Erwachsene zu senken. Während dieses Problem im Faschismus durch schlechtere Versorgung und spätere Vernichtung des »unwerten« Lebens gelöst wurde, sind die Methoden der heutigen Humangenetiker subtiler: Durch ihre Propaganda »Selbstbestimmung der Frau, Verhinderung von Leiden der Behinderten und ihrer Angehörigen« wollen sie erreichen, daß die Frauen sich freiwillig den

bevölkerungspolitischen Zielen der Herrschenden unterwerfen.
Das Bedürfnis von Frauen nach einem gesunden Kind ist erstmal ein Ausdruck der Situation, daß nach wie vor in diesem Staat die Frauen die eigentliche Verantwortung für die Kinder haben und deshalb jede Abweichung vom sogenannten Normalen zu Lasten der Frauen geht. In der Ökonomie des kapitalistisch/patriarchalen Systems sind Frauen immer »Manövriermasse« in der Reproduktion und auf dem Arbeitsmarkt, die objektiv maßgeblich zur Senkung der Lohnkosten beiträgt. Auch in dieser Logik müssen Frauen leistungsfähige, d.h. gesunde Kinder kriegen, die sich möglichst kostengünstig für Mann/Kapital/Staat fit machen sollen.
Denjenigen, die sich diesen Plänen widersetzen, droht ein ganzer Sanktionskatalog: Einschränkung der finanziellen Möglichkeiten, wenn behinderte Angehörige nicht mehr über die Solidargemeinschaften wie z.B. Krankenkassen oder Rentenanstalten unterhalten werden, Einschränkung der individuellen Möglichkeiten, wenn Frauen für die Versorgung der Behinderten allein zuständig sind, gesellschaftliche Isolierung oder Ausgrenzung - Psychiatrie/Zwangssterilisation, etc. Durch das Vorsorge- und Untersuchungsangebot der Humangenetiker werden Ängste der Frauen kanalisiert, von den eigentlichen Verursachern - wie Chemiekonzerne, Atomlobby, Giftmüllproduzenten - abgelenkt und individualisiert. Ein Giftmüllskandal führt eher zu der Forderung nach Ausweitung der humangenetischen Beratung in der Schwangerschaft als zum Sturm auf die Giftmüllproduzenten und zu gemeinsamen Aktionen bei den Gesundheitsbehörden. Die bestehenden Untersuchungsangebote sind schlichtweg ein Alibi und sollen der Beruhigung der Opfer dienen.
Um die Entstehung von Krankheiten bei Neugeborenen einzugrenzen, sind nicht die humangenetischen Beratungsstellen sinnvoll, sondern erstens müssen die krankmachenden Umweltbedingungen, und zweitens muß die technisierte Geburtsmedizin - aufgrund derer ca. 50 % der Behinderungen bei Neugeborenen zurückzuführen sind - abgeschafft werden.
Die Humangenetiker kennen nur einen verschwindend kleinen Anteil von »Störungen oder Schäden«, die genetisch bedingt sein sollen.
Wichtigstes Ziel ist es daher, für ihre Forschungen Datenmaterial zu sammeln, das so breit wie möglich gefächert ist (hierbei beziehen sie auch Krankheiten wie Alkoholismus oder Krebs ein). Hier treffen sich die Interessen der Reproduktionsmediziner, der Gentechnologen und Vorsorge-Ärzte, die Hand in Hand arbeiten.
Der Begriff »Selbstbestimmung« der Schwangeren ist in diesem Zusammenhang fehl am Platz: Ärzte bestimmen die Untersuchungsmethoden, Humangenetiker die Interpretation der Ergebnisse und der 218 bestimmt die Bedingungen der Abtreibung. Rückblickend müssen wir sagen, daß die 218-Kampagne der Frauenbewegung in der (vielleicht auch unbewußten) Tradition der Selektion und Ausgrenzung von Behinderten gestanden hat. Dies ist eindeutig enthalten bei der eugenischen Indikation. [18]
Die in den letzten Jahren systematisch geschürte Angst vor einem behinderten Kind, die Strategie, Kosten-Nutzen-Denken in alle Köpfe zu verpflanzen, Krankheit als individuelles Verschulden und Problem hinzustellen, hat scheinbar verfangen. Die Forderung nach selbstbestimmter Nutzung der humangenetischen Beratung zu stellen, heißt die Forderung nach selbstbestimmter Selektion zu erheben. Selbstbestimmung ist nicht mehr kollektive, politische und kämpferische Forderung gegen die Integration/Unterwerfung unter herrschende Verhältnisse, sondern Legitimation für individualistische Prozesse. Diese Individualisierung politischer Konflikte macht uns nicht nur schwach, sie ist unpolititsch und läßt uns unsere Utopien aus den Augen verlieren.

Lasst uns die humangenetischen Beratungsstellen schliessen!
Klauen wir ihnen die Datensammlungen!

Solidarisieren wir uns mit denen, die ausgemerzt und ausgegrenzt werden sollen!
Greifen wir die an, die uns kaputtmachen!
Lasst es uns zusammen machen!
Für eine starke internationale Frauenbefreiungsbewegung!
Kampf dem imperialistisch-patriarchalen System!

Bei unserem Besuch im Humangenetischen Institut (HGI) in Münster im August letzten Jahres ist es uns gelungen, das Archiv zu zerstören; das jedenfalls schrieb die Presse in den nachfolgenden Tagen. Es war das Lebenswerk von Lenz, das er im Lauf seiner Tätigkeit am humangenetischen Institut in Münster aufgebaut hatte. Diesem Archiv wurde laut Zeitungsmeldungen internationale Bedeutung zugeschrieben. Einiges haben wir in der Nacht mitgenommen, alles andere ist verbrannt. Uns ist es auch nicht in erster Linie darauf angekommen, das Archiv auszulagern, wir wollten es vorrangig zerstören, damit die Macht, die Weißkittel aus solchen Archiven ziehen, an einer Stelle gebrochen wird.
Bei der Durchsicht der Akten haben wir keine spektakulären Schweinereien aufgedeckt, wie sie etwa bei Stockenius der Fall gewesen ist. Das heißt allerdings nicht, daß hier solche nicht passieren, da unsere Auswahl nicht repräsentativ ist.
Wichtig für uns ist, von der Fixierung auf die Skandale wegzukommen. Sie gehören zwar zu diesem System und sind als solche auch zu denunzieren. Gleichzeitig haben die Skandale oft aber die Funktion, daß sich die kritischen Wissenschaftler und Mediziner dagegen abgrenzen können, um damit die Harmlosigkeit ihrer Arbeit zu dokumentieren und die Akzeptanz des sozial-politischen Konzepts der Humangenetik erhöhen.
Es ist vielmehr die alltägliche Normalität - das Erfassen und Aufarbeiten der Daten, das Einpflanzen des Selektionsgedankens in die Köpfe der Menschen -, die die Gefährlichkeit dieser Institute ausmacht.

Zu den Personen
1.) Widukind Lenz,
langjähriger Direktor des Humangenetischen Instituts in Münster, vor einiger Zeit von seinem Amt entpflichtet, aber noch weiter tätig in seinem Archiv, hoffentlich nur bis zum Tag der Vernichtung seines Lebenswerks. Er ist Anfang der 60er Jahre in Hamburg, wo er an der Kinderklinik des Unversitätskrankenhauses Eppendorf arbeitete, bekannt geworden durch die Arbeit an der Aufdeckung des Zusammenhangs zwischen kindlichen Mißbildungen und dem Schlafmitttel Contergan. Er gilt als Spezialist auf dem Gebiet frühkindlicher Schädigungen.
2.) Tünte,
Leiter der Humangenetischen Beratung in Münster, Spezialist für den Bereich Populations- und Sozialgenetik.
3.) O.v. Verschuer,
Studium der Medizin und Anthropologie u.a. bei Fritz Lenz (Vater von W. Lenz, Rassenhygieniker, der für ihn persönlich und beruflich eine große Bedeutung hatte) in München, bei Eugen Fischer in Freiburg (ab 1927, Gründer und Leiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik).
Bis 1935 Mitarbeiter in Fischers Institut. Begründet dort seinen wissenschaftlichen Ruf mit der Forschung an »Tuberkulösen Zwillingen«.
1933 Professor für Rassenhygiene und Erbbiologie.
1935-1942 Gründer und Direktor des Instituts für Erbbiologie und Rassenhygiene in Frankfurt.
Schwerpunkt des Instituts: umfangreiche Zwillingsforschung, [19] Familienforschung, erbbiologische

Bestandsaufnahme.
Eine der senkrecht startenden Assistenten an seinem Institut ist Mengele [20], dem Verschuer auch verbunden bleibt, nachdem Mengele in die SS überwechselt. Beide Judenhasser, beide wissenschaftliche Vertreter der Ausmerze.
Herausgabe eines »Leitfadens für Rassenhygiene« für die Nachwuchsschulung.
1942-1945 Nachfolger Fischers als Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts. Vortragsreisen mit eher ideologischen Themen (Erbanlage als Schicksal und Aufgabe der Bevölkerungs- und Rassenhygiene in Europa, Erbanlage und Charakter. Verschuers Institut betreibt eine Außenstelle in Auschwitz. Leiter: Mengele).
Nach dem Krieg (1949 Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Mainz) 1951 Direktor des Instituts für Humangenetik in Münster.

Erbberatung
Die allgemeine Verunsicheruung und Angst, die z.B. durch Skandale und deren Veröffentlichung hervorgerufen werden, lassen die Humangenetischen Beratungsstellen (HGB) zu einer scheinbar hilfreichen Einrichtung werden.
Die HGB kann dann die aufgeschreckten Ratsuchenden mit sachlichen Argumenten beruhigen, mit Prozentzahlen und Verharmlosung der Schädigung von Umweltgiften und Medikamenten.
Auf Anfragen mit speziellem »Verdacht« wird immer mit Prozentzahlen geantwortet, zum Teil mit medizinischen Erläuterungen zur dominant rezessiven Vererbung, die das Ausgeliefertsein gegenüber den Risiken eher fördern als relativieren und damit verstärkte Unsicherheit produzieren. In der Beratung Tüntes wird fast immer entweder weitere Untersuchung und/oder Beobachtung nahegelegt oder im Falle der Schwangerschaft pränatale Diagnostik »empfohlen«, was ebenfalls die Unsicherheit verstärkt, die Angewiesenheit auf medizinische Einrichtungen unterstreicht, das totale Abhängigkeitsgefühl hervorruft. Die Verunsicherung treibt die Betroffenen in die Verfügungsgewalt der Mediziner und Genetiker, die dann ihrerseits mit Hilfe ihres medizinischen Apparates beruhigen.
Die Antwortschreiben auf die Anfragen der Ratsuchenden sind im väterlich fürsorglichen Ton geschrieben und suggerieren persönliche Anteilnahme und Betreuung nach dem Motto »in unserer Obhut sind Sie gut aufgehoben, wir untersuchen und erforschen genauestens, werden Ihnen eine objektive Antwort geben und das Beste für Sie herausfinden, worüber Sie frei entscheiden können.«
Es wird fast nie zur Abtreibung oder Kinderlosigkeit geraten. Aus dem Material geht hervor, daß es derzeit nicht primär um die Verhinderung von Behinderten geht, sondern um Stigmatisierung (Kriterien für normal-nicht noromal), um das Sammeln und Aufarbeiten von genetischen Daten, um die Verbreitung des Selektionsgedankens (»es ist möglich, Behinderung zu vermeiden«).
Oft wird den Ratsuchenden eine weitere Beobachtung angeboten oder Zusatzinformationen angefordert. Nach außen wirkt es wie eine unsystematische, zufällige Sammlerleidenschaft, nach innen wird archivert und erfaßt.
Eine besondere Bedeutung des Humangenetischen Instituts liegt in der Zentralisierung. Es scheint zum Selbstverständnis vieler Ärzte und Krankenhäuser zu gehören, daß sie »interessante Fälle« an das Humangenetische Institut schicken, damit diese aufgearbeitet werden.
Es gibt weitere Hinweise auf zentrale Datenerfassung. Sterilisationsempfehlungen bei bestimmten Krankheitsbildern - d.h. Zwangssterilisationen - sind die konsequente Folge dieser Wissenschaft.
Aus dem vorliegenden Material läßt sich insgesamt eine grundlegende These formulieren: Der individuelle »Genpool« wird verantwortlich gemacht für sogenannte Erkrankungen, Miß- und Fehlbildungen. Exogene [21] Schädigungswirkungen von Giften, Medikamenten, Strahleneinwirkungen

werden verharmlost. Teilweise berechtigte Ängste von Frauen werden auf die individuelle Verantwortlichkeit hin kanalisiert. Hochgespielt wird die Verantwortung für ein fehlerfreies Leben, heruntergespielt dagegen die Auswirkungen von alltäglichen Katastrophen, d.h. von der Zerstörung der Natur und Umwelt bis zur HERRschenden Techno- und Pharma-Medizin.

Medikamente, Strahlen und Gifte

Aus den Antwortschreiben von Lenz geht die Verharmlosung von Drogen, Tabletten, Strahlen etc. hervor, gegenüber dem »schwerwiegenderen« Problem des Alkoholismus. Seiner Ansicht nach gilt für Mutationen, daß der Einfluß des Lebensalters weitaus größer ist als der von erheblichen Strahlenmengen. Auch eine Chemotherapie ist unbedeutend.

Diese Strategien der Verharmlosung, deren sich die Herren Humangenetiker bedienen, basieren immer auf der Beweisführung der Betroffenen. Kein Pharmaproduzent muß die nicht-schädigende Wirkung seines Medikamentes beweisen, bevor es auf dem Markt kommt. Erst die Erfahrungen in der Praxis - also die reinen Menschenversuche - bringen den Beweis für schädigende oder nicht-schädigende Wirkung auf den Menschen, den Fötus. An diesem Prinzip hält sich auch der Lenz. Liegen ihm keine größeren Untersuchungsreihen über eine Medikamenteneinnahme während der Schwangerschaft und der Vergleich mit Neugeborenen vor, oder hat es bisher keine ihn hellhörig machenden Rückmeldungen aus den Krankenhäusern bzw. Kinderkliniken, die einen Verdacht der Korrelation von Behinderung und spezifischem Medikament aufkommen lassen, gegeben, stellt er der Pharmaindustrie Unbedenklichkeitsbescheinigungen aus. Ab und zu mit der Frage gekoppelt, allerdings nur an die Kollegen in den Krankenhäusern, ob noch weitere Fälle bzgl. dieses Präparates bekannt sind.

Wenn ein Medikament wie z.B. Reparil schon jahrzehntelang in der Schwangerschaft verabreicht wurde »ohne daß jemals der Verdacht einer teratogenen (zur Fehlbildung führenden) Wirkung aufgetaucht ist«, kann das verschiedene Gründe haben, aber es ist nicht der Beweis, daß das Medikament keine teratogene Wirkung hat. Kein Verdacht bedeutet nicht den Ausschluß. Die Unbedenklichkeitsbescheinigungen liegen vollkommen im Interesse der Pharma-Industrie, mit denen er regen Kontakt pflegt, wie weiter unten dokumentiert. Zynisch klingen auch seine Antworten auf Nachfragen nach den Hinweisen entsprechender Beipackzettel der Medikamente: »... darf während der Schwangerschaft nicht verabreicht werden« oder andere warnende Hinweise: Sie dienen allein dazu, die Firmen »vor sinnlosen Prozessen zu schützen« oder ähnlich von ihm formuliert.

Die Unbedenklichkeit gegenüber Medikamenten begründet Lenz mit dem unverfrorenen Vergleich »anderer Substanzen unserer natürlichen und künstlichen Umwelt, [...] die wir ohne es zu wissen aufnehmen«. Absolut abwieglerisch wird Lenz zum Thema »Dioxin«. Seine Korrespondenz mit Boehringer Ingelheim, die in ihm einen Verbündeten gegen die »Verunglimpfung« von Dioxin-Gift gefunden haben, verdeutlicht seine guten Kontakte zur Pharmaindustrie und das Interesse, sein Wissen, sein Fachansehen auch in ihren Dienst zu stellen.

Auch Schering pflegt den Kontakt zur Humangenetik.

Die Loyalität gegenüber Industrie und HERRschender Medizin ist absolut durchgängig.

Die sprachliche Zurückhaltung von Lenz, auch mit dem Umgang der Amniozentese [22], ist der Tatsache geschuldet, daß er einer Generation entstammt, die durch den Nationalsozialismus behaftet ist. Von der Berührung mit sozialer Eugenik sind seine Beratungen weiter entfernt als dies bei seiner Instituts-Nachfolgegeneration der Fall ist; Tünte spricht hier eine deutlichere Sprache.

Sozialgenetik

1971 wird an die Deutsche Forschunggesellschaft (DFG) ein Förderungsantrag »Genetische Erhebung«

gestellt, aus dem hervorgeht, daß Tünte die »Sozialgenetik« als neue Fachdisziplin vorantreiben will. In Forschungsberichten, die 1975 als Jahresbericht an die Deutsche Forschungsgesellschaft gehen, wird dieses Vorhaben konkretisiert.
Ziel dieser Forschung ist es, die »sozialen Dimensionen genetischer Erkrankung sichtbar und meßbar zu machen, um ein umfassendes Konzept zur Intensivierung der genetischen Beratung zu entwickeln, in dem neben den genetischen Fragen auch die sozialen und psychologischen Aspekte Berücksichtigung finden:« Daraus erwächst die Möglichkeit, nicht norm-gerechtes Verhalten als Krankheit zu definieren und möglichst breit zu erfassen. Als Arbeitsbegriff für Behinderung gilt »die Einschränkung in Bezug auf eine oder mehrere Aktivitäten, welche in Übereinstimmung mit dem Alter, Geschlecht und der sozialen Rolle der jeweiligen Person, als die allgemein wesentlichen und grundlegenden Bestandteile des Alltagslebens angesehen werden.« Die von der »Leistungsgesellschaft« an den einzelnen gestellten Anforderungen sind der Maßstab für normgerechtes Verhalten.
Der soziale Anspruch, mit dem Tünte seinen Forschungsapparat zu legitimieren versucht - nämlich die Umweltbedingung an Behinderung durch Vorurteile und Stigmatisierung aufzudecken - entlarvt sich in seinen eigenen Schlußfolgerungen: »Soziale Strukturen beeinflussen die Manifestation der zu Nüftluxation disponenten Erbanlagen, wenn z.B. infolge ärmlicher Lebensbedingungen eine rechtzeitige Diagnose und eine optimale Behandlung unterbleiben.« ...«die Frage der gesellschaftlichen Belastung durch Erbkrankheiten ist für die Sozialgenetik von zentraler Bedeutung.« Natürlich hebt Tüne hervor, daß Sozialgenetik eine wertfreie Wissenschaft ist und grenzt sie als solche gegen die Eugenik ab. Wenn er aber die gesellschaftliche und finanzielle Belastung von Erbkrankheit ins Spiel bringt - im Zusammenhang mit Überlegungen der Kosten-Nutzen-Analyse - wird die Sprache deutlich.
Aufschlußreich schien uns die Art der Datenerhebung für seine Untersuchungen. Einerseits griff er auf das Genetikregister des Instituts zurück, andererseits ermittelte er über das Einwohnermeldeamt nicht betroffene Vergleichspersonen. Die Ergebnisse wurden computergerecht aufgearbeit. Das Ganze ist mehr als zwölf Jahre her, wird von ihm selbst als Anfang einer neuen Forschungsrichtung bezeichnet.

Historisch aber immer noch aktuell

Zum Schluß begeben wir uns in die Geschichte des Nationalsozialismus. Aus dem Inhalt einer historischen Akte zu den Vortragsreisen Verschuers im Jahre 1939-1944 ist uns ein Vortrag vor Verwaltungsleitern der Heil- und Pflegeanstalten in Berlin 1939 zu veröffentlichen wichtig. Hier geht es um die Einbindung der Krankenhäuser in die Erfassung von Zwangssterilisationen. Ein für die heutige Zeit aktuelles Thema, wo die Datenerfassung in den Krankenhäusern stark zunimmt - von Krebsregistern über die Diagnostikstatistik bis zur integrierten Datenverarbeitung.
* Damals wie heute wurden und werden sogenannte Behinderungen in der Krankenakte festgehalten, auch wenn der Krankenhausaufenthalt damit nichts zu tun hat, und Krankengeschichten werden obligatorisch registriert.
* Damals wie heute gab und gibt es die Diskussion, jeden Arzt in das System der Rassenhygiene bzw. humangenetischen Beratung einzubeziehen.
* Damals wie heute stellte und stellt sich die Frage nach der notwendigen Ausbildung im Fach Rassenhygiene bzw. Humangenetik, selbst für die Lehrerausbildung.
* Mit der Einrichtung der Erbkarteien sollte eine »gesundheitliche Bestandsaufnahme unseres Volkes angestrebt« werden. Angestrebt wird heute eine gesundheitliche Bestandsaufnahme der Bevölkerung, eine möglichst flächendeckende Erfassung und Registrierung der Menschen durch medizinische Institutionen, Karteien und Register, damit die qualitative Kontrolle des »Bevölkerungsmaterials« gewährleistet ist und bevölkerungsmanipulierende Maßnahmen ergriffen werden können.
* Damals wie heute gab und gibt es gleiche Methoden und Vorgehensweisen der Erforschung:

Familienforschung und Statistik, Zwilllingsforschung und empirische Erbprognose. Heute hinzugekommen sind die biotechnischen Möglichkeiten der Chromosomen- und Genuntersuchungen und daran gekoppelt die EDV-mäßige statistische Verarbeitung.
* Das Objektverhältnis gegenüber menschlichem Leben generell äußerte sich gegenüber den Frauen als Objekt der Forschung und Mittel der Umsetzung quantitativer und qualitativer Bevölkerungspolitik besonders in dem Interesse, die Fruchtbarkeit der sogenannten wertvollen Frauen optimal auszubeuten.

Das »Leid der Kinderlosigkeit« war immer schon Anknüpfungspunkt für die Durchsetzung von HERRschaftsinteressen.
Parallelen und Ähnlichkeiten von Struktur und Ideologie damals wie heute könnten weiter fortgeführt werden, aber uns reichts!
Auffällig ist natürlich die vorsichtige Formulierung in heutigen Konzepten. Es ist nicht direkt von der Verantwortung der/des Einzelnen der Volksgemeinschaft gegenüber die Rede, sondern eher vom Leid des Individuums und der Verantwortung sich selbst gegenüber, obwohl ab und zu auch schärfere Töne zu vernehmen sind. Man spricht nicht von Ausmerze und Zwangsmaßnahme, sondern ist bemüht um die Propaganda des Prinzips der Freiwilligkeit.
Wir denken, daß die dokumentierten Vergleiche an Deutlichkeit keinen Zweifel lassen.

Rote Zora

Anschlag gegen die Gesellschaft für biotechnologische Forschung, Braunschweig (September 86)

Kampf dem imperialistisch-patriarchalen Normalzustand
Für eine materialistische Analyse und Strategiebestimmung der Befreiung der Frau sind in neuerer Zeit verschiedene, teilweise kontroverse Ansätze in der Diskussion. Gemeinsam ist ihnen die Erkenntnis, daß die unbezahlte Reproduktionsarbeit der Frau eine materielle Voraussetzung der kapitalistischen Produktion ist, ebenso wie die nur partiell bezahlte Lohnarbeit.
Das Bewußtsein der Durchdringung sämtlicher Lebensbereiche durch das Kapital - nicht nur des Produktionsbereiches - schafft die Notwendigkeit und auch die Möglichkeit einer umfassenden, alle Lebensbereiche verändernden Revolutionierung der Verhältnisse. Das ist eine Chance für uns Frauen, aus den festgeschriebenen Rollenstrukturen herauszukommen und in das gesellschaftliche Leben einzugreifen und seine Richtung zu beeinflussen - und das nicht nur in der Vorstellung, sondern in der Tat und als selbstverantwortliches Handeln. Das bedeutet die Entwicklung unserer Identität und die Entfaltung unserer (auch ungeahnter) Kräfte.
Die Erfahrung der eigenen Unterdrückung und Ausbeutung als Frauen und die Solidarität mit den Menschen der sog. 3. Welt durch das Wissen um die Machenschaften des Imperialismus - d.h. die tägliche Feststellung, daß unsere Lebensvorstellungen und sozialen Bedürfnisse in Konfrontation zu den Warenbeziehungen des Kapitals stehen - ist der Motor für unser befreiendes Handeln.
Diese Erfahrung beruht nicht nur auf unserer subjektiven Wahrnehmung, sondern hat ihre materialistische Grundlage in der Notwendigkeit des Kapitals, für seine Akkumulation alle Tätigkeiten, Lebensäußerungen und Lebensgrundlagen des Menschen zur Ware zu machen und sie letztendlich zu zerstören.

In diesem Argumentationszusammenhang steht für uns die Gen-Technologie. Wir sehen hier besonders die Tatsache, daß sämtliche lebendigen Prozesse von Tieren, Pflanzen und Menschen vom Kapital einverleibt und verwendet werden.
Die Bio-Technologie hat für das Kapital strategischen Wert, um auf technologisch erhöhter, profitträchtiger Stufe die Akkumulationskrise zu überwinden. Das gilt besonders für die Bereiche: Genetische Manipulation in der Landwirtschaft, in der Pharma-Industrie, in der militärischen Nutzung und in den bevölkerungspolitischen Maßnahmen. Zu diesen Themen gibt es mittlerweile ausführliche Informationen und Diskussionen im gesamten Spektrum der Frauenbewegung.
Eine wesentliche Einrichtung für diese Technologie ist die Gesellschaft für biotechnologische Forschung mbH (GBF) in Braunschweig-Stöckheim. Die GBF ging aus der 1976 von der Stiftung Volkswagenwerk gegründeten Gesellschaft für Molekularbiologische Forschung (GMBF) hervor. Sie wird zum nationalen Zentrum der biotechnologischen Forschung ausgebaut, das alle wesentlichen Bereiche der Biotechnologie umfaßt. Hierbei stellt der Staat die Gelder für die Grundlagenforschung in der Bio- und Gentechnologie bereit.
Die GBF wird im Verhältnis 90:10 vom Bund (BWFT) und dem Land Niedersachsen finanziert. Außerdem beteiligt sich die Industrie finanziell an einigen Forschungsprojekten.
So wurden beispielsweise von der Firma Degussa (Frankfurt) Gelder u.a. für die Methodenentwicklung durch den neuen Enzymmembranreaktor zur technischen Gewinnung von Aminosäuren bereitgestellt. Die Aminosäuren sind ein ganz wichtiger Produktionsbereich der Biotechnologie und haben in vielen Bereichen einen hohen Markt- und Stellenwert z.B. als Zusatz zu Futtermitteln und in der Medizin.
Die sog. Partnereinrichtungen, z.B. die Kernforschungsanlage Jülich, Schering, Höchst und Fraunhofer-Institut und die Berater- und Linzenzverträge mit 40 nationalen und internationalen Firmen weisen auf eine erfolgreiche Kooperation mit der Industrie hin. Die GBF schafft die baulichen und technischen Voraussetzungen für die industrielle Umsetzung der Biotechnologie.
Sie schreibt eine menschenfreundliche Arzneimittelproduktion auf ihre Fahnen, um diese neuen Technologien akzeptabel zu machen und zu verkaufen. Es geht ihnen nicht darum, die Ursachen von Krankheiten und Umweltzerstörung zu beheben, sondern diese als Markt im Sinne des Profits auszunutzen. So sind sie dabei, eine Gen-Maschine zu entwickeln, mit der das synthetische Gen zur Produktion von ß-Interferon hergestellt werden soll. Auf diese Weise können sie massenhafter ß-Interferon produzieren, als es mit natürlichen Genen möglich ist.
(Interferone zeichnen sich durch ihre Schutzwirkung auf menschliche Zellen gegen Viren aus, und gleichzeitig wirken sie auch wachstumshemmend auf Gewebekulturzellen, besonders auf Tumorzellen).
Durch diese internationale Entwicklung der Erbsubstanz (DNR-Synthese) kommt es zu einer immer schnelleren Verfügbarkeit künstlicher Gene und findet eine zunehmende Anwendung dieser Gene in der Gentechnologie statt.
Damit wird die Arbeit der GBF auf diesem Gebiet und ihre nationale und internationale Bedeutung besonders deutlich. Diese herausragende Bedeutung, die die GBF für die gegenwärtige industrielle Anwendung der Bio- und Gentechnologie hat, ist der Grund, warum wir in der Nacht von Samstag, 20.9.86, auf Sonntag einen Sprengstoffanschlag bei der Gesellschaft für biotechnologische Forschung mbH Braunschweig gemacht haben.
Es ist genug!
Für eine radikale Frauenbefreiungsbewegung!
Für die Zerschlagung des patriarchalen Imperialismus!

Anschlag gegen Adler (Juni 87)

»Leben mit Qualität«
Das ist der Verkaufsslogan der Adler Bekleidungs-GmbH.
Wessen Leben, was für eine Qualität?

Frauenstreik in Südkorea
Ort des Geschehens: die Textilfabrik Flair Fashion der bundesdeutschen Adler [23] Bekleidungs-GmbH in der südkoreanischen Freihandelszone Iri.
Anfang April traten dort 1.600 Beschäftigte (ca. 90 % Frauen) in einen 9 Tage andauernden Streik für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Die deutsche Firmenleitung von Adler setzte daraufhin Militärpolizei und private Schlägertrupps gegen die streikenden Frauen ein. Der Aufstand wurde brutal niedergeschlagen, 13 Wortführer/innen wurden fristlos entlassen (ihre Namen stehen jetzt auf »schwarzen Listen« der Polizei, d.h. daß sie im ganzen Land keine Arbeit mehr bekommen werden), 69 Arbeiterinnen wurden verhaftet.
Seit 1978 läßt der Adler-Konzern einen Großteil seiner Produktion in südostasiatischen freien Produktionszonen (u.a. auch in Sri Lanka) unter den miesesten Bedingungen für die dort arbeitenden Frauen und natürlich mit maximalen Gewinnen (allein 1985: 25 Millionen DM) herstellen.
Für die Frauen bei Flair Fashion bedeutet das:
- Arbeit bis zu 12 Stunden täglich
- 6-Tage-Woche, manchmal auch sonntags
- Zwang zu unbezahlten Überstunden
- Stundenlohn von 0,35 bis 0,80 DM, was weit unter dem gesetzlichen Mindestlohn von DM 450,- liegt
- dauernde Zeitmessungen zur optimalen Leistungssteigerung
- häufige Arbeitsunfälle, bei denen die Firma den Frauen keinerlei finanzielle Absicherung gewährleistet
- erniedrigende Leibesvisitationen beim Verlassen der Fabrik.

Die Lohnsklaverei basiert auf sexistischer und rassistischer Ausbeutung von Frauen: nur sexuelle Beziehungen zu deutschen Vorarbeitern sichern ihnen kleine Verbesserungen. Mit patriarchalem Gestus und nach weißer Herrenrasse-Manier äußert sich der Firmenchef Fürchtegott Adler: »Ohne die schwarzhaarigen, mandeläugigen Koreanerinnen wäre der steile Aufstieg des Adler-Unternehmens kaum möglich gewesen«, und lobt ihre Lernfähigkeit in deutschem Volksgut, das sie bei den Firmenveranstaltungen zur Schau stellen müssen.
In Übereinkunft mit 22 anderen BRD-Konzernen sowie japanischen und US-amerikanischen Unternehmen nutzt Adler das überaus »günstige Investitionsklima« und das »fantastische Lohnniveau« in Südkorea und anderen Ländern der 3 Kontinente, um seine Profite zu sichern.
Eine Krisenlösungsstrategie des Kapitals in den 70er Jahren lag in der »Auslagerung« von sog. arbeitsintensiven Fertigungen oder Teilfertigungen. Das betraf hauptsächlich die Bekleidungs- und Schuhindustrie, Teilproduktionen für den Maschinenbau, die Produktion von Elektrogeräten und Mikrochips. Tausende von Arbeiterinnen wurden hier in der BRD entlassen.
Der brüchig gewordene Klassenfrieden in den Metropolen wird aufrecht erhalten durch billige Konsumangebote auf Kosten der Menschen in den 3 Kontinenten.
Diese Menschen werden befriedet und eingepaßt in die Entfremdung der kapitalistischen Waren- und

Freizeitgesellschaft. Auch dafür bietet Adler ein hervorragendes Angebot für die »Große Adler-Familie«: im firmeneigenen Blatt gibt es einen Service für sogenannte Club-Mitglieder:
- organisierter Urlaub in über 100 angemieteten Hotels
- Kaufanreize über Rabatt-Karten
- »intelligente Problemlösungen« bei Schlüsselverlust oder Gewichtsproblemen
- sowie eine Südafrika-Reise unter dem Motto »Afrika, wir kommen«, ganz in rassistischer kolonialer Tradition.

Selbst dem Sozialhilfeempfänger hier soll vermittelt werden, für ein paar Mark noch bunte modische Waren kaufen zu können und zusätzlich das Gefühl, noch seinen Platz in der Konsumgesellschaft zu haben.
In den 30 Verkaufsstätten und Dienstleistungsbetrieben der Firma Adler in der BRD arbeiten hauptsächlich Frauen in individualisierenden Arbeitsverhältnissen: d.h. befristete Arbeitsverhältnisse, Arbeit auf Abruf, KAPOVAZ (kapazitätsorientierte, variable Arbeitszeit) oder Arbeitsverhältnissen unterhalb der 430,- Mark- Grenze.

In der BRD sind ein Drittel aller Frauen erwerbstätig. Sie begeben sich nicht in Lohnarbeitsverhältnisse, um sich persönlich zu entfalten, sich zu emanzipieren oder der häuslichen Isolation zu entkommen, sondern nehmen die doppelte Ausbeutung als Haus- und Lohnarbeiterin auf sich, weil sie schlicht und einfach das Geld brauchen, um leben zu können.
Entweder sind sie unverheiratet, ohne Mann, der sie »miternähren« könnte, oder der Familienlohn des Mannes reicht nicht aus. Eine Zunahme von Lohnarbeitsplätzen für Frauen in den letzten Jahren geht einher mit einer zunehmenden Verdrängung von Frauen aus garantierten Arbeitsverhältnissen. Junge, bisher nicht im Lohnarbeitsverhältnis stehende Frauen oder arbeitslos gemeldete Frauen werden verstärkt in den Produktionsprozeß einbezogen, während gleichzeitig ältere, schon »verbrauchte« Frauen ausgesondert werden und in die entgarantierten Arbeitsverhältnisse abgedrängt werden.
Nach ungefähren Schätzungen arbeiteten 1979 eine Million Frauen in versicherungsfreien Jobs.
Obwohl sich auch in den Metropolen die Lebensbedingungen verschärfen, dürfen wir einen entscheidenden Punkt auf keinen Fall außer Acht lassen:
Unsere Privilegien, wovon der Konsum eines ist, beruhen auf der Ausbeutung, Verwertung und Vernichtung der Menschen der 3 Kontinente. Der Konsum wird uns als Ersatz für »Leben« untergeschoben.
Die jeweiligen nationalen Regierungen warben/werben bei westlichen Multis mit den »flinken Händen« und der »Unterwürfigkeit« ihrer Frauen und bieten ihnen - insbesondere in den sog. freien Produktionszonen - die Vorteile von Steuerfreiheit und unbeschränktem Geldtransfer. In diesen Fabriken arbeiten fast ausschließlich Frauen.
Durch Zerstörung der Subsistenzwirtschaft werden immer mehr Menschen gezwungen, ihr Land zu verlassen und in die großen Städte umzusiedeln. Jungen Frauen bleiben meist nur zwei Möglichkeiten, ihr Überleben und das ihrer Familienmitglieder zu sichern: die der Prostitution, d.h. ihren Körper z.B. den 40.000 in Südkorea stationierten GIs oder den unzähligen abenteuerhungrigen Männern aus imperialistischen Ländern zu verkaufen oder sich in Weltmarktfabriken zu Hungerlöhnen ausbeuten und kaputtmachen zu lassen. In der Regel werden sie im Alter von 25 Jahren rausgeschmissen, weil sie nicht mehr profitabel sind.
Die von den USA wirtschaftlich und militärisch gestützte Diktatur in Südkorea setzt alles daran, das Land zum industriellen Schwellenland für die Investitionen der westlichen Multis hoffähig zu machen. Gegen die wachsende Opposition im Land geht sie mit brutalen Mitteln ihres Repressionsapparates vor. Die Proteste gehen aus von Studenten, die ihren Kampf antikapitalistisch, antiimperialistisch und

nationalistisch verstehen, von zunehmender Organisierung in den Betrieben, von Menschen, die die Erinnerung an den niedergemetzelten Volksaufstand (bewaffenter Aufstand in Kwangju von 1980) wachhalten, sowie den Slumbewohnern, die sich gegen Zwangsumsiedlung zwecks Stadtverschönerung aus Anlaß des internationalen Olympia-Spektakels 1988 in Seoul zur Wehr setzen.

Der Kampf der Frauen bei Adler zieht einen Strich durch die Rechnung von der »Großen Adler-Familie«:
»Wir sind wütend, daß ein Unternehmen aus einem der reichsten Länder der Welt mit solcher Brutalität auf unsere Forderungen reagiert ...« schreiben die streikenden Frauen in einem Flugblatt.
Trotz Versammlungs- und Streikverbot haben sie sich in dem ebenfalls verbotenen freien Gewerkschaftsverband »Korea Democracy Labour Movement« organisiert, kämpfen sie für das Recht auf Vollversammlung in der Fabrik und für die Verwirklichung der fundamentalsten Menschenrechte und treffen sich, um die weiteren Schritte ihres Kampfes zu bestimmen.
Die Androhung der Verlegung der Produktionsstätte in ein anderes Land nützte Adler nichts. Die kollektive Kampferfahrung von Frauen setzt sich über nationale Grenzen hinweg!

In Solidarität mit den kämpfenden Frauen bei Adler in Südkorea haben wir in der Nacht zum 21.6.87 in der Hauptverwaltung des Adler-Konzern in Haibach bei Aschaffenburg eine Bombe gelegt, mit der Absicht, einen Teil ihres Verwaltungsapparates zu zerstören.
Die kapitalistische Akkumulation macht alle menschlichen Tätigkeiten, Lebensäußerungen und materiellen Lebensgrundlagen zur Ware. Auch wenn dieser Entfremdung- und Individualisierungsprozeß fortschreitet, so können wir wenigstens mit der Mode gehen.
Die Verantwortlichen sitzen hier!
Die geschlechtliche Arbeitsteilung und Ausbeutung und die Gewalt gegen Frauen ist Bestandteil des patriarchalen Herrschaftssystems, ohne das der Imperialismus in den 3 Kontinten und hier nicht begriffen werden kann.
Wir sehen unseren Kampf hier nicht losgelöst von den Verhältnissen, die der Imperialismus in den 3 Kontineten bewirkt, sondern als konkreten, praktischen Anti-Imperialismus, indem wir versuchen den reibungslosen Ablauf der Kapitalstrategien hier zu behindern, in Solidarität mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung.
Für eine starke internationale Frauenbefreiungsbewegung!
Kampf dem imperialistisch-patriarchalen System!

Diesem Anschlag auf die Adler-Hauptverwaltung in Haibach folgten am 15.08.87 zeitgleich Anschläge auf die Adler-Filialen in Halstenbeck, Bremen, Oldenburg, Isernhagen, Kassel, Holzwickede, Neuss, Frankfurt und Aachen.

Anschlag auf das biotechnische Institut an der TU Berlin (Februar 88)

Es lebe der internationale revolutionäre Frauenkampf!
Die Frauenbewegung hat durch Informationen und Aktionen deutlich gemacht, daß die Bio- und Gentechnologie pures Herrschaftsmittel ist.
Sie ist:
- verschärfter sexistischer Angriff auf Frauen (Bevölkerungspolitik)
- rassistische Selektion für imperialistische ökonomische Vernutzung
- biologisch organisierte gigantische Vernichtung von Menschen, Pflanzen und Tieren (»Grüne Revolution«) im Dienste des Profits
- ungeheure Profite fürs Kapital, insbesondere im Bereich von Pharma- und Lebensmittelindustrie.

Das gewaltige Engagement der Öl- und Chemie-Multis (Hoechst, BASF, Bayer, Schering, Sandoz, Ciba Geigy) für Forschung und Entwicklung der Bio- und Gentechnologie ist logisch, da diese Technologie zusammen mit der Mikroelektronik das profitabelste Zukunftsprojekt fürs internationale Kapital ist.
Bezeichnend ist, daß die vier hier existierenden Gen-Zentren wesentlich von den BRD-Konzernen mitfinanziert werden und die dortigen Forschungsvorhaben unter der Voraussetzung stattfinden, daß sie transnational sind und eine Beteiligung der Industrie ermöglichen.
Durch die staatlich finanzierte Grundlagenforschung mit dem Schwerpunkt »Anwendungsorientierung« hat die BRD mittlerweile ihren Rückstand in der Technologie gegenüber USA und Japan aufgeholt und ist nun führend in Europa. Geforscht wird - außer an den vier Genzentren - in fünf Großforschungsanlagen (Gesellschaft für biotechnologische Forschung mbH Braunschweig, Kernforschungsanlagen Jülich und Karlsruhe, Krebsforschungszentrum Heidelberg, Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung) an 10 Max-Planck-Instituten und an 34 Universitäten.
Gezielte vom BMFT (Bundesministerium für Forschung und Technik) und den Ländern finanzierte Programme (»Förderung technologisch orientierter Unternehmensgründung T.U.-Modellversuch Biotechnologie/Technologieparks«) sollen den Konzernen auf die Sprünge helfen und die industrielle Verwertung der Technologie vorantreiben. Die Bio- und Gentechnologie spielt auch in der imperialistischen Formierung und Vereinheitlichung Westeuropas eine bedeutende Rolle:
- Schwerpunkt im EUREKA [24]-Programm, neben Informationstechnik und Weltraumforschung
- Forschungsaktionsprogramm der EG von 1985 bis 1989
- Finanzierung des Europäischen Laboratoriums für Molekular-Biologie (EMBL) in Heidelberg, bei der die BRD den größten Anteil hat.

Die staatliche Erstellung von Sicherheitsbestimmungen oder die Einrichtung einer Gentechnik-Enquetekommission haben nur Legitimationscharakter und tragen letztendlich dazu bei, die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Technologie zu erreichen. So wird aktuell auf Regierungsebene die Ausdehnung des Patentgesetzes »diskutiert«, wonach demnächst - insbesondere von der Chemie-Industrie gefordert - gentechnisch manipulierte Pflanzen und Tiere in den Besitz der Konzerne gehen werden und für deren industrielle Vermarktung freigegeben sind.
Einen Eindruck von der zynischen, mensch- und naturverachtenden Arbeit der Genforscher vermittelt das jüngst bekannt gewordene Beispiel aus Argentinien, wo ein in den USA gentechnisch hergestellter Virus an Kühen ausprobiert wurde, unter gezielter Einbeziehung von Menschen in das Experiment.
Gegen die »Zukunfts«absichten der Imperialisten mit dieser Technologie organisieren Frauen einen entschiedenen radikalen Widerstand auf allen Ebenen:
- der öffentlichen Information, der Anprangerung von Grundlagenforschung, Instituten und Personen, die

an der Bio- und Gentechnologie beteiligt sind,
- sowie der militanten Sabotage und Verhinderung dieser Technologie, die sich als notwendige und wertvolle Bestandteile unserer Politik gegenseitig ergänzen und bereichern.
Gegen die Verwertung von Frauenarbeit und Frauenkörpern hat weltweit der Frauenwiderstand zugenommen: in Südafrika, El Salvador, Südkorea, Palästina ... wird der revolutionäre Kampf wesentlich von Frauen getragen. Der revolutionäre Kampf ist Realität und Gefahr für die Herrschenden. Hier versuchen Frauen nicht nur im Bereich der Gentechnologie, sondern auch gegen Frauenhandel/ Gewalt gegen Frauen und imperialistische Auspressung von Frauenarbeit, ihre Erkenntnisse in einer feministischen, internationalistischen revolutionären Praxis zu verwirklichen.
Wir haben schon öfter betont, daß wir unseren Kampf als praktischen Internationalismus begreifen.
Trotz Repression und Verfolgung, [25] wodurch die Herrschenden mit allen Mitteln versuchen, den Frauenwiderstand zu verhindern - Es gibt für uns nichts zurückzunehmen!
Es gibt für uns nur die Entscheidung für ein befreites Leben, d.h. Widerstand gegen die patriarchale imperialistische Herrschaft.
Deshalb haben wir am 27. Februar 1988 vor der bevorstehenden Einweihung des Bio-Zentrums dort eine Bombe gelegt!

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Vorbemerkung Kapitel XIV

Um die praktischen Kenntnisse für militante Aktionen zu verbreitern, veröffentlichten die Revolutionären Zellen mehrfach Praxisanleitungen, die auf ihren eigenen Erfahrungen basierten.
Die ersten »Anleitungen für den Hobbybastler« - Teil des Revolutionären Zorns Nr. 3 von 1977 wurden überarbeitet und ein Jahr später als »Revolutionärer Zorn Nr. 5. Praxis-Sondernummer« verbreitet, Ende 1981 - unter dem Eindruck zunehmender militanter Aktionen der autonomen Bewegung - wurde von ihnen die Broschüre »Feuer und Flamme für diesen Staat« in Umlauf gebracht.
Um die politischen und praktischen Risiken zu begrenzen, die das Konzept des Aufbaus eigenständiger Zellen mit sich bringt, fordern die RZ in den Einleitungen der Praxishinweise immer wieder zu Genauigkeit auf - sowohl in der politischen Bestimmung des Aktionsziels und der dazugehörigen Erklärung (»Die wichtigste Praxis einer Zelle ist die politische Diskussion«) als auch im Umgang mit dem verwendeten Material.
Da sich dieser Teil der »Praxisnummern« mit dem Verhältnis von Theorie und Praxis des militanten und bewaffneten Kampfes in der Metropole beschäftigt, ist er im folgenden Kapitel dokumentiert. Die konkreten Anleitungen wurden nicht aufgenommen, da sie der Intention dieses Buches widersprochen hätten.
Es gab aber nicht nur innerhalb der legalen Linken eine weitverbreitete Kritik an dem Umgang mit diesen »Bastelanleitungen«. Einige Aktionen führten zu »Unfällen«, zu denen sich die Revolutionäre Zellen im Nachinein mehr oder weniger äußerten.
Als Sylvester 1977/78 zwei Hamburgerinnen bei dem Versuch, einen Fahrscheinautomaten zu sprengen, getötet bzw. schwer verletzt wurden, appellierten die RZ erneut an alle, die solche Aktionen planen, sich zuvor genaue Kenntnisse zu verschaffen und nicht »einfach loszurennen«. Norddeutsche Revolutionäre Zellen nahmen Ende 1981 den Tod des 21jährigen Andreas, der von einem zu früh explodierten Brandsatz getötet wurde, zum Anlaß, neue Praxisanleitungen herauszugeben. Sie warnten vor kursierenden Handbüchern, die zu ungenau oder zu kompliziert seien.
Die Erklärung einer Revolutionären Zelle Nicaragua im Juni 1979, mit der die Verantwortung für einen 30 kg-Sprengsatz übernommen wurde, der im Gebäude der Daimler-Benz AG in Frankfurt deponiert war, jedoch vor der Detonation gefunden und entschärft wurde, löste heftige Reaktionen aus. Im Umkreis von 100 Metern befanden sich nicht nur eine Schule und sechs Wohnhäuser, sondern auch die Räume mehrerer linker Projekte wie des Frauengesundheitszentrums, des Informationsdienstes zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten und des Pflasterstrand.
Wenig später schrieben die Revolutionären Zellen: »(Wir) sind froh, daß diese Bombe nicht losging. [...] Wir appellieren nicht an Leute oder Gruppen, unseren Namen nicht zu benutzen oder ähnliches, wir appellieren an diese, sorgfältiger mit sich und anderen umzugehen, und es ist keine Arroganz, wenn wir eindringlich die bitten, die z.B. in der Emserstraße in Frankfurt handwerkten, lieber nichts zu tun, als daß uns letztendlich ihre Bomben selbst um die Ohren fliegen.«
Zu dem Unfall von Hermann Feiling am 23. Juni 1978, dem eine Bombe im Schoß explodierte, siehe Kapitel 16.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich im Buch auf Seite 749

Revolutionärer Zorn Nr. 5

Praxis Sondernummer (1987)

Mit dieser Nummer des Revolutionären Zorns wollen wir grundlegende Erfahrungen und Techniken vermitteln. Sie könnten für all diejenigen von Bedeutung sein, die sich entschlossen haben, den revolutionären Kleinkrieg in den Metropolen aufzunehmen. Vorausgesetzt wird nichts als ein klarer Kopf und der Wille zum Widerstand.
Die Beschreibungen sind so einfach wie möglich, damit auch vermeintlich unpraktische Genossen/innen mit etwas Übung alles nachbauen können. Alle müssen alles können. Man kann also ohne großartige Beschaffungsaktionen, Logistik usw. allein, zu zweit, zu dritt ... mit dem Widerstand anfangen.
Es gibt da Gerede von Leuten, die so tun, als wüßten sie was (agit 88a) [1], daß man dazu mindestens 10 Mann (!) braucht mit 3 klandestinen Wohnungen in der BRD, 5 Ausweichwohnungen, 5 Garagen, nen Haufen Kontakte im Ausland usw. Das ist absoluter Quatsch!
Dabei kann nur zweierlei rauskommen: entweder sie kommen vor lauter Logistik aufbauen nie zu Aktionen, oder die Bullen schnappen sie weg, weil sie sich genauso verhalten, wie's im Fahndungsraster steht.
Andere erzählten, der erste Schritt wäre die Illegalität und der zweite in die Bank. Das ist genauso idiotisch. In die Illegalität geht man erst dann, wenn man absolut muß. Die BRD ist viel zu gut durchorganisiert, als daß sich hier der Kampf aus der Illegalität heraus führen ließe.
Und in ne Bank geht man nur, wenn klar ist, daß Geld für eine Aktion gebraucht wird, und das Geld sich nicht anderweitig auftreiben läßt. Die Bank ist nicht Grundbedingung für Aktionen überhaupt.
Das Prinzip, viele selbständige Widerstandszellen zu gründen, ist richtig, weil das gewährleistet, daß jede Zelle ihre eigene Politik macht, daß sich die vielfältigsten Intitiativen und Kampagnen entwickeln, und weil es für die Bullen keine Methode gibt, diese Struktur aufzurollen. Man kann dafür keine Fahndungsraster aufstellen, das einzige, was einem das Kreuz brechen kann, ist ein dicker Fehler oder ein gottverdammter Zufall.
Also viel Spaß und paßt gut auch euch auf!
Wir haben den folgenden Artikel für diese Nummer gründlich überarbeitet und in wesentlichen Punkten ergänzt.

Schafft viele Revolutionäre Zellen!
Viele fühlen sich angesprochen, wissen jedoch nicht so recht, wie sie die Sache anfangen sollen und hoffen deshalb weiter, daß sie eines Tages einen Kontakt kriegen, der sie dann mehr oder weniger an die Hand nimmt. Dieser Erwartung ist zwar begreiflich, aber trotzdem falsch.
Falsch deshalb, weil sie impliziert, mitmachen zu können, nicht selber initiativ und verantwortlich sein zu müssen. Der bewaffnete Kampf kann niemals ein Auftragsverhältnis sein. Jeder muß das, was er tut, selber gewollt, entwickelt, vorangetrieben haben, sonst kann er unmöglich die Konsequenzen seines Handelns, insbesondere Niederlagen verkraften. Deshalb sind wir kein Verein, dem man beitreten kann. Wir haben aber seit Jahren in unzähligen Aktionen, Erklärungen und Analysen den Rahmen unserer Politik so eindeutig abgesteckt, daß jemand, der sich mit dieser Politik identifiziert, nicht auf einen persönlichen Kontakt angewiesen ist, um selbst eine Zelle gründen zu können. Wir haben kein Patent auf diesen Namen und auf diese Politik. Wir haben nur damit angefangen. Weitermachen werden wir alle gemeinsam.
Das Risiko ist uns voll bewußt: wir können nicht ausschließen, daß irgendwelche politischen Hornochsen

für eine total bescheuerte Aktion unseren Namen mißbrauchen. Von den Bullen wollen wir erst gar nicht reden. Dagegen hilft nur eine ungeheure Intensivierung der politischen Diskussion, eine glasklare, für jeden durchschaubare und nachvollziehbare Politik.
Wir müssen erreichen, daß jeder selbst entscheiden kann, ob diese oder jene Aktion, diese oder jene Erklärung der Politik der RZ entspricht oder nicht - ohne auf die Bestätigung oder das Dementi eines nicht vorhandenen ZKs zu warten. Das wird auch auf die Dauer die Waffen der Counter-Insurgency stumpf machen.
Wir wissen, daß das Konzept, viele selbständige Zellen zu schaffen, eine langwierige und anstrengende Angelegenheit ist. Doch es ist richtig, weil es auf der Eigeninitiative und der Eigenverantwortlichkeit der Militanten aufbaut, Funktionalisierung verhindert, Arbeitsteilung entgegenwirkt und optimal sicher ist: die Bullen beißen sich schon seit Jahren erfolglos die Zähne daran aus.
Und noch ein Wort zu dem ekelhaften Begriff »Sympathisanten«. [2] Es gibt sie nicht, sie sind eine Erfindung des Staatsapparates, der zu suggerieren versucht, es gäbe oben die Akteure und unten die Claqueure (Beifallklatscher).
Der Widerstand fängt nicht beim Bombenlegen an. Er kennt tausend Ebenen. Deshalb können individuelle kleine Gruppen etc., die unabhängig voneinander operieren, sich daran beteiligten, aktiv werden, weil nicht für jede Aktion viele Leute und connections (Verbindungen) notwendig sind.
Die wichtigste Praxis einer Zelle ist politische Diskussion. Nur eine Gruppe, in der eingestandene und verdrängte Ängste, Spannungen in den Beziehungen untereinander ausdiskutiert werden, die ständig die Entwicklung in der eigenen Region, in der BRD, in Europa analysiert, die am Libanon lernt, die - kurz gesagt - in einem kollektiven Diskussionsprozeß daran arbeitet, die Zersplitterung von privat und politisch, von »innen« und »außen« aufzuheben, wird ein Ganzes. Sie wird zu einer revolutionären politischen Praxis fähig.
Wir kennen Leute, die sich zusammengeschmissen haben, um Aktionen zu machen, und nie über technische Diskussion rausgekommen sind. Das geht auf Dauer nicht gut. Es führt entweder zu Aktionismus, in den meisten Fällen jedoch sind die Leute nach kurzer Zeit gefrustet wieder auseinandergelaufen. Ohne eine kontinuierliche, umfassende politische Diskussion läßt sich keine revolutionäre Identität entwickeln und auf die Dauer keine Praxis machen.
Die Vorstellung, daß sich Widerstand ernsthaft in losen Haufen mit mehr oder weniger zufälliger Zusammensetzung praktizieren läßt, ist eine Behauptung von Maihofer. [3] Trotzdem ist mancher darauf reingefallen.
Ihr müßt euch gegenseitig wirklich kennen, ihr müßt euch absolut vertrauen können und in langen, ausführlichen Diskussionen eure politischen Vorstellungen und Erfahrungen vereinheitlichen.
Entscheidend ist, daß ihr dabei nie Leute unter moralischen oder gar physischen Druck setzt, das kann nur schief gehen und verdammt gefährlich werden. Manche verwechseln dieses Prinzip mit windelweicher Liberalität. Wir kommen weder mit einer Zwangs- noch mit einer Krankenhausmentalität weiter. Wenn wir beides meiden wie die Pest, sind wir auf dem richtigen Weg, zu uns selbst, innerhalb der Zellen und zu unserer Umgebung ein befreiendes, liebevolles und förderndes - ein revolutionäres Verhältnis zu entwickeln.
Die wichtigste Eigenschaft eines Revolutionärs ist die absolute Genauigkeit. Man muß sie sich als verschlampte Linke und verschlampter Linker meist unter großen Anstrengungen und gegenseitiger Kontrolle wieder draufschaffen. Denn der erste Fehler wird leicht zum letzten. Diese Tatsache ist kein Grund zur Panik, sondern zur gründlichen Diskussion, genauer Planung, absoluter Sorgfalt in der Durchführung und im Umgang mit gefährlichem Material.
Grundsätzlich ist es richtig und nützlich, sich im Laufe der Zeit (neben den Aktionen) Grundkenntnisse

(einfache Lehrgänge erstellen) in Chemie, Physik, Elektrotechnik, Fototechnik, Fälschen, Senderbau, Spurensicherung und neueste Fahndungsmethoden anzueignen, sich gegenseitig vermitteln und unter die Leute bringen.
Bereitet man eine Aktion vor, so muß man immer von den schlechtesten Bedingungen ausgehen, d.h. jede Eventualität mit einkalkulieren. Die ganze Geschichte immer wieder durchspielen, bis sie nicht 100 %, sondern 1000 % sitzt. Bei der Vorbereitung gilt: so wenig Bewegung wie möglich - so viel wie nötig - sie muß und kann durch präzise Planung ersetzt werden. Das gilt für alle Aktionen, denn es gibt keine großen und kleinen im Sinne von viel oder wenig Vorbereitungen.
Erst wenn die Geschichte steht, wird das Material eingekauft, in verschiedenen Kaufhäusern. Nichts, auch kein Stromkabel oder Tesaband, aus eurem normalen Hausvorrat gebrauchen. Alle Reste vor der Aktion vernichten. Alle Wohnungen vor der Aktion cleanen. Wenn ein Ding vorher gefunden wird oder nicht hochgeht, muß das benutzte Werkzeug vernichtet werden, weil seine Merkmale auch an dem Brand- oder Sprengsatz zu finden sind.
Wenn ihr euch ans Bauen macht, dann räumt erst mal die Bude gründlich auf. Zuerst für einen sauberen, übersichtlichen Arbeitsplatz sorgen, z.B. auch Fußboden, Teppich mit Zeitung o.ä. auslegen, sich viel Zeit und Ruhe nehmen, immer Sicherheitsvorkehrungen einbauen (Kontrollämpchen, Schalter) und immer wieder zwischendurch kontrollieren.
Verwendet nie brennbares oder explosives Material, das ihr nicht genau kennt. Verwendet nie Sprengmaterial, das ihr von irgendjemand bekommt, ohne daß ihr wißt, wie man damit umgehen muß. Es gibt da riesige Unterschiede.
Wenn ihr neue, brennbare oder explosive Mischungen ausprobieren wollt, dann immer nur in allerkleinsten Mengen. Und laßt die Finger weg von »Rezepten« wie im »Kochbuch«.
Wer ein Material oder eine Waffe nicht absolut beherrscht, d.h. vor allem auch äußerst sorgfältig damit umgeht, bringt sich und andere damit um, bevor er dem Feind schaden kann.
Genauigkeit in der Praxis ist wohl jedem einsichtig, wird aber trotzdem immer wieder vernachlässigt. Vor allem von Anfängern, weil sie die Gefährlichkeit der Materie unterschätzen; manchmal aber auch von alten Hasen, weils hundertmal gutgegangen ist und die Aufmerksamkeit nachläßt.
Die politische Erklärung einer Aktion soll sie in ihrer Zielsetzung und Größenordnung erklären und nicht auf einem Stück Papier nachträglich aufmöbeln. So geschehen in Düsseldorf, wo Genossen nem Zwangsverteidiger die Karre angesteckt haben, was ja zu begrüßen ist. Sie haben das auch gut vermittelt, zum Schluß aber noch schnell mit Liquidierung gedroht. Sowas ist 1. die Sprache des terroristischen Staates; 2. fängt man mit der »Liquidierung« nicht bei kleinen Zwangsverteidigern an; 3. spricht man keine Drohung aus, die man nicht hundertprozentig einlösen kann, weil man dadurch unglaubwürdig wird - sich selber zum Maulhelden degradiert; und 4. droht man nicht vorher, wenn man wirklich was vorhat, weil man es meistens nicht mehr durchführen kann.
Wenn man anfängt, sollte man sich keine komplizierten oder politisch schwer vermittelbaren Aktionen vornehmen. Je eindeutiger, desto besser. Eine Aktion muß aus sich heraus verstanden werden. Muß man sie erst groß erklären, steht sie auf viel zu schwachen Beinen, um sich gegen die Staats- und Medienhetze durchzusetzen. Denn die kommt immer schlimmer als man sich denkt. Wichtig ist also nicht, was man sich in seinem Hinterkopf bei der Sache gedacht hat, sondern ob die Absicht durch die Aktion selber vermittelt wird. Die Bullen- und Medienhetze hat das Ziel, die Aktionen und politische Konzeption des bewaffneten Kampfes so zu verzerren und zu entstellen, daß sich keiner darin wiedererkennen soll, sich damit identifizieren kann (z.B. da werden dann aus Fahrscheinkontrolleuren harmlose Trambahnfahrer). Wer das nicht einkalkuliert und dem nicht durch den eindeutigen Charakter der Aktion entgegenarbeitet, erkennt oft seine eigenen Handlungen nicht wieder, wenn sie, von der psychologischen Kriegsführung bearbeitet, der »Öffentlichkeit« präsentiert werden. Am besten, man legt sich ein dickes Fell zu.

Viele Genossen sagen, die Erklärungen seien oftmals besser als die Aktionen selbst. Dabei sitzen sie ihrem kolonisierten Kopf auf. Denn wie ihnen Aktionen erscheinen, wird mit von den Hetz- und Verdrehungsmöglichkeiten der psychologischen Kriegsführung bestimmt. Das richtige Begreifen einer Aktion muß sich also erst durch diese Gehirnwäsche durcharbeiten. Wem diese Anstrengung zu groß ist, wird nie seine Plastikhaut los, die undurchdringlich gegenüber Erfahrungen geworden ist und nur noch an Inszenierungen glaubt.
Die Erklärungen sind deshalb leichter zugänglich, weil wir darin unverfälscht zu Wort kommen, Mißverständnisse dadurch ausgeschaltet werden. Doch auch da ist der Feind nicht untätig, indem er einzelne Sätze aus dem Zusammenhang reißt, dadurch ihren Sinn entstellt, die Leute verwirrt, deshalb muß jeder einzelne Satz in ner Erklärung, für sich genommen, eindeutig sein, auf Hetzmöglichkeiten abgeklopft werden.
Der schlimmste Feind des Revolutionärs ist die Naivität. Naiv ist es, den Gegner in seiner Niederträchtigkeit zu unterschätzen; auf seine biedere Maske in den Metropolen hereinzufallen, zu glauben, er kenne noch letzte rechtliche und moralische Schranken. Carlos Marighella [4] nennt diese Fiktion, an die sich mancher trotz besseren Wissens klammert, die Sünde der Unerfahrenheit.
Wir wollen hier noch einmal als Zusammenfassung und Erweiterung des bisher Gesagten seine »Sieben Sünden der Stadtguerilla« in Erinnerung rufen, weil man sie sich nicht oft und genau genug einprägen kann:
1. die erste Sünde der Stadtguerilla ist die Unerfahrenheit. Der von dieser Sünde verblendete Stadtguerilla hält den Feind für dumm, unterschätzt seine Intelligenz, sieht alles einfach an und hinterläßt infolgedessen Spuren, die zu seinem Verderben führen können.
Aus Unerfahrenheit kann der Stadtguerilla auch die Kräfte des Feindes überschätzen und sie für größer halten, als sie in Wirklichkeit sind. Wenn er sich von dieser Annahme narren läßt, wird er eingeschüchtert und bleibt unsicher und unentschieden, gelähmt und mutlos.
2. Die zweite Sünde des Stadtguerilla ist das Prahlen mit den Aktionen, die er ausgeführt hat und das Ausposaunen in alle vier Himmelsrichtungen.
3. Die dritte Sünde des Stadtguerilla ist die Eitelkeit. Der eingebildete Stadtguerilla versucht, die Probleme der Revolution mit Aktionen zu lösen, ohne sich um die Anfänge und Entwicklung der Massenbewegung zu kümmern.
4. Die vierte Sünde der Stadtguerilla besteht darin, daß er seine Stärke überschätzt und Projekte in Angriff nimmt, für die es ihm an Kraft und der erforderlichen Infrastruktur fehlt.
5. Die fünfte Sünde des Stadtguerilla ist überstürztes Handeln. Der Stadtguerilla, der diese Sünde begeht, verliert die Geduld, wird nervös, kann nicht gelassen abwarten und stürzt sich besinnungslos in die Aktion, wobei er fürchterliche Rückschläge erleidet.
6. Die sechste Sünde des Stadtguerilla ist der Angriff auf den Feind, wenn er am zornigsten ist.
7. Die siebte Sünde des Stadtguerilla ist mangelnde Planung der Dinge und improvisiertes Handeln. [...]

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Anmerkungen zu Kapitel 14:

1. agit/88a

Broschüre aus den 70er Jahren.
Literatur: agit 88a. *Sturm auf den Knast.* o.O.: Selbstverlag, o.J.

2. Sympathisant

In den 70er Jahren wichtiges und häufig benutztes Schlagwort in der innenpolitischen »Auseinandersetzung«; wurde von der bürgerlichen Presse zu Hetzkampagnen verwendet.
Literatur: Werner Schlegel: *Die Sympathisanten.* Lyrik und Prosa über den Zustand der Nation. Als Betrachter aus dem Gefängnis nachgezeichnet. Tübingen: IVA-Verlag, 1978

3. Maihofer

Siehe auch: Anmerkung 6 zu Kapitel 2

4. Marighella

Siehe auch: Anmerkung 48 zu Kapitel 2

5. Hermann Feiling

Siehe auch: Kapitel 16

6. Somoza, Anastasio

1925-1980; nicaraguanischer Diktator; durch einen Volksaufstand und die FSLN im Sommer 1979 gestürzt.

[Dieses Fenster schließen]

Feuer und Flamme für diesen Staat

Ende 1981

Wir haben mit der Nummer 5 des Revolutionären Zorns versucht, praktische Erfahrungen und Techniken des revolutionären Kleinkriegs zu verbreiten. Inzwischen hat sich auf diesem Gebiet einiges getan: es sind sehr nützliche Broschüren erschienen, zum Beispiel zur Oberservationstechnik von Bullen und Verfassungsschutz, zum Fällen von Atomstrom-Masten, zum »Picking« von einfachen BKS-Schlössern, zum Bau von Schwarzsendern, zum Überleben im Knast ...

Der Widerstand ist machbarer geworden.
Und er wird massenhafter und phantasievoller denn je gemacht.
Das Gespenst ist zurückgekehrt nach Europa - als ein ganz anderer Kommunismus. Diesmal schreitet nicht die Partei, »die immer recht hat«, auf tönernen Füßen von Führung und Gefolgschaft daher, sondern ein Gewusel von roten Hexen und schwarzen Männern geht eifrig wie Wühlmäuse ihrem staatsfeindlichen Geschäft nach:
Mollis fliegen, Schweineautos brennen, Zwangsverteidiger zittern um ihre Knie, Spekulanten um ihre Objekte, Behörden und Ämter werden ausgeräuchert, Industrie- und US-Einrichtungen ausgebombt - es wird in Massen demonstriert und klammheimlich zusammengerottet. Die Zersetzung breitet sich aus!
Daß das so zusammengefaßt ganz schön fetzig klingt, im einzelnen aber mit viel Unsicherheiten, Anstrengungen und Gefahren verbunden ist, wissen wir selbst am besten. Aber was soll's. Die Weisheit der Resignierten hat noch niemandem etwas genutzt. Da hat der alte William Blake schon besser durchgeblickt, wenn er darauf besteht: Die Tiger des Zorns sind weiser als die Pferde der Intelligenz (Womit nicht unsere bundesdeutsche Intelligenzia geschmäht werden soll, aber allzuoft ist sie halt nur weise und sonst gar nichts). Und das ist ein bißchen wenig, angesicht der wahnwitzigen Scheiße, in der wir schon bis zum Hals stecken:
Das Leben vegetiert zwischen Maloche, Kaufzwang und Glotze. Die Jungen werden eingekreist, die Alten nach einem betrogenen Leben in Heime weggeschlossen und die Rente gekürzt; die dazwischen sind neurotisch und werden wie nie zuvor auf Effektivität getrimmt oder ausgesondert und arbeitsmarktmäßig »sainsonbereinigt« oder auch nicht.
Die Frauen sind »doppelbelastet«, Ausländer, Alte und Studenten bilden »Negativgruppen« in »Problemgebieten mit Veränderungdruck« und werden wegsaniert. Die Gefangenen werden lebendig in Beton eingemauert, die Irren mit Chemie abgeschaltet.
Aus Liebenden sind längst Partner geworden, aus Erfassung und Entmündigung »Sozialfürsorge«, aus weißer Folter »Therapie« und aus Atomlagern »Entsorgungsparks«.
Aus Kriegsgegnern sind »gefährliche Pazifisten« geworden, aus Kriegstreibern »Männer des Friedens« und aus der entsetzlichen Auspressung der 3. Welt der »Nord-Süd-Dialog«.

Der Regen ist sauer, die Luft krebserregend, das Wasser längst umgekippt, die Erde voller Atomsprengköpfe und wenn man Sprengstoff fressen könnte, gäbs keinen Hunger mehr auf der Welt, denn bereits auf jedes Baby kommen ein paar Tonnen.

Wenn wir leben wollen, müssen wir uns beeilen.
Carlos Marx hat mal wieder die ganze Scheiße auf den Begriff gebracht: Soziale Revolution oder

Barbarei!
Wir machen hier weitere Vorschläge und geben Tips, um das praktische Wissen für den revolutionären Kleinkrieg im Herzen der Bestie zu vermassen und um Unfälle vermeiden zu helfen.
Wir schreiben nur über Dinge, die wir selbst ausprobiert haben, die also bei Einhaltung der vorgeschriebenen Sicherheitsregeln so ungefährlich wie möglich sind.
Wenn ihr andere gute und sichere Vorschläge habt, dann bringt sie unbedingt unter die Leute, damit wir voneinander lernen können und der revolutionäre Kampf immer breitere fantasievollere und entschlossenere Kreise ziehen kann.
Grundsätzlich müssen immer alle Rezepte von euch selbst vor ihrer Anwendung getestet werden! Das heißt zum Beispiel: Brand- und Explosivmischungen zuerst in sehr kleinen Mengen ausprobieren, mit Zündsystemen Testserien machen undsoweiter ... So werden mögliche Übermittlungs-Fehler ausgeschaltet und die Sicherheit im Umgang mit diesem brisanten Zeug wird größer.
[...]

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Erklärung zu Sylvester 1977/78

In Hamburg wollten zwei Genossinnen in der Sylvesternacht Fahrscheinautomaten zerstören. Einer ist explodiert. Christa ist dabei tödlich verletzt worden und Barbara schwer. Wir kennen die beiden Schwestern nicht, doch ihr Tod und ihre Verletzungen haben uns wahnsinnig getroffen.
Da sind zwei junge Genossinnen zum neuen Jahr losgezogen - hatten was besseres vor, als sich mit Alkohol vollaufen zu lassen, wollten statt leerer Sprüche und schaler Hoffnungen auf bessere Zeiten das neue Jahr mit brennenden Fahrscheinautomaten, mit einem Stück Nulltarif für alle beginnen.
Jetzt weiß jeder, warum es zu dieser Katastrophe gekommen ist, jetzt kann jeder »Bild«-Schreiberling runterrasseln, daß bei Benzin-Luft-Gemischen ein Funke genügt und daß in einem Stromkreislauf jederzeit ein Funke auftreten kann und daß ein Automatengehäuse wie eine gigantische Verdämmung (Druckbehälter) wirkt. Aber Christa und Barbara wußten es nicht, als dieses Wissen für sie lebenswichtig war und viele andere wußten es nicht, die noch mal Glück gehabt haben. Und das macht uns neben unserem Schmerz unheimlich wütend und verzweifelt.
In diesem verfluchten Land wird viel zu viel über Widerstand gequatscht und philosophiert, so lange, bis es die Besten nicht mehr aushalten, sich einen Benzinkanister schnappen und losrennen. Daß es immer mehr werden, das liegt nicht in den »Verführungskünsten« der Guerilla, wie viele Biertischstrategen gerne behaupten, dafür sorgen allein schon die unerträglichen, grausamen Bedingungen hier. Niemand wird die, denen es hier allmählich ganz dicke reicht, aufhalten können, darum geht es nicht, es geht darum, sie dafür besser auszurüsten.
Rennt nicht einfach los, sondern schnappt euch ein Chemiebuch und schaut nach, was ihr da eigentlich durch die Gegend tragen wollt. Wir sind nicht in palästinensischen Lagern oder in Nordirland aufgewachsen, wo die Kinder schon lernen, wie man sich wehrt, welche effektiven Mittel es gibt und wie man sie optimal einsetzt. Optimal, das heißt, daß sie dem Gegner schaden und nicht uns. Wir sind einem Land aufgewachsen, in dem Widerstandserfahrungen so gut wie überhaupt nicht entwickelt bzw. vermittelt wurden. Den Widerstand bewaffnen heißt zunächst, sich mit dem Wissen über Praktiken und Techniken des Widerstandes ausrüsten. Je mehr ihr darüber lernt, umso mehr Handlungsmöglichkeiten tun sich auf und die Gefahr für euch selber wird auf ein Minimum reduziert. Wenn ihr auf einem Gebiet sichere Erfahrungen habt, dann bringt sie unter die Leute, damit andere nicht unnötige Fehler machen. Wäre dies früher und massenhafter geschehen, könnte Christa vielleicht noch am Leben und Barbara gesund sein.
Insofern sind wir alle für das, was in Hamburg passierte, mit verantwortlich. Das ist furchtbar.

»Revolutionärer Zauber«- Praxisanleitungen einiger norddeutscher Revolutionärer Zellen (Dezember 81)

Der 21jährige Genosse Andreas ist tot, er starb nicht den alltäglichen Metropolentod.
Andreas war mobilisiert, hatte seinen Haß gegens System in Mut und Kraft verwandelt. Er hatte andere Lebensformen kennengelernt, der totale Widerspruch zu dem sonst Erlebten. Anstatt Streß, Konkurrenzkampf, Isolation hat er Liebe, Kollektivität, Freiheit versucht zu leben. Doch mußte - auch -

Andreas erkennen, daß der Staat jeden radikalen Versuch neuer Arten des Zusammenlebens (Hausbesetzungen o.ä.) mit aller Gewalt zerstören will.
Andreas ist losgezogen, hat ne Aktion gemacht und mußte für Unwissenheit über Anwendung und Wirkung eines Brandsatzes mit seinem Leben bezahlen.
Dieser vermeidbare Unfall hat uns stark getroffen. Wir planten zwar schon seit längerem ne Broschüre zum klandestinen Kampf rauszubringen, doch ausschlaggebend war Andreas Tod.
Denn es ist gefährlich, ohne genaues Wissen über den bewaffneten Kampf loszuziehen, irgendeine Aktion zu machen und zu hoffen, es wird schon alles gut gehen. »Deshalb gilt es, die Technik des bewaffneten Kampfes zu erlernen [...], und das heißt zunächst ganz praktisch: die Aneignung von Wissen z.B. über den Bau und die Funktionsweise von Brand- und Sprengsätzen. Über das Fälschen von Papieren aller Art, über die Herstellung und Verbreitung der eigenen Propaganda (Zeitungen, Flugblätter, Sender). Das bedeutet das strikte Einhalten von Sicherheitsmaßnahmen zum Selbstschutz (beim Quatschen bei Treffs) und schließlich den Aufbau eines logistischen Rahmens, der über die momentane Anforderung hinausgeht (Materialdepots, Untertauchmöglichkeiten)«. (Zitat aus Revolutionärer Zorn Nr. 6)
In den letzten Jahren ist zwar ne Menge zum klandestinen Kampf rausgekommen (Handbuch zur Selbsthilfe, Do it, Ruhe in Land, Guerilla Diffusa u.ä.), meistens waren die Bauanleitungen, z.B. zu Spreng- und Brandsätzen so kompliziert, daß sie keiner mehr verstand oder höllisch gefährlich, daß einige Genossen mit schweren Verletzungen dafür bezahlen mußten.
Oft fehlt auch jede Beschreibung über Wirkung und Anwendung des - tödlichen - Materials, welches wir benutzen, darum gehen einige unachtsam damit um und bekamen die Quittung für ihr Handeln böse zu spüren (erinnert sei nur an den Genossen Hermann Feiling [5]). Wir empfehlen: Hände weg von solchen Anleitungen! Schaut in ein gutes Chemiebuch, was ihr da eigentlich durch die Gegend transportiert. Organisiert Lehrgänge, experimentiert mit kleinen Mengen (Wirkungsweise), zündet mal nen Molli usw. Es ist auch wichtig, viele verschiedene Techniken zu beherrschen, um in jeder Situation die richtige Technik einzusetzen.
Zum Schluß: in dieser Broschüre fehlt z.B. die Anleitung zum Waffengebrauch und ne ausgedehnte Abhandlung über Spurenverhinderung, was für euch aber nur heißen kann, sich selbst fortzubilden (recht einfach, denn die Gegenseite produziert viel Schriftliches darüber). Auch solltet ihr »unsere« Techniken weiterentwickeln und in ner Broschüre unters Volk bringen, damit Unfälle vermieden werden können/müssen!
Nun aber viel Spaß beim Lesen, Experimentieren und anw...!!!
Schafft viele Revolutionäre Zellen.

Versuchter Sprengstoffanschlag gegen Daimler-Benz, Frankfurt (Juni 79)

Wir haben am 15.6.79 in einem Gebnäude der Daimler-Benz AG Ffm einen 30 kg-Sprengsatz deponiert. Weil ein Gitter nicht mehr schloß, wurde ein Schließer aufmerksam und die 30 kg wurden entschärft. Sie hätten die Daimler-Bude in eine Ruine verwandelt. Daimler unterstützt bis heute das Folterregime

Somozas. [6] Daimler ist hier in der BRD mitverantwortlich für die Einbetonierung und Zerstörung unserer Lebensbedingungen.
Wir solidarisieren uns mit dem fortschrittlichen Teil der Sandinistas, allen aktiven Widerstandsbewegungen und der kämpfenden Linken in der BRD.
Revolutionäre Zelle Nicaragua

Nach den Pressemeldungen am 16.6. und 17.6.79 sehen wir uns gezwungen, noch einmal Stellung zu der Aktion zu beziehen.
1. Der Sprengkörper hätte um 3.40 Uhr gezündet. Daß er nicht gezündet hat, lag an einem technischen Mangel, den wir inzwischen kennen. Nach diesem Zeitpunkt war eine Explosion technisch nicht mehr möglich.
2. Wir wußten, daß hinter dem Fenster des Lichtschachtes brennbares Material lagert. Im Umkreis von 150-250 Meter gibt es keine bewohnten Häuser, Straßen oder Schienen, wo jemand gefährdet gewesen wäre. Das, wofür wir uns kritisieren, ist der absurde Fehler, der uns unterlaufen ist. [...]
Revolutionäre Zelle Nicaragua

Brief der Revolutionären Zellen zu diesem Anschlag (Juni 79)

Wir wissen nicht, wer die »ID-Hausbombe« legte und wissen nicht, ob die Verantwortlichen sich möglicher Konsequenzen bewußt waren. Wir sind betroffen, daß eine Gruppe, die sich »RZ-Nicaragua« nennt, sich so unüberlegt zu einer solchen Aktion hinreißen läßt und sind froh, daß diese Bombe nicht losging.
Es stimmt uns nachdenklich, daß es Leute gibt, die ein an sich richtiges Projekt zur richtigen Zeit angehen, gleichzeitig wissentlich oder unwissentlich - das ist egal - linke Einrichtungen und, schlimmer noch, Menschenleben gefährden.
Wir sind genauso betroffen, wie damals in der Hamburger Silvesternacht, als eine Genossin sich aus Unkenntnis selbst hochbomte.
Unser Selbstverständnis als ein Teil der Linken existiert in realen Lebensbedingungen, die Fehler, auch kapitale, beinhalten.
Wir appellieren nicht an Leute oder Gruppen, unseren Namen nicht zu benutzen oder ähnliches, wir appellieren an diese, sorgfältiger mit sich und anderen umzugehen, und es ist keine Arroganz, wenn wir eindringlich die bitten, die z.B. in der Emserstraße in Frankfurt handwerkten, lieber nichts zu tun, als daß uns letztendlich ihre Bomben selbst um die Ohren fliegen.
Wir verstehen die Wut der Betroffenen, meinen aber, daß den Somozas, Vorsters, Urangesellschaften und allen anderen, die unsere Leben und Lebensbedingungen zerstören, auch die Antwort in militanter Form gegeben werden muß.
Wir verstehen uns nicht als Avantgarde der linken Bewegung, sondern als Teil von ihr und akzeptieren alle Widerstandsformen gegen Repression, Imperialismus und kapitalistischer Ausbeutung, egal, wo diese Unterdrückungsmechanismen existieren.
Revolutionäre Zelle(n)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Vorbemerkung Kapitel XV

Der Anschlag auf die Düsseldorfer Staatskanzlei und das Sozialministerium in Düsseldorf zur Unterstützung der Roma und Sinti im Januar 1991 ist die letzte bekanntgewordene Aktion der Revolutionären Zellen in ihrer Kampagne gegen die staatliche Flüchtlingspolitik. Auch die Rote Zora hat nach der Aktion gegen das Biotechnische Institut an der Technischen Universität Berlin im Februar 1988 ihre Praxis offensichtlich eingestellt.
Anfang 1991 waren die Erklärungen zu einem Brandanschlag auf das Berliner Reichstagsgebäude und einem Sprengstoffanschlag auf die Siegessäule in Berlin mit dem Namen RZ gezeichnet, beide werden von einer »Gruppe aus dem Traditionszusammenhang der Revolutionären Zellen« in dem Text »This is not a love song« als ungenau und militaristisch kritisiert.
Für den in diesem Text ebenfalls kritisierten Anschlag auf den Berliner Bausenator Klein hatte sich eine anonyme Gruppe verantwortlich erklärt. Bis heute ist jedoch unklar, wer dafür verantwortlich ist, und es wird bezweifelt, ob die Urheber überhaupt aus der Linken kommen.
Im Juli 1991 erklärt sich eine Revolutionäre Zelle für Anschläge gegen die Tengelmann/Kaiser-Kette verantwortlich, da diese auf dem Gelände des ehemaligen KZ Ravensbrück einen Supermarkt errichten wollen.
Die wichtigsten politischen Ereignisse der letzten Jahre sollen im folgenden kurz umrissen werden, um den Hintergrund dieser Aktionen zu beleuchten:

Die Veränderungen im ehemaligen »Ostblock«
Nach seiner Wahl zum Generalsekretär der KPdSU im Jahr 1985 setzte Michail Gorbatschow politische und wirtschaftliche Reformen in der Sowjetunion und eine weitgehende Öffnung gegenüber dem Westen durch. Ein ökonomischer und politischer Zusammenbruch der Sowjetunion war jedoch nicht mehr aufzuhalten. In einigen Republiken brachen bewaffnete Konflikte zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen auf, andere, wie die drei baltischen Republiken erklärten sich zunächst wirtschaftlich, dann auch politisch unabhängig, um ihre wirtschaftlichen Vorteile in der Konkurrenz um eine Zusammenarbeit mit den westlichen Regierungen und Unternehmen zu wahren.
Im Dezember 1991 schlossen sich 10 ehemalige Sowjetrepubliken in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zusammen. Die Sowjetunion existiert nicht mehr. Gorbatschow wurde von dem ehemaligen Moskauer Parteivorsitzenden Jelzin abgelöst.
Auch in den anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks fand ein Machtwechsel statt: am 12. September 1989 wurde in Polen die erste nicht kommunistische Regierung seit Kriegsende gewählt, im Dezember 1989 folgte der Sturz Ceaucescus in Rumänien. Ähnliches ereignete sich in der Tschechoslowakei und in Albanien. Begleitet wurde diese Auflösung des osteuropäischen Gefüges von Nationalitätenkonflikten. Die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in den Vielvölkerstaaten Jugoslawien oder CSFR streben - mit politischen und militärischen Mitteln - nach Autonomie.

Zusammenbruch der DDR und deutsche Wiedervereinigung
Im Jahr 1989 wanderten tausende von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik Deutschland ab. Als Ungarn im September 89 die »grüne Grenze« zur BRD öffnete, reisten sie über Ungarn und die Tschechoslowakei ein. Gleichzeitig demonstrierten in der DDR Tausende für politische Veränderungen in der DDR, ermutigt durch die »Perestroika« in der Sowjetunion. Der Protest griff wie ein Lauffeuer um sich. So schwoll die »Montagsdemonstration« in Leipzig innerhalb von zwei Wochen von 8.000 auf 70.000 Teilnehmer.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) signalisierte daraufhin Gesprächsbereitschaft, der Staatsratsvorsitzende Honnecker wurde von Egon Krenz abgelöst. Doch für Reformen war es zu spät. Auf Druck der Bevölkerung wurden am 9. November 1989 die Grenzen zur BRD geöffnet, im Dezember 89 traten das Politbüro und das ZK der SED zurück, wenige Tage später löste sich die SED auf. Für März 1990 wurden Neuwahlen angesetzt, aus denen die konservativen Parteien (CDU und die »Allianz für Deutschland«) gemeinsam mit den Liberalen als Sieger hervorgingen.
Am 2. Juli 1990 traten die Währungsunion und der Staatsvertrag in Kraft, am 3.Oktober 1990 war die Wiedervereinigung Deutschlands vollzogen.
Kurze Zeit später entschied sich die Bundesregierung für Berlin als Bundeshauptstadt.

Die politischen Felder der westdeutschen Linken
Ein Schwerpunkt der politischen Arbeit der westdeutschen Linken im Jahr 1988 war der Widerstand gegen die Tagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) im September 88 in Berlin.
Wenig später - im November 1988 - initiierte die »Initiative zum Erhalt der Hafenstraße« aus Hamburg eine Kampagne zur Zusammenlegung der politischen Gefangenen. Im Februar 1989 traten die Gefangenen aus RAF und Widerstand in den 10. Hungerstreik, der von unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Gruppen unterstützt wurde. Nach Beendigung des Hungerstreiks, ohne daß die gesetzten Ziele erreicht wurden, zerfiel dieses breite Bündnis.
Auf die Auflösung der DDR und die deutsche Wiedervereinigung reagierte die deutsche Linke ziemlich hilflos. Unter dem Motto »Nie wieder Deutschland« fand eine Großdemonstration in Frankfurt statt. Durch diese Aktion, sowie die politischen Diskussionen der »radikalen Linken«, entstand jedoch kein weitergehender politischer Handlungsrahmen.
Je mehr sich neonazistische Überfälle im Zuge eines neu aufkommenden nationalistischen Bewußtseins im Osten wie im Westen häuften, gründeten sich Antifa-Gruppen, um sich gegen Angriffe auf linke Treffpunkte, Zentren und auch Flüchtlingsheime zu wehren.
Gleichzeitig versuchten Linke in Berlin einer Zerstörung ihrer Kiez-Strukturen Widerstand entgegenzusetzen. Bereits seit mehreren Jahren gab es Aktionen gegen die »Yuppisierung« typischer Szene-Stadtteile. Mit der Entscheidung der Bundesregierung für Berlin als Bundeshauptstadt verschärfte sich die Situation in Berlin, vor allem in Kreuzberg, das nun im Zentrum des wiedervereinigten Berlin liegt.

Die Rechtsextremisten in Europa
In mehreren europäischen Ländern konnten rechtsexstremistische Parteien ab Mitte der 80er Jahre hohe Stimmengewinne für sich verbuchen. In Frankreich kam die Front National unter Le Pen auf 14,4 % der Stimmen, ein ähnliches Bild ergibt sich in Italien. Die 1983 unter Leitung von Schönhuber gegründeten Republikaner (REPs) erhielten 1985 in Bayern 3 %, in den Folgejahren blieben sie bei Landtagswahlen allerdings unter 1,5 %. Ab Januar 1989 konnten sie mit Ausländerstopp-Parolen wieder Stimmen gewinnen, in Berlin kamen sie auf 7,5 %, bei Komunalwahlen in Hessen erhielten 7 bis 10,5 %.
Die nationalistische und rassistische Ideologie, die in unterschiedlicher Form - mal mehr, mal weniger offensichtlich - von allen Parteien verbreitet wird, trägt nun Früchte. Zur gleichen Zeit beginnen rassistische Überfälle auf Flüchtlinge.

Die neue Weltordnung und der Golfkrieg
Am 20. August 1988 beendete ein Waffenstillstand den seit 1980 dauernden Krieg zwischen dem Iran und dem Irak. Die Aufrüstung beider Länder vor allem durch die Sowjetunion, Frankreich, die USA und die BRD wurde allerdings fortgesetzt. So wurde bekannt, daß bei den Angriffen der irakischen Armee

auf die kurdische Bevölkerung in Halabja Giftgas aus deutscher Produktion eingesetzt wurde.
Im Juli 1990 warf Saddam Hussein Kuwait Öldiebstahl, Grenzverletzungen und Überschreitung der vereinbarten Öl-Fördermengen vor. In einem Gespräch mit Saddam Hussein, in dem dieser offensichtlich die Haltung der USA erkunden wollte, erklärte die US-Botschafterin im Irak, die USA hätten zu diesem irakisch-kuwaitischen Streit »keine Meinung«. Am 2. August 1990 besetzten irakische Truppen Kuwait. Im UN-Sicherheitsrat wurde die Annexion für »null und nichtig« erklärt und ein Embargo über den Irak verhängt. Die USA begannen mit der Verlegung von Truppen und militärischem Material nach Saudi-Arabien. Die anderen NATO-Staaten, aber auch Staaten der arabischen Liga sagten ihre militärische und finanzielle Unterstützung für multinationale Truppen zu.
In arabischen Nachbarländern - vor allem in den von Israel besetzten Gebieten - kam es zu pro-irakischen Demonstrationen aus der Bevölkerung, als Hussein zum »heiligen Krieg« gegen die westlichen Alliierten aufrief und mit der Forderung nach einer »globalen Lösung aller Besatzungsprobleme in der Region« die Besetzung Kuwaits mit dem Palästina-Problem verknüpfte.
Als der Aufmarsch der multinationalen Truppen am Golf abgeschlossen war, setzte der UN-Sicherheitsrat am 29. November 1990 dem Irak ein letztes Ultimatum, bis zum 15. Januar 1991 Kuwait zu räumen. Nach erfolglosem Ablauf dieses Ultimatums würden »alle notwendigen Mittel« angewandt.
In der Nacht zum 17. Januar 1991 beginnen die multinationalen Truppen unter Führung der USA mit schweren Bombenangriffen auf irakisches und kuwaitisches Gebiet. In den Medien wurde das Bild eines hochtechnisierten, »sauberen« Krieges vermittelt, bei dem die Bombenangriffe von den US-Truppen so exakt gezielt würden, daß militärische Objekte im Irak zerstört werden, ohne daß die Zivilbevölkerung getroffen werde.
Am 27. Februar nahmen die Truppen der Aliierten die Stadt Kuwait ein, daraufhin nahm die irakische Regierung am Abend des gleichen Tages alle UN-Resolutionen bedingungslos an.
Auf einer Pressekonferenz am 1. März 1991 bezeichnete US-Präsident Bush das Ergebnis dieses Krieges, der zu hunderttausenden - irakischen und kuwaitischen - Toten führte, als einen »Sieg der Menschheit« und der »neuen Weltordnung«.
In den westeuropäischen Ländern und den USA gingen im Januar 1991 Tausende von Menschen gegen den Golf-Krieg auf die Straßen. Nach dem Beginn des amerikanischen Bombardements kam es am 18. Januar 1991 in arabischen Ländern, vor allem im Maghreb, zu Massendemonstrationen für den Irak, in Europa gab es Arbeitsniederlegungen, Blockaden von Brücken und Militäreinrichtungen, Mahnwachen, Friedensgebete und Demonstrationen, die bis zum Ende des Krieges nicht abbrachen.

Abschottung Europas

Am 26. April 1990 wurde eine Neufassung des Ausländergesetzes im Bundestag verabschiedet, das es der Bundesregierung erleichtert, die Zahl der in der BRD lebenden AusländerInnen entsprechend den innenpolitischen Zielen zu steuern.
Am 19. Juni 1990 wurde von Frankreich, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden und der BRD das sog. Schengener Abkommen unterzeichnet, in dem sich diese EG-Staaten auf eine einheitliche Sicherheits- und Asylpolitik verpflichten. Asylsuchende und Flüchtlinge sollen bereits an den Außengrenzen der Vertragspartner aufgehalten werden. Die Entscheidung eines Mitgliedsstaates über den Asylantrag oder den Aufenthalt eines Ausländers ist für die anderen Mitgliedländer bindend. In den meisten Vertragsstaaten führte diese »Angleichung« der unterschiedlichen Gesetzgebungen zu einer Verschärfung des bisher geltenden Rechts.
Propadandistisch begleitet wurden diese Gesetzesänderungen von »Warnungen« der Politiker der im Bundestag vertretenen Parteien, das Boot sei voll, die BRD könne eine größere Anzahl von Flüchtlingen

- von denen unter Hinweis auf die Anerkennungsquoten die meisten als »Wirtschaftsflüchtlinge« diffamiert werden - nicht mehr verkraften, vor allem einem zu befürchtenden Zustrom aus Osteuropa müsse vorgebeugt werden.

Angriffe gegen Flüchtlinge

Diese Propaganda zeigte bald ihre Wirkung. Rassistische Überfälle auf Flüchtlinge, Brandsätze in Flüchtlingswohnheime nahmen in erschreckendem Tempo zu. Waren es 1990 »noch« 246 offiziell registrierte Angriffe, sind es im Verlauf des Jahres 1991 bereits 1.823.

Die tagelange »Schlacht« um ein Flüchtlingswohnheim in Hoyerswerda im Herbst 1991, bei dem sich die angreifenden Faschisten der Zustimmung eines großen Teils der Bevölkerung sicher waren, wiederholten sich in den folgenden Monaten in mehreren Städten der ehemaligen DDR. Diese Übergriffe in den neuen Bundesländern fanden in breitester Öffentlichkeit und unter großer Akzeptanz durch die Anwohner statt. Die Zahl der einzelnen Brandanschläge und Angriffe auf Personen in den alten Bundesländern ist jedoch wesentlich höher.

Rückendeckung geben die öffentlichen Erklärungen von Politikern, die um Verständnis für die Ängste und sozialen Probleme der Angreifer werben und im Ergebnis die Opfer aufgrund ihrer bloßen Anwesenheit zu den eigentlichen Tätern machen.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich im Buch auf Seite 750 f.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Anschlag im Berliner Reichstag (Juni 91)

Wir haben am 11.6.91 zwei Brandsätze im Berliner Reichstag abgelegt, um damit wenige Tage vor der Entscheidung des Bundestages über den zukünftigen Regierungssitz Entscheidungshilfe zu geben.
Anders als es uns Presse, Parteien und Senat weismachen wollen, bringt ein Regierungssitz Berlin keine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Mehrheit der BerlinerInnen. Im Gegenteil: wir, die weniger Verdienenden, die Arbeitslosen, AusländerInnen, Auszubildenden, RenterInnen und SozialhilfeempfängerInnen würden aus der Stadt herausgedrängt werden. Berlin würde eine Bonzenmetropole, in der zwischen Verwaltungsgebäuden, Firmensitzen und luxussanierten Appartements der Regierungsangestellten Wohnungsmieten von 25 DM pro Quadratmeter und mehr zu zahlen wären. Wir, die Ärmeren, müßten in die Betonsilos in Hellersdorf und Marzahn ziehen, um von dort aus zuzusehen, wie gutgekleidete AufsteigerInnen in Edelkarossen durch die Stadt kreuzen.
Nicht einmal während der Bauphase der Regierungsgebäude würden wir hier profitieren. Es ist in Bonner Regierungskreisen schon mehrfach diskutiert worden, daß bei dem Bau aus Sicherheitsgründen Firmen aus Westdeutschland einzusetzen seien, weil die ostdeutschen Firmen angeblich mit Stasi-Leuten durchsetzt sind. Was also hätten wir schon vom Regierungssitz - außer der zweifelhaften »Ehre«, wieder »richtige« Hauptstadt Großdeutschlands zu sein? Nichts - und viele wissen das, trotz der albernen Versuche, zu einer Zeit, wo die Stimmung in der Stadt aggressiv ist wie lange nicht mehr, den Konsens aller BerlinerInnen herbeizuschreiben, sozusagen den Einheits-Berliner zu konstruieren (»Entscheidung für Bonn - Schlag ins Gesicht aller Berliner«).
Sicherlich wird in den nächsten Tagen in der Öffentlichkeit der Vergleich zu 1933, zu der Einzeltat des Marinus van der Lubbe [1] gezogen werden, die damals den Nazis die Gelegenheit zur Ausrufung der »Notverordnung« [2] und zur Verfolgung tausender Andersdenkender gegeben hat. Wir finden diesen Vergleich blödsinnig. Ebenso wie uns der »real existierende« Sozialismus immer wieder als Beispiel für die Unmöglichkeit einer anderen, besseren Gesellschaft eingehämmert werden soll, wird uns der Reichstagsbrand 33 als Beweis für die fatalen Folgen militanter Aktionen vorgehalten.
Dabei sind die Ausgangssituationen grundverschieden: weder stehen wir vor der unmittelbaren Ausrufung einer faschistischen Diktatur (dann könnte es natürlich nicht darum gehen, das Symbol der bürgerlichen Gesellschaft, das Parlament, anzugreifen, sondern ein möglichst großes aktives Bündnis gegen rechts zu schaffen) noch ist unsere Aktion eine individuelle Verzweiflungstat. Im Gegenteil sehen wir nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus und den sich daraus ergebenden Diskussionen Chancen, einen neuen, radikalen und umfassenden Begriff von Befreiung zu entwickeln, der mit der Bürokratenherrschaft in Osteuropa nichts zu tun hat. Unsere Aktionen sind kein Ausdruck blinder Wut oder ideologischer Verbohrtheit, wie es die Medien seit Jahr und Tag behaupten. Wenn wir nicht wüßten, daß eine befreite und kollektive Gesellschaft möglich ist, hätten wir längst aufgehört zu kämpfen.
Eine der Voraussetzungen dafür wird sein, uns das politische Terrain zu erhalten und in aktuellen Auseinandersetzungen konkrete Ziele zu benennen und durchzusetzen.
Wir lassen uns nicht vertreiben - nie wieder Regierungssitz Berlin!
Es gibt kein Ende der Geschichte [3] - machen wir sie selbst!

Aktion gegen die Siegessäule, Berlin (2/91)

Else kämpft, Herr-Mann Denk-mal
Am Vorabend eines möglichen Krieges in der arabischen Region beziehen wir uns mit unserer Aktion gegen die Siegessäule, einem Symbol, das den Krieg und die Männergewalt verherrlicht, auf den Widerstand gegen den Krieg.

Nationalismus, Rassismus, Sexismus und Patriarchat
In unserem Verständnis von Internationalismus haben wir »Nation« als Widerspruch zur Sozialen Revolution gesehen. Heute fangen wir an, die Zusammenhänge von Patriarchat, Nationalismus, Rassismus und Sexismus zu begreifen. Es fällt uns dabei noch immer leichter, das Patriarchat im Nationalismus zu erkennen, als den Sexismus in uns. Es ist ein alter Trick im Patriarchat, wenn jetzt die Neubestimmung des »Nationalen« als eine Debatte um das »Selbstbestimmungsrecht der Nationen« verkauft wird.
Nation war stets das Vehikel zur Durchsetzung der Ökonomie des Patriarchats, und Nationalismus wurde mit immer bestialischeren Mitteln des Rassimus und Sexismus verzahnt. So war es doch immer, wie der Blick in die Vergangenheit der Männerbünde zeigt; darüber hat die feministische Theorie ausführlich aufgeklärt:
In der Gründerzeit, wo die neue Bourgeoisie sich ausdrücklich auf die »Brüderlichkeit« berief, die Frauen als persönliches Eigentum der Männer definierte und in die Kleinfamilien zwang.
Im 1. Weltkrieg, wo sich die Arbeiteraristokraten aller Länder im Nationalismus einreihten und sich dafür mit der Teilhabe an der Ausbeutung der SklavInnen des Trikonts belohnen ließen.
Im Nationalsozialismus, wo der Kampf und der Widerstand gegen die kapitalistische, rassistische und sexistische Ausbeutung in der völkischen Gemeinschaft erstickt werden sollte und sich der »deutsche Mann« in der faschistischen Neuordnung als »Herr der Welt« einsetzte.
Heute wird der neue deutsche Nationalismus mit verbaler Distanz zur faschistischen Vergangenheit garniert, mit Teilhabeangeboten an Frauen gesüßt und mit garantiert echter Suche nach einem wirklich guten Nationalismus gewürzt. Und nicht einmal die Erinnerung an Auschwitz kann große Teile der Linken daran hindern, Hilfestellung dabei zu leisten, den deutschen Nationalismus in einen europäischen zu überführen: »ein vereintes Deutschland in einem vereinigten Europa« soll die Erfahrungen aus der Geschichte tilgen helfen. Es ist bezeichnend, daß die Diskussion um die »nationale Frage« auch in linker Verkleidung geführt wurde. [4] Sie soll verschleiern, daß diese Teile der Linken am Profit der erstarkenden Nation teilhaben wollen. Ohne das Reinigungsbad der »nationalen Frage« können keine neuen männlichen Identitäten für die nächste Etappe männlicher Herrschaftssicherung geschaffen werden. Wir sehen, wie sie den Zugang zu allen Teilen des »europäischen Hauses« suchen, wie sie neue nationale Eliten zu einem neuen patriarchalen Bündnis verketten wollen. Sie wollen den männlichen Schulterschluß herstellen, egal, ob in Freundschaft oder in Feindschaft. Denn wie immer taugt beides gleich gut, um die sozialen Konflikte zu überspülen und im Rassismus noch den Sexismus zu verdecken.
Als einen Beitrag zur notwendigen Diskussion über die skizzierten Zusammenhänge von Patriarchat, Nationalismus, Rassimus und Sexismus haben wir die Siegessäule - die »Goldelse« erschüttert. Sie steht wie kaum ein anderes Symbol für die verschiedenen Etappen männlicher Gewalt.
Bei der Gründung des zur Nation erstarkten Bundes wurde sie 1870 aufgestellt, feierte die Kriege von 1864/1866/1870 und erhob zugleich den Anspruch auf die Kolonien und den »Raum im Osten«. Mit der Umsetzung und der Aufstockung 1936 steht es für die Unterwerfung neuer Heere von ArbeitssklavInnen. Es steht damit auch für die »Verwertung« und Vernichtung in den Konzentrationslagern.

Frischvergoldet ist sie heute wieder in das Zentrum eines neuen imperialen Anspruchs gerückt, der die DDR einverleibt hat, der die Bevölkerung Osteuropas und des Trikonts ausgrenzt und den europäischen Großraum unter deutscher Vorherrschaft anstrebt.
Wir wollen unseren Beitrag nicht allein als eine Warnung vor dem Schatten der Vergangenheit verstanden wissen. Wir meinen die rassistische und die sexistische Gewalt, die der Nationalismus transportiert. Seine europäische Variante ist nicht friedensstiftend, sondern ein aggressives Werkzeug zur Neuformierung männlicher Gewalt.
Wir meinen das kapitalistische »Selbst« in der »Bestimmung« der Ökonomie. Wir meinen das rassistische »Selbst« in der »Bestimmung« anderer Völker. Wir meinen das männliche »Selbst« in der »Bestimmung« der Frauen.

Anschlag gegen Kaiser, Berlin und Ravensbrück (Juli 1991)

Zu unseren Aktionen gegen Drecks-Kaiser vom 17. Juli:
Die Tengelmann/Kaiser-Warenkette hält groß in der Ex-DDR Einzug. Streitfall ist momentan nur ein Supermarkt-Neubau vor den Toren des ehemaligen KZ Ravensbrück bei Fürstenberg. Wir reihen uns ein in die Gruppe der dagegen Kämpfenden - aber nicht mit friedlichen Mitteln. Die Kaiserskette - schon 1933 beim Arisieren [5] unter den Nazis stark dabei - tritt nun das Ansehen und Gedenken vieler Antifaschist/inn/en in den Dreck des neuen deutschen Konsumwahns. Darauf gibt es keine kraftvolle gewaltfreie Antwort!
Unsere Brandbombe in der neuen Filiale in Ravensbrück und der angebrannte Konsumtempel in der Conrad-Blenke-Straße in Berlin sind unsere Reaktion!
Wir fordern einen sofortigen Baustopp für Kaisers und andere in Ravensbrück und Sachsenhausen!
Wir werden aber nicht auf den Baustopp warten, wir werden für ihn kämpfen. Kaisers ist überall anzugreifen - tun wir es!!!
Ehre allen Verfolgten und Ermordeten des Naziregimes!

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Anmerkungen zu Kapitel 15:

1. van der Lubbe, Marinus

1909-1934; holländischer Anarchist und Rätekommunist, soll am 27.2.1933 den Reichstag angezündet haben.
Literatur: Rotbuch: *Marinus van der Lubbe und der Reichstagsbrand.* Hamburg: Edition Nautilus, 1983 (erweiterte Neuauflage des »Rotbuchs« von 1933)
Literatur: Uwe Backes u.a.: *Reichstagsbrand.* Aufklärung einer historischen Legende. München: Piper Verlag, 1987

2. Notverordnung

Reichstagsbrandverordnung vom 28.2.1933 (Einführung der »Schutzhaft«) und »Ermächtigungsgesetz« vom 23.3.1933.

3. Ende der Geschichte

Abgeleitet von der These Francis Fukuyamas, eines hohen Beamten des US-State Departments, der 1989 angesichts des Zusammenbruchs des Realsozialismus' die globale wirtschaftsliberale Ordnung prophezeite.
Literatur: Francis Fukuyama: *The End of History?* in: The National Interest, No. 16, Baltimore, USA, Sommer 1989

4. Linke Diskussion um Nationalismus

Siehe auch:Literaturanhang

5. Arisierung

Die Enteignung und Übergabe von Betrieben aus »jüdischem Besitz« an sogenannte »deutsche Arier«.

6. FDJ

Freie Deutsche Jugend, Jugendorganisation der SED.

7. Friedrichs, Hans-Joachim

Tagesthemen-Moderator; Fernsehjournalist

8. Projekt am Potsdamer Platz

Dort sollen eine Dienstleistungs- und Verwaltungszentrale mit rund 5.000 Beschäftigten von Daimler Benz und ein Verwaltungsgebäude von Sony entstehen.

9. US-Botschaft

Beschuß der US-Botschaft in Bonn durch die RAF während des zweiten Golfkriegs am 13.2.1991.

10. Klein, Hanno

Der Berliner Baustadtrat Hanno Klein wird im Juni 1991 durch eine Briefbombe getötet. Trotz Bekennerschreiben einer militanten Gruppe kommt es in den Medien zu Spekulationen, ob die Tat nicht

doch von der »Berliner Bau bzw. Grundstücksmafia« (taz) verübt wurde.

11. Karry-Aktion

Siehe auch: Anmerkung 25 zu Kapitel 1

12. Schüsse an der Startbahn

Siehe auch: Anmerkung 29 zu Kapitel 1 und Anm. 28 zu Kapitel 8

13. Pimental

Der US-Soldat Pimental wurde am 8.8.1985 bei Wiesbaden von einem RAF-Kommando erschossen, um dessen ID-Card zu bekommen.

[Dieses Fenster schließen]

»This is not a love song!«

Juli 1991

Fast wie im wahren Leben

Im Frühsommer trafen sich in einem ehemaligen Erholungsheim der FDJ [6] drei nicht mehr ganz junge Leute: HerMann (der mit dem großen M), Artur und Zorro.

Nachdem das Eis zwischen ihnen mal wieder gebrochen war, HerMann und Zorro den mitgebrachten Krimsekt bereits geleert hatten, setzte sich Artur, von dem Ritual ziemlich angeekelt, vor den Schwarz-Weiß-Fernseher. Es war so kurz nach halb elf, da glaubte Artur, der inoffizielle Mitarbeiter der Bonner Regierung wolle ihn verkohlen. Auch noch Stunden später, als seine beiden Freunde längst wieder nüchtern waren und die erste Rauferei des Treffens zu Gunsten von HerMann längst entschieden war, schwor Artur, daß er nicht geträumt hatte. Friedrichs [7] habe nämlich mit einem besonders verschmitzten Grinsen gemeldet, daß sich die Revolutionären Zellen in der Hauptstadtfrage jetzt auch für Bonn ins Zeug geschmissen hätten. Der Reichstag wäre - zum Glück der Nation - zwar nicht abgebrannt, Menschen auch nicht zu Schaden gekommen, aber es wären zwei Stelltafeln in der Ausstellung zur deutschen Geschichte bis auf die Aluminiumträger abgebrannt.
Als daraufhin aus allen Wohnstuben der Republik ein unglaubliches Gelächter aufbrauste, das wohl die Ursache für einen sekundenlangen Stromausfall in dem ehemaligen FDJ-Heim war, kam es zu dem bereits erwähnten Zwischenfall unter Genossen. Artur, vor Schreck zunächst wie gelähmt, kriegte einen dermaßenen Wutanfall, daß er mit dem Aschenbecher nach dem Regierungssprecher schmiß. HerMann und Zorro brachte der Krach des implodierenden Fernsehers auf die Palme, weil dadurch ihre Sicherheit in dem Dorf gefährdet sei. Als Artur dann dazwischen schrie und dann etwas gefaßter erklärte, was in Berlin passiert war, kam es zu einem erbitterten Wortgefecht, in dessen Verlauf erst Artur auf die Problematik einer solchen Aktion vor dem Hintergrund des Reichtstagsbrandes Ende Februar 33 verwies. Zorro meinte, das Objekt wäre eh das falsche, wenn schon Kampf gegen die Umstrukturierung der Stadt, dann müßte man schließlich Daimler angreifen, aber nicht isoliert, sondern als Teil einer Massenkampagne gegen das Projekt am Potsdamer Platz. [8] Als HerMann dann auch noch einwandte, ob Bonn oder Berlin, Daimler oder sonstwas, das müßte Mann von antipatriarchalen Ansatz her überlegen, bzw. erst mal die Zora fragen und als er dann auch noch abhob auf das Problem der männlichen Definitionsmacht, kriegte er plötzlich von Zorro eins auf die Glocke ...

Im wirklichen Leben
würden die Leute natürlich nicht über uns lachen. Die Situation ist für uns auch bitter ernst. Tatsächlich kommt uns einiges von dem, was militante Gruppen in den letzten Monaten gemacht haben, als traurige Karrikatur dessen vor, wofür mehrere Generationen Militanter seit Anfang der 70er Jahre in diesem Land gekämpft haben.

Wir meinen damit den Beschuß der Bonner US-Botschaft [9] durch ein Kommando der RAF, Anfang Februar; den Versuch Revolutionärer Zellen, die Goldelse von der Siegessäule in Berlin zu sprengen und die Brandstiftung einer RZ im Berliner Reichstag vor einigen Wochen.
Insbesondere meinen wir damit das tödliche Briefbombenattentat auf den Berliner Baustadtrat Klein. [10] Da aufgrund einer anonymen Erklärung nicht mehr ausgeschlossen werden kann, daß die Urheber des Attentats aus den Reihen der Linken kommen, halten wir eine selbstkritische Auseinandersetzung über das Verhältnis von Politik und Moral für dringend erforderlich.
In einer politischen Situation, in der die Linke insgesamt fast völlig bedeutungslos geworden ist, ist diese Diskussion existentiell. Angesichts gesellschaftlicher Marginalisierung linker Politk insgesamt und militanter Positionen im besonderen, verlangt der Einsatz revolutionärer Gewaltmittel ein besonderes Maß an Verantwortung und Genauigkeit. Ihr Einsatz hat in dieser Situation im Wesentlichen exemplarischen Charakter.
Die o.g. Aktionen werden allesamt dieser Verantwortung nicht gerecht. Sie nehmen zwar alle für sich in Anspruch, richtige Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit zu geben, sie entwerten jedoch den Einsatz revolutionärer Gewalt selbst. Der Beschuß der US-Botschaft durch ein Kommando der RAF war die endgültige Bankrotterklärung einer gesamten Fraktion der bewaffneten Linken in der BRD.
Durch den ziellosen Beschuß wurden nicht nur völlig unbeteiligte Menschen in Gefahr gebracht, sondern - um das Maß noch voll zu machen - handelte es sich um Menschen aus der Anti-Kriegsbewegung, die als potentielle Bündnispartner angesehen werden. Besser kann eine bewaffnete Gruppe das von ihr gezeichnete »terroristische Schreckgespenst« gar nicht medienwirksam in Szene setzen. Der Hinweis in der Kommandoerklärung, die Gefährdung Unbeteiligter durch die Mischung der tödlichen Geschosse mit Leuchtspurmunition ausgeschlossen zu haben, ist ein nicht zu überbietender Zynismus.
Mit dem Anschlag auf das mittlerweile politisch völlig unbedeutende Denkmal des deutschen Militarismus von 1871, die Siegessäule in Berlin, beweisen Revolutionäre Zellen, daß sie sich mittlerweile völlig außerhalb von Zeit und Raum befinden.
Der Versuch, die Goldelse vom Sockel zu holen, war angesichts des Kriegsbeginns am Golf völlig unangemessen und lächerlich. Abgesehen davon, daß die Aktion zeitlich deplaziert war, haben die Genossen gezeigt, daß sie keine Antworten haben auf die von ihnen aufgegriffenen, objektiv richtigen Fragen - nämlich nach dem Verhältnis von Nationalismus, Rassismus und Sexismus und der eigenen politischen Praxis. In der Erklärung fehlt jegliche politische Orientierung - das bringt den Etikettenschwindel der Genossen auf den Punkt. Sie täuschen Klarheiten vor, wo keine erkennbar sind - beispielsweise nach dem Verhältnis von Militanz und antipatriarchalem Widerstand von Männern. Für den Brandanschlag auf die Ausstellung zur deutschen Geschichte im Reichstag, Anfang Juni, gilt die alte militante Weisheit, wonach eine Aktion gegen das falsche Objekt eine falsche Aktion ist, auch wenn in der Erklärung das Gegenteil behauptet wird.
In dem unter unserem Markenzeichen herausgegebenen schriftlichen »Votum für Bonn« steht zu lesen, daß eine Voraussetzung für den Kampf sei, »das politische Terrain zu erhalten und in aktuellen Auseinandersetzungen konkrete Ziele zu benennen und durchzusetzen.« Das wird zwar flott dahergesagt, drückt sich aber weder in der Aktion noch im Inhalt der Erklärung aus. Konkrete politische Ziele oder Kristallisationspunkte, an denen sich der Kampf gegen die Umstrukturierung der Stadt entwickeln könnte, werden nicht genannt. Was von der Aktion bleibt, ist der Bezug auf den herrschenden Diskurs - die »Hauptstadtfrage«. Vor dem Hintergrund des Reichstagsbrandes 1933 verkommt die Aktion zur Farce.
Dieser Ort ist - wegen seiner widersprüchlichen historischen Bedeutung - als Angriffsziel militanter Politik völlig ungeeignet. Der Reichtstag ist sowohl Symbol des deutschen Nationalismus, als auch der

historischen Niederlage der Linken in Deutschland.
Entgegen der Behauptung in der Erklärung von »der Einzeltat des Marinus van der Lubbe« sind die genauen Umstände der Brandstiftung bis heute nicht geklärt. Es deutet zumindest einiges darauf hin, daß die SA an der Brandstifung beteiligt war.
Es ist »blödsinnig«, eine Aktion gegen ein Objekt zu machen, dessen Symbolik nicht eindeutig ist und sich nicht selbst vermittelt.
Der Tod des Berliner Baustadtrats Klein durch die Explosion einer Briefbombe ermöglichte und provozierte Spekulationen über Zielsetzung und Motive der Urheber.
In der Erklärung einer anonymen Gruppe vom 15. Juni wird behauptet, daß der Tod Kleins nicht beabsichtigt, Folge einer »Ungenauigkeit« gewesen sei und die Gefährdung Unbeteiligter auf dem Postweg zu »100 % ausgeschlossen« wurde. Letzteres können wir uns zwar kaum vorstellen, das schließt aber nicht aus, daß nicht der Baustadtrat, sondern etwa eine Sekretärin den Brief hätte öffnen können.
Für Bestrafungsaktionen gelten - wie für andere Aktionen - zu allererst politische Kriterien, dabei muß es absolut ausgeschlossen sein, daß die angegriffene Person getötet wird und Unbeteiligte gefährdet werden, auch wenn sich das eigene Risiko dadurch erhöht.
Für das Regime sind Menschen Schachfiguren; unser Kampf spielt nicht mit dem Leben von Menschen!
Die Kaltschnäuzigkeit, mit der die fatalen Folgen der Aktion kurzerhand vom Tisch gewischt werden, entspricht der Unfähigkeit, weder die beabsichtigte politische Wirkung der Aktion, noch politische Konzepte und Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf den noch zu entwickelnden Widerstand gegen die Umstrukturierung Berlins benennen zu können.
Diese Unfähigkeit charakterisiert sich in einer verhängnisvollen Tendenz zum Militarismus. So ist es auch nicht verwunderlich, daß in der Erklärung »Krieg« als zentrale Begrifflichkeit unterstrichen ist.
Diese verhängnisvolle Tendenz zum Militarismus hat immer wieder Aktionen mit fatalen politischen Folgen für die Linke hervorgebracht: die Karry-Aktion [11], die Schüsse an der Startbahn [12], der Mord an dem US-Soldaten Pimental. [13] Die Liste ließe sich noch verlängern.
Diese Tendenz ist Ausdruck einer Haltung eines Teils der militanten Linken, die sich weigert, aus der Geschichte zu lernen, deren Handeln sich allein aus dem subjektiven Verhältnis zu Staat und Kapital begründet, aus ihrem »Drauf-Sein«, deren Praxis nicht an einem politischen Ziel der Verankerung und Verbreiterung revolutionärer Politik in die sozialen Prozesse der Gesellschaft hinein orientiert ist.
Wir lehnen den politischen Mord als Mittel revolutionärer Politik ab, weil der Stand der sozialen Kämpfe in diesem Land weit davon entfernt ist, daß die Liquidierung des politischen Gegners zu einer Macht- und Überlebensfrage geworden wäre. Wir kämpfen um das Bewußtsein der Menschen und unser eigenes - nicht um die Macht.
Der politische Mord legitimiert sich auch nicht aus der Funktion des Gegners, wie die RAF uns das seit Jahren predigt. Die politische Wirkung muß verpuffen, weil ihre einzige Wirkung darin besteht, daß ein bis dahin anonymer Schreibtischtäter als Toter bekannt wird. Ihr Tod verschafft niemandem eine Atempause, hat nichts befreiendes und mobilisierendes. Im Gegenteil - die inflationäre Anwendung dieses Mittels zerstört den revolutionären Befreiungsanspruch von Innen - dieses letzte Mittel im revolutionären Kampf verkommt zum Spektakel.
Eine militante Linke, die die absolut verpflichtenden Grundsätze von Politik und Moral leichtfertig aufgibt und die ihre Skrupel verliert - dieses wesentliche Merkmal, was revolutionäre Frauen und Männer vom Gegner unterscheidet - verliert den Kredit und den Anspruch, einen revolutionären Kampf für eine herrschaftsfreie Gesellschaft zu führen.
Spätestens an dieser Stelle werden sich viele fragen, was der Subjektivismus, der Militarismus und der Verlust revolutionärer Moral, wie sie in der Aktion gegen den Berliner Baustadtrat zum Ausdruck

kommt, mit den von uns kritisierten Aktionen Revolutionärer Zellen zu tun hat. Die Gemeinsamkeit besteht in dem verantwortungslosen Aktionismus, der die militante Aktion selbst zum Fetisch macht. Diese Praxis setzt auf die spektakuläre Geste, verwechselt politische Vermittlung mit bürgerlicher Öffentlichkeit. Sie transportiert keine Hoffnung auf Befreiung, sondern transportiert Erklärungen durch den Einsatz von Feuer, Sprengstoff oder Waffen in eine diffuse Öffentlichkeit. Sie hat die grundlegenden Kriterien revolutionären Handelns aufgegeben oder erinnert sich nicht mehr an sie, weil sie die Orientierung längst verloren hat. Sie wird zur tragischen Figur, weil sie Opfer ihres eigenen Mythos geworden ist.
Militante Aktionen haben zum Ziel, die gesellschaftlichen Widersprüche zu verschärfen, soziale Kämpfe voranzubringen und erkämpfte Freiräume abzusichern oder zu erweitern. Sie sollen die Gewalt des Systems sichtbar machen, dem Unrecht einen Namen geben, Projekte der Herrschenden sabotieren und das System der sozialen und repressiven Kontrolle zerstören. Sie sollen entgegen dem weitverbreiteten Gefühl der Ohnmacht Widerstand immer wieder möglich machen und den Mythos der Macht zerstören. Sie sollen die Herrschenden politisch treffen, sie verunsichern oder der Lächerlichkeit preisgeben.
Militante Aktionen - so begreifen wir auch unsere Praxis gegen die rassistische und sexistische Ausländerpolitik - sind ein unverzichtbares Mittel politischer Intervention.
Wir reden nicht der Selbstentwaffnung der Linken das Wort - die militante und bewaffnete Widerstandserfahrung ist im Gegenteil ein gewichtiges Faustpfand für zukünftige Kämpfe.

Eine Gruppe aus dem Traditionszusammenhang der Revolutionären Zellen

---

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Vorbemerkung Kapitel XVI

Prozesse
Neben unzähligen Durchsuchungen und einigen kurzzeitigen Festnahmen wurden seit Bestehen der Revolutionären Zellen und der Roten Zora viermal Verfahren wegen angeblicher Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen nach 129a durchgeführt: 1977 gegen Gerd Albartus und Enno Schwall; 1978 gegen Rudolf Raabe; 1980 gegen Hermann Feiling, Sybille Straub und Sylvia Herzinger; 1989 gegen Ingrid Strobl.
Im folgenden werden die Prozesse mit den entsprechenden Vorgeschichten dargestellt. Dabei wurde auf alle Prozeßerklärungen der Angeklagten verzichtet, weil dadurch das Buch-Projekt noch mehr ausgeufert wäre. Eine Ausnahme bildet der Prozeß gegen Hermann Feiling, denn die Geschichte der Revolutionären Zellen ist auch die Geschichte von Hermann Feiling, und kann nicht ohne seine gedacht werden. Gerade deshalb und auch, weil Hermann Feiling ansonsten nur als Opfer von einem »Unfall im bewaffneten Kampf« gesehen werden könnte, wurde er um einen kurzen aktuellen Beitrag für dieses Buch gebeten.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich im Buch auf Seite 751

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Das Verhör war schon das Verbrechen

»Das wirkliche Verbrechen beginnt immer erst mit der Gerichtsverhandlung«
Karl Kraus [1]

I. Vom Anfang

Im Sommer 1978 steht die fällige Fußballweltmeisterschaft in Argentinen vor der Tür.
Diejenigen, die später, anläßlich der Olympiade im Jahre 1980, in Anbetracht von Kabul [2] der Propaganda nicht genug tun können, um Menschenrechte vor Sport zu stellen, kennen damals keine Folter. Nur noch Fußball, der angeblich »versöhnt«, sei es auch mit Elektroschocks und Papageienschaukel. Zu dieser Zeit, am 23. Juni 1978, morgens gegen 10 Uhr, geht ein Mann auf seine Studentenbude in einem Heidelberger Hinterhaus. Er hat eine Fahrkarte nach München in seiner Tasche und auch einige nicht ganz echte Utensilien, mit deren Hilfe er in die Gestalt eines Postboten schlüpfen will. In der Bayrischen Landeshauptstadt will er seine »Post« abgeben: einen Sprengsatz an die Adresse des argentinischen Generalkonsulats.
Eine geringe Menge Sprengstoff soll ausreichen, um ein paar Steine aus der Mauer des Schweigens zu reißen. Er hat sich sorgfältig zuvor vergewissert, daß Menschen nicht zu Schaden kommen können. Aus diesem Grunde auch probiert er vorher - noch in Heidelberg - die Elektronik seines Sprenggerätes durch: das vorzeitig unter seinen Händen explodiert!
Hermann Feiling ist nicht auf der Stelle tot. Er überlebt den schrecklichen Unfall. Aber er ist blind danach und seine beiden Beine werden bis ins obere Drittel amputiert. Sein Körper ist von Brandwunden bedeckt. Unmittelbar danach mußten ihm beide Augen entfernt werden. Ein Schock von kaum vorstellbarer Dimension zeichnete im Übrigen seinen Zustand aus. In der Nacht nach seinen schweren Operationen wurden ihm vier Ampullen des starken Schmerzmittels Dipidolor gespritzt.
»Dipidolor ist ein morphinhaltiges Schmerzmittel, das nur bei besonders starken Schmerzen verordnet wird [...] Bei einigen Patienten stellt sich eine Euphorie ein, d.h. ein unrealistisches Gefühl des Wohlbefindens, außerdem Gefühle der Geborgenheit. Es erleichtert gedankliche Assoziationen, eine •positive- Grundeinstellung, Gedankenflucht...« (Pharmazeutisches Lexikon)
Noch drei Tage nach der vorzeitigen Explosion und Operation erklärt das Landeskriminlamt (LKA) Stuttgart, Feiling befinde sich in »Lebensgefahr«, am selben Tag erklärt der behandelnde Arzt den Eltern dasselbe. (Quelle: Heidelberger Rundschau 26.6.78 & RA. Bayer)
Von daher war es eine bemerkenswerte humanitäre Leistung des zuständigen LKAs, bereits am Morgen nach der Operation in Hermann eine voll vernehmungsfähige Person auszumalen. Dies mit Hilfe eines Arztes namens Dressler, der für die Dauer der Vernehmungen nicht einmal ein zeitliches Limit setzte, selber aber in der Regel nur um die fünf Minuten bei seinem Patienten aushielt, wofür dann die anwesenden Beamten in medizinischer Hilfsfunktion beim Umbetten und ähnlichen Versorgungsmaßnahmen selbsttätig zu Hand gingen.
Insgesamt war Hermann Feiling viereinhalb Monate in dieser Lage der absoluten Hilflosigkeit, der Schmerzen, der eingeschränkten Wahrnehmungsfähigkeit, der säuglingshaften Abhängigkeit, ferngehalten von allen Freunden, ferngehalten von jedem Anwalt seiner Wahl. Während die »Vernehmungen« munter liefen. Eingeleitet von einem Staatsanwalt, einem gewissen Wechsung, den Feiling für einen Rechtsanwalt hielt - und dies alles unter der rechtsstaatlich superben Bedingung, daß zu keiner Zeit ein Haftbefehl gegen ihn verkündet worden war.

II. Über die Produktion von Aussagen

»Ich fühle mich wie eine lächerliche Masse.«
(H.F.:Tonbandkassette)
Hermann Feiling wird am Tag nach der Explosion und der Operation zum ersten Mal »angehört«, ein Begriff, den es in der deutschen Strafprozeßordnung nicht gibt.
Die Ergebnisse dieser »Anhörung« werden von den Ermittlungsorganen als »Aussagen« bewertet.
Aufgrund schon der ersten angeblichen Aussage wird seine Verlobte verhaftet.
Hermann Feiling, der sich heute an beinahe nichts mehr erinnern kann, schildert Fragmente seiner damaligen Wahrnehmung so:
»In der ersten Zeit hätte er überhaupt keinen Tag- und Nachtrhytmus gehabt. Sie hätten ihm jemand in den Raum gesetzt. Er habe nie geschlafen. Der andre sei immer rumgelatscht und hätte Stories erzählt, er sei Jäger. - Er könne sich bei seiner ersten Vernehmung auch nicht an (rechtliche) Belehrungen erinnern, auch nicht an die Belehrung, daß er sich eines Rechtsanwaltes bedienen könne.«
Letzterer hätte ihm wohl, wäre es ein Vertrauensanwalt gewesen, als erstes gesagt, daß er gegenüber seiner Verlobten ein gesetzlich verbrieftes Recht der Aussageverweigerung hatte. Die Barbarei und Perversion dieses Verfahrens, einen vernehmungsunfähigen Menschen zu »Aussagen« zu pressen, wird auch in den folgenden Angaben Hermanns auf besagten Kassetten deutlich:
»Was mich am meisten mitnimmt, im Moment, ist [...], daß da scheinbar Aussagen existieren, die von mir stammen. Diese Aussagen stammen aus einer Situation kurz nach der Operation. Ich kann mich weder an sie erinnern, noch kann ich sagen, daß sie so, wie sie mir dann später berichtet wurden, daß sie so der Wahrheit voll entsprechen. Ich hätte diese Aussagen jedenfalls nie gemacht, wenn ich einen klaren Kopf gehabt hätte.«
»Ich war also mehr in so einem Zustand, wo ich eigentlich gar nicht wußte, wer um mich war und das einzige, was ich wollte, darin bestand, nicht verlassen zu werden. Dafür hab ich dann - also wie gesagt - da dann nicht allein zu sein und zusätzlich eben nicht zu wissen, was eigentlich los ist und wo man sich befindet und warum es dunkel ist - das kriegt man erstmal gar nicht so genau mit - eine Situationskontrolle erstmal zu entwickeln, da braucht man erstmal Zeit!«
Später teilte er dann, illegal, seinen Freunden mit:
»Ich bitte [...] zu verfolgen, was mit mir geschieht. Wo ich hingebracht werde und so. [...] Ich bin voll unter den Fittichen. Die haben also nur ein paar Konzessionen gemacht, daß ich also diese Maßnahmen da behalte, also die Krankenhaustherapie für die prothetische Versorgung. [...] Nur um das möglich zu machen, haben die es eben gemacht, mir also ihren Haftbefehl zu eröffnen.«
Da gegen Hermann Feiling aber niemals formell ein Haftbefehl verkündet wurde, der ja haftunfähig war, muß jemand ihn bewußt mißinformiert (also erpreßt) haben in der Absicht: entweder Du unterwirfst Dich uns, oder wir vollstrecken den Haftbefehl und dann ist die Chance auf therapeutische Maßnahmen passé, samt dem Erlernen der Blindenschrift.
Und in seiner letzten Mitteilung aus einer Isolierstation des Modells Deutschland heißt es:
»Ich fühl' mich tatsächlich ein wenig entmündigt; aber man hat auch eine Situation geschaffen, in der ich mich eigentlich nicht traue, traute, irgendetwas selbst noch zu wollen. [...] Es ist für mich unmöglich irgendetwas ganz anderes zu sein. Dazu will man mich bringen, glaube ich jedenfalls, daß man da alle Register zieht, ich geh daran nicht - jetzt nicht - vollends kaputt, weil ich festgestellt habe, daß ich meine politischen Gedanken, meine persönliche Identität vielleicht wohl mal wieder finde.«
Natürlich ist diese von Hermann Feiling geschilderte Vergewaltigung niemals eine, die von verbrecherischen Schergen arrangiert wurde, sondern es handelte sich um »Hilfe«, pflegerische, versteht sich, um »Hilfe«, die erst recht zum Triumph beim Fabrizieren der »Aussagen« gelangt.
Zu jenen, die Hermann Feiling im Krankenhaus »behiflich« sind, ihm Sachen reichen, oder wohlmöglich noch die Orange schälen, gehören in erster Linie Polizisten. Feiling wußte das nicht, konnte also auch

nicht ermessen, wer in seiner nächsten Umgebung etwa der Schweigepflicht unterliegt, wenn er etwas sagt.
In einer Situation, wo er unter dem ungeheuren Druck der Ereignisse sprechen will und muß, sich selbst hören, d.h. erleben will, der unter Eindrücken von Selbstentfremdung und gestörter Körperwahrnehmung leidet, der kämpft, der sich an seine Umgebung klammert, seine Gequältheit herausbricht - ist Sprache seine einzige Kommunikationsform. Die »hilfreichen« Polizisten »hören geduldig an« und halten geduldig »vor«: Grüne Farbe des Autos oder rote? Solange, bis er »ja« sagt.
In den 1.300 Seiten steht nichts darüber, wie das gegangen ist, sondern man liest die Summe der freigeschöpften facts. Doch ganz ist die Folter, die hier geschah, nicht spurlos getilgt (HR 12/78):
»Der Arzt gab zu Protokoll, daß Feiling während der Vernehmungen zwar •medizinisch-, aber nicht •juristisch- vernehmungsfähig gewesen sei.«
Was stört aber einen deutschen Polizisten namens Berberich, Mitglied eines Heidelberger Elternbeirates, Gesetz & Juristerei, wenn nur noch ein Funke Leben in einem steckt?
»Während der Vernehmungen« so heißt es, »war Feiling so erregt, daß ihm zusätzlich Valium zur Beruhigung gespritzt werden mußte.«

III. Dossier über ein Verhör in Deutschland

Der Polizeiobermeister i.K. (POM) Schäfer führt das Protokoll, das er zu verantworten hat. Ein Staatsanwalt, ein gewisser Wechsung, gehört ebenfalls zur Szene, der den dauernd bewußtlosen Feiling nicht über seine Rechte belehrt, den Feiling mit seinem Rechtsanwalt verwechselt. Vernommen wird nicht, es wird »angehört«.
Ein POM wie der Schäfer ist in der Hierarchie ein kleiner Beamte, der weiter kommen will und stets darauf zu achten hat, daß er als Protokollführer nicht unterschreibt, was andere ihm - wohlmöglich rechtswidrig - einbrocken.
Dieser Polizeiobermeister formuliert daher mit evidenter Zurückhaltung eine in sich nicht einmal logische Charakterisierung dieses initialen Gesprächs:
»Ich kann das geführte Gespräch nur sinngemäß widergeben, da ich einige Male das Zimmer verlassen habe und da manchmal Feiling, weil er sehr leise sprach, sehr schlecht zu verstehen war.«
Wir verstehen gut: Jemand hat da womöglich einen Drang verspürt, gelegentlich den Raum zu verlassen, damit er später sagen kann, er hat nicht alles mitbekommen. Aber auch dann, wenn er anwesend ist, kann er nur »sinngemäß« reproduzieren, denn der frisch Operierte war kaum zu verstehen.
Derart aber das Entree auf die nun folgenden 1.300 Seiten sogenannten »Aussagen«, in dessen Schlußbemerkung der vorsichtige Schäfer sich noch einmal durch Hinweis auf die Verantwortung des höherrangigen Beamten Seitz absichert. Ihm war nicht wohl bei der ganzen Geschichte.
Da es verständlicherweise in der Fortsetzung der Inquisition erst recht Probleme mit den »Sinnen« gibt, mit dem elendig befindlichen »Verhörsubjekt«, den permanenten An- und Abwesenheiten, muß die eine 1.300 Seiten umfassende »Aussage« Dokumentation gleichfalls von eigener Art sein:
Ab Seite 0006 wird zwar ein Tonband in die Sache eingeführt, dessen Objektivität aber immer dann abgeschaltet werden muß, wenn die Schöpfungsfreude der Beamten nach sinngemäßer »Zusammenfassung« schreit. In der Regel dann - wir kommen noch darauf - wenn man tiefer ins Gespräch kommt.
Am 28.6. eröffneten die Beamten Berberich und Raisch (S. 0049) ein stundenlanges Marathonverhör mit dem schwerkranken Feiling, dessen bereitwilligem Arzt keinerlei zeitliche Begrenzung in den Sinn kommt. Es hat seinen ersten Höhepunkt in der Aufforderung, Feiling möchte doch die Namen ihm bekannter Leute nennen, was dieser offenbar nicht will oder kann, weswegen man ihn kennerisch auf die Belastung durch seinen Körperschaden hinweist, der auch andere ereilen möchte:

»F. macht eine längere Pause und atmet sehr stark.«
Hier macht es gar nichts (S. 0056), daß der Betroffene immer schwer atmet: Die heutige Humanität verfügt schließlich über Valium.
Daß er am Ende überhaupt nicht mehr zu verstehen ist, was macht das, solange nur das Rollenspiel eben so funktioniert, daß ein »Das weiß ich nicht mehr so genau« den Beamten strategisch unverständlich bleibt, wo doch das folgende, auf apodiktische Aufforderungen geflüsterte »Ja« einen protokollarischen Sieg ergibt.
Um genau zu sein: Der offenbar kaum noch artikulationsfähige Mensch flüstert sein »ja« nicht aufgrund eigener Erinnerung, denn er »kann sich nicht mehr genau erinnern«, sondern zum Vorhalt der Verhörer. Auf diese Weise wurde der spätere Tatvorwurf eines Anschlags auf die AKW-Firma Klein, Schanzlin & Becker »erhärtet«.
Insofern ist es auch bedeutungslos, daß dieser flüsternde, schwer atmende, total abhängige, von Valium gestützte Mensch in Bezug auf Personenfragen permanent gravierende Widersprüche produziert - mal ist etwas rot gewesen, mal was braun - weil jeweils einen Tag darauf die Befrager die Widersprüche schon glätten.
Mag denn auch (S. 0016 & 0003) die eine später hochbelastete Person deutlich daran zu erkennen sein, daß sie signifikant Hessisch babbelt, wenig später verwandelt sich das mühelos in reines Hochdeutsch.
Überhaupt ist die Fähigkeit deutscher Beamten, die geflüsterten »Aussagen« geschockter Menschen, die sich in Lebensgefahr befinden, »sinnvoll« zu transformieren um so ausgeprägter, je malader deren Zustand ist.
Für einen Linguisten dürfte bei der Durchsicht der angeblichen Feiling-Aussagen unschwer feststellbar sein, daß der Betroffene wenige Stunden nach der Operation auf wunderbare Weise stundenlang in reine Polizeidiktion verfällt, nämlich wie aus der Pistole geschossen kurz und knapp (auf Vorhalt versteht sich) erfragte Maße sogar in Milimeterdifferenzen angeben kann, während derselbe in späteren Verhören, eben wieder bei sich selber, in seiner eigenen, etwas langwierigen Sprache mit vielen ähs und kompliziertem Satzbau antwortet.
Damit ist aber nun bewiesen, daß der Zustand des Hermann Feiling während der Vernehmung anfangs nicht ungünstig, sondern eben günstig war.
Mag es auch kreuz und quer gehen und manchmal überhaupt nicht mehr: »Medizinisch« ist der Deliquent »aussagefähig« und passieren kann nichts, denn er hängt am Tropf und der Arzt erscheint jeweils für die Standarddurchschnittszeit deutscher Mediziner: Fünf Minuten.
Doch wenn in der Folge immer öfter (S. 0063) das hier vorliegende menschliche Vernehmungsmaterial offenbar nicht ganz bei Sinnen ist, muß selbst im stromlinienförmigen Protokoll mal danach gefragt werden, ob »Herr F. der Vernehmung überhaupt noch folgen« kann.
Eine sehr verständliche Frage, die der Betroffene aber zu deuten offensichtlich nicht mehr imstande ist, weswegen dazu nur weiter zu fragen ist:
»Haben Sie verstanden?« Da aber die »Sinne« bei den POMs und KHKs Berberich, Raisch oder Schäfer unschwer in der Lage sind, anderweitige »Sinnausfälle« selber sinnvoll zu überbrücken, mögen sie auch persönlich draußen vor der Tür gewesen sein, so ist bei einiger Beharrlichkeit selbst dem Halbtoten auf die Frage seiner geistigen Anwesenheit, deren Rezeption durch das Opfer der Protokollant im übrigen selber mißtraut, am Ende ein preußisch-knappes »Jawohl« zu entlocken.
Tags drauf ist der 29.6. und weil es wiederum um die »Sinne« und deren Reproduktionsfähigkeit geht, entsteht am besten wieder ein »zusammenfassender Aktenvermerk«: »Herr F. wolle seine Gedanken direkt (als ob es bisher indirekt zugegangen sei) einem Beamten mitteilen, weil er sonst die Gedankengänge evtl. wieder vergessen würde.«
Was logisch für einen Verzicht auf ein mitlaufendes Tonband spricht, dem bekanntlich hervorragenden

Mittel gegen jede Art von Vergeßlichkeit, Unklarheit und Widersprüchen. Sicherer ist aber - etwa später vor Gericht - sich ungehemmt auf die eigene freischöpferische Sinnlichkeit zu stützen. Zu diesem Zeitpunkt des Kampfes gegen Vergeßlichkeit waren bereits an die sechs Leute erfolgreich belastet.
Am 30.6. tauchen endlich wieder die vom Wiesbadener LKA auf, die in wahrscheinlicher Konkurrenz mit den Stuttgartern unbedingt selber zu etwas kommen müssen - weswegen es jetzt erst so richtig intim wird (S. 0079):
»Frage: Waren an dieser Straße Parkflächen eingerichtet?
Antwort: Also keine besonderen, da konnte man natürlich am Straßenrand rechts parken.[...]
Bulle: Herr Feiling, lassen sie bitte den Arm etwas ruhiger liegen, da ist die Infusion ...(unverständlich).
Feiling: Was ist denn los?
Bulle: Nee. Nee, ist nur vom Verbandsteil etwas losgelöst. Das muß erst gemacht werden. Da hat sich - glaub ich - die Infusion dort unter dem Pflasterstreifen etwas gelöst.
Bulle: Oh, das ist okay, die hängt da so rum.«
Woraufhin man sich erneut einer Frankfurter Einbahnstraße widmet, welcher der Hermann über Stunden nicht so recht folgen kann. Ergebnislos wird die Befragung mittags abgebrochen.
Kein Wunder - von daher - daß dieses Verhör nachmittags wieder zu sich selber und die Wiesbadener zu einigen Erfolgen kommen:
»Die Vernehmung wurde nicht auf Tonband aufgezeichnet, die Aussage lediglich dem Sinn nach in Stichworten handschriftlich notiert.«
Es mußte endlich wieder »Sinn« in die Sache kommen, denn auf der Sitzung zuvor hatte überhaupt nichts geklappt, waren die Rauchgewohnheiten verdächtiger Personen mal so und mal so, waren Haut- und Haarfarben kunterbunt verschieden, von dem ganzen Durcheinander sich abwechselnder anthropometrischer Merkmale ganz zu schweigen.
Da das mit dem auszuschaltenden Tonband doch nicht ganz so koscher wirken möchte und weil es lausige Rechtsanwälte gibt, die sich sowas vor Gericht peinlich erklären lassen möchten, erlaubt sich die Sinnesschärfe des KHM Berberich den Versuch eines Persilscheins in der Form einer überaus logischen Schlußbemerkung (S. 0105):
»Das oben genannte Gespräch wurde auf ausdrücklichen Wunsch und unter Berücksichtigung des Gesundheitszustandes von Herrn Feiling nicht auf Tonband aufgenommen«, dessen »Gesundheitszustand« bekanntlich darunter litt, daß er überhaupt verhört wurde, nicht aber unter einem geräuschlos mitlaufenden Tonband.
Wobei der danach noch folgende Hinweis »Es erfolgte auch keine (handschriftliche) Protokollierung« - logisch nur noch Rückschlüsse auf die lädierte mentale Lage der Beamten zuläßt, die offenbar nicht schreiben konnten.
Am 2.7.78 (S. 0138) haben sich jedoch die Verhörer sinnlich und handgelenkmäßig soweit erholt, daß die »Aussage« des Tages wenigstens wieder »sinngemäß und handschriftlich« protokolliert werden kann, weil man erkannt haben dürfte, daß die Methode des Ausschaltens des Tonbands und des Anschaltens der »Sinngemäßheit« einen rascher vorwärts brachte. Woraufhin wir auf der Höhe der Seite 0148 plötzlich die bisher ganz ungewöhnliche Belehrung erfahren, nämlich am 5.7.78:
»Sie wissen, daß Sie vor der Polizei keine Angaben zu machen brauchen, daß Sie einen Verteidiger befragen können.«
Glücklicherweise war der auch inzwischen aufgetrieben, ein Herr aus Ostfriesland, der den konservativen Eltern nahesteht, und der sich auch sonst insofern als ideal erweist, da er praktisch nur nominell in Erscheinung tritt und im übrigen mühelos in der Lage ist, den Hermann nicht auf sein gesetzlich verbrieftes Recht auf Aussageverweigerung gegenüber seiner Verlobten hinzuweisen und auch darüber nichts verlauten läßt, daß Feiling haftunfähig ist.

Er betreut weiter seine Kanzlei in Emden und weiß seinen Mandanten in besten Händen, dem er rät »nur alles zu sagen«, und zwar in diesen Händen (S. 0182):
»Frage: Berlin? Wer beteiligt sich überhaupt bei der Zusammensetzung einer solchen Zeitung? - Herr Feiling, ich würde nicht so, den Mund, weil da so eine leichte Kruste ist.«
Wenn man nämlich schon sieht, daß jemand den Mund eigentlich gar nicht aufmachen kann, dann sollte man ihn weiter fragen. Und das geht lohnend bei der Herstellung von 1.300 systematischen Seiten nur über »sinngemäße Zusammenfassung«. Schließlich schlägt ja auch der auf den Tod Verwundete nach stundenlangem Befragen andauernd aus dem »sinnvollen« Rahmen (S. 0239):
»Feiling: Er wurde geschildert als jemand dort, also ich hätt', ich hab mir das jetzt nicht weiter überlegt, aber ich dachte, das einfach schon deswegen, weil die ja äh, also ich mein, weil die auch zusammen, äh, dann wenn sie versuchen zusammen 'n Auto aufzumachen oder so, daß, ich denk dann, ich denk dann, daß es irgendein Ziel hatte oder so, nee.«
Das geht natürlich so nicht. Wie soll man darauf einen Prozeß aufbauen und Leute verurteilen? Weswegen uns die Methode dieser Art der Herstellung von Beweismaterial nicht nur den »Sinnen« sondern auch den Absichten der Frager nach gemäß erscheint.
In den Monaten August bis Oktober 78 bespricht Hermann Feiling illegal Kassetten, die er ohne Wissen seiner Bewacher nach draußen lanciert. Er verlangt seinen namentlich genannten Anwalt und erklärt im übrigen, er blicke nicht durch, was eigentlich passiert sei:
»Ich hätte jedenfalls diese Aussagen nie gemacht, wenn ich einen klaren Kopf gehabt hätte. Ich möchte also diese Aussagen zurücknehmen.«
Diese eindeutige, unmißverständliche Willensbekundung eines Menschen, der endlich seiner Sinne wieder mächtig ist, wird dann natürlich souverän im wenig später zu Ende gehenden Prozeß gegen Gerd Albartus nicht verwertet, sondern unter Hinweis auf den zur Akte geronnenen Aussageunsinn erledigt. Dies, obwohl der Düsseldorfer Senat die Tatsache der Schmuggelkassette und ihren Inhalt als »wahr« unterstellt (Albartus-Anklage). Er erklärt ihren Inhalt indessen »zwanglos« als das bloße Bemühen, andere wieder zu entlasten, weil die »Bedeutung seiner Aussage« ihm klar geworden sei: die ihm eben, was wir immer schon sagten, vorher nicht klar gewesen sein kann.
Zum bevorstehenden Prozeß gegen Hermann Feiling, Sybille Straub & Silvia Herzinger vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt am Main

»Das wirkliche Verbrechen beginnt immer erst mit der Gerichtsverhandlung«. (Karl Kraus)
Für das, was mit Hermann Feiling (und anderen) geschah, hat der Staat heute einen »Strafanspruch«. Den wird in Kürze das OLG Frankfurt beurteilen; die Termine hierfür werden in allernächster Zeit mitgeteilt - wenn es nicht gelingt, die Obszönität und Niedertracht eines solchen Prozesses generell zu verhindern!
Nach der vorliegenden Anklageschrift beabsichtigt die Staatsanwaltschaft, ein gerichtliches Verfahren gegen Hermann, Sybille und Sylvia durchzusetzen. Gegen alle drei Leute existiert nicht der geringste Beweis, außer den angeblichen »Aussagen« Feilings, die
- nach §136 der StPO unverwertbar sind, weil Hermann sich in lebensgefährlicher Situation befand, also »vernehmungsunfähig« war,
- die auch in sich - nimmt man sie einmal ernst - verworren, unklar und äußerst widersprüchlich sind,
- die von Hermann Feiling selbst - noch während seines polizeilichen »Spezialgewahrsams« - auf herausgeschmuggelten Tonbandkasetten nachdrücklich dementiert wurden,
- und bei denen eindrucksvoll belegt werden kann, wie sie unter Anwendung von »Methoden« wie der Verabreichung psychotroper Substanzen, der Androhung eines Haftbefehls (obwohl haftunfähig), unter Androhung der Verweigerung therapeutischer Maßnahmen, unter Verzicht auf notwendige rechtliche Belehrungen und im übrigen unter allem nur eben erdenklichem Druck und der Erpressung in hilfloser

Lage zustandekamen.
Aufgrund dieser »Ergebnisse« kam Sybille in die Stammheimer Isolationshaft. Sylvia nach Preungesheim. Sybille für neun Monate. Die Aufhebung der Isolation wurde ihr für den Fall »versprochen«, daß sie selbst »Aussagen« macht.
Offenbar war man von der Stimmigkeit der »Aussagen« ihres Verlobten Hermann nicht so überzeugt! Sybille soll jetzt wohl wieder in den Knast, obwohl dies zusätzlich für Hermann Feiling den katastrophalen Verlust seiner lebenswichtigen Bezugs- und Pflegeperson bedeuten würde.
Im Falle Silvia Herzinger genügte es als Voraussetzung für Knast & Verfolgung, daß Hermann einmal von einer »Friederike« gesprochen habe, seiner »Kontaktperson«, die in einem Anwaltsbüro gearbeitet hätte, deren Eltern nicht arm seien, die in Frankfurt einmal eine Hausdurchsuchung erlebt hätte - was bekanntlich in Frankfurt auf dutzende Linke zutrifft. Bei alledem geht es der im Hintergrund federführenden Bundesanwaltschaft nicht allein um die Verurteilung und Bestrafung dieser drei Menschen - sondern man zielt mit dem Verfahren auch auf höhere Gründe.
Es geht um die gerichtliche Absegnung einer verfolgungsstrategisch sicheren Behandlung der »Revolutionären Zellen«. Wobei aufgrund der Feilingschen 1.300 Seiten zu beschließen ist, daß es sich bei den »RZ« nicht um autonome Gruppen handelt, die selbständig handeln, sondern um zentral inspirierte und organisierte Einheiten, was auf eine wesentliche rechtliche & polizeiliche Erleichterung ihrer Verfolgung, Behandlung und natürlich Verurteilung hinausliefe. Derart, daß zukünftig jeder, der recht spontan einen Hausmacher-Brandsatz gegen beispielsweise ein bolivianisches Konsulat pfeffert, als abhängiger und diktierter Teil einer »großorganisierten Kriminellen Vereinigung« anzusehen ist. Der also keinen eigenen Entschluß gefaßt hat, sondern den anderer nur vollzieht.
Schon unmittelbar nach dem Unglück Hermann Feilings übernahm das BKA offiziell die weitere Verfolgung des »Komplex RZ«, die vorher in den Bereich der regionalen Landeskriminalämter fiel. Schließlich sind durch Feilings »Aussagen« weitere Menschen belastet oder tendenziell belastbar, die zwar momentan nicht greifbar sind, deren mögliche Prozesse aber prozeßtechnisch sinnvoll antizipiert werden sollen.
Wird also vom OLG Frankfurt der »Wahrheitsgehalt« der 1.300 Seiten einmal grundlegend bestätigt, ist die angestrebte Verfolgung & Verurteilung weiterer Leute ein Kinderspiel: ihre Prozesse wären reine Blaupausen des vorangegangenen Verfahrens nach der Art des »kurzen Prozesses«.
Von daher scheint die Lage für Recht & Justiz ausgezeichnet: das Verfahren bietet die enorme Chance, einem verhandlungsunfähigen, in seiner Wahrnehmung stark beschränkten und an seiner »Prozeßsubjektivität« gehinderten Angeklagten, der sich an seine »Aussagen« in der Tat nicht »erinnern« kann, den ihm fremden Text womöglich von den Beamten, die ihn schufen, solange als »sein Produkt« vortragen zu lassen, bis die Sache unter Dach und Fach ist.
Wir würden uns deshalb nicht wundern, wenn das Gericht (das bis jetzt anders denkt), Hermann Feiling am Ende doch noch die Verhandlungsunfähigkeit zugesteht. Man wäre dann auf noch besserem Niveau, man hätte:
a) eine »Aussage« eines Bewußtlosen, aber von »bewußten« Beamten gezeugt, und
b) müßte man jetzt nur dies aussagestiftende Subjekt aus dem Gerichtssaal verbannen, wo er ja doch nur dementiert und im übrigen seine bloße Anwesenheit zur wahren Anklage würde.
Damit wäre man nämlich erst recht eigentlich ganz unter sich: von der »Aussage« bis zur Verurteilung ohne das deliquente Subjekt. »Aussage« wie Prozeß liefen dann also in funktionabler Selbsttätigkeit ohne jenen, um den es sich angeblich die ganze Zeit dreht.
Gelingt das, dann wären politische Prozesse endlich nur noch dazu da, das was man aus einem Hilflosen herausgeholt hat, ohne jeglichen Kontrollvorgang durch eine Rechtsstaatlichkeit »Im Namen des Volkes« zu einer bloßen Angelegenheit einer »sinngemäß zusammenfassenden« Polizei zu machen.

Der angesetzte Prozeß wird nicht allein dadurch zum Verbrechen, daßer (bis jetzt) gegen einen verhandlungsunfähigen Menschen stattfinden soll, der obendrein haftunfähig ist, sondern dadurch, daß vor Gericht erneut dessen Recht auf Menschwürde und körperliche Unversehrtheit angetastet werden sollen:
- psychisch dadurch, daß ihm zu seiner Pein unendlich lang etwas als sein eigenes vorgetragen werden soll, worunter er zutiefst leidet, wovor er große Angst äußert, wogegen er sich wehrt.
- medizinisch dadurch, daß die wahrscheinliche Dauer eines aufwendigen Prozesses ihn an jeder Therapie und nicht zuletzt an einer ruhevollen psychosomatischen Rehabilitation hindert.
- dessen zunehmende »Epilepsieneigung« endlich durch den Streß eines Prozesses wirkungsvoll gefördert wird.
Wenn wir dazu aufrufen, diesem Prozeß allen Widerstand & Protest entgegenzusetzen und in diesem Zusammenhang auf die Verhandlungsunfähigkeit Hermann Feilings hinweisen, dann nicht nur in dem vordergründigen Sinne, daß ein Sprengsatz ihm das Augenlicht und beide Beine geraubt hat (was für einen Richter nur heißt, daß er sich das noch selber zuzuschreiben hat), sondern wir wehren uns gegen die Zerstörung, die Folter und Unrechtmäßigkeit, die ihn während der Vernehmungen zu erlogenen »Aussagen« gepreßt hat und die ihn während des bevorstehenden Verfahrens erneut zum gequälten Objekt einer Prozeßfarce werden lassen soll.
Die Herstellung von solchen »Opfern« gehört zum Ethos der Bundesanwaltschaft, zur Unsittlichkeit der deutschen Justiz.
Für uns ist Hermann Feiling ein schwer getroffener Mensch, nicht aber ein bloßes »Opfer«, das nun auch noch von uns behandelt und verwaltet werden müßte, sondern wir sehen in ihm einen aufrechten Menschen, der sich aktiv unter unmenschlichen Bedingungen schon damals gegen das wehrte, was ihm angetan wurde. Einen lieben Freund, der heute vollbewußt und unter Verfügung über seine ganze menschliche & politische Identität gegen eine Barbarei kämpfen will, die ihm und anderen nun noch bevorsteht.
Es ist sicher richtig, daß Hermann Feiling für diesen Prozeß medizinisch wie psychosomatisch verhandlungsunfähig ist, eine häufiger auftretende Epilepsie ihn rechtlich ohne Einschränkungen als »Prozeßsubjekt« ausschließt, daß alle Menschlichkeit und jede Psychologie gegen seine erneute Traumatisierung sprechen, das ist die eine Seite des Geschehens; die andere ist gewiß die, daß Hermann mit der nötigen Verachtung und Indignation voll verhandlungsfähig dem Gericht einen Prozeß erklären sollte, dem er dessen Schandtat vorzuwerfen hat - nicht umgekehrt: soweit dies in seinen Kräften steht!

Gegen Hermann Feiling wurde das Verfahren nach seiner Vernehmung letztendlich eingestellt, Sybille Straub zu 15 Monaten Knast auf Bewährung verurteilt und Sylvia Herzinger freigesprochen.

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis] [weiter]

Anmerkungen zu Kapitel 16

1. Karl Kraus

1874-1936; Schriftsteller und Publizist; gründete die Zeitschrift »Die Fackel« (1899-1936)

2. Kabul

Hauptstadt Afghanistans

3. Gorilla

Siehe auch: Anmerkung 21 zu Kapitel 5

4. Stammheim

Am 17./18. Oktober 1977 wurden Andreas Baader, Jan-Carl Raspe und Gudrun Ensslin in ihren Zellen tot aufgefunden. Irmgard Möller überlebt schwer verletzt. Ob es sich um Mord oder Selbstmord handelt, ist nach wie vor ungeklärt und in der Linken umstritten.
Literatur: Ermittlungsinitiative Frankfurt/M.: *»Von all dem haben wir nichts gewußt...«*. Dokumentation über den 17./18.10.1977 in Stammheim und Mogadischu. Frankfurt/M.: Selbstverlag, 1978

5. Sonnenberg, Günter

* 1954; Student; Anti-Folter-Komitee; RAF; wird am 3.5.1977 bei einer Schießerei mit der Polizei schwer verletzt; 1978 zu lebenslanger Haft verurteilt. Durch die Isolationshaftbedingungen wurde eine Heilung verhindert; nach 15 Jahren, im Sommer 1992, wird Günter Sonnenberg aus der Haft entlassen.
Literatur: Dieter Adler u.a.: *»...Wenn Sie dennoch von Isolation sprechen, dann trifft dies objektiv zu...«*. Der Vollzug der Vernichtungshaft am Beispiel des Gefangenen aus der RAF Günter Sonnenberg. Chronologie eines Programms. Hannover: Selbstverlag, 1985

6. 2. Juni-Prozeß in Berlin

Siehe auch: Anmerkung 29 zu Kapitel 3

[Dieses Fenster schließen]

Prozeßerklärung Hermann Feilings

September 1980

»Während die Fußballweltmeisterschaft 1978 in Argentinien in der Nähe vom Folterzentrum zu Ende kam und die Bundesregierung zynisch die Aufnahme von 500 argentinischen politischen Gefangenen versprach, explodierte mir ein Sprengsatz zu Haus. Er war für das argentische Konsulat in München bestimmt. Ich verlor durch den Unfall beide Augen und Beine. Bis heute hat die Bundesrepublik 20 freigelassene argentinische Gefangene aufgenomen und micht klagt man - wie ich gehört habe - vor Gericht an. Mir und 2 mitangeklagten Frauen wird vorgeworfen, Mitglied der Revolutionären Zellen zu sein. In dem geplanten Prozeß soll die Sinnlosigkeit linksradikalen militanten Widerstands vorgeführt werden. Wenn ich auch durch den Unfall nochmals erfahren mußte, welches Risiko mit diesem Kampf verbunden ist, so weiß ich auch, daß meine Ankläger, die diesen Widerstand am liebsten nach Kabul schicken würden, eine ganz andere Gewalt verteidigen: 20.000 Tote forderte der Militärputsch in kurzer Zeit in Argentinien. Heute sind argentinische Gruppen und Berater in Bolivien dem putschenden Militär behilflich. Die deutsche Kernkraftwerksunion betreibt Atomgeschäfte mit Argentinien, und die Bundesregierung segnet den Verkauf von Panzerwagen durch Hentschel (Kassel) an die argentinische Armee ab.
Der Terror der Gorillas [3] ist im Sinne internationaler Konzerninteressen. Aber auf der Tabelle, die Börsenkurse anzeigt, wird Blut nie sichtbar. Die blutige Verfolgung des Widerstandes in Ländern Lateinamerikas ist Bedingung einer Wirtschaftspolitik, die für die Masse der Bevölkerung ökonomischer Völkermord heißt und den Konzernen die Türen öffnet.
Diese Politik wird vom Weltwährungsfonds durchgesetzt, indem er Kredite an solche politischen Bedingungen bindet, die in Peru z.B. dazu führen, daß 109 von 1.000 Kindern sterben, bevor sie gehen können. Argentinien ist e i n Beispiel für imperialistische Barbarei, betrieben durch die reichen Länder des Westens. Die Bundesrepublik ist in diesem System eine Metropole, und hier zu leben heißt für jeden, sowohl Opfer als auch Mitschuldiger zu sein in einem System, das jährlich Millionen Hungertote fordert.denn wir leben hier nicht nur i n diesen Strukturen, wir leben auch von ihnen.
Antiimperialistische Politik heißt Aussbrechen aus diesem Status von halb Opfer, halb Mitschuldiger, heißt nicht mehr ein Teil des Problems zu sein, sondern Teil von dessen Lösung.
Es geht nicht um Bewunderung ferner Befreiungsbewegungen, sondern um die Erkenntnis, daß der Angriff auf Institutionen ausländischer Terrorregimes Teil unseres eigenen Befreiungskampfes ist. Zur Zeit wachsender Kriegsdrohungen wird die Notwendigkeit einer antiimperialistischen Bewegung immer deutlicher, um eine existenzielle Bedrohung abzuwehren.
Die Bundesregierung nimmt als NATO-Mitglied in Kauf, daß ganz Westeuropa bei einem Atomkrieg in Schutt und Asche gelegt wird und läßt zu, daß das Land zum Waffenarsenal der NATO geworden ist. Wir sitzen hier quasi auf den Atombomben. Es gab und gibt ja auch in der Bundesrepublik Soziale Bewegungen, z.B. Anti-AKW-Initiativen, Frauenbewegung und Fahrpreiskampagnen, die nicht gering geschätzt werden können.
Der Aufbau eines staatlichen Unterdrückungsapparates - angefangen bei der materiellen und personellen Aufrüstung der Polizei bis hin zur Errichtung von Hochsicherheitstrakten - will verhindern, daß aus Revolten langfristig sozialrevolutionäre Bewegungen werden. RZs haben sich an den Auseinandersetzungen beteiligt, indem sie über Demonstrationen und Bauplatzbesetzungen gegen AKWs usw. hinaus, Möglichkeiten des Kämpfens zeigten. Ich finde diese Ideen richtig, hatte jedoch am 23. Juni 78 den genannten Unfall. Damit geriet ich beim Widerstand gegen die Verhältnisse in Argentinien selbst

quasi in argentinische Zustände. Polizei und Bundesanwaltschaft sahen in meinem Zustand die Chance, außerhalb von jeglicher Kontrolle ihr Problem RZ angehen zu können.
Die Vernehmung lebensgefährlich Verletzter ist eigentlich gesetzlich verboten. Aber was tut's? Die beteiligten staatlichen Organe haben in ihrer Bekämpfung von Revolutionären schon längst die Gesetze, die ihre Macht beschränken, praktisch auf die Müllhalde geworfen. Die Morde in Stammheim [4], die Situation von Günter Sonnenberg [5], der 2. Juni-Prozeß in Berlin [6] zeigen die Brutalisierung der Operationen gegen eine Fundamentalopposition, wenn sie nicht »lieb« ist und sagt, daß sie es nicht wieder tun will. Was die Bundesanwaltschaft bewegte und bewegt, ist einem Zitat von Bundesanwalt Harms zu entnehmen: »Wir haben 70 Anschläge aufzuklären und keiner will's gewesen sein.«
Den derart jahrelang frustrierten Fahndern kam mein lebensgefährlicher Zustand, die Traumatisierung nach der Erblindung, meine völlige Hilfs- und Orientierungslosigkeit gerade richtig. 1.300 Seiten Vernehmungsprotokolle, die von mir stammen sollen, sind Ergebnis dieser Situation. Da werden dann auch Personen aus meiner damaligen phantastischen Traumwelt in RZ-Zusammenhänge gebracht, bzw. es werden Personen belastet, die ich nie kannte. Um den »Vernehmungen« ihre Fragwürdigkeit zu nehmen, feierten dann die Staatsschützer in bezug auf mich in der ihnen zur Verfügung stehenden Presse große Siege über RZs, die sie real nie erzielt haben. Im »Spiegel« avancierte ich gar zum Mittelpunkt von Ereignissen, die vom »Knallfrosch bis zum Hijacking« (Spiegel 34/78) reichen.
Diese angeblichen Vernehmungsprotokolle sind für mich das Ergebnis einer Behandlung, die den Namen Folter verdient. Ich halte es für aberwitzig, Angaben daraus zu verwenden.

aus: Kölner Stadtrevue, 1980

Nachtrag

Die in diesem Buch versammelten Texte scheinen mir auch heute wichtig. Es kann zwar nicht darum gehen, eine eindeutige Perspektive zu benennen, aber auch nicht darum, alles für null und nichtig zu erklären. Ich will, daß die Diskussion weitergeht, und verfolge sie.
Gerade anhand der Ereignisse um Gerd Albartus konnte erkannt werden, daß es eine Tendenz zum Verdrängen immer wieder gibt. Jedenfalls gab es wohl eine Reihe von Leuten, die über seinen Tod schon früher Bescheid wußten, und eine offene Diskussion scheint erst jetzt möglich. Zusätzlich finde ich wichtig, wie es in diesem Buch geschieht, daß Gedanken und Geschehnisse von früher nicht einfach vergessen werden. Auch wenn es bestimmt Leute gibt, die auf der Entwicklungsstufe der späten 70er Jahre stehengeblieben sind.

Hermann Feiling
August 1992

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis]